DIE VERWALTUNG
DER
STADT WIEN

1998

Magistrat der Stadt Wien
Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Wien 1999

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Magistrat der Stadt Wien - Geschäftsgruppe Finanzen,
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Rathaus, 6. Stiege, A-1082 Wien

Redaktion:
Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)
Volksgartenstraße 3, A-1016 Wien
Telefon: +43-1-4000-88629
Telefax national: 01-4000-99-88610
Telefax international: +43-1-4000-7166
E-mail: post@m66.magwien.gv.at
Internet: http://www.magwien.gv.at/ma53/in_stat.htm

Redakteurin:
Dr. Ingrid Bayer

Hersteller:
in medias Ges.m.b.H.
Marksteinergasse 13, A-1210 Wien

Umschlaggestaltung: Traude und Thomas Meier-Schomburg
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Inhaltsverzeichnis

Verfassungs- und Verwaltungsorganisation 9
Veränderungen in den Vertretungskörpern 9
Magistratsdirektion 10

Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal 80
Allgemeine Personalangelegenheiten 80
Personalamt 85
Besoldungsamt 86
Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien 87
Zentraler Einkauf 88
Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten 96
Marktamt 100
Veterinäramt 105
Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten 108
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten 110
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens 111

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke 117
Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben 117
Finanzwirtschaft und Haushaltswesen 118
Rechnungsamt 125
Städtische Friedhöfe 131
Statistisches Amt der Stadt Wien 134
Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds 138
Wiener Stadtwerke 139

Jugend, Soziales, Information und Sport 147
Amt für Jugend und Familie 147
Sozialamt 166
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung 183
Sportamt 196
Presse- und Informationsdienst 197
Bürgerdienst 201
Städtische Schulverwaltung 203

Kultur 211
Kultur 211
Wiener Stadt- und Landesarchiv 220
Wiener Stadt- und Landesbibliothek 223
Museen der Stadt Wien 226

Gesundheits- und Spitalswesen 230
Gesundheitswesen 230
Betreuung zu Hause 262
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien 285
Wiener Krankenanstaltenverbund 286

Planung und Zukunft 308
Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie 308
Stadtentwicklung und Stadtplanung 317
Architektur und Stadtgestaltung 331
Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West 340
Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd 344
Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost 346
Straßenverwaltung und Straßenbau 349
Brückenbau und Grundbau 353
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien 361
Stadtvermessung 362

Umwelt und Verkehrskoordination ... 366
Umweltschutz ... 366
Wien-Kanal ... 408
Wasserwerke ... 409
Öffentliche Beleuchtung ... 419
Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei ... 421
Stadtgartenamt ... 425
Bäder ... 429
Wasserbau ... 432
Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ... 439
Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark ... 445
Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ... 460
Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens ... 466
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten ... 470
Parkraumüberwachung ... 472
Feuerwehr und Katastrophenschutz ... 473

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung ... 478
Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten ... 478
Wiener Wohnen ... 480
Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik ... 483
Hochbau ... 492
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung ... 493
Haustechnik ... 495
Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten ... 499
Baupolizei ... 504
Technische Grundstücksangelegenheiten ... 506
Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen ... 508
Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten ... 515
Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten ... 517

Kontrollamt der Stadt Wien ... 520

Unabhängiger Verwaltungssenat ... 521

Kinder- und Jugendanwaltschaft ... 523

Wiener Patientenanwaltschaft ... 533

Wiener Umweltanwaltschaft ... 536

Wiener Tourismusverband ... 542

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ... 544

Sachverzeichnis ... 545

Verzeichnis der Magistratsabteilungen

1 – Allgemeine Personalangelegenheiten
2 – Personalamt
3 – Besoldungsamt
4 – Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
5 – Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
6 – Rechnungsamt
7 – Kultur
8 – Wiener Stadt- und Landesarchiv
9 – Wiener Stadt- und Landesbibliothek
10 – Museen der Stadt Wien
11 – Amt für Jugend und Familie
12 – Sozialamt
13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
14 – Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie
15 – Gesundheitswesen
16 – Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten
17 – Wiener Wohnen
18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung
19 – Architektur und Stadtgestaltung
21A – Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West
21B – Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd
21C – Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost
22 – Umweltschutz
23 – Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik
24 – Hochbau
25 – Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
28 – Straßenverwaltung und Straßenbau
29 – Brückenbau und Grundbau
30 – Wien-Kanal
31 – Wasserwerke
32 – Haustechnik
33 – Öffentliche Beleuchtung
35 – Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten
36 – Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei
37 – Baupolizei
38 – Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien
39 – Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien
40 – Technische Grundstücksangelegenheiten
41 – Stadtvermessung
42 – Stadtgartenamt
43 – Städtische Friedhöfe
44 – Bäder
45 – Wasserbau

46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
47 – Betreuung zu Hause
48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
50 – Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen
51 – Sportamt
53 – Presse- und Informationsdienst
54 – Zentraler Einkauf
55 – Bürgerdienst
56 – Städtische Schulverwaltung
57 – Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten
58 – Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens
59 – Marktamt
60 – Veterinäramt
61 – Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten
62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
63 – Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens
64 – Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten
65 – Rechtliche Verkehrsangelegenheiten
66 – Statistisches Amt der Stadt Wien
67 – Parkraumüberwachung
68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz
69 – Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten
70 – Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien
Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung,
Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds

Vorwort

Der vorliegende Verwaltungsbericht dokumentiert die Strukturen und Entscheidungen zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Bundeshauptstadt für das Jahr 1998.

In der Wiener Finanz- und Wirtschaftspolitik stand das Bestreben im Mittelpunkt, den wirtschafts- und budgetpolitischen Handlungsspielraum für die Zukunft zu erhalten, um auch weiterhin entscheidende Steuerungs- und Stimulierungsfunktionen wahrnehmen zu können.

Angesichts des internationalen Standortwettbewerbes war es unerlässlich durch Investitionen nachfragewirksame Ausgaben und Förderungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft und des Wirtschaftsstandortes Wien zu sorgen. Im Rahmen der Wiener Technologieoffensive setzt Wien auf eine verstärkte Profilierung als High Tech-Standort.

Nach gründlichen Verhandlungen konnte die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke in eine Kapitalgesellschaft, mit dem Ziel der Optimierung der Wettbewerbsfähigkeit, erfolgreich abgeschlossen werden.

Die westliche Verlängerungsstrecke der U3 konnte fertig gestellt und am 5. Dezember eröffnet werden.

Durch eine ausgewogene Personalpolitik konnte der Beschäftigungsstand mit 65.661 MitarbeiterInnen, davon 62,6 Prozent Frauen auf einem gleich bleibendem Niveau gehalten werden. Die Förderung der Frauen und ihrer Anliegen nimmt die Stadtverwaltung durch eine immer größere Anzahl von Subventionen des Frauenbüros der Stadt Wien für spezifische Projekte wahr.

Derzeit leben in Wien rund 280.000 Einwohner ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Hier galt es, die Leistungen der Stadtverwaltung auf die Maxime „Integration bedarf ein Miteinander" abzustimmen.

Nach umfassenden Vorarbeiten wurde ein neues Wiener U-Bahn-Konzept erstellt, das als dritte Ausbaustufe die Verlängerung der U1 bis zur S-Bahn-Station Leopoldau, sowie die Führung einer donauquerenden U-Bahn in den Raum Stadlau-Aspern-Essling vorsieht. Nach einem bis Dezember 1998 vorliegenden Beteiligungsverfahren aller Betroffenen wurde im Februar 1999 die Entscheidung für den Bau der B3 getroffen. Unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer entwickelte die Stadt Wien integrierte Strategien zur Mitwirkung der Wirtschaftskammer zur Erhaltung und Neubelebung der Wiener Geschäftsstraßen.

Die Modernisierung der Krankenanstalten und Pflegeheime sowie „Präventivmedizin und Gesundheitsförderung" waren weitere Arbeitsschwerpunkte.

Der Ausbau der Kinderbetreuung, die Umsetzung der Heimreform, das Wiener Bildungsnetz für Schulen, Sanierungsprogramme für Schulen und Sporteinrichtungen, neue Formen des Angebots für Jugendliche und die Neustrukturierung des Sozialamtes standen ebenfalls im Mittelpunkt der Tätigkeiten.

Wien konnte die beste Verkehrsunfallbilanz vorweisen, die es je gab, als einziges Bundesland konnte hier die Zahl der Unfälle verringert werden.

Im Rahmen des Weltwassertages kann Wien mit Stolz darauf verweisen, dass die Versorgung der Bevölkerung fast zu 100 Prozent mit reinstem Quellwasser aus dem Gebirge erfolgt.

Mit rund 24,5 Milliarden Schilling Ausgaben im Jahr 1998 war der Wohnbau der drittgrößte Ausgabenposten der städtischen Beschäftigungsintensive. Ausgaben (Neubauförderung, Wohnungssanierung) blieben im vollen Umfang auf dem Niveau von 1997, es kam sogar zu einer Verlagerung in Richtung Sanierung, die beschäftigungsintensiver ist. Die Sanierungstätigkeit konzentrierte sich im letzten Jahr bereits auf die erneuerungsdringlichen Gebiete entlang des Gürtels.

Verfassungs- und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Franz Karl Effenberg (SPÖ) legte sein Gemeinderatsmandat mit 13. Jänner zurück. Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (FPÖ) ist am 28. März verstorben. Folgende Ersatzmitglieder wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt: Mag. Thomas Reindl (SPÖ) mit 14. Jänner und Hubert Rogelböck (FPÖ) mit 7. Mai. Zu einer Vorsitzenden des Gemeinderats wurde gewählt und gereiht: Am 22. Juni Mag. Heidemarie Unterreiner (FPÖ) auf die 2. Stelle für Johann Römer (FPÖ).

An Änderungen ergaben sich bei den Schriftführern des Gemeinderats: Hans Schiel (SPÖ) am 22. Jänner für Heinz Hufnagl (SPÖ), Mag. Maria Vassilakou (GRÜNE) am 27. März für Susanne Jerusalem (GRÜNE), Heidrun Schmalenberg (FPÖ) am 22. Juni für Mag. Heidemarie Unterreiner (FPÖ).

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Gemeinderatsausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal - als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 21. Jänner für das Ersatzmitglied Patrizia Markus (ÖVP), als Mitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 25. November für das Mitglied Gerhard Kubik (SPÖ);

Gemeinderatsausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik - als Ersatzmitglied Jutta Sander (GRÜNE) am 10. Februar für das Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE), als Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE) am 19. Februar für das Ersatzmitglied Jutta Sander (GRÜNE);

Gemeinderatsausschuss für Wiener Stadtwerke und Friedhöfe - als Mitglieder Helga Klier (SPÖ) und Mag. Thomas Reindl (SPÖ) am 22. Jänner für die Mitglieder Renate Winklbauer (SPÖ) und Christian Oxonitsch (SPÖ);

Gemeinderatsausschuss für Jugend, Soziales, Information und Sport - als Ersatzmitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 30. September für das Ersatzmitglied Maria Hampel-Fuchs (ÖVP);

Gemeinderatsausschuss für Kultur - als Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE) am 2. Juni für das Ersatzmitglied Dr. Peter Pilz (GRÜNE);

Gemeinderatsausschuss für Gesundheits- und Spitalswesen - als Ersatzmitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE) am 7. Juli für das Ersatzmitglied Dr. Peter Pilz (GRÜNE);

Gemeinderatsausschuss für Planung und Zukunft - als Mitglied Renate Winklbauer (SPÖ) und als Ersatzmitglied Mag. Thomas Reindl (SPÖ) am 22. Jänner für das Mitglied GR a.D. BV Franz Karl Effenberg (SPÖ) und für das Ersatzmitglied Renate Winklbauer (SPÖ), als Ersatzmitglied Patrizia Markus (ÖVP) am 29. Jänner für das Ersatzmitglied GR a.D. Dr. Oskar Wawra (ÖVP), als Ersatzmitglieder Hubert Rogelböck (FPÖ) und Dr. Herbert Madejski (FPÖ) am 5. Oktober für die Ersatzmitglieder Mag. Helmut Kowarik (FPÖ) und Heinz Christian Strache (FPÖ), als Mitglied Dr. Alois Mayer (SPÖ) am 6. November für das Mitglied Heinz Hufnagl (SPÖ);

Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Verkehrskoordination - als Mitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) am 22. Jänner für das Mitglied GR a.D. BV Franz Karl Effenberg (SPÖ), als Mitglied Patrizia Markus (ÖVP) am 29. Jänner für das Mitglied GR a.D. Dr. Oskar Wawra (ÖVP), als Mitglied Gerhard Kubik (SPÖ) am 25. November für das Mitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ);

Gemeinderatsausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung - als Ersatzmitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) am 22. Jänner für das Ersatzmitglied Inge Zankl (SPÖ), als Mitglied Mag. Maria Vassilakou (GRÜNE) und als Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE) am 30. September für das Mitglied Günter Kenesei (GRÜNE) und für das Ersatzmitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE), als Mitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) und als Ersatzmitglied Volkmar Harwanegg (SPÖ) am 6. November für das Mitglied Dr. Alois Mayer (SPÖ) und für das Ersatzmitglied Christian Oxonitsch (SPÖ), als Ersatzmitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE) am 30. November für das Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE).

Gemeinderätliche Personalkommission - als Mitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 29. Jänner für das Mitglied Dr. Matthias Tschirf (ÖVP), Paul Hladik und Bernhard Harreither als Dienstnehmervertreter am 24. Juni für die Dienstnehmervertreter Herbert Fitzthum und Hildegard Thein.

Kontrollausschuss - als Ersatzmitglied Georg Fuchs (ÖVP) am 29. Jänner für das Ersatzmitglied GR a.D. Dr. Oskar Wawra (ÖVP), als Mitglied Hubert Rogelböck (FPÖ) am 22. Juni für das Mitglied Mag. Hilmar Kabas (FPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Peter Pilz (GRÜNE) am 30. September für das Ersatzmitglied Mag. Maria Vassilakou (GRÜNE), als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 7. Oktober für das Ersatzmitglied Georg Fuchs (ÖVP).

Gemeinderätliche Behindertenkommission - als Mitglied Marco Smoliner (Liberales Forum) und als Ersatzmitglied Mag. Alexandra Bolena (Liberales Forum) am 10. März für das Mitglied Mag. Alexandra Bolena (Liberales Forum) und für das Ersatzmitglied Marco Smoliner (Liberales Forum).

Gemeinderätliche Kommission „Europakommission" - als Mitglied Mag. Franz Karl (ÖVP) und als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 27. Februar für das Mitglied GR a.D. Dr. Oskar Wawra (ÖVP) und das Er-

satzmitglied Mag. Franz Karl (ÖVP).

Neubestellung der Mitglieder des Sparkassenrats der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse (AVZ) - am 29. Jänner als Mitglied Finanzdirektor Dr. Gerhard Scharitzer für das Mitglied amtsf. Stadtrat a.D. Bundesminister Rudolf Edlinger.

Der Zweite Präsident des Landtags Mag. Hilmar Kabas (FPÖ) legte am 25. Juni diese Funktion zurück. Der Landtag wählte am 25. Juni Herrn Abgeordneten Johann Römer zu seinem Zweiten Präsidenten.

Ständiger Ausschuss - als Mitglied Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (SPÖ) am 22. Jänner für das Mitglied Franz Karl Effenberg (SPÖ), als Mitglied Dr. Helmut Günther (FPÖ) und als Ersatzmitglied Johann Römer (FPÖ) am 8. April für das verstorbene Mitglied Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (FPÖ) und für das Ersatzmitglied Dr. Helmut Günther (FPÖ).

In das Immunitätskollegium - als Mitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 22. Jänner für das Mitglied LAbg. a.D. BV Franz Karl Effenberg (SPÖ).

In den Unvereinbarkeitsausschuss - als Mitglied Dr. Matthias Tschirf (ÖVP) am 23. Jänner für das Mitglied LAbg. a.D. Dr. Oskar Wawra (ÖVP).

Als Vertreter im Bundesrat schied das an zweiter Stelle gereihte Mitglied Dr. Susanne Riess-Passer (FPÖ) mit Wirkung vom 30. November aus. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereihte Ersatzmitglied Dr. André d'Aron (FPÖ).

Georg Walterskirchen (FPÖ) wurde mit 18. Dezember als das an zweiter Stelle gereihte neue Ersatzmitglied in den Bundesrat entsendet.

Der Gemeinderat trat zu 15 öffentlichen und acht nichtöffentlichen, der Landtag zu sieben öffentlichen und zu drei nichtöffentlichen Sitzungen zusammen.

Der Stenografische Dienst des Büros des Landtags- und Gemeinderats erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderats 15 veröffentlichte und acht nichtveröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtags sieben veröffentlichte und drei nichtveröffentlichte wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfasste der Stenografische Dienst die Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Landtags und Gemeinderats.

Landesregierung und Stadtsenat hielten 16 Sitzungen, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei Sitzungen, der Ständige Ausschuss eine Sitzung, das Immunitätskollegium zwei Sitzungen und der Unvereinbarkeitsausschuss drei Sitzungen ab.

Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 892, der Landtag 44, der Stadtsenat 1.599, die Landesregierung 972, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss fünf, der Ständige Ausschuss ein, das Immunitätskollegium zwei und der Unvereinbarkeitsausschuss drei Geschäftsstücke.

Magistratsdirektion

Im Jahr 1998 bestand die Magistratsdirektion aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Verfassungs- und Rechtsmittelbüro, Internationale Beziehungen, Koordinationsbüro, EU-Förderungen, Hilfs- und Sofortmaßnahmen, Personaldirektion, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, EDV- und Informationsmanagement, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie Stadtbaudirektion. Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 30. November 1998, MD-2123-1/98, wurden zusätzlich die Referate Bedienstetenschutz und Betriebswirtschaft und Controlling eingerichtet.

Präsidialbüro

Im Jahr 1998 sind dem Präsidialbüro des Bürgermeisters 7.837 Geschäftsstücke zugegangen.

Das Repräsentationsreferat hatte im Berichtszeitraum 526 gesellschaftliche Veranstaltungen, 25 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 103 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 526 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 67.018 Gästen besucht, von denen 30.018 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich des XV. IFIP World Computer Congresses (1.076 Teilnehmer), der Ehrung der Österreichischen Staatsmeister 1998 (1.000 Teilnehmer), der Einbürgerungsfeier (1.050 Teilnehmer), der Eröffnung der Viennale 1998 (1.000 Teilnehmer), des Semesterbeginnes für ausländische Student/inn/en an Wiener Universitäten (1.000 Teilnehmer), der Konferenz und Ausstellung IST 98 Vienna Leben und Arbeiten in der Informationsgesellschaft (1.811 Teilnehmer) und des Medienempfanges anlässlich des Europäischen Rates (1.500 Teilnehmer).

Im Jahre 1998 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

26. März	S.E. Präsident des Ministerrates der Libanesischen Republik Rafic Al-Hariri
27. April	S.E. Papst von Alexandria, Patriarch des Stuhles des Heiligen Markus Shenouda III.
3. September	Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein Dr. Mario Frick
18. November	Staatspräsident der Republik Türkei Süleyman Demirel

Im Jahr 1998 standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm:

2. bis 6. Februar 1998	London	RGRE - Executivbüro
22. bis 24. April 1998	Bilbao	RGRE - Policy Committee
10. bis13. Mai 1998	Beijing	Wien-Woche, Wien-Ball
9. bis 14. Juni 1998	Prag und Budapest	Wien-Ball
3. bis 4. Juli 1998	Brüssel	Wien-Gala anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft
10. bis 12. September 1998	Moskau	Kulturwoche und Wien-Ball
7. bis 10. Oktober 1998	Boston	WWFF-Präsentation und Wien-Ball
19. bis 20. Oktober 1998	Oslo	Einladung des Bürgermeisters von Oslo
26. bis 27. Oktober 1998	Lissabon	RGRE - Policy Committee

Folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt:

25. Jänner	Eröffnung Tourismusfachmesse
18. Februar	Enthüllung einer Gedenktafel für Josef Meinrad in 17, Ferchergasse 17
16. März	Enthüllung eines Gedenksteines für Opfer der Märzrevolution in 15, Märzpark
2. April	Eröffung Tunnelanschlag U3/21, Enkplatz
2. April	Eröffnung Präsentation „Giornata di Trieste“
4. April	Eröffnung Festival Osterklang '98
22. April	Enthüllung einer Gedenktafel für Paul Troger
27. April	Eröffnung 50-jähriges Jubiläum „Kinder in Wien“
8. Mai	Eröffnung Wiener Festwochen 1998
14. Mai	Benennung Maria Restituta Hof in 5, Panaschgasse 6/Margaretenstraße 105
18. Mai	Eröffnung Volks- und Hauptschule in 11, Svetelskystraße 4 - 6
18. Mai	Benennung Volks- und Hauptschule in Bruno-Kreisky-Schule
5. Juni	Benennung Bereich in 2, Hollandstraße 2, in Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz
8. Juni	Benennung Karl-Mark-Hof in 19, Obkirchergasse 16
10. Juni	Eröffnung Symposium „Traum und Bewusstsein“
2. Juli	Eröffnung EUROCITIES - EDURC - Sitzung
24. September	Eröffnung Ausstellung „Des Eisbergs Spitze“
25. September	Benennung „Viktor-Matejka-Stiege“ (Stiegenanlage in 6, Eggerthgasse - Kaunitzgasse)
12. Oktober	Eröffnung Club of Vienna
12. Oktober	Eröffnung Herbsttagung des Europäischen Jugendparlaments
10. November	Eröffnung Buchwoche 1998
12. November	Eröffnung 15. Internationaler Chorwettbewerb „Franz Schubert“
16. November	Eröffnung Ausstellung „Menschlichkeit kontra Schafott. Der Lebensweg der Helene Kafka - Schwester Restituta“
19. November	Eröffnung 4. Internationales Finanz- und Wirtschaftsforum
5. Dezember	Eröffnung U3-Verlängerung nach Ottakring

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fanden nachstehende Ausstellungen statt:

18. Februar bis 15. März	Folk Art - Cola Art	(8.595 Besucher)
2. bis 26. Juli	Jerusalem sehen ...	(4.720 Besucher)
17. August bis 24. September	Verschwundenes Wien	(2.286 Besucher)
13. November bis 24. Dezember	Lebendige Weihnachten	(172.900 Besucher)

Büro des Magistratsdirektors

Auch im Jahr 1998 lag einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors in der Unterstützung des Magistratsdirektors in der Leitung des inneren Dienstes. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 109 Erlässe der Magistratsdirektion und 14 Erlässe des Büros des Magistratsdirektors herausgegeben. So wurden z.B. mit den Erlässen der Magistratsdirektion vom 2. März 1998, MD-2196-2/97, und vom 28. Dezember 1998, MD-2109-1/98, zur Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit der Dienststellen im Personalmanagement Maßnahmen getroffen. Der Erlass vom 17. März 1998, MD-326-2/98, regelte die Ausgleichszulage bei Organisationsänderung. Mit Erlass vom 23. März 1998, MD-589-1/98, wurden die mit 1. Mai 1998 in Kraft tretenden Neuregelungen, betreffend das Freijahr, Karenzurlaub und Teilzeitbeschäftigung, bekannt gegeben. Der Erlass vom 14. April 1998, MD-593-1/98, informierte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Frauenförderungspläne. Mit Erlass vom 2. Juni 1998, MD-331-3/98, wurde die Einrichtung einer Leitstelle für „Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" in der MD-BD bekannt gegeben. Mit Erlass vom 20. Juli 1998, MD-1011-6/97, wurde die Allgemeine Kassen- und Verlagsvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien (KVM) mit 1. August 1998 in Kraft gesetzt. Der Erlass vom 30. Juli 1998, MD-1322-3/98, regelte die baurechtliche Sanierung von ohne Baubewilligung errichteten Bauten. Mit Erlass vom 24. August 1998, MD-121-4/98, wurde die Gestaltung von Briefblatt (Kopfpapier) und die Verwendung von Dienststellensymbolen (Logos) festgelegt. Mit Erlass vom 8. September 1998, MD-1560-1/98, wurden im Zusammenhang mit der Einführung des Euro Regelungen für die Übergangszeit getroffen. Der Erlass vom 15. September 1998, MD-1387-2/98, informierte über die Führungskräftenachwuchsausbildung für Bedienstetengruppen der Verwendungsgruppe A sowie über Auswahlverfahren und Bildung eines Führungskräftenachwuchs-Pools. Mit Erlass vom 22. September 1998, MD-1710-1/98, erfolgte bei der Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors insofern eine Änderung, als die Angelegenheiten des Europarechts vom Koordinationsbüro in das Verfassungs- und Rechtsmittelbüro verlegt und die Aufgabenbereiche der genannten Referate der Magistratsdirektion mit 1. Oktober 1998 neu festgelegt wurden. Der Erlass vom 6. Oktober 1998, MD-786-2/98, regelte die Dienstreiseberichte neu. Mit Erlass vom 30. Oktober 1998, MD-490-6/98, wurden Regelungen, betreffend den Auftragnehmerkataster der Stadt Wien, getroffen. Mit Erlass vom 9. November 1998, MD-1699-2/98, wurde die zentrale Ausstellung der amtlichen Dienstlegitimationen durch die MA 2 neu geregelt. Mit Erlass vom 30. November 1998, MD-2123-1/98, wurden eine Änderung der Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors vorgenommen und die Referate „Bedienstetenschutz" und „Betriebswirtschaft und Controlling" eingerichtet. Mit Erlass vom 4. Dezember 1998, MD-1194-14/98, wurden Festlegungen, betreffend die Umsetzung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, getroffen.

Von den Erlässen des Büros des Magistratsdirektors ist der Erlass vom 24. Juni 1998, MD-1610-7/97, mit dem die Neuauflage des Dienststellen- und Telefonverzeichnisses der Stadt Wien und dessen Abrufbarkeit im Intranet bekannt gegeben wurde, der Erlass vom 30. November 1998, MD-2039-1/98, betreffend die Übermittlung von Winword-Dokumenten im Zusammenhang mit der Versendung von Erlässen, sowie der Erlass vom 1. Dezember 1998, MD-1900-2/98, betreffend die Änderung der Tabelle über die Zuständigkeitsgrenzen, zu erwähnen.

Im Jahr 1998 wurde das 1996 im Büro des Magistratsdirektors eingerichtete Projekt „Erlassbereinigung" fortgeführt. Die Prüfung der in der Datenbank der MD-Verwaltungsakademie gespeicherten Erlässe wurde mit dem Zeitraum von 1980 bis Ende 1990 abgeschlossen. Insgesamt verblieben rund 160 geltende Erlässe, die zwischen dem 1. Jänner 1952 und 31. Dezember 1990 ergangen sind. Diese weit gehende Verminderung der Zahl der aufrecht zu erhaltenden Erlässe (von rund 1.650 geprüften) wurde vor allem auch dadurch bewirkt, dass eine größere Zahl von Erlässen der Magistratsdirektion aufgehoben und den rechtlichen und sachlichen Gegebenheiten der Gegenwart angepasst neu herausgegeben wurden. Darunter befanden sich so wichtige Materien wie die Allgemeine Kassen- und Verlagsvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien und die Regelung über das beim Rechnungsamt geführte Verbotsbuch.

Seit Ende März 1998 sind die Erlässe des Jahres 1991 bis laufend im elektronischen Erlass-Sammelsystem der Magistratsdirektion gespeichert und im Intranet der Stadt Wien abrufbar. Mit der Durchführung der Erlassbereinigung Anfang 1999 wird das System durch die rund 160 als geltend festgestellten Erlässe aus der Zeit vor 1991 ergänzt werden.

Im Verwaltungsjahr 1998 wurden 226 an den Herrn Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden Stadträte/innen gerichtete parlamentarische Initiativen bearbeitet bzw. an deren Beantwortungen mitgewirkt. Zwei an den Landeshauptmann gerichtete dringliche Anfragen betrafen die Themen „Lainzer Tunnel" und „Territorialer Beschäftigungspakt für Wien". Drei an den Bürgermeister gerichtete dringliche Anfragen hatten die Themen „Kartellabsprachen bei öffentlichen Aufträgen der Stadt Wien", „Aufhebung der Bausperren" und „Obdachlose Menschen in Wien" zum Gegenstand.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.714 Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors unter Einbindung der befassten Fachdienststellen erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 7.507 Geschäftsstücke zu protokollieren.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei ordentliche und eine außerordentliche Landeshauptmännerkonferenzen, zwei ordentliche und eine außerordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich stellte die Dienstaufsicht dar, die das Büro des Magistratsdirektors über die Leiter der Magistratsabteilungen, der magistratischen Bezirksämter und der Referate der Magistratsdirektion, über Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien, den Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbundes sowie dessen Stellvertreter, den Präsidenten des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, die Wiener Kinder- und Jugendanwälte, den Wiener Patientenanwalt sowie die Wiener Umweltanwältin ausübt. Mit Stichtag 31. Dezember 1998 waren dies 123 Bedienstete, wovon 61 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Berichtsjahr erfolgten im Dienstaufsichtsbereich neun Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und vier Versetzungen. Drei Bedienstete wurden an andere Dienstaufsichtsbereiche abgegeben. Sieben Bedienstete sind ausgeschieden.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von 23 Dienstposten, davon ein Dienstposten des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, durchzuführen. Ein Dienststellenleiter wurde enthoben. Bei zwei Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM wurden infolge der Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien Änderungen im Aufgabenbereich durchgeführt.

Der Vertreter der Magistratsdirektion nahm am 30. Juni 1998 an der 32. Sitzung der Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz sowie vom 25. bis 27. Juni 1998 an der 10. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten und vom 17. bis 19. September 1998 an der 9. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer teil.

Die 1996 begonnene Dezentralisierung der Vergabe von Remunerationen, in deren Rahmen derzeit die Leiterinnen und Leiter der Magistratsabteilungen, des Krankenanstaltenverbundes und des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien ermächtigt sind, in bestimmten Grenzen selbständig Remunerationen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vergeben, wurde im Berichtsjahr ausgeweitet. Die Leiterinnen und Leiter der erwähnten Dienststellen dürfen nunmehr alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig von der Dienstklasse belohnen, und die Höchstgrenze für eine dezentral vergebene Remuneration wurde von S 3.000,– auf S 5.000,– angehoben. Insgesamt wurden 1998 7.597 Bedienstete für außergewöhnliche Arbeitsleistungen mit Remunerationen belohnt. Aufgrund der bisher mit der dezentralisierten Vergabe gemachten Erfahrungen wurden auch die Richtlinien für die Zuerkennung von Remunerationen neu gefasst. Sie werden ab Jänner 1999 die Praxis der Vergabe von Remunerationen in den einzelnen Dienststellen vereinheitlichen.

Weiters wurde ein Kontroll- und Controlling-Konzept erarbeitet, das der Steuerung und Evaluierung der Remunerationsvergaben dienen und gleichfalls ab dem Jahr 1999 zum Einsatz kommen wird. Basis für diese Vorgänge werden Daten über die Zuerkennung der Remunerationen sein, die aber nicht wie bisher selbst erfasst, sondern aus den Beständen der MA 3 und der MA 6 übergeleitet werden.

Der fortschreitende Einsatz des „Wiener Personalinformationssystems" (WIPIS) hat es dem Referat Förderungen ermöglicht auch Daten zur Bearbeitung von Anträgen auf Beförderung bzw. auf außerordentliche Vorrückung um eine Gehaltsstufe im System selbst zu verzeichnen. Dies und die nunmehr abgeschlossene Prüfung und Ergänzung der im WIPIS verzeichneten Förderungen haben die Auflassung einer Reihe von Karteien und anderen händisch geführten Evidenzen ermöglicht und zu einer Vereinfachung der Bearbeitung und einer merkbaren Verkürzung der Laufzeit von Förderungsanträgen geführt.

Neben der erfolgten Gewährung von außerordentlichen Vorrückungen in die jeweils nächsthöhere Gehaltsstufe für Bedienstete mit ausgezeichneter Dienstleistung sind im Jahr 1998 1.265 Bedienstete aufgrund von Anträgen ihrer Dienst- bzw. Dienstaufsichtsstellen in die jeweils nächsthöhere Dienstklasse befördert worden.

1998 wurden zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen abgehalten, in denen grundsätzliche Fragen der Vollziehung in den magistratischen Bezirksämtern, wie das Projektcontrolling zur Festlegung zeitlicher Vorgaben zur Beschleunigung der Betriebsanlagenverfahren sowie die Einführung der vollautomatischen Datei der Richtlinien für das Strafausmaß, erörtert wurden.

Über Ersuchen von Bezirksvorstehern wurde wie in den vergangenen Jahren eine Reihe von rechtlichen Beurteilungen abgegeben sowie grundsätzliche Gespräche mit Bezirksräten über die Handhabung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geführt.

Vom Rechnungshof wurden 1998 der Stadt Wien 16 Berichte übermittelt, die nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten dem Stadtsenat zur Beschlussfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen bzw. dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen waren.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind im Jahr 1998 182 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Damit hat sich die Gesamtzahl der seit 1970 eingelangten Anregungen auf 5.781 erhöht. In drei Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen wurden 103 Anregungen bewertet, wovon 43 zur Realisierung empfohlen wurden. Weiters konnten entsprechend den Bestrebungen zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung im Rahmen eines Pilotprojektes 177 Anregungen ohne Befassung des BVW-Ausschusses im Einvernehmen mit den Einreichern abgeschlossen werden. Der Nutzen der Verbesserungsvorschläge ist oft vorwiegend ideeller Natur (z.B. Verbesserung des Bürgerdienstes, Erhöhung der Verkehrssicherheit) bzw. lässt sich nicht unmittelbar realisieren (z.B. Einsparungen kleinster Arbeitsmengen). Allein in jenen sechs Fällen des Jahres 1998, in denen der Nutzen exakt berechnet werden konnte und auch sofort eingetreten ist, wird die Einsparung im ersten Jahr der Verwirklichung der Vorschläge aber rund 3 Millionen Schilling betragen. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug S 235.000,–, die höchste für einen Vorschlag zuerkannte Prämie S 140.000,–.

Aufgaben und Aktivitäten der Beratenden EDV-Kommission, deren Bürogeschäfte vom Büro des Magistratsdirektors geführt wurden, sind im Beitrag der MD-Hilfsmaßnahmen, jene der Unterkommission im Beitrag der MD-EDV- und Informationsmanagement dargestellt.

Im Berichtsjahr wurde die Tätigkeit des Lenkungsausschusses zur Vorbereitung von Aktivitäten der Stadt Wien aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft abgeschlossen. Der Projektkoordinator, Chefredakteur Fred Vavrousek, Leiter der MA 53, hat Ende 1998 den Schlussbericht vorgelegt, in dem auf die erfolgreiche Bilanz der im Interesse einer europaweiten Präsentation Wiens durchgeführten Veranstaltungen hingewiesen wurde.

Im Jahr 1998 wurden von der Ehrenzeichenkanzlei 698 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes Wien und der Stadt Wien als auch Bundesauszeichnungen die Verleihung von Berufstiteln betrafen.

1998 wurden drei Personen zu Bürgern der Stadt Wien ernannt, darüber hinaus wurde ein Ehrenring der Stadt Wien, drei Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold, ein Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern, sieben Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, sechs Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 42 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 21 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 39 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, 29 Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien, 22 Rettungsmedaillen, 26 Einsatzmedaillen und ein Ehrenzeichen für Verdienste im Feuerwehr- und Rettungswesen für 25-jährige Dienstzeit überreicht.

Von 200 überreichten Stadt- und Landesauszeichnungen seien folgende hervorgehoben:

Bürger der Stadt Wien:

Kommerzialrat Kurt Tichy
Kammersängerin Leonie Rysanek-Gausmann
Präsident des Rechnungshofes a. D. Dr. Tassilo Broesigke

Ehrenring der Stadt Wien:

Direktor Robert Jungbluth

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold:

Professor Günther Frank
Kammersängerin Gwyneth Jones
em. o. Hochschulprofessor Mag. Gustav Peichl

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern:

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Oberbürgermeister Dr. Gabor Demszky
Erster Präsident des Wiener Landtages a. D. Günther Sallaberger
Stadtrat a.D. Dr. Hannes Swoboda
Oberbürgermeister Peter Kresanek

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Präsident des Jugendgerichtshofes Dr. Udo Jesionek
Sektionschef Dr. Peter Mahringer
Direktor Dr. Heinrich Rabl

Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Kammerschauspielerin Gusti Wolf
Botschafter i.R. Andreas Berlakovich
Professor Paul Blau
Rudolf Buchbinder
Generalintendant a.D. Thaddäus Podgorski
a.o. Universitätsprofessor Dr. Georg Bauer
Kommerzialrat Heinz Apenzeller

Generalsekretär Dr. Rainer Bischof
Ministerialrat Mag. Peter Leinwather

Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Rechtsanwalt Dr. Dieter Gradwohl
Mag. Susanne Schöner
Dr. Peter Dusek
Oberst Hans Schadenbauer
Hofrat Universitätsdozent Dr. Oskar Pausch
Dr. h.c. Hella H. Gertner
Professor Adalbert Pilch
Landesgeschäftsführer Alfred Bernkopf

Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien:

Mag. Margareta Astrid Gallowitsch
Robert Hupka
Oberin Hildegard Welzel
Irma-Anna Wolf
Mag. Dr. Emanuel Aydin
Kommerzialrat Helmut Klucsarits
Hans Fantel

Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien:

Franz Hruby
Margit Klimscha
Anton Bohn
Elisabeth Krämer
Kommerzialrat Ernst Anton Kugler

An 76 am UNO-Einsatz teilnehmende Wiener Soldaten wurden Urkunden des Landes Wien ausgefolgt. Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien Josef-Kainz-Medaillen, Preise der Stadt Wien und der Nestroy-Ring der Stadt Wien sowie in Zusammenarbeit mit der MA 51 Sportehrenzeichen der Stadt Wien überreicht. Weiters wurden über Ersuchen von Bundesdienststellen sowohl Insignien sichtbarer Bundesauszeichnungen als auch Dekrete von Berufstiteln, wie Medizinalräte, Regierungsräte usw. ausgefolgt.

Insgesamt fanden 198 Überreichungen im feierlichen Rahmen, zum überwiegenden Teil mit Musik und kleiner Bewirtung statt, die von der Ehrenzeichenkanzlei vorzubereiten und durchzuführen waren.

Im Jahr 1998 wurden 2.250 Hochzeitsjubelpaare zu einer Feierstunde ins Wiener Rathaus eingeladen. Es handelte sich hiebei um 1.757 Goldene Hochzeiten, 401 Diamantene Hochzeiten, 59 Eiserne Hochzeiten, 24 Steinerne Hochzeiten, acht Gnadenhochzeiten und eine Juwelenhochzeit. Darüber hinaus wurden 3.726 Geburtstagsjubiläen gefeiert. Davon waren 2.890 90. Geburtstage, 692 95. Geburtstage und 144 100. und darüberjährige Geburtstage.

Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro (MD-VfR)

Wie im Vorjahr lag im Jahr 1998 ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros auf dem Gebiet des Legistischen Dienstes. Eine zusätzliche Aufgabenerweiterung erfolgte ab 1. Oktober 1998 durch die Übertragung der Agenden der rechtlichen Angelegenheiten der Europäischen Integration. Es waren 330 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 39 Landesgesetzen, zwölf Verordnungen der Landesregierung, vier Verordnungen des Landeshauptmannes sowie 102 Verordnungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Die Kundmachung von 25 Gesetzen, 31 Verordnungen und sieben Kundmachungen im Landesgesetzblatt wurde veranlasst.

Aus dem Bereich der Bundesgesetzgebung sind vor allem jene Gesetzentwürfe zu erwähnen, die Angelegenheiten der Wirtschaft betrafen, wobei aufgrund der Zusammenhänge mit anderen Rechtsmaterien (z.B. Arbeits- und Sozialrecht, Umweltrecht) ein komplexer Rechtsstoff gegeben war, der einer intensiven Prüfung unterzogen werden musste. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Schwarzarbeitsgesetz erlassen wird, der Entwurf des Betriebsanlagengesetzes, des Mineralrohstoffgesetzes, der Neufassung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes, einer Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz und zum Bundesvergabegesetz zu nennen.

Von der sonstigen Gesetzgebungstätigkeit des Bundes sind der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz, das Bundesgesetz über die Einführung besonderer Ermittlungsmaßnahmen, das Bundesgesetz über den Schutz vor Straftaten gegen die Sicherheit von Zivilluftfahrzeugen, die Exekutionsordnung und das Tilgungsgesetz 1972 geändert werden (SPG-Novelle 1998), der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Sparkassengesetz und das Körperschaftssteuergesetz 1988 geändert werden, der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Aufgaben und Befugnisse im Bereich der militärischen Landesverteidigung (Militärbefugnisgesetz - MBG), der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gentechnikgesetz und das Produkthaftungsgesetz geändert werden, der Entwurf des Atomhaftungsgesetzes 1999, der Staatsbügerschaftsgesetznovelle 1998, des Bundestheaterorganisationsgesetzes, des Bundesmuseengesetzes, des Abgabenänderungsgesetzes 1998, des Ärztegesetzes 1998, des Blutsicherheitsgesetzes 1999, des Strafrechtsänderungsgesetzes 1998, des Datenschutzgesetzes 1998, einer Novelle zum Denkmalschutzgesetz, zum Wasserrechtsgesetz, zum Finanzausgleichsgesetz 1997 sowie der 20. StVO-Novelle hervorzuheben.

Aus dem Bereich des Dienstrechtes waren insbesondere jene besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes für die Stadt Wien bedeutsam, mit denen Regelungen über die Auszahlung von Bezügen in Euro getroffen wurden. Für die Stadt Wien ergibt sich die Notwendigkeit, ihre Anpassung der Bezügeverrechnung an den Euro jedenfalls in jenen Bereichen, in denen unmittelbar das Dienstrecht des Bundes zu vollziehen ist (bei den Landeslehrern), im Gleichklang mit dem Bund zu gestalten.

Von den generellen Vollzugsakten sind aus dem Bereich des Bundes zahlreiche Entwürfe von Verordnungen des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr, des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten zu erwähnen.

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung sind der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes betreffend Tuberkulose-Reihenuntersuchungen, der Entwurf einer Sperrzeitenverordnung 1998 sowie Entwürfe von Verordnungen gemäß § 15 Ozongesetz anzuführen.

Zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderates über die Umstrukturierung der Wiener Stadtwerke war der Bereichsdirektor für öffentliches Recht beauftragt, alle im Bundes- und im Landesbereich erforderlichen rechtlichen Maßnahmen zu veranlassen, zu koordinieren und auch zu prüfen. Er hat für das Zustandekommen des so genannten „Wiener Stadtwerke-Umstrukturierungsgesetzes" gesorgt. Außerdem war er dafür verantwortlich, dass im Bundesbereich ein inzwischen vom Ministerrat beschlossenes Bundesgesetz mit Begleitregelungen für die Wiener Stadtwerke-Umstrukturierung zu Stande kommt, welches Änderungen des ASVG und des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie Bestimmungen über die Gesamtrechtsnachfolge enthält.

Eine über die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke hinausgehende Aufgabe war die Neufassung des § 71 WStV, die die Organisationsform der Unternehmung auf alle Verwaltungsbereiche der Stadt Wien anwendbar macht.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes wurden die rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen im Bereich der Bundeshauptstadt Wien eingehend untersucht. Erste Vorstellungen von möglichen Regelungen wurden entwickelt.

In Umsetzung von EU-Arbeitnehmerschutz-Richtlinien war ein neues Wiener Bedienstetenschutzgesetz zu begutachten. Dabei lag das legistische Problem vor allem darin, dass die in dem Gesetz sowohl für die Arbeitgeber- als auch für die Arbeitnehmerseite vorgesehenen Aufgaben jeweils den Organen der Bundeshauptstadt Wien adäquat zuzuordnen waren.

Die Novellierungen des UVS-Organisationsgesetzes und des UVS-Dienstrechtsgesetzes wurden fertig gestellt und zur Begutachtung ausgesendet. Eine politische Einigung über die Novellierungen steht noch aus.

Weiters sind aus dem Bereich der Landesgesetzgebung der Entwurf eines Wiener Ausführungsgesetzes zum Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz des Bundes, des Wiener Buchmacher- und Totalisateuregesetzes, des Wiener Naturschutzgesetzes, des Wiener Artenhandelsbegleitgesetzes sowie des Wiener Rundfunk-Ankündigungsabgabegesetzes hervorzuheben.

Wichtige Novellen betrafen das Vergaberecht, das Wohnbauförderungsrecht, das Veranstaltungsrecht, das Baurecht und das Umweltrecht.

Im Landesbereich ist von den generellen Vollzugsakten der Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Feststellung der Mindestanzahl der für die gültige Einbringung eines Antrages auf Erlassung eines Landesgesetzes erforderlichen Volksbegehrenserklärungen zu erwähnen. Weitere Verordnungen der Landesregierung betrafen Angelegenheiten der Landeskultur und der Wohnbauförderung. Ferner sind die Entwürfe einer Novellierung der Verordnung der Wiener Landesregierung über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe sowie der Bezirksmittelverordnung anzuführen.

In Anpassung an den technischen Fortschritt und zur Nutzung der kommunikationstechnologischen Möglichkeiten zur Verwaltungsvereinfachung und Kosteneinsparung wurden in einem neuen Abschnitt VIIa der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien die Rechtsgrundlagen für eine elektronische Aktenführung, die anstatt in der herkömmlichen Papierform ausschließlich über Computer und die dazugehörigen Speichermedien erfolgt, geschaffen. Da die Einführung des komplett elektronisch geführten Aktes eine sorgfältige Prüfung der Voraussetzungen (verfahrensrechtliche Bestimmungen, Beweis- und Gebarungssicherheit) erfordert, geschieht dies schrittweise durch Erlass des Magistratsdirektors. Zur Sicherung der Prüfmöglichkeit des Kontrollamtes wurde eine Ergänzung des Anhanges 3 zur Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien dahingehend vorgesehen, dass bei der elektronischen Aktenführung unveränderbare Datenbestände geschaffen werden, die mit direktem Zugriff des Kontrollamtes applikationsunabhängig darstellbar und auswertbar sind.

Die Verdichtung des Kommunikationsnetzes im Bereich der Medien, insbesondere durch die Schaffung von privaten Sendern, erfordert eine erleichterte und vereinfachte Form der Auskunftserteilung aus dem Magistrat an die Medien. Die bisher in der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien vorgesehene Vorgangsweise, wonach Dienststellenleiter bei Auskunftsersuchen von Vertretern der Publikationseinrichtungen vorher - neben der Einholung der Genehmigung des zuständigen amtsführenden Stadtrates - zusätzlich noch das Einvernehmen mit der MA 53-Presse- und Informationsdienst herzustellen hatten, wurde im Interesse der beschleunigten Auskunftserteilung und der erhöhten Eigenverantwortung der Dienststellenleiter aufgelassen.

Zu den angeführten Änderungen der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien wurde ein Erlass des Magistratsdirektors vorbereitet, zumal die mit diesen Änderungen notwendig gewordenen Verfügungen über den Referatsbereich des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros hinausgingen. In diesem Erlass wurde die Zuständigkeit der MD-VO für die Vorbereitung der Genehmigungen des Magistratsdirektors zur Einführung der elektronischen Aktenführung in bestimmten Verwaltungsbereichen festgesetzt.

Eine weitere Änderung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien betraf die aus verfassungsrechtlichen Erwägungen vorgenommene Aufhebung der im § 17 Abs. 4 vorgesehenen Meldepflicht jedes Bediensteten von der Einleitung und Beendigung eines gegen ihn gerichteten Strafverfahrens sowie eine Änderung der Sonderbestimmungen für den Betrieb MA 17-Wiener Wohnen, die den Aufgabenkreis der Leiterin der MA 17 erweiterte.

Für die beabsichtigte Umwandlung des Betriebes MA 17-Wiener Wohnen in eine Unternehmung wurde im Einvernehmen mit der Leiterin der MA 17 ein Unternehmensstatut ausgearbeitet.

Obwohl die Geschäftsordnungen des Landtages für Wien, des Gemeinderates der Stadt Wien, für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderates der Stadt Wien im Jahr 1996 vollkommen neu gefasst wurden, haben sich die Koalitionspartner darauf geeinigt, wesentliche Änderungen der genannten Geschäftsordnungen, darüber hinaus auch der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, vorzunehmen. Zu diesem Zweck wurden Formulierungsvorschläge für alle in Diskussion gezogenen Geschäftsordnungsbestimmungen ausgearbeitet und den politischen Beratungen zur Verfügung gestellt. Es ist im Laufe des Jahres 1999 mit einer umfangreichen Änderung zu rechnen.

Aus dem Gemeindebereich sind weiters die Entwürfe der Verordnungen des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvorsteher bzw. die Bezirksvertretungen anzuhören und über die die Bezirksvorsteher zu informieren sind, hervorzuheben.

Aus dem Bereich der Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG ist die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften sowie die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt) sowie die Vereinbarung aller Bundesländer zur Verbesserung des Tierschutzes im Allgemeinen und im Besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich anzuführen.

Aufgrund des bei der Klausurtagung der Wiener Landesregierung vom 6. und 7. März 1997 beschlossenen Arbeitsprogrammes, das sich auch mit legistischen Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung landes- und bundesgesetzlich geregelter Verfahren befasste, hat der Herr Magistratsdirektor zur Durchführung dieses Teiles des Arbeitsprogrammes dem Dienststellenleiter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros den Auftrag gegeben, ihm ehestens zur Verwirklichung dieses Vorhabens geeignete Vorschläge zu erstatten. In Erfüllung dieses Auftrages wurde nach einem intensiven kritischen Studium zahlreicher Rechtsvorschriften sowie der Evaluierung der von den Fachdienststellen erstellten Vorschläge eine umfassende Studie zu diesem Thema erarbeitet. Der Herr Bürgermeister hat den Auftrag zur Umsetzung der in dieser Studie enthaltenen Vorschläge gegeben.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros lag in der Vorbereitung und Herausgabe von Erlässen. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt 35 Erlässe herausgegeben. Mit Erlass vom 4. März 1998, MD-VfR - 410/97, wurde die Vorgangsweise bei legistischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung festgelegt. Mit Erlass vom 12. November 1998, MD-VfR - 2170/98, erfolgte eine Zusammenfassung jener Änderungen, die sich aufgrund des Überganges der Zuständigkeit für die rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration auf das Verfassungs- und Rechtsmittelbüro ergaben. Die Vorgangsweise bei der Notifizierung von technischen Vorschriften und einzelstaatlichen Maßnahmen, die vom Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft abweichen, wurde mit Erlass vom 16. November 1998, MD-VfR - EU 88/98, geregelt.

1.149 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle der Bundesländer an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Verfassungs- und Rechtsmittelbüro unter Einbindung der befassten Fachdienststellen erledigt.

125 Rechtsgutachten, vor allem zu Fragen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnung, waren zu erstellen.

Bei den rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration fielen 180 Geschäftsstücke an.

Weiters waren 324 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

Der Dienststelle oblag auch die juristische Betreuung der Landtagspräsidentin. Zur Wahrung dieser Aufgabe gehörte u.a. die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen.

Zur Vorbereitung der möglichen Einführung der Landesverwaltungsgerichte war eine Reihe von Besprechungen mit Vertretern des Bundes und der Länder notwendig, an denen der Bereichsdirektor für öffentliches Recht und ein Referent des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros teilnahmen.

Im Rahmen der vom Land Wien an den Verfassungsgerichtshof erstatteten Äußerungen war besonders bedeutsam eine Äußerung der Wiener Landesregierung zu der durch den Verwaltungsgerichtshof erfolgten Anfechtung einer dienstrechtlichen Vorschrift betreffend die Beamten der Landeshauptstadt Graz, wobei es um die essentielle Frage der Verteidigung und der Beibehaltung des leistungsfördernden Instrumentes der außerordentlichen Vorrückungen in eine höhere Gehaltsstufe bzw. der Zuerkennung von für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Dienstzulagen im Ausmaß des letzten Vorrückungsbetrages und um den Rechtscharakter von Beförderungsrichtlinien ging.

Das vom Verfassungs- und Rechtsmittelbüro initiierte und geleitete EDV-Projekt betreffend die Umstellung der Richtlinien für das Strafausmaß (des Blaubuches) von der Papierform auf eine automatisierte Datei wurde finalisiert und im Dezember 1998 der Vollbetrieb dieser automatisierten Datei von allen magistratischen Bezirksämtern aufgenommen. Die Strafsätze des Blaubuches wurden komplett in das bereits bestehende EDV-Strafenprogramm der magistratischen Bezirksämter integriert. Durch die Eingabe der Tatdaten (Tattyp, Tatzeit, Vorstrafenanzahl aus der bestehenden Vorstrafendatei, Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse sowie mildernde bzw. erschwerende Umstände) wird der Strafreferent bei der Erstellung von Strafbescheiden automatisch zum richtigen Strafsatz geführt und kann - entsprechend den Strafbemessungsgründen - innerhalb des Strafsatzes unter neun Bemessungsstufen auswählen.

Vertreter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros nahmen an sechs Sitzungen des österreichischen Komitees für Menschenrechte, an der Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Parlamente sowie an zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe „Direktwahl des Landeshauptmannes" teil.

Im Rahmen der Projektkoordination „Euro" führte ein Vertreter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros den Vorsitz bei der Arbeitsgruppe „Legistik". Es fanden drei Sitzungen dieser Arbeitsgruppe sowie drei Sitzungen der Arbeitsgruppenleiter statt.

Im Verfahren betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung zur Trassenfestlegung der B 301 - Wiener Südrandstraße erfolgte eine Koordinierung der Fachabteilungen als mitwirkende Behörden.

Auch im Jahr 1998 wurden wieder Beiträge für zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen selbst vorbereitet und auch Beiträge anderer Dienststellen vor ihrer Einbringung in die Bezirksamtsleiterbesprechungen überprüft.

Im laufenden Jahr erfolgte unter der Leitung des Bereichsdirektors für öffentliches Recht mit Unterstützung der MA 14 die Realisierung des Projektes einer umfassenden Neuorganisation der gesamten Bibliothek des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros mittels einer EDV-Katalogisierung. Eine rasche und zielorientierte Such- und Zugriffsmöglichkeit ist an Hand der Suchbegriffe, wie z.B. Titel, Untertitel, Autor, Sachgebiet, Schlagworte und Ort gegeben. Ein besonderer Vorteil liegt darin, dass der Suchbegriff nicht einer bestimmten Kategorie (z.B. Autor) zugeordnet werden muss. Weitere Vorteile des neuen Systems bestehen in der jederzeitigen Erweiterungsmöglichkeit des Programmes. In Zukunft ist nur mehr eine laufende Wartung des Programmes erforderlich.

Dem Verfassungs- und Rechtsmittelbüro obliegt auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, Abgabenberufungskommission, des Berufungssenates, des Landesagrarsenates, der Wiener Stadtverfassungskommission und der Bauordnungskommission. Im Rahmen der Bauordnungskommission fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwendige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

Im Verfassungs- und Rechtsmittelbüro fielen im Jahr 1998 insgesamt 22.013 Geschäftsstücke an.

In Bauangelegenheiten waren 601 Rechtsmittelsachen, darunter zwölf Verfügungen (Aufforderungen zur Erstattung von Gegenschriften usw.) des Verfassungsgerichtshofes und 35 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie fünf Devolutionsanträge zu bearbeiten.

An sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 650, darunter 23 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 61 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie 30 Devolutionsanträge an.

Überdies waren 716 Akten des Berufungssenates, darunter 40 Akten des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros, zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen.

Außerdem waren 612 Erledigungen (Verfügungen, Beschlüsse und dgl.) der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes in Evidenz zu nehmen. 3.647 Erledigungen des UVS Wien waren ebenfalls evidenzmäßig zu erfassen.

3.836 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Im übrigen wurden Angehörige des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros besorgt.

Zwei Angehörige der Dienststelle gehören dem Vergabe-Kontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied bzw. Ersatzmitglied an. Daraus resultiert eine laufende zusätzliche Belastung der betroffenen Mitglieder.

Die Sitzungen der Berufungsorgane (Abgabenberufungskommission fünf Sitzungen, Bauoberbehörde sechs Sitzungen, Berufungssenat fünf Sitzungen) wurden vom Verfassungs- und Rechtsmittelbüro vorbereitet.

Abschließend ist noch für den Bereich der gesamten Dienststelle zu erwähnen, dass die Erstellung der sehr detaillierten Materialien für die Organisationsuntersuchung durch die KPMG Consulting GmbH und deren Erörterung mit den Organisationsprüfern beim Dienststellenleiter- und bei allen Mitarbeitern einen erheblichen zusätzlichen

Kapazitätsaufwand in Anspruch genommen hat. Durch die intensive Mitarbeit bei der Organisationsuntersuchung ist es aber auch gelungen, zu konstruktiven und vernünftigen Ergebnissen zu kommen, die auch von der Seite der Verwaltung mitgetragen werden.

Magistratsdirektion - Internationale Beziehungen (MD-IB)

Die Magistratsdirektion - Internationale Beziehungen hat mit Ende 1997 einen neuen Leiter bekommen. Dr. Oskar Wawra wurde im Dezember zum neuen Dienststellenleiter und gleichzeitig zum Bereichsdirektor für Auslandsbeziehungen ernannt.

Aus dieser personellen Neubesetzung ergaben sich 1998 für die MD-IB neue Aufgaben, aber auch neue Zielsetzungen und Arbeitsschwerpunkte. So wurde in den schon 1998 konzipierten stadtaußenpolitischen Leitlinien erstmals die Koordination der Bereiche Wien-Wirtschaft, Wien-Kultur, Wien-Politik und Wien-Tourismus bei Aktivitäten der Stadt Wien im Ausland festgeschrieben. Diese Koordination gelang der MD-IB eindrucksvoll bei den im September 1998 stattgefundenen Wien-Tagen in Moskau. So wurden unterschiedlichste Aktivitäten der Stadt Wien, wie zwei Kunstausstellungen, ein Strauß-Konzert, Architekturausstellungen und Seminare, Wirtschafts- und Wien-Products-Präsentation, ein Open Air-Filmfestival, Literarische Lesungen, Tourismuspräsentationen und eine Wien-Gala unter einen Nenner gebracht. Eine ebensolche erfolgreiche Koordination dieser Bereiche gelang der MD-IB bei der Wien-Präsentation in Boston. So fanden Kooperationen im Universitätsbereich (Harvard, MIT), eine Zusammenarbeit des Wiener Hafens mit dem Hafen Boston, eine Präsentation des Johann-Strauß-Jahres und die Vorbereitung einer Business Alliance zwischen Wien und Boston unter der Federführung der MD-IB statt.

Weiters wurden 1998 in den Städten Hongkong und Peking unter den Themenschwerpunkten Stadt- und Umwelttechnologien Wien-Präsentationen von der MD-IB vorbereitet und in Brüssel zum Auftakt der EU-Präsidentschaft eine Wien-Präsentation organisiert.

In den Aufgabenbereich der MD-IB fiel darüber hinaus die Betreuung des Sonderbeauftragten für Außenhandelsfragen, Präsident Komm.-Rat. Walter Nettig.

1998 hat die MD-IB Umwelt- und Wirtschaftskooperationen mit den Städten Budapest, Den Haag/Nordwjik und Mailand vorbereitet.

Ebenso war die Stadt Wien im Mai unter aktiver Mitwirkung der MD-IB bei der INTA 22 - International Urban Development Association in Taipei/Taiwan mit einer Delegation und einer Ausstellung zum Thema Stadt- und Umwelttechnologie vertreten. Bereichsdirektor Dr. Oskar Wawra konnte im Rahmen eines Referates im Plenum am Eröffnungstag die besondere Situation Wiens als Hauptstadt der EU als Brückenkopf zu den östlichen und südlichen Nachbarländern darlegen.

Ebenfalls im Mai fand in Taipei/Taiwan die internationale Konferenz „World Capitals Forum", einer Vereinigung der Weltstädte im Rahmen der IULA statt, bei welcher die Stadt Wien unter der Organisation der MD-IB durch die Erste Landtagspräsidentin, Maria Hampel-Fuchs, vertreten war.

Neben diesen Auslandsaktivitäten hat die MD-IB 1998 auch Konferenzen und Veranstaltungen in Wien mitorganisiert und die inhaltliche Vorbereitung wahrgenommen. Die wohl wichtigste Konferenz war Ende Oktober die Jahreshauptversammlung der Vereinigung der Hauptstädte der Europäischen Union (UCUE - Union des Capitals de l'Union Européenne), bei welcher die Bedeutung der Hauptstädte in der Europapolitik das wesentliche Thema war.

Eine weitere wesentliche Konferenz war das erstmals organisierte Urban Forum in Wien. Diese Konferenz war eine von der Europäischen Kommission zum Thema „Zukunft der Städte" organisierte Großveranstaltung, bei welcher die MD-IB gemeinsam mit der MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung, die Koordinationsfunktion für den Gastgeber Wien übernommen hatte.

Neben all diesen Großereignissen hat die MD-IB unter anderem mit der MA 18-Gruppe Wissenschaft eine Wiener Vorlesung am 8. Dezember 1998 in Brüssel mit dem Titel „Deutschland. Ein Wintermärchen" als Abschluss der österreichischen EU-Präsidentschaft im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung durchgeführt.

Darüber hinaus hatte die MD-IB Koordinierungsfunktion bei einer Reihe von Wien-Bällen im Ausland.

Eine weitere wesentliche Hauptaufgabe stellte für die MD-IB 1998 die Betreuung der zahlreichen in Wien ansässigen internationalen Organisationen dar. Die MD-IB hat unter anderem Kontakte mit internationalen Organisationen (UNOV, UNIDO, IAEA, OSCE) organisiert.

Unterstützt wurden der UN Open House Day, der Annual International Bazaar der UN Women's Guild, die internationale Biotechnology Conference der UNIDO, der Einbau einer Behindertenaufstiegshilfe am Gate I des VIC, der „Human Rights Public Assembly" und verschiedene andere Aktivitäten wie das UN Drug Control Programme. Weiters hat die MD-IB 1998 einen Deutschkurs in Kooperation mit dem IAEA Learning Resource Centre, zwei Ausstellungsprojekte im neu eröffneten Visitor Centre, eine Konferenzsimulation in Kooperation mit UNIS Visitor Service, eine Erhebung von internationalen Organisationen mit Sitz in Wien sowie diverse Koordinationsgespräche im Rahmen von „20 Jahre VIC" organisiert. Die MD-IB fungierte als Anlaufstelle für diverse Anfragen und Hilfsersuchen wie etwa Staatsbürgerschaftsfragen oder das Zusenden von Materialien.

1998 wurde die Stadt Wien unter der Federführung der MD-IB Mitglied bei der Airport Regions Conference (ARC), einer eigenständigen, nicht profitorientierten Vereinigung von Regionen, die internationale Großflughäfen (mindestens 6,5 Millionen Passagiere p.a.) haben.

Ebenso wurde die Stadt Wien durch die MD-IB 1998 Mitglied bei der internationalen Vereinigung der „Summit Conference of Major Citys of the World", einer Vereinigung von Städten bzw. urbanen Zentren mit mehr als 1 Million Einwohnern.

Die MD-IB intensivierte 1998 darüber hinaus im Rahmen von Arbeitsgesprächen die Kontakte auf Beamtenebene mit den Städten Budapest und Brünn. Bei beiden Städten wurden die Arbeitsfelder für eine verstärkte Zusammenarbeit in den jeweiligen kommunalen Bereichen herausgearbeitet. Im Berichtsjahr nahm die MD-IB als Sekretariat die Interessen Wiens in der Konferenz wahr.

Das Generalsekretariat wird vom Initiator dieser Konferenz, Athen, geführt. Die MD-IB betreute Vizebürgermeister Dr. Görg als Wiener Vertreter bei der Konferenz in Bukarest im Februar 1998.

Der jährliche Stadtaußenpolitische Bericht, eine Art Leistungsschau der Stadt Wien über den Großteil der im Ausland vorgenommenen Aktivitäten, wird ebenso von der MD-IB zusammengestellt wie diverse Informationsbroschüren, wie etwa „Living in Vienna", „Zeitschrift für Städtepolitik", Inserate in Zeitungen und die Vergabe von zahlreichen Projekten an das Europaforum Wien.

Eine weitere Aufgabe der MD-IB 1998 war die Betreuung des Transport Infrastructure Needs Assessments (TINA), einer eigenständigen operativen Einheit der EU. Unter anderem wurde die Arbeit des TINA-Sekretariates beim Logistik-Kongress in Berlin im Oktober vor über 1.000 Teilnehmern durch die MD-IB präsentiert.

Im Berichtsjahr koordinierte die MD-IB die Wiener Aktivitäten der ARGE- Donauländer und führte den Vorsitz im Arbeitskreis „Verkehr & Schifffahrt". Die Arbeiten des Arbeitskreises konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Erstellung der Studie über die „Verkehrsentwicklung in den Mitgliedsländern der ARGE- Donauländer" und die „Leitlinien zur Verkehrsentwicklung in den Mitgliedsländern der ARGE-Donauländer". Weiters wirkt die MD-IB in diesem Zusammenhang an der Erstellung der elektronischen Grundkarte für den Donauraum mit.

Die MD-IB arbeitet bei der durch die Stadt Wien lancierten Initiative „TEN-Knoten Region Wien" zur Erstellung einer Strategie zur Stärkung der Knotenfunktion der Region Wien im transeuropäischen Verkehrsnetz aktiv mit.

In der „Zentraleuropäischen Initiative (CEI)" koordiniert die MD-IB die Wiener Aktivitäten und stellt den gemeinsamen österreichischen Ländervertreter in der Arbeitsgruppe „Verkehr und Transport".

Mitarbeiter der MD-IB sind aktiv im Vorstand der Europäischen Akademie Wien und dem Donau-Oder-Elbe-Verein tätig.

Der stellvertretende Dienststellenleiter, SR Mag. Otto Schwetz, wurde im April 1998 zum Manager des Korridors VII der EU - die Donau als Verkehrsweg - bestellt.

Der für den gesamten Magistrat erstellte Terminkalender der internationalen Veranstaltungen in Wien und im Ausland und das Führen einer Datenbank über internationale Abkommen, Verträge oder Memoranden wurden ebenso von der MD-IB betreut, wie das Konzipieren einer diesbezüglichen Seite im Intranet der Stadt Wien, um allen Dienststellen einen raschen und aktuellen Überblick über internationale Abkommen verschaffen zu können.

In der „Fachbesucherevidenz" wurden die von den Magistratsdienststellen gemeldeten Besuche erfasst und ausgewertet. So wurden im Jahr 1998 insgesamt 175 Delegationen aus 38 Staaten betreut. Der Interessensschwerpunkt der 2.268 Personen (hauptsächlich Experten, gefolgt von Politikern und anderen wie zum Beispiel Studenten) lag im Verkehrsbereich, gefolgt von Umwelt- und Abfallwirtschaftsfragen sowie bei sozialen Belangen. Was die Herkunft der Besucher anbelangt, so kamen die meisten Delegationen aus Deutschland, Japan und der Volksrepublik China.

Seit Mitte 1998 ist die MD-IB auch im Internet (http://www.magwien.gv.at/mib/) sowie im Intranet (http://www.adv.magwien.gv.at/mib/toc.htm) vertreten.

1998 hat die MD-IB 1200 Akten erledigt.

Magistratsdirektion - Koordinationsbüro (MD-KOB)

Die MD-KOB befasste sich 1998 vor allem mit allgemeinen ressortübergreifenden Angelegenheiten der Europäischen Integration, die von der Vertretung der Stadt Wien in diversen europäischen Netzwerken bis zur Mitwirkung an den Begleitmaßnahmen Wiens zur österreichischen Ratspräsidentschaft und zur Führung des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel reichten. Des weiteren standen Fragen betreffend die Stadt Wien und den Bund, insbesondere im Zusammenhang mit Bemühungen um die Ansiedlung verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher internationaler Organisationen sowie die Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Fragen im Vordergrund der Tätigkeit des Koordinationsbüros.

Mit der ab 1. Oktober 1998 mit Erlass MD-1710-1/98 vom 22. September 1998 erfolgten Neueinteilung der Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors wurden die bis dahin von der MD-KOB wahrgenommenen rechtlichen Angelegenheiten der Europäischen Integration in die MD-Verfassungs- und Rechtsmittelbüro verlegt. Die Koordination allgemeiner ressortübergreifender Angelegenheiten der Europäischen Integration, die - wie EU-Förderung und Europarecht - nicht ausdrücklich anderen Dienststellen übertragen sind, fällt jedoch weiterhin in die Zuständigkeit der MD-KOB.

Einen wichtigen Schwerpunkt in der Tätigkeit der MD-KOB stellten Fragen im Zusammenhang mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien dar: Mit der „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" ist es 1998 erstmals gelungen, eine offizielle EU-Organisation in Wien anzusiedeln. Die MD-KOB leistete in diesem Zusammenhang Unterstützung bei der Vorbereitung und Organisation der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates der EU-Beobachtungsstelle, die am 20. und 21. Jänner 1998 im Wiener Rathaus stattgefunden hat. Darüber hinaus gab die MD-KOB in Kooperation mit dem Bund auch Hilfestellung bei der Suche nach einem geeigneten Amtssitz für die EU-Beobachtungsstelle, die Anfang Juli 1998 unter ihrer Leiterin, Frau Dir. Dr. Beate Winkler - vorerst in provisorischen Räumlichkeiten in 1, Renngasse 5 - ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Wesentlichste Aufgabe der EU-Beobachtungsstelle, die ihren Mitarbeiterstand in den nächsten zwei Jahren auf 25 Personen erhöhen wird, soll das Sammeln und Analysieren von Informationen über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Bereich der gesamten Europäischen Union, die Schaffung einer öffentlich zugänglichen Dokumentation, die Errichtung eines Europäischen Informationsnetzes über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und die europaweite Organisation und Durchführung von Veranstaltungen sein.

Parallel zu den Bemühungen um die Ansiedlung der EU-Beobachtungsstelle in Wien wurden von der MD-KOB mit den zuständigen Bundesdienststellen und dafür in Frage kommenden Institutionen auch erste Gespräche zur Schaffung eines so genannten „Hauses der Menschenrechte" geführt. Mit dem „Haus der Menschenrechte" könnten, im Nahbereich der EU-Rassismus-Beobachtungsstelle angesiedelt, wertvolle Synergieeffekte genutzt werden.

Darüber hinaus wurde von der MD-KOB gemeinsam mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Land Niederösterreich auch ein Konzept für die Ansiedlung der „International Union for the Scientific Study of Population (IUSSP)" in Laxenburg bei Wien erarbeitet. Bei der IUSSP handelt es sich um eine internationale „Non-Governmental-Organisation (NGO)" mit einem rund 20-köpfigen Sekretariat, derzeit noch mit Sitz in Liège in Belgien. Die IUSSP wurde 1928 in Paris gegründet und ist eine Vereinigung von rund 2.000 Wissenschaftern aus über 120 Ländern, die sich mit der immer wichtiger werdenden Frage der wissenschaftlichen Analyse der internationalen Bevölkerungsentwicklung befassen. Um die Ansiedlung der IUSSP haben sich neben Wien auch Bonn und Paris beworben. Eine Entscheidung über den künftigen Sitz dieser bedeutenden internationalen Organisation stand Ende 1998 noch aus.

Zur Koordinierung der Grundlagenforschung im Bereich der Stadt Wien wurde gemäß Erlass MD-845-1/96 vom 11. Juni 1996 mit allen in Frage kommenden Dienststellen im Herbst 1998 ein kurz- und mittelfristiges Forschungsprogramm für 1999 sowie 1999 - 2001 erstellt. Um fertig gestellte Forschungsarbeiten besser bekannt zu machen, wurden quartalsweise Übersichten fertiger Projekte an alle interessierten Dienststellen, die Büros der Geschäftsgruppen und die Klubs der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien übermittelt. Darüber hinaus wurden zur besseren gegenseitigen Information der Dienststellen ab dem 2. Quartal 1998 sämtliche abgeschlossenen Forschungsarbeiten im magistratsinternen EDV-Netz, dem so genannten Intranet, mit Titel, Auftraggeber und Auftragnehmer, bekannt gemacht. Je ein Exemplar der fertig gestellten Forschungsarbeiten wurde außerdem der MA 8 - Wiener Stadt- und Landesarchiv zur allgemeinen Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.

Als Geschäftsstelle des „Bund/Land-Wien-Komitees für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung" hatte die MD-KOB vor allem die österreichweite Bund/Bundesländer-Tagung, die im Oktober 1998 nach neun Jahren wieder im Wiener Rathaus durchgeführt wurde, zu organisieren. Etwa 90 Teilnehmern aus den Bundesländern, von den Universitäten, den Ministerien und den Dienststellen der Stadt Wien wurde dabei veranschaulicht, dass Wien eine führende Rolle bei der Vergabe von Forschungsvorhaben zukommt. Der Schwerpunkt der seit 1978 bestehenden Kooperation mit dem Bund im Bereich der so genannten „Rohstoff- und Energieforschung" liegt in Wien bei Umweltprojekten (Finanzierungsvolumen 1978 - 1998: 11,5 Millionen Schilling, davon rund zwei Drittel für Umweltprojekte).

Darüber hinaus leitete die MD-KOB die beiden halbjährlich abzuhaltenden Sitzungen des Bund/Land Wien-Komitees für Rohstoff- und Energieforschung und sorgte dabei für die Abstimmung von 22 laufenden gemeinsamen Rohstoff-Forschungsprojekten, wobei die Karsthydrogeologie im Bereich des Hochschwabs bzw. diverse Umweltprojekte wichtige Schwerpunkte der Untersuchungen bildeten.

Von den ressortübergreifenden Einzelkoordinierungsangelegenheiten ist vor allem die durch die MD-KOB erfolgte Vertretung der Gemeinde Wien im Rahmen der Wahrnehmung der Partei- bzw. Beteiligtenstellung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sowie nach dem Abfallwirtschaftsgesetz anzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben B 301-Wiener Südrand Straße, Abschnitt „Vösendorf-Schwechat", hat die MD-KOB zu der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten im Februar 1998 übermittelten Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) mit den zuständigen Magistratsabteilungen gemäß § 5 Abs. 5 UVP-G eine umfangreiche, auch politisch koordinierte, im Wesentlichen positive Stellungnahme Wiens als Standortgemeinde erarbeitet. In weiterer Folge wurde im Rahmen der Anhörung nach § 4 Abs 5 BStG 1971 und gemäß § 9 UVP-G für die Zeit vom 3. Juni bis 15. Juli 1998 die öffentliche Auflage bei der MA 18 und in den MBA 10, 11 und 23 veranlasst sowie die 73 dazu eingelangten Stellungnahmen an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten weitergeleitet.

Weiters hervorzuheben ist die Mitwirkung der MD-KOB bei den Vorarbeiten für die Durchführung der Volkszählung im Jahre 2001, wobei - mit dem Ziel, möglichst alle Personen mit Hauptwohnsitz in Wien korrekt und vollständig zu erfassen - in einer dienststellenübergreifenden Arbeitsgruppe versucht wurde, eine optimale Vorgangsweise für Reklamationen nach § 17 des Meldegesetzes 1991 zu entwickeln. Darüber hinaus waren in diversen dienststellen- und ressortübergreifenden Angelegenheiten, wie z.B. im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des „Nationalen Umwelt- und Gesundheitsaktionsplanes (NEHAP)" des Bundes oder im Zusammenhang mit diversen Kooperationen, z.B. auf europäischer Ebene oder mit dem Wiener Umland, zum Teil sehr umfangreiche Berichte und Stellungnahmen zu erarbeiten.

Überdies wurden gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen von Bund und Stadt Wien diverse Infrastrukturangelegenheiten betreffend das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum, die Internationale Schule und die Japanische Schule in Wien, sowie Fragen in Zusammenhang mit der Festlegung von beschränkten Halteverboten zu Gunsten von Fahrzeugen diplomatischer Missionen in Wien („CD-Zonen") behandelt, wobei vielfach sehr divergierende Standpunkte zu koordinieren waren.

Der unter Federführung der MD-KOB im Jahre 1996 eingerichtete „Wirtschaftspolitische Arbeitskreis", dessen vordringliches Ziel die Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wiener Wirtschaft ist, befasste sich 1998 in mehreren Sitzungen unter anderem mit den Themenschwerpunkten Vereinfachung von Behördenverfahren, Marketing für den Wirtschaftsstandort Wien und Auswirkungen der europäischen Infrastrukturpolitik auf die Wiener Versorgungsunternehmen. An diesen Sitzungen des „Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises" nahmen u.a. die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie Vertreter der Finanzverwaltung, der Stadtbaudirektion, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, des Wiener Arbeitnehmer/innen-Förderungsfonds, der Wiener Wirtschaftskammer und des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung teil.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Grundlagenforschung wurden im Auftrag der MD-KOB im Berichtsjahr folgende Studien abgeschlossen: „Finanzierungskonzept Gewerbehöfe", „Beschäftigungsmöglichkeiten in der Altenbetreuung", „Medizin-, Pharma- und Biotechnologie-Cluster Wien" sowie eine „Machbarkeitsstudie" zur Prüfung der Möglichkeiten für die Erstellung einer international vermarktbaren „Sigmund Freud-CD-ROM" als neuer Werbeträger für den Tourismus in Wien. Darüber hinaus beteiligte sich die MD-KOB an einer vom Wirtschaftskomitee von EUROCITIES initiierten europaweiten Vergleichsstudie der Erasmus Universität Rotterdam über „Wachstumssektoren, Cluster und Stadtwirtschaftspolitik".

Insbesondere auch hinsichtlich wirtschaftlicher Aspekte wirkte die MD-KOB an der Ausarbeitung einer Reihe von Strategiepapieren - wie z. B. den Außenpolitischen Leitlinien, der Wiener Position zur EU-Städtepolitik oder der Wiener Position zur Reform der EU-Strukturfonds - mit. Auch bei der Mitarbeit der MD-KOB an der Erstellung eines Strategieplanes für Wien lag der Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Aspekten.

Die Beschäftigung mit den potentiellen Auswirkungen der geplanten EU-Erweiterung bildete einen weiteren permanenten Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-KOB: Einerseits wurden jeweils die rezentesten Studien ausgewertet und zusammengefasst, andererseits wurden Maßnahmenvorschläge zur Vorbereitung Wiens auf die Erweiterung erarbeitet. Weiters wurde im Rahmen des EU-Twinning-Programmes, das zur Vorbereitung der Beitrittskandidaten auf die EU-Mitgliedschaft Hilfestellung zur Übernahme des Rechtsbestandes der EU in diese Staaten leisten soll, mit dem Bundeskanzleramt und den in Frage kommenden Dienststellen auch die Entsendung von Wiener Expert/inn/en koordiniert und vorbereitet.

Als Geschäftsstelle der durch Beschluss des Wiener Gemeinderates vom Dezember 1996 eingesetzten „Europakommission" des Wiener Gemeinderates bzw. des Wiener Landtages sorgte die MD-KOB unter anderem für die Vorbereitung der entsprechenden Sitzungen, bei denen insbesondere folgende Themenkreise behandelt wurden:

- Stand der Vorbereitung Wiens auf die erste österreichische EU-Ratspräsidentschaft,
- Europäische Städtepolitik, Raumentwicklung und Osterweiterung,
- Agenda 2000: EU-Erweiterung und Förderung grenznaher Räume,
- Sozialprojekte der Stadt Wien mit Europäischer Sozialfonds-Förderung,
- EU-Städtepolitik - Position Wiens.

Im Zuge der Vorbereitungen der Stadt Wien auf die erste österreichische EU-Ratspräsidentschaft war die MD-KOB aktives Mitglied in der magistratsinternen Arbeitsgruppe, der die begleitende Beratung und Unterstützung des für operative Maßnahmen verantwortlichen Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien oblag. Weiters war die MD-KOB darum bemüht, dass regelmäßig stattfindende Sitzungen von regionalen bzw. städtischen Netzwerken, in denen Wien Mitglied ist, 1998 in Wien abgehalten wurden. Insbesondere zu erwähnen sind dabei die Sitzungen der Vereinigung der EU-Hauptstädte (UCUE) sowie die Sitzungen des Ost-West-Komitees und des Wirtschaftskomitees von EUROCITIES.

Im Rahmen der Ausbildung der in 57 Dienststellen bestellten Europareferent/inn/en und deren Stellvertreter/innen wurden in Zusammenarbeit mit diversen Fachdienststellen zwei große Informationsveranstaltungen über aktuelle Fragen der Europäischen Integration durchgeführt. Darüber hinaus wurde zur Information der Europareferent/inn/en das Informationsblatt „Euro-News" (viermal, je 220 Stück) herausgegeben. Insgesamt fünf Mitarbeiter/innen der MA 7, MA 16, MA 21 B, MA 60 und des MBA 15 wurden 1998 zur Verbesserung ihrer Qualifi-

kation in Europaangelegenheiten bzw. zur Bearbeitung fachspezifischer Aufgabenstellungen als so genannte Praktikant/inn/en in das von der MD-KOB geführte „Verbindungsbüro der Stadt Wien" im „Wien-Haus" in Brüssel entsandt.

In der „Versammlung der Regionen Europas (VRE)", die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen der Regionen gegenüber den Organen der Europäischen Union wahrzunehmen, hatte die MD-KOB die Stadt Wien in den Kommissionen I (Institutionelle Fragen) und II (Ost/West-Zusammenarbeit) zu vertreten. Die Hauptversammlung der VRE fand 1998 auf Einladung des Landes Oberösterreich in Linz statt. Im Rahmen dieser Hauptversammlung wurde ein Aktionsplan für Maßnahmen und Aktivitäten der VRE verabschiedet. Zentrales Anliegen der VRE ist dabei die Förderung des Regionalismus in den EU-beitrittswilligen mittel- und osteuropäischen Ländern.

Im Rahmen des von der VRE abgewickelten EU-Centurio-Programmes hat die Stadt Wien 1998 bereits zum dritten Mal zwei Praktikantenplätze für Mitarbeiter/innen aus Regionen beitrittswilliger Länder zur Verfügung gestellt. Dabei wurden zwei Vertreter/innen aus ungarischen Komitaten für je vier Wochen mit der Wiener Stadtverwaltung und den Wiener Erfahrungen aus dem Beitrittsprozess zur Europäischen Union vertraut gemacht.

Im wichtigsten europäischen Städtenetzwerk „EUROCITIES", in dem derzeit rund 80 Städte aus 19 europäischen Staaten Mitglieder sind, stellte die MD-KOB den so genannten „EUROCITIES-Officer". EUROCITIES behandelt die verschiedenen Angelegenheiten europäischer Städtepolitik in fünf Komitees. In Wien tagten am 18. und 19. Juni 1998 das „Ost-West-Komitee", welches sich intensiv mit städtespezifischen Fragen der Heranführungsstrategie im Rahmen der EU-Erweiterung befasste. Am 2. und 3. Juli 1998 traf im Wiener Rathaus das „Wirtschaftspolitische Komitee (EDURC)" zusammen. Bei der Jahreshauptversammlung von EUROCITIES am 23. Oktober 1998 in Lille war ein Schwerpunkt der Diskussionen und Beratungen die Finalisierung des Berichtes „EUROCITIES for an Urban Policy", an dessen Erstellung Wien maßgeblich mitgewirkt hat und der auch der Europäischen Kommission in Brüssel übermittelt wurde.

Wesentliche Vorarbeiten leistete die MD-KOB auch für die im Oktober 1998 im Wiener Rathaus abgehaltene „38. Generalversammlung der Vereinigung der Hauptstädte der Europäischen Union (UCUE)". In der UCUE, die ein wichtiges Instrument zur Vertretung der Interessen der Hauptstädte gegenüber der EU darstellt, hatte Wien mit Herrn Bürgermeister Dr. Häupl vom September 1997 bis September 1998 als Erste der drei neuen Mitgliedstädte turnusmäßig den Vorsitz übernommen. Wien hat diese Funktion genutzt, um auf die Bedeutung der Hauptstädte in der Europapolitik gerade auch mit Blickrichtung auf die Agenda 2000 hinzuweisen. Darüber hinaus hat Wien von Anfang an in der UCUE die Frage einer europäischen Beschäftigungspolitik thematisiert. Bei der 38. Generalversammlung der UCUE im Oktober 1998 in Wien wurde ein von der MD-KOB ausgearbeitetes und vom Wiener Vorsitz eingebrachtes Positionspapier für eine „Städtegerechte Politik der EU unter Berücksichtigung der Agenda 2000" diskutiert und als Beitrag der UCUE für die erste Städtekonferenz der EU, das von der Europäischen Kommission am 26. und 27. November 1998 ebenfalls im Wiener Rathaus abgehaltene „Urban Forum", beschlossen. Anlässlich der 38. Generalversammlung der UCUE in Wien wurde der turnusmäßige Vorsitz im Oktober 1998 von Wien an Brüssel übergeben.

Im unmittelbaren Anschluss an das Urban Forum im Wiener Rathaus hat die MD-KOB im „Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel" im Rahmen einer eigenen Informationsveranstaltung am 1. Dezember 1998 Vertreter anderer europäischer Städte über die Beratungen bzw. Ergebnisse des ersten Urban Forums informiert.

Im „Ausschuss der Regionen (AdR)", dem wichtigsten EU-Gremium für die Städte und Regionen, ist es Wien im abgelaufenen Jahr gelungen, im Rahmen der Ausarbeitung mehrerer Stellungnahmen seine Interessen erfolgreich zu vertreten. Bei den Plenarsitzungen des AdR war Wien durch den Herrn Bürgermeister bzw. die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke stets hochrangig vertreten. Schwerpunkte der Wiener Aktivitäten waren die Bereiche Beschäftigungs- und Umweltpolitik, aber auch strukturpolitische Themen, vor allem im Zusammenhang mit der Agenda 2000.

In der von der EU-Kommission und der Stadt Wien gemeinsam gegründeten „Transport Infrastructure Needs Assessment-BürobetriebsgmbH. (TINA)", die sich mit der Weiterentwicklung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) befasst, wurde die Stadt Wien durch die MD-KOB in der Person eines Mitarbeiters in der Funktion eines Geschäftsführers vertreten.

Vom „Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel" wurden neben der Informationsbeschaffung für Entscheidungsträger und Dienststellen in Wien über wesentliche Entwicklungen in Brüssel inhaltlich vor allem folgende Themen behandelt:

EU-Steuerrecht (Getränkesteuer), EU-Förderungen, Verkehr, Vergabewesen, Wettbewerbsrecht, Strukturfondsreform, 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung sowie diverse städtepolitische Anliegen.

Das Verbindungsbüro organisierte vor allem Fachveranstaltungen zu den Themen:

„Öffentlicher Personen-Nahverkehr" (4. und 5. 5.1998), ein Treffen der TINA-Gruppe (29. bis 31.7.1998), eine Informationsveranstaltung zum österreichischen EU-Präsidentschaftsdossier Migrationspolitik (23.9.1998), Nationale Beschäftigungsprogramme („NAP" 14.10.1998), Phare und Tacis (4.11.1998), Budgetierung in der EU (ebenfalls 4.11.1998) sowie die Nachschau zum „Urban Forum" in Wien (1.12.1998). Als Beispiel für ein besonders gelungenes Interreg-IIA-Projekt wurde die „Europäische Mittelschule Wien" in Brüssel vorgestellt (26.11.1998). In einer Videokonferenz zwischen dem Wiener Rathaus und dem Wien-Haus in Brüssel (26.3.1998, mit Kommissar Fischler) wurden die Fazilitäten des Hauses präsentiert.

Bei den auf Außenwirkung bedachten Präsentationen des Wien-Hauses konnte festgestellt werden, dass deren Qualität inzwischen in ganz Brüssel anerkannt ist; dies betrifft nicht nur die zahlreichen Kulturveranstaltungen (z.B. am 8.12.1998 eine „Wiener Vorlesung" mit Prof. Konrad P. Liessmann und Kammerschauspielerin Elisabeth Orth), sondern auch die allgemeinen Präsentationen des Wien-Hauses, die inzwischen in den Standard-Besuchsprogrammen z.B. der Diplomatischen Akademie einen fixen Platz einnehmen.

Neben der laufenden Informations- und Lobbying-Tätigkeit des Verbindungsbüros haben vor allem zwei Themen die Arbeit des Wien-Hauses 1998 beherrscht:

- die Zusammenarbeit mit Praktikanten aus den Beitrittsländern der MOEL und
- die „Wien-Gala" zum Auftakt des österreichischen EU-Ratsvorsitzes am 3. Juli 1998.

Das Angebot von Bürgermeister Dr. Häupl an seine Amtskollegen in Prag, Bratislava und Budapest, Beamte dieser Städte im Sinne einer Heranführungshilfe an die EU als Praktikanten ins Wien-Haus Brüssel einzuladen, wurde 1998 erstmals von Bratislava, von der Stadt Ostrava und vom Innenministerium der Slowakei angenommen. Vier Mitarbeiter aus den benachbarten Beitrittskandidatenländern konnten solcherart wertvolle Einsichten in die Funktion und Arbeitsweise der EU gewinnen und zahlreiche neue Kontakte, die in der Folge ihren Heimatstädten zugute kommen werden, knüpfen.

Die „Wien-Gala" unter dem Motto „Das Große Europa der Städte" sollte die Verbundenheit der Städte Europas in Ost und West über die derzeitigen Grenzen der EU hinaus demonstrieren und somit ein Signal für die Bereitwilligkeit Wiens zur Osterweiterung setzen. Der 3. Juli 1998 war daher ganz dem Thema Wien und der EU-Osterweiterung gewidmet. Tagsüber mit einer groß angelegten Wirtschaftspräsentation des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), am Abend mit der eigentlichen Gala im Chateau de la Hulpe bei Brüssel, an der über 800 hochrangige Gäste teilnahmen, darunter Bürgermeister bzw. deren Vertreter aus zwölf europäischen Hauptstädten der Mitgliedstaaten und der beitrittswerbenden Länder, drei Kommissare, höchste Vertreter aller EU-Institutionen wie Europäischer Rat, Gerichtshof, Europäische Zentralbank und viele andere. Die von den Mitarbeiter/innen der MD-KOB in Brüssel organisierte „Wien-Gala" fand beim internationalen Publikum besten Anklang und wurde - von allen Beteiligten einhellig als das herausragende gesellschaftliche Ereignis des Jahres in Brüssel bezeichnet - zu einer gelungenen Werbeveranstaltung für Wien.

Magistratsdirektion - EU-Förderungen (MD-EUF)

Die MD-EUF kann für 1998 eine positive Bilanz bei der Gewinnung von Fördermittel ziehen:

Es wurden aus dem EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und diversen Aktionsprogrammen rund 31 Millionen Schilling an Fördermitteln vereinnahmt. Das Jahr 1998 war durch weitere Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

- Weitere Umsetzung der Gemeinschaftsinitiativen URBAN und INTERREG II A
- Beginn der Umsetzung von INTERREG II C-CADSES (Central-, Adriatic-, Danubian-, South Eastern Space)
- Vertretung der Wiener Interessen im Diskussionsprozess um die AGENDA 2000
- Verstärkte Bearbeitung der Förderbereiche Gesundheit, Umwelt, Kultur, Forschung und Soziales
- Einführung des Informationsangebotes an die Dienststellen via Intranet
- Vorbereitung eines Nachfolgeprogrammes von URBAN-Wien im Rahmen des zu erwartenden Ziel 2-neu
- Einrichtung eines Arbeitskreises zur Erarbeitung von Vergaberichtlinien für EU-geförderte Projekte
- Vorbereitung der Dienststellen auf das 5. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung

1. Gemeinschaftsinitiative INTERREG

Seit Österreichs Beitritt 1995 hat auch die Bundeshauptstadt die Möglichkeit, am grenzüberschreitenden Kooperationsprogramm INTERREG aktiv mitzuwirken. Wien hat sich aufgrund der geografisch exponierten Lage innerhalb der EU und in Bezug zu den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) besonders um eine Mitwirkung an INTERREG bemüht und eine Vielzahl von Projekten initiiert.

Die INTERREG II-A- und -II-C-Projekte knüpfen konsequent an die aktuellen Herausforderungen der EU-Erweiterung an. 1998 konnten Projektmaßnahmen entwickelt werden, die

- die grenzüberschreitenden Planungen für den Infrastrukturausbau im Verkehrsbereich forcieren,
- neue Formen der Wirtschafts- und Städtekooperation vorbereiten,
- innovative Formen der Zusammenarbeit im Bildungswesen praktizieren,
- gemeinsame Projekte im Bereich des Umweltschutzes und der Umwelttechnologien entwickeln,
- grenzüberschreitende Kommunikationsnetzwerke zur Verbesserung des Informationsaustausches und der sozialen Beziehungen etablieren helfen.

In diesen Bereichen konnten in INTERREG II A und INTERREG II C bisher u. a. folgende Projekte verwirklicht bzw. begonnen werden:

1.1. INTERREG II A (Österreich-Tschechien, Österreich-Slowakei, Österreich-Ungarn)

CERNET

Das engagierte Projekt CERNET (Central European Regional Network for Education Transfer) umfasst in Zusammenarbeit mit Györ, Bratislava und Brünn eine grenzüberschreitende Bildungskooperation durch Schaffung eines Informationsnetzwerkes. Seit seiner Gründung 1996 wurde rund 2.400 Personen eine Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen ermöglicht.

Das Projekt CERNET betreibt auch das erfolgreich laufende Projekt zwischen den Schulbehörden von Wien, Brünn, Bratislava und Györ, die Europäische Mittelschule. In den „Europaklassen" der EMS werden ungarische, tschechische, slowakische und Wiener Schüler/innen unter Einsatz modernster Unterrichtsmethoden gemeinsam unterrichtet. Die Zeugnisse der EMS werden in allen beteiligten Ländern anerkannt und eröffnen den Schüler/innen zahlreiche Optionen zur Fortsetzung ihrer Bildungslaufbahn.

Crossborder Business Cooperation for Central Europe (CCC)

Einen der Hauptschwerpunkte des Programms INTERREG II A bildet das Projekt Crossborder Business Cooperation for Central Europe (früher Ost-West-Wirtschaftszentrum). Hier sollen die Aktivitäten für Unternehmen zur grenzüberschreitenden Kooperations- und Beteiligungsstrategie erleichtert werden. Die Durchführung von Machbarkeitsstudien, Workshops sowie die Realisierung von Pilotprojekten stehen dabei im Vordergrund und sollen Aufschluss über die Chancen eines Wiener Zentrums für Wirtschaftskooperation geben. Im Rahmen der Pilotprojekte sollen die Hypothesen über die zu erwartenden Synergieeffekte getestet, Kooperationen mit interessierten Unternehmen und die Simulation eines „virtuellen Zentrums" durchgeführt werden.

VITECC

Ausgehend davon, dass für Wien die grenzüberschreitenden Städtekooperationen und die Beteiligung an infrastrukturellen, regionalen Leitprojekten von zunehmender Bedeutung sein werden, wurde im Frühjahr 1996 das Projekt „Vienna Tele Cooperation Centre" (VITECC) als grenzüberschreitendes Kooperationsnetz zwischen den Städten Györ, Bratislava, Brünn und Wien in INTERREG II A genehmigt. Das Projekt konnte inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden.

In einer bereits laufenden Fortsetzung im Rahmen des Projektes „VITECC II" sollen generell die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen durch Aktivitäten im Bereich Standortentwicklung, Tourismus und „business promotion" verstärkt werden und die Regionalmanagement-Büros der Nachbarstaaten und der beteiligten Bundesländer einbezogen werden. Weiters sollen die Schwerpunktthemen von VITECC durch zielgruppenspezifische Aktivitäten ergänzt werden. Zusätzlich wird mit dem Projekt „VITECC - Office" ein Servicezentrum zur ständigen Kommunikation, Information und Kooperation zwischen den einzelnen Städten unter Nutzung modernster Telekomtechnologie eingerichtet.

Planning the Gateway

Die Kooperation auf dem Planungssektor in den städtischen Zentren Wien, Györ, Bratislava und Brünn bildete den Schwerpunkt für das Projekt „Planning the Gateway". Das Projekt wurde 1998 fortgesetzt.

Frauennetzwerk Ost-West 2000

Im Rahmen einer Tagung „Frauennetzwerk Ost-West 2000" wurde im Herbst 1997 den Teilnehmer/innen Gelegenheit geboten, konkrete und innovative Beispiele aus MOE-Ländern und Wien in den Bereichen Gleichbehandlung, frauenspezifische Stadtplanung, Arbeitsmarkt und Qualifikation, Soziales, Gesundheit und Sicherheit vorzustellen; in einem zweiten Schritt wurden in Arbeitsgruppen gemeinsam mögliche Kooperationsstrategien und -schwerpunkte, sowohl im Bereich public-private partnerships als auch der kommunalen und institutionellen Zusammenarbeit, entwickelt. Die Ergebnisse der Tagung mündeten in die Gründung eines Ressourcenzentrums für Frauen als Drehscheibe zwischen Wien und den Städten der MOE-Länder. Das Projekt konnte 1998 mit einer weiteren Tagung des Netzwerkes unter dem Motto „EU-Förderungen für Frauen" fortgesetzt werden.

Ökoprofit

Weiters wurde im Rahmen der Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz das Projekt „ÖKOPROFIT Wien - Györ" initiiert. Die Projektziele liegen darin, es durch intensive umweltpolitische und -technische Beratung Betrieben in Wien und Györ zu ermöglichen, ihre negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Dadurch wird insgesamt der Wirtschaftsraum Wien-Györ dauerhaft gestärkt.

PAMACON

Ein weiteres sehr ambitioniertes Vorhaben stellt schließlich das Projekt „Pannonian Mayors Conference" (PAMACON) des Österreichischen Städtebundes dar. Eingerahmt durch zwei Bürgermeisterkonferenzen soll der Erfahrungsaustausch und die fachliche Diskussion einer gemeinsamen Entwicklung in Form einer Experten-Plattform und eines Internet-Meeting-Points, insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung, vorangetrieben werden. Das Projekt soll in Rahmen von INTERREG II C auf weitere Länder ausgedehnt werden.

Verkehrsstudien

Eine Reihe von Studien für neue Verkehrsmodelle für die Region Wien konnten 1998 abgeschlossen werden: „Eisenbahnanbindungen des Flughafens Wien an den Großraum Györ/Westungarn, Bratislava", „Verkehrsentwicklung der Ostregion und Ausweitung des Verbundraumes in die Republik Slowakei - Raum Bratislava" und die „Straßenverkehrserhebung Außenverkehr Wiener Region".

1.2 .Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC

INTERREG II C - CADSES (Central-, Adriatic-, Danubian-, South-Eastern-Space) ist ein transnationales EU-Förderungsprogramm für Mittel- und Südosteuropa. 21 Projekte wurden in Österreich bewilligt, wobei das Land Wien die Koordination der österreichischen Bundesländer übernahm. Dieses strategisch sehr wichtige Programm befasst sich mit transnationalen Projekten in folgenden Bereichen:

- Zusammenarbeit im Bereich der Europäischen Raumordnung
- Vorbereitung für die EU-Erweiterung
- Aufbau von Städtenetzwerken mit dauerhaften Kooperationsstrukturen
- Transnationale Zusammenarbeit im Bereich Verkehr, Mobilität und Logistik
- Entwicklung von Projekten im Donauraum zum gemeinsamen Nutzen
- Austausch von Erfahrung und Wissen sowie die Erhaltung des natürlichen und kulturellen Erbes

Zu den wichtigsten Projekten der genannten Arbeitsfelder zählen:

UTN (Urban Technology Network)

Das Städtenetzwerk UTN (Urban Technology Network) versucht eine dauerhafte Städtekooperation in Mittel- und Südosteuropa aufzubauen. Ziel ist die Einrichtung von Hilfestellungen in allen wesentlichen Belangen der Kommunalpolitik, im Speziellen in den Bereichen Verwaltungsreform, Infrastrukturplanung und Stadterneuerung.

Vision Planet

Im Projektteil „VISION" sollen räumliche Leitbilder und Strategien für Mittel- und Südosteuropa erarbeitet werden und in einem Dokument „PLANET" dargestellt werden. Im Rahmen bi- und multilateraler Fachveranstaltungen wird ein strukturierter Dialog des Projektes VISION PLANET geführt und ausgewertet.

Preparity

Das Projekt „PREPARITY" verfolgt das Ziel, die politischen und administrativen Verantwortlichen in den Regionen an der EU-Außenzone auf die EU-Erweiterung vorzubereiten. Eine transnationale Starttagung für das Projekt PREPARITY fand am 2. und 3. September 1998 in Rust statt.

RDA-Net-CEDA

Soll die Zusammenarbeit der Regionalen Entwicklungsagenturen vertiefen und alle relevanten Akteure und Institutionen transnational und grenzüberschreitend für wichtige Themen wie Investitionsförderungen, industrielle Entwicklung, Belange des Umweltschutzes usw. zusammenschließen.

IMPLAN

Dient der Zusammenarbeit der Städte Berlin, Prag, Krakau, Wien, Budapest und Sofia im Erfahrungsaustausch des Umgangs größerer Agglomerationen mit ihrem Umland und widmet sich der Aufgabe, vorhandene Ungleichgewichte in ökonomischer und sozialer Sicht abzubauen.

TECNOMAN

Die Ausgestaltung und Erweiterung der TEN (Transeuropäische Verkehrsnetze) wird die regionale Standortqualität in Ost- und Westeuropa wesentlich beeinflussen. Die Schwerpunkte von TECNOMAN liegen in den so genannten „Kreta-Helsinki-Korridoren" und ihre Beziehung zu den Mitgliedstaaten sowie dem Ausbau intermodaler Verkehrsknoten. Zu spezifischen Schwerpunktthemen werden auch nationale und internationale Workshops veranstaltet.

IMONET (Intermodaler Cargo Transport Node Network)

Ist ein Güterverkehrsknotenprojekt mit dem Ziel, die Möglichkeiten und Entwicklungen der intermodalen Verkehrsknoten durch die Einbeziehung von Logistik und Wirtschaftsplanung effizienter zu gestalten.

Verkehrsstudie Donaukorridor

Im Rahmen dieses Projektes sollen die Engpässe der Verkehrsentwicklung im Donauraum aufgezeigt werden, um die Konkurrenzfähigkeit von Schiene und Wasserstraße zu erhöhen.

Magistrale für Europa

Der Ausbau der Verkehrsachse PARIS-STRASSBURG-MÜNCHEN-WIEN-BUDAPEST für den schienengebundenen Verkehr und seine volkswirtschaftlichen Auswirkungen werden näher untersucht.

1.3. Umsetzung

Zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG II A (A-CZ/A-SK/A-H) und INTERREG II C CADSES (18-Staaten Mittel- und Südosteuropas) waren 1998 eine Fülle von Arbeits- und Abstimmungsgesprächen erforderlich. Eine Vielzahl von Gremien soll die ordnungsgemäße Programmentwicklung und Projektauswahl in den verschiedensten Förderprogrammen von INTERREG garantieren.

1.4. INTERREG Broschüre

In der INTERREG Broschüre, die Ende 1998 erschienen ist, werden die Organisationsstrukturen, Aufgabenschwerpunkte und Zielsetzungen sowie alle INTERREG II A und INTERREG II C Projekte des Landes Wien präsentiert.

2. Urban-Wien Gürtel-Plus

2.1. Statusbericht

Wie bereits im Vorjahr ist ein überaus erfolgreicher Verlauf der Projekte im Rahmen des Urban-Programmes zu verzeichnen. Im Jahr 1998 waren 30 Projekte im Laufen, von denen 22 aus EFRE-Mitteln, sieben aus ESF-Mitteln und ein Projekt aus beiden Fonds gefördert wurden. Schwierigkeiten traten bei der Finanzierung des Projektes „Ökologische Blocksanierung" auf, da die Kofinanzierung durch den Bund nicht in der zugesagten Höhe eingehalten wurde und verspätet zur Auszahlung gelangte.

Im Oktober fand die „Internationale Fachtagung URBAN" im Wiener Rathaus statt, an der zahlreiche Teilnehmer aus europäischen URBAN-Städten teilnahmen. Die Veranstaltung war gut besucht (etwa 300 Personen) und erhielt von den Teilnehmern durchwegs positive Kritiken. Ebenso ein Erfolg war die im Rahmen der Fachtagung initiierte Abendveranstaltung (Konzert in der Votivkirche).

2.2. Medienecho

Die Realisierung der Projekte steigerte das Interesse der inländischen Medien noch weiter. Die ständige Präsenz von URBAN in den Wiener Zeitungen machte das Förderprogramm in der Wiener Bevölkerung bekannt und konnte die Akzeptanz der Europäischen Union verbessern.

Da viele Projekte mit ihrem innovativen Charakter über die Grenzen hinweg interessant sind, berichteten auch ausländische Zeitungen und Fernsehgesellschaften über das Wiener URBAN-Programm. Außerhalb Europas war ein Artikel in der New-York-Times über die Gürtelbögen zu finden.

Auf die Jugend- und Kulturmeile wird auch in den Printmedien des Tourismusverbandes (Auflage: 1 Million/Jahr in fünf Sprachen) hingewiesen, um die Stadtbahnbögen zu einem neuen Anziehungspunkt des Wien-Tourismus aufzuwerten.

2.3 URBAN Broschüre

1998 erschien auch die URBAN Broschüre. Sie beinhaltet die Entstehungsgeschichte von URBAN-Wien - Gürtel plus und beschreibt alle Projekte. Neben Fachleuten und Interessenten aus der Wiener Bevölkerung wurde sie auch Journalisten zur Verfügung gestellt. Ein eigenes Konvolut in englischer Sprache lag beim „Wiener Gipfel" der österreichischen Präsidentschaft auf.

2.4. Vorbereitung URBAN II (Ziel-2(neu))

Im Rahmen der Strukturfondsreform kann von einem Entfall der Gemeinschaftsinitiative URBAN auf europäischer Ebene ausgegangen werden. Im Gegensatz zu einigen Zielgebietsförderungen sind bei Gemeinschaftsinitiativen keine stufenweisen Reduktionen (phasing out) seitens der Kommission beabsichtigt.

Die MD-EUF bereitet jedoch derzeit die Inanspruchnahme von künftigen Ziel-2-Förderungen für ein noch zur Diskussion stehendes städtisches Problemgebiet vor. Die Gebietsauswahl wird von der MA 18 vorbereitet. Diesbezüglich wurden bereits konkrete Gespräche aufgenommen. Die Vorbereitung und Ausarbeitung eines EPPD (Einheitlichen Programm Planungs Dokumentes) wird einen Schwerpunkt für das erste Halbjahr 1999 bilden.

Das 5. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung

Mit dem Auslaufen des 4. Rahmenprogrammes für Forschung und technologische Entwicklung hat die Europäische Kommission die Nachfolge durch das 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung festgesetzt. Das neue Förderprogramm unterscheidet sich vom Letzten insofern, als der Europäischen Kommission hierbei folgende Neuerungen besonders wichtig waren:

- Die vereinfachte administrative Abwicklung von Projekten,
- die Aktualisierung der Förderthemen hinsichtlich der wichtigsten Europäischen Anliegen,
- die stärkere Einbindung der Europäischen Wirtschaft,
- eine stärkere Betonung der Nachhaltigkeit in Bezug auf die Verwertbarkeit von Projektergebnissen sowie
- die Einbeziehung des Gesamteuropäischen Lebensraumes (Ökologische Gesichtspunkte als Evaluierungskriterien).

Für die Stadt Wien ist es von besonderem Interesse, aus dem 5. Rahmenprogramm jene Themen herauszuschälen, deren Arbeitsprogramme sich mit den eigenen Projekten der Stadt Wien im Wesentlichen decken, sodass Förderungen hiezu seitens der Stadt Wien angesprochen werden können. Durch die Änderungen im neuen 5. Rahmenprogramm einerseits sowie durch die Komplexität und den Umfang des gesamten Programmes andererseits war es notwendig, die Dienststellen des Magistrats über die Inhalte in strukturierter und aufbereiteter Form zu informieren.

Im Jahr 1998 wurden die Informationsveranstaltungen Telematik & Informationstechnologien, Medizin & Gesundheit, Energie & Umwelt sowie Stadtplanung & Stadttechnologien für die zuständigen Magistratsbediensteten abgehalten.

3. Aktionsprogramme Umwelt und Gesundheit

Im Jahr 1999 wurden aus zehn Projektvorschlägen im Umwelt- und Gesundheitsbereich sechs Projekte eingereicht und gelangten zur Durchführung.

Es sind dies:

- Temol (Projekt im Bereich des Energiemanagements)
- Kriterienkatalog (Erstellung eines Kriterienkataloges zur umweltfreundlichen Beschaffung)
- Rohrgräbenverfüllung (Normung des Verfahrens zur Verfüllung von Rohrgräben mit Aushubmaterial)
- Suchtprävention im Kindergarten (Fachtagung in Wien)
- Postnatale Depressionsbehandlung (Behandlung von depressionsgefährdeten Müttern im Wochenbett)
- Woche der Suchtprävention (Fachtagung im Rahmen der Europäischen Woche für Suchtprävention in Wien)

4. Organisatorische Maßnahmen

a) Veröffentlichungen aus dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

Eine weitere Neuerung zur Verbesserung der Serviceleistung der MD-EUF war die Einführung der Übernahme von Veröffentlichungen des Europäischen Amtsblattes für das Intranet der Stadt Wien.

Im Intranet der Stadt Wien stehen zwei Datenquellen für die Nutzung durch die Magistratsdienststellen zur Verfügung:

- Die aktuellen Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen (Calls) bis zum Ende der Einreichfrist
- Interessante Veröffentlichungen der EU, die Auswirkungen auf die Dienststellen der Stadt Wien haben können, auf derzeit noch unbestimmte Zeit.

Die Übernahme des Datenmaterials von Datenquellen der Europäischen Union wurde dermaßen gestaltet, dass sie halbautomatisch vom Sekretariat bzw. der Kanzlei durchgeführt werden kann und mit einem zeitlichen Verzug von einem Tag, ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung, im Intranet der Stadt Wien für die Dienststellen angeboten wird.

b) Einführung eines Projektauskunftssystems für die Stadt Wien

Mit dem Referatserlass vom 13. Oktober 1998 zur Erhebung aller EU-geförderten Projekte, die mit Beteiligung der Stadt Wien einhergehen, wurde die Grundlage eines Projektauskunftssystems für EU-Projekte geschaffen.

Diese Grundlage besteht im Wesentlichen aus der Vereinheitlichung des Datenmaterials (Eckdaten) von EU-Projekten aus allen Förderbereichen sowie der Erhebung von EU-Projekten, die, obwohl mit Beteiligung der Stadt Wien aber ohne budgetäre Bindung, durchgeführt wurden bzw. werden.

Das Projektauskunftssystem wurde für die Abfrage im Intranet und darüber hinausgehend in einem zweiten Schritt auch für die Beauskunftung im Internet EDV-mäßig aufbereitet. Hierbei ist die Suche nach Themengebieten, nach textlichen Begriffen sowie die Unterscheidung nach laufenden und abgeschlossenen Projekten möglich.

Magistratsdirektion - Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH)

1. Überblick

Der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen sind die Leitstelle des rechtskundigen Permanenzdienstes, die Dezernate „Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit" und „Sofortmaßnahmen", der Dienstkraftwagenbetrieb sowie der Aufgabenbereich „humanitäre Hilfsmaßnahmen" zugeteilt. Die Projektkoordination Euro, die 1997 in der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen eingerichtet wurde, ist mit Wirksamkeit 1. Dezember 1998 dem in der Magistratsdirektion neu gegründeten Referat „Betriebswirtschaft und Controlling" zugeordnet. Mit Stichtag 31. Dezember 1998 waren in der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen insgesamt 29 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

2. Die einzelnen Aufgabenbereiche der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen

2.1. Rechtskundiger Permanenzdienst

In einer Neuauflage des Organisationshandbuches für den rechtskundigen Permanenzdienst wurden alle bisher durchgeführten Änderungen eingearbeitet, die anzuwendenden Rechtsvorschriften entsprechend ihrer Bedeutung für den rechtskundigen Permanenzdienst neu geordnet und - soweit dies erforderlich war - aktualisiert und die den rechtskundigen Permanenzdienst betreffenden Erlässe des Magistratsdirektors dem Organisationshandbuch beigelegt. Dadurch konnte allen Permanenzjurist/inn/en eine aktuelle und übersichtlich gestaltete Arbeitsunterlage zur Verfügung gestellt werden.

Weiters wurde der bisher verwendete Dienstaktenkoffer durch eine wesentlich leichtere Dienstaktentasche ersetzt und dadurch einem von mehreren Kolleg/inn/en vorgebrachten Wunsch Rechnung getragen.

Da seit der letzten Personalaufstockung im Oktober 1996 insgesamt 15 Permanenzjurist/inn/en aufgrund der objektiv festgelegten Kriterien (z.B. Beförderung in die Dienstklasse VII) ausgeschieden sind, war eine neuerliche Personalaufstockung erforderlich. Mit Wirksamkeit vom 1. April 1998 wurden daher weitere 16 Jurist/inn/en des Magistrats als Permanenzjurist/inn/en zu Bereitschaften eingeteilt. Aufgrund dieser Personalaufstockung konnte eine gerechtere Aufteilung der Bereitschaften auf mehr Jurist/inn/en erreicht und der Frauenanteil beim rechtskundigen Permanenzdienst auf 45 Prozent erhöht werden. Die neuen Permanenzjurist/inn/en wurden im Rahmen eines Informationsnachmittages eingeschult und auf ihre Aufgaben vorbereitet. Im Rahmen einer von der Leitstelle organisierten Meinungsumfrage brachten diese ihre große Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen (z.B. technische Ausrüstung) zum Ausdruck.

Im Zuge einer Informationsveranstaltung für alle Permanenzjurist/inn/en wurde über Änderungen, die teilweise aufgrund des Ergebnisses der im Herbst 1997 abgehaltenen Meinungsumfrage erfolgten, berichtet und den Kolleg/inn/en Gelegenheit zur Diskussion und Einbringung weiterer Verbesserungsvorschläge gegeben.

Speziell für die heuer neu hinzugekommenen Permanenzjurist/inn/en wurde eine Informationsveranstaltung zum Thema „Katastrophenschutz in Wien" abgehalten. Neben den rechtlichen Grundlagen des Katastrophenschutzes und einer allgemeinen Einführung zum Thema „Katastrophenschutz - Zivilschutz" wurde auch ein Einblick in die Organisation und Aufgaben des staatlichen Krisenmanagements des Bundes und die Geschäftsordnung für das Krisenmanagement der Stadt Wien gewährt.

Aufgrund einer bereits im Vorjahr getroffenen Entscheidung, die Voraussetzungen für die Verwendung eines Laptops mit der Möglichkeit der Herstellung eines drahtlosen Zuganges zum Intranet des Magistrats der Stadt Wien und damit zu den Rechtsinformationssystemen WRS und RIS zu erproben, wurde mit einer Gruppe von 15 freiwilligen Permanenzjurist/inn/en von April bis Oktober 1998 ein Probebetrieb durchgeführt.

Die Auswertung der abgegebenen Erfahrungsberichte ergab große technische Probleme beim Herstellen der Verbindung zum Intranet, eine im Durchschnitt schlechte Übertragungsqualität und - so weit überhaupt eine on-line-Verbindung zustandekam - eine unverhältnismäßig lange Dauer für den Einstieg und einen langsamen Verbindungsaufbau. Es kann daher aus derzeitiger Sicht auf eine ständige Verwendung eines Laptops im Rahmen des rechtskundigen Permanenzdienstes verzichtet werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Anforderungen des rechtskundigen Permanenzdienstes lagen wie bisher in den Rechtsbereichen des Wiener Veranstaltungsgesetzes (20 %), der Gewerbeordnung (17 %) und des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes (13 %). Insgesamt waren im Jahr 1998 130 Anforderungen zu verzeichnen, wobei die Erledigung in 119 Fällen telefonisch erfolgte und elfmal eine Amtshandlung des bzw der Bereitschaftshabenden an Ort und Stelle erforderlich war. Bei diesen Einsätzen handelte es sich fast ausschließlich um die Anordnung erforderlicher Maßnahmen nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz.

2.2. Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit

Der eindeutige Schwerpunkt der Tätigkeiten im Berichtsjahr lag innerhalb des Dezernates Zivilschutz, Krisenmanagement und Sicherheit bei der Vorantreibung des Projektes zur Einrichtung von „Psychosozialen Betreuungsteams" für Katastrophenopfer und deren Angehörige. Gemeinsam mit der dafür eingerichteten interdisziplinären Arbeitsgruppe ist es gelungen, ein schlüssiges Ausbildungskonzept für die vorgesehenen Betreuungsteams zu erstellen. Mit dem ersten Teil der Ausbildung der Teams (derzeit zwölf Teams bestehend aus je einem/einer Psychologen/in, einem/einer Sozialarbeiter/in und einem/einer Krankenpfleger/in) konnte im zweiten Halbjahr 1998 begonnen werden. Nach Abschluss dieses 1. Ausbildungsteiles kann davon ausgegangen werden, dass die Betreuungsteams nach Abschluss der Gesamtausbildung im zweiten Halbjahr 1999 zum Einsatz gebracht werden können. Die grundlegende Organisation für den Einsatz der „Psychosozialen Betreuungsteams" bei Unfällen bis hin zu Katastrophenereignis-sen zur „psychologischen Erste-Hilfe-Leistung" sind getroffen und es wird die entsprechende Einsatzführung im Wege der MA 70 - Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien im Einvernehmen mit dem Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement und Sicherheit der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen erfolgen.

Wien ist mit diesem Projekt das erste österreichische Bundesland, das eine derartige Struktur zur psychosozialen Betreuung von Opfern von Unfällen und Großschadensereignissen einführt. Aufgrund des bestehenden großen Interesses in den Bundesländern bzw. Einsatzorganisationen wird Anfang März 1999 ein groß angelegtes internationales Informationsseminar gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres durchgeführt werden.

Aus Sicht des Katastrophenschutzes stand das Jahr 1998 auch im Zeichen eines erstmals österreichweit durchgeführten Probealarms des akustischen Warn- und Alarmsystems. In den letzten Jahren sind in den Bundesländern unter Verwendung von Mitteln des Katastrophenfonds flächendeckende akustische Warn- und Alarmsysteme errichtet worden, die nunmehr zu einem österreichweiten System zusammengefasst werden konnten. Unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres wurde daher 1998 über Vorschlag der Bundesländer Oberösterreich und Wien erstmals ein gemeinsamer Probealarm durchgeführt. Dieser gemeinsame Probealarm wird in Hinkunft österreichweit an jedem ersten Samstag im Oktober durchgeführt werden. Mit diesem gemeinsamen Probealarm können vor allem im Hinblick auf die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit zur Information der Bevölkerung gute Synergieeffekte erzielt werden. Die Ziele des Probealarms - einerseits Vertrautmachen der Bevölkerung mit den Zivilschutzsignalen und andererseits technische Erprobung des Systems bzw. das Gewinnen von Erkenntnissen über die tatsächlichen Reichweiten - konnten im zufriedenstellenden Ausmaß erreicht werden. Der Test ergab für alle Bundesländer wichtige Anhaltspunkte für den weiteren Ausbaubedarf. Organisatorisch und technisch konnte das Funktionieren des Systems festgestellt werden.

Das Thema „Information und Warnung der Bevölkerung" wurde auch bei einem EU-weiten Seminar in Deutschland behandelt, an dem über Einladung des Bundesministeriums für Inneres auch ein Vertreter des Dezernates teilnahm. Hier konnten insofern wichtige Erkenntnisse gewonnen werden, als erkennbar ist, dass der Trend EU-weit zu einer Vereinheitlichung der Zivilschutzsignale geht und die Aussendung von akustischen Signalen zur Warnung der Bevölkerung europaweit grundsätzlich als unverzichtbar angesehen wird.

Auf dem Gebiet des Krisenmanagements ragte im Jahr 1998 die Teilnahme an der so genannten „INEX 2 - Ungarn", einer internationalen Kommunikationsübung, bei der sowohl die internationalen als auch die nationalen Kommunikationswege zwischen den bei den verschiedenen Staaten eingerichteten Warnzentralen erprobt werden sollten, über das Alltagsgeschehen hinaus. Österreichweit wurde diese Gelegenheit wahrgenommen, um auch die Kommunikation zwischen der Bundeswarnzentrale und den Landeswarnzentralen sowie den bei den Ländern und beim Bund einzurichtenden Krisenmanagements zu überprüfen. Übungsannahme war dabei ein Störfall in einem ungarischen Kernkraftwerk, der nach seinem Umfang auch zu eventuellen Auswirkungen in Nachbarländern führen hätte können. Bei dieser Übung konnte festgestellt werden, dass die Mechanismen der Krisenmanagements sowie der zwischen ihnen bestehenden Kommunikation innerhalb Österreichs in den letzten Jahren erheblichen Verbesserungen zugeführt und so gegenüber in den Vorjahren durchgeführten ähnlich gelagerten Übungen deutliche Fortschritte verzeichnet werden konnten.

Auf dem Sektor der internationalen und nationalen Zusammenarbeit nahm 1998 auch die Vorbereitung einer internationalen Katastrophenschutzübung, die im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden federführend von

Österreich im Grenzgebiet Slowakei - Ungarn - Österreich durchgeführt werden wird, breiten Raum ein. Bei dieser so genannten „COMPRO- TEX 99" wird als Szenario ein Chemieunfall in der Slowakei angenommen, der nur unter Einsatz internationaler Hilfe zu bewältigen ist. Bereits die seit längerem laufende Vorbereitung für diese Übung ergibt wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Zusammenarbeit der verschiedensten Organisationen, die auf dem Gebiet des Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes europaweit tätig werden. In der Übung selbst sollen weitere Potentiale zur Verbesserung der Kommunikation festgestellt werden.

Zum Thema internationale Zusammenarbeit sei abschließend noch erwähnt, dass die Dienststelle auch bei der im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs durchgeführten Sitzung der höchsten für den Katastrophenschutz zuständigen Beamten in der EU teilgenommen und über Ersuchen des Innenministeriums auch die Präsentation des Donauhochwasserschutzes in Wien organisiert hat.

Im Hinblick auf die Umsetzung der auf EU-Ebene ausgearbeiteten Seveso 2-Richtlinie (Sicherheitsbestimmungen für gefahrgeneigte Betriebe) ergab sich auch die Notwendigkeit der Abstimmung der diesbezüglich in den Bundesländern vorhandenen Katastropheneinsatzpläne. Unter Federführung der Verbindungsstelle der Bundesländer konnte hier in etlichen Arbeitssitzungen die Erfüllung der Richtlinien auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes in Österreich gewährleistet werden.

Im Strahlenschutz ist es im vergangenen Jahr nunmehr gelungen, das Konzept der Einrichtung einer Personendekontaminationsstelle im Bereich der Desinfektionsanstalt der MA 15 (unter Mitarbeit der MA 68 - Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie MA 70 - Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst) auch insoweit mit Leben zu erfüllen, als die für den Betrieb einer derartigen Einrichtung erforderlichen Materialien angekauft werden konnten und nunmehr für den Ernstfall zur Verfügung stehen. Wien ist somit in der Lage, Personendekontamination - wenn auch in bescheidenem zahlenmäßigen Umfang - mit eigenen Kräften durchzuführen. In Weiterführung dieses Konzeptes wurde begonnen, die Möglichkeit der Einrichtung weiterer derartiger Dekontaminationsstellen in städtischen Bädern zu überprüfen. Die Ausweitung des Konzeptes auf die Bäder und damit die Erhöhung der Kapazität der Dekontaminationsmöglichkeiten für Personen wird für das Jahr 1999 angestrebt.

Besonders erwähnenswert erscheint auch die im Zuge der Erstellung des „Katasters katastrophenwichtiger Betriebe" gemeinsam mit der Wirtschaftskammer durchgeführte Enquete über die Einrichtung dieses Katasters, der in Krisen- und Katastrophenfällen dazu beitragen soll, die Infrastruktur bzw. vor allem die Versorgungsstrukturen der Stadt möglichst rasch wieder einzurichten bzw. aufrechtzuerhalten. Leider ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, dass das Interesse der Wirtschaft an der Einrichtung derartiger Versorgungsstrukturen nicht sehr ausgeprägt ist.

Wie jedes Jahr wurde wieder eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen zum Thema „Krisenmanagement der Stadt Wien" durchgeführt, wobei Informationsveranstaltungen vor allem für Bezirksvertretungen, Amtsärzte, verschiedene ausländische Delegationen, Studenten der Lawinen- und Wildbachverbauung und Angehörige des Bundesheeres gestaltet wurden.

Auf dem Gebiet der Sicherheitszuständigkeit der Dienststelle ist zu erwähnen, dass für diverse Dienststellen wieder Sicherheitsanalysen bzw. Sicherheitsberatungen durchgeführt bzw. an der Einrichtung von Alarmanlagen für Kindergärten mitgewirkt wurde.

2.3. Sofortmaßnahmen

Auch im Jahre 1998 stand als oberste Maxime des Dezernates Sofortmaßnahmen rasche und unbürokratische Hilfe - speziell bei Notsituationen! Einige Schwerpunktaktionen, wie „Rathausmänner unterwegs" oder „Donauinsel" wurden fortgeführt. Auf Wunsch der Herren Bezirksvorsteher von Mariahilf und Meidling wurden gesonderte Überprüfungen der Baustellensituationen, wie auch eine Schwerpunktaktion gemeinsam mit Vertretern der Bundespolizeidirektion Wien hinsichtlich des Sicherheitsstandards der Wiener Fiaker vorgenommen. Es wurde ausreichend intensiver Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern - wie etwa Stadträten und Bezirksvorstehern - gehalten; andererseits wurde die Kommunikation mit den Redaktionen der Print- sowie der elektronischen Medien intensiviert und ausgebaut. Im technischen sowie im EDV-Bereich des Dezernates fanden große Vorbereitungen für Umwälzungen im Hinblick auf die Jahre 1999 und 2000 statt, die im diesbezüglichen Teilbericht ersichtlich sind.

Bei insgesamt 36 Wohnungsbränden sowie Gasexplosionen wurde massiv Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Personen zunächst in Ersatzunterkünften untergebracht bzw. in weiterer Folge in jener Form betreut, dass Prekariumswohnungen bereitgestellt oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert wurden.

Einige Fälle, die auch medial große Breitenwirkung fanden, sind noch besonders hervorzuheben:

- Gasexplosion in der Silvesternacht 1997 auf 1998 - 7. Bezirk, Burggasse - Evakuierung eines gesamten Wohnhauses, Betreuung der obdachlosen Personen.
- Brandstiftung und Großbrand in einer Pizzeria - 7. Bezirk, Schottenfeldgasse 58, Betreuung vor Ort, aber vor allem auch Nachbetreuung in Form von Zurverfügungstellung von Prekariumswohnungen für die betroffenen Hausbewohner.
- Schließung einer Nachtbar - 1. Bezirk, Kärntner Straße 61 sowie Festnahme von 15 Illegalen im Rahmen einer Großaktion.

Weiters ist es gelungen, durch konsequente und rigorose Kontrollen, das sich in den vergangenen Jahren abzeichnende Überhandnehmen von illegalen und unangemeldeten Veranstaltungen - speziell im 3. Bezirk Sofiensäle, Hübner Kursalon, unter Kontrolle und einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Auf intensivste Koordination des Dezernates ist es ebenfalls gelungen im April 1998 nun letztendlich alle Freizeitbetriebe der „Copa Cagrana" sowohl gewerbebehördlich als auch baubehördlich zu genehmigen.

Schließlich war es möglich, durch Schaffung weiterer Grillplätze im Westen Wiens (16. und 17. Bezirk) sowie einer rigorosen Kontrolle plus Präventiverkennung von Missständen zu einer Entschärfung der Situation des in den vergangenen Jahren vorhandenen Sicherheitsproblems des Massenansturms auf den Grillplatz im 19. Bezirk im Bereich Krapfenwaldlbad beizutragen.

Die Aktion „Rathausmänner unterwegs" wurde nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen medialen sowie öffentlichen positiven Reaktionen fortgeführt. Arbeitsvorgabe war und ist es, unter dem Titel „Agieren statt Reagieren" das gesamte Straßennetz eines Bezirkes innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abzufahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufzuspüren. Parallel dazu war an den jeweiligen Tagen dieser Aktionen auch das Mobilbüro des Bürgerdienstes - nach entsprechender Vorankündigung durch die MA 53 - als zentrale Anlaufstelle für Beschwerden und Hinweise im Einsatz. Diese insgesamt 9 Bezirksaktionen wurden in freiwilliger Mehrarbeit - zusätzlich zur laufenden Dezernatstätigkeit - von sämtlichen Mitarbeitern des Dezernates mit großer Einsatzbereitschaft bewältigt. Es wurden dabei insgesamt 1.359 Kilometer des Wiener Straßennetzes abgefahren und 1.018 Schadensfälle festgestellt. Diese Fälle wurden unter Ausschaltung des Postweges mittels elektronischer „Straßenschadensdatei" bzw. „Kfz-Datei" an die jeweiligen Fachdienststellen gemeldet, die wiederum für eine rasche Behebung sorgten.

Auf ausdrücklichen Wunsch wurden, wie bereits eingangs erwähnt, von den Herren Bezirksvorstehern von Mariahilf und Meidling im Herbst 1998 jeweils Schwerpunktaktionen im Hinblick auf ausufernde sowie nicht genehmigte Baustofflagerungen und die darauf zurückführende Parkraumnot in den Bezirken vorgenommen. Flankierend zu diesen Baustellenüberprüfungen wurden auch Kontrollen des Arbeitsinspektorates hinsichtlich Schwarzarbeit schwerpunktmäßig durchgeführt.

Dieses rasche Reagieren auf bezirksspezifische Probleme fand großen Anklang und wurde auch entsprechend medial von den Bezirksvorstehungen ausgewertet.

In ähnlicher Form, aber auf Eigeninitiative des Dezernates Sofortmaßnahmen, wurde im Juni 1998 im Hinblick auf die bevorstehende Übernahme Österreichs auf die EU-Präsidentschaft ebenfalls eine schwerpunktmäßige Überprüfung der Baustellensituation im 1. Wiener Gemeindebezirk vorgenommen.

Weiters wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Bürgermeisters die Wiener Fiakerszene im Hinblick auf Sicherheitsauflagen sowie, gemeinsam mit der Bundespolizeidirektion Wien, auf Alkoholisierung der Fiakerlenker überprüft.

Statistik:

Die unter dem Titel „Gesamtstatistik Zentrale Bürgeranliegen" bezirksweise angelegte Auflistung für das Jahr 1998 ist entsprechend den Bezirksbereichen des Dezernates auch nach verschiedenen Sachgebieten eingeteilt. Insgesamt gab es dabei 3.421 bearbeitete Fälle. Diese Statistik setzt sich aus den Eintragungen in die Kfz-Datei - 191 Fälle - als Arbeitsdatei, der Straßenschadensdatei - 1.994 Fälle - sowie dem Sofortmaßnahmenprotokoll - 1.236 Fälle - zusammen und gewährleistet somit einen repräsentativen statistischen Gesamtüberblick über die Tätigkeit des Dezernates.

Kommunikations- und Infobereich:

Im Jänner des Jahres 1998 wurden von den Dezernatsmitarbeitern mit sämtlichen Bezirksvorstehern - wie auch in den Jahren davor - Kontaktgespräche über bezirksspezifische Problemstellungen geführt. Die übertragenen Fälle wurden mit anschließender Benachrichtigung der Bezirksvorstehungen bearbeitet. Diese Initiative fand großen Anklang und wird selbstverständlich auch 1999 fortgeführt.

Das Aufgabengebiet des Dezernates wurde einerseits in Vorträgen im Rahmen der Lehrlingsausbildung, aber auch in einem eigens dafür festgelegten Termin der MD-Verwaltungsakademie für Mitarbeiter/innen der Wiener Stadtverwaltung vorgetragen.

Auf der „Sofortmaßnahmen-Hotline", Tel. 40 00-75222, die zur Kontaktaufnahme auch außerhalb der Dienstzeiten vorgesehen ist, sind rund 311 Anrufe mit diesbezüglichen Hinweisen, Beschwerden, Anregungen usw. eingelangt. Die Beschwerdeführer wurden bei Beginn der regulären Dienstzeit von den Mitarbeitern des Dezernates zurückgerufen, und es wurde sich ihrer Wünsche angenommen.

Medienbereich:

In der regelmäßig erscheinenden und an alle Wiener Haushalte versendeten Informationszeitung der MA 53 „Unser Wien" wurde in der eigenen Kolumne mit dem Titel „So hat mir die Stadt geholfen" über spektakuläre Fälle berichtet. Berichte über Einsätze bzw. Aktionen wurden u.a. auch über die Rathauskorrespondenz des Pressedienstes der Stadt Wien ausgesendet.

In nachfolgenden Medien wurde über die Aktivitäten teilweise intensiv berichtet, aber auch informiert:

Elektronische Medien:

ORF Schiejok täglich
ORF Argumente
W 1 - Informationssendungen über Aktivitäten des Dezernates sowie über Einrichtungen der Wiener Stadtverwaltung, die auch außerhalb der regulären Dienstzeit wie beispielsweise in der Weihnachtszeit Dienst für die Bürger/innen der Stadt Wien absolvieren.

Printmedien:

Kurier - Aktuelle Berichterstattung
Kronen Zeitung - Aktuelle Berichterstattung
Kronen Zeitung - Ombudsman-Redaktion
Die Presse - Aktuelle Berichterstattung
Der Standard - Aktuelle Berichterstattung
Täglich Alles - Aktuelle Berichterstattung

Im technischen sowie im EDV-Bereich kam es zu einem Umstieg auf die neue Generation von GSM-Handys, Ausstattung von Notebooks sowie Umstieg auf neue EDV-Systeme.

Zusammenfassend ist zu erwähnen, dass das abgelaufene Jahr 1998 wieder verstärkt von Aktivitäten im Sinne einer bürgerorientierten Verwaltung wie auch von rigorosen und andauernden Kontrollen des Veranstaltungsbereiches - siehe Sofiensäle, Kursalon Hübner, Copa Cagrana - gestanden ist.

2.4. Dienstkraftwagenbetrieb

Der Dienstkraftwagenbetrieb (DKB) ist in organisatorischer Hinsicht der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 1998 waren insgesamt 74 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Aufgabe des Dienstkraftwagenbetriebes (DKB) ist, im Bereich des Magistrates jenen Dienststellen Dienstkraftwagen mit Lenkern zur Beförderung von Personen zur Verfügung zu stellen, die keine eigenen Kraftfahrzeuge betreiben, über kein eigenes Lenkerpersonal verfügen, Fahrtleistungen nur fallweise in Anspruch nehmen oder wo wegen der Art der Fahrtleistung eine Fahrzeugbeistellung durch den DKB geboten erscheint.

Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für die Mitglieder der Stadtregierung (Bürgermeister, VizebürgermeisterIn, Landtagspräsidenten/in, Stadträte/innen, Magistratsdirektor, Bezirksvorsteher/innen, Kontrollamtsdirektor, Stadtschulratspräsident) und für alle städtischen Dienststellen wurden 1998 auch 290 Diensttaxis beauftragt und abgerechnet. Da im Bereich des Magistrates auch Fahrten außerhalb Wiens anfallen, verbuchte der DKB 1998 auch unzählige Fahrten außerhalb Österreichs. Hier können besonders die Beförderungsfahrten nach Tschechien, Ungarn, Deutschland und Italien und die Hilfstransportfahrten nach Bosnien genannt werden. Der aus diesen Leistungen erwirtschaftete Betrag betrug 1998 S 39,334.892.

Neben der Verrechnung und Personalführung von 50 Kraftwagenlenkern und 18 Werkstättenmitarbeitern werden vom DKB noch Budgetmittel mit Personalkosten in der Höhe von 37,5 Millionen Schilling für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 123 Fahrzeugen des eigenen Bereiches und 82 Fahrzeuge der MA 15, 26, 29, 39, 45, 49, 59 und des Städtebun-des sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und von Betriebseinrichtungen des DKB. Der Pannendienst des DKB verzeichnete 78 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrates. Gleichzeitig werden vom DKB 71 Dienstfahrräder, welche bei den Dienststellen des Magistrates eingesetzt sind, betreut. Dies beinhaltet neben der Anschaffung und Reparatur auch die laufende Überprüfung auf Verkehrssicherheit.

Seit 1991 veranstaltet der DKB Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge für dessen Mitarbeiter. In diesen Kursen werden die Lenker auf die verschiedenartigsten Situtationen des täglichen Straßenverkehrs trainiert bzw. geschult. Auch werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrgesetzes bekannt gegeben.

Da Dienstkraftfahrzeuge, welche als Kombinationskraftwagen zugelassen sind, von der Entrichtung der Kurzparkgebühr ausgenommen sind, stellt der DKB für all diese Dienstwagen der Stadt Wien Kurzparkzonen-Befreiungsschilder aus.

Auch können für Privatfahrzeuge von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Stadt Wien, welche im Außendienst tätig sind und Kilometergeld, eine Außendienstzulage bzw. eine Fahrtkostenpauschale aufgrund ihrer Tätigkeit beziehen, Hinweisschilder von deren Dienststelle angefordert werden (1998: 687 Stück). Diese Tafeln befreien die Fahrzeuge nicht von der Entrichtung der Kurzparkzonengebühren, sondern sollen den Mitarbeitern/innen lediglich bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten behilflich sein. Für das „Mobile Hauskrankenpflegepersonal" wurden 28 Tafeln ausgestellt, die die do. Mitarbeiter/innen ermächtigen, ihr privates Fahrzeug während der Ausübung ihres Dienstes auch in Halteverbotszonen, wenn keine andere Möglichkeit des Parkens vorhanden ist, abzustellen. Hierbei darf es aber zu keiner Behinderung des fließenden Verkehrs kommen.

Auch die alljährliche Erstellung des vom Gemeinderat zu beschließenden Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien, die Fortschreibung dieses Systemisierungsplanes im Laufe des Jahres sowie die Genehmigung zur Anschaffung neuer Personen- und Kombinationskraftwagen der städtischen Dienststellen obliegen dem DKB.

2.5. Humanitäre Hilfsmaßnahmen

Grundsätzliche Ausrichtung in geografischer und sachlicher Hinsicht:
Zielgebiete:
- Vorzugsweise osteuropäische Länder
- Katastrophengebiete

Zielgruppe:
Kinder, Jugendliche, Frauen, Kranke und alte bedürftige Menschen
Unterstützung in Form von
- Hilfsgüterlieferungen
- Errichtung von Infrastruktur (im Einvernehmen bzw. Zusammenarbeit mit privaten und humanitären Organisationen)
- Know-How-Transfer

I) Durch kostenlose Überlassung von gebrauchten Gütern konnten folgende Projekte unterstützt werden:

AFGHANISTAN:
An die „Afghanistan-Hilfe" wurde ein dringend benötigtes gebrauchtes EKG zur Weiterleitung an ein Krankenhaus in Afghanistan abgegeben.

ÄGYPTEN:
Die Ägyptische-Österreichische Medizinische Gesellschaft erhielt für ein Projekt fünf ausgeschiedene Narkosegeräte.

ALBANIEN:
Für ein Projekt in Elbasan wurden medizinisch technische Geräte und ein VW-Bus zur Verfügung gestellt.

BELARUS:
Für ein Projekt, das sehschwache Kinder in Minsk fördert, wurde ein Kleinbus übergeben und einem Krankenhaus in Witebsk wurde mit einem Notarztwagen geholfen.

BOSNIEN-HERZEGOWINA:
Einem Kindergarten in Bijeljina konnten in Zusammenarbeit mit der SFOR-Truppe Österreich Kindergartenmöbel geliefert werden. Mehrere Kommunalfahrzeuge, darunter sechs Müllfahrzeuge, ein Hubsteiger und drei Großtanklöschfahrzeuge, konnten der Stadt Sarajewo im Rahmen der Wiederaufbauhilfe der Stadt Wien überlassen werden. Einer Privatinitiative wurden Turngeräte für eine Schule und Schnittholz für ein Kriegsinvalidendorf zur Verfügung gestellt.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK:
Einem Hilfsverein wurden für ein Spital in Porto Plata, welches nach der Sturmkatastrophe dringend Hilfe benötigte, Spitalsgüter überlassen.

KAP VERDE:
Für eine Schule auf Kap Verde wurden Schulmöbel bereit gestellt.

MOLDAWIEN:
In der Hauptstadt Chisinau wurde ein Krankenhaus mit medizinisch-technischen Geräten unterstützt.

POLEN:
An einen Hilfsverein wurden für Bedürftige Heilbehelfe wie z.B. ein Blindenstab und ein Rollstuhl abgegeben.

RUMÄNIEN:
Einem Ersuchen der Stadtverwaltung Bitesti konnte durch Überlassung eines Müllfahrzeugs entsprochen werden. Die Caritas in Satu Mare erhielt 400 Stück dringend benötigter Müllcontainer aus Kunststoff. An das Transplantationszentrum in Bukarest wurden medizinisch-technische Geräte übergeben. Für das Kinderkrankenhaus in Deva wurden Spitalsgüter bereitgestellt. In einer „Blitzaktion" konnte für einen schwerst verletzten Patienten im Krankenhaus Temesvar das lebensnotwendige Beatmungsgerät zur Verfügung gestellt werden. Eine Hilfsaktion, deren Ziel die Verbesserung der apparativen Ausstattung in vier Spitälern war, wurde durch Überlassung von me-

dizinisch-technischen Geräten unterstützt.

RUSSLAND:
An den Malteser Orden wurden Spitalsbetten, Inkubatoren sowie Milchpumpen für ein Kinderspital übergeben.

SUDAN:
Für ein Krankenhaus wurden Spitalsbetten bereitgestellt.

TÜRKEI:
Dem Österreichischen St. Georgs-Krankenhaus in Istanbul konnte ein Ultraschall-Diagnostik-Gerät überlassen werden.

UKRAINE:
Einem Krankenhaus in Kiew wurden Spitalsgüter zur Verfügung gestellt.

UNGARN:
Einem Hilfeersuchen des Gebietsspitals Csohgrad konnte durch Überlassung von Spitalsgütern nachgekommen werden.

ÖSTERREICH:
Abgabe von Spinden an die TU-Wien für ein Projekt mit Wiener Obdachlosen. Einer Hilfsorganisation konnten für Kurse für Asylwerber Klassentafeln überlassen werden.

II) Finanziell geförderte Projekte:

BOSNIEN-HERZEGOWINA:
Übernahme der Überstellungskosten für gebrauchte Kommunalfahrzeuge sowie Finanzierung eines Transportes von Schulmöbeln und Schulbüchern nach Sarajewo.

BULGARIEN:
Finanziell unterstützt wurde eine Weihnachtsaktion für 300 besonders bedürftige Familien nahe der Städte Varna und Plovdiv. Jede dieser ausgesuchten Familien erhielt ein Hilfspaket mit Nahrungsmitteln, Schulmaterial und Spielzeug. Ein weiteres Projekt umfasste die dringend benötigte humanitäre Hilfe und Therapie für geistig schwer behinderte Frauen in einem Heim in Kupriva. Die Stadt Wien unterstützte eine Hilfsorganisation durch Übernahme der Anschaffungskosten für Medikamente und beschäftigungstherapeutischem Material.

KOSOVO:
In Zusammenarbeit mit einer humanitären Organisation wurde die dringend erforderliche Winterhilfe für 6.000 Familien (insgesamt 48.000 Personen, darunter 12.000 Kinder) im Kosovo durchgeführt. Aus den von der Stadt Wien bereitgestellten Budgetmitteln konnten Decken, Kinderbekleidung, Matratzen usw. angekauft werden.

MITTELAMERIKA:
Der Hurrikan „Mitch" hat in den Ländern Mittelamerikas verheerende Schäden hinterlassen. In Kooperation mit dem Österreichischen Roten Kreuz konnte mit Geldern der Stadt Wien die Anschaffung und der Transport von zwei Trinkwasseraufbereitungsanlagen ermöglicht und somit den am schlimmsten betroffenen Menschen in dieser Region raschest geholfen werden.

RUMÄNIEN:
Für die Sanierung und Einrichtung eines Kinderheimes in Tirgu Secuiesc, in dem 150 Kinder bis zum 18. Lebensjahr leben, wurden Geldmittel bereitgestellt. Weiters wurde die Anschaffung einer apparativen Ausstattung für das größte Kinderkrankenhaus in Bukarest, in dem die schwersten Krankheitsfälle behandelt werden, finanziert.

SÜDAFRIKA:
Für die zweite Ausbaustufe des Schulneubaues in Orange Farm, dessen Betrieb den bisher benachteiligten Menschen den Anschluss an das Bildungssystem ermöglichen soll, wurden Budgetmittel zur Verfügung gestellt.

UKRAINE:
Einem Hilfsverein wurde für den Transport von Hilfsgütern in die von der Sturmflut verwüsteten Gebiete in der Ukraine ein Transportzuschuss gewährt.

2.6. Projektkoordination Euro

Der Schwerpunkt der Arbeit der Projektkoordination Euro lag im Jahr 1998 in der Vorbereitung der für den Stichtag 1. Jänner 1999 (Einführung des Euro als Buchgeld) erforderlichen Maßnahmen. Die mit Erlass des Magistratsdirektors vom 11. März 1997, MD - 557-1/97, eingerichtete Projektkoordination Euro setzte ihre Arbeit vom Vorjahr unter diesem Gesichtspunkt fort, wobei die grundsätzlichen Festlegungen hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen in den beiden Sitzungen der Projektkoordination Euro am 19. Juni und am 12. November 1998 erfolgten.

Mit Erlass des Magistratsdirektors vom 8. September 1998, MD - 1560-1/98, erfolgten die für alle städtischen Dienststellen verbindlichen Regelungen für den Zeitraum 1. Jänner 1999 bis 31. Dezember 2001. Als Grundsatz wurde dabei festgelegt, dass sowohl im Bereich der Hoheitsverwaltung als auch im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung während des genannten Zeitraumes die Verwaltungsführung in Schilling zu erfolgen hat. Die Ausnahmen davon sowie die detaillierten Regelungen für Verträge im Bereich des Vergabewesens und Verträge, die dem Konsumentenschutz unterliegen, wurden mit diesem Erlass geregelt.

Hinsichtlich der erforderlichen legistischen Maßnahmen wurden die Regelungen mit Erlass vom 4. März 1998, MD VfR - 410/97, getroffen. Als Grundsatz ist bei allen legistischen Maßnahmen (Gesetz- oder Verordnungsentwürfen) zu beachten, dass Änderungen bestehender Normen mit finanziellen Auswirkungen zu Lasten der Rechtsunterworfenen aus Anlass der Währungsumstellung nicht zulässig sind.

Im Auftrag der Projektkoordination Euro wurde vom kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum ein Euro-Aktionsplan betreffend die Maßnahmen zur Einführung des Euro bei der Stadt Wien herausgegeben. Dieser Euro-Aktionsplan enthält Informationen über die Forderungen Wiens an die Währungsumstellung, die Umstellungsgrundsätze sowie die konkreten Aufgabenstellungen und Ergebnisse der Arbeit der Projektkoordination Euro und dient der Information nach innen und außen.

Für die in allen Dienststellen des Magistrates bestellten Euro-Beauftragten wurden „Workshops" veranstaltet. Weiters wurden die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zur Einführung des Euro mit Vertretern sämtlicher in Betracht kommenden Dienststellen besprochen.

Magistratsdirektion - Personaldirektion (MD-PD)

Die MD-Personaldirektion hatte am 31. Dezember 1998 die Dienstaufsicht über 280 rechtskundige Bedienstete, 158 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, zehn Bedienstete des höheren Archivdienstes, 15 Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes, 17 Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen, 519 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 18 Bedienstete des höheren Forstdienstes, 45 Psychologen/innen der MA 11, MA 12 und MA 57, zwei Ärzte/innen, vier Tierärzte/innen, weiters über 2.358 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 831 Fachbedienste des technischen Dienstes, 225 Fachbedienstete des Büchereidienstes und Büchereibedienstete, 648 Sozialpädagogen/innen, vier Erzeiher/innen in Verwendungsgruppe D, 648 Sozialarbeiter/innen, 123 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung, 3.773 Kanzleibedienstete, 1.537 Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Werkmeister/innen, 666 Amtsgehilfen/innen, 8.107 Sondervertragsbedienstete (Redakteure/innen, Hausinspektoren/innen, Gesundheits- und Krankenschwestern/Gesundheits- und Krankenpfleger (MA 47), Aufseher/innen, Kraftwagenlenker/innen, Facharbeiter/innen, Arbeiter/innen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurparkzonen usw., insgesamt über 19.988 Bedienstete.

Im Jahr 1998 wurden von den 112 Bewerbungen für den rechtskundigen Dienst 89 Bewerber/innen einer Eignungsfeststellung unterzogen, wovon aufgrund des Bedarfes 25 Aufnahmen erfolgten. 21 Bedienstete wurden in den höheren Verwaltungsdienst aufgenommen.

Für den höheren technischen Dienst gingen 1998 65 Bewerbungen, für die Verwendung als Fachbedienstete des technischen Dienstes 74 Bewerbungen, für die Verwendung als Bedienstete des technischen Dienstes 17 Bewerbungen und für die Verwendung als Werkmeister/innen 27 Bewerbungen ein. Mit 42 Bewerber/innen für den höheren technischen Dienst, 62 für die Verwendung als Fachbedienstete des technischen Dienstes und 15 für die Verwendung als Bedienstete des technischen Dienstes bzw. als Werkmeister/innen wurden kommissionelle Einstellgespräche geführt. Fünf Bewerber/innen für den höheren technischen Dienst und drei Bewerber/innen als Fachbedienstete des technischen Dienstes wurden für eine Aufnahme vorgeschlagen.

Wegen der großen Zahl von Maturanten und Maturantinnen bestand auch 1998 ein großes Interesse an einer Aufnahme in den Fachverwaltungsdienst bei der Stadt Wien (435 Bewerbungen), sodass nur ein Teil der Bewerbungsansuchen berücksichtigt werden konnte. Die Auswahl erfolgte aufgrund psychologischer Eignungstests, zu denen im abgelaufenen Jahr 191 Bewerber/innen eingeladen worden sind, und nach eingehenden Eignungsgesprächen sowohl in der Dienstaufsicht als auch in jenen Dienststellen, für die die Testanten und Testantinnen Interesse zeigten und Dienstpostenvakanzen gegeben waren.

Dabei wurden, um ein gleichmäßiges Mindestqualifikationsniveau zu gewährleisten, auch jene Aspiranten und Aspirantinnen durch die MD-Personaldirektion getestet, die sich für eine Aufnahme in den Krankenanstaltenverbund beworben hatten und über die nach einer Aufnahme vom Krankenanstaltenverbund die Dienstaufsicht wahrgenommen wird.

Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr 27 Fachbeamte und Fachbeamtinnen des Verwaltungsdienstes aufgenommen.

Zur Abdeckung des Gesamtbedarfes an Kanzleibediensteten wurden 80 ausgelernte Bürokaufmanns(frau)lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Um Schüler/innen und Student/innen Gelegenheit zu geben, berufliche Erfahrungen zu gewinnen und zusätzliche Kenntnisse zu erwerben, wurden 224 Aushilfsbedienstete für Büroarbeiten bzw. Ferialpraktikanten für Ferialtätigkeiten in diversen Dienststellen in den Monaten Juli und August 1998 aufgenommen. Außerdem wurden vornehmlich für Aufsichtsdienste 42 Saisonhilfsarbeiter/innen für Museen der Stadt Wien im Juli, August und September 1998 beschäftigt.

Die danach durchgeführte schriftliche Befragung erbrachte durchwegs positive Ergebnisse. In den erhaltenen Antwortbriefen gaben die Aushilfsbediensteten für Büroarbeiten bzw. Ferialpraktikant/innen an, dass sie sich sinnvoll eingesetzt fühlten und von den Mitarbeiter/innen freundlich und hilfsbereit betreut wurden und meinten, die erworbenen Kenntnisse später auch anwenden zu können.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 39 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der Sonderaktion für Behinderte aufgenommen werden. Ende 1998 waren 668 Behinderte in dieser Aktion beschäftigt. Weiters unterstützt die Stadt Wien zusätzlich ein Projekt der Volkshochschule Meidling, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, geistig behinderte Menschen durch Schulungen und Trainings in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für das gegenständliche Projekt „office-assistant" wurden seitens der Wiener Stadtverwaltung Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 1998 wurden bei 849 Mitarbeiter/innen der Stadt Wien (ausgenommen Krankenanstaltenverbund) Krankenkontrollen durchgeführt.

Im Dienstaufsichtsbereich der MD-PD werden seit 1. April 1998 zur Erhöhung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Dienststellen im Personalmanagement sowie zur Verwaltungsvereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen im operativen Bereich diverse Geschäftsstücke nunmehr direkt von den Fachdienststellen erstellt und ohne vorherige Befassung der MD-PD als Dienstaufsichtsstelle an die jeweils zuständige Dienststelle weitergeleitet. Diese Änderungen waren nur ein erster Schritt auf dem Weg der Veränderung des Selbstverständnisses der MD-PD, mit dem längerfristigen Ziel, im Sinne der typischen Aufgabenstellungen eines Fachbereiches einer Konzernholding nur mehr in ausgewählten Personalmanagementangelegenheiten (z.B. bei höherwertigen Dienstposten) im Einzelfall mitzuwirken und sich im Übrigen auf strategische Aufgaben, wie generelle Personalplanungs- und Entwicklungskonzepte, Erlassung von Richtlinien sowie letztlich auf fachliche Beratung und Unterstützung der Fachdienststellen in grundsätzlichen Angelegenheiten des Personalmanagements, zu beschränken.

Da sich die MD-PD als Dienstleisterin für die Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien sieht, wurde, um den Dienststellen mehr Service im Personalmanagement bieten zu können und die Zusammenarbeit weiter zu verbessern, 1998 eine Befragung bei den Dienststellen mittels Feed-back-Bogen durchgeführt. Dadurch wurde den Dienststellen die Möglichkeit geboten, Kritik, allfällige Änderungswünsche, aber auch ihre Zufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und der MD-PD aufzuzeigen, welche Qualitätsverbesserungen die Dienststellen als Leistungsempfänger bei der MD-PD sehen. Es wurde daraufhin ein Qualitätszirkel eingesetzt, um jene Kritikpunkte und Bedürfnisse der Dienststellen herauszufiltern und zu behandeln, welche sich auf generelle Vorgangsweisen oder Strukturen der MD-PD bezogen haben. Danach wurden die erforderlichen Qualitätsanpassungen mittels Festlegung von Standards vorgenommen.

Aktivitäten, die im Hinblick auf die dem Leiter der MD-Personaldirektion in seiner Eigenschaft als Bereichsdirektor für Personal und Revision obliegenden Aufgaben wahrgenommen wurden:

Die Reform der Mitarbeiter/innen/beurteilung sowie die Einführung des Mitarbeiter/innen/orientierungsgespräches wurde im Einvernehmen mit der Bedienstetenvertretung unter Einbeziehung der Gleichbehandlungsbeauftragten 1998 in jenen Dienststellen, in denen diese neuen Personalmanagement-Instrumente seit 1997 in verschiedenen Bereichen erprobt werden, fortgeführt. Aufgrund der erfolgreichen Erprobung und gewonnenen positiven Erfahrungen wurden Schritte gesetzt, die zu einer Einbeziehung weiterer Bereiche der Pilotdienststellen in das Reformvorhaben führen sollen. Weiters wurden die Voraussetzungen für eine schrittweise, flächendeckende Ausweitung auf weitere Dienststellen beim Magistrat der Stadt Wien im Jahr 1999 geschaffen.

Die Pilotversuche wurden von privaten Personalbetreuungsfirmen beratend unterstützt. Weiters wurden begleitende Schulungsmaßnahmen getroffen bzw. teilweise schon durchgeführt.

Im Jahr 1998 wurde ein Führungskräftenachwuchs-Pool eingeführt, mit dem beabsichtigt ist, jenen Mitarbeiter/innen der Bedienstetengruppen des rechtskundigen Dienstes, des höheren technischen Dienstes und des höheren Verwaltungsdienstes, welche eine Führungsposition anstreben und das hiefür erforderliche Potential aufweisen, eine Reihe von besonderen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Kontakten mit der Privatwirtschaft anzubieten, welche sie zusammen mit ihrer Praxiserfahrung und den bereits vorhandenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf Führungspositionen im Magistrat vorbereiten sollen. Bei der diesbezüglich durchgeführten Interessentensuche haben von den in Frage kommenden Bedienstetengruppen ein Jurist sowie 20 Bedienstete des höheren technischen

Dienstes und fünf Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes ihr Interesse bekundet. Mit der Auswahl ist im 1. Quartal 1999 zu rechnen.

Im Rahmen der bereits bisher bestehenden praxisbezogenen Personalentwicklungsmaßnahmen für Bedienstete der jüngeren und mittleren Generation des rechtskundigen und des höheren technischen Dienstes sowie des höheren Verwaltungsdienstes, die für Führungsaufgaben herangebildet werden, wurden mehrere Mitarbeiter/innen entweder in zentralen, magistratsübergreifend tätigen Dienststellen eingesetzt oder etwa für die Dauer von sechs Monaten in Privatunternehmen entsendet. Ziel dieser Maßnahmen ist u.a. auch die Gewinnung von persönlichen Erfahrungen in der Führungskräftearbeit. 1998 waren acht Bedienstete (davon fünf Frauen) betroffen.

Weiters wurde das Projekt TIP (Time in Progress) ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, für den Magistrat der Stadt Wien moderne Arbeitszeiterfassungsinstrumente einzusetzen, welche die Möglichkeit der aktuellen Informationstechnologie nutzen können und den mit der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeit verbundenen Anforderungen gerecht werden. Das Projekt wird gemeinsam mit einem aus Vertreter/innen verschiedener Dienststellen und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gebildeten Projektteam durchgeführt. Das Projektteam war zunächst vor allem mit der Erhebung des Ist-Zustandes der Arbeitszeiterfassung und mit der Begutachtung verschiedener bei anderen Stellen in Anwendung stehenden Zeiterfassungssystemen befasst.

Aufgrund der nunmehr gesetzlichen Möglichkeiten im Bereich der Teilzeitbeschäftigung und dem daraus resultierenden Flexibilitätserfordernis des Magistrates als Dienstgeber sah sich die MD-PD veranlasst, magistratsweit einen „Fragebogen zur Teilzeitbeschäftigung" auszusenden, um in Erfahrung zu bringen, in welchen Bereichen und unter welchen Rahmenbedingungen Teilzeitbeschäftigte verwendet werden können. Mit dem Ergebnis der Auswertung ist im 1. Quartal 1999 zu rechnen.

Magistratsdirektion - Bedienstetenschutz (MD-BS)

Die bis 30. November 1998 zur MD-VR ressortierenden Angelegenheiten des Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutzes wurden auch im Jahre 1998 im Rahmen der Bereichsdirektion für Personal und Revision wahrgenommen.

Das Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 (W-BedSchG 1998) wurde Ende Juni im Wiener Landtag beschlossen und im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 49 am 30. September 1998 kundgemacht. Das W-BedSchG 1998 trat am 1. Dezember 1998 in Kraft und löste mit diesem Tag das Wiener Bedienstetenschutzgesetz aus dem Jahre 1979 ab.

Zur Umsetzung des W-BedSchG 1998 wurden im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen Vollzugsfragen erörtert und kompetenzmäßige Festlegungen vorbereitet. Die Zuständigkeiten zur Wahrnehmung der Aufgaben des Magistrats als Behörde nach dem W-BedSchG 1998 fanden bereits Eingang in die am 17. Dezember 1998 beschlossene und vom Herrn Bürgermeister erlassene Geschäftseinteilung.

Die auch im letzten Bericht erwähnte Prüfung, welche Magistratsdienststellen als Betriebe im Sinne des Arbeitnehmer/innenschutzgesetzes zu betrachten sind und in dessen Geltungsbereich fallen, konnte abgeschlossen und hinsichtlich des vom Magistrat erzielten Ergebnisses auch das Einvernehmen mit dem Zentral-Arbeitsinspektorat hergestellt werden.

Neben diesen Materien von grundsätzlicher und längerfristiger Bedeutung wurden auch im Jahr 1998 Einzelfälle im Zusammenhang mit der Vollziehung des Arbeitnehmer/innen- bzw. des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes behandelt.

Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 30. November 1998 wurde mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1998 ein Referat „Bedienstetenschutz" im Rahmen der Magistratsdirektion (MD-BS) eingerichtet.

Magistratsdirektion - Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den 1.520 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 16.800 Mitarbeiter/innen teilgenommen.

Wie im Vorjahr stand auch 1998 die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Vordergrund der Ausbildungs- und Personalentwicklungstätigkeit der Verwaltungsakademie. Dabei wurden erstmals Lehrlinge in neuen Berufen, wie z. B. Kommunikationstechniker/in, Vermessungstechniker/in, Recy-clingfachfrau/mann, EDV-Techniker/in oder EDV-Kauffrau/mann, aufgenommen. Von insgesamt 847 Bewerberinnen und Bewerbern konnten nach Durchführung des Auswahlverfahrens 283 Jugendliche in ein Lehrverhältnis zur Stadt Wien (ohne Wiener Stadtwerke) eintreten.

Mit Stichtag 31. Dezember 1998 standen insgesamt 745 Lehrlinge in einem Lehrverhältnis zum Magistrat der Stadt Wien (ohne Wiener Stadtwerke), die sich wie folgt aufteilen: ein Bäckerlehrling, 453 Bürokaufmanns-/Bürokauffraulehrlinge, zwölf Betriebsschlosserlehrlinge, 44 Bautechnische Zeichner/innenlehrlinge, neun Chemielaborant/innenlehrlinge, zwei EDV-Kaufmannslehrlinge, fünf EDV-Technikerlehrlinge, drei Elektroinstallateurlehrlinge, 27 Friedhofs- und Ziergärtner/innenlehrlinge, 84 Gärtner/innenlehrlinge, ein Glaserlehrling, elf Gas- und Wasserleitungsinstallateur- und Zentralheizungsbauerlehrlinge, 25 KFZ-Mechanikerlehrlinge, ein Kommunikationstechnikerlehrling - Audio und Video, zwei Kommunikationstechnikerlehrlinge - EDV, zwei Kommunikationstechniker-

lehrlinge - Nachrichtentechnik, vier Recyclingtechniker/innenlehrlinge - Abfall, zehn Steinmetzlehrlinge, fünf Tischler/innenlehrlinge, 43 Uhrmacher/innenlehrlinge und ein Vermessungstechnikerlehrling.

1998 beendeten 112 Bürokaufmanns-/Bürokauffraulehrlinge, zehn Bautechnische Zeichner/innenlehrlinge, vier KFZ-Mechanikerlehrlinge, vier Betriebsschlosserlehrlinge, 18 Gärtner/innenlehrlinge, drei Friedhofs- und Ziergärtner/innenlehrlinge sowei zwei Steinmetzlehrlinge die Lehre. 19 Lehrlinge konnten die Lehrzeit mit ausgezeichnetem und 25 Lehrlinge mit sehr gutem Gesamterfolg abschließen.

Im Zuge eines Reorganisationsprozesses der „Jugendbetreuung" wurde das Referat New-comer-Schulungen neu geschaffen. Der Schwerpunkt liegt nunmehr in einer laufbahnrelevanten, auf die berufliche Zukunft der Berufsanfänger/innen ausgerichteten Aus- und Weiterbildung. Dies bedeutet, dass die Einladung zur Teilnahme an Veranstaltungen nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip", sondern selektiv nach dem Leistungsprinzip erfolgt. Hiezu zählt insbesondere die Abhaltung von schriftlichen Wettbewerben, mit denen leistungs- und ergebnisorientiertes Denken und Handeln der Mitarbeiter/innen gefördert und gesteigert werden sollen. Darüber hinaus sollen diese Wettbewerbe die Bediensteten dazu ermutigen, sich mit den Problemstellungen der Stadtverwaltung innovativ auseinanderzusetzen.

Im Rahmen der Newcomer-Schulungen haben im Jahr 1998 an 158 Veranstaltungen 2.520 Personen teilgenommen.

In den Einschulungsseminaren wurden 168 neueingetretene Mitarbeiter/innen der Verwendungsgruppen A bis D grundsätzlich über die Stadt Wien informiert, um ihren Berufseinstieg zu unterstützen.

Im Jahr 1998 wurde ein Dienstprüfungskurs für den rechtskundigen Dienst, an dem 17 Mitarbeiter/innen teilgenommen haben, abgeschlossen. Zu den Dienstprüfungen für den rechtskundigen Dienst sind 28 Mitarbeiter/innen angetreten. Mit einem weiteren Dienstprüfungskurs für 26 Juristinnen und Juristen wurde im September 1998 begonnen.

Die zu Beginn des Jahres 1998 aufgenommenen Arbeiten an einer inhaltlichen Reform der Grundausbildung für den höheren Verwaltungsdienst, Fachverwaltungsdienst und Kanzleidienst konnten im Sommer 1998 zum Abschluss gebracht werden. Die Inhalte der Vorbereitungskurse und Dienstprüfungen für diese Bedienstetengruppen wurden auf jene Sach- und Rechtsbereiche reduziert, die von dienststellenübergreifender Bedeutung sind. An neuen Inhalten wurden grundsätzliche Bestimmungen des Dienstrechtes, relevante EU-Bestimmungen und die Grundsätze des Controllings aufgenommen.

Der Dienstprüfungskurs für Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, an dem 14 Akademiker/innen verschiedener Studienrichtungen teilgenommen haben, wurde im Mai 1998 abgeschlossen. Zur Dienstprüfung sind 13 Mitarbeiter/innen angetreten.

Für Mitarbeiter/innen des Fachverwaltungsdienstes und des Kanzleidienstes wurden insgesamt 14 Vorbereitungskurse zu den Dienstprüfungen begonnen, an denen 108 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes und 143 Kanzleibedienstete teilgenommen haben. Abgeschlossen wurden 15 Vorbereitungskurse, bei den anschließenden Dienstprüfungen sind 112 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes und 168 Kanzleibedienstete angetreten.

Im technischen Bereich wurden sechs Vorbereitungskurse abgeschlossen, an denen 20 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 39 Bedienstete des technischen Fachdienstes und 76 Bedienstete des technischen Dienstes teilgenommen haben.

Den Mitarbeiter/innen wird von der Verwaltungsakademie auch die Möglichkeit geboten, Weiterbildungsveranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen zu besuchen, wenn derartige Veranstaltungen im Programm der Verwaltungsakademie nicht vorgesehen sind. Hiefür wurden im Jahr 1998 für die Teilnahme von 777 Mitarbeiter/innen Kostenbeiträge in der Höhe von rund S 3,570.000 gewährt.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter/innen wurde eine Vielzahl von Kursen, Vorträgen, Workshops und Seminaren abgehalten, wobei vor allem die dienststellenbezogenen Seminare - Medientraining, Telefonkommunikation, Vorbereitung des Mitarbeiter/innenorientierungsgespräches und Umgang mit ausländischen Mitbürger/innen - besonders hervorzuheben sind.

Im Berichtsjahr wurden 25 Skripten aufgrund von Änderungen verschiedener Rechtsvorschriften oder sonstigen Anpassungsbedarfes neu aufgelegt sowie neun neue Skripten erstmalig herausgegeben. Damit standen den Mitarbeiter/innen insgesamt 180 verschiedene Skripten zur Verfügung, die im Rahmen der Aus- und Weiterbildung zum Einsatz kommen. Rund 6.000 Skripten wurden als Lernbehelf im Rahmen der Grundausbildung ausgegeben. Für die vielfältigen Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie wurden den Mitarbeiter/innen rund 8.000 Exemplare kostenlos zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden rund 8.000 Skripten über Anforderung der verschiedensten Dienststellen als Nachschlagwerke für die Praxis ausgegeben.

Im Rahmen des Sprachunterrichts haben 240 Mitarbeiter/innen an 37 Veranstaltungen (Workshops, Kurse) teilgenommen.

Aufgrund einer im Jahr 1998 durchgeführten Bildungsbedarfserhebung zur Erweiterung der bereits bestehenden fachlichen Grundausbildung für den Fachverwaltungsdienst und den Kanzleidienst wurde das entsprechende Veranstaltungsangebot wesentlich erweitert.

An den Veranstaltungen der fachlichen Grundausbildung, die für Berufsanfänger/innen und neu versetzte Mitarbeiter/innen gedacht ist, haben 950 Bedienstete teilgenommen.

Im Bereich der EDV-Schulung haben 744 Einzelveranstaltungen mit rund 5.500 Teilnehmer/innen stattgefunden.

Die Umstellung auf eine neue Netzwerksoftware-Variante für die Vernetzung der Personalcomputer sowie das

Hinzukommen darauf basierender Software-Pakete bedingte die Umstellung des Hardware-Equipments im Verwaltungsbetrieb. Verbunden damit mussten viele hausinterne Applikationen programmiertechnisch überarbeitet werden. Mehrere Einzelprogramme wurden dabei zusammen mit der hausinternen Ausbildungsevidenz zum VA-Information-Center (VICE) zusammengefasst, wobei auch alle in Bezug auf die Jahrtausendwende und Einführung des Euro möglicherweise auftretenden Probleme vorab behoben werden konnten. Weiters konnte die Anbindung des VICE an das WIPIS des Magistrates vorangetrieben werden.

Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision (MD-VR)

Aufgabe der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision war die Revision des Dienstbetriebes der städtischen Dienststellen in sachlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht, wobei insbesondere in zwei magistratischen Bezirksämtern, den Magistratsabteilungen 8, 10, 11, 12, 15, 16, 28, 31, 36, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 54, 56, 61, 62 und 70 sowie im Wilhelminenspital, in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, im Kaiserin-Elisabeth-Spital, im Krankenhaus Lainz, im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel, im Kaiser-Franz-Josef-Spital, im Preyer´schen Kinderspital, den Pflegeheimen Klosterneuburg, St. Andrä und Baumgarten sowie im Pulmologischen Zentrum und dem Geriatriezentrum Am Wienerwald Überprüfungen vorgenommen wurden. Hinsichtlich einer möglichen Reorganisation der MA 24 wurden gemeinsam mit der Stadtbaudirektion Vorschläge ausgearbeitet. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe Bund-Wien erstellte die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision ein Diskussionspapier über eine mögliche Organisationsreform für das Allgemeine Krankenhaus. Weiters wurde zu diesem Thema ein Strategiepapier vorgelegt.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung des neuen Referates Betriebswirtschaft und Controlling der Magistratsdirektion, der Eröffnung von weiteren Kundendienstzentren der MA 17, der Einrichtung der neuen MA 20, der Verlegung des Marktbetriebes St. Marx von der MA 60 in die MA 59, der Einrichtung der Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion sowie der Übersiedlungen des Mautner-Markhof´schen Kinderspitals in die Krankenanstalt Rudolfstiftung und der Allgemeinen Poliklinik in das Pflegezentrum Sophienspital waren Dienstpostenpläne festzulegen.

Im Jahr 1998 langten insgesamt 1.039 Anträge auf Schaffung bzw. Bewertung von Dienstposten in den beiden Revisionsgruppen der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision ein. Die Anzahl der für das Jahr 1999 begehrten zusätzlichen Dienstposten betrug 325. Insbesondere wegen der Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf die Bezirke 2 und 20 sowie aufgrund gestiegener Rettungseinsätze konnte gegebener Personalbedarf durch entsprechende Reduktionen in anderen Bereichen kompensiert werden. Allfällige genehmigte Überstände wurden teilweise in Wegfall gebracht bzw. wurden in den Dienstpostenplan aufgenommen. Insgesamt konnte die Zahl der Dienstposten stabil gehalten werden.

Im Rahmen eines Pilotprojektes wurden mit ausgewählten Dienststellen des Magistrats Zielvereinbarungen über die Stabilisierung der Personalkostenentwicklung abgeschlossen. Ebenso wurden zahlreiche Statistiken bezüglich Personalaufwand und Budgetdaten erstellt.

Im Dienstpostenplan waren nicht nur Neuaufnahmen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter sowie Bewertungsänderungen von Dienstposten vorzumerken, sondern bedingt durch die Übersiedlung von Krankenanstalten (Allgemeine Poliklinik, Kinderklinik Glanzing und Mautner Markhof´sches Kinderspital) vermehrt Postentransferierungen durchzuführen. Ebenso waren auch sämtliche anderen bereits angeführten Organisationsänderungen im Dienstpostenplan zu berücksichtigen.

Die bereits seit 1997 praktizierte Abbildung der Dienstpostenplandaten in Form einer Access-Datenbank wurde im Laufe des Jahres 1998 um die vorhandenen WIPIS-Daten der MA 2 und MA 3 erweitert und wöchentlich aktualisiert. Dadurch war es möglich, ab März die bisher mittels IBS-Textverarbeitung verfassten Kontoauszüge über Änderungen im Dienstpostenplan automationsunterstützt zu erstellen. Weiters konnten Auswertungen über besetzte und freie Dienstposten auf Stundenbasis (nach Beschäftigungsausmaß) erstellt und somit die Einhaltung des Dienstpostenplans in Dienststellen mit teilbeschäftigten Bediensteten genauer geprüft werden. Mit der Erprobung des WIPIS-Dienstpostenplans wurde an Hand von vier Testdienststellen begonnen.

Im Referat „Überstundensteuerung" waren im Jahr 1998 insgesamt 6.136 schriftlich eingebrachte Anträge auf Zuerkennung von einzelverrechneten bzw. monatlich pauschalierten Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Den nicht betriebsmäßig budgetierten Dienststellen wurde ebenso wie im Jahr 1997 ein betragsmäßiger Rahmen für den Verbrauch an Mehrdienstleistungsvergütungen vorgegeben. Mittels EDV-Auswertungen wurden monatliche Controllinginformationen zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme stellte einen wesentlichen Beitrag zu der im Jahr 1998 im Hoheitsbereich erzielten Budgetunterschreitung dar.

Den Dienststellen des Hoheitsbereiches wurden weiters zu Beginn des Berichtsjahres die für die Kilometergelder erforderlichen Budgetmittel in Form von Kontingenten zugeteilt. Die Dienststellen erhielten auch über den Verbrauch dieser Budgetmittel quartalsmäßige Informationen, wobei sich insgesamt im Jahr 1998 eine Unterschreitung des veranschlagten Budgetbetrages ergab.

Darüber hinaus waren im Berichtsjahr 302 Anträge auf Zuerkennung oder Erhöhung von Kilometergeld auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. Ferner mussten die Jahresabrechnungen 1998 der 1.660 Kilometergeldbezieher überprüft und bei Übergenüssen der Einhalt durch die MA 3 verfügt werden. Außerdem waren 249 Anträge auf Zuerkennung von Außendienstzulagen, 32 Anträge auf Zuerkennung von Telefonpauschalvergütungen sowie 1.210

Sonderzulagenanträge zu überprüfen und einer Erledigung zuzuführen.

Von 2.247 eingebrachten Anträgen für einzeln genehmigte Dienstreisen wurden 2.176 Dienstreisen genehmigt. 5.667 Anträge für Sonderurlaube mit Bezügen wurden geprüft und davon 5.335 positiv erledigt. Auch in diesem Bereich erfolgt die Bearbeitung der Anträge über WIPIS, womit eine erhebliche Verkürzung des Aktenlaufes verbunden ist.

Im Jahr 1998 erfolgte die Personalsicherstellung für die am 19. April abgehaltene Bundespräsidentenwahl. Es wurden rund 6.700 Mitarbeiter/innen zum Wahldienst herangezogen. Für die regelmäßigen agrarstatistischen Erhebungen wurden den MBÄ 18 Zählorgane zugeteilt.

Im Berichtszeitraum brachte die Volksanwaltschaft dem Landeshauptmann bzw. dem Bürgermeister 282 Beschwerden zur Kenntnis. Die Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision überprüfte diese Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. In den meisten Fällen konnten die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. Lediglich in wenigen Fällen kam der Beschwerde Berechtigung zu. In einem Fall erfolgte eine Missstandsfeststellung seitens der Volksanwaltschaft.

Weiters wurde dem Wiener Landtag im Jahre 1998 der achtzehnte und neunzehnte Bericht der Volksanwaltschaft vorgelegt. Die Behandlung der Anliegen der Volksanwaltschaft erfolgte durch den jeweiligen Gemeinderatsausschuss unter Teilnahme eines Vertreters der Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 118 Dienstaufsichtsbeschwerden bearbeitet. Die überwiegende Zahl der Beschwerden resultierte aus Missverständnissen bzw. Kommunikationsproblemen mit einzelnen Bediensteten. Solche Missverständnisse konnten durch Erhebungen des Sachverhaltes rasch aufgeklärt werden. In wenigen Fällen war es erforderlich, koordinierende Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschwerdeführern schneller zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im Zuge der umfassenden Organisationsanalysen im Magistrat der Stadt Wien wurde auch die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision durchleuchtet. Dabei wurde unter anderem die Entwicklung zu einer umfassenden „Konzernrevision" angeregt.

Magistratsdirektion - Verwaltungsorganisation (MD-VO)

1. Dienststellenübergreifende Untersuchungen und Maßnahmen

1.1. Umfassende Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien

In Erfüllung des Arbeitsübereinkommens der Wiener Stadtregierung vom November 1996 „Wiens Weg ins 21. Jahrhundert" wurde das Großprojekt „Umfassende Organisationsanalyse im Wiener Magistrat" weitergeführt und abgeschlossen. Der MD-Verwaltungsorganisation oblag dabei die gesamte Projektkoordination, d.h. vor allem

- die begleitende Überwachung der Einhaltung des Zeit- und Vorgehensplanes in Abstimmung mit dem Projektmanager,
- die Verfolgung kritischer Erfolgsfaktoren in der Zusammenarbeit zwischen den beauftragten Unternehmensberatern und den 48 unmittelbar betroffenen Dienststellen (z.B. hinsichtlich der Vollständigkeit und Plausibilität der erhobenen Fakten),
- die laufende stichprobenweise Leistungskontrolle und die interne Projektdokumentation.

Die Untersuchung konzentrierte sich in den Dienststellen im Frühjahr 1998 vor allem auf eine Aufgaben- und Strukturanalyse, die in enger Kooperation zwischen Mitarbeiter/innen und Unternehmensberatern erstellt wurde und für jede betroffene Dienststelle in einem Faktenbericht mündete. Es ist hervorzuheben, dass diese Basisarbeit seitens der Bediensteten im Magistrat in einer Vielzahl von Gesprächen, Workshops und Schulungsveranstaltungen mit den Unternehmensberatern neben der routinemäßig anfallenden Tagesarbeit geleistet wurde.

In der anschließenden Projektphase der Aufgabenkritik wurde jede einzelne erhobene Verwaltungstätigkeit unter dem Blickwinkel der Richtigkeit und Aktualität ihrer Erledigung beurteilt und bewertet. Die Projektkoordinatoren in der MD-Verwaltungsorganisation hatten dabei in erster Linie darauf zu achten, dass die von den Unternehmensberatern aufgezeigten kritischen Ansatzpunkte für organisatorische Veränderungen zu realisierbaren Reformvorschlägen weiterentwickelt werden. Ebenfalls über Initiative der MD-Verwaltungsorganisation wurde über die Untersuchungsergebnisse (in teilweise sehr ausführlichen Schlussgesprächen) in jeder Dienststelle diskutiert; allfällige abweichende Stellungnahmen der Dienststellen wurden in den Schlussberichten den externen Expertengutachten als gleichwertige kritische Gegenäußerungen angeschlossen.

Die Organisationsanalysen, ihre Ergebnisse und teilweise sehr konkreten Umsetzungspläne wurden von den Beratungsunternehmen in einem über 5.000 Seiten umfassenden Berichtskonvolut zusammengefasst. Die Gesamtuntersuchung konnte mit der Präsentation der wesentlichen Ergebnisse vor Spitzenpolitikern und -beamten Mitte November 1998 auftragsgemäß abgeschlossen werden. Dabei wurde der Wiener Stadtverwaltung von den Auftragnehmern insgesamt ein durchaus positives Zeugnis für effizientes, effektives und kundenorientiertes Handeln ausgestellt. Um dieses Niveau zu halten und - wie beabsichtigt - noch zu verbessern, wurde die schrittweise Einführung moderner Steuerungsmechanismen empfohlen, die vor allem zu einer stärkeren Berücksichtigung betriebswirtschaft-

licher Aspekte, zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen im Interesse der Kunden und Bediensteten sowie zu optimaler Kooperation zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen führen sollen.

Die Wiener Stadtverwaltung bekennt sich zu einer Verwaltungsmodernisierung im Sinne der Ergebnisse der Organisationsanalysen. Die Planung, Organisation und schrittweise Realisierung dieses Reformvorhabens stellt für die MD-Verwaltungsorganisation mit dem kommenden Verwaltungsjahr eine neue Herausforderung dar, die mit den Mitteln eines modernen Projektmanagements zu bewältigen sein wird.

1.2. Neugestaltung des Vergabewesens bei der Stadt Wien

In Teilbereichen der Stadt Wien (MA 23 und Wiener Krankenanstaltenverbund) wurden Mängel bei der Überwachung der Leistungserbringung und bei der Kontrolle der Leistungsverrechnung festgestellt.

Um eine Restrukturierung der Zusammenarbeit mit externen Unternehmen herbeizuführen, hat die MD-Verwaltungsorganisation in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachleuten eine Ausschreibung von Beratungsleistungen zur Optimierung der Auftragsvergabe an externe Dienstleister ausgearbeitet. Im Rahmen eines offenen Verfahrens wurde gemeinsam mit den Vertretern der betroffenen Dienststellen der Bestbieter ermittelt und der Dienstleistungsauftrag vergeben. Der Untersuchungsablauf und die Arbeiten des beauftragten Unternehmensberaters wurden von der MD-Verwaltungsorganisation im Rahmen der Projektlenkungsgruppe beaufsichtigt und koordiniert.

Ein dem ausgeschriebenen Leistungsumfang entsprechender Endbericht mit konkreten Maßnahmen zur Neuorganisation der Fremdvergabe und der Kontrolle von Leistungen wurde vorgelegt.

In einem Folgeprojekt werden diese Maßnahmen nunmehr in einer für die öffentliche Verwaltung adäquaten Weise sowohl im nachrichtentechnischen Bereich als auch im Bereich der Neuorganisation des Vergabewesens umgesetzt.

1.3. Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Euro

Mit 1. Jänner 1999 nimmt Österreich an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teil. Ab diesem Zeitpunkt ist der Euro Währungseinheit und kann bereits im unbaren Zahlungsverkehr verwendet werden. Wenn auch der Bargeldumlauf erst Anfang 2002 beginnt, treten bereits ab 1999 zahlreiche Rechtswirkungen ein.

Der MD-Verwaltungsorganisation obliegt die Leitung der Arbeitsgruppe Verwaltung.

Im Jahre 1998 wurden die wesentlichen Festlegungen zur klaglosen Einführung der Einheitswährung in Wien getroffen. Für den 1. Jänner 1999 wurde sichergestellt, dass in den von der Stadt Wien herausgegebenen Ausfertigungen eine Informationszeile über den Wert des ausgewiesenen Endbetrages auch in Euro aufgenommen wurde. Ab 1. Jänner 1999 abgeschlossene langfristige Verträge mit Verbrauchern enthalten die im Sinne des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes geforderten Angaben in beiden Währungen oder eine Verpflichtung der Stadt Wien zur Information zum Ende des Umstellungszeitraumes. Die generelle Information aus langfristigen Verbrauchergeschäften, die schon vor 1999 abgeschlossen wurden, zum Ende des Umstellungszeitraumes wurde ebenfalls sichergestellt.

Mit den Euro-Referenten der hauptsächlich betroffenen Dienststellen wurden die zu setzenden Maßnahmen in Einzelgesprächen abgestimmt. Darüber hinaus fanden generelle Informationsveranstaltungen für die Euro-Referenten aller Dienststellen und die Mitarbeiter des Bürgerdienstes statt.

Die Arbeitsergebnisse sämtlicher Arbeitsgruppen wurden im „Aktionsplan der Stadt Wien zur Einführung des Euro" zusammengefasst und der Europa-Kommission des Wiener Landtages vorgelegt.

1.4. Ersatz der Drucksorten durch EDV-Rahmenschriftstücke

Die Drucksortenkommission hat 1998 ein Projekt, dessen Ziel es war, unter Ausnutzung vorhandener EDV-Hard- und Software die Erstellung und Benutzung von EDV-Rahmenschriftstücken (also von zu ergänzenden Texten, die über ein EDV-System erstellt werden) zu vereinheitlichen, abgeschlossen. Jene Rahmenschriftstücke, die aufgrund ihres Aufbaus und ihrer Aufgabe dafür geeignet sind, werden den Dienststellen über Personalcomputer angeboten. Durch das Verwenden von Standardsoftware im Vergleich zu einer beschaffenden Software konnten bei der Erstellung des Programmes erhebliche Kosten gespart werden; die verminderte bzw. entfallende Lagerhaltung und Erzeugung von Drucksorten ergibt eine weitere beachtliche Kostensenkung. Die wesentlichen Vorteile des EDV-Systems sind:

- Die EDV-Rahmenschriftstücke werden automatisch dienststellenspezifisch erstellt. Das heißt, dass etwa die Dienststellenbezeichnung, Adresse, Telefonnummer, Datum, Sachbearbeiter/in usw. bei Aufruf des Formulars bereits vorgegeben sind.
- Die EDV-Rahmenschriftstücke können sehr rasch neuen Gegebenheiten angepasst, also aktualisiert werden. Das ist in Zeiten, in denen sich laufend Änderungen (etwa bevorstehender Jahrtausendwechsel, Rechtschreibreform, Währungsumstellung auf Euro) ergeben, ganz besonders wichtig. Dadurch, dass diese Rahmenschriftstücke am Bildschirm aufgerufen und ausgefüllt werden, entfällt für diese eine zentrale Lagerhaltung und Verteilung im Magistrat; es kann auch zu keinen Engpässen wegen Verzögerungen beim Druck oder zu später Nachbestellung kommen.
- Da die EDV-Rahmenschriftstücke kurzfristig aktualisiert werden können, entfällt auch die bei Drucksorten oft

gegebene Notwendigkeit, alte Auflagen, die nicht mehr aktuell sind, auszuscheiden und zu vernichten.
Mit Abschluss dieses Projektes hat die Drucksortenkommission ihre Tätigkeit beendet und an ihre Stelle trat - um dem neuen Tätigkeitsschwerpunkt Rechnung zu tragen - der Fachausschuss für Rahmenschriftstücke.

1.5. Nutzung des digitalen Fotoarchivs

Im Zusammenwirken mit den hauptsächlich betroffenen Dienststellen und der MA 14-ADV wurde dafür Sorge getragen, dass die organisatorischen Voraussetzungen für eine optimale Nutzung eines „digitalen Fotoarchivs" gegeben sind. Die der Stadt Wien zur Verfügung stehenden Fotos werden teilweise in Zukunft auch über Intranet und Internet zur Verfügung gestellt.

1.6. Geschäftsstelle für KGSt-Angelegenheiten

Die Stadt Wien ist im Mai 1998 der Kommunalen Gemeinschaftsstelle in Köln beigetreten. Hiebei handelt es sich um eine Selbsthilfeeinrichtung von rund 1.500 Städten und Gemeinden der BRD und Österreichs zur Verwaltungsmodernisierung. Behandelt werden insbesondere Fragen zu Themen der Führung, Steuerung und Organisation von Kommunalverwaltungen basierend auf dem „Neuen Steuerungsmodell". Dieses sieht den Aufbau einer unternehmensähnlichen, dezentralen Führungs- und Organisationsstruktur vor. Zu den Kernelementen zählen eine klare Verantwortungsabgrenzung zwischen Politik und Verwaltung, eine Führung durch Leistungsvereinbarungen (Kontraktmanagement), dezentrale Ressourcenverantwortung, zentrale Steuerung einschließlich Controlling und eine Steuerung der Verwaltung über die Outputseite (Produkte). Es werden gutachtliche Empfehlungen, Informationen (KGSt-Info, Sonderdrucke) und jährlich etwa 15 bis 20 Berichte herausgegeben. Seminare und Fachkonferenzen bieten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, Kennzahlensysteme und Vergleichswerte zu entwickeln oder zu übernehmen.
Um nunmehr dieses vielfältige Informationsangebot der KGSt möglichst breit gestreut für den Magistrat der Stadt Wien nutzbar zu machen und deutlich sichtbare Akzente in Richtung einer Weiterentwicklung des Magistrats als Dienstleistungskonzern zu setzen, wurde in der MD-Verwaltungsorganisation die Geschäftsstelle für KGSt-Angelegenheiten eingerichtet.
Diese Geschäftsstelle steht allen Interessenten als Informationsplattform und als Ansprechpartner zur Verfügung. Gleichzeitig ist sie mit der Prüfung der KGSt-Berichte hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für den Magistrat und der Ausarbeitung von Entscheidungsvorschlägen befasst.

1.7. Maßnahmen zur Beschleunigung des Betriebsanlagen-Verfahrens

In Weiterführung des Projektes wurde ab Mai 1998 der im Vorjahr zunächst nur in vier magistratischen Bezirksämtern als Versuch eingerichtete Projektsprechtag auf alle magistratischen Bezirksämter ausgeweitet. An einem Donnerstag pro Monat haben investitionswillige Unternehmer die Gelegenheit, an einer Stelle, dem magistratischen Bezirksamt, mit einem Beratungsteam, zu dem der Jurist des Bezirksamtes, der gewerbetechnische Sachverständige, der Arbeitsinspektor aber auch ein Vertreter der Baupolizei und der Wirtschaftskammer gehört, die vorwiegend technischen Fragen der Unternehmensgründung abzusprechen. Neu am Projektsprechtag ist, dass alle Sachverständigen zum gleichen Zeitpunkt am gleichen Ort anzutreffen sind und daher eine umfassende Beratung erteilen.
Speziell in Industriebezirken war die Nachfrage der Gewerbetreibenden sehr groß. In einzelnen Bezirken wurden an einem Sprechtag bis zu 10 Beratungen durchgeführt. Von den betreuten Unternehmern kamen daher nur positive Rückmeldungen.
Die magistratischen Bezirksämter wurden mit Notebooks ausgestattet. Zusammen mit dem neu entwickelten, EDV-unterstützten Genehmigungsbescheid mit standardisierten Auflagen als Textbausteinen ist damit die technische Möglichkeit geschaffen, bereits im Anschluss an eine anstandslose Verhandlung den Genehmigungsbescheid dem Unternehmer auszufolgen.
Zur Unterstützung der Leiter der magistratischen Bezirksämter wurden Controlling-Maßnahmen ausgearbeitet.

2. Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Die Errichtung zweier neuer Magistratsabteilungen wurde zum Anlass genommen, dem Wiener Gemeinderat die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien in zusammengefasster Form zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei wurde auch das verwendete Textverarbeitungssystem geändert, sodass nunmehr Korrekturen sowie die Umwandlung der Texte für das Internet erleichtert sind. Die wesentlichen Änderungen sind:

2.1. MA 20 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten

Die komplexe und schwierige Materie der Vollziehung des Bundesgesetzes über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997 - FrG) wurde aus dem Aufgabenbereich der MA 62 (Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten) herausgelöst und der neugeschaffenen MA 20 (Fremdenrechtliche Angele-

genheiten) übertragen. Auch der Bereich des Gesetzes betreffend den Grunderwerb durch Ausländer in Wien (Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz) wird künftig von dieser neuen Dienststelle wahrgenommen werden.

Die Einrichtung der MA 20 dient der Schaffung eines eigenen Zentrums für die Bearbeitung der Angelegenheiten des Ausländeraufenthaltes und deren Integration, der Beschleunigung der Abläufe in dieser wichtigen Materie und spiegelt auch die Bedeutung wider, die diesem Bereich in rechtspolitischer Hinsicht zukommt.

2. 2. Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Aufgrund der Bedeutung der Aufgaben der Landessanitätsdirektion und der Gesundheitsplanung wurden die entsprechenden Kompetenzen gebündelt, neu formuliert und einer eigenen - im Verbund der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugeordneten - neuen Dienststelle zur Besorgung zugewiesen. Damit wurde auch eine Entflechtung der Verantwortungsbereiche der Landessanitätsdirektorin und der MA 15 (Gesundheitswesen) erreicht.

2.3. Bedienstetenschutz

Das Gesetz über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigten Bediensteten (Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 - WBedSchG 1998) trat mit 1. Dezember 1998 in Kraft und löste das bisherige Wiener Bedienstetenschutzgesetz ab. Den dadurch für den Magistrat der Stadt Wien neu entstandenen Aufgaben wurde in der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien ebenfalls Rechnung getragen. Vorher waren wesentliche Klarstellungen zur Abgrenzung jener Bereiche, die dem Arbeitnehmer/innenschutzgesetz des Bundes unterliegen und jener, die vom Bedienstetenschutz des Landes erfasst sind, erfolgt.

2. 4. Änderungen im Veranstaltungswesen

Im Auftrag des Herrn Magistratsdirektors wurde eine Prüfung darüber durchgeführt, in welcher Dienststelle das Behördenreferat der MA 7 (Kultur) bei einer allfälligen Herauslösung einzugliedern wäre und eine Bewertung der untersuchten Varianten vorgenommen. Bei der Erhebung war insbesondere auf die Erhaltung der Serviceorientiertheit durch das Zusammenwirken des Behördenreferates mit den MA 4 (Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben) und 6 (Rechnungsamt) Bedacht zu nehmen. Dem Ergebnis der durchgeführten Prüfung entsprechend wurde das Behördenreferat in die MA 35 (Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten), der schon bisher die Genehmigung von Veranstaltungsstätten oblag, eingegliedert.

2. 5. Sprachliche Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern

Der auch in den Bestimmungen des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes verankerten sprachlichen Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern wurde durch ihre ausdrückliche Anführung in den Allgemeinen Grundsätzen Rechnung getragen.

3. Vorbereitete Erlässe

MD-319-2/98	Spezialerfordernisse der Dienststellen; Beschaffungszuständigkeiten; Änderung	31. März 1998
MD-1127-1/98	Richtlinien für Strafausmaß 1992; 10. Nachtrag	3. Juni 1998
MD-1011-6/97	Allgemeine Kassen- und Verlagsvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien (KVM)	20. Juli 1998
MD-121-4/98	1. Briefblatt (Kopfpapier); Gestaltung 2. Verwendung von Dienststellensymbolen(Logos)	24. August 1998
MD-1042-2/98	I. Dienstabwesenheitsevidenz; Führung II. Erholungsurlaub nach Krankheitsabsenzen	24. August 1998
MD-1478-1/98	Vorschrift für die Gestaltung und Verwaltung von Rahmenschriftstücken	15. September 1998
MD-1778-1/98	Dienstvorschrift für die Verwendung von Juxtenheften	5. Oktober 1998
MD-1857-1/98	Bestimmung ausschließlicher Zuständigkeiten des Magistratischen Bezirksamtes für den 1./8. Bezirk	19. Oktober 1998
MD-1191-14/98	Umsetzung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung	4. Dezember 1998

Referatserlässe der MD-Verwaltungsorganisation

MD VO - 145/97	Nennung akademischer Grade im amtlichen Schriftverkehr	24. Februar 1998
MD VO - 135/98	Bestellung von Drucksorten; Jahrtausendwechsel und Euro-Umstellung	20. Mai 1998

MD VO - 398/98	Rechnungslauf für Waren und Dienstleistungen, die von der MA 54 beschafft werden	8. Dezember 1998
MD VO - 397/98	Bestellung von Buchbinderarbeiten	28. Dezember 1998

Im Zuge der magistratsweit angestrebten Erlassbereinigung wurden auch von der MD-Verwaltungsorganisation zahlreiche Erlässe auf ihre Aktualität geprüft. Damit konnte ein wesentlicher Beitrag zur angestrebten radikalen Reduzierung des Erlassbestandes der früheren Jahre geleistet werden.

4. Betriebliches Vorschlagswesen

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens wurden im Berichtszeitraum 182 Anregungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingebracht. Nach Durchführung der Begutachtungsverfahren erfolgte bei den erledigungsreifen Eingaben die Vorbereitung zur Beschlussfassung durch den Ausschuss für das Betriebliche Vorschlagswesen.

5. Postbeförderung über die Zentrale Poststelle

insgesamt befördert:	27 Millionen Sendungen
magistratsintern befördert:	12 Millionen Sendungen
auf Postämtern aufgegeben:	11 Millionen Sendungen
an Porti verrechnet:	91,3 Millionen Schilling
sicherheitstechnisch überprüft:	100.000 Sendungen

nach europäischem Übereinkommen zugestellt:

aus Italien:	180 Zustellersuchen
aus der Bundesrepublik Deutschland:	350 Zustellersuchen
Auslieferung von Drucksorten	250 Tonnen

6. Bewirtschaftung der Amtsgebäude

Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, musste die Durchführung von größeren Adaptierungsarbeiten in folgenden Amtsgebäuden veranlasst werden, und zwar in 1, Rathaus, 1, Rathausstraße 2 - 4, 1, Bartensteingasse 13, 1, Ebendorferstraße 4, 1, Neutorgasse 15, 1, Rathausstraße 14 - 16, 1, Schottenring 24, 2, Schiffamtsgasse 14, 3, Karl-Borromäus-Platz 3, 8, Friedrich-Schmidt-Platz 3, 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 11, Enkplatz 2, 12, Niederhofstraße 23, 17, Elterleinplatz 14, 19, Gatterburggasse 12 - 14 und 23, Perchtoldsdorfer Straße 2.

Für folgende Dienststellen wurden weitere Amtsräume zur Verfügung gestellt:

MD-EU-Förderungen, MD-Stadtbaudirektion, Büro des Bezirksvorstehers für den 17. Bezirk, Büro des Bezirksvorstehers für den 19. Bezirk, MA 2, 7, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 21 C, 22, 23, 35, 38, 46, 47, 55, 57, 62, 64, 67 sowie für die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinde Wien, Hauptgruppe I.

Zur Realisierung des Projektes „URBION" (Belebung der Gürtelzone) wurden die Stadtbahnbögen 70, 71 sowie 111 freigemacht und entsprechende Ersatzflächen im Amtshaus 19, Muthgasse 62, zur Verfügung gestellt.

Der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien wurden am Standort in 9, Sobieskigasse 31, zwei weitere Räume zur Benützung überlassen.

An der Bereitstellung von Räumlichkeiten für den Verein „Dialog" im 21. und 22. Bezirk zur Einrichtung von zwei weiteren Drogenberatungsstellen wurde mitgewirkt.

Für die neu eingerichtete Parkraumbewirtschaftung im 2. und im 20. Bezirk wurden in den Amtsgebäuden in 2, Karmelitergasse 9, und in 20, Brigittaplatz 10, Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und adaptiert.

Für die neu geschaffene Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds wurden definitive Räumlichkeiten im Amtshaus 1, Schottenring 24, adaptiert und zugewiesen.

Der neu geschaffenen Antidiskriminierungsstelle des Büros der Geschäftsgruppe für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal wurden Räumlichkeiten im Amtshaus in 8, Friedrich-Schmidt-Platz 3, zur Verfügung gestellt.

Für das in der Magistratsdirektion eingerichtete Referat Betriebswirtschaft und Controlling wurden in 8, Buchfeldgasse 6, Büroräume adaptiert und zur Verfügung gestellt. Für weitere Büroräume im selben Objekt wurden die Vorbereitungen für 1999 aufgenommen.

Für die Unterbringung der Bereichsleiterin für Integrationsangelegenheiten wurden Büroräume im Rathaus überlassen und adaptiert.

Der neu geschaffenen Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen der MD-Stadtbaudirektion wurden Räumlichkeiten im Amtsgebäude in 1, Volksgartenstraße 1 - 3, überlassen.

Die nach Absiedlung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien freigewordenen Büroräume im Mietobjekt in 2, Schiffamtsgasse 14, wurden dem Verein FAWOS und dem Referat „Beratung und Betreuung behinderter Mitarbeiter/innen bei der Stadt Wien" der MA 12 zur Verfügung gestellt und adaptiert. Weiters wurde ein Raumprovisorium

für die Begutachtungsstelle der MA 12 in diesem Objekt geschaffen.

Der neugegründeten Fraktion der „Freien Demokratischen Union" wurden Räumlichkeiten im Objekt 1, Rathausstraße 11, zur Verfügung gestellt.

Für die Einrichtung eines neuen Kundendienstzentrums „Wiener Wohnen für den 22. Bezirk" der MA 17 wurden die vorhandenen Räumlichkeiten in 22, Donaustadtstraße 1, den Erfordernissen entsprechend umgebaut und adaptiert.

Folgende Dienststellen wurden übersiedelt:

- Stadtarchäologie der Geschäftsgruppe Kultur
- Zentrale Poststelle der MD-Verwaltungsorganisation
- MD-Stadtbaudirektion/Projektleitstelle
- MA 2 einschließlich des Bewerbungsreferates und Dezernates für Unfallfürsorge dieser Dienststelle
- Wiener Musiksommer - Klangbogen der MA 7
- MA 11
- MA 12-Referat Beratung und Betreuung behinderter Mitarbeiter bei der Stadt Wien
- Außenstelle V der Wohnungskommision (21., 22. Bezirk) der MA 16
- Wohnungsberatungsstellen der MA 17 für den 1., 9. Bezirk, 5. Bezirk, 6., 7., 8. Bezirk, 13., 14. Bezirk, 15. Bezirk, 16. Bezirk, 18. Bezirk, 19. Bezirk, 20. Bezirk, 22. Bezirk und für den 23. Bezirk
- MA 18
- MA 21 C
- Hauskrankenpflegestützpunkt für den 16., 17. Bezirk der MA 47
- MA 55
- MA 62 - Dezernat A, Einreichstelle für den 3. und 11. Bezirk
- Wiener Umweltanwaltschaft

Weiters war die MD-Verwaltungsorganisation mit der Verwertung folgender Objekte befasst:

- Berufsschulgebäude 3, Viehmarktgasse 3 - 5
- Raiffeisen-Zentralbank-Gebäude 3, Viehmarktgasse 5 - 7
- Charlotte Bühler Heim 18, Bastiengasse 36 - 38
- 23, Triester Straße 199

Verschiedene der Stadt Wien zum Kauf bzw. zur Mietung angebotene Gebäude wurden zum Zwecke der Unterbringung von städtischen Dienststellen geprüft.

Hinsichtlich der für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1999 mitgewirkt.

Es wurden folgende umfangreichere Raumprogramme neu erstellt:

- Für das Rathaus,
- für das Amtshaus 1, Bartensteingasse 13,
- für das Amtshaus 2, Schiffamtsgasse 14,
- für das neue Archiv der MA 8 in 11, Gasometer und
- für die MD-Verwaltungsakademie im Amtshaus 20, Dresdner Straße 75.

Infolge der Besiedlung des Amtshauses Muthgasse sowie infolge von weiteren umfangreichen Übersiedlungen wurde wieder die Kündigung von mehreren Mietobjekten veranlasst.

Organisatorische Mitwirkung gab es bei

- den im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion abgehaltenen Raumprogramm-, Projekts- und Wirtschaftlichkeitsbesprechungen,
- der Einrichtung von weiteren Außenstellen sowie der vorübergehenden Zusammenlegung der ehemaligen Wohnungsberatungsstellen der MA 17,
- der Beistellung eines Raumprovisoriums für die Einrichtung der neuen Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion,
- der räumlichen Strukturierung für die geplanten Außenstellen und für die Zentrale der neuen MA 20,
- der Raum- und Standortplanung für die MA 60,
- der Erhebung der Flächen- und Mietpreise für die Amtsräume städtischer Dienststellen im Zusammenhang mit der Gesamtuntersuchung Magistrat,
- den Vorbereitungen zur Bundespräsidentenwahl,
- der Planung eines Zubaues zum Bezirksamtshaus für den 3. Bezirk auf der Liegenschaft 3, Ungargasse 33,

- der Einrichtung des Sonderschulinspektors des Stadtschulrates im Amtshaus 15, Gasgasse 8 - 10,
- der Realisierung eines „Bürger-Service-Zentrums" im Amtshaus 11, Enkplatz 2,
- der geplanten Einrichtung einer religionspädagogischen Akademie der Islamischen Glaubensgemeinschaft,
- der Installierung von elektronischen Auskunftssystemen („Vienna-Access-Points") in städtischen Amtsgebäuden,
- dem unter Federführung der MD-Stadtbaudirektion und der Wiener Umweltanwaltschaft initiierten Pilotprojekt „PUMA",
- der Planung der neuen Bürgerdienstaußenstellen der MA 55 im 2. Bezirk sowie im 14. Bezirk,
- den Planungsarbeiten für die Umgestaltung des Büros des Bezirksvorstehers für den 6. Bezirk,
- der Überlassung von Parkplätzen in den Garagen und Höfen städtischer Amtsgebäude,
- der Prüfung des Ausbaues des Dachgeschosses im „Bartensteinblock" für Wohnzwecke,
- der Neuerrichtung einer Landesfahrzeugprüfstelle der MA 46,
- der Behebung von Sicherheitsmängeln im Bereich der Landesfahrzeugprüfstelle der MA 46,
- der Verlegung des „Behördenreferates" zur MA 35 in das Amtshaus 20, Dresdner Straße 75,
- der Umgestaltung der Stadtinformation im Rathaus,
- der Klärung hinsichtlich der Führung der Personalangelegenheiten von Hausbesorgern in städtischen Amtsgebäuden,
- dem Projekt der Generalsanierung des Amtshauses 9, Währinger Straße 39,
- der Änderung des Portierdienstes in den Amtsgebäuden 1, Volksgartenstraße 3 und 1, Rathausstraße 9,
- der Aktualisierung des Behindertenatlasses der Stadt Wien.

Magistratsdirektion - Betriebswirtschaft und Controlling (MD-BC)

Die MD-BC wurde mit 1. Dezember 1998 unter Einbeziehung des Projektteams SAP (CCC), das seit 1. Mai 1998 in der MD-VO als Untergruppe angesiedelt war, gegründet. Die MD-BC (Leitung: Bereichsdirektor Dr. Nussgruber) gliedert sich in die Bereiche Projektteam SAP (Leitung: Ing. Hebnar) und Konzerncontrolling (Leitung: Ing. Mag. Stoll). Die Aufgaben des Projektteams wurden im Erlass MD-834-1/98 vom 17. April 1998 anlässlich der Bestellung des Projektleiters definiert. Die Aufgaben der MD-BC wurden in dem Erlass MD-2123-1/98 vom 30. November 1998 definiert.

Folgende Aufgaben wurden in den letzten Monaten von dem Projektteam SAP wahrgenommen:

Die Aufgabenbeschreibung folgt der Struktur gemäß Erlass MD-834-1/98 vom 17. April 1998 anlässlich der Bestellung des Projektleiters.

- Aufbau eines Kompetenz-Centers zur Einführung der integrierten, betriebswirtschaftlichen Standardsoftware (CCC):
  Die Grundvoraussetzungen für den Aufbau eines Kompetenz-Centers wurden im Mai mit einem Personalstand von 12 Mitarbeiter/innen geschaffen. Es erfolgte eine laufende Ausbildung der Mitarbeiter/innen in den einzelnen SAP-Modulen (Materialwirtschaft, Instandhaltung, Projektsystem, Finanzwesen, Haushaltsmanagement, Kostenrechnung und Controlling, Personalwesen), unterteilt in einzelne Spezialisierungsrichtungen. Im Dezember 1998 erreichte der Personalstand der MD-BC eine Anzahl von 18 Mitarbeiter/innen.

- Strategische Planung und Einführung von SAP R/3 für die Bereiche Logistik, Kostenrechnung und Controlling, Berichtswesen: Als Ansatz wurde die gesamtheitliche Einführung von SAP R/3 je Dienststelle gewählt, wobei die Funktion CO (Kostenrechnung) verpflichtend in jedem Dienststellenprojekt einzuführen ist. Die inhaltlichen Grundsatzfunktionen wurden für alle zu integrierenden Module in einem Template erstellt. Damit ist die Einheitlichkeit der Integration zwischen den Dienststellen sichergestellt (zu Template siehe Punkt „Gesamtmodell").

- Konzeption der erforderlichen Schnittstellen zu bestehenden Systemen, insbesondere des Rechnungswesens und der Personalverwaltung: Die Konzeption der Schnittstellen zu den Buchhaltungssystemen der MA 6, dem System WIPIS der MA 3 und zu dem Grafischen Informationssystem der MA 14 wurde erstellt.

- Erstellung eines Gesamtmodells zum Einsatz der Standardsoftware: Als eine der ersten Grundsatzentscheidungen wurde beschlossen, für den Magistrat und den Krankenanstaltenverbund auf getrennten Systemen jeweils einen Produktivmandanten einzurichten. Es wurde ein einheitlicher Kontenrahmen gebildet, der zwischen dem Magistrat und dem Krankenanstaltenverbund abgestimmt wurde. Die umfassende Einführung von SAP R/3 Modulen in drei Pilotprojekten - MA 14, 31 und 33 - erfolgt auf Basis eines gemeinsam mit der Firma SAP erstellten Templates, das in Zusammenarbeit mit externen Beratern (ARGE SAP) weiterentwickelt wird. Um jeweils eine einheitliche und in sich selbst konsistente Implementierung der SAP R/3 Software im Magistrat und KAV zu ermöglichen, wurde ein logisches Konzernmodell („log. Template") erstellt, welches alle identifizierbaren Gemeinsamkeiten/Strukturähnlichkeiten aller Dienststellen beinhaltet, wobei die im SAP-System zu definierenden Strukturen

(Organisationseinheiten, Nummernkreise usw.) auf die tatsächlichen Gegebenheiten und Erfordernisse des Magistrats bestmöglich abgestimmt wurden. Das Template wurde am 24. November 1998 an die externen Berater übergeben und liegt inklusive Dokumentation vor. Ein Projekthandbuch wurde mit Unterstützung der Firma SAP verfasst. Es hat den Zweck, durch Vorgabe eines Rahmen- und Regelwerkes die mit SAP R/3 im Magistrat der Stadt Wien (ausgenommen KAV) betrauten Personen bei der Implementierungs- und Betreuungsabwicklung zu führen und zu unterstützen. Eine eigene Homepage (http://www.adv.magwien.gv.at/mbc/magwiensap1.htm) wurde entwickelt und liefert relevante Informationen über das SAP-System, die Projekte, das Kompetenz-Center und das Konzerncontrolling. Sie wird sowohl für den internen als auch den externen Gebrauch für berechtigte User gepflegt. Eine regelmäßige Berichterstattung über den Projektfortschritt wurde etabliert.

- Koordination der Terminplanung für die Gesamteinführung von SAP R/3 und für die Einzelprojekte: Es erfolgte eine Gesamtplanung für die Durchführung von SAP-Projekten bis Ende 2002. Geplant wurden die Aufwände nach Dienststellen, Usern, Perioden und Leistungen als Basis für Kosten/Nutzenanalysen, Lizenzverträge, externe Beratervergaben usw. In den Magistratsabteilungen 14, 31, 33 wurde mit der Einführung von SAP R/3 begonnen. Projektbeginn für alle drei Projekte war der 1. Oktober 1998. Für die Projektdurchführung wurde nach Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung die ARGE SAP beauftragt. Im Berichtszeitraum wurden gemeinsam mit den Beratern der Firma ARGE SAP die Ist-Analysen durchgeführt sowie die ARGE-Berater bei der Erstellung der Grobkonzepte unterstützt. Mit der Detailkonzeption und parallel dazu mit dem Prototyping wurde begonnen. Geplanter Produktivstart für die drei Dienststellen ist der 1. Jänner 2000.

Für die oben genannten Projekte wurde ein mit dem Gesamtprojekt abgestimmter Terminplan erstellt.

- Finanzplanung für die Gesamteinführung von SAP R/3 und für die Einzelprojekte in Abstimmung mit der Finanzverwaltung und den jeweiligen Organisationseinheiten, insbesondere mit der MD-EDV- und Informationsmanagement , der MA 14 und dem Wiener Krankenanstaltenverbund: Eine Finanzplanung wurde an Hand des Terminplanes für das Gesamtprojekt „Einführung von SAP R/3 im Magistrat der Stadt Wien, ausgenommen KAV" erstellt. Der gesamte Aufwand, der im Gesamtprojektplan kalkuliert wird, besteht aus der Summe aller interner und externer Leistungen, die für die Durchführung innerhalb des vorgesehenen Terminplanes notwendig sein werden. Darin enthalten sind sowohl interne als auch externe Personalkosten, Server- und Lizenzkosten. Die Aufwände sind gefächert nach Leistungen und aufgeteilt entsprechend der geplanten Entwicklungsstadien.

- Zentraler Ansprechpartner für projekt- und anwendungsübergreifende Fragestellungen: Das CCC nimmt die Funktion als zentrale Informationsdrehscheibe wahr. Zahlreiche Gespräche wurden geführt, Vorträge und Veranstaltungen abgehalten und Informationen gesammelt und weitergegeben.Die Rollen und Aufgaben der für die SAP-Einführung zuständigen Gremien und Ausschüsse werden detailliert im Projekthandbuch beschrieben.

- Zentraler Ansprechpartner für Abstimmungen zwischen dem Magistrat sowie der Firma SAP und SAP-Vertragsfirmen: Das CCC tritt generell als Auftragnehmer der einzelnen Dienststellen und als Auftraggeber der Firma SAP und der SAP-Vertragsfirmen auf. Sämtliche Kommunikations- und Steuerungsrichtlinien, einschließlich eines Regulations- bzw. Konfliktmanagements, sind im Projekthandbuch abgebildet.

- Koordinierung der Vertragsgestaltungen (Lizenzen, Beratungsverträge) in Zusammenarbeit mit der MD-EDV- und Informationsmanagement, der MA 14, dem Wiener Krankenanstaltenverbund und den Wiener Stadtwerken: Als rechtliche Grundlage für den Einsatz von SAP R/3 wurde unter Leitung der MDI gemeinsam mit der MA 14 unter Mitwirkung des Projektteams SAP, dem Krankenanstaltenverbund und den Wiener Stadtwerken ein Wertkontrakt ausgearbeitet. Als Grundlagen dafür wurden Userzahlen basierend auf dem Gesamtprojektplan ermittelt, Vertragshandhabungen unter den beteiligten Partnern abgesprochen, Abstimmungsverhandlungen über Vertragsgestaltung mit der Firma SAP geführt. Die Durchführung eines entsprechenden Vergabeverfahrens erfolgte gemeinsam mit MA 14, KAV und den Wiener Stadtwerken. Um durch ein Zusammenziehen von Vertragsvolumina einen höheren Rabattwert erreichen zu können, wurden 1998 in Abstimmung mit der MDI Abstimmungsverhandlungen mit dem Bund und mehreren Ländern begonnen.

- Befassung der beratenden EDV-Kommission mit Fragen der Strategie des SAP-Einsatzes, insbesondere mit Modifikationen und Erweiterungen von SAP: Modifikationen oder Erweiterungen von SAP wurden bislang nicht ins Auge gefasst.

- Strategische Planung der Entwicklung des CCC's: Die von der Magistratsdirektion-EDV- und Informationsmanagement beauftragte Studie der Firma CSC Ploenzke (Austria) GmbH ergab unter anderem eine Vorgabeversion hinsichtlich Personalausstattung und Funktionswahrnehmung für die gesamte Einführungsphase. Es wird jene Variante umgesetzt, die vorsieht, dass SAP R/3 in der Verantwortung des CCC in den hoheitlichen Dienstellen eingeführt wird und dabei ein externer Beraterpool für Projektmanagement und Modulbetreuung unterstützend mitwirken soll. Eine Hotline und die Betriebsführung liegen im Aufgabenbereich der MA 14. Im CCC sollen die

Funktionen Projektleitung, Gesamtprojektsteuerung, Modulbetreuung, Konzern-Template, Akzeptanzmanagement, Projektmanagement, Dienststellenbetreuung, Administration und Schulung ausgeübt werden. Die Modulberater/innen des CCC absolvierten einen Teil der Schulungen, die für die erforderliche Zertifizierung notwendig sind. Die Planung der weiterführenden Schulungen ist erfolgt.

- Vorbereitung der Zertifizierung als Lizenzpartner: Um die bestmögliche finanzielle Regelung bezüglich der Abgeltung der SAP-Wartung zu erreichen, muss das CCC bestimmte, von der Firma SAP vorgegebene Aufgaben innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Lizenzvertrages übernehmen. Mit der Bestätigung der Erfüllung dieser Aufgaben durch die Firma SAP erfolgt die Zertifizierung und die Bestätigung des bereits vorweg eingeräumten Preisvorteils.

- Durchführung von Geschäftsprozessoptimierung mit den betroffenen Dienststellen auf Basis von SAP R/3: Im Rahmen der Ist-Analyse und der Erstellung der Grobkonzepte für die Projekte der drei Magistratsdienststellen stand die MD-BC hinsichtlich der Geschäftsprozessoptimierung beratend zur Verfügung. Die Integration von SAP R/3 bedingt eine weit gehende Anpassung der Organisation an die Software. Diesbezügliche Veränderungen wurden seitens des CCC vorgeschlagen und bewertet sowie die dafür benötigten Potentiale ermittelt. Verantwortung und operative Durchführung obliegen jedoch den Dienststellen in Eigenkompetenz.

- Erstellung und Umsetzung eines Schulungskonzeptes für das CCC und die einzelnen Projekte: Es erfolgte die Konzeption, Organisation und Realisierung der Schulungen sowohl für die Mitarbeiter/innen des CCC als auch für die KEY-User aus den einzelnen Projekten.

- Aufbau eines gemeinsamen Schulungssystems für den Wiener Krankenanstaltenverbund und die übrigen Teile des Magistrats: Die oben genannten Schulungen wurden, soweit zweckmäßig, mit Mitarbeiter/innen des KAV wechselseitig oder gemeinsam organisiert und wahrgenommen.

- Erstellung der Schulungsunterlagen: Bisher hat sich kein Bedarf über die Standardunterlagen hinaus ergeben.

- Erarbeitung und Umsetzung einer Releasemanagementstrategie: Die Abstimmung auf die IS-PS Releasezyklen ist entscheidend für die Vorgangsweise. Der Releasewechsel von 3.0 F auf 4.0 B erfolgte in Zusammenarbeit mit der MA 14 in den letzten beiden Dezemberwochen.

- Organisation der erforderlichen Betriebsführung einschließlich eines Sicherungskonzepts in Zusammenarbeit mit der MA 14 und dem Wiener Krankenanstaltenverbund: Die MD-BC hat den Abstimmprozess zwischen MA 14 und Krankenanstaltenverbund in Zusammenarbeit mit der MDI begleitet und ist bei der Erstellung des Betriebshandbuches der MA 14 beteiligt.

- Erstellung von grundsätzlichen Regelungen für Zugriffsrechte auf die in diesen Systemen gespeicherten Daten: Generelle Benutzerprofile und Zuweisungen an die Mitarbeiter/innen des CCC, der ARGE SAP und die Dienststellen wurden konzipiert.

Folgende Aufgaben wurden im Dezember 1998 vom Konzerncontrolling wahrgenommen:

Es wurde ein grundsätzliches Einführungskonzept für Controlling im Magistrat Wien erstellt, beruhend auf Zielvorgaben des Magistratsdirektors (Antrittsrede: RK 22. 08. 1995), den geschäftseinteilungsmäßig zugeordneten Aufgaben (MD-2123-1/98) sowie auf den offiziell verlautbarten Ergebnissen der Magistratsanalyse (RK 25. 11. 1998). Anfang Dezember 1998 wurden alle Dienststellen im Rahmen einer Veranstaltung der MD-VA über die Grundkonzeption von Controlling und Konzerncontrolling im Magistrat Wien informiert. In der Folge wurden auch bereits erste Einzelberatungen zum Thema Controlling mit Dienststellen durchgeführt. Mitte Dezember wurde in Abstimmung mit MD-PD, MD-VR, MD-VA und MD-VO eine Bedarfserhebung für Controllingausbildung im Magistrat Wien - welche von der MD-VA ab 1999 durchgeführt wird - konzipiert und veranlasst sowie das weitere Vorgehen zu diesem Thema in den Grundzügen vereinbart.

Magistratsdirektion - EDV- und Informationsmanagement (MD-I)

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der MDI lagen 1998 u.a. insbesondere auf der Neufassung der strategischen Ziele des ICT-Einsatzes im Magistrat, auf der Vorbereitung für Einsatzmöglichkeiten von Electronic Commerce in der Stadt Wien und auf der Errichtung des Wiener Bildungsnetzes.

ICT-Strategie

Die MDI erstellte 1998 eine Neufassung der strategischen Ziele des ICT-Einsatzes (Informations- und Kommuni-

kationstechnologie) im Magistrat, wobei folgende Leitziele zu unterstützen sind:

- Die Wiener Stadtverwaltung soll sich noch stärker in Richtung effizienter, kunden- und serviceorientierter Dienstleistungsbetrieb entwickeln.
- Der Kontakt mit den Bürger/innen Wiens soll noch serviceorientierter, kundenspezifischer und effizienter gestaltet werden. Weiters soll die Lebensqualität aller Bürger/innen Wiens (unabhängig von Geschlecht, Alter, Staatszugehörigkeit, Religion und Stand) gesichert und weiter verbessert werden.
- Die Standortqualität des Wirtschaftsraumes Wien sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Betriebe soll erhalten und noch attraktiver gestaltet werden.

Die ICT-Strategie wurde den Mitgliedern der Beratenden EDV-Kommission des Magi-stratsdirektors am 19. November 1998 präsentiert.

Electronic Commerce

Unter Electronic Commerce (eC) ist die Abwicklung geschäftlicher Prozesse auf elektronischem Wege über Datennetze zu verstehen. eC nutzt die Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Überbrückung von Raum und Zeit für den Austausch von digitalisierten Informationen jeglicher Art und ermöglicht somit eine dramatische Reduktion der Transaktionskosten. Dies bedeutet in weiterer Folge das Wirksamwerden völlig neuer Regeln im Geschäftsleben. Für den Bürger und die Wirtschaft bietet eC einen bequemeren Zugang zu Verwaltungsleistungen bzw. eine effizientere Form ihrer Abwicklungen.

Die Stadt Wien möchte einen wirksamen Beitrag leisten, um die eigene Verwaltung und die Wiener Wirtschaft fit für eC zu machen. Mit einer entsprechenden Bewusstseinsbildung und der Initiierung von Pilotprojekten in Form von Public Privat Partnership (die beispielhaft wirken, Infrastruktur bringen, die Einstiegsschranke für die KMU's reduzieren und zur Erreichung einer kritischen Masse beitragen) soll im nationalen und internationalen Zusammenwirken mit anderen Institutionen und Interessensgruppen ein umfassender Einsatz des eC in der Region Wien erzielt werden.

Mit der Nutzung von eC sollen
- eine Steigerung der Bürgerorientierung und der Effizienz der Verwaltung erreicht,
- die Abwicklungen mit den Behörden für die Wirtschaft vereinfacht und
- Standortvorteile für Wien als Wirtschafts- und Lebensraum erzielt werden.

Bürger und Wirtschaft sollen es als Vorteil empfinden, in der Region Wien tätig zu sein.

Seitens der Stadt Wien wurde ein Schirmprojekt aufgesetzt, das die derzeit bestehenden Einzelaktivitäten im eC-Bereich zusammenfasst und strukturiert und somit deren Effizienz erhöht. Weitere Aktivitäten, die während der Projektdauer des Schirmprojektes anfallen, werden in das Schirmprojekt eingegliedert.

Die Wirtschaftsstadträtin Mag. Ederer hat am 1. September 1998 die politische Patenschaft über das eC-Schirmprojekt übernommen und die MDI mit der Umsetzung beauftragt. Das Schirmprojekt wird unter Beiziehung eines renommierten externen Partners durchgeführt, der Wissen, Erfahrung und Kontakte zur Wirtschaft und weitere externe Projekte (ohne direkter Beteiligung der Stadt Wien) einbringt. Auf Basis einer im Herbst 1998 durchgeführten Ausschreibung wurde dafür die Firma ALCATEL ausgewählt. Die Dauer des Schirmprojekts beträgt zwei Jahre (Start 1/99).

Das Schirmprojekt besteht aus drei Teilen:

1. (Impuls/Pilot-)Projekte

- Mittels großer Partner sollen Plattformen und Infrastruktur geschaffen werden, um dadurch die Eintrittsschwelle für KMU´s zu reduzieren ("Enabler")
- Es sollen Gemeinschaften geschaffen werden, in denen lebensweltgerecht Inhaltsangebote erschlossen werden ("Communities")
- Schaffung von (nach Themen gebündelten) elektronischen Informations-, Service- und Produktangeboten ("Channels")

2. Förderung der Bewusstseinsbildung (Awareness)

- Motivieren
- Informieren
- Anregen zum Handeln
- Vertrauen aufbauen - Ängste beseitigen
- Aus- und Weiterbildung vermitteln

3. Vernetzung mit gleichgerichteten Aktivitäten anderer

- Identifikation von potentiellen Partnern - national und international
- Abstimmung der Aktivitäten
- Durchführung gemeinsamer Aktivitäten

Die gesetzten und geplanten Aktivitäten und die Projektergebnisse sollen für begleitende Öffentlichkeitsarbeit und somit zur Verstärkung der Beispielswirkung der Pilotprojekte genutzt werden. Die zielgruppenorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke mit Unterstützung der MA 53 (Presse- und Informationsdienst). Das Projektmanagement einschließlich der Abstimmung bei der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch die MDI. Die Einbindung und Berücksichtigung der Aktivitäten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), der Wirtschaftskammer Wien (WWK), des Wirtschaftsförderungsinstituts (WIFI) und geeigneter universitärer Einrichtungen sowie bestehender Initiativen dieser Organisationen ist vorgesehen.

Wiener Bildungsnetz

Im Rahmen des Projektes „Wiener Bildungsnetz/Jugend ans Netz" sollen bis 2000 402 Schulen der Stadt Wien sowie in den darauf folgenden zwei Jahren 194 Standorte der außerschulischen Jugendbetreuung der Stadt Wien durch hochleistungsfähige Datennetze mit Internetanschluss verbunden werden. Für die Einrichtungen der Stadt Wien wird auch die Ausstattung mit Bildschirmen und Druckern vorgenommen. Mit diesem Bildungsnetz wird der Jugend Wiens in neuen Formen der Didaktik eine für die heutige Arbeitswelt erforderliche Grundkompetenz vermittelt. Die MDI übte 1998 bei den insgesamt elf Projektlenkungsausschüssen das erforderliche Projektcontrolling für dieses stadtpolitisch bedeutsame Projekt aus.

Competence-Center-Netzwerk

Die MDI koordinierte und leitete im Berichtsjahr den Arbeitskreis „Competence-Center-Netzwerk", welcher das Ziel hat, die EDV-Netz-Infrastruktur des Magistrats mit vertretbarem Aufwand in den erforderlichen Bereichen funktionell durchgängig zu gestalten. In der Praxis bedeutet dies, dass

- unabhängig davon, welche EDV-Abteilung den jeweiligen Nutzer betreut,
- unabhängig davon, welcher EDV-Abteilung das entsprechende Netzsegment zugeordnet ist, und
- unabhängig davon, von welcher EDV-Abteilung die jeweilige Programmfunktion zur Verfügung gestellt wird,

der Nutzer jene Programmfunktionen einsetzen kann, die er jeweils benötigt.

Gesundheitsnetz Donaustadt

Die Errichtung der technischen und organisatorischen Infrastruktur (SW, HW, Netzeinbindung) für die Erprobung der elektronischen Einbindung von ausgewählten Ärzten in der Umgebung des SMZ-Ost in den Behandlungsablauf von Patient/innen wurde 1998 abgeschlossen. Der nächste Schritt wird die Erzielung der erforderlichen Flächendeckung durch die Nutzung des gesamten Ärztepotentials des MedicalNet-Betreibers sein, um signifikante Ergebnisse aus der Praxis zu gewinnen.

Internet-Zugriff

Für eine zweckdienliche Verwendung des Internets und zur Unterstützung der Tätigkeiten der Magistratsbediensteten durch die Möglichkeiten des Internets wurde ein Erlass betreffend „Zugriff auf das World-Wide-Web im Internet" (MBL-E-4-6/97 vom 24.8.1998) miterstellt.

City-Netz

Die MDI koordinierte zwischen Wienstrom und den Magistratsdienststellen die Errichtung des City-Netzes, die 1998 im Wesentlichen abgeschlossen wurde. Die weiteren Maßnahmen werden vorwiegend der Absicherung des Betriebes dienen.

Citynet 98 - I-Gate 98

Im Rahmen der Telekom-Fachtagung Citynet 98 am 7. Oktober 1998 im Wiener Rathaus wurde erstmals der Citynet-Award „I-Gate" für die „best practice" aus dem Bereich innovativer und interaktiver Internet-Anwendung verliehen. Der Citynet-Award „I-Gate 98" soll Unternehmen und Privatpersonen die Möglichkeit bieten, ihre innovative Nutzung des Internets für die Abwicklung von Dienstleistungen zu präsentieren. Die von einer unabhängigen Jury gewählte „best practice" soll auch einen Anreiz darstellen, neue Techniken für den Vertrieb von Produkten oder

die Erbringung von Dienstleistungen in einem neuen Medium, unter Einbeziehung kreativer Ideen der Vermarktung und Verpackung, zu fördern. In dieser Jury wurde die Stadt Wien durch die MDI vertreten.

help.gv.at

Im Rahmen des Verwaltungsinnovationsprogrammes der österreichischen Bundesregierung wird seit Dezember 1997 ein virtueller Behördenwegweiser im Internet (www.help.gv.at) erstellt und ausgeweitet. Die MDI, MA 14 und MA 53 wirkten im Berichtsjahr maßgeblich mit ihren Erfahrungen und umfangreichen Beiträgen beim Aufbau des „help.gv.at" mit. Neben anderen Informationen zu Lebenssituationen wurden insbesondere die Themen „Wohnen/Umzug" und „Todesfall" mit Unterstützung der Stadt Wien aufbereitet.

Telematikplattform „City of bits Wien"

1996 wurde vom damaligen Finanzstadtrat die Telematikplattform „City of bits Wien" gegründet, wo Vertreter der Wiener Telematik- und Multimediaunternehmen mit Fachleuten der öffentlichen Verwaltung im Interesse der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandortes Wien Vorschläge für Aktivitäten erarbeiten. Bei der am 11. Februar 1998 stattgefundenen Besprechung, die von der MDI vorbereitet wurde, wurden folgende Aktivitäten präsentiert und diskutiert:

- Technologiepark Wien
- Telematikförderungen für Klein- und Mittelbetriebe
  - Telematik & C-Tech Wien-Förderungen des WWFF
  - VITTEC (Vienna Tele Cooperation Centre)
  - Netzwerk für Jungunternehmer (www.yen.at)
  - WienerWirtschaftsWeb
- Wiener Bildungsnetz - „Jugend ans Netz"
- Elektronische Unterschrift

Electronic Services

Um mit Hilfe der Telematik den Bürgern und Kunden der Wiener Stadtverwaltung die Amtswege zu erleichtern und zu reduzieren, werden so genannte „Electronic Services" angeboten. Im Berichtsjahr wurden insbesondere folgende Bereiche koordiniert:

Elektronische Meldemöglichkeit von Wünschen, Beschwerden und Anregungen an die Stadtverwaltung, Informationen über Ambulanzen in den städtischen Spitälern, Einrichtung des Behindertenatlas im Wien-online, Informationen über Bauabbrüche, Bauansuchen und Gewerbeansuchen, Internetseiten für Frauen sowie Informationen für die Hilfe bei Gewalt gegen Kinder, Darstellung der Veranstaltungen der Stadt Wien, Antworten auf „frequently asked questions" im Internet, Anmeldemöglichkeit für Gesundenuntersuchung, interaktive Antragstellungen und Abläufe (Prozesse) für die häufigsten Geschäftsfälle im Magistrat, Verfügbarkeit der Sitzungsberichte (Beschlüsse) der Wiener Landesregierung, des Wiener Landtages, des Stadtsenates und des Gemeinderates im Internet, Aufbereitung des „Der Amtsschimmel hilft" für das Internet.

Die von der MDI in Auftrag gegebene Design-Neugestaltung des Internet-Angebotes der Stadt Wien „Wien online" wurde 1998 abgeschlossen.

Geburtsurkunden

In Zusammenarbeit mit der MD-VO und den zuständigen Dienststellen wurden Vorbereitungsmaßnahmen veranlasst, um im Rahmen eines Modellversuches einen Anwesenheitsdienst eines Standesbeamten im AKH für die Ausstellung von Geburtsurkunden Neugeborener einzurichten.

Unterkommission der Beratenden EDV-Kommission

Die Unterkommission der Beratenden EDV-Kommission hielt im Berichtsjahr 18 Sitzungen ab; die inhaltlichen Schwerpunkte lagen 1998 auf den Beratungen von EDV-Projekten der Projektklasse III (das sind jene Projekte, deren Wert S 6,660.000 übersteigen) und der mittelfristigen EDV-Planung für die Jahre 1999 bis 2003, deren Berichtslegung vereinfacht und verbessert wurde.

Stundensätze für Kosten-Nutzen-Berechnungen

In Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen erarbeitete die MDI ein Modell für die Berechnung von internen Stundensätzen, welches als Zwischenlösung bei EDV-Anwenderdienststellen, die noch über keine Kostenrechnung verfügen, für Kosten-Nutzen-Berechnungen anzuwenden ist.

Kanzleiordnung

Im Rahmen der Neufassung der Kanzleiordnung für den Magistrat der Stadt Wien wurden in Zusammenarbeit mit der MD-VO und MA 14 Vorschläge für Regelungen über den elektronischen Akt ausgearbeitet und dabei Arbeitsabläufe und Definitionen von Workflow-Abläufen festgelegt.

Telematik für Klein- und Mittelbetriebe

Die Zusammenarbeit mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, dem WIFI, der Wirtschaftskammer Wien und dem Wiener Arbeitnehmer/innenförderungsfonds wurde fortgesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit von Wiener Klein- und Mittelbetrieben mit Hilfe der Telematik zu sichern und zu verbessern. Insbesondere folgende Initiativen wurden koordiniert bzw. unterstützt:

Produkte-Dienstleistung-Arbeitsplätze-Markt der Mechatroniker im Internet
- „Telematik & C-Tech-Wien"-Förderaktion des WWFF
- „TELEFIT"-Initiative des WIFI
- „Sendung mit der mouse" von WIEN1
- „Y.E.N. (Young-Enterprise-Network)" des WIFI
- „Frequently asked questions" für Jungunternehmer auf Initiative des WIFI
- „WienerWirtschaftsWeb" des WWFF
- „JungunternehmerWirtschaftsWeb" des WWFF
- „One-Stop-Shopping" zur Vereinfachung und Beschleunigung des „sich selbständig machen"

EU-Förderprojekte

- INFOSOND: Das Ziel dieses Telematikprojektes ist es, den Bürger/innen der am Projekt beteiligten Partnerstädte (Antwerpen, Stockholm, Nürnberg, Straßburg, Nizza, Joensuu, Amaroussion, Rotterdam und Wien), den Touristen, Klein- und Mittelbetrieben sowie älteren und behinderten Personen Informationen und Dienstleistungen elektronisch zur Verfügung zu stellen. Die Projektdauer von ursprünglich Dezember 1995 bis Dezember 1997 wurde aufgrund des Erfolges des Projektes bis November 1998 ausgedehnt. Der Schwerpunkt Wiens liegt bei Informationen für die Zielgruppe der älteren und behinderten Personen sowie bei der Weiterentwicklung eines einfach zu bedienenden Kiosks mit Touch-Screen, der in Richtung Spracheingabe und -ausgabe entwickelt wurde. Durch die Verlängerung des Projektes wurde ein weiterer Schwerpunkt, nämlich die Integration von geografischen Informationssystemen (GIS) gebildet, der es ermöglicht, INFOSOND-Sachdaten mit GIS-Daten in Verbindung zu bringen.

- INFOCITIES: Bürger/innen und Unternehmungen sollen sektorübergreifende Applikationen mit Hilfe neuester Informations- und Kommunikationstechnologien zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählen z.B. die Einrichtung von „One-Stop-Shopping-Points" und von Citizens-Smartcards. An diesem Projekt arbeiten Stadtverwaltungen und Betriebe in Den Haag, Antwerpen, Barcelona, Bologna, Helsinki, Manchester, Nizza, London-Lewisham, Liège, Salerno, Amaroussion, Berlin, Piemont, Ronneby, Stockholm, Nord Pas de Calais und Wien mit. Wien ist Mitglied des so genannten „Supervisory Board", das für die Bewertung der einzelnen Projektschritte, das Evaluieren der an die EU abzuliefernden schriftlichen Zwischenergebnisse und das Entwickeln zukünftiger Projektziele verantwortlich ist. Die ursprüngliche Laufzeit von Jänner 1997 bis Dezember 1998 wird voraussichtlich bis März 1999 verlängert werden.

- SENIOR-ONLINE: Durch die Verwendung von elektronischen Kommunikationsnetzen soll die Isolation von älteren Personen und Personen mit eingeschränkter Mobilität verringert werden. Außerdem sollen moderierte Diskussionen über Themen, wie Gesundheit, Dienstleistungen usw. angeboten werden. Realisiert wird dieses Projekt von Stadtverwaltungen, Institutionen und Universitäten aus Italien, Großbritannien, Schweden, Irland, Luxemburg und Österreich. Die Projektdauer erstreckt sich von Oktober 1998 bis Oktober 2000.

- EU-SPIRIT: Das Projektkonsortium besteht aus Betreibern öffentlicher Verkehrsmittel (sowohl für den Langstreckenverkehr, als auch für den Regionalverkehr), Tourismusverbänden, regionalen und lokalen Behörden, der Industrie sowie Forschungsinstituten in Deutschland, Österreich, Italien, Dänemark und Schweden. Alle Beteiligten sind an der Weiterentwicklung des intermodalen (= Benützung verschiedener Transportmittel) Personenverkehrs und dessen Unterstützung durch die Telematik interessiert. Verschiedene existierende und noch anzubietende Dienste (wie z. B. Fahrplanauskunft, Tarifauskunft, Tür-zu-Tür-Service, Hotelreservierung und andere Dienstleistungen) für Geschäftsreisende und Individualtouristen sollen in einer Anwendung integriert werden. Dafür ist eine Projektdauer von Dezember 1998 bis März 2001 vorgesehen.

- MIRTI: Der Zweck dieses Projektes ist es, die Telearbeit in der EU zu unterstützen und regulierende Rahmenbedingungen für die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzubauen. Im März 1998 wurde das Pro-

jekt beendet und hat mit der Erstellung von Empfehlungen und Leitlinien für die Einführung von Telearbeit sein Ziel erreicht. Die solcherart definierten Rahmenbedingungen für die Telearbeit gelten nicht nur für die am Projekt teilnehmenden Partner aus Österreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Deutschland und Frankreich sondern sind generell anwendbar.

- EUROPEAN DIGITAL CITIES (EDC): Dieses im Jänner 1996 gestartete Dreijahresprojekt wurde durch die Netzwerke TELECITIES, POLIS, Car Free Cities und dem „EUROCITIES Transport Committee" ins Leben gerufen. Durch die Mitgliedschaft Wiens bei den TELECITIES ergibt sich auch eine indirekte Beteiligung an diesem Projekt. Durch dieses Projekt sollen Netzwerkaktivitäten zwischen Städten unterschiedlichster Größe und ländlichen Regionen angeregt werden, um den Grundstein für die „Globale Informationsgesellschaft" zu legen, wie sie während der G7-Weltkonferenz im Februar 1995 im Delors White Paper und im Bangemann Report skizziert wurde. Während des jährlich stattfindenden Kongresses werden vor allem so genannte „Best Practice"-Projekte aus den verschiedensten Anwendungsbereichen der Telekommunikation präsentiert. Im Frühjahr 1998 wurde eine Fallstudie über beispielhafte Verwendung der Telematik in zehn europäischen Städten erstellt, zu denen auch die Stadt Wien gezählt wird.

East-West-Telematic-Congress

Am 26. und 27. März 1998 fand im Wiener Rathaus der „East-West-Telematic-Congress" und der „Urban Telematic Workshop" statt. 150 Teilnehmer/innen (46 % aus Österreich, 31 % aus anderen EU-Ländern und 23 % aus CEEC-Ländern) nahmen an diesem Kongress teil. Außerdem waren noch 60 Teilnehmer/innen aus Laibach, Budapest und Berlin über eine Telekonferenzschaltung - organisiert durch das EU-Projekt NICE - aktiv am Geschehen beteiligt. Die besprochenen Themengebiete umfassten die Einbindung der beitrittswilligen Länder in bestehende Telematik-Netzwerke, den Stand der technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Telematik in diesen Ländern, Beispiele für die erfolgreiche Anwendung der Informationstechnologie, etwa zum Vorantreiben des Demokratisierungsprozesses, sowie die Chancen für Projekte im bevorstehenden 5. Rahmenprogramm der EU für Forschung und technologische Entwicklung.

Im Vorfeld dieses „East-West-Telematic-Congress" besuchte am 25. März 1998 der Antwerpener Stadtrat für Telekommunikation und Organisation, Herr Bruno Peeters, Wien und nützte die Gelegenheit zu Gesprächen mit Politikern und Beamten der Stadt Wien.

TELECITIES

TELECITIES ist ein offenes Netz von europäischen Städten, die sich in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, mit Unternehmungen und mit Universitäten eine konzertierte urbane Entwicklung durch Telematik zum Ziel gesetzt haben. Seit Oktober 1996 ist Wien gewählter Vertreter im „Steering Committee" der TELECITIES, das derzeit aus Mitgliedern der Städte Den Haag, Antwerpen, Manchester, Barcelona, Berlin, Bologna, London Lewisham, Rom, Stockholm und Wien besteht.

Zur Erreichung der Ziele werden vierteljährlich Seminare von den Mitgliedsstädten organisiert, die zum Austausch von Informationen, zur Partnersuche für gemeinsame Projekte und zum Knüpfen neuer Kontakte zu Stadtverwaltungen und Unternehmungen genützt werden. Zur einfachen Kommunikation zwischen den Seminaren wurde eine TELECITIES-Website eingerichtet, die über die verschiedensten Aktivitäten informiert.

Global-Bangemann-Challenge

Im Mai 1997 wurde in Stockholm die Global-Bangemann-Challenge im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung gegründet. Im Rahmen eines Wettbewerbes, bei dem bis Ende 1998 Telematik-Projekte eingesandt und vorgestellt werden konnten, fungierte die Stadt Wien als so genannter „Host" für folgende Projekte:

PDA (Produkte-Dienstleistungen-Arbeitskräfte) der Wiener Mechatroniker, Living-Lectures-Virtual-University der Wirtschaftsuniversität Wien.

EU-Ratsdokumente

Im Berichtsjahr wurden die Tests für die elektronische Verteilung der EU-Ratsdokumente begonnen, welche vom deutschen Übersetzungsdienst übermittelt werden, und deren Weiterverwendbarkeit geprüft. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen für eine Intranet-Lösung getroffen, bei der die für die Magistratsdienststellen relevanten Dokumente an Hand eines Suchalgorithmus im Intranet aufgerufen werden können.

Global Village 1999

Für die vom 21. bis 27. Juni 1999 stattfindende Global Village 1999 wurden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdienststellen die ersten Vorbereitungsmaßnahmen (Ausschreibung der Organisation usw.) getroffen.

Betriebswirtschaftliche Software SAP R/3

Mit Erlass vom 30. November 1998 (MD-2123-1/98) wurde das neue Referat der Magistratsdirektion „Betriebswirtschaft und Controlling" eingerichtet, womit die Verantwortung für die Einführung einer integrierten betriebswirtschaftlichen Standardsoftware und eines magistratsumfassenden Controlling diesem Referat übertragen wurde. Die bis dahin von der MDI durchgeführten Maßnahmen betrafen folgende Tätigkeiten:

- Vorbereitungen für die Entscheidung des Einsatzes der betriebswirtschaftlichen Software SAP R/3 im Magistrat durch die Beratende EDV-Kommission des Magistratsdirektors im März 1998.
- Berichterstattung an die Beratende EDV-Kommission betreffend Überarbeitung des SAP-Einsatzes im Magistrat.
- Vorbereitungen für einen Konzernvertrag für die Beschaffung von SAP-Lizenzen.
- Vorbereitende Maßnahmen für das Projekt „Betriebswirtschaft in den ICT-Abteilungen" mit Schwerpunkt auf der MA 14 (Einführung von SAP R/3).

Bürokommunikation

Um im Bürokommunkationsbereich und dabei insbesondere im Exchange zukünftig einheitliche Normierungen zu erzielen, wurden von der MDI die dafür notwendigen Abstimmungsmaßnahmen und Koordinationsgespräche durchgeführt.

Euro-Umstellung

Die im Rahmen des Projekts „Euro-Umstellung" tätige Arbeitsgruppe EDV, deren Leitung der MDI obliegt, sorgte für die Terminplanung und Koordination der notwendigen Aufgaben. Damit wurde vorgesorgt, dass rechtzeitig mit Jahresbeginn 1999 die von der Stadt Wien beschlossene „Infozeile" auf allen automationsunterstützt gedruckten Schreiben an Bürger/innen angebracht wird; für die erforderlichen Umstellungsarbeiten wurden Termin- und Kapazitätsplanungen erarbeitet. Weiters wurden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen abgegeben und verschiedene einschlägige Anfragen beantwortet. In diversen Medien und Gremien leistete die MDI Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema.

Telematik für Magistratsmanager/innen

Das von der MDI in Zusammenarbeit mit der MA 14, dem KAV-GD und der MD-VA ausgearbeitete Konzept „Telematik für Magistratsmanager/innen" (Modern Times) wurde in die Managementausbildung der MD-VA integriert und durchgeführt. Sein Zweck, die Informationen bezüglich der Potentiale der Telematik und ihrer praktischen Anwendungen in einer managementgerechten Form gezielt verbreiten zu können, kann aufgrund des Feedbacks der Teilnehmer/innen als erfüllt gelten.

Dienstprüfung für EDV-Bedienstete

Erstmals konnte 1998 eine fachorientierte Dienstprüfung für EDV-Bedienstete durch die MD-VA durchgeführt werden. Die Basis dafür waren die von der MDI gemeinsam mit den EDV-Abteilungen zuvor erarbeiteten inhaltlichen Definitionen im Rahmen des von der MD-VA im Auftrag des Herrn Personaldirektors geleiteten Arbeitskreises sowie die Definition und Bewertung der erforderlichen Skripten.

Jahrtausendwechsel

Die für den Jahr-2000-Wechsel erforderlichen Software- und teilweise auch Hardware-Adaptierungen im Bereich der MA 14 und des KAV wurden von der MDI koordiniert und in regelmäßigen Gesprächen terminlich abgestimmt. Bezüglich des vom Jahr-2000-Wechsel betroffenen und über die traditionelle EDV hinausgehenden Bereichs der Regelungs- und Steuerungstechnik erfolgte eine Berichterstattung in der Beratenden EDV-Kommission. In weiterer Folge wurde durch den Herrn Magistratsdirektor ein magistratsweit zuständiger Projektkoordinator für die Prüfungs- und Umstellungsarbeiten im Bereich der Regelungs- und Steuerungstechnik eingesetzt. Weiters wurde durch die Beispielswirkung der Stadt Wien regional wie auch national Awareness für das Problem der „Embedded Systems" geschaffen bzw. Öffentlichkeitsarbeit durch Printmedien geleistet.

Telearbeit

Das Versuchsprojekt „Telearbeit im Magistrat der Stadt Wien" wurde vom Herrn Magistratsdirektor für die Dauer von zwölf Monaten genehmigt und die Koordination der MDI übertragen, wobei in dienstrechtlichen Fragen die MD-PD heranzuziehen ist. An dem Versuchsprojekt nehmen Mitarbeiter/innen aus den Abteilungen MD-VO, MA 6, MA 14, MA 18 sowie aus dem KAV teil. Das Ende des Versuchsprojekts ist mit 30. Juni 1999 festgelegt. Die technischen Voraussetzungen für das Versuchsprojekt wurden im Frühjahr 1998 begonnen, im Sommer konnten prak-

tisch alle Telearbeiter/innen mit der Telearbeit beginnen. Für die Telearbeiter/innen und deren Vorgesetzte wurden von der MDI Workshops unter der Leitung von Fachkräften der Technischen Universität Wien organisiert. Regelmäßige Jour-fixes-Sitzungen fanden unter der Leitung der MDI bzw. in den beteiligten Abteilungen mit Berichtspflicht an die MDI statt. Weiters wurde über diverse Medien wie auch durch Fachgespräche mit verschiedenen Stellen Öffentlichkeitsarbeit für Wien als initiative Telematik-Stadt geleistet.

EDV-Personal- und Fachaufsichtsbereich

Im Berichtsjahr wurden von der MDI im EDV-Personal- und Fachaufsichtsbereich insgesamt rund 130 Zulagenanträge geprüft, Richtlinien für die Fachaufsicht hinsichtlich der Genehmigung zusätzlicher EDV-Bediensteter in den Fachabteilungen herausgegeben, diverse Stellungnahmen zu Dienstpostenaufwertungen und -nachbesetzungen abgegeben sowie an der Bewertung von Verbesserungsvorschlägen mitgewirkt. Hinsichtlich der Kontingentregelung wurden umfassende Bestimmungen zur Kontingentrelevanz von Zulagenerhöhungen festgelegt.

Datenschutz und Informationsrecht

Das im Entwurf vorliegende neue Datenschutzgesetz wurde begutachtet sowie die Begutachtung durch die betreffenden Dienststellen des Magistrats koordiniert und eine zusammenfassende Stellungnahme abgegeben.

Zum neuen Datenschutzgesetz wurde ein Diskussionsforum im Intranet installiert und durchgeführt.

Weiters wurde an der Umstellung der Datenschutzdokumentation (Organisationskonzepte, Meldungen, Verarbeitungsverzeichnis) auf ACCESS sowie deren Übernahme in das Intranet zur magistratsweiten Handhabung und zur Unterstützung der Datenverantwortlichen nach der PC-Betriebsordnung gearbeitet; die Aktualisierung des Datenschutzhandbuches im Intranet wurde fortgesetzt.

Eine Revision der Datenverarbeitungen der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen (insbesondere Wiener Krankenanstaltenverbund, MA 15 und MA 47) entsprechend dem Datenschutzgesetz und der Wiener Datenschutzverordnung wurde durchgeführt.

Neben administrativen Tätigkeiten in Vollziehung des Datenschutzgesetzes und der Wiener Datenschutzverordnung (mit Ende 1998 waren insgesamt 195 Verarbeitungen gemeldet) waren die Gesichtspunkte des Datenschutzes und der Datensicherheit entsprechend dem Fortschreiten der Informationstechnik bei der Ausarbeitung allgemeiner Richtlinien einzubringen sowie Rechtsgutachten zu erstatten.

Im Rahmen der EDV-Expertenkonferenz der Länder sowie in Koordinierungsgesprächen mit dem Bund waren die Interessen Wiens hinsichtlich eines geordneten und der Weiterentwicklung der Telematik Rechnung tragenden Datenverkehrs im öffentlichen Bereich aktiv zu vertreten und bei der Weiterentwicklung des Telekommunikationsrechts zu wahren.

Magistratsdirektion - Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten hat 1998 zu einer Vielzahl von Gesetzentwürfen - vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien - vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben, wobei von besonderer Bedeutung die Entwürfe zu Änderungen des ABGB und des Bundesvergabe-Gesetzes sowie des Strafrechtsänderungsgesetzes waren; weiters wurden Abänderungen der Rechtsanwaltsordnung sowie des Abgabengesetzes 1998 begutachtet.

Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrates durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 694 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 575 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 450 Mahnklagen und Besitzstörungsklagen eingebracht werden. In 13 Verlassenschaftssachen wurde vor Gericht bzw. Notaren für die Stadt Wien eingeschritten.

Ferner waren 462 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 700 sonstige Exekutionen (davon 252 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesscausen) und 750 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 866 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten.

Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchstechnischen Abwicklung und Realisierung von Liegenschaftstransaktionen waren 671 Verträge, 780 Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen sowie 67 Schuldscheine im Zusammenhang mit der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu verbüchern. Es waren überdies 184 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 509 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau sind 13 neue Geschäftsstücke (Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, Hilfsmaßnahmen für durch den U-Bahnbau beeinträchtigte Gewerbetreibende u.a.) angefallen.

Schließlich waren noch 855 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften usw.) zu bearbeiten.

Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion (MD-BD)

Bis Ende 1998 war die Führung der Bürogeschäfte des Vergabekontrollsenates der MD-Stadtbaudirektion zugeordnet. Aufgrund einer Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien entfällt diese Aufgabe ab 1. Jänner 1999.

Mit Erlässen des Stadtbaudirektors wurden mehrere Projektkoordinator/inn/en eingesetzt:

- Um die Mehrfachnutzung von Flächen und Räumen in der Stadt intensiver zu betreiben; damit soll sichergestellt sein, dass das Modell „Mehrfachnutzung" sowohl in städtischen Grün-, Frei- und umbauten Räumen als auch nach Möglichkeit auf Flächen von anderen Raumeigentümern (Gebietskörperschaften, Institutionen, Bauträger oder Private), vor allem zur Schaffung von Spiel- und Aktionsräumen für Kinder und Jugendliche, umgesetzt wird.
- Zur Hebung der Attraktivität der Passage Wien 1, Babenbergerstraße - Ring; damit soll ein Betreiber einer ständigen Einrichtung in der Passage gefunden werden und die Umsetzung der Vorstellungen des Betreibers realisiert werden, wobei die Kosten für die Stadt Wien minimiert werden sollen.
- Für die Errichtung des Holocaust-Mahnmals im Zusammenhang mit den gefundenen Resten der Or-Sarua-Synagoge in Wien 1, Judenplatz; Ziel ist die Enthüllung des Mahnmals, die Eröffnung der Schauräume des Misrachi-Hauses, die Erarbeitung und Umsetzung eines musealen Konzeptes und die damit zusammenhängende endgültige Ausgestaltung des Platzes.
- Zur Schaffung der technischen Voraussetzungen zur Realisierung der Bebauung von „Wien Mitte"; Ziel ist, dass rechtzeitig die wesentlichen Inhalte, Entscheidungen und Umsetzungsschritte vorliegen, die Anpassung der Widmung erfolgt und von den verfassungsmäßig zuständigen Organen der Stadt Wien beschlossen wird sowie, dass in Abstimmung mit der Bebauung im genannten Bereich sowohl die soziale und die technische Infrastruktur als auch die übergeordnete Individualverkehrsanbindung und öffentliche Verkehrsanbindung festgelegt und ausgeführt ist.
- Für das Stadtentwicklungsprojekt Nordbahnhof sowie für die Errichtung des Güterterminals Inzersdorf; Ziel ist, dass rechtzeitig die wesentlichen Inhalte, Entscheidungen und Umsetzungsschritte in Abstimmung mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) durchgeführt werden können. Damit soll sichergestellt sein, dass in Anpassung an einzelne Bebauungsphasen des Nordbahnhofes und der Realisierungsphasen des Güterterminals Inzersdorf sowohl die soziale und die technische Infrastruktur als auch die übergeordnete Individualverkehrsanbindung und öffentliche Verkehrsanbindung sowie die Grüngestaltung fertig gestellt sind.
- Für die baulichen Maßnahmen im Rahmen des Projektes URBAN GÜRTEL PLUS; damit soll sichergestellt sein, dass innerhalb des gesetzten Zeitraumes die technische Infrastruktur, die Straßengestaltung sowie die entsprechende Möblierung bzw. Ausstattung fertig gestellt ist.
- Für die Stadterweiterungsprojekte „10.10 - 10, Favoritenstraße 199 - 213 (Schmidtstahlwerke); 10.06.01 - 03 - 10, Laaer-Berg-Straße; 10.06.04 - 10, Moselgasse/Urselbrunnengasse/Collmanngasse"; damit soll sichergestellt sein, dass mit der Besiedelung der Wohnungen auf den oben genannten Stadterweiterungsflächen sowohl die soziale und technische Infrastruktur als auch die übergeordnete Individualverkehrsanbindung und öffentliche Verkehrsanbindung und die Grüngestaltung fertig gestellt sind.

Weiters wurden mit Erlass des Stadtbaudirektors die Aufgaben des „Projektteams Donaukanal" insofern den derzeitigen Gegebenheiten angepasst, als dass die Aktualisierung des Leitprojektes Donaukanal in Verbindung mit einem Nutzungskonzept sowie die Koordination aller Maßnahmen des stufenweisen Ausbaues des Donaukanals zur raschen Verbesserung und Aufwertung der Vorkai- bzw. Uferbereiche bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Erfordernisse für den Kanalbau wahrzunehmen sind.

Ebenfalls mit Erlass des Stadtbaudirektors wurde die Leitung des „Planungsteams Erdberger Mais" eingesetzt. Der Planungsprozess umfasst die Bereiche Struktur- und Leitbildplanung Erdberger Mais, Projektentwicklung St. Marx, Sondierungsverfahren und Zielentwicklung Aspanggründe sowie städtebauliche Planung Gasometer-Umfeld.

Die laufende auf sicherheitsgefährdende Schäden ausgerichtete Überprüfung von Bauwerken, Baukonstruktionen, Bauwerksteilen und sonstige Anlagen, die besonderen Beanspruchungen ausgesetzt sind, wurde auch durch Erlass des Stadtbaudirektors sichergestellt.

Die ständige Projektkommission des Stadtbaudirektors, die aus leitenden Beamten des Magistrates besteht und unter Vorsitz des Stadtbaudirektors einmal monatlich zusammentritt, um die Projekte, die für die Stadt

Wien von besonderer Bedeutung sind, im Hinblick auf ihre grundsätzliche und übergeordnete Funktion zu besprechen, hat im Wesentlichen folgende Projekte behandelt:

- Regionaler Personennahverkehr - S-Bahn
- Stand der dritten Ausbaustufe des Wiener U-Bahnnetzes
- Einführung von SAP R/3 im Bereich der technischen Dienststellen der MD-Stadtbaudirektion
- Umweltmanagement im Bereich der Stadt Wien; Pilotprojekt im Amtshaus 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5 (PUMA)

Darüber hinaus wurde seitens der Geschäftsstelle des Stadtbaudirektors die Abwicklung der Arbeiten und Sitzungen der Fachkommissionen „Verkehr" und „Infrastruktur" sowie der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements" koordiniert.

Die Fachkommission „Verkehr" hat unter Vorsitz des Stadtbaudirektors im Jahr 1998 in acht Arbeitssitzungen 224 Baumaßnahmen einer Beurteilung zugeführt. Damit wurden insgesamt, seit der Konstituierung der Verkehrskommission am 24. November 1994, in 33 Arbeitssitzungen das Ergebnis von 30 Befahrungen (Überprüfung von 313 Örtlichkeiten) und 861 Baumaßnahmen (Umbaumaßnahmen, Haltestellen der Wiener Linien, Maßnahmen der Straßenraumgestaltung, Radwege, Stellungnahmen zu Verkehrsfragen, Projektänderungen), also insgesamt 1.174 Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum, diskutiert, beurteilt und das Ergebnis dem Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe für Umwelt und Verkehrskoordination zur Kenntnis gebracht.

Die Überprüfung der 313 Örtlichkeiten ergab nur bei zwölf Örtlichkeiten (3,8 %) die Notwendigkeit eines Umbaues bzw. einer Entfernung der beanstandeten Verkehrsmaßnahmen. 68,5 Prozent (588) der bearbeiteten 861 Projekte wurden mit einstimmiger Zustimmung, 15,3 Prozent (132) mit mehrheitlicher Zustimmung zur Realisierung vorgeschlagen; bei 8,8 Prozent (76) der Projekte wurde die Zustimmung erst nach erfolgter Abänderung erteilt und bei 7,0 Prozent (60) der Projekte wurde die nochmalige Überprüfung durch die zuständigen Fachdienststellen veranlasst.

Fünf Projekte (0,6 %), für die in der Fachkommission „Verkehr" keine entsprechende Zustimmung gefunden werden konnte, konnten erst nach einer im Sinne des beantragenden Bezirkes gefällten politischen Entscheidung einer Realisierung zugeführt werden.

In den drei im Berichtsjahr 1998 abgehaltenen Arbeitssitzungen der „Infrastrukturkommission" wurden unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors 48 Wohnbauprojekte mit 11.689 Wohneinheiten einer Bewertung, vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur, unterzogen. Damit wurden insgesamt, seit der Konstituierung der Infrastrukturkommission am 22. September 1994, in zwölf Arbeitssitzungen 343 Projekte mit 116.636 Wohneinheiten behandelt. Mit Stand 19. November 1998 sind davon 84 Projekte mit 25.656 Wohneinheiten fertig gestellt und 63 Projekte mit 18.949 Wohneinheiten befinden sich derzeit in der Realisierungsphase.

104 Projekte mit 21.121 Wohneinheiten wurden mit der Bewertung „1" (Projekte, die aufgrund der Kosten für die soziale und technische Infrastruktur bzw. der Lagegunst und der verkehrsmäßigen Anbindung zu empfehlen sind), 23 Projekte mit 18.697 Wohneinheiten mit der Bewertung „2" (Projekte mit relativ hohen Kosten für soziale und technische Infrastruktur), 45 Projekte mit 32.189 Wohneinheiten mit der Bewertung „00" (Projekte, die aufgrund derzeit noch bestehender Unwägbarkeiten wie z.B. Grundstückverfügbarkeit, Widmungsfragen, Verkehrsanbindung und Infrastrukturkosten vorerst zurückgestellt werden) und 24 Projekte mit der Bewertung "X" (keine Wohnbebauung mehr vorgesehen) versehen.

Aufgrund der geänderten Bedarfssituation auf dem Grundstückssektor und unter Berücksichtigung einer Forcierung des Wirtschaftsstandortes Wien erfolgte mit 7. April 1997 die Konstituierung der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements" (KOG). In den zwei im Berichtsjahr abgehaltenen Arbeitssitzungen wurden unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors die im Betriebsflächenprogramm erfassten 372 als Betriebs- und Industriegebiet gewidmeten bzw. andere untergenutzte und als Betriebsgebiet in Frage kommende Flächen im Gesamtausmaß von 1.016,02 ha einer ersten Bewertung unterzogen. 34 Flächen mit insgesamt 68,20 ha wurden aus der Liste der KOG herausgenommen, da diese Flächen, bedingt durch die bestehende Nutzung, nicht als Betriebsflächenpotential zur Verfügung standen. Somit verblieb ein Betriebsflächenpotential von 348 Flächen mit insgesamt 947,82 ha. Davon wurden neun Flächen mit insgesamt 13,84 ha im Berichtszeitraum einer betrieblichen Nutzung zugeführt. 25 Flächen mit insgesamt 77,75 ha befinden sich derzeit in Umsetzung. Es stehen für eine kurzfristige Realisierung (Umsetzungszeitraum <5 Jahre) 154 Flächen mit insgesamt 332,17 ha, für eine mittelfristige Realisierung (Umsetzungszeitraum <10 Jahre) 102 Flächen mit insgesamt 293,64 ha und für eine langfristige Realisierung (Umsetzungszeitraum >10 Jahre) 32 Flächen mit insgesamt 198,93 ha als Betriebsflächenpotential zur Verfügung. Bei 16 Flächen mit insgesamt 31,50 ha sind noch umfangreiche Recherchen erforderlich, um diese einer Bewertung zuzuführen.

Die Projektleitstelle befasste sich mit der Abwicklung von Bauprojekten unter Verwendung moderner Methoden des Projektmanagements, insbesondere in Gebieten der Stadtentwicklung, mit der Koordination der vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektverantwortlichen und der Mitwirkung bei der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen.

Bis Ende 1998 wurden 348 Stadterweiterungsprojekte für rund 116.700 Wohnungen verfolgt, für 19 Projekte mit 21.600 Wohnungen für rund 58.000 Einwohner wurden sechs Projektkoordinatoren zur Sicherung der sozialen (z.B.

Schulen, Kindergärten, Ärzte, Apotheken, Behindertenwohneinheiten, Wohnungen für Bürger in Not, Jugendeinrichtungen, Volkshochschulen, Kirchen, Büchereien, Polizeiwachzimmer usw.) und technischen Infrastruktur, der Nahversorgung und der Grün- und Erholungsflächen für den Zeitpunkt der Besiedelung eingesetzt.

Neben dem sich aus der Tätigkeit der Projektkoordinatoren ergebenden übergeordneten Handlungsbedarf wurde in diesem Jahr schwerpunktmäßig versucht, der Tendenz bzw. den Auswirkungen einer immer dichteren Wohnbebauung durch Sicherung des Grünraumes entgegenzuwirken.

So konnten zum Beispiel die Bemühungen des 20. Bezirkes, Stadtentwicklungsgebiete entlang des Handelskais mittels Überbrückungen der B10 und der Schnellbahntrasse an den Erholungsstreifen entlang des rechten Donauufers und somit flussläufig an die Donauinsel anzubinden, erfolgreich unterstützt werden.

Die Erstellung eines von der Projektleitstelle angeregten, verbindlichen Verkehrsleitprojektes im Bereich Favoritenstraße - Absberggasse - Laaer-Berg-Straße, um schon in einem frühen Stadium der Planung punktuelle Detaillösungen an neuralgischen Stellen anbieten zu können, führte beim Projekt 10, Favoritenstraße 199 - 213 (Schmidstahlwerke), zu einer erheblichen Reduzierung der geplanten Wohnungszahl und somit zur Reduzierung des bis dahin nicht gedeckten Spielplatzbedarfs.

Eine weitere Auswirkung der immer dichteren Verbauung war der vermehrt von den Bauträgern geäußerte Wunsch, die bei der Errichtung von Wohnhausanlagen mit mehr als 50 Wohnungen zusätzlich zu einem Kleinkinderspielplatz ebenfalls anzulegenden Kinderspielplätze von mindestens 500 m² Größe (gemäß §90 (6) BO für Wien) statt auf Eigengrund bzw. bei mehreren Bauträgern auf einem gemeinsamen Bauplatz auf in der Nähe befindlichen Epk-Flächen (Epk: Erholungsgebiet - Parkanlagen) anzulegen. Gemeinsam mit der MD-BD, Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik, konnte klargestellt werden, dass die Schaffung von Kinderspielplätzen auf Epk-Flächen nur als freiwillige, zusätzliche Maßnahme angesehen und nicht zur Erfüllung der oben beschriebenen gesetzlichen Verpflichtung herangezogen werden kann. Diese klare Festlegung führte u.a. dazu, dass beim Stadtentwicklungsgebiet 10, Laaer-Berg-Straße (Porrgründe), die Anordnung und Größe der Epk- und Grünfläche neu überdacht wurde.

Angesichts steigender Nutzungsansprüche an einen begrenzten Raum und der Notwendigkeit des ressourcenschonenden und sparsamen Einsatzes von Mitteln unterstützte die Projektleitstelle die im Februar 1998 bestellte „Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung", um die Mehrfachnutzung von Flächen und Räumen in der Stadt vor allem zur Schaffung von Spiel- und Aktionsräumen für Kinder und Jugendliche intensiver betreiben zu können.

Im Frühjahr 1998 wurde mit dem Bau der „Autofreien Mustersiedlung - Wohnen mit Car Sharing", Stadtentwicklungsgebiet 21.14, mit rund 250 Wohnungen für etwa 700 Bewohner begonnen. Nachdem sich einerseits für dieses Projekt bis 1996 rund 550 Interessenten bei der MA 50 gemeldet hatten, wovon sich allerdings dann ein großer Teil nicht um eine Wohnung beworben hat, andererseits eine breit angelegte Mietermitbestimmung bei der Planung stattgefunden hat, wurden von der Projektleitstelle gemeinsam mit dem Projektteam Grundlagen für die Vergabe einer „Sozialwissenschaftlichen Dokumentation und Evaluierung" dieses Projektes durch die MA 50 zur Sicherung und Beurteilung des reichhaltigen Datenmaterials erarbeitet.

Im März 1998 wurde das Projekt Judenplatz, Holocaust-Mahnmal, in der Projektleitstelle installiert. Bis zum Sommer 1998 konnten die Grundsatzfragen der Darstellung geklärt, die Übereinstimmung mit der Israelitischen Kultusgemeinde und dem Bundesdenkmalamt erzielt sowie die Klärung der Finanzierung bewältigt werden. Der Mietvertrag zwischen der MA 10 und dem Verein Thoratreue Zionisten des Misrachi und Hapoel Hamisrachi-Histadrut Hamisrachi und Hapoel Hamisrachi Landesverband Österreich konnte abgeschlossen werden. Die geforderten Pflichtbesprechungen wurden abgehalten, es erfolgte ein Gemeinderatsbeschluss für einen Gesamtsachkredit sowie die Ausgestaltung der Oberfläche des Judenplatzes.

Ende September 1998 konnten nach der Grundsteinlegung durch Herrn Bürgermeister Dr. Häupl und Herrn amtsführenden Stadtrat Dr. Marboe die Arbeiten für die Einhausung der Ausgrabungen und der Reste der mittelalterlichen Synagoge beginnen. Zur besseren Begehbarkeit dieser Ausgrabungen wurden alte Mauerteile unterfangen bzw. Synagogenteile hydraulisch abgesenkt. Das für die Einrichtung des Museums vorgesehene Objekt 1, Judenplatz 8, wurde abgesiedelt und wird derzeit komplett renoviert. Insgesamt soll das gesamte Projekt - Museum, Schauraum, Oberfläche, Mahnmal, Versetzung des Lessing-Denkmales und Beleuchtung - 130 Millionen Schilling (rund 9,447 Millionen Euro) kosten.

Im Rahmen des Klimaschutzprogrammes wurde festgelegt, dass ein spezieller Kriterienkatalog für umweltgerechte Leistungen als effizientes Arbeitsinstrument für den ökologischen Einkauf ausgearbeitet werden soll. Seitens des Herrn Magistratsdirektors erging der Auftrag an den Herrn Stadtbaudirektor, diese „Projektgruppe für umweltgerechte Leistungen in der MD-Stadtbaudirektion einzurichten. Der Leiter dieser Projektgruppe wurde durch den Herrn Stadtbaudirektor bestellt. Nach einer umfangreichen Information und der Auswahl der engeren Projektgruppe (Kernteam) wurde im Dezember 1998 ein Projekt-Start-Up in Form eines zweitägigen Workshops in Salzerbad abgehalten. Bei diesem Workshop wurden folgende Arbeitsgruppen und Beratungsausschüsse eingerichtet:

- Arbeitsgruppen: Hochbau, Tiefbau, Fuhrpark, Innenausstattung, Haustechnik, elektrische Büro- und Haushaltsgeräte, Wasser, Druckerei, Druckaufträge und Drucksorten, Desinfektion, Beleuchtung, Lebensmittel und Reinigungsmittel.
- Beratungsausschüsse behandeln die Themen Recht, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit.

In den Arbeitsgruppen sollen die konkreten Inhalte und Kriterienkataloge erarbeitet werden. Der Beratungsausschuss Recht soll das gesamte Projekt auf Rechtskonformität prüfen, gesetzliche Grundlagen für ökologische Vergaben erarbeiten und den Arbeitsgruppen zur Verfügung stellen, die bestehenden Erlässe auf umweltfreundlichen Bezug durchforsten und die Arbeitsgruppen durch Fragenbeantwortungen und Schulungen unterstützen. Der Beratungsausschuss Organisation soll zum Zwecke einer einheitlichen Vorgangsweise aller Arbeitsgruppen eine Checkliste und eine generelle Vorgangsweise erarbeiten und den Informationsaustausch sicherstellen. Des Weiteren soll dieser Ausschuss die Grundlagenerhebung (Literatur usw.) und deren Sammlung betreiben. Der Beratungsausschuss Öffentlichkeitsarbeit soll sämtliche magistratsinternen und magistratsexternen Kontakte auch mit den Medien bzw. Publikationen zentral übernehmen. Anfang 1999 sollen die zwölf Arbeitsgruppen und die drei Ausschüsse ihre Arbeit aufnehmen. Die Abstimmung untereinander ist dadurch gewährleistet, dass jeweils die Leiter der Arbeitsgruppen bzw. der Beratungsausschüsse auch gleichzeitig Mitglieder des Kernteams sind.

Nachdem die von Stadtpolitik, Bezirkspolitik und Magistrat bereits abgestimmte Idee, die Passage Babenbergerstraße/Ring nach Vorstellungen des Karikaturisten Manfred Deix neu zu gestalten, nunmehr endgültig verworfen werden musste, entstand eine längere Pause bei der Suche nach neuen Ideen. Für die Präsidentschaft Österreichs in der Europäischen Union wurde die Passage jedoch 1998 kurzfristig generalsaniert und die im Dezember 1993 entstandenen Brandschäden beseitigt, wobei jedoch bereits Mindestanforderungen für die weitere Nutzung als Veranstaltungsort berücksichtigt wurden. Seit Mai 1998 existiert für die Passage nunmehr ein neues Konzept als Sport-Info-Center. Informationen zum Thema Sport in Wien sollen real, interaktiv-virtuell und mit „Erlebnisqualität" vermittelt werden, vom Schwerpunkt Fußball-Bundesliga bis zum Turnsaal-Angebot der Stadt Wien für Hobbysportler. Dem Besucher soll die Möglichkeit geboten werden, im Vorverkauf Karten für alle Sportveranstaltungen und Ereignisse zu erwerben.

Da jedoch die Aktivitäten in der Babenbergerpassage wirtschaftlich allein nicht überlebensfähig sind, sollen auch die benachbarten Passagen im Bereich der U-Bahnlinie U2 in die Konzeption miteinbezogen werden. Der derzeitige Vorschlag sieht vor, dass die Babenbergerpassage mit dem Schwerpunkt Sport, die Mariahilferpassage mit dem Schwerpunkt Wien-News, die Volkstheaterpassage mit dem Schwerpunkt Kultur und die Bellariapassage mit dem Schwerpunkt Jugend besetzt wird.

1999 soll die grundsätzliche politische Zustimmung der Wiener Stadtregierung, der Bezirksvorstehungen der Bezirke 1, 6 und 7 sowie die magistratsinterne Zustimmung eingeholt werden. Mit einer Realisierung könnte dann in den Jahren 1999 oder 2000 begonnen werden. Die Investitionen in der Passage könnten durch eine Vorfinanzierung über die für die Stadt Wien entfallenden Betriebskosten von jährlich rund 2,5 Millionen Schilling (rund 181.682,– Euro) durchgeführt werden.

Im Bereich des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien, der der Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenates zugeordnet ist, wurde im Hinblick auf die erforderliche Anpassung an den wahrgenommenen Aufgabenumfang und zur rechtlichen Klarstellung im Auftrag der Magistratsdirektion - Büro des Magistratsdirektors ein Erlassentwurf für die Führung und Verbindlichkeit des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien vorbereitet. Der diesbezügliche Erlass, MD-490-6/98, trat mit 30. Oktober 1998 in Kraft.

So wie bisher wurde vom Auftragnehmerkataster sämtlichen Dienststellen der Stadt Wien die standardmäßig, für die bei Vergabeverfahren erforderliche Bewertung der Eignung von Bewerbern, Bietern und deren Subunternehmern evidentzuhaltenden Daten, in der Regel auf elektronischem Weg, zur Verfügung gestellt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aktualität dieser Daten zu. Die Daten der ständig von Dienststellen der Stadt Wien beschäftigten Auftragnehmer wurden daher im Jahr 1998 einer umfassenden Aktualisierung unterzogen. Aufgrund der Bundesvergabegesetznovelle 1997 sowie der als Begleitgesetz hiezu herausgegebenen Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sind entgegen der bisherigen Vorgangsweise, dem Einholen von Bescheinigungen beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales durch Bewerber, Bieter bzw. Subunternehmer, dass keine wesentliche Verletzung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes vorliegt, seit 1. Jänner 1997 Auskünfte jeweils durch den Auftraggeber selbst einzuholen. Aus Gründen der Verwaltungsökonomie, Raschheit und Zweckmäßigkeit werden diese Auskünfte mittels eines zentralen online-Anschlusses (Standleitung) zum Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Zentrale Verwaltungsstrafevidenz, vom Auftragnehmerkataster der Stadt Wien eingeholt und im Datenbestand abgespeichert. Dieser Datenverbund wurde im Jahr 1998 weitergeführt und vertieft, sodass der Zeitraum für die Erteilung von Auskünften auf rund drei Arbeitstage verkürzt werden konnte.

Wesentlicher Raum in der Tätigkeit nahm wie bisher die Beratung der Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien bei der Bewertung der Eignung von Unternehmen sowie die Beantwortung von Fragen zur anlassbezogenen Aktualisierung von Unternehmerdaten (z.B. handelsrechtliche, gewerberechtliche Änderungen, Fusionen, Firmeneinbringungen, Insolvenz- bzw. deren Vorverfahren) ein. Durch die Vergabe entsprechender Statushinweise im Datenbestand des Auftragnehmerkatasters wurden den vergebenden Dienststellen wesentliche Hinweise zur Bewerber- bzw. Bieterbewertung sowie zur Genehmigung von Subunternehmern gegeben. Bei der Eintragung „wesentlicher Mangel" erfolgte diese jeweils nach Einbindung sämtlicher involvierter Dienststellen, Berichterstattung sowie Genehmigung durch den Herrn Stadtbaudirektor.

Ende Juli 1998 wurde über Auftrag des Magistratsdirektors im Rahmen des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der im Strafprozess beim Landesgericht Korneuburg in der Causa Bau-

skandal aufliegenden Unterlagen, insbesondere hinsichtlich der Bewertung und Konsequenzen für von der Stadt Wien beschäftigte Unternehmen, geschaffen. Im zweiten Halbjahr 1998 wurden sowohl diese Unterlagen als auch Informationen von diversen politischen Parteien und der Wirtschaftspolizei bzw. Staatsanwaltschaft Wien aufgearbeitet und rund 40 Unternehmen bewertet. Dabei wurden im Auftragnehmerkataster im Einvernehmen mit der MD-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und dem Kontrollamt diverse Statushinweise eingetragen und in der Folge bei Vorhandensein von ausreichenden vertrauensbildenden Maßnahmen relativiert.

Im Hinblick auf das im Rahmen des EDV-Systems ISBA (Informationssystem Bauen) geführte EDV-System FIAKER (Firmen- und Auftragnehmerkataster der Stadt Wien) wurde 1997 mit der Umstellung von der bisherigen IBM Applikation ADABAS-Datenbank auf eine Client-Server Lösung begonnen. Die Inbetriebnahme des WINFIAKER soll Anfang März 1999 erfolgen.

Hinsichtlich der Mitwirkung in diversen Arbeitskreisen und Gremien sind besonders der Arbeitskreis der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern, die diversen Arbeitskreise zur Aktion sauberer Arbeitsplatz sowie die Tätigkeit im Fachnormenausschuss 018 - Vergabewesen im Österreichischen Normungsinstitut, im CEN-TC 330 - „Qualification of construction enterprises" und die Mitarbeit im Arbeitskreis zur Definition der Eignungskriterien für die finanzielle und administrative Beurteilung von Unternehmungen für den CEN-TC 330 zu erwähnen. Weiters wurde im Jahre 1998 gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ein Arbeitskreis zur Schaffung eines Unternehmerkatasters Österreich gegründet. Die diesbezüglichen Vorarbeiten konnten unter Beiziehung des Bundes und der Länder sowie der Wirtschaftskammer Österreichs, der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien im Wesentlichen abgeschlossen werden.

Im Jahre 1998 fanden insgesamt elf Sitzungen des Vergabekontrollsenates sowie rund 20 Vorbereitungsbesprechungen hiezu statt. Insgesamt wurden elf Anlassfälle (Anträge auf Nachprüfungsverfahren, auf Erlassung einstweiliger Verfügungen, auf Nichtigerklärung rechtswidriger Entscheidungen der vergebenden Stellen) behandelt. Im Auftragnehmerkataster der Stadt Wien wurden rund 23.000 Unternehmen evident gehalten, wobei 1998 rund 1.300 Neuanträge um Aufnahme in den Auftragnehmerkataster bearbeitet wurden. Im Bereich der zentralen Evidenthaltung der Aufträge der Dienststellen des technischen Bereiches werden derzeit mehr als 250.000 Aufträge, strukturiert nach vergebenden Stellen, Auftragnehmern, Branchen und Auftragssummen im Auftragnehmerkataster, evident gehalten. Das EDV-System des Auftragnehmerkatasters steht derzeit rund 1.200 Vergabereferenten innerhalb der Stadt Wien online zur Verfügung.

Eine weitere Hauptaufgabe stellt die Führung der Bürogeschäfte des Vergabekontrollsenates entsprechend den Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes 1995 und der in der Sitzung des Vergabekontrollsenates vom 30. Oktober 1995 beschlossenen Geschäftsordnung dar. Weiters wurden vielfach Stellungnahmen für die Vorbereitung und Begutachtung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen abgegeben.

Der Aufgabenbereich der Gruppe Hochbau und Haustechnik umfasste die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen für 58 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 3,1 Milliarden Schilling (rund 225,286 Millionen Euro) unter besonderer Beachtung technischer, funktioneller und wirtschaftlicher Aspekte. Diese Projekte sind in der nunmehr fünften Auflage der „städtischen Bauvorhaben, Projektdaten - Wirtschaftlichkeitsbesprechungen" dokumentiert. Die technischen, funktionellen und wirtschaftlichen Grundsätze wurden auch der Teilnahme an Projektsvorbesprechungen im städtischen Wohnbau, der Planungskommission der Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien sowie der Schulraumkommission zugrunde gelegt.

Koordinierende Tätigkeiten waren sowohl bei der Erstellung von Bauprogrammen für den Wohnhausbestand der Gemeinde Wien im Einvernehmen mit der MA 17 als auch beim Erarbeiten von Lösungsvorschlägen für bedeutende oder abteilungsübergreifende Probleme erforderlich.

Insbesondere ist hier die Neugestaltung des Rathausplatzes, Bauherrenaufgaben für die Projektteile der Stadt Wien beim Museumsquartier sowie der Beginn der zweiten Phase der Sanierung der Lueger Kirche zu nennen.

Für das Aufgabengebiet Schulbauprogramm 2000 mit der Fertigstellung von vier Neubauten und zwei Zubauten im Jahr 1998 ist stellvertretend die 9-klassige Volksschule mit Ganztagsbetreuung zur Abdeckung des Schulraumbedarfes für das Einzugsgebiet „Wohnpark Alte Donau" und die Hauptschule Rudolf-Schön-Weg 1 hervorzuheben.

Neben vorgenannten Aufgaben ist insbesondere die Mitgestaltung, Entwicklung und Begleitung der Bauträgerwettbewerbe für Wohnbauvorhaben Aufgabe der Gruppe Hochbau und Haustechnik zu nennen. Außerdem wird an der Vorbereitung sowie an der Jurierung des Planungswettbewerbes „kommunales Wohnbauvorhaben 23, Kirchfeldgasse" mitgewirkt sowie die jurierende Tätigkeit in Gutachterverfahren zum Schulbauprogramm wahrgenommen. An der Projektentwicklung, Jurierung und Bauvorbereitung zur Errichtung der Herberge für obdachlose Männer in 21, Siemensstraße, wurde ebenfalls mitgewirkt.

In Zusammenarbeit mit den zugeordneten technischen Dienststellen wurden vorbereitende Maßnahmen zur Einführung von Kostenrechnungsmodellen sowie zur Qualitätssicherung in der Bauabwicklung festgelegt. Gemeinsam mit der MA 69 erfolgte die Interessentensuche für den Eigentumserwerb von Dachgeschoßflächen im Bereich 1, Bartensteingasse, und für den Verkauf des ehemaligen Tröpferlbades Florianigasse.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr hatte wie bisher dafür Sorge zu tragen, dass die Maßnahmen sowohl jener technischen Dienststellen, die sich mit der Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung von Verkehrsflächen und Ver-

kehrsbauwerken sowie mit der Verkehrsorganisation und Verkehrsangelegenheiten befassen, als auch jener, die mit den Gebieten Kanalisation und Wasserversorgung befasst sind, koordiniert und nach einheitlichen wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden.

Nach wie vor lag ein Tätigkeitsschwerpunkt in der Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich u.a. hinsichtlich der Einbautenumlegungen und der Abstimmung zwischen Interessen von Einbautendienststellen. In den Sommermonaten wurden wöchentlich Baustellen-Jour-fixe-Gespräche mit allen beteiligten Stellen abgehalten. Die übergeordnete Kontrolle des ordnungsgemäßen Baufortschrittes und die Einhaltung der Verkehrsauflagen bei den städtischen Tiefbauvorhaben fallen ebenfalls in den Tätigkeitsbereich der Gruppe Tiefbau und Verkehr. In Bundesstraßenangelegenheiten wurde an der Vertretung der Interessen der Stadt Wien gegenüber dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und an der Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der ÖSAG (Österreichische Autobahnen und Schnellstraßen-AG) und mit der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs-AG) mitgewirkt.

Durch die deutliche Erweiterung der Dezentralisierung im Jahre 1998 war vor allem im Einvernehmen mit den Bezirken die Mitwirkung an der Erstellung von Bauzeit-, Kosten- und Ablaufplänen für Großbauvorhaben und die übergeordnete Koordination hinsichtlich Einbautenverlegungen und straßenbaulicher Maßnahmen in Dezentralisierungsangelegenheiten von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus wurde zur Lösung einschlägiger ressortübergreifender Probleme beigetragen.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr war mit der Forcierung der Arbeitsprogramme für die Aufschließung von Kanal, Wasser, Gas und Fernwärme ebenso befasst wie mit der Beurteilung von beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zur Förderung eingereichter Garagenprojekte hinsichtlich der Baudurchführung und der Kostenansätze.

Das Projekt „Grafisches Baustelleninformationssystem"(GRABIS) wurde soweit vorangetrieben, dass die geografischen und statistischen Analysen über Maßnahmen im Straßenbereich automatisch kartografisch dargestellt werden können. Auf dieser Grundlage wurde ein INTRANET-Dienst programmiert, der ab Mitte 1998 diese Information im Bildschirmdialog abrufbar machte.

Als weiterer Schwerpunkt der Tätigkeiten der Gruppe Tiefbau und Verkehr wird die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen für Straßen-, Oberflächen- und Einbautenprojekte angeführt. 1998 wurden in 17 Sitzungen 33 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 2,33 Milliarden Schilling (rund 169,328 Millionen Euro) nach technischen und wirtschaftlichen Grundsätzen mit positivem Ergebnis geprüft.

Eine wesentliche Aufgabe war auch wieder die Mitwirkung bei der lang- und mittelfristigen Budgetplanung und bei der Budgeterstellung der Tiefbaudienststellen sowie die Vertretung dieser Dienststellen bei den entsprechenden Budgetperlustrierungen. Die Koordinierung der Arbeitsschwerpunkte der Fachkommission Verkehr sowie die Führung des Vorsitzes im Beirat für Fragen des Wirtschaftsverkehrs wurde weiterhin wahrgenommen. Mit den Wiener Linien wurden laufend Besprechungen z.B. über Probleme öffentlicher Verkehr - Individualverkehr u.a.m. geführt, ein weiterer Aufgabenbereich besteht in der Auswahl Delegierter im Rahmen der Mitgliedschaften der technischen Dienststellen bei Vereinen und Institutionen im In- und Ausland. Einen großen Arbeitsbereich umfasste auch die Erarbeitung von Anfragebeantwortungen für den Herrn Bürgermeister, den Gemeinderat, für die Gemeinderatsausschüsse, Stadträte, Dienststellen und Anfragen von Privaten.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr wirkte weiters an der Gestaltung der Förderungsbedingungen im aufgrund des Umweltförderungsgesetzes eingerichteten Arbeitskreis „Siedlungswasserwirtschaft" des Bundes und der Länder sowie im Zusammenhang mit der Betreuung und Kontrolle im Rahmen der Geschäfte des Landeshauptmannes für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an der Änderung der Förderungsrichtlinien mit.

Schließlich ist anzuführen, dass die Koordinierung von Angelegenheiten der Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen in der Gruppe Tiefbau und Verkehr durchgeführt und auch die Funktion als Ansprechstelle der Stadt Wien für die Eisenbahnhochleistungsstrecken AG (HL-AG) betreffend das Lainzer-Tunnelprojekt ausgeübt wird. Um den Bedarf der Stadt Wien an aufgeschlossenen Bauplätzen für die Ansiedlung von Betrieben zu decken, wurde von der Gruppe Tiefbau und Verkehr auch 1998 das erforderliche Aufschließungsprogramm erstellt. Neben den Projekten, die auf Betreiben der Stadt Wien zur Durchführung gelangten, wurde die Koordierungsfunktion inklusive Klärung der Finanzierungsfragen, auch für Betriebsbaugebiete, bei welchen der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und die Firma ISTEG, Infrastruktur und Errichtungsges.m.b.H., als Betreiber und Träger der Kosten aufgetreten sind, ausgeübt.

In den im Rahmen der Dezentralisierung in allen Bezirken eingeführten Koordinationsgesprächen wurde zur Unterstützung der Bezirksvorsteher der Bereich Einbautenkoordination von zwei Mitarbeitern der Gruppe betreut.

In den Koordinationsbereich der Gruppe Planung gehören die Planungsabteilungen (MA 18, 19, 21A, 21B, 21C), die Stadtvermessung (MA 41) sowie die Abteilung für Technische Grundstücksangelegenheiten (MA 40). Die Bereiche Technische Dokumentation sowie die Reprografie und der Kartenverkauf fallen ebenfalls in den Koordinierungsbereich der Gruppe Planung.

Bei den Aufgabengebieten der MA 40 und 41 handelt es sich größtenteils um eindeutig festgelegte Verfahrens- und Arbeitsabläufe, die zu bearbeiten sind. Gerade in diesen Bereichen wurde jedoch versucht, durch technologische Neuerungen eine zeitgemäße Ausstattung und Arbeitsabwicklung zu gewährleisten. Durch die Übersiedlung der Stadtvermessung vom Amtshaus Rathausstraße in das neue Amtshaus Muthgasse Ende 1997 war auch eine Neuordnung verschiedener Arbeitsabläufe hinsichtlich ihrer raummäßigen Zuordnung möglich, wovon eine Effizienzsteige-

rung erwartet werden kann. 1998 konnte daher mit der neuen Raumaufteilung im Amtshaus Rathausstraße für die drei Widmungsabteilungen (MA 21A, 21B und 21C) und die Stadtstrukturplanung (MA 18) begonnen werden, was nach den notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten eine Übersiedlung von drei der vier Magistratsabteilungen im Lauf des Jahres 1998 ermöglicht hat. 1999 soll dann auch der Umbau für die restlichen Geschoße erfolgen, wodurch neben der MA 21B auch verschiedene Dezernate der Stadtbaudirektion in diesem Amtshaus untergebracht werden können.

Der Schwerpunkt der Koordinierungs- und Abstimmungstätigkeit der Gruppe Planung lag im Bereich der Stadtentwicklung, einerseits in der Begleitung der Qualitätssicherung bei der Umsetzung von den zahlenmäßig geringer werdenden Stadterweiterungsprojekten und andererseits in einer Forcierung der inneren Stadtentwicklung. Diese Aktivitäten sowie u.a. eine neuerliche Novellierung von Bestimmungen der Wiener Bauordnung sind Teil des laufenden Umsetzungsprozesses des „Stadtentwicklungsplanes 1994".

Eine weitere wesentliche Koordinierungsaufgabe der Gruppe Planung stellt die laufende Abstimmung der Widmungsprogramme mit den Erfordernissen des 10-Jahres-Programmes dar (Gesamt-Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes von Wien bis zum Jahr 2006) sowie die Überprüfung jener Gebiete mit nicht konsensmäßigem Baubestand hinsichtlich ihrer Flächenwidmung. So konnten 1998 die ersten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne mit digitalisiertem Inhalt dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ziel ist, durch laufende Ergänzung der neuen Beschlüsse einen aktuellen und auf Bildschirm abrufbaren, datenmäßig gespeicherten Plan zu erhalten.

Im Juni 1998 haben die drei Widmungsabteilungen termingerecht dem Gemeinderat den Überprüfungsbericht hinsichtlich der Gebiete mit überwiegend nicht konsensmäßigem Baubestand vorgelegt. Der Bericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen, die vorgeschlagenen Widmungskategorien werden jeweils bei der nächstfolgenden Gebietsüberarbeitung in die Anträge einfließen.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich ist die laufende Abstimmung der Flächenwidmungsprogramme mit den Erfordernissen des geförderten Wohnbaus und der Betriebsansiedelung. Ein wesentlicher Beitrag dazu konnte durch die Mitarbeit der Gruppe Planung in der in der Stadtbaudirektion eingerichteten „Infrastrukturkommission" geleistet werden. Bauträgerwettbewerbe, die von der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung eingeführt wurden, sowie der „Grundstücksbeirat", in welchen die Belange der Stadtplanung durch die Gruppe Planung eingebracht werden, dienen der Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten. Im Rahmen der unter Leitung des Stadtbaudirektors und mit inhaltlicher Koordinierung der Gruppe Planung eingerichteten „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements" (KOG) wurde als Schwerpunktaufgabe das „Betriebsflächenprogramm für Wien" weiter optimiert sowie eine Reihe von zu entwickelnden Betriebsflächen behandelt bzw. entsprechende Koordinierungen hinsichtlich einer raschen Umsetzung von diesen vorgenommen. Darüber hinaus wurden Schritte zur Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der KOG im Hinblick auf ein alle Nutzungsbereiche umfassendes Flächenmanagement eingeleitet.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Gruppe Planung bestand in der Koordinierung und Mitwirkung bei der Entwicklung und Begleitung der Umsetzung von städtebaulichen Großprojekten. So konnten zum Beispiel unter koordinativer Mitwirkung der Gruppe Planung ein städtebaulicher Rahmenplan für den Bereich Volksprater/Messe/Stadion erarbeitet und weitere Vorgangsweisen festgelegt werden. Dies führte schließlich zur Einsetzung eines Pratermanagements im Herbst 1998, das die Entwicklungsvorstellungen präzisieren sowie Vorbereitungen für die Umsetzung dieser in Kooperation mit privaten Investoren treffen soll. Zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum (WED) bzw. zur Weiterentwicklung des in Umsetzung begriffenen Projektes Donau City wurde auf Betreiben der Gruppe Planung bereits 1997 eine neue effektive Organisationsstruktur geschaffen. Die Gruppe Planung nimmt die Federführung der „Koordinierungsgruppe Städtebau" wahr. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit stellte die Entwicklung von Ideen für eine signifikante und international tragfähige Kultureinrichtung im Bereich der Donau City dar. Dazu wurde ein Workshop mit Kulturexperten organisiert sowie weitere Schritte zur Konkretisierung von Ideen eingeleitet.

Ferner wirkte die Gruppe Planung in der von der Stadtbaudirektion eingesetzten Projektorganisation zur Schaffung der Voraussetzungen und der Definition der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Stadtentwicklungsprojektes Nordbahnhof und des Güterterminals Inzersdorf mit. Ein wichtiger Beitrag zur Steuerung der Stadtentwicklung gemäß den Zielvorstellungen des „Stadtentwicklungsplanes für Wien" besteht in einer strategischen Standortplanung wichtiger öffentlicher Einrichtungen.

Neben laufenden Koordinierungstätigkeiten im Hinblick auf größere öffentliche Einrichtungen wurde im Rahmen der vereinbarten systematischen Abstimmung von Standortkonzepten für Bundeshochbauten in Wien (zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten bzw. der Bundesbaudirektion und der Stadtbaudirektion Wien) unter inhaltlicher Koordinierung der Gruppe Planung vor allem Abstimmungsgespräche zu den Themen „Bundesschulen" und „Universitäten" geführt.

Darüber hinaus konnten unter begleitender Mitarbeit der Gruppe Planung im Rahmen von städtebaulichen Planungsverfahren bzw. Wettbewerbsverfahren städtebauliche Großprojekte, wie z.B. die Überarbeitung des Planungskonzeptes für ein gemischtes Büro-, Einkaufs-, Entertainment-, Wohnprojekt Wien Mitte, das Projekt einer neuen Hauptbibliothek im Bereich des Neubaugürtels, das Projekt eines Neubaues der TU-Maschinenbaufakultät im Bereich der Donau City usw. entwickelt werden. Gerade das Projekt einer neuen Hauptbibliothek im Bereich zwischen den U6-Stationen Urban-Loritz-Platz und Burggasse stellt einen wesentlichen Beitrag zu der auch mit dem EU-För-

derungsprogramm URBAN-Wien-Gürtel Plus verfolgten Aufwertung und Belebung der Gürtelzone dar, an dessen Konzeption und Entwicklung die Gruppe Planung im Sinne der Abstimmung stadtplanerischer Erfordernisse maßgeblich mitgewirkt hat.

Eine der wesentlichsten Schwerpunktaufgaben gesamtstädtischer Entwicklungsarbeiten im Jahr 1998 war die Erstellung eines „Strategieplanes für Wien". Ziel des Strategieplanes mit dem Arbeitstitel „Qualität verpflichtet - Innovationen für Wien" ist es, im Lichte des internationalen Standortwettbewerbes unter der integrativen Einbeziehung der verschiedenen gesamtstädtischen und sektoralen Entwicklungskonzepte aller Geschäftsgruppen die strategischen, zukünftigen Schwerpunkte für die nächsten 20 Jahre festzulegen und mit konkreten Umsetzungsprogrammen, deren Fortschritt einer laufenden Evaluierung unterzogen werden soll, zu verknüpfen. Wesentlicher Ansatz dabei ist die Aktivierung aller relevanten Akteure der Stadt, wie Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, maßgebliche Vertreter der gesellschaftlichen Gruppierungen usw. im Sinne eines Public-Private-Partnership-Modells. Dieses ehrgeizige Projekt wurde bisher in einem zweistufigen Verfahren abgewickelt. Als erster Schritt wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Gruppe Planung, MA 18 und der Zukunftsstation Wien, ein Konzept für eine mögliche Struktur eines Strategieplanes erarbeitet und vom zuständigen Stadtrat für Planung und Zukunft der Stadtregierung vorgelegt. Aufgrund einer Absichtserklärung der Stadtregierung wurde der zweite grundlegende Arbeitsschritt eingeleitet.

Unter der Steuerung einer Lenkungsgruppe mit hochrangigen Vertretern aller Ressorts sowie der inhaltlichen Betreuung einer Projektgruppe wurde innerhalb von sechs Monaten im Rahmen eines breiten Diskussionsprozesses in Form eines „Magistratsforums" ein erster Entwurf eines Strategieplanes erstellt. Nach einer politischen Meinungsbildung zu diesem Entwurf könnte in der Folge u.a. eine breitere Einbindung der angesprochenen Akteure außerhalb der Verwaltung zu einem konkreten Aktionsplan für die städtische Entwicklung im umfassenden Sinne bis Ende 1999 erfolgen.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt stellte auch die Mitwirkung bei der Erstellung und Umsetzung von planungsrelevanten EU-Förderungsprogrammen im Bereich der Stadt Wien dar. So konnten insbesondere Projekte aus dem Förderungsprogramm INTERREG II A mit Tschechien, Slowakei und Ungarn zur Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation weiterentwickelt und am Programmentwurf für das auf Mittel- und Südosteuropa ausgedehnte Programm INTERREG II C mitgewirkt werden.

Vor dem Hintergrund einer Neuorientierung der Europäischen Städtepolitik wurden seitens der Stadt Wien einige Schwerpunktaktivitäten mit dem Höhepunkt der Abhaltung des „URBAN FORUM" am 26. und 27. November 1998 in Wien, der ersten umfassenden Städtekonferenz der Europäischen Kommission, unternommen.

Die Konzeption und Durchführung der nachfolgend aufgezählten Aktivitäten erfolgte unter Koordinierung der Gruppe Planung in einem begleitenden Arbeitskreis mit MD-Internationale Beziehungen, MD-Koordinationsbüro, MD-EU-Förderungen, MA 18 und Europaforum Wien.

In Fortsetzung der im November 1997 durchgeführten Konferenz „Städte und Städtepolitik in Europa" wurde im Juni 1998 ein Workshop mit dem Titel „Gemeinsam erweitern" mit allen relevanten, von einer EU-Erweiterung direkt oder indirekt betroffenen Städten in den Grenzregionen der EU bzw. auch der MOEL sowie verschiedenen Institutionen auf österreichischer Ebene durchgeführt. Ziel war vor allem, gemeinsam zu prüfen, welche konkreten Veränderungen und Auswirkungen von der EU-Erweiterung zu erwarten sind und wie man sich auf Ebene der Städte darauf konstruktiv durch gemeinsame Kooperationen vorbereiten könnte. In Vorbereitung zum URBAN FORUM und unter Einbeziehung der Erfahrungen der beiden erwähnten Konferenzen wurde seitens der Stadt Wien ein umfassendes Positionspapier der Stadt Wien („Europäische Städtepolitik - Wiener Positionen") entwickelt, der „Europakommission" des Wiener Gemeinderates zur Kenntnis gebracht sowie in Form einer Publikation im Rahmen des „URBAN FORUM" vorgelegt. Diese Unterlage stellt den Rahmen für die zukünftigen Aktivitäten der Stadt Wien auf europäischer Städteebene dar. Das „URBAN FORUM" der Europäischen Kommission stellte die Diskussionsplattform für über 600 hochrangige Vertreter der Städte, Städteorganisationen, Nationalstaaten und der Kommission zu dem von der Europäischen Kommission erstellten „Aktionsrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union" dar. Diese Unterlage soll den Rahmen für eine integrierte europäische Städtepolitik bilden. Die Stadt Wien war hochrangig durch inhaltliche Beiträge von Bürgermeister Dr. Häupl, Vizebürgermeister Dr. Görg und Stadträtin Mag. Ederer vertreten.

Ebenfalls als ein Baustein zur Beeinflussung der Europäischen Städtepolitik ist die „Urban Exchange Initiative" zu sehen. Diese Initiative wurde unter der EU-Ratspräsidentschaft Großbritanniens eingeleitet und soll durch Sammlung und Evaluierung von „Best Practices" zu städtischen Problemstellungen Lösungsstrategien vorschlagen. Unter wesentlicher Mitwirkung der Gruppe Planung wurde in Zusammenarbeit mit der MA 18, dem Österreichischen Städtebund, dem Deutschen Städtetag und dem Bundesministerium für Verkehr und Bauen (Deutschland) diese Initiative während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft durch ein transnationales Seminar mit Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten in Wien fortgesetzt. Ergebnis der Arbeit wird ein Bericht zu „Nachhaltige Bodenpolitik" und „Verkehrspolitik" sein, der beim informellen Raumordnungs-Ministerrat der EU in Potsdam Anfang Mai 1999 vorgelegt wird. Darin werden auch Best Practices aus Wien integriert sein.

Unter Federführung der Gruppe Planung konnte auch der seit 1996 in Diskussion befindliche Beitritt Wiens zum weltweiten Netzwerk des „UNCHS - Best Practice Leadership Programme (BLP)", eine Folgeaktivität der HABITAT II-Weltgipfelkonferenz von Istanbul, vorbereitet werden. Die Stadt Wien soll dabei für den Transfer

Bürgermeister Dr. Michael Häupl überreicht dem langjährigen israelischen Außenminister und nunmehrigen Abgeordneten Shimon Peres, der anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung Israels zu einer Festveranstaltung nach Wien gekommen war, den Goldenen Rathausmann. Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern an den Landeshauptmann von Niederösterreich Dr. Erwin Pröll. Foto: Votava / PID

Anläßlich des Vorsitzes Österreichs im Rat der Europäischen Union im 2. Halbjahr 1998 fand unter der Leitung von EU-Kommissärin Dr. Monika Wulf-Mathies das „Europäische Städteforum" in Wien statt.

Foto: Votava / PID

Ing. Dr. Friedrich Brunner, Stv. Magistratsdirektor, erhält von Bürgermeister Dr. Michael Häupl das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Foto: Votava / PID

von Best Practices zum Themenbereich „Stadt- und Umwelttechnologien" und als Zentrum zur Bearbeitung des Mittel- und Osteuropäischen Raumes verantwortlich sein.

Darüber hinaus konnten unter Federführung der Gruppe Planung und Unterstützung der MA 18 von Wiener Seite, gemeinsam mit Niederösterreich und Burgenland, auf Grundlage einer von der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) vergebenen Studie, eine neue Initiative zur Verbesserung einer stärker umsetzungsorientierten regionalen Kooperation gesetzt werden. Dabei konnten, ergänzend zu bereits laufenden Aktivitäten wie die von den Präsidialen der drei Landtage eingesetzten Arbeitsausschüsse, der „Bürgermeisterkonferenz der Wiener Stadtrandbezirke und der Umlandgemeinden Wiens", regelmäßige Abstimmungsgespräche der politischen Planungsreferenten der drei Bundesländer zur Behandlung regional bedeutsamer Problemfelder im Sinne gemeinsamer Vorgangsweisen und eines Clearings von Konfliktthemen initiiert werden.

Das im Jahr 1994 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Maßnahmenprogramm zum Wiener Verkehrskonzept bildete weiterhin den Rahmen für die von der Gruppe Planung koordinierten Aktivitäten im Bereich der generellen Verkehrsplanung.

Die Gruppe Planung war im Bereich des Öffentlichen Verkehrs vor allem in folgenden Bereichen koordinativ tätig:

Bezüglich der im Rahmen der 3. Ausbauphase des Wiener U-Bahnnetzes geplanten Vorhaben wurden im Jahr 1998 folgende Fortschritte gemacht:

- Verlängerung der Linie U1 nach Leopoldau:
  Fertigstellung des Teiles 2 (Generelles Projekt) der Generellen Planung;
  Abhaltung einer Wirtschaftlichkeitsbesprechung durch die Gruppe Planung

- Verlängerung der Linie U2 in Richtung Stadlau/Aspern:
  Variantenentscheidung zum Trassenverlauf zwischen 1. Bezirk und Praterstern,
  Beginn der Arbeiten für den Teil 2 (Generelles Projekt) der Generellen Planung

Die Generelle U-Bahn-Planung wurde durch intensive öffentliche Information und Diskussion begleitet.

Mitte 1998 wurden von der MA 18 Vorstudien zu Optimierungsprogrammen für die Straßenbahnlinien 31 und 33 bzw. 67 vorgelegt.

Im März 1998 lag der Endbericht des von den Österreichischen Bundesbahnen eingerichteten kooperativen Verfahrens zur Erstellung eines „Schnellbahnkonzeptes Region Wien" vor. Die Landeshauptmänner von Wien, Niederösterreich und Burgenland haben am 19. Mai 1998 erklärt, den Empfehlungen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich und in ihren Forderungen gegenüber dem Bund und den ÖBB folgen zu wollen. Seitens der Gruppe Planung wurden daraufhin Grundlagen für die Verhandlungen über die Aktualisierung des Übereinkommens zwischen Land Wien und Bund vom 11. Juni 1996 betreffend die Realisierung vordringlicher Vorhaben aufbereitet.

Der von der Gruppe Planung zur Sicherstellung einer beschleunigten Umsetzung des Vorhabens „Ausbau der S 7 - Flughafenschnellbahn" eingerichtete Arbeitskreis hat seine Tätigkeit erfolgreich abgeschlossen. Auf Grundlage der Ergebnisse des Abstimmungsprozesses wurde von den ÖBB ein Einreichprojekt erstellt, das bis zum Frühjahr 1999 abschnittsweise der Eisenbahnbehörde zur Genehmigung vorgelegt wird.

Ende 1998 wurde von der Stadtbaudirektion ein kooperatives Planungsverfahren gestartet, um einen Konsens über die schrittweise Entwicklung einer hochrangigen Eisenbahnverbindung Wien - Flughafen Schwechat - Wampersdorf herbeizuführen. Im Rahmen dieses Verfahrens soll auch ein Masterplan für den zukünftigen Bahnhof Wien entwickelt werden.

Im Bereich der Bundesstraßenplanung war die Gruppe Planung koordinierend tätig. Schwerpunkte lagen in der Projektierung der Bundesstraßen B 1 (Lothringerstraße), B 225 und B 228.

Im Rahmen der Kommission „Parkraumbewirtschaftung" wurden im Jahr 1998 die Anträge der Bezirke 2, 3 und 20 zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung beraten. Auf Grundlage dieses, durch eine verkehrswissenschaftliche Untersuchung begleiteten Abstimmungsprozesses, wurde vom zuständigen amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Teilen des 2. und 20. Bezirkes ab 1. März 1999 und im westlichen Teil des 3. Bezirkes frühestens im November 1999 entschieden.

Die Vertretung der Interessen der Stadt Wien bei länderübergreifenden Verkehrsplanungen wurde von der Gruppe Planung im Rahmen folgender Projekte wahrgenommen:

- Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Nordostraum Wien (Mitwirkung im Arbeitskreis der PGO),
- Erstellung eines „Schnellbahnkonzeptes Region Wien" (Mitwirkung im Projektteam und Arbeitskreis der ÖBB).

Im Februar 1998 wurde ein kooperatives Planungs- und Beratungsverfahren zur Erstellung eines regional abgestimmten „Fahrplanes" für die Weiterentwicklung des TEN-Knotens Region Wien gestartet. An diesem Verfahren sind alle maßgebenden Handlungs- und Interessenträger im Bereich des Güterverkehrs vertreten. Im „Knotenteam Güterverkehr" werden die von einem Arbeitskreis vorgelegten Positionen beraten und verabschiedet. Neben der Erarbeitung eines kurz- bis mittelfristigen, sektorübergreifenden Maßnahmenprogrammes und eines längerfristigen Leitbildes zur Stärkung der „Knotenkompetenz" soll das Verfahren zur Entwicklung einer permanenten

Informations- und Kooperationsstruktur beitragen. Es soll im Herbst 1999 abgeschlossen werden.

In der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zur Begleitung des Projektes „Gestaltung des Straßennetzes im Donaueuropäischen Raum" eingerichteten Arbeitsgruppe hat der Herr Bereichsdirektor für Stadtplanung gemeinsam mit einem Vertreter der MA 18 die Vertretung der Interessen des Landes Wien wahrgenommen. Der Endbericht soll im Jänner 1999 vorliegen.

Ein Vertreter der Gruppe Planung hat an den Besprechungen der „Surface Access Working Group" der „Airport Regions Conference", bei der die Stadt Wien Mitglied ist, teilgenommen.

Die Gruppe Planung war 1998 verantwortlich für die Koordinierung und Zusammenführung der Öffentlichkeitsaktivitäten, welche in den einzelnen Abteilungen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft abgewickelt werden. Verstärktes Augenmerk im Rahmen der Bürgerinformation und -kommunikation wurde im Jahr 1998 auf das Kommunikationsmedium Internet gelegt. Einerseits wurden unter der federführenden Koordination der Gruppe Planung die Selbstdarstellung der Stadtplanungsabteilungen, andererseits die Präsentation von Stadtplanungsinhalten über das Medium Internet vorangetrieben.

Mit der Global Village Veranstaltung im Jahr 1998 wurde ein wesentlicher Schritt gesetzt, sowohl die breite Öffentlichkeit als auch das Fachpublikum über den Letztstand der Entwicklung im Bereich der neuen Technologien zu informieren. Das Generalthema der Global Village 98 war das Thema „Zukunft der Arbeit". Parallel zur Global Village wurde in Abstimmung mit der MD-EDV- und Informationsmanagement der Ost-West Telematikkongress „Vienna Calling" abgehalten, bei dem Experten aus dem In- und Ausland sowie Vertreter der Europäischen Kommission über die Rolle der neuen Technologien für die EU-Osterweiterung diskutierten.

Des Weiteren war die Stadtplanung Wien an der Umsetzung von drei EU-Telematikprojekten (C.I.C.E.R.O, MUNICIPIA, MIRTI) beteiligt, welche im Zuge der von der EU ausgeschriebenen Telematics Applications Programme von 1994 bis 1998 realisiert wurden. MUNICIPIA wird auch nach Auslaufen der EU-Kofinanzierung aufgrund des großen Erfolges weiterbetrieben.

Ein weiteres Projekt, welches im Bereich der neuen Medien anzusiedeln ist, und an dem die Gruppe Planung bei der Erstellung des inhaltlichen Konzeptes mitwirkte, ist das Projekt „URBAN SPACE LAB", welches im Herbst 1998 in der Wiener Planungswerkstatt gezeigt wurde. Mittels neuer Kommunikationsmedien sollten Stadtplanungsinhalte an Jugendliche vermittelt werden.

Neben dem Einsatz von neuen Technologien im Zuge der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde auch weiterhin auf „klassische" Kommunikationskanäle wie Publikationen, Videos, Ausstellungen, Fachvorträge und -rundfahrten zurückgegriffen.

Die Gruppe Planung war darüber hinaus verstärkt bei der Koordination von Öffentlichkeitsaktivitäten der Stadtplanung Wien im Zuge der EU-Präsidentschaft Österreichs aktiv. So wurde beispielsweise die englischsprachige Ausführung des Architekturführers „Architektur Wien - 500 Bauten" fertig gestellt, zahlreiche Fachrundfahrten für ausländische Journalisten durchgeführt sowie die mehrsprachige Publikation „24 Stunden in Europa", in der ein europaweiter Städtevergleich durchgeführt wird, herausgegeben.

Im baubehördlichen Bereich der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik lag eine der Hauptaufgaben in der Koordination der Dienststellen MA 35, 36 und 37 zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung der bau- und gewerberechtlichen, feuerpolizeilichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften unter Bedachtnahme auf die Spruchpraxis der zuständigen Berufungsbehörden. Ein Schwerpunkt dabei war die Ausarbeitung bzw. Überarbeitung von Dienstanweisungen.

Zu den Novellierungsentwürfen bei Bundes- und Landesgesetzen (Bauordnung für Wien, Wiener Garagengesetz, Wiener Kleingartengesetz, Wiener Kanalgesetz, Gewerberecht, Arbeitnehmerschutzgesetz, Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung) sowie zu Umweltschutzproblemen im Zusammenhang mit Bauführungen (Abfallwirtschaftsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfung) wurden, ebenso wie zu EU-Richtlinien und ÖNORMen, entsprechende Stellungnahmen ausgearbeitet.

Der Leiter der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik nahm an den Sitzungen der Bauoberbehörde (BOB) und bei der Auswertung der BOB- und Abgabenberufungskommission(ABK)-Entscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das baubehördliche Verfahren in erster Instanz teil.

In den Arbeitsgesprächen Baubehörde - Planung wurden Bauansuchen, die mit den geltenden oder geplanten Bebauungsbestimmungen nicht im Einklang stehen, sowie Großbauvorhaben und besonders schwierige Bauvorhaben einer Entscheidung zugeführt. In Tankstellenbesprechungen wurden Grundlagen für das baubehördliche Verfahren zu Bauansuchen für Tankstellen festgelegt. Weiters wurde h.a. der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu Projekten in baubehördlichen und gewerberechtlichen Belangen beraten sowie in Bauangelegenheiten Vermittlungsversuche bei den Bezirksvorstehern unternommen.

Breiten Raum nahm die Beantwortung von allgemeinen Anfragen baubehördlicher Natur als auch zu einzelnen Bauvorhaben sowohl von Baufirmen und Bauwerbern als auch von den durch die Bauvorhaben betroffenen Bürgern in direktem Wege sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Antwortentwürfen für den Herrn Bürgermeister, Stadträte und Dienststellen der Magistratsdirektion zu Anfragen und Beschwerden im Zusammenhang mit bau- und gewerbetechnischen Angelegenheiten ein. Auch die Kummernummer (40 00-82643) als Hilfestellung für die Bevölkerung in baubehördlichen Angelegenheiten wurde weitergeführt.

Weiters hatte die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik die Federführung bei der 1997

eingerichteten Koordinationsstelle Baubehörde - Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten und arbeitet (ebenfalls federführend) bei der Ausarbeitung eines Vorschlages zur Novellierung des Wiener Garagengesetzes mit.

Auf Initiative und unter Anleitung der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik wird in der MA 37 eine Datenbank mit Zusammenfassungen der wesentlichen Entscheidungen der Bauoberbehörde ausgearbeitet, zu welchen laufend Besprechungen durchgeführt werden.

Die Mitwirkung an Besprechungen zu Abänderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Wohnbau und Stadterneuerung sowie des Kontrollausschusses, die Abstimmung von Themenvorschlägen zur Landesbaudirektorenkonferenz, Gewerbetechnikertagung u.v.a.m. waren ebenfalls Schwerpunkte bei der Arbeit im baubehördlichen Aufgabenbereich der Gruppe.

Im Bereich Umwelttechnik wurde im Rahmen der Koordination der MA 42, 45, 48 und 49 dafür Sorge getragen, dass die Maßnahmen jener technischen Dienststellen, die sich mit der Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung der Umwelt sowie der Ver- und Entsorgung befassen, koordiniert sowie nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Diese Tätigkeit umfasste Wasserbauprojekte, Altlastensanierungen, wasserwirtschaftliche Planungen, Schaffung von Erholungsräumen und Parkanlagen, Stadtreinigung und Abfallwirtschaft sowie nachhaltige Maßnahmen zur Sicherstellung der Quellschutzgebiete. Der Erfüllung dieser Aufgabe diente u.a. die Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen, die Abhaltung von Begehungen und Ortsaugenscheinen sowie die Betreuung und Kontrolle im Rahmen der Geschäfte des Landeshauptmannes.

Für die Budgetperlustrierung wurden die Teilvoranschläge, welche 1998 für 1999 erstellt wurden, aktualisiert, das Gesamtbudget aller Dienststellen für 1998 und 1999 der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination neu erstellt und zur Perlustrierung auf Beamtenebene sowie auf politischer Ebene tabellarisch und grafisch aufbereitet. Seitens der Gruppe wurden nach Erfordernis und Dringlichkeit die Budgetschwerpunkte der Dienststellen erstellt und mit den Abteilungen in verschiedenen Gesprächen abgestimmt.

Abfallbehandlungs- und Entsorgungstechniken wurden einer Beurteilung unterzogen, wodurch Beratungen bei Entsorgungsproblemen ermöglicht wurden. Altlastenerkundungs- und Sanierungstechniken wurden im Zusammenwirken mit Firmen und Fachdienststellen beurteilt und diesbezügliche Anwendungsmöglichkeiten gesucht.

In regelmäßigen Besprechungen mit der Wirtschaftskammer Wien wurden Maßnahmen resultierend aus dem Abfallwirtschaftsgesetz (Verpackungsverordnung usw.), der Immissionsverordnung usw. abgestimmt. Die Verbesserung der Koordination des Geräteeinsatzes bei der Umstellung der MA 49 - Landwirtschaftsbetrieb auf Komposteinsatz mit der MA 48 wurde intensiviert. Betrieben wurde u.a. die Verbesserung der Kompostierung (Kompostanlage Lobau).

Die Erneuerung von betrieblichen Einrichtungen der Dienststellen der Umwelttechnik wurde betrieben. Das Projekt „Dianabad" wurde weitergeführt. Weiters wurden wesentliche Inhalte zur nachhaltigen Sanierung der Alten Donau sowie die Gewässervernetzung Lobau-Donau weiter betrieben.

Mitgewirkt wurde am Kleingartenentsorgungsprogramm im Wege der MA 45. Im Vorstand der ÖGUT, in der Arge Donauländer und der Infrastrukturkommission wurde ebenso mitgearbeitet wie im Arbeitskreis zur Realisierung des Wiener Umweltinformationssystems. Die Gruppe nahm auch an den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Umwelt und Verkehrskoordination teil. Der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes wurde ebenso wie der Bereichsleiter in allen Angelegenheiten der Dezentralisierung beraten und unterstützt.

Im Rahmen des „Know how"-Transfers des Städtebundes für Mitteleuropäische Staaten wurden mehrere Fachseminare (Abfallwirtschaft, Gewässersanierung, Altlastensicherung usw.) durchgeführt.

An der Erstellung eines Schneeabladekonzeptes für Wien, an der Konzipierung und Realisierung eines Abfallwirtschaftskonzeptes sowie bei der Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal wurde seitens der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik maßgeblich mitgewirkt.

Die zügige und planmäßige Umsetzung der neuen Epk-Flächen in den Stadterweiterungsgebieten sowie Maßnahmen zum Austausch der Monokulturen im Quellenschutz wurden überwacht.

Durch das Dezernat 1 erfolgte auch im Jahre 1998, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Koordination der technischen Aufschließungen und deren Finanzierung für geförderte Wohnbauvorhaben der „Stadterweiterung". Der terminliche Ablauf der Planung und Ausführung samt der notwendigen Budgetvorsorge wurde so koordiniert, dass auch die politischen Vorgaben der Fertigstellung zum Besiedelungszeitpunkt in hohem Maße erfüllt werden konnten. Das Ziel, unter anderem die Straßenoberflächen rechtzeitig bis zu den Besiedlungen der Wohnungen fertig zu stellen, konnte bis auf wenige begründete Ausnahmen aufgrund verstärkter Bemühungen und intensiver Terminüberwachung vor Ort gemeinsam mit den zuständigen Projektkoordinatoren erreicht werden. Die kreditführenden Dienststellen wurden dazu angehalten, zeitgerecht die erforderlichen Vorarbeiten und Genehmigungen im Rahmen der budgetierten Budgetansätze für die 1998 festgelegten Planungen und baulichen Herstellungen durchzuführen.

Die Budgetansätze für die einzelnen Stadterweiterungsflächen wurden in Budget- und Bauraten-Kontrollbesprechungen (vierteljährlich) seitens des Dezernates 1 kontrolliert und fallweise dem Bedarf entsprechend umgeschichtet.

Als wesentlicher Zuwachs für 1998 gilt die Stadterweiterungsfläche 11/17 - Gasometer Simmering. Die technischen Infrastrukturerfordernisse wurden erhoben und mit den Überlegungen für den Ausbau des „Erdberger Mais" koordiniert.

Für die Stadterweiterungsfläche 22/35.02 in 22, Mayredergasse/Pfalzgasse, konnte die Finanzierung bezüglich der

technischen Infrastrukturmaßnahmen zwischen der Stadt Wien und dem Bauträger weitgehend abgeklärt und einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden.

Die technischen Erfordernisse zur 200 m langen Überplattung der A 23 - Südost Tangente für die Stadterweiterungsfläche 10/06.02 Laaer-Berg-Straße/Absberggasse wurden abgeklärt. Über bauliche und betriebliche Erhaltungskosten wurde ein Gutachten erstellt. In Besprechungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und in der ASFINAG wurden die Voraussetzungen für den Ankauf von Grundflächen der Autobahn A 23 durch die Wohnpark Laaer-Berg GmbH geschaffen. Die öffentlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie die Verkehrserschließung einschließlich der Verbreiterung der Laaer-Berg-Brücke sind abgeklärt.

Parallel zur technischen Infrastruktur wurden für die zu realisierenden Stadterweiterungsgebiete auch der dazugehörige Grunderwerb für gewidmete Verkehrsflächen unter Beiziehung der Rechtsdienststellen koordiniert, wobei vor allem auf die rechtzeitige Beantragung von Ausbaubeschlüssen geachtet wurde. So konnten z. B. für das Stadterweiterungsgebiet 23/04.01 - „In der Wiesen Nord" aufgrund intensiv geführter Gespräche doch noch die rechtlichen Voraussetzungen für eine rechtzeitige Herstellung eines Profilkanals in der Rösslergasse erwirkt werden.

Im Jahr 1998 wurde die Planung der technischen Infrastruktur für fünf Stadterweiterungsflächen (rund 3.224 Wohnungen) im 10., 11., 21. und 22. Bezirk begonnen bzw. abgeschlossen.

Die technische Infrastruktur als Vorlauf zur Wohnbebauung - 1. Phase (Höhenlage der Verkehrsflächen, Kanäle, Wasserrohre, Verlegung der Fernwärmeleitungen) wurde 1998 für drei Flächen (3.398 Wohnungen) in den Bezirken 10 und 23 koordiniert.

Begleitend mit dem Fortschreiten des Wohnbaues und abgestimmt auf den Zeitpunkt der Besiedelung ist 1998 auf fünf Stadterweiterungsflächen (rund 1.986 Wohnungen in den Bezirken 11, 21, 22 und 23) die 2. Phase der technischen Aufschließung, d.h. Versorgungsleitungen, die öffentliche Beleuchtung, die Verkehrsleiteinrichtungen und der Straßenneubau in Ausführung.

Für sechs Stadterweiterungsflächen (in den Bezirken 10, 11, 21, 22 und 23) konnten im Jahr 1998 die Arbeiten vollständig fertig gestellt werden (Besiedelung schwerpunktsmäßig bis Ende 1998 sowie Ausführung diverser Restarbeiten - rund 5.771 Wohnungen).

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1998 vom Dezernat 1 für 15.519 geförderte Wohnungen auf Stadterweiterungsflächen (einschließlich Nordbahnhof - Teilareal Remise Vorgartenstraße, Marshallhof) die Ablauforganisation, Terminverfolgung und Finanzierung der technischen Infrastruktur koordiniert.

Für Wohnbauten auf Stadtentwicklungsflächen wurden im Jahre 1998 als Grundlage für eine abschließende Beurteilung durch die Infrastrukturkommission für etwa 48 Projekte mit rund 11.600 Wohnungen die notwendigen technischen Erschließungsmaßnahmen bzw. die geschätzten Kosten von der vom Dezernat 1 geleiteten Arbeitsgruppe „Technische Infrastruktur" bekannt gegeben. 1998 wurden im Bereich „Stadtentwicklung" 22 Projekte mit rund 3.186 Wohnungen fertig gestellt; bis Anfang Jänner 1999 befanden sich 63 Wohnbauprojekte mit 18.949 Wohnungen in der Realisierungsphase.

Projektkoordination Nordbahnhof und Güterterminal Inzersdorf:

Nach intensiver Bearbeitung der Sachthemen in den zwölf Arbeitsgruppen sowie der Steuerung und Zusammenfassung der Ergebnisse im Projektteam konnte im März 1998 die Erstfassung des Projekthandbuches für den Projektbereich aufgelegt werden. Das Handbuch enthält ausführliche Projektbeschreibungen der Verbauung des Nordbahnhofgeländes, der Erfordernisse für die Absiedlung der Autobusgarage der WStW - Wiener Linien auf eine Teilfläche des ehemaligen Gaswerkes „Leopoldau" (z. B. Unterführung der Floridsdorfer Hochbahn und Nordbahn im Zuge der Richard-Neutra-Gasse) und der Vorleistungen für die Errichtung des Güterterminals - Inzersdorf der ÖBB. Weiters ist darin die Kostenanalyse zum wertgleichen Tausch einer Teilfläche des Nordbahnhofes der ÖBB mit Flächen der Stadt Wien und des WWFF in Inzersdorf unter der Voraussetzung eines geförderten Wohnbaues (im Nutzungsmix mit 70 % berücksichtigt) auf dieser Teilfläche des Nordbahnhofes dargestellt. Wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Beurteilung war die Abschätzung des Umfanges der Entsorgung von kontaminiertem Bodenmaterial an Hand der von der MA 45 durchgeführten flächendeckenden Bodenerkundung. Das Ergebnis der Kostenanalyse wurde schließlich vom Projektkoordinator schriftlich zusammengefasst. Ein Tausch der Flächen am Nordbahnhof wäre nur bei deutlich niedrigeren als zwischen der Stadt Wien und den ÖBB in der Grundsatzvereinbarung vom 10. Oktober 1996 enthaltenen Kosten für das Bauland für Wien vertretbar. Seit diesem Zeitpunkt sind die ÖBB bestrebt, Teile der Liegenschaft des Nordbahnhofes selbst zu verwerten.

Die Verbauung des Nordbahnhofes entlang der Lassallestraße konnte im Berichtsjahr bis auf den letzten Baublock vor der Radingergasse fortgesetzt werden. Im Anschluss an das Gebäude der Bank Austria wurde 1998 ein Gebäude der Firma Zürich Kosmos fertig gestellt, ein Bauteil der Firma Bauträger Austria Immobilien GmbH, ein multifunktionales Center (mit Hotel, Kinosälen usw.) und ein Bürogebäude sind in Bau. Außerdem wurde auf der zwischen der ehemaligen Straßenbahnremise, der Vorgartenstraße und der Haussteinstraße liegenden Fläche im Berichtsjahr mit dem Bau von rund 600 geförderten Wohnungen durch drei gemeinnützige Bauträger begonnen. In Anpassung an die Errichtung der Objekte werden von der Stadt Wien die technische Infrastruktur und die Straßen hergestellt. Die hiefür erforderlichen Budgetmittel sind im Zentralbudget auf Manualpost 740 bedeckt und wurden einer regelmäßigen Kostenverfolgung und Kontrolle durch die MD-BD, Dezernat 1 unterzogen.

Für die Autobusgarage Vorgartenstraße/Engerthstraße wurden mit den Wiener Verkehrsbetrieben (WVB) detail-

lierte Überlegungen zur Absiedlung angestellt. Auch zur derzeit auf diesem Standort befindlichen Flüssiggas-Tankstelle wurde im Hinblick auf eine mittelfristig mögliche Errichtung von Wohnbauten im Nahbereich das Gefahrenpotential und der Sicherheitsabstand gutachtlich beurteilt. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Reduzierung des Gefahrenpotentials im Zusammenhang mit den o. a. geförderten Wohnungen bei der Haussteinstraße sind in diesem Gutachten enthalten und vom Dezernat 1 den Wiener Verkehrsbetrieben (WVB) schriftlich zur Kenntnis gebracht worden.

Mit einer der Grundvoraussetzungen für die Absiedlung der Autobusgarage nach Leopoldau, nämlich der Errichtung einer guten Anbindung an das Straßennetz, wurde nach Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie (MA 28) begonnen. Nach der vertraglichen Regelung der Kostenbeteiligung durch die ÖBB an der Straßenunterführung der Floridsdorfer Hochbahn und der Nordbahn im Zuge der Richard-Neutra-Gasse war am 18. Mai 1998 Baubeginn für diese Unterführung.

Die Projektkoordination im Bereich Inzersdorf konzentrierte sich auf die Überlegungen der ÖBB zum zweigleisigen Ausbau der Pottendorfer Linie im Abschnitt Inzersdorf Ost -Inzersdorf Metzgerwerke. Für die erforderlichen Brückenbauten über Straßen und den Liesingbach wurden die Kosten abgeschätzt und der Umfang der von den ÖBB zu berücksichtigenden Mindestanforderungen erhoben. Am 29. Dezember 1998 hat das Dezernat 1 dieses Ergebnis den ÖBB schriftlich mitgeteilt.

Projektkoordination der Stadtentwicklung im Bereich „Wien Mitte":

Im April 1998 wurde ein Workshop zur Erfassung des Bearbeitungsumfanges, des momentanen Projektierungsstandes und der Problemkreise abgehalten. Zur optimalen Abwicklung wurden daraufhin mehrere Arbeitsgruppen (Architektonische Gestaltung, räumlich-funktionelle Planung, Projektentwicklung des Urban Entertainment Centers (UEC), Technische Infrastruktur, Terminplanung, Vertrags- und Rechtsfragen) gebildet. Die Steuerung, Erfassung der Ergebnisse und die Festlegung des nächsten Handlungsbedarfes erfolgt in Projektteamsitzungen, die etwa alle zwei Monate stattfinden.

Die Arbeitsgruppen haben inzwischen die Bearbeitung wichtiger und am kritischen Weg befindlicher Themen aufgenommen. Der architektonische Gestaltungsvorschlag der Neuverbauung (Abtrag des bestehenden Objektes bis zur Deckenoberkante über dem Gleisgeschoß der U- und S-Bahn) wurde mehrmals dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung vorgestellt. Eine weit gehende Festlegung der Höhe der einzelnen Bauteile und der Baumassenverteilung konnte erreicht werden. Wesentliche Voraussetzungen zur Durchführung des Umwidmungsverfahrens wurden in der Arbeitsgruppe „Räumlich-funktionelle Planung" abgeklärt.

In der Arbeitsgruppe „Technische Infrastruktur" konnte die Anzahl der Abstellflächen des sich in Wien Mitte befindlichen Autobusbahnhofes erheblich abgemindert und eine für die geplante Verbauung zweckmäßige Anordnung erarbeitet werden. Die bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen wurden erhoben und die Sicherstellung des künftigen Bedarfes abgeklärt. Auch die Anbindung der U- und S-Bahn-Stationen mit dem Verteilergeschoß des UEC ist in Bearbeitung. Weiters konnte die Vollständigkeit der bestehenden Servitutsverträge der U-Bahnlinien 3 und 4 mit den ÖBB erhoben werden. Sie sind für die ÖBB Voraussetzung für den Verkauf der Gesamtfläche „Wien Mitte" an den Bauträger - ARGE Wien Mitte. Für den Projektablauf liegt ein Rahmenterminplan auf. Auch die im Umfeld von „Wien Mitte" gedachten Projekte, z.B. am Areal der Firma Panalpina und nördlich der Marxerbrücke sowie das an Stelle des ehemaligen AEZ in Bau befindliche Hochbauvorhaben (Geschäfte, Büros, 10 Kinosäle), sind bei den Bearbeitungsschritten miteinbezogen.

Projektleitung zur Aufschließung der Donau-City und des Bereiches Marshallhof:

Am 16. September 1998 wurde das erste Bürohochhaus in der Donau-City, der Andromeda-Tower, durch den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien feierlich in Betrieb genommen. Für 350 der rund 1.500 Wohnungen erfolgte am 4. Dezember 1998 die Schlüsselübergabe im Rahmen einer Feier durch den Herrn amtsführenden Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Der Bau der Volksschule mit einem integrierten Kindertagesheim ist weit fortgeschritten. Die Planungen für ein Bankgebäude, eine katholische Kirche, für das Technologiezentrum (Techgate) und ein weiteres Bürogebäude in der Donau-City sind weitgehend fortgeschritten bzw. liegen Baugenehmigungen vor. Begleitend zu den einzelnen Planungs- und Realisierungsschritten der mit hohem technischem Standard ausgerüsteten Objekte wird die technische Infrastruktur und der Ausbau der Fußgeherebene geplant und auch hergestellt. Der Ver- und Entsorgungsbedarf konnte bisher schon vor der Erteilung der Baugenehmigung im Detail abgeklärt werden und gewährleistet dadurch sowohl für die Bauträger als auch für die öffentlichen Ver- und Entsorgungsbetriebe größtmögliche Wirtschaftlichkeit.

In Abstimmung mit der Fertigstellung der Wohnungen und des Andromeda-Towers erfolgte 1998 die Herstellung von Teilen der Fußgeherebene durch die MA 28. Auch die erforderlichen Kunstbauten zur Überwindung des Höhenunterschiedes im Zuge öffentlich gewidmeter Durchgänge zum Donaupark und dem Damm entlang des Entlastungsgerinnes sind nach Ausschreibung und Vergabe im Auftrag der MA 29 in Bau.

Unter Einbeziehung der in der Wirtschaftlichkeitsbesprechung genehmigten Kosten für den Ausbau eines weiteren Teiles der öffentlich gewidmeten Fußgängerebene betragen die Projektkosten mit Stand 31. Dezember 1998 der Donau-City rund 1,051 Milliarden Schilling (rund 76,379 Millionen Euro). Neben Einnahmen in der Höhe von

18,1 Millionen Schilling (rund 1,315 Millionen Euro) konnte im Berichtsjahr auch eine Vorsteuer-Korrektur zu den Kosten der technischen Tunnelausrüstung für den Kaisermühlentunnel in der Höhe von rund 77 Millionen Schilling (rund 5,596 Millionen Euro) abgeklärt werden.

Auch ein Teil der 533 Wohnungen des Wohnparkes Neue Donau (Bereich Überplattung Marshallhof) wurde im Berichtsjahr bezogen. Sowohl für den Wohnbau als auch für das in Bau befindliche Kinocenter - Cineplex (16 Kinosäle) wurde die technische Infrastruktur vorbereitet, budgetiert und hergestellt. Das Projektbudget für den Bereich Marshallhof beträgt rund 418 Millionen Schilling (rund 30,377 Millionen Euro), wobei bis Ende 1998 rund 410 Millionen Schilling (rund 29,796 Millionen Euro) ausgegeben wurden. Durch Übertragung der Überplattung in die MA 28-Erhaltung des hochrangigen Bundesstraßennetzes konnte auch hier eine Vorsteuer-Korrektur geltend gemacht werden.

Sowohl die rechtzeitige Abfolge der von der Stadt Wien und anderen öffentlichen Versorgungsbetrieben zu erbringenden Leistungen, die Erfassung und Aktualisierung aller projektbezogenen Termine, die Erstellung der Budgetentwürfe und der Kostenverfolgung als auch die Festlegung wesentlicher Zielsetzungen wurde in regelmäßig stattfindenden Besprechungen koordiniert.

Die dem Dezernat 2 übertragene Aufgabe der Erfassung und Koordinierung von Infrastruktureinrichtungen der Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und des Gesundheitswesens im Zuge der Stadtentwicklung wurde auch 1998 aufgrund einer Reihe weiterer baulicher Entwicklungen wahrgenommen. Insbesondere bildete die Notwendigkeit, den erforderlichen Bedarf an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur auch unter geänderten finanziellen Rahmenbedingungen vorzusehen, einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt.

Insbesondere im Hinblick auf die verstärkte Orientierung der Wohnbauentwicklung auf innerstädtische Bezirke bzw. dichter bebaute Bezirksteile wurden vom Dezernat 2 im Zusammenhang mit konkreten größeren Wohnbauvorhaben bezirksspezifische Überprüfungen der Aufnahmemöglichkeiten bestehender Einrichtungen der sozialen Infrastruktur mit den Schwerpunkten Kinderbetreuung und Pflichtschulen durchgeführt.

Über die vorangeführten Infrastrukturbereiche hinaus wurden auch die notwendigen Räumlichkeiten/Stützpunkte/Depots zur Versorgung von Entwicklungsgebieten durch die technischen Dienststellen der Stadt Wien erfasst sowie die Koordinierung von Einrichtungen des Bundes (z.B. Polizeiwachzimmer), von Religionsgemeinschaften und Interessensvertretungen (z.B. Ärztekammer, Apothekerkammer) betrieben.

Grundsätzlich war und ist davon auszugehen, dass die infrastrukturelle Versorgung städtebaulicher Neuentwicklungen im Gleichklang mit der Gesamtstadt zu erfolgen hat. Daher wurden 1998 vom Dezernat 2 bereits erarbeitete Berechnungsmodelle zur Bedarfseinschätzung unter Zugrundelegung neuer, relevanter Kennwerte aktualisiert, um insbesondere den Bedarf an Kindertagesheimgruppen und Pflichtschulklassen sowie deren Lastverteilung in den Folgejahren nach der Besiedelung möglichst genau feststellen zu können.

Durch die Verknüpfung mit dem vom Dezernat 2 erarbeiteten Informationssystem (ISSOSTADT) in textlich/tabellarischer Form und durch die ständige Einarbeitung neuer Erhebungsdaten ist die effiziente und periodische Aktualisierung auch der planlichen Darstellung mit höchstmöglicher Genauigkeit gewährleistet.

Bis Jahresende 1998 wurden der Infrastrukturkommission acht aktuelle Übersichtspläne zur Verfügung gestellt, die einerseits die Verortung bereits bestehender infrastruktureller Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Polizeidienststellen und Apotheken sowie andererseits die einzelnen Stadtentwicklungsgebiete und deren jeweilige Bewertungskategorie zum Inhalt haben.

Im Rahmen der Infrastrukturkommission erfolgt die Bewertung von Wohnbauprojekten u.a. unter Zugrundelegung der Investkosten für soziale und technische Infrastrukturerfordernisse. Im Auftrag des Herrn Magistratsdirektors ist nunmehr, insbesondere bei zusätzlichen Erfordernissen der sozialen Infrastruktur, auch verstärkt Bedacht auf entstehende Folgekosten zu nehmen. Aus diesem Grunde erfolgte 1998 durch das Dezernat 2 in Zusammenarbeit mit der MA 11 und der MA 56 eine Untersuchung und Grobeinschätzung der jährlichen Folgekosten für Personal und Betrieb von Kindertagesheimen und Pflichtschulen.

Ebenfalls in der ersten Jahreshälfte 1998 legte das Dezernat 2 der Infrastrukturkommission einen Bericht über die Bestands- und Nachfragesituation betreffend Seniorenwohnheime und Pflegeheime in Wien vor, der im Hinblick auf die künftige demographische Entwicklung dieses Alterssegmentes längerfristig Modifikationen der bisherigen Bedarfsschätzung erwarten lässt.

Mit Jahresende 1998 wurden vom Dezernat 2 im Rahmen der Infrastrukturkommission 343 Projekte unterschiedlichster Größe und stadträumlicher Situation mit 116.636 Wohnungen geführt, wobei der Infrastrukturbedarf sowie die Grobeinschätzung der Invest- und Folgekosten für jene Gebiete, die bereits eine Bewertung erfahren haben, erhoben wurde.

Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung sind 63 Einzelprojekte mit insgesamt 18.949 Wohnungen samt der dazu erforderlichen infrastrukturellen Ausstattung in Bau. Bedingt durch die oft nur in Phasen mögliche Realisierung einer Reihe größerer Stadtentwicklungsgebiete sowie durch eine ständig steigende Zahl kleinerer Projekte im dicht bebauten Stadtgebiet und die dadurch erforderliche laufende Anpassung der jeweiligen Infrastruktur ist die Fortschreibung dieser Aufgabenstellung vorausbestimmt.

Um eine Intensivierung des Zusammenwirkens von mit Grundstücksangelegenheiten befassten Stellen herbeizuführen, erteilte der Magistratsdirektor den Auftrag, eine Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements (KOG) unter Vorsitz des Stadtbaudirektors einzusetzen. Im Hinblick auf die Zielsetzung - Forcierung des

Wirtschafsstandortes Wien - lag der Arbeitsschwerpunkt der Kommission 1998 in der Erstellung eines Betriebsflächenprogrammes. Die dafür erforderlichen Grundlagen wurden 1998 analog zu jenem vom Dezernat 2 bereits erarbeiteten EDV-gestützten Informationssystem (ISSOSTADT) in enger Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV, den Planungsabteilungen, der MA 40, MA 69, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds laufend aktualisiert. Die weitere Aufgabenstellung des Dezernates 2 liegt in der Mitwirkung als Mitglied der KOG, wobei die Ergebnisse der Beratungen in die vom Dezernat 2 wöchentlich durchgeführte Grundstücksbesprechung einfließen.

Seit 1990 wird das „Schulbauprogramm 2000" für städtische Pflichtschulen verfolgt. Seither wurden bis Ende 1998 insgesamt 61 Schulneu-, -zu- und -umbauten fertig gestellt und in Betrieb genommen (davon 24 Schulen in Stadtentwicklungsgebieten). 19 Projekte befinden sich, nach positiver Raumprogrammbesprechung, in Planung und Bauvorbereitung (davon acht Schulen in Stadtentwicklungsgebieten). Für weitere Vorhaben, wobei die Modernisierung bestehender Schulen einen neuen Stellenwert einnimmt, werden derzeit die Grundlagen erarbeitet. Ein wesentliches Kriterium des Schulbaues ist es, die Baufertigstellungstermine zum nächstmöglichen Beginn eines Schuljahres (Stichtag 1. September) exakt einzuhalten, da eine Verzögerung - auch nur um wenige Tage - den Verlust eines ganzen Jahres/Schuljahres zur Folge hätte. Zur Sicherstellung des erforderlichen Grund und Bodens, der Widmung, der Baureifgestaltung sowie der planlichen Umsetzung des Schulbauprogrammes wurden den im Rahmen der Schulbaukommission durchgeführten Bauvorbereitungsbesprechungen und spezifischen Koordinierungen hoher Stellenwert zugemessen.

Im ständigen Aufgabenbereich des Dezernates 2 wurden auch 1998 zu beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen für Neu-, Zu- und Umbauten Raumprogrammvorbesprechungen abgehalten sowie die Organisation und Protokollführung aller Raumprogrammbesprechungen unter Vorsitz des Stadtbaudirektors wahrgenommen.

Gemeinsam mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund wurde 1998 an Ergänzungen des Planungshandbuches für Krankenhäuser und Pflegeheime im Wirkungsbereich des Krankenanstaltenverbundes mitgearbeitet. Im Jahre 1998 konnte ein erheblicher Teil der eingereichten Raumprogramme im Rahmen von Raumprogrammvorbesprechungen als Standardraumprogramme im Grundsatz anerkannt werden.

Im Rahmen der inhaltlichen Betreuung und Koordinierung der in den Stadterneuerungsgebieten des 2., 3., 5., 6./7., 10., 11., 12., 15., 16., 17./18. und 20. Bezirkes tätigen Gebietsbetreuungen sowie der im gesamten Stadtgebiet tätigen mobilen Gebietsbetreuung durch das Dezernat 2 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 1998 bei der Betreuung von Problem- bzw. Spekulationshäusern sowie in der Entwicklung von Verbesserungskonzepten für das Wohnumfeld.

Auf Initiative des Dezernates 2 wurde 1998 die gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien und dem Wirtschaftsförderungsinstitut eingeleitete Aktion zur Sicherung der Geschäftsstruktur in ausgewählten Geschäftsstraßen in den Stadterneuerungsgebieten weitergeführt. Die Erhebung der Basisdaten (leer stehende Lokale, Gebäudezustandsanalysen, Branchenmix) erfolgte, wie die Entwicklung von spezifischen Konzepten zur Verbesserung der Geschäftsstraßenstrukturen, durch die Gebietsbetreuungen.

Durch die von der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung eingeleitete Initiative zur „Inneren Stadtentwicklung" ergab sich für die Gebietsbetreuungen 1998 ein neues Aufgabengebiet.

Um zu vermeiden, dass durch Wohnungsneubauten im gewachsenen Stadtgebiet monofunktionale Strukturen entstehen, wurden die Gebietsbetreuungen auf Anregung des Dezernates 2 als Moderatoren zwischen den insgesamt rund 40 im Rahmen der Initiative aktiven Bauträgern und den regionalen Interessensträgern in den Bezirken eingesetzt.

In regelmäßig stattfindenden Abstimmungsgesprächen mit der MA 25, den einzelnen Gebietsbetreuungen und den jeweiligen Bezirksvertretungen wurden die bezirksspezifischen Arbeitsschwerpunkte festgelegt und weiterverfolgt.

Der technische Erneuerungsbedarf bei Einbauten und Straßenoberflächen in Geschäftsstraßen ist als wirtschaftlicher Impuls für gestalterisch hochwertige Oberflächenprojekte und der damit einhergehenden Attraktivierung zu nutzen. Dabei übt das Dezernat 2 eine Koordinierungsfunktion zwischen den Magistratsdienststellen, der Wirtschaftskammer Wien und den Geschäftsleuten aus. Im Sinne der politischen Zielsetzung - Sicherung und Ausbau des Wirtschaftsstandortes Wien - bzw. zur Erhaltung der gemischten Strukturen sowie zur Sicherung der Nahversorgung in den Stadterneuerungsgebieten wird diese Aufgabenstellung auch künftig zu verfolgen sein.

Im Rahmen der liegenschaftsübergreifend wirksamen Blocksanierung wurden gemeinsam mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) bis Ende 1998 insgesamt 62 Blocksanierungsgebiete ausgewählt, wobei 15 von Gebietsbetreuungen und 47 von Auftragnehmern des WSBF (Blocksanierungsbeauftragte) in Bearbeitung stehen.

Im Zusammenhang mit möglichen Zusatzförderungen aus der EU-Gemeinschaftsinitiative „URBAN" wurden 1998 die schwerpunktmäßigen Blocksanierungsaktivitäten im Westgürtelbereich weitergeführt.

Im Rahmen regelmäßig stattfindender „Jour Fixe-Besprechungen" erfolgt laufend die erforderliche Abstimmung der Blocksanierungskonzepte mit der Stadtplanung und der Baupolizei. Im Zuge der Ansuchen um Blocksonderförderungsmittel an den WBSF wurden vom Dezernat 2 insgesamt 23 Gutachten zur Blockauswahl sowie zu den städtebaulichen Zielsetzungen ausgearbeitet bzw. abgegeben.

Im Jahre 1998 erging der Auftrag der Wiener Stadtregierung, einen umsetzungsorientierten „Strategieplan für Wien zu entwickeln. Das Dezernat 2 wurde dabei mit der Leitung der Arbeitsgruppe „Stadterneuerung, Wohnen und Integration" betraut. In acht Arbeitsgruppenklausuren mit insgesamt 24 internen und externen Experten

wurde ein Strategiepapier entwickelt, welches im Jahr 1999 im Rahmen des Strategieplanes für Wien der Stadtregierung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Im Auftrag des Herrn Bürgermeisters wurde seitens des Dezernates 2 eine laufende Überprüfung der Möglichkeit einer „Höherwertigen Nutzung städtischer Liegenschaften" durchgeführt. Diese Aufgabenstellung wird durch die Untersuchungen betreffend die Nachnutzung aufzulassender Krankenhausareale erweitert. Derzeit werden vier Standorte in Zusammenarbeit mit den betreffenden Dienststellen und der Stadtplanung untersucht. Die Fortschreibung dieser Aufgabenstellung ist demzufolge vorausbestimmt.

Für die zügige Umsetzung des Wiener Garagenprogrammes ist es notwendig, ergänzende organisatorische Maßnahmen zu setzen. Einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt stellt dabei die systematische Erfassung der vorhandenen und projektierten Garagen dar. Um diese Arbeitsschwerpunkte effizienter bewältigen zu können, wurde vom Dezernat 2 das Wiener Garageninformationssystem (GARIS) entwickelt, das

- zur Information über die bestehenden und geplanten Wiener Garagen dient,
- Veränderungen der Stellplatzauslastung aufgrund der bestehenden und neuen Stadtgebiete mit Parkraumbewirtschaftung aufzeigt,
- die grafische Darstellung der Auswirkungen von geplanten Garagenstandorten auf den Auslastungsgrad der Parkplätze im öffentlichen Straßenraum ermöglicht und
- die Terminverfolgung von geplanten Garagenstandorten gewährleistet.

Unter Bedachtnahme auf verkehrspolitische Notwendigkeiten und des entwicklungsbedingt gestiegenen Interesses für neue gewerblich geführte Garagen arbeitet der Magistrat an einem Garagenprogramm für Wien. Im Zuge dieses Programmes werden vom Dezernat 2 zeitlich beschränkte Planungsoptionen an private Garagenwerber vergeben. 1998 wurden acht gewerbliche Garagen mit insgesamt rund 2.200 Stellplätzen fertig gestellt. 1998 wurden acht Garagenstandorte mit 1.680 Stellplätzen privater Garagenerrichter und -betreiber bis zur Baureife vorbereitet. Die für diese Standorte erforderlichen Baurechts- bzw. Servitutsverträge sollen dem Wiener Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die für den zügigen Projektsablauf notwendige Koordinierungsfunktion zwischen Magistrat, Bezirk und Garagenwerber obliegt dem Dezernat 2.

Um ein entsprechend abgestimmtes Vorgehen bzw. Zusammenarbeiten aller Betroffenen zu gewährleisten, wurde die Arbeitsgemeinschaft Kooperatives Parkraummanagement (ARGE-KPM) gegründet. In diesem Arbeitskreis sind gewerbliche Garagenerrichter, Garagenbetreiber, die Wirtschaftskammer Wien, ARBÖ und ÖAMTC sowie Fachleute des Magistrates vertreten. Die Leitung und Koordinierung dieses Arbeitskreises erfolgt durch das Dezernat 2.

Um der Bevölkerung umfassende Informationen über gewerbliche Garagen zu bieten, wurde gemeinsam mit der Wiener Handelskammer und den gewerblichen Garagenbetreibern die Broschüre „Parken in Wien" erarbeitet und 1998 laufend aktualisiert.

Die Bewirtschaftung des städtischen Parkraumes hängt unmittelbar mit dem Ausbau eines wirksamen Park & Ride-Netzes zusammen. Entlang des U-Bahn- und S-Bahnnetzes sollen in den nächsten fünf Jahren etwa 3.000 zusätzliche Stellplätze realisiert werden. Die dafür erforderliche Koordinationstätigkeit wird zentral durch das Dezernat 2 wahrgenommen.

Im Rahmen der Grundstücksbesprechungen, die vom Dezernat 2 wöchentlich zusammen mit den Planungsdienststellen, dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der MA 4, MA 24, MA 40, MA 69 u.a., durchgeführt werden, wird über Liegenschaften, die der Stadt Wien zum Kauf angeboten wurden oder deren Verkauf von der Stadt Wien beabsichtigt war, beraten. Dabei gilt es, unterschiedliche Verwertungsziele der Besprechungsteilnehmer abzuwägen und diese mit den Zielen der Stadtplanung abzustimmen. Im Hinblick auf die Fortschreitung der inneren Stadtentwicklung und Stadterneuerung, der nunmehr verstärkt einsetzenden Orientierung der Wohnbauentwicklung auf innerstädtische Bereiche und dem damit verbundenen Flächenbedarf kommt diesen Abstimmungsgesprächen erhöhte Bedeutung zu.

Im Rahmen der schwerpunktmäßig 1998 von Externen durchgeführten Organisationsuntersuchung des Bereiches 3 - Stadtbaudirektion und Technik wurden die dafür konzipierten Erfassungsmasken der Organisationseinheit vom Dezernat 2 bearbeitet.

Weitere Aufgabenstellungen lagen in der Mitwirkung bei Standortbeurteilungen im Zuge von Genehmigungsverfahen (z. B. Apotheken) und - in Abstimmung mit den jeweiligen Dienststellen - in der Erarbeitung von Stellungnahmen und Antwortentwürfen zu Anfragen verschiedener Geschäftsgruppen und zu Anträgen von Bezirksvertretungen sowie in der Teilnahme an einer Reihe von Arbeitskreisen, Fachtagungen und Kongressen.

Mit Erlass MD-331-3/98 vom 2. Juni 1998 wurde im Dezernat 2 die Leitstelle „Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" eingerichtet. Zielsetzung ist, den Aspekten der Alltagstauglichkeit und Sicherheit im Städtebau sowie bei der Planung und Realisierung von Gebäuden und öffentlichen Räumen verstärkt Rechnung zu tragen.

Die Leitstelle begutachtet alle um Wohnbauförderung eingereichten Neubauvorhaben im Rahmen des Dienststellengesprächs für den Grundstücksbeirat des WBSF und der Jury der Bauträgerwettbewerbe. 39 Projekte (mit rund 2.600 Wohnungen) wurden beurteilt und Bauträger bezüglich der Umsetzung der Planungsempfehlungen bei Neuvorlagen beraten.

In Ergänzung der Vorbereitung der Sanierung der städtischen Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk" wurde ein Sicherheitskonzept erarbeitet, wobei die Erfahrungen aus einem Sicherheitsworkshop im Olof-Palme-Hof und aus der Sanierung Rennbahnweg eingeflossen sind. Auch für die 1. Stufe des Bauträgerwettbewerbes 10, Favoriten-

straße/Katharinengasse (ehemalige Schmidt-Stahl-Werke), wurde das Thema Sicherheit für die konzeptionelle Bearbeitung eingebracht. Die Leitstelle ist in die Erarbeitung einer europäischen Sicherheitsnorm eingebunden.

Die bei der „Frauen-Werk-Stadt" aus der Umsetzung eines frauengerechten Wohnbaues gewonnenen Erfahrungen stoßen auf großes Interesse, wobei die fachliche Öffentlichkeitsarbeit durch die Leitstelle erfolgt. An der Evaluierung dieses Modellprojektes im Auftrag der MA 57 wurde mitgearbeitet. Die Leitstelle übernahm die Koordination der Finanzierung und Einrichtung des Kommunikationszentrums.

Die Erstellung eines ersten Anforderungskataloges für eine frauengerechte Stadterneuerung erfolgte im Rahmen des Blocksanierungskonzeptes 17, Gschwandnergasse - 1. Stufe. Die Möglichkeit der Hebung der Alltagsqualität und der Wohnumfeldverbesserung bei der Sanierung von Wohnhausanlagen wurde exemplarisch an vier städtischen Anlagen gezeigt, wo erhebliche Strukturverbesserungen durch den Einsatz von Blocksonderfördermittel erzielt wurden.

Die Leitstelle war in die generelle Planung der U1-Verlängerung eingebunden sowie in die Erstellung einer Studie der MA 18 über einen umfassenden Mobilitätsbegriff in einem Gebiet im 20. Bezirk. Über den verkehrspolitischen Stellenwert der Fußgänger/innen wurde bei der Tagung „Internationale Tage für nachhaltige Stadtverkehrsentwicklung" in Linz referiert. Auch wurde eine Übersicht über in- und ausländische Modellprojekte frauengerechten Planens und Bauens zusammengestellt.

Das Dezernat 3 war wie bereits in den Vorjahren besonders intensiv mit dem Themenkreis „Europäische Union" befasst. Durch die Mitgliedschaft Österreichs in der EU sind der EGKS-, der EG-, der Euratom- sowie der EU-Vertrag als auch die vor dem Beitritt Österreichs erlassenen Rechtsakte der Organe der EU verbindlich. Für einzelne Bereiche (z.B. freier Warenverkehr, Wettbewerbspolitik) konnten bei den Beitrittsverhandlungen Sonderregelungen (Ausnahme- und Übergangsbestimmungen) vereinbart werden. Das Gemeinschaftsrecht der EU, der acquis communautaire, wurde übernommen. Die österreichischen Gesetze und Normen sind nun Zug um Zug an die EU-Rechtsvorschriften anzugleichen.

Durch den Beitritt zur EU hat Österreich ohne jegliche Diskriminierung Zutritt zum Binnenmarkt. Der Abbau technischer Handelshemmnisse sowie die Harmonisierung technischer Normen in der EU bewirkt, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Produkte nach vergleichbaren, auf einer gemeinsamen Basis erstellten gesetzlichen Vorschriften und einheitlichen technischen Regeln hergestellt, beurteilt sowie in Verkehr gebracht werden dürfen. Die gemeinsame Basis stellen die EU-Richtlinien dar, die in den Mitgliedstaaten in innerstaatliches Recht umzusetzen sind. Dies hat in Österreich aufgrund der Kompetenzverteilung sowohl durch den Bund als auch durch die Länder zu erfolgen. Beispiele aus dem technischen Bereich, in denen in der gleichen Sache sowohl der Bund als auch die Länder Maßnahmen zu setzen haben, sind etwa die „Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Bauprodukte (Bauproduktenrichtlinie)", die „Richtlinie über Aufzüge", die „Richtlinie über den kombinierten Verkehr" oder die „Richtlinie betreffend die Ermittlung des Geräuschemissionspegels von Baumaschinen und Baugeräten".

Überlegungen mussten nicht nur zu legistischen Maßnahmen im Zuge der Rechtsumsetzung technischer Vorschriften der EU, sondern vor allem auch zu Fragen der Vollziehung angestellt werden. Beispielsweise ergeben sich aus der Bauproduktenrichtlinie eine Reihe von Verpflichtungen des einzelnen Mitgliedstaates, denen in Österreich nur alle Bundesländer gemeinsam, fallweise sogar auch noch gemeinsam mit dem Bund, nachkommen können. So sind etwa der EU-Kommission die vom Mitgliedstaat zugelassenen Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen, denen wesentliche Aufgaben im Rahmen der Vollziehung zukommen, namhaft zu machen; umgekehrt werden von der EU-Kommission solche Stellen anderer Mitgliedstaaten bekannt gegeben, deren Prüfbericht, Zertifikate usw. in Österreich anzuerkennen sind.

Im Rahmen der EU muss die EU-Kommission schon bevor ein Mitgliedstaat Gesetze, Vorschriften usw. für den technischen Bereich erlässt, davon in Kenntnis gesetzt werden. Daher besteht für die Mitgliedstaaten die Notifizierungspflicht für jeden Entwurf einer technischen Vorschrift, damit ein eventuelles technisches Handelshemmnis beseitigt und europäisches Recht erfüllt werden kann. Wobei unter technischen Vorschriften u.a. Rechts- oder Verwaltungsvorschriften, die auf technische Spezifikationen verweisen, zu verstehen sind.

Das Notifizierungsverfahren ist in der „Richtlinie des Rates über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften" geregelt, die 1996 durch das Notifikationsgesetz des Bundes umgesetzt wurde. Durch das Land Wien erfolgte die Umsetzung durch das Wiener Notifizierungsgesetz. Die Mitgliedstaaten der EU werden durch die Europäische Kommission von den übermittelten Entwürfen unterrichtet. Sie haben die Möglichkeit, sich innerhalb einer festgesetzten Frist dazu zu äußern und zu den geplanten technischen Vorschriften usw. Stellung zu nehmen. Das Dezernat 3 koordiniert die diesbezüglichen Stellungnahmen der technischen Dienststellen, die in der Folge zur Wahrung der Interessen des Landes Wien an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt und in einer gesamtösterreichischen Stellungnahme berücksichtigt werden, die der EU-Kommission zugesendet wird. Als Ansprechpartner für fachspezifische EU-Fragen wurde der Leiter des Dezernates 3 zum EU-Referenten der MD-Stadtbaudirektion bestellt.

Im Hinblick auf die bevorstehende europäische Währungsunion wurde seitens des Magistrates die „Projektkoordination Euro" gegründet, um auf die mit der Einführung des Euro einhergehenden Veränderungen optimal vorbereitet zu sein und um die notwendigen Vorbereitungsarbeiten der Dienststellen zu koordinieren. Die in den einzelnen Bereichen des Magistrates auftretenden unterschiedlichsten Problematiken werden in fünf Arbeitsgruppen behandelt. Das Dezernat 3 vertritt die technischen Dienststellen in der Arbeitsgruppe Verwaltung. Im Rahmen der Arbeitsgrup-

pe werden u.a. alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Handlungen der Stadt Wien analysiert sowie Lösungsvorschläge für generell auftretende Fragen wie die Gestaltung von Bescheiden bzw. Verträgen usw. erarbeitet. Das Dezernat 3 ist hier insbesondere mit der Problematik der entsprechenden Anpassung von Verträgen im technischen Bereich befasst. Eine Mitarbeiterin des Dezernates 3 wurde als Euro-Beauftragte der MD-Stadtbaudirektion nominiert.

Mit der Entschließung des EG-Rates über den „new approach" im Jahre 1985 konnte ein neues Konzept zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse verwirklicht werden. Die EG ging in verstärktem Maß auf die Rechtssetzung mit Normenverweis über; die EG-Richtlinien im Bereich der Technik legen daher nur mehr wesentliche grundlegende Anforderungen fest, während technische Detailregelungen in den harmonisierten europäischen Normen erfolgen. Somit kommt auch der europäischen Normungsarbeit große Bedeutung zu. Diese Normen sind von den europäischen Normungsinstituten CEN, CENELEC und ETSI auszuarbeiten. Da das Österreichische Normungsinstitut Mitglied bei den europäischen Normungsinstituten ist, ist es berechtigt und verpflichtet, an der Erstellung von europäischen Normen mitzuarbeiten und muss diese in der Folge als österreichische Normen übernehmen. Im Rahmen dieser Mitarbeit an der europäischen Normung können vom Österreichischen Normungsinstitut Delegierte der Fachnormenausschüsse (FNA) zu den Technischen Komitees (TC) entsandt werden. Der zu CEN delegierte Mitarbeiter eines Fachnormenausschusses hat dort die Fachmeinung des FNA's zu vertreten und möglichst schon im Stadium der Ausarbeitung einer europäischen Norm die österreichischen Interessen einzubringen. An die Delegierten werden hohe fachliche und fremdsprachliche Anforderungen gestellt. Die Koordinierung der technischen Delegierten obliegt dem Dezernat 3 der Stadtbaudirektion, dem von den Delegierten auch ein jährlicher Bericht über die Tätigkeit in den FNA's und TC's vorzulegen ist.

Zum Jahresende 1998 waren 155 Mitarbeiter des technischen Bereiches der Stadt Wien in insgesamt 297 Fachnormenausschüssen, Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen tätig, wobei zahlreiche Bedienstete in mehrere Ausschüsse delegiert sind. Darüber hinaus vertraten fünf Mitarbeiter als Delegierte die jeweiligen Fachausschüsse des Österreichischen Normungsinstitutes bei den entsprechen TC's bzw. Arbeitsgruppen (WG) der europäischen Normungsinstitute, weiters waren zwei Mitarbeiter in den TC's des Internationalen Normungsinstitutes (ISO) tätig. Die Sitzungen beider Normungsorganisationen fanden fast ausschließlich im Ausland statt.

Zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN wurden die von den Fachabteilungen des technischen Bereiches abgegebenen Stellungnahmen seitens des Dezernates 3 zusammengefasst und nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen. Ebenso wurden die Stellungnahmen der technischen Dienststellen zu Entwürfen von ÖVGW-Richtlinien koordiniert und an die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach weitergeleitet. Zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Landes Wien wurden gegebenenfalls unter Einbeziehung anderer Dienststellen des technischen Bereiches Stellungnahmen zu Novellierungsentwürfen ausgearbeitet. Weiters wurden vom Dezernat 3 die Stellungnahmen der technischen Dienststellen im Rahmen von Länderumfragen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes koordiniert. Auch an den Stadtbaudirektor herangetragene Einzelprobleme wurden behandelt und einer Erledigung zugeführt oder Erledigungsvorschläge vorgelegt.

Hinsichtlich der Anfragen zu Ansuchen zu Vereinsbildungen, die den technischen Bereich betreffen, wurden die betroffenen Fachdienststellen wie bisher davon in Kenntnis gesetzt und etwaige Einwendungen an die MA 62 weitergeleitet.

Bis Juli 1998 hatte das Dezernat 3 auch die verschiedenen Mitgliedschaften der technischen Dienststellen bei Vereinen und Institutionen im In- und Ausland zu koordinieren. Die dabei nominierten Vertreter der technischen Dienststellen werden nach wie vor durch das Dezernat 3 evident gehalten. Der dazu verwendete, in elektronischer Form vorliegende vom Dezernat 3 erstellte Delegiertenkataster konnte fertig gestellt werden und wurde bereits zur Aufnahme ins Datenverarbeitungsregister angemeldet.

Im Frühjahr 1998 wurde von der Wiener Stadtregierung die Entwicklung eines Strategieplanes für Wien beschlossen, dessen Ziel die Koordination und Integration der verschiedenen Leitbilder, Leitlinien, Maßnahmenprogramme und Projekte für Wien ist. Eine Mitarbeiterin des Dezernates 3 nahm am Magistratsforum-Plenum „Strategieplan für Wien" teil.

Im Jahr 1998 wurde vom Dezernat 3 die Diensteinteilung für 4.015 Theateraufsichts-, Reserve- und Permanenzdienste vorgenommen. Für die im Jahre 1998 Dienst habenden 58 Permanenzingenieure(innen) wurden in Form von rund 85 Zusendungen und der Zurverfügungstellung von Austauschblättern für die Instruktion aktuelle Informationen übermittelt. Die Einteilung des technischen Aufsichtsdienstes und des Permanenzdienstes wurde ebenfalls vom Dezernat 3 wahrgenommen. Für den technischen Aufsichtsdienst waren insgesamt 70 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des höheren technischen Dienstes eingeteilt. Weiters wurden die Einsätze der Permanenzingenieure(innen) regelmäßig überprüft, um eine optimale Vorgangsweise gewährleisten zu können. Auch die Zusammenarbeit und Koordinierung mit dem juristischen Permanenzdienst sowie die Schulung und Prüfung von zwölf neuen Permanenzingenieuren(innen) erfolgte durch das Dezernat 3.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Dezernates 3 liegt in der Abnahme von Befähigungsprüfungen. Im Jahr 1998 wurden insgesamt 329 Befähigungsprüfungen abgenommen. Bei den Meisterprüfungen für das Baugewerbe erhielten 49 von insgesamt 76 Kandidaten das Befähigungszeugnis. Die Ziviltechnikerprüfung bestanden 138 der 146 angetretenen Kandidaten. Im Laufe des Jahres 1998 wurden 71 Ziviltechniker vereidigt.

Die Stadtbaudirektion, vertreten durch das Dezernat 3, nimmt an Einstellgesprächen für Bedienstete des höheren

technischen Dienstes der Verwendungsgruppe A in der MD-Personaldirektion teil. Weiters stellte das Dezernat 3, stellvertretend für den technischen Bereich der Stadt Wien, ein Jurymitglied zur Bewertung von Projektarbeiten, die im Rahmen des 1998 erstmals von der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie durchgeführten Wettbewerbs für ausgezeichnete Dienstprüfungsabsolvent/innen eingereicht wurden.

Im Bereich des Verdingungswesens ist als eines der wesentlichsten Aufgabengebiete des Dezernates 4 die sachliche Beurteilung der Vergabeanträge über der jeweiligen Abteilungsleiterkompetenz der technischen Dienststellen hinsichtlich der Qualifikation der Bieter, der Angemessenheit der Preise und der Übereinstimmung der Angebote mit den Ausschreibungsbestimmungen zu nennen.

Auf Wunsch der MA 17, des Wiener Krankenanstaltenverbundes und des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wurde das Dezernat 4 auch wieder zu Prüftätigkeiten von Angeboten herangezogen, die nicht „direkt" von der Stadt Wien beauftragt wurden.

Neben der Beratungstätigkeit für alle Dienststellen in Verdingungsfragen wurden auch zwei Arbeitsbehelfe „A 4 - Aktuelles zum Verdingungswesen" herausgegeben.

Die Überprüfung von freihändigen Vergaben schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote von Ziviltechnikern, die Verhandlungen über diverse Service-Stundensätze, wobei im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der Direktion Technik und Bauten des Wiener Krankenanstaltenverbundes auch Stundensätze diverser Spezialfirmen, welche im Bereich der dem KAV zugeordneten Spitäler eingesetzt werden, bearbeitet wurden, die Verhandlungen in zweiter Instanz bei Unstimmigkeiten mit den Auftragnehmern, die Beurteilung von Bauzeitverlängerungen und Pönalen, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Vertragsauslegungen usw. wurden vom Dezernat 4 erledigt.

Die beabsichtigte Wahl von beschränkten Ausschreibungen bzw. freihändigen Vergaben durch die Dienststellen des technischen Bereiches wurde auch im Berichtszeitraum einer vertieften Prüfung unterzogen. Durch begründete Ablehnung dieser beabsichtigten Wettbewerbseinengungen konnte - letzten Endes im Einvernehmen mit den jeweiligen Abteilungen - die Zahl der beschränkten Ausschreibungen und der freihändigen Vergaben gering gehalten werden. Der allgemeinen Forderung nach dem Primat der öffentlichen Ausschreibung konnte somit Rechnung getragen werden. Dadurch konnten der Stadt Wien erhebliche wirtschaftliche Vorteile verschafft werden, deren genaue Erfassung jedoch nicht möglich ist.

Das Instrumentarium „Preisspeicher" wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen im Sinne der Dezentralisierung weiterentwickelt, um spezifische und/oder allgemeine Positionspreise zu bekommen, die dann Grundlage für Kostenschätzungen, Preisvergleiche bzw. Überprüfung von Preisentwicklungen bilden.

Als Grundlage für die Bearbeitung von Anträgen der Auftragnehmer auf Preisumrechnungen wurden 1998 Tarife, Kollektivvertragslöhne, Lohnempfehlungen sowie Indices und objektsbezogene Baustoffinformationen samt deren Veränderungen evident gehalten. Die Feststellung der Preisgrundlagen bei Vergaben zu veränderlichen Preisen wurden im Einvernehmen mit den ausschreibenden Dienststellen geschaffen. Für die MA 17 und 28 wurden nichtobjektbezogene Warenkörbe entwickelt und verwaltet.

Für die Preisgleitung von Kontrahentenaufträgen wurden jährlich erstellte Listen an die Dienststellen versandt. Ergänzend dazu besteht für alle Dienststellen die Möglichkeit, die Daten (Indices und Kontrahentenpreisveränderungen) online abzufragen.

Die Umsetzung der Dezentralisierung der Preisumrechnung auf EDV-Basis in den Dienststellen des technischen Bereiches wurde 1998 abgeschlossen. Dieser ISBA-Baustein steht den Anwendern nicht nur für künftige, sondern auch für laufende Bauvorhaben zur Verfügung. Dem Ersuchen der MA 17 auf Einbindung in die Preisumrechnung dezentral wurde nachgekommen.

Im Beratungsgremium zur Durchführung von Preisberichtigungen der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen vertritt das Dezernat 4 die Interessen der Stadt Wien und hat durch diese Mitwirkung wesentlichen Anteil an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse. Weiters wirkt das Dezernat 4 bei der Entwicklung von Preisgleitformeln in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaftskammer und anderen öffentlichen Auftraggebern mit.

Das Dezernat 4 ist in mehreren Fachnormenausschüssen, Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten, wobei die Mitarbeit im Fachnormenausschuss 018-Vergabewesen und im Fachnormenausschuss-015 Verdingungswesen einen sehr wesentlichen Anteil beinhaltet hat.

Für die Dienstprüfung der Bediensteten der Verwendungsgruppen A und B sowie für die Dienstprüfung der technischen Bediensteten der Verwendungsgruppen C und D oblag es dem Dezernat 4, die Bediensteten mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie der Baupreisprüfung und der Kalkulation vertraut zu machen.

Weiterhin in Bearbeitung standen auch 1998 die Entwürfe einer Neufassung der Vergaberichtlinien unterhalb der EU-Schwellenwerte, Durchführungsbestimmungen der MD-Stadtbaudirektion zu diesen Vergaberichtlinien und der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Leistungen und Bauleistungen. Ferner wurde an der Novellierung des Wiener Landesvergabegesetzes mitgearbeitet.

Vom Dezernat 4 wurde nach Länderberatungen an den Verhandlungen mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für die Valorisierung der Zeitgrundgebühr und Honorarindices für Planungen im Straßenbau an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse mitgewirkt.

Vom Dezernat 5 wurden über Auftrag von amtsführenden Stadträten oder über Ersuchen anderer Dienststellen der Magistratsdirektion Einzelprobleme behandelt sowie Verbesserungsvorschläge geprüft, zu durchlaufenden Akten

Stellungnahmen verfasst und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Gesetzentwürfe wurden begutachtet, bestehende Erlässe des Stadtbaudirektors wurden überarbeitet, neue Erlässe ausgearbeitet und in die über das Intranet verfügbare Datenbank aufgenommen.

Desweiteren wurde an Organisationsänderungen von Verwaltungsvorgängen in Dienststellen des technischen Bereichs und in der MD-Stadtbaudirektion selbst mitgewirkt bzw. wurden diese Maßnahmen teilweise federführend betrieben. Für jenen die MD-Stadtbaudirektion betreffenden Teil der „Umfassenden Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien" wurde eine Ist-Analyse für das Dezernat 5 erstellt. Weiters wurde der Abschlussbericht einer Analyse bezüglich neuer Organisationsformen in den MA 30, 31 und 45 im Rahmen eines vom Dezernat 5 der MD-Stadtbaudirektion geleiteten Arbeitskreises erstellt.

Die Anforderungen der Dienststellen des technischen Bereiches für den Systemisierungsplan für Datenverarbeitungsanlagen wurden für die Unterkommission der beratenden EDV-Kommission vorgeprüft und dabei allenfalls erforderliche organisatorische Maßnahmen mit den Dienststellen erörtert und realisiert. Die EDV-technischen Anforderungen der Dienststellen des technischen Bereiches wurden koordiniert und in einzelnen konkreten Fällen den Dienststellen fachliche Unterstützung geboten.

Unter der Federführung des Dezernates 5 wurde ein „Pilotprojekt Umweltmanagementsystem Amtshaus" (PUMA) am Beispiel des Gebäudes 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, mit Unterstützung der Wiener Umweltanwaltschaft in einem Projektteam, an dem die im Gebäude untergebrachten Dienststellen, die MD-BD, Gruppe Hochbau und Haustechnik, die mit der Erhaltung des Gebäudes befassten Personen sowie Fachleute für spezielle Belange teilgenommen haben, abgewickelt. Ziel des Pilotprojektes ist es, an Hand eines praktischen Beispieles zu prüfen und festzustellen, ob die Methoden des Umweltmanagements auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden können. Im Jahre 1998 wurde der Abschlussbericht verfasst und dem Herrn Magistratsdirektor berichtet. Es wurde einer Fortführung des ursprünglich auf ein Jahr befristeten Projektes zugestimmt. Zudem soll es im Schneeballprinzip auf vier weitere Projekte ausgeweitet werden.

In der Funktion als Abstimmungsinstanz zwischen den technischen Fachdienststellen und der MA 14 wurden Änderungswünsche und Erweiterungen zum bestehenden Programm „Informationssystem Bauen" gesammelt, nach Prioritätenzuordnung entwickelt und zur Verfügung gestellt. Das „Informationssystem Bauen" soll dem Sachbearbeiter in der Dienststelle in einem magistratsweit einheitlichen Bild unter der Einhaltung des in den Programmen integrierten Weisungs- und Normenstandes sowie abgestimmten Rechenregeln einen unmittelbaren Zugang zu Funktionen und Daten bieten, Verbindungen von Daten ermöglichen und die geforderte Sicherheit gegen unberechtigten Zugriff über alle Bereiche des Bauens, von der Planung, Budgetplanung, Auftragsabwicklung, Kostenverfolgung bis zur Baumassenabrechnung gewährleisten.

In Arbeitskreisen wurde die Entwicklung für die Bereiche ISBA - Allgemeine Auswertungen (Koordination diverser Auswertungen für die technischen Dienststellen, das Kontrollamt, die Wiener Stadtwerke und den Wiener Krankenanstaltenverbund) sowie „Zentrale Auswahl", „Schriftverkehr" und „Vergabe mit Kreditverwaltung", neben den laufenden Abnahmetests fortgesetzt, zum Teil neu begonnen, weitergeführt und abgeschlossen.

Von den 44 abgespeicherten standardisierten Leistungsbeschreibungen (LB) wurden im Einvernehmen mit den Anwendern sechs Leistungsbeschreibungen den aktuellen Erfordernissen angepasst und zwei neue standardisierte Leistungsbeschreibungen ins ISBA aufgenommen.

Im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein, Arbeitsgruppe Hochbau, zur Erweiterung der LB-Hochbau ist das Dezernat 5 vertreten.

Die Umstellung der bestehenden ISBA-AVA-Applikation von einer reinen VAX-VMS-Anwendung auf eine moderne WINISBA-Client-/Server-Lösung mit grafischer Windows-Oberfläche wurde begonnen.

Für sämtliche WINISBA-Module wurde der ISBA-Basis/Client als einheitlicher Aufrufrahmen realisiert, wobei laufend die EDV-technische Abstimmung hinsichtlich der Schnittstellen mit dem Fremdprodukt „WINABK5" durchgeführt werden musste (WINABK5 wurde an Hand eines Pflichtenheftes in einem zweistufigen Verfahren ermittelt).

Die Erstellung aller neuen WINISBA-Ausdrucke wurde extern vergeben, wodurch Aufwände seitens der Stadt Wien eingespart werden konnten. In diesem Zusammenhang wurden auch alle Detailfestlegungen, z.B. für Leistungsverzeichnis-Schöndruck, Leistungsverzeichnis im Aufschlag-/Nachlassverfahren, Standardauswertungen usw., und technische Fragen der Anbindung an die ISBA-Datenbank geklärt.

Für alle Bereiche der formalen Prüfung in WINISBA - Leistungsbeschreibung, Ausschreibung, Angebotsprüfung, Vergabe - wurden die Grundlagen zur Realisierung geschaffen und die entsprechenden Detailpflichtenhefte erstellt.

Die Anwendung des Preisspeichers wurde von der VAX auf den PC umgestellt, wobei zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten für die Benutzer - Mittelwert-Zusatzpositionen, Gewerkeauswertung - integriert wurden. Weiters ist ein Datenabzug der Preisspeicherpreise in eine MS-Excel-Datei realisiert worden.

Im Zuge eines zweistufigen Ausschreibungsverfahrens für den WINFIAKER erfolgte die öffentliche Erkundung des Bewerberkreises im Amtsblatt der Stadt Wien. Daraufhin bewarben sich drei Firmen um die Erstellung der ausgeschriebenen Software. Auf Grundlage der Bietergespräche und der eingebrachten Angebote wurde die Firma Datamed Gesellschaft für angewandte Datentechnik GmbH mit der Realisierung der Entwicklung des WINFIAKER beauftragt.

Weiters wurde die organisatorische Klärung der Währungsumstellung und die Abstimmung über das weitere Vorgehen herbeigeführt, sodass in Hinkunft bei sämtlichen Maßnahmen im System ISBA die entsprechenden Schritte vorgenommen werden können und der spezifische Aufwand für die Euro-Umstellung relativ gering gehalten werden

kann.

Ein Grobkonzept für die EDV-technische Durchführung von Veröffentlichungen von ISBA-Ausschreibungen im Amtsblatt der Stadt Wien bzw. im EU-Amtsblatt wird derzeit ausgearbeitet.

Bis Ende des Jahres 1998 wurden im ISBA in 19 technischen Dienststellen (einschließlich den Wiener Stadtwerken und dem Wiener Krankenanstaltenverbund) insgesamt rund 15.390 Ausschreibungen und rund 10.710 Angebotsauswertungen mit rund 63.100 Bietern durchgeführt, wobei jeweils in der Einschulungsphase und im Zuge des Einsatzes sowie bei der Neuerstellung von Leistungsbeschreibungen laufend Anwenderunterstützung erfolgte. Das ISBA-Bauabrechnungsprogramm wurde weiterhin in den technischen Dienststellen nach erfolgter Einschulung eingesetzt. Neue Anforderungen an das Programm wurden umgesetzt, wie z.B. Rechnungserstellung mit wahlweisem Ausdruck auch in Euro, Einbindung des Positionslangtextes mittels einer zugrundeliegenden Leistungsbeschreibung, Datenaustausch auch mit Daten, die bereits der neuen ÖNORM B 2063 entsprechen.

Die EDV-Projekte Wiener Umweltinformationssystem (WUIS), das die im Bereich Umwelt vorhandenen Daten für Planung, Überwachung und Auskunftserteilung zugänglich machen soll, und Gebäudemanagement (GEMMA, Facility Management) wurden weiter betrieben und 1998 im Wesentlichen abgeschlossen. Dies erfolgte jeweils in Arbeitskreisen, in denen unter Leitung des Dezernates 5 die MA 14 und die anderen beteiligten Dienststellen vertreten waren bzw. durch das Einsetzen von Lenkungsausschüssen.

Die Anwender des CAD-Systems für den Hochbau wurden auch in diesem Jahr weiter betreut und bei der täglichen Arbeit unterstützt. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen wurde eine Neufassung der „Richtlinien CAD-Hochbau" herausgegeben.

Darüber hinaus wurden die Dienststellen auch bei anderen, im wesentlichen abteilungsbezogenen EDV-Projekten unterstützt und beim Einsatz der EDV aus Sicht der Zusammenarbeit der technischen Dienststellen beraten.

Die Organigramme über die „Verwaltung der Stadt Wien" wurden weitergeführt und entsprechend der jeweils gültigen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien neu aufgelegt und an alle Dienststellen der Stadt Wien sowie interessierte Außenstehende verteilt. Diese Organigramme stellen die Organisation der Stadt Wien grafisch dar, wobei ein Organigramm den technischen Bereich besonders berücksichtigt.

Weiters wurden im Bereich der Netzplantechnik in den Dienststellen Einschulungen und Beratungen bei der Netzplanerstellung durchgeführt sowie Unterstützung bei der Handhabung des EDV-Programmes geleistet.

Aufgrund der Geschäftseinteilung ist der MD-Stadtbaudirektion die Fachaufsicht, welche, mit Ausnahme jener über die Lehrlinge des technischen Dienstes, vom Dezernat 6 - Technische Fachaufsicht wahrgenommen wird und die Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das den Dienststellen des technischen Bereiches und der MA 4 zugewiesene technische Personal, über Lehrlinge des technischen Dienstes sowie über das den anderen Dienststellen zugewiesene Personal (rund 10.000 Mitarbeiter/innen) zugewiesen. Ausgenommen hievon ist das dem Wiener Krankenanstaltenverbund zugewiesene und dort nicht im Bereich der EDV verwendete technische Personal der Schemata II und IV.

Zu den Aufgaben des Dezernates 6 zählen unter anderem die Teilnahme an Einstellgesprächen in der MD-Personaldirektion, die Mitwirkung bei der Besetzung freier Dienstposten und bei der Besetzung höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes, die Mitwirkung bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten sowie in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision durchzuführende Revisionen.

Weiters wurden im Dezernat 6 die Anträge auf Beförderungen vorbearbeitet und dem Stadtbaudirektor zur Vidierung vorgelegt. Dem Dezernat 6 obliegen auch die Erledigungen von Personalangelegenheiten für sämtliche Mitarbeiter/innen der MD-Stadtbaudirektion, wie z.B. Anträge auf Förderungen, Anträge auf Zuerkennung von Zulagen, Dienstreiseanträge usw.

Magistratische Bezirksämter

Die magistratischen Bezirksämter sind bürgernahe Außenstellen des Magistrats der Stadt Wien in den Bezirken. Sie sind grundsätzlich mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk - somit näher zu den Bürgerinnen und Bürgern - durchgeführt werden können.

Diese Aufgaben erledigen sie möglichst freundlich, schnell und unbürokratisch. Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten (Montag - Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 - 17.30 Uhr) sind die Mitarbeiter/innen der magistratischen Bezirksämter bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden zielführende Auskünfte und Anleitungen zu geben, wie die jeweiligen Probleme - seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der Bedienung der Kunden durch die Erledigung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger, die Parteien eines Verwaltungsverfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären

Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des Kunden- und Konsumentenschutzes die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u.a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt der Stadt Wien. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen - die den hohen Standard des Lebensmittelrechtes in Österreich ausweisen - auch entsprechend eingehalten werden.

Zur möglichen Beschleunigung des Kundendienstes für die Bürgerinnen und Bürger stehen den magistratischen Bezirksämtern moderne Büroorganisationsmittel, wie PC´s, Bildschirmarbeitsplätze und Faxgeräte, zur Verfügung. Bei Augenscheinsverhandlungen außerhalb des Amtshauses werden Laptops und Notebooks verwendet. Vernetzung und wienweit wirkende Software-Programme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z.B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat, Umweltanwalt sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der Bezirksvorsteher zwingend vorgesehen.

Um (künftigen) Unternehmer/innen eine weitere Hilfestellung zu geben, wurde in den Bezirksämtern ein eigenes „Unternehmerservice" eingerichtet. Einmal monatlich stehen rechtskundige Beamte, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter der Wirschaftskammer und des Arbeitsmarktservice gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung. Die möglichst unkomplizierte schnelle Genehmigung von Betrieben schafft naturgemäß auch die so sehr benötigten neuen Arbeitsplätze.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung der Verfahrensbeschleunigung ist die Verbindung mit dem Zentralen Gewerberegister, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Die in und zwischen den magistratischen Bezirksämtern verwendete moderne Büro- und Kommunikationstechnik ist nicht nur für das Arbeitstempo förderlich, sondern ist auch beträchtlich kostenreduzierend. Auch die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der Mitarbeiter/innen bewältigt werden kann. Die Kundenorientiertheit der magistratischen Bezirksämter als dezentrale Einrichtungen wird ständig verbessert. Die Verfahrensabläufe werden transparent gemacht und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden erleichtert.

Ein in den letzten Jahren erprobtes Beschleunigungsprogramm zeitigt jetzt Erfolge: So wurden - bei gründlicher Vorbesprechung der gesetzlichen Voraussetzungen - Betriebsanlagengenehmigungen innerhalb von 21 Tagen ab kompletter Einreichung erteilt, wobei auch der Bescheid immer häufiger bereits in der Verhandlung per Laptop gedruckt und ausgefolgt wurde. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens wurde erarbeitet.

Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagement, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweisen, erzeugen nicht nur zentral (wie z.B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den magistratischen Bezirksämtern wirkungsintensivierende Effekte.

Die magistratischen Bezirksämter erfüllen ihre Aufgaben in relativ kleinen Teams von Jurist/innen, Bediensteten des Verwaltungsdienstes (zumindest Maturant/innen) und Kanzleibediensteten unter der Leitung eines/einer rechtskundigen Bediensteten als Bezirksamtsleiter/in.

Die magistratischen Bezirksämter vollziehen insbesondere folgende Bundesgesetze:

Die Gewerbeordnung (Erteilung von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildiener), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsordnung und des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden Landes- bzw. Gemeindevorschriften kommen hinzu:

Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierhalte- und Tierschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabegesetz u.a.

In all diesen Bereichen sind die magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig.

Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der magistratischen Bezirksämter.

Die magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die rasch und nahe dem Wohnort für die sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Um einen Überblick über die Tätigkeiten der magistratischen Bezirksämter zu geben, seien einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 1998 angefallenen Geschäftsfälle angeführt:

Administrativverfahren:	
Betriebsanlagenverfahren, die mit Bescheiden abgeschlossen wurden (Neugenehmigungen, Genehmigungen von Änderungen, Vorschreibung weiterer Auflagen usw.)	2.595
Gewerbeanmeldungen	10.289
Gewerbeentziehungen	1.589
Religionsaustritte	13.113
Baumschutzverfahren	2.086
Ersatzpflanzungen	1.014
Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfen für Zivildiener	1.133
Sanitäre Übelstände	1.553
Buschenschankangelegenheiten	158
Einsprüche gegen Kostenvorschreibungen bei Abschleppungen von Kraftfahrzeugen	1.274
Strafverfahren:	
Ausländerbeschäftigungsgesetz	3.043
Arbeitnehmer/innenschutzgesetz	178
Unbefugte Gewerbeausübung	2.571
Nicht genehmigte Betriebsanlagen	289
Gewerbeausübung ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer	565
Übertretungen des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes	54
Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz	1.795
Verstöße gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung	2.583
Wiener Baumschutzgesetz	123
Bauordnung für Wien	1.321
Straßenverkehrsordnung (insbesondere Kfz, die ohne Kennzeichen abgestellt wurden)	3.726
Gebrauchsabgabegesetz	9.606
Bundesstatistikgesetz	7.155

Die Aufteilung dieser beispielhaft angeführten Agenden ist naturgemäß von Bezirk zu Bezirk je nach Bevölkerungs-, Betriebs- und Baustruktur verschieden. So sind ausgesprochene Gewerbe- und Industriebezirke, aber auch solche mit viel Grün, vielen Bäumen und auch Forsten, Bezirke mit Altstadtbereichen sowie mit dichter und weniger dichter Besiedelung von den Bezirksämtern zu betreuen.

Dienst am Bürger ist heute für die magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen konzentrierte Verfahren so durchgeführt werden, dass einerseits der Bürger nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen muss, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der Zugang zum Recht für die Bürgerinnen und Bürger verbessert und erleichtert wird.

Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal

Allgemeine Personalangelegenheiten

1. Für das Berichtsjahr 1998 sind im Bereich der allgemeinen Personalangelegenheiten als wesentliche Maßnahmen Novellierungen der Dienstordnung 1994, der Besoldungsordnung 1994, der Vertragsbedienstetenordnung 1995, der Pensionsordnung 1995 und des Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetzes 1995 anzuführen. Weitere legistische Schwerpunkte lagen in Schaffung des mit der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke in Zusammenhang stehenden Wiener Stadtwerke-Umstrukturierungsgesetzes. Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes erfolgte die erforderliche Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien durch das neu geschaffene Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch Änderungen und Ergänzungen bei den Nebengebühren, der Dienstbekleidung und in den Kollektivverträgen, die für einen Teil der Bediensteten der Gemeinde Wien gelten.
2. Das Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 (4. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (8. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (4. Novelle zur Pensionsordnung 1995), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (4. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (9. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967) und das Ruhe- und Versorgungszulagegesetz 1995 (3. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995) geändert werden, und das als Schwerpunkt die Einführung eines Freijahres im Dienstrecht der Beamten und Vertragsbediensteten und eine Erweiterung der Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Karenzurlauben sowie der Teilzeitbeschäftigung für Beamte vorsieht, wurde im LGBl. für Wien Nr. 23/1998 kundgemacht.
3. Das Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 (5. Novelle zur Dienstordnung 1994) und die Besoldungsordnung 1994 (9. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 63/1998, sieht vor allem Änderungen im Bereich des Disziplinarrechtes vor.
4. Entsprechend einem am 2. Dezember 1998 abgeschlossenen Gehaltsabkommen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurden ab 1. Jänner 1999 bei einer Laufzeit bis 31. Dezember 1999 die Bezüge der Beamten des Dienststandes (und davon abgeleitet unter Bedachtnahme auf die unterschiedlichen Abzüge auch die Bezüge der Vertragsbediensteten) der Gemeinde Wien (mit Ausnahme der Kinderzulage) um 2,5 Prozent erhöht. Die Anhebung der Gehälter der Beamten hat sich auch auf die Höhe von Dienstzulagen ausgewirkt.
   Die genannten Besoldungsverhandlungen brachten auch das Ergebnis, dass der für die Zeit ab 2000 vorgesehene Ersatz der Pensionsautomatik (bis 1998 erhöhten sich die Beamtenpensionen im gleichen Zeitpunkt und im gleichen Prozentausmaß wie die Bezüge der aktiven Beamten) bereits ab 1. Jänner 1999 wirksam werden soll. Damit erhöhen sich die Pensionen der Beamten ab 1. Jänner 1999 nur um 1,5 Prozent. Gleichzeitig wurde aber bei den betroffenen Beamten-Pensionisten der von diesen zu leistende Pensionsbeitrag von derzeit 1,5 Prozent um 0,2 Prozentpunkte verkürzt.
   Da durch die Verfahrensnovelle BGBl. I Nr. 158/1998 im wesentlichen alle in Vorschriften des Bundes und der Länder enthaltenen Bestimmungen, die von taxativ aufgezählten Vorschriften des AVG in der Fassung des genannten Bundesgesetzes abweichen, mit Ablauf des 31. Dezember 1998 ausser Kraft treten, bedurfte es einer Festlegung eindeutiger Verfahrensnormen über dieses Datum hinaus.
   Die genannten Regelungen wurden im Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (10. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (5. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (4. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1995, die Dienstordnung 1994 (6. Novelle zur Dienstordnung 1994), das Wiener Personalvertretungsgesetz (4. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) und das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (1. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz) geändert werden, umgesetzt.
   Der durch die Abteilung ausgearbeitete Gesetzesentwurf wurde mit Beschluss des Wiener Landtages vom 18. Dezember 1998, Pr.Z. 1650, genehmigt.
5. Aufgrund des nach der Beschlussfassung durch den Wiener Landtag erforderlichen Verfahrens gemäss Art. 98 B-VG konnte mit der Kundmachung des unter Pkt. 4 angeführten Gesetzes vor dem ersten Auszahlungstermin für die erhöhten Geldleistungen nicht gerechnet werden. Um die Auszahlung der erhöhten Beträge zum nächstmöglichen Termin zu gewährleisten, wurde durch Beschluss des Gemeinderates vom 17. Dezember 1998, Pr.Z. 242/98-GIF, genehmigt, Vorschüsse auf die zu erwartenden Erhöhungen zu gewähren. Diese Vorschüsse sind dann auf die mit der Kundmachung der eingangs genannten Novellen gebührenden Bezüge anzurechnen.
6. Der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke wurde mit dem Gesetz, mit dem Bestimmungen über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde Wien erlassen (Wiener Zuweisungsgesetz) und das Wiener Personalvertretungs-

Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer überreicht der Leiterin des Übersetzungsdienstes der Stadt Wien Oberamtsrätin Angelika Loskot das Dekret zum Berufstitel Regierungsrätin. Foto: Rohrmoser / Landesbildstelle

Amtseinführung von Dr. Gertraud Stroblberger als Leiterin der neugeschaffenen Magistratsabteilung 20 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten. Foto: Sterrer / Landesbildstelle

Die Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal Mag. Renate Brauner besuchte die Werkstätte des Vereins „Matadora", in dem weibliche Lehrlinge in traditionellen Männerberufen ausgebildet werden. Foto: Votava / PID

Scheckübergabe für den Aufbau der Wiener Schule „Masimambane College" in Orange Farm, Südafrika, an die südafrikanische Botschafterin Nosipho Mxakato-Diseko mit Stadträtin Brauner und Dir. Bernd Lötsch im Naturhistorischen Museum.
Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

gesetz (3. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), die Wiener Stadtverfassung und das Gebrauchsabgabegesetz 1966 geändert werden (Wiener Stadtwerke - Umstrukturierungsgesetz) Rechnung getragen.
Einen Schwerpunkt bildet dabei die kraft Gesetzes erfolgende Zuweisung von Beamten und Vertragsbediensteten, die in einem Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien stehen und derzeit bei den Wiener Stadtwerken beschäftigt sind, zur Dienstleistung bei den WStW-NEU. In der dienst-, besoldungs- und (bei Beamten) auch der pensionsrechtlichen Stellung der Bediensteten tritt dabei keine Änderung ein. Zur Regelung des Dienstrechtes der Gemeindebediensteten ist - mit geringfügigen Einschränkungen betreffend die Vertragsbediensteten und Einschränkungen betreffend den Arbeitnehmerschutz - nach Art. 21 Abs. 1 und 2 B-VG der Landesgesetzgeber zuständig. Die Überlassung von Gemeindebediensteten zur Dienstleistung an Private ist verfassungsrechtlich zulässig. Im Hinblick auf Art. 118 Abs. 3 Z 2 B-VG musste allerdings dafür Vorsorge getroffen werden, dass für die den WStW-NEU dienstzugeteilten Beamten die Diensthoheit der Gemeinde Wien erhalten bleibt.
Neben dem Wiener Zuweisungsgesetz, das die oben angeführte gesetzliche Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde Wien an die WStW-NEU enthält, finden sich im genannten Gesetz die entsprechenden Anpassungen des Wiener Personalvertretungsgesetzes sowie der Wiener Stadtverfassung. Dabei konnten im Wiener Personalvertretungsgesetz auch Verweise auf andere und Zitate von anderen Rechtsvorschriften aktualisiert werden.
Zusätzlich wurde auch eine Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes 1966 vorgenommen.
Der durch die Abteilung ausgearbeitete Gesetzentwurf wurde mit Beschluss des Wiener Landtages vom 18. Dezember 1998, Pr.Z. 1623, genehmigt.

7 In Anpassung an die wesentlichen Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes und unter Umsetzung der EU-Richtlinien betreffend Arbeitnehmerschutz erfolgte die Neufestlegung der grundlegenden Anforderungen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes durch das Gesetz über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigten Bediensteten (Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 - W-BedSchG 1998), LGBl. für Wien Nr. 49/1998.

8. Auf Basis des unter Pkt. 7 angeführten Gesetzes war es notwendig, die erforderlichen Durchführungsverordnungen für die Wiener Landesregierung auszuarbeiten. Die entsprechenden Entwürfe wurden von der Abteilung erstellt.

9. Durch die „Dienstvorschrift für Lehrlinge 1996", Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 46/1995, erfolgte eine zusammenfassende Normierung der für das Dienstverhältnis der Lehrlinge bei der Gemeinde Wien geltenden Vorschriften. Da in Aussicht genommen wurde, ab 1. 9. 1998 auch Lehrlinge in den Lehrberufen „Kommunikationstechniker/in - Audio und Videoelektronik" mit einer Lehrzeit von 3½ Jahren, „Kommunikationstechniker/in - Elektronische Datenverarbeitung und Telekommunikation" mit einer Lehrzeit von 3½ Jahren, „Kommunikationstechniker/in - Nachrichtenelektronik" mit einer Lehrzeit von 3½ Jahren, „EDV-Kaufmann/Kauffrau" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren, „EDV-Techniker/in" mit einer Lehrzeit von 3½ Jahren, „Entsorgungs- und Recyclingfachmann/fachfrau - Abfall" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren, „Vermessungstechniker/in" mit einer Lehrzeit von 3½ Jahren, „Bäcker/in" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren, „Koch/Köchin" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren und „Glaser/in" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren vorzusehen, musste die Dienstvorschrift für Lehrlinge daher dahingehend ergänzt werden, dass nunmehr auch diese Ausbildungen zulässig werden.
Durch die Novelle BGBl. I Nr. 79/1997 wurde in das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen 1987 eine die Jugendlichen begünstigende Regelung geschaffen, falls in Verbindung mit Feiertagen die Arbeitszeit an Werktagen ausfällt. Gleichzeitig wurde mit der oben angeführten Novelle zum KJBG für Jugendliche die Möglichkeit geschaffen, zur Erreichung einer längeren Freizeit, die mit der Wochenfreizeit zusammenhängen muss, innerhalb der zulässigen Wochenarbeitszeit abweichende tägliche Arbeitszeiten festzulegen.
Da die geltende „Dienstvorschrift für Lehrlinge 1996" sich noch an den Arbeitszeitregelungen des Bundes vor der oben angeführten Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen orientierte, wurde aus Gründen der Rechtssicherheit eine entsprechende Anpassung an die bundesgesetzlichen Bestimmungen vorgenommen. Überdies konnte mit der Änderung der Dienstvorschrift auch die besondere Arbeitszeiteinteilung in den Lehrwerkstätten „Jugend am Werk" (Montag bis Donnerstag mehr als acht Stunden Arbeitszeit, dafür am Freitag Frühschluss) berücksichtigt werden. Es wurde weiters Lehrlingen nach Ende des Lehrverhältnisses ermöglicht, während der Behaltefrist Dienstfreistellungen zur Arbeitssuche zu erhalten.
Die Änderungen der Dienstvorschrift wurden mit Beschluss des Gemeinderates vom 30. September 1998, Pr.Z. 172/98-GIF, genehmigt.

10. Der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) obliegt die Durchführung der Krankenfürsorge für ihre Mitglieder (Angehörige von Mitgliedern) durch Gewährung der in ihren Satzungen vorgesehenen Leistungen. Eine Änderung dieser Satzungen erfolgt über Antrag des Vorstandes der KFA durch den Gemeinderat der Stadt Wien. Der Vorstand der KFA hat in seiner Sitzung vom 5. November 1998 den Entwurf einer Änderung der Satzungen der KFA beschlossen, die unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Lage der KFA, die Einkommensentwicklung der letzten Jahre, die es leider mit sich gebracht hat, dass in allen Dienstnehmerbereichen die Reallohnzuwächse äußerst gering waren, und auf die gestiegenen Ausgaben auf dem Leistungssektor eine Anhebung der Beiträge um 0,7 Prozent (0,35 % für den Dienstnehmer und 0,35 % für den Dienstgeber) vorsah.
Die entsprechende Satzungsänderung erfolgte mit Beschluss des Gemeinderates vom 17. Dezember 1998, Pr.Z. 232/98.

11. In der „Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete" sind alle Rechte und Pflichten jener städtischen Bediensteten zusammenfassend normiert, die ausschließlich zur Erfüllung von Aufgaben, die in einer Dienststelle entweder lediglich vorübergehend aus bestimmten Anlässen oder lediglich zu bestimmten Zeiten des Jahres anfallen, in ein vertragliches Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen werden, soferne für sie nicht ein Kollektivvertrag gilt. Die Aushilfs- und Saisonbediensteten sind in den §§ 6 und 7 der Dienstvorschrift je nach ihrer Verwendung taxativ aufgezählt, wobei sich der Monatsbezug entweder aus einer bestimmten Einreihung im Gehaltsschema der Vertragsbedienstetenordnung 1995 ergibt oder ziffernmäßig festgesetzt ist. Aufgrund des Besoldungsabkommens für 1999 wurden im öffentlichen Dienst die Bezugsansätze der Gehaltsschemata ab 1. Jänner 1999 um 2,5 Prozent angehoben. Von der Abteilung wurden die entsprechenden Adaptierungen vorgenommen.
12. Im Hinblick auf Änderungen in der Sozialversicherung und Versteuerung verschiedener Entschädigungen musste die bestehende Regelung über die Entschädigungen für Dienstleistungen bei Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren, Beschluss des Stadtsenates vom 6. Februar 1990, Pr.Z. 245, im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl in einigen Punkten neu gefasst werden. Vor allem konnten die in den Abschnitten III und VI des erwähnten Stadtsenatsbeschlusses als Funktionsgebühren deklarierten Vergütungen nur mehr bei den Mitgliedern der Sprengel- und Bezirkswahlbehörden diese Qualifikation beibehalten. Hingegen war dies bei den Ordnern der Sprengelwahlbehörden und den am Wahltag in den Magistratischen Bezirksämtern und in der MA 62 tätigen bzw. zur Wahlleiter- und Ordnerreserve eingeteilten Bediensteten nicht mehr möglich.
    Die entsprechende Regelung über die Wahldienstentschädigungen bei der Bundespräsidentenwahl 1998 wurde mit Beschluss des Stadtsenates vom 14. April 1998, Pr.Z. 311/98-M01, genehmigt.
13. Am 5. und 6. Mai 1998 fand gemäss § 19 des Wiener Personalvertretungsgesetzes (W-PVG), LGBl. für Wien Nr. 49/1985, die Wahl der Mitglieder der Dienststellenausschüsse (der Vertrauenspersonen) und der Personalgruppenausschüsse sowie gemäss § 22b des Behinderteneinstellungsgesetzes (BEinstG), BGBl. Nr. 721/1988, die Wahl der Behindertenvertrauenspersonen und deren Stellvertreter statt.
    Die Abteilung wirkte in diesem Zusammenhang auf legistischer Ebene bei den mit den Wahlen unmittelbar zusammenhängenden Maßnahmen (Erlässe für die Wahlvorbereitungen, Kundmachungen der Wahlergebnisse, u.a.) mit.
14. Eine generelle Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst wirkt sich im Bereich der Gemeinde Wien nicht nur auf die Gehaltsansätze der Beamten und Vertragsbediensteten aus. Von einer solchen Erhöhung sind regelmäßig die in Einzelsonderverträgen und Gruppensonderverträgen normierten Entgelte, die Bezüge von Aushilfs- und Saisonbediensteten und vor allem die Nebengebühren betroffen. Hiezu mussten die zur ordnungsmässigen Durchführung dieser Änderungen notwendigen Beschlüsse der zuständigen Organe eingeholt werden. Bei einem Teil der Nebengebühren (Mehrdienstleistungsvergütungen) ergab sich die Erhöhung bereits aus den geänderten Gehaltsansätzen. Daneben bestehen jedoch zahlreiche Nebengebühren, deren Höhe betragsmäßig fixiert ist. Diese Nebengebühren wurden mit 1. Jänner 1999 um 2,5 Prozent erhöht.
15. Neben der generellen Erhöhung der Nebengebühren wurden im Jahr 1998 durch die Beschlüsse des Stadtsenates vom 27. April 1998, Pr.Z. 326/98, und vom 4. August 1998, Pr.Z. 508/98, zahlreiche Änderungen auf dem Gebiet der Nebengebühren vorgenommen. Neben formalen Anpassungen des Nebengebührenkataloges aufgrund von Organisationsänderungen waren Neuregelungen erforderlich, die veränderten oder neuen Arbeitsbedingungen bestimmter Bediensteter Rechnung tragen sollten. Es handelte sich hiebei vor allem um die Aufnahme von Gebühren für den Veranstaltungsstätten-Aufsichtsdienst und Reservedienst sowie einer Entschädigung für den Wohnungsbereitschaftsdienst im Zusammenhang mit einer Änderung des Schichtdienstes in der MA 33 für die Störungsbehebung an der öffentlichen Beleuchtung und an den Verkehrslichtsignalanlagen. Durch die Einstellung des Schlachtbetriebes St. Marx kam es zu einer Neustrukturierung des tierärztlichen Permanenzdienstes, sodass den Betroffenen eine Bereitschaftsdienstzulage zugesprochen wurde.
    Eine Sonderzulage für die Küchenregie des Krankenhauses Lainz fand ebenso Aufnahme in den Nebengebührenkatalog wie die Zuerkennung der Entschädigung für den Wohnungsbereitschaftsdienst der MA 43.
    Daneben konnten im Zuge der Überarbeitung und Vereinfachung des Nebengebührenkataloges zahlreiche Nebengebühren gestrichen bzw. einzelverrechnete Nebengebühren in pauschalierte Zulagen umgewandelt werden.
16. Die „Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien (Regelung der Gebühren bei Dienstreisen, Dienstzuteilungen und Versetzungen)" bzw. die Regelung betreffend Fahrtkostenzuschuss mussten im Jahre 1998 abgeändert werden:
    a) Da die unentgeltliche Beförderung der bei der MA 42 und MA 43 beschäftigten Saisonbediensteten aus dem Burgenland mit Ende der Saison 1998 eingestellt wurde, wurden diese mit Beschluss des Stadtsenates vom 24. September 1998, Pr.Z. 553/98, in die seit 1. Jänner 1998 geltende Regelung über den Fahrtkostenzuschuss einbezogen. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit geschaffen, auch ständigen Bediensteten der MA 42, die bisher ebenfalls die unentgeltliche Beförderung mit Bussen in Anspruch genommen hatten, in den Genuss der Fahrtkostenzuschussregelung kommen zu lassen, sofern sie die sonstigen Voraussetzungen erfüllen.
    b) Gemäß § 25 Abs. 2 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien durften Dienstreisen in das Ausland nur mit Genehmigung des Magistratsdirektors bzw. des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke durchgeführt werden. In Anpassung an die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurde mit Stadtsenatsbeschluss vom 24. September 1998, Pr.Z. 554/98, klargestellt, dass die Genehmigung dieser Dienstreisen für

den Bereich des KAV dessen Generaldirektor zusteht.
Überdies wurde eine Delegationsmöglichkeit des Genehmigungsrechtes von Auslandsdienstreisen durch den Magistratsdirektor an den jeweiligen Dienststellenleiter vorgesehen, sofern damit eine Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung verbunden ist.

17. Soweit für städtische Bedienstete Kollektivverträge gelten, waren im Jahr 1998 folgende Maßnahmen erforderlich:
    a) Für die Landarbeiter der Gemeinde Wien, d.s. alle Landarbeiter, Gutshandwerker (Professionisten) und Saisonarbeiter im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an entsprechende Kollektivverträge für private Gutsbetriebe anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Die Gewerkschaft Agrar - Nahrung - Genuss hat mit dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber mit Wirksamkeit vom 1. März 1998 eine Änderung dieser Kollektivverträge abgeschlossen, die gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen eine Anhebung der Löhne um 1,81 Prozent vorsah.
    Mit der Gewerkschaft wurde auch für die Landarbeiter der Gemeinde Wien vereinbart, die im Kollektivvertrag und in den Anlagen 1 und 2 ausgewiesenen Löhne und Zulagen um 1,81 Prozent zu erhöhen.
    In der Anlage 1 wurde hinsichtlich der Zeitlöhne für die Landarbeiter eine zusätzliche Kategorie für Traktorführer mit Landwirtschaftsmeisterprüfung, die bereits zehn Jahre in dieser Verwendung tätig sind, geschaffen.
    Weiters wurde die Anlage 2, die Regelungen betreffend Leistungsprämien und Zulagen enthält, geändert und den heutigen Gegebenheiten angepasst.
    Diese Änderungen wurden durch den Gemeinderat mit Beschluss vom 3. Juni 1998, Pr.Z. 92/98-GIF, genehmigt.
    b) Für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an den Mantelvertrag für private Forstarbeiter anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Die Gewerkschaft Agrar - Nahrung - Genuss hat mit dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber mit Wirksamkeit vom 1. April 1998 eine Änderung dieses Mantelvertrages abgeschlossen, die gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen eine Anhebung der Löhne um 1,8 Prozent vorsah.
    Als Verhandlungsergebnis für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien wurden die im Kollektivvertrag und in der Anlage ausgewiesenen Löhne und Zulagen ab 1. April 1998 ebenfalls um 1,8 Prozent erhöht. Anlässlich der Änderung des Kollektivvertrages wurde der Anspruch auf Entgeltfortzahlung auch für den Fall der notwendigen Betreuung eines Kindes bis zum zwölften Lebensjahr unter bestimmten Voraussetzungen entsprechend den Regelungen in der Wiener Landarbeitsordnung vorgesehen. Des Weiteren wurde eine Schmutzzulagenregelung für das Elektroschweißen geschaffen. Die Gewährung einer Schmutzzulage für die Müllentsorgung unter erschwerten Bedingungen wurde einer Betriebsvereinbarung vorbehalten.
    Die Kollektivvertragsänderung ab 1. April 1998 wurde vom Gemeinderat am 30. September 1998, Pr.Z. 128/98-GIF, beschlossen.
    c) Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien werden nach einem Kollektivvertrag behandelt, der sich im Wesentlichen an den Kollektivvertrag für die Gutsangestellten der Privatwirtschaft anlehnt. Nach Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Land- und Forstwirtschaft, und dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber in Niederösterreich, Burgenland und Wien wurde mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1998 eine Erhöhung der Bezüge um 1,97 Prozent vereinbart. Die Verhandlung mit der Gewerkschaft ergab im Wesentlichen, die Bezüge der Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien im gleichen Ausmaß zu erhöhen.
    Die Genehmigung dieser Kollektivvertragsänderung erfolgte durch den Beschluss des Gemeinderates vom 30. September 1998, Pr.Z. 129/98-GIF.
    d) Für die Lehrer der Musiklehranstalten der Stadt Wien gilt ein mit der Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe, Sektion Musiker, vereinbarter Kollektivvertrag.
    Aufgrund des am 2. Dezember 1998, abgeschlossenen Gehaltsabkommens wurden auch die Löhne der Musiklehrer um 2,5 Prozent angehoben.
18. Seit dem Abschluss des EWR-Abkommens bzw. dem Beitritt Österreichs zur EU besteht auch für Bedienstete der Gemeinde Wien die Möglichkeit, in bestimmten Einrichtungen im Rahmen der Europäischen Integration tätig zu sein.
    Die Entsendung zur Ausbildung oder als Nationaler Experte ist im Bereich der Gemeinde Wien dienstrechtlich durch die Bestimmungen des § 17a DO 1994 (für Beamte) bzw. § 10 Abs. 3 VBO 1995 (für Vertragsbedienstete) geregelt. Zusätzlich wurde die Möglichkeit geschaffen, Bedienstete im Rahmen der Führungskräfteausbildung zu Privatunternehmen zum Zwecke des Kennenlernens der betrieblichen Praxis zu entsenden. In den genannten Fällen hat die Stadt Wien für die Dauer der Entsendung das Diensteinkommen weiter zu entrichten.
    Um zu vermeiden, dass Bedienstete nach erfolgter Entsendung sofort ihr Dienstverhältnis zur Stadt Wien lösen und die gewonnenen Erkenntnisse und praktische Berufserfahrung aufgrund ihrer nunmehr erhöhten Qualifi-

kation gewinnbringend bei anderen Dienstgebern verwerten, wurde eine Regelung geschaffen, die den Magistrat zum Abschluss einer Vereinbarung betreffend Rückzahlung von Personalkosten ermächtigt.
Diese Regelung betreffend die Rückforderung von Personalkosten bei Entsendung zur Ausbildung oder als Nationaler Experte zu einer Einrichtung, die im Rahmen der Europäischen Integration tätig ist, bzw. bei Entsendung in ein Privatunternehmen, wurde mit Beschluss des Gemeinderatsausschusses für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal vom 18. September 1998, Pr.Z. 157/98-GIF, genehmigt.

19. Durch die Beschlüsse des Stadtsenates vom 4. August 1998, Pr.Z. 444/98, und vom 15. Dezember 1998, Pr.Z. 779/98, wurden die Änderungen der Dienstbekleidungsordnung genehmigt, die durch Änderung der Organisation und Aufgabenstellung verschiedener städtischer Dienststellen erforderlich waren.
So wurden vor allem Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitskleidung bei Mitarbeiter/innen der MA 8, MA 31, MA 55, MA 67 bzw. des Dezernates Zivil- und Katastrophenschutz der MDH erzielt. Des Weiteren wurde entsprechende Schutzkleidung wie Helme, Sicherheitsbrillen u. Ä. für im Aussendienst bei der MA 39 Beschäftigte in die DBO 1975 aufgenommen. Eine Änderung wurde auch durch die Schließung des Schlachtbetriebes St. Marx mit 31. Dezember 1997 und der damit verbundenen Neuzuordnung des Marktbetriebes St. Marx zur MA 59 sowie der gleichzeitigen Übernahme eines Teiles des Personals durch die MA 59 notwendig.
20. Für die Lehrverpflichtung der städtischen Lehrer an den von der Gemeinde Wien erhaltenen Privatschulen gelten gemäß § 30 Abs. 1 der Dienstordnung 1994 sinngemäß die Bestimmungen des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes. Gemäß § 30 Abs. 2 der Dienstordnung 1994 kann der Stadtsenat das Ausmaß der Anrechnung auf die Lehrverpflichtung für jene Unterrichtsleistungen, die durch Abs. 1 nicht erfasst sind, sowie für andere mit dem Unterricht zusammenhängende Dienstleistungen festsetzen. Es handelt sich hiebei um eine Reihe von Unterrichtsgegenständen und Funktionen, deren Anrechnungsausmaß im Bundesbereich nicht unmittelbar durch das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, sondern durch Verordnungen gemäß §§ 6 und 7 dieses Bundesgesetzes festgesetzt wurde. Durch die mit dem Beschluss des Stadtsenates vom 5. März 1985, Pr.Z. 822, genehmigte und seither wiederholt ergänzte „Lehrverpflichtungsordnung für städtische Privatschulen" wurden in Anlehnung an die Bundesregelung alle unterrichtlichen oder anderen Tätigkeiten von städtischen Lehrern zusammengefasst.
Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten hat mit entsprechenden Verordnungen für einige Schulen neue Lehrpläne erlassen. Unter den städtischen Privatschulen waren davon die dreijährige Fachschule für wirtschaftliche Berufe, die einjährige Haushaltungsssschule und die dreijährige Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik, die bisher vierjährig geführt wurde, betroffen, sodass die Lehrverpflichtungsordnung für städtische Privatschulen einer Anpassung bedurfte. Diese Änderung wurde mit Beschluss des Stadtsenates vom 3. November 1998, Pr.Z. 694/98, genehmigt.
21. Im Rahmen der Veranstaltungen der Stadt Wien werden Gemeindebedienstete als Viennessen verwendet. Seit Jänner 1994 werden die Einsätze der Viennessen durch eine Entschädigung abgegolten.
Die Anforderungen, die in vielfältiger Hinsicht an die Viennessen gestellt werden, und die Erwartungshaltungen, die mit ihrem Auftreten verbunden werden, sind im Laufe der Zeit beträchtlich gestiegen. Dazu gehören im Zusammenhang mit ihren Repräsentationspflichten nicht zuletzt auch besondere Anforderungen im Hinblick auf ein gepflegtes Äußeres. Aus diesem Grund wurden die Entschädigungen mit Beschluss des Stadtsenates vom 16. Juni 1998, Pr.Z. 438/98, erhöht.
22. Des Weiteren wurde von der Abteilung die Bestellung der Mitglieder der Disziplinar- und Disziplinaroberkommission gemäß § 84 DO 1994 vorbereitet. Die entsprechende Genehmigung erfolgte mit Beschluss der gemeinderätlichen Personalkommission vom 1. Juli 1998, PK 465/98.
23. Soweit es durch das Wiener Personalvertretungsgesetz vorgesehen ist, wurden die durch die Abteilung gesetzten Maßnahmen unter Befassung der zuständigen Personalvertretungsorgane getroffen. Hiezu gehören insbesondere auch alle Arbeitszeitregelungen. Beispielsweise hervorzuheben wäre hiebei die Einführung der gleitenden Arbeitszeit für die Bediensteten der neu eingerichteten MA 20.
24. Im Berichtsjahr wurde seitens der Abteilung wieder zu zahlreichen Gesetzentwürfen (Verordnungsentwürfen) im Rahmen der vorgesehenen Begutachtungsverfahren Stellung genommen, soweit unmittelbar oder mittelbar Berührungspunkte zu Personalangelegenheiten der Bediensteten der Gemeinde Wien gegeben waren. Als Beispiele seien Stellungnahmen zu folgenden Gesetzentwürfen angeführt:
Vertragsbedienstetenreformgesetz, Datenschutzgesetz, Änderung des Arbeiterkammergesetzes 1992, ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetz, Ärztegesetz, Neufestsetzung von verschiedenen Mindestlohntarifen, Änderung des Landarbeitsgesetzes, Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz, Bundesgesetz über Ausbildung und Beruf der Sanitäter.
25. Im Berichtszeitraum hat die Abteilung des Weiteren Stellungnahmen zu Verbesserungsvorschlägen im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens abgegeben und war in verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation beratend tätig. Sie hat ferner an verschiedenen von der Magistratsdirektion eingesetzten Arbeitskreisen teilgenommen, in denen beabsichtigte Neukonzeptionen aus der Sicht der allgemeinen Personalangelegenheiten erörtert wurden.
26. Die Abteilung hat ferner an der Jahreskonferenz der beamteten Personalreferenten der Länder, die am 26. und 27. Mai 1998 in Velden stattfand, teilgenommen. Hauptthemen dieser Tagung waren Besoldungsreform, Bundes-Vertragsbedienstetengesetz, Gleichbehandlung, Arbeitszeit sowie EURO-Umstellung.

27. Die Abteilung war außerdem mit Beschwerden nach dem Wiener Personalvertretungsgesetz an die gemeinderätliche Personalkommission befasst, in denen Rechtsverletzungen bei der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen behauptet wurden, da ihr das zur Beschlussfassung der gemeinderätlichen Personalkommission erforderliche Ermittlungsverfahren obliegt.
28. An Routineangelegenheiten sind zu erwähnen:
Beantwortung zahlreicher Anfragen in allgemeinen Personalangelegenheiten; Teilnahme an einschlägigen Amtsbesprechungen; Ermittlung und Meldung der beschäftigten Gesamtzahl und der beschäftigten Behinderten im Rahmen der Handhabung des Behinderteneinstellungsgesetzes; Abschluss von Verträgen mit Gastronomiebetrieben im Rahmen der Aktion verbilligtes Mittagessen sowie laufende Befassung mit Angelegenheiten dieser Aktion; nicht unerwähnt sollte in diesem Zusammenhang bleiben, dass seitens der Abteilung bereits Vorarbeiten zur Vorbereitung auf den Probebetrieb hinsichtlich der zukünftigen Abrechnung der Essensbons durch Private geleistet wurden; Führung von Personalstatistiken; diverse Änderungen bei der Dienstfreistellung von gewählten Personalvertretern; Erstellen von Antwortentwürfen zu einschlägigen Anfragen anderer Gebietskörperschaften, der Verbindungsstelle der Bundesländer, u.a.m.

Personalamt

Der Bedienstetenstand - ohne Saisonbedienstete - betrug mit Stand 31. Dezember 1998 64.720 Bedienstete. Von der Abteilung wurden aufgrund der Personalfluktuation 2.739 Neuaufnahmen durchgeführt. Die Zahl der Aufnahmen von ausländischen Arbeitskräften betrug insgesamt 77 (ohne Saisonbedienstete). Am 31. Dezember 1998 wurden im Magistrat der Stadt Wien 1.250 teilzeitbeschäftigte BeamtInnen sowie 4.565 teilzeitbeschäftigte Vertragsbedienstete beschäftigt. Im Jahr 1998 wurden im Bereich des Magistrates der Stadt Wien insgesamt 3.259 ausländische Bedienstete (davon 282 Bedienstete mit EWR-Staatsbürgerschaft) beschäftigt. Generell wird bemerkt, dass im Berichtsjahr 1998 von einem Personalreferat der Abteilung im Durchschnitt 5.000 Geschäftsfälle erledigt wurden.

Für den Bereich des Magistrates der Stadt Wien ohne die Wiener Stadtwerke wurden im Berichtsjahr 1.127 Dienstunfälle (davon zwei tödliche), für den Bereich der Wiener Stadtwerke 387 Dienstunfälle gemeldet. Es wurden 33 Versehrtenrenten (davon vier Schwerversehrtenrenten), zwei Witwen/Witwerrenten und zwei Waisenrenten gewährt sowie in 36 Fällen ein Versehrtengeld zuerkannt.

1.478 MitarbeiterInnen des Magistrates der Stadt Wien erhielten aus Anlass eines 25-, 40- oder 50jährigen Dienstjubiläums vom Personalamt eine entsprechende Erledigung. Weiters wurden im Berichtsjahr Förderungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen) und Betrauungen/Bestellungen von Ärztlichen DirektorInnen, Abteilungs- bzw. Institutsvorständen sowie Bestellungen zu LeiterInnen des Pflegedienstes bearbeitet.

Im Vergleich zu den Pensionierungen der Vorjahre (1993: 718, 1994: 700, 1995: 892, 1996: 435, 1997: 344) ist eine leichte Erhöhung bei der Anzahl der Ruhestandsversetzungen zu bemerken. So wurden von der Abteilung im Berichtsjahr 516 Pensionierungen bearbeitet, wobei zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung 169 BeamtInnen das Lebensalter von 60 Jahren (1997: 121 BeamtInnen) überschritten haben. Weiters ist festzustellen, dass sich das Pensionsdurchschnittsalter im Vergleich zu den Vorjahren abermals erhöht hat und nunmehr 56,22 Jahre (1997: 55,97 Jahre) beträgt.

Hinsichtlich der Pragmatisierungen ist festzustellen, dass von der Abteilung im Berichtsjahr 812 Pragmatisierungen (1997: 839) positiv bearbeitet und 466 Pragmatisierungsansuchen negativ erledigt werden mussten. Von den durchgeführten Pragmatisierungen beträgt der Anteil der Frauen 52,83 % (1997: 46,96 %).

Im Bewerbungsreferat der Abteilung konnten im Berichtsjahr 5.373 schriftliche Bewerbungen registriert werden, die von den MitarbeiterInnen des Bewerbungsreferates weiterbearbeitet wurden. Weiters wurden durchschnittlich 5.000 persönliche Bewerberinformationsgespräche geführt sowie rund 10.000 telefonische Bewerberauskünfte erteilt.

Mit der 4. Novelle zur DO 1994, der 8. Novelle zu BO 1994, der 4. Novelle zur PO 1995 und der 4. Novelle zur VBO 1995 wurden unter anderem für BeamtInnen und Vertragsbedienstete die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Freijahres geschaffen und die Bestimmungen betreffend den Karenzurlaub (Urlaub gegen Entfall der Bezüge) sowie der Teilzeitbeschäftigungen gemäß § 27 DO 1994 abgeändert. Weiters wurde der § 4 PO 1995 dahingehend erweitert, dass eine Kürzung der Ruhegenussbemessungsgrundlage beim Ausscheiden aus dem Dienststand vor dem 60. Lebensjahr nicht gilt, wenn der/die Beamte/Beamtin zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand dauernd erwerbsunfähig ist. Das (reibungslose) organisatorische Umsetzen der mit Wirksamkeit 1. Jänner 1998 bzw. 1. Mai 1998 in Kraft getretenen Bestimmungen war eine der Hauptaufgaben der Abteilung im Berichtsjahr 1998. In zahlreichen Schulungen und Fortbildungsveranstaltungen, sowie in vielen individuellen Beratungsgesprächen konnte das große Informationsbedürfnis der MitarbeiterInnen der Stadt Wien bewältigt werden.

Im Berichtsjahr 1998 befanden sich 1.825 Bedienstete der Stadt Wien auf Eltern-Karenzurlaub, 562 Bedienstete der Stadt Wien nahmen einen Karenzurlaub (Urlaub gegen Entfall der Bezüge) in Anspruch. Aufgrund der gegenwärtig laufenden Rahmenzeiten darf angenommen werden, dass in den nächsten vier Jahren voraussichtlich 70 Bedienstete der Stadt Wien ein Freijahr konsumieren werden.

Durch den grundsätzlichen Entfall der Vorlage der Heiratsurkunde bei Neuaufnahmen bzw. bei Verehelichungen während des Dienstverhältnisses konnten weitere Verwaltungsvereinfachungen erzielt werden, die den Bediensteten der Stadt Wien im Rahmen einer kundenorientierten Verwaltung zugute kommen. Weiters konnte bei der Ausstellung von Dienstverträgen durch den abteilungsinternen Verzicht auf Zwischenerledigungen (unter der Voraussetzung, dass alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen) eine wesentliche Verfahrensbeschleunigung bewirkt werden.

Im November 1998 übersiedelte die Abteilung in das Amtsgebäude Bartensteingasse. Durch den Umzug konnten die bisherig dislozierten Referate der Abteilung (Bewerbungsreferat, UFG- und WIPIS-Referat) mit der restlichen Abteilung in einem Gebäudekomplex zusammengefasst werden. Im Zuge der Übersiedlung wurde in der Abteilung auch die „Beratungs- und Informationsstelle für Bedienstete der Stadt Wien" eingerichtet, die zur Beantwortung aller dienstrechtlichen Fragen kontaktiert werden kann. Aufgrund der bisherig gemachten Erfahrung muss festgestellt werden, dass diese Informationsstelle bei den Bediensteten der Stadt Wien große Akzeptanz findet.

Besoldungsamt

Nach dem ersten Schritt der Inbetriebnahme des neuen „jahrtausendfähigen" Bezugsverrechnungssystems WIPIS (Wiener integriertes Personalinformationssystem) für die Abrechnung und Zahlung von Pensionsleistungen ab April 1997 und den daraus gewonnenen ersten Erfahrungen wurden 1998 die Vorarbeiten für die wesentlich schwierigere Verrechnung von Aktivbezügen mit erhöhter Intensität fortgesetzt. Zum Zahlungstermin Ende Oktober 1998 erfolgte erstmalig der Einsatz des neuen Systems für die Berechnung der Wiener Landeslehrer. Seither werden damit monatlich über 23.000 Pensionsleistungen und über 12.000 Aktivbezüge abgerechnet. Die bis dato noch mit dem alten (nicht jahrtausendfähigen) Bezugsverrechnungssystem verrechneten Bezüge von monatlich knapp 67.000 werden voraussichtlich ab Mai 1999 mit WIPIS abgerechnet.

Die bis zum Vorjahr anhaltende Tendenz der verlangsamten Zunahme der Verrechnungskonten ist 1998 zu einer echten Verminderung geworden. Der Jahresdurchschnitt liegt nunmehr 0,33 Prozent unter dem des Jahres 1997.

Im Detail ergaben sich für die Bezugsverrechnung folgende Kennzahlen:

Es wurden 30 Funktionäre, 0 Beamte, 1.045 Vertragsarbeiter, 2.588 Vertragsangestellte und 2.710 Saisonarbeiter neu in Verrechnung genommen. 30 Funktionäre, 334 Beamte, 1.452 Vertragsarbeiter, 2.346 Vertragsangestellte und 2.732 Saisonarbeiter sind aus der Verrechnung ausgeschieden. 811 Vertragsbedienstete wurden pragmatisiert und 488 Beamte sind in den Ruhestand getreten.

Am 31. Dezember 1998 wurden im Stand der Abteilung (Klammerausdruck: Anteil der Frauen) 102.157 (66.295) Verrechnungskonten geführt, davon waren 1.234 (401) Funktionäre, 19.162 (14.666) Angestellte, 14.322 (8.761) Arbeiter, 32.177 (17.678) Beamte, 12.062 (9.902) Landeslehrer, 18.871 (11.528) Pensionen-Magistrat und 4.329 (3.359) Pensionen-Landeslehrer. In 2.111 Fällen wurden Fremdpensionen mit der von ha. gebührenden Ruhe(Versorgungs)leistung gemeinsam verrechnet. 2.155 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger des Magistrates und 298 Lehrerpensionisten erhielten Pflegegeld. In 41 Fällen wurden einmalige Geldaushilfen an Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger zuerkannt und dafür S 136.900 aufgewendet. 1.941 Ansuchen auf Gewährung verzinslicher Bezugsvorschüsse an städtische Bedienstete, 58 unverzinsliche Bezugsvorschüsse an Landeslehrer und 34 Gewerkschaftsbaudarlehen an städtische Bedienstete wurden bearbeitet. 542 Ansuchen um verzinsliche Bezugsvorschüsse mussten abgelehnt werden. Im Bereich der Verbote wurden insgesamt rund 30.500 Akte neu bearbeitet. In Evidenz gehalten waren zum 31. Dezember 1998 26.244 sicherstellungsweise Verpfändungen und Zessionen, 9.269 Abzüge von Forderungen und 715 Abzüge von Unterhaltsforderungen. Für die Berechnung und Überweisung einzubehaltender Bezugsteile wurde ein Verwaltungskostenbeitrag in der Höhe von S 652.885 vereinnahmt. Für die Ausstellung von Drittschuldnererklärungen wurden Einnahmen von S 532.000 erzielt.

Die Aufwendungen für 17.956 Dienstreisen betrugen für 2.664 Bedienstete S 20,649.225,69, für Übersiedlungsgebühren (Frachtkostenersatz) waren Kosten in der Höhe von S 110.148 zu verzeichnen. Für Schulveranstaltungen wie Wandertage, Schullandwochen, Skikurse und Exkursionen waren unter dem Titel Reisegebühren S 3,420.440,46 aufzuwenden. Für Veranstaltungen der Verwaltungsakademie, für Kurse und Seminare im Rahmen der dienstlichen Aus- und Weiterbildung bzw. für die Abnahme von Dienstprüfungen wurden an 4.506 städtische Bedienstete Vortragshonorare in der Gesamthöhe von S 31,242.753 ausbezahlt.

Im Bereich Sozialversicherung ergaben sich folgende relevante Daten: Gemäß § 311 ASVG war in 413 Fällen für das Ausscheiden aus dem pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis zur Stadt bzw. zum Land Wien ein Überweisungsbetrag zu entrichten. S 92,778.844,14 war hierfür aufzuwenden. Für 953 Bedienstete, die in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen worden sind, waren gemäß §§ 308 bzw. 311 ASVG Überweisungsbeträge in Gesamthöhe von S 111,931.864,81 zu vereinnahmen. Insgesamt waren für den Personenkreis der Vertragsbediensteten an die diversen Krankenversicherungsträger Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträge in der Höhe von S 4.623,687.999,21 abzuführen.

Vom Bund erhielt die Stadt Wien nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes als Ersatz für die während der Dienstabwesenheit wegen Verkehrsbeschränkung an drei Bedienstete ausbezahlten Bezüge einschließlich der Dienstgeberbeiträge den Betrag von S 46.587,83.

Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien

Die Abteilung ist eine Untersuchungsanstalt nach § 49 Lebensmittelgesetz. Ihr Aufgabenkreis - die Untersuchung von Lebensmitteln und in bestimmten Fällen von Gebrauchsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzes (LMG) - ist in einem Statut geregelt.

Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf Untersuchungen von Lebensmitteln und Begutachtung von amtlichen und privaten Proben nach dem LMG 1975, veterinäramtliche Untersuchungen im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung, die allerdings durch die Schließung des Schlachthofes in Wien - St. Marx sehr stark zurückgegangen sind, sowie Kontrolle von Produkten, Betriebs- und Umweltkontrollen (Wiener Gemüseanbaugebiete, Aktion „ständig kontrolliert" für Betriebe der Lebensmittelbranche) und Begutachtungen für Dienststellen des Magistrates, des Bundes und der Gerichte.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die an die Abteilung zur Untersuchung eingebrachten amtlichen Proben nicht den Querschnitt des Zustandes der in Wien angebotenen Lebensmittel darstellen. Sie sind vielmehr nach Verdachtsmomenten oder besonderen Gesichtspunkten gezogen worden. Somit sind die Untersuchungsergebnisse unter diesen jeweiligen Probenziehungsschwerpunkten zu sehen. 1998 waren dennoch 62,7 Prozent der an die Lebensmitteluntersuchungsanstalt eingebrachten amtlichen Proben nicht zu beanstanden.

Lebensmitteluntersuchungen und Begutachtungen nach dem LMG wurden 1998 bei insgesamt 14.339 Lebensmittelproben tierischer oder nichttierischer Herkunft, die vom Marktamt, Veterinäramt, anderen Institutionen oder privaten Stellen (Herstellern, Händlern, Importeuren) eingesendet worden sind, durchgeführt. Davon waren 11.672 amtliche und 2.627 private Proben sowie 40 amtliche Informationsproben. Die meisten Untersuchungen entfielen auf Fleisch, Fleischwaren, Würste, Fleischkonserven, Geflügel, Fische und Gemüse. Von den 11.672 amtlichen Proben waren 37,3 Prozent zu beanstanden, und zwar als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht oder falsch bezeichnet. Veränderungen gegenüber den Vorjahren sind vor allem bei Fisch (Verdorbenheit), Geflügel (Verdorbenheit und Gesundheitsschädlichkeit wegen Fäulnis), Fetten (Verdorbenheit durch Fritter) und Würsten (Verfälschung) festzustellen. Die Nachweisgrenzwerte der Untersuchungen sinken ständig, daher entstehen an die Untersuchungsmethoden und an den Gesamtaufwand der Anstalt entsprechend höhere Anforderungen. Die Analysengenauigkeit wird ständig gehoben und stellt nicht zuletzt unter dem Blickwinkel der Qualitätssicherung eine unumgängliche Notwendigkeit dar. Die einzelnen analytischen Werte werden täglich mehrfach mit Standards verglichen. Alle Untersuchungen werden in echter Doppelbestimmung durchgeführt, chemische Beanstandungen von Fleischwaren durch Vierfachuntersuchung abgesichert.

Im Bereich der biochemischen Analytik verstärkt die Lebensmitteluntersuchungsanstalt die künftig immer höhere Bedeutung erlangenden molekularbiologischen Untersuchungen auf Genmanipulation (Polymerase-Chain Reaction).

Der Nachweis von für den Menschen eine gesundheitliche Gefahr darstellenden Keimen in Lebensmitteln ist ein Hauptaufgabenbereich der mikrobiologischen Untersuchungen. Zu den bekannten „klassischen" Lebensmittelvergiftern kommen immer wieder neue dazu. Vor einigen Jahren waren es Campylobacter und Yersinien, heute sind es die toxinbildenden Arten von Escherichia coli (1998: 100 Fälle), von denen wegen seiner bei Kleinkindern nierenschädigenden Wirkung gefürchtete Stamm O 157 (EHEC), der bislang nur im Ausland beobachtet worden war, seit kurzem auch in Österreich nachweisbar ist.

Der Nachweis von Salmonellen stieg 1998 im Bereich der amtlichen Lebensmittelproben leicht an, daher bleibt nach wie vor festzustellen, dass zur Vermeidung von Schmierinfektionen sowohl bei der Verpackung als auch bei der küchenmäßigen Arbeit unbedingt auf geeignete Hygienemaßnahmen zu achten ist.

Steigende Bedeutung im Aufgabenbereich der Abteilung nehmen die Bereiche Lebensmittelhygiene und Lebensmittelberatung von Konsumenten ein. Spezielle Kontrollen von Großküchen und Lebensmittelbetrieben erfolgen im Einvernehmen mit dem Marktamt und dem Gesundheitsamt der Stadt Wien. Die beiden Mitarbeiter der Wiener Lebensmittelberatung (Tel. 4000/8038) der Abteilung beantworteten im Jahre 1998 insgesamt 3.003 Anrufe über diverse aktuelle Themen. Die meisten Fragen bezogen sich auf die Haltbarkeit von Lebensmitteln, die Lagerbedingungen, Zusatzstoffe und Farbstoffe, sowie Campylobacter-Infektionen des Geflügels.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien arbeitet seit jeher intensiv an der Erstellung des österreichischen Lebensmittel - Codex in einer Reihe von Unterkommissionen, sowie auch in Fachausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes mit.

Die Erfahrungen und speziellen Kenntnisse der Anstalt werden regelmäßig durch Vortragstätigkeit, Veranstaltungen anderer Dienststellen sowie der Verwaltungsakademie genutzt. So wird auch ein Teil des ärztlichen Physikatskurses an der Lebensmitteluntersuchungsanstalt gehalten. Auf mehreren Fachtagungen, z.B. an der Veterinärmedizinischen Universität Wien, Veterinärmedizinischen Fakultät Brno, der Bundeswirtschaftskammer oder für die Österreichischen Ärztekammer war die Lebensmitteluntersuchungsanstalt durch Referenten zu Themen der Lebensmittelhygiene eingeladen.

Die Audits zur Akkreditierung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Qualitätsmanagements nach EN 45001 sind termingemäß und erfolgreich verlaufen. Die EU verlangt, dass alle Lebensmitteluntersuchungsanstalten mit gleichen Methoden und unter gleichen Bedingungen arbeiten, denn damit können Befunde dieser Anstalten europaweite Geltung haben und der Konkurrenz standhalten. Daher ist die Akkreditierung somit eine wesentliche Voraussetzung für das Weiterbestehen der Anstalt in der EU.

Zentraler Einkauf

Der Abteilung obliegt die Bedarfsprüfung und die Beschaffung bzw. die Instandhaltung der von den städtischen Dienststellen benötigten Güter und Dienstleistungen, soweit nicht durch die Geschäftseinteilung und den Erlass der Magistratsdirektion über Spezialerfordernisse diese Aufgaben einzelnen Dienststellen überlassen werden. Im Rahmen des Einkaufes wird zur Versorgungssicherung und Rationalisierung bei der Zustellung der Waren in 21, Oswald-Redlich-Gasse 9, ein Zentrallager betrieben. An diesem Standort wird auch der Werkstättenbetrieb geführt. Weiters werden für die Magistratsdirektion - Hilfsmaßnahmen ein Lager in 3, Viehmarktgasse 4, in welchem Gebrauchsgüter für die Flüchtlingshilfe gelagert werden und für die MA 11 in 21, An der oberen Alten Donau, ein Lager für gebrauchte Kindergartenmöbel verwaltet. Die Druckerei befindet sich in 3, Am Modenapark 1 - 2.

Insgesamt sind 159 Bedienstete in der Abteilung beschäftigt. Dazu kommen 6 Bürokaufmannslehrlinge.

Die für den Zentralen Einkauf anfallenden Einnahmen und Ausgaben werden auf einem betriebsmäßig verrechneten Ansatz budgetiert. Darüber hinaus wird von der Abteilung noch der Ansatz für den allgemeinen Sachaufwand verwaltet.

Der Gesamtumsatz einschließlich Altmaterialverkauf betrug 1998 rund 1,1 Milliarden Schilling ausschließlich Umsatzsteuer. Durch die Zusammenfassung des magistratsweiten Bedarfes und die damit verbundene Ausschreibung von großen Mengen, sowie teilweise durch den Einkauf direkt beim Produzenten werden je nach Warenart Preisnachlässe bis zu 60 Prozent erzielt. Wenn man nur von einer durchschnittlichen Einsparung von 30 Prozent ausgeht, so ergibt dies 330 Millionen Schilling pro Jahr. Zu diesem beträchtlichen wirtschaftlichen Vorteil des zentralen Einkaufs kommt noch die Ersparnis beim Personalaufwand, welcher nach einer Untersuchung der MD-VO bei einem dezentralen Einkauf gegenüber einem zentralen Einkauf zwischen 3- und 8-mal höher wäre.

Beim zentralen Einkauf ist überdies die seit längerer Zeit erhobene Forderung nach Trennung der Funktionen von Einkauf und Kontrolle der Leistung bei der Übernahme bereits erfüllt. Dazu kommen die Vorteile, die sich aus der Lagerhaltung für einen Umsatzanteil von rund 90 Millionen Schilling ergeben, durch die jederzeitige Verfügbarkeit der Lagerwaren, sowie durch die Umweltfreundlichkeit und Rationalisierung der Auslieferungen, da z.B. bei der Büromaterialauslieferung anstelle einer Vielzahl von Zulieferungen durch verschiedene Firmen nur eine Zulieferung durch das Zentrallager erfolgt. Bei Lagerwaren gibt es überdies besonders große Preisvorteile, auch unter Einbeziehung der Lagerkosten.

Die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte ist ein wichtiger Teil umweltbewussten Verhaltens. Neben den eigentlichen Produkten wird auch die Verpackung sowie die Entsorgung bzw. mögliche Wiederverwertung in die Bewertung einbezogen.

Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, welche ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich aufgrund von Empfehlungen des Kontrollamtes bzw. der MA 5 von der Abteilung beraten und müssen auch Kostenvoranschläge bzw. Rechnungen zur Prüfung der angemessenen Preise vorlegen. 1998 betrug der Gesamtumsatz in diesem Bereich rund 72 Millionen Schilling. Hiefür ist ein erheblicher Zeitaufwand erforderlich. Die Hilfe der Abteilung wird von den betreuten Institutionen geschätzt, da durch die Ausnützung der Preisvorteile der Abteilung wesentliche Einsparungen erzielt werden.

Eine weitere umfangreiche Aufgabe ist die Verwertung des Altmaterials. 1998 wurden 326 Skartierungen durchgeführt, zum Teil auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens. Skartierte Gegenstände werden entweder ab Lagerort oder im Zentrallager oder über das Dorotheum verkauft.

Vom Werkstättenbetrieb der Abteilung wurden für Schlichtungsverfahren bei den Magistratischen Bezirksämtern 196 Gutachten über den Wert von Wohnungsinventar erstellt.

EDV-unterstütztes Lagerwarenprogramm:

Durch die Umorganisation der MA 17-Wiener Wohnen ab Anfang 1998 entstand eine wesentliche Mehrarbeit bei der Zustellung von Lagerwaren, da statt an 100 Hausinspektorenkanzleien an 3.900 städtische Hausbesorger ausgeliefert werden muss. Weiters wurde von der MA 17 eine neue objektbezogene Rechnungslegung verlangt.

Durch den raschen Einsatz eines EDV-unterstützten Lagerwarenprogrammes sollte der administrative Mehraufwand in der Abteilung abgefangen und über eine EDV-Schnittstelle die Arbeit in den zuständigen Buchhaltungsabteilungen vereinfacht werden. Das Projektziel wurde termingerecht 1998 erreicht. Dazu musste rasch ein geeignetes EDV-Lagerwarenprogramm gefunden, die notwendigen Genehmigungen eingeholt, die technischen Voraussetzungen für den Einsatz der Software geschaffen und mit dem Programmierer eine Schnittstelle installiert werden, die eine EDV-mäßige Weiterverrechnung durch die zuständigen Buchhaltungsabteilungen ermöglicht.

Ab Juli 1998 konnte ein für die Abteilung adaptiertes Lagerwarenprogramm installiert und mit der Eingabe der notwendigen Stammdaten begonnen werden. In der ersten Phase wurden bis Dezember 1998 1.940 Lieferaufträge mit jeweils rund 50 Positionen über das neue Programm abgewickelt und fristgerecht durch das Zentrallager ausgeliefert sowie bis Ende Dezember 1998 abgerechnet. Durch den Einsatz dieses EDV-Programmes konnte die Mehrarbeit auf dem administrativen Bereich ohne zusätzliches Personal bewältigt und die Arbeit in den zuständigen Buchhaltungsabteilungen vereinfacht werden.

Für die Stadt Wien entstehen keine Mehrkosten, da die Kosten der Logistik auf die Mieter der MA 17 überwälzt werden. Die Mieter haben überdies den Vorteil der sehr günstigen Preise der Abteilung, die einschließlich Hauszustellung deutlich unter den Marktpreisen ohne Zustellung liegen. Z.B. kostet eine Glühlampe 40 Watt bei der Abteilung S 4,52, Marktpreis über S 12; eine Leuchtstofflampe 36 Watt S 25,81 (einschließlich Entsorgungsbeitrag S 3,48), Marktpreis S 77 zuzüglich S 10 Entsorgungsbeitrag.

Warengruppe 1: Lebensmittel

Insgesamt wurden Lebensmittel um einen Betrag von S 86,940.100 eingekauft. Die städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime erhielten Lebensmittel um S 19,649.700. Für die MA 12 - Bosnienhilfe wurden Lebensmittel im Gesamtwert von S 1,777.400 und für die MA 56 - Schulverpflegung im Werte von S 64,380.000 gekauft. Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten anlässlich des Weihnachtsfestes Lebensmittelpakete im Werte von S 587.800. Für die Weihnachtsfeiern in den Pensionistenklubs wurden Weihnachtsstollen und Briocheblocks im Wert von insgesamt S 332.000 beschafft, sowie für Faschingsfeiern Krapfen im Wert von S 64.900. Die Pensionistenklubs für den 2. und 23. Bezirk wurden mit Jausengetränken im Wert von S 148.300 versorgt. Für die Versorgung der Dienststellen mit Verbandsstoffen und Medikamenten im Rahmen der „Ersten Hilfe" wurden S 879.200 ausgegeben.

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergab wieder unterschiedliche Preisbewegungen. Von Preiserhöhungen betroffen waren vor allem Ananaskompott, Feinkostsuppen, Fleischkonserven, Frittierfett, Fruchtcocktail, Halbfertigprodukte, Mahlprodukte, Orangensaft, Saucen, Sonnenblumenöl und Tomatenmark.

Dem gegenüber stehen Preisreduktionen bei Bohnenkaffee, Diabetikermarmelade, Einfruchtmarmelade, Eierbiskotten, Essig, Kartoffelpürree, Marillen-, Pfirsich- und Preiselbeerkompott, Reis, Rosinen, Teigwaren und Zwetschkenröster.

Gleich bleibende Preise ergaben sich bei Apfelmus, Fruchtsirupe, Instantkakao, Margarine, Portionsmarmelade, Rindsuppenpulver, Rum, Salate, Salz, Senf, Suppeneinlagen, Trockenmilchpulver und Zuckeraustauschstoffe.

Es wurden 9.500 Bestellungen bearbeitet.

Folgende Lebensmittel wurden eingekauft:

	Im Wert von Schilling
Backhilfen	126.800
Backwaren	911.700
Basisprodukte	239.600
Desserts	402.500
Diabetiker Süßstoffe	208.500
Essig	98.600
Feinkostsuppen	460.700
Fischkonserven	41.700
Fleischkonserven	174.100
Frittierfette	357.100
Fruchtsäfte	1,451.400
Gemüse	135.300
Gewürze	224.700
Getränke mit Kohlensäure	108.600
Halbfertigprodukte	251.400
Honig	119.700
Hülsenfrüchte	36.000
Bohnenkaffee	779.300
Kaffee-Ersatz	725.100
Kakao	89.700
Kartoffeldauerprodukte	156.300
Kindernährmittel	8.800
Kompotte	1,725.500
Margarine	708.400
Marmelade	1,342.600

Mahlprodukte	394.300
Majonäse	7.000
Reis	403.400
Reformkost	378.600
Rum	104.700
Salate	43.800
Salz	75.600
Saucen	23.800
Samen- und Schälprodukte	35.700
Schokoladewaren	521.000
Senf, Kapern	47.200
Speiseöle	568.300
Stärkeprodukte	34.500
Suppeneinlagen	691.700
Suppenwürze	98.000
Suppenpulver	154.300
Tee	1,068.100
Tomatenprodukte	118.900
Trockenfrüchte	342.400
Trockenmilch	282.300
Teigwaren	1,407.400
Zitronensäure	2.800.
Zucker	1,868.400
Zwieback, Biskotten	93.400
MA 12 - Bosnienhilfe	1,777.400
Schulverpflegung für MA 56	64,380.000
MA 12 - Pensionistenklubs	545.200
Sozialaktionen für Bedürftige	587.800
Gesamtsumme	86,940.100

Warengruppe 2: Textilien und Leder

Für die städtischen Dienststellen wurden im Berichtszeitraum Waren bzw. Lohnarbeiten im Wert von S 79,448.267 laut folgender Aufstellung eingekauft:

Fertigwaren:			Schilling
6.200	m	Woll- und Mischgewebestoffe	548.400
7.402	Stück	Säuglings- und Kinderdecken	674.250
13.700	m	Leinenstoffe	641.190
57.503	m	Baumwollstoffe	2,267.420
41.016	Stück	Frotteewaren	1,190.410
173.000	Stück	Windeln	2,012.280
5.046	m	Futter und Einlagestoffe	149.750
5.299	kg	Garne, Spagate, Seile, Wolle	997.580
283.925	m	Litzen, Bänder, Gurten, Schnüre	348.510
		Zwirne, Schlingwolle, Nähseide	608.455
		Nadlerwaren, Reißverschlüsse	353.295
53.080	Stück	Knöpfe und Abzeichen	169.137
133.299	Stück	Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche)	8,331.500
13.707	Paar	Socken, Strümpfe, Strumpfhosen Handschuhe und Hosenträger	543.050
35.828	Stück	fertige Berufsbekleidung	8,325.237
15.714	Stück	fertige Wäsche	1,810.792
5.954	Stück	fertige Oberbekleidung	8,959.439
		Textilien	2,275.770
2.326	Stück	Pölster und Steppdecken	339.710
		Vorhangstoffe	4,198.240
		Teppiche	580.817
		Möbelstoffe	53.130
		Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe	5,949.190
		Lederwaren, Leder in Stück	1,079.150
3.022	Stück	Regen- und Kälteschutzbekleidung	1,162.630

3.641	Stück	Dienstkappen	531.998
1.294	Stück	Fahnen	1,037.824
		Arbeitsschutz	2,327.970
5.262	Stück	Schaumstoffmatratzen	619.450
Konfektionierung:			
2.304	Stück	Oberbekleidung	1,343.513
4.000	Stück	Wäsche und Berufsbekleidung	87.810
		Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen)	5,413.019
		Reinigung von Vorhängen, Decken, Fahnen, Teppichen, Polstermöbeln und Uniformen	2,145.961
		Wäschereinigung für diverse Magistratsabteilungen	10,389.695
		Reparaturen von Taschen	12.280
		Überprüfung der Preisangemessenheit einschließlich Beratungen	1,969.415
Gesamtsumme			79,448.267

Durch den periodischen Einkauf der einzelnen Magistratsabteilungen ist der Umsatz im Jahr 1998 leicht gesunken. Die Reduktion war besonders wirksam bei Leinenstoffen, Zwirnen und Nadlerwaren. Seitens der MA 56 wurden von diesen Stoffen und Materialien weniger eingekauft. Weiters wurden weniger Säuglings- und Kinderdecken, Knöpfe und Abzeichen, Säuglingsartikel, Socken und Strümpfe eingekauft.

Die Menge von fertiger Berufsbekleidung und Schaumstoffmatratzen ist ebenfalls gesunken. Weiters hat sich der Umsatz bei Vorhangstoffen, Teppichen und Tapeziererarbeiten reduziert. Die Konfektionierung von Oberbekleidung und Berufsbekleidung bzw. Wäsche hat sich verringert. Dafür ist die Menge der Fertigeinkäufe gestiegen.

Durch den periodischen Einkauf erhöhten sich die eingekauften Mengen bei Woll- und Mischgewebestoffen (durch die MA 68 - Feuerwehr) und Baumwollstoffen (MA 56). Weiters erhöhte sich der Bedarf an Windeln, Futter- und Einlagestoffen, Garnen, Spagaten, Wollen und fertiger Oberbekleidung. Die Menge der eingekauften Dienstkappen und Fahnen hat sich erhöht, wobei die wesentlich erhöhte Fahnenmenge auf den vermehrten Bedarf der MA 17 zurückzuführen ist. Auch bei den Arbeitsschutzartikeln haben sich die Menge und der Umsatz erhöht. Diese Artikel nehmen durch eine gesteigerte Sensibilität in diesem Bereich weiterhin zu. Auch diverse Artikel, die unter „Textilien" zusammengefasst wurden, wie Windelhosen, Kunstleder und Rucksäcke usw. wurden vermehrt gekauft.

Die Preise von Unterwäsche sind 1998 bis zu 10 Prozent gestiegen. Für Schuhe, Lederwaren und Teppichreinigung beträgt die Preiserhöhung 3 Prozent. Um 2 Prozent sind die Preise für Säuglings- und Kinderdecken, Futter- und Einlagestoffe, Pölster und Steppdecken, Arbeitsschutz, Vorhangreinigung und Wäschereinigung gestiegen. Um 1 Prozent sind die Preise bei Leinen, Baumwollstoffen, Frotteewaren und fertiger Oberbekleidung gestiegen.

Gleich geblieben sind die Preise für Garne, Spagate, Seile, Wollen, Bänder, Gurten, Zwirne, Schlingwolle, Nähseide, Nadlerwaren und Reißverschlüsse, Socken, Strümpfe, fertige Wäsche, Regenbekleidung, Dienstkappen, Fahnen, Taschen, Reparaturen und für die Konfektionierung von Oberbekleidung bzw. Wäsche und Berufskleidung.

Gesunken sind die Preise für Windeln (-1 %), Schaumstoffmatratzen (-1 %) und Bekleidung für Reinigungspersonal (-30 %).

Für die MA 11 wurden 7.898 Säuglingswäschepakete und 5.044 Kleinkinderwäschepakete, zusammen 12.942 Pakete ausgegeben. Das ergibt sohin eine wesentliche Verminderung gegenüber 1997.

Warengruppe 3: Wirtschaftswaren und Dienstleistungen

1998 wurden Wirtschaftswaren aller Art und Dienstleistungen (Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfungen, Transporte und Autobusbeistellungen) im Gesamtwert von S 212,772.330 eingekauft.

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel	19,492.179
Streusalz, künstliche Streumittel	3,330.402
Chemikalien und chemische Produkte	5,931.379
Eisen- und Haushaltsartikel	16,617.633
Geschirr aller Art, Küchengeräte	6,424.663
Glüh- und Leuchtstofflampen, Sicherungen	12,736.495
Elektrowaren	3,997.110
Gummiwaren, Beregnungsmaterialien	1,695.000
Holzwaren	4,585.388
Bürsten, Besen, Pinsel, Reinigungsmaterialien	15,514.530
Maschinen, Werkzeuge, Messgeräte	20,439.967
Waagen, Ankauf und Reparatur	151.933
Spielwaren und Beschäftigungsmaterial	15,899.574
Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfung, Entwesung	46,658.255
Transporte, Autobusbeistellungen	14,700.380

Kunststoffartikel, Kunststoffsäcke und -folien	16,100.302
Diverse Waren	1,997.140
Summe	206,272.330
+ Vereine, Institutionen	6,500.000
Gesamtsumme	212,772.330

Im Vergleich zum Vorjahr gab es unter anderem Umsatzrückgänge bei Streusalz und künstlichen Streumitteln (10,5 Millionen Schilling), bei Maschinen und Werkzeuge (3 Millionen Schilling), bei Spielwaren und Beschäftigungsmaterialien (3,7 Millionen Schilling) und bei Transporten und Autobusbeistellungen (2 Millionen Schilling).

In einigen Bereichen gab es dafür starke Umsatzzuwächse, wie bei Geschirr aller Art und Küchengeräten (3,5 Millionen Schilling), bei Glüh- und Leuchtstofflampen (7,7 Millionen Schilling), bei Holzwaren (2,5 Millionen Schilling), bei Bürsten, Besen und Reinigungsmaterialien (3,5 Millionen Schilling), bei Reinigungsarbeiten (8 Millionen Schilling) sowie bei Kunststoffartikeln und Kunststoffsäcken (4,5 Millionen Schilling).

Die Belieferung der Hausbesorger der MA 17 - Wiener Wohnen mit Materialien wurde ausgeweitet, unter anderem wurden zusätzlich Lampen und Beregnungsmaterialien ins Lagerprogramm aufgenommen.

Zur Versorgung der Flüchtlinge im Rahmen der Bosnienhilfe wurden Waren im Gesamtwert von rund S 50.000 eingekauft.

In mehreren neuerbauten Schulen, die mit September 1998 ihren Betrieb aufnahmen, wurden Teile der Reinigungsarbeiten an Privatfirmen vergeben.

Für diverse Institutionen, die von der Gemeinde Wien Subventionen erhalten, wurden Beratungen und Preisprüfungen im Gesamtwert von rund 6,5 Millionen Schilling durchgeführt.

Warengruppe 4: Papier- und Bürobedarfsartikel, technische Zeichenerfordernisse, Bücher, Zeitschriften, Abonnements, Büromaschinen und Zubehör, Druckaufträge und Stampiglien, Vervielfältigungen und Buchbinderarbeiten

Der Gesamtumsatz der Warengruppe 4 betrug 1998 S 145,260.944.

Von dem angekauften Papier im Werte von S 24,850.550 entfallen auf holzfreies Schreib- und Druckpapier 784.880 kg, mittelfeines Schreib- und Druckpapier 29.770 kg, Recycling-Druckpapier 496.870 kg, auf Kartone und Deckel 78.690 kg, auf Packpapier 21.290 kg, auf Hygienepapier und Putzpapier 544.890 kg. Es wurden insgesamt 1,634.200 Schulhefte zu einem Betrag von S 2,410.330 angekauft, davon sind 735.000 aus Recyclingpapier hergestellt und 899.200 Hefte aus Bio-Top-weißem Schreibpapier erzeugt worden. Die Preise von holzfrei gestrichenen Papieren und Kartonen wurden ab 1. Oktober 1998 zwischen 6 und 8 Prozent erhöht.

Für diverse Bürobedarfsartikel (z.B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummis, Briefordner, Papiersäcke und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw.) wurden S 16,124.466 aufgewendet. Für 690 Papierhandtuchspender wurde ein Betrag von S 102.940 ausgegeben.

Für die 28 Dienststellen wurden technische Zeichenmaterialien um S 328.890 eingekauft: Tuschezeichner, Ersatzkegel für Tuschezeichner, Bleistifte, Feinminenstifte, Buntstifte in verschiedenen Farben, Dreiecke, Geodreiecke und Technische Zeichendreiecke, Prismenmaßstäbe, Schriftschablonen, diverse Schablonen, Skizzenpapier und Transparentpapier, Radierer, Anlegeschienen, Lineale bzw. Kurvenlineale, Zeichentusche, Faserschreiber, Zirkel, Millimeterpapier, Selbstklebefolien, Zeichenfolien, Klebebänder, "Zippel" Zeichnungs-Einzelaufhänger, Cutter und Ersatzklingen usw.

Es wurden 122.173 Bücher, Broschüren, Lehrbehelfe, Setzkästen, Rechenschachteln, Arbeitsblätter, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter u.a. zu einem Betrag von S 7,355.018 angekauft. Die Ausgaben für Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahresbücher, Amtskalender usw. betrugen S 11,122.128. Für die Übersetzeraufträge wurde ein Betrag von S 1,076.410 ausgegeben.

Für den Ankauf von Büromaschinen einschließlich Zubehör und Verbrauchsmaterial wurde ein Betrag von S 3,858.684 aufgewendet: 132 Schreibmaschinen, 236 Tischrechner, 187 Taschenrechner, 157 Diktiergeräte, 94 Papierschneidemaschinen, 22 Beschriftungsgeräte, 32 Aktenvernichter, 1.540 Beschriftungsbänder, 4 Falzmaschinen, 42 Laminiergeräte, 8 Bindemaschinen, 12 Stanz- und Bindegeräte, 8 Perforiergeräte, 2 Elektrohefter, 2 Kopiervervielfältiger, 1 Elektrische Lochpresse, 1 Polaroid-Kamera, 5 Farbbandkassetten und Korrekturbänder, diverses Verbrauchsmaterial (Toner usw.), diverses Zubehör (Typenräder, Minikassetten usw.)

Die Ausgabe für Reparaturen und Wartung für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen beliefen sich auf S 988.809. Beratung und Überprüfungen der Preisangemessenheit für Ankäufe von Büromaschinen und Büroartikeln von Vereinen, welche von der Stadt Wien subventioniert werden, wurden im Gesamtwert von rund S 700.000 durchgeführt.

Das Kopiervolumen betrug 104,270.781 Kopien zu einem Gesamtbetrag von S 18,557.400. Der durchschnittliche Kopienpreis beträgt sohin rund S 0,18 pro Kopie.

Es wurden 2.048 Druckaufträge vergeben, davon 487 an das Gewerbe und 1.561 an die hauseigene Druckerei.

Die 487 Aufträge an das Gewerbe ergaben einen Umsatz von S 26,157.935. Die Druckkosten sind ab 1. April 1998 um 2,22 Prozent gestiegen. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren sind 1.034 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von S 1,018.718 vergeben worden.

Von den 467 Buchbinderaufträgen wurden 155 Aufträge an die hauseigene Buchbinderei und 312 Aufträge an das Gewerbe vergeben, letztere zu einem Gesamtbetrag von S 3,462.656. Die Preise für Buchbinderarbeiten und Kartonagenerzeugung erhöhten sich ab 1. Juli 1998 um 2 Prozent.

Für Prüfberichte der MA 15 - Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin wurden 785 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von S 5,125.585 angewiesen.

Die hauseigene Druckerei und Buchbinderei berechnete für 2.786 Druck-, Vervielfältigungs- und Buchbinderaufträge S 22,020.425.

Warengruppe 5: Feste und flüssige Brennstoffe, Feuerlöscher

Durch die ungewöhnlich warme Witterung in der Heizperiode im Jahr 1998 und durch weitere Umstellungen auf Fernwärme war bei Heizöl leicht ein Mengenrückgang von 25 Prozent und bei Ofenheizöl ein solcher von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Im Laufe des Jahres 1998 fielen die Preise bei Heizöl leicht um 21 Prozent, bei Ofenheizöl um 13 Prozent. Bei den festen Brennstoffen fielen die Preise hingegen bei Koks um 1,6 Prozent, bei Braunkohle um 2,7 Prozent und bei Holz um 1,3 Prozent.

An Brennstoffen wurden 11 Tonnen polnische Steinkohle, 2 Tonnen Schmiedekohle, 8 Tonnen Rekord Briketts, 15 Tonnen Hüttenkoks, 8 Tonnen Brennholz, 1 Tonne Sägespäne, 5.465 Tonnen Heizöl leicht und 621.994 Liter Ofenheizöl angeschafft. Der Aufwand betrug hiefür S 18,974.000.

Für den Ankauf und die Reparatur von Feuerlöschern wurden S 9,771.000 aufgewendet.

Für Fernwärmelieferungen der Fernwärme Wien Ges.m.b.H. an diverse Dienststellen wurden rund S 38,537.000 aufgewendet. An Stromkosten für diverse Dienststellen wurden S 40,526.000 und für Erdgaslieferungen der Wiener Stadtwerke S 6,263.000 verrechnet. Der Gesamtumsatz betrug sohin S 114,071.000.

Warengruppe 6: Möbel, Schulbedarf und Altmaterialverwertung

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime wurde fortgesetzt. Generell ist zu bemerken, dass die Auswahl der optimalen Innenausstattungen im Spannungsfeld von Nutzeranforderungen, räumlichen Vorgaben und beschränkten Mitteln oft schwierig ist. Fünf Außenbeamte der Abteilung unterstützen und beraten die Dienststellen. Sie haben auch die Entscheidung zu treffen, ob Einrichtungsstücke noch repariert werden sollen oder eine Neuanschaffung wirtschaftlicher ist. Eine weitere Aufgabe dieser Außenbeamten war die Teilnahme an den Skartierungsverhandlungen, auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens.

Größere Einzelprojekte waren die Übersiedlung der MD-VO - Zentrale Poststelle, die Übersiedlung der MA 18 und der MA 21C und die dadurch notwendigen Ergänzungen der Möblierung. Für die Übersiedlung der MA 2 waren neue Stahlregale für die gesamten Personalakten sowie Büromöbel anzuschaffen.

Neu einzurichten waren die neu gegründete Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung und die Kindertagesheime in 12, Stranitzkygasse 15, 15, Pilgramgasse, 2, Obere Augartenstraße, und 2, Kleine Sperlgasse.

In Jugendämtern und Mutterberatungsstellen wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Interessant war die Ausstattung von Wohngruppen in Privathäusern sowie der Heime für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf die familiengerechte Ausstattung der Gruppenräume.

Für das Sozialamt waren soziale Stützpunkte und Beratungsstellen einzurichten. Außerdem wurde das Inventar einiger Pensionistenklubs überholt oder erneuert.

Reparaturen fielen wieder in großer Menge an und wurden größtenteils durch die Tischlerei der Abteilung erledigt.

Für die MA 17, 42 und 52 wurden für Garten- und Parkanlagen Tische, Bänke und Sitzkombinationen beschafft.

Die Schulen wurden mit dem notwendigen Mobiliar für Alt- und Neubauten versorgt. Weiters wurden Lehr- und Lernmittel angeschafft. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von S 18,621.140 vergeben.

In verschiedenen Amtshäusern wurden desolate Möbel ausgetauscht bzw. repariert, wobei häufig EDV-gerechte Arbeitsplätze zu schaffen waren.

Die Preiserhöhungen hielten sich im Rahmen: Holzmöbel stiegen um rund 1,8 Prozent, Metallmöbel um rund 2,2 Prozent.

Umsatz der Warengruppe 6:	Schilling
Möbel für Kindertagesheime, Krankenanstalten, Pflegeheime, Werkstätten, Büros usw.	73,147.000
Schulmöbel, Lehr- und Lernmittel	93,633.472
Reparatur von Schulmöbeln und Lehrmittel	18,621.140
Lagerwaren, Musikinstrumente und generalreparierte Möbel	21,263.601
391 durchgeführte Preisprüfungen	37,002.616
Gesamtsumme ohne Verkauf von Altmaterial	243,667.829
Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug	5,139.015
Entsorgung für 338.492 kg Altpapier kostete	549.361

Warengruppe 7: Baustoffbeschaffung

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Leistungen (Verlege- und Montagearbeiten usw.) und Lieferung von Baustoffen aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. Engpässe traten in dem genannten Zeitraum keine auf.

Es wurden Baumaterialien mit einem Gesamtwert von S 188,314.000 gekauft.

Die angeschafften Materialien setzten sich wie folgt zusammen:

	Millionen Schilling
Metall und Eisen	25,3
Kanalguss	16,6
Diverse Metall- und Gusseisen	2,7
Schließanlagen	7,3
Gehwegplatten	6,3
Fallschutzplatten	1,8
Verbundsteine	2,4
Parkbänke und Streugutbehälter	2,3
Diverse Baustoffe für den Straßenbau	9,7
Farben und Lacke	1,9
Fenster und Türen	4,3
Holzboden	5,7
Jalousien	3,0
Linol- und Kunststoffboden	3,9
Diverse Natursteine	1,5
Diverse Holzplatten	3,5
Granitrandsteine	7,6
Schnittholz	4,0
Straßenschotter und Recyclingmaterial	26,8
Spielsand	5,1
Hängedecken	3,6
Zement	16,0
Diverse Baumaterialien	7,0

Die hautpsächlichen Bedarfsträger waren:	Schilling
MA 11 - Amt für Jugend und Familie	1,698.000
MA 17 - Wiener Wohnen	5,738.000
MA 23 - Amtshäuser	32,291.000
MA 24 - Hochbau	2,877.000
MA 28 - Straßenbau	35,190.000
MA 30 - Kanalisation	14,396.000
MA 31 - Wasserwerke	17,344.000
MA 42 - Stadtgartenamt	11,743.000
MA 43 - Städtische Friedhöfe	3,365.000
MA 44 - Städtische Bäder	2,665.000
MA 45 - Wasserbau	1,205.000
MA 48 - Straßenreinigung und Fuhrpark	19,220.000
MA 49 - Forstamt	2,238.000
Abteilung - Zentraler Einkauf - Zentrallager	2,332.000
Diverse Vereine	1,077.000

Krankenanstaltenverbund	31,928.000
Sonstige Abteilungen und Unternehmungen	3,007.000
Gesamtsumme	188,314.000

Unberücksichtigt sind jene Lieferungen und Leistungen, welche diverse Abteilungen direkt mit den Vertragsfirmen der Abteilung abwickeln.

Die Abteilung ist ständig bemüht, den aktuellen Wissensstand durch Teilnahme und Mitarbeit an Normensitzungen über umweltfreundliche Produkte zu erweitern (Holzschutzmittel, wasserverdünnbare Lacke, Linoleum, Entsorgung von Behältern usw.) und entsprechende Produkte auszuschreiben und anzukaufen. Diese Produkte werden im verstärkten Ausmaß den Abteilungen empfohlen.

Zentrallager

Der Umsatz an Lagerwaren betrug rund S 90,616.181. Insgesamt wurden 16.721 Aufträge bearbeitet, die sich aus 14.777 Warenausfolgungen, 1.910 Warenrückgaben und 34 Skartierungsabgaben zusammensetzten.

1998 war der Beginn einer beträchtlichen Aufgabenerweiterung: Durch eine Umorganisation im Bereich der MA 17 - Wiener Wohnen wurden 2.047 Hausbesorger direkt mit den benötigten Wirtschaftswaren durch das Zentrallager beliefert. Für 1999 ist eine 2-malige Belieferung sämtlicher rund 3.900 Wiener Hausbesorger vorgesehen.

Der Umsatz des Altwarenverkaufes betrug rund S 843.762. Aus der Vermietung von gebrauchten Gegenständen wurden S 7.422 eingenommen. An entsorgungspflichtigen Materialien wurden 29.877 Stück Leuchtstoffröhren sowie 996 kg Batterien übernommen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

Vom Werkstättenbetrieb wurden 718 Aufträge ausgeführt, wobei ein Umsatz von rund 11 Millionen Schilling erzielt werden konnte.

Für die Schlichtungsstellen bei den Magistratischen Bezirksämtern wurden vom Werkstättenbetrieb 196 Schätzgutachten über den Wert des vermieteten Wohnungsinventars erstellt.

Für die Bundespräsidentenwahl 1998 wurden die benötigten Wahlgeräte (Zelle, Urnen, Tische und Sessel) termingerecht an die Wahllokale ausgeliefert und nach Durchführung der Wahl wieder abgeholt.

Druckerei

In der Druckerei wurden 1998 insgesamt 3.126 Druckaufträge mit einem Gesamterlös von S 22,020.000 bearbeitet.

Das Berichtsjahr war geprägt durch den Beginn der Umsetzung eines Reformkonzeptes mit personellen und strukturellen Veränderungen zur Straffung und Neuordnung der Leitungsstrukturen und Stärkung der kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Kompetenz, sowie Verbesserung des wirtschaftlichen Erfolges durch Umsatzsteigerung sowie Kostensenkung durch Personalreduktion.

Der in den letzten Jahren forcierte Einsatz digitaler Technologien hat sich inzwischen bewährt. Auftragsgrundlagen der Kunden werden immer öfter zumindest teilweise in digitaler Form übermittelt, durch die Druckvorstufe grafisch aufbereitet, überarbeitet und für die Ausgabe zur Verfügung gestellt.

Der 1997 in Betrieb genommene Digitalprinter konnte seine Auslastung deutlich verbessern. Neben der gegenüber den herkömmlichen Verfahren wesentlich günstigeren Erzeugung einiger Produkte, wie z.B. der Loseblattsammlung der Wiener Rechtsvorschriften oder einiger digital vorhandener Skripten der Verwaltungsakademie wird dieses Gerät mittlerweise mit Erfolg auch für andere Aufgaben herangezogen. Die Option der „Personalisierung" von Dokumenten wird nunmehr auch für die Adressierung von Zeitschriften, z.B. ADV-Infoblatt, genützt und eröffnet dadurch neue Möglichkeiten der Auftragsbearbeitung. Weitere Einsätze ergeben sich durch den Eindruck kleinerer Auflagen auf „Halbfertigprodukte", das sind in großer Auflage im Offsetdruck hergestellte Vordrucke - meist färbig, die dann auf diesem Gerät nach Kundenwunsch in kleinen Auflagen mit verschiedenen Eindrucken, Textteilen oder Texten in verschiedenen Sprachen fertig gestellt werden.

Im Bereich des konventionellen Offsetdrucks hat sich der Trend zur Farbe verstärkt. So ist das „ADV-Infoblatt" im letzten Quartal 1998 durch eine ansprechende Zeitschrift im 4-Farbendruck ersetzt worden. Auch die Tendenz vieler Abteilungen zu eigenen farbigen Logos zeigt Auswirkungen.

Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten

Beratung und Service für Frauen in Wien

Frauentelefon

In der groß angelegten Kampagne „Sicher fühle ich mich wohl in Wien" wurde mittels Schaltungen in den Printmedien, Plakaten und einem Informationsfolder verstärkt auf die Einrichtung des Frauentelefons als Drehscheibe zwischen Rat suchenden Frauen und jenen Institutionen, die Frauen kompetent beraten und vertreten, aufmerksam gemacht. Vielen Frauen fehlt es am „Gewusst wo", genau dafür sind die Mitarbeiterinnen des Frauentelefons da, die die Rat suchenden Frauen an die richtige Serviceeinrichtungen weiterverweisen.1998 wurde das Frauentelefon von 870 Personen (davon 25 Anfragen von Männern) kontaktiert. Von den insgesamt 870 Anfragen fanden 859 Anfragen telefonisch statt, weitere 11 Personen wandten sich schriftlich an das Frauentelefon. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von einem Drittel. Eine Ursache für diesen Rückgang liegt in der geringeren Zahl von Tagen, an denen das Frauentelefon besetzt war. 1998 war das Frauentelefon an 113 Tagen besetzt (1997 waren es 127 Tage). Davon fielen 22 Tage in die Laufzeit der Aktion „Sicher fühle ich mich wohl in Wien - Mehr Sicherheit von und für Frauen" (vom 27.11.1998 bis 31.12.1998), während das Frauentelefon jeden Werktag ganztags besetzt war. In diesem Zeitraum gingen 299 Anfragen (= 34% aller Anfragen des Jahres 1998) ein.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Anfragen standen im Zusammenhang mit:

- bevorstehender oder bereits laufender Scheidung bzw. Auflösung einer Lebensgemeinschaft
- Auskünften über Adressen, Telefonnummern und Angeboten verschiedenster Einrichtungen in Wien
- Auskünften über Veranstaltungen und Broschüren
- Arbeitsplatzsuche, Umschulungsmöglichkeiten, Wiedereinstieg, Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- Wohnungssuche, Obdachlosigkeit, drohender Delogierung
- finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, Schulden
- psychischen und persönlichen Problemen
- Beziehungsproblemen Gesundheit/Krankheit

24-Stunden-Frauennotruf - 71 71 9

Der Frauennotruf der Stadt Wien ist eine Krisenrichtung, die rund um die Uhr für Frauen und Mädchen, die von sexueller, körperlicher und psychischer Gewalt betroffen sind, erste Hilfe und Unterstützung anbieten. Es zeigt sich, dass der Frauennotruf mit dem spezifischen Beratungsangebot eine wichtige Versorgungsfunktion innerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens übernommen hat. So verzeichnet die Einrichtung seit der Gründung im Jänner 1996 stetig steigende Anrufe.

So lag im Jahr 1998 die Anruffrequenz mit 5.008 Anrufen fast doppelt so hoch wie im Jahr 1996, wo sich 2.898 KlientInnen an den Frauennotruf wandten. Bei den persönlichen Beratungen konnte eine fast vierfache Steigerung beim Vergleich der Jahre 1996 mit 176 Beratungen und 1998 mit 686 Beratungen festgestellt werden.

Neben der laufenden Akutberatung und der umfassenden Betreuung von Klientinnen wurde die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialbereiches sowie mit Einrichtungen der Polizei intensiviert. Im Bereich der Fortbildungen für Facheinrichtungen lag der Schwerpunkt im Jahr 1998 beim Gesundheitssystem. Es konnte im Rahmen des Kooperationsprojektes mit der Unfallambulanz eine vierteljährliche Fortbildung für Turnusärzte der Unfallambulanz gemeinsam mit den SozialarbeiterInnen der MA 47 im Wilhelminenspital durchgeführt werden. Weiters wurden Informationsveranstaltungen gemeinsam mit dem Institut für Gerichtsmedizin Wien für Ärzte und Pflegepersonal im Allgemeinen Krankenhaus für die Abteilungen Gynäkologie und Notfallmedizin abgehalten. Der Frauennotruf war überdies bei der Einstellung des Wiener Frauengesundheitsprogrammes mit der Koordinierung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen" betraut. Zusätzlich konnten auch die Vorschläge aus dieser Arbeitsgruppe in Bezug auf die Novellierung des Ärztegesetzes in der Gesetzesbegutachtung seitens der MA 57 - Frauennotruf eingebracht werden. Die Forderungen, die Anzeigepflicht für Ärzte zu entschärfen und gleichzeitig eine verpflichtende Weitergabe von Informationsmaterial über Opferschutzeinrichtungen durch die Ärzte, wurde auch in die Novellierung des Ärztegesetzes 1998 aufgenommen.

Veranstaltungen zur Thematik Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Das Frauenbüro unterstützt laufend Projekte, die Gewalt und Missbrauch in der Familie thematisieren und Betroffenen konkrete Beratung und Unterstützung bieten. Genauso wichtig wie diese Form der Soforthilfe ist in diesem Bereich auch die Sensibilisierung. Daher förderte die Abteilung in Kooperation mit anderen Institutionen ein internationales Symposium (1.10. bis 4.10.1998) „Gar schöne Spiele spiel ich mit dir" und eine internationale Produktion des Theater ohne Grenzen mit dem Titel „Liebesbeweis" Dabei wurde mit Puppen- und Marionettenspieltechnik das Thema des sexuellen Missbrauches von Kindern aufbereitet und im Rahmen eines Symposiums von Fachexpertinnen diskutiert.

Frauenhäuser

Der von der Abteilung subventionierte Verein „Wiener Frauenhäuser" führt drei Frauenhäuser, eine Beratungsstelle und betreut 18 Prekariumswohnungen.

1998 haben 335 Frauen (mit 17.540 Übernachtungen) und 285 Kinder (mit 22.456 Übernachtungen) in den Frauenhäusern Aufnahme gefunden. Es gab 2.435 Beratungsgespräche in der Beratungsstelle.

Im November 1998 feierten die Wiener Frauenhäuser ihr 20-jähriges Bestehen mit der Abhaltung einer Fachtagung zum Thema „Strategien gegen Gewalt an Frauen, Wege aus der Ambivalenz", mit der Organisation von frauenspezifischen Filmtagen in Kooperation mit dem Filmhaus Stöbergasse, sowie einem Empfang mit VertreterInnen aus Frauenpolitik, Kunst und Medien im Wiener Rathaus.

Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien

Gleichbehandlung

Die Abteilung ist mit zwei Vertreterinnen in der Gleichbehandlungskommission und einer Vertreterin in der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen vertreten und führt die Bürogeschäfte der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen. Die laufende Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen sowie die ständige Zusammenarbeit mit den Gleichbehandlungsbeauftragten führten zu einer Reihe von Initiativen und mehreren Informations- und Schulungsveranstaltungen zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz, im Jahr 1998 insbesondere in Dienststellen des Krankenanstaltenverbundes. Gemeinsam mit den Gleichbehandlungsbeauftragten wurden auch Grundschulungen für Kontaktfrauen durchgeführt.

Frauenförderungspläne

Im Jahr 1998 wurde von der Abteilung erstmals die Herstellung der im Dezember 1997 vom Bürgermeister erlassenen Frauenförderungspläne und die Versendung mittels eines Erlasses des Magistratsdirektors für alle Dienststellen und eine Reihe von weiteren Stellen und Personen im Mai und Juni 1998 organisiert. Im Zusammenhang mit dem Erlassen und der Verteilung der Frauenförderungspläne gelangten zur Abteilung eine Vielzahl von Anfragen und Anregungen usw. und wurden daher fortlaufend Auskünfte und Informationen erteilt.

Im Jahr 1998 wurde auch im Hinblick auf die Bestandsaufnahme 1999 für die erste Anpassung der Frauenförderungspläne gemeinsam mit der MA 14-ADV der größte Teil eines Konzeptes für eine EDV-gestützte Datenerfassung und -bearbeitung entwickelt.

Sprachliche Gleichbehandlung

Hinsichtlich sprachlicher Gleichbehandlung unterstützte die Abteilung speziell die MA 62 bei der Neugestaltung ihrer Wahldrucksorten. Abgesehen davon sind bei fast jedem Gesetzes- oder Verordnungsentwurf, der zur Stellungnahme übersandt wird, die geschlechtergerechte Formulierung der Texte, insbesondere betreffend Funktions- und Berufsbezeichnungen zu monieren, allen voran jene in - zum Teil auch neu geschaffenen - technischen Berufssparten.

Frauenrelevante Rechtsangelegenheiten

Neben Rechtsberatung und zahlreichen juristischen Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen aus frauenpolitischer Sicht wurde 1998 eine Erhebung über das Rechtsberatungsangebot für Frauen in Wien durchgeführt. Das Ergebnis soll 1999 präsentiert und in Form eines Handbuches an Rechtsberatungsstellen als MultiplikatorInnen sowie in geeigneter Weise an die Wienerinnen verteilt werden.

Förderung von Frauenprojekten

Im Bereich der Förderung von frauenspezifischen Projekten wurden 1998 S 9,745.000 an Subventionen vergeben. Insgesamt stellten 62 Vereine Anträge an das Frauenbüro, die nach formalen, inhaltlichen und finanziellen Kriterien geprüft wurden. 23 Ansuchen konnten positiv erledigt werden. Den Großteil der Subventionsmittel erhielten Einrichtungen und Projekte, die in den Schwerpunktbereichen Arbeit/Ausbildung, Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen sowie im Arbeitsbereich Migrantinnen tätig sind. Weiters wurden Projekte mit Angeboten aus den Bereichen Forschung, Bildung und Gesundheit gefördert.

Frauenorientierte Querschnittspolitik

Gleichbehandlung und Frauenförderung in Betrieben

Das Frauenbüro war und ist an dem von der EU im Rahmen des 4. Aktionsprogrammes der EU koofinanzierten Projektes „Managing E-Quality" beteiligt. Anliegen dieses Projektes war es in der ersten Phase mittels Führungskräfteseminaren ein grundlegend neues Verständnis von der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu verankern. Diesbezüglich wurde von einem interdisziplinären und länderübergreifenden Projektteam ein umfangreiches Curriculum entwickelt. In insgesamt 4 Modellseminaren wurde es in Österreich, Deutschland und Frankreich praktisch erprobt und auf seine Wirksamkeit evaluiert.

Arbeitsmarktpolitik

Im November veranstaltete das Frauenbüro die zweitägige Fachtagung „Momentaufnahmen & Perspektiven arbeitsmarktbezogener Frauenprojekte". Die Leitthemen der Konferenz waren neue Beschäftigungsfelder und Arbeitsplätze, flexible Arbeitsmodelle, Frauen in Führungspositionen. Eine vom Frauenbüro in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Erfolgreicher Wiedereinstieg durch Teilzeit - Internationale Best Practice Beispiel" dokumentiert den erfolgreichen Wiedereinstieg in den Niederlanden, Deutschland und Dänemark. Es wurden legislative und betriebliche Maßnahmen analysiert, die die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung gewährleisten. Auch individuelle Optionen auf betrieblicher Ebene, sowie Betriebsvereinbarungen und Organisationsstrukturen werden aufgezeigt. Diese Beispiele werden der Situation in Österreich (insbesondere Wien) gegenübergestellt. Für März 1999 ist eine Tagung geplant, die o.g. Themeninhalte zum Inhalt hat.

Mädchen

Im Jahr 1998 baute das Frauenbüro diesen neuen, inhaltlichen Schwerpunkt aus. Hervorzuheben ist eine wissenschaftliche Beobachtung und Dokumentation des Projektes „Mädchengarten-Szene Wien", die Arbeit am Situationsbericht „Mädchen in Wien" für das Jahr 1999 und die Herstellung der Computer-Spielgeschichte „Ralla", die im Rahmen der Veranstaltung „Frauen im Gespräch" im Dezember 1998 präsentiert wurde.

Die vom Frauenbüro beauftragte Computer-Spielgeschichte zum Konfliktverhalten richtet sich an die Zielgruppe von 10 bis 12-jährigen Kindern, und insbesondere an Mädchen.

Sicherheit

„Sicher fühle ich mich wohl in Wien" - mehr Sicherheit von und für Frauen war die zentrale Botschaft der im Spätherbst gestarteten Kampagne. Die Kampagne „Sicher fühle ich mich wohl in Wien" dient zur Bewerbung aller relevanten Frauenberatungsstellen, speziell dem Frauentelefon, sowie der eigens für diese Kampagne herausgegebenen Broschüre.

In dieser Broschüre sind zahlreiche Einrichtungen wie Vereine, die juristische Beratung bei Scheidung und Sorgerecht anbieten, über Selbstverteidigungskurse bis hin zum Frauengesundheitseinrichtungen aufgelistet, eine wichtige Ergänzung dazu sind die vielen speziellen Sicherheitstips.

Ziel der Kampagne „Sicher fühle ich mich wohl in Wien" ist es, den privaten Austragungsort des Geschlechterkrieges aus dem verborgenen privaten Bereich ans Licht zu holen. „Verborgenes Theater" hieß dieses Projekt, das mit Hilfe von Schauspielern auf öffentlichen Plätzen und Straßen realistisch private Gewaltszenen authentisch nachspielte. Mit dieser Aktion sollte das Thema Gewalt an Frauen aus der Tabuzone geholt und das „Wegschauen" der Umgebung verhindert werden.

Kern der Kampagne war ein selbstbewusstes Frauenbild, die mittels Plakat das Selbstverständnis aktiver starker Frauen jeden Alters demonstrieren. Im Vordergrund standen glaubwürdige Portäts von Frauen in der Großstadt mit Lebensgeschichten, die bei Frauen jeden Alters und Herkunft einen Wiedererkennungseffekt auslösten.

Menschen mit Charakter und Schicksal wurden als Zeichen für einen sensiblen und respektvollen Umgang mit der weiblichen Bevölkerung gezeigt.

Frauen und neue Technologien

„Frauen online"

Die im September 1997 vom Frauenbüro aufgelegte Broschüre „Frauen online", die als Handbuch für Internet-EinsteigerInnen gedacht ist, war in kurzer Zeit vergriffen und wurde 1998 neu aufgelegt und erfreut sich nach wie vor einer großen Nachfrage. In sehr verständlicher Sprache werden sowohl die technischen Voraussetzungen als auch die notwendigen Schritte zum Einstieg ins Netz erläutert. Das Handbuch bietet einen Überblick über Anbieter und Software, Kosten des Netzzuganges sowie Tipps und Tricks zum Mailen, Chatten und Surfen. Außerdem beschäftigt sich das Handbuch mit Veränderungen in der Arbeitswelt und auf dem Arbeitsmarkt, die sich durch diese neue Technologie für Frauen ergeben.

Grundlagenarbeit

Frauen sichtbar machen

Im Projekt „Die Geschichte der Frauen Wiens" wurde das bereits vorhandene biografische Material über Frauen in Wien in den Bereichen Wissenschaft, Emigration und Widerstand erfasst, überarbeitet und ergänzt. Diese Vorarbeiten bilden die Basis für den 1999 beginnenden Schwerpunkt „Frauen sichtbar machen"

Kinderbetreuung

Die Wiener Kinderfreunde führten für das Frauenbüro eine Studie zum Thema „geschlechtssensibler Kindergarten" durch.

Frauenbarometer

Begleitend zu der Kampagne „Sicher fühle ich mich wohl in Wien" wurde im Auftrag des Frauenbüros vom IFES-Institut eine repräsentative Umfrage bei 2.300 Wienerinnen durchgeführt. Zentrales Thema dieser Untersuchung war die Einstellung der Wienerinnen zu Fragen wie Sicherheit, Berufstätigkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine wichtige Kernaussage dieser Umfrage war etwa, dass drei Viertel aller Frauen berufstätig sein wollen und darin als größten Vorteil die Eigenständigkeit sehen. Dennoch sehen die Frauen die Benachteiligung von Frauen bei der Arbeitssuche, weil sie Kinder bekommen können, die ungleiche Bezahlung sowie Aufstiegschancen von Männern und Frauen als ein schwer wiegendes Problem in der Arbeitswelt an.

Internationale Aktivitäten und EU-Projekte

Im September 1998 fand in Singapore eine „World Conference on Family Violence" statt, an der die Leiterin des Frauennotrufs teilgenommen hat. Die Teilnahme an dieser internationalen Fachkonferenz war für die inhaltliche Arbeit zur Erweiterung und Vertiefung des Fachwissens sowie für den Ausbau der Vernetzungskontakte mit anderen Einrichtungen aus dem In- und Ausland von großer Bedeutung.

Am 3. und 4. Dezember 1998 fand die internationale Konferenz „Frauen managen EU-Projekte" im Rahmen des Frauennetzwerkes Ost-West im Auftrag des Frauenbüros statt. Im Vorfeld der Tagung fanden Internet- und Projektmanagement-Schulungen von Vertreterinnen osteuropäischer NGO´s statt.

Das Frauen Netzwerk Ost -West, 1997 gegründet, initiiert einen Dialog zwischen Entscheidungsträgerinnen aus den kommunalen Verwaltungen und Nicht-Regierungsorganisationen der Städte Bratislava, Budapest, Budweis, Brünn, Györ, Sopron, Prag und Wien.

Auf der Konferenz 1998 standen die Abwicklung von Projekten in europäischen Partnerschaften im Mittelpunkt. Es wurde über die Programme für grenzüberschreitende Projekte zwischen EU-Mitgliedern und den Mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern informiert. Schwerpunkte der einzelnen Workshops waren Antragstellung, Abwicklung, PartnerInnensuche, nationale Kofinanzierung, Monitoring und Evaluierung.

Die Vertreterinnen von NGO´s sowie kommunalpolitische Entscheidungsträgerinnen erhielten auf dieser Konferenz Zugang zu Informationen über EU-Programme und -strukturen, die für die Realisierung von Projekten mit finanzieller Unterstützung der EU wesentlich sind, andererseits werden damit sowohl der Aufbau kooperativer Strukturen als auch die Entstehung grenzüberschreitender Netzwerke von Frauen auf kommunaler und regionaler Ebene gefördert.

Bei der anlässlich der österreichischen EU-Präsidentschaft von der Europäischen Kommission veranstalteten internationalen Tagung zur neuen Antidiskriminierungsklausel im EU-Vertrag (Artikel 13 des Amsterdamer Vertrages) war das Frauenbüro Kofinanzierungspartner. Zu der am 3. und 4. Dezember im Wiener Austria Center stattfindenden Tagung waren Delegierte und ExpertInnen aller EU-Mitgliedstaaten geladen, um erstmals konkrete Aktionsprogramme und Maßnahmen zur faktischen Umsetzung des Artikel 13 gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu entwickeln und zu diskutieren. Durch die hochrangige Besetzung der Konferenz konnten die TeilnehmerInnen konkrete Forderungen und Vorschläge für die Umsetzung von Artikel 13 direkt den politischen Verantwortlichen vortragen.

Am 10. Dezember fand die beauftragte Enquete „Gesetzliche Rahmenbedingungen im Bereich Prostitution - Internationale Beispiele und die Wiener Situation" statt. Den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen der Prostitution in Schweden wurde das Wiener Prostitutionsgesetz und Novellierungsvorschläge dazu gegenübergestellt. VertreterInnen der Ministerien, der Sicherheitsbehörden, der NGO´s sowie der entsprechenden Magistratsabteilungen der Stadt Wien hatten die Gelegenheit, mit einer Abgeordneten zum schwedischen Reichstag die unterschiedliche Rechtslage zu erörtern. Im Rahmen von drei Arbeitskreisen wurden sicherheitspolitische, gesundheitspolitische und frauenpolitische Aspekte erörtert.

Das im Rahmen des Vierten Aktionsprogramms der Gemeinschaft für Chancengleichheit von Frauen und Männern (1996 - 2000) erarbeitete Projekt „Managing E-Quality II", Projekt für ein gleichstellungsorientiertes Management, wurde vom Frauenbüro kofinanziert.

Es ist ein Nachfolgeprojekt des „Managing E-Quality I" und erweiterte das in diesem Projekt entwickelte Seminar-Curriculum für ein gleichstellungsorientiertes Management in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie um ein europataugliches Format.

Durch die Anwendung von „Managing E-Quality" in der Fortbildung von professionellen TrainerInnen ermöglichte die MEQ Phase II die Vervielfältigung von MEQ-Fertigkeiten innerhalb der EU und darüber hinaus. In den drei Partnerstaaten Österreich, Deutschland, Großbritannien wurde jeweils mindestens ein Managing E-Quality „Train the Trainer" Kurs durchgeführt. Anschließend wurde zwecks Informationsaustausch und Informationsweitergabe in allen drei Staaten jeweils eine eintägige öffentliche Tagung veranstaltet. Die Ergebnisse des MEQ II Projekts werden mittels Abschlussbericht und eines Homepage-Link der Öffentlichkeit allgemein zugänglich gemacht.

Das Projekt „Best Practice in der betrieblichen Frauenförderung: Strategien für politische und betriebliche Entscheidungsträger" im Rahmen des 4. Aktionsprogramms der EU für die Chancengleichheit von Frauen und Männern (1996 - 2000) wird vom Frauenbüro kofinanziert.

Ziel ist die Entwicklung von Gleichbehandlungs-Strategien für die gewerkschaftliche bzw. unternehmerische Praxis und deren Verbreitung. Des Weiteren eine Konzipierung von nationalen Stellen, die dem kontinuierlichen Infor-

mations- und Erfahrungsaustausch hinsichtlich betrieblicher Frauenförderung dienen und als Anlaufstelle für interessierte UnternehmensvertreterInnen bzw. BetriebsrätInnen fungieren sollen. Eine Informationsbroschüre zur unmittelbaren Verwendung in der betrieblichen Praxis ist ebenfalls geplant.

Veranstaltungen

Die Abteilung nützte die Teilnahme an Veranstaltungen zur Präsentation ihrer Arbeitsschwerpunkte, Publikationen und Serviceleistungen und war mit Informationsständen u.a. auf der Frauenmesse „La Donna" in der Wiener Stadthalle vertreten.

Marktamt

Im Jahr 1998 traten folgende Gesetze und Verordnungen in Kraft, die für die Tätigkeit des Marktamtes von besonderer Bedeutung waren:
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Aromen und deren Ausgangsstoffe (Aromenverordnung), BGBl.II Nr. 42/98
Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelgesetz 1975 geändert wird, BGBl.I Nr. 63/98
Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Weinrechts (EG-Rechtsdurchsetzungsverordnung), BGBl.II Nr. 113/98
Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1985 geändert wird, BGBl.I Nr. 118/98
Bundesgesetz, mit dem im Zivilrecht begleitende Maßnahmen für die Einführung des Euro getroffen, das Handelsgesetzbuch, die 4. handelsrechtliche Einführungsverordnung, das Aktiengesetz, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Kapitalberichtigungsgesetz, das Spaltungsgesetz, das Firmenbuchgesetz und das Preisauszeichnungsgesetz geändert sowie einige Bestimmungen über Fremdwährungs- und Goldklauseln aufgehoben werden (1. Euro-Justiz-Begleitgesetz - 1 Euro-JuBeG), BGBl.I Nr. 125/98
Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997 geändert wird, BGBl.I Nr. 177/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, BGBl.II Nr. 235/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Kunststoffverordnung geändert wird, BGBl.II Nr. 236/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über den Zusatz von Süßungsmitteln und Verzehrprodukten (Süßungsmittel-Verordnung) geändert wird, BGBl.II Nr. 257/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über das Verbot und die Beschränkung von Stoffen für kosmetische Mittel geändert wird, BGBl.II Nr. 311/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über lebende Muscheln (Muschelverordnung) geändert wird, BGBl.II Nr. 354/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die innerstaatliche Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1139/98, BGBl.II Nr. 372/98
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über andere Zusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel (ZuV), BGBl.II Nr. 383/98
Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wird; Amtsblatt der Stadt Wien vom 19. Februar 1998, Nr. 8/1998
Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wird; Amtsblatt der Stadt Wien vom 12. März 1998, Nr. 11/1998
Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wird; Amtsblatt der Stadt Wien vom 30. Juli 1998, Nr. 31/1998

Im Jahre 1998 bestanden in Wien 19.507 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Kontrolltätigkeit basierte wie alljährlich auf dem Revisions- und Probenplan des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz. Im Sinne des Lebensmittelgesetzes (LMG 1975) wurden durch die Organe der Abteilung 29.261 Revisionen durchgeführt.

Aufgrund des Lebensmittelgesetzes wurden insgesamt 17.324 Proben von Lebensmitteln, Verzehrprodukten, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen gezogen. In dieser Summe sind auch jene Proben enthalten, die über Ersuchen der Parteien noch vor der eigentlichen Inverkehrbringung zu Kontrollzwecken gezogen wurden (das waren 30 Importwarenproben und 25 Proben von inländischer Ware), sodass die Summe der amtlichen Proben im engeren Sinne 17.269 beträgt. Weiters wurden noch 107 Proben zwecks radiologischer Untersuchung im Sinne der Strahlenschutzvorschriften gezogen (in vorstehender Gesamtsumme nicht enthalten).

Die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien und die Lebensmitteluntersuchungsanstalt

der Stadt Wien (MA 38) haben insgesamt 4.459 Proben beanstandet. Dazu ist zu bemerken, dass jede durch die genannten Anstalten bemängelte Probe, unabhängig von der Erstattung einer Strafanzeige gemäß § 44 LMG, als beanstandet gewertet wurde.

Die Beanstandungsquote bei den amtlichen Proben, bezogen auf jene Proben, für die das Untersuchungsergebnis zu Jahresende bereits vorlag, betrug 36,24 Prozent. Wegen des Verdachtes strafbarer Handlungen nach dem LMG wurden aufgrund von Gutachten der Lebensmitteluntersuchungsanstalten an die Staatsanwaltschaft bei den zuständigen Gerichten 2.670 und an Verwaltungsbehörden 1.623 Anzeigen weitergeleitet. Im Berichtsjahr sind Verurteilungen durch Gerichte mit einem Strafbetrag von insgesamt S 379.850 sowie bedingt verhängte Geldstrafen in der Höhe von S 210.200 bekannt geworden, während im Verwaltungsstrafverfahren Geldstrafen in einer Gesamthöhe von S 1,314.101 verhängt wurden.

Großbetriebe wurden vorwiegend unter Verwendung der vier für derartige Einsätze zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge revidiert. Gleichfalls meist unter Verwendung der Dienstkraftfahrzeuge wurden auch Abend- und Nachtrevisionen, und zwar vorwiegend in Gastgewerbebetrieben, Buschenschenken, bei Nachtwürstelständen usw. durchgeführt. Bei insgesamt 1.002 Dienstwagenfahrten wurden 6.772 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und aufgrund unmittelbarer Wahrnehmungen 2.013 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Außerdem wurden anlässlich von Dienstwageneinsätzen 1.620 Organstrafmandate wegen Vorliegens hygienischer Missstände verhängt.

Die wichtigsten vom Bundeskanzleramt angeordneten Aktionen sind in der nachstehenden Zusammenstellung angeführt.

Kontrollierte Betriebe bzw. Produkte	Anzahl der gezogenen Proben	davon		
		beanstandet	nicht beanstandet	Gutachten noch ausständig
Meeresfische (A3)	47	6	40	1
Schalenobst und Studentenfutter (A4)	38	10	27	1
Bier aus Schankanlagen (A6)	19	9	9	1
Deodorantien (A8)	40	1	19	20
Kontrolle Bauernmärkte (A10)	33	9	7	17
Patulin in Apfel- und Traubensaft (A15)	26	2	3	21
EU-Aktion Allergene (A87)	22	4	15	3

Weiters ergingen als Folge des verbesserten Informationsflusses innerhalb der EU seitens des Bundeskanzleramtes 108 Warnungen und 59 Informationen bezüglich gesundheitsschädlicher oder verdorbener Produkte, vor allem aus Drittländern. Daraus resultierten zahlreiche Fahndungen nach diesen verdächtigen Lebensmitteln, die sich selbstverständlich sehr zeitaufwendig gestalteten.

Darüber hinaus setzte sich die Abteilung auch marktamtsinterne Schwerpunktprogramme zum Zwecke gezielter Überprüfungen diverser Lebensmittel, die im Folgenden dargelegt werden:

Kontrollierte Betriebe bzw. Produkte	Anzahl der gezogenen Proben	davon		
		beanstandet	nicht beanstandet	Gutachten noch ausständig
Marinaden (S1)	161	49	112	–
Krapfen und verwendete Fette (S2)	92	23	68	1
Speisekartoffeln (S3, S6)	159	42	114	3
Eier (S4)	130	8	120	2
Ausl. Obst auf Rückstände (S5)	80	9	71	–
Temperatur von Milch und Milchprodukten in SB-Läden (S7)	167	15	150	2
Hühnerkeulen aus SB-Läden	67	19	38	10
Gänse und Enten (S9)	50	16	26	8
Verpackte Wurstwaren (S10)	36	15	16	5
Verpackte Fische in SB-Läden (S11)	120	–	1	119
Langos aus Ständen (S12)	30	1	21	8
Weihnachtsware (S13)	160	10	73	77

Die Abteilung legt besonders Wert darauf, auf Tagesereignisse und mediale Berichte über verdächtige Produkte sofort zu reagieren. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf das Problem der nicht vorschriftsmäßig gekenn-

zeichneten genmanipulierten Produkte, hauptsächlich aus Sojamehl, hinzuweisen, von denen zahlreiche Proben gezogen und der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien übermittelt wurden. Die Untersuchungen hatten letztendlich 16 Verwaltungsstrafanzeigen und 1 Gerichtsanzeige zur Folge. Weitere Anlass-Probenziehungen betrafen Knackwürste und Würstel, Babynahrung, Kakaomilch, Spargelverkauf, Nitrosamine in Sonnenöl, Dörrbirnen wegen Benzpyrengehaltes, Sandwiches und Getränkehäferl auf Punschständen.

Großes Augenmerk wurde auch auf die Beprobung diverser Räucherlachs-Produkte gelegt, nachdem durch Kontrollprobenziehungen der Abteilung fallweise Bakterien der Art „Listeria monocytogenes" (= gesundheitsschädliche Schmutzkeime) festgestellt worden waren. Es wurden in diesem Zusammenhang insgesamt 370 Proben den Untersuchungsanstalten vorgelegt, deren Ergebnisse in der Folge zu Beschlagnahmen befallener Chargen führten.

In SB-Läden wurde verstärkt auf die ordnungsgemäße Lagerung von Milch und Milchprodukten geachtet (siehe auch Schwerpunktaktion S 7); in diesem Zusammenhang mussten 127 Anzeigen an die Verwaltungsstrafbehörde erstattet werden.

Der Intensivprobenziehung der Abteilung war es schließlich auch zu verdanken, dass die Schließung eines wegen massiver Verunreinigung mit „Listeria monocytogenes"-Bakterien renommierter Wiener Fleischwarenerzeugerbetrieb behördlich geschlossen werden musste.

Im Rahmen von Betriebsrevisionen wurden ferner nach dem Qualitätsklassengesetz 84 und nach dem Bazillenausscheidergesetz 564 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet.

Im Laboratorium des Marktamtes wurden im Rahmen des sogenannten „Wurstparlaments" 300 Proben von Wurst- und Fleischwaren einer kommissionellen Vorbegutachtung durch Vertreter der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung sowie der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, der Wirtschaft und der Abteilung unterzogen. Besonderes Gewicht wurde dabei auch auf neu in den Handel gekommene Produkte gelegt.

7 Prozent der Proben (= 21 Proben) wurden aufgrund der sich bei dieser Voruntersuchung ergebenden Verdachtsmomente hinsichtlich einer nicht den lebensmittelrechtlichen Vorschriften entsprechenden Beschaffenheit den genannten Lebensmitteluntersuchungsanstalten zwecks genauerer Begutachtung übermittelt.

Wie bisher wurde bei den durch die Lebensmittelaufsichtsorgane durchgeführten Kontrollen auf die Hygiene im Lebensmittelverkehr besonders Bedacht genommen. Im Jahre 1998 erfolgten in diesem Zusammenhang 575 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die Hygienebestimmungen (§ 20 LMG). Weiters wurden 2.467 Organstrafverfügungen wegen geringfügigerer Verstöße gegen die erwähnten Hygienevorschriften verhängt. Außerdem wurden 139 Anträge auf bescheidmäßige Verfügung von Hygienemaßnahmen und -vorkehrungen gemäß § 22 LMG bei der MA 63 gestellt. In 6 Fällen kam es infolge krasser Hygienemängel auch zu Betriebssperren. Gemeinsame Revisionen von Lebensmittelaufsichtsorganen mit Experten der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien sowie bei Bedarf auch des Gesundheitsamtes wurden insbesondere in Großküchen und auch Küchen von Pensionistenheimen durchgeführt. Es kann als Erfolg dieser Kontrollen angesehen werden, dass im Berichtsjahr mit einer Ausnahme wiederum kein Salmonellenfall größeren Ausmaßes, der auf mangelnde Küchenhygiene zurückzuführen gewesen wäre, bekannt wurde.

1998 wurden gemäß § 39 Abs. 7 LMG in 332 Fällen Waren vernichtet und gemäß § 40 LMG in 69 Fällen beschlagnahmt. Insgesamt wurden aufgrund von Verfügungen der Gerichte bzw. Verwaltungsbehörden oder über Ersuchen bzw. mit Zustimmung von Parteien 4.271,44 kg animalische Lebensmittel, 72.615,73 kg vegetabilische Lebensmittel und 214kg sonstige Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen.

Wie in den vergangenen Jahren ließen sich zahlreiche Pilzsammler in den Dienststellen der Abteilung hinsichtlich ihrer Funde beraten. Insgesamt wurden in 686 Fällen Pilze mit einem Gesamtgewicht von 755 kg begutachtet. In 157 Fällen wurden Giftpilze und in 652 Fällen ungenießbare, wertlose oder verdorbene Pilze registriert. In 770 Amtshandlungen wurden auf Märkten 239.960 kg Pilze beschaut.

Die Überprüfung von Gemüsen hauptsächlich aus dem Wiener Raum auf Schadstoffe wurde mittels eines Monitoring-Systems durchgeführt und erbrachte den Beweis, dass die betreffende Schadstoffbelastung weiterhin als gering anzusehen ist.

Die Revisionsorgane des Marktamtes führten im Rahmen ihres Kontrolldienstes insgesamt 1.821 Überprüfungen im Sinne des Preisauszeichnungsgesetzes durch, wobei wegen Übertretungen der Bestimmungen des genannten Gesetzes insgesamt 301 Anzeigen erstattet und 481 Organmandate verhängt wurden.

Auch 1998 konnte wieder reges Konsumenten-Interesse an Verbraucherschutzangelegenheiten festgestellt werden. Die MA 59 hatte daher zahlreiche Anfragen und Beschwerden insbesondere hinsichtlich Preisauszeichnungsmängel zu behandeln und in verschiedenen Konsumentenschutzangelegenheiten Rat und Unterstützung zu geben. Das rege Interesse, mit dem sich das Marktamt 1998 in Konsumentenschutzfragen konfrontiert sah, ist auch aus dem Umstand zu ersehen, dass rund 3.000 Konsumentenschutzfibeln und Informationsbroschüren interessierten Bürgern ausgefolgt werden konnten.

Im Referat für Produktsicherheit wurden im Jahr 1998 insgesamt 28 Geschäftsfälle behandelt, welche zum überwiegenden Teil auf EU-Notifikationen und im untergeordneten Umfang auf eigene dienstliche Wahrnehmungen zurückzuführen waren.

Es wurden verschiedenartigste Waren, wie elektrische Fliesenschneider, Feuerzeuge, Taschenlampen, Kinderlernlaufhilfen, elektrische Beleuchtungskörper, Solarien, Lasergeräte, diverse Fahrräder und Fahrradzubehör, Haartrockner, Fitnessgeräte, Bügeltische, Öl- und Duftlampen, Bekleidungsgegenstände, Spannungsprüfer und Küchengeräte überprüft.

Im Zuge dieser Markterhebungen wurden 23 Proben abgenommen und an die verschiedenen Untersuchungsstellen weitergeleitet. 3 Produkte wurden außer Verkehr gesetzt. Bei zwei Produkten konnte nach entsprechenden Nachbesserungen das beanstandete Produkt wieder in Verkehr gesetzt werden. Bei einem Produkt musste eine Beschlagnahme ausgesprochen werden; eine Warnung der Öffentlichkeit aus diesem Anlass erfolgte über das Bundeskanzleramt. Bei zwei Produkten werden voraussichtlich legistische Maßnahmen vorgesehen werden. Insgesamt wurden 1.107 Überprüfungen bei Detail- und Großhändlern im Raume Wiens durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 855 Straßenstandangelegenheiten (1997: 860) behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 231 Augenscheinsverhandlungen abgehalten. Insgesamt befanden sich in Wien im Jahre 1998 841 transportable Straßenstände, die durch die Abteilung genehmigt wurden.

Im Jahre 1998 waren insgesamt 39.699 Gewerbeangelegenheiten anhängig. Im selben Zeitraum wurden im Zuge der gewerbepolizeilichen Überwachung und Überprüfung der einschlägigen Betriebe auch hinsichtlich der unbefugten Gewerbeausübung insgesamt 3.762 Anzeigen erstattet und 663 Organstrafmandate verhängt.

Für das Wiener Marktwesen war von besonderer Bedeutung:

Mit der Umsetzung des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens betreffend die Umgestaltung des Yppenmarktes und des Yppenplatzes im 16. Bezirk wurde begonnen. Für die Umsiedlung und Renovierung der Marktstände, Verbesserung der Infrastruktur und Verlegung des Abfallsammelplatzes sollen in den nächsten Jahren EU-Förderungsmittel, öffentliche Mittel und Eigenmittel der Marktparteien aufgewendet werden.

Im Rahmen der Marktverwaltung war die Abteilung im Jahre 1998 zuständig für den Großmarkt Wien-Inzersdorf, 23 Detailmärkte (Offene Märkte und Markthallen), 9 temporäre Märkte, den Flohmarkt und die Antiquitätenmärkte sowie die alljährlich wiederkehrenden Märkte wie Fastenmarkt, Allerheiligenmarkt, Christkindlmarkt, die Gelegenheitsmärkte (Kirchweihmärkte, Ostermärkte, Adventmärkte, Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkte), weitere Gelegenheitsmärkte und eine öffentliche Brückenwaage.

Im Jahre 1998 wurden von der Abteilung 143 Veranstaltungen, die von Privaten als so genannte „Weitere Gelegenheitsmärkte" abgehalten wurden, genehmigt. Dazu zählten die Straßenfeste in Einkaufsstraßen, wie z.B. der Flohmarkt Neubaugasse, diverse andere Veranstaltungen wie Sonnwendfeste, Jubiläumsfeste, Adventmärkte, Kunstmärkte auf dem Spittelberg und im Heiligenkreuzerhof, Silvestermarkt vor dem Rathaus u.a.m. Jede einzelne Veranstaltung musste gesondert kommissioniert und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Auflagen der sicherheitstechnischen und verkehrsrechtlichen Dienststellen bescheidmäßig abgehandelt werden. Damit konnte eine wesentliche Verbesserung des Standards, insbesondere durch Versorgungsleitungen für Strom, hinsichtlich der Verwendung von Gasgeräten, aber auch bezüglich der notwendigen Verkehrsmaßnahmen und nicht zuletzt im Hinblick auf die Gestaltung der Marktstände erreicht werden.

Für die Erhaltung der Wiener Märkte wurden im Jahre 1998 rund S 29,600.000 ausgegeben. Fast alle im Hoheitsbereich geführten Märkte wurden hinsichtlich der Kosten für Reinigung, Müllabfuhr, Mülltrennung und Instandhaltung von Grundflächen und Gebäuden ab 1. Jänner 1998 dezentralisiert.

In den Bezirksbudgets wurden für die Instandhaltung von Grundstücken und Gebäuden auf Märkten rund S 5,000.000 aufgewendet, wobei besonders die Sanierung der WC-Anlage auf dem Floridsdorfer Markt und die Instandsetzung der Elektroinstallationen auf dem Hannovermarkt mit Kosten von jeweils rund S 800.000 zu erwähnen sind.

Aus dem Zentralbudget wurden für die Markterhaltung rund S 24,600.000 aufgewendet. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass für Sanierungsarbeiten in der Landstraßer Markthalle S 3,200.000, für die Umgestaltung des Yppenplatzes und -marktes im Zuge eines EU-Projektes S 3,100.000, für die Aufstellung und Inbetriebnahme einer Müllpresse auf dem Floridsdorfer Markt S 420.000 und für den Großmarkt Wien-Inzersdorf insgesamt S 7,800.000, und zwar für die Sanierung der Blumenhalle S 5,100.000, der Dächer der B+C Stände S 1,000.000, sowie für die Instandsetzung des Abwassersystems S 1,700.000 aufgewendet wurden.

Wegen Übertretung der Bestimmungen der Marktordnung für die Stadt Wien wurden im Jahre 1998 2.573 Strafanzeigen erstattet und 1.203 Organstrafverfügungen verhängt.

Zum Großmarkt Wien-Inzersdorf ist ergänzend zu bemerken:

1998 waren 100 Großhandels- und Importfirmen etabliert, die nachstehenden Sparten zuzurechnen waren: Obst- und Gemüsegroßhandel: 76 Betriebe, Kartoffel- und Zwiebelgroßhandel: 4 Betriebe, Pilzgroßhandel: 3 Betriebe, Eier- und Geflügelgroßhandel: 5 Betriebe, Molkereiproduktengroßhandel: 1 Betrieb, Fleisch- und Wurstwarengroßhandel: 1 Betrieb, Obst- und Gemüsekonservengroßhandel: 1 Betrieb, allgemeiner Lebensmittelgroßhandel: 6 Betriebe und Nichtlebensmittelgroßhandel: 3 Betriebe.

Der Anschlussbahnbetrieb des Großmarktes verzeichnete mit 765 Einheiten ein gegenüber 1997 um 6 Einheiten geringeres Waggonaufkommen. Der Verschub auf der Anschlussbahn des Großmarktes Wien-Inzersdorf wird seit drei Jahren von den Österreichischen Bundesbahnen direkt durchgeführt. Die Verrechnung erfolgt direkt zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und den Marktbetrieben. Bei annähernd gleichen Kosten für die Marktbetriebe erspart sich die Marktverwaltung die Kosten für den Personalaufwand der Wiener Linien.

Im Jahre 1998 wurden rund 205.461,92 t Viktualien angeliefert, d.s. um 3.376,60 t (1,67 %) mehr als im Vorjahr.

Viktualien	Zufuhren 1998 in t	+ / - in t ggü. 1997	+ / - in % ggü. 1997
Gemüse	80.051,50	+ 3.957,48	+ 5,20
Obst	77.364,82	+ 4.074,32	+ 5,56
Agrumen	23.933,80	- 2.154,80	- 8,26
Pilze	1.842,30	- 1,20	- 0,07
Kartoffeln	14.207,30	+ 52,80	+ 0,37
Zwiebel und Knoblauch	8.062,20	- 2.552,00	- 24,04

Im Rahmen der Kontrolltätigkeit wurden im Berichtsjahr die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Messgeräte (einschließlich Waagen, Gewichte, Maßstäbe usw.) hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes überprüft und dabei wegen Übertretung dieser Norm 155 Strafanzeigen (1997: 128) erstattet und 159 Organstrafmandate verhängt.

Die Abteilung ist für die Vollziehung eines Großteils der umfangreichen Vorschriften des Weingesetzes zuständig und hat aufgrund dieser Bestimmungen u.a. die Führung des Weinbaukatasters, die Verwaltung von Ernte- und Bestandsmeldungen sowie von Transportbescheinigungen durchzuführen. Außerdem ist ein Mitarbeiter der Abteilung auch im Fachbeirat zur Festsetzung von Wein-Analysenwerten vertreten. Folgende statistische Daten sind im Zusammenhang mit der Vollziehung des Weingesetzes in Wien bemerkenswert:

Zahl der Winzer	303
Zahl der Weinhändler	17
Zahl sonstiger Betriebe	185
Ertragsfähige Weingartenfläche	487 ha
Gesamte Weingartenfläche	552 ha
Weinernte	2,326.700 l
davon Prädikatswein, rund	9.832 l
Anzeigen wegen Übertretung des Weingesetzes	1
Bearbeitete Transportbescheinigungen	2.444 Stück
Ernte- und Bestandsmeldungen	1.260 Stück

Im Bereich der automationsunterstützten Datenverarbeitung wurde im Jahr 1998 die Vernetzung aller Marktamtsabteilungen und der Direktion fertig gestellt und begonnen, die für die Verwaltung der lebensmittelpolizeilichen Daten angekaufte Software zu testen. Die Verbesserung der Hardware wurde im Rahmen der vorhandenen Mittel weitergeführt und wird voraussichtlich 1999 abgeschlossen sein.

Das Beitragsangebot der Abteilung im Internet-Dienst des Magistrats „Wien-Online" wurde weiter verbessert. Die bereits eingerichteten Seiten wurden inhaltlich vertieft. Insbesondere die Informationsseiten über Pilze wurden textlich und mit Fotomaterial ergänzt.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Marktamtes wurde 1998 besonders forciert. Zu erwähnen sind insbesondere die Erarbeitung von 35 PR-Aussendungen, die Mitwirkung bei der Organisation der „Konsumententage", Organisation der Präsentation des „Marktamts-Logos", Organisation und Betreuung des Informationsstandes der Abteilung bei 9 Veranstaltungen sowie die Organisation von Interviews und Fernsehaufnahmen.

Bei den im Rahmen der vom Österreichischen Städtebund, Fachausschuss für Marktamtsangelegenheiten, am 12. und 13. Mai 1998 in Salzburg und am 4. und 5. November 1998 in St. Pölten veranstalteten Tagungen wurden aktuelle lebensmittelpolizeiliche Probleme sowie Angelegenheiten der Marktverwaltung durch die Tagungsteilnehmer (Vertreter der Marktämter aller österreichischen Städte) beraten.

Weiters nahmen Vertreter des Wiener Marktamtes auch an den am 18. Juni 1998 und 17. November 1998 stattgefundenen Expertenbesprechungen der leitenden Beamten der Lebensmittelaufsicht teil. Auch bei diesen Besprechungen wurden Themen aus dem Bereich des Lebensmittelgesetzes beraten. Darüber hinaus ist das Wiener Marktamt auch in der Ende 1997 gegründeten Codexunterkommission (Arbeitsgruppe) „Lebensmittelaufsicht" vertreten, die sich u.a. eine Neugestaltung diverser Kapitel des österreichischen Lebensmittelbuches (Codex) zur Aufgabe gemacht hat.

Ein Vertreter der Abteilung nahm auch an der Tagung der „Arbeitsgemeinschaft Marktwesen im Deutschen Städtetag" vom 13. bis 15. Mai 1998 in Hamburg teil. Neben allgemeinen Marktproblemen wurden auch die verschiedenen Systeme der Abfallentsorgung und die Schwächen und Stärken des Bahntransportes behandelt.

Die ständige Ausstellung des Marktamtes in der Direktion wurde auch 1998 von diversen Gruppen besucht. Durch die von Bediensteten der Direktion gehaltenen Lichtbildvorträge über die Tätigkeit des Marktamtes und über betriebliche Hygiene wurden rund 200 Personen mit den Aufgaben der Dienststelle, insbesondere mit den Problemen des Lebensmittelverkehrs vertraut gemacht. An den Vorträgen nahmen vor allem Schüler berufsbildender mittlerer und höherer Schulen (rund 183 Fachschüler), Kindergartenbedienstete (95 Personen) sowie sonstige Gruppen teil. Wie bereits in den vorangegangen Jahren wurden die der Abteilung zugeteilten Lehrlinge über die Aufgaben des Marktamtes jeweils in Form diverser Gespräche und von Lichtbildvorträgen ausführlich informiert. Im Zuge die-ser zusätzlichen Ausbildung wurden die Lehrlinge anlässlich von Exkursionen mit den Einrichtungen des Großmarktes Wien-Inzersdorf vertraut gemacht.

Da der Schlachtbetrieb der Stadt Wien in St. Marx mit Jahresende 1997 eingestellt wurde, verblieb vom vormaligen Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx nur noch der Marktbetrieb St. Marx mit dem weiterhin veranstalteten und von der Stadt Wien verwalteten Fleischgroßmarkt, für den in einer Übergangszeit, und zwar bis zur Jahresmitte 1998, die MA 60 zuständig blieb. Mit 1. Juli 1998 ging die verwaltungsmäßige Kompetenz für den Marktbetrieb St. Marx auf die Abteilung über, wobei gleichzeitig der dem Marktbetrieb St. Marx zugeordnete Geländebereich auf die für den Fleischgroßmarkt unbedingt notwendigen Flächen und Gebäude verkleinert wurde. Das abgetrennte Gelände mit den darauf befindlichen Bauwerken wurde verwaltungsmäßig von der MA 23, Amtshäuserverwaltung, übernommen.

Dem Marktbetrieb St. Marx obliegt neben der Verwaltung des Fleischgroßmarktes, bestehend aus dem Europafleischgroßmarkt und dem Inlandsfleischgroßmarkt, die Verwaltung der zugehörigen Grundstücke sowie die Erhaltung und laufende Betreuung aller baulichen und technischen Anlagen, gegebenenfalls unter Heranziehung der zugeordneten technischen Fachabteilungen (MA 24 und MA 32).

Im Europafleischgroßmarkt, das ist der Marktbereich mit besonderen hygienischen Bedingungen, in dem frisches Fleisch zerlegt und bearbeitet wird, das sodann im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum gehandelt werden darf, wurde der notwendige zweite Umbau im Winter 1998 abgeschlossen, wobei auch eine Vergrößerung seiner Marktfläche (um etwa 50 %) erfolgte. In ihm waren 18 Fleischbearbeitungsbetriebe im Jahre 1998 eingemietet; der Auslastungsgrad betrug im gesamten Jahr nahezu 100 Prozent.

Im Inlandsfleischgroßmarkt, das ist der Marktbereich, in dem hauptsächlich Fleisch und Fleischwaren für den lokalen Bedarf und in kleinem Umfang sonstige Lebensmittel und Fleischereibedarfsgüter verkauft werden, waren 13 Marktparteien im Jahre 1998 eingemietet. Seine Marktfläche wurde zugunsten des Europafleischgroßmarktes um etwa 30 Prozent verkleinert. Trotz dieser Flächenregulierung verblieben im Inlandsfleischgroßmarkt freie Bereiche, die jedoch erst nach Adaptierungen (technisch und baulich) für eine mögliche Besiedelung geeignet sein werden. Da auch bestehende Marktstände zurückgelegt wurden, betrug der mögliche Auslastungsgrad im Inlandsfleischgroßmarkt etwa nur 50 Prozent.

Veterinäramt

Die Abteilung vollzieht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen und nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien im Bundesland alle veterinärbehördlichen Agenden, die sich aus den Bundes-, Landes- und Gemeindekompetenzen ergeben.

Nach der Schließung des Schlachthofes St. Marx mit Ende des Jahres 1997 gliederte sich die Abteilung im Jahre 1998 in das Veterinäramt und den Marktbetrieb St. Marx (bis 30. Juni 1998).

Das Veterinäramt hat alle veterinärbehördlichen Aufgaben, welche den Veterinärabteilungen der Ämter der Landesregierungen und in fachlicher Hinsicht den politischen Bezirksbehörden und den Gemeinden zukommen, zu erfüllen.

Im Marktbetrieb St. Marx, bestehend aus dem Europa- und aus dem Inlands-Fleischgroßmarkt, waren außer der Betriebsführung, der Verwaltung und den veterinärbehördlichen Tätigkeiten auch die technische Betreuung der städtischen Anlagen, die Lebensmittelüberwachung, die Preisermittlung und die Preiskontrolle durchzuführen. Ab 1. Juli 1998 wurde der Fleischgroßmarkt in die Verwaltungszuständigkeit der MA 59 - Marktamt übertragen.

Die Schließung des Schlachthofes St. Marx und die Übertragung der Zuständigkeit für den Fleischgroßmarkt brachten personelle Veränderungen mit sich:

Der Personalstand der MA 60 - Veterinäramt umfasst nunmehr 58 Bedienstete.

Gemäß der ab 1. Juli 1998 in Kraft getretenen Neuorganisation der MA 60 besteht die Abteilung aus der Direktion, den Fachreferaten und acht angeschlossenen Veterinäramtsabteilungen der Bezirke. Im Rahmen des Dezernates Direktion wurde das Referat Budget, Organisation und Personal mit Hinblick auf die Optimierung und Förderung der Transparenz der Geschäftsprozesse innerhalb des Veterinäramtes neu geschaffen.

Von den im Berichtsjahr erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, die sich auf die Tätigkeit der Abteilung auswirkten oder deren Kenntnis für die Dienstausübung notwendig ist, sind anzuführen:

40. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Milchhygieneverordnung geändert wird, BGBL. Nr. 40/1998.

235. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, BGBL. Nr. 235/1998.

341. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Fleischverarbeitungsbetriebe-Hygieneverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 341/1998.

189. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Geflügel-Fleischuntersuchungsverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 189/1998.

188. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend Gesundheitskontrollen und Hygienemaßnahmen in Geflügelbetrieben (Geflügelhygieneverordnung 1998), BGBl. Nr. 188/1998.

342. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Anforderungen an die Ausbildung und Prüfung der zur bakteriologischen Untersuchung auf Rückstände berechtigten Tierärzte sowie über die Anforderungen an Untersuchungsstellen gemäß § 27 Abs. 1 des Fleischuntersuchungsgesetzes (Fleischuntersuchungs-Laborverordnung), BGBL. Nr. 342/1998.
66. Bundesgesetz, EU-Veterinärrechtsanpassungsgesetz 1997, mit dem das Gesetz betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, sowie das Gesetz betreffend die Abwehr und Tilgung der Rinderpest aufgehoben wird, BGBL. Nr. 66/1998.
233. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur ersten Änderung der Rinderkennzeichnungs-Verordnung 1998, BGBL. Nr. 233/1998.
28. Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung de Wiener Landesregierung über die Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 28/98.
42. Bundesgesetz mit dem das Tiertransportgesetz-Luft geändert wird, BGBL. Nr. 42/1998.
29. Verordnung der Wiener Landesregierung über die Leistungsprüfungen und Zuchtwert-Feststellungen LGBl. für Wien Nr. 29/1998.
321. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Kennzeichnung von Arten (Arten-Kennzeichungsverordnung), BGBL. Nr. 321/1998.
73. Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem Arbeiten mit gentechnisch veränderten Organismen, das Freisetzen und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen und die Anwendung von Genanalyse und Gentherapie am Menschen geregelt werden (Gentechnikgesetz - GTG), BGBL. Nr. 510/1994, geändert wird, BGBL. Nr. 73/98.
59. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Kennzeichnung von Erzeugnissen, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen und solche enthalten, und über weitere Angaben zu deren Inverkehrbringen (Gentechnik-Kennzeichnungsverordnung), BGBL. Nr. 59/1998.

Im Rahmen des Tierseuchengesetzes gelangten an anzeigepflichtigen Tierseuchen im Berichtszeitraum in Wien die Psittakose, die NCD (New Castle Disease) bei Tauben, die Räude der Schafe und die Amerikanische Faulbrut der Bienen amtlich zur Kenntnis.

Psittakose, eine auch auf den Menschen übertragbare Krankheit der Papageienvögel, wurde in 4 Beständen festgestellt. Insgesamt waren 13 Vögel von der Seuche betroffen. 12 Tiere verendeten an Psittakose.

Die New Castle Disease bei Tauben trat in einem Bestand auf. Vier Tiere erkrankten, eines wurde krank getötet und eines verendete.

Die Räude der Schafe trat in einem Bestand auf, 11 Tiere erkrankten.

Die Amerikanische Faulbrut der Bienen trat in einem Bestand auf, 12 befallenen Bienenvölker wurden getötet.

Im Rahmen der staatlichen Bekämpfung der Rindertuberkulose und der IBR/IPV wurden im Berichtsjahr 45 Rinder und 93 Ziegen in insgesamt 10 landwirtschaftlichen Betrieben untersucht. Die Untersuchungskosten beliefen sich auf S 11.646, von denen S 8.244 vom Bund getragen wurden, S 3.402 wurden von den Tierbesitzern aus Eigenmitteln aufgebracht.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurde im März 1995 die Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde 192/94/KOL über zusätzliche Garantien für Österreich betreffend die Aujeszky´sche Krankheit (AK) von der Entscheidung der Kommission 95/72/EG vom 9. März 1995 abgelöst. Aufgrund des im Jahre 1995 in ganz Österreich durchgeführten Screenings betreffend die Aujeszky´sche Krankheit gemäß der Entscheidung der Kommission 95/59/EG vom 2. März 1995 sind im Bundesland Wien die Voraussetzungen für die Erlangung zusätzlicher Garantien gemäß Artikel 10 der Richtlinie 64/432/EWG gegeben. Damit wurde die Anerkennung der Freiheit Wiens von Aujeszky´scher Krankheit erreicht.

Zur Aufrechterhaltung der Artikel 10-Freiheit wurde in Wien ein Überwachungsprogramm durchgeführt. Im Zuge dieses Überwachungsprogrammes wurden im Jahre 1998 von den Amtstierärzten der Stadt Wien Blutproben von 25 Zuchtschweinen und 2 Zuchtebern an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling eingesandt und auf die Aujeszky´sche Krankheit untersucht. Die Blutentnahme erfolgte bei 27 Tieren durch Punktion der Ohrrandvene, bei den übrigen Tieren wurden die Proben bei der Entblutung im Zuge des Schlachtvorganges gewonnen. Alle untersuchten Tiere wiesen ein negatives Untersuchungsergebnis auf.

Die Seuchensituation in Niederösterreich und im Burgenland ließen es als gerechtfertigt erscheinen, dass im Bundesland Wien auch im Jahre 1998 die orale Immunisierung der Füchse gegen Tollwut ausgesetzt wurde.

Um jederzeit einen Überblick über die Tollwutsituation im Bundesland Wien zu haben, wurden im Berichtszeitraum 8 Dachse, 7 Füchse, 5 Marder und 1 Hund zur Untersuchung auf Wutkrankheit an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling übermittelt. Alle Wutuntersuchungen waren negativ.

Zur Vollziehung der Veterinärbehördlichen Einfuhr- und Binnenmarkt-Verordnung 1998 ist das Veterinäramt an das ANIMO-Informationssystem („Animal Movement"), zum Zweck der Information über stattfindende Tier- und Tierprodukttransporte im Zuständigkeitsbereich angeschlossen. Jede Landesveterinäreinheit ist über eine zentrale Stelle (für Wien ist dies die Veterinärverwaltung im Bundeskanzleramt) mit einem Zentralcomputer in Dublin verbunden. Im Jahre 1997 erhielt das Veterinäramt 1.596 ANIMO-Meldungen über stattgefundene Transporte von Tieren und Produkten tierischer Herkunft. Dabei wurden vor allem Tiere folgender Spezies nach Wien transportiert: Pferde, Fische (Zier- und Speisefische), Hunde, Katzen, Labortiere (Kaninchen, Mäuse, Ratten), diver-

se Exoten, Fleisch und Innereien zur Futtermittelherstellung, sowie Jagdtrophäen. Aus Wien wurden von den Amtstierärzten 143 Exporte abgefertigt und mittels ANIMO-System nach Dublin gemeldet.

Auf der Grundlage des Fleischuntersuchungsgesetzes und der darauf erlassenen Verordnungen ist die Schlachttier- und Fleischuntersuchung, sowie die Kontrolluntersuchung der fleischbearbeitenden und Fleisch verarbeitenden Betriebe in Wien eine zentrale Aufgabe des Veterinäramtes.

Die Schlachttier- und Fleischuntersuchung wurde im Jahr 1998 in insgesamt 5 privaten Schlachtstätten vorgenommen.

Im Jahre 1998 wurden in Wien insgesamt 60 Rinder, 186 Kälber, 1.052 Schweine, 126 Einhufer und 48 Stück sonstiges Stechvieh geschlachtet.

Alle geschlachteten Schweine und Einhufer wurden auch der Trichinenuntersuchung unterzogen.

Davon wurden 1 Rind, 1 Kalb und 1 Schwein als für den menschlichen Genuss untauglich beurteilt.

Insgesamt wurde das im Rahmen der Kontrolluntersuchung nach Wien angelieferte Fleisch von 1 Rind, 4 Kälbern, 13 Schweinen, 13 Lämmern, 15 Ziegen, 1 Kitz und 4 Ferkeln als untauglich beurteilt.

Außerdem wurden 38.422 kg Tierkörperteile von Schweinen, Rindern, Kälbern und Schafen als für den menschlichen Genuss untaugliche Konfiskate an die Tierkörperbeseitigung Wien abgeführt. Weiters wurden 55 Stück Styroportassen mit Geflügelfleisch beanstandet und vernichtet.

Die Gründe, die dazu führten, dass die Tierkörper untauglich erklärt werden mussten, waren unter anderen hochgradige, Ekel erregende Geruchs- und Geschmacksabweichung, hochgradige bakterielle Durchsetzung, multiple Geschwülste, deutliche Farbabweichung und Wässrigkeit des Fleisches sowie Gefrierbrand.

12 Pferde und 4 Rinder mussten im Berichtszeitraum der Notschlachtung zugeführt werden. Die Tierkörper dieser Tiere wurden der bakteriologischen Fleischuntersuchung unterzogen.

Mit Beitritt Österreichs zum Europäischen Wirtschaftsraum wurde die Fleischuntersuchung für Wild aus freier Wildbahn verpflichtend. Im Jahre 1998 wurden von den Amtstierärzten der Stadt Wien in drei Wildbearbeitungsbetrieben insgesamt 3.004 Stück Rotwild, 38.472 Stück Rehwild, 1.226 Stück Gamswild, 90 Stück Muffelwild, 11 Stück Sikawild, 166 Stück Damwild, 3.970 Stück Schwarzwild, 3.432 Stück kleines Haarwild und 1.339 Stück Federwild der Wildfleischuntersuchung unterzogen. 762 Stück Wild wurden als untauglich befundet. Das gesamte untersuchte Schwarzwild wurde auch der Trichinenuntersuchung unterzogen.

Die dem Fleischuntersuchungsgesetz 1982 unterliegenden Betriebe wurden entsprechend der Verordnungen zum Fleischuntersuchungsgesetz in die vorgesehenen verschiedenen Typen eingeteilt und dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz gemeldet.

Derzeit sind in Wien 501 Fleisch be- und verarbeitende Betriebe registriert. Davon sind 409 Betriebe mit geringer Produktion, die ständige Erleichterungen in Anspruch nehmen (davon 3 Schlachtbetriebe, die an landwirtschaftliche Betriebe angeschlossen sind). 86 Betriebe sind zum innergemeinschaftlichen Handelsverkehr zugelassen.

Im Jahre 1998 wurden gemäß § 16 und § 17 des Fleischuntersuchungsgesetzes vom Veterinäramt 14.140 Einzelkontrollen in Fleisch be- und verarbeitenden Betrieben durchgeführt.

Gemäß Fleischuntersuchungsgesetz 1982 wurden 3 Anzeigen bei Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes 1975 wurde 1 Anzeige erstattet.

Gemäß Satzungen für die Verleihung des „Gütezeichens für Fleischwaren der Stadt Wien" wurden in 3 Betrieben 3 Hygienekontrollen durchgeführt.

In 43 einschlägigen Betrieben wurden 65 Kontrollen gemäß § 15 des Futtermittelgesetzes 1994 durchgeführt. Gemäß Erlass BMGSK 39.190/0-III/A/3/94 wurden in 4 Betrieben, Erzeuger von Heimtierfutter, 8 Kontrollen auf Einhaltung der Bestimmungen der „Richtlinie 90/667/EWG vom 27. November 1990 zum Erlass veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG" durchgeführt.

Gemäß den Bestimmungen der Milchhygieneverordnung wurden 30 Verarbeitungsbetriebe insgesamt 36-mal revisioniert. Es wurden 10 Betriebe gemäß Fischhygieneverordnung für den innergemeinschaftlichen Handel zugelassen. Dabei wurden 7 Kontrollen betreffend die Versendung von Waren in den innergemeinschaftlichen Handel durchgeführt.

Im Rahmen der Rückstandsuntersuchungen gemäß Erlass des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz, GZ. 39.186/2 - VI/A/3/98, wurden 6 Einzelproben entnommen und zur Untersuchung eingesandt.

Im Rahmen der Fleisch- und Kontrolluntersuchung wurden in 22 Fällen Proben zur bakteriologischen Untersuchung und zur Hemmstoffuntersuchung abgenommen und an die MA 38, Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, zur Untersuchung übermittelt. Sämtliche Untersuchungsergebnisse lagen unter den Grenzwerten.

Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes und der darauf begründeten Verordnungen wurden von den Amtstierärzten der Stadt Wien 592 Revisionen, 1.171 Kontrollen, 27 Soforteinsätze durchgeführt und 135 Stellungnahmen abgegeben. In 12 Fällen wurden von den Amtstierärzten selbst Anzeige wegen Verdachtes der Übertretung tierschutzrelevanter Bestimmungen erstattet.

26 Haltungen von Wildtieren, die besondere Ansprüche an Haltung und Pflege stellen, wurden einer Revision unterzogen. In 50 derartigen bereits bestehenden Tierhaltungen wurden Kontrollen durchgeführt.

Infolge eines allgemeinen Gesinnungswandels der Bevölkerung gegenüber tierschutz- und tierhaltungsrechtlichen

Angelegenheiten werden die Amtstierärzte als Sachverständige in Tierschutzfragen in Anspruch genommen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei Tierschutzangelegenheiten kommt auch in einer immer kritischeren Haltung gegenüber Veranstaltungen mit Tieren zum Ausdruck.

Im Jahre 1998 mussten bei 9 Veranstaltungen, bei denen Tiere mitwirkten, bei 78 Kontrollen sowie einem Soforteinsatz aus Gründen des Tierschutzes Aufträge erteilt werden.

Aufgrund der beim Veterinäramt vermehrt eingegangenen Anzeigen und Beschwerden betreffend den Gesundheitszustand der von den Fiakerunternehmen verwendeten Pferde wurden auf den Standplätzen 118 amtstierärztliche Kontrollen durchgeführt, die auch zu Anzeigen im Sinne des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes führten.

Die drei in Wien gemäß § 17 Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz genehmigten Tierheime wurden 192-mal kontrolliert.

In gewerblichen Tierhaltungen wurden auf der Grundlage der Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Schutz von Tieren gegen Quälereien und das artgemäße Halten von Tieren im Rahmen gewerblicher Tätigkeiten 72 schriftlich festgehaltene Revisionen und 199 Kontrollen durchgeführt.

In Vollziehung des Tierversuchsgesetzes 1988 wurden alle 13 in Wien genehmigten Tierversuchseinrichtungen mindestens einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfungen sollen gewährleisten, dass alle erforderlichen Anlagen, Geräte und Räumlichkeiten für eine der Gesundheit und dem Wohlbefinden förderlichen Haltung und Pflege der jeweiligen Versuchstiere und für eine fachgerechte Durchführung der Tierversuche zur Verfügung stehen. Weiters wurden die Aufzeichnungen, die gemäß § 15 Tierversuchsgesetz für alle genehmigten und bewilligten Tierversuche zu führen sind, kontrolliert.

Die Betreiber von Tierversuchsanlagen wurden weiterhin dazu angehalten, die Haltungsbedingungen durch sogenanntes „Behavioural Enrichment" zu verbessern. Diese Erweiterung des Reizangebotes für die Tiere betrifft die Struktur der Tierhaltungseinrichtungen, das Angebot verschiedener Objekte bzw. Spielgegenstände sowie die Methoden der Futterdarreichung.

Gemäß § 8 und § 9 Tierversuchsgesetz 1988 wurden insgesamt 132 Meldungen und Anträge aufgrund des Tierversuchsgesetzes bearbeitet, um sicherzustellen, dass die Tierversuche mit der im Verhältnis zum Versuchsziel geringstmöglichen Belastung und der kleinstmöglichen Anzahl von Versuchstieren durchgeführt werden. Ganz besonders sind sowohl beantragte Tierversuche wie auch bereits bewilligte oder genehmigte Tierversuche dahingehend zu überprüfen, ob die Methoden der Durchführung nach dem anerkannten Stand der Wissenschaft nicht bereits als überholt und daher als unzulässig anzusehen sind.

Vom Veterinäramt sind auch die freiberuflich tätigen Tierärzte in Evidenz zu halten. In Wien gab es mit Stichtag 31. Dezember 1998 insgesamt 384 aktive Tierärzte. Davon waren 232 Tierärzte freiberuflich tätig. Die Anzahl der Tierkliniken in Wien ist auf insgesamt 16 gestiegen. 148 Praxen und Tierkliniken haben eine tierärztliche Hausapotheke angemeldet; 26 Hausapotheken wurden einer Revision unterzogen.

Von der Tierkörperbeseitigung Wien wurden im Jahre 1998 insgesamt 94.025 Tierkadaver zur unschädlichen Beseitigung übernommen. Diese Zahl inkludiert auch die abgelieferten Versuchstiere, die ebenfalls in Stück angeführt werden. 428 Tiere wurden vom überwachenden Amtstierarzt einer Sektion unterzogen.

An die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling wurden 8 Dachse, 7 Füchse, 5 Marder und 1 Hund zur Wutuntersuchung weitergeleitet. Bei allen untersuchten Tieren war der Befund negativ.

An Äsern, Konfiskaten und Schlachtabfällen fiel im Jahre 1998 eine Menge von 2.039.308 kg an. Vom Marktbetrieb St. Marx wurden zusätzlich 2.780 kg Schlacht- und Fleischabfälle und 2.780 kg Schweineborsten übernommen. Alle Konfiskate wurden an die Burgenländische Tierkörperverwertung zur Verarbeitung abgeliefert.

In der Zeit vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 waren in der Quarantänestation der Tierkörperbeseitigung Wien 10 Hunde eingestellt.

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten

1. Einbürgerungsgruppe:

Im Jahr 1998 wurde in Wien an insgesamt 9.771 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 1997 einen Anstieg um 8,9 Prozent, der insbesondere in der Zunahme der Erstreckungen auf Ehepartner und Einbürgerungen mit mehr als zehnjährigem Inlandswohnsitz begründet ist.

Der Parteienverkehr in der Einbürgerungsgruppe nahm im Berichtszeitraum mit 55.008 Vorsprechenden gegenüber dem Jahr 1997 um 11,4 Prozent ab.

Die Gesamtzahl der Eingebürgerten - von denen 9.344 ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten - teilt sich auf 5.053 Eingebürgerte weiblichen Geschlechtes sowie auf 4.718 männliche Antragsteller auf.

2.036 Einbürgerungswerbern wurde 1998 die österreichische Staatsbürgerschaft nach einem mindestens zehnjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz verliehen; dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 13,7 Prozent.

1.495 Bewerber konnten vor Vollendung des zehnjährigen Inlandswohnsitzes eingebürgert werden, weil ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund im Sinne des Gesetzes vorlag; dies bedeutet gegenüber dem Jahr 1997 einen Rückgang um 11 Prozent. 56 Antragstellern wurde die Staatsbürgerschaft aufgrund eines Staatsinteressebeschlusses der österreichischen Bundesregierung wegen außerordentlicher Leistungen auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, künstlerischem oder sportlichem Gebiet verliehen (+ 16,7 % gegenüber dem Vorjahr).
2.126 Personen - meist Ehegatten von österreichischen Staatsbürgern - erwarben die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Rechtsanspruches; dies bedeutet eine Steigerung um 12,8 Prozent.
Diese obzitierten Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden auf 931 Ehegattinnen bzw. Ehegatten (+ 27,5 %) und auf 3.120 minderjährige Kinder (+ 10 %) sowie auf 7 bereits volljährige, jedoch erheblich behinderte Kinder erstreckt.
Von allen Eingebürgerten waren 3.639 Personen jünger als 19 Jahre (+ 9,5 %), 103 Eingebürgerte (+ 19,8 %) hatten im Zeitpunkt der Staatsbürgerschaftsverleihung das 60. Lebensjahr bereits vollendet.
Selbstverständlich mussten bei allen positiv abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sein, was bei 1.387 Ansuchen, die wegen zu kurzen Inlandswohnsitzes, wegen Vorstrafen, wegen ungesicherten Lebensunterhaltes oder aus anderen Gründen negativ erledigt werden mussten, nicht der Fall war.
Bei den Herkunftsländern der neuen österreichischen Staatsbürger liegt - wie auch in den vergangenen Jahren - die Türkei mit 2.958 Eingebürgerten an der Spitze. Den 2. Platz der Einbürgerungsstatistik hält - ebenfalls wie in den letzten Jahren - die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 1.071 Eingebürgerten; an 3. Stelle findet sich Kroatien mit 672 Eingebürgerten; den 4. Platz der Länderwertung nimmt Polen ein (523 Eingebürgerte); an 5. Stelle findet sich Rumänien mit 419 Personen, gefolgt von Ägypten an 6. Stelle mit 416 Eingebürgerten. Auf Platz 7 folgt Bosnien und Herzegowina (354 Eingebürgerte), an 8. Stelle Indien (319 Eingebürgerte), an 9. Stelle der Iran (310 Personen) und an 10. Position finden sich die Philippinen mit 221 Eingebürgerten.
Durch Abgabe einer Anzeige erwarben im Jahr 1998 69 ehemalige Österreicherinnen und Österreicher, die ihre Heimat vor dem 9. Mai 1945 aus rassischen oder aus politischen Gründen verlassen mussten, die österreichische Staatsbürgerschaft auf vereinfachtem Wege wieder; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 40,5 Prozent. Zum Zeitpunkt des Wiedererwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft besaßen 24 Personen die israelische Staatsangehörigkeit, 22 Personen waren US-Staatsangehörige und 10 Personen besaßen die britische Staatsangehörigkeit. In 14 Fällen führte die abgegebene Staatsbürgerschaftsanzeige mangels Vorliegens sämtlicher gesetzlicher Voraussetzungen nicht zum Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.
Die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbes einer fremden Staatsangehörigkeit wurde im Berichtszeitraum 20 Personen - meist mit Auslandswohnsitz bescheidmäßig bewilligt, nachdem in den Ermittlungsverfahren jeweils das hiefür erforderliche Staatsinteresse festgestellt worden war. Die Zahl der Beibehaltungsbewilligungen sank gegenüber dem Jahr 1997 um 16,7 Prozent.
Von der Möglichkeit, auf die österreichische Staatsbürgerschaft zu verzichten, machten im Jahr 1998 9 Personen Gebrauch, die neben der österreichischen Staatsbürgerschaft gleichzeitig auch eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen; sie erhielten Bescheide über den rechtskräftig gewordenen Verlust der Staatsbürgerschaft.
1998 betrafen den Bereich der Feststellung der Staatsbürgerschaft 469 Aktenvorgänge (+ 10,4 % gegenüber dem Vorjahr). Es handelte sich hiebei vielfach um klärungsbedürftige Fragen betreffend den Besitz oder den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, die durch Parteiansuchen, Anfragen von Behörden usw. an die Abteilung herangetragen wurden und zum Teil aufwendige Ermittlungsverfahren erforderlich machten. Besonders komplizierte Rechtsfragen wurden durch die Erlassung von feststellenden Bescheiden rechtskräftig entschieden. In der Einbürgerungsgruppe konnte 1998 im Rahmen einer Kundenbefragung ein positives Echo aus dem Kreis der Einbürgerungswerberinnen und -werber vernommen werden. So zeigten sich 78,4 Prozent der Antragsteller/innen mit der Art der Informationserteilung, der Erledigung der Ansuchen, der fachlichen Beratung sowie der persönlichen Betreuung äußerst zufrieden, 11 Prozent waren mit den Leistungen der Abteilung zufrieden und lediglich 5,9 Prozent vermittelten ihre Unzufriedenheit. 4,7 Prozent der Fragebögen waren unvollständig ausgefüllt.

2. Staatsbürgerschaftsevidenz:
Im Jahr 1998 wurde die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle im Parteienverkehr von 21.987 Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht; dies stellt gegenüber dem Jahr 1997 einen Rückgang um 44,6 Prozent dar, was auf die große Akzeptanz der dezentralen Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen seitens der Wiener Bevölkerung zurückzuführen ist.
Insgesamt wurden in Wien im Berichtszeitraum 37.509 Staatsbürgerschaftsnachweise (- 12,4 % gegenüber dem Jahr 1997) ausgestellt, wobei 16.548 Nachweise von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ausgegeben wurden; dies entspricht 44,1 Prozent aller im Jahr 1998 ausgestellten Staatsbürgerschaftsnachweise. Seitens der Einbürgerungsgruppe wurden anlässlich von Staatsbürgerschaftsverleihungen im Jahr 1998 weitere 7.884 Nachweise ausgefolgt; dies entspricht für das Berichtsjahr 20,9 Prozent aller Staatsbürgerschaftsnachweise.
Die Wiener Standesämter stellten 1998 anlässlich von Geburtsanmeldungen sowie bei Eheschließungen weitere 11.741 Staatsbürgerschaftsnachweise aus (30,3 % aller Nachweise) und vom Bürger Service-Zentrum Donaustadt konnten 1.336 Staatsbürgerschaftsnachweise (3,6 % aller ausgestellten Nachweise) ausgefolgt werden.
Von der Staatsbürgerschaftsevidenz wurden im Jahr 1998 auch 570 weitere Staatsbürgerschaftsbestätigungen

(- 17,4 %) zum Amtsgebrauch für diverse Behörden und Ämter ausgefertigt.
6.828 protokollierte Posteinlaufstücke wurden von den Referenten/innen der Evidenzstelle beantwortet. Die EDV-unterstützt geführte Staatsbürgerschaftsevidenz umfasste am Ende des Berichtsjahres 1.433.785 Datensätze. Aus der noch in Karteiform geführten alten Staatsbürgerschaftsevidenz werden laufend Staatsbürgerschaftsdaten elektronisch verarbeitet - insgesamt konnten 1998 zu diesem Zweck weitere 12.670 Karteiblätter (- 14 %) ausgewertet werden. Überdies wurden 51.452 Mitteilungen (- 6 %) von Staatsbürgerschaftsevidenzstellen anderer Bundesländer über ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise und Staatsbürgerschaftsbestätigungen, von Standesämtern über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle und auch von anderen Behörden über staatsbürgerschaftsrechtlich relevante Vorgänge elektronisch verarbeitet.
Weiters wurden von den Referentinnen und Referenten der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 2.085 Verfahren zur Überwachung des Ausscheidens von Eingebürgerten aus deren bisherigen Staatsverbänden bearbeitet.

3. Standesämter und Personenstandsgruppe:
Von den zehn Wiener Standesämtern wurden 1998 17.664 Geburten beurkundet, dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang um 1,4 Prozent. Weiters wurden im Jahr 1998 7.795 Eheschließungen (- 4,4 %) und 18.444 Sterbefälle (- 2,4 %) in den Registern vermerkt.
Die meisten Eheschließungen erfolgten 1998 - wie auch im Vorjahr - im Monat Juni (944), die geringste Zahl von Eheschließungen wurde mit 381 im Monat Jänner registriert.
Die Eintragungen in den von den Standesämtern verwahrten Personenstandsbüchern wurden im Berichtsjahr durch 10.480 Vermerke über Veränderungen von Beurkundungen sowie durch 17.751 Hinweismitteilungen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Eintragungen herstellen, auf den jeweils aktuellen Stand gebracht. 1.490 Ehefähigkeitszeugnisse wurden 1998 für österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ausgestellt, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten.
Im Berichtsjahr wurde von der Abteilung in 919 Fällen die Änderung eines Familiennamens und in 262 Fällen die Änderung eines Vornamens bescheidmäßig bewilligt; dies entspricht der Anzahl der Namensänderungen des Vorjahres.
Die 1998 am häufigsten gewählten Vornamen für in Wien geborene Kinder waren

für Kaben:		für Mädchen:	
Alexander	246	Julia	235
Florian	217	Katharina	182
Daniel	215	Lisa	156
Lukas	213	Anna	152
Maximilian	180	Sarah	140
Michael	177	Melanie	114
David	155	Nina	111
Dominik	154	Vanessa	102
Philipp	150	Laura	100
Stefan	144	Michelle	94

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Das Jahr 1998 brachte der Abteilung unter anderem die Neuwahl des Bundespräsidenten. Mit Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1997 wurde die Wahl des Bundespräsidenten für den 19. April 1998 ausgeschrieben. Als Stichtag wurde der 24. Feber 1998 festgesetzt. Zum Stichtag waren in Wien 1,116.014 Personen wahlberechtigt. Im insgesamt 1.413 Fälle umfassenden Reklamationsverfahren wurde die Eintragung von 623 Personen in das Wählerverzeichnis, die Streichung von 612 Personen aus dem Wählerverzeichnis sowie die Berichtigung von 178 Personendaten im Wählerverzeichnis begehrt. In Wien wurden insgesamt 69.466 Wahlkarten an im Inland lebende Wahlberechtigte und 7.202 Wahlkarten an Auslandsösterreicher ausgestellt. Insgesamt wurden 2.148 Wahllokale eingerichtet, davon 69 in Heil- und Pflegeanstalten sowie sechs ausschließlich für Wahlkartenwähler auf Bahnhöfen. Zum Besuch von 3.192 bettlägerigen oder sonst am Erscheinen im Wahllokal verhinderten Wahlberechtigten wurden insgesamt 80 besondere Wahlbehörden eingerichtet.

Um eine Kandidatur zu erreichen, sammelten mehrere Personen Unterstützungserklärungen. In Wien erhielten Dr. Thomas Klestil 5.300, Ing. Richard Lugner 5.760, Karl Walter Nowak 993, Dr. Martin Wabl 115, Bela Rabelbauer 8, Ludwig Friedl 13, Mag. Gertraud Knoll 88, Dipl.-Ing. Anton Amann 3 und Michael Wall 1 Unterstützungserklärung(en). Die für eine Kandidatur österreichweit erforderlichen 6.000 Unterstützungserklärungen bzw. fünf Unterschriften von Mitgliedern des Nationalrates erreichten nur fünf Bewerber, und zwar: Mag. Gertraud Knoll, Dr. Heide Schmidt, Dr. Thomas Klestil, Ing. Richard Lugner und Karl Walter Nowak. Am Wahltag wurden in Wien 699.299 Stimmen abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 62,66 Prozent. Davon waren 25.558 Stimmen ungültig, somit verblieben 673.741 gültige Stimmen. Auf Mag. Knoll entfielen hiervon 98.427

Stimmen (14,61 %), auf Dr. Schmidt 121.502 Stimmen (18,03 %), auf Dr. Klestil 347.453 Stimmen (51,57 %), auf Ing. Lugner 94.759 Stimmen (14,07 %) und auf Herrn Nowak 11.600 Stimmen (1,72 %).

Für die Personendatenbank wurden im Laufe des Jahres 562.297 Belege verarbeitet. Davon entfielen bei österreichischen Staatsbürgern 138.297 auf Anmeldungen, 207.738 auf Abmeldungen, 15.822 auf Zuzugsmitteilungen anderer Gemeinden, 1.263 betrafen Sterbefälle, 3.933 auf Pflegeheim-Ein- und Austritte, 1.672 auf Eheschließungen und 3.847 auf sonstige Bearbeitungsfälle. Bei ausländischen Staatsbürgern wurden insgesamt 189.725 Belege verarbeitet, davon 69.058 Anmeldungen und 120.667 Abmeldungen.

Im Berichtszeitraum waren in 39 Fällen Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen abzugeben.

Die nachfolgenden Zahlen der im Jahre 1998 anhängig gewordenen und wegen ihrer Bedeutung bzw. Häufigkeit hervorzuhebenden Verfahren weichen von jenen des Vorjahres mitunter beträchtlich ab, sodass nachstehende Gegenüberstellung angezeigt erscheint:

	1997	1998
Berufungen	134	98
Ausländergrunderwerb	982	974
Ausspielungen	15	15
Stellungnahmen zu Vereinsbildungen	841	911
Anträge auf Bewilligung von Sammlungen	18	19
Religionsfeststellungen	401	400

Von den Berufungsverfahren betrafen 50 Anträge Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe, 36 Verunreinigungen und 12 sonstige Rechtsgebiete. In zwei Fällen waren Gegenschriften zu Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof und in drei Fällen Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof zu erstatten. Bei den Berufungsverfahren wurden Anträge auf Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe besonders rasch erledigt, da es sich bei diesen Verfahren um die Zuerkennung von Beihilfen handelt und es wünschenswert erscheint, den Zivildienstleistenden ehestens zu den ihnen zustehenden Leistungen zu verhelfen.

Am 25. und 26. Feber 1998, am 24. und 25. Juni 1998 sowie am 28. und 29. Oktober 1998 wurden Wahlen der Vertrauensmänner der Zivildienstleistenden durchgeführt, wobei im Feber 1998 1.443, im Juni 1998 1.239 und im Oktober 1998 1.594 Zivildienstleistende bei Einrichtungen bzw. Einsatzstellen mit mindestens drei Zivildienern tätig und daher wahlberechtigt waren. Von ihrem Wahlrecht haben beim jeweiligen Wahltermin nur wenige Zivildienstleistende Gebrauch gemacht.

Im Jahre 1998 wurden 11 neue Einrichtungen des Zivildienstes mit 42 zusätzlichen Zivildienstplätzen anerkannt. Bei 5 bereits anerkannten Einrichtungen des Zivildienstes erfolgte eine Erhöhung um 15 Plätze. Dadurch wurden im Berichtszeitraum 57 Zivildienstplätze geschaffen. Bei 6 weiteren Einrichtungen erfolgten sonstige Änderungen der Anerkennung (Adressenänderungen, Änderung bzw. Erweiterung der Tätigkeitsbereiche der Zivildienstpflichtigenen, Einbeziehung von Einsatzstellen). Vier Einrichtungen des Zivildienstes wurden im Berichtszeitraum widerrufen. Im Berichtszeitraum langten 5.495 Krankmeldungen von Zivildienstleistenden ein.

Die Anzahl der genehmigten Ausspielungen im Jahre 1998 (15 Glückshäfen und Juxausspielungen) ist gegenüber 1997 gleich geblieben, das Gesamtspielkapital ist von S 6,143.000 auf S 5,970.000 gesunken. Von den 19 Anträgen auf Bewilligung von Sammlungen wurden 18 positiv erledigt. Beim Großteil der bewilligten Sammlungen handelt es sich um jährlich wiederkehrende Aktionen (Schwarzes Kreuz, Dombausekretariat St. Stephan). Die Anzahl der zu behandelnden Anträge gibt nur teilweise den mit Sammlungen verbundenen Arbeitsaufwand wieder, da insbesondere zur Weihnachts- und zur Osterzeit, in Zusammenhang mit zumeist telefonischen Anfragen, betreffend die Bewilligung von Sammlungen, eine umfangreiche Auskunftstätigkeit erforderlich ist.

Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung u.a. in Form von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur die Interessen des Landes Wiens wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen geben.

Zur Begutachtung standen die Entwürfe folgender Vorschriften:
Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz - UVP-G); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Weinverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Weinrechts; Bundesgesetz, mit dem das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Markenschutzgesetz 1970 und das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert werden; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe des

Großhandels mit Arzneimitteln und das Gewerbe des Großhandels mit Giften; Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz und das Bausparkassengesetz geändert wird; Verordnung des Magistrats der Stadt Wien betreffend die Bekämpfung der Ratten (Rattenverordnung); Bundesgesetz, mit dem das Gentechnikgesetz und das Produkthaftungsgesetz geändert werden; Bundesgesetz über die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftskammergesetz 1998 - WKG); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über das Verbot der Verwendung von Weichmachern bei bestimmtem Spielzeug für Kinder unter 36 Monaten; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Inspektion und Überprüfung der Anwendung der Guten Laborpraxis; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe der Versicherungsagenten (Versicherungsagenten-Befähigungsnachweisverordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Gewährung einer zusätzlichen nationalen Prämie für die Erhaltung des Mutterkuhbestandes im Jahr 1998 (Mutterkuhzusatzprämien-Verordnung 1998); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Belagsverleger (Belagsverleger-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Bodenleger (Bodenleger-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Bootbauer (Bootbauer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Datenverarbeitungssystemtechniker (Datenverarbeitungssystemtechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung in der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft (Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Gartencenterkaufmann (Gartencenterkaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Glaser (Glaser-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Rechtsanwaltsassistent (Rechtsanwaltsassistent-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Solaranlagentechniker (Solaranlagentechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Sonnenschutzanlagenmonteur (Sonnenschutzanlagenmonteur-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Speditionskaufmann (Speditionskaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Kraftfahrzeugtechniker-Meisterprüfungsordnung geändert wird; Gesetz, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird (Veranstaltungsgesetzesnovelle 1998); Bundesgesetz, mit dem das Einkommenssteuergesetz 1988 geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Mindestbesatzung von Fahrzeugen (Schiffsbesatzungsverordung); Bundesgesetz über die Wirtschaftstreuhandberufe (Wirtschaftstreuhandberufsgesetz - WTBG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Ausübungsvorschriften für das Reisebürogewerbe; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur 1. Änderung der Rinderkennzeichnungs-Verordnung 1998; Gesetz, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird (Veranstaltungsgesetz-Novelle 1998); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Preisauszeichnung für bestimmte Leistungen und für Treibstoffe bei Tankstellen geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Verbraucherkreditverordnung geändert wird; Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über die Anerkennung von Erzeugerorganisationen für Fischereierzeugnisse 1995 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Karenzgeldgesetz und das Arbeitsmarktservicegesetz geändert werden; Bundesgesetz, mit dem Regelungen über die doppelte Preisauszeichnung und andere Angaben von Geldbeträgen erlassen werden, sowie mit dem das Preisauszeichnungsgesetz geändert wird (Euro-Währungsangabengesetz - EWAG); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1993 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1959 und das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz geändert werden; Bundesgesetz über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend den Gesundheitsschutz von Spendern und die Qualitätssicherung von Blut und Blutbestandteilen; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Fleischverarbeitungsbetriebe-Hygieneverordnung geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Fertig-hausbauer (Fertighausbauer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Lagerwirtschaftsfachmann (Lagerwirtschaftsfachmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Landmaschinenmechaniker (Landmaschinenmechaniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundes-

Die Stadträtin für Konsumentenschutz Mag. Renate Brauner besucht die Nußdorfer Markthalle.

Foto: Votava / PID

Mag. Brauner in ihrer Eigenschaft als Personalstadträtin überreichte die Rettungsmedaille des Landes Wien an sieben mutige PolizistInnen, die in schwierigen Situationen mehreren Personen das Leben retten konnten. Foto: Votava / PID

Pressekonferenz mit der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales Lore Hostasch und der Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Mag. Brigitte Ederer zum Thema „Territorialer Beschäftigungspakt Wien." Foto: Votava / PID

Betriebsbesuch von Stadträtin Mag. Ederer in der Firma ÖAF-MAN in Wien 23, Brunner Straße 44. Foto: Votava / PID

ministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Mediendesign (Mediendesign-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Medienkaufmann (Medienkaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Medientechniker (Medientechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Steinmetz (Steinmetz-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Trafikverkäufer (Trafikverkäufer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Systemgastronomiefachmann (Systemgastronomiefachmann-Ausbildungsordnung); Verordnung über Sonderausbildungen und Weiterbildungen im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege (Gesundheits- und Krankenpflege-Sonderausbildungsverordnung - GuK-SAV); Verordnung, mit der für den Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege Universiätslehrgänge und Hochschullehrgänge den Sonderausbildungen für Lehr- und Führungsaufgaben gleichgeachtet werden (Gesundheits- und Krankenpflege Sonderausbildungsgleichhaltungsverordnung - GuK-SAGV); Bundesgesetz über den kardiotechnischen Dienst (Kardiotechniker - G - KTG); Bundesgesetz über die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftskammergesetz 1998 - WKG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Fitnessbetreuer (Fitnessbetreuer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufungsausbildung in der Fleischwirtschaft (Fleischer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Modellbauer (Modellbauer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Parkettleger (Parkettleger-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Personaldienstleistungskaufmann (Personaldienstleistungskaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Produktionstechniker (Produktionstechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Technisch-kaufmännischer Assistent (Technisch-kaufmännischer Assistent-Ausbildungsordnung); Bundesgesetz, mit dem im Zivilrecht begleitende Maßnahmen für die Einführung des Euro getroffen, das Handelsgesetzbuch, die vierte handelsrechtliche Einführungsverordnung, das Aktiengesetz, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Kapitalberichtigungsgesetz, das Spaltungsgesetz, das Firmenbuchgesetz und das Preisauszeichnungsgesetz geändert sowie einige Bestimmungen über Fremdwährungs- und Goldklauseln aufgehoben werden (1. Euro-Justiz-Begleitgesetz - 1.Euro-JuBeG); Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1985 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz 1992 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftsgesetz 1997 geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche (KJBG-VO); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Preisauszeichnung für bestimmte Leistungen und für Treibstoffe bei Tankstellen geändert wird; Ärztegesetz 1998; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe der Reisebüros (Reisebüro-Befähigungsnachweisverordnung); Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (55. Novelle zum ASVG); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über lebende Muscheln (Muschelverordnung) geändert wird; Bundesgesetz über die Wirtschaftstreuhandberufe (Wirtschaftstreuhandberufsgesetz - WTBG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Festlegung von Schulen und Studienrichtungen, die bestimmten Handwerken entsprechen (Schulen-Verordnung); Bundesgesetz, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und Artikel VI des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 450/1994 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Regelung des Berufes und der Ausbildung zum Heilmasseur (Heilmasseurgesetz - HmG) erlassen wird, und mit dem das MTF-SHD-Gesetz, das Ausbildungsvorbehaltsgesetz, das KA-AZG und die Gewerbeordnung 1994 geändert werden; Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Anerkennung der den vorgeschriebenen Befähigungsnachweis ersetzenden Qualifikation von Staatsangehörigen der EWR-Vertragsparteien; Bundesgesetz, mit dem das Pyrotechnikgesetz 1974 geändert wird; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, mit der die Eichvorschriften für Wärmezähler für flüssige Wärmeträger erlassen werden; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Eichgebühren (Eichgebührenverordnung 1998); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Unternehmerprüfungsordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Garantiemengen im Bereich der Gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (Milch-Garantiemengen-Verordnung 1998 - MGV 1998); Verordnung des Bundesministers für wirt-schaftliche Angelegenheiten betreffend die gegenseitige Anerkennung von Kalibrierscheinen akkreditierter Kalibrierstellen; Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungs-Gesetz 1997 geändert wird; Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Ausübung des ärztlichen Berufes und die Standesvertretung der Ärzte (Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998) erlassen und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung Hopfenbeihilfe geändert

wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über Handelsklassen für Schweineschlachtkörper geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Ausbildung und Beruf der Sanitäter erlassen wird, und das Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste - MTF-SHD-G und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz geändert werden; Bundesgesetz, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz 1992 geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die innerstaatliche Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1139/98; Bundesgesetz, mit dem das Dentistengesetz geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Schwarzarbeitsgesetz erlassen wird und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Verwaltungsstrafgesetz 1991, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1997, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, die Gewerbeordnung 1994, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz und das Fremdengesetz 1997 geändert werden; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Schädlingsbekämpfungsmittel-Höchstwerteverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Gleichhaltung von Lehrabschlussprüfungszeugnissen aus Österreich und der autonomen Provinz Bozen (Südtirol); Bundesgesetz über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen (Blutsicherheitsgesetz 1999 - BSG 1999); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur datenbankmäßigen Erfassung von Rindern (Rindererfassungs-Verordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur 2. Änderung der Rinderkennzeichnungs-Verordnung 1998; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über die Zulassung von pharmakologisch wirksamen Stoffen für kosmetische Mittel (Kosmetikverordnung) geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz und das Depotgesetz geändert werden; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen 1997, mit der die Eichvorschriften für Wasserzähler erlassen werden; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über den Zusatz von Süßungsmitteln zu Lebensmitteln und Verzehrprodukten (Süßungsmittelverordnung) geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über Methoden der Toleranz bei der Untersuchung von Wein und Obstwein (Methodenverordnung) geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die für eine selbständige Ausübung des ärztlichen oder zahnärztlichen Berufes durch Staatsangehörige der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die ihre Ausbildung im Staatsgebiet einer der übrigen Vertragsparteien dieses Abkommens absolviert haben, gemäß den Richtlinien 93/16/EWG und 78/686/EWG zum Nachweis der fachlichen Qualifikation erforderlichen Diplome, Prüfungszeugnisse, Befähigungsnachweise oder sonstigen Bescheinigungen (EWR-Ärzte-Qualifikationsnachweisverordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftiche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Informatiker (Informatiker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Informations- und Telekommunikationssysteme-Elektroniker (IT-Elektroniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Informations- und Telekommunikationssysteme-Kaufmann (IT-Kaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Textilmechaniker (Textilmechaniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung in der Textilwirtschaft (Textiltechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Veranstaltungstechniker (Veranstaltungstechniker-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Anerkennung von Betriebskooperationen; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, mit der die Eichvorschriften für Verzögerungsmessgeräte erlassen werden; Bundesgesetz, mit dem ein Arbeitsverhältnisgesetz (AVHG) geschaffen werden, das Angestelltengesetz, das Gutsangestelltengesetz, das Hausbesorgergesetz, das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, das Heimarbeitsgesetz und das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert, die Gewerbeordnung 1859 und das Arbeiter-Abfertigungsgesetz aufgehoben werden; Bundesgesetz, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, Art. VI des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 450/1994 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden; Bundesgesetz über die Koordination bei Bauarbeiten (Bauarbeitenkoordinationsgesetz - BauKG); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über allgemeine Lebensmittelhygiene (Lebensmittelhygieneverordnung) geändert wird; Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend die Eignungsvoraussetzungen für die im Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienst tätigen Personen (Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienstprüfungsverordnung) geändert wird; Gesetz betreffend die Tätigkeit der Buchmacher und Totalisateure (Wiener Buchmacher- und Totalisateuregesetz); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über natürliche Mineralwässer und Quellwässer (Mineralwasser- und Quellwasserverordnung).

Im Jahr 1998 wurde die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die Sperrstunde und die Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden (Sperrzeitenverordnung 1998) erlassen. Diese Verordnung ist an die Stelle der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die Sperrstunde und die Aufsperrstunde für die einzelnen Betriebsarten der Gastgewerbe festgelegt werden, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 15/1982 in der Fassung Landesgesetzblatt für Wien Nr. 30/1989, getreten. Gegenüber der früheren Regelung wurde vor allem die Sperrstun-

de für die Betriebsart Gasthaus von ehemals 24 Uhr auf 2 Uhr abgeändert und damit an die für Restaurants und Kaffeerestaurants geltende Sperrstunde angeglichen. Weiters wurde die Sperrzeitenverordnung 1998 zum Anlass genommen, die zwischenzeitigen bundesgesetzlichen Änderungen (insbesondere Wiederverlautbarung der Gewerbeordnung 1973 als Gewerbeordnung 1994, Abschaffung der Konzessionspflicht für die Gastgewerbe) in die Verordnung einzuarbeiten. Vor allem wegen des Ausmaßes der durch die bundesgesetzlichen Änderungen erforderlichen formellen Anpassungen war es im Interesse der Rechtsklarheit zweckmäßig, einer Neuerlassung der Sperrzeitenverordnung 1998 gegenüber einer bloßen Abänderung der auf das Jahr 1982 zurückgehenden Sperrzeitenregelung den Vorzug zu geben. Die Verordnung wurde im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 47/1998 verlautbart und ist am 8. September 1998 in Kraft getreten.

Zur Abgeltung der gestiegenen Kollektivvertragslöhne und der allgemeinen Teuerung wurde der Höchsttarif für das Rauchfangkehrergewerbe durch die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, LGBl. für Wien Nr. 56/1998, um (allgemein) 3 Prozent angehoben. Dieser Erhöhung liegt die Tatsache zugrunde, dass die letzte Erhöhung mit 1. Jänner 1997 bereits zwei Jahre zurückliegt. Dieses Ergebnis fand die Zustimmung aller dazu gehörten Interessenvertretungen und Dienststellen. Der neue Höchsttarif gilt ab 1. Jänner 1999.

Weiters wurden mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 7. Mai 1998 die privatrechtlichen Entgelte für den Fleischgroßmarkt festgesetzt. Mit diesem als Fleischgroßmarkttarif 1998 bezeichneten Beschluss wurden die bisher aufgrund des Fleischgroßmarktgebührentarifes 1993 vorgeschriebenen Gebühren auf privatrechtliche Entgelte umgestellt. Der Fleischgroßmarkttarif 1998 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 22/1998 kundgemacht und gilt seit 1. Juni 1998.

Gleichzeitig mit der Erlassung des Fleischgroßmarkttarifs 1998 war der Fleischgroßmarktgebührentarif 1993 aufzuheben. Dies ist mit der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Fleischgroßmarktgebührentarif 1993 aufgehoben wird, geschehen. Die genannte Verordnung wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 22/1998 kundgemacht.

Auf dem Sektor des Marktrechts wurden drei Abänderungen der Marktordnung 1991 erlassen. Die erste dieser Änderungen wurde am 19. Februar 1998 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 8/1998 kundgemacht. Inhaltlich sieht sie für Gastgewerbestände auf dem Naschmarkt erweiterte Betriebszeiten (werktags von 6 bis 22 Uhr) vor, weiters die Abhaltung des Flohmarktes an solchen Samstagen, die auf einen Feiertag fallen, die Wiedereinführung der automatischen Vormerkung für den Christkindlmarkt, die Verlängerung der Zeiten der Neujahrsmärkte um einen Tag, die tageweise Zuweisung von Marktplätzen auf Antiquitäten-, Allerheiligen-, Christkindl-, Fasten- und Gelegenheitsmärkten, die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für marktfremde Nutzungen (z.B. für Telefonzellen, Litfaßsäulen u.ä.) sowie nicht zuletzt eine Reihe von zusätzlichen Bestimmungen für weitere Gelegenheitsmärkte.

Die zweite in den Berichtsraum fallende Änderung der Marktordnung 1991 wurde am 12. März 1998 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 11/1998 kundgemacht. Inhaltlich betrifft diese Novelle den Fleischgroßmarkt St. Marx. Aufgrund des Umbaus dieses Marktes ist es nämlich erforderlich geworden, seine Einteilung neu zu regeln. Weiters wurden die für ihn geltenden Marktzeiten neu gefasst. Nicht zuletzt wurde die Vergabe der Marktplätze und Markteinrichtungen auf diesem Markt für die Zukunft auf Bestandvertrag umgestellt und wurde schließlich nach dem Vorbild der bereits für einige andere Märkte bestehenden Regelungen am Fleischgroßmarkt das Rauchen grundsätzlich (ausgenommen auf den hierfür gekennzeichneten Marktflächen) verboten.

Die dritte Änderung der Marktordnung 1991 wurde am 30. Juli 1998 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 31/1998 verlautbart. Die Änderung betrifft einerseits die Ausgliederung einer Teilfläche auf dem Marktgebiet des Volkertmarktes im 2. Bezirk. Andererseits betrifft sie die Auflassung des Dorner Marktes im 17. Bezirk.

Mit der Ostermärkteverordnung 1998 wurden jene Marktgebiete und Markttage von Ostermärkten bestimmt, die sich jährlich ändern. Die Ostermärkteverordnung 1998 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 9/1998 verlautbart. Weiters wurde die Kirchweihmärkteverordnung 1998 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 21/1998) erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte auf dem Gebiet der Stadt Wien festgelegt. Schließlich wurden durch die Adventmärkteverordnung 1998 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/1998) und die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1998 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 48/1998) die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die ebenfalls jährlich Änderungen unterliegen, listenmäßig erfasst und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt.

Der Einsatz von automatischer Datenvereinbarung im Bereich des Wiener Gewerberegisters hat die Kundenorientierung der Verwaltung bereits jetzt wesentlich verbessert und die Arbeitsabläufe optimiert. Den Kunden kann nunmehr wesentlich rascher und effektiver Auskunft über Gewerbedaten erteilt werden als vor dem ADV-Einsatz. Darüber hinaus kann diese Auskunft auch dezentral in jedem magistratischen Bezirksamt erteilt werden. Jene Dienststellen, die Daten für die Vollziehung des Gewerberechtes benötigen, können diese nunmehr selbst ADV-mäßig abfragen. Damit entfällt für diese Dienststellen weitgehend das ehemalige Erfordernis, die Daten beim Gewerberegister in jedem Einzelfall (schriftlich oder telefonisch) erfragen zu müssen. Nicht zuletzt ist das Wiener Gewerberegister so ausgestattet, dass die Bearbeitung der Gewerbeakten unmittelbar in dieser Applikation erfolgt. Dadurch wurde die gesamte Wiener Gewerbeverwaltung auf eine neue zukunftsorientierte Basis gestellt. Am Ausbau dieses Systems wird weiterhin gearbeitet.

Auch im Bereich des gewerblichen Prüfungswesens war für 1998 eine starke Belastung der Gewerbeverwaltung festzustellen. In den Gewerben der Bauträger, Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe, Großhandel mit Arzneimitteln, Großhandel mit Giften, Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen im Nah- und Fernverkehr, Kontaktlinsenoptiker, Reisebürogewerbe, Technische Büros und Überlassung von Arbeitskräften wurde je ein Prüfungstermin angesetzt. Für

das Immobilienmakler-, das Immobilienverwaltergewerbe, den Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen (Mietwagen-Gewerbe mit Omnibussen, Ausflugswagen-Gewerbe mit Omnibussen), den Gelegenheitsverkehr mit Personenkraftwagen (Taxi-Gewerbe und Mietwagen-Gewerbe) wurden zwei und für die Gastgewerbe vier Prüfungstermine festgesetzt.
Die Prüfungen sind vor Kommissionen abzulegen, die vom Landeshauptmann zu bestellen sind. Sie bestehen üblicherweise aus einem mit einschlägigen Angelegenheiten befassten Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und, je nach Zahl der besonderen Gebiete des Gewerbes, aus zwei bis fünf anderen Fachleuten, von denen mindestens zwei Personen im betreffenden Gewerbe tätig sein müssen. Vor der bescheidmäßigen Zulassung der Kandidaten muss in jedem Einzelfall das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen geprüft werden. Dies ist bei den vorangeführten Gewerben im Jahr 1998 in insgesamt 1.364 Zulassungsverfahren geschehen. Es traten 959 Kandidaten zu den schriftlichen und mündlichen Prüfungen an. Hiervon entfiel der größte Teil, nämlich 505 Kandidaten auf die Gastgewerbe. Von den angetretenen Kandidaten haben 643, das sind rund zwei Drittel, die Prüfung bestanden.
Im Zentralgewerberegister wurden im Jahre 1998 10.939 neu gegründete Gewerberechte eingetragen und in 7.521 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Änderungen an bestehenden Gewerberechten (Standortverlegungen, weitere Betriebsstätten, integrierte Betriebe, Geschäftsführerbestellung und -änderungen, Übertragungen an Pächter, Fortbetriebsberechtigung usw.) haben sich in 38.427 Fällen ergeben. Im handelsrechtlichen Bereich wurden 25.098 Zentralblattverlautbarungen behandelt. Es wurden insgesamt 55.490 Anfragebeantwortungen vorgenommen, hievon 12.927 auf handelsrechtlichem Gebiet. Der Sozialversicherungsanstalt wurde in 199 Fällen Rechtshilfe gewährt. Aus den Aufzeichnungen des Verwaltungsstrafkatasters wurden 15.857 Auskünfte gegeben. Für die Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien wurden 11.165 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen wurden bei 2.254 Personen Nachforschungen angestellt, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten.

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Die Erstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1998 erfolgte gemäß § 86 WStV und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 24. - 26. November 1997 genehmigt. Bei der Festlegung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen wurde einerseits auf das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und andererseits auf die Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte zur Einhaltung der so genannten „Maastricht-Kriterien" Bedacht genommen.

Unter diesen Voraussetzungen sah der Voranschlag 1998 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	Schilling
Einnahmen	126.009,265.000 S
Ausgaben	135.756,007.000 S
Abgang	9.746,742.000 S

Damit konnte zum Voranschlag 1998 das als Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegebene „Maastricht-Defizit" mit einem Wert von 4.072 Millionen Schilling eingehalten werden.

Die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	Schilling	Anteil in Prozent
Eigene Steuern und Abgaben	18.814,367.000	14,9
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	36.955,000.000	29,3
Einnahmen aus Leistungen	21.000,554.000	16,7
Beiträge des Bundes für den Lehrerpersonalaufwand	7.092,384.000	5,6
Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse	12.750,991.000	10,1
Eigene Fremdmittelaufnahmen	3.156,251.000	2,5
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	91,327.000	0,1
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	128,419.000	0,1
Sonstige Einnahmen	26.019,972.000	20,7
Summe	126.009,265.000	100,0

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Schilling	Anteil in Prozent
Leistungen für das Personal	34.290,724.000	25,3
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	8.540,051.000	6,3
Instandhaltungsaufwand	7.859,326.000	5,8
Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung	8.838,204.000	6,5
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	91,327.000	0,1
Eigener Schuldendienst	9.003,796.000	6,6
Schuldendienst für Dritte	128,417.000	0,1
Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers	16.026,435.000	11,8
Sonstige Ausgaben	50.977,727.000	37,5
Summe	135.756,007.000	100,0

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben sank trotz Bezügeerhöhung gegenüber dem Jahr 1997 um 0,2 Prozent auf 31,6 Prozent.

Für den eigenen Schuldendienst waren 9.004 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um 193 Millionen Schilling geringer als im Vorjahr. Der prozentuelle Anteil dieser Ausgabengruppe sank von 6,9 Prozent auf 6,6 Prozent. Für

Tilgungen waren insgesamt 6.572 Millionen Schilling (gegenüber 6.595 Millionen Schilling für 1997) und für die Verzinsung 2.432 Millionen Schilling (Vorjahr: 2.603 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank insgesamt um rund 28 Millionen Schilling auf 128 Millionen Schilling (Vorjahr: 156 Millionen Schilling).

Bei den Investitionen, Investitionsbeiträgen und Kapitaltransfers ergab sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein nomineller Rückgang um 801 Millionen Schilling auf 16.026 Millionen Schilling, wobei sich hier auf Grund der Budgetgestion der Erweiterung der Dezentralisierung Verschiebungen in die „sonstigen Ausgaben" ergeben haben.

Die sonstigen Ausgaben stiegen - nicht zuletzt deshalb - nominell um 3.857 Millionen Schilling und erreichten 50.978 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 37,5 Prozent (Vorjahr 35,4 %).

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 22. Juni - 23. Juni 1998 genehmigte Rechnungsabschluss für das Jahr 1997 ergab bei Gesamteinnahmen von 126.638 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 130.005 Millionen Schilling einen Abgang von 3.367 Millionen Schilling. Zur Deckung des Abganges wurden Fremdmittelaufnahmen herangezogen.

Der Voranschlag 1999 rechnet bei Gesamteinnahmen von 130.814 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 140.271 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 9.457 Millionen Schilling, d.s. 6,7 Prozent der Gesamtausgaben. Das sogenannte Maastricht-Defizit, in welchem beispielsweise Schuldentilgungen keine Berücksichtigung finden, beläuft sich auf 2.498 Millionen Schilling. Es liegt damit unter dem in der Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung des insgesamt zulässigen Maastricht-Defizites errechneten Wert. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein sich allfällig ergebender Überschuss auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Im Mai 1998 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt unterzeichnet. Primäre Zielsetzung ist, dass keine Gebietskörperschaft gegen ihren Willen durch rechtsetzende Maßnahmen einer anderen Gebietskörperschaft belastet werden darf, verbunden mit der Kostentragungspflicht der verursachenden Gebietskörperschaft, wenn nicht in einem gemeinsam beschickten Konsultationsgremium Einigung über eine andere Vorgangsweise erzielt werden kann.

Weiters wurde im November 1998 die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung aller Gebietskörperschaften (Österreichischer Stabilitätspakt) unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und deren Überführung in eine Aktiengesellschaft, beschlossen vom Wiener Gemeinderat mit Beschluss vom 17.12.1998, Pr. Z. 86/98, waren umfangreiche Vorbereitungsarbeiten, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen steuerlichen Begleitmaßnahmen, zu leisten.

Im Bereich der Revisionsstelle der Abteilung wurden im Jahre 1998 insgesamt rund 28.300 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund 292 Millionen Schilling.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahnhilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Die Tätigkeit des Referates 3-Budgetkontrolle und Kollaudierung umfasste insgesamt rund 530 Baustellen, wobei etwa 16.100 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 9 Milliarden Schilling geprüft wurden. Dabei wurden Einsparungen in Höhe von rund 672 Millionen Schilling erzielt.

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 12. April 1997, Zl. G 400/96-35 und G 44/97-23, die im § 8 Z 1 der Kommunalsteuergesetzes beinhaltete Steuerbefreiung der Österreichischen Bundesbahnen als verfassungswidrig aufgehoben. Das Kommunalsteuergesetz wurde mit Bundesgesetzblatt Nr. 10/1998, ausgegeben am 9. Jänner 1998, in diesem Sinne abgeändert.

Mit Landesgesetzblatt für Wien vom 29. September 1998, LGBl. für Wien Nr. 48, wurde das Wiener Baumschutzgesetz geändert und der Einheitssatz für die Ausgleichsabgabe auf 15.000 S erhöht.

Mit dem vom Wiener Landtag am 1. Dezember 1998 beschlossenen Wiener Rundfunk-Ankündigungsabgabegesetz (Wr. RFAG) wird die Gemeinde zur Ausschreibung einer Abgabe von fremden Ankündigungen durch Rundfunk, die von Studios im Gebiet der Stadt Wien ihren Ausgang nehmen und gesendet werden, ermächtigt.

In der Verordnung des Gemeinderates, mit der für die Herstellung oder Verstärkung einer Abzweigleitung von einem städtischen Wasserrohrstrang die Entrichtung einer Abgabe vorgeschrieben wird, wurde der für die Berechnung der Anschlussabgabe heranzuziehende Einheitssatz auf 1.780 S erhöht. Die Kundmachung erfolgte im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 29/1998.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingetreten:

1. BGBl. Nr. 79/1998 (ausgegeben am 18. Juni 1998)
Bundesgesetz, mit dem das Bundeshaushaltsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz 1997, das Bundesgesetz über die Errichtung des Staatschuldenausschusses, das Bundesgesetz, mit dem das ÖIAG-Anleihegesetz, das Erdölbevorratungs-

Förderungsgesetz, das Bundesgesetz, mit dem die Haftungsübernahme für von der Gesellschaft „Österreichische Bundesbahnen" bei der „Eurofima" (Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial) aufzunehmende Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite geregelt wird, das Energieanleihegesetz 1982, das Bundesgesetz vom 24. Jänner 1979 betreffend Übernahme der Bundeshaftung für die Konversion von Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) und der Sondergesellschaften, das Garantiegesetz 1977, das Bundesgesetz vom 4. April 1986 über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes, das Poststrukturgesetz, das Staatsdruckereigesetz 1996, das Umweltförderungsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geändert werden, das Bundesgesetz betreffend die Übernahme von Geschäftsanteilen das Graz Köflacher Eisenbahn GmbH (GKE) und die mögliche Verwertung dieser Geschäftsanteile erlassen wird und das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH) geändert wird (Budgetbegleitgesetz 1998).

2. BGBl. Nr. 115/1998 (ausgegeben am 19. August 1998)
Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz geändert wird (Abfallwirtschaftsgesetz-Novelle 1998)

3. LGBl. für Wien Nr. 5/1998 (ausgegeben am 27. Jänner 1998)
Gesetz des Wiener Landtages über die Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirates; Änderung

4. LGBl. für Wien Nr. 20/1998 (ausgegeben am 18. März 1998)
Gesetz des Wiener Landtages über das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz-WWFSG 1989; Änderung

5. LGBl. für Wien Nr. 22/1998 (ausgegeben am 23. April 1998)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Eigenmittelersatzdarlehen

6. LGBl. für Wien Nr. 37/1998 (ausgegeben am 31. Juli 1998)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen, Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes-WWFSG 1989; Änderung

7. LGBl. für Wien Nr. 38/1998 (ausgegeben am 31. Juli 1998)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (Sanierungsverordnung 1997); Änderung

8. LGBl. für Wien Nr. 39/1998 (ausgegeben am 31. Juli 1998)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Höhe des zu leistenden Pauschalbetrages bei Begründung von Wohnungseigentum an geförderte Mietwohnungen; Änderung

9. Amtsblatt Nr. 48/1998
Verordnung des Gemeinderates, mit der die Verordnung über die Grundsätze für die Festlegung und über die bezirksweise Aufteilung der durch die Organe der Bezirke verwalteten Haushaltsmittel (Bezirksmittelverordnung), Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 45/1997, geändert wird.

Bezirksbudgets

Der Wiener Landtag hat am 29. September 1997 eine Änderung der Wiener Stadtverfassung beschlossen, um den Bezirken mit Wirksamkeit 1. Jänner 1998 weitere Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der Bezirke gelegen sind und von den Bezirken auch unter Beachtung der „Einheit der Stadt" besorgt werden können, in ihre budgetäre Eigenzuständigkeit zu übertragen. Durch diese Ausweitung der Dezentralisierung war es erforderlich, die Festlegung der Höhe der Bezirksmittel und der bezirksweisen Aufteilung neu zu regeln. Der Wiener Gemeinderat hat daher die Verordnung über die Festlegung und über die bezirksweise Aufteilung der durch die Organe der Bezirke verwalteten Haushaltsmittel (Bezirksmittelverordnung) erlassen.

Demnach standen den Bezirken für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, im Verwaltungsjahr 1998 rund 2.009 Millionen Schilling zur Verfügung.

Daneben wurden den Bezirken aufgrund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 28. Mai 1997 im Jahre 1998 - wie in den vorangegangenen Jahren - 80 Millionen Schilling für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemein bildenden Pflichtschulen bereitgestellt. Allerdings können die Bezirke diese zusätzlichen Mittel nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für solche bauliche Instandhaltungsmaßnahmen ein festgelegtes Mindestmaß aus eigenen Bezirksmitteln aufwenden.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1997 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, dass bei Bezirksmitteln von rund 1.070 Millionen Schilling Ausgaben (für Vorhaben) von rund 1.231 Millionen Schilling getätigt wurden. Obwohl dies jahresbezogen einen Abgang von rund 161 Millionen Schilling bedeutet, wies die Bezirksrücklage für alle Bezirke mit Stichtag 31. Dezember 1997 einen Rücklagenstand von rund 224 Millionen Schilling aus - resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mussten fünf Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluss 1997 einen Vorgriff von rund 6,4 Millionen Schilling tätigen.

Im Juni des Jahres 1998 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verhandlungsausschusses des Bezirkes mit den Dienststellen des Magistrates hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 1999 statt. Im Jahre 1999 sind es rund 2.177 Millionen Schilling, die den Bezirken für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Finanzwirtschaft

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1998 wurde aufgrund der beschlussmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktion durchgeführt:

250 Millionen CHF - Anleihe 1998 - 2004 (öffentliche Anleihe)

Diese Transaktion erbrachte einen Betrag von rund 2,2 Milliarden Schilling.

Des weiteren wurde die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung einer 75 Millionen CHF - Anleihe 1989 - 2004 wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bezirke wurde im Dezember 1998 ein Darlehen für die Bezirke in der Höhe von 50 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 10 Jahren aufgenommen.

Wohnbau

Im Jahre 1998 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekardarlehen in der Höhe von S 79,255.380 aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Drittel der Darlehen, das sind S 52,836.920 zuzählbar sein wird.

Im Bereich WWFSG 1989 Neubau Art. II BGBL. Nr. 32/1992 Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 19,572.600 aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

WWFSG 1989 - Neubau Kletterdarlehen	S 455,512.530
WWFSG 1989 - Art. II	S 14,169.900

Nach Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes WWFSG 1989 konnten heuer wieder WBF 1968 Darlehen konvertiert werden. Dies bedeutet, dass die Konditionen der Hypothekardarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätenzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, dass

1. die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird
2. ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gemäß. § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 zum WWFSG 1989 höchstens 0,5 Prozent über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Anleihen im weiteren Sinne liegt und
3. die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahre 1998 Darlehen in der Höhe von S 334,817.212,82 konvertiert.

Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurde im Jahre 1998 von der Abteilung insgesamt S 1,273.946.150 an Darlehen aufgenommen, die Zuzählung in diesen Bereichen betrug S 787,330.700.

Für die Einzelverbesserungen - den nachträglichen Fernwärmeanschluss von Wohnungen betreffend - wurden Darlehen in Höhe von S 118,019.000 aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Für einen Umbau im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 25,486.000 aufgenommen. Die Zuzählungen in diesem Bereich betragen S 38,935.000.

Bürgschaften

Im Jahre 1998 wurden aufgrund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen: im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 16 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 21,390.000 und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 123 Fällen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 249,172.464.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Auch im Rechnungsjahr 1998 fand diese, im Jahre 1989 ins Leben gerufene Aktion wieder sehr großen Anklang, so wurden für 812 Antragsteller S 49,172.814, d.s. 96 Prozent der vom Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern in Wien den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, und für 143 Antragsteller S 5,865.895, d.s. vorerst - aufgrund der Vorlage des Anwartschaftsvertrages - 86 Prozent der vom Finanzamt den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer ausbezahlt.

Insgesamt kamen daher im Rechnungsjahr 1998 im Rahmen der Aktion S 55,038.709 für 955 Antragsteller zur Auszahlung.

Vier im Rahmen dieser Aktion eingereichten Objekte konnten 1998 endabgerechnet werden.

Die Summe der Rückersätze bzw. Storni aufgrund eines verringerten Endabrechnungsbetrages oder Vertragesrücktritten errechnet sich mit S 4,500.881.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten bzw. Umweltförderungsgesetz:
Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten aufgrund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszuzählungen für Investitionen der MA 30 und 31 in einer Höhe von rund 16 Millionen Schilling lukriert werden.
Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 1998 39 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund 577 Millionen Schilling eingereicht und 40 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 130 Millionen Schilling angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund 46 Millionen Schilling vereinnahmt werden.

b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft:
Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 1998 40 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien - Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über 581 Millionen Schilling zugesagt werden. Aufgrund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 1998 rund 269 Millionen Schilling und somit insgesamt bereits mehr als 2,2 Milliarden Schilling an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

2. Altlasten

1998 wurde mit der Phase 2 der Altlastensanierung des Projektes Rudolf-Zeller-Gasse mit einem geschätzten Kostenrahmen von 80 Millionen Schilling begonnen.

Insgesamt wurden 1998 rund 8,2 Millionen Schillingchilling an Förderungsmittel zugezählt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde im Jahr 1998 für die städtischen Spitäler nur mehr eine Jahresausgleichszahlung für das Jahr 1996 sowie Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung in Höhe von insgesamt rund S 59,100.000 angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Im Jahr 1998 wurde mit den Rechtsträgern des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern, des Herz Jesu-Krankenhauses, der Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes, des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, des St. Josef-Krankenhauses, des Krankenhauses St. Elisabeth, des Hartmannspitals und des Orthopädischen Spitales Speising eine neue Vereinbarung zur teilweisen Deckung des Betriebsabganges, gültig für die Jahre 1998 bis 2000, abgeschlos-

sen. Die daraus resultierenden Akontozahlungen in Höhe von insgesamt rund 394,750.000 Schilling wurden zur Anweisung gebracht. Für Nachzahlungen, die aufgrund der Differenz zwischen den Akontoleistungen und den geprüften Betriebsabgängen aus dem Jahr 1997 entstanden, wurden rund 27,100.000 Schilling angewiesen.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der von den Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Integrationsfonds Barmittel in Höhe von 72 Millionen Schilling und dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 125 Millionen Schilling im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere im Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe für Behinderte und für Suchtkranke, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe usw.

Herauszuheben sind die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime" und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte - neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen - sowie von Projekten der im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not (Ende 1998 ausgelaufen) zusammengefassten Organisationen.

Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z.B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten) sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem AMS Wien wurden auch 1998 mehrere Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Frauen und Suchtkranke gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde weiter im Rahmen der neustrukturierten Förderung mit EU-kofinanzierten und nationalen Spartenförderungsmaßnahmen unterstützt, wozu noch die bisherigen Zuschüsse für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer kamen.

Des Weiteren ist die Förderung des Ausbaues von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien hervorzuheben.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderungsausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 269,32 Millionen Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund 69,14 Millionen Schilling entfielen.

Aufgrund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahre 1998 insgesamt rund 297,75 Millionen Schilling ausgegeben. Auf Investitionen entfielen davon rund 62,18 Millionen Schilling. Aufgrund einer Änderung der Geschäftseinteilung gilt die Zuständigkeit für Mitgliedsbeiträge ab 1. Juli 1998 nur mehr für die Mitgliedschaften des eigenen Geschäftsbereiches und der nicht-ansatzführenden Dienststellen.

Dauerbeschlüsse

	Gesamt	laufende Transferzahlungen	Kapitaltransferzahlungen
Gebührstellungen	292,195.153	227,160.605	65,034.548
Johanniter Unfall-Hilfe	3,600.000	-	3,600.000
Österr. Inst. f. Bautechnik	1,449.787,22	1,449.787,22	-
Verein, Jugend am Werk	503.567,41	-	503.657,41
	297,748.507,63	228,610.392,22	69,138.115,41

Einjährig

Subventionslisten	267,868.436	205,667.987	62,180.449
Hagelversicherung-Prämienförderung	1,171.000	1,171.000	-
Städtebund	300.000	300.000	-
	269,319.436	207,138.987	62,180.449

Beteiligungen

Im Rahmen der Geschäftseinteilungsänderung der Abteilung haben sich auch bei den Beteiligungen Änderungen ergeben. Demnach obliegen der Abteilung ab 1. Juli 1998 nur mehr jene Beteiligungen, die nicht in den geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereich einer anderen Dienststelle fallen. Die sonstigen Agenden haben sich jedoch nicht geändert.

Tech Gate

Nach dem bereits im Dezember 1997 erfolgten Beschluss der Wiener Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung der Errichtung des Tech Gate Wissenschafts- und Technologieparks in Wien wurden die entsprechenden Vertragswerke (Syndikatsvertrag, Gesellschaftsvertrag) zwischen den Vertragspartnern Republik Österreich, Wiener Städtische Allgemeine Versicherungs AG und dem Land Wien ausgearbeitet und in weiterer Folge wurde am 19. Juni 1998 der Syndikatsvertrag unterfertigt. Damit waren alle Voraussetzungen sowohl finanzieller als auch gesellschaftsrechtlicher Natur geschaffen, um mit dem 1. Bauteil des Technologieparks auf der so genannten „Platte" beginnen zu können.

Ebenso war damit auch endgültig der Name fixiert, welcher lautet:
TECH GATE Vienna Wissenschafts- und Technologiepark GmbH.

Wirtschaftsförderung

1. In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z.B. 494 Kreditanträge für die Gemeinsame Kreditaktion verzeichnet, wovon 474 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluss vom 29. Jänner 1998 wieder mit 15 Millionen Schilling festgesetzt. Im Rahmen der Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien kam es zu 15 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 4,2 Millionen Schilling.
2. Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahre 1998 festzustellen. So wurden im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion (ehemals „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion" - STUVA) 33 Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 80,307.100 gewährt.
   Mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni 1998 wurde die bestehende Struktur- und Umweltverbesserungsaktion - STUVA - dermaßen modifiziert, dass zwar die bisherigen Förderungsziele möglichst unverändert beibehalten werden können, jedoch in formaler Hinsicht eine größtmögliche Übereinstimmung mit dem EU-Wettbewerbsrecht, insbesondere im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, erreicht wird. Gleichzeitig wurde sie auf Wiener Strukturverbesserungsaktion umbenannt.
   Im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion wurden 12 Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 1,599.727 und im Rahmen der Aktion zur Förderung von Investitionen im Bereich der C-Techniken 118 Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 53,203.600 vergeben. Bei der mit Beschluss des Gemeinderates vom 28. Oktober 1988 geschaffenen Aktion zur Förderung zusätzlicher hoch qualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter") wurden 1998 28 Zuschüsse vergeben, die ein Gesamtvolumen von S 5,185.680 auslösten. In der von Aktion zur Vermeidung von (F)CKW-Emissionen in Altlastensanierungsaktion geänderten Aktion wurden vier Fälle mit einem Zuschussvolumen von S 422.600 positiv erledigt, im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion konnten 415 Fälle mit einem Volumen von S 54,250.497 positiv erledigt werden und im Rahmen der Aktion „Wiener Traditionsgasthaus" waren es acht Fälle mit einem Volumen von S 1,046.700.
   Im Rahmen der im Jahre 1996 erstmals abgewickelten Zuschussaktion für Kleinunternehmer in der URBAN-Zone konnten im Jahre 1998 104 positiv erledigte Anträge mit einem Volumen von S 10,182.300 verzeichnet werden, in der Wiener Unternehmensgründungsaktion wurden im Jahre 1998 214 Anträge mit einem Volumen von S 32,539.555 positiv erledigt.
   In Erweiterung der Förderungstätigkeit durch die Stadt Wien wurden im Jahre 1998 zwei neue Förderungsaktionen geschaffen:

   - NT - New Technologies Zukunftsprogramm
   Der Schwerpunkt „Innovation & Technologieanwendung" im Bereich der monetären Wiener Wirtschaftsförderung soll nun noch mehr den Charakter einer „Wiener Technologieoffensive" bekommen. Daher wurde mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 30. September 1998, Pr.Z. 133/98-GFW, das „NT - New Technologies Zukunftsprogramm" ins Leben gerufen.

   - Betriebliche Umweltförderung
   Zur Förderung des vorsorgenden betrieblichen Umweltschutzes hat die Stadt Wien mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1998, Pr.Z. 176/98-GFW, im Rahmen des ÖKO BUSINESSPLAN WIEN eine

betriebliche Umweltförderungsaktion geschaffen. Ziel dieser Aktion ist es, die Umweltsituation weiter zu verbessern und gleichzeitig Konkurrenzfähigkeit und Prosperität der Wiener Wirtschaft durch erhöhte Ressourceneffizienz, Imagegewinn und Einsatz innovativer Produkte und Prozesse langfristig zu sichern.

3. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde im Jahre 1993 die Innovationsförderungsaktion zu einer „Wiener Innovations- und Technologieförderung" modifiziert. Im Rahmen dieser neuen Aktion wurden im Jahre 1998 28 Fälle mit einem Gesamtbetrag von S 87,526.800 positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektsphasen folgende Beträge:

Forschung und Entwicklung	S 86,311.700
Wirtschaftliche Umsetzung	S 1,215.100

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschafts- bzw. der Technologieförderung.
Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 7. Mai 1998, Pr.Z. 70/98-GFW, wurde ein Sonderprojektrahmen für Geschäftsstraßenaktivitäten mit einem maximalen jährlichen Förderungsvolumen der Stadt Wien von S 7,500.000 geschaffen.
Um Wien zu einem internationalen Forum für die Auseinandersetzung mit zukünftigen IT Entwicklungen zu machen, hat der Wiener Gemeinderat am 17. Dezember 1998 unter Pr.Z. 175/98-GFW für die Unterstützung der Scope-Konferenzen beginnend mit „information versus meaning" einen Zuschuss von maximalen S 10,000.000 an die Tech Gate Vienna Wissenschafts- und Technologiepark GmbH genehmigt.
Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1998, Pr.Z. 177/98-GFW, wurde zur Finanzierung der Hard- und Software Anschaffungen für das Virtual Reality Center, welches in Wien angesiedelt werden soll, ein Betrag von S 15,000.000 an die Tech Gate Vienna Wissenschafts- und Technologiepark GmbH genehmigt.

Sektorplanförderung

Bei der Sektorplanförderung handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundesland, die Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden über diesbezügliche Beschlüsse der Wiener Landesregierung zwei Betriebe aus dem Bereich Fleischverarbeitung sowie Handel mit Fleisch und Fleischwaren und ein Betrieb aus dem Bereich Erzeugung von Eierprodukten gefördert. Das Förderungsvolumen belief sich auf insgesamt S 7,809.000 wobei die Anteile des Landes S 2,270.857, des Bundes S 3,406.286 und der Europäischen Gemeinschaft S 2,131.857 betrugen.

Zinsenfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser - im gesundheits-, umwelts- und sozialpolitischen Interesse gelegenen - Aktion kann die Stadt Wien zinsenfreie Darlehen für die Dauer von fünf Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluss bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 1998 insgesamt S 741.600 zugezählt.

Ersatzvornahmen

Der Abteilung obliegt es aufgrund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 6 - Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der Magistratsabteilung 6 - Buchhaltungsabteilung 2 und 5, der Magistratsdirektion - Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide), die finanzielle Abwicklung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Insgesamt wurden im Rechnungsjahr 1998 S 2,773.040,74 zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt, der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. S 759.131,45 konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1996 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von S 1,732.808,43. Nach Hinzurechnung von S 2,773.040,74 an Ausgaben und Abzug von S 759.131,45 an Einnahmen ergibt sich für Ende 1998 ein Saldo in der Höhe von S 3,746.717,72.

Versicherungen

Im Rahmen der Geschäftseinteilungsänderung der Abteilung haben sich auch bei den Versicherungen Änderungen ergeben. Demnach ist die MA 17 ab 1. Juli 1998 für Angelegenheiten der privatrechtlichen Versicherungen der Gemeinde für ihren Bereich zuständig.

Wiener Stadtwerke - Ausgliederung

Im Zusammenhang der Privatisierung der Unternehmung Wiener Stadtwerke war die Abteilung in die laufenden Gespräche und diesbezüglichen Abwicklungen involviert.

Organisationsanalyse der Firma Berger & Partner

Im Zuge der Organisationsanalyse der Firma Berger & Partner wurde für die Abteilung festgestellt, dass lediglich Aufgabenverlagerungen, jedoch keine Mitarbeitereinsparungen durchzuführen sind. Es wird von einem Mitarbeiterstand von 26 ausgegangen, der effektive Mitarbeiterstand per 31. Dezember 1998 beträgt jedoch lediglich 24 Mitarbeiter.

Des Weiteren hat die Untersuchung lt. Berger & Partner vor allem qualitative Optimierungspotentiale gezeigt, wo hingegen nur eine geringe finanzielle bzw. persönliche Entlastung zielführend erscheint. Die in einzelnen Aufgabenfeldern möglichen personalwirtschaftlichen Effekte durch Einsparungen und Verlagerungen werden durch Aufgabenzuwächse vor allem im Bereich des Beteiligungsmanagement wieder abgemindert.

Rechnungsamt

Mehr als die Hälfte des Berichtsjahres waren sämtliche Dienststellen der Abteilung zusätzlich zu den laufenden Agenden mit der Organisationsanalyse des Magistrats durch die Firma Roland Berger & Partner belastet. So musste innerhalb kürzester Zeit jede Buchhaltungsabteilung während der für den Buchhaltungsdienst arbeitsreichsten Zeit die Analysetabellen des Consulters erheben und manuell erfassen. Dies konnte nur durch überdurchschnittlichen Einsatz, teilweise auch an Wochenenden, bewerkstelligt werden. Im Zuge der Erhebungen wurde das seit Jahrzehnten bewährte Leistungscontrolling des Buchhaltungsdienstes der Abteilung weiter verbessert und ausgebaut. Das Ergebnis der Organisationsanalyse bestätigt die Effizienz und den hohen Automatisierungsgrad der Dienststellen des Rechnungsamtes.

Mitte des Berichtsjahres wurde beim Abteilungsleiter und in der Dienstgruppenleitung des Buchhaltungsdienstes der Probebetrieb für das papierlose Büro mit Hilfe des Archivierungssystemes der Firma Heilig & Schubert auf Basis des Rechnungs- und Belegarchivierungssystems (REBLAUS) aufgenommen. Mit Beginn des Jahres 1999 werden lückenlos alle eingelangten und ausgehenden Schriftstücke elektronisch gespeichert und beschlagwortet werden. Ein einfaches Vidierungssystem dokumentiert, welche Mitarbeiter die Dokumente bereits gesichtet haben. Erste Versuche in den Buchhaltungsabteilungen zeigten, dass künftig zwischen den Abteilungen des Buchhaltungsdienstes kein Papierfluss mehr notwendig sein wird. Ein flächendeckender Einsatz ist für das Jahr 2000 in Aussicht genommen.

Im EDV-Bereich des Buchhaltungsdienstes wurden die Applikationen auf den Euro vorbereitet und im Zuge dessen die Jahrtausendfähigkeit überprüft. Aus Sicht des Buchhaltungsdienstes sind weder bei der Euro-Umstellung noch beim Jahrtausendwechsel Probleme zu erwarten.

Aufgrund der Vorgabe des Herrn Magistratsdirektors, künftig SAP einzusetzen, wurde der Buchhaltungsdienst der Abteilung zur Sicherstellung der Anbindung an die Universelle Haushaltsbuchführung in Unix (UHU) in einige Ausschüsse und Arbeitskreise berufen.

Weiters wurden von MitarbeiterInnen des Buchhaltungsdienstes zahlreiche Vorträge im Rahmen der Verwaltungsakademie gehalten.

Die Programmiergruppen der Zentralbuchhaltung konnten neben der Vorbereitung auf den Euro und den Jahrtausendwechsel im Bereich der Rückstandsverfolgung von Einnahmen weitere Verbesserungen durchführen. So wurde durch eine Erweiterung im Satzaufbau der Korrespondenzdatei in Zusammenarbeit mit der MA 14 eine direkte Datenleitung zu den Gerichten realisiert.

Die Umstellung der sequentiellen Bewegungsdatenbestände auf moderne Datenbanken wurde weitergeführt und wird voraussichtlich im nächsten Berichtsjahr abgeschlossen werden können.

Auf Wunsch des Kontrollamtes der Stadt Wien wurde die REBLAUS-Datenbank um einige Felder erweitert, sodass die Prüfung der Belege der Stadt Wien fast ausschließlich über dieses Medium erfolgt.

Weiters wurde im Berichtsjahr die Anbindung der Anweisungen an die elektronische Verbotsbearbeitung eingesetzt, mit deren Hilfe die Prüfung der Verbote erleichtert werden konnte.

In der Buchhaltungsabteilung 1 wurde in den ersten Dienststellen des Hoheitsbereiches die Kostenrechnung mit Nachweisung von Kostenstelle, -träger und -art (KNAST) eingesetzt.

Weiters konnten rund 11.000 aktive Landeslehrer auf das neue Gehaltsverrechnungssystem WIPIS (Wiener Integriertes Personal) umgestellt werden.

Mit Inkrafttreten des Wiener Bezügegesetzes (LGBl. für Wien 42/1997) wurde von 45 Mandataren die Möglichkeit der freiwilligen Pensionsvorsorge genutzt.

Die Buchhaltungsabteilung 2 hatte erstmals die Endabrechnung sowie die Bilanzierung des Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds zu gewährleisten.

Im Bereich der Wohnbauförderung wurde mit der Wiener Landesregierung im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (WWFSG 1989) neben der Baukostenzuschußförderung ein zusätzliches, nicht verzinstes Förderungsdarlehen des Landes Wien geschaffen. Von dieser Förderung sind zunächst über 50 Objekte mit rund 5.500 Wohneinheiten betroffen.

Im Berichtsjahr hatte die Buchhaltungsabteilung 3 neben der Bundespräsidentenwahl und der Landwirtschaftskammerwahl auch Aufwandsentschädigungen aufgrund von Probezählungen für die 2001 stattfindende Volkszählung auszuzahlen. 990 Privatordner und rund 50 Reinigungskräfte mussten dabei als „freie Dienstnehmer" behandelt werden.

Mit der 54. ASVG-Novelle wurden neuerlich umfangreiche Änderungen bei der Behandlung von „freien Dienstverträgen" vorgenommen. Speziell der neu eingeführte „pauschalierte Dienstgeberbeitrag" von 17,2 Prozent der Bemessungsgrundlage für geringfügige Beschäftigungen von freien Dienstnehmern hat das Budget der Stadt Wien und die Buchhaltungsabteilung 3 zusätzlich belastet.

In Konkurrenz mit einer Privatfirma wurde der Buchhaltungsdienst als wirtschaftlichster Anbieter zur Abgabe der INTRSTAT-Meldung für die gesamte Stadt Wien befunden. Die Buchhaltungsabteilung 3 wurde mit dieser Sonderaufgabe betraut und hatte zunächst den Rückstand in der laufenden Meldung und danach die Nachmeldung des Jahres 1997 zu bewältigen.

Weiters konnte die Registratur von der Volksgartenstraße in den Keller des Hauses Friedrich-Schmidt-Platz 3 verlagert werden.

Die Buchhaltungsabteilung 4 stellte im Berichtsjahr den größten Teil der Einnahmenverrechnung auf das System EVA (Einnahmengebarung mit Rückstandsverfolgung und Abstattungsautomatik) um.

Bei den Stiftungen wurde die Veranlagung des Stammvermögens an Wertpapieren auf automatische Wiederveranlagung abgereifter Wertpapiere durch die Bank Austria in Anteile am „Österreichischen Rentenfonds" umgestellt. Dies wird in Zukunft zu einer spürbaren Arbeitserleichterung führen.

Für die Umstellung der Verrechnung der Dauerleistungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz und der Mietbeihilfen auf automatische Anweisungen über die UHU (Universelle Haushaltsbuchführung auf Unix) mittels Daten aus dem SOKO (Sozialkonto) wurden erste Vorarbeiten geleistet.

Im Bereich der Buchhaltungsabteilung 5 wurde das von der MA 14 entwickelte Bestellpaket getestet. Mit Hilfe dieser Applikation ist es für jede Dienststelle möglich, online die Bedeckung einer Ausgabe vorzunehmen.

Weiters wurde die Einnahmenverrechnung der MA 39 auf EVA umgestellt und die MA 24 mit SAUDI (System zur Aufzeichnung des Inventars) ausgerüstet.

Die Buchhaltungsabteilung 6 stellte im Berichtsjahr sämtliche Einnahmengebarungen auf das System EVA um und gewährleistet so eine flächendeckend einheitliche Rückstandsverfolgung der Gebarungen im Bereich der MA 48. Die nunmehr umfassend in Betrieb genommene Datenleitung zu den Gerichten wurde hauptsächlich in diesen Bereichen getestet und einsatzbereit gemacht.

Im Bereich der Falschparker- und Wrackabschleppungen sowie der notstandspolizeilichen Maßnahmen wurde die automatische Übernahme von Daten der Dienststelle über eine Schnittstelle vorbereitet und getestet.

Die Buchhaltungsabteilung 7 brachte das bewährte KESCH (Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung) nun auch in der MA 30 zum Einsatz.

In der Buchhaltungsabteilung 8 konnten weitere noch ausgelagerte Einnahmengebarungen, wie Fischereilizenzen, Wasserwaagen und Kommissionsgebühren, einer automatischen Rückstandsverfolgung mit Hilfe von EVA zugeführt werden.

Die Buchhaltungsabteilung 9 stellte einige manuell geführte Aufzeichnungen auf Standardprodukte wie EXCEL um.

In der Buchhaltungsabteilung 10 wurde die automatisierte Übernahme der Verrechnungsdaten aus den Administrationsdaten im Bereich der Ambulanzgebühren produktiv zum Einsatz gebracht werden. Die Erstellung einer eigenen Drucksorte (SD 913) kann in diesen Bereichen nunmehr entfallen.

Für die Darstellung und Suche innerhalb von Auswertungen der Pflegegebühren wurde REBLAUS erstmals im Einnahmenbereich verwendet.

In der Kanzlei der Buchhaltungsabteilung 10 wurde im Bereich der Erfassung von Eingangsrechnungen ein Lesestift zum Einsatz gebracht. Der Erfassungsaufwand konnte in Teilbereichen bis zu 50 Prozent reduziert werden und damit die ständig steigende Zahl von Eingangsrechnungen ohne Personalvermehrung bewältigt werden.

Die Verrechnung eines neuen Ansatzes 0169 (Magistratsdirektion - Betriebswirtschaft und Controlling) wurde in der Buchhaltungsabteilung 10 angesiedelt und konnte aufgrund von rationellen Lösungen im EDV-Bereich ohne Personalmehrbedarf bewältigt werden.

Die 1997 begonnene Umstrukturierung in der Buchhaltungsabteilung 11 für den Bereich Wiener Wohnen konnte im Berichtsjahr mit der ersten Bilanzierung größtenteils abgeschlossen werden. Eine neue Außenstelle in 10, Dieselgasse 1, wurde eingerichtet und die Vorarbeiten für die Außenstelle 16, Kendlergasse, in Angriff genommen. Mit dem flächendeckenden Einsatz des elektronischen Archivierungssystem wird künftig die Mietereinsichtnahme der Hausabrechnungen vollelektronisch erfolgen können. Es wurden rund 1.700 neue Mietgegenstände in 36 Objekten übernommen.

An der Steigerung bei der Einreichung von Rechnungen mit insgesamt durchschnittlich 7 Prozent ist die Buchhaltungsabteilung 11 mit überdurchschnittlichen 12,58 Prozent beteiligt.

Für die Umstellung der Hausbesorger-Lohnverrechnung auf das System WIPIS wurden Zuordnungen und Tests vorgenommen sowie Überrechnungstabellen angelegt.

Für den Bereich der MA 54 wurde in der Buchhaltungsabteilung 12 die Verrechnung des Altmaterialverkaufs, die Verlagsabrechnung, die Werkstättenabrechnung, die Bearbeitungskosten, die Energiekostenverrechnung und die Lagerabfassungen der MA 17-Hausbesorger auf das Programmpaket EVA umgestellt.

Der Sammelansatz 0102 - Allgemeiner Sachaufwand wurde controllinggerecht in Kostenstellen gegliedert, sodass der Kostenanteil je Dienststelle ermittelt werden kann.

Im Bereich der GEPARD-Wartung (Geschäftspartnerdaten) wurde die Erfassung des Sterbedatums aufgenommen. Dies ermöglicht eine automatische Verlassenschaftsanmeldung offener Forderungen und bewährt sich außerordentlich.

Die Buchhaltungsabteilung 13 verfolgt die Einnahmen der MA 56 nunmehr über EVA. Das Controlling-Werkzeug KNAST konnte zum Einsatz gebracht werden und bietet nun auch für den Schulbereich Auswertungen nach der Kostenrechnung. Das Projekt „Gemeinsame Bargeldabrechnung" bei der Schulpauschalienverrechnung wird von weiteren 55 Schulen genutzt.

Die Veranschlagung der Ansätze 5150 - Jugendzahnkliniken und 4240 - Betreuung zu Hause werden in der Buchhaltungsabteilung 14 nunmehr betrieblich verrechnet.

Im Bereich MA 47 wurde weiters das Einnahmenpaket EVA mit automatisierter Übernahme der Daten aus den Stützpunkten erfolgreich eingesetzt.

Auf Wunsch des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurde der Ansatz 5004 - KAV-ADV auf vier Hilfsansätze aufgeteilt.

Die Rechnung der Transportgebührenverrechnung für die MA 70 wurde auf Vorschlag des Bereichsleiters für allgemeine rechtliche und gesundheitspolitische Angelegenheiten des Gesundheits- und Spitalswesens umgestaltet, um Information und Transparenz für die Kunden zu steigern.

In der Buchhaltungsabteilung 15 wurde der Produktionseinsatz des Online-Bestellpaketes im Bereich der Magistratsabteilung realisiert.

Die Buchhaltungsabteilung 16 führte 110 unvermutete Kassenprüfungen (davon 14 Prüfungen an Samstagen sowie 14 Prüfungen an Sonntagen) und 71 Kassaübergaben durch. Weiters konnte im Laaerbergbad, dem Schafbergbad, dem Theresienbad sowie dem Gänsehäufel das Programmpaket SAUDI zum Einsatz gebracht werden und gewährleistet so die automatische Übernahme der Inventarmeldung in den Rechnungsabschluss der Stadt Wien.

Die Buchhaltungsabteilung 18 hat weitere Gebarungen auf EVA umgestellt. Erste Tests zur Einzelfallüberrechnung aus GRABSCH wurden erfolgreich durchgeführt.

In der Buchhaltungsabteilung 19 wurden umfangreiche Tests für die automatische Datenüberleitung der Ambulanzdaten begonnen.

Für den Wiener Krankenanstaltenverbund wurden zusätzlich zu den jährlich wiederkehrenden Schulungen für Controller und neue Mitarbeiter im Bereich der Abteilungen Wirtschaft ein Vortrag mit dem Thema „Haushaltsordnung für die Innenrevison" abgehalten.

In der Buchhaltungsabteilung 20 wurde der Echtbetrieb der Pflegegeldverrechnung über GRABSCH aufgenommen.

Die Buchhaltungsabteilung 21 hat neu adaptierte Räume im Personalwohnheim des SMZ-Ost bezogen.

Für das Krankenhaus Floridsdorf wurde mit der automatischen Übernahme der Ambulanzleistungen aus dem AGF begonnen.

Aufgrund der nunmehr erfolgten Aufstockung der Hardware in der Buchhaltungsabteilung 22 wurden erste Überlegungen für eine Archivierung der Einnahmen angestellt. Zunächst wird die elektronische Speicherung eines vollständigen Pflegegebührenaktes angestrebt.

Über das Programmpaket EVA wurde auch im Bereich der Krankenanstaltenverrechnung die automatische Verlassenschaftsanmeldung getestet. Der Echteinsatz wurde mit der Anstalt für 1999 vereinbart.

Die Buchhaltungsabteilung 23 war am stärksten von den Auswirkungen der Untersuchung betreffend die Firma Teleges betroffen. Hunderte Rechnungen mussten ausgehoben und zur Verfügung gestellt werden.

In der Buchhaltungsabteilung 24 stieg die Zahl der Aufnahmeakten um weitere 2 Prozent. Beim Rechnungseinlauf wurde eine Steigerung um 2,5 verzeichnet.

In der Einnahmenverrechnung der Buchhaltungsabteilung 25 wurde bei den Ambulanz-Selbstzahlern von manueller Datenerfassung auf automatische Übernahme umgestellt.

Weiters wurden Vorbereitungen für eine Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung getroffen.

Die Buchhaltungsabteilung 26 hat mit dem Einsatz von KESCH und DAISY (Depositen-Aufzeichnungs- und Informationssystem) im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel die Vereinfachung der Kassenabrechnungen abgeschlossen.

In der Buchhaltungsabteilung 30 waren aufgrund der weiteren Dezentralisierung mit zusätzlich rund 900 Millionen Schilling nahezu doppelt so viele Mittel wie bisher für die Bezirke zu verrechnen.

Der Abgabenerfolg der Landes- und Gemeindeabgaben blieb in Summe gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Bemerkenswert ist dabei die Zunahme aus den Abgabenstrafen (Parkometerstrafen und übrige Abgabenstrafen) um 57 Prozent.

Weiterhin unbefriedigend ist der Zahlungseingang, sodass es bei einigen Abgaben neuerlich zu einer Verschlechterung in der Rückstandsentwicklung kam, und zwar bei folgenden Abgaben:

- Getränkesteuer von	7,72	auf	10,87
- Kommunalsteuer von	3,44	auf	4,94
- Vergnügungssteuer-Veranstaltungen von	19,87	auf	30,87
- Vergnügungssteuer-Automaten von	3,01	auf	4,67
- Ortstaxe von	1,88	auf	6,99

Die Gründe liegen seit Jahren in
- Strukturanpassungsproblemen
- Insolvenzen
- schlechter Zahlungsmoral.

So stiegen die Anmeldungen zu Insolvenzverfahren von 880 im Jahre 1997 auf 1.330 im Jahre 1998. Dabei kam es immer wieder zu Problemen bei nachträglichen Prüfungstagsatzungen für die Kommunalsteuer bei Kündigungsentschädigungen, die letztendlich aufgrund einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes Wien zu zusätzlichen Gerichtskosten von rund 80.000,-- Schilling bei der Stadt Wien führten. Obwohl die geänderte Konkursordnung für derartige Fälle eine kostenlose Prüfungstagsatzung vorsieht, konnte seitens des Magistrats der Stadt Wien der Grund für die verspäteten Anmeldungen nicht glaubhaft nachgewiesen werden. Es musste daher ab September 1998 von der geübten Praxis abgegangen werden und bei Konkursen vorläufig nur geschätzte Ziffern angemeldet werden, die nach Vorliegen der endgültigen Revisionsberichte korrigiert werden mussten. Diese Vorgangsweise führt in Hinkunft zu erheblicher Mehrbelastung.

Die schlechte Zahlungsmoral ist vor allem im Gastgewerbe verantwortlich für die negative Rückstandsentwicklung. Die öffentliche Diskussion um die EU-Widrigkeit der Getränkesteuer hat die Situation noch zusätzlich verschärft.

Nur im Strafvollzug konnten die Rückstände trotz Anstieg der verhängten Strafen durch weitere Automatisierung der Rückstandsbetreuung verringert werden. Dabei hat sich die Anzahl der Auslandsüberweisungen aus der Bundesrepublik Deutschland über das 1996 eingerichtete DM-Konto mehr als verdoppelt.

Durch den Erhebungs- und Vollstreckungsdienst konnte bei rund 210.000 Amtshandlungen die Einhebungsquote von 25,4 Prozent auf 27,4 Prozent angehoben werden. Gleichzeitig sank die Anzahl der Pfändungen und der damit verbundenen Versteigerung von Mobiliar. Zur Erleichterung ihrer Tätigkeit wurden für die Außendienstmitarbeiter 12 Mobiltelefone angeschafft.

EDV-Aktivitäten

Im Abgabenrechnungs- und Kassendienst wurde in allen Dienststellen mit dem Austausch der noch vorhandenen VT420 gegen PCs weiter fortgefahren und wird im Jahre 1999 abgeschlossen sein. Da es sich durchwegs um vernetzte Geräte mit Internet-Zugang handelt, konnten diverse Aktivitäten, die durch die technischen Möglichkeiten machbar wurden, realisiert werden.

So wurde für die MitarbeiterInnen eine eigene Intranet-Applikation geschaffen, in der alle Schulungsunterlagen, Skripten und Dienstvorschriften gespeichert sind und mittels Volltext-Suche jederzeit, kurzfristig und umfassend zur Verfügung stehen. An einer eigenen Homepage zur Veröffentlichung in Wien-Intern bzw. Darstellung in Wien-Online wird gearbeitet.

Ausgehend von der Notwendigkeit, von den bisherigen VAX-Verarbeitungen abzugehen, wurde die bisher für die Stadthauptkasse auf IBS realisierte Kassenevidenz auf eine Internet-taugliche Anwendung in der Windows-Umgebung umgestellt. Dadurch ist eine wesentlich flexiblere Auswertung der Kassenarten und ihrer Versicherungsdaten möglich geworden.

Um den Bestrebungen der Wirtschaft, das Internet für die Kommunikation vermehrt zu nutzen, nachzukommen, wurden erste technische Gespräche bezüglich Übermittlung von Erklärungsformularen an besonders Berechtigte (z.B. Steuerberater) abgehalten. Die grundsätzliche Machbarkeit ist dabei nicht das Thema, vielmehr ist die zweifelsfreie Signatur der entsprechenden Rückantworten noch nicht gesetzlich geregelt. Da sich daraus rechtliche Konsequenzen für die Rückstandsbetreuung ergeben, kann auf eine entsprechende Sicherheit nicht verzichtet werden.

Mit der Internet-Anbindung konnte auch die bisher IBS-orientierte 'elektronische Post' gegen MS-Exchange getauscht werden. Somit sind nun die Dienststellen der Dienstgruppe 2 generell auch per E-mail erreichbar.

Das Konzept einer magistratsweiten, zentralen Drucksortenverwaltung über File-Service und Zugriffe für dezentrale Benutzer wurde erlassmäßig für den gesamten Magistrat geregelt. Der Stadthauptkasse ist dabei die Erstellung und Veränderung der Rahmenschriftstücke nach den Vorgaben des Fachausschusses für Rahmenschriftstücke in der MD-VO übertragen.

Die im Zusammenhang mit der mit 1.1.1999 vorgeschriebenen doppelten Preisauszeichnung (Umrechnung in Euro) notwendigen Umstellung der Rahmenschriftstücke kann damit ohne bisher übliche Skartierung überholter Auflagen in wenigen Tagen abgewickelt werden.

Mit BGBl. Nr. 559/95 (ERV 1995) wurde die rechtliche Grundlage für die Zulässigkeit des elektronischen

Im Oktober 1998 wurde das Gasnetzinformationssystem von Wiengas GNIS der Öffentlichkeit präsentiert.

Foto: Votava / PID

Seit 5. Dezember 1998 fährt die U-Bahnlinie U3 nun auch bis Ottakring.

Foto: Votava / PID

Am Reumannplatz wurde die erste elektronische Fahrgastinformationssäule enthüllt, die den Fahrgästen die Wartezeit bis zum Eintreffen der nächsten Straßenbahn anzeigt. Foto: Votava / PID

Rechtsverkehrs geschaffen. Als geeignet wurden primär Anträge auf Exekutionsbewilligung gemäß § 54b EO (vereinfachtes Bewilligungsverfahren), jedoch nur bei Exekution auf bewegliche körperliche Sachen und Geldforderungen, bezeichnet. Zusätzlich wurden auch die Art und die Form der Übermittlung festgelegt.

Ausgehend von diesen technischen Vorgaben wurde in Zusammenarbeit mit der MA 14 eine magistratsweite Applikation für die Übertragung von Forderungsexekutionen nach § 294a EO geschaffen.

Dabei werden die Anforderungen der einzelnen Dienststellen aus ihren abteilungsspezifischen EDV-Applikationen in der MA 14 gesammelt, formal geprüft und danach über Leitung der Fa. Datakom Austria (vorm. Radio Austria AG) übertragen. Diese Stelle überprüft die übermittelten Daten auf Entsprechung der technischen Vorgaben durch das Bundesrechenamt und gibt sie erst dann weiter.

Die in den Anträgen angesprochenen Gerichte erhalten ihre Daten vom Bundesrechenamt ebenfalls über Leitung. Die Bearbeitung durch die Gerichte erfolgt elektronisch. Die Bewilligungen bzw. Einstellungen werden danach im Bundesrechenzentrum ausgedruckt und per Post übermittelt. Auch dieser Teil des Verfahrens soll in nächster Zeit automatisiert werden.

Im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung wurden in den Bezirken, wo aufgrund des Parkpickerlverkaufs ein hohes Aufkommen an Bareinzahlungen in den eingerichteten Kassen zu erwarten war, die Möglichkeit zur Bezahlung mit Bankomatkarte durch Installierung von Bankomatkassen geschaffen. Vorerst wurde die Stadtkasse 1./8./9. Bezirk, die Stadtkasse 2./20. Bezirk und die Stadtkasse 5./6./7. Bezirk damit ausgestattet. Dass damit einem Bedürfnis Rechnung getragen wurde, ersieht man aus der Akzeptanz - es werden durchschnitlich 10 Prozent der Einzahlungen mittels Karte bezahlt!

Gemäß § 53 der Haushaltsordnung gehört zu den Aufgaben der Stadthauptkasse insbesondere die Führung des Verbotsbuches. Sie erfüllt dabei zentral für sämtliche Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien (ausgenommen Städtische Unternehmungen) die Funktion eines Drittschuldners. Ab Oktober 1998 erfolgt die Erfüllung dieser Aufgaben automationsunterstützt unter Verwendung der „Geschäftspartnerdatei" (GEPARD). Auszahlungsverbote werden in einem Online-Dialog der entsprechenden GEPARD-Person zugeordnet, dabei wird auch die Zahlungsanschrift des Empfängers (Gläubigers) gespeichert.

Im Zuge der automatischen Anweisungsverarbeitung erfolgt der Vergleich der Anweisungssätze mit den Verbotesätzen. Aufgrund im Programm vordefinierter Regeln wird entweder die Zahlung wie vorgesehen angewiesen oder entsprechend der Zahlungsanschrift des Verbotes umgeleitet. Anweisungssätze, zu denen zwar Verbote gefunden werden, aber keine automatische Zahlung vorgenommen werden kann, werden in einer eigenen Liste zur händischen Nachbearbeitung ausgewiesen. Gleichzeitig werden bei den berücksichtigten, vorgemerkten Verboten automatisch die zur Auszahlung gelangenden Beträge vermerkt, sodass über Bildschirm jederzeit Auskunft über die vorhandenen Verbote und ihre Berücksichtigung bei der Auszahlung gegeben werden kann (elektronischer Verbotsakt).

Aufgrund dieser Organisationsänderung konnten drei Dienstposten eingespart werden.

Zusätzlich zu diesen Änderungen, von denen die gesamte Verrechnung betroffen war, sind im Berichtsverfahren folgende spezifische Probleme erwähnenswert:

Kanaleinmündungsgebühr

Die bisher in der Buchhaltungsabteilung 7 verrechnete Kanaleinmündungsgebühr wurde mit 1. Juli 1998 in das weitgehend automationsunterstützte System des Abgabenverrechnungssystems der Stadtkassen eingebunden. Damit konnte die Verrechnung und Rückstandsbetreuung beschleunigt werden.

Verwaltungsabgabe - Kommissionsgebühr

Im Einvernehmen mit der MA 46 wurden mit 13 Großkunden Pauschalierungen vereinbart. Diese Vereinbarungen sehen anstelle der bisherigen Einzelverrechnung über Einnahmeanweisungen die Entrichtung der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren pauschaliert in einer Summe bis 10. Jänner jeden Jahres vor. Mit dieser Maßnahme im Ausmaß von rund 3,5 Millionen ATS konnte der Arbeitsanfall (rund 2.000 Geschäftsfälle) um 25 Prozent reduziert und eine drohende Personalvermehrung in diesem Bereich vermieden werden.

Allgemeine Kassen- und Verlagsvorschrift

Nach zweijähriger Vorbereitungszeit trat mit Genehmigung der Magistratsdirektion die „Allgemeine Kassen- und Verlagsvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien" in Kraft.

In dieser Vorschrift wurden die allgemeinen Bestimmungen für die Führung von Kassen und Verlägen geregelt. Diese Vorschrift wurde so gestaltet, dass ein Großteil der Sondervorschriften für die speziellen Erfordernisse einzelner Dienststellen aufgehoben werden konnte.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes verdeutlichen:

Buchhaltungsdienst

Eingangsrechnungen	1,027.002
Ausgangsrechnungen	847.258
Einnahmegebührstellungen	676.962
Ausgabegebührstellungen	1,694.686
Buchungen	
- der Haushaltsverrechnung	5,056.990
- der dienststellenbezogenen Gebarung	1,426.216
Stammdatensätze	635.283
Bildschirmabfragen	857.799
Mahnungen	224.248
Weitere Einhebungsschritte	86.033
Gesamtumsatz aller Buchungen	S 2,518.914,102.386,73

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

Kontenanzahl	896.514
Eingelangte Einzahlungsbelege	1.460.099
Eingelangte Abgabenerklärungen	160.553
Mahnungen	118.879
Vollstreckungsanträge	45.477
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen	74.903
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	4.160
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2.667
Erfasste Buchungen über Bildschirm	891.037
Stammdatenänderungen über Bildschirm	283.316
Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine	250.178
Erklärungen	69.295
Lastschriften	710.574
Bescheide, Kostenersätze	25.422

Abgabenstrafenverrechnung

Kontenanzahl	906.393
(Anstieg durch Übernahme aller Verfahren der letzten 5 Jahre in die aktuelle Datenbank)	
Eingelangte Einzahlungsbelege	94.607
Mahnungen	69.484
Vollstreckungsanträge	37.226
Aufforderung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	21.184
Anträge auf Vorführung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	15.972
Gerichtliche Exekutionen (einschließlich Lohnpfändungen)	4.807

Verkehrsstrafenverrechnung

Kontenanzahl	656.105
Eingelangte Einzahlungsbelege	122.335
Mahnungen	53.590
Vollstreckungsanträge	27.089
Aufforderung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	16.107
Anträge auf Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	12.860
Gerichtliche Exekutionen (einschließlich Lohnpfändungen)	6.064

Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	1.205.900
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	93.471

Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	15.794
Einzahlungen Auslandskonto	4.973
Bearbeitete Verbote	61.136
Ausgefertigte Bar-Einnahmen und Ausgaben	11.784
Unbare Einnahmen - Ausgaben	3.399
Eingelöste Schecks	4.040

Bargeldumsätze in der Kassenstelle:

Geldgebarung	987.929.000,00 S
Wertmarkenverkauf (5.354 Parteien)	346.508.000,00 S
Drucksortenverkauf an Parteien	1,447.000,00 S

Gebarung in der Drucksortenstelle:

Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten an Dienststellen im Wert von	149.555.000,00 S
An Dienststellen abgegebene Straßenbahnfahrscheine im Werte von	4.643.000,00 S
Ausgegebene allgemeine Drucksorten	9.133.000 Stück
davon Kuverts	5.467.000 Stück

Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

Aktenzugang	215.720
Erledigungen	209.942
Tagesdurchschnitt	24,4
Einhebungen	227 Mio.S
Ersatzvornahmen	68

Städtische Friedhöfe

Auch im Jahre 1998 wurde der Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien nicht abgeändert. Die letzte Adaptierung des Tarifes erfolgte mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Februar 1996 (Pr.Z. 155/95-GBIWST). Der Wirksamkeitsbeginn dieser Tarifanpassung war der 15. Februar 1996.

Im Jahre 1998 wurden auf den Wiener Städtischen Friedhöfen 18.319 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 1997 eine Verringerung um 794 Fälle oder um rund 4,3 Prozent bedeutet. Es wurden 15.321 Sarg- und 2.998 Leichenaschenbestattungen vorgenommen, wobei bei den Sargbestattungen eine Verringerung um 556 Fälle (= - 3,6 %) und bei den Leichenaschenbestattungen eine Verringerung um 238 Fälle oder 7,9 Prozent zu verzeichnen war. Der Anteil der Urnenbeisetzungen an der Zahl der Gesamtbestattungen sank von zuletzt 16,9 auf 16,4 Prozent.

Von den insgesamt 18.319 Bestattungen fielen 14.930 oder 81,5 Prozent auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.595 oder 8,7 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 362 oder 2,0 Prozent auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 640 oder 3,5 Prozent auf Beerdigungen von Verstorbenen gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes (1997: 644). Weiters wurden 1998 insgesamt 567 Särge (um 8 Särge mehr als 1997) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, und 225 Särge (um 57 weniger Särge als 1997) mit bei Operationen entfernten Körperteilen der Feuerbestattung zugeführt.

Die Anzahl der Ansuchen um Deckplattenbewilligungen ist 1998 gegenüber dem Jahr 1997 um 126 auf 1.234 gesunken.

In 21.208 Fällen wurden Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, was eine Verringerung um 399 oder 1,9 Prozent entspricht; in 1.411 Fällen wurden insgesamt 4.104 Verstorbene exhumiert.

Was das bautechnische Gebiet betrifft, so wurden in der Leichenkammer im 10. Bezirk laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz, sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt. Es wurden insgesamt 840 komplette Grabfundamente, 81 Grabsteinfundamente, 80 Einfassungsfundamente, 136 Piloten und 37 Grüfte von der Abteilung in Auftrag gegeben und auf den Städtischen Friedhöfen errichtet.

Im Detail wurden auf den nachstehend angeführten Friedhöfen folgende mittlere bis größere Vorhaben ausgeführt:

Im Amtshaus wurden Kanalinstandsetzungsarbeiten durchgeführt, im Innenhof Traufenpflaster sowie die Hofoberfläche instand gesetzt. Auf dem Friedhof Altmannsdorf wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Atzgersdorf wurde die Mittelstraße von der Aufbahrungshalle bis zur Carlbergergasse instand ge-

setzt. Auf dem Friedhof Aspern wurden Kanalgebrechen im Verwaltungsgebäude behoben, eine neue Planke hergestellt, 200 lfm Planken instand gesetzt, ebenso wie das Dach über dem Verwaltungsgebäude. Schlosserarbeiten erfolgten beim Tor der Aufbahrungshalle. Weiters wurde eine neue Blitzschutzanlage hergestellt bzw. instand gesetzt und überprüft. Straßen und Wege in der Gruppe 27 wurden instand gesetzt, Elektrostörungen im Verwaltungsgebäude bzw. Aufbahrungshalle behoben und die Kühlanlage instand gesetzt. Auf dem Friedhof Breitenlee wurde im neuen Teil eine Fläche für eine provisorische Aufbahrungshalle befestigt. Auf dem Friedhof Baumgarten wurden 120 lfm Wasserleitungsrohre ausgetauscht, 1.300 m² Straßen und Wege instand gesetzt, 90 lfm Drainageleitung hergestellt, 2.000 Grabsteine und Einfassungen von Heimfallsgräber abgetragen, 4 Wasserrohrgebrechen behoben und 130 lfm Plankenfelder instand gesetzt. Auf dem Friedhof Dornbach wurden Reparaturarbeiten am Dach über Priester-, Träger- und Aufenthaltsraum durchgeführt, ebenso Malerarbeiten nach einem Wassereinbruch. Auf dem Friedhof Döbling wurden Spenglerarbeiten am Dach des Verwaltungsgebäudes bzw. an der Aufbahrungshalle durchgeführt, weiters Straße bzw. Wasserleitung entlang den Gruppen 34, 35, 36 und 40 instand gesetzt und ein neuer Trinkbrunnen samt Installationsarbeiten hergestellt. Auf dem Friedhof Erlaa erfolgten laufend Instandsetzungsarbeiten. Auf dem Friedhof Essling wurden Planken bzw. Einfriedung sowie Straßen und Wege in den Gruppen J und K instand gesetzt. Auf dem Friedhof Gersthof wurden alte Grabsteinen und alte Fundamente abgetragen und entsorgt. Auf dem Friedhof Grinzing wurden Planken, Heizung und Kühlanlage instand gesetzt, die desolate Stiegenanlage abgebrochen, eine Stützmauer im Steinmauerwerk und Urnengräberfundamente hergestellt sowie Spenglerarbeiten am Dach des Verwaltungsgebäudes durchgeführt. Auf dem Friedhof Gross-Jedlersdorf wurden 2 Hauskanalanschlüsse an das öffentliche Kanalnetz hergestellt, 30 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt. 48 Gruppen- und Reihenständer versetzt und 224 m² Wege instand gesetzt. Auf dem Friedhof Hadersdorf-Weidlingau wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, ebenso auf dem Friedhof Heiligenstadt eine Gruft für 4 Särge hergestellt sowie laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Hernals wurden Straßen, Wege und Wasserleitung instand gesetzt, eine Stützmauer und ein Lagergebäude in der Gärtnerei samt Heizung-, Sanitär- und Malerarbeiten errichtet sowie Garagen mit Fundamenten für Elektrowagen. Weiters wurden Asphaltierungsarbeiten am Vorplatz sowie am Hauptweg nach Wasserleitungsarbeiten durchgeführt; 101 Fundamente sowie 6 Grüfte hergestellt und Holzplanken auf einer Länge von 120 lfm instand gesetzt. Auf dem Friedhof Hetzendorf wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Hietzing wurde mit der Errichtung einer neuen Einfriedungsmauer in der Maxingstraße begonnen, die Stützmauer in der Gärtnerei sowie zwei Folientunnel in der Gärtnerei errichtet und Pflasterungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Hirschstetten wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Hütteldorf wurden 490 m² Straßen und Wege in der Gruppe 15 und Gruppe 6 instand gesetzt. Auf dem Friedhof Inzersdorf wurde das Dach der Aufbahrungshalle erneuert und eine Stabilgittereinfriedung am Neuen Teil aufgestellt. Auf dem Friedhof Jedlersdorf wurden 233 m² Straßen in den Gruppen instand gesetzt und vier Grüfte hergestellt. Auf dem Friedhof Kagran wurden 75 lfm Wasserleitungsrohre zwischen der Gruppe 1 und 2 getauscht. 287 m² Wege in der Gruppe F, 12, 11 und 4 sowie 301 m² Straßen zwischen der Gruppe 1 und 2 instand gesetzt, 6 Grüfte hergestellt und 15 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt. Auf dem Friedhof Kaiserebesdorf wurde die Einfriedungsmauer in der Meidlgasse instand gesetzt. Auf dem Friedhof Kalskburg wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Lainz wurde die Sanierung der Aufbahrungshalle samt den Nebenräumen sowie des Nebengebäudes fertig gestellt und Teile der Einfriedung repariert. Auf dem Friedhof Leopoldau wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Liesing wurde die WC-Anlage umgebaut und ein behindertengerechtes WC eingebaut. In der Leichnkammer 10 wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Meidling wurden rund 1.800 heimgefallene Gräber abgetragen und einplaniert, Straßen und Wege wurden instand gesetzt, das Geländer am Neuen Teil zur Böschung Kerschensteinergasse erneuert. Auf dem Friedhof Neustift wurden zwei Foliengewächshäusern einschließlich Fundament errichtet und die Aufmauerung in der Gärtnerei durchgeführt. Vier Fundamente und Garagen für Elektrowagen wurden hergestellt, die Elektroleitungen in der Gärtnerei erneuert. Verputzarbeiten an der Fassade Halle II durchgeführt, die Stützmauer in der Gruppe 14 instand gesetzt, Fundamente für Grabeinfassungen hergestellt, die Wasserleitung in der Gruppe J ausgetauscht und Straßen und Wege instand gesetzt. Auf dem Friedhof Oberlaa wurden Straßen und Wege instand gesetzt. Auf dem Friedhof Ober St. Veit wurde die Straße entlang der Aufbahrungshalle instand gesetzt. Auf dem Friedhof Ottakring wurde der Umbau des Verwaltungsgebäudes einschließlich der Sozialräume fertig gestellt, 1.995 m² Straßen und 450 m² Wege instand gesetzt, 30 lfm Wasserleitungsrohre ausgetauscht, 75 lfm Plankenfelder instand gesetzt. Drei Glashäuser sowie diverse Schuppen wurden abgebrochen und zwei Folientunnel einschließlich Fundamente in der Gärtnerei hergestellt, vier Fertigteilgaragen für Elektrowagen samt Anschlüssen geliefert und errichtet, die Fläche vor den Garagen befestigt, 46 lfm Sockeleinfriedungsmauer aus Beton errichtet und ein 1,50 m hoher Drahtgeflechtzaun beim Eingang montiert sowie 7 lfm Böschung mit Löffelsteinen befestigt. Auf dem Friedhof Pötzleinsdorf wurde die desolate Stützmauer entlang der Gruppe G abgetragen und neu errichtet sowie 3 Boxen für Holz, Sand und Erde hergestellt, die alte Ziegeleinfriedungsmauer in der Gruppe D instand gesetzt, Zaun mit Steher und Tor renoviert sowie 2 Grüfte für 4 Särge hergestellt. Auf dem Friedhof Rodaun wurden laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, ebenso auf dem Friedhof Siebenhirten. Auf dem Friedhof Sievering wurden 4 Grüfte für 4 Särge hergestellt und die Holzeinfriedung instand gesetzt. Auf dem Friedhof Simmering wurden diverse Straßen und Wege instand gesetzt, auf dem Friedhof Stadlau Planken und Mistboxen. Auf dem Friedhof Stammersdorf-Ort wurden 21 lfm Betonsockelmauerwerk als Einfriedung einschließlich 21 lfm Plankenfelder hergestellt und montiert. Auf dem Friedhof Stammersdorf-Zentral wurden 2.000 m² Straßen zwischen den Gruppen 44/45 und 35/36 instand ge-

setzt; ebenso 1.134 m² Wege in den Gruppen 1, 3, 4 und 43, weiters 107 Grabsteinfundamente und 4 Grüfte hergestellt, die Rampe vor der Aufbahrungshalle instand gesetzt. 840 Einfassungen und Grabsteine von Heimfallsgräber wurdenabgetragen und eingeebnet, das Dach über der Aufbahrungshalle und die öffentliche WC-Anlage bei der Gruppe 0 wurden instand gesetzt. Auf dem Friedhof Strebersdorf wurden 1.293 m² Straßen und Wege mit Asphaltbeton überzogen und 3 Grüfte hergestellt. Auf dem Friedhof Süssenbrunn wurde die Fassade an der Aufbahrungshalle teilweise instand gesetzt. Auf dem Friedhof Südwest wurde das Verwaltungsgebäude im alten Teil instand gesetzt (Fassade, Fenster, Garderobe, Sozialraum, Kanzlei); ebenso Straßen und Wege im Alten und Neuen Teil. In der Simmeringer Feuerhalle wurden neben den laufenden Instandsetzungsarbeiten an den Verbrennungsöfen in den Öfen 1 und 2 die Nachverbrennungsanlagen komplett überholt. Auf dem Krematorium wurde der restliche Teil der Dachrinnenheizung instand gesetzt. Im Verwaltungsgebäude wurden diverse Räume ausgemalt und Türen neu gestrichen. Die Gärtnereikanzlei, der Sozialraum und die Nebenräume in der Beerdigung wurden ausgemalt. Im Verbrennungsraum wurde ausgemalt und die Türen gestrichen. Die WC-Anlagen beim Eingang wurden saniert. Etliche Nischen der Einfriedungsmauer wurden nach Bedarf instand gesetzt. Außerdem wurde auf der Abteilung 6 mit den Abräumungsarbeiten der Heimfallsgräber und den Rodungsarbeiten begonnen. Die Dächer wurden übergangen und instand gesetzt. Die historischen Ausgrabungen wurden mit Zustimmung des Stadtarchäologen zugeschüttet. Es wurden Wege und Straßen instand gesetzt bzw. mit Gräder aufgefüllt und trockengelegt.

In der Städtischen Steinmetzwerkstätte wurden die Räume für die Steinsäge instand gesetzt (Baumeister, Maler). Mitte des Jahres wurde mit dem Bau der Lehrwerkstätte begonnen und zu 80 Prozent fertig gestellt. Teile der Außenanlagen (Steinlagerplatz) wurden befestigt und asphaltiert. Ferner wurden Teile des Gitterzaunes erneuert.

Auf dem Wiener Zentralfriedhof wurde in der Städtischen Gärtnerei ein Glashaus für Lehrlingsausbildung mit sämtlichen Anschlussarbeiten (Baumeister, Spengler usw.) installiert. 15 Garagen für Elektrowagen wurden errichtet und angeschlossen. Der Erdplatz wurde befestigt und die Entwässerung erneuert. Das Dach wurde nach Bedarf instand gesetzt. In der Aufbahrungshalle II wurden weitere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Es wurde mit der Fassade begonnen. Die Lagerschuppen (Holz) vor der Halle wurden abgerissen. Durch die MA 31 wurde die neue Nutzwasserleitung gelegt und in der Gärtnerei ein Wasserbehälter für Nutzwasser errichtet (1.000 m³). Auf den Wohnhäusern Nr. 232 und Nr. 236 wurde das halbe Dach instand gesetzt (Ziegeldeckung). In der Verwaltung wurde der Eingang behindertengerecht umgebaut (Rampe und neuer Aufgang). In der Technischen Werkstätte wurden der Sozialraum, Küche, WC-Anlage und Duschen umgebaut. Außerdem wurde der Holzlagerplatz neu asphaltiert und die Kanäle in Ordnung gebracht. Die Künetten und die Straßen nach den Rohrlegungsarbeiten wurden asphaltiert. In der Aufbahrungshalle III wurden Malerarbeiten und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Sämtliche Dächer werden laufend gereinigt und ausgebessert. Es wurden 20 neue Mistboxen hergestellt. Die Arbeiten in der Dr.-Karl-Lueger-Kirche wurden planmäßig fortgesetzt. Außerdem wurde mit den notwendigen Reparaturarbeiten an den Columbarien begonnen, Dachstuhl und Blechdach repariert und teilweise gestrichen. In den Gruftarkaden wurde begonnen, die Gruft „Wertheim" mustermäßig zu sanieren. In der Gruppe 23 wurden die Arbeiten für den „Park und Ort der Kraft" begonnen. In den Gruppen 139 bis 142 wurden 628 Heimfallsgräber abgetragen und das Gelände planiert.

Was das gartenbautechnische Gebiet betrifft, so wurde bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen 680 Bäume und 2.530 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. Es wurden 2.698 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet. Ferner wurden 777 Bäume aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreicht haben. Gleichzeitig wurden 6.667 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet.

Es erfolgte bei 500 lfm Hecken ein fachgerechter Verjüngungsschnitt. Ein Formschnitt erfolgte bei 161.884 lfm Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 687 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig.

Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Simmeringer Feuerhalle, des Friedhofes Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen.

Die jährlich durchgeführte Säuberung des Wiener Zentralfriedhofes umfasste im Jahr 1998 eine Gesamtfläche von 1,138.700 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofes umfasste eine Fläche von 398.462 m². Die verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofes wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes zu erreichen. Ebenso wurden 38.849 Pflegeaufträge an Grabstellen durchgeführt sowie in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Pflegearbeiten durchgeführt. Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 1998 gegenüber den Preisen von 1997 nicht verändert. Neben der Erfüllung von 38.280 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von rund 1,48 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber (auf Friedhofsdauer) vergeben bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen sowie ehrenhalber auf Fried-

hofsdauer ohne Inobhutnahme gewidmet:
Zugang der gewidmeten Grabstellen im Jahre 1998:

Friedhof Baumgarten:
Seidl Friederike, Stadträtin; Inobhutnahme der bereits 1987 ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle; Gruppe 21, Nr. 78

Wiener Zentralfriedhof:
Eisler Georg, Präsident der Wiener Secession; Ehrengrab; Gruppe 33G, Nr. 5
Heinz Heinrich Ing., ehemaliger Bezirksvorsteher; ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer; Gruppe 40, Nr. 62
Hölzl Hans (Falco), Sänger; ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Gruppe 40, Nr. 64
Rysanek-Gausmann Leonie; Kammersängerin, Ehrengrab; Gruppe 33G, Nr. 27

Statistisches Amt der Stadt Wien

Im Jahr 1998 wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Großzählung 2001 fortgeführt. Als erster Erhebungstest fand mit Stichtag 29. April 1998 in Teilen des 11., 13., 15., 19. und 23. Bezirkes eine Probezählung statt, die eine Volkszählung, Gebäude- und Wohnungszählung sowie Arbeitsstättenzählung umfasste.

Die Gemeinde Wien führte die Probezählung 1998 mittels Zählorganen durch. Diese schlossen mit der Gemeinde Wien (Statistisches Amt der Stadt Wien) einen freien Dienstvertrag ab. Die Probezählung 1998 hat gezeigt, dass bezüglich Versteuerung und Sozialversicherungspflicht der Zählorgane für 2001 unbedingt eine bundesweite einheitliche Lösung gefunden werden muss. Weiters strebt die Gemeinde Wien an, dass bei der Großzählung 2001 hauptsächlich Bedienstete des Magistrates bzw. des Bundes als Zählorgane eingesetzt werden.

Durch die Mitarbeit der Gemeinde Wien bei der Probezählung 1998 konnten wichtige Erkenntnisse für die Großzählung 2001 in ganz Österreich gewonnen werden. Die Probezählung 1998 ließ erkennen, dass das gemeindeeigene Melderegister infolge mangelnder „Aktualität" für die Volkszählung 2001 bestenfalls als Hilfestellung dienen kann. Der Aufbau des „Zentralen Melderegisters" durch das Bundesministerium für Inneres ist bis zur Volkszählung 2001 eine unbedingte Notwendigkeit. Bei der Wiener Wohnbevölkerung war die Bereitwilligkeit zur Beantwortung von Erhebungsbelegen mit umfassenden Frageprogrammen sehr gering. Die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einzelner Fragen wurde von vielen Befragten angezweifelt. Dies führte 1998 in den Arbeitsgruppen und Fachbeiräten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes unter Teilnahme von Vertretern der Abteilung zur erneuten Überarbeitung der Erhebungsbelege. Das Ziel dieser Arbeitsgruppen und Fachbeiräte war es, die Fragen zu reduzieren und die Erhebungsbelege neu zu gestalten.

Im Frühjahr 1999 soll unter Teilnahme Wiens eine weitere Probezählung durchgeführt werden. Organisatorische und inhaltliche Änderungen gegenüber der letzten Probezählung werden erneut getestet. In Wien wird bei der Probezählung 1999 erstmals die EDV-Applikation für die Großzählung 2001 zum Einsatz kommen, ohne deren Anwendung ein so großes Projekt praktisch undurchführbar ist.

Die Erhebungstätigkeit der Abteilung umfasste eine Reihe von periodisch durchzuführenden Erhebungen.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1998 folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

- zwei Schweinezwischenzählungen mit Stichtag 1. April und 1. August
  (Stichprobenerhebung bei jeweils 61 Betrieben)
- Rinderzwischenzählung mit Stichtag 1. Juni
  (Stichprobenerhebung bei 38 Betrieben)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 1. Dezember
  (Stichprobenerhebung bei 87 Betrieben)

Die Stichprobenerhebungen des Mikrozensus wurden wie jedes Jahr vierteljährlich an rund 4.200 Adressen durchgeführt. Zweck dieser seit 1967 österreichweit bestehenden Erhebung ist es, im Zeitraum zwischen den Großzählungen aktuelle Daten über Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur zu erhalten. 127 InterviewerInnen suchten in den Monaten März, Juni, September und Dezember die ihnen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) zugewiesenen Adressen auf. Die in diesen Haushalt lebenden Personen gaben Auskunft zu Personen-, Haushalts- und Wohnungsmerkmalen im Rahmen des Grundprogrammes, sowie zu aktuellen Themen der von Quartal zu Quartal wechselnden Sonderprogramme.

Folgende Themen wurden 1998 behandelt:

März - Arbeitskräfteerhebung im Auftrag der Europäischen Union
Juni - Ältere Menschen
September - Freizeitkultur
Dezember - Umweltbedingungen (zwei Drittel der Adressen der Stichprobe)
Urlaubsreisen (ein Drittel der Adressen der Stichprobe)

Für den Mikrozensus stellt das ÖSTAT die Erhebungsunterlagen zur Verfügung. Die ordnungsgemäße Durchführung obliegt jedoch der Abteilung und beinhaltet die Anwerbung und Einschulung der neuen sowie die Nachschulung der aktiven InterviewerInnen. Weitere Aufgaben sind die Betreuung des Interviewerstabes vor und während der Mikrozensusbefragungen sowie telefonische Befragungen in komplizierten Fällen als auch die Kontrolle der Erhebungsbelege. Die Kontrollarbeiten für die Arbeitskräfteerhebung dienten als Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der InterviewerInnen. Da die Akzeptanz für die Durchführung von gesetzlich verankerten Befragungen innerhalb der Wiener Bevölkerung immer geringer wird, mussten 1998 während der Erhebungszeiträume im Referat Mikrozensus vermehrte telefonische Anfragen registriert werden.

Im März konnten die Befragungen an 3.357 Adressen (80 %), davon entfielen 2.163 auf die Arbeitskräfteerhebung, im Juni an 3.293 (78 %), im September an 3.298 (79 %) und im Dezember an 3.326 (79 %) durchgeführt werden.

Die Preiserhebungen für den Österreichischen Verbraucherpreisindex (V I P) und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI=EU-Index) wurden auch 1998 in 294 Geschäften und Betrieben durchgeführt, wobei rund 5.600 Einzelpreise erhoben wurden. Die Umstellung auf EDV-mäßige Weiterverarbeitung der Preismeldungen wurde abgeschlossen. Für nächstes Jahr ist die Installierung einer neuen Software geplant. Im Rahmen der Vertretung Wiens bei den monatlichen Sitzungen des Zentralen Redaktionskomitees wurde eine Erhöhung der Entschädigungsleistungen des ÖSTAT und eine Berücksichtigung der Städtegrößenklasse bei der Berechnung der Entschädigung gefordert. Eine Einigung steht noch aus. Hinsichtlich der gesetzlichen Basis der Preiserhebungen befindet sich eine Verordnung in Vorbereitung, die eine verpflichtende Abwicklung der Preiserhebungen durch eine Reihe von Städten und eine verpflichtende Teilnahme der ausgewählten Betriebe vorsehen wird.

Die Fremdenverkehrsstatistik, die monatlich erstellt wurde, bezog sich auf die Erfassung der Ankünfte und Übernachtungen der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben. Die Daten über den Fremdenverkehr wurden vom ÖSTAT sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Für die Betriebe besteht Meldepflicht. Einmal jährlich mit Stichtag 31. Mai erfolgt die Erhebung der Betriebsart und Kategorie, die Zimmer- und Bettenanzahl sowie der Öffnungszeiten. 1998 wurden in Wien 347 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt; davon waren 222 Hotels, 105 Pensionen und 20 Studentenheime (Saisonhotels).

Die Wohnbaustatistik umfasst die Erhebung von neuerrichteten Gebäuden mit Wohnungen sowie deren Umbau, Wohnungszusammenlegungen und Gebäudeabgänge. Haupttätigkeit ist die Kontrolle der Erhebungen und die Korrektur der ausgefüllten Erhebungsblätter. Mit dem ÖSTAT wurde ein neues Erhebungsformular festgelegt, das die Möglichkeit der ACD-Eingabe und die Eintragung der Wiener Protokollnummer ermöglicht. Damit wird in Zukunft eine bessere Basis zum Auffinden der Bauvorhaben gewährleistet. Weites ist der ACD-Code Grundlage des Ordnungssystems des Gebäuderegisters im ÖSTAT. Im Rahmen der Fertigstellungsmeldungen wurden, falls erforderlich, die Adressen korrigiert und die fehlenden ACD-Werte ergänzt. Für das Jahr 1998 wurden 9.352 Wohnungsfertigstellungen und 1.432 Wohnungsabgänge erhoben.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik waren wie jedes Jahr sämtliche Wiener Standesfälle zu bearbeiten. Darunter fiel die Kodierung und Erfassung der Todesursachen nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) ebenso wie die Erfassung gesundheitsstatistischer Daten zu den Geburten. Beide Bereiche erfordern regelmäßig Nacherhebungen bei Standesämtern, Spitälern, Hebammen und der Gerichtsmedizin. Gesonderte Statistiken zur Säuglingssterblichkeit und über Verkehrsunfallopfer sind Arbeitsgrundlagen anderer Abteilungen (MA 15, MA 46). Die monatliche Bevölkerungsfortschreibung, die neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung auch die laufende Wanderungsbewegung berücksichtigt, ist eine wesentliche Ausgangsbasis für viele Bereiche.

Mit dem Bearbeitungsjahr 1999 stellt das ÖSTAT seine EDV-Applikation zur Bearbeitung der Standesfälle im Bereich der Bevölkerungsstatistik auf eine neue Basis. Da davon auch die Bearbeitung in der MA 66 betroffen ist, wurden Gespräche über die Vereinfachung des EDV-technischen Ablaufes geführt. Daraus resultierte, dass die Bearbeitung und Plausibilitätskontrolle der Wiener Standesfälle durch die Abteilung künftig auf dem Rechner des ÖSTAT ablaufen wird. Dadurch wird vor allem die MA 14 entlastet, die bisher jährlich Adaptierungen des Plausibilitätsprüfprogrammes des ÖSTAT zu implementieren hatte. Für diese Umstellung mussten einige Teile der Geburt-Ehe-Tod-Applikation der Abteilung neu programmiert werden.

In den Themenbereich der Gesundheitsstatistik wurde die Auswertung einer Mikrozensus-Erhebung über chronische Krankheiten der Wiener Bevölkerung aufgenommen, aus der sich das prozentmäßige Ansteigen oder auch Abnehmen von bestimmten Erkrankungsfällen mit zunehmenden Alter ablesen lässt. Die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung mit 1. Jänner 1997 und die dadurch geänderten Erfassungsmodalitäten führten teilweise zu Brüchen in den Zeitreihen, so z.B. bei den Aufnahme- und Entlassungszahlen von stationären psychiatrischen PatientInnen, die auf das 2,5-fache angestiegen sind.

Bei den Projekten „Gesundheitsförderungsplanung" und „Data Warehouse" der MA 15/Dezernat 3 war die Abteilung in den Workshops und mit der Erstellung und Aufbereitung von Datengrundlagen eingebunden.

In der Umweltstatistik konnte das Angebot an Luftgütedaten erweitert werden. Da Wien Mitglied des Kli-

mabündnisses ist, wurde ein Vergleich der Kohlendioxidemissionen der Jahre 1987, dem Bezugsjahr für die Reduktion von Treibhausgasen, und 1995 vorgenommen. Eine Reduktion der Emissionsmengen an Kohlendioxid, dem wichtigsten Treibhausgas, bei der Industrie um 30 Prozent und bei den Haushalten um 9 Prozent, jedoch ein Anstieg beim Verkehr um 34 Prozent konnten aufgezeigt werden, insgesamt war eine Zunahme von 6,7 Prozent zu verzeichnen. Weiters wurden 1998 die Wien-Monatsmittelwerte der Ozonkonzentration publiziert, die in den Sommermonaten einen starken Anstieg aufweist.

Die Umweltstatistik wurde außerdem um eine Analyse des Wiener Leitungswassers nach physikalischen, chemischen und mikrobiologischen Kriterien erweitert. Auf der Basis des Wiener Lärmberichtes 1997 wurden Vergleiche über Ausmaß und Intensität der Lärmbelästigungen 1982 und 1996 angestellt. Beim Mikrozensus-Sonderprogramm Umweltbedingungen/Umweltverhalten des ÖSTAT vom Dezember 1998 wirkte die Abteilung bei der Erstellung des Fragenprogrammes mit.

Im Bereich der Wirtschaftsstatistik konnten zahlreiche neue Daten den interessierten Benutzern zur Verfügung gestellt werden. Besonders hervorzuheben ist die detaillierte Außenhandelsstatistik der Wiener Betriebe, die sowohl nach Ländern als auch nach Produktgruppen die Export/Importverflechtung der Wiener Wirtschaft dokumentiert. Wie in den vergangenen Jahren führte die Abteilung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Erhebung über die in Wien ansässigen internationalen Organisationen durch, deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1999 publiziert werden. Die Ergebnisse der Nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählung 1995 stehen ebenfalls nunmehr zur Verfügung. Sie werden in den kommenden Jahren durch laufende Stichprobenerhebungen permanent aktualisiert. Eine umfangreiche Ausweitung der Einkommensstatistik befindet sich in Planung. Die auf Grund der Mitgliedschaft Österreichs in der EU 1995 erfolgte Umstellung der bisher verwendeten „Betriebssystematik 1968" auf die „Systematik der Wirtschaftstätigkeiten (ÖNACE 1995)" wurde sowohl für die Wirtschaftsstatistik als auch für die Arbeitsmarktstatistik beendet.

Für Vergleichszwecke wurden im Rahmen der Arbeitsmarktstatistik bei der Darstellung der vorgemerkten Arbeitslosen nach Wirtschaftstätigkeiten beide Systematiken einander gegenübergestellt. Außerdem wurden die Lehrlingsstatistik, die Prüfungen zur Erlangung von Berufsbefähigungen, die Meister- sowie Befähigungsprüfungen in das Kapitel „Beschäftigung und Arbeitsmarkt" des Statistischen Jahrbuchs integriert, das nun einen vollständigen Überblick über alle Aspekte des Arbeitsmarktes gibt.

Auf dem Gebiet der Sozialstatistik wurde im Berichtsjahr 1998 die Datenaufbereitung weitgehend rationalisiert, Ressourcenprobleme auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrtsstatistik behoben sowie eine Harmonisierung der Quellen mit dem Amt für Jugend und Familie erreicht.

Ziemlich gravierend waren die Änderungen in der Finanz- und Steuerstatistik, sie umfassten eine Verbesserung der Darstellung, aber auch Straffungen und Kürzungen im Sinne einer Kundenorientierung.

In der Verwaltungs- und Rechtspflegestatistik konnte durch die Integration von zwei bisher in anderen Kapiteln des Statistischen Jahrbuchs beheimateten Tabellen (Vereine und Österreichischer Gewerkschaftsbund) ein größerer Grad von Homogenität erzielt werden.

Die Schulstatistik wurde inhaltlich und umfangmäßig nicht verändert, da bereits in den vergangenen Jahren Umstellungen vorgenommen wurden.

1998 konnten die wichtigsten Eckdaten der Kulturstatistik erfasst und den bevorstehenden Strukturveränderungen angepasst werden. Die Fortführung der Kulturstatistik konnte im Berichtsjahr noch ausreichend gewährleistet werden, aber nicht ganz ohne Einschränkungen aufgrund des nicht einheitlichen Finanzierungsrahmens.

Die Religionsstatistik wurde in den Publikationen wegen mangelnder Nachfrage auf Basisdaten beschränkt.

Die Sportstatistik wurde mit einigen Veränderungen - andere Kompetenzen - im Umfang wie bisher weitergeführt.

Die durch Erhebung und aus dem Verwaltungsvollzug gewonnenen Daten werden sowohl in Print- als auch in EDV-Medien veröffentlicht.

Die umfangreichste statistische Publikation des Statistischen Amtes ist das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien", dessen aktueller Jahrgang 378 Tabellenseiten in 26 Kapiteln enthält. Neben Daten über das gesamte Stadtgebiet beinhaltet es auch eine Reihe regionalisierter Statistiken auf Bezirksebene. Ergänzt wird das Tabellenprogramm durch eine Reihe von Schwarz-Weiß-Grafiken und einem Grafikanhang mit Farbgrafiken. Das Jahrbuch erschien im Dezember 1998 in einer Auflage von 1.000 Stück und ist um S 450 erhältlich. Neben der gedruckten Version ist auch eine Diskettenversion erhältlich. Ebenso kann es magistratsintern im Intranet benutzt werden. Ein Teil der Tabellen steht auch Internet-Benutzern zur Verfügung. Erstmals enthält das Statistische Jahrbuch auch ein Inhaltsverzeichnis und eine Tabellenübersicht in englischer Sprache.

Das handliche Pendant zum Statistischen Jahrbuch stellt das „Statistische Taschenbuch" dar, dessen aktuelle Ausgabe im Juli 1998 in einer Auflage von 1.200 Stück zum Verkaufspreis von S 100 erschien. Im handlichen A6-Format enthält es auf rund 140 Seiten eine Auswahl von statistischen Daten über das Jahr 1997 in 24 Kapiteln. Ergänzt werden die umfangreichen Tabellen durch 20 Farb- und einige Schwarz-Weiß-Graphiken.

Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Statistische Mitteilungen" enthält neben Fachartikeln, die von MitarbeiternInnen der Abteilung, aber auch von Gastautoren verfasst werden, einen umfangreichen Tabellenteil. Im Jahre 1998 erschienen die Artikel „Das Wiener Klima und einige Auswirkungen auf Gesundheit und Freizeitgestaltung", „Lehrlinge in Wien", „Konsumgewohnheiten von Wiener Familien", „Die Bundespräsidentenwahl in Wien am 19. April 1998", „Erste Ergebnisse der Wiener Außenhandelsstatistik, Wiens Warenaußenhandel in den Jahren

1996 und 1997", „Arbeitsmarktbilanz für die Agglomeration Wien", „Erhebungstest 1998 für die Großzählung 2001", „Kleinräumige Altersstrukturtypisierung Wiens", „Bevölkerungsvorausschätzung 1996 - 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion", „Die aktuelle Bevölkerungsprognose 1998 - 2050 des ÖSTAT" und „Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen". Die Auflage dieser Zeitschrift betrug 800 Stück und kostet je Heft S 70.

Die Broschüre „Wien in Zahlen" wurde auch 1998 in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Ungarisch und Tschechisch aufgelegt. Diese Zahlenübersicht gibt auf 16 Seiten eine kurze Information über die wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich und erschien im Herbst 1998 in einer Gesamtauflage von 30.000 Stück, wobei die Auflage der deutschen Version 13.000 betrug.

Parallel zu diesem Datenangebot in den Printmedien existiert seit 1995 eine ausgewählte Datenübersicht über Wien im Internet. Auch 1998 wurde das Datenangebot im Internet und für den internen Gebrauch im Intranet erweitert.

Den aktuellsten Überblick für Internet-Benutzer liefert „Statistik aktuell", ein wöchentlich aktualisierter Tabellenset über alle wesentlichen Bereiche städtischen Lebens. Ebenso sind auch die Publikation „Wien in Zahlen" und die Ergebnisse der Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im Internet abrufbar. Die laufend steigenden Benutzerzahlen der Homepage der Abteilung im Internet zeigen, dass es zu einem wichtigen Medium für das Angebot von Statistiken geworden ist. Deshalb ist für das Jahr 1999 eine weitere umfangreiche Erweiterung von „Statistik aktuell" geplant.

Neben der Veröffentlichung statistischer Daten gibt die Abteilung noch den Tätigkeitsbericht der Stadt Wien unter dem Titel „Die Verwaltung der Stadt Wien" heraus. Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1997 weist erstmals Fotos in Farbe auf und informiert über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmungen, des Wien-Tourismus sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Weiters gibt er Auskunft über das Kontrollamt, den Unabhängigen Verwaltungssenat, die Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Wiener Patientenanwaltschaft und die Wiener Umweltanwaltschaft. Die Publikation wurde in einer Auflage von 700 Exemplaren zu einem Verkaufspreis von S 200 herausgegeben.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wurde für die von der Abteilung herausgebrachten Publikationen durch einige neue Aktionen geworben. So wurde eine Kundenbefragung mittels Fragebogen durchgeführt, um das Angebot dem Informationsbedarf in den einzelnen Themenbereichen besser anpassen zu können. Die Broschüre „Wien in Zahlen", die eine Bestellkarte für alle anderen Druckwerke der Abteilung enthält, wurde wie bisher in den Amtsgebäuden zur freien Entnahme aufgelegt und nun auch an die Direktionen von über 600 Schulen versendet. Um auch international auf die Wien-Statistiken aufmerksam zu machen, wird diese Broschüre seit Jahren in sechs Sprachen aufgelegt; in den letzten beiden Jahren musste die englische und die französische Fassung von je 2.000 Stück auf 6.000 erhöht werden. Bei der Befragung persönlich erschienener KäuferInnen oder auch bei telefonischen Bestellungen konnte festgestellt werden, dass die BezieherInnen durch Zeitungsartikel oder durch die Titelseiten der statistischen Publikationen in den Schaukästen einiger U-Bahnhaltestellen auf die Neuerscheinungen aufmerksam wurden. Für die Einschaltung von Inseraten in den Publikationen „Statistisches Jahrbuch" und „Statistisches Taschenbuch" konnten 23 Firmen und Institute angeworben werden.

Ein Aufgabenbereich des Statistischen Amtes, der immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist der der Anfragebeantwortung. Ein wesentlicher Teil der Anfragen, die das Statistische Amt bisher telefonisch oder schriftlich erreichten, kommt bereits über e-mail. Datenwünsche aus den unterschiedlichsten Statistikbereichen, für die spezielle Auswertungen durchgeführt werden müssen, werden ab 1999 nicht mehr kostenlos zu beziehen sein, da sie immer mehr Personal- und Zeitkapazität binden. Am häufigsten werden nach wie vor Daten aus dem Bevölkerungsbereich nachgefragt, allerdings sind auch die Anfragen nach Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten stark angestiegen.

Da die Datenerfassung, Weiterbildung und Analyse seit Jahren weitgehend EDV-mäßig erfolgt, wurde ein eigener EDV-Bereich in der Abteilung eingerichtet. Im Frühjahr 1998 wurde versucht, eine Direktverbindung zur Datenbank des AMS herzustellen. Von diesem Vorhaben wurde nach einigen Besprechungen mit den Datenanbietern wieder Abstand genommen, da die Kosten im Vergleich zum Informationsvorteil zu hoch waren. In der Folge wurde die Zugriffsberechtigung auf die WIFO-Datenbank über Internet erworben, wodurch ein wesentlich größeres Spektrum an statistischen Informationen, inklusive auch AMS-Daten, zu einem günstigen Tarif der Abteilung zur Verfügung steht. Im Mai wurden 8 PCs ausgetauscht, wodurch ein einheitlicher Standard (Windows 95, Excel 5.0 und Word 7.0) erreicht wurde. Um das Mailing sowie die Textverarbeitung zu vereinheitlichen, wurden im Herbst alle PC´s mit „MS EXCHANGE & MAPI" ausgestattet. Für die Textverarbeitung wird nur mehr Word eingesetzt. Aus Datenschutzgründen wurde am Server durch die IBS-Ablöse ein eigener Kanzleibereich angelegt.

Für die Statistische Fachbibliothek wurden im Jahre 1998 vorwiegend im Tausch gegen eigene Publikationen des Amtes 324 Bände erworben; der Bücherbestand erhöhte sich auf 7.152 Bände am Jahresende. Im Statistischen Archiv wurden die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen gesammelt, geordnet und abgelegt.

Eine besondere Aktivität der Abteilung im Jahre 1998 stellten die Arbeiten für die Organisationsanalyse dar. In Workshops und zahlreichen Besprechungen wurden die Aufgaben, Leistungen der Abteilung untersucht. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Beratungsfirma fanden nur zum Teil die Zustimmung der Abteilung.

Die Schulung von Bediensteten und die Entsendung zu Fortbildungsseminaren wurde fortgesetzt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahr 1998 an folgenden Tagungen teil:

- Präsentation der MA 66 im Rahmen des Global Village '98 vom 25. bis 29. März in Wien
- Koordinierungsbesprechung von Bundes- und Landesstatistikern am 1. April in Wien
- 94. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 9. Juli in Wien
- Arbeitstagung über den Verbraucherpreisindex vom 23. bis 25. September in Wien
- Statistische Woche 1998 vom 5. bis 9. Oktober in Lübeck
- Gesundheit planen für die Stadt am 8. und 9. Oktober in Wien
- 95. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 4. November in Wolfsberg
- Informationsveranstaltung Großzählung 2001 am 5. November in Wolfsberg

Am 7. Dezember fand die 9. Sitzung des Statistischen Beirates für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: Probezählung 1998 und Vorbereitung auf die Großzählung 2001, Tätigkeitsbericht über die vergangenen und künftigen Aktivitäten der Abteilung, Verordnung bezüglich Preiserhebungen für den Verbraucherpreisindex und Organisationsanalyse.

Das Statistische Amt erbrachte die oben angeführten Leistungen mit 27 Beschäftigten, die Personalkosten in der Höhe von S 12,574.817 verursachten. Die von der MA 14 für die Abteilung erbrachten EDV-Leistungen betrugen S 2,472.500, darunter S 1,519.392 Personalkosten und S 696.852 beigestellte Hardwarekosten.

Für die Erstellung der Publikationen und Datenbeschaffung wurden Geldmittel in der Höhe von S 1,326.332 verbraucht. Die Erhebungstätigkeit für das ÖSTAT erforderte Geldmittel für Erhebungsorgane in der Höhe von S 472.198.

Als Abgeltung für diese Erhebungstätigkeit (Honorare für Erhebungsorgane und eigener Personalaufwand) erhielt die Abteilung S 664.564, wobei die Abrechnung für die Probezählung 1998 noch nicht erfolgte. Aus dem Publikationsverkauf und den Insertionen wurden Einnahmen in der Höhe von S 289.670 erzielt. Die Statistische Auskunfts- und Beratungstätigkeit erfolgte kostenlos und ist als Serviceleistung der Stadt Wien anzusehen. In Zukunft muss aber diese Serviceleistung, da sie sehr personalintensiv und zeitaufwendig ist, gegen Kostenersatz verrechnet werden.

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Mit 1. Jänner 1998 wurde die Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds neu geschaffen, in deren Zuständigkeit einerseits die Aufgaben der Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) und andererseits sonstige Agenden in Zusammenhang mit der Krankenanstaltenfinanzierung (etwa Angelegenheiten der Gebührenfestsetzung oder des Klinischen Mehraufwandes) wahrgenommen werden.

Geschäftsstelle des Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF)

Durch die Artikel 15a B-VG Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 wurde die Krankenanstaltenfinanzierung von der bei sozialversicherten Patienten bis 31. Dezember 1996 praktizierten Form der Abgeltung auf Basis von undifferenzierten Tagespauschalen (Pflegegebührenersätze) zwischen Sozialversicherungsträgern und Krankenanstalten auf eine ab 1. Jänner 1997 österreichweit eingeführte leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) zwischen Landesfonds (in Wien der WIKRAF) und Fonds-Krankenanstalten auf Basis von Diagnosefallpauschalen, die in Abhängigkeit von Diagnose und Leistung jedem Patienten eine unterschiedliche Punkteanzahl zuordnet, umgestellt. Dieses Finanzierungssystem, das das tatsächliche Leistungsgeschehen in den Krankenanstalten berücksichtigt, wurde in Entsprechung der obgenannten Vereinbarung auch im Jahre 1998 beibehalten.

Der WIKRAF, ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit, hat es u.a. zur Aufgabe, die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist sowie sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Krankenanstalten zu setzenden Maßnahmen vorzunehmen. Organ des WIKRAF ist die Wiener Fonds-Kommission, die Führung der Geschäfte der Fonds-Kommission obliegt dem Amt der Landesregierung, geschäftseinteilungsmäßig der MA-K. Die MA-K nimmt als Geschäftsstelle die Abwicklung der laufenden Geschäfte, insbesondere die Durchführung des zur Erfüllung der Aufgaben der Fonds-Kommission notwendigen Schriftverkehrs, die Vorbereitung der Fonds-Kommissionssitzungen sowie alle Aufgaben wahr, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder dem (der) Vorsitzenden obliegen. Der WIKRAF wird aus Beiträgen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, Mitteln der Träger der Sozialversicherung sowie aus sonstigen Mitteln gespeist. Die Gesamtmittel betrugen für das Jahr 1998 rund 13,7 Milliarden Schilling, die von der Geschäftsstelle nach Maßgabe der Beschlüsse der Fonds-Kommission durch monatliche (etwa im stationären Bereich) bzw. quartalsmäßige (etwa im ambulanten Bereich) Abrechnungen an die Krankenanstalten überwiesen werden.

In den vom WIKRAF teilfinanzierten 30 Wiener Krankenanstalten (davon 20 städtische, einschließlich des dem Allgemeinen Krankenhaus angegliederten St.-Anna-Kinderspitals, 8 Ordensspitäler, das Hanusch-Krankenhaus und

das Evangelische Krankenhaus) fielen an rund 440.000 sozialversicherten Patienten bei rund 3,55 Millionen Pflegetagen im stationären Bereich im Zuge der leistungsorientierten Abrechnung nach Punkten nach dem Wiener LKF-Modell auf Abrechnungspunkte modifizierte 23 Milliarden Punkte an, die über die Geschäftsstelle an die Krankenanstalten abgegolten wurden. Die Abgeltung der Ambulanzleistungen für 27 Krankenanstalten, Zuschüsse zu Investitionsvorhaben sowie die Überweisung von Mitteln an einige nicht-städtische Krankenanstalten zu dem Zwecke, die durch die Umstellung auf die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung bedingten Mindereinnahmen abzugelten, komplettierten - neben den abzuwickelnden Transferierungen der Beihilfenmittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz - die von der Geschäftsstelle vorzunehmenden Auszahlungen.

Die Geschäftsstelle hatte im Jahr 1998 rund 340 Anträge auf Genehmigung von Investitionsvorhaben bzw. auf Gewährung von Investitionszuschüssen zu bearbeiten. Nach Überprüfung der Anträge wurden diese der Fonds-Kommission zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Anschluss an die Behandlung ausländischer Gastpatienten werden deren Behandlungskosten auf Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen oder überstaatlichem Recht über soziale Sicherheit im Wege des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber dem Ausland geltend gemacht. Im Zusammenhang mit diesen Kostenforderungen wurden von der Geschäftsstelle im Jahr 1998 rund 3.400 Fälle bearbeitet.

Bei rund 830 Akten wurden den regressführenden Sozialversicherungsträgern im Zusammenhang mit Kostenanfragen bei möglichen Regressfällen seitens der Geschäftsstelle Auskünfte erstattet.

Die Plausibilitätsprüfung der von den Krankenanstalten für den stationären Bereich gemeldeten Daten sowie die auf Grund des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996 und der dazu ergangenen Verordnungen zu erstellenden und dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu übermittelnden Diagnosen- und Leistungsberichte, die die Diagnosen sowie die medizinischen Einzelleistungen der stationären Patienten und die Ergebnisse der Bepunktung im LKF-Kernbereich beinhalten, bildeten weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Geschäftsstelle.

Im Rahmen der dem WIKRAF gemäß dem Wiener Krankenanstaltengesetz obliegenden wirtschaftlichen Aufsicht über Krankenanstalten, die Beiträge zum Betriebsabgang oder zum Errichtungsaufwand oder sonstige Zahlungen durch den WIKRAF erhalten, hat die Geschäftsstelle die Rechnungsabschlüsse 1997 sowie die Voranschläge 1999 der betreffenden Krankenanstalten hinsichtlich der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft. Die Ergebnisse dieser Prüfungen wurden der Fonds-Kommission zur Beschlussfassung vorgelegt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Neben der Festsetzung der Pflege- und Anstaltsgebühren, der Pflegegebühren für Begleitpersonen, der Kostenbeiträge sowie der tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß § 51 Abs. 2 und der Behandlungsbeiträge gemäß § 51a Wiener KAG, der Festsetzung der Pflegeentgelte für die städtischen Pflegeheime, der Festsetzung der Transportgebühren für die Inanspruchnahme des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien sowie der Festsetzung der Gebühren für die Bereitstellung einer Rettungsambulanz und eines Arztes, in deren Zusammenhang von der MA-K die Vorbereitungsarbeiten bezüglich der Beschlussfassung durch die Landesregierung bzw. den Gemeinderat vorzunehmen waren, obliegt der MA-K auch der Abschluss von Verträgen über Pflegegebühren-, Transportgebühren- und sonstige Kostenersätze mit Sozialversicherungsträgern und anderen Institutionen.

In diesem Zusammenhang wurden 1998 die Verhandlungen mit der Wiener Gebietskrankenkasse sowie 10 weiteren Sozialversicherungsträgern und der KFA Wien über die Erbringung von Leistungen der medizinischen Hauskrankenpflege durch diplomiertes Krankenpflegepersonal der Stadt Wien zum Abschluss gebracht.

Angelegenheiten des Klinischen Mehraufwandes komplettieren im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung das Aufgabengebiet der MA-K.

Die Mitarbeiter der MA-K nahmen im Jahr 1998 an zahlreichen Veranstaltungen, Arbeitskreisen, Symposien u.dgl. teil, wovon vor allem die Länderexpertenberatungen mit Vertretern des Bundes zu Fragen der Krankenanstaltenfinanzierung sowie die LKF-Arbeitskreissitzungen, die hauptsächlich der Weiterentwicklung des LKF-Systems dienen, hervorzuheben sind.

Wiener Stadtwerke

Wiener Stadtwerke Holding AG

Am 17. Dezember 1998 fasste der Wiener Gemeinderat den Umsetzungsbeschluss, die Wiener Stadtwerke mit Wirkung 1. Jänner 1999 in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und aus dem Magistratsbereich auszugliedern. Die Wiener Stadtwerke sollen in Form einer Holding AG mit den Tochtergesellschaften - WIENSTROM GmbH - WIENGAS GmbH - FERNWÄRME WIEN GmbH - WIENER LINIEN GmbH - BESTATTUNG WIEN GmbH- und - Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH- geführt werden.

Die Stadt Wien bleibt 100-prozentiger Eigentümer der Holding AG. Durch die Liberalisierung der europäischen Märkte vorerst für Strom und Gas ist eine rasche und flexible Anpassung an diese Entwicklung erforderlich. Diese Flexibilität ist durch eine künftig höhere Eigenverantwortlichkeit z.B. bei der Preisgestaltung gewährleistet. Die

Rechtsformänderung ist die Weichenstellung für eine gesicherte Zukunft eines der größten Dienstleistungsunternehmens Österreichs.

Beteiligungen

Die Wiener Stadtwerke sind per 31. Dezember 1998 an folgenden Unternehmen beteiligt:
AG der Wiener Lokalbahnen, Austria Ferngas GmbH, Einkaufsgenossenschaft der Österreichischen Elektrizitätswerke, ENCOM GmbH, EnergieComfort GmbH, Entsorgungsbetriebe Simmering GmbH, Fernwärme Wien GmbH, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke mbH, Gemeinschaftskraftwerke Stein GmbH, Importkohle GmbH, Leopold Wolf & Co, Lischkar & Co GmbH, Österreichische Donaukraftwerke AG, Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG, Österreichische Erdgaswirtschaft GmbH, Payer, Schmutzer & Co GmbH, Tauernkraftwerke AG, Teerag Asdag AG und Wiener Stadtwerke Holding AG.

Wirtschaftliches Umfeld

In Österreich setzte sich 1998 der Konjunkturaufschwung wie in der gesamten Europäischen Union weiter fort. Das Wirtschaftswachstum betrug 3,3 Prozent gegenüber 2,5 Prozent im Vorjahr. Besonders war diese Zunahme von der Entwicklung am Exportsektor durch eine höhere Auslandsnachfrage sowie durch eine verstärkte Investitionstätigkeit der heimischen Industrie getragen. Für die kommenden zwei Jahre erwarten die Wirtschaftsforscher aufgrund der sich abzeichnenden Abschwächung, welche gegen Jahresende von den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten ausgelöst wurde, eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 2,4 bzw. 2,7 Prozent.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen am Elektrizitätsmarkt

Das Jahr 1998 war durch intensive Debatten über die Entwicklung des Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetzes (ELWOG) zur Umsetzung der Elektrizitäts-Binnenmarktrichtlinie geprägt. Das Gesetz trat am 19. August 1998 in Kraft und wird mit Wirkung 19. Februar 1999 die Rahmenbedingungen für die Organisation der Elektrizitätsversorgung in Österreich neu regeln. Für die kommende Festlegung der Systemnutzungstarife durch den Wirtschaftsminister wurde per 4. September 1998 das Gutachten zu den „Grundlagen für Systemnutzungs-/tarif/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze" fertig gestellt.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen am Gasmarkt

Auf EU-Ebene wurde am 21. Juli 1998 die Gas-Binnenmarktrichtlinie zur schrittweisen Liberalisierung des Gasmarktes in Kraft gesetzt. Die Umsetzung in nationales Recht muss bis 10. August 2000 durchgeführt werden.

Witterungsentwicklung

Im Berichtsjahr lag die Durchschnittstemperatur mit + 10,8° C um 0,6° C über dem Vorjahr und um 0,7° C über dem langjährigen Durchschnitt. Die Monate Jänner und Februar waren mit + 2,3° C und sogar + 6,5° C weit über dem langjährigen Durchschnitt. Diese warme Witterung in der Heizperiode konnte auch durch einen überdurchschnittlich kalten November und Dezember nicht kompensiert werden, sodass der Heizgasverbrauch entsprechend zurückgegangen ist.

Primärenergiepreise

Der Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte „Brent" schwankte am Rotterdamer Spotmarkt im Jahr 1998 innerhalb einer Bandbreite von 9,8 US$ und 15,2 US$. Im Jahresdurchschnitt verminderte sich der Preis gegenüber dem Vorjahr. Dieser Einbruch des Rohölpreises wirkt sich zeitversetzt auch auf die Erdgas-Bezugspreise aus, da diese eine Basketgröße bei der Preisgestaltung von Erdgas darstellen.

Leistungsdaten

Der Anstieg des Stromverkaufs um 1,1 Prozent ist vor allem auf Zuwächse bei den Industriekunden zurückzuführen, während bei den Tarifkunden nur eine geringfügige Zunahme des Stromverkaufs gegenüber 1997 zu verzeichnen war. Beim Gasverkauf musste aufgrund der unterdurchschnittlichen Heizperiode im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 1,6 Prozent verzeichnet werden. Bei den Fahrgästen ergab sich vor allem durch die ganzjährige Berücksichtigung der Studentenkarte, aber auch durch Zuwächse bei den Jahresnetzkarten eine Steigerung von insgesamt 0,8 Prozent. Der österreichweite Trend einer sinkenden Sterblichkeit setzte sich im Rückgang der Bestattungsdienstleistungen mit 1,9 Prozent weiter fort.

Entwicklung der Umsatzerlöse

1998 verzeichneten die Wiener Stadtwerke einen Gesamtumsatz von 20.775 (1997: 21.077) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 12.410 (1997: 12.441) Millionen Schilling, auf WIENGAS 3.831 (1997: 4.123) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.853 (1997: 3.838) und auf die BESTATTUNG WIEN 681 (1997: 675) Millionen Schilling.
Die Veränderungen der Leistungsdaten in den vier Geschäftsfeldern korrespondieren weitgehend mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, allerdings zusätzlich verstärkt durch jene tariflichen Maßnahmen, welche die Wiener Stadtwerke 1998 gesetzt haben: WIENSTROM führte nach den Strompreissenkungen in den beiden Vorjahren am 1. September die dritte Preisanpassung für Großkunden zur Annäherung an das internationale Marktpeisniveau durch. Bei WIENGAS wurden ebenfalls Änderungen in der Tarifstruktur für Großkunden vorgenommen, die eine Verschiebung von Tarif- zu Sonderkunden bewirkten.

Investitionen

Die Wiener Stadtwerke investierten im Berichtsjahr insgesamt 6.147 (1997: 5.975) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 1.782 (1997: 1.956) Millionen Schilling, auf WIENGAS 828 (1997: 695) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.527 (1997: 3.312 Millionen Schilling und auf die BESTATTUNG WIEN 10 (1997: 12) Millionen Schilling.

Personal

Per 31. Dezember 1998 waren bei den Wiener Stadtwerken 14.871 (1997: 15.086) Personen beschäftigt. Davon entfielen auf WIENSTROM 4.114 (1997: 4.196), auf WIENGAS 1.327 (1997: 1.366), auf die WIENER LINIEN 8.767 (1997: 8.868), auf die BESTATTUNG WIEN 454 (1997: 462) und auf die Zentralverwaltung einschließlich Generaldirektion 209 (1997: 194) Personen. Der Stand an Pensionsparteien verringerte sich von 12.209 im Jahr 1997 auf 12.108 im Berichtsjahr.

Lehrlinge

Ende 1998 standen bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 293 (1997: 312) Lehrlinge in Ausbildung.

Schulung

Im Berichtsjahr haben 4.929 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke sowie 34 Externe die Veranstaltungen des Schulungs- und Ausbildungszentrums der Wiener Stadtwerke besucht.

Informationstechnologie

Das Netzwerk der Wiener Stadtwerke umfasst über 3.000 Netzanschlusspunkte in 130 Netzsegmenten mit insgesamt 120 Servern, 2.500 PC's und 600 Datensichtgeräten im Netzverbund. Im Berichtsjahr erfolgte der Betriebssystemwechsel von OS/2 auf Windows NT. Damit war der Übergang auf den Industriestandard verbunden, und der Aufbau eines unternehmensübergreifenden Singledomainkonzeptes wurde realisiert. Die Speicherkapazität der zentralen EDV beträgt 560 Gigabyte, die verfügbare Rechnerleistung 132 MIPS. Der Betrieb zweier netzmäßig über Ringleitung verbundener Rechenzentren - über eine Entfernung von 20 km in Wien - stellt sicher, dass die Bereitstellung und Verarbeitung von Daten der unternehmenskritischen Applikationen auch im Katastrophenfall möglich sind. Durch Standardisierungsmaßnahmen wird eine unternehmensweite Kommunikation bei gleichzeitiger Beschleunigung von Prozessen sichergestellt. Über das Intranet werden Informationen bereitgestellt, aktualisiert und verteilt.
Aufgrund der Entscheidung bei den Wiener Stadtwerken das Standardprodukt SAP im Bereich des Rechnungswesens einzuführen, wurde im Rechenzentrum ein darauf abgestimmtes technisches Systemumfeld geschaffen und gleichzeitig mit dem Aufbau eines Customer Competence Center für die Benutzerbetreuung begonnen.

SAP

Ausgehend von der Grundsatzentscheidung, bei den Wiener Stadtwerken das Standardprodukt SAP im Bereich des Rechnungswesens einzuführen, wurden unter Einbeziehung der Teilunternehmen Arbeitskreise für ein koordiniertes Vorgehen eingerichtet. Die bestehenden Schnittstellen zu anderen Programmen müssen dabei weiterhin nutzbar sein, um die Funktionalität der EDV-Anwendungen im Konzern sicherzustellen. Als wesentliche Voraussetzung für die Implementierung ist die Festlegung und genaue Definition der neuen organisatorischen und strukturellen Abläufe anzusehen. Die Vorteile von SAP sollen vor allem über Standardisierungen im Rechnungswesen (z.B. durchgängiger Kontenplan für die WStW usw.) erreicht werden. Zur Vermittlung von Kenntnissen über den Aufbau und die Funktionsweise von SAP/R3 wurden verschiedene Workshops abgehalten. Bei WIENSTROM erfolgte der Projektstart nach Ablauf der Ausschrei-

bungsfrist für Beratungsleistungen einer SAP R/3-Implementierung im September 1998. Die Arbeiten zur Umstellung des Rechnungswesens wurden vom Projektteam mit den Beratern aufgenommen und beinhalteten eine Analysephase mit Kurzanalysen für die Module FI, AA, CO, MM sowie eine Zusammenfassung der Ist-Situation im Oktober/November 1998. Im An-schluss daran wurde mit den Arbeiten zur Erstellung eines Soll-Konzeptes mit dem Schwerpunkt Controlling begonnen. Im Bereich der WIENER STADTWERKE Holding AG konnte das Modul FI bereits im Zuge der Implementierung eines eigenen institutionalisierten Rechnungswesens am Jahresende 1998 eingesetzt werden. WIENGAS nahm gegen Ende des Jahres ebenfalls die Planungsarbeiten für die Implementierung von SAP R/3 auf. Der geplante Einsatz der neuen Software ist bei WIENSTROM und WIENGAS für Jahresbeginn 2000 vorgesehen.

Energiekoordinierung

Für alle 1998 im Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) behandelten Bauvorhaben bzw. Heizungsumstellungen konnte eine umweltfreundliche leitungsgebundene Energieversorgung angeboten werden. Der AKE hat an der im Energiekonzept geforderten Substitution von festen und flüssigen Brennstoffen durch Fernwärme und Erdgas mitgewirkt. Die Anteile der emissionsarmen leitungsgebundenen Energieträger zu Lasten von Heizöl und festen Brennstoffen konnten weiter erhöht werden.

Neues Wiener Energiekonzept

Im Auftrag des zuständigen Stadtratbüros hat das Energiereferat der Generaldirektion federführend die 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien mit dem Titel „Energie als Dienstleistung" erstellt. Nach umfangreichen Vorarbeiten unter Mitwirkung von WIENSTROM, WIENGAS, FERNWÄRME WIEN, WIEN ENERGIE, den WIENER LINIEN und externen Fachleuten sowie der anschließenden magistratsinternen Abstimmung konnte das neue Energiekonzept Ende 1997 fertig gestellt und am 27. März 1998 dem Wiener Gemeinderat vorgelegt werden. Neben der gedruckten Fassung wurde auch eine CD-ROM mit den Inhalten des Energiekonzeptes aufgelegt. Im Internet sind die deutsche und englische Kurzfassung in der Homepage der Wiener Stadtwerke abrufbar.

WIENSTROM

Stromaufbringung

Die gesamte Stromaufbringung betrug im Berichtsjahr 9.808,3 Gigawattstunden (1997: 9.702,9 GWh). Davon entfiel auf die kalorischen Kraftwerke 4.408,4 GWh (1997: 3.990,2 GWh), auf die Co-Generation-Anlage 33,8 GWh (1997: 45,6 GWh), auf eigene Wasserkraftwerke 97,9 GWh (1997: 112,6 GWh), auf die Windkraftanlage Donauinsel 0,3 GWh (1997: 0,1 GWh), auf Bezugsrechte an den Donaukraftwerken Greifenstein und Freudenau 329,0 GWh (1997: 216,7 GWh) sowie auf den Fremdstrombezug 4.938,9 GWh (1997: 5.337,7 GWh).
Der Anteil der Eigenerzeugung an der Gesamtstromaufbringung betrug im Berichtsjahr 49,6 Prozent (1997: 45,0 %). Der Rückgang bei der Co-Generation-Anlage ist auf einen Betriebsausfall zurückzuführen. Bei den eigenen Wasserkraftwerken wirkte sich die Umrüstung des Maschinensatzes im Kraftwerk Gaming I auf die Erzeugungsleistung aus. Die Bezugsrechte erhöhten sich durch Inbetriebnahme des Kraftwerkes Freudenau.
Die Jahreshöchstlast 1998 betrug 1.763 Megawatt (1997: 1.753 MW).
Zur Strom- und Fernwärmeerzeugung wurden von WIENSTROM im Berichtsjahr 216.493 t Heizöl (1997: 192.952 t) und 919 Millionen m³ Erdgas (1997: 844 Millionen m³) eingesetzt. Damit erhöhte sich der Heizölanteil von 20,5 Prozent im Jahr 1997 geringfügig auf 21,0 Prozent im Berichtsjahr. Im gleichen Ausmaß verringerte sich der Erdgasanteil von auf 79,5 auf 79,0 Prozent.

Stromabgabe

An Tarifkunden von WIENSTROM wurden 1998 insgesamt 4.351,9 GWh (1997: 4.329,7 GWh) Strom abgegeben. An die Sonderkunden wurden 4.769,8 GWh (1997: 4.691,9 GWh) geliefert. Die gesamte Stromabgabe erhöhte sich von 9.021,8 GWh 1997 auf 9.121,7 GWh 1998.

Fernwärmeabgabe

Die Fernwärmeabgabe aus den Kraft-Wärme-Kupplungen von WIENSTROM in das Netz der FERNWÄRME WIEN erhöhte sich von 2.753,7 GWh 1997 auf 2.794,0 GWh im Berichtsjahr.
Ende 1998 waren im Versorgungsgebiet 1,407.429 Stromzähler installiert (1997: 1,396.715).

Aktivitäten auf dem Kraftwerkssektor

Für die Errichtung eines neuen Kombiblockes im Kraftwerk Donaustadt erfolgten Planungsaufgaben und Behördenverfahren.
Im Kraftwerk Leopoldau wurde eine Anti-Icing-Anlage nachgerüstet und in Betrieb genommen. Außerdem wurde

eine On-Line-Verdichterwaschanlage montiert.
Im Wasserkraftwerk Gaming 1 erfolgten Umbauarbeiten mit der Erneuerung des Maschinensatzes 1, der Installation einer Leittechnik und der Adaptierung der 110kV-Schaltanlage.
Die Windkraftanlage Donauinsel konnte bedingt durch einen Flügelschaden die garantierte Verfügbarkeit im Probejahr nicht einhalten.
Bei den Fotovoltaikanlagen erfolgte die Inbetriebnahme von zwei Projekten: Naturhistorisches Museum und UNO-City.

Leitungsnetz

Das Leitungsnetz von WIENSTROM wies Ende 1998 eine Länge von insgesamt 21.780,2 km (1997: 21.549,7 km) auf. Davon waren 18.021,0 km Kabel und 3.768,2 km Freileitungen.
Im 380-kV-Netz erfolgte im Berichtsjahr die Revision von drei Kabelsystemen sowie die Weiterführung der Planungsarbeiten für die Nordeinspeisung.
Im 110-kV-Netz erfolgten diverse Kabelumlegungen im Zuge von Straßen- und Hochbauarbeiten. Durch den Neubau einer Straßenunterführung in Leopoldau wurden vier Kabelsysteme auf Stahlträger abgehängt und gesichert.

Umspannwerke

Im UW Kaiserebersdorf wurden die Regelleistungsumspanner 1 - 3 in Betrieb genommen.
Im UW Leopoldau wurde die 110-kV-Schaltanlage erneuert.
Im UW Ebenfurth wurde die neue 110-kV-Schaltanlage in Betrieb genommen.

Telekommunikation

Bei WIENSTROM wurde das neue Geschäftsfeld Telekommunikation mit den Bereichen CITYNET (Kommunikationsnetz für den Magistrat), KOMNET (digitales Datennetz zur Eigenversorgung von WIENSTROM), Wiener Bildungsnetz (Vernetzung von Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen), Wiener Geschäftsstelle der UTA (United Telecom Austria) eingerichtet.

Energieberatung

Ein Energieversorger richtet sein Augenmerk nicht nur auf die Lieferung von Energie, sondern auch auf die vom Kunden gewünschte Dienstleistung - wie z.B. warmes Wasser, Wärme oder Licht - und deren energieeffiziente, kostengünstige und umweltschonende Bereitstellung. WIEN ENERGIE, die gemeinsame Initiative von WIENSTROM, WIENGAS und FERNWÄRME WIEN, bietet der Wiener Bevölkerung kostenlos objektive und kompetente Energieberatung. Die Beratung konzentriert sich dabei auf die Vermittlung einer zeitgemäßen Betrachtungsweise von wirtschaftlicher und umweltschonender Energieanwendung. Seit der Gründung im Jahr 1985 wurden von WIEN ENERGIE 157.000 Interessenten beraten. Die Leistungen 1998:

Haus WIEN ENERGIE:

42.000 Besucher, davon 31.000 in der Ausstellung sowie bei diversen Veranstaltungen und 11.000 zur persönlichen Beratung, 154 Führungen.

Beratung und Information:

34.600 Energieberatungen, davon 27 Prozent über Sanierungsmaßnahmen und Energiespartipps, 23 Prozent über Heizen und Warmwasser, 12 Prozent über Haushaltsgeräte und Licht, 11 Prozent über Energie-Tarife, 6 Prozent über Förderungen, 6 Prozent über Bauphysik und Heizlastberechnungen und 15 Prozent über sonstige Energieanwendungen, Verleih von 677 Stromverbrauchsmessgeräten, Wärmebedarfs- und Kostenberechnungen für 1.200 Wohneinheiten.
Das Ausstellungs-, Beratungs- und Veranstaltungszentrum Haus WIEN ENERGIE beschreitet neue Wege in der Kommunikation mit den Kundinnen und Kunden der Wiener Stadtwerke.
Eine interaktive Erlebniswelt, Gerätepräsentation und laufende Sonderausstellungen sorgen dafür, dass alle Fragen über Energie beantwortet werden. Die dabei gewählte Umsetzung schafft neue Dimensionen der Informationsvielfalt und Kundenberatung.
Bereits im ersten Betriebsjahr zeigte die Bevölkerung reges Interesse an den angebotenen Beratungs- und Informationsleistungen. Aufgrund der hohen Besucherfrequenz wurden die Öffnungszeiten erweitert.

WIENGAS

Erdgasbezug

Im Jahr 1998 hat WIENGAS 240,9 Millionen m³ (1997: 220,9 Millionen m³) aus inländischer Förderung, 1.523,4 Millionen m³ (1997: 1.382,0 Millionen m³) aus Russland und 87,5 Millionen m³ (1997: 80,7 Millionen m³) aus Norwegen bezogen.
In die Untertagespeicher wurden im Berichtsjahr 345,9 Millionen m3 (1997: 311,3 Millionen m³) Erdgas eingepresst. Entnommen wurden 378,1 Millionen m³ (1997: 455,2 Millionen m³), sodass per 31. Dezember 1998 insgesamt 423,0 Millionen m³ (1997: 455,2 Millionen m³) Erdgas in den Untertagespeichern gelagert sind.

Erdgasabgabe

An Tarifkunden wurden 1998 insgesamt 702,7 Millionen m³ (1997: 730,1 Millionen m³) Erdgas abgegeben. Die Abgabe an Großkunden erhöhte sich von 247,5 Millionen m³ im Jahr 1997 auf 259,2 Millionen m³ im Berichtsjahr. Die gesamte Gasabgabe betrug 961,9 Millionen m³ (1997: 977,6 Millionen m³).

Aktivitäten in den Dienststellen

In der Dienststelle Simmering wurden Arbeiten zur Errichtung der Zentralwerkstätte und des Zentrallagers weitergeführt. Ebenso wurden die Bauarbeiten zur Errichtung der Gas-Kernzone weitergeführt.
In der Dienststelle Leopoldau konnten die Arbeiten für die Gas-Kernzone weitgehend abgeschlossen werden.
In der Prüf- und Versuchsanstalt wurden 180 Gasgeräte und Armaturen überprüft. Im gesamten Rohrnetz wurden 659 Gasproben entnommen und analysiert.

Rohrnetz

Das Rohrnetz von WIENGAS wies Ende 1998 eine Gesamtlänge von 3.348,3 km (1997: 3.322,7 km) auf.
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 39.469 m Rohrnetz neu verlegt (1997: 49.882 m).
Gewechselt wurden 1998 insgesamt 49.143 m (1997: 57.276 m).
Im Versorgungsgebiet waren 1998 insgesamt 722.447 Gaszähler montiert (1997: 724.485).

WIENER LINIEN

Betriebsleistungen

Die WIENER LINIEN haben 1998 insgesamt 704,2 Millionen Fahrgäste befördert, um 0,8 Prozent mehr als 1997 (698,7 Millionen).
Davon entfielen auf die Straßenbahn 214,3 Millionen, auf die U-Bahn 377,9 Millionen und auf den Autobus 112,0 Millionen Fahrgäste.
Im Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) wurden 1998 insgesamt 763,6 Millionen Fahrgäste befördert. Der Anteil der WIENER LINIEN betrug 91,4 Prozent.
Die Nutzkilometerleistung erhöhte sich von 108,7 Millionen 1997 geringfügig auf 108,9 Millionen im Berichtsjahr.
Die Platzkilometerleistung war 1998 ebenfalls höher als ein Jahr zuvor: 1998 13.896,5 Millionen gegenüber 13.881,0 Millionen 1997.
Die Zunahme der Kilometerleistung ist vor allem auf die Verlängerung der U3 nach Ottakring zurückzuführen.

Straßenbahn

1998 gab es 33 Straßenbahnlinien mit einer Gesamtlinienlänge von 235,8 km und 1.144 Haltestellen.
Der Fuhrpark umfasste 548 Triebwagen, 420 Beiwagen und 22 Niederflurtriebwagen.
Im Berichtsjahr wurden 1 Triebwagen und 8 Beiwagen ausgeschieden. 21 Niederflurtriebwagen wurden in Betrieb genommen.
Beim Projekt „Wohnen und Remise Ottakring", welches auch die Neuerrichtung der Straßenbahnremise beinhaltet, wurde der 1. Bauteil beendet. Die Abstellhalle, die Revisionshalle, das Expedit und der Büroturm wurden fertig gestellt, die neue Wagenhalle konnte in Betrieb genommen werden.
Die Linie 31 wurde in das rechnergesteuerte Betriebsleitsystem RBL eingebunden.
Am Reumannplatz wurde die 1. Infosäule zur Anzeige der Wartezeit bis zur nächsten Straßenbahn in Betrieb genommen.
Zahlreiche Verkehrslichtsignalanlagen wurden für den öffentlichen Verkehr adaptiert.

U-Bahn

1998 waren 5 Linien mit einer Gesamtlinienlänge von 58,5 km und 82 Haltestellen in Betrieb.
Der Fuhrpark umfasste 68 Niederflurtriebwagen der Serie T, 48 Triebwagen der Serie E6, 46 Beiwagen der Serie c6 sowie 253 Doppeltriebwagen der Serien U, U1 und U11.
Auf der Linie U1 wurde der neue Aufzug in der Station Keplerplatz in Betrieb genommen.
Auf der Linie U3 wurde der neue Streckenteil Johnstraße – Ottakring fertig gestellt und Anfang Dezember in Betrieb genommen. Im Bauabschnitt Enkplatz erfolgte der Tunnelanstich. Im Bauabschnitt Gasometer konnten die Rohbauarbeiten abgeschlossen werden. Im Bauabschnitt Simmering Ostbahn wurde mit den Rohbauarbeiten für den Stationsteil begonnen.
Auf der Linie U4 wurden die Personenaufzüge in der Station Hietzing in Betrieb genommen.
In Heiligenstadt erfolgte der Umbau des Passagen- und Hallengeschosses sowie die Verlegung der beiden Wendegleise für die neue Wendeanlage.
Für die Linie U6 wurden 10 Niederflurtriebwagen des Typs T bestellt, um die Intervalle zwischen Alt Erlaa und Siebenhirten zu halbieren.

Autobus

Der Autobusbetrieb umfasste 1998 insgesamt 81 Linien (einschließlich Nachtautobus) mit einer Gesamtlinienlänge von 631,7 km und 3.119 Haltestellen.
Im Berichtsjahr wurden 9 Niederflur-Normalbusse und 28 Niederflur-Gelenkbusse angeschafft. Ausgeschieden wurden 27 Normalbusse und 19 Gelenkbusse.
Per Ende 1998 umfasste der Autobusfuhrpark 156 Normalbusse, 113 Gelenkbusse, 21 Niederflur-Midibusse, 157 Niederflur-Normalbusse und 54 Niederflur-Gelenkbusse.
Nach Inbetriebnahme der Donaustadtbrücke wurde die Linienführung der Linien 83A und 84A geändert.
Die Linie 86A wurde aufgelassen und deren Streckenführung durch die Linie 83A übernommen.
Der ASTAX-Betrieb (Anruf-Sammeltaxi) wurde weitergeführt.

Zentralwerkstätte

1998 wurden in der Zentralwerkstätte der WIENER LINIEN 885 Schienenfahrzeuge (1997: 953) und 2.945 Kraftfahrzeuge (1997: 3.164) repariert bzw. untersucht. Außerdem wurden 1.584 (1997: 1.408) Drehgestelle serviciert.
In 55 Straßenbahntriebwagen wurde das integrierte Bordinformationssystem "IBIS" installiert. In 56 Straßenbahntriebwagen erfolgte der Einbau des rechnergesteuerten Betriebsleitsystems "RBL". 21 Drehgestelle wurden mit Schallschutzeinrichtungen ausgerüstet. 19 U-Bahn-Doppeltriebwagen wurden auf Mikroprozessorsteuertechnik umgerüstet. In 47 Niederflurbussen wurden Behinderten-Klapprampen eingebaut.

BESTATTUNG WIEN

Bestattungsleistungen

Der BESTATTUNG WIEN wurden 1998 insgesamt 21.670 Aufträge erteilt (1997: 22.096). Davon entfielen auf Erdbestattungen 11.879 (1997: 12.279), auf Feuerbestattungen 2.815 (1997: 2.797), auf Exhumierungen, Überführungen und diverse Leistungen 4.554 (1997: 4.575), auf Leistungen für andere Bestatter 1.788 (1997: 1.799) sowie auf Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde 634 (1997: 646).

Sargerzeugung und -verkauf

Der Sargerzeugungsbetrieb erzeugte im Berichtsjahr 32.586 (1997: 33.192) Särge. Davon wurden in Wien 18.741 Stück (1997: 19.282) und in den Bundesländern 14.849 (1997: 14.669) verkauft.

Fuhrpark

Der Fuhrpark der BESTATTUNG WIEN umfasste 1998 18 Fourgons, 13 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge.

Aufbahrungshallen

Am Friedhof Lainz wurde die nach Plänen von Architekt Riccabona umgebaute und neu gestaltete Aufbahrungshalle wieder eröffnet.

Filialen

Die Filiale 21 übersiedelte von ihrem bisherigen Standort in der Prager Straße in das Amtshaus Am Spitz. Dadurch konnte eine wesentliche Verbesserung des Kundendienstes erzielt werden.
Der Sarg-Ausstellungsraum wurde fertig gestellt und ermöglicht es Bestellern von Bestattungsleistungen, den Sarg in natura auszuwählen.

Bestattungsmuseum

1998 wurde das Wiener Bestattungsmuseum von 3.103 Personen (1997: 3.340) besucht.

Jugend, Soziales, Information und Sport

Amt für Jugend und Familie

Auf der Basis von Organisationsstudien des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (1995, 1997) kam es zu einer organisatorischen Reform. Die MAG ELF - Zentrale erhielt mit 17. Februar eine neue Dezernats- und Referatseinteilung. Eine klarere Strukturierung führte zu erhöhten Leitungskompetenzen. Es erfolgte eine klare Trennung zwischen den Organisationseinheiten mit Leistungsaufgaben gegenüber der Bevölkerung (Dezernate I bis VI) und Organisationseinheiten mit Stabsfunktion (Gruppe Rechtsangelegenheiten, Gruppe Personalangelegenheiten, Gruppe Finanz-, Wirtschafts- und allgemeine Verwaltung, GÖS - Grundlagenforschung - Öffentlichkeitsarbeit - Servicestelle, Kanzlei). Das ursprüngliche Dezernat II - Jugendwohlfahrt wurde auf den Kernbereich der Jugendwohlfahrt konzentriert, während im neuen Dezernat V die „Unterstützungs- und Beratungsangebote, Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien" und im Dezernat III die Kinderbetreuung einschließlich Tageseltern zusammengefasst wurden.

Der Erhöhung der Leitungskompetenz diente weiters der 1997 begonnene Führungskräftelehrgang „Sozialmanagement" für leitende MitarbeiterInnen der MAG ELF, der erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der Lehrgang hatte das Ziel, die Qualifikationen der TeilnehmerInnen zur Wahrung von Führungsaufgaben zu erhöhen, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus Managementlehre und Sozialmanagement zu vermitteln und die interprofessionelle Kooperation sowie die Ausformung einer gemeinsamen Identität zu fördern. Im Rahmen des Führungskräftelehrganges arbeiteten vier Projektgruppen zu folgenden Themen: Interne Info-Systeme, Tagesbetreuung von Kindern von 0 bis 6 Jahren, Pro und Kontra Leitbild der MAG ELF, Julius-Tandler-Familienzentrum neu.

Mittelfristige Zielsetzungen liegen darin, die Planungs- und Leitungskompetenz für die Fachbereiche im Sinne eines modernen Managements zu erhöhen, um die Servicefunktionen für die Bevölkerung zu verstärken und die Aktivitäten und Maßnahmen im Sinne der gestellten Aufgaben möglichst effizient zu gestalten.

Konkrete Durchführungsschritte waren neben der Umstrukturierung Verbesserungen der Information innerhalb der Organisation und nach außen (Einrichtung einer Servicestelle, Einrichtung einer Homepage zur raschen Information der Mitarbeiter, Überarbeitung der Dokumentation und Statistik, wissenschaftliche Evaluation einzelner Bereiche, Vorbereitung einer Leitbildentwicklung).

Die Zentrale der MAG ELF übesiedelte mit Jahresbeginn in ein neues Bürohaus mit entsprechender technischer und räumlicher Ausstattung in Wien 3, Rüdengasse 11, womit es nunmehr möglich war, alle zentralen Steuerungseinheiten in einem Haus zu integrieren, was für Koordination und Teamarbeit wesentliche Vorteile mit sich brachte.

Am 4. Juni veranstaltete die MAG ELF einen „Tag der offenen Tür", den Vizebürgermeisterin Grete Laska und der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes Erich Hohenberger eröffneten. Zahlreiche Besucher aus der Bevölkerung und von kooperierenden Institutionen nahmen die Gelegenheit wahr, um sich ein Bild von einem Querschnitt der Angebote der MAG ELF zu machen.

MAG ELF Kampagne: Erziehungsfragen sind ganz natürlich!

Die Bedürfnisse der „Kleinen" und die Anforderungen an die „Großen" standen im Mittelpunkt einer neuen Medienkampagne der MAG ELF. Ziel war es, Schwellenängste von Eltern abzubauen, bei Erziehungsproblemen professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Kampagne machte deutlich, dass Erziehungsfragen ganz etwas Natürliches sind und niemand ein Problem haben muss, sich an erfahrene Fachkräfte zu wenden. Die Kampagne umfasste Plakate in ganz Wien, Citylights, Inserate in verschiedenen Tageszeitungen und Fachzeitschriften, Hauswandzeitungen in allen Genossenschafts- und städtischen Wohnhäusern, Auflage einer Postkartenserie und Poster, die an Einrichtungen verteilt wurden, die von jungen Eltern aufgesucht werden. Bei der Aktion „Die MAG ELF kommt zu Ihnen" informierten SozialarbeiterInnen mehrerer Ämter für Jugend und Familie im Mobilbüro der MA 55 auf verschiedenen stark frequentierten Plätzen in der Stadt.

Bei einem Journalistinnentag zur Thematik „Kinderbedürfnisse und Berufstätigkeit von Müttern bzw. Eltern" diskutierten Journalistinnen als „Mütter in Stressberufen" mit Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska, der Abteilungsleiterin und Mitarbeiterinnen der MAG ELF im Wiener Rathaus.

Nach dem Vorbild amerikanischer „Grass-Roots-Activities" brachte die Aktion „Mütter fragen Mütter" die Angebote der MAG ELF im wahrsten Sinne des Wortes „ins Gespräch". Im ersten Schritt sprachen mobile Sozialpädagoginnen der MAG ELF in Eltern-Kind-Zentren Mütter an, die sie als kommunikativ einschätzten. Die meisten der Angesprochenen stellten sich als ehrenamtliche Interviewerinnen zur Verfügung und erhielten eine Einschulung durch FachpsychologInnen der MAG ELF.

Primäres Ziel war, die Sorgen von Müttern und die Angebote der MAG ELF ins Gespräch zu bringen. 40 Mütter führten rund 300 Gespräche mit anderen Müttern. Die Umfrage brachte interessante Ergebnisse. Offensichtlich sind danach viele junge Väter besser als ihr Ruf. Die Hälfte der Väter weicht in dieser Stichprobe dem häuslichen Stress nach Einschätzung ihrer Partnerinnen nicht aus. Trotzdem bleibt ein Problem, unter dem die meisten Mütter leiden: 80 Prozent fanden das Statement „Arbeit rund um die Uhr, keine Zeit für mich" für sie als zutreffend. An der Spitze der Wünsche nach mehr Unterstützung standen die Wünsche nach fallweiser Kinderbetreuung und/oder finanzieller

Hilfe, gefolgt vom Wunsch nach Hilfe bei der Hausarbeit. Wer große Erziehungsprobleme hat, nennt auch den größten Unterstützungsbedarf.

Die wichtigste Quelle für Ratschläge und Tipps zum Leben mit kleinen Kindern sind für die Befragten Mütter gleichaltriger Kinder. Ratgeberliteratur gilt den Befragten als zweitwichtigste Informationsquelle.

Gerade die Gruppe von Müttern mit größeren Problemen bei der Kindererziehung ließ auch eine gewisse Scheu erkennen, Hilfe von Außenstehenden in Anspruch zu nehmen. Diese Scheu kann aber auch durch positive Erfahrung überwunden werden, was die Bedeutung von niederschwelligen Kontaktangeboten und Öffentlichkeitsarbeit zeigt.

Erster Wiener Jugendwohlfahrtsbericht

Vizebürgermeisterin Grete Laska präsentierte am 18. November im Rahmen einer Pressekonferenz den ersten Wiener Jugendwohlfahrtsbericht. Wie dieser Bericht darstellt, liegt der Schwerpunkt der Jugendwohlfahrt heute auf der subsidiären Unterstützung. In erster Linie sollen Familien befähigt werden, Probleme selbst bewältigen zu können. Durch Information, Beratung und Ressourcenvermittlung sollen neue Wege zur Problemlösung möglich werden.

Statt Dauerbetreuungen und behördlichen Maßnahmen stehen heute vielmehr Krisenhilfe, Hilfe zur Selbsthilfe und präventive Serviceangebote im Mittelpunkt. Problemschwerpunkte sind der Schutz von Kindern vor Gewalt und vor Suchtgefährdung, aber auch Hilfen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes und der Wohnung.

Während vor 20 Jahren noch über 5.000 Kinder in Heimen oder Pflegefamilien erzogen werden mussten, so liegt diese Zahl heute bei rund 2.500, also der Hälfte. Durch die Reform „Heim 2000" werden überregionale Großheime durch regionale sozialpädagogische Angebote, vor allem Wohngemeinschaften abgelöst.

Durch verstärkte Regionalisierung und Vernetzung der verschiedenen professionellen Angebote der Jugendwohlfahrt wie Sozialarbeit, Rechtsfürsorge, sozialpädagogische und psychologische Hilfen sowie durch Forschung und Evaluierung sollen die professionelle Effektivität und die Qualitätsstandards der Hilfen weiter verbessert werden.

Rechtsangelegenheiten

Die mit der neuen Dezernats- und Referatseinteilung eingerichtete Gruppe Rechtsangelegenheiten (GR) bearbeitet allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten, insbesondere im Bereich der Jugendwohlfahrt und des Jugendschutzes. Außerdem nimmt sie die rechtliche Beratung für MitarbeiterInnen der Ämter und Einrichtungen der MAG ELF wahr. In Akutsituationen werden telefonische Auskünfte erteilt und aufgrund von schriftlichen Anfragen Stellungnahmen bzw. Rechtsgutachten abgegeben.

Im Zusammenhang mit der Europäischen Union gab die GR 8 Stellungnahmen ab, z.B. zur Empfehlung des Rates der Europäischen Union über die Annäherung der Ziele und Politiken im Bereich des sozialen Schutzes (92/442/EWG).

Im Rahmen von Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen erfolgten 73 Stellungnahmen.

In mehreren Arbeitssitzungen im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie konnte aus der Sicht des Landes Wien Einvernehmen über den erforderlichen Regelungsbedarf für eine Novellierung des Bundes-Jugendwohlfahrtsgesetzes mit Vertretern des Bundes und der Bundesländer erzielt werden. So konnte die Aufnahme einer Bestimmung angeregt werden, wonach Soziale Dienste insbesondere dann zu gewähren sind, wenn sie zielführender und erfolgversprechender sind als Hilfen zur Erziehung. Diese Bestimmung ist für die Schaffung von niederschwelligen Einrichtungen (Kindernotschlafstellen) von besonderer Bedeutung. Die gesetzlich vorgesehene Verpflichtung des Jugendwohlfahrtsträgers zur Ergreifung von Maßnahmen im Sinne von Voller Erziehung (Erziehung in einer Einrichtung oder Pflegefamilie) hat oft wenig Aussicht auf Erfolg, wenn Minderjährige keine Bereitschaft und Akzeptanz für diese Erziehungsmaßnahmen zeigen. Durch niederschwellige Angebote können auf der Basis von Freiwilligkeit und Anonymität nach Meinung von ExpertInnen wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden.

Seitens des Landes Wien wurde bei der Begutachtung zum Ärztegesetz darauf hingewiesen, dass es zweckmäßig wäre, die Ärzte zu verpflichten, im Falle einer Meldung ihrer Wahrnehmungen, insbesondere Indizien für Misshandlung, genau zu dokumentieren, da die Tätigkeit des öffentlichen Jugendwohlfahrtsträgers ohne konkrete Darlegung eines begründeten Verdachtes durch den untersuchenden und meldepflichtigen Arzt in der Praxis sehr erschwert würde.

Vertreter der Gruppe Rechtsangelegenheiten wirkten an einem Arbeitskreis mit, der im Auftrag von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska unter Moderation der Kinder- und Jugendanwälte zwecks Erhebung des Reformbedarfes zum Wiener Jugendschutzgesetz 1985 eingerichtet wurde. Ergebnisse des Arbeitskreises waren die Feststellung des Bedarfes nach Anpassungen der im Gesetz festgelegten Altersgrenzen an gesellschaftliche Entwicklungen, die Verstärkung der Unternehmerpflichten für den Jugendschutz und Verschärfung der diesbezüglichen Strafbedingungen sowie die Erweiterung der pädagogischen Maßnahmen für Jugendliche.

Ein Arbeitskreis unter der Leitung der GR begann, ein Wiener Landesgesetz betreffend Tageskinderbetreuung auszuarbeiten. Durch dieses Gesetz soll eine gesetzliche Grundlage für Tagesmütter/-väter und Kindergruppen geschaffen werden. Weiters sollen im Rahmen einer Tagesbetreuungs-Verordnung Richtlinien zur Qualitäts-

sicherung auf dem Gebiet der Tagesbetreuung aufgestellt werden.

Betreffend der beabsichtigten Änderung des Kindschaftsrechtes wurden seitens der Gruppe Rechtsangelegenheiten Verbesserungsvorschläge zum Arbeitspapier des Bundesministeriums für Justiz unterbreitet.

Im Frühjahr wurde von der Wiener Landesregierung die von der MAG ELF erarbeitete Fassung einer Pflegegeldverordnung für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien beschlossen.

Der § 6 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 wurde in Bezug auf die fachliche Ausrichtung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen an die Richtlinien der Europäischen Union angepasst.

4 Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt erhielten von der Wiener Landesregierung die Eignungsfeststellung gemäß § 8 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes: Eltern-Kind-Zentrum Gilgegasse, Gemeinnütziger Verein „Kind und Kegel", Unabhängiger Verein für psychisch, physisch oder sexuell misshandelte Kinder, Verein für sozialpädagogische therapeutische Betreuung - August-Aichhorn-Haus. Insgesamt bestanden zum Jahresende 13 anerkannte Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt.

Weiters nahm die GR Vertretungen der Stadt Wien vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat wahr und erstattete Gegenschriften zu Beschwerden beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, z.B. zur Frage der Zulässigkeit der Aufnahme des Begriffes „Tagesväter" in das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990.

Bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendwohlfahrt und Sozialhilfe, Sektion Jugendwohlfahrt, vom 21. bis 23. Oktober konnten aktuelle Fragen aus der Jugendwohlfahrt mit dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie den VertreterInnen der anderen Bundesländer erörtert werden.

Zur Kontaktpflege zu Gerichten, insbesondere zum JGH - Wien, fand im Frühjahr ein Arbeitsgespräch mit der Richterschaft und MitarbeiterInnen der Jugendgerichtshilfe des JGH Wien anlässlich einer Einladung in das neue Bürohaus der MAG ELF statt, wobei aktuelle Rechtsprobleme sowohl aus der Sicht des JGH als auch der Jugendwohlfahrt konstruktiv erörtert werden konnten. Weitere Kontakte bestanden zu maßgeblichen Stellen im Bundesministerium für Justiz und im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand darin, MitarbeiterInnen über Neuregelungen (z.B. über die Novellen des ASVG betreffend freie Dienstverträge/Werkverträge) zu informieren. Über diese Novellen des ASVG fanden auch Schulungen statt.

Familienpolitische Aktivitäten

Die MAG ELF nimmt auch Agenden wahr, die in anderen Bundesländern von eigenen Verwaltungseinheiten durchgeführt werden, für die die Bezeichnung „Familienreferate" gebräuchlich ist. Zu diesen Aufgaben gehört insbesondere die Vorbereitung und Teilnahme an den Landesfamilienreferentenkonferenzen.

Die diesjährige Landesfamilienreferentenkonferenz fand am 24. und 25. September in Kärnten statt. Auf Antrag Wiens appellierte die Landesfamilienreferentenkonferenz an das Bundesministerium für Justiz, die rechtliche Normierung von Lebensgemeinschaften insbesondere in Bezug auf Trennung und Todesfall unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf davon betroffene Kinder zu prüfen. In der Stellungnahme dazu führte das Bundesministerium für Justiz aus, dass die in letzter Zeit vermehrt geäußerten Wünsche und Anregungen zu nicht ehelichen Lebensgemeinschaften vor allem in der nächsten Legislaturperiode zum Anlass genommen werden sollen, eine vertiefende rechtspolitische Diskussion zu dieser bedeutsamen gesellschaftlichen Erscheinung einzuleiten. Dabei soll vor allem die Frage behandelt werden, in welchen Teilbereichen punktuelle gesetzliche Regelungen für diese Erscheinungsform des Zusammenlebens sinnvoll wären und wie solche Bestimmungen ausgestaltet sein sollten. Das Meinungsspektrum zu dieser Thematik sei sehr weit gestreut. Dem Standpunkt der Landesfamilienreferentenkonferenz werde in dieser Diskussion ein großer Stellenwert zukommen.

Weitere wichtige Themen waren „Familie und Arbeit", „Kinderbetreuungseinrichtungen - neue Richtlinien des Bundes für die Förderung", „Finanzierung des Österreichischen Institutes für Familienforschung", „Kinderbetreuungsscheck", „Österreichisches Familienpaket/weitere Maßnahmen", „Familienbericht des Bundes" u.a.

Unter der Leitung von Vizebürgermeisterin Grete Laska fand am 27. November eine Sitzung des Wiener Familienforums statt. Das Wiener Familienforum tritt auf Einladung der für Familienfragen zuständigen Stadträtin zusammen; es gehören ihm VertreterInnen der Wiener Familienorganisationen, der Interessensvertretungen, der im für Familienfragen zuständigen Gemeinderatsausschuss vertretenen Parteien und die Abteilungsleiterin des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Wien an. Bei der Sitzung wurde der Wiener Jugendwohlfahrtsbericht vorgestellt, über die Medienkampagne „Erziehungsfragen sind ganz natürlich" und die Verbesserungen beim Wiener Familienzuschuss informiert. Der erste Wiener Jugendwohlfahrtsbericht wurde von den TeilnehmerInnen begrüßt. Die Medienkampagne fand Zustimmung. Die Verbesserungen beim Familienzuschuss wurden als positiv bezeichnet. Unter „Allfälliges" standen Auswirkungen einer möglichen Öko-Steuer in Diskussion.

Zu allgemeinen familienpolitischen Fragen erfolgten insgesamt 33 schriftliche Stellungnahmen. Themen waren Landesfamilienleistungen, Gewalt in Familien, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Medienfragen, Bundesleistungen für Familien, Projektvorschläge u.a.

Weiters werden die Kontakte mit dem Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) wahrgenommen. Nach dem Konzept des ÖIF sollen neben dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie auch die Länder einen Finanzierungsanteil des Institutes tragen. Da bisher eine definitive Ländereinigung über den

Finanzierungsbeitrag noch nicht erfolgte, übernahm die MAG ELF wie bereits 1996 und 1997 als Förderung für das Institut den auf die Stadt Wien entfallenden Kostenanteil für die Versendung des Informationsdienstes beziehungsweise an in Wien mit Familienfragen befasste Personen.

Grundlagenforschung

Die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte der Grundlagenforschung sind derzeit die Evaluation von Projekten und speziellen Arbeitskonzepten, Hilfestellung bei der Methodenentwicklung sowie bei der Einführung von Qualitätssicherung. Darüber hinaus liegt ein spezielles Forschungsinteresse darin, theoretische Konzepte (z.B. die Theorie nicht-linearer dynamischer Systeme) auf ihre Praxisrelevanz zu erproben.

Ein fertig gestellter Forschungsbericht bezog sich auf die Evaluation des Modells Amt für Jugend und Familie für den 16. Bezirk (AJF 16). Das AJF 16 organisiert sich in diesem Modell im Bereich der Sozialarbeit seit zwei Jahren in arbeitsteiligen Fachteams. Gruppendiskussionen mit diesen Fachteams dienten als erster Teilschritt einer Standortbestimmung bezüglich der Erfahrungen mit dem Modell. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes haben in den zwei Projektjahren große Kompetenz innerhalb der veränderten Organisationsform und ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit entwickelt. Die Grundstimmung ist getragen von Motiviertheit, Engagement und kritischer Reflexion. Diese Grundhaltungen schlagen sich äußerst positiv in der geleisteten Arbeit nieder. Die genannten positiven Entwicklungen im AJF 16 gehen zu einem großen Teil auf die Möglichkeit zur Selbstorganisation der Arbeitstätigkeit zurück.

Der zweite Teilschritt bestand in der Evaluation der Arbeit des Teams 2, das mit Langzeitbetreuungsfällen betraut ist, die es von den Teams 1 (Clearing, Kurz- und Krisenintervention, Information und Beratung) und 3 (Clearing mit Jugendlichen, Fremdunterbringung und Ressourcen) überwiesen bekommt. Befragt man die überweisenden Teams nach der Kooperation mit dem Team 2, so finden sich durchwegs gute Einschätzungen. Das Übergabemodell und die Unterteilung in Teams soll dazu dienen, dass längerfristige Betreuungen hinterfragt werden und in jedem Fall erst als notwendig begründet werden müssen. Die fachliche Qualität der durch das Team 2 geleisteten Arbeit wurde im Hinblick auf den Fallverlauf erhoben. Es wurde erfasst, ob es im Verlauf der Betreuung zu Veränderungen kam und welcher Art diese waren.

Im Rahmen der Befragung zu Anstößen und Ereignissen, die zu Veränderungen im Betreuungsverlauf führten, wurde zwischen äußeren und inneren Einflüssen unterschieden. Insgesamt kamen 59 Prozent der Veränderungen durch äußere Anstöße zustande. Sie gingen in der Hälfte aller Fälle aus der Planung der Betreuer hervor. Zieht man zudem noch die unvorhergesehenen äußeren Anstöße ab, so gehen sogar 62,5 Prozent aller äußeren Anstöße auf die Planung der Betreuer zurück. Auch dort, wo die resultierenden Veränderungen in der Mehrzahl von außen angestoßen wurden, nämlich in den Änderungen der Ressourcen und in den Zieldefinitionen gingen diese Veränderungen letztlich auf das planvolle und vorausschauende Engagement der Betreuer zurück.

Ergänzend zu den bisher diskutierten Daten über die Kooperation der Teams untereinander und der fachlichen Qualität des Teams 2 wurde als dritter Schritt eine Zufriedenheitsbefragung unter den Klienten und Klientinnen durchgeführt. Die dabei benutzten Fragen schätzten die Freundlichkeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, deren fachliche Kompetenz, ihr Bemühen um die Problemlösung usw. ein. Die Klientinnen und Klienten waren im Durchschnitt sehr zufrieden mit der Betreuung (gemittelter Gesamtpunktwert des Fragebogens). Die Ergebnisse waren für Klientinnen signifikant positiver als für Klienten.

Bei der Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf wurden im ersten Teilschritt die grundsätzlichen Erwartungen der „internen Kunden" (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter) anhand von Fragen erhoben. Parallel dazu wurden die Selbstdefinition des Krisenzentrums sowie die Erwartungen an die Evaluation abgefragt. Diese Befragung wurde dann im Team präsentiert und in Hinblick auf mögliche Handlungskonsequenzen oder weitere zu formulierende Fragen diskutiert. Die Fragestellungen für die zweite Befragungswelle sollte sich nunmehr an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die jugendliche Mädchen im Krisenzentrum Nußdorf untergebracht haben, wenden. Parallel dazu begann eine Kundenbefragung, die sich an anderen im Rahmen der Ämter für Jugend und Familie eingesetzten Kundenbefragungen orientierte. Darüber hinaus wurden Fragestellungen entwickelt, die in Form von Einzelinterviews an Mädchen gestellt wurden, die im Krisenzentrum Nußdorf untergebracht waren.

Beide Untersuchungsansätze (Fragebögen, Interviews) ergänzten sich bezüglich der Ergebnisse: Die Mädchen zeigen in den Fragebögen eine hohe Zufriedenheit mit dem Krisenzentrum und äußern sich in den Interviews positiv bezüglich des erarbeiteten Lösungswegs (Inhalt, Einschätzung der Umsetzbarkeit, Initiatoren, Akzeptanz, etwaige Umstellungen bezüglich ihrer vorherigen Pläne) und der gemachten Erfahrungen im Krisenzentrum. Bezüglich des Prozesses des Erarbeitens und Realisierens von Lösungsideen wird seitens der Mädchen ihre Eigeninitiative bzw. ihre Eigenverantwortung verbalisiert. Das Krisenzentrum übernimmt eine wichtige Funktion der Begleitung und Stützung eines Emanzipationsprozesses. Die Ergebnisse aus den beiden Befragungen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zeigen, dass das Krisenzentrum Nußdorf positiv und als wesentliche Ressource beschrieben wird.

Die Evaluation des Psychologisch Pädagogischen Zentrums (PPZ) (Zwischenbericht) umfasst zwei Teilschritte: die Evaluation des Outcome und die Kundenzufriedenheit.

Das PPZ versteht sich als Hilfseinrichtung mit einem psychologisch-sozialpädagogischen Behandlungsmodell für schwer traumatisierte Kinder und deren Familien. Zielgruppe sind Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. Insgesamt können im PPZ maximal 8 Kinder gleichzeitig betreut werden. Als durchschnittliche Aufenthaltsdauer wurden 6 Monate veranschlagt.

Mit der in der Evaluationsforschung recht häufig vertretenen Outcome-Forschung ist die Überprüfung der Zielerreichung eines Konzeptes gemeint. Die Ergebnisse sprechen für eine insgesamt erfolgreiche Arbeit des PPZ. Zur Absicherung dieses Erfolges wurden Signifikanztests durchgeführt. Die Steigerung des Erfolges ist statistisch signifikant und damit stärker ausgeprägt als individuelle Rückschläge oder Schwankungen. Der Erfolg der Arbeit des PPZ ist damit hinreichend gut belegt. Es kann eine signifikante Steigerung beobachtet werden, die Aspekte wie Problembesserung, Aktivierung der Kinder/Familien zu aktiver Mitarbeit, das Finden eines passenden Zuganges zu den Klientinnen und Klienten, Sicherheit in der Behandlungs-/Betreuungsplanung, Umgang mit abwehrendem Verhalten der Klientinnen und Klienten u.a. umfasst.

Mittels eines in der MAG ELF bereits in anderen Bereichen eingesetzten Zufriedenheits-Fragebogens wurden auch die zuweisenden SozialarbeiterInnen befragt. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die das PPZ beurteilen, sind damit sehr hoch zufrieden.

Servicestelle und Kindertelefon

Die MAG ELF Servicestelle - 4000/8011 wurde im Oktober 1997 als „Hotline" im Rahmen der Kampagne „Gewaltfreier Umgang mit Kindern" eingerichtet. Seit Jänner ist die Servicestelle mit einem breit gefächerten Serviceangebot als „Sozialer Dienst" im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes tätig. Sie hat den Auftrag zu verstärkter Kundenorientierung und zur Förderung der Kontakte zwischen den Familien und den möglichen Ressourcensystemen. Die Servicestelle ist damit auch präventiv tätig, weil Informationsvermittlung und Beratung niederschwellig und anonym angeboten werden. Darüber hinaus sollen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege wahrgenommen werden.

Im Detail hat die Servicestelle folgende Aufgaben:

- Auskünfte und Informationen, Kurzberatungen in Familien- und Erziehungsfragen
- Beratung bei Familienkonflikten und Krisensituationen
- Unterstützung von Eltern und Erziehungspersonen bei der gewaltfreien Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben
- Service als Wegweiser durch das vielfältige Leistungsangebot der MAG ELF
- Vermittlung weiterführender Beratungs- und Betreuungsangebote
- Kurzberatung in Paar- und Trennungskonflikten (Terminanmeldungen für die Ehe- und Familienberatungsstellen der MAG ELF)
- Mitgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit: Darstellung der Zielsetzungen und Aufgabenstellungen der öffentlichen Jugendwohlfahrt, Bekanntmachung der Serviceangebote und Leistungen der MAG ELF, Medienkontakte
- Tätigkeit als zentrale Ansprechnummer im Rahmen von Image- und Informationskampagnen

Es erfolgten insgesamt 11.277 Beratungskontakte (rund 90 Prozent am Telefon, 10 Prozent persönlich). Die überwiegenden Anfragethemen waren: 40 Prozent allgemeine Auskünfte (Informationen, Clearing, wienweite Wegweiserfunktion), 40 Prozent finanzielle und rechtliche Auskünfte/Beratungen (finanzielle Beihilfen, Besuchsrechts- und Obsorgefragen, Unterhaltsfragen, Rechte und Pflichten von Eltern/Kindern, Paarkonflikte, Scheidungsfolgen), 12 - 15 Prozent Beratungen bei Erziehungsproblemen und 5 - 6 Prozent Gespräche/Meldungen über Gewalt an Kindern.

MitarbeiterInnen der MAG ELF wurden von Medien 26-mal als InterviewpartnerInnen bzw. ExpertInnen zu verschiedenen Sachthemen angefragt (exklusive Kindertagesheimbereich). Es handelte sich um 15 Interviews (wiederholt Live-Sendungen) für TV/Radio. Infolge der Aktualität des Falles „Natascha Kampusch" war das Thema „Spurloses Verschwinden von Kindern" oder „Abgängige Kinder" vorherrschend, außerdem beim Fall des „Findelkindes Barbara" das Thema „Kindesweglegung".

Für Printmedien wurden 11 Interviews gegeben, insbesondere zum Thema „Kindesweglegung", außerdem bestand starkes Interesse für die Thematik „Gewalt gegen Kinder".

Der Servicestelle wurden der Empfang und die fachliche Betreuung von insgesamt 35 Besuchergruppen aus dem Ausland gemeldet, die Einrichtungen der MAG ELF besuchten. Teilweise organisierte die Servicestelle selbst einige Besuche. Die Besuchergruppen kamen aus folgenden Ländern: BRD 13, Schweiz 4, Finnland 3, Tschechische Republik 2, Griechenland 2, Japan 2, Russland 2, USA 2, Polen 1, afrikanischer Staat 1, Schweden 1, Ungarn 1, Bulgarien 1. Folgende Fachbereiche waren befasst: Sozialpädagogen 10, Psychologen 9, Akademie für Sozialarbeit 8, Sozialarbeiter 5, Kindergartenpädagogen 3.

Das Kindertelefon ist seit Jänner Teil der Verwaltungseinheit GÖS - Grundlagenforschung, Öffentlichkeitsarbeit, Servicestelle. Das Kindertelefon arbeitet fachlich autonom, ist aber organisatorisch eng mit der Servicestelle verbunden. Das Kindertelefon mit der Nummer 319 66 66 ist an Wochentagen zwischen 10 und 20 Uhr besetzt.

Das Kindertelefon fungiert als Notruftelefon und als niederschwellige Einrichtung der Prävention mit breit gefächertem Angebot. Es ist Mitglied des Forums „Netzwerk gegen sexuelle Gewalt an Mädchen, Buben und Jugendlichen", in die Aktivitäten des Wiener Ferienspiels eingebunden und eine wichtige „Hotline" für Wiener SchülerInnen.

Am Kindertelefon finden Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern oder interessierte Erwachsene die Möglichkeit für vertiefte und therapeutisch orientierte Gespräche oder Beratung in Krisensituationen - es werden auch persönliche Beratungen angeboten.

Das Kindertelefon wurde 5.209-mal telefonisch kontaktiert, 31 Personen kamen zur persönlichen Beratung bzw. in akuten Krisensituationen. 121 Kontakte waren als Notrufe zu bewerten, wobei 28-mal Kinder/Jugendliche, 40-mal Eltern und 53-mal andere Personen aus dem Umfeld der Betroffenen, die Beratung in der Krisensituation suchten. 57 Prozent der Anrufe kamen von Erwachsenen, 43 Prozent von Kindern/Jugendlichen. 65 Prozent der Anrufenden waren Mädchen/Frauen, 35 Prozent Buben/Männer.

Kinderbetreuung

3 neue Städtische Kindertagesheime konnten in Betrieb genommen werden, und zwar in 14, Meiselstraße 67 (nach Generalrenovierung), 2 Gruppen, in 19, Pantzergasse 25, 2 Gruppen, und in 22, Grosserweg 8, 5 Gruppen. In 25 Kindertagesheimen erfolgten Gruppenvermehrungen um insgesamt 29 Gruppen.

Zum Jahresende standen 369 Städtische Kindertagesheime mit insgesamt 37.333 Plätzen zur Verfügung.

Plätze in Städtischen Kindertagesheimen

Stand am	Kleinkinderkrippen	Kindergarten	Hort	zusammen
31.12.1997...	5.030	21.715	10.356	37.101
31.12.1998...	5.238	21.736	10.359	37.333
Zunahme.....	+208	+21	+3	+232

Besonderes Augenmerk war auf die Erweiterung des Platzangebotes in Krippen zu legen, um Eltern, insbesondere Müttern, den Einstieg in den Beruf nach der Karenzzeit zu ermöglichen.

In privaten bzw. gemeinnützigen Kindertagesheimen standen zum Jahresende 34.794 Plätze zur Verfügung (4.632 in Kleinkinderkrippen, 22.000 in Kindergärten und 8.162 in Horten).

Gemeinnützige Betreiber von Kindertagesheimen erhielten Kostenzuschüsse in der Gesamthöhe von rund 378,5 Millionen Schilling, womit 1.125 Gruppen gefördert wurden (145 in Krippen, 614 in Kindergärten ganztags, 89 in Kindergärten halbtags, 277 in Horten).

Die Bundesregierung legte im Koalitionsübereinkommen 1996 fest, zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Impuls zum Ausbau der Kinderbetreuung zu setzen. Der Anteil an dieser Förderung („Kinderbetreuungsmilliarde") betrug für das Land Wien 158,640.000 S. Damit konnten Projekte gefördert werden, die den dazu erlassenen Richtlinien entsprachen und für die das Land einen Zuschuss von zumindest derselben Höhe zur Verfügung stellte.

Mit städtischen Projekten konnten 1997 und 1998 1.718 zusätzliche Plätze geschaffen werden, mit privaten Projekten 1.004. Für die Jahre 1999/2000 gibt es eine zweite Tranche von Zuschüssen aus Bundesmittel in der gleichen Höhe.

1998 wurden insgesamt einmalige finanzielle Zuschüsse in der Höhe von 44,3 Millionen Schilling für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen an private Institutionen geleistet (einschließlich der Zuschüsse im Rahmen der „Kindergartenmilliarde").

Die Versorgungsquote (Stand 7/98) mit Kindertagesheimplätzen (städtische und private bzw. gemeinnützige) betrug für Kinder von 1 1/2 bis 3 Jahren 41,18 Prozent, für Kinder von 3 bis 6 Jahren 88,16 Prozent.

Im Arbeitsjahr 1998/99 konnten die Integrationsgruppen von 86 auf 99 erweitert werden (5 Kindergartengruppen, 8 Hortgruppen). Es konnte damit weiteren 52 behinderten Kindern die Aufnahme in ein Kindertagesheim ermöglicht werden.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni wurden die Elternbeiträge für städtische Kindertagesheime neu geregelt. Neben einer Anhebung des Höchstbeitrages und der Einführung von drei weiteren Beitragsstufen wurde die Gewährung von Gutschriften auf wenige Ausnahmen eingeschränkt. Das Ziel dieser Regelung war, die Beitragsgestaltung gegenüber privaten Anbietern zu harmonisieren, um so eine bessere Nutzung aller Platzressourcen zu ermöglichen.

Der Anteil der in voller Höhe bezahlten Besuchsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimen betrug in Krippen 27 Prozent, in Kindergärten 31 Prozent, in Kindergärten (halbtags) 26 Prozent, in Horten 27 Prozent. Gänzlich befreit von der Zahlung eines Besuchsbeitrages waren in Krippen 3 Prozent, in Kindergärten 15 Prozent, in Kindergärten (halbtags) 5 Prozent, in Horten 23 Prozent.

Die Gewährung von Ermäßigungen für Kindertagesheimplätze privater Träger analog zu den Ermäßigungen bei städtischen Kindertagesheimen konnte auf rund 3.500 Plätze ausgebaut werden. Für diesen Leistungszukauf wurden insgesamt S 41,782.450 aufgewandt.

Für die Essensversorgung in den Kindertagesheimen lieferte die Firma Gustana 4,450.823 Essensportionen. Außerdem stellten Kindertagesheime mit Kleinkinderkrippen 698.585 Essensportionen selbst her. Im Rahmen des Kinder- und Schüleressens erhielten 283 Schüler insgesamt 50.940 Fertig-Menüs.

Mit der Strukturänderung in der MAG ELF wurden alle Belange der Kinderbetreuung in Wien im Dezernat „Kindertagesheime, Kindergruppen, Tageseltern" zusammengefasst. In dem neu geschaffenen Referat „Kindergruppen und Tageseltern" sind nun neben der Referentin 4 Sozialarbeiterinnen (2 Teilzeit) tätig. Die Erstellung von Tagespflegebescheiden für Tagesmütter/Tagesväter sowie für KindergruppenbetreuerInnen und die gesetzlich vorgeschriebene Pflegeaufsicht werden von diesem zentralen Referat aus durchgeführt.

Um der gestiegenen Nachfrage nach Betreuungsplätzen bei Tageseltern und dem damit verbundenen zunehmenden Interesse an der Tätigkeit als Tagesmutter/Tagesvater gerecht zu werden, wurde neben einer ausführlichen schriftlichen Erstinformation ein persönliches Informationsgespräch für InteressentInnen für die Tätigkeit als Tagesmutter/Tagesvater bzw. KindergruppenbetreuerIn eingeführt. Das Bescheidverfahren konnte durch einen ausführlichen Erhebungsbogen gestrafft werden. Zur Qualitätssicherung wurden Mindestkriterien der Eignung zur Tagesbetreuung festgelegt.

Die Kommunikation mit den Vereinen, die Tagesmütter/Tagesväter anstellen, sowie mit den Dachverbänden für Kindergruppen konnte intensiviert und der Erfahrungsaustausch für Verbesserungen genutzt werden.

Tagesbetreuung in Wien

Bezeichnung	Anzahl	bewilligte Betreuungsplätze
freiberufliche Tagesmütter	443	1.273
angestellte Tagesmütter	165	648
Kindergruppen organisiert im Dachverband der Wiener Kindergruppen	37	412
Forum der Wiener Kinderkreise	6	72
nicht organisierte Kindergruppen	60	720
Kindergruppen-BetreuerInnen	227	1.204

Eine/Ein Tagesmutter/Tagesvater betreute im Durchschnitt 3 Kinder. In den Kindergruppen wird zumeist die Maximalzahl von 12 Kindern erreicht. Vor allem Eltern junger Kinder schätzen die flexiblen Zeitangebote der Tagesmütter, die individuell auf die Bedürfnisse der Familien abgestimmt werden.

Zur Förderung der Anstellung von Tagesmüttern wurde ein Betrag von rund 13,6 Millionen Schilling aufgewandt (darunter auch Ersatzförderungen für den Ausfall von AMS-Förderungen). Zum Jahresende bestanden 119 von Organisationen (4) angestellte geförderte Tageseltern.

Die Anzahl der Kindergruppen hat sich vergrößert. Es ist ein Interesse an professionell geführten Kinderbetreuungseinrichtungen dieser Art mit maximal 12 Kindern pro Gruppe und speziellen pädagogischen Schwerpunkten zu bemerken.

Die Betreuung von Kindern aus ganztägig geführten Schulen, Lern- und Freizeitclubs und offenen Schulen in der Zeit von Ferien nahmen 176 in den Semesterferien, 167 in den Osterferien und 510 in den Hauptferien in Anspruch. Eine jeweils viel größere Anzahl hatte sich jedoch für die Betreuung angemeldet.

Rund 25 Millionen Schilling mussten als Landesanteil für die Gewährung von Sondernotstandshilfen durch das AMS übernommen werden (1997: 27 Millionen Schilling).

Rechtsfürsorge

Die Ausstattung der Rechtsfürsorge mit der Hardware zur Umstellung der Aktenbearbeitung auf elektronische Datenverarbeitung konnte abgeschlossen werden. Da die Mündelgeldverrechnung auf ein neues System umgestellt wird, erfolgten umfangreiche Tests und Schulungen.

Der Spezialistenpool zur Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylwerber erfuhr eine Erweiterung von 8 auf 9 Personen. Die Mitglieder des Spezialistenpools bilden sich für ihre engagierte Tätigkeit laufend weiter und erhalten entsprechendes Informationsmaterial, insbesondere über Gesetzesänderungen und die aktuelle Rechtsprechung. Sie vertraten im Laufe des Jahres 46 (1997: 13) minderjährige Fremde gemäß § 71 Abs. 3 Fremdengesetz und 239 (1997: 147) minderjährige unbegleitete Asylwerber gemäß § 25 Asylgesetz

Um das für die Vertretung der jugendlichen Fremden wichtige Know-how zentral zu sammeln und weiterzuentwickeln, wurde das abteilungsinterne Kompetenzzentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geschaffen, das vom fachlichen Leiter des SpezialistInnenpools betreut wird. Die Poolmitglieder arbeiten als SpezialistInnen für das Asyl- und Fremdenrecht zusätzlich zu ihrer sonstigen Tätigkeit in der Rechtsfürsorge.

Eventuell notwendige Aufenthaltsbewilligungen für Kinder und Jugendliche, die sich in voller Erziehung befinden, werden von den SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge beantragt, falls die gesetzlichen Vertreter der Minderjährigen dies verabsäumen.

Eine wesentliche Verbesserung trat bei den Anspruchsvoraussetzungen für den Wiener Familienzuschuss ein, da ab 1. Juli der Kinderabsetzbetrag nicht mehr in die Bemessungsgrundlage einbezogen wird. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Familien, die zum Jahresende einen Wiener Familienzuschuss in der Höhe von S 700 bis S 2.100 pro Monat bezogen, auf 3.364 (1997: 2.976). Die Zahl der im Laufe des Jahres gestellten Anträge betrug 4.148 (1997: 3.635). Die Gesamtsumme der Auszahlungen betrug rund S 76,2 Millionen Schilling (1997: S 66,5 Millionen Schilling).

Die Rechtsfürsorge führte bei gleichem Personalstand (95 volle Posten) 29.003 Betreuungsfälle (1997: 28.767). Diese setzten sich zusammen aus 285 Übertragungen der Obsorge gemäß § 176a ABGB, 275 gesetzlichen und 311 bestellten Vormundschaften, 24.710 Sachwalterschaften, 119 Amtshilfefällen für Jugendwohlfahrtsträger

außerhalb Wiens, 3.203 Fällen der Einbringung von Kostenersatz für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien, Heimen und sonstigen Einrichtungen der Stadt Wien. Die Gesamtsumme der hereingebrachten Unterhaltsbeträge erreichte eine Summe von S 572,172.344,98, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,04 Prozent entspricht. 10.275 Minderjährige erhielten unter Mitwirkung der Rechtsfürsorge Unterhaltsvorschüsse.

Die Fortbildung der SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge bezog sich auf folgende Themen: Asylgesetz und verwandte Rechtsgebiete, Spezialistenpool, Konkurs - Ausgleich - Privatkonkurs, Auslandsunterhaltsgesetz, Einführung in die Mediation, Kommunikation und Gesprächsführung. Um eine praxisnahe Schulung zu gewährleisten, führten diese vor allem MitarbeiterInnen der MAG ELF bzw. auch der Rechtsfürsorge durch.

Die Fortbildungsveranstaltung für die LeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie behandelte die geplanten Novellen zum Jugendwohlfahrtsgesetz und zum Kindschaftsrechtsänderungsgesetz.

Jugendwohlfahrt

Durch die Neuorganisation der MAG ELF - Zentrale kam es im Dezernat II - Jugendwohlfahrt zu umfassenden strukturellen und personellen Veränderungen. Durch eine neue fachliche Leitung des Dezernates konnte auf die Funktion der „Fachaufsicht" als einer Zwischenhierarchie verzichtet werden. Die fachliche Aufsicht über die SozialarbeiterInnen in den Ämtern für Jugend und Familie wurde auf die jeweiligen Leitenden SozialarbeiterInnen übertragen.

Bisherige zusätzliche Arbeitsbereiche der „Fachaufsichten" übernahm das neue Referat „Fachentwicklung und Organisation", das auch den Interventionsbereich und den Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien abdeckt. Das Referat „Wirtschaftliche Hilfen" und das Wohnungsreferat wurden zum neuen Referat „Materielle Grundsicherung" zusammengelegt, das auch zentrale Agenden für die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), soweit sie die MAG ELF betreffen, und der Schuldnerberatung wahrnimmt.

Zum Jahresende erfolgte weiters die Zusammenlegung der Adoptionsstelle mit dem Pflegestellenreferat. Dieses neue Referat ist räumlich im Julius-Tandler-Familienzentrum situiert, organisatorisch aber dem Dezernat II - Jugendwohlfahrt zugehörig.

Durch die Änderung der zentralen Struktur begann ein entsprechender Anpassungsprozess in den Ämtern für Jugend und Familie, der noch nicht abgeschlossen ist. Neben der neu übernommenen Fachaufsicht durch die Leitenden SozialarbeiterInnen begann auch eine Regionalisierung der Delogierungsprävention und der Administration der wirtschaftlichen Hilfen. Zu diesem Zweck wurden die Ämter für Jugend und Familie zusätzlich mit einem PC für die SozialarbeiterInnen ausgestattet. Die Übernahme dieser zusätzlichen Arbeitsbereiche brachte für die Leitenden SozialarbeiterInnen und für die SprengelsozialarbeiterInnen eine vermehrte Arbeitsbelastung mit sich.

Die im Vorjahr erprobte Dokumentationsform für die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen hat sich bewährt und wurde nach entsprechender Evaluierung und Adaptierung endgültig eingeführt.

Auf der Basis dieser Dokumentationsform bestanden zum Jahresende 3.646 Hilfen zur Erziehung, die auf einer Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten beruhen. 41.781 Personen nahmen während des Jahres Soziale Dienste in Anspruch. Die Sozialen Dienste umfassen ein breites Spektrum von Hilfen, die der Entwicklung und Förderung der Familie dienen, wie z.B. allgemeine und besondere Beratungsangebote, Service- und Informationsdienste, Hilfe bei finanziellen- und Wohnungsproblemen, Hilfe bei Erziehungsproblemen und bei Gewalt in der Familie und bei Schulproblemen.

Hilfen zur Erziehung aufgrund einer gerichtlichen Verfügung bestanden zum Jahresende 1.349 (1997: 1.277).

In den Ämtern für Jugend und Familie, der Zentrale (Dezernat II) und dem Julius-Tandler-Zentrum waren 242 SozialarbeiterInnen ganztägig und 69 SozialarbeiterInnen teilbeschäftigt tätig. Der hohe Zuwachs bei den teilbeschäftigten SozialarbeiterInnen ist vor allem auf die neue Regelung über die Teilzeitbeschäftigung für BeamtInnen zurückzuführen, die mit 1. Mai wirksam wurde. Die damit ermöglichte flexiblere Handhabung der Arbeitszeit kommt gleichermassen den DienstnehmerInnen und der MAG ELF zugute. Allerdings sind einem zusätzlichen Anstieg vor allem räumliche und organisatorische Grenzen gesetzt.

Es kam zu insgesamt 178.590 Kontakten mit KlientInnen in den Ämtern für Jugend und Familie (1997: 118.990).

Die Zahl der Stellungnahmen in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren betrug 4.274 (1997: 4.265) und ist damit konstant geblieben.

Es fanden 13.684 Informationsgespräche gemäß § 212 Abs. 1 ABGB über die elterlichen Rechte und Pflichten und die möglichen Hilfestellungen der Jugendwohlfahrt statt (1997: 11.966).

Die SozialarbeiterInnen stellten insgesamt 19.075 Anträge auf Aushilfen für Familien nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (1997: 19.226), darüber hinaus vermittelten sie 7.890 weitere finanzielle Hilfen, wie z.B. wirtschaftliche Krisenhilfen u.a. (1997: 7.366).

Die Zahl der Meldungen über Maßnahmen bei Gewaltanwendung in Familien ist gegenüber dem Vorjahr (319) auf 347 angestiegen. In 288 Fällen waren die Ämter für Jugend und Familie mit Misshandlung bzw. Vernachlässigung, in 59 Fällen mit sexuellem Missbrauch konfrontiert.

Besuchscafés zur Besuchsbegleitung bei schwierigen Scheidungs-, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen haben sich als Angebot bewährt, um möglichst konfliktfreie und kinderorientierte Besuchskontakte mit Unterstützung durch SozialarbeiterInnen aufzubauen. In den Ämtern für Jugend und Familie 3., 10., 11., 12., 13./14., 16., 21., 22. und 23. Bezirk waren die jeweiligen Standorte stets ausgelastet, neue Standorte im 12. und 17. Bezirk wurden eröffnet, ein Besuchscafé im 2. Bezirk steht vor der Eröffnung.

Im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit wurden 22 Gruppen für Kinder und Jugendliche bzw. Aktivitäten für Eltern oder Familien und Kinder geführt.

Das Referat Fachentwicklung und Organisation, in dem eine Mitarbeiterin ganztags und eine teilbeschäftigte Mitarbeiterin tätig sind, ist vorrangig mit den Bereichen Personal, Fortbildung, Organisation, Statistik, Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien und der Bearbeitung von Interventionen befasst.

Im Bereich Personal langten 81 Bewerbungen für einen Sozialarbeiterdienstposten ein, mit 55 der BewerberInnen wurde ein ausführliches persönliches Bewerbungsgespräch geführt, bei 17 der BewerberInnen konnte das Aufnahmeverfahren eingeleitet werden, wobei von den neu aufgenommenen SozialarbeiterInnen 12 ihre Ausbildung an der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien absolviert haben. Es ist auch Aufgabe des Referates, die Platzierung von Karenzrückkehrerinnen zu organisieren und den Einsatz der „SpringerInnen" zu koordinieren. Es wurden vorerst zwei Springer- bzw. Ausbildungsposten geschaffen, die in der Zentrale angesiedelt sind, um die durch personelle Engpässe (Langzeitkrankenstände, Einschulungen) verursachten Belastungsspitzen in den Ämtern für Jugend und Familie auszugleichen.

In den Bereichen Fortbildung, Organisation ist das Referat u.a. mit der Organisation und Moderation der Informationswoche für BerufsanfängerInnen beschäftigt, die für neu aufgenommene Sozialarbeiterinnen zweimal jährlich stattfindet. Weiters werden Spezialfortbildungsveranstaltungen und Arbeitsgruppen organisiert, evaluiert und bei der Erstellung des Fortbildungsprogrammes für SozialarbeiterInnen im Rahmen des Fortbildungsbeirates mitgewirkt.

Im Bereich Interventionen wurden vom Referat in Kooperation mit den Ämtern für Jugend und Familie und auf der Grundlage der dort erstellten Antwortentwürfe 191 schriftliche Eingaben bearbeitet. Weiters wurde die Statistik der Jugendwohlfahrt anhand der von den Ämtern für Jugend und Familie gelieferten Daten erstellt. Im Bereich Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien wurden aufgrund geänderter organisatorischer und fachlicher Strukturen große Abstriche gemacht, sodass letztlich nur die Weiterleitung von Verständigungen des Jugendgerichtshofes über die Inhaftierung von Jugendlichen an die Ämter für Jugend und Familie durchgeführt wurde. Alle anderen bisherigen Tätigkeitsfelder wie Aktenbearbeitung erfolgen nun ausschließlich durch die Ämter.

Die Adoptionsstelle wurde mit November mit dem Pflegefamilienreferat zusammengelegt und hat nun ihren Sitz im Julius-Tandler-Familienzentrum. Gleichzeitig wurden die SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates organisatorisch und fachlich an die MAG ELF - Zentrale, Dezernat II angebunden.

Im Bereich Adoptionen waren mit Jahresende 200 Paare für eine Adoptionsvermittlung vorgemerkt. Dieser großen Zahl an BewerberInnen standen 30 Kinder gegenüber (20 Knaben und 10 Mädchen), die an adoptionswillige Paare vermittelt werden konnten. Es handelte sich dabei ausschließlich um Säuglinge, wobei 27 Kinder direkt aus Geburts- bzw. Kinderkliniken von Adoptiveltern übernommen werden konnten, 3 Kinder waren kurzfristig bei passageren Pflegeeltern untergebracht. Es haben 39 Mütter/Eltern die Freigabe ihres Kindes sehr konkret überlegt, jedoch kam es in 8 Fällen dann doch zu keiner Vermittlung.

Breiten Raum nahm die Arbeit mit jugendlichen und erwachsenen Adoptierten ein, die Hilfe bei der Suche nach leiblichen Angehörigen wollten, sowie mit Adoptiveltern, die Beratung und Information bei der Aufklärung ihrer Kinder über die Adoption wollten. Die Adoptionsstelle führte auch weiterhin die Fachaufsicht über die Adoptionsvermittlungstätigkeiten des Vereines Initiative Pflegefamilien durch.

Zum Jahresende lebten insgesamt 1.222 Wiener Kinder in 962 Pflegefamilien. In Wien standen 458 Pflegeplätze zur Verfügung, auf denen 580 Kinder untergebracht waren. In den Bundesländern standen 504 Pflegeplätze für 642 Kinder bereit. Gerade diese Pflegeplätze in den Bundesländern stellen eine große Ressource bei der Unterbringung von Geschwistern dar.

Auch 1998 ist die Zahl der Vermittlungen in Pflegefamilien durch das Pflegefamilienreferat auf 204 (1997: 189) weiter angestiegen. Davon wurden 140 Kinder in Langzeitpflegefamilien und 64 Kinder in Kurzzeitpflegefamilien untergebracht. 110 Kinder kamen in Pflegefamilien in Wien, 94 Kinder zu Pflegefamilien in anderen Bundesländern. 64 Kinder fanden Aufnahme in passageren Pflegefamilien, davon 51 Kinder in Wien und 13 Kinder in anderen Bundesländern. Dies bedeutet eine Steigerung der Unterbringung in passageren Pflegefamilien gegenüber dem Vorjahr um rund 10 Prozent. Die passageren Pflegefamilien stellen eine wichtige Ressource bei der Unterbringung von Kindern aus ungeklärten Problemsituationen dar; sie verstehen ihre Tätigkeit als Hilfe für eine Familie in Krisensituationen und sind daher auch zu intensiven Elternkontakten und enger Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Jugendwohlfahrt bereit. Aufgrund der hohen psychischen Belastung, die passagere Pflegeverhältnisse mit sich bringen (z.B. wiederholte Trennungserlebnisse) braucht gerade diese Gruppe von Pflegeeltern besondere fachliche Begleitung und Beratung in Form von Hausbesuchen, Begleitung und Vereinbarung von Besuchskontakten sowie psychologischer Beratung.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege (Volle Erziehung) ging wie schon im Vorjahr leicht zurück und betrug zum Jahresende 2.594 (1997: 2.619, 1996: 2.634), wovon 304 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten (1997: 262). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien blieb wie schon seit 1996 bei 47 Prozent. In Wiener Pflegefamilien befanden sich 580 (1997: 596), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 645 (1997: 628).

Die Zahl der Neuaufnahmen in Wohngemeinschaften bzw. Heime und Pflegefamilien sank auf 609 (1997: 644). An der Spitze der Unterbringungsgründe standen Erziehungsprobleme (25 %), gefolgt von Gefährdung (22 %), Unvermögen der Pflegeperson (15 %), Wunsch des/der Minderjährigen (13 %), Ausfall der Pflegeperson (11 %), Misshandlung und Wohnungsprobleme (je 3 %) u.a.

In der Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen blieb der Anteil der unter 6-jährigen mit 30 Prozent relativ konstant (1997: 31 %). Der Anteil der Kinder im Pflichtschulalter sank auf 43 Prozent (1997: 47 %), über 15 Jahre alt waren 27 Prozent (1997: 22 %).

Das Referat Materielle Grundsicherung führte die im Herbst 1997 begonnenen Vorbereitungen des Wiener Delogierungspräventionsmodells das ganze Jahr über intensiv fort. Unter anderem erstellte das Referat in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungssicherung FAWOS eine Arbeitsunterlage, die als Grundlage für dreitägige Einschulungen für 100 SozialarbeiterInnen der Magistratsabteilungen 11 und 12 diente.

392 Gemeindewohnungen konnten in Zusammenarbeit mit der MA 17 aus sozialen Gründen zugewiesen werden, 126 davon entfielen auf zu verselbständigende Jugendliche, 26 auf den Bereich der Obdachlosigkeit (Familienherbergen der städtischen Wohnhäuserverwaltung und Kriseneinrichtungen der MAG ELF) und 240 zur Verhinderung von Obdachlosigkeit oder Gesundheitsschädigungen von Kindern in gefährdeten Wohnverhältnissen. 41 Zuweisungen konnten von den KlientInnen aus unterschiedlichsten Gründen nicht angenommen werden.

Der Expertenkreis, der soziale Aspekte bei Ansuchen auf Gemeindewohnungen zu beurteilen hat, entschied in 24 Besprechungen über 1.498 Anträge auf Gemeindewohnungen, wobei in vielen Fällen Erhebungen in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Jugend und Familie notwendig waren, wenn es sich um Anträge von Familien mit Minderjährigen handelte. 549 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung FAWOS weitete mit Beginn des Jahres ihren Wirkungsbereich auf ganz Wien aus; allerdings reduzierte sich deren Zuständigkeit nun auf den Bereich der Privat- und Genossenschaftswohnungen. Die Prävention für den Bereich der Gemeindewohnungen übernahmen das Amt für Jugend und Familie und das Sozialamt. An der FAWOS arbeitet ein Sozialarbeiter der MAG ELF mit.

Die Schuldnerberatung war mit 2.939 Haushalten neu befasst, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 15 Prozent. Noch dramatischer ist die Steigerung bei den betreuten Fällen. Diese stiegen von 765 auf 1.016 Haushalte, d.h. um 32,8 Prozent! Weiterhin stand die Unterstützung bei der Durchführung von Privatkonkursen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Schuldnerberatung.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Schuldnerberatung fand am 2. November im Wiener Rathaus ein Expertengespräch zum Thema „Privatverschuldung" statt, an dem Vizebürgermeisterin Grete Laska, FinanzexpertInnen, VertreterInnen der Wirtschaft, der Sozialpartner sowie des Bundesministeriums für Justiz und SchuldnerberaterInnen teilnahmen.

Für die Wirtschaftliche Krisenhilfe für Familien, Schwangere und AlleinerzieherInnen in Krisensituationen standen S 14,500.000 zur Verfügung. Insgesamt 1.150 Ansuchen sind im Laufe des Jahres bearbeitet worden. Davon konnten 918 positiv erledigt werden, 95 wurden abgelehnt und 56 hinterlegt. 81 Ansuchen konnten aufgrund noch ausstehender Überprüfungen bzw. Änderungen im Vergabemodus (Regionalisierung) nicht abgeschlossen werden. Die Unterstützungen dienten der Anschaffung von Möbeln und Hausrat (32 %), der Wohnraumbeschaffung (35 %), der Sicherung der Strom- und Gas- und Heizversorgung (13 %), der Abdeckung privater Mietzinsrückstände (6 %) und Sonstigem (14 %).

An Stiftungsgeldern konnten als Hilfen für Familien bzw. Jugendliche folgende Summen ausbezahlt werden: Eisner-Odescalchi-Stiftung S 141.450 (direkt über die Ämter für Jugend und Familie), Geiter-Goos-Stiftung S 30.000, Leopold Thaller-Hilfe S 50.000.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum in 7, Kandlgasse 37, wies 1.952 KlientInnenkontakte (Beratungen und Psychotherapien mit direkt Betroffenen) sowie 462 HelferInnenkontakte (Supervisionen, Fallbesprechungen usw.) auf. Die Zahl der Fälle betrug 498. 38 Prozent betrafen sexuelle Misshandlung, 16 Prozent körperliche Misshandlung, 11 Prozent psychische Misshandlung, 21 Prozent multiple Misshandlungen, 5 Prozent Vernachlässigung, 9 Prozent andere Probleme.

Unterstützungs- und Beratungsangebote

Im neuen Dezernat V zusammengefasst sind nunmehr Planung, Organisation und Koordination von sozialen Beratungs- und Betreuungsdiensten, Unterstützungsangeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien. Dazu zählen insbesondere die vom Referat Eltern, Säuglinge und Kleinkinder angebotenen Dienste inklusive der Verbindungsdienste zu Spitälern, weiters Jugendberufshilfe, Intensivbetreuungen, Verbindungsdienste zu Instituten (Institute für Erziehungshilfe, Institut für Ehe- und Familientherapie), die Organisation von Dolmetschdiensten für die MAG ELF sowie der Ehe- und Familienberatungsstellen.

Im Zuge der Neuorganisation wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, jene MitarbeiterInnen, die disloziert Verbindungsdienste wahrnehmen, verstärkt mit der Zentrale zu vernetzen. Das Dolmetschmanagement, das nun von der MAG ELF selbst durchgeführt wird, stellt eine wichtige Ressource dar. Neu ist weiters das Kompetenzzentrum „Jugendwohlfahrt und berufliche Integration". Den Arbeitsschwerpunkten entsprechend erfolgt eine enge Vernetzung und Abstimmung mit dem Dezernat II-Jugendwohlfahrt.

Im Referat Eltern, Säuglinge, Kleinkinder ging es darum, Schwerpunkte zu setzen. Im Klinikverbindungsdienst war dies neben der Beratungs- und Informationstätigkeit über die Service- und Unterstützungsangebote der Stadt Wien der Bereich Gewalt bzw. Verdacht auf Gewaltanwendung am Kind. Die Sozialarbeiterinnen engagieren sich vermehrt in den Kinderschutzgruppen, die bisher in drei Kinderspitälern eingerichtet wurden. Die Mitglieder der Kinderschutzgruppe treffen sich in regelmäßigen Abständen zum Themenschwerpunkt Gewalt. Diese Treffen zielen auf Kompetenzsteigerung, Sensibilisierung und eine differenziertere Betrachtungsweise. Darüber hinaus wird jeder Verdachtsfall von einem interdisziplinären Team beraten, wobei die fachlichen Aspekte der Sozialarbeit und der Psychologie ebenso einfließen wie die Einschätzungen, Beobachtungen und Wahrnehmungen des medizinischen und pflegerischen Personals. Die Sozialarbeiterinnen ergänzen dieses Beratungssetting um das Spektrum der Lebenswelt und der sozialen Situation des Kindes. Behandlungs- und Betreuungskonzepte werden in Kooperation mit den regional zuständigen SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie weitestgehend auf die familiären Kapazitäten und Umsetzungsmöglichkeiten abgestimmt, um das Kind möglichst gut vor einer neuerlichen Gewaltanwendung schützen zu können.

Aus der Fachaufsichtsfunktion bei den anerkannten freien Trägern im Bereich privater Eltern-Kind-Zentren resultierten zahlreiche administrative und organisatorische Tätigkeiten. Bei zwei privaten Eltern-Kind-Zentren wurde das Anerkennungsverfahren als freier Träger der Jugendwohlfahrt abgeschlossen.

Die Zahl der erstmals in den Elternberatungen vorgestellten Kinder betrug 9.908 Kinder, was einer Steigerung von 60 Prozent entspricht, wobei ein hoher Prozentsatz dieser Kinder nur zum Impfen gekommen ist. Insgesamt fanden 85.979 Konsultationen an 3.725 Beratungstagen statt. Der Durchschnittsbesuch lag bei 23 Säuglingen und Kleinkindern. 7.401-mal begleiteten Väter ihre Kinder.

Die Beratung von Müttern, Vätern, Eltern hinsichtlich der Ernährung und der Pflege des Säuglings bzw. Kleinkindes war bis Herbst wegen der außerordentlich hohen Anzahl von Impfungen nur eingeschränkt möglich. Seit Oktober ist es nun möglich, die Kinder auch bei den niedergelassenen Kinderfachärzten kostenlos impfen zu lassen. In den Bezirken mit einer hohen Dichte an Kinderfachärzten wird dieses Angebot sicher zu einem Rückgang der Frequenz führen. Es ist daher zu erwarten, dass mit der sinkenden Frequenz wieder vermehrt die Qualität der Beratung zum Tragen kommt und das interdisziplinäre Team genügend Zeit findet, um jungen, unerfahrenen, unsicheren Müttern mit Säuglingen und Kleinkindern Information und Begleitung bzw. Hilfestellung bei aktuell auftretenden Problemlagen anbieten zu können.

Nach wie vor ist die Dolmetschtätigkeit der sieben muttersprachlichen MitarbeiterInnen in den Sprachen Türkisch, Bosnisch, Serbisch und Kroatisch eine große Hilfe, um bei der Elternberatung die Lebensumstände mancher ausländischer Familien zu erfahren und medizinische Interventionen auf die soziale Lage der Familien abzustimmen.

Zur Zeit können sich werdende Eltern an vier bis sieben Kursabenden an 15 Standorten der Elternschule auf die Geburt des Kindes vorbereiten und Kompetenz und Sicherheit im Umgang mit dem Kind bzw. für das Alltagsleben mit dem Säugling erwerben. Die Elternschule für Adoptivelternwerber stellt einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt dar.

Die Elternschulen verzeichneten an 467 Kursabenden 3.976 BesucherInnen, was einer Frequenz von rund 9 TeilnehmerInnen pro Abend entspricht. Besonders gerne nehmen die werdenden Eltern die Elternschulen der Eltern-Kind-Zentren in Anspruch (mehr als zwei Drittel), wobei die Eltern-Kind-Zentren 10, 16, 21 und 22 allein 2.019 KursteilnehmerInnen aufwiesen.

Die Eltern-Kind-Zentren verzeichneten 63.222 BesucherInnen. 22.537 Mütter, Väter und Kinder nahmen die Aktivitäten der Sozialpädagoginnen in Anspruch, 2.146 Mütter und Väter kamen in die Sprechstunde der SozialarbeiterInnen. 1.749 Schwangere informierten sich über Babypflege und Ernährung. 7.784 erkundigten sich ausführlich telefonisch nach Pflegetipps und Ernährungshinweisen.

Ein besonderer Kommunikationstreffpunkt sind die Mütter- und Elterncafés; diese verzeichneten 8.724 BesucherInnen. In den Stillgruppen steht der Austausch der Mütter über das Stillen, die fachliche Hilfestellung durch die Sozialpädagoginnen und die Ermutigung und Unterstützung der Frauen im Vordergrund. Die Stillgruppen verzeichneten 8.043 Teilnahmen. Dieser Erfahrungsaustausch über das Stillen findet besonderen Anklang. Weitere Angebote waren kreative Vormittage, Spielgruppen, Beratungsangebote der Familienhebammen und das Schwangerenturnen im Eltern-Kind-Zentrum 21, Freytaggasse 32.

Die muttersprachliche Beratung für türkische Familien sowie der Deutschkurs für türkische Frauen (239 Teilnahmen) stellte im Eltern-Kind-Zentrum 10, Quellenplatz 4, einen wichtigen Fixpunkt dar. Neben dem Spracherwerb spielt auch die Informationsweitergabe über die verschiedenen Beratungseinrichtungen und der Austausch unter den Frauen eine wesentliche Rolle. Die Nachfrage nach den Zwillingstreffen ist rückläufig (444 Teilnahmen).

Die Scheidungsberatungen in den Eltern-Kind-Zentren 21 und 22 sowie die Konfliktberatung im Eltern-Kind-Zentrum 10 verzeichneten 504 Ratsuchende, in die Sprechstunde der PsychologInnen kamen 643 Mütter und Väter.

Die Sozialarbeiterinnen im Klinikverbindungsdienst informierten 15.529 Wöchnerinnen über die Service- und Beratungsangebote des Amtes für Jugend und Familie, 4.087 Frauen erhielten nachträglich im Spital das Wäschepaket ausgefolgt. 700 Schwangere und 1.777 Wöchnerinnen befanden sich in einer problematischen Lebenssituation, die Sozialarbeiterinnen initiierten in 511 Fällen nachgehende Betreuung durch das regional zuständige Amt für Jugend und Familie, in 352 Fällen anderweitige Hilfestellungen. Von diesen 2.477 Fällen waren nur 339 Frauen dem Amt für Jugend und Familie des Wohnbezirkes bekannt bzw. bei diesem in Betreuung, für 72 Frauen wurden von den Ämtern für Jugend und Familie um Betreuung ersucht. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass

389 Frauen von sich aus den Kontakt zu den Sozialarbeiterinnen suchten, 796 wurden vom Spitalspersonal zugewiesen, bei 531 Frauen resultierten die sozialarbeiterischen Interventionen aus den eigenen Wahrnehmungen der Mitarbeiterinnen. Zu den am häufigsten genannten Problemstellungen zählen soziale Auffälligkeiten, Sorgen der Frauen mit ihrem AlleinerzieherInnenstatus, wirtschaftliche Probleme sowie Probleme aus dem AusländerInnenstatus. Von den 1.777 Wöchnerinnen waren 317 noch minderjährig.

In den Kinderspitälern waren die Sozialarbeiterinnen mit 2.067 Fällen 6.627-mal befasst. Sie führten 2.445 persönliche Gespräche mit den Kindern bzw. mit den Eltern, 8.389 Gespräche mit dem Spitalspersonal und 6.961 Gespräche mit MitarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie und anderer Einrichtungen. In 105 Fällen wurden soziale Dienste initiiert, in 424 Fällen nachgehende Betreuung durch das regional zuständige Amt für Jugend und Familie. Von den 2.067 Fällen waren 433 Kinder den Ämtern bereits bekannt. Auffallend bei den Problemlagen ist die steigende Zahl von Misshandlungs- oder Missbrauchsfällen bzw. der Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch (261 Kinder). In 117 Fällen war der Zuweisungsgrund Drogen- oder Alkoholkonsum der Mütter oder der Kinder oder der Jugendlichen selbst. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung kristallisierte sich durch die Kindergynäkologie ein neuer Schwerpunkt heraus.

Eine Sondersituation stellt der Arbeitsbereich der Mitarbeiterin in der Heilpädagogischen Station der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde sowie der beiden Mitarbeiterinnen in der Abteilung für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters dar. Alle drei werden bei stationären Aufnahmen mit jedem Kind befasst, sind Mitglieder des interdisziplinären Teams und für die psychosoziale Familiendiagnostik zuständig.

Das unter Mitbeteiligung von Verbindungssozialarbeiterinnen 1997 begonnene und 1998 erfolgreich abgeschlossene Curriculum über Methoden und Inhalte der Sozialarbeit in der Hebammenakademie der Semmelweis-Frauenklinik fand derart großen Anklang, dass bereits der Wunsch nach einer Fortsetzung im nächsten Ausbildungsblock geäußert wurde. Die Verbindungsdienstsozialarbeiterin zur Kinderklinik im AKH wirkte weiters in der innerbetrieblichen Fortbildung des Krankenpflegepersonals mit.

Durch die Informations- und Beratungstätigkeit einer Mitarbeiterin im Geburtshaus Nußdorf gestaltet sich die Zusammenarbeit sehr erfreulich. Die Überweisung von Frauen in einer problematischen Lebenssituation funktioniert ausgezeichnet.

Den Ämtern für Jugend und Familie waren 27 Sozialpädagoginnen zugeteilt. Sie arbeiten schwerpunktmäßig in den Eltern-Kind-Zentren bzw. in den Ämtern für Jugend und Familie mit, wo sie einerseits in den Elternberatungen tätig sind, andererseits aber auch den Eltern oder Müttern von Säuglingen und Kleinkindern im Rahmen von Hausbesuchen pflegerische Tipps und Ernährungshinweise geben. In den Eltern-Kind-Zentren gestalten sie eine Fülle von Gruppenaktivitäten, wie z.B. die Stillgruppen, die kreativen Vormittage, die Spielgruppen. Die Sozialpädagoginnen führten insgesamt 2.802 Hausbesuche durch. Sie arbeiten auch in den Elternschulen mit.

Die Elternrunden stehen an vier Standorten zur Verfügung und werden von den Eltern sehr geschätzt. 947 Mütter und Väter mit 1.060 Kindern nützten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zur Reflexion ihres Erziehungsverhaltens und zum Kennenlernen von Erziehungsmodellen und von Konfliktlösungsmöglichkeiten.

In den geburtshilflichen Abteilungen wurden 7.357 Säuglingsausstattungen und 4.583 Kleinkinderausstattungen ausgegeben, 3.577 davon mit nachträglicher Anmeldung im Spital. Die Ämter für Jugend und Familie gaben 1.340 Säuglingswäschepakete und 1.252 Kleinkinderausstattungen aus.

Das Team der Jugendintensivbetreuung, bestehend aus sechs SozialarbeiterInnen, betreut Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren auf Ersuchen der zuständigen Ämter für Jugend und Familie. Die Einzelbetreuung ist auf langfristige Begleitung und dichte Betreuungsfrequenz ausgerichtet. Sie bezog sich auf 69 Jugendliche, davon 55 Prozent Burschen. Bei 19 Jugendlichen war die Betreuung initiiert worden, um eine Fremdunterbringung zu verhindern. 22 Betreuungen wurden im Berichtsjahr neu begonnen, 29 konnten abgeschlossen werden.

Hauptprobleme lagen wie im Vorjahr im Schul- und Erziehungsbereich, gefolgt von aggressivem Verhalten, Missbrauch und Misshandlung sowie Verselbständigung. Ein besonderer Anstieg war bei Schwierigkeiten hinsichtlich der Arbeitssuche sowie bei Essstörungen zu erkennen.

Damit Jugendliche Gruppenerfahrung sammeln können, wurden diverse Aktivitäten gesetzt (Ausflüge, Sport, Turniere für Billard und Darts) sowie eine Volleyballgruppe geführt.

8 BetreuerInnen begleiteten 9 Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 19 Jahren im Rahmen der nebenberuflichen Intensivbetreuung.

Die 1997 begonnene Umstrukturierung der Familienintensivbetreuung in drei regionalisierte Teams fand heuer ihren erfolgreichen Abschluss. Derzeit arbeiten 17 MitarbeiterInnen an drei Stützpunkten, von denen einer im 22. Bezirk neu eröffnet wurde. Die Umstrukturierung führte zu klaren regionalen Zuordnungen, geringeren Wegzeiten und verbesserter regionaler Kooperation.

Die Familienintensivbetreuung war mit 156 Familien befasst. 73 Betreuungen konnten abgeschlossen werden. Für 83 Familien begann eine neue Betreuung.

Der Schwerpunkt des Referates Jugendberufshilfe war die Betreuung arbeitssuchender Jugendlicher; 36 konnten in Fördermaßnahmen des AMS oder auf Lehrstellen untergebracht werden.

Für einmalige und monatliche Lehrlingsbeihilfen standen S 650.000,– zur Verfügung. Im Jahresdurchschnitt erhielten 48 Lehrlinge eine monatliche Beihilfe von S 600,–. 93 Anträge von SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie auf Gewährung einer einmaligen Lehrlingsbeihilfe im Ausmaß bis zu S 4.000,– für Jugendliche in besonderen Notsituationen wurden positiv erledigt.

In Zusammenarbeit mit den Antragstellern, den Arbeitsinspektoraten, der Arbeiterkammer, den Schulen und Bezirksgesundheitsämtern wurden 71 Verwendungsgenehmigungen für Kinder nach dem Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen bearbeitet. Außerdem konnten an Jugendliche vor allem im Zusammenhang mit der Lehrstellensuche Einzelfahrscheine und Streifenfahrscheine der Wiener Verkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt werden.

Seit Juni besteht das abteilungsinterne Kompetenzzentrum (KPZ) „Jugendwohlfahrt und berufliche Integration". Das KPZ hat folgende Aufgaben: Sammlung und Weitergabe aktueller Informationen über Projekte und Fördermaßnahmen für die berufliche Integration von Jugendlichen, regelmäßige Kontakte zum Arbeitsmarktservice/Jugendliche, Koordination mit AMS-BeraterInnen und Projekten, Service für die Einrichtungen der MAG ELF hinsichtlich der Berufsintegration Jugendlicher. Das KPZ bietet Hilfestellung bei der Beratung und Betreuung von arbeitssuchenden Jugendlichen und ebnet Wege zu entsprechenden Ressourcen. Eine abteilungsinterne Erhebung ergab, dass 176 betreute Jugendliche Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche hatten. Als Hauptgründe für Arbeitslosigkeit nannten die BetreuerInnen mangelnde Arbeitshaltungen, zu wenig Förderangebote bzw. fehlende soziale Kompetenzen.

Die zwei MitarbeiterInnen des Kompetenzzentrums führten Fachberatungen durch und informierten über verbesserte Vermittlungsmöglichkeiten. Zu den Ausbildungsmaßnahmen von AMS/J, Jugend am Werk, WIFI, Volkshilfe/Jobfabrik und Flex-Work (WAFF) wurde Kontakt aufgenommen. Es gelang, einige der betreuten Jugendlichen in Berufsförderungsmaßnahmen unterzubringen.

Die fünf Institute für Erziehungshilfe betreuten im Jahresverlauf insgesamt 933 KlientInnen, davon 209 durch Kindertherapie bei gleichzeitiger Betreuung der Eltern, 155 durch Elternarbeit ohne Kindertherapie und 13 durch Familientherapie. Die Zahl der Neuvorstellungen betrug 556.

Die Kindertherapien fanden in der Mehrzahl einmal wöchentlich statt (154), zum Teil zweimal in der Woche (51) bzw. seltener (13). Die Elternarbeit (ohne Kindertherapie) erfolgte wöchentlich (65), 14-tägig (44) bzw. einmal monatlich oder fallweise (46). Die therapiebegleitende Elternarbeit bestand in wöchentlichen Gesprächen (103), 14-tägigen (50) bzw. monatlichen oder fallweisen (20).

Aufgrund des Bedarfes in der Jugendwohlfahrt vereinbarte die MAG ELF mit den Instituten, Kindern bzw. Familien, die von den Ämtern für Jugend und Familie im Rahmen der Hilfen zur Erziehung überwiesen werden, absolute Priorität einzuräumen, um damit die MAG ELF in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Zahl der Fremdunterbringungen von Kindern möglichst gering bzw. möglichst kurz zu halten.

Der Schwerpunkt im Übersetzungs- und Dolmetschmanagement liegt bei der Vermittlung von Dolmetscheinsätzen, der Anteil schriftlicher Übersetzungsaufträge ist gering. Der Bedarf nach Dolmetschern besteht in erster Linie bei den SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie, aber auch beim Klinikverbindungsdienst sowie der Rechtsfürsorge. Ist die Aufnahme von Kindern in Krisensituationen in einem der regionalen Krisenzentren erforderlich, sind immer wieder Dolmetscher notwendig, sodass eine rasche Vermittlung von großer Bedeutung ist.

In Bezirken mit hohem Ausländeranteil sind teilweise muttersprachliche Berater (Türkisch sowie Serbisch, Kroatisch, Bosnisch) tätig. Die mit der Organisation des DolmetscherInneneinsatzes betraute Mitarbeiterin steht bei Bedarf für Bosnisch, Kroatisch und Serbisch (49 Einsätze) sowie in 2 Ämtern jeweils zu fixen Zeiten zur Verfügung. Sie erledigt in den genannten Sprachen auch Übersetzungen auf Anforderung der MA 53.

Von insgesamt 280 Dolmetscheinsätzen erfolgten 49 in Bosnisch, Kroatisch und Serbisch, 40 in Arabisch, 34 betrafen die Gebärdensprache und ebenso viele Chinesisch, 18 Albanisch, je 13 Englisch und Französisch und 11 Rumänisch. Weitere Anforderungen betrafen Dänisch, Polnisch, Tschechisch, Türkisch (je 7), Italienisch (5) und Ungarisch (4), gefolgt von 19 weiteren Sprachen wie etwa Bengali, Farsi, Amhari, Thai usw.

Die Ehe- und Familienberatung in 1, Neutorgasse 15, ist mit der Zentrale der MAG ELF nach Wien 3, Rüdengasse 11, übersiedelt und hat hier im Parterre neue Räumlichkeiten bezogen. Diese liegen direkt neben der Servicestelle der MAG ELF, die auch die telefonische Anmeldung für die Beratungsstellen im 3., 12. und 20. Bezirk übernommen hat. Die telefonische Voranmeldung ist nun wochentags von 8.00 bis 18.00 Uhr möglich.

Neben den beiden Beratungstagen in Wien 3., Rüdengasse 11 (Montag und Donnerstag) und der Beratungsstelle in Wien 12., Schönbrunner Straße 181 (Mittwoch) gibt es seit Februar donnerstags ein weiteres Angebot in Form einer Außenstelle der Beratungstelle Rüdengasse im 20. Bezirk, Brigittaplatz 10. Diese Beratungen finden jeweils Donnerstag von 16.00 bis 19.00 Uhr statt.

Aufrechterhalten wurde auch das Angebot der Konfliktberatungsstelle im 10. Bezirk (jeden Donnerstag 17.00 bis 20.00 Uhr) und die Familienplanungsstelle in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84 (Montag, Mittwoch und Freitag vormittags sowie Dienstag nachmittags). Eingestellt wurde wegen geringer Inanspruchnahme jedoch mit Jänner die Familienplanungsberatung im Rahmen der Eheberatungsstellen.

Insgesamt fanden in den Beratungsstellen 4.644 Beratungen statt. Die Beratungsstelle für Familienplanung, in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, betreute 1.022 KlientInnen und führte 1.901 Beratungen durch, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 3, Rüdengasse 11, 842 KlientInnen und 1.399 Beratungen, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 12, Schönbrunner Straße 259, 495 KlientInnen und 667 Beratungen, die Konfliktberatungsstelle in 10, Quellenplatz 4, 177 KlientInnen und 677 Beratungen.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie verzeichnete 350 Anmeldungen, wovon 203 Personen bzw. Paare oder Familien eine psychotherapeutische Behandlung erhielten. Die Gesamtzahl der Therapiesitzungen betrug

1.592. Die begleitende Evaluationsstudie ergab, dass 89 Prozent der KlientInnen zufrieden bzw. sehr zufrieden waren, 63 Prozent die meisten oder fast alle ihrer Anliegen erfüllt sahen und 90 Prozent bei künftigen Problemen wieder im Institut Hilfe suchen würden.

Das Institut bietet neben traditionellen Fortbildungs- und Supervisionsangeboten seit Herbst 1997 „Kooperationsstiftende Interviews" an. Damit soll so genannten Multiproblemfamilien und ihren professionellen BetreuerInnen eine systemtheoretisch fundierte Unterstützung ermöglicht werden, und zwar vor allem dann, wenn das HelferInnensystem selbst keine Lösungsmöglichkeiten mehr sieht und die Gefahr einer Eskalation besteht. Es werden dabei die KlientInnen und alle mit dem Fall befassten HelferInnen zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen, das von einer systemischen Therapeutin bzw. einem systemischen Therapeuten moderiert wird. Ziel des Gesprächs ist es, gemeinsam eine kooperative, lösungsorientierte Betreuung zu planen. Ein Bestandteil des Gesprächs ist eine Systemdiagnostik, die durch eine computergestützte Auswertung von Fragebögen erstellt wird, die alle Beteiligten vor dem Gespräch ausfüllen.

Der von der Stadt Wien geförderte Verein „Wiener Jugenderholung" organisierte gemeinsam mit den Ämtern für Jugend und Familie Erholungsaktionen für Kinder, Jugendliche und teilweise für Familien, wobei Erholungsmöglichkeiten in Tageserholungsstätten in Wien oder mehrwöchige Ferien in Erholungsheimen in den Bundesländern zur Auswahl standen. Die Erholungsaktionen fanden größtenteils während der Schulferien statt. Während des Schuljahres ermöglichte der Verein Schullandwochen und Gruppenaufenthalte für Kinder aus städtischen Kindertagesheimen. Für 14- und 15-jährige Jugendliche bot der Verein verstärkt Erholungsaktionen mit abwechslungsreichen Programmen sportlicher und kultureller Art an. Insgesamt nahmen an 306 Aktionen 11.269 Kinder bzw. Familienangehörige teil (1997: 409, 11.885).

Einen wichtigen Beitrag leisteten die Krankenkassen durch entsprechende Zuschüsse in der Gesamthöhe von rund 2,4 Millionen Schilling.

Psychologischer Dienst

Die Tätigkeit der 37 PsychologInnen (13 teilbeschäftigt) des Psychologischen Dienstes ist sehr vielfältig, sie arbeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten, in Sonderpädagogischen Ambulanzen, Eltern-Kind-Zentren und Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen genauso wie in Scheidungs- und Konfliktberatungsstellen und im Fremdunterbringungsbereich.

Insgesamt waren die MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes mit 8.034 Kindern, Jugendlichen und deren Familien befasst (1997: 8.139). Die Summe der Beratungs- und Behandlungskontakte sowie Psychotherapiestunden betrug im vergangenem Arbeitsjahr 41.072. Zusätzlich nahmen die PsychologInnen häufig an multidisziplinären Teambesprechungen teil (1.315) und führten Supervisionstätigkeit und eine Vielzahl von internen Arbeitsgesprächen (mit SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, Kinderbetreuungsfachkräften) und externen (mit VertreterInnen von Kliniken und Schulen) durch.

Im Zuge der psychologischen Begutachtung wurden von den MitarbeiterInnen 3.613 klinisch-psychologische Diagnostikverfahren angewandt und 1.746 psychologische Gutachten und Stellungnahmen bzw. Befunde verfasst.

Die Geschlechts- und Altersverteilung der psychologisch betreuten Kinder und Jugendlichen wies in den einzelnen Fachbereichen eine starke Heterogenität auf. Nach wie vor überwogen im Durchschnitt die Buben gegenüber den Mädchen sowie die Kleinkinder und Schulkinder gegenüber den Jugendlichen.

In den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen erhielten 4.133 Kinder und Jugendliche sowie deren Familien psychologische Hilfe. Die Kinder - und Jugendpsychologischen Beratungsstellen werden sowohl von Familien frequentiert, die rechtzeitig eine Beratung in Anspruch nehmen und deren Probleme noch nicht eskaliert sind, als auch von Familien in Krisen, die schon andere Angebote versucht haben und zu einem letzten Versuch in die Erziehungsberatungsstelle kommen.

Die PsychologInnen führten 2.115 Leistungstests und projektive Persönlichkeitsverfahren durch. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Nachfrage nach klinisch-psychologischer Diagnostik um 21,83 Prozent. 1.226 psychologische Stellungnahmen bzw. Gutachten und Befunde wurden verfasst. Die Zahl der Beratungs- und Betreuungskontakte betrug 20.867. Es war eine deutliche Nachfrage nach Psychotherapie bzw. psychologischer Behandlung zu verzeichnen. 608 Kinder, Jugendliche und deren Angehörige waren in psychologischer Behandlung, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 14 Prozent ergab.

Die Mitarbeit der PsychologInnen in den Eltern-Kind-Zentren stellt eine noch junge, aber sehr erfolgreiche Aktivität dar. Das Ziel dabei ist, Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und Erziehungskompetenz zu stärken. Oft zeigen Kinder Verhaltensweisen, die Eltern unverständlich und unerklärlich sind und große Schwierigkeiten bereiten. Informationen der PsychologInnen über typische entwicklungsbedingte Phasen und ihre Erscheinungsbilder sowie entwicklungspsychologische Abklärungen des Entwicklungsstandes und der Persönlichkeit des Kindes können dann weiterhelfen.

114-mal wurden PsychologInnen von SozialarbeiterInnen zur Krisenintervention bei komplexen Familienproblemen beigezogen. 65 dieser Kinder und Jugendlichen waren im Zuge einer Sofortmaßnahme bereits in einem Krisenzentrum untergebracht.

PsychologInnen nahmen an 254 multiprofessionellen Teambesprechungen teil und führten 151 Supervisionen bzw. Fallbesprechungen durch.

Das Institut für Konzentrations- und Bewegungstraining stellte infolge anderer fachlicher Schwerpunktsetzungen im Sommer seinen Betrieb ein.

Die Funktion der telefonischen Erziehungsauskunft wurde mit September in die Servicestelle integriert, von wo aus telefonische Erziehungsauskünfte und Beratungen durch PsychologInnen vermittelt werden können.

Der Psychologische Dienst bietet in vier Beratungsstellen für Scheidungs- und Trennungsfragen Konfliktregelung und Mediation an. 385 Paare mit Kindern und Jugendlichen erhielten dort psychologische Hilfestellung in Krisensituationen vor, während oder nach einer Scheidung oder Trennung (1997: 382).

Im psychologischen Arbeitsbereich „Kindertagesheime" waren 12 MitarbeiterInnen tätig. Der Tätigkeitsbereich umfasste die Begutachtung von Kindern und Beratung von Eltern und KindergartenpädagogInnen in sämtlichen städtischen Kindertagesheimen (einschließlich Integrationsgruppen für behinderte Kinder) sowie die Leitung der 12 Sonderpädagogischen Ambulanzen. Die PsychologInnen waren mit 3.122 Kindern befasst (2.070 Kinder in Kindertagesheimen, 1.052 Kinder in den Sonderpädagogischen Ambulanzen), was gegenüber 1997 eine Steigerung von fast 10 Prozent bedeutete.

PsychologInnen fungierten vermehrt als BeraterInnen für PädagogInnen in den Kindertagesheimen und waren mit klinisch-psychologischer Diagnostik für entwicklungsrückständige und behinderte Kinder befasst, die Aufnahme in Integrationsgruppen finden sollten. Viele Kinder wurden längerfristig psychologisch behandelt und betreut. Die PsychologInnen leiteten Teambesprechungen und waren mit Supervisions- und Schulungsaufgaben für MitarbeiterInnen von Kindertagesheimen betraut.

Das Kompetenzzentrum für behinderte Kinder nahm im November unter der Leitung einer Psychologin seinen Betrieb auf. Das Kompetenzzentrum soll SozialarbeiterInnen, die mit der Betreuung von Familien mit behinderten Kindern befasst sind, mit fachlichem Know-how und Informationen zur Verfügung stehen. Eine Fragebogenerhebung bei SozialarbeiterInnen wird die Grundlage für die Erstellung einer Informationsmappe liefern.

Die im Fachbereich Fremdunterbringung tätigen PsychologInnen haben ihre Angebote - im Sinne des Konzeptes Heim 2000 - weitgehend modifiziert und eine Schwerpunktverlagerung der psychologischen Tätigkeit in Richtung Prozessbegleitung, Teambegleitung und Fallsupervision vorgenommen. Die Zahl der psychologisch betreuten und behandelten Kinder betrug 779. Eine besonders große Nachfrage bestand seitens der SozialpädagogInnen an längerfristiger psychologischer Behandlung und Psychotherapie für die außerhalb ihres Familienverbandes lebenden und teilweise psychisch schwer irritierten Kinder und Jugendlichen aus Heimen und Wohngemeinschaften.

Im Beratungs- und Therapiezentrum in 17, Leopold-Ernst-Gasse 22, konnten 79 Kinder psychologisch betreut und behandelt werden. Im überregionalen Beratungs- und Therapiezentrum in 9, Lustkandlgasse 50, einer ambulanten Einrichtung in den Räumlichkeiten der ehemaligen Kinderpsychologischen Station, konnten 52 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 18 Jahren - aus Krisenzentren, Wohngemeinschaften, Heimen oder von SozialarbeiterInnen überwiesen - eine umfassende psychologische Diagnostik und psychologische Behandlung erhalten. Diese Einrichtung wurde außerdem häufig für die Untersuchung von Geschwisterreihen (6 Geschwisterreihen, insgesamt 15 Kinder) kontaktiert. Bei 22 Kindern und Jugendlichen (42 %) war eine längerfristige psychologische Behandlung indiziert. Psychotherapie nahm zu.

Im Pflegestellenbereich war ein Psychologe für die Betreuung von Pflegekindern und die Beratung von Pflegeeltern in den Bundesländern zuständig. 91 Kinder wurden vorgestellt. Zur psychologischen Beratungstätigkeit zählte auch die regelmäßige Teilnahme des Psychologen an multidisziplinären Teambesprechungen und Fallverlaufskonferenzen.

Im Psychologisch-pädagogischen Zentrum (PPZ) konnte eine große Nachfrage nach stationärer Aufnahme von schwer traumatisierten Kindern seitens der Ämter für Jugend und Familie registriert werden. 67 Anfragen erforderten intensive Beratungs- und Vernetzungsgespräche zum Zwecke möglicher ambulanter und stationärer Ressourcennutzung.

Die MitarbeiterInnen des PPZ empfahlen in 20 Clearinggesprächen für 16 Kinder die stationäre Aufnahme im PPZ, 14 Kinder wurden schließlich aufgenommen. Massive Verhaltensauffälligkeiten (29 %), Misshandlung bzw. Misshandlungsverdacht (16 %) und sexueller Missbrauch bzw. Missbrauchsverdacht (16 %) waren die häufigsten Aufnahmegründe.

7 Kinder konnten nach einer intensiven psychologisch-pädagogischen Behandlung der gesamten Familie wieder nach Hause entlassen werden, bei drei Kindern war eine weitere Fremdunterbringung zwar nicht abzuwenden, die Kinder stabilisierten sich aber in ihrem Verhalten, sodass die ursprünglich für notwendig erachtete Einzeleinweisung in eine therapeutische Einrichtung nicht mehr notwendig war und die Kinder aufgrund der erworbenen Gruppenfähigkeit in einer Regelgruppe aufgenommen werden konnten. Bei vier Kindern ist ein Behandlungsende erst für 1999 zu erwarten.

Das PPZ konnte trotz seines relativ kurzen Bestehens großes Interesse bei FachkollegInnen aus dem In- und Ausland wecken. Die BesucherInnen waren nicht nur vom Konzept des PPZ, sondern vor allem von der ausgezeichneten multiprofessionellen Zusammenarbeit und den Behandlungserfolgen beeindruckt.

Die griechische Vertreterin der EU-Kommission für Sozialprojekte stattete dem PPZ einen Besuch ab und war an einem weiteren fachlichen Austausch sehr interessiert. PsychiaterInnen, PsychologInnen und PsychotherapeutInnen aus Polen, Bulgarien und der Slowakei studierten das Projekt mit dem Ziel, eine ähnliche Einrichtung in ihrem Her-

kunftsland aufzubauen.

PsychologInnen der MAG ELF gestalteten im vergangenen Jahr zahlreiche Seminare und Einschulungskurse im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie und boten auch Fortbildungen für MitarbeiterInnen in der eigenen Abteilung an.

Die 45. Arbeitstagung der österreichischen JugendamtspsychologInnen stand im Zeichen des Themas „Psychologische Beiträge zur Jugendwohlfahrt - ein internationaler Vergleich". Die ReferentInnen boten interessante Fachbeiträge, die als Basis für eine Standortbestimmung der in der Jugendwohlfahrt tätigen PsychologInnen dienten.

Sozialpädagogische Regionen

Die Aufteilung Wiens in sechs Sozialpädagogische Regionen für Kinder sowie je eine Überregion für weibliche und männliche Jugendliche hat sich sehr bewährt und wird von der Bevölkerung positiv angenommen. Mit Jahresende stehen für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendwohlfahrt 1.460 Plätze zur Verfügung. Davon entfallen 910 Plätze auf den öffentlichen, 444 auf den privaten Bereich und 106 auf Krisenplätze. Die durchschnittliche monatliche Auslastung betrug im stationären öffentlichen Bereich 91 Prozent, im stationären privaten Bereich 103 Prozent, auf den Krisenplätzen 67 Prozent.

Region	stationäre Plätze (MAG ELF)	stationäre Plätze (Vertragseinrichtungen)	Krisenplätze (MAG ELF)
Region I	72	–	16
Region II	112	52	16
Region III	82	42	8
Region IV	74	46	8
Region V	185	79	16
Region VI	88	25	16
Überregion weibliche Jugendliche	83	30	16
Überregion männliche Jugendliche	214	–	10
Überregionale Behinderteneinrichtungen	–	170	–
Gesamt	910	444	106

Der Strukturreform „Heim 2000" lagen folgende Leitsätze zugrunde:

Großinstitutionen wie z.B. Heime entwickeln eigene Regeln und Verhaltensmuster, die einer familienähnlichen Lebensform entgegenlaufen. Wenn ein Kind/Jugendlicher schon zeitweise nicht in seiner Ursprungsfamilie leben kann, sollten zumindest die äußeren Wohn- und Lebensverhältnisse denen einer familiären Lebensform angepasst sein.

Fremdunterbringung als zeitlich begrenzte, gezielt eingesetzte Maßnahme sollte nicht zum Abbruch aller bisherigen sozialen Beziehungen führen. Die Reintegration in das ursprüngliche Lebenssystem kann umso leichter erfolgen je weniger gravierend die Beziehungsabbrüche waren, je mehr die Ursprungsfamilien in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und miteinbezogen werden und je mehr das Normalitätsprinzip im Rahmen der stationären Unterbringung ermöglicht werden kann. Dazu gehören u.a. die Bewältigung des Schulwegs, die Erhaltung von Freunden und Schulfreunden und LehrerInnen, Stabilität der räumlichen Bezüge wie Parks, bekannte Straßen, Verkehrsverbindungen sowie Einkaufen lernen, Haushaltsführung, Nachbarschaftshilfe usw.

Strukturell wurden die Leitideen in der Regionalisierung umgesetzt.

Die Umsetzung - Krisenzentren, Dezember 1998

Region	KRIZ	Adresse	Plätze
Region I	1. KRIZ 1	1, Neutorgasse 15	8 Plätze
Bezirk 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 20 sowie alle ausländischen Kinder ohne ordentlichen Wohnsitz	2. KRIZ 20	20, Trunnerstraße 2 (1999) dzt. interimsmäßig: 9, Lustkandlgasse 50	8 Plätze
Region II	1. KRIZ 21	Finalstandort 21. Bezirk dzt.: 19, Hohe Warte 3	8 Plätze
Bezirk 21, 22	2. KRIZ 22	Finalstandort 22. Bezirk dzt.: 19, Hohe Warte 3	8 Plätze
Region III	KRIZ 3	3, Hagenmüllergasse 20	8 Plätze
Bezirk 2, 3, 11			
Region IV	KRIZ 10	10, Columbusgasse 32	8 Plätze
Bezirk 10, 23			

Region V	1. KRIZ 12	12, Am Fuchsenfeld 3/27/R1	8 Plätze
Bezirk 12, 13, 14		dzt.: 14, Stadt des Kindes	

Seit Beginn der Reform konnten insgesamt 18 neue Wohngemeinschaften eingerichtet werden. Insgesamt bestanden zum Jahresende 29 Wohngemeinschaften.

Durch die Arbeit der Projektgruppe „Heim 2000" ist es gelungen, den Anteil von Kindern und Jugendlichen, die in Heimen wohnen, von 73 auf 54 Prozent zu verringern und dementsprechend den Anteil von Kindern und Jugendlichen, welche in Wohngemeinschaften wohnen, von 12 auf 28 Prozent anzuheben.

Für die weitere Umsetzung von „Heim 2000" erfolgte wie bisher die bauliche Planung in Zusammenarbeit mit der MA 19 und MA 24 für weitere sechs regionale Krisenzentren und 29 Wohngemeinschaften. In Zusammenhang mit der Schaffung von weiteren Wohngemeinschaften wird es notwendig sein, die Planung auch auf Wohnungen im Genossenschaftsbereich auszudehnen.

Das Ziel der Reform „Heim 2000" liegt darin, alle Wohngruppen der drei Großheime Wiens (Charlotte-Bühler-Heim, Hohe Warte, Stadt des Kindes - Familiengruppen) in Wohngemeinschaften auszulagern und somit zu regionalisieren. Bis zum Jahr 2001 werden insgesamt 50 neue Wohngemeinschaften entstehen.

Folgende Standards für Wohngemeinschaften sind derzeit verbindlich: Wohnungen mit ca. 190 m² (eine Großwohnung oder zwei Kleinwohnungen) im sozialen Wohnbau (Neubesiedelungsgebiete oder Baulückenverbauung), Personal: 4 SozialpädagogInnen, 1 Wirtschaftshelferin.

Nach Abschluss der Adaptierungsarbeiten konnte in der Region I im September der Verwaltungsstützpunkt in 9, Lustkandlgasse 50, eröffnet werden. Mit der Schließung der letzten Gruppe des Julius-Tandler-Heimes (JTH), der Außenwohngruppe in 2, Obere Augartenstraße 14/4, mit 1. Oktober wurde das Julius-Tandler-Heim (die ehemalige und geschichtsträchtige Kinderübernahmestelle - KÜST) aufgelöst. Nunmehr befinden sich in den Räumlichkeiten 9, Lustkandlgasse 50, das Psychologisch-pädagogische Zentrum, der Verwaltungsstützpunkt der Region I, das Julius-Tandler-Familienzentrum sowie interimsmäßig das Krisenzentrum 20. Dieses Krisenzentrum steht den Bezirken 20 und 2 zur Verfügung.

Nach wie vor sind in der Region II beide Krisenzentren (für den 21. Bezirk und den 22. Bezirk) interimsmäßig im Heim Hohe Warte situiert.

Es konnten in dieser Region drei neue Wohngemeinschaften eröffnet werden. Zwei dieser Wohngemeinschaften bestehen aus Familiengruppen des Charlotte-Bühler-Heimes (eine davon ist als behindertengerechte Wohngemeinschaften eingerichtet), die dritte Wohngemeinschaft bereits aus einer Familiengruppe des Heimes Hohe Warte.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kamen die Kinderwelt Stiefern und die Wohngemeinschaft Maria Frieden zu dieser Region.

Das Krisenzentrum für den 2., 3. und 11. Bezirk übersiedelte in der Region III aus seinem interimsmäßigen Quartier im Charlotte-Bühler-Heim in die fertig gestellten Räumlichkeiten in 3, Hagenmüllergasse 20. Drei neue Wohngemeinschaften wurden errichtet. Das Kinderheim Edelhof kam als Vertragseinrichtung zu dieser Region.

In der Region IV erfolgten umfangreiche Sanierungsarbeiten in den bereits bestehenden Wohngemeinschaften.

Die Lehrküche des Heimes Biedermannsdorf bewährte sich, sodass mit Beginn des 2. Lehrjahres das Angebot auf 14 Lehrplätze erhöht wurde. Bereits 80 Prozent der im Heim stationär versorgten Kinder/Jugendlichen kommen aus den Regionen III und VI. Dies zeigt, wie sehr das Regionalisierungskonzept bereits greift.

Im Schulheim Gaaden wurden die Außenrenovierungsarbeiten abgeschlossen. Dieses Kooperationsprojekt zwischen der MAG ELF und dem Wiener Stadtschulrat bietet pro Schuljahr drei Turnusse für je maximal 18 sehr schwierige Schulkinder an. Die Kinder befinden sich von Montag bis Freitag in dieser Einrichtung. Die schulfreien Tage, Wochenenden, Feiertage und Ferien verbringen sie bei ihren Familien. Auch hier ist das Ziel die Rückführung in die Familie sowie in die Stammschule bzw. in eine Ersatzschule.

Das vertragliche Wohnheim für Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Angebot Pitten wurde dieser Region angegliedert.

In der Region V nahm am 1. Dezember ein weiteres interimistisch in der Stadt des Kindes untergebrachtes Krisenzentrum für die Region (zukünftiger Standort 14, Penzinger Straße 150) seinen Betrieb auf. Als erster Schritt zur Auslagerung der Angebote der Stadt des Kindes erfolgte die Versorgung der Jugendlichen über das Betreute Wohnen bzw. im Gesellinnenheim Aichhorngasse.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kamen das August-Aichhorn-Haus, drei damit verbundene Wohngemeinschaften sowie drei Wohngemeinschaften der Wiener Volkshilfe zu dieser Region.

Das Krisenzentrum Sandleiten der Region VI wurde interimsmäßig in 18, Hockegasse 41, angesiedelt.

Es konnten zwei weitere Wohngemeinschaften (Familiengruppen aus dem Charlotte-Bühler-Heim) in dieser Region eröffnet werden.

Alle fünf Wohngruppen des Pavillons II der Stadt des Kindes wurden in externe Wohngemeinschaften der Regionen II und III ausgelagert. Dadurch konnte das Haus an die MA 56 - Städtische Schulverwaltung zur Verwendung übergeben werden. Der Pavillon dient als Ausweichquartier für die Hans-Radl-Schule, die derzeit renoviert wird.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen wurden 50 Prozent des vorhandenen Platzangebotes des Clara-Fey-Kinderdorfes in 19, Stefan-Esders-Platz 1, dieser Region angegliedert.

Auf Wunsch der Leitung und der MitarbeiterInnen des Krisenzentrums Nußdorf fand in der Überregion weibliche Jugendliche eine Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf statt, mit dem Ziel, eine Standortbestim-

mung durchzuführen, die Informations- und Kooperationsstrukturen zu durchleuchten und, falls erforderlich, zu verbessern. Die Ergebnisse bestätigten das KRIZ als eine positive Ressource. Die Klientinnen heben im Besonderen die akzeptierende, unterstützende Funktion des KRIZ hervor. Neben der positiven Bewertung des Kriseninterventionszentrum (KRIZ) ergab die Befragung der SozialarbeiterInnen einen weiteren Bedarf an Ressourcen im Unterbringungsbereich jugendlicher Mädchen, der jedoch nicht durch das KRIZ abgedeckt werden kann.

Das Gesellinnenheim Aichhorngasse wurde auf Grund struktureller Veränderungen und einer Neukonzeption in eine Einrichtung der Jugendwohlfahrt umgewandelt. Es stehen nun 16 Plätze für jugendliche Mädchen zur Verfügung. Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kam das St. Josefs-Heim, Brunn/Gebirge, zu dieser Region. In der Überregion männliche Jugendliche ist das Angebot des Betreuten Wohnens im Laufe des Jahres von 16 auf 34 Plätze ausgebaut worden.

Im März erfolgte nach einer Planungsphase durch einen Arbeitskreis der administrative Zusammenschluss der drei Mutter-Kind-Unterbringungen sowie die entsprechende Zuteilung der Sozialpädagoginnen in die Einrichtungen. Nach Renovierungs- und Adaptierungsarbeiten konnte in allen drei Bereichen ein einheitlicher Ausstattungsstandard erreicht werden. Derzeit stehen folgende Platzkapazitäten zur Verfügung: Mutter-Kind-Heim (gleichzeitig zentrale Verwaltungsstelle) in 10, Pleischlgasse 2, und angeschlossene Wohnungen mit 14 Plätzen, „Wendepunkt", 18, Bastiengasse 36 - 38, und angeschlossene Wohnung mit 13 Plätzen, AZS/Ausbildungszentrum, Wien 21, Freytaggasse 32, und angeschlossene Wohnung mit 10 Plätzen.

Die Erweiterung des Angebotes von „eng betreuten" Mutter-Kind-Unterbringungsplätzen führte zu einer rascheren Versorgung der Klientinnen.

Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres im Mutter-Kind-Heim 14 Frauen mit 14 Kindern, im „Wendepunkt" 15 Frauen mit 18 Kindern, im AZS 8 Frauen mit 9 Kindern, insgesamt 37 Frauen mit 41 Kindern. Entlassen wurden aus dem Mutter-Kind-Heim 15 Frauen mit 16 Kindern, „Wendepunkt" 17 Frauen mit 20 Kindern, AZS 8 Frauen mit 9 Kindern, Krisenwohnungen 5 Frauen (Väter) mit 10 Kindern, insgesamt 45 Frauen (Väter) mit 55 Kindern.

Die Anglo-Austrian-Society ermöglichte im Rahmen der Sonderförderungen 6 Kindern aus den Sozialpädagogischen Regionen einen zweiwöchigen Aufenthalt in Großbritannien, um ihre Englischkenntnisse zu verbessern.

An 10 Jugendliche aus den Sozialpädagogischen Regionen der Stadt Wien konnten Beträge in der Höhe von S 10.000,– bis maximal S 20.000,– aus den Mitteln der Odescalchi-Stiftung zur Unterstützung der Wohnungsgründung und zur Verselbstständigung ausbezahlt werden.

Zwei Jugendliche aus der Überregion männliche Jugendliche und ein jugendliches Mädchen aus der Region VI erhalten ab 1. Dezember bis zum vollendeten 18. Lebensjahr eine monatliche Unterstützung von 2.000,– aus Mitteln der Freiherr-von-Vichter und Wissendsche-Stiftung.

Viele Veranstalter stellten auch im Jahr 1998 kostenlos Karten für den Besuch kultureller Veranstaltungen (z.B. Zirkus Knie, Theater der Jugend) zur Verfügung und bereiteten damit den Kindern und Jugendlichen viele schöne Erlebnisse.

Der Verein zur Förderung der Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen im Fremdunterbringungsbereich in den Bereichen Kunst, Kultur und Erlebnispädagogik veranstaltete am 20. November unter dem Ehrenschutz von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska im Festsaal des Wiener Rathauses eine große Benefizgala gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern.

Die vom Erlebnispädagogischen Zentrum (EPZ) veranstalteten Projekte sind als eine Chance für Kinder und Jugendliche gedacht, Verantwortungsbewusstsein, Vertrauen, Selbstwert und Gemeinschaftsfähigkeit aufzubauen. Durch die Teilnahme an diesen erlebnispädagogischen Projekten sollen besonders verhaltensauffällige und schwierige Kinder und Jugendliche aus den sozialpädagogischen Einrichtungen zu einer positiven Verhaltensänderung geführt werden, die eine Wiedereingliederung in ein soziales Umfeld ermöglicht.

Das EPZ veranstaltete folgende Auslandsprojekte: Erlebnis Bauernhof (Tata/Ungarn), Spuren im Sand (Djerba/Tunesien), Kanufahrt (Moldau/Tschechien), Floßbau und Floßfahrt (Kläralven/Schweden), Mit dem Rad ans Meer (Porec/Kroatien), Ein Fluss ist wieder unser Weg (Mittelschweden, nordöstliches Värmland). Insgesamt nahmen 38 Kinder und Jugendliche daran teil.

In den Vertragsheimen standen für Wiener Kinder und Jugendliche insgesamt 444 systemisierte Plätze zur Verfügung. Am Jahresende waren 424 Plätze belegt, 15 Plätze waren gesperrt. Zusätzlich bestanden 223 Einzeleinweisungen.

Mit der planmäßigen Umsetzung der Reform Heim 2000 bestand die Notwendigkeit, die Vertragseinrichtungen in die Reform miteinzubinden. In gemeinsamen Arbeitsgesprächen wurde ein Konzept zur Regionalisierung der Vertragseinrichtungen erarbeitet. Bereits im September konnte mit der Umsetzung begonnen werden.

Das FOCUS-Team, das im Auftrag von Vizebürgermeisterin Grete Laska und des Drogenkoordinators der Stadt Wien Peter Hacker sowie der MAG ELF und der MA 12 tätig ist, führte auf Ersuchen der Bezirksvorstehung Wieden eine Erhebung der sozialen Situation in den Regionen Mozartplatz, St.Elisabeth-Platz und Schlüsselgasse (Kleinkinderspielplatz) durch, wobei im Zuge von Gesprächen mit den sozialen Institutionen und Schulen ein Schwerpunkt auf der Suchtprävention lag. Weiters erstellte das FOCUS-Team auf Ersuchen der Bezirksvorstehung 21. Bezirk im Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße eine Bedarfsanalyse durch und stellte die soziale Situation aus der Sicht der MitarbeiterInnen der vor Ort tätigen Institutionen dar. Auf Ersuchen der Bezirksvorstehung 2. Bezirk

erhob das Team die soziale Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Regionen des Nordbahnviertels (Volkertmarkt, Rueppgasse) und des Stuwerviertels (Mexikoplatz, Max-Winter-Platz), der Gemeindebauanlage Handelskai 214 sowie am Kinderspielplatz in der Malzgasse. Zusätzlich wurden mögliche Auswirkungen des Praters auf Kinder und Jugendliche des 2. Bezirks recherchiert.

Bildungseinrichtungen

Die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien verstärkte im Bereich der Methoden der Sozialarbeit den Gemeinwesenansatz. Neue Lehrbeauftragte vermittelten aktuelle wissenschaftliche Grundlagen und Informationen über praktische Gemeinwesenprojekte. Die Studierenden konnten praktisch an der Gemeinwesenarbeit in der Siedlung „Am Schöpfwerk" mitwirken.

Weiters intensivierte die Akademie den Ausbildungsbereich „Alter Mensch" sowie Lehrveranstaltungen zu Wohnungsproblemen und Freizeitpädagogik.

Im Projektunterricht kam es zur Realisierung interessanter Ideen, wie z.B. die Einrichtung einer frauenspezifischen Bibliothek für weibliche Häftlinge einer Sonderstrafanstalt, Erarbeitung eines Ressourcenverzeichnisses von sozialen Einrichtungen auf EDV-Basis, Verteilung von Lebensmittelüberschüssen an Bedürftige („Wiener Tafel") u.a.

Im Rahmen der ergänzenden Unterrichtsveranstaltungen inszenierte die „Theaterwerkstatt" verschiedene Aufführungen; u.a. fand eine Straßentheater-Aufführung anlässlich der Eröffnung der neuen MAG ELF - Zentrale unter großer Publikumsbeteiligung am Kardinal-Nagl-Platz statt.

Die Akademie unterstützte die Erstellung der Diplomarbeiten durch zusätzliche Seminarangebote zur Technik wissenschaftlichen Arbeitens. Die Themen reichten von „Sozialarbeit und Behinderung" über „Sozialarbeit und Drogen" und „Jugend und Familie" bis zu Gesundheitsthemen u.a.

Die Akademie nahm am Programm der Europäischen Bildungskooperation teil. 10 Studierende konnten ein Praktikum bzw. ein Studiensemester im Ausland absolvieren. 8 Gaststudierende kamen aus anderen Ländern nach Wien. Der Direktor der Akademie hielt eine Reihe von Gastdozenturen in ausländischen Universitäten.

Der Diplomjahrgang 1998 (Beginn 1995) umfasste 42 Personen, von denen 25 ihr Studium bis Jahresende abschließen konnten. Die durchschnittliche Studienzeit beträgt derzeit bereits 3 3/4 Jahre, was primär auf die Diplomarbeit zurückzuführen ist, aber auch auf nicht rechtzeitig abgelegte Prüfungen. Teilweise sind Studierende auf Teilzeitbasis bereits in den Arbeitsmarkt integriert. Aus früheren Jahren legten weitere 3 StudentInnen die Diplomprüfung ab; insgesamt wurden somit 28 Diplome vergeben. Die Berufsintegrationsquote beträgt 78,5 Prozent, was eine Steigerung gegenüber den Vorjahren darstellt. Gezielt noch auf Arbeitssuche waren zum Jahresende 14 Prozent, einige AbsolventInnen sind aus persönlichen Gründen (Studium, Familie usw.) derzeit nicht an einem Arbeitsplatz interessiert. Im Laufe des Jahres meldeten sich 405 BewerberInnen für eine Aufnahme in die Akademie an, 380 unterzogen sich der Eignungsuntersuchung. 45 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid. Insgesamt besuchen derzeit 152 Studierende die Akademie (102 Frauen, 50 Männer).

Die Akademie erhöhte das Angebot der Fortbildungsseminare; auch die TeilnehmerInnenzahl stieg an. Hatten im Vorjahr 382 MitarbeiterInnen an insgesamt 26 Seminaren teilgenommen, besuchten nunmehr 635 MitarbeiterInnen die angebotenen 42 Seminare mit 34 verschiedenen Themen. Die Steigerung um rund 66 Prozent ist auf das größere Interesse bei den TeilnehmerInnen, auf das erweiterte Angebot und auf die Verpflichtung zu mehr Fortbildungsseminartagen für SozialarbeiterInnen zurückzuführen. Diese Verpflichtung kann allerdings nicht nur durch Teilnahme an Angeboten der Akademie in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungsbeirat erfüllt werden, sondern auch durch Teilnahme an der Fortbildung anderer Anbieter.

Thematisch erhielt der systemisch-methodische Ansatz in der Sozialarbeit breiten Raum, weiters Seminare mit ausländischen ReferentInnen bzw. EU-Themen, Drogenabhängigkeit, Migrationsfragen, Verschuldung, wohnungslose KlientInnen. Außerdem führte die Akademie Fortbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Sonderkindergärtnerinnen, für Pflege- und Adoptiveltern sowie für leitende Beamte der Stadt Wien durch.

Mit Unterstützung der Europäischen Bildungskooperation und des Wiener Integrationsfonds fand ein Speziallehrgang für ausländische (muttersprachlich kompetente) InteressentInnen für die Akademie für Sozialarbeit statt, der einerseits eine Ausbildung in sozio-kultureller Animation darstellte als auch eine Vorbereitung für das Studium an der Akademie. Einige der AbsolventInnen konnten im Herbst in die Akademie aufgenommen werden.

Das Institut für Sozialpädagogik führte weiterhin im Kolleg für Sozialpädagogik zwei Jahrgänge. 24 Studierende legten die Diplomprüfung mit Erfolg ab. Die Zahl der BewerberInnen für eine Ausbildung betrug 150, davon wurden 26 aufgenommen. Die Auswahl erfolgte in eigenen Seminaren. Als Lehrveranstaltungen fanden eine Aktionswoche zum Medium Drama, eine Wintersportwoche, ein Projektpräsentationstag, ein Drama-Workshop, eine Alpinwoche und das Spielefest „Spielen in Wien" statt. Das Spielefest wird von der jeweils neuen Kollegklasse veranstaltet. Nach intensiver Vorbereitung, Themenfindung und Materialbeschaffung gilt es, eine Bühne und diverse Spielaktionen zu errichten. An zwei Tagen besuchten rund 700 Kinder und Erwachsene das Fest. Auch eine Gruppe von behinderten Jugendlichen konnte begrüßt werden. Die finanziellen Mittel für das Fest werden durch Sponsoring (von den Studierenden betrieben) aufgebracht

Das Institut führt laufend zwei Jahrgänge des „Lehrganges für Behindertenarbeit für Berufstätige". Ein Lehrgang dauert drei Semester.

Das Fortbildungsprogramm umfasste 31 Seminare im Zeitausmaß von 1 bis 3 Tagen. 277 MitarbeiterInnen nah-

men daran teil. Außerdem fanden Spezialseminare in den Regionen und für die Gruppe der Regionalleiter statt. Den Absolventen des 1. Kriseninterventionslehrganges wurden im Rahmen der Fachtagung „Krisenintervention in der Jugendarbeit" die Diplome überreicht. Weitere Lehrgänge werden durchgeführt. Außerdem führte das Institut einen „Lehrgang Erlebnispädagogik", um in Kenntnissen und Fertigkeiten für die Outdoor-Pädagogik auszubilden. Für die Berufsgruppe der Sozialpädagogen organisierte das Institut 70 Einzelsupervisionen und 79 Gruppen-(Team)supervisionen. Weitere Angebote waren Coaching, Team- bzw. Organisationsentwicklung sowie Pilotprojekte mit der Methode der Mediation.

Die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik erhob im Sinne der erhöhten Schulautonomie den Istzustand der Schulkultur aus der Sicht der LehrerInnen. Die Erhebung zeigte einen hohen Grad an Zufriedenheit über das Schul- und Arbeitsklima, insbesondere wurden die persönlichkeitsbildenden Schwerpunkte der Ausbildung hoch bewertet. Kritisiert wurde vor allem mangelnde Transparenz in einzelnen Bereichen des Schullebens sowie die geringe Präsenz der Schule in der Öffentlichkeit. Auf der Basis dieser Erhebung soll versucht werden, die Schulkultur weiter zu verbessern.

Zum Jahresende besuchten 472 SchülerInnen (12 männliche) die Bildungsanstalt, weiters 56 SchülerInnen (1 männlicher) in Assistentenkursen und 27 TeilnehmerInnen des Lehrganges für Sonderkindergärtnerinnen. 75 AbsolventInnen bestanden die Reife- und Diplomprüfung, weiters 47 KandidatInnen aus den Assistentenkursen. Die Diplomprüfung im Rahmen des Kollegs absolvierten 29 KandidatInnen mit Erfolg, die Diplomprüfung zur Sonderkindergärtnerin 26 Kandidatinnen.

Zur Eignungsprüfung für die Kollegausbildung traten 49 KandidatInnen an, wovon 3 nicht bestanden und 8 wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden konnten. Zur Eignungsprüfung für die Ausbildung zur Reife- und Diplomprüfung traten 182 KandidatInnen (7 männliche) an, wovon 170 bestanden; 78 (4 männliche) konnten wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden.

Sozialamt

Für das Sozialamt waren im Jahr 1998 folgende Ereignisse bzw. folgende Projekte von großer Bedeutung:
Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit dem Projekt „Delogierungsprävention" und der breiten Akzeptanz dieses Serviceangebotes durch die Bürger Wiens, die vom Wohnungsverlust bedroht sind, wurde im Interesse einer Kapazitätssteigerung die organisatorische Zuständigkeit für die Delogierungsprävention neu geregelt. Ab Mitte 1998 wurde die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) mit der Delogierungsprävention für den gesamten Privatwohnungsbereich und die Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen mit der Delogierungsprävention für den kommunalen Wohnbereich betraut.

In der Allgemeinen Sozialhilfe wurden die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ab 1. Jänner 1998 mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 44/1997, erhöht:
Sie betrugen für Alleinunterstützte S 4.945,–, für Hauptunterstützte S 4.822,–, für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe S 2.476,– und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe S 1.483,–. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der AusgleichszulagenempfängerInnen gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und mit S 2.747,– für Alleinstehende und S 3.677,– für ein Ehepaar festgesetzt. Außerdem wurden an DauersozialhilfebezieherInnen - ebenfalls analog den Pensionen mit Ausgleichszulage - in den Monaten Jänner und Juli 1998 zusätzliche Zahlungen von jeweils S 650,– für Alleinstehende und S 975,– für Ehepaare geleistet. Zur Verbesserung des Schutzes vor Wohnungsverlust wurde die Höchstgrenze der Mietbeihilfe überdurchschnittlich auf S 3.116,– angehoben.

Sozialhilfe als Dauerleistung für alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1998 in 3.559 Fällen für 3.747 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1997 stieg die Zahl der Fälle um 20 und die der Personen um 24. Von diesen 3.747 Personen waren 9 Kriegsgeschädigte, 641 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 5 KleinrentnerInnen, 191 AusländerInnen und 2.901 sonstige DauerleistungsempfängerInnen. Bemerkenswert ist, dass nicht weniger als 614 PensionistInnen eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als S 823,– pro Monat zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes wurden in 124.953 Fällen ausbezahlt. Unter anderem entfielen 7.152 Fälle auf PensionsbewerberInnen, 2.477 auf AlleinerzieherInnen und in 1.216 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Aufwendungen für Geldaushilfen erhöhten sich um 15,93 Prozent und betrugen S 544,912.091,74.

An die Wiener Stadtwerke - Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten S 4,218.934,48 für 635 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes). Im Jahr 1998 wurden an Hinterbliebene Beiträge zum Bestattungsaufwand für bedürftige Personen ausbezahlt, und zwar S 841.433,95.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte die Abteilung in 1.216 Fällen einmalige Aushilfen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände und monatlich durchschnittlich 11 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1998 betrug der Aufwand S 11,771.730,02.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfassten folgende Bereiche:
Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 78,579.569,25 zur Verfügung gestellt, der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von ZahnärztInnen und DentistInnen betrug S 6,972.840,53. Für Krankenhilfeleistungen für Personen ohne Krankenversicherung in städtischen und nichtstädtischen Krankenanstalten sowie Krankentransportleistungen wurden im Jahr 1998 S 1,019.370.676,15 aufgewendet (alle Anforderungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse die Leistungen für Hilfsmittel an sozialversicherte Personen sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

An Konventionsflüchtlinge wurden 3.154 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von S 19,143.367,23 ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 533 Fälle mit S 2,271.967,03 und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen 2.248 Fälle mit S 12,535.461,22.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten AsylwerberInnen mit privaten humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens 2 x jährlich). Am 31. Dezember 1998 waren in Wien 205 AsylwerberInnen untergebracht.

Das Angebot der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not umfasste im Jahr 1998 580 betreute Wohnplätze. Pro Wohnplatz betrug der Monatssatz S 5.529,– und in den Frauenwohngemeinschaften des Wiener Hilfswerkes S 6.638,– monatlich.

Die seit Mai 1992 bestehende Bosnienhilfeaktion im Rahmen der Bund - Länder Vereinbarungen endete vorerst gemeinsam mit dem Aufenthaltsrecht gemäß § 12 Aufenthaltsgesetz (§ 29 Fremdengesetz) auch für die nach dem BGBl. II Nr. 215/97 definierten schutzbedürftigen Personen am 31. Juli 1998.

Das am 1. August 1998 in Kraft getretene BGBl. Nr. 85/1998, Teil I, mit welchem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird, eröffnete dem betroffenen Personenkreis einerseits völlig neue Perspektiven für einen Verbleib in Österreich und stellte andererseits auch klar, dass nicht integrierten Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina nur mehr dann ein auf jeweils sechs Monate vorübergehendes Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet gewährt werden kann, wenn ihnen die endgültige Rückkehr in ihre Heimat noch nicht zuzumuten ist.

Letztgenannten Personen ist allerdings dieses vorübergehende Aufenthaltsrecht auf den für die Vorbereitung der Ausreise notwendigen Zeitraum zu beschränken, wenn sie ein entsprechendes Reintegrationsangebot, das ihnen nachweislich gemacht worden ist, nicht annehmen, obwohl ihnen dies zumutbar wäre.

An derartigen Projekten wird bereits seit längerer Zeit auf Bund - Länder Ebene gearbeitet und es konnten im Dezember 1998 zwei Projekte, und zwar jeweils unter der Führung der Länder Wien und Niederösterreich, für insgesamt zirka 130 bis 140 Personen fertig gestellt werden. Der Belag wird Anfang 1999 erfolgen.

Bereits Anfang 1998 wurde in Betreuung befindlichen Flüchtlingen, die Angehörige in gerader Linie hatten und selbst meistens aus Altersgründen keine Beschäftigung finden konnten, zur Vorbereitung einer dennoch beabsichtigten Integration empfohlen, eine „Selbstversicherung" bei der Gebietskrankenkasse abzuschließen, wobei auch auf die Möglichkeit der Beitragsermäßigung hingewiesen wurde. Dies deshalb bereits ab Jänner 1998, damit die sechsmonatige Wartefrist auf Leistungen, im Bedarfsfall noch durch die Bosnienhilfeaktion abgedeckt werden konnte. Voraussetzung war selbstverständlich, dass die Angehörigen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Die Selbstversicherung ermöglichte, vorwiegend in der zweiten Jahreshälfte, 243 Personen, mit Hilfe ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen von der Bosnienhilfsaktion unabhängig zu werden.

Im Mai 1998 erfolgte eine schriftliche muttersprachliche Information der Flüchtlinge über das bevorstehende Ende der Bosnienhilfeaktion mit 31. Juli 1998, wobei gleichzeitig die Teilnahme an Reintegrationsprojekten und die Unterbringung in bosnischen Altenheimen, beides mit österreichischer Finanzierungsbeteiligung, angeboten wurde.

Weiters erfolgten Informationen über mögliche Hausreparaturen, Rückerlangung von Mietrechten und Eigentum, insbesondere für Personen, die aus dem Gebiet der „Föderation" stammen.

Für Flüchtlinge aus der „Republika Srpska", mit erheblich schwierigeren Rückkehrbedingungen wurde die Möglichkeit geschaffen, sich beim Arbeitsmarktservice für die Arbeitsvermittlung vormerken zu lassen.

Aufgrund dieser Maßnahmen konnten sich allein im Teilbereich der Privatunterbringung (Unterkunft vorhanden) 88 Flüchtlinge einschließlich der unterhaltsberechtigten Angehörigen verselbstständigen.

Im Großquartierbereich kann die Verselbstständigung von weiteren 44 Personen erst nach und nach erfolgen, da die Flüchtlinge vorerst ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechende Wohnmöglichkeiten finden müssen.

Im Frühjahr 1998 wurden dem Flüchtlingsreferat vom Fonds zur Integration von Flüchtlingen im Bundesministerium für Inneres Wohnungen im neuerrichteten „Kardinal DDr. Franz König Wohnheim" angeboten. Dieses Angebot konnte von vielen Familien (insgesamt 123 Personen) mit Eigeneinkommen genutzt werden. Dadurch verringerte sich die Anzahl der Betreuten im Großquartierbereich erheblich.

Ab Ende Juni 1998 setzte außerdem eine Rückkehrwelle ein. Diese war sowohl auf das bevorstehende Ende der Bosnienhilfsaktion und die eingangs zitierte Änderung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, als auch auf eine Verbesserung der Situation in Bosnien und Herzegowina zurückzuführen. Die Rückkehr erfolgte ausschließlich freiwillig.

Die angebotene Rückkehrhilfe wurde von 257 Personen (1997: 229 Personen) in Anspruch genommen.
Am 31. Dezember 1998 waren noch insgesamt 354 (Jahresende 1997: 1.190) Personen, davon 184 (1997: 780) in Privatunterkünften und 170 (1997: 410) in Großquartieren in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Großquartiere unterscheiden sich nach:

A) 1 Großquartier (2 per 12/1997), ausschließlich in Wien,
B) 2 Gewerbliche Quartiere (3 per 12/1997 in Wien und NÖ), davon 1 in Wien und 1 in NÖ,
C) 1 Integrationshaus (2 per 12/1997), ausschließlich in Wien.

Im Jahr 1998 erfolgte eine Verringerung der Großquartiere um drei Standorte.
Ein Integrationshaus wurde mangels Möglichkeit der Weiterführung dieses Hauses geschlossen, in Niederösterreich konnte ein Standort durch die vermehrten Abgänge eingespart werden. In Wien wurde im Herbst ein Großquartier geschlossen.
Die Rückgänge bei den in Großquartieren betreuten de-facto-Flüchtlingen erfolgten somit:

in gewerblichen Quartieren	um	68 Personen (- 51,52 %)
in Großquartieren	um	75 Personen (- 54,74 %)
in Integrationshäusern	um	97 Personen (- 68,79 %)
insgesamt somit	um	240 Personen (- 58,54 %)

Es erfolgten zwar nur mehr wenige Neuaufnahmen, hauptsächlich Neugeborene und Übernahmen aus anderen Bundesländern, aber die bereits hier befindlichen Flüchtlinge brauchen zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung.
Auch die Kosten der Krankenhilfe sind wegen des immer höher werdenden Anteiles an älteren Flüchtlingen sehr hoch geblieben.
Bis 31. Dezember 1998 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 27.185 (EDV-Stand 30. Dezember 98) de-facto Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina registriert, davon waren per 31. Dezember 1998 354 Personen (Vergleichswert Ende 1997: 1.190) in Betreuung der Stadt Wien.

Von diesen 27.185 registrierten Personen erhielten insgesamt im Rahmen der Bosnienhilfeaktion Leistungen:
- 14.937 Personen im Privatbereich
- 5.965 Personen im Großquartierbereich
- 20.902 Personen absolut

Der absolute Höchststand von Betreuten wurde im Monat November 1992 mit 9.264 Personen erreicht, davon waren 2.224 Personen im Großquartierbereich und 7.040 Personen im Privatbereich untergebracht.
Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 7,397.923,85 zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von ZahnärztInnen und DentistInnen betrug S 647.548,11. Der Sozialhilfeaufwand in städtischen und nichtstädtischen Anstalten betrug S 21,244.814,12 einschließlich Krankentransporte.
Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 5.566 neue Erstattungsanträge in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe bearbeitet. Es wurden 1.672 neue Kostenanerkenntnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und anderen Sozialhilfeträgern abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1998 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 800 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 67 Fälle, mit Kur- und Rehabilitationsanstalten 32 Fälle und mit TBC-Heilstätten 10 Fälle anhängig.
In 1.146 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 6.883 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Die Johanniter, Malteser Hilfsdienst u.a.) übernommen.
In 658 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten wie Dauerleistungen, Pflegegebühren in Krankenanstalten, Mietbeihilfen usw. zur Verlassenschaft angemeldet und in 87 Fällen wurde Regress gegen Erben geltend gemacht.
Sozialhilfekosten wurden in 307 Fällen mit einem fremden Sozialhilfeträger verrechnet.
Die Einnahmen aus der Verrechnung mit fremden Sozialhilfeträgern bzw. aus Vorschreibungen in Verlassenschaftsverfahren betrugen S 16,745.321,18.
In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Überprüfung des Vorliegens von Fremdverschulden bei Verletzungen, Verkehrsunfällen usw., sowie die Einhebung des 80-prozentigen Pensionsanteiles bei Asylierungsfällen.
Weiters überprüfte man Pensionsansprüche, führte Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger durch, erledigte Amtshilfeersuchen und kontrollierte die Aufrechnungen fremder Sozialhilfeträger.

Die Aufgaben des Referates Einnahmenbetreuung waren im Berichtsjahr
- die Aufarbeitung von Kostenersatzrückständen aus dem Bereich der Offenen Sozialhilfe auf der Grundlage des Rückstandsausweises der BA 4 per 21. Februar 1997

- die Bearbeitung vakanter Rückforderungen aus dem Titel der Delogierungsprävention und
- die Bearbeitung der von der Abteilung verwalteten Stiftungen.

Im Berichtsjahr standen aus dem Bereich Offene Sozialhilfe 475 Akten mit einem Gesamtrückstand von rund 7,76 Millionen Schilling in Bearbeitung, wovon bis zum Jahresende 1998 369 Akten mit einer Rückstandssumme von 4,99 Millionen Schilling enderledigt wurden.

Von diesen langjährigen Rückständen wurden Forderungen in der Höhe von 0,51 Millionen Schilling einbringlich gemacht, weitere Altforderungen in der Höhe von 4,48 Millionen Schilling mussten wegen Uneinbringlichkeit abgeschrieben, gemäß § 26 WSHG nachgesehen oder nach Neubeurteilung der Rückforderungsgrundlagen berichtigt werden. Aus dem Bereich Delogierungsprävention werden per 31. Dezember 1998 6 Rückforderungsfälle mit einer Summe von S 87.817,71 in Evidenz gehalten.

Zur Sicherstellung aufgelaufener Sozialhilfekosten wurden 38 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von S 13,576.983,48 zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt. 19 Hypotheken konnten aufgrund der Rückzahlung des geleisteten Sozialhilfeaufwandes gelöscht werden. Im Grundbuch wurden 85 Erhebungen durchgeführt. In 5 Fällen erklärte die Abteilung, aufgrund eines im Jahre 1998 neu eingeleiteten Verfahrens vor dem Arbeits- und Sozialgericht auf Zuerkennung einer Pension ihren Beitritt als Nebenintervenient.

Aufgrund des Tuberkulosegesetzes werden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose, bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose notwendig sind, übernommen.

Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose auftretenden, nichttuberkulösen Erkrankungen werden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen, wie die Kosten der Behandlungen der Angehörigen der Tuberkulosekranken.

Im Schnitt wurden im Jahr 1998 monatlich für 64 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 24 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können.

Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1998 monatlich 24 Personen als HauptbezieherInnen und 18 Personen als MitbezieherInnen finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfes auf die Dauer des Vorliegens einer aktiven Tuberkuloseerkrankung, zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte sind im Jahr 1998 54 Anträge um Bewilligung von Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte eingegangen, davon wurden 14 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthaltes erteilt.

Anspruchsberechtigt sind nur SozialhilfebezieherInnen; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen SozialhilfebezieherInnen eine längerdauernde Linderung von Schmerzzuständen.

Im Laufe des Jahres mussten 26 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthalt nicht vorlagen, bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war (z.B. bei Bezug von Pflegegeld).

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1998 98 SozialarbeiterInnen zur Bewältigung des umfangreichen Aufgabengebietes zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch 1998 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Lösung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am „Expertenkreis", der sich aus je einem/einer VertreterIn der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, der Caritas, der MA 11, der MA 12, der MA 17 und des Vereines Wiener Frauenhäuser zusammensetzt, dar. In 24 Sitzungen wurden 1.498 Fälle (manche auch mehrmals), die von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt.

Mit Juni 1998 wurde die organisatorische Zuständigkeit bei der Delogierungsprävention geändert. Für den gesamten Privatwohnungsbereich ist die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), für den Bereich der Kommunalbauten bei Personen ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt bis zur technischen Ausstattung und Einschulung der MitarbeiterInnen der Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen (abgesehen von der Außenstelle V, die bereits das fünfte Jahr Delogierungsprävention für GemeindewohnungsmieterInnen anbietet), das jeweilige Sozialreferat im Wohnbezirk zuständig. Bei Familien mit minderjährigen Kindern im gemeinsamen Haushalt ist das betreffende Amt für Jugend und Familie zuständig, welches die Ansuchen auf finanzielle Unterstützung an das Sozialreferat weiterleitet, sofern das Familieneinkommen unter dem Familienrichtsatz liegt. Übersteigt das Einkommen diesen Richtsatz, werden die Ansuchen der Zentrale des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen zur weiteren Bearbeitung übermittelt. Im Zeitraum Juni bis Dezember 1998 sind dort 216 Anträge auf finanzielle Unterstützung zur Verhinderung von Delogierungen von Familien eingelangt. 147 Ansuchen wurden bewilligt, 38 Anträge mussten abgelehnt, 26 an die Ämter für Jugend und Familie aus verschiedenen Gründen zurückgeschickt werden. 5 Ansuchen konnten aufgrund fehlender Unterlagen noch nicht beurteilt werden.

Die SozialarbeiterInnen der sechs Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen bieten für Erwachsene

ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dergleichen verursacht wurden. 1998 fielen in den Außenstellen 14.140 Fälle (3.022 Personen) an. Insgesamt wurden 3.490 Hausbesuche und 1.632 Dienstwege durchgeführt. In 5.034 Fällen (624 Personen) wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgespräches wurde 1998 von 1.972 Personen in Anspruch genommen.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bietet zusätzlich in Zusammenarbeit mit der MA 17 Delogierungsprävention für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht mit Ablauf des Jahres 1998 bereits das fünfte Jahr. Der damit verbundene Arbeitsaufwand konnte durch die EDV-Unterstützung wesentlich besser verwaltet und dokumentiert werden. 1998 wurden der Außenstelle V 538 Räumungsklagen sowie 448 Räumungsexekutionsanträge von der Magistratsabteilung 17 gemeldet. Abgesehen von den Personen, die der Außenstelle bereits bekannt waren, wurden 880 Personen kontaktiert. Zur Verhinderung der Durchführung der Delogierung war in 62 Fällen eine Geldaushilfe erforderlich.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden Prekariumswohnungen, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die seitens der Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1998 auf 76. Insgesamt waren 1998 86 Personen untergebracht, wovon 28 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 37 wieder ausgezogen sind. In 26 Fällen konnten die Personen im Anschluss an das „Probewohnen" in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen. Mit 31. Dezember 1998 wohnten insgesamt 49 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden Tageszentren für Obdachlose wurden auch 1998 gut angenommen. Die Besucherzahlen beliefen sich in beiden Tageszentren auf insgesamt 45.979, davon 13.738 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 55 Personen) und 32.241 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 139 Personen). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der BesucherInnen am Standort Josefstädter Straße rückläufig. Dies ist offenbar ein Erfolg des Wiener Stufenplanes zur Betreuung von obdachlosen Personen. Seitens der SozialarbeiterInnen wurden 1998 976 Beratungsgespräche durchgeführt. Auch die Aktivangebote wie Dusche, Küche, Waschmaschine usw. wurden wieder voll in Anspruch genommen. Ebenso wie im Vorjahr war auch 1998 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage geöffnet, und zwar am 24., 25. und 26. Dezember 1998 von 9 bis 17 Uhr. Das Tageszentrum Pazmanitengasse war am 24. Dezember 1998 von 9 bis 13 Uhr geöffnet. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an die 382 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der Straßensozialarbeit, die von den SozialarbeiterInnen beider Tageszentren wahrgenommen wird, wurden 467 Einsätze durchgeführt, wobei 3.004 Personen kontaktiert und 627 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien-Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josef-Bahnhof, Schottentor, Votivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 und andere.

Das Angebot des medizinischen Betreuungsbusses „Louise" für die Erst- und Notversorgung Obdachloser wurde 1998 pro Monat von rund 496 obdachlosen Personen in Anspruch genommen.

Im Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose belief sich der BewohnerInnenstand mit 31. Dezember 1998 auf 227 Personen (181 Männer, 46 Frauen). 183 Personen (145 Männer, 41 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 176 Personen (135 Männer, 41 Frauen) haben es wieder verlassen. 67 Personen (50 Männer, 17 Frauen) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine anderweitige Unterkunft. In einigen Fällen musste die Resozialisierung aus verschiedensten Gründen abgebrochen werden. 1998 haben sich insgesamt 305 Personen (217 Männer, 88 Frauen) um Aufnahme beworben. Davon haben 33 Personen den Termin für das Aufnahmegespräch aus unbekannten Gründen nicht eingehalten. 79 Personen mussten aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden, 178 Personen wurden aufgenommen, 25 davon sind nicht ins Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

1998 wurden in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Wien und dem Verein Wiener Sozialdienste wieder drei Informations- und Trainingskurse für langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und NotstandshilfebezieherInnen durchgeführt. Der MitarbeiterInnenstab setzte sich aus zwei GruppentrainerInnen und einem Videoberater des Landesarbeitsamtes, einer Kanzleikraft des Vereines Wiener Sozialdienste und zwei SozialarbeiterInnen des Sozialamtes zusammen. Die sozialarbeiterische Tätigkeit bestand wieder aus organisatorischer Planung, sozialarbeiterischer Beratung der KursteilnehmerInnen während der Kurszeit, Öffentlichkeitsarbeit und Nachbetreuung der KursteilnehmerInnen. Die Dauer der Kurszeit belief sich auf jeweils 12 Wochen. An die Kursleitung wurden 1998 217 InteressentInnen verwiesenen. Insgesamt begannen 42 Personen die Kurse, 32 davon haben sie abgeschlossen. Im Anschluss an die Kurse wurde eine Vielzahl von Bewerbungsschreiben an den 1. Arbeitsmarkt sowie an diverse Sozial- und Beschäftigungsprojekte gerichtet. Bei einigen Personen bestand Aussicht auf Weiterbildung. 5 Personen konnten dazu motiviert werden, einen Alkohol- bzw. Drogenentzug zu machen. Die von der Kursleitung angebotene Nachbetreuung, um die im Kurs erreichte Stabilisierung zu erhalten, wurde von 57 ehemaligen KursteilnehmerInnen in Anspruch genommen.

Die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien wurde 1998 von 2.939 Haushalten in Anspruch genommen. Dies bedeutet eine Steigerung um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Um 32,8 Prozent stieg die Anzahl der be-

treuten Fälle (765 im Jahr 1997 auf 1.016 Fälle im Jahr 1998). Diese Zahl ist an sich positiv zu bewerten, da sie zeigt, dass die Anzahl der sanierungsfähigen Haushalte steigt. Dies ist mit ein Resultat des Privatkonkurses, der sich als taugliches Sanierungsinstrument erweist.

Im Bereich der Behindertenbetreuung waren SozialarbeiterInnen im Rahmen des Sachverständigenteams im Behindertenzentrum der Stadt Wien, in den Trainingswohnungen, im „Club 21" und der Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen tätig.

Im Jahre 1998 nahmen 1.562 Klienten den Dienst der SozialarbeiterInnen des Sachverständigenteams der Abteilung in Anspruch. Davon waren 529 Intensivbetreuungen und 893 Kontakte beziehungsweise Beratungen mit Angehörigen.

Für die im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen wurde ebenfalls Beratung und Betreuung angeboten. Mit Dezember 1998 waren insgesamt 660 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt. Primäre Aufgabe der zuständigen SozialarbeiterInnen ist es, die akuten Probleme zu lösen. Aber auch die Kontaktaufnahme mit den behinderten MitarbeiterInnen, die über die Sonderaktion beschäftigt sind und einen befristeten Dienstvertrag haben, ist ebenso wichtig wie das längerfristige Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld. Im Jahr 1998 fanden 1.436 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt, 335 davon wurden intensiv betreut. 1.715 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der im Rahmen der Sonderaktion beschäftigten MitarbeiterInnen fanden statt.

Um die Chance auf Integration in die jeweiligen Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits im Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Im Laufe des Jahres 1998 fanden auch regelmäßige Besprechungen zwischen den SozialarbeiterInnen und Vertretern der MD-PD statt.

Im Rahmen des von der Stadt Wien und des Arbeitsmarktservice finanzierten Gärtnerprojektes werden 8 behinderte Jugendliche von zwei Gärtnern der MA 42 über einen Zeitraum von zwei Jahren angelernt. Eine Sozialarbeiterin der BbM (Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen) begleitet das Projekt.

Im September 1998 übersiedelte die BbM nach 2, Schiffamtsgasse 14. Das Haus ist stufenlos zugänglich. Im Erdgeschoß gibt es eine Ö-Norm B1600 Toilette. Vor dem Haus wurde eine Behindertenparkzone eingerichtet.

Die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen war auch 1998 ein wichtiges Thema. Das Ziel, den behinderungsbedingten Mehraufwand bei gehörlosen Menschen über den Zugang zur Gebärdendolmetscherleistung und deren finanzielle Absicherung auszugleichen, wurde weiter verfolgt. Kostenvoranschlag, Projekt- und Zeitablaufplan für die Errichtung einer Gehörlosenambulanz bildeten einen Tätigkeitsschwerpunkt im letzten Viertel des Jahres 1998.

Die Verwaltungsakademie wurde bei der Organisation und Durchführung von PC-Grundkursen für gehörlose MitarbeiterInnen unterstützt.

Der im Oktober 1997 begonnene Gebärdenkurs für die SozialarbeiterInnen der BbM wurde weitergeführt. In Zusammenarbeit mit dem Verein „biv - integrativ" wurden für das Projekt „office assistant" drei Praktikumsplätze bei der Stadt Wien geschaffen. Die SozialarbeiterInnen der BbM begleiten die ProjektteilnehmerInnen während des Praktikums.

Das Jahr 1998 bot viele neue Aktivitäten im Club 21. Mit Jänner 1998 wurde das Discoangebot verdoppelt. Kulturspaziergänge waren ein neues Angebot, in dessen Rahmen man Gelegenheit fand, sich Wiener Bezirksteile anzusehen und zu erleben. „Tanz und Bewegung" wurde auch 1998 fortgesetzt. Das Angebot des Vorjahres, „Gedächtnistraining" wurde weitergeführt. Der Besuch der Wiener Eisrevue und ein Kegelabend in der Stadthalle waren Schwerpunkte des Programmes am Jahresanfang. Im Februar ging es weiter mit einem Faschingsfest und einer Faschings-Disco. Im März wurde die „Bhutan-Ausstellung" im Völkerkundemuseum und eine Theatervorstellung im Theater im Akzent besucht. Im April stand der Besuch der Star-Trek-Ausstellung als Außenaktivität auf dem Programm. Im Mai wurde ein Halbtagsausflug in den Dinosaurierpark nach Traismauer unternommen. Der Höhepunkt im Juni war ein Tagesausflug nach Brünn. Anfang Juli fand das traditionelle Sommerfest statt.

Nach der Sommerpause wurde das traditionelle Clubwochenende im Don Bosco Haus abgehalten. Das Haus mit anderen Gruppen teilend und gemeinsam benutzend, bietet somit auch einen „integrativen" Ansatz eine neue positive und sehr erfolgreiche Erfahrung.

Höhepunkte des Novemberprogrammes waren der Besuch einer Theateraufführung im Akzent und ein Kegelabend in der Stadthalle. Im Dezember gab es, abgesehen von der Weihnachtsfeier, zwei sehr wichtige Programmangebote: der Besuch am Christkindlmarkt, diesmal auf der Freyung und dann die Nikolofahrt in das tief verschneite Raach im Hochgebirge. Den Jahresabschluss bildete die stimmungsvolle sehr gut besuchte Weihnachtsfeier.

Im Bereich der Trainingswohnungen für Behinderte wurde auch im Jahr 1998 mit den BewohnerInnen intensiv an der Verselbstständigung im Sinne einer Unterbringung in einer eigenen Wohnung gearbeitet.

Die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Bosnienhilfe im Flüchtlingslager Triester Straße und in der Beratungsstelle Rösslergasse wurde 1998 von 2 SozialarbeiterInnen durchgeführt.

Die Sozialarbeiterin der Beratungsstelle war Anlaufstelle für bosnische de-facto Flüchtlinge, die im Rahmen der Aktion Bosnienhilfe unterstützt wurden.

Neben Information, Beratung und Betreuungsarbeit wurde auch wieder bei anderen Behörden wie etwa der MA 62, Arbeitsamt usw. vermittelt und interveniert. Weitere Aufgabengebiete waren Unterstützung bei der Wohnungssuche, Aus- und Weiterbildung, Lehrstellensuche usw.

Im Flüchtlingslager Triester Straße war 1998 ein Sozialarbeiter tätig. Das Aufgabengebiet umfasste die Leitung des Lagers sowie die Betreuung der BewohnerInnen des Lagers. Durch die Einstellung der Aktion Bosnienhilfe war es erforderlich, die im Lager lebenden 72 Personen anderweitig unterzubringen. 39 Prozent kehrten nach Bosnien zurück, 35 Prozent wurden zur weiteren Integration in betreute Einrichtungen übersiedelt und 26 Prozent haben sich für ein Projekt in Bosnien angemeldet und wurden in andere Lager verlegt. Ende September 1998 wurde das Flüchtlingslager Triester Straße geschlossen, womit auch die Tätigkeit des Sozialarbeiters endete.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag soziale Erhebungen im öffentlichen Raum umfasst, besteht seit nunmehr sechs Jahren und war 1998 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (bis Jänner 1998 im 4. Wiener Gemeindebezirk, Februar bis Mai 1998 im 21. Wiener Gemeindebezirk, Juni bis Juli 1998 im 20. Wiener Gemeindebezirk, Juni bis November 1998 im 2.Wiener Gemeindebezirk und ab September 1998 im 12. und 23. Wiener Gemeindebezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfassten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zum Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen sowie Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlussberichtes sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, war 1998 eine zentrale Anlaufstelle für alle MieterInnen von Privat- und Genossenschaftswohnungen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht waren. Das Aufgabengebiet umfasste die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung.

1998 wurden FAWOS 2.490 Haushalte, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. 57 Prozent der Haushalte waren ohne Kinder, 43 Prozent mit Kindern. In 1.191 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 447 Fällen eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. In 540 Fällen ist es trotz mehrmaliger Versuche nicht gelungen, Kontakt mit den Betroffenen herzustellen. In diesen Fällen kann daher auch nicht über das Ergebnis der Räumungstermine berichtet werden. In 204 Fällen wurde der Räumungstermin durchgeführt. Dabei handelte es sich in 64 Fällen um Firmen, Zweitwohnsitze oder Verlassenschaften. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 128 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung betreffend wurden auch 1998 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig. Zahlreiche Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (einige davon in Form eines 17-wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referates.

Behindertenhilfe

Frühförderung

Im November 1998 wurde ein überarbeitetes Konzept für die Frühförderung behinderter Kinder erstellt. In dem Konzept wurden kurz die seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Frühförderung im Oktober 1991 unternommenen Schritte geschildert. Den Schwerpunkt bildete der Aufbau einer flächen- und bedarfsdeckenden Hausfrühförderung in Wien. Die dem Erfahrungsaustausch betroffener Eltern dienenden Spielkreise werden gut angenommen.

Weitere Bemühungen sind auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt, dem Wiener Krankenanstaltenverbund und den anderen in der Frühförderung tätigen Organisationen gerichtet.

Zwei Arbeitskreise mit dem an den Geburtskliniken beschäftigten Personal haben die Schwangerenbetreuung sowie eine Verbesserung der Diagnoseeröffnung bei drohender Behinderung zum Inhalt.

1998 ist das Ambulatorium „Zentrum für Entwicklungsförderung" in 22, Langobardenstraße 189, das erste Jahr voll in Betrieb gestanden.

Arbeit für behinderte Menschen

Mitte 1998 ist, angebunden an die ARGE Wohnplätze, die „Initiative Arbeit" geschaffen worden, deren Träger der Verein „Wiener Sozialdienste" ist. Die Kosten dieses erweiterten Projektes mit der Bezeichnung „ARGE Wohnplätze/Initiative Arbeit" werden von der Abteilung übernommen.

Ziel der „Initiative Arbeit" ist die Förderung der beruflichen Integration behinderter Menschen. Als einleitenden Schritt hat sich die „Initiative Arbeit" eine Erhebung des Ist-Standes der Angebote an Trainings- und Unterstützungsmaßnahmen zur Aufgabe gestellt.

Wohnplätze für behinderte Menschen

Das Programm der ARGE Wohnplätze, das bis zum Jahr 2003 laufen wird, ist auch 1998 fortgesetzt worden. Es konnten 45 zusätzliche Plätze in vollbetreuten Wohngemeinschaften und 32 ambulant betreute Wohnplätze errichtet werden. Für die im Rahmen eines Sonderprogramms aus psychiatrischen Einrichtungen ausgegliederten geistig behinderten Patienten wurden 17 Wohnplätze geschaffen.

EU-Projekte

Die bereits in den Vorjahren gestarteten, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten Projekte
- Arbeitsassistenz für psychisch behinderte Menschen
- Arbeitsassistenz für Gehörlose
- Einstellungsbeihilfen
- Ausbildung gehörloser Menschen zu Schwachstromtechnikern
- Housekeeping (Hotel- und Zimmerreinigung) sind 1998 weitergeführt worden.

Die Projekte
- ALPHA Fertigungstechnik und
- SYMBIOSYS

sind 1998 programmgemäß abgeschlossen worden.
Folgende neue Vorhaben werden seit 1998 gefördert:
- „Lust auf Arbeit" (Rehabilitation drogenabhängiger bzw. suchtmittelgefährdeter Menschen)
- OGA SOL.IN (Telearbeitsplätze für psychisch kranke Menschen).

Betreuung gehörloser Menschen

Zur Verbesserung der Betreuung gehörloser Menschen wurden von der Abteilung zwei zusätzliche Übereinkommen mit der größten Wiener Interessenvertretung gehörloser Menschen, dem „WITAF Wiener Taubstummenverband", geschlossen, wonach dieser einen Zuschuss von S 300.000,– für den Einsatz von Gehörlosendolmetschern und die Kosten einer Sozialarbeiterin vergütet erhält. Ende 1998 wurde entschieden, dass in der Krankenanstalt der Barmherzigen Brüder in Wien eine Gehörlosenambulanz eingerichtet werden soll.

Maßnahmen für drogenabhängige Personen

In der 1998 in Betrieb genommenen Drogentherapiestätte der „Schweizer Haus Hadersdorf GmbH", deren Zielgruppe hauptsächlich KlientInnen sind, die in Justizbetreuung stehen, sollen auch einige KlientInnen außerhalb des Strafvollzuges behandelt werden. Die Kosten für diese Personen werden von der Abteilung getragen.

Unterstützungsbeiträge an Behindertenorganisationen

1998 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an 10 Organisationen Zuschüsse in der Höhe von S 7,400.000,– gewährt. Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von S 18,804.500,– vergütet. Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH, deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von S 32,895.500,– ersetzt.

Aufsichtsrecht

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 24 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 61 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von S 1,025.466,– ermöglichen. Insgesamt wurden 73 Anträge eingebracht. Die Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Vereine, die eine Förderung ihrer Gruppe bei der Servicestelle für Selbsthilfegruppen beantragen, wurde vom Referat Behindertenhilfe durchgeführt.

Die Beratungsstelle für Behinderte war am Montag und Donnerstag von 15.00 bis 18.30 Uhr zugänglich und wurde von 153 Ratsuchenden in Anspruch genommen. 302 telefonische Auskünfte wurden in dieser Zeit erteilt.

Sachverständigenteam

Dem Sachverständigenteam sind im Jahr 1998 1.483 Teamanfragen gestellt worden. 661 KlientInnen wurden eingeladen und an 88 Tagen begutachtet. 749 Teamanfragen konnten aufgrund vorliegender oder eigens angeforderter aktueller und schlüssiger Befunde aktenmäßig bearbeitet werden.

Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die AntragstellerInnen, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den KlientInnen geschätzt. Bei Erstanträgen oder unklarer Sachlage erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam, um die AntragstellerInnen über die Möglichkeiten der Behindertenhilfe allgemein zu informieren und individuell zu beraten.

1998 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.300 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht. Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1998 weiters folgende Leistungen erbracht:

Für 1.488 Personen Kostenübernahme der öffentlichen Verkehrsmittel, 1.470 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch, 236.171 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtendienstes durchgeführt. Mit Jahreswechsel waren 11.320 Personen berechtigt, den Freizeitfahrtendienst zu benützen. 1.799 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch. 500 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt. 2.920 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie (einschließlich WGW). 1.170 Personen

wird Hilfe zur Unterbringung gewährt. 438 Personen wird Hilfe am geschützten Wohnplatz (mobile Betreuung) gewährt. 110 Personen wurde Drogentherapie übernommen. 53 Personen wurden Maßnahmen der persönlichen Hilfe gewährt. 13 Ausweise für behinderte Personen.

Villa Kellermann

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden 28 Männer betreut. Davon 16 stationär, 11 ambulant und ein Jugendlicher in der Trainingswohnung Meiselstraße.

1998 gab es 1.260 Besuche von ambulant bzw. ehemals Betreuten. Sie nutzen die Wohngemeinschaft Villa Kellermann vorwiegend an Wochenenden als Anlauf- und Kontaktstelle.

Auch 1998 wurden die Renovierungsarbeiten fortgesetzt.

Das Dezernat VI hat im abgelaufenen Verwaltungsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Zusammenstellung und Aufbereitung von sozial-, behinderten- und pflegegeldrechtlichen Entscheidungen;
- Rückforderungen und Zurückweisungen in Pflegegeldsachen;
- Mitwirkung bei der Vertretung des Landes Wien bei Verhandlungen in Pflegegeldangelegenheiten vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien sowie dem Oberlandesgericht Wien;
- Bearbeitung von Berufungen gegen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien (Pflegegeldangelegenheiten),
- Berufungen gegen Bescheide betreffend die Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz;
- legistische Tätigkeit

In Zusammenhang mit oben erwähntem Aufgabenbereich wurden vom Dezernat VI in der Zeit von Jänner bis Dezember 1998 57 Klagebeantwortungen erstattet und in 62 Tagsatzungen vor dem ASG Wien vertreten sowie 4 Berufungsschriften verfasst und 3-mal vor dem OLG Wien vertreten. Weiters konnten rund ein Drittel der genannten 57 gerichtsanhängigen Verfahren mit einer vergleichsweisen Bereinigung abgeschlossen werden.

Darüber hinaus war das Dezernat VI als Vertreter des Landes Wien aktiver Teilnehmer bei verschiedenen Tagungen, wie z.B. der Jahrestagung des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit, der EUROPEAN SOCIAL NETWORK Jahres-Tagung in London mit dem Arbeitstitel „Direct payments", des Arbeitskreises für Pflegevorsorge in Klagenfurt sowie bei der EU-Tagung „Antidiscrimination - The way forward" in der Wiener UNO-City.

Im Rahmen der legistischen Tätigkeit erstellte das Dezernat VI im abgelaufenen Verwaltungsjahr den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz, die Pensionsordnung und das Unfallfürsorgegesetz 1967 geändert wird, welches sich derzeit in Begutachtung befindet; darüber hinaus war das Dezernat VI an der Erstellung zweier Entwürfe für eine einheitliche Einstufungsverordnung zu den Pflegegeldgesetzen wie an einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Kriterien zur Beurteilung des Pflegebedarfes von Kindern und Jugendlichen mit dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Vertretern der übrigen Bundesländer beteiligt.

Das Amt der Wiener Landesregierung wurde vom Dezernat VI auch bei einer Arbeitsgruppe im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes vertreten, die die Durchforstung des Bundesrechts nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen zum Inhalt hatte und die mittlerweile einen vorläufigen Gesamtbericht ausgearbeitet hat. Damit im Zusammenhang steht eine gleichartige Arbeitsgruppe, die vom Dezernat VI koordinativ betreut wurde und den Auftrag hatte, einen Bericht über behindertendiskriminierende Bestimmungen im Wiener Landesrecht mit Lösungsvorschlägen zu erstellen. Dieser Bericht wurde vom Dezernat VI ausgearbeitet und dem Büro des Magistratsdirektors übermittelt.

Im Jahre 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Der Magistratsabteilung 12- Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der Magistratsabteilung 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke-, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten, wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen, mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein.

Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muss während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1998 monatlich in Stufe 1 S 2.000,–, Stufe 2 S 3.688,–, Stufe 3 S 5.690,–, Stufe 4 S 8.535,–, Stufe 5 S 11.591,–, Stufe 6 S 15.806,– und in Stufe 7 S 21.074,–.

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der Abteilung wurden im Jahr 1998 2.936 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 2.833 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. Juli 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 19.551 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 19.502 Erledigungen

per 31. Dezember 1998 (dazu zählen auch amtswegige Erledigungen ohne eigenen Antrag).

Zum Stichtag 31. Dezember 1998 wurde Pflegegeld an insgesamt 7.918 Personen angewiesen.

Diese Zahlen beziehen sich auf Überleitungsfälle, Neuzuerkennungen, Erhöhungen, Herabsetzungen, sowie Ausgleichszahlungen an ehemalige BlindenbeihilfenbezieherInnen, teilweise unter Anrechnung anderer pflegebezogener Geldleistungen. Der Aufwand für Pflegegelder betrug im Jahr 1998 insgesamt S 557,916.698,50.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien ist eine Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien errichtet und betrieben wird. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht die Integration Behinderter ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Dies ist aufgrund der herrschenden Bedingungen am Arbeitsmarkt ein schwer zu lösendes Problem. Durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurde auch in diesem Berichtsjahr versucht, die Gesellschaft für die Probleme von behinderten Menschen zu sensibilisieren. Die Freizeitaktivitäten, Erholungsaufenthalte, Therapiewochen und gemeinsame Besuche von Veranstaltungen rundeten das Betreuungsprogramm des Behindertenzentrums ab. 14 Veranstaltungen wurden im Jahr 1998 durchgeführt. Mit den mittlerweilen zur Tradition gewordenen „Wiener Kulturspaziergängen" verfolgt das Behindertenzentrum mehrere Ziele:

Die Behinderten sollen mit dem an Geschichte und Geschichten so reichen Wien vertraut gemacht werden (viele der KursteilnehmerInnen haben einen oft weit zurückliegenden Sonderschulabschluss bzw. werden seitens ihrer Angehörigen in diesem Bereich kaum gefördert). Eng verbunden mit dem Kennenlernen der Sehenswürdigkeiten, dem Besuch von Ausstellungen und Veranstaltungen, ist die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die KursteilnehmerInnen sollen damit in die Lage versetzt werden, selbstständig zentrale Punkte der Stadt mit der U-Bahn bzw. Bus und Straßenbahn zu erreichen.

10 Sehenswürdigkeiten bzw. Ausstellungen wurden im Jahr 1998 besucht. Außerdem gab es 3 Ausflüge in die Umgebung Wiens.

Um den Bildungsanforderungen unserer Zeit zu entsprechen, wurde im Frühjahr 1998 und im Herbst 1998 je ein Englisch-Sprachkurs im Behindertenzentrum angeboten. Es wurde dabei versucht, auf die doch unterschiedlichen Wissens- und Fähigkeitenniveaus der KursteilnehmerInnen individuell einzugehen. Die Kurse, die nicht nur Sprachwissen, sondern auch kulturelle, historische und geographische Aspekte des angelsächsischen Sprachraumes beleuchten, wurden von den Behinderten mit großer Freude und mit viel Lerneifer angenommen.

Bei den Sprachkursen wurden neben traditionellen Unterrichtsmethoden auch modernste Lernmethoden eingesetzt: Computer und Sprach - CD - ROM´s dienten zur Vermittlung von Wissensinhalten. Ziel war es - neben Sprachwissen - ‚auch den Umgang mit diesen modernen Medien zu lehren. Zusätzlich zur Physio- und Ergotherapie wurden noch Aktivitäten wie Schwimmen, Turnen, Eislaufen usw. angeboten.

Internationale Behindertenprobleme wurden bei diversen Besuchen mit deutschen, schweizerischen, kroatischen und japanischen Fachleuten und Sozialpolitikern im Behindertenzentrum diskutiert.

Das Referat für internationale Behindertenangelegenheiten organisierte gemeinsam mit dem Büro der Vorsitzenden der Gemeinderätlichen Behindertenkommission, Frau Landtagspräsidentin Prof. Erika Stubenvoll, eine Studienreise zur größten derzeit weltweit stattfindenden Konferenz für Behindertenfragen, nach Los Angeles, USA. Bei dieser Konferenz „Technology and Persons with Disabilitys" wurde das Behindertenzentrum einem internationalen Publikum vorgestellt.

Aufgrund einer Empfehlung der österreichischen Botschaft in Brasilien hat das Staatssekretariat von Parana (Brasilien) mit dem Behindertenzentrum Kontakt aufgenommen. Es kam zum Austausch von Erfahrungen bzw. wurde über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit diskutiert.

Im Jahre 1998 wurde von der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen, die bisherigen Tätigkeiten, wie sie seit dem 1. Juli 1997 in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien verankert sind, weitergeführt.

Darüber hinaus waren in diesem Jahr weitere Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Teilnahme an einer Dienstreise als Experte der Wiener Gemeinderätlichen Behindertenkommission nach Los Angeles - Californien im März 1998 mit Teilnahme am Kongress „Technology and Person with Disabilitys".
- Mitarbeit als Experte im Beirat zur Erarbeitung eines Wiener Unfallverhütungsprogrammes für Senioren, die vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, eingesetzt wurde.
- Mitwirkung im Rahmen des Internationalen Seniorentages (1. Oktober 1998) durch ein Bau- und Wohnungsberatungsangebot.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut.
  - insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNUA 011f „Barrierefreies Planen und Bauen" (z.B. barrierefreie Schul- und Ausbildungsstätten) und FNA 196 „Technische Hilfen für behinderte Menschen", sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen „Aufzüge", 196.01 „Pflege und Mobilitätshilfen", 196.6 „Blindenhilfsmittel" und SA 1004 „Handicap".
- Im Rahmen der MD - Verwaltungsakademie wurden Fachschulungen zu dem Themenkreis „Behindertengerechtes und barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen" im Juni, November und Dezember 1998 zu nachstehenden Teilbereichen gehalten.
- Anforderung hinsichtlich der Stadtplanung
- Bereich öffentlicher Gebäude (Schulen, Kindertagesheime, Krankenhäuser, Seniorenheime, Kulturstätten, Amtsgebäude udgl.)

- öffentlicher Bereich und Freiflächen
- Der Fachreferent wurde als Experte im Jahre 1998 zu Vorträgen eingeladen:
  - Im Rahmen des 1. Wiener Internationalen Geriatriekongresses im Mai 1998 in Wien wurde ein Vortrag mit dem Inhalt „Generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen - Anpassbarer Wohnbau" gehalten.
  - Im Rahmen des Projektes „Mehr Leben - Weniger Barrieren" der Wiener Stadtwerke - Wien Energie wurde im Zeitraum von April bis Juni 1998, im Wien Energie Haus eine Ausstellung zum Thema: „Planen, Bauen und Wohnen" als Experte mitbegleitet.
  - Anlässlich einer Mitarbeiterinformationsveranstaltung der Bundesdienststelle Arbeitsinspektorat für den 2. Aufsichtsbezirk wurde ein Vortrag „Barrierefreies Bauen" gehalten.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen.
  - Erarbeiten von technischen Informationsblättern hinsichtlich Aufstiegshilfen.
- Mitwirkung im Rahmen der Initiative „Sicher gehen über 60"
  - Mitarbeit im Rahmen des Arbeitskreises „Wohnberatung" für Senioren
  - Infostand an einem Seniorennachmittag im 22. Bezirk (November 1998)
- Vorarbeiten (Vorstudie) zur Erstellung für ein technisches Handbuch „Barrierefreies Planen und Bauen".
- Weiterführung der Arbeiten zur Erstellung eines taktilen Leitsystems für sehbehinderte und blinde Menschen.
- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte.
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich.
- Weiterführung der Prüfungstätigkeit im Rahmen der Eignungsfeststellung von Veranstaltungsstätten.
- Teilnahme als Mitglied in der Theaterkommission.
- Die in der Fachstelle eingerichtete Bau- und Wohnungsberatung wurde von 134 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuung von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig wird.
  Weiters wurden im Jahre 1998 von der Fachstelle der Stadt Wien 2.505 Geschäftsfälle betreut und bearbeitet.

Die Zuerkennung einer Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muss ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Aufgrund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1998 eingebrachten 11.257 Anträgen wurden in 10.144 Fällen eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 946 Fällen mussten Ansuchen - mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen - abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. Dezember 1998 bezogen 6.556 Personen eine Mietbeihilfe für die ein Betrag von S 86,815.887,42 aufgewendet wurde. (Im Jahre 1998 waren es durchschnittlich 6.423 Personen).

Gleich bleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen eine weitere Erhöhung der Anzahl der MietbeihilfenbezieherInnen nach sich.

Die Opferfürsorge gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Änderungen sind in gewissen Fällen durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales entstanden.

Durch Änderungen der ausländischen Pensionen und Anpassungsvorschriften, Lohnsteueränderung wurden Rentenleistungen teilweise abgeändert; daher mussten vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 97 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 386 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt.

Im Jahre 1998 wurden 138 Rentenanträge einschließlich 69 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit aufgrund eines verschlimmerten Gesundheitszustandes) eingebracht.

Es wurden 1998 172 Rentenanträge erledigt (einschließlich amtswegig gewährte Rentenleistungen).

Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 269 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 555 Rentenänderungen.

Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. Im Zeitraum von 1. Jänner 1998 bis Jahresende wurden 27 Pflegegeldanträge erledigt.

Im Jahre 1998 wurden 29 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 31 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 28 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 88.

24 Amtsbescheinigungsanträge, 33 Opferausweisanträge und 24 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 81) wurden erledigt. Insgesamt gab es am 31. Dezember 1998 12.819 Amtsbescheinigungen und 18.613 Opferausweise.

Die laufenden Novellen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), die sich auf die Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 506 ASVG beziehen bzw. Bescheinigungen für die Bundesversicherungsanstalt Berlin, beein-

flussen nach wie vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwartschaften bei der Stellung von Pensionsansprüchen möglich gemacht wurde. Das Opferfürsorgereferat hat die Aufgabe, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche, falls die Voraussetzungen gegeben sind, zu bestätigen. Im Jahre 1998 wurden 76 Anträge bearbeitet.

Im Jahre 1998 wurden 117 Honorarnoten für Sachverständige überprüft und zur Auszahlung weitergeleitet.

Weiters wurden 21 Anträge auf Heilfürsorge bearbeitet und 40 Anträge auf Sterbegeld bescheidmäßig erledigt. Gemäß § 32 KOVG (Orthopädische Versorgung) wurde in 13 Fällen ein Zuschuss gewährt. Es wurden 211 Aushilfen zu je S 2.500,– insgesamt S 527.500,– angewiesen. Im Jahre 1998 sprachen 834 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 4.769. Im Bereich der Rentenfürsorge wurden von der Abteilung 134 Erhebungen durchgeführt.

Die Anzahl der Pensionistenklubs betrug in der Periode Jänner bis April 186 und in der Periode Oktober bis Dezember 184. Von den 186 Pensionistenklubs waren insgesamt 49 länger in Betrieb (Mai 49, Juni 2, Juli und August je 1).

Die Pensionistenklubs 2, Kleine Sperlgasse 10 und 21, Kinzerplatz, wurde mit 30. April geschlossen.

Im September wurden 62 Pensionistenklubs früher in Betrieb genommen. Ab Oktober wurde der Pensionistenklub 5, Am Hundsturm 18, in das neue Klublokal 5, Margaretenstraße 108, verlegt. Die durchschnittliche tägliche Besucheranzahl in den 30 Pensionistenklubs des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser betrug in der Periode Jänner bis April 8.509 Personen (pro Klub rund 274) und von Oktober bis Dezember 8.277 Personen (pro Klub rund 273). In anderen Lokalen wurden 156 bzw. 154 Pensionistenklubs betrieben mit einem täglichen Durchschnitt in der Periode Jänner bis April von 4.294 Personen (pro Klub rund 28) und von Oktober bis Dezember 3.986 Personen (pro Klub rund 26). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage seitens des „Sozialwerkes für österreichische Artisten" gestaltet sowie Vorträge über Verkehrserziehung abgehalten.

In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat ein Mittagessen wurden den BesucherInnen weiterhin geboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist an die Entrichtung eines Kostenbeitrages gebunden. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrages vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtende Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die MitarbeiterInnen des Referates für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Sozialpass

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpass geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpass erhalten. Bis zum 31. Dezember 1998 wurden insgesamt 152.340 Sozialpässe, davon 86.250 Sozialpässe mit „P", die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 9.928 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P" nachgetragen.

Urlaubsaktion für SeniorInnen

Mit der Aktion „Urlaub in der Sommerfrische" bietet die Stadt Wien (Referat für Seniorenbetreuung) allen in Wien wohnenden SeniorInnen die Möglichkeit, zwischen April und Oktober einen kostengünstigen Urlaub in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg oder der Steiermark zu verbringen.

InhaberInnen eines „Sozialpasses P", DauersozialhilfebezieherInnen sowie BesucherInnen der Pensionistenklubs der Stadt Wien können finanzielle Zuschüsse zu den Urlaubskosten erhalten. Diese richten sich nach dem Einkommen und der Dauer des Urlaubes.

Im Jahre 1998 haben rund 1.100 SeniorInnen die Zuschüsse seitens der Abteilung erhalten. Es wurden Zuschüsse in der Höhe von S 2,153.106,– geleistet.

Ausflugsaktion

1998 wurde für alle Wiener SeniorInnen die Teilnahme an der Ausflugsaktion zugänglich gemacht. Es wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 38 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt.

An allen Ausflügen für DauersozialhilfebezieherInnen, die keine KlubbesucherInnen sind, nahmen insgesamt 336 Personen teil. An allen Ausflügen der KlubbesucherInnen beteiligten sich insgesamt 14.808 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pfleglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Geriatriezentrum am Wienerwald, des Pulmologischen Zentrums, Sozialmedizinischen Zentrums Ost, Pflege- und Therapiezentrums Ybbs sowie des Pflegezentrums Sophien-Spital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 962 Pfleglinge teil. Die TeilnehmerInnen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an drei Ausflügen mit 126 Personen teil.

Fahrt ins Grüne

Die Aktion „Fahrt ins Grüne" wurde auch in diesem Jahr für alle älteren MitbürgerInnen der grünflächenarmen Bezirke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr mit folgenden Ausflugszielen durchgeführt: Altlengbach, Bad Vöslau, Dopplerhütte, Hintersdorf, Heiligenkreuz, Irenental, Klosterneuburg, Laxenburg, Mayerling, Niederkreuzstetten, Oberrohrbach, Schlosshof, Wienerhütte, Wöglerin, Wolfsgraben und Würnitz. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 328 Personen, insgesamt 14.448 Personen, teil.

Gemeinsame Feier für UrlauberInnen und KlubbesucherInnen

Die gemeinsame Abschlussfeier für die Aktion „Urlaub in der Sommerfrische 1998" und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1998/99 für die Pensionistenklubs fanden im Oktober, November 1998 und Jänner 1999 in der Wiener Volksoper statt. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeisterin haben rund 5.250 Personen fünf verschiedene Vorstellungen besucht.

Kulturelle Betreuung

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 21. Jänner zu „Holiday on Ice" rund 6.000 Personen in die Wiener Stadthalle eingeladen.

An der traditionellen Seniorenmesse des Wiener Handels „Senior Aktuell" hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 24. bis 28. März einen Informationsstand geführt.

An der 2. Wiener Herbst-Seniorenmesse am Messegelände wurde in der Zeit vom 19. bis 22. November ebenfalls ein Informationsstand geführt.

In das Wiener Volkstheater wurden an den Tagen 19., 21., 29. und 30. Oktober sowie 23. November zu „Mirandolina" je 868 PensionistenklubbesucherInnen eingeladen.

An den fünf Vorstellungen haben insgesamt 4.340 Personen teilgenommen.

Weihnachtspaketaktion

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurde an 3.581 Erwachsene (DauersozialhilfebezieherInnen, AlleinerzieherInnen sowie betreute Personen im Wohnheim Gänsbachergasse und in den beiden Tageszentren) und 696 Kinder je ein Paket verteilt.

Einsamenfeiern

Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 679 Personen Einsamenfeiern abgehalten.

Mütterehrung für Dauersozialhilfebezieherinnen

Anlässlich des Muttertages wurden an 648 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Die Abteilung verwaltet derzeit 44 Stiftungen. Im Zuge der Reorganisation der Stiftungsverwaltung wurden bisher 23 Stiftbriefe neu gefasst, die Umstellung der Veranlagung der Stiftungsvermögen auf mündelsichere Rentenfonds und deren Gebarung über Depositenkontos in Angriff genommen und die Zusammenfassung der verschiedenen Stiftungszwecke in sechs Zweckgruppen zur rascheren und effizienteren Zuwendung der Stiftungserträgnisse durchgeführt.

Aus dem Zinsertrag der von der Abteilung verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1998 S 5,836.335,99 verwendet, und zwar S 330.000,– für die MA 11, S 1,395.000,– für den Krankenanstaltenverbund, S 53.000,– für das Allgemeine Krankenhaus und S 4,058.335,99 für die eigene Abteilung.

Die Fachaufsicht führte in allen Sozialreferaten Aktenkontrollen durch. Die Ergebnisse dieser Aktenüberprüfungen wurden mit den SozialreferatsleiterInnen sowie MitarbeiterInnen besprochen und bei dieser Gelegenheit auch allfällige Entscheidungsfragen über den Anspruch von Sozialhilfeleistungen geklärt. Neben der fachlichen Prüfung ist die Fachaufsicht für die Personalbetreuung und Koordinierung zuständig. Das Fachwissen ist sehr umfangreich und die Einschulungszeit dementsprechend lang, deshalb sind neue MitarbeiterInnen anfangs nur beschränkt einsetzbar. Hinzu kommt, dass der Arbeitsdruck durch den oft starken Parteienandrang und die mitunter schwierige Persönlichkeitsstruktur mancher KlientInnen sehr groß ist.

Die Fachaufsicht hat schriftliche und mündliche Beschwerden von KlientInnen zu bearbeiten. Es wurden einerseits zahlreiche klärende Gespräche mit den Parteien geführt, andererseits die von den Klienten vorgetragenen Anliegen und Probleme mit den jeweils zuständigen ReferentInnen besprochen und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Bei schriftlichen Beschwerden wurden Erhebungen durchgeführt, Berichte und Antwortschreiben verfasst.

Zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfe- und NotstandshilfebezieherInnen des 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17. und 18. Bezirkes (Urban-Gebiet) wurde das Projekt COMEBACK des WAFF - Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds eingerichtet. COMEBACK bietet Kursmaßnahmen, Berufsweg, Ausbildungsplanung und Nachbetreuung bei Arbeitsantritt. Das Projekt läuft seit März 1997. Im Jahre 1998 wurden von den Sozialreferaten 54 SozialhilfeempfängerInnen und von den Außenstellen 6 Personen an COMEBACK verwiesen.

Ein weiteres Projekt zwischen dem WAFF und der Abteilung ist JOBCHANCE. Projektziel ist es, 240 langzeitarbeitslose SozialhilfempfängerInnen, die seitens des Sozialamtes Geldleistungen als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes beziehen, im Zeitraum von August 1998 bis Ende Mai 2000 in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Eine erfolgreiche Vermittlung liegt u.a. dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens 6 Monate besteht. Ausgangspunkt der konzeptionellen Arbeiten war die Orientierung an den erfolgreichen Vermittlungsmodellen der holländischen Vermittlungsagentur, Bureau Maatwerk. Das Team von JOBCHANCE, bestehend aus 1 Projektleiterin und 6 VermittlerInnen, absolvierte eine umfangreiche Einschulung durch Maatwerk-Trainer über die Methodik des Vermittlungsvorganges. Mit den SozialhilfeempfängerInnen werden Erstgespräche zum Vertrauensaufbau und Folgegespräche zum weiteren Informationsgewinn über Stärken, Möglichkeiten, Hindernisse und Motivationsgrad der Arbeit Suchenden geführt, mit dem Ziel einen Vermittlungsplan zu erstellen. JOBCHANCE sucht gezielt nach Arbeitsplätzen und betreut die Arbeit Suchenden in der Einstellungsphase.

Von den Sozialreferaten und Außenstellen wurden bis November 1998 insgesamt 987 Arbeit suchende SozialhilfebezieherInnen (Sozialreferat: 919, Außenstellen: 68 Personen) an JOBCHANCE gemeldet. Auf die Einladungsschreiben von JOBCHANCE sind zirka 70 Prozent der angeschriebenen Personen erschienen. Aus diesem Personenkreis werden letztendlich 240 SozialhilfeempfängerInnen an Firmen vermittelt. Die Fachaufsicht ist die Ansprechpartnerin zwischen JOBCHANCE und der Abteilung betreffend der von den Sozialreferaten gemeldeten SozialhilfebezieherInnen.

Weiters fällt in den Aufgabenbereich der Fachaufsicht die Überarbeitung und Änderung von Drucksorten der Sozialreferate. Auch für bauliche Angelegenheiten und Sicherheitsmaßnahmen in den Sozialreferaten ist die Fachaufsicht zuständig.

Im August 1996 wurde eine außerordentliche Unterstützung für in Wien wohnende StudienbeihilfenbezieherInnen für das Studienjahr 1996/97 beschlossen. Die Höhe der Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 betrug einmalig S 2.000,–. Für Studienanfänger im Sommersemester 1997 waren einmalig S 1.000,– vorgesehen.

In allen Sozialreferaten wurden vom Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung 4 Kassenskontrierungen durchgeführt, wobei auch die Fachaufsicht in einigen Referaten mitwirkte.

Die Fachaufsicht nahm an regelmäßigen Delogierungsbesprechungen zur Verhinderung von Delogierungen aus Gemeindewohnungen teil, die mit Vertretern der MA 17 und der MA 11 abgehalten wurden. Die Fachaufsicht ist für die Akten der delogierungsgefährdeten Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt zuständig. Der 2. und 20. Bezirk, welche im Vorjahr von FAWOS betreut wurden, fielen 1998 wieder in den Zuständigkeitsbereich der Sozialreferate und der Fachaufsicht. Die Fälle des 3., 10., 21. und 22. Bezirkes wurden von den jeweiligen Sozialreferaten und im 10. Bezirk vom Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen erledigt. Das Sozialreferat 3 bearbeitete 123, das Sozialreferat 21 194 und das Sozialreferat 22 148 Delogierungsfälle.

Von der Fachaufsicht wurden 1998 insgesamt 1.073 Fälle bearbeitet.

Die Abteilung arbeitet im Bereich der Behindertenhilfe, der allgemeinen Sozialhilfe und im Bereich Sozialarbeit mit Erwachsenen mit zahlreichen privaten Rechtsträgern zusammen, die für erbrachte Leistungen Kostensätze bzw. Zuschüsse und Kostenersätze aus dem Budget des Sozialamtes erhalten. In der Abteilung ist seit 1987 für die Kontrolle dieser privaten Rechtsträger ein Kontrollreferat eingerichtet (Stand 31. Dezember 1998 fünf Verwaltungsbedienstete, eine Kanzleikraft, eine Bedienstete aus dem MD-Past-Kontingent und ab 3. September 1998 ein Lehrling).

Folgende nachstehend angeführten Agenden fallen in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen.

- Überprüfung von Abrechnungen der Beschäftigungstherapie, Wohnunterbringung, geschützten Wohnplätzen und der Eingliederungshilfe aller privaten Träger, die diese Leistungen im Rahmen der Behindertenhilfe erbringen, auch von privaten Trägern der Bundesländer, soweit Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz dort betreut werden
- Überprüfung von Benzinkostenzuschuss betreffend Kilometergeld, Benzinkostenzuschuss und Taxirechnungen für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz, sofern diese nicht in den Zuständigkeitsbereich des Fahrtendienstbüros des Referates Behindertenhilfe fallen
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Frühförderung für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Hilfe zur geschützten Arbeit für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz
- Überprüfung von Abrechnungen der privaten Träger für Wohnplätze Bürger in Not
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Notschlafstellen
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Caritas und das Evangelische Flüchtlingswerk geleisteten Geldmittel für die Betreuung von Fremden
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Personal- und Verwaltungskosten, die für das Büro der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not aufgewendet worden sind
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Aidshilfe Wien geleisteten Geldmittel für die sozialarbeiterische Betreuung von HIV-infizierten Menschen verbunden mit psychologischer Beratung, Krisenintervention und Resozialisierung
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an Sanmbas-Arbeit geleistete Geldmittel für Beratung für

arbeitsuchende Wohnungslose
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der geleisteten Geldmittel für die Fachstelle für Wohnungssicherung - FAWOS
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Caritas geleisteten Geldmittel für die von ihr geführten Obdachlosenheime
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die an private Träger im Rahmen des betreuten Wohnens für Bürger in Not geleistet worden sind
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die für den Betrieb von 2 Notschlafstellen geleistet worden sind
- Berechnung und Evidenzhaltung der möglichen Vorschüsse auf die laufenden Monatsabrechnungen und Kostensatzerhöhungen
- Erstellung der monatlichen Statistik der Betreuungsfälle, soweit die Kontrolle der Abrechnungen in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen fällt

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtsjahr waren:

* Leistungs-, Aufwands- und Ertragskontrolle, Prüfung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bzw. Berechnung der Kostendeckung durch Zahlungen des Sozialamtes
* Überprüfung von Kalkulationen und Berechnung der erforderlichen Kostensätze bzw. budgetär möglichen Kostensätze nach den Richtlinien der mit den privaten Rechtsträgern geschlossenen Verträgen und Übereinkommen, bzw. nach dem Wiener Behindertengesetz
* Erhebung signifikanter Zahlen hinsichtlich des Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwandes, sowie die Erstellung von Kennzahlen um einen Vergleich zwischen privaten Rechtsträgern, die gleichartige Leistungen erbringen, zu ermöglichen
* Ausarbeitung einer Leistungsstatistik pro privaten Träger nach Budgetansätzen, wobei besonderes Augenmerk auf das Verhältnis der Zahlungen der Abteilung und der erbrachten Leistung (Fälle, Verrechnungstage) gelegt wurde.
* Zur einfacheren und rascheren Bearbeitung der laufenden Abrechnungen wurden Abrechnungsformulare für geschützte Arbeitsplätze, Fahrtkostenzuschüsse, Hauslehrer, Essensverrechnung usw. entwickelt und an die Anspruchsberechtigten versendet
* Für die insbesondere durch die Ausgliederung aus dem Psychiatrischen Krankenhaus verstärkt anfallenden Vor- und Anlaufkosten für die neu entstehenden Projekte wurden einheitliche Richtlinien zur Abrechnung festgelegt und entsprechende Abrechnungsformulare erstellt.

Im Bereich der Behindertenhilfe haben folgende private Träger 1998 die Zusammenarbeit mit der Stadt Wien begonnen, daher wurden für jeden Leistungsbereich entsprechende Kostensätze berechnet:
- Clara Fey Kinderdorf (vollbetreutes Wohnen für Jugendliche)
- KOMIT (vollbetreutes Wohnen und Beschäftigungstherapie)
- Schweizerhaus Hadersdorf
- (stationäre und semistationäre Drogentherapie)
- DIALOG (Drogenberatungsstelle)

Folgende private Träger haben ihre Zusammenarbeit mit der Stadt Wien erweitert, daher wurden auch für diese Leistungsbereiche entsprechende Kostensätze berechnet:
- WITAF: EU-Projekt „Arbeitsassistenz“
  Gehörlosendolmetsch
  Sozialarbeiterin
- Jugend am Werk: Pilotprojekt "Intensivbetreute GWP"
- Lebenshilfe Wien: Geschützte Wohnplätze
- Österreichische Gesellschaft für Arbeitsassistenz: Projekt "SOL.IN"

Die Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beibringung der notwendigen Unterlagen für die Bearbeitung der Ansuchen auf Erhöhung der Kostensätze bzw. Prüfungen wurde fortgeführt und ergänzt, um die Prüftätigkeit bzw. die Abstimmung mit den budgetären Mitteln effizienter gestalten zu können, die finanzielle Situation der Vereine überschaubarer zu machen und die Bearbeitung zeitgerechter durchführen zu können.

Im Jahr 1998 wurden insgesamt 88 verschiedene Kostensätze überprüft und berechnet sowie 116 Jahresabrechnungen und Kalkulationen auf die widmungsgemäße und zweckgebundene Verwendung der Kostensätze geprüft, wobei als Grundlage die zwischen den privaten Trägern und der Abteilung geschlossenen Verträge bzw. Vereinbarungen sowie die Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes dienten. Zusätzlich wurden 4.147 Abrechnungen im Bereich Behindertenhilfe und 151 Abrechnungen der Vereine Arge Bürger in Not kontrolliert, wobei besonderes Augenmerk auf schriftliche Bewilligungen und Kostensatzbestätigungen der diversen Landesregierungen gelegt wurde.

Das Referat Kontrolle privater Rechtsträger hat über die Prüfergebnisse dem Abteilungsleiter bzw. dem Dezernenten schriftlich berichtet und Vorschläge für Änderungen unterbreitet. Die Mitarbeiter des Kontrollreferates haben an Gesprächen und Verhandlungen mit Vertretern der privaten Rechtsträger teilgenommen sowie Anregungen, betref-

fend Veränderungen organisatorischer Belange innerhalb der privaten Rechtsträger erarbeitet bzw. berichtet sowie deren Durchführung kontrolliert. Die notwendigen Verwaltungsarbeiten (Abfassung von Berichten usw.) wurden ebenfalls vom Referat vorgenommen.

Im Jahre 1998 wurde die Entwicklung des Sozialkontos mit folgenden Schwerpunkten fortgesetzt:

DATENBANK und SERVERPROGRAMME

Alle Programme wurden hinsichtlich des bevorstehenden Jahrtausendwechsels verifiziert und sichergestellt, dass für das gesamte SOKO-Programmpaket keine offenen Erfordernisse für dieses Ereignis vorhanden sind.

Der Serverteil für die Servicierung der ONLINE-Auswertungen wurde erweitert, sodass nunmehr auch parametrierbare Auswertungen von allen SOKO-AnwenderInnen abgefragt werden können.

CLIENT-Versionen

Im Jahr 1998 wurde zuletzt die Version SOKO 6.0 zum Einsatz gebracht, welche neben weiteren Verfeinerungen der Verrechnungsprogramme zur MA 6 einen komplett überarbeiteten Anweisungssteuerungsdialog enthält.

SOKO-Dauerleistungen

Die Umsetzung der Dauerleistungen wurde bis zur Umsetzung des Verrechnungsteiles fortgesetzt, sodass die Fertigstellung im 1. Quartal 1998 mit der geplanten Ausbaustufe gesichert scheint.

SOKO-Pflegegeld

1998 war das erste Verrechnungsjahr, in welchem alle Pflegegeldanweisungen aus der Applikation „SOKO" erfolgten. Alle Anweisungen konnten problemlos an die MA 6 transferiert werden, wobei Zahlungen im Gesamtwert von rund 570 Millionen Schilling transferiert wurden. In einem abschließenden Abstimmungsgespräch mit der MA 6 wurden keine offenen Problembereiche mehr gefunden. Das Pflegegeldverrechnungsprogramm ist daher als abgeschlossen zu betrachten.

SOKO-Erweiterungen allgemein

Neben den bereits genannten Erweiterungen für „Dauerleistungen" wurden folgende Adaptierungen vorgenommen:

- Erfassungsteil für Betreuungsdaten der SozialarbeiterInnen des Referates „Sozialarbeit mit Erwachsenen".
- Einbau der Betragsausweisung in zwei Währungen (EURO und Schilling). Vorbereitung der Datenbanken für die Betragskonvertierung mit Rechnungsabschluss 2001.
- Auswertungen sind nun für alle SOKO-AnwenderInnen direkt ohne Programmwechsel abrufbar.
- Das Anfragensystem im Programm wurde geändert, nachdem alle Anfragen an die Wiener Gebietskrankenkasse durch ONLINE-Auskünfte beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger abgedeckt werden können.

SOKO-STERBEDATEN-ABGLEICH

Der seit 1. Juli 1994 laufend durchgeführte Sterbedatenabgleich wird unverändert beibehalten.

Die SOKO-Daten werden täglich mit einem via IBM zur Verfügung gestellten Datenbestand mit den Daten von verstorbenen Personen aus dem Bereich Wien verglichen. Bei Übereinstimmung werden die Primär-SOKO-Daten automatisch aktualisiert. Danach werden weitere Abschlussarbeiten zu den EDV-Akten vom EDV-Referat durchgeführt. Die betroffenen Referate erhalten eine Information via IBS-Mail an ihren Referatsbereich zugestellt und können danach die weiter zu setzenden Schritte veranlassen. Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1998 wurden 935 Übereinstimmungen von Personen gefunden und diese ausgegliedert.

SOKO-Handbücher

Zu den jeweils zum Einsatz kommenden Programmversionen der Applikation SOKO wurden die Handbücher „Sozialkonto Geldaushilfe", „Sozialkonto Kassa" und „Sozialkonto Vercodungen" aktualisiert, vervielfältigt und an die AnwenderInnen verteilt. Die Umstellung in das interne Informationssystem der Abteilung im Intranet wurde als Ersatz für VTX festgelegt.

SOKO-Tabellenwartung

Die Tabellenwartung (eine Rally-Anwendung) wurde einerseits an Neuerungen der Datenbank zu den jeweils aktuellen SOKO-Versionen angepasst. Die Tabellenwartung wird in immer weiterem Umfang für die Datenkorrekturen (Eingabefehler der AnwenderInnen) eingesetzt.

SOKO-Auswertungen

Alle Nutzer von „SOKO" haben die Möglichkeit, ihnen zugeordnete Auswertungen jederzeit selbst anzufordern. So wurde 1998 für alle Sozialreferate die Möglichkeit geschaffen, die Monats- und Jahresabschlussarbeiten über solche integrierte Auswertungen selbst durchzuführen. Derzeit sind rund 70 Auswertungen im Einsatz.

HARDWAREANFORDERUNGEN 1998

Die Bestellung der im Systemisierungsplan 1998 sachlich genehmigten und im Budget abgedeckten EDV-Geräte wurde unter Berücksichtigung der in der Zentrale parallel ablaufenden Vollverkabelung durchgeführt. Es wurden vermehrt Geräte getauscht, welche sich im Netzverbund als nicht mehr sicher verwendbar darstellen und Hard- und Softwaremäßig auf den letzten Stand gebracht.

SCHULUNGSVERWALTUNG

Auch 1998 erfolgten Schulungen von MA 12-MitarbeiterInnen durch das EDV-Referat. Insgesamt wurden 27 Veranstaltungen (8 x Grundschulung IBS, 3 x SOKO-Geldaushilfe, 14 x SOKO-Kassa und 2 SOKO-Pflegegeld Workshops) abgehalten. Geschult wurden 60 MitarbeiterInnen (38 in Grundschulung IBS, 5 in SOKO-Geldaushilfe, 12 in SOKO-Kassa und 5 im SOKO-Pflegegeld Workshop). Es mussten für alle stattfindenden Schulungsarten

vorhandene Kurs- und Schulungsunterlagen aktualisiert oder gegebenenfalls neu erstellt werden; bisher gewonnene Erfahrungen sind in den organisatorischen Schulungsablauf eingeflossen.

USERVERWALTUNG

Da auf der einen Seite die EDV-Umgebung in der Abteilung sich auch trotz eines mehrjährigen EDV-Betriebes noch im Aufbau befindet und regelmäßig wächst, auf der anderen Seite es sich um eine Abteilung mit relativ starker personeller Fluktuation handelt, ergibt sich mit 31. Dezember 1998 ein Stand von insgesamt 864 EDV-Berechtigungen (=EDV-Zugänge). Davon entfallen 109 auf LAN-User, 173 auf IBM-User, 20 auf UNIX-User und 562 auf VAX-User (=IBS). Von den VAX-Usern entfallen 162 Accounts auf die Springer und 27 werden als Aushilfszugänge verwendet. Der Systemadministration dienen 22 Accounts. Der Rest wird von MA 12-MitarbeiterInnen verwendet. Detailliert ergab sich für das Jahr 1998 das Erfordernis, 80 LAN-Useraccounts, 30 IBM-Useraccounts, 4 UNIX-Useraccounts und 101 IBS-Useraccounts (davon 18 für Springer) neu anzulegen. Gelöscht werden mussten 119 EDV-Accounts (15 IBM-, 11 LAN- und 93 IBS-Zugangsberechtigungen).

Dezentrale Userverwaltung:

Durch Auslagerung von Teilbereichen der ADV-Betriebsführung zur Dezentralen Userverwaltung wurde 1997 mehr Eigenverantwortlichkeit an die Abteilung übergeben. Diese Aufgaben wurden 1998 noch wesentlich erweitert und beinhalten nun einen Großteil der LAN-Useradministration, Anlage und Verwaltung von FILESERVICE-Zugriffen sowie die lokale Softwareinstallation bei Außenstellen der Abteilung. Die Abteilung verwaltet somit alle Accounts in der Dienststelle weitgehendst selbst.

SPRINGERVERWALTUNG

Neben der Gruppe der Norm-User kann aufgrund der Dezentralisierung von der Dienststelle aus durch das EDV-Referat auch eine spezielle Usergruppe, nämlich die der Springer, betreut und verwaltet werden. Für neu dazukommende SpringerInnen wurde eine erforderliche EDV-Umgebung eingerichtet (18 Berechtigungen), für ausgeschiedene SpringerInnen erfolgte eine Bereinigung (25 Berechtigungen). EDV-Auswertungen betreffend Springereinsätze werden monatlich dem Personalreferat zur Verfügung gestellt.

ZUORDNUNGEN

Begründet durch den sukzessiven Ausbau der EDV-Umgebung in der Abteilung steigt auch die Anzahl der von den EndanwenderInnen benötigten Applikationen. Entsprechend diesem Bedarf wurden 1998 verschiedene Applikationen wie Bereichswechsel, Textsortierung, SOKO usw., zugeordnet. In diesem Jahr wurden, obwohl die Hauptzahl der Zuordnungen 1994 erfolgte, bei weiteren IBS-AnwenderInnen die entsprechende Zuordnung mit Einschulung vor Ort ermöglicht. Auch die Erstellung von Handbüchern und Kurzanleitungen für die Zugriffe wurde durchgeführt. Durch die Umstellung von IBSplus auf IBSnext erfolgte eine Vereinfachung, da für vieles (TPX, Postbereich, Offene Nachrichten, Wiener Rechtsinformationssystem) keine Zuordnung mehr erfolgen musste. In Zahlen: Berechtigung von 162 und Löschung von 347 Zuordnungen.

BENUTZERANFRAGEN

Um die Entgegennahme und Bearbeitung von täglich einlangenden Störungsmeldungen ohne zu starker Behinderung des restlichen Tagesgeschehens zu ermöglichen, wurde der 1994 begonnene Telefondienst im EDV-Referat auch 1996 fortgesetzt. Die Besetzung der „Hot-Line" und auch eine Hilfestellung teilweise nach 15.30 Uhr ist dadurch gewährleistet. Damit konnte der Bedarf der telefonischen Hilfestellung für den Anwender abgedeckt, sowie - aufgrund dieser Regelung - das restliche Team des EDV-Referates durch diesen Journaldienst für die Weiterarbeit an verschiedensten Projekten freigehalten werden.

INTERNET, INTRANET

Durch die Telefonumstellung erforderlich gewordene Adaptierungsarbeiten wurden im MA 12-Beitrag von Wien-Online durchgeführt. Die Abteilung ist derzeit (Stand 1998) mit rund 70 Webseiten präsent. Ein elektronisches Informationssystem über das Medium Intranet für die Abteilung wurde von der Struktur konzipiert und wird nach Einlangen der entsprechenden Inhalte von den jeweiligen Referaten der Abteilung realisiert werden. Alle MitarbeiterInnen der Abteilung gleich ob Terminal- oder PC-BenutzerInnen haben uneingeschränkten Zugang zum Internet.

PROJEKTUNTERSTÜTZUNGEN

In einigen Besprechungen betreffend das Projekt „Elektronische Formulare - Rahmenschriftstücke" wurden weitere Vorbedingungen für den Einsatz in der Abteilung geschaffen. Ein weit gehender Einsatz bedingt allerdings eine durchgehend auf PCs basierende Infrastruktur, deren Schaffung für 1998 angestrebt wurde. Die Arbeitsumgebung zur Durchführung der außerordentlichen Unterstützung von sozial bedürftigen Studierenden wird bis auf Widerruf seitens des EDV-Referates sichergestellt.

EDV-VERWALTUNG

Im Jahre 1998 wurden in der Kanzlei und Einlaufstelle 7.766 Schriftstücke neu protokolliert. In 84.818 Fällen waren zu den eingelangten Geschäftsstücken bereits Vorakten vorhanden, wobei 8.964 Akten aus der Registratur zu beschaffen waren und dem Geschäftsstück angeschlossen wurden. Außerdem wurden 253.933 Schriftstücke expediert. 36.389 Akten wurden mit dem Vermerk „ad Acta" versehen, im Protokoll vermerkt und anschließend in der Registratur abgelegt.

In der Kasse der Abteilung erfolgten neben der Bestellung von Sonderdrucksorten, allgemeinen- und verrechenbaren Drucksorten 2.650 Auszahlungen im Rahmen des Zentral- bzw. des Bezirksbudgets. Aus dem Kanzleiverlag wur-

den 320 Auszahlungen kleineren Umfanges für Amtserfordernisse getätigt. Weiters werden auch Fahrscheinverläge geführt (Dienstfahrscheine, Sozialhilfefahrscheine sowie Fahrscheine für Flüchtlinge).

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Die Magistratsabteilung 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung ist unter anderem für die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen zuständig. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferats, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Volksbildung

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 51 Subventionsfälle positiv behandelt.

Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von rund S 275,000.000. Größter Subventionsempfänger war wie in den vergangenen Jahren wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der Wiener Volkshochschulen, dem eine Betriebssubvention in der Höhe von S 235,060.000 gewährt wurde.

Die Wiener Volkshochschulen arbeiten seit den Anfängen vor mehr als hundert Jahren auf Vereinsbasis. Sie gehören dem Verband Wiener Volksbildung, selbst ein Verein, als Mitglieder an. Ihre Bildungsprogramme erstrecken sich grundsätzlich über alle Wissensgebiete, beinhalten aber auch die Erlernung und Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten.

Das vielfältige Angebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet, wird durch Sondereinrichtungen ergänzt. Dazu zählen das Planetarium, die Urania - und seit einigen Jahren die der Volkshochschule Ottakring als Zweigstelle angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung sowie die Künstlerische Volkshochschule.

Ein spezielles Bildungsangebot für Behinderte wird weiterhin von der aus dem ehemaligen Bildungszentrum Aktiv durch Vereinigung mit einer Zweigstelle der Volkshochschule Ottakring hervorgegangene Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus angeboten, die darüber hinaus auch ein vollwertiges Volkshochschulprogramm präsentiert.

Insgesamt umfasst der Verband derzeit 18 Mitgliedsvereine und einige kooptierte Einrichtungen.

Im Studienjahr 1997/98 gab es 15.301 Kurse, die von 149.521 HörerInnen (einschließlich Gastkarten) besucht wurden. In 5.290 Veranstaltungen wurden 477.391 BesucherInnen gezählt. Etwa 615.000 TeilnehmerInnen kamen zu über 18.100 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten - Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung; er verfügt damit über eine Raumkapazität, die auch im europäischen Vergleich beachtlich ist.

Zur Nutzung synergetischer Effekte sind in den Häusern der Begegnung und - soweit es die räumliche Situation zulässt - in den Volksheimen im Allgemeinen neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht.

Gemäß ihrer Bestimmung als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stehen viele der Räumlichkeiten in den Häusern der Begegnung und Volksheimen stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

Um ihn in die Lage zu setzen, die geschaffenen Werte für die Zukunft erhalten zu können, wurden dem Verband Wiener Volksbildung im Rahmen eines bereits jahrelang laufenden Sanierungsprogramms Förderungsmittel in der Höhe von S 14,000.000 zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Die Volkshochschulzweigstelle Eibengasse in Wien 22 konnte im Herbst 1998 ihrer Bestimmung übergeben werden.

Für die Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen erhielt der Verband Wiener Volksbildung weiters eine Subvention in der Höhe von S 150.000.

Der Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung, darunter das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, wurde mit insgesamt S 495.000 gefördert.

Entsprechend ihrer Aufgabenstellung unterstützten die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien sowie der Verein zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Im Volksbildungsbereich standen ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von S 2,218.000 zur Verfügung.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von S 1,200.000. Durch die vor einigen Jahren erfolgte Unterbringung des Wiener Volksliedwerks sowie des Österreichischen und des Niederösterreichischen Volksliedwerks im „Bockkeller", einem von der Stadt Wien angekauften und adaptierten Objekt in 16, Gallitzinstraße 1, konnte die sowohl aus inhaltlichen als auch aus organisatorischen Gründen sinnvolle Einheit der wertvollen Archivbestände erhalten werden. Der Aufbau des „Wiener Musik Archivs" wurde zügig fortgesetzt.

Gefördert wurde unter anderem auch die vor rund 30 Jahren durch Prof. Gerda Matejka-Felden gegründete Wiener Kunstschule mit S 3.000.000, eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht, die in enger Verbindung mit der Künstlerischen Volkshochschule tätig ist.

Der Verein „Kinderhaus Hofmühlgasse", die Dachorganisation der im Objekt in 6, Hofmühlgasse 2, untergebrachten Kinder- und Alternativschulgruppen, erhielt eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von S 1,327.000.

Dem Haus des Meeres wurde eine Subvention im Ausmaß von S 1,200.000 für die Ausgestaltung seiner Räumlichkeiten im ehemaligen Flakturm im Esterhazypark gewährt.

Durch Beantragung von ausdrücklich auf die Interessen und Ansprüche bestimmter Zielgruppen Bedacht nehmenden Förderungen sowie durch Hilfestellungen mannigfaltigster Art hat das Referat für Bildungsprojekte der Abteilung auch 1998 wieder zahlreichen Wiener Volksbildungseinrichtungen die Möglichkeit eröffnet, innovative Vorhaben durchzuführen, die im Idealfall grundlegende Umgestaltungen bestimmter Programmangebote nach sich ziehen.

Schwerpunkt der subventionierten Projektarbeit an den Volkshochschulen war z.B. das Thema „Gesundheitsbildung" und dabei insbesondere die exakte Klassifizierung des einschlägigen Angebots bzw. die Erstellung eines Handbuchs mit Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung dieses Bereichs, was die Auswahl von KursleiterInnen, die Festlegung der Inhalte usw. anbelangt.

Um zu gewährleisten, dass InteressentInnen zwar aus einer breiten Wissenspalette auswählen können, es aber keine Plattform für die Verbreitung zweifelhafter Inhalte und/oder Praktiken gibt, wurde ein spezieller Beirat eingerichtet, der neue Lehrvorträge auf ihre Vertretbarkeit hin überprüft.

Im eben dargelegten Sinn als vorbildlich bezeichnen ließ sich etwa die als so genannte „Wirbel-Disco" im Herbstsemester 1998 abgehaltene Gesundheitserziehung der Volkshochschule Favoriten für Kinder und Jugendliche. Die drei geplanten Kurse mussten aufgrund des großen Erfolgs um zwei weitere aufgestockt werden, da die Nachfrage nach dieser den kreativen Tanz mit Rückenschulung und Information vereinenden Aktivität derart stark war.

Kulturelle Bildung nahm im abgelaufenen Jahr ebenfalls einen wichtigen Platz ein. So fand z.B. im Rahmen des Projekts „Orpheus Trust" in der Urania die Konzertreihe „Hommage an ..." mit dem Ziel statt, Werke entweder zu Unrecht vergessener oder zur Emigration gezwungener Komponisten, die vor ihrer Vertreibung auch volksbildnerisch tätig waren, zur Aufführung zu bringen. Präsentiert wurden die Tonsetzer Hans Gál, Ernst Toch und Erwin Weiss.

Das Publikum hatte einerseits Gelegenheit, kaum bekannte Musikstücke zu entdecken, und konnte andererseits mit den Vertriebenen selbst bzw. mit überlebenden Angehörigen diskutieren. Teile der Serie wurden vom ORF aufgenommen und - unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Konzerte im Volksbildungshaus Wiener Urania - zeitversetzt in Sendereihen über die Musik der österreichischen Arbeiterbewegung ausgestrahlt.

Mit dem Projekt „Bildungsauftrag Kunst" sollten demgegenüber die verschiedenen Kunst- und Kreativitätsbegriffe, die den vielfältigen Kursen an den Volkshochschulen zu Grunde liegen, herausgearbeitet und Vorschläge für ihre Unterscheidung sowie für den Einsatz zeitgemäßer Methoden und Inhalte gemacht werden. Zu dem Zweck wurde eine Analyse abgefasst, die die angebotenen Lehrgänge genau durchleuchtete und die Haltung der Programmverantwortlichen (einschließlich etwaiger Probleme und Lösungsansätze bei der Kursplanung, aber auch bei der wünschenswerten Weiterbildung) offen legte.

In der Wiener Urania gab es 1998 neuerlich einen „Musiktheaterworkshop", der von den TeilnehmerInnen insofern für einen professionellen Einstieg in die Welt der Operette und des Musicals genutzt werden konnte, als er sich als Vorbereitungskurs für die Aufnahmsprüfung an der Musikuniversität eignete. Nicht ganz so ambitionierte Laien erhielten eine immer noch auf durchaus beachtenswertem Niveau stehende fundierte Unterweisung.

Die Gesellschaft für Kunst und Volksbildung hat über lange Jahre hinweg bewiesen, dass sich der Anspruch, bildender Kunst einen Platz in öffentlichen Räumen außerhalb von Museen zu geben, erfolgreich verwirklichen lässt. Im Berichtsjahr wurden an verschiedenen Veranstaltungsorten vor allem Druckgrafiken zu speziellen Themen wie Religionsstreit, Satire u.a.m. präsentiert und damit auch deren wechselnde Rollen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beleuchtet.

Im Rahmen der so genannten „Urania Menschenbühne" ging es in erster Linie darum, Theater als unkonventionelle Form des Fremdsprachenunterrichts zu erproben. Die Intention dieses interkulturellen Theaterprojekts bestand darin, neue Wege der künstlerischen Integration aufzuzeigen. So wurden etwa zukunftsweisende pädagogische Modelle in Form einer künstlerisch-kreativen Auseinandersetzung mit Fremdsprachen erschlossen. Dabei erwies sich insbesondere auch kulturelle Basisarbeit, die ja zu den Prämissen der Volksbildung zählt, als ebenso fruchtbar wie notwendig. Sichtbarer Ausdruck der Bemühungen waren die Aufführungen „Wie man eine Spitzmaus zähmt" im Mai und im Juni 1998 in der Wiener Urania.

In etlichen Volkshochschulen werden schon über viele Jahre hinweg spezifische Bildungsprogramme für jene Bevölkerungsgruppen durchgeführt, die unter den üblichen organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen am Bildungsgeschehen nicht oder nur in geringem Ausmaß teilnehmen könnten. Dass etwa behinderte Menschen im Allgemeinen kaum als potentielle TeilnehmerInnen an der allgemeinen Erwachsenenbildung eingestuft werden, hat die Volkshochschule Meidling veranlasst, ein Projekt „Erwachsenenbildung für geistig Behinderte" zu initiieren. Wichtig bei dem Ansatz war, dass sie sich als Gesamtpersönlichkeiten angesprochen fühlen durften und der Lehrgang sowohl emotionale wie kreative Elemente mit berücksichtigte.

Schon seit 1987 gibt es das Projekt „Kunst und Kreativität". Es läuft mit dem Ziel, kulturelle Angebote für Insassen des Psychiatrischen Krankenhauses auf der Baumgartner Höhe zu schaffen. Diesem Personenkreis, der nicht oder

nur eingeschränkt in der Lage ist, entsprechende Aktivitäten außerhalb der Anstalt wahrzunehmen, soll durch das Projekt Zugang zur Welt der Kunst und Kreativität ermöglicht werden. Die Themenpalette umfasst dabei Anregungen zu Bewegung, Tanz, Musik und bildender Kunst. Ebenfalls nicht als stark umworbene Zielgruppe der Erwachsenenbildung gelten in der Regel ältere Personen, die dem konsumorientierten Leitbild des lebensfrohen, ausgabefreudigen, kreativen Seniors nicht mehr gerecht werden.

Eines der ersten Projekte, dem eine sinnvolle Verknüpfung zwischen bildungspolitischem Anspruch und der Verhinderung von Vereinsamungsprozessen bei alternden Menschen gelang, war deshalb die Quizserie „Wer weiß, gewinnt" mit Günter Tolar und dem musikalischen Leiter Prof. Leopold Großmann. Diese Veranstaltungsreihe bietet von ihrem Selbstverständnis her Bildung, Begegnung sowie Unterhaltung und dient somit der Aktivierung von geistigen Ressourcen.

Ein wichtiges Motiv für die Teilnahme der jährlich weit über 100 KandidatInnen am Bildungsquiz liegt sicherlich im Testen des eigenen Wissensstandes; Freude an nutzbringender Betätigung und das Knüpfen sozialer Kontakte sind aber ebenfalls Garanten für ein aktives Leben, und indem man konsequent auch darauf Rücksicht nimmt, erhalten mitwirkende „Junggebliebene" die Chance, vom Prozess des Alterns relativ unabhängig geistig agil bleiben zu können.

Den Höhepunkt im Veranstaltungsjahr 1998 stellte wieder einmal die gutbesuchte Abschlussveranstaltung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses dar, bei der in Anwesenheit zahlreicher Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur das Siegerteam ermittelt wurde.

Gleichfalls an ältere Menschen richteten sich die im Berichtszeitraum neuerlich durchgeführten beiden Projekte „Bild des Monats" und „Bildungsarbeit in Häusern für Pensionisten", die vor allem durch ihre künstlerische Ausformung versuchen, die Freude am kulturellen Schaffen, aber auch am Rezipieren von Kunst bis ins hohe Alter aufrechtzuerhalten.

Ein völlig anders gelagertes Vorhaben der Volkshochschule Hietzing („Leben mit dem Sterben") hat dagegen versucht, für das in unserer Gesellschaft sehr tabuisierte Thema „Tod" zu sensibilisieren, und Betroffenen die Möglichkeit geboten, Hilfe und Unterstützung zu bekommen.

Unter den von der Stadt Wien erneut geförderten Maßnahmen war 1998 zudem der „Zweite Bildungsweg" zu finden, der folgende Bereiche umfasst:
Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung
- Hauptschulabschluss
- Matura
- B-Matura
- Berufsreifeprüfung
- Alphabetisierung

Die Volkshochschulen bieten damit ein breites Feld an Nachholmöglichkeiten von schulischen Abschlüssen für Interessierte an. Sie bemühen sich aber auch, den oft sehr unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnissen der TeilnehmerInnen entgegenzukommen. So werden unter anderem Vormittags-, Abend- und Wochenendkurse, Fernlehrgänge sowie autonome Lernphasen mit Tutorials abgehalten. Zusätzlich gibt es immer wieder Kurzlehrgänge, bei denen das richtige Lernen gelernt werden kann.

Auf dem Gebiet der neuen Technologien und ihres Einsatzes im gesamten Zweiten Bildungsweg wurde im Berichtsjahr ebenfalls konsequent weitergearbeitet, um die Kommunikation zwischen den KursleiterInnen zu erleichtern und den InteressentInnen neue Möglichkeiten des Lernens zu eröffnen.

Das von der Volkshochschule Floridsdorf ausgearbeitete Bildungsangebot „Alphabetisierung/Basisbildung" - es gehörte 1998 wieder zu den finanziell unterstützten Vorhaben - erfüllt als erste Stufe im Gesamtkonzept der Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg insofern eine wesentliche Aufgabe, als in seinem Rahmen jene elementaren Kenntnisse vermittelt werden, die sowohl für das Bestehen im Alltag wie für die berufliche Anpassung von Bedeutung sind.

Infolge ihrer Offenheit dienen die Lehrgänge TeilnehmerInnen vielfach als Orientierung bei gewünschten Veränderungen. So entscheiden sich manche wegen des Kurses z.B. für eine Weiterqualifizierung (Hauptschulabschluss, berufsbezogene Lehrgänge). Angeboten wurden allgemeine Kurse (Lesen und Schreiben) sowie Rechenkurse. Daneben konnten diesbezüglich aufgeschlossene TeilnehmerInnen auch den Umgang mit neuen Medien erlernen (durch den Einsatz verschiedener Softwareprogramme usw.).

Die Versorgung von Lernenden mit zeitgemäßer Software war 1998 sogar ein eigenes Projekt. Dabei wurden die nachstehenden Schritte durchgeführt: Entwurf der Grundstruktur eines Web-Angebots zu „mathe online"; Erstellung interaktiver Lernhilfen; Erstellung einer umfangreichen kommentierten Liste von Internet-Angeboten, die für Mathematik-Kurse relevant sind; Erstellung einiger Web-Seiten zu den stofflichen Hintergründen (in Ergänzung dazu wurde ein Lexikon mathematischer Begriffe angelegt).

Seit September 1998 gibt es an der Volkshochschule Wien-Nordwest die Möglichkeit, „Wienerisch im Internet" zu erlernen. Unter der Adresse „www.vhs.at/wienerisch" werden Interessierte stilgerecht von einer typischen Hausmeisterin („Fini Swoboda") begrüßt.

Die verschiedenen - fiktiven - Freunde und HausbewohnerInnen, mit denen Wienerisch gelernt werden kann, setzen sich zusammen aus Andreas „Andy" Naplawa, bei den Wiener Linien beschäftigt und Hobbyfußballer, mit seiner Familie, der Hofratswitwe Dorothea Dietz-Cramer - im Mittelpunkt ihres Lebens steht ein Pudel - sowie einigen

StudentInnen. Im Haus wohnt auch Prof. Stefan Horvath, ein Sprachwissenschaftler und Germanist, der gern weiterhilft.

Zahlreiche Wissbegierige aus Österreich, der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Schweden haben sich in der Zwischenzeit bereits in das Programm eingewählt.

Mit dem Vorhaben „Wege der integrativen Medieneinführung" in der Volkshochschule Hietzing sollte ein möglichst großer InteressentInnenkreis für die Nutzung des öffentlichen Zugangs zu neuen Telekom-Technologien angesprochen werden. Um dies zu erreichen, wurden mit KursleiterInnen aus verschiedenen Bereichen Strategien der Medieneinführung sowie das Fachgebiet betreffende Wünsche bzw. Anregungen erhoben und im Anschluss daran Vorschläge erarbeitet, wie eine breite Nutzung zu gewährleisten wäre.

Im Rahmen des Projekts „Vermittlung von Rollenbildern im Sprachunterricht" der Volkshochschulen Simmering, Donaustadt und Brigittenau wurden im Berichtszeitraum die aus dem Jahr 1997 stammenden Materialien analysiert und für den Einsatz im Unterricht aufbereitet. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit stehen allen Vortragenden und pädagogischen MitarbeiterInnen in Form eines Handbuchs zur Verfügung.

Bei der Tagung „Fremdsprachenunterricht zwischen Zeitgeist und Wissenschaft" an der Volkshochschule Brigittenau hatten VertreterInnen der verschiedensten einschlägigen Fachrichtungen die Möglichkeit, mit PraktikerInnen zu diskutieren; dabei wurden Pilotversuche und neue Unterrichtsmodelle angeregt.

Den aus Mitteln der Stadt Wien dotierten und vom Verband Wiener Volksbildung ausgeschriebenen Hans-Czermak-Preis für gewaltlose Erziehung erhielten 1998 folgende Personen bzw. Personengruppen:

- Stefan Vittori für das „Sozial Pädagogische Musikprojekt SPMP". Mit diesem Vorhaben wird seit Jahren erfolgreich versucht, Heimkindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu bieten sowie Integration über Musik und die Bildung von Musikgruppen zu erleichtern.
- Rudi Palla für das Buch „Die Kunst, Kinder zu kneten". Rudi Palla versteht es einerseits, das Thema der Erziehung bzw. die Geschichte der Erziehungsstile ebenso interessant wie lehrreich zu präsentieren, und zeigt dabei andererseits stets auch verschiedene Irrwege auf.
- Bundesrealgymnasium IX für das Projekt „Ausstellung Wi(e)der Gewalt". Die siebenten Klassen des BRG 9, Glasergasse 25, führten im Geschichtsunterricht ein dreijähriges Projekt gegen die Verherrlichung von Gewalt durch. Es thematisiert in mehreren Stufen die bildliche Darstellung von Gewalt im öffentlichen Raum.

Der „Generali-Sonderpreis" wurde an Pater Georg Sporschill für seine Arbeit mit Straßenkindern in Rumänien vergeben. Judith Bittermann und Georg Flor errangen einen undotierten Anerkennungspreis für die grafische Gestaltung von fünf Plakaten zu dem Thema „Kinder denken anders". Die festliche Preisverleihung durch Frau Vizebürgermeisterin Laska im Großen Sendesaal des RadioKulturhauses gestaltete sich zu einem beeindruckenden Ereignis.

Vom 15. bis zum 17. Jänner 1998 fand in der Wiener Urania ein Symposium über den Denker und Schriftsteller Arthur Koestler statt. Behandelt wurden seine politische Haltung, die ihn zum Außenseiter machte, seine Kritik an jeglichem politischen und theoretischen Totalitarismus sowie seine Thesen über die Arbeitswelt, aber auch die mit seiner Frau Cynthia entwickelten parapsychologischen Theorien, mit denen er auf viele provozierend wirkte. Zu den ReferentInnen gehörten unter anderem der Philosoph Michael Benedikt, der Germanist Jürgen Egyptien, der Historiker Barabas Laszlo und der Soziologe Silvio Lehmann.

Im Rahmen des Projekts „Neubesiedelung/Familienförderung" der Volkshochschule Simmering wurde überwiegend jungen Familien, karenzierten Frauen und Männern, AlleinerzieherInnen sowie WiedereinsteigerInnen die Möglichkeit gegeben, sich entsprechend weiterzubilden. Im Vordergrund standen Maßnahmen zur Persönlichkeits- und Familienbildung, Angebote zur hinkünftigen Wohnsituation und berufsorientierte Angebote im weitesten Sinn.

„Neue Formen politischer Bildung" versuchten die Volkshochschulen Brigittenau und Favoriten mit dem Einsatz des so genannten „Single Konzept Film" umzusetzen. Dabei wechseln Filmteile (die weniger kommentieren als ergänzen) mit verbalen Vortragsteilen ab. Für die unterschiedlichen Filmblöcke wird dadurch ein einheitlicher sprachlicher Rahmen geschaffen. Die präsentierten Themen lauteten: „Leugnung der Kriegsschuld", „Der österreichische Widerstand" sowie „Wagnerkult und Wagnerrezeption".

Die in diesem Zusammenhang hergestellten Filmsequenzen befinden sich im Eigentum des Verbandes Wiener Volksbildung. Es ist geplant, mit Hilfe einiger ReferentInnen einen Pool aufzubauen, bei dem schon erarbeitete Vorträge plus Filme für Veranstaltungen zur politischen Bildung angefordert werden können.

Mit dem Projekt „K3 - Kunst Kultur Kommunikation" wurde den BewohnerInnen am Stadtrand ein kulturelles bzw. künstlerisches Basisangebot zur Verfügung gestellt, und im Zuge der Fortführung der Initiative „Treffpunkt Leberberg, Ein Stadtteil macht Zeitung" konnte die Kommunikation in diesem Gebiet noch weiter verbessert werden.

Im November 1998 veranstaltete das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung mit besonderer Unterstützung durch die Stadt Wien/MA 13 ein Symposium „Jüdisches Leben, jüdische Gemeinden im heutigen Europa". Dabei veranschaulichten ReferentInnen aus ganz Europa, unter welchen Bedingungen Juden in verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas leben, und steuerten somit wertvolle Erkenntnisse zu einer Bestandsaufnahme der einschlägigen kulturellen, politischen und religiösen Einrichtungen bei.

Demgegenüber beschäftigte sich ein Symposium an der Volkshochschule Favoriten mit der Thematik „Globalisierung, Wirtschaftskriege, ihre politische Folgen und mögliche Konfliktlösungsstrategien". Im Mittelpunkt standen Probleme wie soziale Verantwortung, Massenarmut, Menschenrechte, demokratische Werte u.dgl.m.

Und im Rahmen des Projekts „Studienzirkel Allgemeinbildung" der Volkshochschule Meidling wurden Pilotveranstaltungen zur Allgemeinbildung getestet bzw. evaluiert; dabei waren, wie von der Europäischen Kommission und

der UNESCO empfohlen, auch Universitäten miteinbezogen.

Geförderte Veranstaltungen wie die beschriebenen sprechen erfahrungsgemäß InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und stoßen oft auf ansehnliche Resonanz in den Medien. Die dem Verband Wiener Volksbildung für ihre Realisierung im Jahr 1998 auf Antrag der Abteilung gewährte Subvention in der Höhe von insgesamt 2,1 Millionen Schilling - nur rund ein Fünftel der veranschlagten Gesamt-Projektkosten! - stellt mithin einen überaus effizienten Beitrag zur Attraktivierung sowie zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Wiener Volkshochschulen dar.

Ergänzt wurden die angeführten Projekte noch durch Vorhaben einschlägig tätiger Institutionen, die mit entsprechender Unterstützung seit Jahren wesentliche Aufgaben im Bereich von Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung wahrnehmen.

Hier können etwa

- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten (Förderung: S 30.000),
- einschlägige Bildungsangebote der Evangelischen Bildungswerke A.B. (Förderung: S 25.000) und H.B. (Förderung: S 10.000) Wien,
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung: S 600.000), des Konservatoriums für Musik und Dramatische Kunst (Förderung für den Ankauf von Instrumenten und technischen Geräten: S 78.000), des im Berichtsjahr neugegründeten Gustav-Mahler-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung: S 89.000) sowie der Ersten privaten Musikschule Hietzing (Förderung: S 650.000),
- „Mütterseminare" und eine damit verbundene Festveranstaltung des Katholischen Familienwerkes der Erzdiözese Wien (Förderung: S 60.000),
- die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes (Förderung: S 683.000),
- die Aktivitäten der ARGE Esperanto (Förderung: S 15.000),
- Lehrgänge zur Ausbildung in Stenografie und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern (Förderung: S 100.000),
- Italienischkurse der „Società Dante Alighieri/Wien" (Förderung: S 25.000),
- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien (Förderung: S 80.000),
- Maßnahmen des Vereins zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien (Förderung: S 183.000) und
- die Aktivitäten des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen - Österreichisches Volkshochschularchiv (Förderung: S 86.000),

angeführt werden.

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle zukunftsträchtiger Aktivitäten im Bereich Erwachsenenbildung bestand eine der Aufgaben des Referats für Bildungsprojekte im Jahr 1998 unter anderem auch wieder in der förderungstechnischen Betreuung richtungweisender Vorhaben im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind insbesondere

- die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (Subvention: S 750.000), zu der die Herausgabe einer Zeitschrift („Neue Wiener Bücherbriefe"), ein „Hausbesuchsdienst" für Kranke und Gehbehinderte usw. gehören,
- das mit S 525.000 in Form einer Ausfallshaftung unterstützte, dezentral veranstaltete und einmal mehr sehr erfolgreich verlaufene „Lesofantenfest" derselben Einrichtung, bei dem wie immer namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten, auf die Zielgruppen zugeschnittene preisgekrönte Filme gezeigt sowie Bücher-Flohmärkte abgehalten wurden u.v.a.m.
- die im Rahmen des Wiener Sommerferienspiels an mehreren geeigneten Standorten durchgeführte animative Großaktion „Lesen im Park" des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionserfordernis: S 230.000) und
- die Betreuung von Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, im Mautner-Markhof-Kinderspital (bzw. nach dessen Schließung in der Kinderabteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung) und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Förderungsbeitrag: S 140.000).

Landesjugendreferat

Im Rahmen ihrer Aufgabenstellung hat die MA 13 - Landesjugendreferat im Berichtszeitraum viele bewährte Aktivitäten gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" fortgesetzt und neue Schwerpunkte hinzugefügt, die die Palette der Angebote für die Kinder und Jugendlichen der Stadt weiter vergrößern konnten. Darüber hinaus vermochte das Landesjugendreferat seinem Selbstverständnis als Koordinations- und Vernetzungsstelle entsprechend neue Schienen einzuführen, die die Zusammenarbeit der verschiedensten mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigten Gruppierungen erleichtern sollen.

Eines dieser neuen Vernetzungsgremien stellt das der BezirksrätInnen für Kinder- und Jugendfragen dar, welches sich aus VertreterInnen jedes Wiener Bezirks zusammensetzt; sie verstehen sich als Vermittler, die die Wünsche oder Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen an die Bezirksverantwortlichen herantragen, und bilden

eine Schalt- bzw. Anlaufstelle zwischen Bezirksvertretung, Stadtverwaltung, BewohnerInnen, Institutionen und Regionalforen. Die Aufgabe der MA 13 - Landesjugendreferat besteht darin, den Informationsaustausch zu verbessern sowie die Umsetzung der Aktivitäten der einzelnen Institutionen zu unterstützen bzw. themenspezifisch vorzubilden.

Anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 wurden auch einige jugendpolitische Maßnahmen ergriffen, die den Jugendlichen Möglichkeiten bieten sollten, sich mit Fragen der Europäischen Union auseinander zu setzen und ihr Bewusstsein für die Komplexität einer überstaatlichen Politik zu schärfen.

Eine dieser Maßnahmen stellte die Einführung des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) dar, eines Europäischen Austauschprogramms, das europäischen Jugendlichen eine Tätigkeit im sozialen Umfeld in einem anderen EU-Land ermöglichen soll. Die unmittelbare Umsetzung dieses Programms wird vom Verein „Grenzenlos Europa" in Kooperation mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" vorgenommen; die allgemeine Koordination sowie die Mittelfreigabe für gemeinnützige Organisationen, die sich bereit erklären, EFD-Volontäre aufzunehmen, kommen dem Landesjugendreferat zu.

Innerhalb von drei Monaten konnten viele interessierte Einsatzstellen eingebunden sowie zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten und damit die Programmstandards weiter erhöht werden. Um die Koordination mit den Partnerstädten Wiens weiter zu verbessern, wird zurzeit an einem elektronischen Kommunikationssystem gearbeitet, das die fallweise Abhaltung von „Konferenzen" ermöglichen wird.

Im August 1998 wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" die „Young UniverCity Vienna '98" abgehalten. Insgesamt kamen 180 Jugendliche aus Wien und anderen europäischen Städten der Einladung nach, zu dem Thema „Jugend in Bewegung" zu diskutieren und die Herausforderungen einer immer globaler werdenden Gesellschaft zu erörtern. Als „Campus" wurde das Schulschiff auf der Donauinsel adaptiert, auf dem sowohl Unterkünfte zur Verfügung standen als auch die jeweiligen Vorlesungen, Seminare und Workshops stattfanden. In Seminaren, Blockveranstaltungen und Workshops wurden Wissen und Erfahrungen vermittelt sowie kulturelle Unterschiede ausgetauscht, sodass ein längerfristiger Kontakt zwischen den Jugendlichen aufgebaut werden konnte.

Auch mit einzelnen europäischen Ländern konnten internationale Kontakte geknüpft werden, um Erfahrungen zwischen ExpertInnen auszutauschen und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, die Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit in anderen Ländern kennen zu lernen.

So wurde ein Austausch mit der Stadt Marseille organisiert, um die dortige Situation der Jugendlichen mit der Wiens zu vergleichen; RepräsentantInnen von Wiener Jugendorganisationen reisten nach Brüssel, London, Rom und Bonn; zum Erfahrungsaustausch in der offenen Jugendarbeit wurde ein Treffen von SozialarbeiterInnen aus Berlin veranstaltet, und an eine JugendexpertInnendelegation aus Finnland sowie eine Jugendgruppe aus Belgien ergingen Einladungen.

Den Bestrebungen einer Osterweiterung der Europäischen Union trug man insofern Rechnung, als JugendexpertInnen und Verantwortliche aus Ungarn eingeladen wurden, damit sie die Wiener Jugendarbeit kennen lernen; darüber hinaus wurden JournalistInnen aus Slowenien, der Slowakei sowie aus Ungarn empfangen, um ihnen die Strukturen der Jugendarbeit in der Stadt Wien darzulegen.

Im außereuropäischen Raum konnten Kontakte, die schon seit mehreren Jahren bestehen, fortgesetzt werden. So fand etwa ein zweites Ausbildungscamp für palästinensische JugendleiterInnen aus der Westbank in Turkalim statt, und die positiven Kontakte mit Israel wurden in Form von Austauschprogrammen weitergeführt.

Seitens der „Koordinationsstelle für Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit" wurden im Berichtszeitraum 15 Projekte koordiniert, unterstützt und inhaltlich begleitet. Bei den regelmäßig einberufenen Vernetzungstreffen der „Arbeitsgemeinschaft der Aufsuchenden/Mobilen Jugendarbeit" wurde ein Erstentwurf für inhaltliche sowie strukturelle Standards erarbeitet, der den politisch und institutionell Verantwortlichen, aber auch den ExpertInnen vor Ort zur Überprüfung und Abstimmung vorgelegt werden soll.

Was die Notwendigkeit und die mögliche Auslastung eines Veranstaltungsorts für benachteiligte Jugendliche und freie Jugendgruppen anbelangt, wurden einschlägige Erhebungen durchgeführt und außerdem Bedarfsprüfungen hinsichtlich einer Fachhochschule für soziale Berufe bzw. entsprechender Fortbildungsangebote vorgenommen. Da auch in diesem Bereich die Schwerpunktsetzung in verschiedenen Koordinationsaufgaben liegt, konnte ein verstärkter Bedarf nach überregionaler, stadtteilorientierter Straßensozialarbeit festgestellt werden; im Jahr 1998 wurde das Projekt „Streetwork" des Vereins „Österreichische Gesellschaft Rettet das Kind - Landesverband Wien" erstmalig im Wege der MA 13 - Landesjugendreferat subventioniert und begleitet, die damit gewisse Agenden der Jugendwohlfahrt wahrgenommen hat.

Im Zuge von Dezentralisierungsmaßnahmen der Stadt Wien wurden die für den Sektor „Parkbetreuung" zur Verfügung stehenden Mittel den einzelnen Bezirken übertragen und ein Team der „Koordinationsstelle für Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit" mit den damit zusammenhängenden Aufgaben betraut.

Freizeitpädagogische Betreuung/Parkbetreuung fand im Berichtszeitraum in 22 Wiener Gemeindebezirken, geleistet von 21 Vereinen, statt. Die Koordinationsstelle hat diese Einrichtungen - auch bei der Konzept- und Budgeterstellung - beratend unterstützt.

Im Aktionsbereich konnten gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" wieder viele bewährte Angebote fortgesetzt werden. Zu diesen zählen die Ferienangebote, die erneut zahlreichen Wiener Kindern, Jugendlichen und deren Eltern unterschiedlichste Möglichkeiten für gemeinsame Freizeiterlebnisse boten.

Am 5. Juli 1998 wurde das „Sommerferienspiel" im Wiener Stadtpark in Form eines „Mega-Spielfests" eröffnet, an dem in etwa 15.000 BesucherInnen teilnahmen. Eine Hauptattraktion bildeten dabei spezifische Mädchenakti-

vitäten, die unter dem Titel „Mädchen-Power" standen und für einen regen InteressentInnenzustrom sorgten.

Weitere Schwerpunkte stellten ganztagsbetreute Angebote wie z.B. das „Au-Camp" oder das „Dschungelcamp" sowie die Spielstadt „Wir sind Europa" dar, ein Europaprojekt, das in drei verschiedenen Stadtrandsiedlungen stattfand.

Insgesamt konnten im Jahr 1998 rund 740.000 Kinder und Erwachsene verzeichnet werden, die das sehr abwechslungsreiche Angebot in Anspruch nahmen.

Im Rahmen des „Winterferienspiels" 1997/98, zu dem annähernd 63.000 BesucherInnen kamen, wurde im Wiener Rathaus ein „Ramba Zamba-Riesen-Spielfest" durchgeführt. Das Angebot reichte von einem Mitspielzirkus über topaktuelle Video-, Brett- und Gesellschaftsspiele bis hin zu Mitmach-Musikshows, einer Riesen-Kugelbahn und Bluebox-Experimenten mit TV-Profis des ORF.

Beim „Semesterferienspiel" 1998 wurden rund 65.500 BesucherInnen gezählt, die an den 56 Aktionen und Events sowie Workshops teilnahmen. Unter anderem wurden Eisfeste veranstaltet, deren Höhepunkt im Rahmen des „Faschings-Eistraums" auf dem Wiener Rathausplatz zu finden war.

Ein umfangreiches Angebot für 6- bis 12-jährige Kinder, die ihre Ferien größtenteils oder zur Gänze in Wien verbrachten, boten wieder die „Wien spielt"-Aktivitäten, an denen sich alle 23 Wiener Bezirke beteiligten. Bei den 1.840 Einzelaktionen wurden insgesamt 77.605 BesucherInnen verzeichnet.

Die Servicestelle „Jugend in Wien" hielt für Jugendliche ab 13 Jahren wieder ein breitgestreutes Freizeit- und Informationsangebot (von Pop-Konzerten, Theater, Kabarett und Sport-Workshops über Kinopremieren bis hin zu Infos sowie Tipps zur Berufswahl oder zu sozialem Engagement) bereit.

In dem unter derselben Bezeichnung erscheinenden Programmheft wurde jungen Menschen verstärkt auch Raum für neue Formen der Mitgestaltung eingeräumt. Im Rahmen der Aktion „Be Journalist" waren Jugendliche zu praktischer redaktioneller Tätigkeit eingeladen; bei „Create the JIW-Poster" konnten eigenständige grafische Entwürfe vorgelegt werden, wobei die besten Sujets im Jahr 1999 an öffentlichen Plätzen plakatiert werden sollen. Alles zusammengenommen wurden bei den Eigenveranstaltungen und Kooperationen über 600.000 Jugendliche gezählt.

In der 24. Saison des Bandwettbewerbs „pop-odrom" stellten 229 Gruppen bei 28 Einzelveranstaltungen ihr Können unter Beweis. Insgesamt über 7.500 BesucherInnen verfolgten den Wettbewerb, bei dem die Gruppe „RED SOCKS" aus der Steiermark Jury wie Publikum mit ihrer Darbietung am besten überzeugen konnte.

Die Broschüre „Familien-Tage" bot wieder einer großen Anzahl von interessierten Familien monatlich rund 400 Freizeitaktivitäten, wie Besichtigungen bzw. Führungen, Museumsaktivitäten, Kino- und Theatervorstellungen u.a.m., an.

Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen wurde die Zielgruppe der Aktion von Kindern, Eltern und Großeltern auch auf Wohngemeinschaften ausgeweitet, wodurch eine größere Anzahl von Menschen, die ihre Freizeit mit Kindern verbringen wollen, erreicht werden konnte. Seit September 1998 wurden im Mittelteil der Broschüre auch Service-, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Anlaufstellen für Kinder und Familien usw. vorgestellt; damit erzielte die Broschüre einen höheren Stellenwert im Servicebereich.

Zu diesen fest etablierten Aktivitäten zählten auch Sonderprojekte wie die bewährte Aktion „Wien - die bunte Stadt", bei der junge WienerInnen neuerlich dazu beitragen konnten, das Stadtbild durch verschiedene Flächenbemalungen bunter zu gestalten, oder Umweltaktionen, die z.B. wieder die gemeinsam mit dem Forstamt durchgeführte Aktion „Schulwald" umfassten, sowie die Aktion „miteinander", in deren Rahmen im Jahr 1998 13 eingereichte Projekte genehmigt werden konnten.

Die 11.675 JungbürgerInnen des Geburtsjahrgangs 1979 wurden im Berichtszeitraum anlässlich ihres „politischen Geburtstags" zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen. Bei dem Großereignis „Paradise City - Special Edition" am 11. September 1998 konnten 4.077 BesucherInnen verzeichnet werden, und beim glanzvollen „Ball der jungen WienerInnen" am 26. September feierten 2.559 JungbürgerInnen in den Festsälen des Rathauses.

Zusätzlich wurde das Event „Sport und Fun" auf dem Wiener Messegelände (Halle 32) von 2.600 jungen WienerInnen frequentiert.

Ebenfalls im Rahmen der JungbürgerInnen-Veranstaltungen fand am 18. Oktober die alljährliche Baumpflanzung, diesmal in Essling im Bereich des Himmelteichs, statt; sie stand anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs unter dem Motto „Europawald 1998". Rund 6.000 Kinder und Jugendliche pflanzten Baumarten, die in den einzelnen EU-Ländern vorkommen, und lernten dadurch vieles über die unterschiedliche Vegetation in Europa.

Auch bei den „Schulaktionen" setzte die MA 13 - Landesjugendreferat im Berichtsjahr wieder viele ihrer bewährten Aktivitäten fort. So bot der in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb" veranstaltete „Redewettbewerb" 105 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, vor Publikum in freier Rede zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Unter der Devise „Neues Sprachrohr" konnten die TeilnehmerInnen mit optischen und akustischen Hilfsmitteln einzeln oder in Kleingruppen ihre Meinung äußern. 1998 wurde zudem der Bundesredewettbewerb von der Stadt Wien ausgerichtet, wobei unter Einbeziehung des Österreichischen Bundesheers 58 Personen aus allen Bundesländern an sämtlichen Kategorien der Veranstaltung teilnahmen.

Im Rahmen diverser Aktionen - „Musik aktiv" (2.176 SchülerInnen aus 77 Schulen), „Bezirksjugendsingen" (33.221 Mitwirkende), „Chortage" (15 Chöre mit 423 TeilnehmerInnen) sowie beim „Schulspiel aktiv" (12 Gruppen mit 238 Mitwirkenden) - stellten die Wiener SchülerInnen ihre musisch-kreativen Talente unter Beweis.

Auch die „Berufsschülertage" fanden im Jahr 1998 wieder in Form von Podiumsdiskussionen in den Zentralberufsschulgebäuden statt. An den Veranstaltungen, die unter dem Motto „Jugend in der Warteschlange" standen, nah-

men MandatarInnen aller im Rathaus vertretenen Fraktionen teil.

Zum Thema „Ausbildungsmöglichkeiten für SchülerInnen" wurde in den Räumen des Stadtschulrats die „Bildungsinformationswoche 1998" abgehalten, bei der wie bereits im Jahr zuvor BeraterInnen aus allen weiterführenden Schultypen, dem Arbeitsmarktservice und anderen Beratungsstellen Auskünfte über Fortbildungsmöglichkeiten in der Stadt Wien erteilten. An vier Halbtagen wurden 4.347 Schullaufbahnberatungen vorgenommen.

Die mit Förderungsmitteln des Landesjugendreferats vom Verein „Wiener Jugendkreis" geführten Institutionen bzw. Außenbetriebe konnten generell ihre Tätigkeitsfelder stärker strukturieren, die bewährten Aktivitäten fortsetzen und in ihrem jeweils spezifischen Bereich auf die dort aktuellen Trends in erhöhtem Ausmaß eingehen.

Zu diesen Einrichtungen zählt die „Jugend-Info-Wien", die ihre Beratungstätigkeit in gewohntem Umfang beibehalten konnte. Im täglichen KundInnenkontakt wurden im Berichtsjahr über 43.600 Anfragen hinsichtlich der Bereiche Infos, Tickets, Beratung persönlich oder telefonisch beantwortet. Dabei stellte die Berufsberatung, die mit der Veranstaltungsreihe „Check it out - days" wieder vielen Jugendlichen Informationen zum Thema „Fortbildungswege" lieferte, einen Schwerpunkt dar.

Seit August gestaltete die Jugend-Info zudem 14-tägig eine halbstündige Radiosendung („Jugend-Info on air") auf dem neuen Privatsender „Radio Orange 94.0".

Im „Kosmos-Kino" wurden neuerlich Veranstaltungsreihen für SchülerInnen offeriert, die mit anschließenden Diskussionsgelegenheiten oft eine adäquate Möglichkeit boten, Kindern und Jugendlichen gesellschaftsrelevante Themen näher zu bringen. Die Übersiedlung ins „Opern-Kino", 1, Friedrichstraße 4, im Herbst 1998 brachte insofern Vorteile mit sich, als der neue Standort nicht nur mit einer zeitgemäßen Kinotechnik ausgestattet ist, sondern auch vielfältige neue Möglichkeiten bietet (zentrale Lage, angeschlossenes Café, behindertengerechte Ausstattung, Zielgruppengerechtigkeit). Trotz des dadurch kurzfristig eingeschränkten Programmangebots wies das Kinder- und Jugendfilmzentrum eine BesucherInnenzahl von 33.650 Personen bei 173 Einzelveranstaltungen auf.

Die „Spielebox Wien" konzentrierte ihre Bemühungen auf den weiteren Ausbau einer qualitätvollen Beratung und Betreuung von BesucherInnen im Bereich des vielfältigen Spieleangebots und auf den Sektor der geschlechtssensiblen Kinder- und Jugendaktivitäten, wobei durch Computerspiel-Workshops für Mädchen, Mädchenspielturniere sowie Rollenspielgruppen für Mädchen und Burschen optimale Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder bzw. Jugendliche geschaffen werden konnten. Vermehrte Bildungsangebote in den Bereichen Lernspiele und Lernsoftware trugen darüber hinaus zur Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen bei. Insgesamt wurden von den MitarbeiterInnen der Spielebox an 187 Aktionstagen 128 Aktionen veranstaltet, bei denen rund 25.000 BesucherInnen anwesend waren.

Zu den Arbeitsschwerpunkten des „Medienzentrums" gehörten im Berichtsjahr das „CDemowerk", eine häufig genutzte Möglichkeit für junge Bands, ihre erste CD zu produzieren, die Abhaltung von Radio-Workshops und Seminaren - was vor allem durch die Zusammenarbeit mit dem nichtkommerziellen Sender „Radio Orange 94.0" ermöglicht wurde -, etliche Fortbildungsveranstaltungen zur Benützung des Internets für Jugendliche und MultiplikatorInnen sowie der Versuch, Mädchen vermehrt für die angebotenen Workshops und Aktivitäten zu gewinnen.

Auch die „JugendleiterInnenschule", die sich als Fort- und Weiterbildungseinrichtung für in freizeitpädagogischen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätige MitarbeiterInnen versteht, konnte 1998 wieder eine Fülle von Veranstaltungen für ehrenamtliche JugendarbeiterInnen der Stadt Wien sowie Studiengänge für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PädagogInnen und AnimatorInnen anbieten. Ihr Programm wurde von rund 2.500 TeilnehmerInnen in Anspruch genommen. Das Spektrum reichte von allgemeinen Themen zur Jugendkultur über Seminare zur Persönlichkeitsentwicklung bis hin zu Bereichen der Spiel- und Erlebnispädagogik.

Im Förderungsbereich wurde von der MA 13 - Landesjugendreferat erneut eine Vielzahl von unterschiedlichsten Projekten und Organisationen unterstützt, die sich um ein attraktives, anspruchsvolles Freizeitangebot für Wiener Kinder und Jugendliche bemühten.

Größter Subventionsempfänger war der für die Führung und den Betrieb der kommunalen Jugendzentren in Wien zuständige „Verein Jugendzentren der Stadt Wien", der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in den von ihm betreuten Einrichtungen in die Wege leiten konnte. Für verschiedene bestehende bzw. neue Vorhaben erhielt der Verein weitere Mittel in der Höhe von S 144,155.000.

Dem Verein „Wiener Jugendkreis" wurden im Berichtszeitraum zur organisatorischen Unterstützung und finanziellen Abwicklung der vom Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von S 59,650.000 zuerkannt.

Ergänzend dazu standen ihm Subventionsmittel im Ausmaß von S 5,765.000 zur Verfügung, wodurch zahlreiche Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Familien, wie z.B. die beschriebene „Young UniverCity Vienna '98" oder Workshops und Tagungen zum Bereich der Medienkultur, ermöglicht wurden. Für die Durchführung der JungbürgerInnen-Veranstaltungen 1998 erhielt der Verein eine Förderung in der Höhe von S 3,982.000, und für die Umsetzung des „Europäischen Freiwilligendienstes" wurde ihm ein Betrag von S 2,000.000 gewährt.

Die finanzielle Unterstützung der Aktivitäten der im Österreichischen Bundesjugendring vertretenen Wiener Landesverbände der Kinder- bzw. Jugendorganisationen sowie der Grünalternativen Jugend Wien und der Freiheitlichen Jugend belief sich auf S 5,500.000 (Basisförderung); die vom 1997 gegründeten Landesjugendbeirat beurteilten und von zahlreichen Jugendorganisationen gesondert eingereichten Projekte aus unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern wurden mit Projektförderungsmitteln in der Höhe von insgesamt S 500.000 subventioniert.

Für sonstige Jugendklubs und -zentren anderer Trägerorganisationen, darunter z.B. das „Zentrum Aichholzgasse"

oder der Club „Alpha", aber auch für kleinere Organisationen wie die „1. Wiener Kindergalerie Lalibela" oder den „Freizeitklub Wagenrad" konnten Subventionen in der Gesamthöhe von S 15,225.800 bereitgestellt werden.

Wie in den Vorjahren erhielten neue, modellhafte Einrichtungen mit sozio-kulturellem oder sozialpräventivem Charakter im Berichtsjahr ebenfalls wieder adäquate Unterstützungen; so wurden beispielsweise EU-geförderte mobile Jugendarbeitsprojekte der Vereine „Kids Company" und „Zeit!Raum", aber auch ein Adaptierungsvorhaben des „Christlichen Vereins Junger Menschen" mit Förderungsmitteln in der Höhe von zusammen S 16,422.545 bedacht.

Die Subvention 1998 für den Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen betrug S 4,700.000; damit wurde ihm die Erhaltung bzw. der Ausbau der im Interesse der Wiener Lehrlinge betriebenen Kommunikationszentren an Berufsschulen sowie die Gewährleistung seiner sonstigen bewährten Aktivitäten ermöglicht.

Im musikalischen Bereich ergingen Unterstützungen im Ausmaß von S 3,445.161 an spezielle Einrichtungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das musikalische Verständnis der Wiener Jugend zu vertiefen. Zu diesen zählen insbesondere der Verein „Musik der Jugend", der Verein für vorschulische und weiterführende Musikausbildung und der Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien (mit seiner Aktion „Musik hören - Musik verstehen").

Wiener Städtische Büchereien

Bei den Wiener Städtischen Büchereien wurden im Berichtszeitraum 5,702.562 Entlehnvorgänge registriert; gegenüber 1996 (5,279.553) bedeutet das einen Anstieg der Lesefrequenz um 8 Prozent und gegenüber 1997 (5,309.500) eine Erhöhung um 7,4 Prozent.

Die Einnahmen bei den Benützungsgebühren sind - wegen der Gebührenerhöhung und der neuen Gebühren für AV-Medien - gegenüber 1996 (S 3,979.800) um 29,1 Prozent und gegenüber 1997 (S 4,133.133) um 25,2 Prozent auf S 5,182.736 gestiegen.

Die Kostenersätze für Mahnungen sind gegenüber 1996 (S 1,563.152) um 6,6 Prozent und gegenüber 1997 (S 1,684.260) um 8,9 Prozent auf S 1,834.420 gestiegen. Die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Kostenersätzen für Mahnungen sind gegenüber 1996 (S 5,542.952) um 26,6 Prozent und gegenüber 1997 (S 5,817.393) um 20,6 Prozent auf S 7,017.156 gestiegen.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug S 1,400.000.

Zwei große Projekte konnten 1998 in Angriff genommen werden:

- Projekt „Neue Hauptbücherei und Zentralverwaltung": Die Hauptbücherei und die Zentralverwaltung sollen in ein neues Haus am Westgürtel im Bereich Urban-Loritz-Platz/Burggasse übersiedeln. Dazu wurde ein EU-weiter Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Aus den von 121 TeilnehmerInnen eingereichten Plänen hat die Jury bei einem anonymen Auswahlverfahren zunächst zehn Entwürfe für eine zweite Wettbewerbsstufe und im Anschluss daran das Siegerprojekt des Wiener Architekten Mag. Arch. Ernst Mayr gekürt, das sich durch Originalität und hohe gestalterische Qualität auszeichnet. Die Planungsarbeiten werden vermutlich noch 1999 abgeschlossen sein; als möglicher Fertigstellungstermin für das Bauvorhaben gilt Ende 2001.
- Projekt „Neues EDV-System": Damit die Hauptbücherei, die 56 Zweigstellen sowie die zentrale Büchereiverwaltung den in der heutigen Gesellschaft an sie gestellten Anforderungen gerecht werden können, wurde um die Jahreswende 1997/1998 ein leistungsfähiges Bibliothekssystem öffentlich ausgeschrieben. Der Zuschlag an den Bestbieter erfolgte im Dezember 1998.

Für Penzing wurde bereits 1997 erreicht, dass auf dem Grundstück Hütteldorfer Straße/ Ameisbachzeile ein attraktives Büchereilokal als Bezirksbücherei errichtet wird. Die neue Zweigstelle wird die Medienbestände des zu kleinen Lokals 14, Hickelgasse 4 - 6, und des bereits seit längerem geschlossenen Lokals 14, Penzinger Straße 150 - 166, aufnehmen. Baubeginn war im Herbst 1998; die Lokalübergabe und die nachfolgende Einrichtung mit Büchereimobiliar werden für Sommer 1999 erwartet.

Die Bücherei in 2, Zirkusgasse 3, konnte 1998 renoviert werden. Gleichzeitig wurde die Einrichtung weitgehend erneuert, sodass für die LeserInnen nun ein sowohl von der Funktionalität als auch vom Ambiente her aufgewertetes Büchereilokal zur Verfügung steht.

Die Städtische Bücherei Nr. 25 im 23. Bezirk musste Mitte 1998 vom bisherigen Standort 23, Speisinger Straße 256, in die Dr.-Barilits-Gasse 2 - 4 übersiedeln. Das alte Lokal wird renoviert und anderweitig genutzt.

Die Zweigstelle 16, Schuhmeierplatz 17, wurde auf einen zeitgemäßen Standard gebracht.

Bei 13 Zweigstellen, die für die Integration in den EDV-Verbund der Wiener Städtischen Büchereien vorgesehen sind, war es erforderlich, noch vor der Umstellung entsprechende Computer-Theken zu erwerben. Die neuen Geschäftspulte sollen in punkto Beschaffenheit und Ergonomie ganz bestimmte Kriterien erfüllen (Höhe und Tiefe der Thekenelemente; Kabelkanäle bzw. Auslässe; Platz für die Einpassung von Geräten; aus Sicherheitsgründen sowie als Schutz vor unbefugten Zugriffen Verblendungen usw.), die für einen EDV-gestützten Ausleihbetrieb notwendig sind.

Durch den Ankauf eines zweiten Kastenwagens für die Zentrale ist eine erhebliche Verbesserung eingetreten. Die Buchauslieferung und die Buchtransporte (Ringleihe) innerhalb des Zweigstellennetzes lassen sich jetzt rascher und ökonomischer bewerkstelligen.

Die 1997 seitens des Lektorats durchgeführte deutliche Erweiterung des Titelangebots auf den Auswahllisten hat sich auch 1998 sehr bewährt: So wurden wiederum sechs Listen vom „Typ A" (Neuerscheinungen zur Bestandser-

weiterung) mit insgesamt 2.068 - fast ausschließlich neuen - Titeln zusammengestellt (wie gewohnt mit Exemplaren zur Ansicht), dazu sechs Listen vom „Typ B" (zur Ergänzung und Abrundung) mit zusammen 1.201 Titeln, die wesentlich der Bestandsergänzung und -abrundung sowie dem Auffüllen von durch Abnützung entstandenen Lücken dienen.

Etwa 2.000 Titel wurden vom Lektoratskollegium in sechs Verteilersitzungen an daran interessierte KollegInnen zur Beurteilung ausgegeben.

Ferner wählten die MitarbeiterInnen des Lektorats rund 730 Titel für Serienkäufe aus, das sind Titel, die ohne weitere Einflussnahme der Zweigstellen für bestimmte Büchereigrößen und -typen angekauft werden. Der Prozess der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und Spezialisierung im Bestand einzelner Zweigstellen wurde dabei weitergeführt.

Grundlage aller oben erwähnten Ankaufsentscheidungen waren etwa 15.000 Bücher, die aus dem Fundus des aktuellen Angebots auf dem Buchmarkt (um die 400.000 Titel, davon rund 85.000 Neuerscheinungen) ausgewählt wurden.

Das Lektorat betreute daneben - in Unterstützung des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien - neuerlich die Redaktion der Rezensionszeitschrift „Neue Wiener Bücherbriefe", von der im Berichtsjahr sechs Nummern erschienen sind und die die Leserschaft sowie eine interessierte Öffentlichkeit über Neuzugänge im Bestand der Büchereien informiert.

Die Anzahl aller verfügbaren Medien betrug per Stand Dezember 1998 1,347.818 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, CDs, Tonkassetten, CD-ROMs und Videos). 1998 konnten um S 17,999.948 Bücher und Zeitschriften angekauft werden, das bedeutet eine Steigerung von S 4,622.948 gegenüber dem Vorjahr. Für den Ankauf von audiovisuellen Medien stand ein Betrag von S 2,399.992 zur Verfügung. Dies bedeutet eine Steigerung um S 683.990 gegenüber 1997.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende PR-Materialien hergestellt: Plastik-Tragetaschen mit beidseitigem Werbeaufdruck der Büchereien (Bücherei-Logo usw.); Büchereifolder für die Haupt- und die Musikbücherei sowie für die Zweigstellen; zwei verschiedene Lesezeichen für Kleinkinder zum Anmalen; ein Aufkleber (Lesofanten-Motiv).

In Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien konnten die nachstehenden Werbeaktionen durchgeführt werden: Inseratenkampagne in Tageszeitungen und Magazinen; Einschaltung auf der Umschlagrückseite im Falter-Führer „Kind in Wien"; Herstellung von Klebeetiketten und A2-Plakaten mit dem Motto „Kinder lesen gratis".

Mitinitiiert wurde zudem die Image-Kampagne „Von klein auf Lust auf Kultur" mit einer Pressekonferenz, Plakaten in Straßenbahnen und öffentlichen Kulturflächen, Postkarten (davon 60.000 im „direct mailing"-Verfahren), Diskussionsveranstaltungen und einem großen Abschlussfest im Rathaus.

Die einschlägige Tätigkeit des Referats bestand darüber hinaus in der Herstellung eines Lesezeichenheftes, das in 6 Einzel-Lesezeichen zerlegt werden kann: fünf mit animativen Comic-Strips, das Sechste als Einschreibformular.

Die größte Leseanimations- und Werbeveranstaltung für Kinder, das vom Verein der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien organisierte „13. Lesofantenfest", fand in der Zeit vom 16. bis zum 27. November 1998 statt. In diesen zwei Wochen wurde ein vielseitiges Programm (Theater, Kinofilme, Musiktheater, Spielebox, Internet-Surfen, Zeitungsredaktion Kurier, Büchertische, ...) in vier Bezirken und vier Zweigstellen geboten. Als Werbemittel dienten ein 30-seitiges Programmheft, A1-Plakate sowie zwei verschiedene Postkarten. 13.000 BesucherInnen konnten gezählt werden.

Landesbildstelle

Seitens der Landesbildstelle Wien konnten im abgelaufenen Verwaltungsjahr sowohl einrichtungsmäßig als auch organisatorisch wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden.

Der Kurssaal wurde in einen multimedialen Mehrzweckraum umgestaltet, sodass er sowohl für Audio- als auch für Videoprojekte und Schulungen genutzt werden kann. Zusätzlich wurde die Vernetzung der PCs vorgenommen, ein Server installiert und ein Telematikbüro eingerichtet, in dem die Homepage der Landesbildstelle betreut und in der Folge auch ein Subserver für das Bildungsnetz betrieben wird.

Im Filmreferat wurde ein neues Videostudio eingerichtet, das unter anderem einen digitalen Schnittbetrieb ermöglicht.

Im Fotobereich wurde ein spezielles Studio geschaffen, das nunmehr auch bessere Portrait- und Produktaufnahmen sowie Reproduktionen gewährleistet.

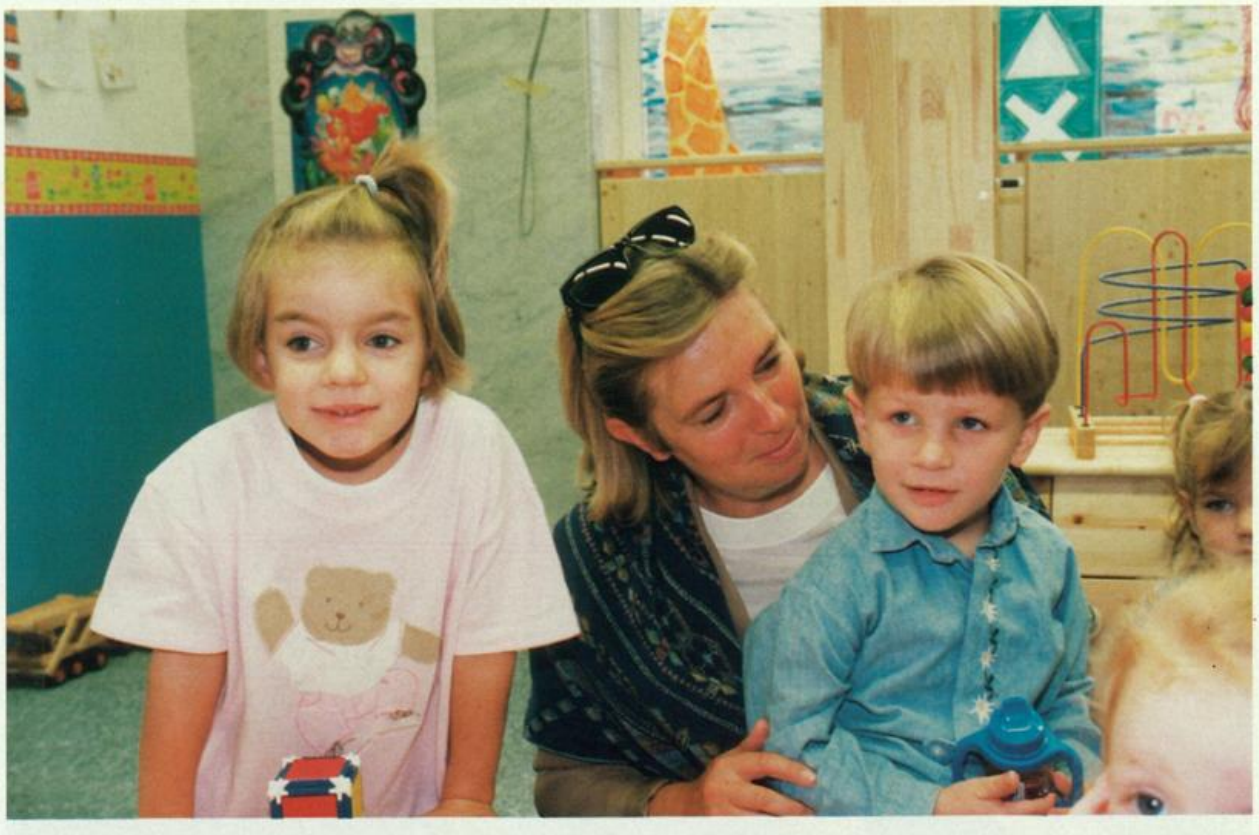
Fernerhin wurde eine neue Telefonzentrale installiert, die zusammen mit der elektronischen Post (E-Mail) eine verbesserte Kommunikation ermöglicht.

Der Einbau einer neuen Aufzugsanlage wird sowohl den MitarbeiterInnen als auch den Kunden eine Verbesserung bringen.

In der Film- und Videoproduktion konnte ein neuer Rekord an bearbeiteten Produktionen erreicht werden. Zu den 27 Produktionen kamen noch diverse Produktionsberatungen und Preisangemessenheitsprüfungen hinzu.

Folgende Produktionen wurden 1998 fertig gestellt bzw. bearbeitet:

- „Eleven": Ein 30-Minuten-Video über das Berufsbild Tanzpädagogik, das im Siemens-Forum eindrucksvoll prä-



Kinderbetreuung ist für Vizebürgermeisterin Grete Laska ein wichtiges Anliegen. Hier besuchte sie einen neuen, von insgesamt 19, Betriebskindergarten. Foto: Sterrer / Landesbildstelle

Die Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport Grete Laska präsentierte das Wiener Bildungsnetz „Jugend ans Netz", bei welchem bis zum Jahr 2000 die Klassen von 400 Wiener Pflichtschulen mit über 6000 PCs ausgestattet und durch ein eigenes Intranet miteinander vernetzt werden sollen. Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

Eine der zahlreichen Gangausstellungen Grete Laskas im Jahre 1998 war die der Sporthauptschule Wittelsbachstraße zum Thema „Kulturelle Begegnungen mit Afrika."
Foto: Katzler / Landesbildstelle

Sportstadträtin Grete Laska eröffnete im Messegelände einen Inline-Hockey-Platz.
Foto: Votava / PID

sentiert wurde.
- Aufführungen des Konservatoriums der Stadt Wien, aufgezeichnet in Sendequalität; 15 Stunden Theater bzw. Oper für den Studienbetrieb:
  - „Die Kolonie"/„Die lächerlichen Schwärmerinnen"
  - „Spitzen und Splitter aus gültigen Zeiten"
  - „Eisenbahn-Trilogie"
  - „Working"/„Partner"
  - „Im Weißen Rössl"
  - „Schwester Angelica"/„Die Kluge"
  - „Eine Nacht in Venedig"
  - „Kindersingen"
  - „Klassenabend I"
  - „Klassenabend II"
- „Redewettbewerb": Reportage über eine weiter oben angeführte Veranstaltung aus dem Wiener Rathaus
- „Umweltmanagement": Neue Filme aus der Umweltserie
- „Gefährliche Stoffe"
- „Der tapfere Theo": Eine Produktion über die Aufarbeitung von Kinderängsten durch Theater
- „Sommer in Wien": Zusammenschnitt einiger Events
- „13 Steps to Heaven": Ein Trailer über die Produktionen der Landesbildstelle („Grete Laskas Gang-Galerie")
- „Wienfluss-Sammelentlastungskanal - Bauabschnitt I": Dokumentation des Baugeschehens mit erstmaligem Einsatz von Unterwasserkameras
- „PreisträgerInnenvideo": 3 Videoclips und CDs mit Stars von morgen
- „Die U3 kommt nach Ottakring": Eine der aufwändigsten Produktionen der letzten Jahre. Durch die termingerechte Fertigstellung konnte der Film sowohl am Tag der Eröffnung vor Ort als auch im Fernsehen gezeigt werden. Die Premiere fand anlässlich einer Pressekonferenz von Frau amtsführender Stadträtin Mag. Ederer im „Opern-Kino" statt
- „Häuser zum Leben": Vorarbeiten zu zwei Filmen über die Wiener Pensionistenwohnhäuser
- „Filmfestival am Rathausplatz": Eine Produktion im Auftrag des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit einer russischen Korrespondentin
- „Cliniclowns"
- „Bleib cool": Filme, die Kinder informieren und die Angst vor dem Spital nehmen sollen, u.a.m.

Die Fotoabteilung hatte im Berichtsjahr 1.907 Fotoaufträge zu erledigen, für die 2.162 Stunden Außendienst erforderlich waren. 28.906 Vergrößerungen wurden an die Auftraggeber geliefert.

Die Digitalisierung des Archivs wurde fortgesetzt, wobei 50 Wien-Ansichten in das Intra- und das Internet gestellt wurden.

Die Aufnahmearbeiten für ein Brunnenbuch der MA 31 sowie für die Bezirksdiareihen „Josefstadt" und „Floridsdorf" waren ebenfalls sehr aufwändig. Die Diareihe „Josefstadt" wurde im Bezirksmuseum in Anwesenheit von Frau Bezirksvorsteherin Kostal, Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Zima und Frau Bezirksschulinspektorin Kertelics mit großem Erfolg präsentiert und gleich an die SchuldirektorInnen ausgegeben.

Als herausragendste Ereignisse der Fotodokumentation für das Präsidialbüro können angeführt werden:

Begräbnis Falco; 500 Jahre Wiener Sängerknaben; 50 Jahre Israel mit Shimon Peres; Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Wien: Ministerpräsident Hariri aus Libyen; Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und des Goldenen Ehrenzeichens an Teddy Podgorski; Verleihung der Bürgerurkunde an Leonie Rysanek; internationales Blasmusikfest; Eröffnung der U3-West; Empfang der sozialdemokratischen Parteichefs in der EU; Nestroy-Ring an Susi Nicoletti und Louise Martini; Feierlichkeiten aus Anlass des 70. Geburtstags von Vizebürgermeister a. D. Hans Mayr.

Von den weiter unten erwähnten eigenen Veranstaltungen wurden die Verleihung des Wiener Schülerzeitungspreises 1998 und die Vorstellung des Schülerradios „Wiener RADIO-BANDe" sowie eine Lomografie-Ausstellung als Abschluss des Schülerwettbewerbs „Unsere Plätze", aber auch die im Rahmen von „Grete Laskas Gang-Galerie" präsentierte Leistungsschau „Foto - Video - Multimedia" fotografisch dokumentiert.

Der Medien- und Geräteverleih hatte im Schuljahr 1997/98 32.694 Medienentlehnungen und 1.634 Geräteentlehnungen zu verzeichnen.

Bei den Medienentlehnungen setzte sich die steigende Tendenz erfreulicherweise fort. So konnte wieder eine Steigerung von über 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Der Medieneinkauf bestand 1998 aus insgesamt 138 Titeln, davon 123 Videokassetten, 6 Diareihen und 9 CD-ROMs. Schwerpunkte waren die Fächer Biologie und Umweltkunde, Geografie und Wirtschaftskunde, Geschichte und Sozialerziehung sowie Sachunterricht.

Im Geräteverleih lag der Schwerpunkt bei den Video- und Audiogeräten.

Im Bereich Telematik konnte das Online-Angebot für Wiener LehrerInnen mit einer völlig neu konzipierten und gestalteten Homepage erheblich erweitert werden. So gibt es bereits Internet-Spiele und digitalisierte Medien (Videosequenzen, Diareihen) abzurufen.

Mit zunehmender Bekanntheit und Akzeptanz des Wiener Bildungsservers stieg auch der Bedarf an Unterstützung

für eine qualifizierte Web-Präsenz der Wiener Schulen. Die Landesbildstelle ist bei der sachgerechten Erstellung von Homepages behilflich und administriert bzw. aktualisiert diese laufend auf dem Server. Zurzeit sind ungefähr 50 Schulen auf dem Bildungsserver mit ihrer Web-Site vertreten.

Der Medienkatalog wurde 1998 neu erstellt und teilweise umstrukturiert. Alle Schulen erhielten eine Neuauflage der Verzeichnisse, aber auch eine neue Version des Medienkatalogs auf Diskette (700 Kopien).

Die Hausvernetzung wurde geplant, ausgearbeitet und auch fertig gestellt. Als zentraler Punkt des Vernetzungskonzepts konnte abschließend auch ein hauseigener Server mit entsprechenden File-Services und Sicherungsmöglichkeiten eingerichtet und installiert werden.

Der regelmäßige Versand von Software für den Unterricht sowie die Herausgabe der Informationszeitschrift „LaBi-richt" gehörten zu den weiteren wieder wahrgenommenen Aufgaben.

Auf dem pädagogischen Sektor wurden im Berichtsjahr rund 300 Projektberatungen (Planungshilfen, teilweise Beratung vor Ort) durchgeführt und davon 65 Projekte intensiv betreut. Darüber hinaus erfolgte die Beratung von Schulen mit medialen Schwerpunkten auch hinsichtlich der Ausstattung und inhaltlicher Konzepte.

Neben dem Lomografiewettbewerb „Unsere Plätze" und der Organisation des Wiener Schülerzeitungspreises 1998 (Ausschreibung, Jurybetreuung, Präsentation) galt ein Hauptaugenmerk der Konzeption und Organisation der Schülerradioschiene „Wiener RADIO-BANDe" (monatliche Sendung im Ö1-Mittelwellenprojekt „1476" und seit November 1998 tägliche Sendeschiene auf „Radio Orange 94,0").

Monatliche Informationsveranstaltungen und Workshops in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut wurden kontinuierlich durchgeführt.

Die Aktion „KIS - Kino für Schulklassen" wurde ebenfalls mit Erfolg fortgesetzt.

Im Wirtschaftsbereich stieg die Anzahl der zu bearbeitenden Einkäufe und Rechnungen gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent.

In zunehmendem Maß waren für die Verwaltung der Stadt Wien digitale Fotoapparate und Videokameras einzukaufen. Durch die elektronische Speicher- und Weiterverarbeitungsmöglichkeit des Bildmaterials ist eine direkte und kostengünstige Layoutierung in der Textverarbeitung möglich.

Die Einrichtung von Multimediaräumen für Schulungszwecke sowie Vorträge im Hoheitsbereich und in den Krankenanstalten stellten den Beginn für eine ganze Reihe von Projekten dieser Art dar. Zusätzlich wurden für einzelne Magistratsabteilungen Daten- und Videoprojektoren angekauft, die zunehmend statt Overheadprojektoren für multimediale Präsentationen eingesetzt werden.

Für die Wiener Pflichtschulen mussten je nach Unterrichtsschwerpunkt Fotolabore eingerichtet, Voraussetzungen für die Produktion von Schülerradiosendungen geschaffen und semiprofessionelle Tonanlagen getestet bzw. angekauft werden. Die Grundausstattung mit TV-Geräten, Videorecordern und Overheadprojektoren wurde im Auftrag der MA 56 fortgesetzt.

Aufgrund der 1998 verstärkt in Anspruch genommenen Möglichkeit einer fachlichen Beratung durch die Landesbildstelle ließ sich bei einzelnen Geräten eine magistratsinterne Standardisierung auf anerkannte Markenartikel erzielen. Neben einer kostengünstigen Beschaffung ist dadurch auch die Serviceleistung im Reparaturfall sichergestellt.

Musiklehranstalten der Stadt Wien

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, zusammengefasst in den Musiklehranstalten der Stadt Wien, konnten auch im Berichtsjahr ihre Position in der Wiener Kultur- und Bildungsszene behaupten bzw. weiter festigen und so ihrem bildungs- und kulturpolitischen Auftrag nachkommen. Durch die teilweise Einbeziehung des Konservatoriums in das Universitäts-Studiengesetz besteht in vielen Bereichen eine Gleichstellung zur Universität für Musik und darstellende Kunst, was den StudentInnen wie dem Institut gleichermaßen eine Vielzahl von Vorteilen bringt.

Die Schülerbewegung ergab mit Stichtag 31. Oktober 1998 folgendes Bild:

Konservatorium: 1.398 Studierende (nach Fächern), davon 413 Ausländer aus 49 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.394 SchülerInnen, die Kindersingschule 2.935. Die GesamtschülerInnenzahl der Musiklehranstalten betrug 8.727. Am Konservatorium wurden 86 Diplom- und 36 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie 18 Lehrgangsprüfungen in Ensembleleitung mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten sind die öffentlichen Veranstaltungen, in denen sich Studierende und SchülerInnen einem Publikum stellen müssen. Beim traditionellen Chor-Orchesterkonzert des Konservatoriums im Großen Musikvereinssaal traten Direktor Gerhard Track, Roland Batik und Prof. Reinhard Schwarz als Dirigenten vor das Publikum. Das „Festliche Singen" der Kindersingschule im Konzerthaus stand wieder unter der Leitung von Prof. Otto Partmann.

Verschiedenste Aktivitäten wie etwa die Abhaltung von Workshops für mehrere Abteilungen des Konservatoriums, unter anderem mit dem Chefdirigenten der Wiener Symphoniker, Vladimir Fedosejew, dem musikalischen Leiter der Tölzer Sängerknaben, Prof. Gerhard Schmidt-Gaden (Stimmbildung für Kinder), und dem Weltstar Michael Heltau (Chanson), ergänzten den praxisorientierten Unterricht.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Darbietungen für die Wiener Schuljugend im Rahmen der Aktion „Mu-

sik hören - Musik verstehen" bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr 349 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. In diesen öffentlichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, wurden immer wieder sowohl der hohe Ausbildungsstand als auch die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von SchülerInnen und Studierenden der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Beträchtlichen Erfolg hatten die Inszenierungen der Schauspielabteilung „Die Kolonie" (Marivaux)/„Die lächerlichen Schwärmerinnen" (Molière), „Spitzen und Splitter aus gültigen Zeiten", eine Collage von Kabarettszenen, sowie die „Eisenbahn-Trilogie" (Turrini). Die Aufführungen „Working" (Schwartz)/„Partner" (Uwira) und „Im Weißen Rössl" (Benatzky) der Abteilung für musikalisches Unterhaltungstheater zeigten ebenso wie die der Opernabteilung mit „Schwester Angelica" (Puccini)/„Die Kluge" (Orff) und des Operettenlehrgangs mit „Eine Nacht in Venedig" (Strauß) einmal mehr die Vielseitigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für diese öffentlichen Aufführungen gab es Ermäßigungen von S 30 auf den Eintrittspreis für PensionistInnen, Jugendgruppen und StudentInnen.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums wurden, wie etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ), gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Modeschule Hetzendorf

Vom 18. bis zum 29. Juni 1998 fanden die alljährlichen, bereits zur Wiener Tradition gewordenen Modeschauen der Modeschule der Stadt Wien im Schlosspark Hetzendorf - wieder unter einem Zeltdach - statt.

Die Kollektion war diesmal besonders erfolgreich, was sich an dem außergewöhnlich großen BesucherInnenandrang ablesen ließ.

Im Jänner konnten in „Grete Laskas Gang-Galerie" Grafiken, Werkstücke und Modelle gezeigt werden. Und anlässlich einer Tagung der Marketingabteilung eines namhaften österreichischen Ladenbau- und Geschäftseinrichtungsherstellers wurde eine Modeschau präsentiert.

Von den Beteiligungen an verschiedenen Ausstellungen seien vor allem die Präsentation in einem eigenen Stand auf der Studien- und Berufsinformationsmesse im Frühjahr 1998 sowie bei „Sachen zum Tragen" im Museum für Volkskunde erwähnt. Exponate wurden zudem bei der „NÖ Landesausstellung" in Kirchstetten dargeboten.

Am Spittelberg erfolgte eine Verkaufsausstellung von SchülerInnenarbeiten im Rahmen des Weihnachtsmarkts.

Was die Mitwirkung an diversen zum Teil weltweit ausgeschriebenen Wettbewerben anbelangt, standen Beteiligungen an der IMOTA (Internationale Modetage Wien in der Orangerie Schönbrunn), an der MITTELMODA (in Gorizia/Italien) sowie am WFC (World Fashion Contest in Gifu/Japan) im Vordergrund.

Sehr erfolgreich gestaltete sich auch der schulinterne Wettbewerb „Krawatten", bei dem Anerkennungspreise der Stadt Wien vergeben wurden.

Abgesehen von derartigen Aktivitäten wurde die Homepage der Modeschule im World Wide Web grafisch komplett umgestaltet.

Die im Jahr 1997 begonnenen Restaurierungsarbeiten der Festräume konnten im Berichtsjahr weitergeführt werden. So wurde z.B. der Blaue Salon fertig gestellt. Zwei weitere (Spiegelgalerie, Gelber Salon) waren zu Jahresende praktisch vollendet.

Sicherheitsgründe machten die Erneuerung der Hauptstromzuleitung des Schlossgebäudes unumgänglich, was umfangreiche Arbeiten an Nebengebäuden und Freiflächen zur Folge hatte.

Die Arbeiten in der Schlosskirche wurden weitestgehend fertig gestellt; die Schäden an den Bildern erwiesen sich jedoch größer als angenommen, sodass die Anlieferung aus den Restaurationswerkstätten des Bundesdenkmalamts erst 1999 erfolgen wird.

Dank zusätzlich genehmigter Finanzmittel konnten im zweiten Halbjahr einige notwendige Investitionsvorhaben in den Maschinenpark der Schule realisiert werden. Insbesondere sei hier auf den Ankauf von 3 computergesteuerten Flachstrickmaschinen, eines Computergrafiksystems (6 Arbeitsplätze) und diverser Spezialnähmaschinen hingewiesen.

Mit den Anschaffungen gingen dafür notwendige umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen einher. In diesem Zusammenhang genannt werden müssen hauptsächlich die Kompletterneuerung der Installation in der Strickklasse und die Kompletterneuerung eines LehrerInnenzimmers. Der diesbezügliche Gesamtaufwand betrug rund S 9,500.000, worin jedoch auch Zuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds enthalten sind.

Die Anzahl der SchülerInnen an der Modeschule Hetzendorf betrug im Jänner ebenso wie im Dezember 142. Hiervon stammten 78 (55 Prozent) aus Wien, 34 (24 Prozent) aus den Bundesländern und 30 (21 Prozent) aus dem Ausland.

Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Die 1997 begonnene Generalsanierung des Ferry-Dusika-Hallenstadions wurde 1998 fortgesetzt. Außerdem wurde das Wiener Stadionbad ab 1. Jänner 1998 in die Verwaltung der Abteilung übernommen. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ namhafte Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1998 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfassten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden. Insgesamt wurden bisher 36 Sportanlagen fertig gestellt.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, sodass durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuss) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich S 800.000. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt - S 200.000 -, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt war. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1998 S 2,500.000 aufgewendet.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1998 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 8 Spielplätze und 109 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße - Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 10, Eibesbrunnergasse 16, Kendlerstraße 38, 16, Roterdstraße und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Aufgrund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen, sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen im Ausmaß von 10.183 Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Spielschwimmen", „Talent-Leistungsschwimmen", „Talent-Spezial" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „Frau und Sport in Wien". Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u.v.a.m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt, oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Presseagentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.700 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfasste 3.429 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, den Wiener Kabel Text, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg den Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 wird die RK ebenso wie Pressespiegel und Auslandspressespiegel mit Volltextsuche auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten.

Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der Dienst habende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den PressereferentInnen des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1998 wurden vom PID 299 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 656 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 420 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern" wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen insgesamt 35 „RK-Spezial" mit ausführlichen Hintergrundinformationen, darunter wie folgt:

„Vor 45 Jahren in der RK - Jänner - Dezember 1953", „Wien personell und organisatorisch", „Wiener Kulturkalender 1998", „Wien auf dem Weg zur Klimamusterstadt", „Energie als Dienstleistung", „Wiener Lärmbericht 1997", „EU-Ratspräsidentschaft 1998", („The City of Vienna and the Austrian Presidency of the European Union 1998"), „1848 - Revolution in Wien - Eine Veranstaltungsreihe der Wiener Vorlesungen", „Verkehrswirksame Baustellen im Bundesstraßennetz und Gemeindehauptstraßennetz 1998", „Wahlservice: Ergebnisse der beiden Wahlgänge der Bundespräsidentenwahl 1992", „Das Europa-Symposion der Wiener Vorlesungen und der Ringturmgespräche - Europa neu denken", „Frauenbericht 1997", „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1998", „Kommunal - International - Nachrichten aus Prag, Bratislava, Budapest und Ljubljana", „Der Wiener Integrationsfonds (WIF)", „Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1999", „Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien", „Zwei Jahre ÖVP in der Wiener Stadtregierung".

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1953 und 1985 bis 1998 vor.

Insgesamt wurden Periodika, Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von 6,500.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Mit Beginn bzw. im Laufe des Jahres 1998 wurde der Pressespiegel, der elektronisch magistratsintern bzw. über Internet auch -extern mit Volltextsuche zur Verfügung gestellt wird, reformiert und den gestiegenen Bedürfnissen angepasst. Es werden die in Wien erscheinenden und vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar am Erscheinungstag „Kurier", „Die Presse", „Kronen Zeitung", „Der Standard", „Salzburger Nachrichten", „täglich Alles" und „Wirtschaftsblatt" sowie „Wiener Zeitung"; weiters jetzt ebenfalls bereits im Laufe des Erscheinungstages auch „profil", „Format", „Falter", „Die ganze Woche", „News", „Die Furche", „Neue Freie Zeitung", „Wiener", „Wienerin" und „trend". Die bisher beobachteten Bundesländer-Zeitungen wurden dagegen wegen des geringen Anteils spezifischer Wien-Berichte sowie wegen geringer Nachfrage aus dem Pressespiegel genommen, stehen aber bei Bedarf im Handarchiv des PID für den magistratsinternen Gebrauch zur Verfügung.

Die Beobachtung der audiovisuellen Medien für den Pressespiegel wurde der geänderten medialen Situation angepasst und umfasst nun folgende Sendungen: Treffpunkt Wien, Wien heute (Samstag, Sonn- und Feiertag Österreich heute), ZiB 19.30, ZiB 2, ZiB 3, Der Report sowie Wien 1 aktuell, Standard-Wirtschaft und WIENReport. Im ORF-Hörfunkbereich werden die Stadtjournale von Radio Wien um 12.30 und um 16.30 Uhr ausgewertet.

Mitgeschnitten - und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt - wurden u.a. die Sendungen „Morgenjournal", „Mittagsjournal", „Abendjournal", Ausschnitte aus dem „Wiener Stadtradio" (9 bis 19 Uhr), sowie „Die Kulturwoche", „Fremde Heimat", „Pressestunde", „Europa-Studio", „Schilling", „thema", „help-TV", „Vera", „Am Schauplatz", „Treffpunkt Kultur", „Der Report", „Konflikte", „Willkommen Österreich", „Seitenblicke", „Zur Sache", „Mini-ZiB" sowie „Menschen".

Ziel des Auslandspressespiegels ist es, über das Auffinden von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten.

Das Angebot des Auslandspressespiegels umfasst die Auswertung von 36 Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Die Welt am Sonntag, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Han-

delsblatt, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Hamburger Morgenpost, taz, Frankfurter Neue Presse, Hamburger Abendblatt, Kölnische Rundschau, Main Post, Passauer Neue Presse, Stuttgarter Zeitung), der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung), Frankreich (Le Monde, Liberation, Le Figaro), Spanien (El Pais), Belgien (Le Soir), Italien (Corriere della Sera), Großbritannien (The Times, The Guardian, Independent, Daily Mail), Irland (The Irish Times), Schottland (The Scotsman), Japan (Asahi Shimbun), Skandinavien (Politiken, Dagens Nyheter) und den USA (International Herald Tribune, The Financial Times, Wall Street Journal, The New York Times) sowie 15 Wochenzeitungen aus Deutschland (Die Zeit, Wirtschaftswoche, Woche, Focus, Spiegel, Der Journalist), der Schweiz (Weltwoche), Großbritannien (European, Observer), Tschechien (Prager Zeitung), Ungarn (Pester Lloyd) und den USA (Time, Newsweek, Economist, New Yorker).

Der Auslandspressespiegel wird täglich auf elektronischem Weg sowohl magistratsintern als auch über das Internet mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit angeboten.

Mittels der jeder Kurzfassung nachgestellten Nummer kann jeder Artikel über e-mail oder Fax im Volltext kopiert bestellt werden.

Über Internet und IBS wurden von 1998 insgesamt aufbereiteten 12.684 Artikeln 12.122 auch in Originalkopie bestellt und zur Verfügung gestellt.

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Mehr als eineinhalb Millionen Seitenzugriffe pro Monat: Das ist die stolze Bilanz von wien.online, des Webservices der Stadt Wien. Die Internet-Adresse http://www.magwien.gv.at/ hat sich seit dem Eintritt der Stadt Wien ins weltweite Netz zum Synonym für klare, übersichtliche, gut strukturierte Informationen im World Wide Web entwickelt und hat - wie aus ungezählten und positivem Medienecho Mails abzulesen - im In- und Ausland Anerkennung gefunden. Der Umfang dieses Dienstes hat sich seit dem Sommer 1995, als Wien den Schritt in dieses neue Medium unternahm, auf das Hundertfache vergrößert (wobei hier der umfangreiche aktuelle und Archivdienst der Rathaus-Korrespondenz mit rund 15.000 Seiten und der tägliche Pressespiegel noch gar nicht berücksichtigt sind). Die Zahl der Zugriffe auf die wien.online-Serversysteme ist auf mehr als das Zweitausendfache gestiegen. Mehr als 20 Datenbanken (von der Adressensuche über die Suche in den Beständen der städtischen Büchereien bis zum aktuellen Angebot an geförderten Wohnungen) runden das Angebot ab.

So ist für viele Internet-UserInnen der Klick auf die HomePage von wien.online bei der Suche nach Informationen schon zur Selbstverständlichkeit geworden, und auch die Zugriffe aus dem Ausland lassen darauf schließen, dass sich wien.online als Informationsmedium mit Dienstleistungen aus der ganzen Stadt gut etablieren konnte. wien.online versteht sich natürlich in erster Linie als elektronische Übersicht über die Dienstleistungen der Stadtverwaltung mit einem der Ziele, Behördenwege zu verkürzen oder überhaupt entbehrlich zu machen. Deshalb wird der Behördenführer - teilweise auch in Kooperation mit dem verwandten Dienst des Bundes - nachdrücklich ausgebaut, und wo immer es zweckmäßig und möglich ist, werden notwendige Formulare und andere Dienste (zum Beispiel CAD-Richtlinien und Berechnungsgrundlagen für das Bauwesen) direkt zum Downloaden im Internet angeboten. Wesentlicher Angelpunkt der Präsenz Wiens im World Wibe Web ist die elektronische Erreichbarkeit des jeweils zuständigen Ansprechpartners von jeder einzelnen wien.online-Seite aus.

Zum anderen sieht sich wien.online aber auch als Schaufenster zu vielen Dingen, die die Stadt Wien zu bieten hat. Deshalb sind viele hundert Links zu anderen Behörden, Institutionen und anderen relevanten HomePages eingerichtet, und es werden fast täglich mehr Links, die das elektronische Abbild der Stadt Wien abzurunden helfen.

Betrieb und Weiterentwicklung von wien.online sind ausdrücklich dezentral organisiert: Eine sehr kleine wien.online-Koordination beim Presse- und Informationsdienst konzipiert grafisches und strukturelles Erscheinungsbild sowie neue Inhalte und Weiterentwicklung des Dienstes, berät die einzelnen Fachdienststellen der Stadtverwaltung bei der Teilnahme an wien.online und ist auch für die Qualitätssicherung zuständig. Die Rechenzentren der MA 14, des Krankenanstaltenverbundes und verschiedener Spitäler, teilweise auch der Wiener Stadtwerke, sorgen für die technische Umsetzung. Die eigentlichen Inhalte werden größtenteils von den einzelnen Fachdienststellen produziert und gewartet, die dazu am besten in der Lage sind, weil sie die notwendigen Informationen aus erster Hand besitzen. Über die wien.online-Koordination werden diese Inhalte für die Veröffentlichung freigegeben und parallel dazu in geeigneter Form bekannt gemacht.

Das Jahr 1998 war eine wichtige Zäsur für wien.online: Nach umfangreichen Vorarbeiten und der Einbeziehung externer Usability- und Grafik-Experten erlebte der Wiener Webdienst ein umfassendes Relaunch, sowohl hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes als auch hinsichtlich klarer und übersichtlicher Zugänge zu den Informationen. Neu ist auch eine vereinheitlichte Navigation und Suchmöglichkeit, die von jeder einzelnen wien.online-Seite aufgerufen werden kann. Die Realisierung dieses Vorhabens erforderte die teilweise automatisierte Umstellung aller zu dieser Zeit bestandenen Seiten sowie die Festlegung der neuen Standards in einem Handbuch, das allen Fachdienststellen, die in wien.online publizieren, zur Verfügung gestellt wird.

Schulungen zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit": Mit 1. April 1998 nahmen österreichweit rund 50 Privatradiosender den Betrieb auf. Alleine in Wien gingen vier Sender mit diesem Stichtag on air. Zwei weitere folgten im Laufe des Jahres. Um den MitarbeiterInnen der Stadt Wien bzw. der Wiener Stadtwerke die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig auf die neue Situation einzustellen, veranstaltete die Abteilung in Abstimmung mit der MD-Verwaltungsakademie im März 1998 zwölf eintägige Medienseminare. Dabei wurden insgesamt 124 MitarbeiterIn-

nen (Magistrat: 72, Stadtwerke: 50) umfassend über die Privatradioszene bzw. deren Arbeitsweise informiert. Außerdem gab es intensive Praxisübungen vor dem Mikrofon und vor der Kamera.

Im weiteren Jahresverlauf wurden in Zusammenarbeit mit der MD-Verwaltungsakademie fünf halbtägige Mediaseminare für 30 Mitarbeiter der Bürgerdienst-Außenstellen bzw. der neu gegründeten MA 20 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten abgehalten. Der Schwerpunkt dabei: Praxisübungen.

Im Rahmen der Newcomerschulung der MD-VA hielt der PID insgesamt zehn Einführungsseminare zum Thema „Stadtmarketing" ab. Dabei wurden insgesamt 250 neue Magistratsmitarbeiter mit der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien vertraut gemacht. Im Anschluss an diese Kurzeinführungen fanden Stadtrundfahrten statt.

Von „Wien aktuell", dem Journal für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erschienen im Jahre 1998 21 Ausgaben mit je 24 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien" erschienen in einer Auflage von rund 6.500 Stück 52 Nummern mit insgesamt 2.748 Seiten.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien" wurden im Jahr 1998 insgesamt 63 Stück mit 314 Seiten herausgegeben.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung" erschien im Jahr 1998 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Mit 1. Jänner 1998 wurden im Rahmen der Dezentralisierung die Aufgaben und Kompetenzen der Bezirke deutlich ausgeweitet. Unter diese Ausweitung fallen auch Tätigkeitsbereiche der Abteilung. Unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirks" wurde 1998 im Presse- und Informationsdienst die Aufgabenstellung der erweiterten Dezentralisierung realisiert. Der Gesamtumfang der zu setzenden Werbemaßnahmen und PR-Strategien ist somit wesentlich erweitert und im Sinne der Information möglichst weiter Kreise der jeweiligen Bezirksbevölkerung zu zahlreichen bezirksrelevanten Themen durchzuführen.

Die Arbeitsgruppe für dezentrale Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung hat im Jahre 1998 neben zahlreichen Beratungsgesprächen und aufwändigen administrativen Vorarbeiten 91 Projekte durchgeführt.

Die Aufgabenstellung der „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes" umfasst folgende Bereiche der klassischen Werbung, Direktwerbung und Public relations:

- Redaktion, Herstellung und Druck von Printprodukten (z.B. Broschüre „Parks in Währing", Mailing „Gumpendorfer Straße", Folder „Nahversorgung")
- Herstellung und Verteilung von Flugblättern
- Schaltung von klassischen Inseratensujets und PR-Strecken (z.B. Vorstellung der Bezirksvorstehung und der Bezirksmandatare)
- Kooperation im Bereich Film, Funk, Fernsehen (z.B. Advent-Aktion „Antenne Wien")
- Ausrichten von Bürgerversammlungen
- Werbliche Maßnahmen für Informationsveranstaltungen und Vermittlung von Begleitprogrammen wie Moderatoren, Musikkapellen usw. (z.B. „Hernals lernt helfen", zahlreiche Parkeröffnungen)
- Bestellung des notwendigen Equipments für Informationsveranstaltungen inklusive Auf- und Abbau
- Ausrichten von Ausstellungen mit bezirksrelevanten Themenstellungen (z.B. „Kündigungsgrund Nichtarier", „Grüner Prater")
- Bereitstellung von Werbegaben

Im Bereich der „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes" liegt die Budgethoheit bei den Bezirken; daraus ergeben sich auch die Aufgabenstellungen der Voranschlagserstellung, des Rechnungsabschlusses, der Kreditgenehmigungen, der Vergabeanträge, der Kalkulationen, der Offerteinholungen, der Budget-Evidenz und eine Vielzahl allgemeiner Verwaltungstätigkeiten im Bereich der erweiterten Dezentralisierung.

Im Jahr 1998 wurden zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen durch den Presse- und Informationsdienst organisiert und durchgeführt.

In den Bereich der Groß-Events fallen zum Beispiel das „Filmfestival auf dem Rathausplatz", der „Wiener Stadtsilvester", der „Empfang der Olympiasportler" und der „Kinderverkehrssicherheitstag", aber auch Veranstaltungsreihen wie die „Konsumententage 1998", das Bäder-Animationsprogramm „Club Nixe" oder die „Wiener Tierschutztage".

Darüber hinaus kann man, sowohl vom Aufwand als auch von den Budgetmitteln her, von 17 größeren und 30 Kleinveranstaltungen sprechen. Zur ersten Kategorie zählen zum Beispiel diverse Bäder-Jubiläumsfeste, die „Volleyball-EC-Gala" und die Festveranstaltung „125 Jahre Wiener Hochquellwasserleitung". In den Bereich der Kleinveranstaltungen fallen kleinere Ausstellungen wie „U1-die 3. Bauphase", „Medien im Krieg" und „Kinder im Krieg" ebenso wie diverse Schuleröffnungen (z.B. Aspernallee), Festakte (z.B. Lebensbaumkreis Himmelwiese) und Informationsstände im Rahmen von anderen Veranstaltungen (z.B. Wiener Hundetag).

1998 wurden u.a. zu folgenden Themen Broschüren und Folder sowie Plakate und/oder Kleber herausgegeben bzw. produziert:

„5. Wiener Faschingsumzug", „Eine Stadtverwaltung ins Jahr 2000-Berufsmesse", „Steig ein auf Wien", „Wenn Steine sprechen" (Deutsch und Englisch), „Hilfe für Suchtkranke und Prävention", „Leitfaden für die Wien-Aktion", „Filmfestival", „Revolution in Europa", „Viennalive", „Datenblätter für Geschäftsgruppen", „Kleingartenpreis der Stadt Wien", „Sichere Straßen für unsere Kids", „Lese-Freude für Freunde", „Event-Compass" (Neuauflage), „Die Wiener Staatsoper im Sommer", „Euro-Silvester 98/99".

Folgende Printprodukte wurden für andere Dienststellen produziert:

„Wohnungsanzeiger", „Wiener Wohnen - aktuell", „Treffpunkt Kanaldeckel" (Nachdruck), „Eltern werden - Eltern sein", „Benutzungsrecht rechtzeitig verlängern", „Freizeitparadies Donauinsel", „Lainzer Tiergarten", „Ich mag ELF", „Gemeinsam für weniger Mist", „Vergiss Rio. I foahr Radl in Wien", „Nationalpark Donauauen", „Naturlehrpfad Obere Lobau" (Neuauflage), „Essen und Trinken" (Neuauflage), „Club Nixe", „Viel Freude mit Hund, Katz & Co", „Wiener Umweltmeile", „125 Jahre Hochquellwasser", „Verbindungen mit Zukunft", „Lebensmittelberatung", „Junge WienerInnen für 14-Jährige", „Junge WienerInnen für 18-Jährige", „Auf den Spuren des dritten Mannes" (Deutsch, Englisch, Italienisch), „Kinderbedürfnisse", „Kindertelefon", „Befragung Gumpendorfer Straße", „Klimaschutz", „Planung und Zukunft", „Willkommen in der Krippe", „Was tun im Notfall?", „Kinder lesen gern", „Wir schau`n drauf", „Was tun, wenn die Sirenen heulen", „Dieses Auto hat die falschen Reifen", „Sabberlot...jetzt Schutzimpfen", „Zehn Tipps zur Verpackung", „Sicher fühle ich mich wohl in Wien", „Frauennotruf", „Soforthilfe für vergewaltigte Frauen und Mädchen", „Essstörungen", „Gesundheit hat ein Geschlecht", „Nehmen Sie uns beim Wort".

Stadteinfahrtstafeln wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

„Schani und Garten", „Servus in Europas Hauptstadt Wien", „Johann Strauß".

Im Jahr 1998 wurden vom Lager- und Versandbüro des Presse- und Informationsdienstes rund 73.000 Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Bücher versandt. Diese Druckwerke wurden in erster Linie über „Unser Wien", Telefonanrufbeantworter und Internet bestellt.

Für die Veranstaltungen und Ausstellungen des Presse- und Informationsdienstes sowie für magistratsbezogene Aktionen erfolgte auch 1998 eine lagermäßige Betreuung mittels Ausgabe und Rücknahme des Veranstaltungsmaterials in den verschiedenen Lagern des PID.

Die Postwurfsendung „Unser Wien" erschien 1998 20-mal, wobei zu diversen Themen (zum Teil auf Kosten anderer MAs) wie „Fasching", „Müllproblematik", „Multimediaprojekte der Stadt Wien", „Alles rund ums Obst und Gemüse aus Wien", „Bundespräsidentenwahl", „Gentechnik", „Naturschutz", „Alles rund um Kind und Familie", „Klangbogen Wien", „Baden und Freizeit in Wien", „Tierschutz", „Sommer-Openair-Events", „Müllvermeidung", „Zukunft in Wien", „Zivilschutz", „Gesunde Stadt", „Winterdienst", „EU-Ratspräsidentschaft", „Frauen", „Jahreswechsel" Beilagen sowie zum Thema „Müllvermeidung", „Klimaschutz", „Bürgerdienst" jeweils Sonderhefte produziert wurden.

Bei 71 Gewinnspielen in der Zeitschrift „Unser Wien" wurden rund 173.000 Einsendungen gezählt.

Im Jahr 1998 wurden vom PID knapp über tausend Inserate und PR-Artikel in rund dreihundert Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisierten aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Frauenfragen, Planung u.a. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival auf dem Rathausplatz", „Jahreswechsel 1998/99", „Bike-City", „Club Nixe" und zu den „Tierschutztagen". Informationskampagnen wurden unter anderem zu den Themenbereichen „Bundespräsidentenwahl", „Kanal", „Wasser", „Wiener Büchereien", „Frauennotruf", „EU-Ratspräsidentschaft", „Klima- und Naturschutz", „Impfen" und „Essstörungen" sowie zu einigen Aufgabenstellungen der MA 48 abgewickelt. Besonders hervorzuheben ist die während des gesamten Jahres durchgeführte Müllvermeidungskampagne der MA 48.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Überdies wurde durch eine Reihe von Aktivitäten Wien-Imagewerbung in In- und Ausland betrieben. Besonders hervorzuheben wären die Veranstaltungen „Wiener Eistraum", die „Wien-Corner" im Rahmen der Kampagne „City Marketing", „Wien an der Seine" und Christmas in Vienna sowie die Wien-Beiträge in der Sendereihe „Hello Austria - Hello Vienna".

Wien im TV-Wetterpanorama - seit 15. Juli 1998 live vom Burgtheater. Als lebendige Kulturmetropole präsentiert sich die Bundes- und Landeshauptstadt Wien seit dem 15. Juli 1998 im Wetterpanorama, das täglich in ORF 2, 3sat und TW 1, dem neuen Tourismus- und Wetterkanal, ausgestrahlt wird.

Nach eingehender Prüfung hat der Presse- und Informationsdienst das Burgtheater als optimalen Standort für die Wiener Panoramakamera ausgewählt: Historische Bauten wie das Rathaus, das Parlament über die Ringstraße und den Volksgarten bis hin zur imperialen Hofburg werden in einem Rundschwenk erfasst. Die Live-Kamera gibt zudem Auskunft über die aktuelle Wettersituation (u.a. Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Windgeschwindigkeit und -richtung) direkt vom Standort der Kamera.

Mehr als 4,4 Millionen Haushalte im deutschsprachigen Raum haben seit dem 15. Juli 1998 Gelegenheit, auch die Stadt Wien im Wetterpanorama zu sehen - terrestrisch, über Kabel oder via Satellit. Am Wetterpanorama beteiligen sich inzwischen mehr als 40 österreichische Gemeinden und Städte.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1998 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten das Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

430 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 450 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt. Im gesamten Stadtverwaltungsbereich wurden im vergangenen

Jahr 1.702 Motive eingereicht (MA 46 und Wiener Filmbüro).

Zu den nennenswertesten Fernsehproduktionen 1998 zählen: „Kommissar Rex", „Kaisermühlen Blues", „Medicopter 117", „Julia - die Bezirksrichterin", „Fever".

Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren: „Drei Herren", „Die drei Posträuber", „Eine fast perfekte Hochzeit", „Nordrand".

Das Rundfahrtenbüro befasst sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien". Im Jahre 1998 wurden 2.378 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 77.204 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelt es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 92 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien" wurden 974 Einzelkarten für 10 Routen verkauft.

In das Aufgabengebiet des Referates Auslandsdienst fallen u.a. die Organisation der Wien-Bälle im Ausland, die im Auftrag der Stadt Wien von einer PR-Agentur eingerichteten Repräsentanzen in mittel/osteuropäischen Städten, die Betreuung der in Wien akkreditierten bzw. Wien besuchenden Auslandsjournalisten, der gesamte Themenkomplex Europa, der Übersetzungsdienst und die Betreuung von BesucherInnen bzw. die Organisation von diversen Fachbesuchergruppen.

In den Städten Praha, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Zagreb, Beograd und Sarajevo bestehen Repräsentanzen. Diese Repräsentanzen sollen gute Kontakte zu den jeweiligen Stadtverwaltungen aufbauen, um allenfalls Projekte umzusetzen, aber auch Wien-PR vor Ort betreiben. Weiters wurden Besuchsdelegationen der jeweiligen Stadtverwaltungen betreut.

In großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von Wien-Bällen. In manchen Städten kam es zu einem gebündelten Auftreten mit Partnern: Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der Geschäftsgruppe Kultur und WIEN PRODUCTS (Schwerpunktdestinationen SD). Es wurde dadurch ein großes internationales Medienecho für Wien erzielt:

Mailand (24. 1., SD), New York (30.1.), Noordwijk/Den Haag (6.2., SD), Berlin (6.2.), München (6.2.), Ottawa (7.2.), Brüssel (13.2., SD), Athen (21.2.), Istanbul (28.2.), Hong Kong (8.5., SD), Peking (12.5., SD), Lissabon (6.6.), Prag (9.6., SD), Moskau (11.9., SD), Washington (26.9.), Boston (8.10., SD), Luxemburg (5.12.), Strassburg (5.12.), Zagreb (19.12.)

Neben diesen Imagemaßnahmen betreut der Auslandsdienst ein Wiener Radioprojekt, bei dem eine Kooperation mit Triest und Sarajevo sowie mit Radiostationen in Praha, Zagreb und Beograd angestrebt wird. Eine EU-Förderung für dieses Projekt ist dem Trägerverein Polycollege Stöbergasse gewährt worden.

Die Koordination der Aktivitäten der Stadt Wien anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 wurde zum größten Teil vom Referat Auslandsdienst abgewickelt. Im Vorfeld des Gipfels wurden 35 internationale Journalisten nach Wien eingeladen, womit für Wien ein großes internationales Medienecho erzielt werden konnte. Weiters wurden EU-relevante Veranstaltungen der Stadt Wien (so z.B. die UCUE-Konferenz Anfang Oktober und das URBAN-Forum im November) medial betreut. Am EU-Gipfel selbst war die Stadt Wien durch einen eigenen Wien-Stand im Pressezentrum vertreten. Mit den Bundesdienststellen gab es in diesem Zusammenhang eine ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Die Gesamtzahl der vom Übersetzungsdienst im Jahre 1998 bearbeiteten Geschäftsstücke (einschließlich Dokumentationen, Gesetzestexten und Konferenzunterlagen) sowie Dolmetsch- und Übersetzungsbeauftragungen betrug 2.125, wobei 38 Sprachbereiche vertreten waren. Die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Anzahl ergab sich aus der Abgabe von Teilen des Übersetzungsmanagements an einzelne Abteilungen. Wie in den vergangenen Jahren sorgte der Übersetzungsdienst auch 1998 für Dolmetschleistungen bei Empfängen, Konferenzen, offiziellen Besuchen, Fachgesprächen usw.

Bürgerdienst

Der Bürgerdienst wurde 1998 in 268.567 Fällen von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen, und zwar für Information, Beratung, zur Weiterleitung von Schadensmeldungen, und für Anliegen, die von „Kleinigkeiten" bis zu schwer wiegenden persönlichen Problemen reichen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 243.332, das sind rund 90 Prozent, auf Information und Beratung. Diese Hilfeleistungen konnten zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend erledigt werden.

25.235-mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohnbereich und um Probleme im Straßenbereich. 5.652 Fälle betrafen diverse Gebrechen, 4.734 Fälle Verunreinigungen im Straßen- und Wohnbereich, 2.487 Fälle Verkehrsprobleme, 1.425 Fälle verschiedene rechtliche Probleme. 1.528-mal wurden Straßenschäden gemeldet, 849 Meldungen betrafen in den Straßen abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen. Probleme betreffend Grünanlagen und Parks wurden 1.378-mal behandelt, Lärmprobleme 670-mal. Um Probleme mit Baustellen ging es in 531 Fällen, um Gerüche/Luftschadstoffe in 329 Fällen.

Die Stadtinformation verzeichnete 1998 122.613 Kundenkontakte:

79.054 Anfragen wurden telefonisch, 5.438 schriftlich gestellt, 38.121 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert.

9.791 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service" an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. In 468 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurden 15.099 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses näher gebracht.

Auch die Betreuung der ausländischen Wien-Besucher wird immer umfangreicher und nimmt einen größeren Stellenwert als früher ein, daher wurden in den Sommermonaten Juli und August Ferialpraktikantinnen eingesetzt.

Sonderaktionen und Ausstellungen:

- Im Jänner konnte die Bevölkerung in den Rechnungsabschluss Einsicht nehmen. Wie alljährlich wurden kostenlose Zählkarten für eine große Faschingsveranstaltung ausgegeben.
- Während den Weihnachts-, Semester- und Sommerferien war der Ferienspielstand in der Stadtinformation untergebracht.
- Im Juni wurden kostenlose Zählkarten für das „Konzert der Nationen" im Rahmen des 19. Österreichischen Blasmusikfestes ausgegeben.
- Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 3. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
- Anlässlich des 30-jährigen Bestehens veranstaltete die Stadtinformation am 10. Oktober in und rund um die neugestaltete Friedrich-Schmidt-Halle im Rathaus ein großes Familienfest. Dabei präsentierte sich die Stadtinformation im neuen Glanz und ihre MitarbeiterInnen in neuen schicken Dienstuniformen. Weiters wurde das Stadtinfo-Maskottchen „Theofil" und das neue Stadtinfo-Logo vorgestellt.
- Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
- Im November wurden kostenlose Zählkarten für das Finale des Seniorenquiz „Wer weiß gewinnt" ausgegeben.
- Vom 16. November bis 18. Dezember wurde die Ausstellung „Menschlichkeit kontra Schafott. Der Lebensweg der Helene Kafka - Schwester Maria Restituta" gezeitgt.
- Vom 9. bis 11. Dezember fand der Weihnachtsbasar des Österreichischen Hilfswerkes für Taubblinde und hochgradig Hör- und Sehbehinderte statt.

Die Friedrich-Schmidt-Halle wurde in der Zeit vom 29. Mai bis 11. September renoviert und umgestaltet. Während dieser Zeit war die Stadtinformation in Bürocontainern am Friedrich-Schmidt-Platz 1 an der Rückseite des Rathauses untergebracht.

Unter dem Motto „Wir sind immer dort, wo uns die Bürger brauchen" fungierten die drei Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngebieten, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten als mobile Anlaufstellen für Wünsche, Anliegen, Beschwerden und Informationen.

Zusätzlich zur eigentlichen Bürgerdiensttätigkeit wurden noch folgende Aktionen durchgeführt:

- „Rathausmänner unterwegs": In Zusammenarbeit mit dem mobilen Bürgerdienst der Magistratsdirektion - Hilfsmaßnahmen wurden Bezirke auf Missstände untersucht. Der mobile Bürgerdienst war in den Bezirken unterwegs und fahndete nach Unzukömmlichkeiten im Straßenbereich. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für Probleme im unmittelbaren Wohnbereich der Bürger. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk an den mobilen Bürgerdienst zur Überprüfung übermittelt.
- Informationsveranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, insbesondere bei Schulen zur direkten Information von Schülern und Lehrern, durchgeführt, ebenso
- gemeinsame Informationsveranstaltungen mit der Servicestelle des Amtes für Jugend und Familie
- Teilnahme an Großveranstaltungen wie Donauinselfest, Feuerwehrfest, Global Village
- Teilnahme an Bezirksveranstaltungen
- Einsatz im Rahmen des Papstbesuches, Mithilfe bei der Organisation
- Information vor Ort über das EU-Projekt „URBAN"
- Information vor Ort über Baumfällungen an der Alten Donau
- Hilfeleistung bei Wohnhausbränden im 7. und 9. Bezirk
- Mithilfe bei Überprüfungen von LKW auf ihre Verkehrssicherheit vor Ort (auf der A 23).

Die Zentrale des Bürgerdienstes, die Außenstellen und die Mobilbüros wurden in 138.482 Fällen in Anspruch genommen. 2.812 Fälle entfielen auf die Bürgerdienstzentrale, 5.305 Fälle auf die Mobilbüros, 5.091 Fälle auf den Bürgerdienst für den 1. und 8. Bezirk, 7.320 Fälle auf den Bürgerdienst für den 2. und 20. Bezirk, 6.560 Fälle auf den Bürgerdienst für den 3. Bezirk, 6.819 Fälle auf den Bürgerdienst für den 4. und 5. Bezirk, 6.108 Fälle auf den Bürgerdienst für den 6. und 7. Bezirk, 7.167 Fälle auf den Bürgerdienst für den 9. Bezirk, 7.212 Fälle auf den Bürgerdienst für den 10. Bezirk, 4.697 Fälle auf den Bürgerdienst für den 11. Bezirk, 882 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Leberberg, 6.891 Fälle auf den Bürgerdienst für den 12. Bezirk, 8.723 Fälle auf den Bürgerdienst für den 13. und 14. Bezirk, 6.738 Fälle auf den Bürgerdienst für den 15. Bezirk, 5.941 Fälle auf den Bürgerdienst für den 16. Bezirk, 6.964 Fälle auf den Bürgerdienst für den 17. Bezirk, 6.843 Fälle auf den Bürgerdienst für den 18. Bezirk, 8.830 Fälle auf den Bürgerdienst für den 19. Bezirk, 9.450 Fälle auf den Bürgerdienst für

den 21. Bezirk, 1.551 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße, 10.365 Fälle auf den Bürgerdienst für den 22. Bezirk, 1.189 Fälle auf den Bürgerdienst Stadtentwicklungsgebiet Langobardenstraße, 5.024 Fälle auf den Bürgerdienst für den 23. Bezirk.

Mit Jahresende wurden die drei Bürgerdienststellen in den Stadtentwicklungsgebieten Wien 11, Leberberg, Wien 21, Brünner Straße, und Wien 22, Langobardenstraße, nach Erfüllung ihrer Funktion, für die dort Wohnenden während der Besiedelungsphase Auflaufstelle in unmittelbarer Nähe zu sein, geschlossen.

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden 1998 2.949 Anträge eingebracht, davon 1.351 auf Ausstellung eines Staatsbürgerschaftsnachweises und 1.164 auf Austritt aus einer Religionsgemeinschaft. Im Zusammenhang mit der Antragsentgegennahme wurden 4.523 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

Städtische Schulverwaltung

Im Schuljahr 1997/98 wurden 369 öffentliche allgemein bildende Pflichtschulen mit 4.027 Klassen und 83.817 SchülerInnen geführt, und zwar 224 Volksschulen (2.373 Klassen und 52.498 SchülerInnen), 98 Hauptschulen (1.062 Klassen und 25.002 SchülerInnen), 41 Sonderschulen (492 Klassen und 4.221 SchülerInnen) und 6 Polytechnische Schulen (100 Klassen und 2.096 SchülerInnen).

In den 30 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen wurden im Schuljahr 1997/98 732 Klassen mit 17.833 SchülerInnen, in den privaten Fachschulen der Stadt Wien 21 Klassen mit 560 SchülerInnen und in der Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien 4 Klassen mit 40 SchülerInnen geführt.

Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien wurden im Jahr 1998 44.631TeilnehmerInnen in 1.784 Veranstaltungen betreut.

Am 31. Dezember 1998 befanden sich 356 Gebäude in Verwaltung der Abteilung. Davon wurden 319 von allgemein bildenden Pflichtschulen, 17 von berufsbildenden Pflichtschulen, 3 von Fachschulen und ein Gebäude vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien genutzt. 13 Gebäude dienten verschiedenen Zwecken und 3 Gebäude wurden dem Bund für Zwecke der allgemein bildenden höheren Schulen überlassen (Widmungsgebäude), in 23 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen Räume gemietet.

Folgende Bauarbeiten für Neu-, Um- und Zubauten wurden 1998 durchgeführt:

Fertig gestellt wurden: ein Turnsaalzubau zur Volksschule 2, Aspernallee 5, ein 8-klassiger Zubau zur Volks- und Hauptschule 2, Kleine Sperlgasse 2a, sowie ein Turnsaalzubau, ein Dachgeschoßausbau in der Hauptschule 9, Glasergasse 8, ein 5-klassiger Zubau zur Volksschule 11, Wilhelm Kress Platz 32, sowie ein Gymnastikraumzubau, die Adaptierung des Traktes 12, Kobingergasse 7, für Volksschulzwecke, die Adaptierung des Gebäudes 20, Vorgartenstraße 50, zur Führung einer 9-klassigen Volksschule, die Aufstockung der Volksschule 20, Dietmayrgasse 3, sowie ein Gymnastikraumzubau, eine 12-klassige Hauptschule, ein Turnsaal und ein Gymnastikraum in 21, Rudolf-Schön-Weg 1/Peitlgasse, ein Turnsaalzubau zur Hauptsschule 21, Reisgasse 1, eine 9-klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Wagramer Straße 27, sowie ein 12-klassiger Zubau zur Hauptschule 23, Steinergasse 25.

In Bau befinden sich: ein 12-klassiger Zubau zur Hauptschule 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, die Adaptierung des Gebäudes 11, Braunhubergasse 3 (Vordertrakt) für Volks- und Hauptschulzwecke, eine 9-klassige Volksschule und eine 12-klassige Polytechnische Schule mit 2 Turnsälen in 20, Stromstraße/Engerthstraße, eine 9-klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Donau City, eine 9-klassige Volksschule und eine 12-klassige Hauptschule mit 2 Turnsälen und einem Gymnastikraum in 22, Am Kaisermühlendamm, eine 13-klassige Volksschule in 22, Prandaugasse, mit Turnsaal sowie eine 12-klassige Hauptschule mit einem Turnsaal und einem Gymnastikraum in 23, Carlbergergasse.

Das Berufsschulgebäude 15, Kauergasse 3 - 5, wird für Hauptschulzwecke adaptiert. Die Volksschule 22, Asperner Heldenplatz 3, wird um 6 Klassen und einen Gymnastikraum erweitert. Für weitere 12 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet. Insgesamt wurden für die angeführten Bauarbeiten 660 Millionen Schilling aufgewendet.

Schwerpunkt der Bautätigkeit für die nächsten fünf bis sechs Jahre wird die Generalsanierung bestehender Schulgebäude sein. Dafür sind Mittel in Höhe von maximal 1,4 Milliarden Schilling vorgesehen. Der entsprechende Beschluss des Gemeinderates erfolgte im Dezember 1998.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, welches aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoß, ausgenommen der Gymnastikraumbereich im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling abgeschlossen. Im Jahre 1995 wurde mit der 2. Etappe der Generalmodernisierung begonnen. Bis Ende 1997 wurden für die Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik die Räumlichkeiten des ehemaligen Gymnastikraumbereiches im 4. Stock für Schulzwecke (Laborräume) umgebaut, die Halle 2 als Werkstättenhalle adaptiert, rund zwei Drittel der Gänge im Tiefgeschoß instand gesetzt sowie mit den vorbereitenden baulichen Maßnahmen, wie Abbruch der Halle 3 und Herstellung eines begehbaren Kollektorganges, vor Errichtung einer Turnhalle und der entsprechenden Nebenräume begonnen.

Im Jahre 1998 wurde die Modernisierung mit der Errichtung des Turnhallenrohbaues, den Rohinstallationen, der Fertigstellung eines Großteiles der Turnhallennebenräume im Tiefgeschoß und der Teilausgestaltung der Halle mit einem Betrag von 22 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 119,6 Millionen Schilling. Weiters wurde die Erneuerung der restlichen Dächer und der Gassenfassadenflächen an den Fronten Linke Wienzeile - Hornbostelgasse - Mollardgasse mit einem Betrag von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 30 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes werden somit voraussichtlich 405,6 Millionen Schilling betragen.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7 - 17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1998 mit einem Betrag in der Höhe von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 423 Millionen Schilling betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12, Längenfeldgasse 13 - 15, konnte in den Jahren 1992 bis 1998 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes, der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums sowie die Modernisierung des Küchentraktes der Berufsschule für Gastgewerbe (Stiege 6) zur Gänze abgeschlossen werden. Weiters wurden die Planungsarbeiten für die Unterbringung einer Fleischerwerkstätte im Stammgebäude begonnen, da das Berufsschulexpositurgebäude in 3, Viehmarktgasse 3, durch die Schließung des Schlachthofes St. Marx für einen weiteren Schulbetrieb nicht mehr zweckmäßig ist. Die Gesamtbaukosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 547 Millionen Schilling.

Die im Jahre 1997 begonnene Adaptierung des Schulgebäudes in 10, Kempelengasse 20, für die Berufsschule Einzelhandel IV wurde im Jahre 1998 mit einem Betrag von 28 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 60 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 14, Goldschlagstraße 137, wurde die im Jahre 1995 begonnene Instandsetzung und Modernisierung im Jahre 1998 mit einem Betrag von 25 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 70 Millionen Schilling betragen.

Zur Abdeckung des zusätzlich erforderlichen Pflichtschulbedarfes im 15. Bezirk wird die derzeitige Berufsschule für Großhandel, 15, Kauergasse 3 - 5, in das zu adaptierende Berufsschulgebäude in Wien 16, Panikengasse 31, übersiedeln. Mit den dafür notwendigen Bauarbeiten wurde im Sommer 1998 mit einem Betrag von 5,5 Millionen Schilling begonnen. Die Gesamtbaukosten dafür werden voraussichtlich rund 8,2 Millionen Schilling betragen.

Das Fachschulgebäude 9, Hahngasse 35, wurde im Jahre 1997 an die Fernwärme angeschlossen, die Dacheindeckung und die Hoffenster erneuert, die Gassenfassade instand gesetzt, die Gangverteiler in allen Geschossen erneuert und die Steigleitung verstärkt sowie die Modernisierung der Lehrküche und des Hauswirtschaftsraumes im Erdgeschoß mit einem Gesamtbetrag von rund 11 Millionen Schilling durchgeführt.

Im Jahre 1998 wurde mit der weiteren Modernisierung des Gebäudes wie Errichtung eines Aufzugsrohbaues, Erneuerung der restlichen Waschtischstränge, Renovierung der Räume im 2. und 3. Stock sowie des Turnsaales (ohne Nebenräume) mit einem Betrag von rund 7,4 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf 22,5 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der gesamten Renovierung des Fachschulgebäudes 9, Hahngasse 35, werden somit voraussichtlich 33,5 Millionen Schilling betragen.

Die Instandsetzung der für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen genutzten Schulgebäude erfolgte auch 1998 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund 310 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wurden in 141 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 12 die Dächer instand gesetzt, in 3 die Fassaden, in 17 die Fenster, in 6 die Fußböden, in 2 die Spielplätze, in 15 die Turnsäle und in 28 die WC-Anlagen.

In 6 Schulgebäuden wurden veraltete Heizanlagen umgebaut bzw. diese Schulen an das Fernwärmenetz angeschlossen.

Im Zuge des Ausbaues der Dezentralisierung fällt nun auch die Betriebsausstattung (Möbel, Reinigungsgeräte) der allgemein bildenden Pflichtschulen, ausgenommen der Spezialsonderschulen sowie Schulneu- und -zubauten, mit Beginn des Jahres 1998 in die Budgetkompetenz der Bezirke. Im Jahre 1998 wurden weitere 225 Klassen mit ÖNORM-gerechtem Mobiliar, 22 Schulen mit Garderobespinden für SchülerInnen zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke, 4 Lehrerzimmer mit versperrbaren Lehrerkästchen, 206 Klassen mit Einbaumöbel und 2 Schulküchen ausgestattet.

Besonders wäre die Einrichtung der Schulneu- und -zubauten 11, Wilhelm-Kress-Platz 32, 20, Dietmayrgasse 3, 20, Vorgartenstraße 50, 21, Rudolf-Schön-Weg 1, 22, Wagramer Straße 27, und 23, Steinergasse 25, mit Schulmobiliar, Lehrmittel und Geräten in der Gesamthöhe von 72,958.000 S hervorzuheben.

Die Stadt Wien stellte den SchülerInnen der 4. Haupt- und Sonderschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemein bildenden höheren Schulen die Broschüre „Die jungen WienerInnen" mit 17.100 Exemplaren im Wert von 249.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrbücherei wurden 1,849.000 S aufgewendet. Im Jahre 1998 wurden für die allgemein bildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.), Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 14,499.000 S angeschafft.

Um allen Wiener Schülerinnen und Schülern chancengleich den Umgang mit neuen Technologien zu ermöglichen, wird die Stadt Wien das Wiener Bildungsnetz errichten. Alle Kinder und Jugendlichen können so ohne Zugangsbarrieren, unabhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation ihrer Familie und pädagogisch angeleitet, mit den neuen Medien lernen. Als erster Schritt wurden 1998 alle Hauptschulen und Polytechnischen Schulen mit der entsprechenden Hard- und Software (EDV-Netze für den Unterricht) ausgestattet.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahre 1998 für die Erhaltung der allgemein bildenden Pflichtschulen Kosten von 7.937,651.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, der der Stadt Wien vom Bund zur Gänze refundiert wird.

Im Schuljahr 1997/98 wurde die Modernisierung der Einrichtung an Berufsschulen fortgesetzt. Besonders wäre die Einrichtung von Klassen- und Verwaltungsräumen für die Berufsschule für Friseure I mit einem Aufwand von 1,490.000 S hervorzuheben.

Insgesamt wurden 1998 für die Anschaffung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen 16,754.000 S aufgewendet. Für den praktischen Unterricht im Jahre 1998 waren 9,788.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,493.000 S erforderlich. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 808,330.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem der Stadt Wien vom Bund auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 50 Prozent rückerstattet werden.

Für die von der Abteilung erhaltenen drei Fachschulen wurden 1998 insgesamt 1,524.000 S für die Betriebsausstattung aufgewendet. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1998 rund 77 Millionen Schilling. Aufgrund einer Subventionsvereinbarung werden der Stadt Wien vom Bund 80 Prozent des Lehrerpersonalaufwandes (Aktivbezüge) refundiert.

Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für den theoretischen Unterricht an den Vorbereitungslehrgängen der Allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Die ganztägige Betreuung an allgemein bildenden Pflichtschulen erfolgt in Form der „Ganztagsschule" (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder der „Offenen Schule" (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge).

Die Höhe des Betreuungsbeitrages für das Schuljahr 1997/98 wurde mit täglich 56 S festgesetzt, der allerdings - auf Grund einer sozialen Staffelung - erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 25.460 S in dieser Höhe zu entrichten ist.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagsschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, dass sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem/der SchülerIn die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Festigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von LehrerInnen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder, körperlicher Betätigung geboten. Der Schüler erhält dabei die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

In der Regel beginnt die Schulzeit um 8.00 Uhr und endet um 16.00 Uhr, an manchen Standorten um 17.30 Uhr.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

Volksschulen

2, Aspernallee 5, 2, Wolfgang-Schmälzl-Gasse 13, 3, Kleistgasse 12, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 4, Phorusgasse 4, 5, Stolberggasse 53, 7, Zieglergasse 21, 8, Zeltgasse 7, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, 10, Jagdgasse 23, 11, Fuchsröhrenstraße 23, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Am Schöpfwerk 27, 12, Rohrwassergasse 2 (VS I), 14, Diesterweggasse 30, 14, Hadersdorf Hauptstraße 70, 14, Hochsatzengasse 22 - 24, 14, Märzstraße 180, 15, Ortnergasse 4, 15, Reichsapfelgasse 30, 16, Grundsteingasse 56, 18, Köhlergasse 9, 20, Robert-Blum-Gasse 2, 20, Spielmanngasse 1, 20, Vorgartenstraße 50, 21, Christian-Bucher-Gasse 14, 21, Dopschstraße 25, 21, Hanreitergasse 2, 21, Irenäusgasse 2, 21, Schumpeterweg 3, 21, Zehdengasse 9, 22, Hammerfestweg 1, 22, Pastinakweg 10, 22, Viktor-Wittner-Gasse 50, 22, Wagramer Straße 27, 23, Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

Hauptschulen

2, Kleine Sperlgasse 2a, 2, Max-Winter-Platz 2, 2, Wittelsbachstraße 6, 3, Kölblgasse 23, 7, Neustiftgasse 100, 9, Glasergasse 8, 10, Absberggasse 50, 10, Josef-Enslein-Platz 1-3, 11, Enkplatz 4/I, 11, Hasenleitengasse 7, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Hermann-Broch-Gasse 2, 12, Steinbauergasse 27, 13, Veitingergasse 9, 14, Hadersdorf Hauptstraße 80, 14, Kinkplatz 21/I, 15, Selzergasse 25, 16, Koppstraße 110/I, 16, Koppstraße 110/II, 16, Roterdstraße 1, 19, In der Krim 6, 21, Aderklaaer Straße 2, 21, Deublergasse 21, 21, Hanreitergasse 2, 21, Roda-Roda-Gasse 3, 21, Rudolf Schön-Weg 1, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 22, Eibengasse 58, 22, Simonsgasse 23.

Sonderschulen

2, Schwarzingergasse 4, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 3, Paulusgasse 9 - 11, 14, Kienmayergasse 41, 15, Zinckgasse 12 - 14, 17, Hernalser Hauptstraße 220 (ASO), 17, Hernalser Hauptstraße 220 (Sonderschule für körperbehinderte Kinder), 18, Währinger Straße 173 - 181 (VS), 18, Währinger Straße 173 - 181 (HS), 21, Herchenhahngasse 6, 22, Hammerfestweg 1, 22, Steinbrechergasse 6, 23, Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, wo die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zulässt, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Diese werden in fünf Varianten angeboten: Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr (Elternbeitrag S 630 pro Monat) ohne Essen/mit Essen (rund S 840 Essensbeitrag pro Monat), Betreuung von 14.00 bis 17.00 Uhr ohne Essen (Elternbeitrag S 420 pro Monat), Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr tageweise (Elternbeitrag S 126 pro Wochentag/Monat) ohne Essen/mit Essen (Essensbeitrag pro Tag rund S 37). Die angeführten Elternbeiträge unterliegen einer sozialen Staffelung und sind erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von S 25.831 in dieser Höhe zu entrichten. Lern- und Freizeitklubs sind an 36 Standorten eingerichtet.

An 173 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne dass sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr von LehrerInnen beaufsichtigt. An 95 Haupt- und Sonderschulen (sowie an Schulen mit Integrationsklassen) und an 6 Polytechnischen Schulen wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Den Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder liegt die Überlegung zugrunde, dass über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen.

Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen.

Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete BegleitlehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I, erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hiebei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von SeiteneinsteigerInnen in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hiezu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefasst.

Auf Grund bundesgrundsatzgesetzlicher Vorgaben wurde mit der 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz, LGBl. für Wien Nr. 33/1997, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der fünften bis achten Schulstufe aufsteigend im Regelschulwesen eingeführt. Damit wurde die Weiterführung des integrativen Unterrichts im Regelschulwesen über die vierte Schulstufe hinaus ermöglicht. Grundanliegen der Bildung von Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. Im Schuljahr 1997/98 wurden insgesamt 424 Integrationsklassen geführt, davon an Volksschulen 224, an Hauptschulen 179, an Sonderschulen 36 und an Polytechnischen Schulen 13.

Die „Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen" hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu. Der Beratungslehrer nimmt innerhalb eines Bezirkes eine wesentliche Mittlerfunktion zwischen den Ämtern für Jugend und Familie, SchulpsychologInnen, SchulärztInnen, Erziehungsberatungsstellen, Kliniken, Elternhaus und Schule ein.

Bei diesen Gesprächen wird ein Betreuungsplan erstellt, der sich nach den jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten richtet. Im Hinblick darauf, dass eine erziehungswirksame Veränderung der Umweltgegebenheiten des Schülers erzielt werden soll, muss das Programm alle beteiligten Personen und Institutionen erfassen. Die Betreuung der Kinder ist individuell vorgesehen, wobei jedoch mindestens einmal pro Woche eine Kontaktaufnahme stattfindet. Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die - bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt

6 SchülerInnen pro Klasse) - ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen" dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie entwickelt und wird in einer großen Zahl von Bezirken durchgeführt. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum/zur psychagogischen BetreuerIn. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen, Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Die psychagogischen BetreuerInnen, die Pflichtschulen zugeteilt werden, beschäftigen sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblockes, führen regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befassten Personen und arbeiten mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung erfolgt während der Unterrichtszeit, und zwar ein bis zwei Stunden einzeln und/oder in einer Kleingruppe. Sie umfasst insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft die/der psychagogische BetreuerIn bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1997/98 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Der Schulversuch „Neue Grundschule" soll durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Schwierigkeiten vieler Kinder beim Schulstart mildern, indem den SchülerInnen für das Durchlaufen der Grundstufe I zwei bis drei Jahre Zeit gegeben wird. Im Schulversuch kommt es zur Auflösung der üblichen Jahrgangsklassen. An deren Stelle werden heterogene Lerngruppen gebildet, wobei je zwei Lerngruppen von einem Lehrerteam (zwei Klassenführende, ein/eine VorschulklassenlehrerIn) betreut werden. Im Zuge des Durchlaufens der Grundstufe I wird auf jegliche Selektionsmaßnahmen (Rückstellung, Repetieren) verzichtet. Der Schulversuch sieht vor, dass aus den AbsolventInnen der Grundstufe I altershomogene Jahrgangsklassen gebildet werden. Der Schulversuch lief im Schuljahr 1997/98 an 19 Volksschulstandorten. Außerdem wurden ähnliche Schulversuche im Schuleingangsbereich an weiteren 82 Volksschulstandorten durchgeführt.

Beim Schulversuch „Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule" sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder - sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause - während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichtserteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichtes oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbildes in Form eines Hausunterrichtes. Die Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus. Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas fordert ein vermehrtes Ausmaß an Fremdsprachenkenntnissen, um in einer immer kleiner werdenden Welt persönliche und berufliche Kontakte zu Menschen mit anderer Muttersprache knüpfen zu können.

Im allgemein bildenden Pflichtschulbereich gibt es in Wien derzeit vier bilinguale Volksschulen und eine bilinguale Hauptschule.

Der Schulversuch „Europäische Mittelschule" Wien (EMS) an der Hauptschule 7, Neustiftgasse 98 - 100, ist eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes VIENNA BILINGUAL SCHOOLING (VBS) im Bereich der Mittelstufe.

Ausgehend von einer Schülerpopulation von multilingualen SchülerInnen (z.B. SchülerInnen mit Muttersprache Deutsch, Englisch, Slowakisch, Tschechisch, Ungarisch) soll ein Bildungsangebot sichergestellt werden, das einerseits den SchülerInnen eine dem österreichischen Lehrplan des Realgymnasiums bzw. den ungarischen, tschechischen und slowakischen Lehrplänen entsprechende Grundbildung gewährleistet, das andererseits aber auch Möglichkeiten bietet, Fertigkeiten in einer zweiten und dritten Sprache zu erwerben, die im Rahmen des herkömmlichen, schulischen Fremdsprachenunterrichts kaum vermittelt werden können.

Zusätzlich bietet diese Schulform eine einmalige Chance, bei SchülerInnen der oben genannten Länder ein tieferes Verständnis für ein europäisches, grenzübergreifendes Miteinanderleben und Arbeiten zu entwickeln.

Junge Menschen ohne Hauptschulabschluss haben in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig bis gar keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Angebote an Hauptschulabschlusskursen durch außerschulische Institutionen können schon jetzt nicht bedarfsdeckend erfolgen oder sind für die Betroffenen zu kostenintensiv. Daher wird im Rahmen des Nationalen Beschäftigungsplanes Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet und über keine Lehrstelle verfügen, ab dem Schuljahr 1997/98 an Wiener Pflichtschulen im Rahmen des Schulversuches „Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher" die Möglichkeit geboten, einen Hauptschulabschlusslehrgang zu besuchen. Behinderten Jugendlichen werden im Rahmen dieses Schulversuches Berufsorientierungskurse angeboten.

An folgenden Standorten wurden im Schuljahr 1997/98 insgesamt 7 Kurse im Rahmen des Schulversuches „Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher" geführt: HS 11, Pachmayergasse 6, HS 14, Lortzinggasse 2, ASO 16, Schinaglgasse 3 - 5, HS 16, Grundsteingasse 56, HS 16, Koppstraße 110/II und HS 20, Pöchlarnstraße 14.

Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird in unterschiedlichen Organisationsformen angeboten:

Organisationsformen im Einzelnen:

Ein österreichisches Unikat gibt es im Elektro-Starkstrombereich für die ausbildenden Gewerbebetriebe mit dem Lehrberuf Elektroinstallateur, nämlich eine Wahlmöglichkeit aus drei verschiedenen Organisationsformen:

Berufsschule für Elektrotechnik I

Im ersten Semester des ersten Schuljahres: 1 Schultag, im zweiten Semester: 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr: je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe). Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr an 1 ½ Schultagen durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr geblockter Unterricht.

Berufsschule für Elektrotechnik II

Generell geblockter Unterricht seit September 1996.

Berufsschule für Baugewerbe

Für die Berufe Maurer und Schalungsbauer, Isoliermonteur, Stuckateur und Trockenausbauer, Hafner, Pflasterer, Platten- und Fliesenleger, Brunnenmacher, Betonfertiger, Isoliermonteur, Schalungsbauer und Steinmetz: jeweils drei Blöcke pro Schuljahr (gesplitteter Lehrgang).

Berufsschule für Maler und Kunstgewerbe

Im Lehrberuf Maler und Anstreicher: gesplitteter Lehrgang. Die Schilderhersteller werden im zweiten Semester der dritten Klasse 2 x 2 Wochen unterrichtet.

Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik

Gesplitteter Lehrgang.

Berufsschule für Spengler und Karosseure

Ab dem Schuljahr 1997/98 für den Lehrberuf „Blechschlosser, Spengler, Kupferschmied" geteilter Lehrgang (Blockunterricht). Seit dem 30. November 1998 wegen zu geringer Schülerzahlen wieder Jahresunterricht.

Berufsschule für Nachrichtentechnik

Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte (EDV- und Telekommunikation, Nachrichtenelektronik) der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet.

Berufsschule für Chemie, Graphik und gestaltende Berufe

Der Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit" erfolgt für die Lehrberufe Reprotechniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form.

Berufsschule für Mechaniker und Optiker

Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker.

Berufsschule für Gärtner und Floristen

Lehrgangsmäßiger Unterricht. Nur die Wiener Gärtnerlehrlinge im Jahresunterricht.

Berufsschule für Einzelhandel III

Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Reisebüroassistenten.

Berufsschule für Lebensmittel- und Textilbereich, Technische Zeichner und Zahntechniker

Lehrgänge für Textilmechaniker, Gerber, Kürschner, Hutmacher, Modist, Tierpfleger, Präparatoren und ab September 1997 für Schuhmacher und Orthopädieschuhmacher. Für den Lehrberuf Fleischer geblockter Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit".

Berufsschule für Holzbearbeitung und Musikinstrumentenerzeuger

Lehrgänge für Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Drechsler und Bildhauer.

Einzelhandelskaufmann, Waffen- und Munitionshändler:

1. Klassen: im 1. Semester an zwei Tagen zu je 8 Unterrichtseinheiten, im 2. Semester an zwei Tagen mit 8 bzw. 7 Unterrichtseinheiten. 2. und 3. Klassen: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Handelsberufe:

Der weltberühmte Pianist Jörg Demus erhielt für seine Verdienste um das Land Wien von Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe das Goldene Ehrenzeichen.
Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

Stadtrat Dr. Peter Marboe traf beim Bezirkskultur-Dialog im Café Tachles in der Leopoldstadt auch den Schauspieler Herbert Fux.
Foto: Votava / PID

Dizzy Gillespie und Stadtrat Dr. Marboe im „Jazzland" bei der Vorstellung von „Jazz in action". Foto: Brunner

Die Stiegenanlage in Wien 6, Kaunitzgasse / Eggerthgasse wurde in „Viktor-Matejka-Stiege" benannt.

Foto: Votava / PID

Ganzjährig an zwei Schultagen (Halbtagen) mit je 6 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Lehrberufe:

Zumeist:

1. Klassen:	1. Semester:	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
	2. Semester:	2 Schultage mit 9 Unterrichtseinheiten
2., 3. und 4. Klasse:	ganzjährig	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
oder		
1. Klassen:	ganzjährig	1 ½ Schultage
2., 3. und 4. Klasse:	ganzjährig	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

Das Ziel der Verfachlichung wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, aufgrund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1997/98 insgesamt 62 Lehrgangsklassen mit SchülerInnen der oben zitierten Lehrberufe. Anderseits besuchten rund 1 Prozent der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher und Vulkaniseure, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Im Oktober 1998 bekannten sich rund 23 Prozent der BerufsschülerInnen zu einer nicht-deutschen Muttersprache. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist jedoch gegenüber den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen. In jenen Klassen, wo es noch sprachliche Probleme gibt, wird dieses Manko mittels eines Schulversuches ausgeglichen.

Im Sinne der Fortsetzung von Integrationsmaßnahmen für behinderte Lehrlinge werden Schulversuche in 30 Klassen geführt.

Weitere Schulversuche beschäftigen sich mit der qualitativen Anhebung der fachlichen Ausbildung von BerufsschülerInnen. So zum Beispiel im Bereich der Fotovoltaik, der Optiker, Graphiker und der Fremdsprachen. Die Erprobung neuer Fachrichtungen, wie z.B. an der Berufsschule für Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute („Bankkaufmann") oder an der Berufsschule für Einzelhandel IV („Einzelhandelskaufmann - Fachrichtung EDV") hat sich als erfolgreich erwiesen, sodass diese einheitlich als Lehrberufe verordnet wurden.

An der Berufsschule für Verwaltungsberufe wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann" durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind somit 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet. Darüber hinaus wird in 2 Klassen im Gegenstand „Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr" Englisch als Arbeitssprache verwendet.

Die Ausstattung der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die weitere bauliche Erneuerung machen es möglich, dass die Wiener BerufsschülerInnen auch ein vermehrtes Angebot an Freigegenständen erhalten. Im Angebot befinden sich Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch), Kurzschrift und Religion sowie Unverbindliche Übungen (Leibesübungen).

Mit 1. Dezember 1997 wurden 300 Lehrlinge der besonderen selbständigen Ausbildungseinrichtung „Jugend am Werk" aufgenommen. Unter dem Arbeitstitel „Lehrlingsstiftung" wurde in Zusammenarbeit mit Jugend am Werk und AMS Jugendliche ein Weg gefunden, lehrstellensuchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Die Aktion wurde fortgesetzt und in den Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung aufgenommen, sodass mit 16. November 1998 weitere rund 700 Jugendliche einen Ausbildungs- und Schulplatz erhielten.

Die Teilnahme an EU - Projekten wurde zu einem fixen Bestandteil der Arbeit an den berufsbildenden Pflichtschulen. Sowohl der SchülerInnenaustausch, in Übereinstimmung mit den Lehrbetrieben, als auch der Erfahrungsaustausch von LehrerInnen und DirektorInnen wird in den nächsten Jahren eine Fortsetzung finden.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche LehrerInnenaus- und -fortbildung die im § 46 Schulorganisationsgesetz festgelegten Aufgaben der Berufsschule zu erfüllen. Ein vielfältiges Freizeitprogramm bietet das Schulgemeindereferat in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Sprach- und Bildungsreisen, Lernhilfen usw. sollen den über den schulischen Bereich hinausgehenden Teil der Erziehungsarbeit an den Wiener Berufsschulen unterstützen.

Die Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine einjährige Haushaltungsschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12, Dörfelstraße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird seit dem Schuljahr 1995/96 der Ausbildungsschwer-

punkt Modedesign geführt. Im Kernbereich wird neben allgemein bildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden.

Das Pädagogische Institut (PI) der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemein bildenden Pflichtschulen und an allgemein bildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Pädagogische Institut der Stadt Wien mit pädagogischer Tatsachenforschung, welche die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. Weitere Einrichtungen: Projektzentrum, Netzwerkstatt, MitweltBüro, ein Gesundheitsförderungszentrum, eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei) und das ICE (Internet Center for Education).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Stadt Wien, der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung, der Bundeswirtschaftskammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft: Integration, Suchtprävention, Umgang mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Hilfen bei Verhaltensauffälligkeiten, Schul-, Organisations-, Persönlichkeitsentwicklung u.a.m. Gleichzeitig wurde Hauptaugenmerk auf neue Lehr- und Lernformen, auf lebensbegleitendes Lernen, auf das Jahr der Menschenrechte und die EU-Präsidentschaft gelegt.

Der Bücherzuwachs der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 1998 890 Bände, wodurch der Bücherbestand Ende 1998 auf rund 194.400 Bände (Bücher und gebundene Zeitschriften) anwuchs. Im Lesesaal liegen 137 Zeitschriften auf. Im Jahr 1998 wurden 8.931 Besucher gezählt. Davon entlehnten 4.269 Personen 26.040 Bücher und Zeitschriften. Der Lesesaal wurde von 2.596 LeserInnen besucht, die 12.814 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfasste somit 38.584 Bände.

Insgesamt waren in der Zentrale der Abteilung und an den angeführten Einrichtungen im Jahr 1998 1.582 städtische Bedienstete beschäftigt.

Kultur

Kultur

Der folgende Tätigkeitsbericht der Kulturabteilung für das Verwaltungsjahr 1998 ist nach der abteilungsinternen Referatseinteilung gegliedert und bietet einen detaillierten Überblick über das vielfältige Tätigkeitsfeld dieser Dienststelle und das breite Spektrum der Aktivitäten des abgelaufenen Jahres. Der Bericht versteht sich wie bisher auch als Dokumentation der steten Ausrichtung auf ein modernes und effizientes Kulturmanagement.

Im Rahmen der budgetären Vorgaben konnte eine auf die Interessen der Bevölkerung bezogene sowie effektive und dem guten Ruf Wiens als Kulturstadt entsprechende Kulturpolitik weitgehend realisiert werden.

Im Berichtsjahr sind wieder eine erhebliche Anzahl von Projekten, die diesem Grundsatz folgen, gefördert worden.

1998 stand besonders im Zeichen von Jubiläen (z.B. 500 Jahre Wiener Hofmusikkapelle und Wiener Sängerknaben, 50. Todestag von Franz Lehár und Richard Tauber, 155. Geburtstag von C. M. Ziehrer, 100. Todestag von Carl Zeller), die in diesem Jahr den künstlerischen Schwerpunkt im Bereich der Musik darstellten. Auch war die Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Österreich Anlass und Motto für zahlreiche kulturelle Aktivitäten.

Im Einzelnen ist Folgendes festzuhalten:

1.) Musik

1998 wurden zahlreiche Jubiläen gefeiert. Eine der ältesten musikalischen Einrichtungen Europas, die Wiener Hofmusikkapelle, feierte ihren 500. „Geburtstag". Von Kaiser Maximilian 1498 ins Leben gerufen, werden auch heute noch jeden Sonntag in der Hofburgkapelle die Messen gestaltet. Mit einem Konzert im Redoutensaal und einem Festkonzert im Musikverein unter der Leitung von Riccardo Muti, bei dem auch der Herr Bundespräsident anwesend war, wurde dieses Jubiläum gebührend gefeiert. Ebenfalls ihren 500. Geburtstag feierten die Wiener Sängerknaben mit der Aufführung der „Schöpfung" im Musikverein.

Ein mehrtägiges Symposion stellte die Entwicklung „400 Jahre Oper" in den Mittelpunkt. Tagungsort war das Institut für Theaterwissenschaft in Wien, wo namhafte Fachleute aus dem In- und Ausland referierten. Unter dem Titel "Seele Europas" feierte man im Wiener Stephansdom die österreichische Übernahme der EU-Präsidentschaft. Vertreter aller Religionen brachten literarische und musikalische Beiträge. In zahlreichen Ausstellungen, Lesungen, Konzerten und Workshops wurde der 50. Geburtstag des Staates Israel gefeiert.

In vielen Konzerten gedachte man auch führender Operettenkomponisten (50. Todestag von Franz Lehár und Richard Tauber; 155. Geburtstag von C. M. Ziehrer; 100. Todestag von Carl Zeller).

In Wien sind es drei große Gesellschaften, die als Konzertveranstalter den Schwerpunkt traditioneller Musik in Wien präsentieren. Die Gesellschaft der Musikfreunde, die Wiener Konzerthausgesellschaft und die Musikalische Jugend Österreichs. Letztere ist besonders bemüht, für Jugendliche zu günstigen Einzelpreisen oder Abos (16.000) ein erstes „Kennenlernen" mit Musik zu ermöglichen. Aber nicht nur die Jugend zur Musik zu führen, sondern jungen Künstlern, die aktiv Musik machen wollen, bietet die Musikalische Jugend Österreichs ein erstes Podium.

Mit einem Festkonzert der Wiener Philharmoniker wurde im Musikverein die Eröffnung des Arnold Schönberg Centers gefeiert. Ab sofort steht Interessierten im Palais Fanto der Nachlass des Komponisten zu Forschungszwecken zur Verfügung.

Es ist besonders wichtig so früh als möglich mit der Musikerziehung zu beginnen, das Interesse an einem Instrument zu wecken, aber gleichzeitig jungen Künstlern die Möglichkeit zu bieten Erfahrungen zu sammeln und im praktischen Arbeiten ihr Können zu erweitern. Der Verein Musica Juventutis, das Wiener Jeunesse-Orchester und das Gustav-Mahler-Jugendorchester nehmen sich mit großem Erfolg dieser Aufgabe an. Das Gustav-Mahler- Jugendorchester, von Claudio Abbado ins Leben gerufen, setzt sich, nach Probespielen in diversen Städten, für zwei Tourneen (Oster- und Sommertournee) pro Jahr immer neu zusammen. Bekannte Dirigenten erarbeiten mit den jungen Musikern in mehrwöchigen Probephasen ein Programm, mit dem sie dann auf Tournee gehen. Die jährlich steigenden Anmeldungen bei den Probespielen sind Zeichen dafür, dass dieser eingeschlagene Weg von den Jugendlichen angenommen wird und unbedingt weitergeführt werden soll. Die internationale Bedeutung wird dadurch unterstrichen, dass einerseits das Orchester unter der Patronanz des Europarates steht und andererseits verschiedene Städte (Wien, Bozen, Paris, Valencia) „Residenzen" gründen, d.h. sie stellen erhebliche finanzielle Mittel für die Probephasen zur Verfügung.

Das Musikreferat unterstützt finanziell auch Wettbewerbe. Für Sänger ist zweifellos der Belvedere-Hans-Gabor-Gesangswettbewerb (seit 1995 bestehend, in Erinnerung an den langjährigen Direktor der Kammeroper Hans Gabor und Gründer dieses Wettbewerbes), durchgeführt von der Wiener Kammeroper, ein ganz wichtiger Schritt auf „die Bretter, die die Welt bedeuten". Bei diesem Wettbewerb wird nicht nur die Oper, sondern auch die Operette in einer eigenen Ausscheidung gefördert. Vorausscheidungen in diversen Großstädten Europas und den USA bringen für das Finale in Wien schon ein unglaublich hohes Niveau von Künstlern. Die Besonderheit an dieser Veranstaltung ist die Tatsache, dass durch die Jury, zusammengesetzt aus Intendanten bekannter Opernhäuser, nicht nur Geldpreise, sondern auch Engagements an die Sieger vergeben werden. Ein Beispiel dafür ist Angelika Kirchschlager, die neben ihrer Mitwirkung bei den Salzburger Festspielen ein Engagement an der Wiener Staatsoper erhalten hat.

Für Sänger mit abgeschlossener Ausbildung ist zweifellos das Wiener Musikseminar und die Wiener Meisterkurse eine Möglichkeit, bei renommierten internationalen Künstlern den letzten Schliff zu bekommen.

Aber auch für die Instrumentalisten bietet Wien als Austragungsort des Fritz-Kreisler-Violinwettbewerbes (alle vier Jahre; nächster Termin 2000) und des Beethoven-Klavierwettbewerbes (1997 fand der 10. Wettbewerb statt) große Chancen. Sieger finden oft nach erfolgreich absolviertem Probespiel Aufnahme im Orchester der Stadt Wien, den Wiener Symphonikern, oder starten eine Solokarriere, wie beispielsweise Stefan Vladar.

Die Hinführung zur Musik kann nicht früh genug erfolgen. Und da kommt dem Kunstverein Wien besondere Bedeutung zu. In unzähligen Veranstaltungen, die den diversen Altersstufen der Kinder angepasst sind, wird nicht nur präsentiert, sondern auch zum aktiven Mitmachen animiert, wie z.B. die Kindermusikwoche in den Semesterferien oder die Kinderkonzerte, in denen immer ein zeitgenössischer Komponist vorgestellt wird. Im Juni findet immer das große Kinderfestival „Kinderklang" statt, eine Veranstaltung, die der Kunstverein in Zusammenarbeit mit der Musikalischen Jugend Österreichs durchführt. Erfolgreich startete auch das Projekt „Musik zum Angreifen", in das Volksschulkinder in die Musikepochen „kindgerecht" eingeführt werden.

Die in der Hauptsache vom Musikreferat geförderten Ensembles haben in ihren Programmen die Klassik als Schwerpunkt, z.B. die Wiener Symphoniker, die Wiener Akademie oder das 1. Frauenkammerorchester von Österreich. Das Clemencic Consort nimmt sich besonders den Werken der Renaissance und des Barock an. Aber auch die zeitgenössischen Werke und ihre Komponisten werden durch die verschiedensten Ensembles in höchster Qualität präsentiert. Neben dem Ensemble 20.Jhdt, dem Ensemble „die reihe", Ensemble Wiener Collage und dem Ensemble Kontrapunkte ist es das Klangforum Wien, das in den letzten vier Jahren neben inländischer Erfolge, besonders im Ausland Ansehen und Anerkennung finden konnte.

Immer größer wird die Gruppe derer, die sich der Jazzmusik verschrieben haben und es zu schätzen wissen, dass auch hier in Wien, neben dem großen Jazzfest im Sommer, immer wieder die verschiedensten aktuellen Strömungen dieser Musikrichtung präsentiert werden. Ob durch das Jazzland, das Vienna Art Orchestra oder den Verein Porgy & Bess, das Programm ist vielfältig und interessant.

Wenn man von Wien spricht, denkt man vielleicht in erster Linie an die traditionelle Wiener Musik von Strauß, Lanner, Lehár, Ziehrer und Stolz. Ein Ensemble, das 1998 sein 53-jähriges Bestandsjubiläum feiert und unter den großen persönlichen Einsatz seines Leiters, Prof. Eduard Macku, sich diesem Genre verschrieben hat, ist das Franz-Lehár-Orchester.

Besonderen Erfolg beim Publikum konnten die Freiluftaufführungen von Mozartopern in Schönbrunn („Die Entführung aus dem Serail") vor der Römischen Ruine verzeichnen, veranstaltet von der Wiener Kammeroper.

Aber nicht nur die Förderung der Künstler liegt der Stadt Wien am Herzen, auch den „Konzertraum" zu erhalten, ist Aufgabe der Subventionspolitik. Baukostenzuschüsse tragen viel für die Erhaltung dieser Bauwerke bei. 1998 begann die auf drei Jahre festgesetzte Generalsanierung des Wiener Konzerthauses. Ebenso wird bei Orgelrenovierungen einzigartiges Kulturgut erhalten.

Unter den zahlreich genannten Förderungen gibt das Musikreferat immer wieder Subventionen zur Durchführung diverser Festivals, z.B. Jazzfest Wien, Wien Modern (dem Festival wurde durch eine internationale Jury der Titel "The Best Festival for Concert Series" verliehen), Herbstfestival der Musikalischen Jugend Östereichs, und für das Frühlingsfest (abwechselnd im Konzerthaus und im Musikverein).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Förderungen einen Bogen von traditioneller Musik über sakrale Musik bis hin zum Avantgardefestival schlägt. Vielfalt und Innovation sind dem Musikreferat oberste Maxime.

Besonders zu erwähnen sind nicht zuletzt auch die Eigenveranstaltungen des Musikreferates „KlangBogen Wien". Dazu Folgendes:

KlangBogen Wien '98
7. Juli bis 6. September 1998:

Mit mehreren spannenden und auch ungewöhnlichen Projekten und einem kontrovers ausgerichteten Programm erreicht der KlangBogen Wien '98 eine Neuorientierung im Wiener Sommer-Kulturleben.

Der KlangBogen '98 bot dem Wiener Publikum sowohl Opern, Operetten und Orchesterkonzerte als auch Orgelkonzerte (Festival Orgelkunst St. Augustin). Einen besonderen Wiener Schwerpunkt legte er mit mehr als 20 Konzerten zum Thema „Wiener Impressionen", die an Veranstaltungsorten wie dem Wiener Burggarten, Schuberts Geburtshaus, dem Café Central, dem Jüdischen Museum und anderen aufgeführt wurden. Dieses ausgewogene Programm half 1998 nicht nur den musikinteressierten Gästen Wiens bei der Gestaltung ihres Abendprogrammes, sondern erreichte besonders bei der Wiener Bevölkerung großen Anklang.

Besondere Highlights waren die Aufführungen der Lehár-Operette „Paganini", die Aufführung der Kammeroper „Enrico" von Manfred Trojan die Rossini-Oper „Otello" im Theater an der Wien sowie Orchesterkonzerte des Israel Philhamonic Orchestra unter ihrem Chefdirigenten Zubin Mehta sowie der Wiener Philharmoniker unter Lorin Maazel. Einen besonderen Höhepunkt bot der KlangBogen mit der halb-szenischen Aufführung von Schumanns „Manfred" mit Klaus Maria Brandauer in der Titelrolle.

Gesamtbesucherzahl: 30.522
Auslastung: 92 Prozent.

OsterKlang Wien '98
4. - 13. März 1998:

Im März 1998 fand zum zweiten Mal das Wiener Musikfestival OsterKlang Wien statt. Die 12 Veranstaltungen der unterschiedlichsten Musikgenres wurden sorgfältig ausgesucht und an den wichtigsten Wiener Kulturstätten aufgeführt:

So fand die „Matthäuspassion" von J. S. Bach mit den Wiener Philharmonikern unter der musikalischen Leitung von Helmuth Rilling im Großen Musikvereinssaal, Vasks Violinkonzert „Fernes Licht", gespielt von Gidon Kremer, im Konzerthaus, Richard Wagners Oper „Parsifal" in der Staatsoper oder Bachs „Osteroratorium" im Wiener Stephansdom statt. Besondere Höhepunkte waren noch Haydns „Schöpfung", die im Wiener Musikvereinssaal von der Salzburger Camerata Academica mit T.H. Hampson, P. Hall, I. Rainardi, H. Lippert und dem Wiener Schönbergchor zur Aufführung gebracht wurde. In der Wiener Hofburgkapelle erarbeitete der Dirigent Martin Haselböck mit seinem Ensemble der Wiener Akademie das selten gespielte Passionsoratorium „Il Gedeone" von Porpora. Großen Beifall fand die Aufführung der Stummfilmmusik des Filmklassikers „Ben Hur" durch das London Philharmonic Orchestra unter dem Dirigat von Carl Davies. Die Wiener Symphoniker bezauberten mit „Frühling in Wien" - einem ausgesuchten Programm von Strauß, Kálmán bis Tschaikowskij unter Vladimir Fedosejev. Außerdem tanzte das Wiener Staatsopernballet Haydns „Sieben letzte Worte Unseres Erlösers am Kreuze". Für die Inszenierung und Choreographie dieses Projektes war Renato Zanella verantwortlich.

Gesamtbesucherzahl: 15.288

Auslastung: 97 Prozent.

2.) Theater, Film und Video

Bisher wurden seitens der Stadt Wien Subventionen - aufgrund der "Einjährigkeit" des Budgets - immer nur für ein Jahr genehmigt. Diese Vorgangsweise führte bei verschiedenen Institutionen stets zu Schwierigkeiten, da die Betreffenden öfter Verpflichtungen eingehen müssen, die über das laufende Jahr hinausgehen.

Aus diesem Grund wurde eine Vereinbarung ausgearbeitet, die den Institutionen die Subvention auf drei Jahre zusichert.

Diese 3-Jahres-Vereinbarungen wurden mit folgenden Institutionen abgeschlossen: Drachengasse, Echoraum, Ensemble Theater, Gruppe 80, Inter Thalia Theater, Interkult Theater, Kabarett Niedermair, Kleine Komödie, ODEON, Schauspielhaus, Theater Brett, Theater des Augenblicks, Theater m.b.H, Theaterverein Wien, den Wiener Filmfestwochen, den Wiener Festwochen und dem WUK. Hierfür fielen im Jahr 1998 Subventionen in der Höhe von S 247,070.000 an.

Die Theater, die vorläufig noch keine 3-Jahres-Vereinbarung erhalten haben, wurden - wie bisher - mit Subventionen für ein Jahr gefördert. Für die Privattheater (Ateliertheater, Die Tribüne, Experiment am Liechtenwerd, Freie Bühne Wieden, International Theatre, Komödie am Kai, Lederers Theater, Pygmalion Theater, Theater beim Auersperg, Theater Center Forum, Theater Spielraum, Treubergs Gratisbühne und das Theater zum Fürchten standen 1998 S 12,600.000 zur Verfügung.

Den Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereins - einschließlich des Theaters der Jugend und des Raimundtheaters - wurden Betriebssubventionen in der Höhe von S 297,750.000 gewährt.

Dem Theater an der Wien wurde im Jahr 1998 eine Abgangsdeckung in der Höhe von S 121,550.000 zur Verfügung gestellt.

Die Gesellschaft für Musiktheater und die Österreichische Länderbühne - Wiener Tourneetheater wurden im Jahr 1998 mit Jahressubventionen von insgesamt S 950.000 gefördert.

Der Verein Ecce homo wurde für das Festival „Wien ist andersrum 3" mit insgesamt S 300.000 unterstützt.

Das Internationale Musikzentrum hat von 9. - 13. Juni 1998 ein Wien-Festival in Prag sowie von 9. - 13. September 1998 eine Wien-Woche in Moskau organisiert. Für diese Projekte erhielt der Verein Förderungen von insgesamt S 2,900.000. Im Rahmen der Wien-Woche in Prag hat der Verein Via lana eine Modenschau präsentiert, die mit S 350.000 von der Stadt Wien unterstützt wurde. Für die „Internationalen Modetage" im Frühjahr und im Herbst 1998 erhielt der Verein Via lana noch Subventionen von S 800.000 .

Dem Theaterverein Zirkus für einen aufgebundenen Bären wurden für die anfallenden Vorkosten des im Jahr 1999 stattfindenen Projektes „Die Bibel" S 300.000 gewährt.

Für die Wiederaufnahme von „Alma" im Sanatorium Purkersdorf erhielt der Verein Alma eine Subvention in der Höhe von S 500.000.

Im Rahmen des EU-Vorsitzes Österreichs hat die IG-Kultur im Dezember 1998 zu einem Mitgliedertreffen des EFAH (European Forum for the Arts an Heritage) geladen. Dieses Projekt wurde mit einer Subvention von S 120.000 unterstützt.

Das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung erhielt für die Durchführung der „Jiddischen Theaterwoche" einen Kostenzuschuss in der Höhe von S 150.000.

Die Jahrestätigkeiten des Metropol, der IG-Freie Theaterarbeit und des Jugendstiltheaters wurden mit S 11,000.000 unterstützt. Das von der IG initiierte kontinuierliche Tänzertrainingsprojekt T - Junction wurde weitergeführt und mit S 1,100.000 gefördert.

Das Projekt „Translocation New Media/Art" des Vereines Springerin wurde mit S 500.000 subventioniert.

Auch für bauliche Renovierungen und Verbesserungen des Sicherheitsstandards der Wiener Bühnen wurden im Jahr 1998 Baukostenbeiträge in der Gesamthöhe von S 22,100.000 zur Verfügung gestellt.

Dem Verein zur Förderung des künstlerischen Ausdruckstanzes wurde für die Abhaltung der Internationalen Sommertanzwochen und der Performancereihe „IM PULS" im Jahr 1998 S 13,500.000 gewährt.

Der Theatererhalterverband Österreichischer Bundesländer und Städte erhielt für die Mitgliedschaft Wiens einen Mitgliedsbeitrag in der Höhe von S 26.760.

Für die von der Stadt Wien durchgeführte Imagekampagne für die Wiener Theater wurde die Werbeagentur DDM/AHA beauftragt, der auch die anfallenden Kosten für 1998 in der Höhe von S 1,562.000 genehmigt wurden.

Das vom Verein Wiener Stadtfeste organisierte 15. Wiener Stadtfest wurde von der Stadt Wien mit S 10,100.000 unterstützt.

Das Wiener Integrationsforum erhielt für die Durchführung des „Hallamasch-Festivals" eine Subvention in der Höhe von S 600.000.

Das Wiener Vorstadttheater hat zu Gunsten Behinderter eine Veranstaltung in der Wiener Sargfabrik abgehalten. Von der Stadt Wien wurde dies mit S 150.000 gefördert.

Der Verein zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser, das Mitglied von „Trans Europe Halles", dem Netzwerk unabhängiger Kulturzentren ist, hat von 29. April bis 3. Mai 1998 das „Trans Europe Halles Meeting" organisiert. Die Stadt Wien hat eine Förderung von S 85.000 genehmigt.

Für die Freien Gruppen stand im Jahr 1998 ein Budget von S 72,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesem Betrag konnten rund 200 Gruppen unterstützt werden, wobei die Einzelsubventionen zwischen S 5.000 und S 4,700.000 betrugen. Für den Bereich Sprechtheater standen 18 Millionen Schilling zur Verfügung, die unter Mithilfe eines Beirates vergeben wurden. Rund 80 Gruppen wurden mit Jahressubventionen bis zu 2 Millionen Schilling bzw. mit Produktionskostenzuschüssen bis zu S 650.000 unterstützt.

Die Freien Tanzschaffenden wurden 1998 mit 9,0 Millionen Schilling unterstützt, wobei ein 6-köpfiges Fachgremium mehr als 20 Tanztheatergruppen für eine Förderung empfahl.

Seit 1993 ist auch für das Kindertheater ein Beirat installiert worden. Das Budget für diesen Bereich betrug 9 Millionen Schilling und ermöglichte die Unterstützung von etwa 45 Kindertheatergruppen und verschiedene Strukturmaßnahmen.

Dem freien Musiktheater standen 18 Millionen Schilling zur Verfügung. Neben den drei großen "Freien Musiktheatergruppen" konnten mit diesem Budget auch kleinere Musiktheaterprojekte unterstützt werden. Einem internationalen Trend Rechnung tragend, wurden auch für interdisziplinär arbeitende Gruppen eigene Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Österreichische Filmmuseum wurde mit S 900.000 Jahressubvention unterstützt. Für die Durchführung der Godard-Retrospektive wurde eine Subvention von S 1,000.000 gewährt. Zusätzlich wurde dem Filmmuseum im Jahr 1998 ein erster Entschuldungsbeitrag in der Höhe von S 500.000 zur Verfügung gestellt.

Das Österreichische Filmarchiv erhielt eine Jahressubvention in der Höhe von S 600.000, sowie einen weiteren Zuschuss von S 500.000.

Für die Jungfilmer- und Videoförderung und für Strukturförderungen im Filmbereich stand 1998 ein Betrag von S 6,000.000 zur Verfügung. Mit diesem Betrag konnten mehr als 100 Künstler mit Beträgen bis zu S 200.000 gefördert werden.

Der Verein Public Netbase - Institut für neue Kulturtechnogien erhielt für seine Jahrestätigkeit eine Subvention in der Höhe von S 1,000.000.

Der Verein Sixpack wurde mit S 500.000, die Medienwerkstatt mit S 400.000 unterstützt.

Dem Verein Freiluftkino wurden für das Projekt „Kino unter den Sternen" S 1,874.000 zur Verfügung gestellt.

3.) Bildende Kunst

Im Bereich der bildenden Kunst standen 1998 für den Bildankauf insgesamt S 6,513.000 zur Verfügung. Damit wurden 218 Kunstwerke (Bilder, Plastiken, Objekte, Fotos) erworben.

Zum sechsten Mal wurden dabei Bilder aus Galerien, 1998 im Wert von S 1,454.450, angekauft, um einerseits die derzeit meist in kritischer finanzieller Situation befindlichen Wiener Galerien zu unterstützen und andererseits, um gravierende Lücken der Sammlung zu schließen. Ziel des Kunstreferates ist es auch künftighin, qualitätsvollere und daher teurere Kunstobjekte im Sinne einer musealen Sammlung zu erwerben.

Mit Hilfe von Werkverträgen wurde die fotografische Dokumentation der Neuankäufe sowie jener Kunstwerke, die in externen Magistratsdienststellen als Zimmerschmuck Verwendung finden, fortgesetzt. Die Neuordnung des Depots wurde durch Neupassepartourierung weiterer Teile der musealen Grafikbestände vorangetrieben. Außerdem wurde die EDV-Erfassung der Neuankäufe und der alten Inventarbestände mit einem Programm der MA 14 weitergeführt. Ein neues Programm zur digitalen Bilderfassung ist installiert worden. Durch drei Wassereinbrüche wurde der Sammlung beträchtlicher Schaden zugefügt, der durch die Versicherung größtenteils gedeckt war. Infolge der Evakuierungsarbeiten musste mit der Neuordnung des Depots begonnen werden.

Im Rahmen der Plakatwertungsaktion wurden heuer zwei Preise der Kulturabteilung der Stadt Wien, jeweils zu S 30.000 vergeben.

Die Materialkosten für das großformatige Bild von Karin Plavcak in der U-Bahn-Station „Schottentor" wurden auch 1998 vom Kunstreferat übernommen.

Von Prof. Tasquil konnte in Übereinstimmung mit der Hochschule für angewandte Kunst im Jahr 1996 eine Schenkung übernommen werden, die sich aus Kunstwerken seiner Studenten zusammensetzt. Die Archivierung und Inventarisierung wurden 1996 begonnen und 1997 und 1998 fortgesetzt.

Die Prämienaktion für Kleingalerien wurde auch 1998 unter dem Titel "Das engagierte Auge" weitergeführt. Bei der ersten Sitzung wurden die mit je S 30.000 dotierten Preise an die Galerie Ariadne und station3 vergeben. Je S 20.000 erhielten die Galerien Winter, Cult und Mezzanin. Bei der zweiten Sitzung gingen die zwei ersten Preise an die Galerien Kargl und Ulysses, die zweiten Preise wurden den Galerien Krinzinger, Charim/Klocker und dem Raum aktueller Kunst zugesprochen.

Bereits zum 13. Mal konnte für gemeinnützige Wiener Kunstvereine ein Rahmenbetrag, diesmal S 1,827.000, zur Verfügung gestellt werden, mit dem hauptsächlich kleinere Projekte rasch und unbürokratisch gefördert werden. Auf diese Weise wurden 51 Künstlervereinigungen mit insgesamt 76 Projekten unterstützt.

Für Buchankäufe standen S 197.332 zur Verfügung, für Restaurierungen von beschädigten Kunstwerken S 357.200.

Zum dritten Mal gab es 1998 die Möglichkeit, Künstlern, die sich in einer schwierigen sozialen Notsituation befanden, möglichst unbürokratisch mit einer so genannten "einmaligen sozialen Beihilfe" zu helfen. Hier wurden insgesamt S 200.000 ausgegeben.

1998 wurde in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Wien die Förderungsgalerie in der Alten Schmiede betreut. Es fanden acht Ausstellungen statt, zu denen jeweils Informationsblätter über die ausstellenden Künstler erschienen sind.

Die Artothek, die Bilder aus dem Grafik-Bestand der Abteilung an Privatpersonen entlehnt, erfreute sich auch 1998 großer Beliebtheit.

Aus dem vielfältigen und auf hohem internationalen Niveau stehenden Ausstellungsangebot, das von der Stadt Wien 1998 gefördert wurde, seien folgende herausragende Angebote hervorgehoben:

Der Verein Kunsthalle Wien realisierte durch Subventionen der Kulturabteilung u.a. die Ausstellungen „Übersee. Flucht und Emigration österreichischer Fotografen 1920-1940", „Crossings. Kunst zum Hören und Sehen" und „Die Wiener Gruppe". Von Nan Goldin, Tracey Moffat, Pipilotti Rist und Kolmar&Melamid wurden Personalausstellungen gezeigt. Die Kunsthalle Wien hat sich seit ihrer Eröffnung im Herbst 1992 zu einer der wichtigsten Institutionen in Wien entwickelt, die sich erfolgreich mit der Vermittlung von zeitgenössischer, innovativer Kunst beschäftigt. Nach dem im Dezember 1997 erfolgten Spatenstich wurde 1998 der Bau der neuen Kunsthalle im Museumsquartier in Angriff genommen.

Weiters unterstützte die Kulturabteilung die Ausstellungen der Wiener Secession, die 1998 das 100-jährige Bestehen feierte: z.B. Elisabeth Grübl, Robert Lettner, Sigmar Polke, Fabio Zolly, Mike Kelley/Paul McCarthy Marcus Geiger, Marc Adrian und „Das Jahrhundert der künstlerischen Freiheit".

Folgende Vereine erhielten für ihre Jahresprogramme Subventionen der Kulturabteilung: Kunstverein Wien, Fotogalerie Wien im WUK, Berufsverband bildender Künstler Österreichs für dessen Galerie station3, das Architektur Zentrum Wien, Gesellschaft bildender Künstler Österrreichs, Künstlerhaus, sowie das Interaktive Kindermuseum im Museumsquartier.

Zur Durchführung einzelner Projekte wurden u.a. folgende Vereine unterstützt: Sigmund-Freud-Gesellschaft, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Cameleon Press, Kunstverein Art Phalanx.

Im Ausland konnte die FIAC in Paris , eine internationale Kunstmesse, unterstützt werden.

Die Kulturabteilung der Stadt Wien konnte 1998 die aus den eigenen Grafikbeständen zusammengestellte Ausstellung „Zu Papier gebracht" in Prag (9. Juni bis 5. Juli 1998, Galerie AMBIT), Moskau (10. bis 27. September 1998 in der Kleinen Manege im Rahmen der Wien-Tage) und Riga (20. November bis 15. Dezember 1998, Akademie der bildenden Künste) zeigen. In Prag wurden zudem Bildhauerarbeiten in der Oskar-Kokoschka-Galerie gezeigt.

Vom 9. Juli bis 21. August 1998 präsentierte das Kunstreferat die Ausstellung „Museum auf Abruf. Der ironische Blick" in der Galerie Makartgasse 1 mit ausgewählten Arbeiten aus den Kunstankäufen zum Thema „Ironie". Vom 25. September bis 18. Oktober 1998 zeigte das Kunstreferat in der Kunsthalle im Museumsquartier die Ausstellung „Des Eisbergs Spitze" mit einer repräsentativen Auswahl aus den in den letzten Jahren getätigten Kunstankäufen der Kulturabteilung. Zu dieser Ausstellung wurde auch ein umfassender Katalog aufgelegt.

4.) Literatur

Im Rahmen der Förderung zeitgenössischer Literatur wurden 1998 insgesamt 5.724 Bücher (83 verschiedene Titel) angekauft und 14 Zeitschriften durch Jahresabonnements (1.119 Exemplare) bezogen. Für den Buchankauf wurden S 1,455.076,90, für Zeitschriften S 333.980 aufgewendet. 34 Verlagen wurden für die Herausgabe von Druckwerken eine Gesamtsumme von S 1,500.000 zur Verfügung gestellt. An literarische Vereinigungen und Veranstalter wurden Subventionen in der Höhe von insgesamt S 10.348.000 vergeben (darunter an die Grazer Autorenversammlung, den Österreichischen Schriftstellerverband, die Österreichische Gesellschaft für Literatur, den Österreichischen P.E.N.-Club und an den Hauptverband des Österreichischen Buchhandels). Neben zahlreichen Einzelveranstaltun-

gen, die von verschiedenen Schriftstellervereinigungen durchgeführt wurden, konnten mehrere Symposien und Großveranstaltungen gefördert werden.

Mit S 3,500.000 wurde die Durchführung der Veranstaltungsreihen „Literatur im März" und „Literatur für junge Leser", die zwischen 12. und 19. März bzw. zwischen 26. und 29. März im Museumsquartier bzw. im Palais Auersperg stattfanden, unterstützt. Dabei kamen wieder prominente Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland zu Wort. Großes Interesse des Publikums und der Medien fanden auch die „Tage der europäischen Literatur", die zwischen 6. und 8. November 1998 im Radio-Kultur-Haus stattfanden. Unterstützt wurde ferner u.a. das Canetti-Symposion, das von der Gesellschaft für Masse und Machtforschung organisatorisch betreut wurde. Große Beachtung fanden zudem die Aktivitäten der Schule für Dichtung in Wien, die Veranstaltung „Rund um die Burg", der Programmschwerpunkt „Linie Leicht" im Rahmen der Leipziger Buchmesse sowie das Literaturprogramm der Veranstaltungsreihe „Wien-Moskau-Wien".

Unterstützt wurde ferner die Veranstaltungsreihe „Zeitgenössische Autoren der Universität Wien", die vom Club der Universität Wien durchgeführt wurde, sowie die im Museumsquartier durchgeführte Ausstellung „Der literarische Einfall".

Im Rahmen der Canetti-Stipendien wurde an drei Wiener Schriftsteller ein Betrag von S 720.000 vergeben. Für das "Wiener Autorenstipendium" stand ein Betrag von S 540.000 zur Verfügung. Unter dem Titel „Literatenförderung" wurden S 468.000 vergeben.

5.) Kulturelle Bezirksaktivitäten, Ehrungen

Aus dem Budget für ständige finanzielle Unterstützungen wurden 1998 etwa 110 laufende außerordentliche Zuwendungen und Ehrenpensionen an Künstler oder deren Witwen ausbezahlt.

Für einmalige Beihilfen, die Personen, welche sich in einer momentanen Notsituation befanden, zugute gekommen sind, wurde inklusive der alljährlichen Weihnachtsaktion ebenfalls der übliche Budgetrahmen aufgewendet. Wie auch in den Vorjahren wurde die Aktion „Künstler helfen Künstlern" mit einem Beitrag in der Höhe von S 750.000 unterstützt, der den Kosten von sechs Heimplätzen in Baden entspricht.

Im Subventionsbereich sind dem Wiener Volksbildungswerk wieder drei Beträge (Grundsubvention S 9,500.000, Projektförderung S 4,500.000 und für die Bezirksfestwochen S 7,500.000) für seine Aktivitäten zur Verfügung gestellt worden.

Im Bereich der Bezirksaktivitäten war und ist die Zielsetzung die ständige Verbesserung der kulturellen Infrastruktur und die damit verbundene Förderung der unterschiedlichsten Aktionen einer Reihe von Kulturvereinen, Gebietsbetreuungen und ähnlichen Institutionen. Damit konnte 1998 eine besonders große Vielfalt an Angeboten für die Bevölkerung erreicht werden. Grätzelfeste, Ausstellungen und Lesungen zählten ebenso wie multikulturelle Veranstaltungen zu den geförderten Aktivitäten. Im Vordergrund stand die Unterstützung neuer Projekte, die eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Basiskultur gewährleisten. Damit sollte die Bevölkerung in den Bezirken in ihrer unmittelbaren Umgebung angesprochen werden.

Darüber hinaus wurden vor allem Bezirksaktivitäten gefördert, die zur Bewältigung der Fremdenfeindlichkeit und zum Kennenlernen anderer Kulturkreise beitrugen. Zu den weiteren Schwerpunkten zählte auch die Unterstützung neuer Stadtteilzentren, da gerade diese Einrichtungen in der Lage sind, rasch auf die Wünsche und Anregungen der Bevölkerung zu reagieren. Das Projekt des Vereins "Kulturnetz" (Grundsubvention S 2,400.000) bietet ein zusätzliches Service für die neuen Stadterweiterungsgebiete und Kulturinitiativen im 21. und 22. Bezirk. Die Erfolge haben bereits die Erwartungen bei weitem übertroffen und eine besonders effektive Einbindung der Bezirke in Zusammenhang mit der Initiierung neuer Vorhaben erreicht.

Eine weitere Zielsetzung bestand auch 1998 in der Förderung von Vereinen, die insbesondere für Jugendliche attraktive Veranstaltungen anbieten und ihnen damit neue Interessensgebiete eröffnen.

Seitens der Bezirke bestand 1998 erstmals die Möglichkeit, Subventionen im Wege eigener Kulturbudgets zu vergeben. Die gesamten damit verbundenen Verwaltungsarbeiten - Beantragung, Verständigung der Subventionswerber, Anweisung Abrechnung usw. - wurden von der Kulturabteilung erledigt. Damit konnte verstärkt auf die Wünsche der Bezirksvertretungen Rücksicht genommen und durch die vermehrte Gewährung von Einzelsubventionen eine individuellere Gestaltung der kulturellen Aktivitäten in den Bezirken ermöglicht werden.

Der Bereich der Ehrungen und Gedenktagepublizistik wurde wie im Vorjahr betreut; die Vergabe des Johann-Nestroy-Ringes, der Josef-Kainz-Medaille und der verschiedenen Preise konnte ebenso wie die Beantragung von sichtbaren Auszeichnungen aufgrund von Vorschlägen der Gedenktagebesprechungen in der üblichen Form erfolgen. Zusätzlich wurden 1998 der Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien (Verleihung jedes zweite Jahr) sowie die Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung der Stadt Wien (Verleihung jedes dritte Jahr) vergeben.

Es wurden wie in den Vorjahren Ehrengräber bzw. ehrenhalber gewidmete Gräber genehmigt.

Neben der Publizierung von Gedenktagen, Kranzniederlegungen sowie der Würdigung runder Geburtstage prominenter Persönlichkeiten wurde dem Auftrag der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und des Informationsangebotes Rechnung getragen.

6.) Veranstaltungsreferat, Prüfungsreferat

Im Zusammenhang mit diesen Aufgabenbereichen sind bezüglich des Berichtsjahres folgende Tätigkeiten und Aktivitäten zu erwähnen:

12. Februar bis 8. März 1998: UNESCO - Seminare: 4 Blockseminare der UNESCO-Arbeitsgemeinschaft Wien zum Thema „50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte".

25. Februar 1998: Fiaker- und Pferdemietwagenunternehmer - Befähigungsprüfung.

12. März bis 20. März 1998: Konzessionsprüfung für Fremdenführer.

21. März 1998: Internationaler Wettbewerb im Maschinschreiben.

23. bis 26. April 1998: Südtiroltage in Wien: Dabei traten die Musikkapelle Hafling, der Musikverein St. Ulrich/Gröden, die Torwändmusig und die Volkstanzgruppe Lüsen/St.Andrä im Ehrenhof des Schlosses Schönbrunn und in verschiedenen Pensionistenheimen auf. Weiters wurden Platzkonzerte am Michaelerplatz und am Graben durchgeführt. Ein Südtirolabend fand im Festsaal des Österreichischen Volksliedwerkes mit dem Kathreiner-Zwoagsang und der Südtiroler 6er-Musig statt. Im Literarischen Quartier der Alten Schmiede gab es Gespräche der Verleger Othmar Thaler und Ludwig Paulmichl sowie Lesungen der Südtiroler Autoren Sepp Mall und Josef Oberhollenzer.

4. bis 6. Juni 1998: 19. Österreichisches Blasmusikfest unter dem Motto „Auftakt zur EU-Ratspräsidentschaft" Insgesamt nahmen daran 45 Musikkapellen aus ganz Österreich, aus Zypern, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Polen, Estland teil. Am 4. Juni 1998 fand das Konzert der Nationen im Austria Center Vienna statt. Weiters fand am 5. Juni 1998 das Rasen-Show-Programm im Hohe Warte-Stadion statt. Am Vormittag des 6. Juni 1998 wurden in allen Bezirken Wiens Platzkonzerte mit den teilnehmenden Kapellen durchgeführt. Am Nachmittag zogen alle Musikkapellen in einem großen Festzug vom Maria-Theresien-Platz über den Ring zum Rathausplatz, wo ein gemeinsames Abschlusskonzert der Kapellen stattfand.

8. Juni bis 16. Juni 1998: Konzessionsprüfung für Tanzlehrer.

7. Oktober 1998: Fiaker- und Pferdemietwagenunternehmer-Befähigungsprüfung.

10. bis 13. November 1998: Konzessionsprüfung für Fremdenführer.

14. November 1998: Illuminierung des Weihnachtsbaumes auf dem Wiener Rathausplatz: Der Baum stammte diesmal aus dem Bundesland Salzburg. Organisation dieser Aktion und Gestaltung des Festaktes mit der Gardemusik Wien, der Bürgermusikkapelle St. Michael/Lungau und der Historischen Schützengarde St. Michael/Lungau.

21. November 1998: Wiener Blasmusikfest: Bei der Veranstaltung „Faszination Blasmusik" in der Kurhalle Oberlaa zeigten 12 Blasmusikkapellen bzw. Gruppen des Wiener Blasmusikverbandes ihr Können und präsentierten speziell ihre Jugend- bzw. Nachwuchsarbeit.

19. bis 22. November 1998: 32. Wiener Walzerkonkurrenz: Internationale Veranstaltung "Austrian Open 1998" des Wiener Tanzsportverbandes mit Unterstützung des Veranstaltungreferates.

27. November bis 24. Dezember 1998: Internationales Adventsingen: Dabei traten an den Adventwochenenden in den Festräumen des Rathauses jeweils am Freitag, Samstag, Sonn- und Feiertag Chöre aus Österreich, Deutschland, Spanien, Belgien, Schweiz, USA, Ukraine, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Rumänien, Großbritannien, Polen, Finnland, Niederlande und Frankreich auf.

12. Dezember 1998: UNESCO-Seminar: Austauschprogramm mit Jugendgruppen des Vereines der Freunde des Slowakischen Nationaltheaters in Bratislava und dem Verein der Freunde der Wiener Staatsoper.

Zwischen Februar und Oktober 1998: Reihe „Treffpunkt Wien": Dabei fanden vier Veranstaltungen statt, bei denen sich jeweils eine Gruppe aus den Bundesländern Salzburg, Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich und eine Gruppe aus Wien konfrontierten und authentische Volksmusik zu Gehör brachten.

Von Jänner bis Dezember 1998: Gruppenbetreuungen Dabei wurden zahlreiche Aktivitäten bzw. Gruppenbetreuungen an verschiedenen Örtlichkeiten Wiens durchgeführt (z.B. Auftritte von Musikkapellen und Chören an verschiedenen Plätzen in Wiener Bezirken, Betreuung von Delegationen usw.). Dabei wurden Gruppen aus den Bundesländern und dem Ausland registriert.

Von Jänner bis Dezember 1998: Tourismusförderung: Im Rahmen der Tourismusförderung wurden etliche fremdenverkehrspolitische Gutachten für Kreditanträge von Gastgewerbebetrieben bzw. Stellungnahmen zu Fremdenverkehrsfragen abgegeben.

Von Jänner bis Dezember 1998: Auslandsaktivitäten: Dabei wurden im Rahmen der von der Abteilung unterstützten Auslandsaktivitäten Koordinationsaufgaben durchgeführt.

7.) Stipendienwerk der Stadt Wien

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien wurden auf Grund ausführlicher Informationsgespräche mit Schülern und deren Eltern sowie mit Studierenden zahlreiche Schul-, Studienbeihilfen und Stipendien im Gesamtbetrag von S 1,079.000 vergeben, wovon S 360.000 auf 18 Arbeitsstipendien für Literatur, bildende Kunst und Komposition entfielen.

8.) Objekts- und Verkehrsflächenbenennungen

Von den 97 Geschäftsstücken, die 1998 im Referat für Verkehrs- und Objektbenennungen bearbeitet wurden, konnten 34 Anträge dem Gemeinderatsausschuss für Kultur zu Beschlussfassung vorgelegt werden.

9.) Servicestelle für Kulturarbeit

Diese Servicestelle der Kulturabteilung versteht sich als Informations- und Beratungsbüro für Kulturschaffende und Veranstalter jeder Art. Diese unkonventionell und unbürokratisch agierende Servicestelle informiert über alle Förderungsmöglichkeiten, leistet Hilfe bei Projekteinreichungen und erleichtert den Kontakt mit der Kulturverwaltung. Darüber hinaus unterstützt sie durch gezielte Projektberatung die dezentrale Kulturarbeit in den Bezirken und wirkt in fachlicher Hinsicht auch bei einigen EU-Kulturprojekten mit. Sie unterhält Kontakte zu den wichtigsten europäischen Netzwerken im Kulturbereich (EFAH, IETM, Transeurope Halles) und informiert auf Anfrage über die neuesten Entwicklungen im Bereich EU-Förderungen (Programm 2000) und über die Aktivitäten des kulturellen Sektors in Brüssel. Erreichbar ist diese Stelle unter der Telefon-Hotline 4000/81174.

10.) Veranstaltungsbehörde

Eine wichtige und für einen geordneten Ablauf von Veranstaltungen wesentliche Tätigkeit ist jene des Behördenreferates gewesen, welches aber nur mehr bis 31. Dezember 1998 als Teil der Abteilung fungierte (per 1.1.1999 wurde dieses Referat aufgrund einer Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat in die MA 35 eingegliedert).

Im Jahre 1998 wurden in Vollziehung des Wiener Veranstaltungsgesetzes, des Wiener Kinogesetzes und des Gesetzes betreffend Totalisateur- und Buchmacherwetten zahlreiche Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstrafverfahren durchgeführt. Darüber hinaus mussten aufgrund von Beschwerden über Lärmbelästigungen, insbesondere verursacht durch Veranstaltungen im Freien, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz der Anrainer gesetzt bzw. veranlasst werden.

In Zahlen gefasst, ergibt sich für die behördliche Tätigkeit der Abteilung im Berichtszeitraum folgendes Bild:

- Administrativakte: rund 6.200 (hievon entfallen auf Fälle der Anmeldestelle: rund 2.300)
- Verwaltungsstrafakte: rund 3.000

Hiezu kommen noch eine Vielzahl von Anfragebeantwortungen und Beratungen von informationssuchenden Bürgern und Veranstaltern.

Wie schon in den Vorjahren war auch 1998 das Straßenmusizieren auf bestimmten, vornehmlich den Fußgängern vorbehaltenen Flächen im Freien aufgrund einer Verordnung des Magistrates der Stadt Wien (Straßenkunstverordnung) möglich. Für bestimmte Musizierplätze wurden von der Anmeldestelle der Abteilung nach Maßgabe der Straßenkunstverordnung eine Vielzahl an Platzkarten ausgestellt.

11.) Denkmalpflege und Verwaltung

Die Objektverwaltung freiplastischer Objekte (Denkmäler, freistehende Skulpturen, Bildsäulen, Kriegerdenkmäler, Grabdenkmäler) und Gedenktafeln schließt auch die Verpflichtung zu ihrer Erhaltung ein. Diese Objekte befinden sich im Freien. Allein die Witterung macht Zeitschäden verstärkt sichtbar. Außerdem ereignen sich häufig Vandalenakte.

Es waren daher auch 1998 eine Reihe restauratorischer Maßnahmen zu setzen, die im einzelnen nicht immer sehr kostenintensiv sein mussten, in der Gesamtheit aber doch einen großen finanziellen Aufwand verursachten.

Restaurierungen, Reinigungen und Wartungsarbeiten werden im Auftrag der Abteilung durch die MA 24 erledigt, die Budgetierung erfolgt durch die Abteilung.

Von der MA 24 wurden aufgewendet:

S 3,818.812,81	für die Restaurierung, Sanierung, Instandhaltung und Sicherheitsüberprüfung von Denkmälern;
S 2,268.918,43	für die Restaurierung von Grabdenkmälern und Grabmalhainen;
S 215.633,04	für die Reinigung von Denkmälern;
S 96.504,00	für die Reinigung und Auffrischung von Gedenktafeln;
S 6,399.868,28	

12.) Arbeitsgemeinschaft Bezirksmuseen

Die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen wurde 1998 mit S 2,350.000 unterstützt. Davon dienten S 1,400.000 als Arbeitssubvention, S 950.000 waren zur Abdeckung der Energiekosten vorgesehen.

Zusätzlich standen der Arbeitsgemeinschaft 1998 unter dem Titel „Projektförderung" S 1,100.000 zur Verfügung. Dadurch konnten Sondervorhaben verwirklicht werden, welche die Finanzkraft der einzelnen Bezirksmuseen bei weitem überschritten hätten.

Die einzelnen Projekte in einer knappen Auflistung:

Bezirksmuseum	Projekt	Förderung
Wieden	Ausstellung „Die Wieden und die weite Welt"	40.129,–
Alsergrund	Ausstellung „1848 - Angezeigt wird"	50.000,–
Alsergrund	Erinnerungstafel an Erich Fried im RG IX	50.000,–
Josefstadt	Ausstellung „Neudeggergasse 12 Die Synagoge in der Josefstadt"	151.505,–
Favoriten	Katalog zu archäologischen Grabungen in Unterlaa	74.000,–
Hietzing	Auslagerung des Bezirksmuseums Hietzing wegen Renovierung des Gebäudes	60.000,–
Hietzing	Mitwirkung an der Herausgabe von Band II des Buches „In Hietzing gebaut"	300.000,–
Hernals	Ausstellung „100 Jahre Evangelische Pfarrkirche für Währing und Hernals"	39.000,–
Brigittenau	Ausstellung „Sascha Kolowrat und der Österreichische Film"	20.000,–
Donaustadt	Restaurierung einer Esslinger Schulfahne	25.580,–
Wiener Ziegelmuseum	Adaptierung von Räumen zur musealen Präsentation	250.000,–
		1,060.214,–

Die Tätigkeit der Bezirksmuseen umfasst neben der eigentlichen Museumsarbeit auch weitere Bereiche im Veranstaltungssektor. Viele Künstler aller Sparten erhalten sehr oft zum ersten Mal die Gelegenheit, ihr Schaffen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

13.) Altstadterhaltung

Die Möglichkeit, stilgemäße Wiederherstellungen und historisch materialgerechte Instandsetzungen an Häusern in Schutzzonen oder unter Denkmalschutz durchzuführen, wurde 1998 in erhöhtem Ausmaß genutzt, wobei mit Hilfe der Mittel des Wiener Altstadterhaltungsfonds wichtige Akzente gesetzt werden konnten.

Die Maßnahmen werden durch Subventionen unterstützt, die aus einem Zuschlag zur Rundfunk- und Fernsehgebühr, dem so genannten Kulturschilling, aufgebracht werden. Es handelt sich dabei um eine Landesabgabe, die widmungsgemäß überwiegend für Zwecke der Altstadterhaltung zu verwenden ist.

Von den bereits mit insgesamt mehr als S 1,800.000.000 geförderten 3.500 Objekten wurden 1998 83 Gebäude mit einer Gesamtsumme von S 105,700.000 bedacht.

Der Beirat für den Wiener Altstadterhaltungsfonds begutachtete und der Gemeinderat genehmigte Förderungen nicht nur für die Wiederherstellung eines kleinen Restes der Stadtmauer in Bereich Am Gestade, sondern auch für die Pflege des Stadtbildes im Bereich des Schottenhofs, für die Kirche St. Stephan, die Michaelerkirche und die Votivkirche. Typische Elemente des Stadtbildes, wie die Altstadtkandelaber auf dem Heldenplatz oder die historische Einfriedung des Rathausparks wurden ebenso berücksichtigt, wie die Wiederherstellung der Beschichtung des Riesenrades, das neben seiner Bedeutung als Wiener Wahrzeichen auch ein Industriedenkmal darstellt. Bestehende Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit, wie der Rabenhof oder der Sandleitenhof - Vorläufer der späteren Satellitenstädt - bekamen ihr ursprüngliches Aussehen zurück, ohne dabei auf zeitgemäßen Wohnstandard verzichten zu müssen. Ein weiteres Beispiel für revitalisierte alte Bausubstanz stellt das Schloss Hetzendorf dar, in dem unter Beibehaltung des zeitgemäßen Schulbetriebs der Modeschule die originale Substanz erhalten und instand gesetzt wird. Schließlich darf die Pfarrkirche auf dem Kahlenberg nicht unerwähnt bleiben, die zur Erinnerung des Entsatzes bei der zweiten Türkenbelagerung erbaut wurde. Als weitere Projekte können nicht nur die hochbedürftigen Baudenkmäler der Erzdiözese, z.B. die Lichtentaler Pfarrkirche oder die Malteserkirche oder das Innere von St. Peter, sondern auch einer der ersten Stahlbeton-Skelettbauten in Europa, die Tribüne 1 des Wiener Trabrennvereins, genannt werden, deren Renovierung in der nächsten Zeit ansteht. Die Instandsetzung eines weiteren, prominenten Bauwerks, nämlich des Palais Schwarzenberg wird eine zusätzliche Maßnahme zur Erhaltung des Stadtbildes am Ausgang des Schwarzenbergplatzes darstellen.

14.) Stadtarchäologie

A) Ausgrabungen

Wien 1, Judenplatz: Es wurden die für die Einrichtung des unterirdischen Schauraumes erforderlichen Ausgrabungsmaßnahmen getroffen (Absenken der Bima, Abnahme der Fliesenböden usw.) und die Aufarbeitung für die wissenschaftliche Publikation der Ausgrabungsergebnisse begonnen.

Wien 1, Annagasse, (Errichtung einer unterirdischen Garage): Ausgrabung des Innenhofes, Entdeckung der mittelalterlichen Erstbebauung.

Wien 3, Aspanggründe, (Ausbau der S7): Beginn großflächiger archäologischer Untersuchungen im Bereich der römischen Zivilstadt. Entdeckung eines römischen Verteidungsgrabens.

Wien 3, Hafengasse, Tiefbauvorhaben. Entdeckung von Siedlungsresten der römischen Zivilstadt.

Wien 10, Unterlaa: Fortführung der Ausgrabungen auf dem Ackergrundstück Sandbichler und weitere Freilegung von Überresten des römischen Gutshofes. Geomagnetische Prospektion auf den Ackerflächen südlich des Kirsteweges lassen eine römische Verbauung erkennen.

Wien 11, Ausbau des Schlosses Kaiserebersdorf. Weiterführung der Bauforschungen im Schloss, Identifizierung von mittelalterlichen Bauteilen.

B) Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr ist der erste Band der künftig jährlich erscheinenden Jahresberichte der Stadtarchäologie („Fundort Wien, hg. von der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie") erschienen. Die Reihe ist im Buchhandel erhältlich. Daneben erschienen 5 Folgen der Informationsschrift „Lorbeer" für die freiwilligen Mitarbeiter der „Initiative Seniorarchäologie". An der VHS Meidlung wurden 27 Schulungsvorträge für die Mitarbeiter gehalten, die von rund 350 Hörern besucht wurden. In Zusammenarbeit mit dem Verein Kulturarche, dem Stadtschulrat für Wien, der VHS Meidling und der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie wurde die Initiative „Spurensuche" ins Leben gerufen, die sich an 8 - 18-Jährige wendet.

Tagungen

In Zusammenarbeit mit der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie und der MA 14 wurde der 3. Workshop „Archäologie und Computer" abgehalten (erstmals zweitägig, 102 Teilnehmer aus 5 Nationen, 19 Vortragende). Am 22. Oktober wurde die Tagung „Archäologie im Grenzgebiet" abgehalten, an der 45 Fachleute aus vier Staaten teilnahmen.

EDV

Für den von der unter Federführung der MA 19 im Ausbau befindlichen Kulturgüterkataster wurden die Bezirke 1 und 11 (teilweise) digitalisiert. Von der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie erhielt die Geschäftsgruppe Kultur - Stadtarchäologie zur Digitalisierung der archäologischen Funde eine Spende von fünf Hochleistungscomputern mit den einschlägigen AutoCAD Zeichenprogrammen.

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Angesichts der seit Jahren prekären räumlichen Situation des Archivs wurde im November 1997 auf Antrag des Gemeinderats eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Lösungsmöglichkeiten beraten sollte. Die Diskussion konzentrierte sich sehr bald auf Überlegungen, im „Gasometer D" in Simmering, dessen Neugestaltung von Professor Wilhelm Holzbauer geplant wurde, ein Archivbauwerk zu errichten. Nach eingehender Prüfung der Voraussetzungen und der technischen Erfordernisse konnte auch die Frage der Finanzierung gelöst werden. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 1998 wurde das Projekt genehmigt. Mit dem Abschluss der Bauarbeiten ist im Jahr 2001 zu rechnen.

Stadt- und landesarchivalische Bestände

Die umfangreichsten Neuzugänge archivreifer magistratischer Registraturbestände kamen im Berichtszeitraum von der Magistratsdirektion und ihren Gruppen (Büro des Magistratsdirektors, Stadtbaudirektion, Verfassungs- und Rechtsmittelbüro), von der ehemaligen Geschäftsgruppe Verkehr und Energie (Stadtrat Hatzl), von der Geschäftsgruppe für Jugend, Soziales, Information und Sport, weiters von den Magistratsabteilungen 5, 7 (umfangreiche Bestände des sogenannten „KlangBogens"), 17 (Karteien der ehemaligen MA 50), 42, 53, ferner von den Magistratischen Bezirksämtern für den 13./14. und 23. Bezirk. Weitere Neuzugänge stammen von den Magistratsabteilungen 15, 29, 31 und 60.

Die Neuübernahmen wurden geordnet, sorgfältig gesichtet und zum größten Teil archiviert, das heißt von Faszikeln in Archivschachteln umgelegt, signiert und aufgestellt bzw. in bestehende Archivbestände eingereiht. Mit dieser Aufarbeitung und Erschließung waren teilweise Skartierungen nach Bewertung des Bestandes und abschließend die Herstellung von detaillierten Bestandsverzeichnissen (Archivbehelfen) verbunden. Provisorische Aufnahmen wurden für spätere Archivierungen angelegt.

Das Hauptgewicht dieser archivgemäßen Bearbeitung der magistratischen Registraturbestände lag bei folgenden Dienststellen: Magistratsdirektion (neueste Registraturübernahmen im Zwischenarchiv), Baudirektion (im Archiv getrennt aufgestellt), MA 2 (Neubearbeitung und Aufnahme der Personalakten 1. Reihe), MA 62 (Neuordnung, Überarbeitung und computermäßige Erfassung der VE-AV-Akten und Einzelaufnahme der Akten der Öffentlichen Verwaltungen in Handel, Gewerbe und Industrie), MA 29 (Wienflussregulierung, Brücken), MA 35 (Vergnügungsstätten), Allgemeines Krankenhaus (Direktionsakten), Wilhelminenspital (Direktionsakten), MA 7 (KlangBogen) und MA 5 (Einzelaufnahme der Geschäftsbücher).

Hervorgehoben seien noch die archivischen Aufarbeitungen nachfolgender Registraturen: MA 5, 42, 51, 53, 63, Mixta der MD-VO und MBA 4/5, 20, 23.

Bei den Beständen der MA 42 und 51 wurden nach Bewertungen Skartierungen vorgenommen.

Im Referat Gerichtsbestände nach 1850 wurden Pflegschaftsakten des Bezirksgerichts Floridsdorf 1945 - 1965, Testamente des Bezirksgerichts Hietzing 1882 - 1965 sowie eine Auswahl an Aktenbeständen des Arbeits- und Sozialgerichts 1947 - 1987 übernommen. Die Übernahme der Strafakten des Landesgerichts 1944 - 1945 ist in Vorbereitung. Bereits im Archiv befinden sich die historisch wertvollen Akten des Sondergerichts, das 1939 - 1945 beim Landesgericht für Strafsachen eingerichtet war.

Mit 6.513 Bearbeitungen erreichte das Meldearchiv den zweithöchsten Stand seit 1990. Den Hauptanteil bildete wiederum die Unterstützung der Opfer des NS-Regimes, darunter 2.651 Meldebestätigungen an den Nationalfonds der Republik Österreich, 654 an den Suchdienst Arolsen zugunsten von Zwangsarbeitern, 298 an diverse Pensionsversicherungsanstalten, vor allem an die PVA der Angestellten, 170 an den Suchdienst des Roten Kreuzes, 134 an die Conference on Jewish material claims against Germany, 105 an die MA 61 zur Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft von Emigranten und 81 an die MA 12 zum Vollzug des Opferfürsorgegesetzes.

Mit 833 wissenschaftlichen Anfragen, die sich größtenteils ebenfalls auf die NS-Zeit beziehen, wurden um 61 Prozent mehr als im Vorjahr beantwortet, die privaten Anfragen (453) sowie die Erhebungen in Erbschaftsangelegenheiten (459) erfuhren gegenüber dem Vorjahr ebenfalls Steigerungen von 22 Prozent bzw. 35 Prozent. Der Rest der Bearbeitungen verteilt sich auf 521 Auskünfte für die MA 43 in Friedhofsangelegenheiten, sowie 154 in sonstigen Amtshilfeverfahren, darunter Meldebestätigungen für das Kuratorium Wiener Pensionistenheime.

Im Referat Bestände von staatlichen und privaten Institutionen erfolgten laufend Übernahmen in den Bestand Stiftungen von der MA 62, die mittels Computer erfasst wurden. Aufgrund der Übersiedlung des Stadtschulrates wurden die bereits vor zwei Jahren dem Archiv zur Verwahrung angebotenen, umfangreichen Bestände des Stadtschulrates (Personalakten bis 1945 usw.) übernommen, ebenso Bestände des Stadtschulrates, die in der Volksschule Pfeilgasse 42 b gelagert waren. Die Bestände wurden in der Neustiftgasse aufgestellt, sind jedoch bis zur Aufnahme gesperrt.

Die durch die Rückgliederung der Randgemeinden seit 1954 nicht mehr in den Kompetenzbereich des Archivs gehörenden Grundbücher und Bestände der Patrimonialen Verwaltung und Justiz konnten dem Niederösterreichischen Landesarchiv übergeben werden, nachdem dort durch den Neubau in St. Pölten endlich die räumlichen Voraussetzungen für deren Archivierung vorhanden sind.

Sammlungen

Im Bereich der Zentralen Archivsammlungen wurden die Neuordnung und EDV-Erfassung der landesfürstlichen Patente fortgesetzt; die Archivbestände wurden nach Patenten des 16. Jahrhunderts durchforscht, die Aufnahme der Patente des 17. und 18. Jahrhunderts wurde weitergeführt. Der Bestand „Persönlichkeiten" wurde neu eingeschachtelt und aufgestellt. Mehrere Nachlässe wurden neu geordnet und datenbankmäßig verzeichnet, daneben wurden weitere Ordnungsarbeiten fortgeführt und verschiedene neu übernommene Dokumente, Handschriften, Urkunden und Akten eingereiht. Unter den Neuerwerbungen ist besonders ein Konvolut von prachtvoll ausgeführten Dokumenten zum Leben des Architekten Friedrich von Schmidt hervorzuheben.

In der Kartografischen Sammlung fanden die Bereitstellung von Mikrofilmen sowie die laufenden Ordnungsarbeiten ihre Fortsetzung. Neben anderen Neuerwerbungen wurden wieder zahlreiche Blätter der „Stadt- bzw. Mehrzweckkarte" von der MA 21 B und der MA 41 übernommen, der Bestand an amtlichen Kartenwerken und historischen Atlanten wurde fortgeführt. Für einen in Japan herausgegebenen Atlas „Die Historischen Stadtpläne von Wien vom 15. bis 19. Jh." waren zahlreiche Reproduktionen, für die von 1998 bis 2001 auf mehreren Stationen in Asien, Amerika und Europa gezeigte Ausstellung „At the End of the Century: One hundred Years of Architecture" des Museum of Contemporary Art, Los Angeles, wichtige Leihgaben bereitzustellen.

Die laufende Inventarisierung der Fotosammlung mittels Access-Datenbank und die Bestandsüberprüfung mit gleichzeitiger Umstellung auf Pergaminkuvertierung wurde fortgesetzt. Für eine künftige magistratsweite Fotodatenbank wurden umfangreiche Vorarbeiten geleistet sowie mit dem Einscannen und der Eingabe bzw. Beschlagwortung von Fotos begonnen.

Die Topografische Dokumentation wurde durch laufende Einarbeitung von Literatur und Zeitungsberichten aktualisiert, die objektbezogene Erfassung von Baukonsensen aus dem Bestand Unterkammeramt konnte für den 8. Bezirk abgeschlossen und für den 9. Bezirk begonnen werden. Daneben wurde die datenbankmäßige Erfassung der Baukonsensbücher in Angriff genommen. Die Schlagwortdatenbank wurde laufend erweitert.In gleicher Weise wurde die Biografische Dokumentation durch ständiges Einarbeiten von Literatur und Zeitungsberichten er-

weitert, die Karteien der Ehrungen und der Ehrengräber wurden evident gehalten. Der Aufbau der Datenbank wurde fortgesetzt, eine Revision der biografischen Akten weitergeführt.

Im Zuge von Spenden seitens der Bevölkerung hat die Historische Kommission verschiedene zeitgeschichtliche Fotos, Dokumente, Erlebnisberichte usw. erhalten. Die Aufnahme und Beschlagwortung wurde fortgesetzt.

Öffentlichkeitsarbeit

Wie jedes Jahr vollzog sich auch 1998 der größte Teil der Serviceleistung des Archivs der Öffentlichkeit gegenüber im archiveigenen Benützerraum. In diesem Jahr besuchten 5.670 Besucher (Mehrfachbesuche mitgerechnet) den Benützerraum, im selben Zeitraum wurden 1.851 telefonische Anfragen registriert. Im Hinblick auf den Gegenstand der Recherchen standen auch dieses Jahr die wissenschaftlichen Forschungen an vorderster Stelle, gefolgt von Familienforschung und Rechtshilfen.

Die Zahl der Archivbenützungen belief sich auf 2.116. Ein- bis zehnmal suchten 1.633 Besucher den Benützerraum auf, das sind 77,17 Prozent, 71 Besucher zehn- bis zwanzigmal, das sind 3,36 Prozent, 11 Besucher kamen zwanzig- bis dreißigmal (0,52 %), 16 Besucher fre-quentierten den Benützerraum dreißigmal und darüber (0,76 %). Mehrheitlich stammten die Archivbenützer aus Wien (1.179 oder 71,98 %), aus anderen österreichischen Bundesländern besuchten 247 Besucher (15,08 %) das Archiv, aus dem Ausland stammten 189 Besucher (11,54 %). Während des Berichtszeitraumes suchten 23 aus anderen Magistratsabteilungen stammende MitarbeiterInnen (1,40 %) den Benützerraum auf.

Im Jahr 1998 mussten wieder für den Benützerraum eine große Menge an Archivalien zu Forschungszwecken ausgehoben werden. Diese verteilen sich zu 37,74 Prozent auf landesarchivalische Bestände, zu 26,20 Prozent auf stadtarchivalische Bestände und zu 36,06 Prozent auf Sammlungsbestände sowie auf die Archivbibliothek. Infolge der Tatsache, dass das Archiv nach wie vor auf nicht weniger als 11 Standorte (Rathaus und Außenstellen) aufgeteilt ist, stellt der Archivalientransport nicht nur ein großes Problem in Hinsicht der konservatorischen Sicherheit der Archivalien dar, er beansprucht auch viel Zeit und Arbeitskapazität. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1.893 Transporte durchgeführt, wobei 908 (47,97 %) die im Rathaus selbst gelegenen Depots und 985 (52,03 %) die außerhalb des Rathauses gelegenen betrafen.

Die Medienkontakte des Archivs verliefen, wie schon in den letzten Jahren, sehr zufrieden stellend. Auch 1998 erschienen zahlreiche Berichte in Radio und Fernsehen, aber auch in den Printmedien über die im Berichtszeitraum präsentierten Ausstellungen des Archivs. Zu Einzelthemen wurden Mitarbeiter des Archivs (meist in ihrer Funktion als Gestalter von Ausstellungen) zu Interviews in Radio und Fernsehen herangezogen. Die jeweils drei pro Jahr vom Archiv präsentierten Kleinausstellungen wurden auch 1998 in den vor den Räumlichkeiten des Archivs angebrachten beleuchteten Vitrinen, ergänzt durch sechs ebenfalls beleuchtete Stellwände, gezeigt. Die Themen der im Berichtszeitraum gezeigten Ausstellungen waren: „Hunde in Wien - Geschichte des Tieres in der Großstadt", „Engarde, Parade, Touché - Die Entwicklung des Wiener Fechtsports" und „Das europäische Städtenetz. Der Österreichische Städteatlas als Beitrag zu einem europäischen Projekt". Die Ausstellung über den Fechtsport wurde von einem außerhalb der Abteilung im Magistrat der Stadt Wien bediensteten Mitarbeiter (Dr. Michael Wenusch) gestaltet. Die Schau wurde in Zusammenarbeit mit einigen Fechtsportorganisationen gestaltet. Im Herbst 1998 besuchte Vizebürgermeisterin Grete Laska die Ausstellung und wurde dabei von Vertretern von Fechtverbänden und jungen Fechtsportlern begrüßt.

Die Zahl der Führungen durch die archiveigenen Ausstellungen für Wiener Schulklassen lag im Berichtszeitraum unter der der letzten Jahre, die Zahl der Archivpräsentationen für Schulklassen, Studenten, private Gruppen usw. bewegte sich im Rahmen der in den letzten Jahren festgestellten Frequenz.

Auch im Berichtszeitraum leistete die Archivwerkstätte wieder wertvolle Hilfestellungen bei den Ausstellungsgestaltungen. Daneben wurden die laufenden Restaurierungsarbeiten an Urkunden, Plänen, Grundbüchern usw. weitergeführt. 1998 wurden 89 Bücher gebunden, daneben wurden 208 Restaurierungsarbeiten (Restaurierungen von Urkunden, Plänen, Grundbüchern, Schematismen, Aufkaschieren von Bildern, Einfärben von Ausstellungsobjekten u.ä.) an einzelnen Objekten durchgeführt.

Organisation und Zwischenarchiv

Zur Unterstützung der Planungen für den Archivneubau sowie zur Vorbereitung der Übersiedlung wurde eine detaillierte Mengen- und Standorterhebung der Archivbestände durchgeführt. Für diesen Zweck war die Archivdatenbank entsprechend zu adaptieren. Bei der Beschaffung von Archivgutschachteln wurde ein Modellwechsel vollzogen. Erstmals hat ein neues, unter Mitwirkung des Steiermärkischen Landesarchivs entstandenes, alterungsbeständiges und kostengünstigeres Produkt Verwendung gefunden.

Die Ausstattung mit EDV-Geräten wurde wiederum verbessert, wobei die letzten vorhandenen Terminals durch Personalcomputer ersetzt wurden. Mit der Kartographischen Sammlung in der Buchfeldgasse konnte eine weitere Außenstelle an das PC-Netz angeschlossen werden. Die magistratsweite Bilddatenbank, an deren Konzeption und Aufbau das Archiv intensiv mitgewirkt hat, ging Mitte des Jahres aus Anlass der EU-Präsidentschaft zunächst mit Bildmaterial des Presse- und Informationsdienstes in Betrieb.

Die durch die Rückgliederung der Randgemeinden seit 1954 nicht mehr in den Kompetenzbereich des Archivs

gehörenden Grundbücher und Bestände der Patrimonialen Verwaltung und Justiz konnten dem Niederösterreichischen Landesarchiv übergeben werden, nachdem dort durch den Neubau in St. Pölten endlich die räumlichen Voraussetzungen dafür vorhanden waren.

Archivbibliothek

Im Oktober des Jahres 1998 wurde das Bibliotheksprogramm DABIS installiert; die Einschulung für die Bibliotheksbediensteten erfolgte im November.

Im Hinblick auf die angekündigte bevorstehende Übersiedlung in das neue Archivgebäude wurde im Sommer d.J. mit der Überprüfung des Dachbodenbestandes begonnen, und es wurden bereits Einreihungen in den Bibliotheksbestand bzw. Skartierungen vorgenommen. Eine Fortsetzung dieser Arbeit ist für Sommer 1999 vorgesehen.

1998 wurden in der Bibliothek 1.815 Eingänge registriert, wovon 690 auf Geschenke, 296 auf Tausch und 829 auf Kauf fielen. Mit Jahresende belief sich der Gesamtbestand der Bibliothek auf 94.061 Bände.

Im Bereich der Bibliographie zur Geschichte der Stadt Wien erfolgte die Weiterführung des Generalindex zu den Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. Zudem wurde mit der Aufnahme der Bezirksmuseumsblätter für eine bibliographische Zusammenstellung begonnen.

Dokumentation

Im Referat Landtags- und Gemeinderatsindex wurde das Register für die Funktionsperiode 1991 - 1996 abgeschlossen, sodass die Drucklegung des zweibändigen Werkes erfolgen konnte. Neben der Erschließung der darauf folgenden Periode standen Arbeiten im Zusammenhang mit der Umstellung der EDV-Unterstützung im Mittelpunkt, um das Register über Intranet und Internet zugänglich zu machen. Im Referat Parteien, Verbände und Initiativgruppen wurden laufend Publikationen, Periodika, Plakate usw. von politischen Parteien, Verbänden und neuen sozialen Bewegungen gesammelt, inhaltlich erschlossen und damit für die Interessenten zugänglich gemacht.

Historische Atlanten

Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungsarbeiten für die 6. Lieferung des Historischen Atlas von Wien fortgesetzt und teilweise abgeschlossen. Der Druck der vier Straßenbahnkarten wurde vorgezogen, um sie in einer eigenen Mappe „Wiener Straßenbahnnetz 1865 - 1945" publizieren zu können, die die „Wiener Linien" zu Werbezwecken verwenden werden. Die Publikation der gesamten 6. Lieferung erfolgt im Frühjahr 1999.

Die Arbeiten an der 6. Lieferung des Österreichischen Städteatlas, die die Städte Bad Aussee, Baden, Feldkirch, Laa/ Thaya und Schwaz umfassen wird, wurden fortgesetzt.

Kanzlei

In der Kanzlei wurden 1.292 Schriftstücke protokolliert, 11.490 Poststücke ausgefertigt und versendet sowie 392 Rechnungen bearbeitet. Außerdem langten 1.860 Aktenanforderungen ein, und schließlich mussten 863 Verträge bzw. 444 Schuldscheine der Stadt Wien computerunterstützt erfasst und indiziert werden.

Im übrigen wurden in der Kanzlei auch die Sekretariatsangelegenheiten der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien abgewickelt. Von den 289 eingereichten Projekten wurden 138 mit insgesamt S 8,174.000 gefördert.

Abschließend wird bemerkt, dass die Abteilung im Rahmen der umfassenden Organisationsanalyse des Magistrats der Stadt Wien von Jänner bis Ende Juli durch die Fa. Arthur D. Little untersucht wurde. In diesem Zusammenhang erfuhren die Arbeiten im Archiv eine starke zusätzliche Belastung, da umfangreiche Erhebungen durch die MitarbeiterInnen des Archivs erforderlich waren.

Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Das Jahr 1998 stand ganz im Zeichen der Weiterführung jener Maßnahmen, die der Bedeutung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, der drittgrößten geisteswissenschaftlichen Bibliothek Wiens, auch in der Zeit des sprunghaft zunehmenden Einsatzes elektronischer Medien gerecht werden. Ohne das Schlagwort von der „virtuellen" oder der „digitalen Bibliothek" modisch in den Vordergrund zu stellen, wurden gezielt Schritte unternommen, die neuen Kommunikationstechniken für die tägliche Arbeit und für die Verbesserung des Zuganges zur Bibliothek zu nützen. Die wichtigsten Vorhaben des Jahres 1998, auf die unten näher eingegangen wird, waren dabei der Einsatz eines völlig erneuerten und optimale Suchmöglichkeiten bietenden Internet-Kataloges, die Entwicklung einer Buchreservierung per e-mail, die Integration der digitalisierten Zettelkataloge in die Internet-

Kataloge der Bibliothek, die Entwicklung einer neuen Homepage und der Versuch, an einem Pionierprojekt zur Digitalisierung von Beständen der Bibliothek - der Sammlung der Flugschriften zur Revolution 1848 - die Probleme und Möglichkeiten dieser Verfahren zu analysieren. Dass dies personal- und kostenintensiv ist und eine Reihe von konzeptionellen wie auch technischen Problemen aufwirft, sei als Selbstverständlichkeit angemerkt.

Die drückende Raumnot in allen Sammlungen der Bibliothek konnte 1998 nicht gelindert werden. Es existiert ein weitgehend akzeptiertes Projekt für ein neues Bücher-, Handschriften- und Plakatdepot, Detailplanung und Finanzierung stehen jedoch noch aus.

Vertreter der Bibliothek haben an mehreren Tagungen im In- und Ausland teilgenommen, darunter an der Tagung „Bibliotheken und Verlage als Träger der Informationsgesellschaft" (Bielefeld), an einem Arbeitstreffen der österreichischen Literaturarchive (Innsbruck), der „Internationalen Tagung der Regionalbibliotheken aus Deutschland, Österreich und der Schweiz" (Bregenz), der Jahrestagung des Deutschen Bibliotheksverbandes „Bibliotheken: Tore zur Informationswelt" (Hamburg), am „Ungarischen Bibliothekartag", am Leitbildseminar für die österreichischen und deutschen Bibliotheksverbände (Reutlingen) sowie am „Österreichischen Bibliothekartag" (St. Pölten) und am „Deutschen Bibliothekartag" (Frankfurt).

Die Gestaltung von Ausstellungen, in denen die Bestände der Bibliothek einem größeren Publikum vorgestellt werden, erfordert große organisatorische Anstrengungen, da sie neben dem regulären Dienstbetrieb abgewickelt werden muss. 1998 wurden drei Ausstellungen gezeigt. Zur Ausstellung über die Geschäftskataloge im Wandel der Zeit, die bereits 1997 begonnen hatte, kam in der zweiten Jahreshälfte eine Ausstellung über „Karl Emil Franzos (1848-1904). Der Dichter Galiziens". Die Bibliothek verwahrt den Nachlass des in den letzten Jahren zaghaft wieder entdeckten Autors. Der Katalog zu dieser Ausstellung enthält auch eine Edition des Briefwechsels zwischen Marie Ebner von Eschenbach und Karl Emil Franzos. In der Volkshalle zeigte die Bibliothek in Zusammenarbeit mit der Transmedialen Gesellschaft Daedalus aus den eigenen Beständen die äußerst gut besuchte und sehr attraktive Ausstellung „Aus dem entschwundenen lieben alten Wien. Der Wasserfarbenmaler Karl Blaschke". Die von Karl Blaschke angelegte Sammlung enthält Abbildungen von Gebäuden in Wien, die dem Bauboom in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Opfer fielen. Die Abteilung veröffentlichte zum Ausstellungsbuch von Daedalus, das zahlreiche interessante Abbildungen enthält, einen Materialienband mit einem detaillierten Verzeichnis der Sammlung Blaschke.

Die gewichtigste Publikation war eine Veröffentlichung über die Handschriften der alten Stadtbibliothek, die sich heute in der Österreichischen Nationalbibliothek befinden. In diesem Zusammenhang konnte der Autor die gesamte Frühgeschichte der Stadtbibliothek bis 1780 aus den Quellen neu beschreiben. Neben den Publikationen zu den von der Bibliothek veranstalteten Ausstellungen wurde der Bibliotheksführer in einer dritten überarbeiteten Auflage vorgelegt.

Für eine Reihe von Ausstellungen im In- und Ausland wurden wieder Leihgaben aus den Beständen der Bibliothek zur Verfügung gestellt. 1998 waren dies die Ausstellungen "150 Jahre Die Presse", „Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr", „1848 - das tolle Jahr. Chronologie einer Revolution" (Historisches Museum der Stadt Wien), „Giacomo Meyerbeer. Komponist - Jude - Europäer" (Österreichisches Theatermuseum), „Land der Hämmer-Eisenwurzen" (Oberösterreichische Landesausstellung), „G. W. Pabst" (Österreichisches Filmarchiv) „Die fatale Revolution 1848" (Jüdisches Museum der Stadt Wien), „Natur Mensch Medizin" (Halbenrain, Steiermark), „Über die Berge" (Niederösterreichisches Landesmuseum), „aufmüpfig & angepasst. Frauenleben in Österreich" (NÖ Landesausstellung in Kirchstetten), „Feuerwehr gestern und heute" (Burgenländische Landesausstellung in Halbturn) und „100. Geburtstag von Hanns Eisler" (Berlin, Wien).

In der Druckschriftensammlung machten die Vereinfachung der Benützung und die Erschließung der Bestände mittels EDV große Fortschritte. Ende des Jahres konnte der Katalog der Bibliothek im Internet in einer völlig erneuerten Form über Wien-online angeboten werden. Der Katalog bietet, verglichen mit anderen ähnlichen Katalogen in den deutschsprachigen Ländern, hervorragende Suchmöglichkeiten und kann als Vorzeigeprodukt der österreichischen Softwareentwicklung bezeichnet werden. Die technischen Vorbereitungen für eine Buchreservierung per e-mail, die von diesem Katalog aus eine äußerst bequeme Bestellmöglichkeit über Internet bietet, wurden abgeschlossen. Sie wird ab Jänner 1999 über den Internet-Dienst Wien-intern und nach einer Umstellungsphase auch über Wien-Online zugänglich sein. Für die Homepage der Bibliothek wurde ein Internet-Informationssystem entwickelt, in dem neben den üblichen Informationen auch die digitalisierten Ausstellungskataloge der Bibliothek und biografische Informationen über bedeutende Wienerinnen und Wiener der Vergangenheit angeboten werden. Die Konversion und Integration neuer Dokumente für das Internet-Informationssystem wurde in einem hohen Ausmaß automatisiert. Auch diese Homepage befindet sich in der Testphase in Wien-intern.

Als Zugangspunkt im Internet für regionale Bibliotheken wurde ein virtueller Katalog von vier Landesbibliotheken (Wien, Niederösterreich, Steiermark, Südtirol) unter der Ägide der Wiener Stadt- und Landesbibliothek vorbereitet. Er wurde unter der Internetadresse www.landesbibliotheken.at im Februar 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt. Da in allen Landesbibliotheken Aktivitäten zur retrospektiven EDV-Erfassung ihrer Bestände gesetzt werden, ist dies der einzige österreichische Internetkatalog, über den historische Bestände mehrerer Bibliotheken recherchiert werden können.

Die große Sammlung von Flugschriften zur Revolution 1848 wurde katalogisiert und neu geordnet, um den zahlreichen Projekten zum 150. Jahrestag der Revolution optimale Arbeitsbedingungen bieten zu können. Der Katalog ist seit Ende des Jahres im Internet verfügbar, es ist geplant, im Rahmen eines Pionierprojektes alle Flugschriften zu

Im Zuge des Projektes „Verlorene Nachbarschaft" wurde in der Neudeggergasse (Wien 8) die Fassade der in der Reichskristallnacht 1938 zerstörten Synagoge nachgebildet. Foto: Votava / PID

Der Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Dr. Sepp Rieder besuchte das neuerrichtete Schnittbild- und Strahlentherapiezentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital, welches zur Diagnose und Behandlung von Krebserkrankungen dient.

Foto: Votava / PID

Im Gottfried von Preyer'schen Kinderspital wurde der 1. Wiener Kinder-Unfallverhütungskurs abgehalten.

Foto: Votava / PID

digitalisieren und ebenfalls über Internet zugänglich zu machen. Berücksichtigt werden dabei internationale Standards für die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen, deren Entwicklung jetzt zu einem gewissen Abschluss gelangt ist. Eine Zusammenarbeit mit der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main soll zu einem integrierten Informationssystem über die Revolutionen im Jahr 1848 in Europa führen.

Die retrospektive EDV-Erfassung, also die Einarbeitung des im alphabetischen Zettelkatalog verzeichneten Buchbestandes in den EDV-Katalog, wurde bis zum Buchstaben N weitergeführt. Ende des Jahres waren bereits 170.000 Titel dieses Bestandes online abrufbar. Der Datenbestand des Druckschriftenkataloges insgesamt umfasste Ende des Jahres rund 248.000 Datensätze.

Der Zuwachs aus Pflichtexemplaren nach dem Mediengesetz und aus Ankäufen betrug 9.069 Bände. Unter den erworbenen Büchern ist besonders der 20-bändige Brockhaus in der Gestaltung von André Heller hervorzuheben. Aus dem Antiquariat wurden wertvolle Bände zur Ergänzung der Hauptsammelgebiete der Bibliothek erworben, darunter ein seltener Reprint des Buches der Chroniken und Geschichten von Hartmann Schedel, ein Abraham a Sancta Clara zugeschriebenes Werk von 1713 und ein reich illustriertes Werk über die Zäumung von Pferden des Gundagger Liechtenstein (1625).

Im Katalogzimmer der Druckschriftensammlung stehen den Lesern drei PCs mit Internetanschluss zur Verfügung. Sie zählen zu den am meisten benützten öffentlich zugänglichen Internet-PCs der Stadt Wien. Für die Benützung im Lesesaal wurden 1998 etwa 15.000 Bände bereitgestellt, die rund 119.000-mal benützt wurden.

Ein von Studenten, wissenschaftlichen Lesern und Medienvertretern sehr häufig herangezogenes Auskunftsmittel ist der Zeitungsindex, der Wiener Ereignisse, die in den Tageszeitungen seit 1900 aufscheinen, verzettelt. Der gescannte Katalog des Zeitungsindex mit rund 300.000 Eintragungen wurde mit einer OCR-Prozedur von Bilddateien in computerlesbare Dateien umgewandelt. Diese Dateien werden im kommenden Jahr korrigiert werden und sukzessive der Öffentlichkeit über Internet zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1998 wurde der Zeitungsindex um 4.000 Eintragungen erweitert.

Für die Handschriftensammlung war 1998 ein besonders wichtiges Jahr was Qualität, aber auch Quantität der Erwerbungen betraf. Mit den letzten großen noch in Privatbesitz befindlichen Teilnachlässen von Max Reinhardt und Karl Kraus wurde ein für die Stadt Wien besonders wertvolles Kulturgut gesichert, das nach provisorischer Aufarbeitung bereits 1999 für die wissenschaftliche Öffentlichkeit bereitgestellt werden kann. Der Nachlass des großen Theaterregisseurs Reinhardt stammt größtenteils aus dem ehemaligen Besitz seiner Gattin Helene Thimig-Reinhardt und enthält zahlreiche Manuskripte und Briefe Reinhardts zum Theater sowie Korrespondenzen bedeutender Persönlichkeiten aus dem Theaterleben. Der etwa 2.000 Blatt umfassende Bestand an Autographen von Materialien zu Karl Kraus (darunter die Manuskripte seiner Bearbeitung von Offenbachs „Perichole" und Shakespeares „Macbeth", Artikel und Korrekturfahnen für die „Fackel", aber auch zahlreiche zeitgenössische Fotografien von Kraus und seinem Umkreis) ist der größte geschlossene Bestand der jemals für das Karl-Kraus-Archiv der Bibliothek erworben werden konnte.

Außerdem konnte eine wichtige Ergänzung zum Nachlass von Felix Braun (Briefe, autographe Vorlesungen, Gedichte und Erzählungen sowie das Typoskript des Romans „Agnes Altkircher") und der letzte Teil (vor allem Korrespondenzen und werkbezogene Materialien) des Nachlasses von Max Mell angekauft werden, womit dieser nunmehr geschlossen in der Sammlung aufbewahrt wird. Von Interesse ist auch der literarische Nachlass der Schriftstellerin Joe Lederer mit Werkmanuskripten und Korrespondenzen, die durch persönliche Dokumente (darunter auch solche aus der Emigration) ergänzt werden.

Es wurden auch zahlreiche Einzelautographe erworben, die eine wertvolle Ergänzung der vorhandenen Bestände darstellen. Unter ihnen sind eine autographe Novelle von Franz Werfel und ein Postkartenalbum von Peter Altenberg besonders hervorzuheben; darüber hinaus spannt sich der Bogen von Franz Grillparzer, Ferdinand Kürnberger, Nikolaus Lenau und Marie von Ebner-Eschenbach bis zu Ilse Aichinger, Friedrich Achleitner, Joe Berger und Günther Brus. Erwähnenswert ist auch eine umfassende Dokumentation zu Leben und Werk Heimito von Doderers (Sammlung Herbert Ketzler).

Im Zuge der Neuaufstellung der Nachlassstücke in säurefreie Autographenmappen und Cahiers wurden 1998 4.081 Mappen revidiert, die Autographe in neue Mappen gelegt und diese neu beschriftet. Damit ist die Neuaufstellung der großformatigen Nachlassstücke (Lyrik, Prosa, dramatische Werke, Tagebücher, Dokumente usw.) zur Gänze abgeschlossen; bei den kleinformatigen Autographen wurden die Buchstaben N - Z bearbeitet. Seit Juni 1991 sind damit insgesamt 39.562 Mappen erneuert und deren Inhalt einer Revision unterzogen worden.

Die Planung und die technischen Vorkehrungen für den Zugang zu den digitalisierten Zettelkatalogen über Internet konnten 1998 abgeschlossen werden. Der Zugang zum Katalog der Handschriftensammlung wird bei zwei Veranstaltungen im April und im Mai 1999 präsentiert werden.

Mitarbeiter der Sammlung haben auch an Symposien und Kongressen (Österreich, Ungarn) teilgenommen.

Die Musiksammlung konnte auch 1998 ihrem Ruf als größte und bedeutendste Schubert- und Strauß-Sammlung gerecht werden. In London konnte Schuberts Fantasie für Klavier zu vier Händen D 1 ersteigert werden, im deutschen Antiquariatshandel wurden zwei Skizzenblätter zu den Operetten „Die Göttin der Vernunft" und „Jakuba" von Johann Strauß erworben. Von Carl Millöcker wurde eine Ballett-Polka nach Motiven seiner Operette „Die Musik des Teufels" angekauft. Eine bedeutende Erweiterung erfuhr die Sammlung von Musikdrucken durch die Be-

stände der Alt-Wiener Musikverlage Bösendorfer, Kratochwill und Bosworth mit etwa 130 Erstdrucken von Klavierausgaben und über 600 Verlagsabschriften von Partituren, Stimmenmaterial und Druckvorlagen, unter denen diejenigen zu Werken von Karl Komzák besonders hervorzuheben sind. Aus einem Nachlassteil des Librettisten Victor Léon sind vor allem die Neutextierungen zu Operetten von Johann Strauß und Emmerich Kálmán eine wichtige musikhistorische Quelle zur Erforschung der Wiener Operette.

Der Neuzugang in der Plakatsammlung betrug 1998 9.054 Plakate in insgesamt 17.148 Bogen.

Die neu erworbenen Plakate werden seit 1. Jänner 1996 in einem detaillierten Protokoll EDV-unterstützt einzeln erfasst. Plangemäß fortgesetzt werden konnte die Mikroverfilmung der Plakate, es wurden rund 9.000 Plakate in 17.100 Teilen verfilmt. Die fertigen Filme wurden geschnitten (rund 31.900 Fotos inklusive Dienstkatalog), in Filmkarten montiert und signiert. Zum Nachweis der Plakate dient eine einfache Computerdatei, in der die wichtigsten Daten zu jedem Plakat verzeichnet werden. 441 Signaturen der Sammlung Kriegswirtschaft (1914 - 1918) wurden ebenfalls in Form einer Datei erschlossen und damit jedes einzelne Plakat sofort auffindbar gemacht; insgesamt umfasst diese Datei nun rund 1.800 Objekte.

Zu dem fundamentalen Werk „Paimann's Filmlisten", das seit 1915 erschienen ist und zur Erschließung der Filmplakate und Filmprogramme unverzichtbar ist, wird seit Jahren ein Generalregister erstellt, das nun bis zum Jahr 1931 gediehen ist.

Im Jahr 1998 konnte das bereits im September 1996 begonnene Projekt, ab nun die Neuzugänge an Plakaten sofort in Form von Mikrodiapositiven in Farbe zu verfilmen, zügig weitergeführt werden, sodass es bei den Neuzugängen praktisch keine Rückstände gibt. Die Verfilmung des Altbestandes kann aber mangels Personal derzeit nicht weitergeführt werden.

Museen der Stadt Wien

Ausstellungen und Sonderaktionen

In der Hermesvilla wurde die Ausstellung „Kaiserin Elisabeth -‚Keine Thränen wird man weinen ...'" zum 100. Todesjahr der Kaiserin am 1. April (Dauer bis 16. Februar 1999) eröffnet. Der Untertitel der Schau bezieht sich auf den Anfang eines Gedichtes von Elisabeth. Die vielen Gedichte, die Elisabeth verfasste, wurden behutsam analysiert, interpretiert und inszeniert sowie die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge aufgezeigt, die als Voraussetzung für die Selbstinszenierungen der Kaiserin anzusehen sind. Begleitend zur Ausstellung standen Schauspiele, Lesungen, Musikdarbietungen und museumsdidaktische Aktionen am Programm. Gemeinsam mit Schloss Schönbrunn und der Hofburg, in denen ebenfalls Ausstellungen über Kaiserin Elisabeth stattfanden, wurden kombinierte Eintrittskarten für alle drei Ausstellungsorte aufgelegt.

Im Historischen Museum fanden die Ausstellungen „Peter Pongratz - soulpainting 1962 - 1997" vom 26. Februar bis 29. April, „Ein Stück Österreich. 150 Jahre ‚Die Presse'" vom 16. Mai bis 30. August mit zahlreichen Begleitveranstaltungen, „Bruno Kreisky -Seine Zeit und mehr. 1911-1970-1983-1990" in Kooperation mit der Stiftung Bruno Kreisky-Archiv vom 18. September bis 15. November, „1848 - das tolle Jahr. Chronologie einer Revolution" vom 24. September bis 29. November - zum Ausstellungskatalog erschien eine neu produzierte CD des Wiener Volksliedwerkes mit Revolutionsliedern - und „Arik Brauer 70" ab 10. Dezember (Dauer bis 17. Jänner 1999) anlässlich des 70. Geburtstages des Künstlers statt.

An das Wiedererwachen des Theaters in Wien nach dem 2. Weltkrieg und an einen großen Theatermann erinnerte die Ausstellung „Theater ‚Die Insel in der Komödie' - Direktion: Leon Epp" in der Otto-Wagner-Haltestelle Karlsplatz vom 3. April bis 28. Juni. Anschließend wurde dort die Ausstellung „Theodor Allesch-Alescha (1898 - 1991) - Ein Wiener Maler auf Reisen" vom 9. Juli bis 31. Oktober zur 100. Wiederkehr des Geburtstages des Künstlers gezeigt.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses war vom 3. bis 26. Juli die Exposition „Jerusalem. Gesehen, empfunden, fotografiert von Harry Weber" aus Anlass der 50. Wiederkehr der Gründung des Staates Israel zu sehen, die gemeinsam mit der Kulturabteilung der Stadt Wien veranstaltet wurde.

Im Ausland gastierte das Historische Museum mit der Schau „100 Zeichnungen österreichischer Künstler des 16. bis 20. Jahrhunderts aus dem Historischen Museum der Stadt Wien" vom 11. September bis 18. Oktober im Puschkin-Museum der Schönen Künste in Moskau, mit der Schau „Egon Schiele - 25 Arbeiten auf Papier aus dem Historischen Museum der Stadt Wien" vom 18. November bis 1. Dezember in der Österreichischen Botschaft Washington und mit der Schau „Die Wiener Ringstraße - ein Collier für die Kaiserstadt" ab 3. Dezember (Dauer bis 22. Jänner 1999) im Österreichischen Kulturinstitut Mailand.

Am 15. Juli wurde die Schausammlung zum 19. und 20. Jahrhundert im 2. Stockwerk des Historischen Museums nach Neuaufstellung wieder eröffnet. Besonderes Augenmerk bei der Neuaufstellung lag auf der Rekonstruktion des originalen Raumkonzepts von Oswald Haerdtl, dem Architekten des Hauses. Bereichert wurde die Prä-

sentation, die unter anderem Werke von Ferdinand Georg Waldmüller, Gustav Klimt, Egon Schiele und Rudolf Hausner zeigt, durch Kunstgewerbe, Möbel und Mode.

Die museumsdidaktischen Aktivitäten umfassten Spezialführungen mit „Mitmach-Programmen", Familienkonzerte, Lesungen, Spielprogramme sowie auf die jeweiligen Ausstellungsthemen bezogene Vorführungen. In der Ausstellung „Papierspiel & Bilderbogen aus Tokio und Wien 1780 - 1880" im Historischen Museum, die am 15. Februar endete, führten japanische Holzschnittmeister die Technik des japanischen Holzschnitts vor. In der Ausstellung „Kaiserin Elisabeth - ‚Keine Thränen wird man weinen ...'" in der Hermesvilla wurden an den monatlichen Familiensonntagen sowie im Rahmen der Ferienspiele unter dem Titel „Kaiserin Sisi und ihr Zauberschloss" unterschiedliche Programme, unter anderem griechischer Reigentanz und Modeschauen angeboten. Bei den Führungen durch die Hermesvilla begegneten die Kinder „Sisis" in originalgetreuen Kostümen. Anschließend konnten sie sich selbständig mit dem Museumdetektivbogen auf Spurensuche durch die Ausstellung begeben. Bei der Erlebnisstation „Musik, die Sisi gerne hörte" im ehemaligen Speisesalon der kaiserlichen Familie wurde Hackbrett und Knöpferlziehharmonika gespielt. Die typischen Sisi-Frisuren wurden im kaiserlichen Salon geflochten. Im Rahmen des Theaterworkshops konnten Kinder Szenen aus dem Lieblingsstück der Kaiserin, Shakespeares „Sommernachtstraum", in einem Schattentheater nachspielen. Für Lehrerinnen und Lehrer sowie Studierende der Pädagogischen Akademien fanden ganztägige Informationsveranstaltungen in der Schausammlung des Historischen Museums statt.

Ab 1. April wurden neue Öffnungszeiten in den Museen der Stadt Wien eingeführt. Das Historische Museum und die Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus" können nunmehr von 9 bis 18 Uhr (zuvor 16.30 Uhr) und die Hermesvilla vom 1. April bis 30. September von 10 bis 18 Uhr (zuvor 16.30 Uhr) und vom 1. Oktober bis 31. März von 9 bis 16.30 Uhr besucht werden.

Für die Sammlungen des Referats Zeitgeschichte wurden die Fotodokumentationen bedeutender Künstlerpersönlichkeiten fortgesetzt. Aus Anlass der Ausstellung „Ein Stück Österreich. 150 Jahre ‚Die Presse'" wurde eine eigene Fotoreportage über Journalisten der Tageszeitung „Die Presse" bei ihrer Arbeit angefertigt. Zur Erweiterung der topographischen Sammlungen wurde mit aktuellen Aufnahmen von Neubauten in Wien entlang der Donau begonnen. Anlässlich der Erschließung des Schicksals „arisierter" Kunstgegenstände wurde ein Arbeitsteam eingesetzt, das nach der Herkunft von Sammlungsobjekten forscht, die man in der NS-Zeit in die Museumsbestände aufnahm.

Statistik

Die Jahresgesamtzahl der Besucher der Museen der Stadt Wien betrug 584.248 Personen. Darunter entfielen 178.747 auf das Historische Museum, 97.020 auf die Hermesvilla, 79.592 auf die Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus" und 29.050 auf das Uhrenmuseum. Von den Fachbeamten wurden 918 Führungen abgehalten, darunter 374 im Historischen Museum, 321 im Uhrenmuseum und 169 in den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt. 381 Foto- und Reproduktionsansuchen wurden bearbeitet. Für eigene Ausstellungen führte man 127 Fotobestellungen aus.

Bauliche Maßnahmen, Einrichtungen

Mit der baulichen Ausführung des umfangreichen Projekts der Hofüberdachung, Hofunterkellerung, Bürotraktaufstockung und Neustrukturierung der Sicherheitseinrichtungen des Historischen Museums der Stadt Wien wurde im Oktober begonnen. Diese Maßnahmen sind im erhöhten Raumbedarf an Ausstellungs-, Arbeits- und Depotflächen durch laufende Sammlungszuwächse und die erforderliche Einrichtung verschiedener, einem zeitgemäßen Museumsbetrieb gerecht werdender Infrastrukturen begründet. Für die zuvor im Innenhof des Museums präsentierten Figurengruppen und Plastiken konnte ein neuer Aufstellungsort gefunden werden. Im Bereich eines neu geschaffenen Skulpturengartens sind die Objekte nunmehr in der Parkanlage vor der Westfront des Gebäudes zu sehen. Zur Erstevaluierung und Einrichtung von Präventivdiensten im Historischen Museum wurden durch externen Auftrag ein Arbeitsmediziner und eine Sicherheitsfachkraft herangezogen.

Im Zuge der Instandsetzung der Natursteinbalustraden und Stiegenabgänge des Terrassenbereichs der Hermesvilla wurde auch der dortige Brunnen „Knabe mit Krokodil" von Viktor Tilgner restauriert. Im Zentraldepotgebäude wurde die Instandsetzung der Fassaden mit der Fensterrenovierung an der Hofseite fortgesetzt. Das Uhrenmuseum und die Schubert-Gedenkstätte „Geburtshaus" erhielten neue Alarmanlagen.

Die Grundsteinlegung für das Projekt Judenplatz erfolgte am 29. September. Die baulichen Maßnahmen sehen neben der Aufstellung des Holocaust-Mahnmals von Rachel Whiteread die Integration der Ausgrabungen der mittelalterlichen Synagoge in einen musealen Bereich unter Ausbau des Erdgeschoßes und Kellergeschoßes des Misrachi-Hauses (Judenplatz 8) zu Schauräumen sowie eine komplette Neugestaltung der Oberfläche des Judenplatzes zu einer Fußgängerzone vor.

Das Fachreferat Museumsarchäologie arbeitete für das Projekt Judenplatz ein Konzept zur Präsentation der archäologischen Reste der so genannten Or-Sarua-Synagoge aus. Weiters wurden ein Konzept für das geplante Museum am Judenplatz erstellt, die Grabungsarbeiten an der Synagoge und die Umsetzung des Lessing-Denkmals überwacht und Vorarbeiten zur Einreichung eines EU-Projekts zur virtuellen Darstellung der Synagoge am Judenplatz ge-

leistet. Im September erfolgte eine gründliche Reinigung und Restaurierung des archäologischen Grabungsfeldes am Michaelerplatz.

Im Rahmen des Projekts Museumsquartier erfolgte die Baubeauftragung zur Errichtung einer Kunsthalle, Veranstaltungshalle und eines Architekturzentrums.

Im Jüdischen Museum wurden die Ausstellungen „Masse der Zeit" (29. 12. 1997 - 28. 1. 1998), „Israelische Landschaften - Bilder von Rachel Heller" (29. 12. 1997 - 28. 1. 1998), „Papier ist doch weiß" (30. 1. - 22. 3. 1998), „Die fatale Revolution 1848" (13. 3. - 3. 5. 1998), „Israel 1948 - 1998 Bamot" (3. 4. - 14 .6. 1998), „Egon Erwin Kisch" (14. 5. - 27. 9. 1998), „R.B.Kitaj - Ein Amerikaner in Europa" (25. 6. - 30. 8. 1998), „Der schejne Jid" (16. 9. 1998 - 24. 1. 1999), „Jüdische Scherenschnitte" (15. 10. - 30. 10. 1998) und „E.M.Lilien" (21. 10. 1998 - 10. 1. 1999) eingerichtet. Ab Mai steht der Öffentlichkeit die graphische Sammlung für Studienzwecke zur Verfügung. Gemeinsam mit dem ORF wurde die CD „Amber Trio Jerusalem" herausgebracht.

Unter den mehr als 60 Begleitveranstaltungen (Lesungen, Buchpräsentationen, Musikdarbietungen) sind besonders der 60. Jahrestag von „Mexikos Protest gegen den ‚Anschluss'" (18. 3. 1998), „Brennende Synagogen" - zum Gedenken an den Pogrom vom 9. 11. 1938 - Ausstellung in den Räumen von Esra, Wien 2, Tempelgasse 5a (10. 11. 1998 - 31. 1. 1999) und die Kulturwochen „Jüdische Kultur in Wien" (3. - 29. 11. 1998) gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung hervorzuheben.

Die Auslandsaktivitäten umfassten die Schau „Heute in Wien" in Los Angeles (22. 3. - 31. 8. 1998), Toronto (30. 4. - 14. 6. 1998) und Graz (28. 9. - 23. 10. 1998), „Wiens jüdische Geschichte in Hologrammen" in Budapest (24. 3. - 31. 8. 1998), „Egon Erwin Kisch" in Hamburg (9. 6. - 21. 6. 1998) und Hannover (1. 11. 1998 - 18. 1. 1999), „Zu Gast bei Beer-Hofmann" in Amsterdam (15. 10. 1998 - 17. 1. 1999) und „Wiener Einstellungen - Fotografien von Lisl Ponger in Berlin" (10. 11. - 22. 12. 1998).

Sammeltätigkeit

Zu den wertvollsten Ankäufen, die aus dem Kunsthandel erworben werden konnten, zählen das Ölgemälde „Die Wasserkunstbastei in Wien" von Johann Matthias Ranftl, 1830/40, sowie 420 Aquarelle und Zeichnungen aus dem Nachlass dieses Künstlers, das Aquarell „Der Ostbahnhof in Wien" von Rudolf von Alt, 2. Hälfte 19. Jahrhundert, das Manuskript zur Publikation „Moderne Architektur" von Otto Wagner, 1895, und ein Deckelpokal, Silber vergoldet, aus Wien um 1590 (Meisterzeichen CH). Im Dorotheum konnten das Ölgemälde „Jesus vor dem Hohen Priester und Pilatus, im Hintergrund die Stadt Jerusalem" eines Wiener Malers des 17. Jahrhunderts, eine „Freundschaftstasse" von Leopold Parmann, 1796, und ein Dekorteller von Josef Nigg, 1825, ersteigert werden. Aus Künstler- bzw. Künstlerfamilienbesitz wurden das Acrylbild „Märchenbuch" von Peter Pongratz, 1995, 32 Monotypien von Theobald Schmögner, 1950/60, sowie 20 Objekte (Vasen, Rauchutensilien, Buchstützen, Körbchen usw.) von Carl Auböck aus den Jahren 1920 bis 1950 erworben. Von privaten Sammlern gelangten das Ölgemälde „Die k.u.k. Porzellanmanufaktur in der Wiener Porzellangasse", um 1800 (Künstler unbekannt), und Objekte des 18. und 19. Jahrhunderts (Barockgitter, Hauszeichen und Glasmalerei) aus dem Nachlass der Firma Geyling in den Besitz des Historischen Museums. Bedeutende Zuwächse für die Sammlung des Uhrenmuseums bildeten sowohl der Ankauf einer Reiseuhr mit Lederetui der Firma Breguet, Paris, um 1815, aus dem Besitz des Herzogs von Reichstadt, und einer skelettierten Stutzuhr, signiert am Ziffernring und im Werk „Franz Denk in Wien", 1. Drittel 19. Jahrhundert, als auch drei mechanische Armbanduhren „Time Dimension" nach dem Entwurf des in Brasilien lebenden österreichischen Designers Hans Donner, 1998, die die Aschaffenburger Manufaktur Bernhard Lederer herstellte und dem Museum widmete.

Leihgebungen

An folgenden Ausstellungen und Veranstaltungen im In- und Ausland waren die Museen der Stadt Wien mit Leihgaben beteiligt:

„Der literarische Einfall" in der Kunsthalle Wien im Museumsquartier
„1848, l'Europe des images" im Palais Bourbon, Paris, in Prangins und in Nürnberg
„Dagobert Peche" im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, Wien
„1848. Von Katzen- und anderen Revolutionsmusiken" im Gebäude der Musikfreunde, Wien
„Die fatale Revolution" im Jüdischen Museum der Stadt Wien
„Austria im Rosennetz - Wunderkammer Österreich" im Palais des Beaux-Arts, Brüssel
„Über die Berge" in der Stadthalle, St. Pölten
„Mitten im Ort...Kirche und Spannberg 1198 - 1998" in der Pfarre Spannberg
„Des Kaisers Reiterei - Elisabeth und die kaiserliche Reitkunst" in Schlosshof
„Hundert Jahre Wiener Secession" in der Secession, Wien
„500 Jahre Hofmusikkapelle in Wien" in der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien
„Aufmüpfig - Angepasst. Frauenleben in Österreich" im Schloss Kirchstetten, Laa an der Thaya
„Land der Hämmer - Heimat Eisenwurzen" im Innerberger Stadl, Weyer
„Ritterburg und Fürstenschloss" in der Stadt und Diözese Passau
„Die Frauen der Habsburger" im Mitsukoshi-Museum, Tokyo und im Landesmuseum, Okayama

„Ironimus - Zeichnungen aus fünf Jahrzehnten“ in der Albertina, Wien
„Der Kaiser in seiner Stadt - Maximilian I. und der Reichstag zu Freiburg 1498 - 1998“ im Augustinermuseum, Freiburg
„Mit Sack und Pack“ im Österreichischen Museum für Volkskunde, Wien
„ständig - notwendig: Dinge zum Tragen. Form - Funktion -Zeichen“ im Österreichischen Museum für Volkskunde, Wien
„1848 Aufbruch zur Freiheit“ in der Schirn Kunsthalle, Frankfurt
„Barocke Altarmodelle“ in der Österreichischen Galerie, Wien
„work & culture - Arbeit und Freizeit“ im Oberösterreichischen Landesmuseum, Linz
„Kronprinz Rudolf“ in der Münze Österreich, Wien
„L´Expressionisme en Autriche 1905 - 1925“ im Musée d´Ixelles, Brüssel
„Ideal und Wirklichkeit - Das Bild des Körpers in der Kunst des 20. Jahrhunderts von Bonnard bis Warhol“ im Landesmuseum Rupertinum, Salzburg
„Fontane und die bildende Kunst“ in der Alten Nationalgalerie, Berlin
„Schloss und Park in alten Ansichten“ im Kultur- und Museumsverein, Laxenburg
„Giacomo Casanova“ im Museo di Ca´Rezzonico, Venedig
„Carl Moll“ in der Österreichischen Galerie, Wien
„Der schejne Jid. Das Bild des jüdischen Körpers in Mythos und Ritual“ im Jüdischen Museum der Stadt Wien
„100 Jahre Weihetag der Pfarre zum Hl. Laurentius und 100 Jahre Pfarre“ in der Pfarre Breitensee, Wien
„Juden in Wien um 1900. Zu Gast bei Richard Beer-Hofmann“ im Joods historisch museum, Amsterdam
„Heiliger Frühling“ in der Graphischen Sammlung Albertina, Wien
„Karl Emil Franzos“ in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek
Präsentation des Domes zu St. Stephan in der Leipziger Messe
„Enthüllt - Aktkunst von Frauen“ im Frauenbad, Baden
„Wiener Werkstätte“ im Museum Het Palais, Den Haag
„Fontane und die bildende Kunst“ in der Neuen Pinakothek, München
„s´ müsst dem Himmel Höllenangst werden“ im Literaturhaus, Wien
„Robert Blum und die Revolution 1848“ im Bezirksmuseum Brigittenau.

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheitswesen

Die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Abteilung wurden 1998 von 6 Dezernaten mit insgesamt 27 Referaten der Zentrale und 19 Bezirksgesundheitsämtern sowie 30 weiteren Außenstellen bewältigt. Zu den klassischen Hauptaufgaben zählen die Seuchenbekämpfung, die sanitätspolizeiliche Überwachung sowie präventiv- und umweltmedizini-sche Belange. Jährlich werden von der Abteilung über eine Million Untersuchungen, Impfungen, Beratungen und Begutachtungen durchgeführt. Darüber hinaus werden noch zahlreiche allgemeine Leistungen, wie die hygienische Überwachung des Trinkwassers, des Abwassers und der Müllentsorgung sowie die Mitwirkung bei der Bau-, Wohnungs-, Arbeits- und Ernährungshygiene, beim Anrainerschutz, beim Strahlenschutz u.a.m. erbracht. Die Aufgaben der Gesundheitsplanung, Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung werden ebenso wie die Rechtsangelegenheiten des Sanitätsrechts, der Sozialversicherung und im eingeschränkten Maße auch des Arbeitsrechtes sowie Suchtprävention und medizinische Drogenangelegenheiten jeweils in eigenen Dezernaten wahrgenommen.

1998 standen der Abteilung 886 Mitarbeiter, davon 497 vollbeschäftigt und 389 teilbeschäftigt, zur Verfügung. Von den insgesamt 313 für die Abteilung tätigen Ärzte waren 240 teilbeschäftigt.

Im Zeitraum Jänner bis September des Berichtsjahres erfuhr die Abteilung eine umfassende Organisationsanalyse durch die Firma Kienbaum Unternehmensberatung. Grundsätzlich wurde der Abteilung attestiert, dass sie hoch professionell und im internationalen Vergleich anerkannt effizient arbeitet. Zur weiteren Qualitätssteigerung wurden dezernats- und referatsübergreifende Projektarbeiten und Teamsitzungen vorgeschlagen. Unter anderem wurde auch die verstärkte Zusammenführung fachverwandter Aufgabengebiete angeregt.

Die organisatorische Ausgliederung der Landessanitätsdirektion aus der Abteilung wurde zur Schaffung vereinfachter und überschaubarer Strukturen für interne und externe Kunden sowie zur Minimierung von Reibungsverlusten vom Bereichsconsulter empfohlen und am Ende des Berichtsjahres bereits eingeleitet.

Dezernat I - Gesundheitsamt

Die Bekämpfung der Infektionskrankheiten nahm 1998 im Wesentlichen einen unproblematischen Verlauf.

Mit der Verordnung zum § 1, Abs. 2 Epidemiegesetz, BGBl. II Nr. 229/1998, vom 14. Juli 1998 betreffend anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten wurden Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfälle an virusbedingtem haemorrhagischem Fieber der Anzeigepflicht nach dem Epidemiegesetz 1950 unterworfen. Unter diesen Erkrankungen sind das Ebolafieber, Marburgfieber, Krim-Kongo-Fieber und Lassafieber zu verstehen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Auftreten der nach dem Epidemiegesetz anzeigepflichtigen Krankheiten verglichen mit dem Vorjahr:

Bissverletzungen	1997	1998
Bissverletzungen durch bekannte Tiere	3	14
davon Kopfverletzungen	–	1
Bissverletzungen durch unbekannte Tiere	1	7
davon Kopfverletzungen	–	2
Wien insgesamt	4	21

Infektionskrankheiten	Erkrankungen		Sterbefälle	
	1997	1998	1997	1998
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	1.834 *)	2.153 **)	1	–
Hepatitis infectiosa (alle Formen)	437	247	6	1
Scharlach	531	500	–	–
Übertragbare Ruhr (Amöbenruhr)	–	6	–	–
Malaria	27	26	–	–
Keuchhusten	11	11	–	–
Übertragbare Genickstarre	31	32	3	7
Übertragbare Gehirnentzündung	1	–	–	–
Typhus abdominalis	5	3	–	–
Paratyphus	4	2	–	–
Cholera	-	1	–	–

Psittakose	2	1	–	–
Tularaemie	3	2	–	–
Übertragbare Kinderlähmung	–	–	–	–
Subacute spongiforme Encephalopathie	–	–	1	3
Wien insgesamt	2.886	2.984	11	11

*) inklusive 77 Erkrankungen durch Shigellen (früher übertragbare Ruhr)
**) inklusive 67 Erkrankungen durch Shigellen

Insgesamt haben unter den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten (ohne Tuberkulose und AIDS) Hepatitis infectiosa (Hepatitis B), übertragbare Genickstarre sowie die subacute spongiforme Encephalopathie (klassische Creutzfeldt-Jakob-Krankheit) zu Todesfällen geführt.

Die am häufigsten registrierte Infektionskrankheit ist seit Jahren die bakterielle Lebensmittelvergiftung, die im Berichtsjahr mit 2.153 gemeldeten Erkrankungsfällen gegenüber 1997 um knapp 4 Prozent zunahm. Als Erreger dieser Krankheit gewinnen neben zahlreichen Salmonellaarten zunehmend auch andere Keime wie Campylobacter und Yersinien an Bedeutung. 1998 wurden neben 1.078 Salmonella-Infektionen, 955 Campylobacter-, 52 Yersinia-, 67 Shigellainfektionen, sowie 1 Infektion mit Vibrionen angezeigt. Bei den Shigellosen erfolgte bei 82 Prozent die Infektion außerhalb Wiens, während bei den übrigen bakteriellen Lebensmittelvergiftungen nur bei etwa 17 Prozent die Infektion außerhalb Wiens erfolgte.

Im Laufe des Jahres 1998 kam es zu Gruppenerkrankungen in verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen. Im April 1998 erkrankten nach dem Genuss von Tiramisu 8 Personen einer Privatfeier an einer Salmonellose. Im Mai 1998 erkrankten 14 Kinder eines städtischen Kindergartens an einer Salmonellose, als Infektionsquelle wird das Naschen von rohem Teig (rohe Eier) vermutet. Im Mai 1998 erkrankten 8 Personen einer Geburtstagsfeier an einer Salmonellose, auch hier wird Tiramisu als Infektionsquelle angenommen. Anfang Juli 1998 erkrankten 8 Personen nach einem Schulausflug zum Neusiedler See an einer Salmonellose, die Infektionsquelle ist unbekannt. Ende September 1998 erkrankten 12 Pensionäre und 3 Mitarbeiter eines städtischen Pensionistenheimes an einer Salmonellose. Als Infektionsquelle wird eine Topfencreme vermutet. Ende September/Anfang Oktober 1998 erkrankten nach 5 Feiern, die in einem Wiener Restaurant stattfanden, insgesamt 16 Personen an einer Salmonellose, bei 3 Personen, die keine Beschwerden hatten, wurden Salmonellen im Stuhl nachgewiesen. Als Infektionsquelle kommen diverse Speisen in Frage. Im Oktober 1998 erkrankten in einer Ganztagsschule rund 70 Kinder an einer fieberhaften Durchfallserkrankung. Bei 23 Kindern wurde Campylobacter im Stuhl nachgewiesen. Dies ist in Wien der erste von einer Gemeinschaftsverpflegung ausgehende Ausbruch an bakterieller Lebensmittelvergiftung durch Campylobacter, eine verdächtige Speise konnte jedoch nicht eruiert werden. Im Dezember 1998 erkrankten in einem privaten Kindergarten 6 Kinder und die Köchin an einer Salmonelleninfektion, die Infektionsquelle ist unbekannt. Im Dezember 1998 wurde von Kindergärten und Pensionistenheimen ein vermehrtes Auftreten von Brechdurchfällen gemeldet, eine Virusinfektion wird in allen diesen Fällen vermutet.

1998 wurde durch einen Erlass des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Untersuchungspflicht nach dem Bazillenausscheidergesetz für Küchenpersonal von Betriebsküchen neuerlich revidiert. Personal von Betriebsküchen von Großbetrieben, bei denen die Essensteilnehmer retrograd nicht leicht erfassbar sind, unterliegt weiterhin den Bestimmungen des Bazillenausscheidergesetzes.

Im Berichtsjahr wurden 58.784 Personen nach dem Bazillenausscheidergesetz untersucht, davon waren 17.856 Erst- und 40.928 Wiederholungsuntersuchungen. Im Rahmen der Untersuchungen nach dem Bazillenausscheider- und Epidemiegesetz wurden 1998 zu den aus den Vorjahren verbliebenen 102 Keimausscheidern 425 neu in die sanitätspolizeiliche Überwachung übernommen. 411 Keimausscheider konnten 1998 aus der Überwachung entlassen werden. Mit 31. Dezember 1998 standen somit weiterhin 116 Keimausscheider in sanitätspolizeilicher Überwachung.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Erkrankungsfälle an Hepatitis infectiosa ist gegenüber 1997 um über 43 Prozent gefallen. 1998 wurden von 247 gemeldeten Fällen 130 als Hepatitis A, 71 als Hepatitis B, 45 als Hepatitis C, 1 als Hepatitis G verifiziert. Von den Hepatitis-A-Infektionen betrafen knapp 75 Prozent Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr, davon rund 84 Prozent Kinder im Schul- und Vorschulalter. 33 Fälle der Hepatitis-A-Infektionen erfolgten im Ausland. Die Zahl der Hepatitis-A-Erkrankungen ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 47 Prozent gefallen. 1998 wurden in Schulen, Kindergärten und Horten an 165 Kinder und 47 Erwachsene insgesamt 344 ml Immunglobulin verabreicht, das waren um knapp 32 Prozent weniger als im Jahre 1997.

Das Verschwinden der Erkrankungen an Kinderlähmung ist zweifellos ein Erfolg der Schutzimpfungen, die auch 1998 planmäßig weitergeführt wurden.

1993 wurde das AIDS-Gesetz im BGBl. Nr. 728/1993 wiederverlautbart, wonach jede manifeste Erkrankung an AIDS und jeder Todesfall bei Vorliegen mindestens einer Indikatorerkrankung und des Nachweises einer HIV-Infektion auch durch freiberuflich tätige Ärzte direkt an das Gesundheitsministerium zu melden sind. Dieses ist verpflichtet, regelmäßig über die epidemiologische Situation zu berichten und ein umfassendes Informationskonzept zur Aufklärung über AIDS auszuarbeiten. 1998 sind von Wiener Ärzten 25 Erkrankungen und 14 Todesfälle gemeldet worden. Die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen an AIDS ist um rund 20 Prozent gesunken, die Zahl der To-

desfälle ist praktisch gleich geblieben. Dies ist als Erfolg der verbesserten Therapie bei HIV-positiven Personen und AIDS-Kranken zu betrachten. Dadurch kommt es zu einem verzögerten Auftreten von für die Diagnose von AIDS relevanten Infektionen und bei Erkrankten zu einer länger dauernden Remission. Seit 1983 wurden in Wien insgesamt 934 Erkrankungen und 614 Todesfälle an AIDS gemeldet (Nachmeldungen für 1997 berücksichtigt).

Unter den neuen anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten nimmt die Erkrankungshäufigkeit an Frühsommermeningoencephalitis (FSME) weiterhin einen besonderen Stellenwert ein. Die durch Zeckenbiss übertragbare Virusinfektion, die im Volksmund auch als „Zeckenkrankheit" bezeichnet wird, kommt in nahezu allen Ländern Europas vor. Seit 1980 haben dank zunehmender Impfbeteiligung der Bevölkerung die gemeldeten FSME-Fälle deutlich abgenommen. An dieser Virusinfektion erkrankten 1998 weniger Personen als im Vorjahr, nämlich 62 Österreicher, Todesfall gibt es keinen. In Wien erkrankten 3 Personen, Todesfall gab es keinen. (1997 erkrankten 99 Personen, darunter 8 Wiener, kein Wiener verstarb). Die Infektion der 3 Wiener erfolgte zweimal außerhalb Wiens und einmal in Wien (23. Bezirk).

Impfungen stellen eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionskrankheiten dar.

Um bei den allgemein empfohlenen Impfungen für Kinder bis zum 15. Lebensjahr die Durchimpfung zu heben, wurde ein neues „Wiener Impfkonzept" ausgearbeitet und umgesetzt. Außer in den magistratsinternen Impfstellen sind die Impfungen gegen Diphtherie-Pertussis-Tetanus plus Haemophilus influenzae b (DPT-Hib), Masern-Mumps-Röteln (MMR) und Hepatits B für Kinder bis zum 6. Lebensjahr (Vorschulalter) seit Oktober 1998 auch bei den niedergelassenen Kinderfachärzten und Ärzten für Allgemeinmedizin kostenlos. Die Verteilung der Impfstoffe bis zum niedergelassenen Arzt erfolgt vom Depositeur über den Großhandel und öffentliche Apotheken. Die Abteilung bezahlt die Distributionsgebühr für den Depositeur und Großhandel sowie das Arzthonorar der niedergelassenen Ärzte. Durch diese Maßnahme soll die Durchimpfung der Kinder, vor allem bis zum vollendeten 2. Lebensjahr gesteigert werden.

Die Umsetzung des Wiener Impfkonzeptes wurde dadurch erleichtert, dass es seit 1. Jänner 1998 eine Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungen über die Finanzierung bestimmter Impfstoffe für allgemein empfohlene Impfungen für Kinder bis zum 15. Lebensjahr gibt. Bei folgenden Impfstoffen übernehmen der Bund ein Drittel, die Länder ein Sechstel und Sozialversicherungen ein Sechstel der Kosten:

Diphtherie-Pertussis-Tetanus plus Haemophilus influenzae b (DPT-Hib) - Impfstoff
Masern-Mumps-Röteln (MMR) - Impfstoff
Hepatitis B - Impfstoff
Diphtherie-Tetanus-Impfstoff für Schulkinder
Röteln-Impfstoff für Schulimpfungen.

Durch die Einführung der Kinderlähmungsimpfung 1961 konnte diese Erkrankung nahezu zum Verschwinden gebracht werden. Die Aufgabe der Abteilung ist es, Informationen über Impfungen den neuesten Erkenntnissen anzupassen, Impfaktionen zu organisieren und ausreichend Impfstoff zu beschaffen. Seit 1. März 1998 wird in öffentlichen Impfstellen die Hepatitis B-Impfung für Kinder bis zum 15. Lebensjahr kostenlos durchgeführt. Seit Herbst 1998 wird in den 2. Klassen der Hauptschulen die Hepatitis B-Impfung angeboten, und es wurden dort 7.935 Impfungen durchgeführt. Auch im Schuljahr 1998/99 wurde die in der 7. Schulstufe vorgesehene Rötelnimpfung durch jene gegen Masern-Mumps-Röteln, den Empfehlungen des Obersten Sanitätsrates entsprechend, ersetzt. Rötelnimpfungen alleine erhalten daher nur mehr seronegative Wöchnerinnen und vereinzelt jene 13-jährigen Mädchen, die entweder bereits zweimal gegen Masern-Mumps und Röteln geimpft sind oder nachweislich Masern und Mumps durchgemacht haben. Zwischen September und Dezember 1998 erhielten 2.770 (1997 - 1.970) 13-jährige Mädchen eine Masern-Mumps-Röteln-Impfung. Insgesamt wurden 1998 5.993 Masern-Mumps-Röteln-Impfungen bei 13-jährigen Mädchen vorgenommen.

Die Impfstatistik ergab für 1998 folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden in den Impfstellen des Magistrates der Stadt Wien (Bezirksgesundheitsämter, Abendimpfstellen, Elternberatungsstellen der Stadt Wien, Schulen, zentrale Impfstelle) 273.555 (1997: 253.124) Impfungen (ohne Reiseimpfungen; siehe Dezernat IV) durchgeführt. Dies bedeutet ein Plus von knapp über 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

An Einzelimpfungen wurden durch die Impfstellen der Abteilung durchgeführt:

Diphtherie-Pertussis-Tetanus	568
Haemophilus influenzae b	687
Diphtherie-Pertussis-Tetanus - plus Haemophilus influenzae b	25.800
Diphtherie-Tetanus für Kinder	813
Hepatitis B für Kinder	26.941
Masern-Mumps-Röteln	22.219
Diphtherie-Tetanus für Erwachsene (ohne Impfstelle für Auslandsreisende)	28.135
Röteln	3.110
Tetanus (ohne Impfstelle für Auslandsreisende)	669
Influenza	38.277
FSME	55.408
Polio Schluckimpfung	69.105
Polio Stichimpfung (ohne Impfstelle für Auslandsreisende)	1.745

Bei den niedergelassenen Ärzten wurden folgende Impfungen im Zeitraum vom Oktober bis Dezember durchgeführt:

Diptherie-Pertussis-Tetanus -plus Haemophilus influenzae b	9.646
Hepatitis B	4.477
Masern-Mumps-Röteln	2.504

Von der Abteilung wurden außerdem zur Verhinderung von Berufserkrankungen bei beruflich exponierten Magistratsbediensteten 60 Impfungen gegen Hepatitis B und 18 Impfungen gegen Hepatitis A durchgeführt.

Der im Jahre 1971 im Gesundheitsamt der Stadt Wien als „Grippeinformationssystem" eingeführte Meldedienst wurde 1998 durch entsprechende wöchentliche Stichprobenerhebungen unter der Mitwirkung von 34 Meldepraxis-Ärzten in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer für Wien und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt.

In der 1. Woche des Jahres 1998 begann in Wien eine Influenza-Welle. Diese wurde durch Influenza Viren A(H3N2)-Sydney hervorgerufen. In der 5. Woche wurde mit 28.500 Neuerkrankungen der Höhepunkt der Epidemie erreicht. Das Ende der Influenza-A-Welle war in der 11. Woche erreicht. Die Anzahl der in Wien an Influenza erkrankten Personen während dieser Periode wird auf insgesamt 187.000 Fälle geschätzt. Dem Gesundheitsamt wurden bis Ende Februar 1998 15 Influenzatote gemeldet. Eine Meldepflicht für Todesfälle an Influenza besteht nicht. Es muss jedoch zufolge internationalen Untersuchungen während einer Influenza-Epidemie mit 2 bis 50 Toten pro 100.000 Einwohnern gerechnet werden.

Während der Influenza-Welle wurden die erforderlichen medizinischen Maßnahmen wie die Organisation von Influenzaimpfungen, Beratungen, Verständigung des Ärztefunkdienstes usw. in die Wege geleitet.

In der Desinfektionsanstalt der Abteilung wurden 1998 insgesamt 7.781 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt, davon 291 im Außendienst, und zwar hauptsächlich in Schulen und Kindergärten (70), in Krankenanstalten (19) und in Wohnungen (187). Im Innendienst wurden 2.194 Verbandskübel und -säcke und 746 Fahrzeuge desinfiziert. 166-mal mussten die Dampfdesinfektionsapparate und 14-mal die Formalinkammer beschickt werden. Die Personenentlausungen haben mit 4.365 gegenüber dem Vorjahr um knapp 13 Prozent, die Entwesungen mit 178 um knapp 18 Prozent zugenommen.

Mit der Tuberkulosebekämpfung im Raum Wien befasst sich ein eigenes Referat der Abteilung. Zu seinen Einrichtungen zählen neben der Zentrale (Kanzlei mit Heilstätteneinweisungsstelle, Impfstelle, Zentralröntgen- und Röntgenstelle), 6 Gesundheitsfürsorgestellen in den Bezirken und eine fahrbare Röntgeneinheit.

Im Berichtsjahr ist die Tuberkulose-Reihenuntersuchungsverordnung in Kraft getreten. Nach dieser Verordnung wurden 1998 12.413 Personen untersucht, die Risikogruppen angehören. Dabei wurde bei 38 Fällen eine aktive Tuberkulose festgestellt.

1998 sind 434 Personen an aktiver Tuberkulose aller Formen erkrankt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 4,2 Prozent. Gegenüber 1988 kann somit ein Rückgang von 15,7 Prozent festgestellt werden.

Die Erkrankungen an ansteckender Lungentuberkulose, der seuchenhygienisch bedeutendsten Gruppe, sind 1998 gegenüber 1997 um 3,8 Prozent angestiegen, ebenso stieg der Anteil an extrapulmonaler Tuberkulose um 19,2 Prozent gegenüber 1997.

Der Anteil an MigrantInnen an verschiedenen Tuberkuloseformen war unterschiedlich. Bei 599 Personen, die an einer aktiven Tuberkulose erkrankten, betrug im Jahre 1979 der Anteil der MigrantInnen 15,0 Prozent, stieg und sank in den darauf folgenden Jahren. 1994 wurde mit 38,8 Prozent der höchste Anteil an erkrankten MigrantInnen erreicht. 1998 betrug dieser Anteil 32,5 Prozent bei allen Formen aktiver Tuberkulose (141 MigrantInnen bei 434 Kranken), wobei der Anteil an Erkrankungen an extrapulmonalen Formen mit 52 Prozent auffallend hoch war.

Die Kindertuberkulose war bis 1988 stark rückläufig, änderte sich 1989 und war bis 1995 etwas ansteigend. Von 1996 bis 1998 gab es nun wieder einen Rückgang der Erkrankungsfälle. Im Berichtsjahr erkrankten 12 Kinder neu an Tuberkulose, davon ein Kind an offener ansteckender Tuberkulose.

Derzeit leben in Wien rund 1.500 Personen, die aufgrund einer Tuberkulose in Behandlung stehen. Die größten Probleme in seuchenhygienischer und therapeutischer Hinsicht bieten die an Tuberkulose erkrankten Alkoholiker, Obdachlose und Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben.

Die Todesfälle an Tuberkulose waren bis 1987 rückläufig und in den darauf folgenden Jahren schwankend. 1997 waren es 27 Personen (das sind 1,7 Personen auf 100.000 Einwohner). Seit 1970 ist in Wien kein Kind mehr an Tuberkulose verstorben.

Die Dienst- und Untersuchungsstellen des Tuberkulosereferates wurden im Jahre 1998 von insgesamt 323.143 Personen in Anspruch genommen. Werden die im Röntgenzug untersuchten Personen, die von den SozialarbeiterInnen in den Krankenanstalten, Pflegeheimen und Heilstätten betreuten Tuberkulosekranken und die angefertigten Vitalogramme hinzugezählt, ergibt sich im Jahre 1998 eine Gesamtfrequenz von 419.829 Personen. Der Anstieg der Patientenfrequenz um rund 26.000 Personen gegenüber 1997 ergibt sich aus der höheren Zahl der Röntgenuntersuchungen mittels der fahrbaren Röntgeneinheit bei Firmen, der größeren Anzahl von Vitalogrammen und der gesteigerten Parteienfrequenz bei den SozialarbeiterInnen in den Krankenanstalten.

In der zentralen Röntgenstelle des Tuberkulosereferates wurden 1998 10.657 Personen einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterzogen. Dabei wurden bei 2 Personen erstmals eine aktive Tuberkulose, bei 47 Personen erstmalig eine inaktive Lungentuberkulose und bei 4 Personen sonstige Lungenerkrankungen festgestellt.

In der fahrbaren Röntgeneinheit wurden 25.322 Personen untersucht. Bei diesen konnten 12 Ersterkrankungen an aktiver Tuberkulose, 283 Ersterkrankungen an inaktiver Tuberkulose entdeckt und bei weiteren 6 der Verdacht auf eine bösartige Neubildung erhoben werden, bei 344 Personen wurden sonstige Lungenerkrankungen festgestellt.

Die Ärzte führten im Berichtsjahr 55.606 Lungenfunktionsprüfungen mittels Vitalograph durch. In der Zahl der Lungenfunktionsprüfungen sind auch die Untersuchungen, die anlässlich der Aktion „Schau auf dich" vorgenommen wurden, enthalten, aber nicht die Lungenfunktionsprüfungen in den Gesundheitsfürsorgestellen.

Seit 1997 führt das Tuberkulosereferat Tuberkulinhauttestungen nach dem Stand der Wissenschaft in Mendel-Mantoux-Technik durch. Die Testung dient zur Erfassung infizierter Personen ohne manifeste Erkrankung und allfälligen Einleitung einer präventiven Chemotherapie sowie deren Überwachung. Im Jahr 1998 wurden 2.815 Tuberkulintests ausgewertet. Die Austestung mittels Prick-Test (Mono-Test) wurde im Berichtsjahr nur mehr in Einzelfällen angewandt. 1998 wurden 3 Gastarbeiter nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz untersucht.

In den 6 Gesundheitsfürsorgestellen wird auch Raucherinformation angeboten. 1998 haben insgesamt 369 Informationsgespräche stattgefunden. Davon wurden 61 Personen an die Raucherberatungsstelle in der Hainburger Straße weiter verwiesen.

Im Ambulatorium zur Diagnose und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten der Abteilung, in der Folge kurz „STD-Ambulatorium" genannt, sank die Inzidenz diagnostizierter Geschlechtskrankheiten (1998 waren dies nur Gonorrhoe und Lues) bezogen auf die Anzahl der untersuchten Personen von 5 auf 4 Prozent. Bardamen wiesen mit 10 Prozent die höchste Inzidenz an Geschlechtskrankheiten auf, gefolgt von Männern mit 8 Prozent, registrierte Prostituierte waren mit einer 3-prozentigen Inzidenz von Geschlechtskrankheiten die gesündeste Personengruppe. Bei der Untersuchung der nichtsexuell erwerbstätigen Personen zeigte sich wieder die Notwendigkeit, die Infektionsquelle (IQ) sowie Kontaktpersonen (KP) auszuforschen, da sich tatsächlich in 17 Prozent eine Geschlechtskrankheit nachweisen ließ. Leider konnten 1998 trotz intensiver Bemühungen nur halb so viele IQ und KP ausgeforscht, untersucht und gegebenenfalls einer Therapie zugeführt werden (1997: 51 Personen, 1998: 24 Personen).

Gonorrhoe: Trotz eines Rückganges der Gesamtzahl der diagnostizierten Gonokokkeninfektionen gegenüber 1997 um 5 Prozent stieg die Fallzahl bei Bardamen deutlich (100 %) an. Ebenso traten bei registrierten Prostituierten 4 Fälle mehr als im Vorjahr auf. Der deutliche Anstieg der Gonokokkeninfektionen bei den Bardamen wird allerdings durch den deutlichen Rückgang der Untersuchungs- und Personenfrequenz und der geringen Fallzahl relativiert. Die Inzidenz der Gonorrhoe war unter den sexuell erwerbstätigen Frauen mit 3,9 Prozent bei den Bardamen am höchsten, bei den Kontrollprostituierten am niedrigsten (1,2 %).

Lues: Im Gegensatz zu den aus Wien gemeldeten Zahlen, die gegenüber 1997 wieder anstiegen (um 8%), zeigte sich im STD-Ambulatorium ein Rückgang der Fallzahlen von 29 auf 20 Fälle (31 %). Während bei den Männern die frischen Luesinfektionen um 43 Prozent und bei der Gruppe der sexuell erwerbstätigen Frauen um 44 Prozent zurückgingen, war bei den nichtsexuell erwerbstätigen Frauen ein Anstieg von 50 Prozent zu verzeichnen.

Betrachtet man die personenbezogene Inzidenz für Lues, so war diese bei den nichtregistrierten sexuell Erwerbstätigen mit 2,4 Prozent bei den Geheimprostituierten am größten, gefolgt von den Bardamen mit 2,0 Prozent, während die registrierten Prostituierten nur eine Inzidenz von 0,4 Prozent aufwiesen.

Andere vorwiegend sexuell übertragbare Krankheiten: Auffallend ist der Anstieg dieser Erkrankungen gegenüber 1997 von 295 auf 351 Fälle um 19 Prozent. Anaerobierinfektionen nahmen bei sexuell Erwerbstätigen zu.

Chlamydieninfektionen nahmen in der Gruppe der Bardamen zu, insgesamt verringerten sich die Fallzahlen von 112 auf 83. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass auch die Personen- und Untersuchungszahlen rückläufig waren. Eine tatsächliche Abnahme dieser sexuell übertragbaren Erkrankungen bei fast allen Patientengruppen darf daher nicht angenommen werden.

Betrachtet man den prozentuellen Anteil der mit einer nicht-venerischen, das heißt mit einer nicht zu den definierten Geschlechtskrankheiten Gonorrhoe, Lues, Ulcus molle oder Lymphogranuloma venereum gehörenden sexuell übertragbaren Krankheit infizierten Personen, so sind bei den sexuell Erwerbstätigen Bardamen mit 69 Prozent deutlich öfter erkrankt als registrierte und somit regelmäßig untersuchte Prostituierte (31 %). Nichtsexuell erwerbstätige Männer waren zu 8 Prozent, Frauen zu 10 Prozent infiziert. Schlüsselt man nun letztere Gruppen der nichtsexuell Erwerbstätigen weiter auf, so zeigt sich, dass Personen, die von sich aus das STD-Ambulatorium aufsuchen oder infolge von Beschwerden zugewiesen werden, in 17 Prozent bzw. 26 Prozent eine nicht-venerische sexuell übertragbare Krankheit aufweisen. Personen, die als Infektionsquellen (IQ) oder Kontaktpersonen (KP) angegeben werden, in 25 Prozent.

Genitale Infektionen, die auch, aber nicht nur sexuell erworben sind: Genitale Soormykosen nahmen, außer bei Geheimprostituierten und nichtsexuell erwerbstätigen Frauen, zahlenmäßig gegenüber dem Vorjahr ab, unspezifische Entzündungen waren deutlich rückläufig. Prostituierte und Bardamen weisen mit 46 Prozent bzw. 43 Prozent die höchsten Raten an genitalen Infektionen auf, die auch, aber nicht nur sexuell erworben werden können, wobei es sich hier fast ausschließlich um Soormykosen handelt; ein Faktum, das auf eine vermehrte, zum Teil übertriebene Genitalhygiene zurückzuführen ist.

HIV-Neuinfektionen: Wie bereits 1997 stieg auch 1998 die Zahl der im STD-Ambulatorium erstmals diagnostizierten HIV-Infektionen an. Bei 4 Frauen und 6 Männern wurde eine Infektion mit dem HI-Virus entdeckt, was bei 4.540 durchgeführten HIV-Tests einer Inzidenz von 0,2 Prozent entspricht. Die größte Anzahl der HIV-Infektionen war bei Geheimprostituierten mit 5 (2 Männer - 1 Homosexueller, 3 Frauen - alle zusätzlich i.v.- drogen-

abhängig) zu verzeichnen. Die übrigen positiven Testergebnisse fanden sich bei je 1 registrierten Prostituierten (ohne sonstiges Risiko), bei 1 homosexuellen Mann, bei 1 drogenabhängigen Mann, bei 1 heterosexuellen Mann mit wechselnden Partnerinnen auch im Ausland und bei 1 Mann ohne bekanntes Risiko. Geheimprostituierte wiesen ein doppeltes Risiko, sich mit HIV zu infizieren auf, zumal der überwiegende Anteil nämlich drei von fünf, drogenabhängig waren. Die häufig ausweglose Situation der Beschaffungsprostitution zwingt die Frauen, die geforderten schutzlosen und zum Teil von Gewalt dominierten Sexualpraktiken anzubieten.

Im „STD-Ambulatorium" betrug 1998 die Personenuntersuchungsfrequenz 22.486 und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 1.124 ab. Die Zahl der erfassten Personen stieg von 1.452 im Jahre 1998 auf 1.741. Die Anzahl der Untersuchungen der Kontrollprostituierten betrug 20.324 gegenüber 21.277 im Jahre 1997. Die Untersuchungen von Geheimprostituierten stieg gegenüber 1997 von 251 auf 350 und die der Bardamen sank von 864 auf 761 ab. Die Anzahl der Untersuchungen von nicht sexuell Erwerbstätigen sank von 1.103 auf 1.005 ab, die der Erstuntersuchungen von 443 auf 419 Untersuchungen.

Folgende Untersuchungen wurden durchgeführt: 41.524 Sekretuntersuchungen, 26.413 Kulturen, 11.019 Blutuntersuchungen (fast ausschließlich auf HIV, Lues und infektiöse Hepatitis). Die SozialarbeiterInnen führten 2.129 Beratungsgespräche im „STD-Ambulatorium" durch.

Im Sinne einer Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch Ärzte für Allgemeinmedizin wurden auch 1998 bereits in den 70er-Jahren gestartete Förderungsmaßnahmen des Gesundheitsamtes fortgesetzt. In größeren städtischen Wohnprojekten empfahl die Abteilung Ordinationseinplanungen mit der Einschränkung, dass die vorgesehenen Praxen ohne wesentlichen Bauaufwand auch in normale Wohnungen umgewandelt werden können, falls sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung dort kein Arzt niederlassen will. Insgesamt wurden zahlreiche Stellungnahmen zu eventuellen Einplanungen abgegeben. Neben häufiger telefonischer Beratung erkundigten sich 1998 rund 35 Ärzte persönlich bei der Abteilung wegen diverser Niederlassungsfragen. Weiters ermöglicht eine seit 1976 laufende Kreditaktion der Gemeinde Wien den niederlassungswilligen Ärzten für Allgemeinmedizin den Bezug eines sehr günstigen Kredites für die Eröffnung ihrer Ordination in Bedarfsgebieten. Dafür bewilligte die Abteilung 1998 nach jeweiliger genauer Überprüfung 17 Bewerbern die Inanspruchnahme des Kredites für den geplanten Niederlassungsort in einem Bedarfsgebiet. Mit Stand vom 31. Dezember 1998 wurden insgesamt S 187,000.000 von der Gemeinde Wien für diese Kreditaktion für Ärzte für Allgemeinmedizin zur Verfügung gestellt. Effektiv davon in Anspruch genommen wurde S 184,477.415.

Insgesamt haben die verschiedenen Förderungsmaßnahmen für junge Ärzte zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Wiener Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte beigetragen. Mit Stand vom 1. Jänner 1998 waren 1.338 Ärzte für Allgemeinmedizin in Wien niedergelassen, 818 von diesen haben einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse abgeschlossen. Somit entfielen 1.968 Einwohner auf einen niedergelassenen Arzt für Allgemeinmedizin mit § 2-Kassenvertrag. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte, insbesondere Ärzte für Allgemeinmedizin, ist in mehreren Gebieten, wie z.B. den Stadterneuerungsgebieten, durchaus noch verbesserungswürdig.

Sanitäre Aufsicht

Die Abteilung nimmt die sanitäre Aufsicht über die bettenführenden und nichtbettenführenden Krankenanstalten wahr und stellt bei Errichtungs- und Betriebsbewilligungsverhandlungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz einen medizinischen Sachverständigen. Die Rechtsträger von Krankenanstalten werden bereits in der Planungsphase (z.B. bei Neubauten, Umbauten) zu medizinischen Belangen beraten.

Die Abteilung war an 89 Verhandlungen betreffend Bewilligung zur Änderung und Errichtung bzw. zum Betrieb von bettenführenden Anstalten und selbständigen Ambulatorien beteiligt. Zur Bewilligung der Errichtung wurden 18 diesbezügliche Gutachten im Bedarfsprüfungsverfahren erstellt.

Im Berichtsjahr wurden 7 selbständige Ambulatorien in Betrieb genommen.

Im Rahmen der sanitären Aufsicht über Krankenanstalten erfolgten insgesamt 73 Überprüfungen in bettenführenden Krankenanstalten und selbständigen Ambulatorien sowie Erhebungen in 10 sonstigen Einrichtungen (Gewerbebetriebe usw.).

Im Rahmen der Aufsicht über den öffentlichen und privaten Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst wurden Einrichtungen und Betriebsmittel von 12 Rettungsstationen hinsichtlich medizinisch relevanter Belange überprüft. Neben der Erteilung von Auflagen wurde auch Hilfestellung bei der Umsetzung von Qualitätssicherungsmaßnahmen gewährleistet.

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht nach § 14 des Wiener Behindertengesetzes wurden 23 Behinderteneinrichtungen und nach § 23 des Wiener Sozialhilfegesetzes 12 Wohn- und Pflegeheime überprüft. Seitens des medizinischen Amtssachverständigen wurden zahlreiche Verbesserungen vorgeschlagen und bei Vorliegen von Mängeln diese aufgezeigt und die Beseitigung verlangt.

Der Arbeitskreis für Krankenhaushygiene der Abteilung hielt 1998 5 Sitzungen ab. Von diesem Arbeitskreis werden Richtlinien für Krankenhaushygiene neu erstellt und laufend aktualisiert und den bettenführenden Krankenanstalten sowie Ambulatorien in Wien und Interessierten - auch zum Teil in den Bundesländern - zur Verfügung gestellt.

Bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes wurde in 91 Verfahren zur Änderung, Errichtung und zum Betrieb von Strahlenanlagen und bei Überprüfungen der Strahlenbetriebe mitgewirkt.

Auf dem Sektor des Leichen- und Bestattungswesens wurden durch die von der Abteilung bestellten Totenbeschauärzte 5.675 Totenbeschauen während der Beschauzeit von 7.00 - 24.00 Uhr vorgenommen. An Wochenenden und Feiertagen - hier wird die Totenbeschau von der Ärztekammer für Wien durch bestellte Totenbeschauärzte im Rahmen des Ärztefunkdienstes über die zentrale Totenbeschauanmeldestelle organisiert - erfolgten 2.119 Totenbeschauen.

In den privaten Krankenanstalten beschauten anstaltseigene Totenbeschauärzte 667 Verstorbene und am Gerichtsmedizinischen Institut fielen 879 Totenbeschauen ohne folgende Obduktion, 1.621 sanitätspolizeiliche und 507 gerichtliche Obduktionen an. Aufgrund der Bestimmungen des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes (§ 8, Abs. 1) erfolgt in der Abteilung die Führung der Totenbeschauprotokolle. EDV-mäßig werden die Todesursachen aller Verstorbenen in Wien erfasst. Für 4.414 Exhumierungen wurden 1.497 Bescheide ausgestellt. Von Privatpersonen, Ärzten, Krankenanstalten und Versicherungen erfolgten 445 Anfragen zur Bekanntgabe von Todesursachen.

Zu den Aufgaben der Abteilung zählen auch die Überwachung der Sanitätsberufe (Ärzte, Pharmazeuten, Dentisten). Der Abteilung waren nach den Bestimmungen des Ärztegesetzes folgende Ärzte gemeldet: Mit Stichtag 31. Dezember1998 waren insgesamt 11.142 Ärzte in Wien tätig, davon in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt stehend 2.106, Ärzte für Allgemeinmedizin 2.836 und Fachärzte 6.200. Davon waren als angestellte Ärzte 1.249 Ärzte für Allgemeinmedizin und 2.140 Fachärzte tätig. Die Ärztekammer für Wien meldete 1998 859 Ärzte als „Wohnsitzärzte".

Zu 37 Ansuchen um Anerkennung als Ausbildungsstätte und/oder Zuerkennung von Ausbildungsstellen für Fachärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin in den Wiener Krankenanstalten wurden Stellungnahmen an das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales abgegeben. Die meisten Anträge konnten befürwortet werden.

Seit 1994 können auch Ärzte, die Staatsbürger anderer EWR-Länder sind, in Österreich ärztlich tätig werden. Mit 31. Dezember 1998 waren 164 solche EWR-Ärzte bei der Ärztekammer für Wien gemeldet. Weiters wurden 1998 184 Amtsärzte evident gehalten. Bei der Sanitätsbehörde hauptberuflich als Amtsärzte tätige Ärzte benötigen neben dem ius practicandi zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt noch eine zusätzliche Ausbildung, das Physikat. Diesen 2-semestrigen Kurs besuchten 1997/98 rund 30 Ärzte, zu den Abschlussprüfungen meldeten sich 15 KandidatInnen an, die bis auf eine sämtliche Teilprüfungen mit Erfolg ablegten.

1998 wurden von der Abteilung 42 Anträge auf die Verleihung des Berufstitels „Medizinalrat", „Obermedizinalrat" oder „Hofrat" beziehungsweise eines Ehrenzeichens für Ärzte oder verdiente Vertreter im Gesundheitswesen tätiger Berufsgruppen bearbeitet.

Nach den Bestimmungen des Ärztegesetzes hat der Amtsarzt der Bezirksverwaltungsbehörde die Ordinationsstätte eines Arztes zu überprüfen, wenn Umstände vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Ordinationsstätte nicht den hygienischen Anforderungen entspricht: 1998 wurde 1 Ordination überprüft.

Die Abteilung hat im Jahr 1998 16 Ansuchen bezüglich Freistellungen von Ärzten vom Präsenzdienst bearbeitet.

Im Bundesgesetzblatt Nr.169/1998 wurde das Ärztegesetz 1998 verlautbart, das mit Anfang 1999 in Kraft trat.

Die Abteilung hat 1998 38.010 Suchtgift-Dauerverschreibungen und 35.240 Suchtgiftrezeptformulare an die Bezirksgesundheitsämter, Krankenanstalten und an in Wien niedergelassene Ärzte ausgegeben.

Mit 1. Jänner 1998 ist das neue Suchtmittelgesetz samt Verordnungen in Kraft getreten:

Neu ist auch der Erlass „Orale Substitutionsbehandlung von Suchtkranken" des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, vom 9. Juni 1998, der genaue Vorschriften über den ärztlich kontrollierten Einsatz von Suchtgiften als Drogenersatz für Abhängige enthält.

Die Amtsärzte der Bezirksgesundheitsämter haben im Berichtsjahr 28.284 Dauerverschreibungen vidiert, wobei mit einer Reihe von verordnenden Ärzten zur Klärung oder Korrektur von Einzelfragen Kontakt aufgenommen werden musste.

Im Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990, sind die Berufe des Gesundheitspsychologen und des klinischen Psychologen und im Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990, der Beruf des Psychotherapeuten geregelt. In den beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geführten Psychologen-Listen sind in Wien 946 klinische Psychologen und 929 Gesundheitspsychologen eingetragen (Stand per 22.1.1999). Der weit überwiegende Teil an im Gesundheitsbereich tätigen Psychologen ist sowohl als Gesundheitspsychologe als auch als klinischer Psychologe in die Liste aufgenommen. In die Psychotherapeutenliste beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sind 2.148 Psychotherapeuten als in Wien tätig eingetragen (Stand 22.1.1999).

1998 wurden von der Abteilung 10 Angelegenheiten von Kurpfuschereiverdacht bearbeitet. Die Amtsärzte der Abteilung konnten ihr einschlägiges Wissen in zwei 2-tägigen Wochenendseminaren, die die Fortsetzung eines 1997 veranstalteten 12-tägigen Fortbildungskurses an der Akademie für Ganzheitsmedizin darstellten, vertiefen.

Bedingt durch die Auslaufbestimmungen des Dentistengesetzes und durch das kontinuierliche altersbedingte Ausscheiden zahlreicher Dentisten ist die Anzahl der Dentistenordinationen auf 52 zurückgegangen.

Im Berichtsjahr waren in Wien insgesamt 1.427 vertretungsberechtigte Apotheker gemeldet, die in 274 öffentlichen und 14 Anstaltsapotheken tätig sind. 1.104 übten ihren Beruf als angestellte, vertretungsberechtigte

Apotheker aus. Die Apothekerkammer hat der Magistratsabteilung 15 bis April dieses Jahres 534 Veränderungsmeldungen von Apotheken bekannt gegeben, seit Mai ist es der Abteilung möglich, über ein Modem direkt auf die Daten der Pharmazeuten der Apothekerkammer zuzugreifen.

Im Berichtsjahr nahm ein Vertreter der Abteilung an 28 Aspirantenprüfungen entsprechend den Bestimmungen der Pharmazeutischen Fachkräfteverordnung teil, 79 Kandidaten wurden geprüft. Derzeit arbeiten 70 Aspiranten in Wiener Apotheken, um ihre Ausbildung zum vertretungsberechtigten Apotheker zu absolvieren und mit der Aspirantenprüfung abschließen zu können.

Neben 14 Anstaltsapotheken stehen der Wiener Bevölkerung 274 öffentliche Apotheken zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden 112 Apothekenvisitationen durchgeführt. Von 708 bei diesen Visitationen entnommenen Proben beanstandete das Bundesinstitut für Arzneimittel 59; diese Produkte wurden aus dem Verkehr gezogen. 1998 erfolgte nach den Bestimmungen des Wiener Krankenanstaltengesetzes die Überprüfung von 104 Arzneimittelvorräten von Krankenanstalten ohne Anstaltsapotheke und von städtischen Pflegeheimen.

Im Berichtsjahr traten zwei Apothekengesetznovellen in Kraft, BGBl. I Nr. 53/1998 und BGBl. I Nr. 120/1998, die beide die sachlichen Voraussetzungen der Konzessionserteilung betreffen.

Im Einvernehmen mit der MA 22 wurde beschlossen, beginnend mit dem Jahr 1998 Drogerierevisionen alle 3 Jahre durchzuführen. Die Bezirksamtsärzte haben im Berichtsjahr die bestehenden 50 Drogerien in den Gemeindebezirken 1 bis 8 gemäß den giftrechtlichen Bestimmungen im Beisein eines Vertreters des Drogistengremiums überprüft.

1998 waren 2.373 Veränderungsmeldungen (das sind Neuzugänge und Abmeldungen) bei Plasmaspendern zu verzeichnen.

In einer Plasmapheresestelle ist im Berichtsjahr eine umfassende Erhebung sämtlicher Spender der Jahre 1987 und 1988 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erfolgt. Diese Erhebung war im Zuge eines gerichtlichen Verfahrens zur Entschädigung von Plasmaspendern erforderlich, die vermutlich seinerzeit in dieser Plasmapheresestelle mit Hepatitis C infiziert worden sind.

Die Blutspendezentrale des Österreichischen Roten Kreuzes wurde ebenfalls gemeinsam mit einer Vertreterin des oben genannten Ministeriums sanitätsbehördlich überprüft, nachdem ein Patient nachweislich durch Verabreichung einer beim Österreichischen Roten Kreuz für Wien, Niederösterreich und das Burgenland hergestellten Blutkonserve mit HIV infiziert worden ist.

1998 hatte das Referat von verschiedenen pharmazeutischen Firmen, Forschungsinstituten und anderen Anstalten 83 eingereichte Anträge zur Bewilligung von Tierversuchsprojekten im Auftrag der MA 58 hinsichtlich ihrer Zulässigkeit zu beurteilen.

Im Juli des Berichtsjahres trat eine neue Verordnung über die Zulassung von Arzneispezialitäten in Kraft. Damit wurde die Arzneispezialitätenverordnung als Folge des Beitritts von Österreich zur Europäischen Staatengemeinschaft nach Ablauf der Übergangsfrist durch die EU-konforme Richtlinie 93/39/EWG ersetzt. Diese Änderung der Gesetzeslage machte eine intensive Auseinandersetzung mit der neuen sehr komplexen Materie bei der Bearbeitung einzelner Tierversuche notwendig. Als gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Tierversuchen kann in vielen Fällen nur diese EU-Richtlinie herangezogen werden.

Im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege, medizinisch-technischen Dienste, Sanitätshilfsdienste und Hebammen wurde von der Abteilung der Vorsitz bei zahlreichen Prüfungskommissionen bzw. der Vorsitz oder die Mitgliedschaft bei Aufnahmekommissionen wahrgenommen. In den Schulen für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege, der Schule für Kinder- und Jugendlichenpflege, der Schule für psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege, der Pflegehilfeausbildung, den Medizinisch-technischen Akademien, der Bundes-Hebammenakademie Wien, der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst, sowie im Rahmen der Sanitätshilfsdienstkurse fanden insgesamt 27 Aufnahmekommissionstermine und 330 Prüfungskommissionen statt.

Im Bereich des Landes Wien werden 15 Schulen für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege, 1 Schule für Kinder- und Jugendlichenpflege, 1 Schule für die psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege, 6 Pflegehilfelehrgänge, 9 Medizinisch-technische Akademien, 1 Hebammenakademie, 1 Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst, 20 Ausbildungskurse für Sanitätshilfsdienste geführt. (Neubewilligungen 1998: 1 Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege und 2 Ausbildungskurse für Sanitätshilfsdienste).

Ab dem 1. September 1998 haben die Wiener Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege, Pflegehilfelehrgänge und Sonderausbildungen im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege mit der neuen Ausbildungsform nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) begonnen.

1998 haben 702 Personen die Ausbildung in der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege mit dem Diplom abgeschlossen, 77 die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege und 47 die Ausbildung in der psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege. Zusätzlich haben 136 ausländische Krankenpflegepersonen die Nostrifikation positiv abgeschlossen. In den Akademien für die gehobenen medizinisch-technischen Dienste haben insgesamt 309 Studierende (und 13 Nostrifikanten), in der Hebammenakademie 23 Studierende (und 5 Nostrifikantinnen) und in der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst 41 Personen die Ausbildung mit dem Diplom beendet. 275 Personen haben Sonderausbildungungen, Weiterbildungen oder Universitätslehrgänge für leitende bzw. lehrende Krankenpflegepersonen erfolgreich absolviert. 624 Personen (und 27 Nostrifikanten) haben einen Kurs für Sanitätshilfsdienste und 198 Personen (und 92 Nostrifikanten) eine Ausbildung zum Pflegehelfer positiv abgeschlossen.

Weiters zählen auch die Aufsicht über die Berufsausübung der Angehörigen des gehobenen Dienstes für Gesund-

heits- und Krankenpflege, der Pflegehilfe, der gehobenen medizinisch-technischen Dienste, des medizinisch-technischen Fachdienstes, der Sanitätshilfsdienste, sowie der Hebammen und die Evidenzhaltung von freiberuflich tätigen Angehörigen des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege, der gehobenen medizinisch-technischen Dienste und Hebammen zu den Aufgaben der Abteilung.

Im Rahmen der Aufsicht über die Ausbildung und Berufsausübung der im Gesundheits- und Krankenpflege-, MTD-, MTF-SHD- und Hebammengesetz geregelten Berufe haben insgesamt 156 Besprechungen, Erhebungen und Informationsgespräche stattgefunden.

1998 wurden bei der freiberuflichen Ausübung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege, des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes und des Hebammenberufes 2.447 Personen in Evidenz gehalten.

Insgesamt wurden 303 Anträge um Nostrifikation eines ausländischen Diploms oder Zeugnisses gemäß § 52 b Krankenpflegegesetz bzw. §§ 32 und 89 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz oder zur Bewilligung einer Berufsausübung zu Fortbildungszwecken in Österreich gemäß § 52 a Krankenpflegegesetz bzw. § 34 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und § 9 MTD-Gesetz begutachtet.

480 Bestätigungen gemäß § 108 Abs. 2 bzw. § 111 Abs. 3 GuKG wurden ausgestellt.

Die medizinische Fachaufsicht über die „Mobilen Krankenpflegepersonen" der MA 47 wurde im Jahr 1998 durch regelmäßige Besprechungen mit der Pflegedienstleitung und den StützpunktleiterInnen und zusätzlich durch 4 Besuche und Besprechungen in den einzelnen Stützpunkten der „Mobilen Krankenpflegepersonen" wahrgenommen.

Die 19 Bezirksgesundheitsämter werden jeweils von einer Amtsärztin oder einem Amtsarzt geleitet. Insgesamt betrug die Parteienfrequenz im Berichtsjahr 522.329. Es wurden 76.668 amtsärztliche Untersuchungen durchgeführt, darunter 6.367 im Rahmen der Sozialhilfe und 571 für die Jugendwohlfahrt; die Anzahl der Anstellungs- und Eignungsuntersuchungen belief sich auf 1.500.

Im Rahmen der Seuchenbekämpfung und Verhütung wurden 6.760 Untersuchungen von Rekonvaleszenten und Ansteckungsverdächtigen durchgeführt und 13.866 Proben genommen.

Die allgemein empfohlenen Impfungen gegen Diphtherie, Hepatitis B, Tetanus mit und ohne Keuchhusten, gegen Kinderlähmung, Masern, Mumps und Röteln, gegen Influenza, FSME und gegen Haemophilus influenzae b wurden wie bisher durchgeführt. Im Berichtsjahr waren dies insgesamt 109.237 Impfungen.

Im Bereich der allgemeinen Hygiene und der Umwelthygiene wurden zahlreiche Erhebungen durchgeführt, Befunde erhoben, Gutachten erstellt und allenfalls notwendige Maßnahmen eingeleitet. In diesem Zusammenhang wurde zu Fragen der Schädlingsbekämpfung (2.971), zu Problemen der Lärmbelästigung (768) und Luftverunreinigung (1.673) sowie im Rahmen gewerbebehördlicher Verfahren und baulicher Kommissionierungen (1.677) aus medizinischer Sicht Stellung genommen.

Überprüfungen von selbständigen Ambulatorien im Sinne der sanitären Aufsicht sowie der Arzneimittelgebarung wurden zum größten Teil ebenfalls durch die AmtsärztInnen der Bezirksgesundheitsämter durchgeführt.

Die Zahl der Begutachtungen und Stellungnahmen nach dem Opferfürsorgegesetz ist von 1997 auf 1998 mit 168 bearbeiteten Akten um 63 gestiegen. Der mit den Gutachten verbundene Arbeitsaufwand ist wesentlich größer geworden, da die vom Gesetz verlangte exakte Differenzierung in Kausalleiden und akausale Leiden bei zunehmend hohem Alter und bei lange zurückliegender Haft aus medizinischer Sicht oft kaum mehr möglich ist.

Dezernat II - Rechtsangelegenheiten

Dem Dezernat II obliegen Rechtsangelegenheiten in den Bereichen Sanitätsrecht und Sozialversicherung sowie Angelegenheiten des Arbeitsrechtes, soweit hiefür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Sanitätsrecht

Aus dem Aufgabenbereich des Referates 1 ist Folgendes zu berichten:

1. Landesgesetzliche Maßnahmen:

Der Schwerpunkt der legistischen Maßnahmen des Jahres 1998 betraf - wie schon 1997 - die Neugestaltung der Krankenanstaltenfinanzierung, deren Grundlage die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 ist. Auf die wesentlichen Punkte dieser Vereinbarung wurde bereits im Verwaltungsbericht 1997 eingegangen.

Nachdem mit der Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 (Wr. KAG), LGBl. für Wien Nr. 13/1997, die für die Umstellung des Finanzierungssystems unbedingt erforderlichen Regelungen erlassen worden waren, um die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung ab 1. Jänner 1997 zu ermöglichen, wurde mit den Arbeiten für eine neuerliche Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987 begonnen, die seither einen Schwerpunkt der legislativen Tätigkeit bilden.

Mit dieser Novelle sollen die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen der KAG-Novelle 1996, BGBl. Nr. 751/1996, und des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996 - 2. SRÄG 1996, BGBl. Nr. 764/1996, ausgeführt werden, die nicht bereits in der Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, LGBl. für Wien Nr. 13/1997, enthalten sind. Weiters sollen landesgesetzliche Regelungen zur Durchführung der Artikel 12 (Schiedskommission) und 24 (Sanktions-

mechanismus) der Vereinbarung nach Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 geschaffen werden.

Völlig unabhängig von der Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung sollen mit dieser Novelle die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen der Novelle zum Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl. Nr. 731/1995, und der dazu korrespondierenden Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 732/1995, ausgeführt werden.

Außerdem sollen mit dieser Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes Änderungen, deren Notwendigkeit sich aus der Vollzugspraxis ergeben hat, sowie Anpassungen der Terminologie an neue gesetzliche Bestimmungen vorgenommen werden. Auf die einzelnen Punkte wurde bereits im Verwaltungsbericht 1997 im Detail eingegangen.

Das externe Begutachtungsverfahren wurde mittlerweile abgeschlossen. Vor der Einleitung des verfassungsmäßigen Gesetzgebungsverfahrens wird der Entwurf noch mit dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger auf Beamtenebene und anschließend mit den politischen Parteien eingehend zu erörtern sein.

Als weitere legistische Maßnahme ist die Ausarbeitung eines ersten Entwurfes für ein Wiener Gesundheitsförderungsgesetz - Wr. GfG zu nennen:

Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zeigen, dass der allen gesundheitspolitischen Maßnahmen zugrundeliegende Leitgedanke die Prävention und Gesundheitsförderung sein muss. Zudem haben internationale Erfahrungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information gezeigt, dass nur langfristige Programme die gewünschte Wirksamkeit erzielen. Um diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen, wurde auf Bundesebene mit BGBl. I Nr. 51/1998 das Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information (Gesundheitsförderungsgesetz - GfG) erlassen.

In Ergänzung zu dieser bundesgesetzlichen Regelung soll nunmehr auch auf Landesebene die Erhaltung, Förderung und Verbesserung der Gesundheit der Wiener Bevölkerung als grundlegendes Ziel der Gesundheitspolitik gesetzlich verankert werden. Neben dieser Zieldefinition nennt der Entwurf Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information sowie die Verpflichtung zu einer langfristigen Planung im Rahmen eines Gesundheitsförderungsplanes.

Weitere legistische Maßnahmen sind folgende Verordnungen:

a) Aufgrund von § 8 Apothekengesetz wurden mit Verordnung des Magistrats der Stadt Wien (Amtsblatt der Stadt Wien vom 8. Jänner 1998, Nr. 1/2) die Betriebszeiten und der Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien neu geregelt.

Im Zusammenhang mit den Regelungen der Öffnungszeiten für Verkaufsstellen wurden auch für Apotheken zusätzliche Öffnungszeiten gefordert. In Zusammenarbeit und in Absprache mit der Österreichischen Apothekerkammer, Landesgeschäftsstelle Wien, und den Apothekern wird ein Offenhalten von Apotheken an Wochentagen in der Mittagszeit zwischen 12.00 und 14.00 Uhr ermöglicht. Dadurch wird eine Verbesserung in der Arzneimittelversorgung erreicht.

Die öffentlichen Apotheken Wiens sind in sieben Bereitschaftsdienstgruppen eingeteilt, die in fortlaufender Reihenfolge Bereitschaftsdienst in der Nacht, am Wochenende und auch während der Mittagspause an Werktagen versehen. Bereitschaftsdienst während der Mittagspause haben diejenigen Apotheken, die in der kommenden Nacht dienstbereit zu sein haben. Diese Einteilung in sieben Bereitschaftsdienstgruppen hat sich bewährt und soll auch weiterhin beibehalten werden. Nur für die Mittagssperre wird abweichend von der bestehenden Regelung eine Gruppe von Apotheken von Montag bis Freitag ständig Bereitschaftsdienst versehen und offenhalten können. Gleichzeitig wird auch für die langen Einkaufstage (derzeit die vier Samstage) vor Weihnachten eine Regelung getroffen, die den Apotheken ein Offenhalten auch am Nachmittag ermöglicht. Im übrigen wurden auch Verwaltungsvereinfachungen geschaffen.

b) Aufgrund von § 23 Abs. 1 Tuberkulosegesetz wurde die Tuberkulose-Reihenuntersuchungsverordnung erlassen. Die Verlautbarung erfolgte mit LGBl. für Wien Nr. 25/1998. Nach § 23 Tuberkulosegesetz hat der Landeshauptmann zur Erfassung unbekannter Tuberkulosefälle für bestimmte Personengruppen gezielte Reihenuntersuchungen durch Verordnung festzusetzen. Nach der neuen Tuberkulose-Reihenuntersuchungsverordnung trifft die Bezirksverwaltungsbehörde nunmehr die Verpflichtung, jene Personen zur Untersuchung zu laden, die Risikogruppen angehören.

c) Die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über die Bekämpfung der Ratten aus dem Jahre 1990 wurde durch eine neue Verordnung ersetzt, deren Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien vom 7. Mai 1998, Nr. 19, erfolgte.

Nach der Rattenverordnung 1990 war ganz Wien in durch Straßenzüge begrenzte Gebiete aufgeteilt, in denen unabhängig vom tatsächlichen Rattenbefall eine periodische Nachschau ein- bis sechsmal pro Jahr durch vom Magistrat damit betraute Schädlingsbekämpfer vorgenommen wurde.

Die periodische Nachschau musste nach dieser Verordnung auch dann durchgeführt werden, wenn nachweislich nach den Jahresberichten der Landesinnung Wien der Schädlingsbekämpfer oder nach Mitteilung der Bürger kein Rattenbefall beobachtet werden konnte. Eine Reduzierung oder ein Wegfall der periodischen Nachschau, ausgenommen Feld-, Wiesen- und Waldflächen, war nicht vorgesehen.

Es hat immer wieder Beschwerden gegeben, dass in Gebieten, in denen erfahrungsgemäß Rattenvorkommen nicht gegeben ist, eine Nachschau erfolgen musste. Auf der anderen Seite ist natürlich nicht zu übersehen, dass in einer Großstadt wie Wien vor allem in dicht besiedelten Gebieten die Nachschau auf das Vorkommen von Ratten und deren Bekämpfung große Bedeutung haben.
Mit der neuen Rattenverordnung soll diesen beiden Anliegen entsprochen werden. Durch weiterreichende Ausnahmen von der periodischen Nachschau und durch die Möglichkeit der Reduzierung wurde eine zeitgemäße und bürgernahe Vorgangsweise ermöglicht, die auch stärker den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit entspricht. Als Vorbild wurde die 1995 in Kraft getretene und bisher bewährte Schabenverordnung gewählt. In jenen Bereichen, welche von der Nachschau ausgenommen werden, wird den Grundeigentümern die Verpflichtung auferlegt, bei tatsächlichem Rattenbefall zwingend eine Bekämpfung vorzunehmen. In bestimmten Bereichen ist die periodische Nachschau weiterhin durchzuführen.

Im Folgenden wird auf zwei Landesgesetze und eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG eingegangen, die für den Tätigkeitsbereich des Referates 1 wichtig sind:

Mit LGBl. für Wien Nr. 60/1998 wurde die Wiener Abgabenordnung und das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert. Sowohl die Zinsenregelungen in der Wiener Abgabenordnung als auch die Verzugszinsenregelung im Wiener Krankenanstaltengesetz (§ 64 f) orientieren sich am Diskontsatz der Österreichischen Nationalbank, der mit Beginn der Teilnahme an der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wegfällt. Die Neuregelungen sehen Fixzinssätze vor.

Mit LGBl. für Wien Nr. 49/1998 wurde das Gesetz über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigten Bediensteten (Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 - W-BedSchG 1998) erlassen. Es ersetzt das Wiener Bedienstetenschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr. 28/1979. Mit diesem Gesetz werden in Anpassung an die wesentlichen Bestimmungen des ASchG und unter Umsetzung der EU-Richtlinien betreffend Arbeitnehmerschutz die grundlegenden Anforderungen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes neu festgelegt. Nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien obliegt der Abteilung die Besorgung der behördlichen Aufgaben erster Instanz. Die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften ist sehr wichtig bei allen legistischen Maßnahmen und in Begutachtungsverfahren.
Die wesentlichen Punkte dieser Vereinbarung sind:

- die Verpflichtung zur gegenseitigen Übermittlung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen einschließlich einer Darstellung der finanziellen Auswirkungen (nach einer Richtlinie nach dem Bundeshaushaltsgesetz);
- Bund, Länder, Gemeindebund oder Städtebund können Verhandlungen in einem Konsultationsgremium verlangen, und zwar über zusätzliche finanzielle Ausgaben, die dem Antragsteller bei Verwirklichung des Vorhabens erwachsen würden;
- Zusammensetzung des Gremiums und Verfahren einschließlich Ersatzpflichten.

Diese Vereinbarung wurde für den Bereich des Landes Wien im LGBl. für Wien Nr. 53/1998 verlautbart, für den Bereich des Bundes im BGBl. I Nr. 35/1999.

Weitere landesrechtliche Maßnahmen des Jahres 1998 werden chronologisch dargestellt:

Mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LBGl. für Wien Nr. 42/1998, wird die Anzahl der Kammerräte in der Vollversammlung und im Vorstand der Ärztekammer für Wien festgelegt.

Die Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener städtischen Krankenanstalten wurden mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 54/1998, festgesetzt.

Die Kundmachung der Wiener Landesregierung betreffend die Valorisierung und die Festsetzung des Kostenbeitrages gemäß § 46 a Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 ist im LGBl. für Wien Nr. 55/1998 enthalten.

Die Kundmachung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 58/1998, betrifft die Festsetzung der Pflege- und Sondergebühren und die Feststellung der als kostendeckend ermittelten Pflege- und Sondergebühren für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 59/1998, enthält die Festsetzung der von ausländischen Staatsangehörigen für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten zu entrichtenden tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten.

2. Bundesgesetzliche Maßnahmen:

Im Bereich des Bundes gab es 1998 folgende legistische Maßnahmen:

Eine zentrale Maßnahme erfolgte durch das Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998 und die Änderung des Ausbildungsvorbehaltsgesetzes, BGBl. I Nr. 169/1998.

Das Ärztegesetz 1998 beinhaltet gegenüber dem Ärztegesetz 1984 hauptsächlich folgende drei wesentliche Neuerungen:

Zum einen werden die berufsrechtlichen Voraussetzungen für künftige Absolventen des durch das Universitäts-Studiengesetz - UniStG, BGBl. I Nr. 48/1997, eingerichteten Studiums der Zahnmedizin geschaffen. Zum anderen

Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder und Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz eröffneten die Projektmesse „Gesunde Schule - Wien", in deren Rahmen Projekte des „Wiener Netzwerkes gesundheitsfördernder Schulen" gezeigt wurden. Foto: Hutterer / PID

Gleichenfeier für das 26-stöckige Personalwohnheim des Allgemeinen Krankenhauses in der Paltaufgasse in Ottakring.
Foto: Votava / PID

Stadtrat Dr. Rieder und der ärztliche Direktor des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe Univ.-Prof. Dr. Gabriel überreichten der Preisträgerin Claudia Spring ein Diplomandenstipendium für ihre Diplomarbeit über die Sterilisierung von Kranken und Behinderten in der NS-Zeit. Foto: Votava / PID

Am 8. und 9. Oktober 1998 fand im Festsaal des Rathauses der internationale Kongreß „Gesundheit planen für die Stadt, Strategien, Konzepte und Erfahrungen" statt. Foto: Votava / PID

wird dem seitens der Ärztekammern bestehenden Bedarf nach einer umfassenden Neustrukturierung der Kammerorganisation, die besser als die bisherigen Kammerstrukturen den Bedürfnissen ärztlicher Berufsgruppen (angestellte Ärzte und niedergelassene Ärzte sowie Zahnärzte) gerecht wird, Rechnung getragen. Schließlich sollen durch Schaffung eines Verfahrensrechtes für das ärztliche Disziplinarverfahren bestehende Unzulänglichkeiten in diesem Bereich beseitigt werden.

Wesentliche Regelungsschwerpunkte sind daher:

- Neustrukturierung der Organisation der Ärztekammern durch Schaffung sogenannter „Kurien" für die angestellten Ärzte, die niedergelassenen Ärzte und die Zahnärzte, denen weit reichende Aufgaben bei der Wahrnehmung der Interessen der jeweiligen ärztlichen Berufsgruppe zukommen sollen,
- Schaffung berufsrechtlicher Regelungen für jene künftigen Absolventen der Studienrichtung Zahnmedizin, die den ärztlichen Beruf als Zahnarzt ausüben wollen, einschließlich Umsetzung der einschlägigen europarechtlichen Vorgaben,
- Schaffung neuer Grundlagen für das Sonderfach „Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie" (Voraussetzung soll künftig der Abschluss des Studiums sowohl der Humanmedizin als auch der Zahnmedizin sein),
- Schaffung eines den praktischen Erfordernissen Rechnung tragenden ärztlichen Disziplinarverfahrensrechtes,
- Neuregelung der ärztlichen Verschwiegenheits- bzw. Anzeigepflicht sowie verschiedene sonstige Adaptierungen im Bereich des ärztlichen Berufsrechtes.

Die Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 152/1994 in der Fassung BGBl. II Nr. 228/1998, gilt, sofern sie diesem Bundesgesetz nicht widerspricht, als Bundesgesetz bis zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 24 dieses Bundesgesetzes.

Infolge der oben genannten umfassenden Änderungen der Kammerstrukturen wurde eine neue Ärztekammer-Wahlordnung erlassen, die im BGBl. II Nr. 474/1998 verlautbart wurde.

Eine weitere wesentliche legistische Maßnahme stellt das bereits erwähnte Gesundheitsförderungsgesetz - GfG, BGBl. I Nr. 51/1998, dar.

Mit diesem Gesetz erfolgt eine Zieldefinition sowie die Definition von Strategien für die Verwendung zweckgebundener Finanzmittel, die aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt und beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales budgetiert werden. Die ab dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes jährlich zur Verfügung gestellten Mittel sollen eine kohärente, langfristige Planung und Umsetzung im Bereich der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information ermöglichen. Sie sollen in Ergänzung der bereits etablierten Vorsorgemaßnahmen der Förderung und Durchführung praktischer Aktivitäten und flankierender wissenschaftlicher Studien in der Gesundheitsförderung dienen und gleichzeitig die Schaffung einer nachhaltigen unterstützenden Struktur für derartige Maßnahmen und Initiativen ermöglichen.

Mit der Abwicklung wird der bestehende gemeinnützige Fonds „Gesundes Österreich" betraut.

Im Bereich des Bundes gab es 1998 folgende weitere legistische Maßnahmen:

Mit BGBl. I Nr. 30/1998 wurde das Gesetz über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer - GAFB erlassen. Mit diesem Gesetz wird u.a. auch das Arzneimittelgesetz, das Ärztegesetz 1984, die Verordnung betreffend Regelung der Ausbildung zum Zahnarzt, das Medizinproduktegesetz, das Suchtmittelgesetz und das Tierärztegesetz geändert.

Das Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung wurde mit BGBl. I Nr. 52/1998 geändert.

Maßgebend für die im Landesbereich bereits erwähnte Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften ist das Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes, BGBl. I Nr. 61/1998.

Das Gentechnikgesetz - GTG, BGBl. Nr. 510/1994, wurde mit BGBl. I Nr. 73/1998 geändert.

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Bundesinstitutes für Arzneimittel wurde mit BGBl. I Nr. 78/1998 eine Änderung des Behörden-Überleitungsgesetzes, des Aids-Gesetzes 1993, des Bundesgesetzes über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, des Rezeptpflichtgesetzes und des Arzneimittelgesetzes vorgenommen.

Die 20. Straßenverkehrsordnungs-Novelle, BGBl. I Nr. 92/1998, regelt u.a. die Blutabnahme zum Zweck der Bestimmung des Blutalkoholgehaltes in öffentlichen Krankenanstalten.

Mit BGBl. I Nr. 95/1998 wurden das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das Ärztegesetz 1984 und das Krankenanstaltengesetz geändert. Es erfolgten Anpassungen an die Bedürfnisse der Praxis und des damit einhergehenden weitergehenden Einsatzbereiches der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe.

Das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den kardiotechnischen Dienst (Kardiotechnikergesetz - KTG) erlassen wird und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz und das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz geändert werden, ist im BGBl. I Nr. 96/1998 verlautbart. Mit dem Kardiotechnikergesetz - KTG wird der Beruf des Kardiotechnikers reglementiert und eine einheitliche Ausbildung geschaffen. Die Änderung des Ausbildungsvorbehaltsgesetzes und des Krankenanstaltenarbeitszeitgesetzes war notwendig, um diese Berufsgruppe in den Regelungsbereich dieser Gesetze aufzunehmen.

Das Atomhaftungsgesetz 1999 - AtomHG 1999, BGBl. I Nr. 170/1998, regelt die zivilrechtliche Haftung für Schäden, die durch ionisierende Strahlung von Kernanlagen, Kernmaterial oder Radionukliden an Menschen oder Sachen verursacht werden.

Aufgrund des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes, BGBl. I Nr. 108/1997, auf das im Verwaltungsbericht 1997 ausführlich eingegangen wurde, wurden zwei Verordnungen erlassen:

a) Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über Form und Inhalt des Berufsausweises für Angehörige der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflege-Ausweisverordnung - GuK-AusweisV), verlautbart im BGBl. II Nr. 20/1998, und

b) Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise von Krankenschwestern und Krankenpflegern, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, die im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraumes anerkannt werden (Gesundheits- und Krankenpflege-EWR-Verordnung - GuK-EWRV), verlautbart im BGBl. II Nr. 21/1998.

Aufgrund des Gentechnikgesetzes wurde die Gentechnik-Kennzeichnungsverordnung, BGBl. II Nr. 59/1998, erlassen, die Regelungen über die Kennzeichnung von Erzeugnissen, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, und über weitere Angaben zu deren Inverkehrbringen beinhaltet. Überdies wurde mit BGBl. II Nr. 164/1998 die Anhörungsverordnung geändert.

Mit BGBl. II Nr. 63/1998 und BGBl. II Nr. 473/1998 wurde die Verordnung betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich geändert.

Die Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Verleihung der Bezeichnung „Lehrgang universitären Charakters" und über den akademischen Grad „Master of Advanced Studies (Psychosomatische und psychotherapeutische Medizin)" wurde im BGBl. II Nr. 102/1998 verlautbart.

Aufgrund des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes - ASchG, BGBl. Nr. 450/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 9/1997, wurden drei Verordnungen erlassen:

a) Die Bildschirmarbeitsverordnung - BS-V, verlautbart im BGBl. II Nr. 124/1998, enthält Regelungen über den Schutz der Arbeitnehmer/Innen bei Bildschirmarbeit.

b) Die Arbeitsstättenverordnung - AStV, verlautbart im BGBl. II Nr. 368/1998, legt die Anforderungen an Arbeitsstätten und an Gebäuden auf Baustellen fest. Überdies enthält sie eine Änderung der Bauarbeiterschutzverordnung.

c) Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über sicherheitstechnische Zentren (STZ-VO), BGBl. II Nr. 450/1998, enthält nähere Regelungen für sicherheitstechnische Zentren, wie deren fachliche Leitung, Ausstattung mit Sicherheitsfachkräften, Fach- und Hilfspersonal, die notwendigen Räumlichkeiten und deren Ausstattung.

Mit BGBl. II Nr. 441/1998 wurde die Verordnung über arbeitsmedizinische Zentren geändert, die ebenfalls auf dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz - ASchG beruht.

Aufgrund des Arzneimittelgesetzes, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998, wurden zwei Verordnungen erlassen:

a) Mit BGBl. II Nr. 179/1998 wurde verordnet, dass Arzneimittel, die Paraffinum liquidum enthalten und zur lokalen Anwendung in der Nase bestimmt sind, nicht mehr in Verkehr gebracht werden dürfen.

b) Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Zulassung von Arzneispezialitäten, BGBl. II Nr. 220/1998, regelt, welche Daten und Angaben Zulassungsanträge zu enthalten haben. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Arzneispezialitätenverordnung, BGBl. Nr. 82/1985, außer Kraft.

Mit den Verordnungen der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales BGBl. II Nr. 209/1998 und 456/1998 wurde die Österreichische Arzneitaxe geändert.

Die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, BGBl. II Nr. 215/1998, enthält Regelungen über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe des Großhandels mit Arzneimitteln und das Gewerbe des Großhandels mit Giften. Sie ersetzt die Verordnung über den Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe des Großhandels mit Drogen und Pharmazeutika, BGBl. Nr. 28/1990.

Mit BGBl. II Nr. 228/1998 wurde die Ärzte-Ausbildungsordnung geändert.

Aufgrund des Epidemiegesetzes wurde die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten, BGBl. II Nr. 229/1998, erlassen. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung betreffend Anzeigepflicht für subakute spongiforme Encephalopathien, BGBl. Nr. 156/1996, außer Kraft.

Mit BGBl. II Nr. 304/1998 wurde eine Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den fünften Nachtrag zum Arzneibuch verlautbart.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 329/1998, regelt die Einbeziehung bestimmter Personengruppen in öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung.

Das BGBl. II Nr. 353/1998 beinhaltet eine Änderung der Ärztekammer-Wahlordnung, BGBl. II Nr. 5/1997. Diese Ärztekammer-Wahlordnung ist jedoch inzwischen aufgrund der im Zusammenhang mit dem Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998 bereits erwähnten Ärztekammer-Wahlordnung, BGBl. II Nr. 474/1998, außer Kraft getreten.

Aufgrund des Fortpflanzungsmedizingesetzes, BGBl. Nr. 275/1992, wurde die Verordnung über Meldungen hinsichtlich von Tätigkeiten und Erfahrungen auf dem Gebiet der medizinisch unterstützten Fortpflanzung (FMedV), BGBl. II Nr. 362/1998, erlassen. Sie enthält Regelungen über Meldepflichten der Krankenanstalten, der niedergelassenen Ärzte und des Landeshauptmannes.

Mit BGBl. II Nr. 363/1998 wurde die Rezeptpflichtverordnung geändert. Die Änderung bezieht sich auf den Inhalt der Anlagen.

Im Bäderhygienerecht wurde durch die Änderung des Bäderhygienegesetzes, BGBl. Nr. 658/1996, eine Anpassung an die Rechtslage der EU vorgenommen. Aufgrund dieses Gesetzes wurde nunmehr mit BGBl. II Nr. 420/1998 eine neue Bäderhygieneverordnung erlassen. Sie enthält Regelungen über Hygiene in Bädern, Sauna-Anlagen, Warmluft- und Dampfbädern sowie Kleinbadeteichen und die an Badestellen zu stellenden Anforderungen.

Die Kundmachungen des Bundeskanzlers BGBl. III Nr. 7/1998, 22/1998 und 69/1998 betreffen den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung. Diese Kundmachungen sind in Nostrifikationsverfahren von Bedeutung.

Mit BGBl. III Nr. 88/1998 wurde in die Anti-Doping-Konvention (BGBl. Nr. 451/1991, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 186/1997) die neue Liste der verbotenen Wirkstoffgruppen und verbotenen Methoden aufgenommen.

Mit BGBl. III Nr. 98/1998 erfolgte die Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, abgeändert durch das Protokoll vom 16. November 1989.

Eine weitere wesentliche legistische Maßnahme des Bundes war das Suchtmittelgesetz, das mit BGBl. I Nr. 112/97 verlautbart wurde und am 1. Jänner 1998 in Kraft getreten ist. Auf den Inhalt dieses Gesetzes wurde bereits ausführlich im Verwaltungsbericht 1997 eingegangen.

Mit BGBl. II Nr. 374/1997 bis 379/97 wurden sechs Verordnungen zum Suchtmittelgesetz erlassen: Suchtgiftverordnung, Psychotropenverordnung, Vorläuferstoffeverordnung, Suchtgiftgrenzmengenverordnung, Psychotropengrenzmengenverordnung sowie eine Verordnung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmissbrauch.

Mit BGBl. II Nr. 442/1998 wurde die ebenfalls auf dem Suchtmittelgesetz beruhende Kundmachung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmissbrauch geändert. Damit wurde die Liste der Wiener Einrichtungen dem aktuellen Stand angepasst.

3. Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes:

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 2. März 1998, G 37/1997 u.a. wurde § 10 Abs. 2 Z 1, Abs. 3 und eine Wortfolge in § 10 Abs. 5 Apothekengesetz als verfassungswidrig aufgehoben. Dies bedeutet, dass die Bedarfsprüfung zur Niederlassung einer öffentlichen Apotheke mit sofortiger Wirksamkeit (nach Veröffentlichung im BGBl. I Nr. 53/1998 vom 1.4.1998) aufgehoben und die Rechtslage für hausapothekenführende Ärzte grundlegend verändert ist.

Das Erkenntnis bedeutet inhaltlich eine Beibehaltung des Existenzschutzes für bereits bestehende Apotheken, die anderen beschränkenden Voraussetzungen für niederlassungswillige Apotheker wurden jedoch aus dem Gesichtspunkt des Grundrechtes der Erwerbsfreiheit aufgehoben. Aufgrund dieser Änderung der Rechtslage wird sich die Zahl der öffentlichen Apotheken erhöhen. In jenen Bereichen, die derzeit nicht durch eine öffentliche Apotheke versorgt sind - da die bislang für eine Neuerrichtung erforderliche Zahl von 5.500 Personen nicht erreicht wurde - wäre die Möglichkeit der Gründung einer neuen Apotheke gegeben.

Da § 29 Abs. 4 betreffend Pflicht zur Rücknahme der Bewilligung zur Haltung einer ärztlichen Hausapotheke nicht geändert wurde, musste diese Bestimmung an die neue Rechtslage im Apothekenrecht angepasst und das mühsam ausgehandelte Gleichgewicht zwischen öffentlichen Apotheken und ärztlichen Hausapotheken innerhalb einer Übergangsfrist, die im Sinne des Vertrauensschutzes an die Berufsausübung des hausapothekenführenden Arztes gebunden ist, erhalten werden. Diese Anpassung erfolgte durch die Aufnahme einer Übergangsbestimmung in das Apothekengesetz mit BGBl. I Nr. 120/1998.

4. Verwaltungsbericht des Referates 1:

329 Begutachtungen von Gesetz- und Verordnungsentwürfen sowie 666 Ausarbeitungen von Stellungnahmen und Berichten nahmen einen sehr großen Raum ein. Die Zahl der Begutachtungen ist gegenüber dem Jahr 1997 wesentlich gestiegen. Thematische Schwerpunkte bildeten hiebei die Begutachtung zum Entwurf und zur Regierungsvorlage für das Ärztegesetz 1998, ein Blutsicherheitsgesetz und zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über Ausbildung und Beruf der Sanitäter erlassen wird, und das Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste - MTF-SHD-G und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz geändert werden. Die Begutachtung insbesondere des letztgenannten Entwurfes war äußerst zeitaufwendig. Es bestanden massive Unklarheiten und in der Folge Kontroversen über Form und Umfang der Ausbildung der verschiedenen vorgesehenen Berufsbilder. Überdies wurden massive Bedenken wegen der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen geäußert. In diesem Zusammenhang fanden Besprechungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und den Bundesländern statt, an denen Vertreter der Dienststelle teilgenommen haben.

Mit den Arbeiten betreffend die Führung der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates für Wien waren der Dezernatsleiter und eine Kanzleibedienstete befasst. 1998 wurde die Geschäftsordnung neu gefasst.

Nach den Bestimmungen des Ärztegesetzes 1984 waren 1998 Wahlen in die Ärztekammer für Wien durchzuführen. Die Vorbereitung dieser Wahlen wurde zuvor von der Magistratsdirektion wahrgenommen und 1998 der Ab-

teilung übertragen. Es waren daher nach geltender Rechtslage Wahlvorbereitungen durchzuführen. Die Wahl selbst hat noch nicht stattgefunden, da das neue Ärztegesetz 1998 eine Übergangsbestimmung enthält, wonach anhängige Wahlvorgänge mit Inkrafttreten des Gesetzes beendet sind. Die Funktionsperiode aller zuletzt gewählten Organe wurde um längstens ein Jahr verlängert.

Ein weiteres neues Aufgabengebiet ist dem Referat 1 aus der Verwaltung der Stiftung zur Förderung der Tuberkulosebekämpfung aus dem Jahre 1917 erwachsen. Zweck dieser Stiftung war zunächst die Gewährung von Zuschüssen an bedürftige Tuberkuloseheilstätten und an sonstige Organisationen, die der Bekämpfung der Tuberkulose dienen. Seit 1943 werden Erträge dieser Stiftung an „Ärzte und Fürsorgerinnen, die sich um die Bekämpfung dieser Volkskrankheit besonders verdient gemacht haben", ausbezahlt. Die letzten Zuerkennungen von Anerkennungsgaben aus den Erträgen dieser Stiftung fanden im Mai 1984 statt. Da sich im Laufe der Zeit die rechtliche und vor allem die dienstrechtliche und versicherungsrechtliche Situation der Bediensteten, die mit Tuberkulose zu tun haben, wesentlich geändert hat, wurde der Stiftungszweck dahingehend geändert, dass er nunmehr in der finanziellen Förderung von wissenschaftlichen Tätigkeiten und von Projekten im Zusammenhang mit der Tuberkulose besteht. Die entsprechende Satzungsänderung wurde 1996 von der Landesregierung genehmigt.

Das von der Stiftung angestrebte Ziel wird durch Gewährung finanzieller Mittel an natürliche oder juristische Personen mit Sitz in Wien erreicht, deren Tätigkeit im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Tuberkulose auf Wien bezogen ist. Über die Zuerkennung der Stiftungserträge entscheidet der amtsführende Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen auf Vorschlag des Beirates, der ebenfalls im Zuge der oben erwähnten Satzungsänderung eingeführt wurde. Die administrativen Tätigkeiten in diesem Zusammenhang obliegen dem Referat 1. Im Jahr 1998 wurde mit der Förderung der ersten drei Projekte begonnen.

Ein umfangreiches Aufgabengebiet der Abteilung bildet die Bearbeitung von Anträgen an die Wiener Landesregierung und sonstigen Verfahren, die die Bewilligungen und Genehmigungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 für alle Krankenanstalten betreffen. Auch die entsprechenden Bewilligungen nach den Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes für Krankenanstalten sind von der Abteilung zu erteilen. Da seit 1995 in den Verfahren zur Errichtung und Erweiterung von Krankenanstalten, zu denen auch Ambulatorien gehören, jeweils eine sehr komplizierte Bedarfsprüfung durchzuführen ist, sind die Verfahren mit Bedarfsprüfung seither äußerst umfangreich, arbeits- und zeitaufwendig. Die Anzahl der Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof in diesem Bereich ist 1998 neuerlich gestiegen.

Auch im Bereich des Apothekenrechtes steigt die Anzahl der Verfahren. Aufgrund des bereits erwähnten Verfassungsgerichtshoferkenntnisses und der dadurch geänderten Rechtslage wird sich die Zahl der Apotheken erhöhen. Es kommt bereits jetzt zu einem spürbaren Anstieg der Verfahren.

Eine weitere bedeutende Aufgabe der Abteilung besteht in der Erteilung von Bewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz für Strahleneinrichtungen und dem Umgang mit radioaktiven Stoffen, die der medizinischen Heilbehandlung dienen. Bewilligungspflichtig sind alle neuen und abgeänderten Röntgendiagnostik- und Therapieeinrichtungen sowie nuklearmedizinische Einrichtungen, und zwar ohne Unterschied, ob sie sich in Krankenanstalten oder in Ordinationen von Ärzten, Dentisten oder Tierärzten befinden. § 17 Strahlenschutzgesetz sieht für alle Einrichtungen, die nach den Bestimmungen des Strahlenschutzgesetzes bewilligt wurden, jährlich Überprüfungen vor. 1998 wurden daher 695 Überprüfungen nach dem Strahlenschutzgesetz durchgeführt.

Besprechungen, Verhandlungen und Bewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und dem Strahlenschutzgesetz im Zusammenhang mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien erfordern einen großen Arbeitsaufwand. Auch in den nächsten Jahren werden laufend Teilbetriebsbewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und dem Strahlenschutzgesetz zu erteilen sein.

Insgesamt wurden 442 Augenscheinsverhandlungen durchgeführt, wobei 284 auf Krankenanstalten- und Arbeitnehmerschutzangelegenheiten, 123 auf Strahlenschutzangelegenheiten, 19 auf Apothekenangelegenheiten, zwei auf Friedhöfe, 13 auf Rettungsstationen und eine auf eine Plasmapheresestelle entfielen.

1998 waren in Sanitätsrechtsangelegenheiten 4.640 Geschäftsstücke zu bearbeiten. Darunter bezogen sich 582 auf Krankenanstalten-, 55 auf Arbeitnehmerschutz-, 609 auf Strahlenschutz-, 317 auf Apotheken-, zwei auf Dentisten-, 36 auf Ärzte- und 17 auf Hebammenangelegenheiten, 28 auf Beerdigungsangelegenheiten sowie 362 auf Angelegenheiten von Krankenpflegepersonen. Überdies waren 236 Nostrifikationsverfahren nach § 52 b Krankenpflegegesetz (bzw. § 32 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz), neun Verfahren nach § 52 a Krankenpflegegesetz (bzw. § 34 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz) für die Bewilligung der Fortbildung bei Ausbildung im Ausland von Krankenpflegepersonen und sieben Verfahren nach § 9 MTD-Gesetz für die Bewilligung der Fortbildung bei Ausbildung im Ausland in einem gehobenen medizinisch-technischen Dienst durchzuführen. Zwei Verfahren wurden nach dem Fortpflanzungsmedizingesetz durchgeführt. In 81 Fällen war über Verdienstentgangsansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950 zu entscheiden. Die übrigen Geschäftsstücke bezogen sich vor allem auf die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, auf die Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, sonstige Stellungnahmen, Berichte und Äußerungen in verschiedenen Sanitätsrechtsangelegenheiten und auf die Rattenbekämpfung. Zu 387 Besprechungen und Verhandlungen anderer Dienststellen waren Vertreter zu entsenden.

Sozialversicherung und Arbeitsrecht

Aus dem Aufgabenbereich des Referates 2 ist Folgendes zu berichten:

1. Bundesgesetzliche Maßnahmen - Sozialversicherung:

Im Bereich der Sozialversicherung erfolgten im Jahr 1998 zahlreiche Neuregelungen.

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) erfuhr zu Beginn des Jahres lediglich geringfügige Änderungen, die im BGBl. I Nr. 6/1998 kundgemacht wurden. Diese Novelle regelt den Wegfall von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzgeld bzw. Karenzurlaubsgeld infolge eines Einkommens aus vorübergehender Beschäftigung sowie die Anpassung der Bestimmungen über die Ermittlung des Wochengeldes an das mit 1. Juli 1997 in Kraft getretene Karenzgeldgesetz.

Weitere geringfügige Änderungen im Bereich des ASVG, GSVG, BSVG und B-KUVG sowie des Notarversicherungsgesetzes erfolgten mit BGBl. I Nr. 30/1998. Die neu eingeführten Bestimmungen sehen insbesondere eine Gleichstellung des Ausbildungsdienstes mit dem Präsenz- oder Zivildienst vor bzw. beinhalten Regelungen über das Ruhen der Leistungsansprüche bei Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes.

Da infolge der Umsetzung der Bestimmungen des Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetzes 1997 administrative Probleme aufgetreten waren, bestand ein Bedarf an entsprechenden legistischen Korrekturen. Diese erfolgten durch die 55. Novelle zum ASVG bzw. die korrespondierenden Novellen zum GSVG, BSVG, FSVG und B-KUVG, welche überwiegend der Rechtsbereinigung dienen.

Durch die 55. Novelle zum ASVG, BGBl. I Nr. 138/1998, erfolgte inbesondere eine Neufassung des Dienstnehmerbegriffes gemäß § 4 Abs. 2 ASVG. Diese Neuregelung hat zur Folge, dass nunmehr auch die lohnsteuerpflichtigen geschäftsführenden Gesellschafter in die Pflichtversicherung nach § 4 Abs. 2 ASVG einbezogen werden.

Außerdem wurde der Begriff des freien Dienstnehmers gemäß § 4 Abs. 4 ASVG dahingehend ergänzt, dass ein freies Dienstverhältnis dann nicht vorliegt, wenn bezüglich derselben Tätigkeit bereits eine Versicherungspflicht gemäß § 3 Abs. 3 GSVG besteht. Im übrigen wurden auch die Bestimmungen hinsichtlich der geringfügig Beschäftigten einer Änderung unterzogen. So wurde z.B. ein einheitlicher pauschalierter Dienstgeberbeitrag in Höhe von 17,8 Prozent festgelegt, sodass nunmehr nicht zwischen geringfügig beschäftigten Arbeitern und Angestellten unterschieden werden muss.

Neu eingeführt wurde weiters, dass vollversicherte freie Dienstnehmerinnen ab 1. Jänner 1998 einen Anspruch auf Wochengeld haben. Darüber hinaus wurden die durch das ASRÄG 1997 gegenstandslos gewordenen Auskunftspflichten des freien Dienstnehmers - in eingeschränkter Form - wieder eingeführt. Weitere Regelungen betreffen beitragsrechtliche Angelegenheiten, Änderungen hinsichtlich der Angehörigeneigenschaft in der Krankenversicherung, Änderungen im Pensionsrecht sowie hinsichtlich der verfahrensrechtlichen Bestimmungen.

In den verfahrensrechtlichen Bestimmungen wurde insbesondere die Regelung des § 417a ASVG neu eingeführt, nach der sowohl der Landeshauptmann als auch das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Möglichkeit haben, bei mangelhaft erhobenem Sachverhalt oder unvollständiger Begründung den Bescheid des Sozialversicherungsträgers bzw. des Landeshauptmannes zu beheben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheides an den Versicherungsträger oder den Landeshauptmann zurückzuverweisen.

Durch die 23. Novelle zum GSVG, BGBl. I Nr. 139/1998, wurde u.a. die Geringfügigkeitsgrenze für Gewerbetreibende eingeführt. So können nunmehr Gewerbetreibende, die glaubhaft machen, dass sie mit ihren Einkünften nicht umsatzsteuerpflichtig sind und diese Einkünfte das 12-fache der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze von S 3.830 nicht übersteigen, auf Antrag von der Pflichtversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung befreit werden. Weitere Änderungen betreffen die Selbstversicherung nach dem GSVG sowie beitragsrechtliche und pensionsrechtliche Bestimmungen.

Im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung wurde durch die 22. Novelle zum BSVG, BGBl. I Nr. 140 /1998, eine umfassende Neustrukturierung der bäuerlichen Unfallversicherung vorgenommen.

Lediglich geringfügige Änderungen erfolgten durch die 11. Novelle zum FSVG, BGBl. I Nr. 141/1998. Dies trifft auch auf die 26. Novelle zum B-KUVG, BGBl. I Nr. 142/1998, sowie auf die Änderung des Notarversicherungsgesetzes, BGBl. I Nr. 30/1998, zu.

Von den im Jahr 1998 auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Sozialrechtes ergangenen sonstigen Rechtsvorschriften sind folgende Bestimmungen zu erwähnen:

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz erfuhr zahlreiche Änderungen, die im BGBl. I Nr. 6/1998, BGBl. I Nr. 16/1998, BGBl. I Nr. 30/1998, BGBl. I Nr. 55/1998, BGBl. I Nr. 148/1998 und BGBl. I Nr. 167/1998 kundgemacht wurden.

Eine Änderung des Sonderunterstützungsgesetzes wurde im BGBl. I Nr. 7/1998 verlautbart.

Das Bundespflegegeldgesetz wurde mit BGBl. I Nr. 111/1998 einer Änderung unterzogen und auch das Arbeitsmarktservicegesetz erfuhr mit BGBl. I Nr. 148/1998 eine neuerliche Änderung.

Darüber hinaus erfolgte durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 8/1998, die Rentenanpassung sowie die Feststellung bestimmter Werte im Versorgungsrecht für das Kalenderjahr 1998.

Außerdem wurde eine Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und Zuschläge erlassen, die im BGBl. II Nr. 17/1998 kundgemacht wurde.

Eine weitere Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 18/1998, betraf die Vergütung an Träger der Krankenversicherung für die Mitwirkung an der Durchführung der Unfall- und Pensionsversicherung sowie des Nachtschwerarbeitsgesetzes.

Im BGBl. II Nr. 41/1998 wurde die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über beitragsfreie pauschalierte Aufwandsentschädigungen kundgemacht.

Weitere Verordnungen der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, welche im BGBl. II Nr. 45/1998 und BGBl. Nr. II 46/1998 kundgemacht wurden, betreffen die Festsetzung eines Pauschalbetrages für die anteiligen Verwaltungsaufwendungen der Gebietskrankenkassen für die Vollziehung der Wiedereinstellungsbeihilfe nach dem Karenzgeldgesetz sowie die Festsetzung eines Pauschalbetrages für die anteiligen Verwaltungsaufwendungen der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues für die Vollziehung der Sonderunterstützung nach dem Sonderunterstützungsgesetz.

Die Feststellung der Ausgleichstaxe und der Prämie nach dem Behinderteneinstellungsgesetz für das Kalenderjahr 1998 erfolgte mit Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 53/1998.

Weiters wurde die Sondernotstandshilfeverordnung mit Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 90/1998, abgeändert. Im BGBl. II Nr. 117/1998 wurde die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über eine Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung kundgemacht.

Die Einhebung der Schlechtwetterentschädigungsbeiträge wurde durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales geregelt, welche im BGBl. II Nr. 264/1998 kundgemacht wurde.

Darüber hinaus wurde die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der der Aufteilungsschlüssel in der Krankenversicherung der Pensionisten geregelt wurde, im BGBl. II Nr. 370/1998 verlautbart.

Der Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß dem Insolvenz- Entgeltsicherungsgesetz wurde für das Jahr 1999 durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 386/1998, festgesetzt.

Darüber hinaus wurde die Lohnklassentabelle im Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 ergänzt und die diesbezügliche Verordnung im BGBl. II Nr. 417/1998 kundgemacht.

Der Anpassungsfaktor, die Anpassungsfaktormesszahl und die Anpassungsrichtwertmesszahl für das Jahr 1999 wurden durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 439/1998, festgesetzt.

Weiters wurde die Verordnung über die Festsetzung des Lohnstufenschemas nach dem ASVG durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 440/1998, geändert.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Aufwertung und Anpassung nach dem BSVG und B-KUVG für das Kalenderjahr 1999 wurde im BGBl. II Nr. 454/1998 verlautbart. Eine weitere Kundmachung der Bundesministerin über die Aufwertung und Anpassung nach dem ASVG, GSVG, BSVG und B-KUVG für das Kalenderjahr 1999 erfolgte im BGBl. II Nr. 455/1998.

Letztlich hatte eine weitere Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Rentenanpassung sowie die Feststellung bestimmter Werte im Versorgungsrecht für das Kalenderjahr 1999 zum Gegenstand. Diese wurde im BGBl. II Nr. 469/1998 verlautbart.

2. Zwischenstaatliche Vereinbarungen - Sozialversicherung:

Auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Vereinbarungen gab es 1998 folgende Neuregelungen:

Die Abkommen zwischen Österreich und Mazedonien, der Republik Österreich und der Republik Slowenien, der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein, der Republik Österreich und der Republik Kroatien sowie der Republik Österreich und dem Königreich Norwegen über soziale Sicherheit wurden mit BGBl. III Nr. 46/1998, BGBl. III Nr. 103/1998, BGBl. III Nr. 138/1998, BGBl. III Nr. 151/1998, BGBl. III Nr. 162/1998 und BGBl. III Nr. 202/1998 kundgemacht.

Das vierte Zusatzabkommen zu dem zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Abkommen vom 15. November 1967 über soziale Sicherheit wurde im BGBl. III Nr. 203/1998 verlautbart.

Die Vereinbarungen zur Durchführung der Abkommen über soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien, zwischen Österreich und Mazedonien sowie zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien wurden mit BGBl. III Nr. 104/1998, BGBl. III Nr. 142/1998 und BGBl. III Nr. 163/1998 kundgemacht.

3. Bundesgesetzliche Maßnahmen - Arbeitsrecht:

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes ist auf folgende Regelungen hinzuweisen:

Das Karenzgeldgesetz wurde wiederholt geändert und diese Änderungen wurden im BGBl. I Nr. 6/1998 und BGBl. I Nr. 30/1998 kundgemacht. Darüber hinaus erfolgten auch Änderungen bezüglich des Eltern- Karenzurlaubsgesetzes, welche im BGBl. I Nr. 70/1998 und BGBl. I Nr. 123/1998 verlautbart wurden.

Weiters wurde das Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen mit BGBl. I Nr. 5/1998 einer Änderung unterzogen und das Nachtschwerarbeitsgesetz mit BGBl. I Nr. 7/1998 geändert.

Änderungen des Arbeitsplatzsicherungsgesetzes erfolgten mit BGBl. I Nr. 30/1998.

Das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz wurde mit BGBl. I Nr. 30/1998 und BGBl. I Nr. 113/1998 geändert. Letzteres enthält auch eine Änderung des Bauarbeiter - Schlechtwetterentschädigungsgesetzes.

Bezüglich des Landarbeitsgesetzes erfolgten mehrere Änderungen, die im BGBl. I Nr. 30/1998 und BGBl. I Nr. 101/1998 kundgemacht wurden.

Außerdem wurde das Wirtschaftskammergesetz im BGBl. I Nr. 103/1998 verlautbart. Darüber hinaus erfuhr das Arbeiterkammergesetz mit BGBl. I Nr. 104/1998 sowie mit BGBl. I Nr. 166/1998 neuerliche Änderungen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Durchführung der Wahl der Vollversammlungen der Kammern für Arbeiter und Angestellte eine Verordnung erlassen hat (Arbeiterkammer - Wahlordnung), die im BGBl. II Nr. 340/1998 kundgemacht wurde.

Diese wurde in weiterer Folge durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 389/1998, geändert.

Im übrigen erfolgten auch mehrere Änderungen des Arbeitsmarktpolitik - Finanzierungsgesetzes, welche im BGBl. I Nr. 16/1998, BGBl. I Nr. 30/1998 und BGBl. I Nr. 148/1998 kundgemacht wurden.

Auch das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz wurde neuerlich mit BGBl. I Nr. 79/1998 geändert.

Weiters wurde das Mutterschutzgesetz mehreren Änderungen unterzogen, die im BGBl. I Nr. 70/1998 und im BGBl. I Nr. 123/1998 kundgemacht wurden.

Außerdem erfolgten hinsichtlich des Arbeitsverfassungsgesetzes eine Reihe von Änderungen, die im BGBl. I Nr. 30/1998, BGBl. I Nr. 69/1998 und BGBl. I Nr. 79/1998 kundgemacht wurden.

Letztlich erfolgte mit BGBl. I Nr. 112/1998 eine Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes.

Mehrere Verordnungen der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die die Beschäftigung von Ausländern in der Land- und Forstwirtschaft, im Sommerfremdenverkehr und Winterfremdenverkehr betreffen, wurden im BGBl. II Nr. 49/1998, BGBl. II Nr. 171/1998, BGBl. II Nr. 177/1998 und im BGBl. II Nr. 410/1998 kundgemacht.

Der Beitragssatz nach dem Engeltfortzahlungsgesetz wurde durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 105/1998, festgesetzt.

Der Zuschlag zum Lohn für den Sachbereich der Winterfeiertagsregelung wurde durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 120/1998, verlautbart.

Weiters wurde die Arbeitsruhegesetz-Verordnung mehrfach geändert. Diese Änderungen wurden im BGBl. II Nr. 242/1998 und im BGBl. II Nr. 374/1998 verlautbart.

Die Landeshöchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern im Jahr 1999 bzw. die Bundeshöchstzahlen für 1999 wurden durch Verordnung im BGBl. II Nr. 411/1998 verlautbart bzw. im BGBl. II Nr. 412/1998 kundgemacht.

Mit BGBl. II Nr. 416/1998 wurde darüber hinaus die Verordnung betreffend die Lohnzuschläge für die Sachbereiche der Urlaubs- und der Abfertigungsregelung nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz geändert.

4. Verwaltungsbericht des Referates 2:

Im Jahr 1998 war zwar kein neuerlicher sprunghafter Anstieg der Akten wie im Jahr 1997 zu verzeichnen, jedoch lag die Anzahl der zu bearbeitenden Akten wiederum erheblich über dem Durchschnitt der vorangegangenen Jahre.

Insgesamt betrug der Neuzugang in der Sozialversicherung 1.725 Geschäftsstücke. Davon entfielen 1.525 Geschäftsstücke auf Verfahren nach sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen. In diesen Angelegenheiten mussten 312 Büroverhandlungen abgehalten werden. Die Berufungsverfahren nach dem Behinderteneinstellungsgesetz umfassten 194 Fälle, 5 Geschäftsstücke betrafen Angelegenheiten der Obereinigungskommission, 1 Geschäftsstück betraf ein Berufungsverfahren in Angelegenheit der Refundierung von Sondernotstandshilfe. In Beschwerdefällen vor dem Verwaltungsgerichtshof und dem Verfassungsgerichtshof mussten 66 Gegenschriften erstattet werden. In 58 Fällen waren Gutachten über Gesetzesentwürfe, Verordnungsentwürfe und in sonstigen Rechtsangelegenheiten abzugeben. Schließlich wurden auch noch Stellungnahmen und Berichte für internationale Organisationen erstattet.

Dezernat III - Gesundheitsplanung

Das Dezernat Gesundheitsplanung führt die drei Referate Gesundheitsberichterstattung, Strukturentwicklung und Public Health sowie Gesundheitsförderung.

Gesundheitsberichterstattung

Dieses Referat erstellte im Berichtsjahr den Gesundheitsbericht für Wien 1997. Weiters wurde der Erste Wiener Seniorengesundheitsbericht erstellt, der im Februar 1998 herausgegeben wurde. In der Schriftenreihe „Statistische Mitteilungen zur Gesundheit in Wien" erschienen zwei Publikationen. Im Frühjahrsheft stand der Leistungsbericht der MA 15 im Mittelpunkt mit dem Schwerpunkt Institut für Umweltmedizin (IFUM), das Thema des Herbstheftes waren „Soziale Netzwerke und Gesundheit". Im Rahmen des internationalen Datenbeirates zum Gesundheitsförderungsplan wurden Vorarbeiten für die Erstellung eines Wiener Gesundheitssurveys gemeinsam mit dem Institut für Höhere Studien in Wien abgeschlossen.

Zu den sonstigen Aufgaben des Referates zählten die Verwaltung von gesundheitsbezogenen Daten, Beratungsleistungen sowie lokale, nationale und internationale Zusammenarbeit.

Strukturentwicklung und Public Health

1996 wurde das Diabeteskonzept der Stadt Wien, das die Steigerung der Lebensqualität von Typ 2-DiabetikerInnen durch Patientenschulungen zum Ziel hat, fortgeführt. Dieses Projekt hat Beispielscharakter für eine patientenorientierte, integrative und qualitätsgesicherte Verhaltensintervention. Weiters wurden der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die pflegerische Infrastruktur Wiens abgeschlossen und in der Folge von der Wiener Landesregierung beschlossen. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Referates war die Koordination und Verhandlung des Österreichischen Krankenanstaltenplans - Revision '99, soweit es die Stadt Wien betrifft. Dieser Plan wurde am 15. Dezember 1998 in der Bundesstrukturkommission beschlossen. Im Rahmen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft arbeitete Wien am Projekt „Megapoles" mit, ein gemeinsames Gesundheitsförderungsprojekt der 15 Hauptstädte der Staaten der EU und Oslo. Im November fand das Genereal Meeting dieses Projektes in Wien statt. Das Referat arbeitet auch an der Aufbereitung von Unterlagen für die gesundheitspolitische Kommission des Wiener Gemeinderates und erstellte gemeinsam mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie ein Projektkonzept für eine Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Spitälern und extramuralen Einrichtungen.

Im Aufgabenbereich des Referates wurde im Laufe des Jahres 1998 eine Reihe von Stellungnahmen abgegeben, etwa zur Fragestellung hinsichtlich Großgeräte, zu diversen Gesetzesentwürfen, zur Krankenanstaltenplanung, zur intensiv-medizinischen Versorgung und zum Einfluss der leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung auf die Qualität der Gesundheitsversorgung.

Gesundheitsförderung

Das Wiener Unfallverhütungsprogramm für Senioren „Sicher gehen über 60", welches sich zum Ziel gesetzt hat, das Unfallrisiko älterer Menschen zu reduzieren, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Beim Institut „Sicher Leben" wurde die dafür eingerichtete Servicestelle weiter betrieben.

Im Zusammenhang mit der Führung der Geschäftsstelle des WHO-Projektes „Wien - gesunde Stadt", in dessen Rahmen Wien mit der Weltgesundheitsorganisation und Partnerstädten in ganz Europa zusammenarbeitet, wurde die Bewerbung für die dritte Phase des Projektes (1998-2003) erarbeitet und erfolgreich eingebracht: Im September bestätigt der Regionaldirektor der WHO für Europa die weitere Teilnahme Wiens an diesem Projekt.

Das „Wiener Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen" wurde in Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien und den 12 Partnerschulen erfolgreich weiterentwickelt. Im Palais Epstein fand im Februar eine Ausstellung der Aktivitäten der Schulen statt.

In den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fällt die Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Gesunde Stadt" (Auflage: 20.000 Stück) sowie die Präsentation des WHO-Projekts: „Wien - gesunde Stadt" im Internet.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Jahresarbeit war die Arbeit am Wiener Gesundheitsförderungsplan. Im Sommer wurde der Wiener Gesundheitsförderungsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt, der wesentliche Datengrundlagen des Planes zusammenfasst. Im Herbst wurden die bis dahin vorliegenden Ergebnisse bei der internationalen Konferenz „Gesundheit planen für die Stadt" vorgestellt. An dieser Konferenz, die vom Referat vorbereitet wurde, nahmen etwa 300 Personen aus mehr als 15 europäischen Ländern bzw. 50 Städten teil. Zur Verbesserung der Mediendarstellung wurde ein Internet - Konzept erarbeitet. Die Informationen werden über die Homepage des WHO-Projektes „Wien - gesunde Stadt" angeboten.

Dezernat IV - Gesundheitsdienste

Das Dezernat IV umfasst u.a. jene Referate, die sich mit Gesundheitsvorsorge in allen Altersstufen befassen. Das sind IV/2 - Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Sozialpädiatrie und Pflegegelduntersuchungen für Kinder, IV/3 - Zahngesundheit, Jugendzahnkliniken der Stadt Wien, IV/4 - Schulärztlicher Dienst und IV/1 - Gesundheitsvorsorge, Gesundenuntersuchungsstellen. Außerdem gehörten im Berichtsjahr das Institut für Umweltmedizin, die Impfstelle für Auslandsreisende und das Referat Wissenschaftskoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheitsberatung zum Dezernat IV. An Angeboten sind vor allem die ärztliche Betreuung in 57 (56) Elternberatungsstellen, drei Schwangerenberatungsstellen für Risikoschwangerschaften, 11 Familienhebammen, 2 Entwicklungsdiagnostische Ambulanzen, die Jugendzahnkliniken, der Schulärztliche Dienst, die sechs Gesundenuntersuchungsstellen der MA 15, die umweltmedizinische Beratungsstelle im Institut für Umweltmedizin (IFUM) und die Impfstelle für Auslandsreisende in der Zentrale der MA 15 zu nennen.

Das Dezernat IV und einzelne Referate des Dezernates I bieten eine Vielzahl von Serviceleistungen für die Bevölkerung an. Durch Öffentlichkeitsarbeit sollen alle Serviceangebote bei der Bevölkerung weiterhin vermehrt bekannt gemacht werden. Das Angebot an Informationsmaterial wird weiter ausgebaut.

Die Zusammenarbeit mit der Ärztekammer für Wien und der Apothekerkammer für Österreich wurde weiter betrieben.

Organisatorische Änderungen 1998:

Mit 1. Jänner 1998 wurde das Dezernat VI – Begutachtungen eingerichtet. Vom Dezernat IV wechselten die Referate IV/6 – Psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtungen, Referat IV/7 – Körperbehindertenbetreuung, orthopädische Angelegenheiten und das Referat IV/10 – Begutachtungen zum Bezug von Pflegegeld in das neue Dezernat. Seither besteht das Dezernat IV aus sieben Referaten.

Zuerst sollen die Leistungen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge nach aufsteigenden Altersgruppen dargestellt werden:

Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Sozialpädiatrie

Im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind waren 1998 in drei städtischen geburtshilflichen Abteilungen Schwangerenberatungsstellen eingerichtet. Diese Stellen werden größtenteils als Intensivbetreuungsstellen bzw. als Risikoschwangerenberatungsstellen geführt.

Schwangerenberatungsstellen	1997	1998
Beratungen / Untersuchungen	1.569	1.572
davon Erstuntersuchungen	231	231

In 21, Freytaggasse 32, findet für schwangere Frauen, die jenseits der Donau wohnen, zweimal wöchentlich ein Schwangerenturnen statt und eine Gynäkologin hält Kurzvorträge für werdende Mütter. 1998 nahmen 719 schwangere Frauen an diesem Turnen teil.

Die Abteilung führt vier Stützpunkte für Familienhebammen, in denen derzeit elf Familienhebammen für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. In sieben Eltern-Kind-Zentren der MA 11 sind ebenfalls Familienhebammen der Abteilung stundenweise tätig. Von diesen Hebammen wird umfassende Geburtsvorbereitung als Einzel- oder Paarberatung in Form von Informationsgesprächen über die Schwangerschaft, bevorstehende Geburt, Stillen, Wochenbett und Babypflege und auch Schwangerenturnen angeboten. Weiters werden Kreißsaalbesuche organisiert, sodass die Frauen bei der Entbindung in eine ihnen bereits bekannte Umgebung kommen. In Zusammenarbeit mit geburtshilflichen Abteilungen und niedergelassenen Gynäkologen werden auch Hausbesuche vor allem zur Betreuung von Risikoschwangeren gemacht. Sowohl in der Einzelberatung als auch in der Geburtsvorbereitung wird auf die psychologische Beratung zum Angstabbau in Bezug auf die Geburt besonderer Wert gelegt.

Aus den Tätigkeiten der Familienhebammen 1998:

Familienhebammen	1997	1998
Gesamtbetreuungsfrequenz	7.929	8.638
Hausbesuche	1.471	1.471
Kreißsaalführungen	47	34
Babytreffs	208	323

Weiters wurden 1998 die Hebammen 2-mal wöchentlich in den geburtshilflichen Ambulanzen mehrerer Wiener Krankenanstalten eingesetzt, um dort an Ort und Stelle zur Geburtsanmeldung vorsprechende Frauen zu beraten.

In den Stützpunkten werden „Babytreffs" mit Stillberatung und Rückbildungsgymnastik angeboten und auf Wunsch auch vereinzelt Hausbesuche durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit der MA 11 - Amt für Jugend und Familie wurde 1998 eine städtische Beratungsstelle für Familienplanung ärztlich betreut. Zweck der mit den Untersuchungen einhergehenden Beratungen war u.a. Kinderwunsch, Empfängnisverhütung und der Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch.

Städtische Familienplanungsstellen	1997	1998
ärztliche Konsultationen	1.202	1.184
davon Erstuntersuchungen	476	434

1998 wurden in rund 300 ersten Klassen der Berufsschulen Wiens wie in den vergangenen Jahren so genannte Aufklärungsgespräche durchgeführt. Vier bis sechs Teams, jeweils bestehend aus einem/r Arzt/Ärztin und einem/r Sozialarbeiter/in vermitteln jeder Klasse ein Grundwissen über Geschlechtsorgane, Sexualhygiene, Partnerschaft sowie empfängnisverhütende Maßnahmen. Einen Schwerpunkt stellt die AIDS-Problematik dar, weiters finden Gespräche über Drogen statt. Einzelberatungen für Jugendliche inklusive gynäkologischer Untersuchung und Beratung durch Sozialarbeiterinnen werden in der Jugendabendberatung, 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, angeboten.

In Wien gibt es 57 Elternberatungsstellen, das sind die ehemaligen Mutterberatungsstellen. Die Stellen sind jeweils mit einem Arzt, einer Sozialpädagogin (Kinderpflegerin) und/oder einer Sozialarbeiterin besetzt. Die Elternberatungsstellen sind zur Untersuchung und Betreuung gesunder Säuglinge und Kleinkinder gedacht. Mütter und Väter erhalten dort Beratung und Tipps zur Betreuung ihres Kindes aus medizinischer Sicht. Sie erhalten außerdem Informationen über richtige Ernährung, Stillberatung, über die Entwicklung des Kindes, über die richtige Pflege und über Impfungen. Die Ärzte führen auf Wunsch die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass durch und impfen die Kinder entsprechend dem österreichischen Impfplan. Sollte jedoch bei einer Untersuchung eine Erkrankung festgestellt werden, die medizinischer Abklärung oder ärztlicher Betreuung bedarf, überweisen die Ärzte die Eltern auch an niedergelassene Fachärzte, Spezialambulanzen, oder empfehlen - falls nötig - die Einweisung in ein Krankenhaus.

59 ÄrztInnen waren 1998 in den 57 städtischen Elternberatungsstellen tätig:

Ärztlicher Dienst in den Elternberatungsstellen	1997	1998
Beratungen	77.882	85.882
Säuglingsuntersuchungen	48.459	51.268
davon Erstuntersuchungen	7.712	7.894
Untersuchte Kleinkinder	27.430	32.261
Impfungen	46.568	58.437
davon:		
gegen Diphtherie / Tetanus	1.039	530
Diphtherie / Tetanus / Pertussis	1.784	544
Kinderlähmung	16.895	16.597
Masern/ Mumps/ Röteln	5.282	5.535
Hepatitis B	n.n.b	12.981
Haemophilus influencae b	1.706	598
DPT + Haemophilus b	19.862	21.652
Vitamin K Abgaben	500	500
Vitamin D Abgaben	1.449	1.703
Überweisungen zu Fachärzten für Kinder- und Jugendheilkunde, Entwicklungsdiagnostik, Herzambulanz	2.402	2.350

Gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik führt die Abteilung eine Ambulanz für Pädiatrische Kardiologie, wo vornehmlich Herzfehler diagnostiziert und kontrolliert werden.

Ambulanz für pädiatrische Kardiologie	1997	1998
untersuchte Kinder	4.899	5.306
erstdiagnostizierte Herzfehler	437	422
Kontrolluntersuchungen	3.300	3.431

Nach dem so genannten „Wiener Risikokinderprogramm" werden alle Neugeborenen Wiens, die gewisse Risken vor oder während der Geburt aufweisen (z.B. Lageanomalien, geringes Geburtsgewicht usw.) zu einer entwicklungsneurologischen Untersuchung im dritten, sechsten und fünfzehnten Lebensmonat in eine der beiden Entwicklungsdiagnostischen Ambulanzen der Abteilung eingeladen. Zweck dieser Untersuchung ist die zeitgerechte Erfassung und Betreuung von kindlichen Entwicklungs-, Wahrnehmungs-, Sprach- und psychologischen Störungen. Diese entwicklungsdiagnostischen Stellen befinden sich in Wien 10, Gellertgasse 42 - 48, und in 18, Währinger Gürtel 141.

Entwicklungsdiagnostische Stellen	18, Währinger Gürtel		10, Gellertgasse		Gesamt	
	1997	1998	1997	1998	1997	1998
Risikountersuchungen und Kontrolluntersuchungen	779	804	980	1.135	1.759	1.939
Entwicklungsuntersuchungen[1]	336	297	351	321	687	618
Psychologie	1.258	1.069	716	880	1.974	1.949
Heilpädagogik	-	-	396	378	396	378
Gruppentherapie	-	-	356	478	356	478
Physiotherapie	634	786	536	624	1.170	1.410
Ergotherapie	668	998	394	419	1.062	1.417
Logopädie	740	716	222	508	962	1.224
Gesamt	4.415	4.670	3.951	4.743	8.366	9.413

[1] zugewiesen von FachärztInnen, praktischen ÄrztInnen, Krankenhäusern, Elternberatungen und Kindergärten.

In beiden Stellen wird nach neuesten Erkenntnissen auch eine interdisziplinäre Betreuung der Kinder durchgeführt.

Seit dem Jahre 1979 wurden nach dem Wiener Risikokinderprogramm insgesamt 18.035 Kinder untersucht.

In den Kindertagesheimen und Kinderheimen der Stadt Wien, die der sanitären Aufsicht des Referates IV/2 unterstehen, wurden 55 (47) Kommissionierungen vorgenommen. Zahlreiche telefonische Auskünfte zu Impffragen, Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen wurden beantwortet.

In allen Wiener Kindertagesheimen und in der Zentrale der Abteilung wurden bei Kindern ab dem vollendeten 3. Lebensjahr Sehtests in Form von Reihenuntersuchungen durchgeführt. Ebenso wurden bei Kindern in den Kindergärten ab dem 4. Lebensjahr mit speziellen Geräten Hörtestungen durchgeführt. Seit Beginn dieser Tests im Jahre 1976 wurden bereits 379.589 Kinder auf ihr Sehvermögen getestet, 15,0 Prozent zeigten Auffälligkeiten. Von bisher insgesamt 322.099 auf das Hörvermögen Getesteten waren 9,4 Prozent auffällig.

Sehtests in Kindertagesheimen	1997	1998
Untersuchte Kinder	17.163	18.468
Fachärztliche Kontrolle nötig	2.022	2.147
in Prozent	11,8	11,6

Hörtests in Kindertagesheimen	1997	1998
Untersuchte Kinder	16.512	17.416
Hörvermögen beeinträchtigt	1.433	1.424
in Prozent	8,7	8,2

Im Jahre 1998 wurden nach dem Wiener Pflegegeldgesetz im Referat IV/2 759 (798) Kinder bis zum 15. Lebensjahr untersucht. Seit 1. Juli 1996 werden auch die 0 bis 3-jährigen Kinder nach dem Wiener Pflegegeldgesetz untersucht.

Die Abendimpfungen in Wien 21 sowie Wien 10 werden vom Referat IV/2 betreut, statistisch jedoch vom Referat I/2 ausgewertet. Nähere Angaben finden sich im entsprechenden Abschnitt.

Zahngesundheit, Jugendzahnkliniken der Stadt Wien

Die Arbeit der Jugendzahnkliniken dient der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter. Sie erfüllen Aufgaben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin (v.a. Schuluntersuchungen, Zahnputzunterricht, Zahnfleischbehandlungen) als auch der kurativen Medizin (v.a. Füllungen, Extraktionen, Wurzelbehandlungen, Operationen in Narkose, Zahnregulierungen). Grundsätzlich sollen alle Kinder, die eine städtische Volks-, Haupt- oder Sonderschule besuchen, mindestens einmal in jedem Schuljahr von Jugendzahnärzten in der Schule untersucht werden. Wird bei dieser Untersuchung die Notwendigkeit einer zahnärztlichen Behandlung oder eine Zahnfehlstellung festgestellt, so werden die Eltern schriftlich verständigt. Alle in Wien und Umgebung wohnhaften Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, ebenso wie behinderte Jugendliche (hier gibt es keine Altersgrenze) haben das Recht auf Behandlung gegen Abgabe eines Zahnbehandlungsscheines. Für kieferorthopädische Behandlung wird ein Kostenbeitrag eingehoben.

Jugendzahnkliniken	1997	1998
Schulzahnuntersuchungen		
untersuchte Schüler	90.443	86.557
mindestens ein behandlungsbedürftiger Zahn festgestellt bei:	35.796	33.218
Zahnprophylaxe		
Orale Prophylaxe/Mundhygiene	737	592
Kinderzahnputzunterricht	1.739	782
Kindergarten- und Schülerprophylaxeunterricht	653	645
beratene Kinder	725	266
Kinder mit Zahnfleischbehandlung	143	53
Konservierende Behandlungen		
Behandlungssitzungen (ohne Sa-Vorm.-Notdienst)	15.827	16.117
Füllungen	8.662	8.915
Chirurgische Eingriffe	135	87
Wurzelbehandlungen	656	328
gezogene Zähne	4.967	5.172
Zahnreinigungen	1.095	1.362
Röntgen	1.000	977

Behandlungssitzungen in Narkose	795	908
Vollnarkosen	245	207
Kieferorthopädie		
Behandlungssitzungen	8.535	8.985
gezogene Zähne	5	4
Röntgen	835	919
Untersuchungen für MA 12	549	559
Samstag-Vormittag-Notdienst	360	421

Der Samstag-Vormittag-Notdienst in der Zentraljugendzahnklinik, 9, Salzergasse 28, steht allen Kindern und Jugendlichen von 8.00 Uhr - 11.30 Uhr, (außer an schulfreien Tagen und während der Ferien) ohne Narkosemöglichkeit zur Verfügung. Die Einrichtung dieses Notdienstes hat sich in der Vergangenheit bereits bewährt.

Da durch Pensionsantritt freigewordene Kapazitäten an zahnärztlichen Assistentinnen nicht nachbesetzt werden konnten, mussten die Betriebszeiten in der Klinik 21, Franz-Jonas-Platz auf 3 Nachmittage pro Woche gekürzt werden.

Wie in den letzten Jahren wurde der Gebisszustand und die Putzgewohnheiten der Schüler der 1. und 4. Klassen der öffentlichen Volksschulen durch die Jugendzahnärzte erfasst. Leider konnte im letzten Schuljahr infolge Personalreduktion die Computereingabe der Schuluntersuchungsdaten nicht vorgenommen werden. Diese Daten bilden die Grundlage für die Schulstatistik. Es ist zu hoffen, dass im nächsten Schuljahr durch Umstrukturierungen die Computerauswertungen wieder aufgenommen werden können.

Schulärztlicher Dienst

Die Schulärzte der Abteilung betreuen die Städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnische Lehrgänge und Berufsschulen. Ihr Aufgabengebiet ist nicht die kurative Medizin, sondern die Gesundheitsvorsorge. Die Hauptsäulen der Gesundheitsvorsorge im schulärztlichen Bereich sind die Gesundheitsberatung, regelmäßige Untersuchungen der Schüler und die Durchführung von Impfungen. Schulärzte stehen für Fragen von Schülern, Eltern und Lehrern zu Gesundheitsthemen gerne zur Verfügung und halten auch Vorträge in Klassen oder an Elternabenden zu gesundheitsbezogenen Schwerpunktthemen wie z.B. Aids. Diese Tätigkeiten wurden 1998 von 90 (94) städtischen Schulärzten vorgenommen.

Schulärztlicher Dienst	Schuljahr 1996/97	Schuljahr 1997/98
Untersuchungen	263.732	272.852
davon in Pflichtschulen	251.355	260.454
in Berufsschulen	12.377	12.398
Sehtests	23.483	21.748
Hörtests	19.607	18.339
Zuweisungen an niedergelassene Ärzte	10.306	10.470
Fachärztliche Untersuchungen	1.780	1.891
auf Lausbefall untersuchte Schüler	49.089	48.806
davon festgestellter Lausbefall	1.309	1.246
Impfungen	56.680	71.095
davon in allgemeinen Pflichtschulen:	55.705	70.179
in Berufsschulen	975	916
Polio oral	13.784	19.808
Diphtherie-Tetanus	13.315	14.511
FSME	18.788	15.694
Röteln	1.691	2.218
Masern-Mumps-Röteln	8.127	8.169
Hepatitis - B	– –	10.695
Vorträge zu Gesundheitsthemen	1.365	1.443
Beratungen	12.326	12.883

Wie bereits in den letzten Jahren, wird auch 1999 der Schulärztliche Dienst seine Leistungen auf den Gebieten der Impfprophylaxe, der Gesundheitsvorsorge im Schulbereich und der Gesundheitsberatung fortsetzen. Durch schwerpunktmäßige Fortbildungsveranstaltungen soll der Wissensstand der Schulärzte aktualisiert bleiben.

Vorsorgeuntersuchungen für Erwachsene

Die Vorsorgeuntersuchungstätigkeit der Abteilung für Erwachsene teilt sich in zwei Bereiche.

Einerseits stehen sechs Vorsorgeuntersuchungsstellen in Wien zur Verfügung, die zu festgelegten Öffnungstagen aufgesucht werden können. Die zweite Gruppe von Vorsorgeuntersuchungen findet in ausgewählten Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in Wien statt. Die Anzahl der Vorsorgeuntersuchungsstellen wurde gegenüber dem Vorjahr im September 1998 durch die Schließung der Allgemeinen Poliklinik von sieben auf sechs reduziert.

Am ersten Vormittag erfolgt eine Blutabnahme, im Anschluss daran erhält der Proband einen Termin zur Untersuchung. Zu diesem Zeitpunkt erfährt er die erhobenen Befunde und wird untersucht. Dabei werden ein internistischer Befund erhoben, ein EKG und eine Lungenfunktionsprüfung, ein HNO-Befund inklusive Hörtest durchgeführt sowie Stuhl- und Harnproben abgenommen. Bei Frauen wird außerdem auf Wunsch auch noch ein gynäkologischer Befund inklusive Zellabstrich vorgenommen.

Die Gesundenuntersuchungen werden von Fachärzten für Innere Medizin, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde sowie Gynäkologen und praktischen Ärzten vorgenommen.

Im Herz-Kreislauf-Zentrum der Abteilung in 20, Romanogasse, werden auch spezifische Untersuchungen beim Verdacht auf das Vorliegen einer Herz - Kreislauferkrankung nach Zuweisung durch eine Vorsorgeuntersuchungsstelle durchgeführt.

Bereits Ende 1987 hatte das Gesundheitsamt eine Einladungskampagne der 40-Jährigen zur Vorsorgeuntersuchung im Gesundheitsamt oder beim Hausarzt, in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer für Wien gestartet. 1998 ließen sich 616 (3,2 %) der Eingeladenen im Referat für Gesundheitsvorsorge untersuchen. Gegenüber dem Jahr 1997 (8,6 %) besteht ein drastischer Rückgang der Teilnahme.

1998 wurde die Aktion „Vorsorgereihenuntersuchungen in Betrieben" mit Erfolg fortgesetzt. In 41 (33) Betrieben wurden 7.356 Personen (1997 6.795 Personen) - das sind durchschnittlich 45 Prozent der Beschäftigten der jeweiligen Betriebe - von drei Teams untersucht. Die Wiederholungsuntersuchungen wurden zum Teil das zweite bis fünfte Mal durchgeführt. Die Auftragslage für die drei Untersuchungsteams reicht bis Mitte 1999.

	1997	1998
Ambulanztage	1.453	1.744

Untersuchte	zusammen		Untersuchungsstellen		Betriebe	
	1997	1998	1997	1998	1997	1998
Männer	6.601	6.928	2.781	2.601	3.820	4.327
Frauen	6.196	5.658	3.221	2.629	2.975	3.029
Untersuchte Personen	12.797	12.586	6.002	5.230	6.795	7.356
Art der Untersuchung						
Blutuntersuchungen	12.784	12.693				
Harnbefunde	12.797	12.693				
HNO Untersuchung	12.437	12.341				
Zellabstriche	1.769	1.416				
Kolposkopien	683	813				
EKG	12.686	12.360				
Audiometrien	8.538	8.532				
Spirometrien	12.299	12.337				
Hämoccult	12.784	12.249				

Herz-Kreislaufzentrum	1997	1998
Männer	211	239
Frauen	78	58
Untersuchte Personen	289	297

Wie schon in den letzten Jahren wurden die Untersuchungen für die Aufnahme in den Sporthauptschulen der Gemeinde Wien an den Gesundenuntersuchungsstellen Wien 10 und in Wien 21 durchgeführt.

	1997	1998
zusätzliche Ordinationen	38	35
untersuchte Schüler	389	401

Seit September 1997 besteht auch eine Kooperation mit der amtsärztlichen Untersuchungsstelle der Abteilung. Im Zuge dessen wurden bei spezifischen internistischen Fragestellungen 37 EKG-Befundungen und zwei internistische Fachgutachten erstellt.

Institut für Umweltmedizin, allgemeine Hygiene, Umweltmedizin (IFUM)

Die Schwerpunkte der Arbeit ergaben sich aus den Agenden des Institutes gemäß Geschäftseinteilung der Stadt Wien, den besonderen umweltpolitischen Fragestellungen des Jahres 1998 und dem spezifischen Leistungsprofil des Institutes, wie es in der Referatsbeschreibung dargestellt ist und in der Folge mit wesentlichen Ausschnitten gezeigt wird.

Hygienisches Wasseruntersuchungsprogramm

Die Leistungen des Institutes auf diesem Sektor stellen eine der wesentlichsten Säulen der umwelthygienischen Tätigkeit des Institutes dar.

Trinkwasserhygiene

Dem Institut für Umweltmedizin obliegt die laufende Überwachung der gesamten zentralen Wiener Trinkwasserversorgung, einschließlich der Einzugsgebiete der I. und II. Wiener Hochquellenwasserleitung, sowie der III. Wiener Wasserleitung, des Wientalwasserwerkes und des Grundwasserwerkes Lobau und der Mitwirkung bei der Beweissicherung im Rahmen der Pumpversuche im Wasserwerk Donauinsel Nord.

Oberflächengewässer

In den Untersuchungsaufträgen der MA 42, 44 und MA 45 an das Institut für Umweltmedizin sind Altwässer im Nahbereich der Donau und ehemalige Baggerteiche, also Oberflächenwässer, die vorwiegend für Erholungs- und Badezwecke genutzt werden, wie z.B. die Alte Donau, das Mühlwasser u.a., sowie das Donau - Umflutgerinne, die Neue Donau enthalten. Die 1997 im Rahmen der EU-Badewasserrichtlinie aufgenommenen Untersuchungen von EU-Badestellen an der Alten Donau und an der Neuen Donau wurden 1998 auch in Erfüllung der Anforderungen des Bäderhygienegesetzes (BHygV), BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl I Nr. 21/1997 und der Bäderhygieneverordnung - BHygV, BGBl. Nr. 420/1998 fortgeführt. Die Ergebnisse der Erfahrungen wurden in einer gemeinsamen Publikation der verantwortlichen Experten in den Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung im Dezember 1998 veröffentlicht.

Abwasser

Die Untersuchungen des Institutes für Umweltmedizin beziehen sich vorwiegend auf die Überprüfung der Effizienz der Kläranlagen zur Eliminierung oder Inaktivierung von Wasserschadstoffen und Krankheitserregern, da die Einleitung des gereinigten Abwassers in die Vorfluter diese in ihrem hygienisch-ökologischen Qualitätsniveau nicht beeinträchtigen darf. Abwasseruntersuchungen erfolgen also kontinuierlich zwecks Überprüfung der hygienischen Qualität des gereinigten Abwassers bzw. des Wirkungsgrades der Abwasserbehandlung auf der Basis von Wasserrechtsbescheiden und den entsprechenden Abwasseremissionsverordnungen.

Besonders intensiv geprüfte Anlagen sind die Hauptkläranlage Wien, die Kläranlage Blumental und einige Pflanzenkläranlagen. Im Jahre 1998 wurde das Untersuchungsprogramm auf Kleinkläranlagen im Einzugsgebiet der 1. und 2. Wiener Hochquellwasserleitung etwas erweitert.

Abwasserbehandlungsanlagen werden sowohl in Wien, als auch in den Bundesländern vom Institut regelmäßig kontrolliert und gutachterlich bewertet. Durch dieses Leistungsspektrum auf dem Gebiet der Abwasserhygiene arbeitet das Institut maßgeblich an der Gestaltung einer gesundheitsfördernden Umwelt der Stadt Wien und Umgebung mit.

Im Berichtszeitraum ist die Anzahl der untersuchten Anlagen leicht zurückgegangen, da seitens der MA 45 keine Abwasserproben mehr aus der Trennkanalisation im 10. und 23. Bezirk (im Einzugsbereich Liesing) zur Untersuchung gebracht wurden.

Warmwasser

In den Bädern Wiens, den Hallenbädern, Freibädern einschließlich der Kindersommerbäder, Saunabädern und den Volksbädern wurde 1998 das 1997 etablierte Monitoring in vollem Umfang realisiert und Senioren- und Pflegeheime, sowie Krankenhäuser im Überwachungsprogramm der Warmwässer auf Legionellen weiterhin überprüft. Die im Vorjahr erreichte Leistungsfähigkeit von 1.227 untersuchten Wasserproben wurde trotz angespannter Personalsituation mit 1.180 Proben zu 96 Prozent gehalten.

Als Erfolg des Wiener Überwachungsprogrammes ist zu werten, dass der relative Anteil der legionellapositiven Proben (Richtwertüberschreitung) erst rückläufig war und sich nunmehr stabil bei rund 18 Prozent Beanstandungen eingestellt hat. Dieses Ergebnis kann als ein sehr guter Erfolg der bakteriologischen Warmwasserüberwachung, der sich ergebenden Auflagen, sowie der damit ausgelösten zusätzlichen Anlagenwartungen bewertet werden.

Die biologischen Wasseruntersuchungen weisen auf dem Gebiet der Trinkwasseruntersuchungen und der limnologischen Oberflächenwasseruntersuchung einen leichten Rückgang der Analytik auf dem Gebiet auf. Dieser hängt z.T. damit zusammen, dass seitens der MA 45 die Termine zur Untersuchung der Altwässer in der Lobau reduziert

worden waren und der Auftrag zur Untersuchung der Wiener Oberflächengewässer erst Ende Juli 1998 von der MA 45 übergeben wurde.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeit des virologischen Labors waren im letzten Jahr die Untersuchungen für die Österreichischen Donaukraftwerke AG im Rahmen der Beweissicherung für die Staustufe Freudenau. Das virologische Labor steht als einzige Untersuchungsstelle des Institutes für Umweltmedizin weiterhin im Vertragsverhältnis mit der Donaukraft. Die virologische Beweissicherung „Neue Donau" wurde fortgeführt . Sie wird in Deckung mit dem EU-Badewasserprojekt realisiert.

Als Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit mit der DOKW wurde ein Auftrag zur virologischen Beweissicherung für das Grundwasser im 2. und 20. Bezirk durch Mitwirkung bei der Untersuchung an der Online Station Nordbrücke erteilt. Dieses Programm ist für zwei Jahre konzipiert, es wird seit Anfang 1998 auf virologischem und bakteriologischem Gebiet jeweils mit mehreren Parametern realisiert. Bisher wurden zweimal sowohl im Donaustrom als auch im Uferfiltrat aktive vermehrungsfähige Viren nachgewiesen.

Ab Mitte des Jahres wurde vom Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft der Auftrag, im Rahmen der Wassergüteerhebungsverordnung (WGEV) die Wiener Grundwässer zu untersuchen, auf die Dauer von zwei Jahren erteilt. Dieser Untersuchungsauftrag wurde ab Mitte des Jahres realisiert.

Erstmals wurde 1998 ein Zahlenbericht zur Tuberkulosediagnostik erstellt. Dieser Bericht umfasst eine sehr genaue Aufstellung aller untersuchten Proben einschließlich der isolierten Spezies und einer statistischen Gegenüberstellung des Diagnosezeitpunktes im Hinblick auf Anzüchtung auf Nährböden und Erstnachweis im mikroskopischen Präparat mit der Auraminfärbung. Da das Institut für Umweltmedizin einen wesentlichen Anteil der Diagnostik in Wien durchführt, kann ein solcher Bericht zur Analyse der epidemiologischen Trends in Wien herangezogen werden. Ein solcher Survey kann für die Infektionsprophylaxe auf Intensivstationen und HIV-Stationen von großer Tragweite sein.

Die im Jahre 1993 eröffnete umweltmedizinische Beratungsstelle wurde im Berichtsjahr von 110 Personen aufgesucht, 132 Lokalaugenscheine mit insgesamt 102 Messungen wurden von den Ärzten durchgeführt und 85 gutachterliche Stellungnahmen erledigt. In Ergänzung dazu wurden weiterhin pro Arbeitstag 2 - 3 Telefonberatungen durchgeführt. Der Beratungsbedarf konzentrierte sich wiederum vorwiegend auf Gesundheitsgefährdungen durch Schimmelpilzbefall, Innenraumluft- und Geruchsbelastung. Die Problematik der Schimmelpilzbelastung im Wohnbereich hat sich weiterhin als ein bedeutsames Thema erwiesen.

Der bestehende Dauerauftrag der MA 42-Stadtgartenamt, zur Untersuchung von Sandkisten wurde 1998 fortgesetzt.

Der Antrag auf Akkreditierung wurde am 26. Februar 1997 mit der Einreichung des Qualitätssicherungshandbuches gestellt. Aus Kapazitätsgründen wurde der Antrag gestellt, die Akkreditierung auszusetzen. Im Februar 1998 wird die Wiederaufnahme beantragt werden.

In diesem Bericht wird aus Termingründen die Erfüllung der wirtschaftlichen Leistungsvorgaben des Jahres 1997 beurteilt. Das geplante Einnahmensoll 1997 lag bei einer betriebswirtschaftlichen Effizienz von 81 Prozent mit S 36,207.000 Einnahmen von S 44,800.000 Ausgaben. Laut Rechnungsabschluss 1997 wurden diese Einnahmen nicht erreicht. Als Ursache ist u.a. der endgültige Wegfall des Großauftrags der qualitativen Beweissicherung Kraftwerk Freudenau, welcher insbesondere dem Fachbereich Umweltchemie hohe Leistungsanforderungen brachte und dem Institut sehr gute Einnahmen sicherte, sowie die sich verschärfende Konkurrenzsituation auf dem Gebiet der Wasseranalytik im Wiener Raum anzusehen.

Impfstelle für Auslandsreisende

Hier erhält man Informationen, Schutzimpfungen und medizinische Tipps, die individuell auf das Reiseziel abgestimmt sind. Die meisten Impfstoffe sind in der Beratungsstelle vorrätig. Nur für die orale Typhusimpfung, also eine Schluckimpfung gegen Typhus, und für die Malariaprophylaxe werden Rezepte ausgestellt.

Neben reisemedizinischer Information und Impfungen können Personen, die einen längeren Tropenaufenthalt planen, auch eine Tropentauglichkeitsuntersuchung in Anspruch nehmen.

Im Jahr 1998 haben 29.355 (29.869) Personen die Impfstelle besucht, um sich allgemein und vor Auslandsreisen in Endemiegebiete über empfohlene Verhaltensmaßnahmen oder Schutzimpfungen zu informieren und Impfungen zu erhalten. 43.321 (43.226) Impfungen wurden verabreicht.

Impfstelle für Auslandsreisende	1997	1998
Mitgebrachter Impfstoff	2.457	1.737
Cholera	42	– –
Gelbfieber	1.723	1.431
Influenza	1.359	1.148
Zeckenimpfungen	3.553	2.973
Tetanus	28	14
Diphtherie Tetanus für Erwachsene	5.918	4.983
Polio Salk (Stichimpfung)	3.717	2.882

Polio oral	70	191
Meningokokken	1.340	1.314
Hepatitis B für Erwachsene (Engerix 20)	1.596	2.752
Hepatitis B für Kinder (Engerix 10)	100	19
Hepatitis A für Erwachsene (Havrix 720)	2.197	189
Hepatitis A für Erwachsene (Havrix 1440)	3.279	1.413
Hepatitis A für Kinder (Havrix 360)	488	607
Hepatitis A für Kinder (Havrix 720)	--	66
Hepatitis A+B für Erwachsene (Twinrix)	3.225	9.143
Hepatitis A+B f. Kinder (Twinrix)	--	394
Typhim Vi	5.257	5.791
Immunglob.	5.411	3.774
ACT Hib	1	--
ACT Hib + DPT	13	--
Zusammen	41.774	40.821

Kostenlose Impfungen	1997	1998
Polio oral (Impfaktion)	1.104	1.065
Influenza für Bedienstete der Stadt Wien	153	141
Diphtherie-Pertussis-Tetanus (Kinder)	2	--
Diphtherie-Tetanus (Kinder)	4	4
Diphtherie-Tetanus (Personen ab 7. Lebensjahr)	122	135
Masern-Mumps	--	--
Masern-Mumps-Röteln	27	59
Polio Salk	9	13
Hämophilus influencae b (ActHib)	1	3
Hämophilus mit Di-Te-Per (ActHib+DTP)	30	57
Hepatitis B f. Kinder (Engerix 10)	--	1.023
Gesamt	1.452	2.500

Seit Anfang 1997 wird der parenterale Choleraimpfstoff nicht mehr hergestellt. Der orale Choleraimpfstoff (Orochol) ist in Österreich nicht zugelassen, daher ist es nicht möglich eine Choleraimpfung in der Impfstelle zu verabreichen. Reisende, die eine Choleraimpfung benötigen, wurden an die Ordination der Ärzte für Tropenmedizin in Wien 9 verwiesen.

9 (17) Tropentauglichkeitsuntersuchungen vor langen Auslandsaufenthalten fanden statt.

Beratungen über allgemein empfohlene und spezielle Impfungen wurden u.a. beim Zivilschutztag, dem Feuerwehrfest am Hof, der 2. Wiener Senioren-Herbstmesse, bei Senior Aktuell und den Konsumentenschutztagen in Wiener Sommerbädern durchgeführt.

4.814 (5.967) Rezepte für die aktuelle Malariaprophylaxe und rund 500 Rezepte für die Typhusschluckimpfungen wurden ausgestellt.

Für die MA 12 - Sozialamt wurden u.a. 848 (917) ärztliche Begutachtungen zur Bewilligung von Kur-, Rehabilitations- und Rekonvaleszentenaufenthalten, von Heilbehelfen, Hörgeräten, Brillen und chefarztpflichtigen Medikamenten durchgeführt.

Wissenschaftskoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheitsberatung

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Berichtsjahres stand die Neustrukturierung des Beratungsangebotes bzw. die Integration der Ernährungs-, Raucher-, Wetterfühligkeits- und Pollenallergieberatung in die „Wiener Gesundheitsberatung" als zentrale Servicestelle.

Das Berichtsjahr ist charakterisiert durch Aktivitäten im Rahmen der „Wiener Gesundheitsberatung".

Zu den wichtigen Aufgaben des Referates zählen auch Wissenschaftskoordination und Öffentlichkeitsarbeit. Hier wurden die Leistungen fortgesetzt, wobei Schwerpunkt auf Publikationen gelegt wurde.

Die präventivmedizinischen Aufgaben wurden in den Beratungsdiensten für Wetterfühlige, für Pollenallergiker, in der Erarbeitung und Veröffentlichung des Biowetters und in der Führung des Pollenwarndienstes fortgesetzt.

Ein wesentlicher Teil der Tätigkeiten lag in der Festlegung von Strukturen zur Errichtung der „Wiener Gesundheitsberatung", d.h. in der Erarbeitung von Strategien zur Schaffung eines neuen Beratungsangebotes unter dem Arbeitstitel „P.E.R.U." (Pollenallergie-, Ernährungs-, Raucherberatung, Umweltmedizinische Informationen: Wetter-

fühligkeits- und Bioklimaberatung, Reisemedizin).

Im Jänner 1998 wurden die oben genannten Beratungseinrichtungen der Abteilung in ein „Beratungszentrum für Gesundheit und Wohlbefinden" zusammengezogen und in neu konzipierter Form präsentiert. Im Mai 1998 wurde der Dienst aufgenommen.

Die Neukonzeption sieht vor, keine zeitintensiven Einzel- und Gruppenberatungen (Raucher, Ernährungsgruppen) durchzuführen. Das neue Konzept sieht nicht mehr vor, Klienten in Einzel- und Gruppenberatungen über lange Zeit bis zum Erfolg zu betreuen. Es wird auf ein System der Erstberatung und ersten Ansprechstelle umgestellt. Mit dem Anliegen des Klienten befasst sich ein multiprofessionelles Team (Ärzte, PsychologInnen, Meteorologe) mit dem Ziel, die für das Anliegen geeignete weitere Vorgangsweise zu finden und dem Klienten diesbezügliche Empfehlungen und Adressen (selbstverständlich ohne Werbung für einzelne Einrichtungen) sowie Beratung (Information) auf den Weg mitzugeben. Das Ziel ist es, Klienten entsprechend ihrem Anliegen zu informieren, Wissen zu multiplizieren (z.B. Vorträge „Richtige Ernährung") und Klienten zu den für sie richtigen Einrichtungen weiterzuleiten (kanalisieren und nicht mehr Gruppen lange selbst zu betreuen oder „Behandlungserfolge" selbst zu erzielen).

Während der gesamten Öffnungszeiten ist ein Gespräch zur Beurteilung der Beratungsbedürfnisse möglich. Bei diesem Gespräch wird die Terminplanung für die Einzelinformation durch einen oder mehrere Spezialisten erstellt.

Das Beratungszentrum ruht auf den drei Säulen: Information, Beratung und Modellprojekt. Die Umsetzung basiert auf den drei Grundsätzen: „Information", „Multiplizieren" und „Kanalisieren".

Durch die vorliegende Struktur und Aufgabendefinition wird die „Wiener Gesundheitsberatung" eine „Informationsdrehscheibe" auf dem Gesundheitssektor unter Nutzung des gesamten Angebotes in Wien.

Aufgrund dieser Umgestaltung zur Informationsdrehscheibe gingen die Individualberatungen deutlich zurück.

Raucherberatung	1997	1998
Männer	185	55
Frauen	354	44
Zusammen	539	99

Ernährungsberatung	1997	1998
Männer	186	32
Frauen	2.026	268
Zusammen	2.212	300

Die Kooperation mit der Wiener Apothekerkammer und der Ärztekammer für Wien wurde intensiviert.

In der Medizinisch-Meteorologischen Beratungsstelle in 1, Neutorgasse 15, gaben ein Facharzt für Lungenkrankheiten, ein Meteorologe, ein Biologe und zwei klinische Psychologen Auskünfte an wetterfühlige oder pol-lenempfindliche Personen. Weiters wird Interessenten eine bioklimatische Wohnort- und Urlaubsberatung angeboten. 1998 wurden im Rahmen dieser präventivmedizinischen Serviceleistung 8.058 (6.356) telefonische Beratungsgespräche geführt. 126 (113) Personen sprachen wegen Wetterfühligkeit persönlich vor und 11 (19) Personen ließen sich wegen ihrer Pollenallergie beraten. In gruppendynamischen Gesprächsrunden wurde von 387 (327) Teilnehmern autogenes Training und von 452 (540) Personen chinesische Entspannungs- und Atemtechniken (Qui-Gong) geübt. Insgesamt nahmen 1.567 (867) Wetterfühlige bei solchen Kursen an insgesamt 156 (70) Sitzungen teil. Wei-tere Schwerpunkte der Arbeit dieser Stelle liegen auf dem Betrieb eines Pollenwarndienstes, der in Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Ländern Pollenflugprognosen erarbeitet, die Informationen für Allergiker beinhalten, und in der Erarbeitung von Biowetterprognosen.

Über das Gesundheitstelefon Tel. Nr.: 533 28 28 wurden im Berichtsjahr 17.567 (19.559) Anrufe beantwortet.

Dezernat V - Suchtprävention und Medizinische Drogenangelegenheiten

Das Dezernat besteht seit dem Jahre 1995. Der Personalstand umfasst nach wie vor einundzwanzig MitarbeiterInnen.

Informationsstelle für Suchtprävention der Stadt Wien

Der Schwerpunkt der Informationsstelle für Suchtprävention (ISP) liegt in der Fortbildung von MulitplikatorInnen aus pädagogischen und sozialen Berufsfeldern. Im Berichtsjahr wurden 41 Fortbildungsseminare, 9 schulische Projektberatungen, 9 außerschulische Projektberatungen, 9 LehrerInnenberatungen bzw. -konferenzen, 7 Beratungen von KindergärtnerInnen, 10 Informationsveranstaltungen, 7 Elternberatungen, 98 Vernetzungstreffen und 1 Beratung einer sozialer Einrichtung durchgeführt.

Zwei große Projekte prägten das Jahr 1998: Die Konzipierung und Durchführung des Pilotprojektes „Spielzeugfreier Kindergarten" und die erstmalige Teilnahme der ISP an einem EU-Projekt im Rahmen der Europäischen Woche der Suchtprävention 1998. Das EU-Projekt beinhaltete die Organisation und Durchführung der zweitägigen Enquete „Suchtprävention im Kindergarten" sowie die Teilnahme an der Delphistudie des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Suchtforschung zur inhaltlichen Standortbestimmung der Suchtprävention in Österreich.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Konzipierung und Durchführung struktureller Maßnahmen: Mit mehreren Bezirksgremien erarbeitete die ISP regionale suchtpräventive Konzepte. Im Rahmen des „Train the Trainer"-Lehrgangs bildet die ISP seit Herbst '98 mobile Sonderkindergärtnerinnen der MA 11 aus, die ab Herbst 1999 als selbständige Referentinnen im Kindergartenbereich tätig sein werden.

Behördliche und Medizinische Drogenangelegenheiten

Das mit 1. Jänner 1998 in Kraft getretene neue Suchtmittelgesetz (SMG) hinterließ deutliche Spuren: Die Anzahl der dem Referat erstmals bekannt gewordenen Personen ist gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gesunken. Darüber hinaus ist auch die Anzahl der insgesamt dem Referat gemeldeten Personen um 10 Prozent zurückgegangen.

Die Hauptaufgabe des Referates besteht in der Begutachtung von Personen gemäß § 35 SMG, in kleinerer Zahl auch gemäß §§ 12 und 13 SMG. Die Anzeigen gemäß § 35 SMG erfolgen im Zusammenhang mit einer geringen Menge an Suchtmittel zum eigenen Gebrauch. § 12 SMG betrifft Personen, bei denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie Suchtgift missbrauchen, § 13 (1) SMG betrifft Suchtgiftmissbrauch in der Schule, § 13 (2) Suchtgiftmissbrauch bei Wehrpflichtigen.

Ziel der Begutachtung ist, festzustellen, ob die angezeigte oder gemeldete Person einer „gesundheitsbezogenen Maßnahme" bedarf (§ 11 SMG).

Gesundheitsbezogene Maßnahmen sind

1. die ärztliche Behandlung einschließlich der Entzugs- und Substitutionsbehandlung
2. die ärztliche Überwachung des Gesundheitszustandes
3. die klinisch-psychologische Beratung und Betreuung
4. die Psychotherapie sowie
5. die psychosoziale Beratung und Betreuung

Die Abklärung, ob eine Person einer gesundheitsbezogenen Maßnahme bedarf, wird im Rahmen eines ausführlichen Gesprächs (Drogenanamnese, Erfassung der psychosozialen Situation) durchgeführt.

Bei 468 Personen wurde im Rahmen der Begutachtung die Notwendigkeit einer gesundheitsbezogenen Maßnahme festgestellt. Die meisten Personen (383) unterzogen sich einer ärztlichen Behandlung einschließlich Entzugs- und Substitutionsbehandlung, an zweiter Stelle folgt die psychosoziale Beratung (42), an dritter Stelle ärztliche Überwachung (21), dann die Psychotherapie (20) und zuletzt die psychologische Beratung (2).

Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 804 Neuanmeldungen für die orale Substitutionsbehandlung („Methadon-Programm"). 629 (78 %) werden tatsächlich mit Methadon substituiert, 175 Personen werden aufgrund spezieller Indikationsstellung mit anderen zur Substitution geeigneten Substanzen behandelt.

Spitalsverbindungsdienst CONTACT und andere Angebote

Die DiplomsozialarbeiterInnen von CONTACT betreuen Drogenabhängige, welche sich aufgrund einer Überdosierung oder einer anderen Erkrankung in Spitalsbehandlung befinden.

Der/die SozialarbeiterIn berät die während des Spitalsaufenthaltes kontaktierten Drogenabhängigen, wie es nach der Entlassung weitergehen soll. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Unterstützung des Personals im Umgang mit dieser oft schwierigen Klientel.

1998 wurden von den CONTACT-MitarbeiterInnen 265 Personen in Spitälern betreut. Davon waren 218 Neuzugänge und 47 Personen, die bereits aus den Vorjahren bekannt sind. Insgesamt wurde CONTACT in 319 Einsätzen zu diesen 265 Personen in Wiener Spitälern geholt. (1997: 318 Einsätze, 270 Personen). Eine deutliche Zunahme konnte bei den Folgekontakten sowohl während des Krankenhausaufenthaltes (1997: 550/1998: 665), als auch nach dem Krankenhaus festgestellt werden. (1997: 691 / 1998: 777).

Eine Erweiterung gab es bei der Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern. 1998 wurde die systematische Zusammenarbeit mit den Unfallkrankenhäusern Meidling und Lorenz-Böhler aufgenommen.

Contact-Ersteinsätze:	1998	1997
Kaiser-Franz-Josef-Spital	57	86
Rudolfstiftung	26	36
Wilhelminenspital	31	29
Kaiserin-Elisabeth-Spital	18	37
Donauspital	44	33
Krankenhaus Lainz	28	28

Hanuschkrankenhaus	3	2
Krankenhaus Floridsdorf	34	32
Allgemeines Krankenhaus	23	–
Rosenhügel	8	–
UKH-Meidling	4	–
UKH-Lorenz-Böhler	14	–
PKH	4	–
Pulmologisches Zentrum	5	–
Andere Krankenhäuser[1)]	3	22
Selbstmelder und Angehörige	17	13
Gesamt	319	318

[1)]Andere Krankenhäuser: Semmelweis-Frauenklinik, Poliklinik, Preyer`sches Kinderspital

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Koordinationstreffen zur Verbesserung der Betreuung von drogenabhängigen und substituierten Schwangeren und jungen Müttern sowie deren Kinder. 1998 fanden 7 Treffen statt. Teilgenommen haben der Drogenbeauftragte der Stadt Wien, MitarbeiterInnen der MA 11, MitarbeiterInnen der MA 15 und, je nach Thematik, auch spezielle Fachleute.

Weiters stellt das Referat der Drogenambulanz im AKH zwei SozialarbeiterInnen zur Verfügung. Im Jahr 1998 wurden 268 drogenabhängige Personen betreut, wobei bei 182 Personen ein Erstkontakt stattfand.

Dezernat VI - Begutachtungen

Das Dezernat VI - Begutachtungen - wurde mit 1. Jänner 1998 etabliert. Es setzt sich aus vorwiegend mit gutachterlicher Tätigkeit beschäftigten Referaten - vormals den Dezernaten I oder IV zugeordnet - zusammen.

Das Dezernat VI umfasst die Amtsärztliche Untersuchungsstelle (VI/1) mit vorwiegend vertrauensärztlichen Begutachtungen im Auftrag des gesamten Magistrates bzw. Stadtschulrates, das Referat für psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtungen (VI/2), das vorwiegend fachärztliche Begutachtungen im Auftrag der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle, aber auch anderer Kunden durchführt, das Referat für Körperbehindertenbetreuung und orthopädische Angelegenheiten (VI/3), welches neben orthopädisch-fachärztlicher Begutachtung über ein umfassendes, nicht gutachterliches Aufgabengebiet verfügt (siehe unten), sowie das Referat für Begutachtung zum Bezug von Pflegegeld, EDV - Planung und Koordination (VI/4), dem derzeit neben den Pflegegeldbegutachtungen die EDV-Planstelle der Magistratsabteilung 15 zugeordnet ist, sowie die Physikalisch - technische Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin (VI/5). Hier werden die Fachbereiche „Radiologie und Strahlenschutz", „Personendosimetrie" und „Elektromedizin" in vorwiegend gutachterlicher Weise betreut.

Primäre Zielsetzung in dem neu gegründeten Dezernat ist die Etablierung eines qualitativ hohen Niveaus im Bereich der gesamten Begutachtung. Zahlreiche Maßnahmen wurden diesbezüglich bereits gesetzt.

So wurde auf Dezernatsebene zur Erleichterung der fachübergreifenden Begutachtung eine zentrale Terminevidenz für sämtliche Fachgutachter des Dezernates geschaffen und durch räumliche Zusammenlegung der Referate VI/1 und 2 zwecks Erleichterung der Administration und Kommunikation zwischen „Haupt- und Nebengutachtern" ein deutlich gehobener qualitativer Standard erreicht. Zahlreiche weiterführende Maßnahmen sind in Planung.

In der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle wurden 1998 insgesamt 6.350 vertrauens- und amtsärztliche Begutachtungen für den gesamten Bereich des Magistrates der Stadt Wien, den Stadtschulrat Wien und zu einem Teil auch für die Wiener Stadtwerke durchgeführt. Es wurden im Rahmen der Begutachtungen insgesamt 1.380 Laboruntersuchungen vorgenommen.

Von den 6.350 durchgeführten Begutachtungen entfielen 588 auf Personen, die eine dienstordnungsmäßige Anstellung beim Magistrat der Stadt Wien oder beim Stadtschulrat für Wien anstrebten, 2.995 Personen wurden zwecks Überprüfung der Dienstfähigkeit begutachtet. 646 Untersuchungen wurden zur Überprüfung kurzdauernder Krankenstände durchgeführt und 112 Beurteilungen zur Dienstfreistellung nach dem Mutterschutzgesetz.

Überblick der wichtigsten Untersuchungen:

Amtsärztliche Untersuchungen	1998
Untersuchungen insgesamt	6.350
Laboruntersuchungen	1.380
Pragmatisierungen	588
Dienstfähigkeitsuntersuchungen	2.995

Mutterschutzuntersuchungen	112
MD-Krankenkontrollen	610
Untersuchungen nach § 9	195
Untersuchungen nach § 4, Abs. 4	287
Führerscheinuntersuchungen	83

Legende: Untersuchungen nach § 9, Pensionsordnung (PO) 95 und nach § 4 Abs. 4 PO 95: Beurteilung der Erwerbsfähigkeit zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung durch genaue Untersuchung der Einschränkung der körperlichen und psychischen Mobilität.

Im Berichtsjahr wurden überdies zahlreiche Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und Qualität in der Begutachtung gesetzt: so wurde der Ausbau der zentralen Terminevidenz zur effektiveren Termingestaltung aller Fachbegutachtungen weiter forciert, die Räumlichkeiten weiter ausgedehnt und Fachgutachter räumlich in das Referat integriert. Dies führte durch erleichterte Kommunikation Haupt/FachgutachterIn zu einer wesentlichen Steigerung in der Qualität und Effizienz der Begutachtung. Die Amtsärztliche Untersuchungsstelle wurde überdies mit einem eigenen, zentral gelegenen Labor und weiteren diagnostischen Mitteln (polizeikonformer Alcomat) ausgestattet. Die aus den Verbesserungsmaßnahmen resultierende Steigerung der Kunden- wie Klientenfreundlichkeit rief ein äußerst positives Echo hervor.

Im Referat für Psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtungen wurden im Jahr 1998 1.156 psychiatrische und neurologische und 150 psychologische Begutachtungen im Auftrag der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle, aber auch der Bezirksgesundheitsämter und anderer Magistratsabteilungen erstellt.

Die Fragestellungen betreffen größtenteils die Feststellung der psychischen Gesundheit unter spezieller Beachtung der beruflichen Einsetzbarkeit der Klienten, Feststellung der Haftfähigkeit, Rechtfertigung der Kostenübernahme für psychotherapeutische Behandlungen u.a. Die psychologischen Untersuchungen erfolgen neben Anamnese und Exploration mit einem computerunterstützten Testsystem, das wesentliche Faktoren der Leistungsfähigkeit und Persönlichkeitsdimensionen erfasst.

Psychiatrische Begutachtungen	1997	1998
Gesamtparteienfrequenz	2.701	1.323
Begutachtungen	1.552	1.306
davon:		
1. Psychiatrisch/neurologische Begutachtungen	1.218	1.156
2. Psychologische Begutachtungen	334	150
Personalentwicklung (Bewerbungen, Coaching, Personalauswahl usw.)	–	12
Beratungsgespräche in persönlichen Krisensituationen	–	5

Zudem erfolgten bis Ende Juli 1998 im Rahmen der zusätzlichen Referatsagenden „Personalentwicklung und Personalmanagement" zahlreiche Bewerbungsgespräche und Personalauswahlverfahren durch den damaligen Referatsleiter Herrn MR Dr. Krafack in Zusammenarbeit mit dem Personalreferat. Interne und externe Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Abteilung wurden im Rahmen der Referatsagenden „Fortbildung" organisiert.

Mit 1. August 1998 wurde die Leitung des Referates in Vertretung des ausscheidenden Referatsleiters vom Leiter des Dezernates übernommen, die Agenden der Personalentwicklung sowie der Fortbildung gingen an das Personalreferat über.

Im Sinne der qualitativen Steigerung wurden die Gutachten formal jenen der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle angepasst, das Raster-Tätigkeitskalkül auf vorerst probeweiser Basis übernommen.

Zur Förderung qualitätsorientierter Kommunikation und Erleichterung der Administration erfolgte im Sommer 1998 eine Übersiedlung des Referates für psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtung in die unmittelbare Nachbarschaft, bzw. in Räumlichkeiten der erweiterten Amtsärztlichen Untersuchungsstelle.

Das Referat Körperbehindertenbetreuung, orthopädische Angelegenheiten umspannt neben der fachärztlich-gutachterlichen Tätigkeit ein umfassendes, nicht gutachterliches Aufgabengebiet, das in der Unterstützung der fachlichen Betreuung und medizinischen Rehabilitation Körperbehinderter und prophylaktischen Aufgaben (Reihenuntersuchungen) besteht.

Dieses Referat erstellt die Gutachten I und II. Instanz für die MA 46 und MA 65 (§ 29 b StVO), die MA 12 (Allgemeine Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Fahrtendienst), MA 47 (Heilbehelfe) sowie orthopädisch-fachärztliche Gutachten im Auftrag der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle.

Es wird ein fachärztlich-orthopädischer und sozialarbeiterischer Verbindungsdienst sowie die therapeutische Betreuung an den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder durchgeführt. Mittels SozialarbeiterInnen erfolgt überdies ein Verbindungsdienst zu den fünf größten orthopädischen Abteilungen Wiens. Auch werden prophylaktische

fachärztlich-orthopädische Untersuchungen an den Wiener Pflichtschulen durchgeführt.

Organisatorisch wurden die orthopädischen Fachgutachter ebenfalls in das referatsübergreifende Terminevidenzsystem des Dezernates eingebunden. Ein Orthopäde steht für Akutbegutachtungen in den Räumen der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle zur Verfügung.

Orthopädische Begutachtung, Köperbehindertenbetreuung	1998
Parteienfrequenz	35.921
Facharztkonsultationen	13.837
orthopädische Untersuchungen im Referat	2.175
orthopädische Untersuchungen bei Bettlägerigen	301
orthopädische Untersuchungen in Sonderkindergärten	217
in öffentlichen Volksschulen	8.846
in Sonderschulen f. körperbehinderte Kinder	947
Physiotherapien in d. Sonderschulen f. körperbehinderte Kinder	7.947
Ergotherapien in d. Sonderschulen f. körperbehinderte Kinder	1.857
logopädische Behandlungen in d. Sonderschulen f. körperbehinderte Kinder	836
sozialarbeiterische Beratungen	33.491
Hausbesuche von SozialarbeiterInnen	125
Dienstwege von SozialarbeiterInnen	341
veranlasste diagnostische u. therapeutische Maßnahmen	3.509
Begutachtungen für MA 12	4.231
davon für Inanspruchnahme des Freizeitfahrtendienstes	2.294
notwendige Rehabmaßnahmen (Eingliederungshilfe)	1.693

Im Referat Begutachtung zum Bezug von Pflegegeld, EDV - Planung und Koordination werden primär ärztliche Begutachtungen im Rahmen des Wiener Pflegegeldgesetzes durchgeführt. Die Begutachtungen erfolgen im Auftrag der MA 3, MA 12 und der Wiener Stadtwerke.

1998 wurden insgesamt 3.751 Pflegegeldbegutachtungen durchgeführt, 793 Anträge betrafen hierbei Kinder (die Begutachtung von Kindern erfolgte im Dezernat IV durch Fachärzte für Kinderheilkunde). Zusätzlich waren 204 Stellungnahmen zu Einsprüchen von Antragstellern zu bearbeiten.

Neben den Pflegegelduntersuchungen erfolgten 45 internistische Begutachtungen im Rahmen des Verfahrens gemäß § 29 b StVO 60.

Neben dem gutachterlichen Bereich obliegt diesem Referat die Betreuung der ADV-Angelegenheiten. In diesem Rahmen wurden die EDV-mäßige Ausstattung der MA 15 weiter forciert (Abschluss der Verkabelung der MA 15 - Zentrale, Installierung von PC-Geräten in Außenstellen, Einstieg in gemeindeeigene und weltweite Kommunikationssysteme, Vereinheitlichung auf die Netzsoftware „NT 4.0" u.a.), sowie Schulungen für die Mitarbeiter organisiert.

In der Physikalisch-Technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin wurden durch 19 Mitarbeiter die Fachbereiche Radiologie, Elektromedizin und Personendosimetrie (gutachterlich) betreut. Die Gutachtenserstellung im Fachbereich Radiologie erfolgt dabei bereits unter Berücksichtigung der Richtlinie der EURATOM 96/29 und umfasste die Teilnahme an 239 Verhandlungen gemäß § 5, 6, 7, 10 und 17 des Strahlenschutzgesetzes, 513 Prüfungen von Strahlenbetrieben im kurzen Wege nach § 10 und § 17 Strahlenschutzgesetz sowie insgesamt 359 Stellungnahmen beziehungsweise Prüfberichte. Im Rahmen des Fachbereiches Elektromedizin werden regelmäßige Überprüfungen von Medizinprodukten, aber auch elektrischer Anlagen (im Sinne der Installationssicherheit) durchgeführt. Ebenso sind diesem Fachbereich Skartierungsaufträge zuzuordnen. Es wurden insgesamt 51 diesbezügliche Gutachten und Prüfberichte, sowie 269 Ausscheidungsgutachten für elektromedizinische Geräte erstellt. Ein weiterer großer Arbeitsbereich ist auch weiterhin die Auswertung von Personendosimetern. Es erfolgte insgesamt eine Auswertung von 107.717 Dosimetern im Berichtsjahr. Weiters wirken Mitglieder der PTPA in zahlreichen Gremien wie dem Österreichischen Normungsinstitut, dem Österreichischen Verband für Elektrotechnik und in der Ausbildung von medizinisch-technischem Fachpersonal und Strahlenschutzbeauftragten mit. Ein laufendes Akkreditierungsverfahren konnte im Oktober 1998 von Seiten der PTPA als abgeschlossen betrachtet werden. Im Juni 1998 wurde durch die PTPA überdies die Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Strahlenschutz organisiert und betreut.

Betreuung zu Hause

Präambel

Die Bezeichnung „Betreuung zu Hause" beschreibt nur einen Teil der Aufgaben der Abteilung. Die „Betreuung zu Hause" umfasst ambulante und semistationäre Dienste, die im vorliegenden Bericht in den Abschnitten über die sozialen Dienste, den Fachbereich Externe Qualitätssicherung, die Mobile Hauskrankenpflege, den Sozialnotruf, die Geriatrischen Tageszentren und die Gesundheits- und Sozialzentren dargestellt werden.

Darüber hinaus hat die Abteilung die Aufgabe, an der Planung, Entwicklung und Finanzierung der stationären Pflege in Wien mitzuwirken.

Ein Blick in das Budget der Abteilung zeigt, dass von den im Jahre 1998 aufgewendeten rund 4,2 Milliarden Schilling mehr als 90 Prozent der Finanzierung von ambulanten und stationären Diensten, die von privaten Wohlfahrtsträgern oder dem Wiener Krankenanstaltenverbund als Träger der städtischen Pflegeheime erbracht werden, dient. Die rechtliche Grundlage der Aufgaben der Abteilung sind neben den Verfahrensbestimmungen der Rechtsanspruch auf Pflege gemäß § 15 WSHG (Wiener Sozialhilfegesetz) und die sozialen Dienste gemäß §§ 22 und 22a.

Weiters obliegt der Abteilung die Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime. Für den Sozialen Dienst „Heimhilfe" wurde 1997 ein eigenes Heimhilfegesetz geschaffen, das den Zugang zum und die Ausübung des Berufes „Heimhilfe" regelt. Der Heimhilfeberuf soll die erste Stufe in der „Hierarchie" der Pflegeberufe sein. Angestrebt, aber noch nicht erreicht, wurde eine rechtliche Berücksichtigung des Heimhilfeberufes in den bundesrechtlichen Bestimmungen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes.

Die Verwaltungsaufgaben der Abteilung sind somit die Mitwirkung an der Planung und Entwicklung ambulanter und stationärer Pflegedienstleistungen, die Steuerung der Pflegedienstleistungen durch Beauftragungen und die Qualitätssicherung und die Finanzierung der Pflegedienste im Einzelfall aufgrund von Vertragsbeziehungen.

Gegenüber dem Pflegebedürftigen und seinen Angehörigen hat die Abteilung die Aufgabe der Beratung, der Vermittlung von Pflegedienstleistungen, der begleitenden Kontrolle der Pflegemaßnahmen (Qualitätssicherung) und der finanziellen Beteiligung an den Kosten unter Berücksichtigung der von dem Pflegebedürftigen selbst erbrachten Kostenbeiträge.

Da die Sozialhilfe Rechtsgrundlage der Aufgaben der Abteilung ist, gelten die im WSHG festgeschriebenen Prinzipien wie zum Beispiel: das Prinzip der Subsidiarität, wonach zu den Leistungen der Sozialhilfe jeder einzelne - seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen entsprechend - zu den Kosten der Leistungen beizutragen hat.

Im Jahr 1998 wurden externe Reformüberlegungen zur Weiterentwicklung des Sozialwesens angestellt. Die im zweiten Halbjahr 1997 dazu begonnenen Arbeiten wurden - wie vorgesehen - Mitte 1998 abgeschlossen. Das Ergebnis war, dass von einer organisatorischen Zusammenführung der für die Vollziehung des Sozialhilfegesetzes zuständigen Abteilungen - Magistratsabteilung 12 und Magistratsabteilung 47 - Abstand genommen wurde und die Aufgabe der Pflege und der Sozialen Dienste nach dem WSHG als Aufgabe der Gesundheitswesens weitergeführt wird. Diese Entscheidung ist insofern begrüßenswert, als die ambulanten und die stationären Pflegedienstleistungen ohne Verbindung zum Krankenanstaltenwesen nicht sinnvoll und zielgerichtet weiterentwickelt werden können, zumal die neue Finanzierung des Krankenanstaltenwesens ein organisatorisches Zusammenrücken der Bereiche ambulante Pflegedienste, stationäre Pflegedienste und Leistungen der Krankenanstalten im Interesse der Patienten erfordert.

Das dazu mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund abgeschlossene Kooperationsabkommen wurde von der Abteilung primär im Bereich der Sozialarbeit an Krankenanstalten, Pflegeheimen und der Gesundheits- und Sozialzentren, gemeinsam mit Mitarbeitern der einzelnen Krankenanstalten, weiterentwickelt.

Letztlich sei zur Gliederung der Abteilung Folgendes festgehalten: Die Abteilung ist nach Dezernaten gegliedert. Das Dezernat 1 vertritt die Sozialarbeit und die Gesundheits- und Sozialzentren, das Dezernat 2 vertritt die ambulanten Pflege- und Sozialdienste, das Dezernat 3 vertritt die Pflegeheimaufnahmen und die Verrechnung des Kostenersatzes für Leistungen der stationären Pflege und das Dezernat 4 ist mit Rechtsaufgaben im weiteren Sinne und mit der Umsetzung der Aufsicht gemäß dem WSHG und dem Wiener Heimhilfegesetz betraut. Der Abteilungsleitung sind die fünf Stabsstellen Finanz, Personal, Planung und Organisation, EDV und Kanzlei zugeordnet. Der wichtigste interne Schwerpunkt der Abteilung des Jahres 1998 war die Einrichtung von Instrumentarien der Personalentwicklung. So wurde der Aufgabenbereich des Bildungsbeirates ein fester Bestandteil, ein Bildungspass für alle MitarbeiterInnen eingeführt und die Bemühungen, den MitarbeiterInnen gezielte Förderungen anzubieten, vertieft.

Vertreten wird die Abteilung nach außen, gegenüber der Bevölkerung, durch regionalisierte Außenstellen. Für sieben Wiener Gemeindebezirke wurden bereits vier Gesundheits- und Sozialzentren in Betrieb genommen, die für rund 40 Prozent der Wiener Bevölkerung zuständig sind. In den anderen Bezirken, ebenfalls regionalisiert, wird im Fachbereich Soziale Dienste die Abteilung durch die Sozialen Stützpunkte und im Fachbereich Mobile Hauskrankenpflege durch die Stützpunkte der Mobilen Gesundheits- und Krankenpflegepersonen vertreten. Die Sozialarbeit der Abteilung betreibt Außenstellen in den städtischen Krankenanstalten und städtischen Pflegeheimen.

Zur weiteren Regionalisierung in Form der Gesundheits- und Sozialzentren sind zwei Zentren für den 20. und 2. Bezirk und für den 12., 13. und 23 Bezirk in Planung.

Organisationsplanung und Organisationsentwicklung

Die für Organisationsplanung und Organisationsentwicklung zuständige Stabsstelle hat 1998 schwerpunktmäßig Aufgaben in der Planung von Einrichtungen, Projektbegleitung, Dokumentation und Statistik, Kooperationen mit anderen Stellen der Stadt Wien sowie Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen.

Planung von Einrichtungen:

Das Gesundheits- und Sozialzentrum 16/17 (Weinheimergasse 2) konnte 1998 fertig gestellt werden. Nachdem im April die Übergabe seitens der Buchhaltungsabteilung 1 an die Abteilung erfolgt war, konnten die Stützpunkte der Sozialen Dienste und der Mobilen Hauskrankenpflege im Juni von ihrem bisherigen Standort in der Roterdstraße in das neue Objekt übersiedeln. Nach den Postenverhandlungen für die zusätzlichen MitarbeiterInnen und der Ausschreibung und Bestellung der Zentrumsleitung, konnten auch die restlichen MitarbeiterInnen im Frühherbst ihre Arbeit im Zentrum aufnehmen. Anlässlich der U3 – Eröffnung der Station Ottakring erfolgte dann schließlich am 4. Dezember 1998 auch die offizielle Eröffnung des Gesundheits- und Sozialzentrums Ottakring/Hernals durch Stadtrat Dr. Sepp Rieder und die Bezirksvorsteher des 16. und 17. Bezirkes.

Der Baubeginn des Gesundheits- und Sozialzentrums 12/13/23 verzögerte sich aufgrund der unterschiedlichen Förderungsstrukturen für die unterschiedlichen Bauabschnitte weiterhin, sodass auch 1998 noch nicht mit dem Bau begonnen werden konnte.

Für ein Gesundheits- und Sozialzentrum 2/20 in dem Objekt Remise – Vorgartenstraße konnte durch die Bezirksvorsteher des 2. und 20. Bezirkes eine grundsätzliche Zustimmung seitens der Finanzstadträtin und des Gesundheitsstadtrates erwirkt werden. Die Bauträger (Stadterneuerung- und Eigentumswohnungsgesellschaft und Österreichisches Siedlungswerk) haben Einplanungsüberlegungen angestellt. Die offiziellen Einplanungsvoraussetzungen (Raumprogrammgenehmigung, eventuell Wirtschaftlichkeitsbesprechung) sind für Anfang 1999 geplant. Mit einer Fertigstellung dieses Objektes ist 2000 zu rechnen.

Im Rahmen des Dachverbandes Wiener Pflege und Sozialdienste gründete sich eine Arbeitsgemeinschaft „betreute Pflegewohngemeinschaften", an der die Abteilung - sowie jene Vereine, die von der Abteilung Wohngemeinschaften übernommen haben - teilnehmen. Im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft wurde ein Konzept zum weiteren Ausbau derartiger Einrichtungen im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses „Hilfe im hohen Alter" erarbeitet. Auch wurden Standards für den Betrieb derartiger Einrichtungen festgelegt.

Durch die Einführung der betrieblichen Verrechnung sowie auch durch Umorganisation bisher verantwortlicher betreuender Fachdienststellen gewannen Budgetierungsfragen – gerade auch in Bezug auf Baumaßnahmen – in der Abteilung besondere Bedeutung. Die Abteilung richtete daher ein „Beschaffungsgremium" (bestehend aus den Stabsstellen Planung - Organisation, EDV, Finanz und Kanzlei) ein, um den Bedarf an Anschaffungen, Erhaltung und Renovierungen zielgenauer planen und budgetieren zu können.

Organisationsentwicklung:

Nach Inbetriebnahme des Gesundheits- und Sozialzentrums 16/17 erging der Beschluss, die Arbeit an der internen Organisationsentwicklung wieder aufzunehmen. Es wurde eine Arbeitsgruppe – bestehend aus den Zentrumsleitungen, den Fachbereichsleitungen und allen Einsatzstellenleitungen in Gesundheits- und Sozialzentren – eingerichtet, die in einer Art Bestandsaufnahme die Ziele der Gesundheits- und Sozialzentren sowie eventuelle Schwachstellen in den Betriebsabläufen analysieren soll.

Zur Koordination der neu geschaffenen BezirksreferentInnen wurde eine erste Sitzung abgehalten, in der die Erfahrungen ausgetauscht wurden und Ideen zur weiteren Verbesserung der Kommunikationsebenen mit den Bezirken erarbeitet wurden.

Projektbegleitungen:

Kooperationsübereinkommen „Magistratsabteilung 47 – Wiener Krankenanstaltenverbund"

Die internen Arbeitsgruppen in den einzelnen Schwerpunktkrankenhäusern haben sich gebildet und die Inhalte des generellen Übereinkommens in Bezug auf „ihre Häuser" konkretisiert. In einer Steuerungsgruppe treffen sich die LeiterInnen der einzelnen Arbeitsgruppen etwa zweimal jährlich, um über ihre Arbeit zu berichten. Daneben wurde in einer weiteren Arbeitsgruppe intensiv an den Schnittstellen der Abteilung zu den städtischen Pflegeheimen gearbeitet.

Senior Plus:

Das EU–Projekt Senior Plus wurde inhaltlich begleitet und die ordnungsgemäße Abwicklung überprüft. In einem gemeinsamen Reflexionsworkshop mit dem Projektteam wurde erstmals auch darüber nachgedacht, wie es nach dem Projektende (Ende 1999) weitergehen könnte.

Ein Teil des Projektteams übersiedelte in das neue Gesundheits- und Sozialzentrum 16/17, wodurch einerseits das Projekt ein zusätzliches Standbein in der Gürtelregion erhielt, und andererseits die Angebotspalette des Gesundheits- und Sozialzentrums eine zusätzliche Bereicherung erfuhr.

Weitere Projektinitiativen und -begleitungen:

Das Projekt Careousel wurde abgeschlossen und ein Bericht verfasst. Ein bis zwei dieser elektronischen Medikamentenspender werden pro Gesundheits- und Sozialzentrum zu Demonstrationszwecken angeschafft.

Das Projekt Wohnberatung im Gesundheits- und Sozialzentrum 10 sowie im 16. Bezirk konnte einigen Klienten konkrete Hilfestellungen anbieten und zum Teil Wohnungssanierungen einleiten. An eine Einbeziehung der MA 17 in dieses Projekt ist gedacht.

Kooperation mit anderen Stellen der Stadt Wien:

- Einen zusätzlichen Schwerpunkt bildete 1998 die Mitarbeit am Aufbau von Einsatzteams zur „Psychologischen Betreuung von Katastrophenopfern", einem Projekt der Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen. Nach der Entwicklung eines eigenen Schulungskonzeptes dafür und der Auswahl der potentiellen MitarbeiterInnen konnten im Herbst 1998 zwei Ausbildungslehrgänge beginnen. Das Ende der Ausbildung ist mit Sommer 1999 vorgesehen
- Teilnahme am Projekt „Katastrophenschutz für die Versorgung pflegebedürftiger Personen" im Rahmen des Dachverbandes Wiener Pflege- und Sozialdienste im Auftrag der Magistratsdirektion - Hilfs- und Sofortmaßnahmen
- Teilnahme an einem Redaktionsteam in der Bereichsleitung für allgemeine und personelle Angelegenheiten der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zur Verbesserung der Internetpräsentation des Gesundheits- und Sozialbereichs
- Teilnahme an einer Arbeitsgruppe in der Bereichsleitung für allgemeine und personelle Angelegenheiten der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zur Verbesserung des Servicecharakters im Amtshaus am Schottenring (bauliche Maßnahmen, Dienstleistungsmaßnahmen)
- Teilnahme an Sitzungen der Magistratsdirektion - Baudirektion im Rahmen der sozialen Infrastrukturkommission
- Teilnahme am EU-Koordinationsausschuss der Magistratsdirektion – EU-Förderungen (Bericht über Senior Plus)
- Mitarbeit an diversen Projekten und Initiativen des Seniorenbeauftragten
- Mitarbeit an diversen Arbeitsgruppen des Familienministeriums zur Vorbereitung des internationalen Jahres der älteren Menschen 1999
- Mitarbeit am Arbeitskreis Vernetzung von Gemeinwesenarbeit
- Initiative GemeinwesenarbeiterInnen verschiedenster Institutionen
- Teilnahme am Planungsausschuss des Wiener Krankenanstaltenverbundes
- Bauvorbereitung des Sozialmedizinischen Zentrums-Süd und Sozialmedizinischen Zentrums-Ost
- Teilnahme am Weltgesundheitsorganisationsbeirat (Projektbegleitung: Sicher gehen über 60)

Öffentlichkeitsarbeit:

Organisation und Gestaltung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen 1998:

März:	Senior Aktuell - Sozialmesse 3. Bezirk
April:	Tag der offenen Tür Gesundheits- und Sozialzentrum 10
Mai:	Gesundheits- und Sozialzentrum 14/15 in Bezirksvorstehung 15
Juni:	Tag der offenen Tür Gesundheits- und Sozialzentrum 16/17
	Tag der offenen Tür des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlössl
September:	Infotag Bezirksvorstehung für den 10. Bezirk
	Tag der offenen Tür Krankenhaus Floridsdorf
November:	Herbstseniorenmesse
	Infostand Schrödingerplatz
Dezember:	Eröffnung und Tag der offenen Tür des Gesundheits- und Sozialzentrums für den 16. und 17. Bezirk

Tagungen, Referate und Vorträge 1998

März:	„Wohnen im Alter" – Gastvorlesung an der Bundesakademie für Sozialarbeit
Juli:	Learning together: Tagung des Roten Kreuzes und des Europäischen Zentrums
September:	„Die Mehrzweckkarte" (Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie)
	„Altern und Migration" Symposium von Senior Plus und Wiener Integrationsfonds
Oktober:	URBAN–Tagung im Rathaus (Magistratsdirektion – EU-Förderung)
	Symposium – Gesundheitsplanung (Weltgesundheitsorganisation)
	Internationale Tagung des Österreichischen Berufsverbands Diplomierter SozialarbeiterInnen zum Thema „Grenzgang – Sozialarbeit bezieht Position im wirtschaftlichen – politischen – medialen Wechselspiel"
	Tagung des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung zum Thema „Politische Mitsprache älterer Menschen in Europa"

November: Gesundheitsförderungsplan (Rotes Kreuz)
Schengenabkommen (Magistratsdirektion – EU-Förderung, Magistratsdirektion -Verwaltungsakademie)

Soziale Dienste

Der Fachbereich Soziale Dienste, dessen organisatorische Außenstellen die Sozialen Stützpunkte und Außenstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren sind, ist für die Abwicklung der von der Stadt Wien angebotenen sozialen Dienste verantwortlich.

Die Zielsetzung und Aufgabe des Fachbereiches sind es, betreuungsbedürftigen Personen durch Dienstleistungen solange wie möglich ein Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen sowie zur Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen in ihrer gewohnten Umgebung beizutragen. Dies ist aber nur bei intensivem Einsatz der sozialen Dienste möglich. Die Mitarbeiter der zehn Außenstellen leisten alle notwendigen Koordinationsarbeiten mit den privaten Wohlfahrtsorganisationen, von denen folgende soziale Dienste durchgeführt werden: Heimhilfe, nichtmedizinische Hauskrankenpflege, Reinigungsdienst, Besuchsdienst, Wäschedienst, Reparaturdienst, Familienhilfe, Kinderbetreuung daheim, Essen auf Rädern und Ergotherapie. Die Öffnungszeiten der Sozialen Stützpunkte sind Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr.

Die Sozialen Stützpunkte und Einsatzstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren sind mit diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen und Kanzleibediensteten besetzt. Außerdem stehen für die Erstversorgung der Patienten sowie für eine Soforthilfe Heimhelferinnen, Reinigungshilfen und Zivildiener zur Verfügung. Jeder Bürger der Stadt Wien kann sich, wenn er Hilfe benötigt, sowohl telefonisch als auch persönlich, an einen Sozialen Stützpunkt bzw. an ein Gesundheits- und Sozialzentrum wenden.

Von einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson werden bei den Hilfesuchenden Hausbesuche durchgeführt, um den Betreuungs- bzw. Pflegebedarf und die Art der notwendigen Hilfestellungen zu erheben. Anschließend werden die privaten Wohlfahrtsorganisationen mit der Durchführung der sozialen Dienste beauftragt und hinsichtlich deren Qualität überprüft.

1998 wurden von 30 diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen 19.093 Hausbesuche absolviert. Die Zivildiener haben bei 3.981 Einsätzen 1.440 Patienten mitbetreut.

1998 wurden in den Sozialen Stützpunkten und Einsatzstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren 13.253 Anträge auf soziale Dienste gestellt, davon 5.794 von privaten Personen, 2.998 aus Krankenanstalten, von privaten Wohlfahrtsorganisationen 1.702, durch den Kontaktbesuchsdienst 79, durch den Sozialnotruf 110, von Ärzten 243, durch den Psychosozialen Dienst und die Übergangspflege 94, durch die Zentrale der Abteilung 69, den Bürgerdienst 36, die Sozialreferate 80, die Mobile Hauskrankenpflege 157, vom Bezirksgesundheitsamt 25 und von sonstigen Stellen 1.866.

Weiters wurden 201 Anträge auf Aufnahme in Pflegeheime eingebracht. In 3.983 Fällen waren die MitarbeiterInnen bei Anträgen um Pflegegeld behilflich. Eine Erstversorgung durch die Sozialen Stützpunkte erfolgte bei 9.591 Personen.

Ein eigener Aufgabenbereich umfasst die Familienhilfe und die Kinderbetreuung. Die Familienhelferin vertritt und unterstützt bei Spitalsaufenthalt, Erkrankung der Mutter und dgl. Im Rahmen des Dienstes „Kinderbetreuung daheim" werden erkrankte Kinder berufstätiger Alleinerzieher und Eltern betreut. 1998 wurden mit Familienhilfe 497 und mit Kinderbetreuung 285 Familien unterstützt.

Projekte und Projektmitarbeit

Im Februar 1998 wurde mit der Umsetzung des Pflege- und Betreuungskonzeptes, welches im November 1997 vorgestellt wurde, begonnen.

Eingeschult wurden die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Sozialen Stützpunkte, die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Organisationen, die Büromitarbeiter der Sozialen Stützpunkte und die TeamleiterInnen aller Wohlfahrtsorganisationen.

Im März 1998 fand, gemeinsam mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste, eine Mitarbeiterkonferenz aller diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Sozialen Stützpunkte gemeinsam mit dem Abteilungsleiter statt. Hier wurde über eine Neuorganisation in den Sozialen Stützpunkten diskutiert. Eine Arbeitsgruppe wurde gegründet, welche das „Case Management" für die Sozialen Stützpunkte erarbeitet. Vorgestellt wurde das Ergebnis der Arbeitsgruppe im Dezember 1998.

Bei den Vorstellungen des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund zur Organisation der Patientenbetreuung zwischen Krankenhaus und Betreuung zu Hause waren Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Sozialen Stützpunkte anwesend und in die Arbeitsgruppen eingebunden.

Das Modell „Patientenübernahme" im Krankenhaus Floridsdorf wurde fortgesetzt. 303 Patienten im Krankenhaus wurden besucht, 58 beraten, 100 Neuanträge aufgenommen, 145 Wiedereinsätze mit sozialen Diensten veranlasst. Dieser Modellversuch wurde auch im Wilhelminenspital fortgesetzt. Im Wilhelminenspital besuchte die zuständige

diplomierte Krankenschwester 207 Patienten, davon waren 113 Neuanträge und 94 Wiedereinsätze.

Im Sozialen Stützpunkt für den 3. und 11. Bezirk sowie im Sozialen Stützpunkt für den 2. und 20. Bezirk wurden die Pflegebehelfslager beibehalten. Krankenpflegebetten, Lifter, Rollstühle und dgl. werden an bedürftige Klienten verliehen.

Im Sozialen Stützpunkt für den 12., 13. und 23. Bezirk wurde der monatliche „Gesprächskreis für pflegende Angehörige" beibehalten, welcher von 11 Personen besucht wurde.

Fort- und Weiterbildung

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung wurden u.a. folgende Veranstaltungen besucht:
- Weiterbildung zur Praktikumsbegleiterin
- Organisation von Pflege und Betreuung für an Aids erkrankte Menschen
- WINWORD-Einführung
- Mediscus-Therapie-Seminar
- Einschulungscurriculum
- Lehrbeauftragten-/Vortragendenfortbildung
- Kommunikationstraining für Frauen
- Aids-Schulung
- Das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz
- Aus- und Fortbildung für HeimhelferInnen
- Kompressionstherapie bei Ulcus
- Das neue Wiener Heimhilfegesetz
- Pflege und Betreuung HIV-positiver und aidskranker Menschen
- Begleitung Schwerkranker und Sterbender
- Reanimation
- Einführungsworkshop mit Naomi Feil (Validation)
- Pflegeplaneinschulung
- Fachtagung „Soforthilfe", Unterstützung der Opfer psychotraumatischer Ereignisse
- Chronische Hautwunden – eine Herausforderung für die Hauskrankenpflege
- Die Ergonomie am Büroarbeitsplatz
- Internationaler Geriatriekongress
- Case-Management
- Neue Krankenpflege-Ausbildung
- Kundenorientiertes Telefonverhalten
- Psychische Hilfen zum Abbau von Stress und Belastungen
- Enquete: Sicher gehen
- Katastrophenschutz
- Präsentation der Ergebnisse des Modellprojektes „Ganzheitliche Hauskrankenpflege"
- Die Arbeit im Dienstleistungsbetrieb
- MentorInnen-Seminar
- Forum der StützpunktleiterInnen – gemeinsam arbeiten - miteinander reden
- EVA-Einschulung
- Enquete: Palliativmedizin/Palliative Care
- Entlassung von PflegepatientInnen nach Hause
- Kundenorientiertes Verhalten im direkten Umgang mit dem Bürger
- Kommunikation mit dementen, depressiven und suchtkranken Menschen
- Umgang mit den Infektionskrankheiten TBC, Hepatitis und Aids
- Die Anwendung von Psychopharmaka
- Frauensprache – Männersprache
- EXCEL-Einführung
- Ich und du und die Außenwelt
- Kommunikation mit schwierigen Menschen in alltäglichen Konfliktsituationen

Fachbereich Externe Qualitätssicherung

Eine Zielsetzung der Abteilung ist die Sicherstellung der Qualität bei den Vertragspartnern der Stadt Wien (Wohlfahrtsorganisationen), so wie bei den privaten Leistungserbringern im Bereich der Pflege- und Sozialdienste. Zur Wahrung dieser Aufgabe wurde im März 1996 der Fachbereich Externe Qualitätssicherung eingerichtet. Der Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich beruht insbesondere auf der Grundlage des Wiener Sozialhilfegesetzes und des Wiener Heimhilfegesetzes. Den Leistungserbringern sind Qualitätskriterien vorzugeben und deren Einhaltung zu überprüfen.

Der Tätigkeitsschwerpunkt 1997 lag bei der Einführung und Umsetzung des Wiener Heimhilfegesetzes (WHHG). In Kooperation mit dem Dezernat 4 der Abteilung „Rechtsangelegenheiten" und dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste wurde eine Informationsveranstaltung zu diesem neuen Gesetz vorbereitet und präsentiert.

Der Tätigkeitsschwerpunkt 1998 lag bei der Einführung und Umsetzung des Wiener Heimhilfegesetzes in Zusammenarbeit mit dem Dezernat 4 Rechtsangelegenheiten und Aufsicht über private Wohn- und Pflegeheime.

Weitere zielführende Maßnahmen zur Umsetzung des WHHG waren:
- das Abhalten von Vorträgen über das Wiener Heimhilfegesetz an der Verwaltungsakademie und im Rahmen des Fortbildungsprogrammes bei privaten Wohlfahrtsträgern
- die Präsentation des in Zusammenarbeit mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste erstellten Curriculums „Ergänzungsausbildung für HeimhelferInnen"
- die Überprüfung der Anwendbarkeit der Übergangsbestimmungen nach dem WHHG bezüglich jener Personen, die die Heimhilfetätigkeit ausüben wollen
- die Durchführung von Verfahren gemäß § 6 WHHG (EWR – Anerkennung)
- die Vornahme von Informationsgesprächen mit Rechtsträgern, die Heimhilfetätigkeiten anzubieten beabsichtigen
- die organisatorische Erfassung
- die Erteilung telefonischer Auskünfte betreffend die Ausbildungsmöglichkeiten zum Heimhilfeberuf
- die Organisation und Mitwirkung bei der durch Beschluss der Landessozialreferentenkonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe „Heimhilfeberufe" – wechselseitige Anerkennung von Ausbildungen und Prüfungen

Zur Sicherstellung der Betreuungsqualität durch qualifiziertes Betreuungspersonal wurden in Kooperation mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste Ausbildungsplätze für Wohlfahrtsorganisationen und private Leistungserbringer ohne Aus- und Fortbildungseinrichtung geschaffen. Die Ausbildung wurde gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice Wien weiter abgesichert. Das Projekt JOB ROTATION wird durchgeführt.

Die Arbeitsunterlage zur Ausbildung von HeimhelferInnen mit dem Thema „Die wichtigsten Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialbereich im Rahmen der ambulanten sozialen Dienste am Beispiel der Gesundheits- und Sozialzentren bzw. Sozialen Stützpunkte der Stadt Wien" wurde neuerlich überarbeitet.

Im Rahmen der Heimhilfeausbildung wurde in den Aus- und Fortbildungseinrichtungen von Sozial Global der Wiener Sozialdienste, Sozialdienste der Adventmission und der Volkshilfe Wien zum obigen Thema insgesamt zehn Vorträge gehalten.

Bei der kommissionellen Abschlussprüfung haben in den neun Aus- und Fortbildungseinrichtungen 431 Personen die Ausbildung zum Heimhilfeberuf positiv abgeschlossen.

Zur weiteren Optimierung von „Essen auf Rädern" wurden die Arbeitsgespräche mit den Küchen, den Zustellorganisationen sowie der Ernährungswissenschafterin weitergeführt.

Zur Strukturierung der Kommunikation und Kooperation wurden vom Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste acht „Jours fixes" unter Einbeziehung der Abteilung für die GeschäftsführerInnen der Wohlfahrtsorganisationen abgehalten. Verschiedene Projekte und Aktivitäten wurden den Mitgliedsorganisationen vorgestellt und von diesen diskutiert. Die „Jours fixes" werden 1999 weitergeführt.

Öffentlichkeitsarbeit

Veranstaltungen und Informationsmaterial

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde in Kooperation mit dem Fachbereich Planung und Organisation bei der Gestaltung und Errichtung von Informationsständen mitgewirkt. Das Berufsabzeichen für HeimhelferInnen wurde entworfen und steht ab März 1999 zur Verfügung. Weiters wurde der Preiskatalog für „private Betreuungsstunden" überarbeitet.

Das Depot mit allen Informationsbroschüren und Foldern der Wohlfahrtsorganisationen wurde aktualisiert. Durch Sponsoring einer Privatfirma konnten die Tragetaschen mit dem Logo der Abteilung angeschafft werden. An der Volkshochschule Alsergrund wurde auch ein Vortrag abgehalten.

Fortbildung

Bei der innerbetrieblichen Fortbildung für Pflegepersonen im Geriatriezentrum „Am Wienerwald" wurden vier Vorträge über die Aufgaben und Leistungen der Abteilung gehalten. Studenten der Wirtschaftsuniversität Wien, der Sozialakademie der Stadt Wien und der Akademie für Fort- und Sonderausbildungen wurden über die Leistungen und Aufgaben der Abteilung informiert. Im Rahmen von Berufsinformationsmessen wurden sechs Referate abgehalten.

Eine Delegation aus Deutschland wurde über die Einrichtungen der Abteilung informiert.

Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung im Bildungsbeirat der Abteilung und bei diversen Arbeitskreisen und Projekten.

1998 wurden folgende Fortbildungsveranstaltungen und Seminare besucht:

- Verantwortungsvolles Führen im Sinne eines Dienstleistungsbetriebes
- Handhabung und Umsetzung der Curricula
- Das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – juristische und medizinisch-pflegerische Aspekte
- Die Judikatur von Arbeits- und Sozialgerichten in Pflegegeldangelegenheiten
- betriebliche Gesundheitsförderung
- EDV-Anwenderkurse

Konferenzen
- Menschen mit Behinderungen
- Drittes System und Beschäftigung am Beispiel hauswirtschaftlicher Dienste: Grenzen und Perspektiven

Perspektiven

Vom Fachbereich Externe Qualitätssicherung werden für 1999 folgende Perspektiven verfolgt:
- Überprüfung und Aufsicht der Ausbildung nach den Übergangsbestimmungen des WHHG;
- Hilfestellung gegenüber den Vertragspartnern der Stadt Wien sowie bei den privaten Leistungserbringern im Erfüllen der im WHHG vorgegebenen Auflagen;
- Regelmäßige Überprüfung und Aufsicht der Qualitätssicherungsmaßnahmen die Aus- und Fortbildung betreffend;
- Regelmäßige Überprüfung und Aufsicht der Qualitätssicherungsmaßnahmen die Heimhilfebetriebe betreffend.

Mobile Hauskrankenpflege

Die Einrichtung „Mobile Hauskrankenpflege" bildet einen wesentlichen Bestandteil im Gesundheitsbereich der Stadt Wien. Der Hauskrankenpflegefachdienst durch mobile diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen umfasst alle Tätigkeiten, die ein spezifisches Fachwissen voraussetzen und nur von entsprechend ausgebildeten MitarbeiterInnen durchgeführt werden können.

Das Ziel ist, Menschen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen in der gewohnten Umgebung zu pflegen und zu betreuen, Krankenhausaufenthalte und Pflegeheimeinweisungen zu verhindern, zu verkürzen oder hinauszuschieben sowie mit allen am Pflegeprozess beteiligten Personen (z.B. PflegehelferInnen, HeimhelferInnen, Angehörige, Zivildiener) zusammenzuarbeiten.

Tätigkeitsbereiche

Der Fachdienst ist durch das Bundesgesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG) geregelt. Die Tätigkeitsbereiche des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege umfassen eigenverantwortliche, mitverantwortliche und interdisziplinäre Tätigkeiten.

Arbeitsorganisation

Geleitet durch eine Oberin und eine Oberschwester (Stellvertreterin) arbeiten eine Lehrschwester, Stützpunktschwestern und diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen in über ganz Wien verteilten 11 Stützpunkten, vier davon in den regionalen Gesundheits- und Sozialzentren und sechs weitere in Beratungsstellen für Inkontinenz. Administrativ wird der Fachbereich durch eine zentrale Stelle betreut. Zu den Aufgaben der Leitung gehören:
- Führung und begleitende Kontrolle der Stützpunkte nach der modernen Managementmethode;
- Bestimmung und Überwachung des Pflegeniveaus sowie die Sicherung der Pflegequalität in Zusammenarbeit mit der Oberschwester, der Lehrschwester, der Hygieneschwester und den StützpunktleiterInnen;
- Abwicklung der gesamten Personalangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Personalreferat der Abteilung;
- Qualitätssicherung und Entwicklung: Zur Bestimmung des Pflegeniveaus werden regelmäßig Pflegevisiten durch die Pflegedirektion, Oberschwester und Lehrschwester durchgeführt. Die daraus gewonnenen Eindrücke werden dann zum Anlass genommen, entsprechende Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung einzuleiten und somit ein einheitliches Qualitätsniveau in Pflegebelangen in ganz Wien sicherzustellen.
- Personalentwicklung:
  - Einführung des Zielmanagements: Zielmanagement konnte in diesem Jahr zu einem wesentlichen Führungsinstrument in der Mobilen Hauskrankenpflege etabliert werden.
  - Es ist gelungen, das Zielmanagement in allen Ebenen der Mobilen Hauskrankenpflege zu implementieren.
  - Personaleinsatzplanung durch Evaluation und Interpretation von Statistiken sowie regelmäßige Pflegevisiten. Kontrolle der Personaleinsatzplanung, Arbeitsablauforganisation vor Ort, daraus resultierende Veränderungen einleiten, überwachen und evaluieren. Projektmanagement konnte als weiteres Instrument im Rahmen der Organisationsentwicklung in der Mobilen Hauskrankenpflege etabliert werden, wodurch es möglich ist, Veränderungsprozesse gemeinsam mit allen Beteiligten in die Tat umzusetzen und so die Identifikation mit „NEUEM" zu unterstützen und zu fördern. Es ist gelungen, im Jahr 1998 wesentliche Instrumente im Rahmen der Mitar-

beiterführung in der Mobilen Hauskrankenpflege zu implementieren.
- MitarbeiterInneneinschulung: Die Einschulung neuer MitarbeiterInnen erfolgt nach einem genauen Einschulungsplan, der die ersten Monate der Einführung in den Hauskrankenpflegefachdienst regelt. Regelmäßige Zwischenbesprechungen sollen die MitarbeiterInnen unterstützen, Sicherheit in der Krankenpflege zu gewinnen, aber auch dazu beitragen, Wissensdefizite rechtzeitig zu erkennen und notwendige Veränderungen einzuleiten.
- Statistikerstellung des Leistungsnachweises:
  - Patientenbezogen: der patientenbezogene Leistungsnachweis wird derzeit über ein Formular (Leistungsblatt) erfasst und mittels eines Computerprogrammes (KVS) ausgewertet. Die Auswertung besteht aus einer monatlichen Auflistung aller Pflegetage, geordnet nach den mit der Stadt Wien in Vertrag stehenden Sozialversicherungsträgern.
  - Mitarbeiterbezogen: Der mitarbeiterbezogene Leistungsnachweis wird ebenfalls mittels eines Formulars (Tagesblatt) täglich von den Krankenpflegepersonen selbst erfasst und anschließend in der Zentrale durch die Administration mittels des Programmes WISTAT statistisch ausgewertet. Die Auswertung besteht hier aus einer monatlichen Aufstellung sämtlicher Tätigkeiten der diplomierten Schwestern und Pfleger. Aus diesen Gesamtberichten wird dann eine Aufstellung für den gesamten Fachbereich erstellt.
- Telefonservice mit Beratung und Abklärungsgespräche in Bezug auf Klienten und Angehörige

Stützpunkte

Die Außenstellen der Mobilen Hauskrankenpflege sind am Montag und Donnerstag von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr von allen MitarbeiterInnen besetzt. Die Tätigkeiten zu diesen Zeiten umfassen An- und Abmeldungen von Hausbesuchen durch niedergelassene Ärzte und Krankenanstalten, genaue telefonische Abklärung der Situation der Klienten durch die Stützpunktleiterin und Weitergabe an die zuständige Schwester im Sprengel. Es werden Teamgespräche geführt sowie Arbeits- und Einsatzplanungen erstellt und Umverteilung von Hausbesuchen bei Urlaub bzw. Krankenständen organisiert.

Weitere Sprechstunden in allen Stützpunkten: Dienstag und Freitag von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr ist die Stützpunktleiterin anwesend, Mittwoch von 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr werden Angehörige in Pflegebelangen beraten. Die Stützpunktleiterin ist außerhalb dieser Zeiten über ein Mobiltelefon, die Vertretung und ein(e) BasismitarbeiterIn in jedem Bezirk über einen Pager erreichbar.

Leistungsstatistik 1998

Die diplomierten Krankenpflegepersonen betreuen die Patienten nach Anforderung und im Auftrag der niedergelassenen Ärzte (praktische und Fachärzte) sowie der Krankenstationen und Pflegeheime. Das Leistungsspektrum umfasst die Fachpflege, Prophylaxen, allgemeine Pflege, Beziehungspflege, Beratung, Instruktion usw.

Insgesamt wurden von 110 diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen 239.361 Hausbesuche durchgeführt, wobei 4.933 Patienten betreut wurden. Die Betreuung erfolgte in Zusammenarbeit mit 968 niedergelassenen behandelnden Ärzten.

Im Rahmen der Arbeitsablauforganisation „Qualitätsmanagement und Personalmanagement" wurden auf der Ebene der StützpunktleiterInnen 2.658 Pflegevisiten durchgeführt. Auf der Ebene der Pflegedirektion wurden 811 Pflegevisiten durchgeführt.

Inkontinenzberatungsstellen

Derzeit gibt es sechs Beratungsstellen in den Bezirken 4, 10, 15, 16 und 22 (eine dislozierte im 21. Bezirk). Diese dienen als Drehscheibe zu den niedergelassenen praktischen Ärzten, Fachärzten und Fachambulanzen. Die Ziele sind wie folgt zu sehen:
- Steigerung der Lebensqualität
- Senkung von Sekundärkosten, die durch eine Inkontinenz entstehen
- professionelle flächendeckende Versorgung der Betroffenen
- Sicherstellung der Pflegequalität
- Akzeptanz von Betroffenen und Enttabuisierung des Themas Inkontinenz
- Förderung der Kommunikation unter den Berufsgruppen
- Kontaktstellenvermittlung
- Fort- und Weiterbildung in der speziellen Pflege Inkontinenter durch die BeraterInnen in der eigenen Institution und in den Wohlfahrtsorganisationen
- Erhebung der Pflegeabhängigkeit aus der Sicht des BeraterInnen
- Einsatz von qualitativ hochwertigen Produkten im Sinne der Qualitätssicherung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte
- Prävention durch Organisieren von Beckenbodengymnastikkursen in den Gesundheits- und Sozialzentren

Hygienefachkraft in der Hauskrankenpflege

Seit Oktober 1997 ist eine Mitarbeiterin (mit spezieller Ausbildung) mit 10 Wochenstunden in diesem Fachbereich tätig. Dieser umfasst alle Maßnahmen, die der Gesunderhaltung und Vermeidung von Infektionen dienen.

Die Hygieneschwester soll zur Führung und Sicherstellung einer praxisorientierten Fachdienststelle im Pflegebereich beitragen. Auf Grundlage des Hygienerichtlinienkatalogs werden Hygienebedürfnisse der MitarbeiterInnen in Bezug auf ihre Tätigkeit erhoben und in der Folge Standards festgelegt und Verbesserungsmaßnahmen zur Qualitätssicherung eingeleitet. Dazu gehört auch die „innerbetriebliche" Fortbildung zur Hygiene in der Hauskrankenpflege.
Schwerpunkte waren:
- Einführung der Hygienefachkraft (HFK) an den einzelnen Stützpunkten
- Bedarfsermittlung und IST-Standerhebung
- Hilfestellung bei bestimmten Problemstellungen
- Erstellen eines einheitlichen Hygienenachschlagewerkes für die Hauskrankenpflege
- Schulung und Beratung in Hygienefragen

Übersicht der Fortbildungsaktivitäten 1998:

Weiterbildung/Sonderausbildung
- Hochschullehrgang für leitendes Krankenpflegepersonal
- Weiterbildung „Altenpflege und Pflege chronisch Kranker"
- Weiterbildung für „Onkologie"
- Weiterbildung „Praxisbegleitung"
- Weiterbildung für Gesundheitsvorsorge

Fortbildung
- Wundseminar/Anwendung diverser Verbandstoffe
- Umgang mit Schwerkranken und Sterbenden
- Förderungs- und Beurteilungsgespräche im Pflegebereich
- Pflegeforschung
- Einführung des Pflegemodells nach D. Orem
- Pflegeprozessmodell – Theoretische und praktische Anwendung
- Zielmanagement für Stützpunktleitungen und –vertretungen
- Aufklärung und Dokumentation im Pflegebereich

Fachvorträge
- Diabetes mellitus Type II
- Erste Hilfe – Reanimationskurs
- Basale Stimulation
- Kompressionstherapie bei Ulcus cruris
- Chronische Hautwunden
- Inkontinenzproblematik bei neurologischen Ursachen
- Katheterismus des Mannes
- Palliativmedizin
- Neue Krankenpflegeausbildung
- Psychopharmaka
- Kommunikation mit schwierigen Menschen
- Umgang mit Drainagen, Kanülen
- Gesundheits- und Krankenpflegegesetz
- Infektionskrankheiten

Besuche von Veranstaltungen, Messen usw.
- Senioren-Messe
- Krankenpflegekongress Bregenz
- Geriatriekongress
- Geriatrietage im Geriatriezentrum „Am Wienerwald"

Diverses
- PC-Schulung
- Einschulungsseminar
- Konfliktmanagement

Diverse Aktivitäten im Hauskrankenpflegefachdienst

Handbuch für „Pflegequalitätsstandards"

Wird in Zusammenarbeit mit 14 Krankenhäusern des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) und dem Hauskrankenpflegefachdienst durchgeführt. Ziel des Projekts ist es, ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das den MitarbeiterInnen des KAV und des Hauskrankenpflegefachdienstes ermöglicht, dem neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz in ausreichender Qualität zu entsprechen. Das erste Zwischenergebnis ist der pflegediagnoseorientierte Anamnesebogen. Im zweiten Teil des Projekts werden zu den jeweiligen Pflegediagnosen entsprechende Maßnahmenpakete entwickelt. Dadurch kann für die Berufsgruppe des gehobenen Gesundheits- und Krankenpflegeberufes ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, das ein einheitliches Qualitätsniveau spitalsintern und –extern sicherstellt.

Die Anwendung des pflegediagnoseorientierten Anamnesebogens wurde 1998 im Hauskrankenpflegefachdienst gelehrt und von den Multiplikatorinnen in Erprobung genommen.

Hauskrankenpflege in der Grundausbildung der Gesundheits- und Krankenpflege

Gemeinsames Projekt mit dem KAV und der Abteilung. Aufgrund der Ausbildungsreform müssen alle Schüler 160 Praktikumsstunden im extramuralen Bereich absolvieren. Das Projekt dient der besseren Koordination und Zusammenarbeit für den praktischen Einsatz von KrankenpflegeschülerInnen.

Hauskrankenpflege im integrierten Gesundheitswesen (KAV)

In diesem Arbeitskreis werden die wichtigsten theoretischen Inhalte für den Unterrichtsgegenstand – Hauskrankenpflege entwickelt. Die erarbeiteten Schwerpunkte dienen als inhaltliches Grundkonzept für die theoretische Ausbildung.

Erstellung eines neuen Tätigkeitskatalogs und Beurteilung für die Ausbildung (KAV). Aufgrund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen werden analog dazu ein Tätigkeitsnachweis sowie eine Beurteilung erarbeitet. Für den Bereich der „extramuralen Pflege" wurden neue Unterlagen entwickelt.

Einführung der Pflegeplanung in der Hauskrankenpflege

Die Implementierung der Vorgaben durch das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz wird mit fachlicher Begleitung im eigenverantwortlichen Tätigkeitsbereich an den Stützpunkten gelehrt und eingeführt.

Qualitätssicherung in der Hauskrankenpflege durch Kontrolle bei Pflegevisiten:
Kriterien der Pflegevisiten:
- sichtbare Ganzheitlichkeit
- Kostenbewusstsein
- Evaluation des Pflegeverlaufs
- Beratung und Information
- Zusammenarbeit mit dem spitalsinternen Bereich
- Zusammenarbeit mit anderen an der Pflege beteiligten Personen

Sozialarbeit an Krankenanstalten, Pflegeheimen und Gesundheits- und Sozialzentren

Zielsetzung und Aufgabenstellung

Ziel dieses Fachbereiches ist es, Menschen mit Betreuungs- und Pflegebedarf unter Einsatz geeigneter sozialarbeiterischer Methoden bei der weit gehenden und langfristigen Erhaltung eines selbstbestimmten, in die Gemeinschaft integrierten und aktiven Lebens zu unterstützen. Die dezentralen Einsatzstellen in den Krankenanstalten, Pflegeheimen und den Gesundheits- und Sozialzentren gewährleisten die optimale Erreichbarkeit breiter Bevölkerungsschichten im Falle einer akuten Bedarfssituation. Weitere Aufgabenschwerpunkte bilden präventive Serviceangebote für SeniorInnen zur Vermeidung frühzeitiger Pflegeabhängigkeit sowie die Erschließung von Ressourcen gegenseitiger Hilfen im sozialen Umfeld.

Die Organisation des Fachbereiches

Der Fachbereich umfasst 43 MitarbeiterInnen im Dienstverhältnis der Stadt Wien – davon 41 diplomierte SozialarbeiterInnen und 24 MitarbeiterInnen mit einem Anstellungsverhältnis beim Verein SOZIAL GLOBAL – davon 1 diplomierter Sozialarbeiter. Durch die Matrixorganisation der Abteilung ergibt sich für 22 diplomierte SozialarbeiterInnen und 21 MitarbeiterInnen von SOZIAL GLOBAL eine Zugehörigkeit zu Gesundheits- und Sozialzentren.

Der Fachbereich ist grundsätzlich in drei Einsatzbereiche gegliedert: Sozialarbeit an Krankenanstalten mit 23 diplomierten SozialarbeiterInnen, Sozialarbeit an Pflegeheimen mit 13 diplomierten SozialarbeiterInnen und Sozialar-

beit an Gesundheits- und Sozialzentren mit 4 diplomierten Sozialarbeiterinnen. Aufgrund des jeweils spezifischen Entwicklungsbedarfes finden nach Einsatzbereichen getrennte, themenzentrierte Arbeitsbesprechungen statt.

Arbeitsschwerpunkte und Leistungsübersicht nach Einsatzbereichen

Die Sozialarbeit an Krankenanstalten bietet insbesondere Unterstützung bei der Erschließung und Koordination von Betreuungs- und Aktivierungsressourcen im Anschluss an die medizinische Behandlung zu Hause oder in geeigneten Einrichtungen. Dabei bildet die Beratung und Unterstützung der Angehörigen des sozialen Umfeldes der PatientInnen einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Durchsetzung rechtlicher und finanzieller Ansprüche zur Sicherung eines möglichst selbstbestimmten Lebens zählt unter anderem zu den begleitenden Maßnahmen.

Durchschnittlich wurden von der Sozialarbeit im Krankenhaus monatlich etwa 700 PatientInnen betreut, davon liegt der Anteil an SeniorInnen (ab 60) bei 74 Prozent bzw. der Anteil an PatientInnen ab dem 75. Lebensjahr immerhin bei 51 Prozent. Die PatientInnen dieser Altersgruppen weisen auch eine längere Verweildauer im Krankenhaus auf.

Im Rahmen des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung nahmen die SozialarbeiterInnen an Krankenanstalten an den interdisziplinären Arbeitsgruppen zur Organisation des Betreuungsüberganges im Rahmen der PatientInnenentlassung teil. Schwerpunkte in diesen Arbeitskreisen bildeten die Koordination von Pflegeheimaufnahmen, insbesondere auf Kurzzeitpflegestationen und Stationen der reaktivierenden Pflege sowie die Erarbeitung von Kriterien der Entlassungsfähigkeit.

Das im April 1997 gestartete Projekt „Sozialberatung Wilhelminenspital", das als ganztägig geöffnete Servicestelle - besetzt mit diplomierten SozialarbeiterInnen und SeniorenberaterInnen - rasch erreichbare und umfangreiche Betreuungsangebote entwickelte, verzeichnete im vergangenen Jahr eine enorme Leistungssteigerung (Zuwachs um etwa 70 Prozent Sozialarbeit bzw. 89 Prozent Seniorenberatung). Zusätzlich zu den bisher umschriebenen Leistungsbereichen wurden im interdisziplinären Kontext unter anderem Schwerpunkte für Diabetiker, für Patientinnen der gynäkologischen Onkologie (Projekt „Knospe") und für Frauen nach Gewalterfahrung (gemeinsam mit der Magistratsabteilung 57) weiterentwickelt. Ein umfassender Jahresbericht wurde von der Projektgruppe vorgelegt.

Die Sozialarbeit an Pflegeheimen setzt besondere Betreuungsschwerpunkte für die PflegeheimbewohnerInnen im Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. im Rahmen einer Entlassung. Das Betreuungsziel stellt die weit gehende Erhaltung und Förderung der Selbständigkeit sowie die intensive Einbindung des sozialen Umfeldes in diesen Prozess dar. Auch für BewohnerInnen des Pflegeheimes, für die aufgrund ihres physischen und psychischen Zustandes eine Entlassung nicht in Frage kommt, soll das Selbstbestimmungsrecht größtmöglich erhalten werden.

Im Rahmen eines Arbeitskreises wurden im vergangenen Jahr die Betreuungsübergänge im Zusammenhang mit Aufnahme und Entlassung sowie die Lebensqualität im Pflegeheim aus der Sicht der PatientInnen genauer analysiert. Die Erfahrungen der Arbeitsgruppen in den Krankenanstalten, der Stützpunkte der Sozialen Dienste sowie der Geriatrischen Tageszentren zum Betreuungsbedarf älterer PatientInnen wurden in die Analyse einbezogen. Ein umfassender Bericht dazu ist in Vorbereitung.

Im Pflegeheim Liesing wurden vom diplomierten Sozialarbeiter die Projekte „Multi-professionelle ganzheitlich-geriatrische Rehabilitation" und „Ganzheitliche-geriatrische systemintegrierte Patienteninteressensvertretung" initiiert. Diese Projekte zeigen Möglichkeiten des sozialen Managements im Pflegeheimbereich auf. Sie stellen jedoch „hausspezifische" Ansätze einer in den verschiedenen Pflegeheimen unterschiedlich diskutierten Neuorientierung dar.

Insgesamt wurden im monatlichen Durchschnitt etwa 570 PflegeheimbewohnerInnen sowie deren Angehörige von den SozialarbeiterInnen an Pflegeheimen betreut.

Die Sozialarbeit an Gesundheits- und Sozialzentren umfasst zum einen Aufgabenbereiche für Personen mit Pflege- und Betreuungsbedarf, und zwar insbesondere Krisenintervention, Clearing und Beratung sowie die Erschließung und Koordination von Betreuungsressourcen - im Kontext mit dem interdisziplinären Team des Gesundheits- und Sozialzentrums. Die Angebote sind an die Betroffenen, an die Angehörigen des sozialen Umfeldes, aber auch an ehrenamtlich oder im Rahmen von regionalen Initiativen tätige Betreuungspersonen gerichtet.

Im Rahmen dieses Aufgabenbereiches werden von den diplomierten SozialarbeiterInnen für Informationsaufgaben sowie für Begleit- und Besorgungsdienste gezielt und fachlich angeleitet SeniorenberaterInnen eingesetzt.

Zum anderen übernehmen die diplomierten SozialarbeiterInnen an den Gesundheits- und Sozialzentren Aufgaben im Rahmen der regionalen Gemeinwesenarbeit mit SeniorInnen. Dazu gehört die fachliche Anleitung der in der Region eingesetzten KontaktbesucherInnen und der SeniorenberaterInnen, die Erstellung von geeigneten Informationsgrundlagen sowie die Erschließung von Möglichkeiten aktiver und integrativer Lebensgestaltung von SeniorInnen. Der Kontaktbesuchsdienst stellt in diesem Zusammenhang eine wichtige Informationsbrücke zu den SeniorInnen im Bezirk her. Seitens der Seniorenberatung erhalten aus dem Spital entlassene PatientInnen ab dem 75. Lebensjahr in der Region eine Möglichkeit der umfassenden Information über bestehende Ressourcen.

Im vergangenen Jahr wurde die Neuorganisation des Kontaktbesuchsdienstes weiterentwickelt und im Rahmen eines Modellprojektes im 15. Bezirk erprobt. Die wienweite Umstellung ist nach Erstellung des dazu erforderlichen EDV-Programmes durch die MA 14 im kommenden Jahr konkret eingeplant. Eine Präsentationsmappe des neuen Kontaktbesuchsdienstes in Kooperation mit den Wiener Sozialdiensten ist in Erarbeitung. Wienweit wur-

den im vergangenen Jahr 20.196 SeniorInnen ab dem 70. Lebensjahr von den KontaktbesucherInnen zu Hause besucht.

Die konkreten Angebote dieses Einsatzbereiches gestalten sich je nach der wahrgenommenen Bedarfssituation und den interdisziplinären Teams der Gesundheits- und Sozialzentren unterschiedlich.

Für den Fachbereich wurde eine Eingabemaske in der abteilungsübergreifenden EDV-Dokumentation „Klientenverwaltungssystem" (KVS) mitgestaltet. Zur Weiterentwicklung der berufsspezifischen PatientInnendokumentation, die eine wichtige Grundlage für ein zielgerichtetes und professionelles Handeln darstellt, wurden neue Methoden überlegt. Einige MitarbeiterInnen des Fachbereiches besuchten Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Thema. Im kommenden Jahr sind dazu weitere Fortbildungsschwerpunkte und die schrittweise Neugestaltung der Dokumentation geplant.

533 77 77 - Sozialnotruf

Der Sozialnotruf informiert über Hilfseinrichtungen und Hilfsmöglichkeiten der öffentlichen und privaten Wohlfahrt. Die telefonische Abklärung der individuellen Situation der KlientInnen soll die passende Hilfe aus dem großen Leistungsangebot verschiedener Institutionen zu finden helfen.

Der Sozialnotruf bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an und informiert über die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen. Außerdem veranlasst er Hilfsmaßnahmen wie z.B. den Einsatz Sozialer Dienste und pflegerischer Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind: sozialarbeiterische Beratung, Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen und Soforteinweisungen in ein Pflegeheim.

Für die Bearbeitung von 17.431 Fällen waren im Jahr 1998 35.658 Telefonate erforderlich. Die Zahl der Veranlassungen bzw. Sofortmaßnahmen betrug 3.143, die Zahl der Intensivfälle 3.399. Während der Abend- und Wochenenddienste waren 1.230 Einsätze zur pflegerischen Notversorgung erforderlich.

Beim Pflegebereitschaftsdienst waren 492 Einsätze zu bewältigen. Dafür stand jeweils eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson von Montag bis Freitag in der Zeit von 15.30 Uhr bis 20.00 Uhr für pflegerische Noteinsätze in Bereitschaft. Eine Notversorgung mit Essen auf Rädern (Wochenende und Feiertage) wurde vom Sozialnotruf 137-mal organisiert. Zur Abwendung von Pflegenotständen mussten an Abenden, Wochenenden und Feiertagen 36 Pflegeheim-Soforteinweisungen veranlasst werden.

Der Sozialnotruf wurde in 54,43 Prozent der Fälle von Frauen, in 22,78 Prozent von Männern und in 22,79 Prozent von Institutionen in Anspruch genommen. Es zeigt sich, dass der Sozialnotruf eine wichtige Aufgabe als Ergänzung zu Notdiensten wie Rettung, Ärztenotdienst und Sozialpsychiatrischem Notdienst wahrnimmt.

Dem Sozialnotruf obliegen die Einsatzleitung für den Pflegebereitschaftsdienst (Montag bis Freitag 15.30 Uhr bis 20.00 Uhr), für den Wochenenddienst durch freiwillige MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes und Koordinationsaufgaben für den Nachmittags-, Abend- und Wochenendeinsatz des Hauskrankenpflegefachdienstes (Mobile Krankenpflegepersonen). An Wochenenden ist er die Anlaufstelle für alle sozialen Dienste. Die Telefonanrufe bei fast allen Außenstellen der Abteilung werden nach Dienstschluss bzw. an Wochenenden und Feiertagen über das magistratsinterne Telefonnetz zum Sozialnotruf umgeleitet, sodass täglich bis 20.00 Uhr auf Notfälle im Bereich der Betreuung zu Hause rasch reagiert werden kann.

Der Sozialnotruf ist unter der Rufnummer 533 77 77 (Serie) täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen) von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr erreichbar. Während der Nachtstunden (20.00 Uhr bis 8.00 Uhr) werden die Anrufe durch einen automatischen Anrufbeantworter engegengenommen (697).

Während der allgemeinen Dienstzeit des Magistrats (Montag bis Freitag 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr) beraten drei diplomierte SozialarbeiterInnen die AnruferInnen. Abenddienste (Montag bis Freitag 15.30 Uhr bis 20.00 Uhr) sowie Samstags-, Sonntags- und Feiertagsdienste (8.00 Uhr bis 20.00 Uhr) werden jeweils von zwei MitarbeiterInnen geleistet.

Geriatrische Tageszentren

Die Geriatrischen Tageszentren sind Einrichtungen, die sehr alte und/oder behinderte Menschen dabei unterstützen, ihr Leben auch bei zum Teil erheblichem Pflegebedarf weiterhin selbstbestimmt zu gestalten. Dadurch, dass die BesucherInnen der Geriatrischen Tageszentren Gelegenheit erhalten, ihre eigenen Möglichkeiten zu bewahren, zu fördern oder zu verstärken, sind die meisten von ihnen in der Lage, auf stationäre Einrichtungen völlig oder über lange Zeiträume hinweg zu verzichten. Auch eine Verkürzung der Verweildauer in Krankenhäusern ist durch dieses Angebot intensiver ambulanter Betreuung möglich.

Somit erfüllen die Tageszentren eine prophylaktische Funktion gegenüber fortschreitender Pflegeabhängigkeit sowie eine rehabilitative Funktion und sind - gemeinsam mit allen anderen Sozial- und Pflegediensten - eine alternative Betreuungsform gegenüber stationärer Pflege. Da Pflegebedarf im hohen Alter kein rein gesundheitliches Problem

ist, sondern vielmehr die soziale Situation betroffener Menschen wesentlich prägt, wird der Schwerpunkt der Arbeit auf die Unterstützung der sozialen und kreativen Fähigkeiten sowie der „Selbstpflegefähigkeit" der BesucherInnen gelegt. Dies wird durch gesundheitsfördernde Dienstleistungen und Therapien verstärkt.

Die Tageszentren bieten auch eine intensive Begleitung und Unterstützung geistig desorientierter Menschen an, die dadurch ein hohes Maß ihrer Lebensqualität wahren können.

Die verschiedenen Angebote eines Tageszentrums sind derartig miteinander verknüpft, dass sie auf den ganzen Menschen mit seinen körperlichen, psychischen und sozialen Bedürfnissen und nicht nur auf einzelne Funktionen ausgerichtet sind, weil dies der Zielgruppe am besten entspricht.

Ziele

Das Ziel der Geriatrischen Tageszentren wird durch folgendes Dienstleitungsangebot erreicht: therapeutische, kreativitätsfördernde Angebote wie aktivierende und funktionelle Ergotherapie, also Arbeiten mit Material, Mobilisierungsübungen, Gedächtnistraining, Wahrnehmungstraining, Hilfsmitteltraining und -beratung usw., gezielte physiotherapeutische Maßnahmen (in derzeit drei Tageszentren), erwachsenenbildnerische Angebote wie Erinnerungsarbeit („oral history"), gemeinsames Zeitunglesen, Beschäftigung mit Musik und Literatur in der Gruppe, Diskussionsgruppen, sozialarbeiterische Angebote wie Einzel- und Gruppengespräche alle Lebensfragen betreffend, Hilfe bei Antragstellungen, Beratung der Angehörigen individuell und in Gruppen, Zusammenarbeit mit Sozialen Diensten, Hauskrankenpflegefachdienst und niedergelassenen Ärzten, Angebote persönlicher Assistenz (= Betreuung und Hilfe) wie Abholdienst, Hilfe bei Körperpflege, Orientierungshilfen für sinnesbehinderte und geistig desorientierte Personen

Die Programmgestaltung bietet auch Spielräume zur Erprobung neuer Methoden wie Validation, Gartengestaltung, Animation mit Video, Entspannungsübungen nach der Shiatsumethode oder klientenzentrierte Psychotherapie in der Gruppe und trägt damit zur inhaltlichen Weiterentwicklung der sozialen und therapeutischen Gruppenarbeit in Zusammenhang mit der ambulanten Pflege von Menschen im hohen Alter bei.

Angebote

Kulturelle Angebote wie Feste, Konzerte, Geburtstagsfeiern, Ausflüge, Film- und Diavorträge komplettierten das Programm. Zusätzlich zum ständigen Programm im Jahr 1998 wurden diverse Veranstaltungen durchgeführt: Verkaufsausstellungen mit von den BesucherInnen hergestellten Gegenständen, die Präsentation des Buches „Auf den Spuren der Vergangenheit" (=Lehrbuch zur Methode „Erinnerungsarbeit", verfasst von ehemaligen MitarbeiterInnen eines Tageszentrums) mit Auftritt der Gesangsgruppe eines Tageszentrums, Gastspiele der Vivariumbühne, Darbietungen verschiedener Kinder- und Jugendgruppen, Vorträge des Afro-Asiatischen Institutes über sozialkulturelle Themen, Vorträge der Kontaktbeamten der Polizei. Dazu kamen Außenaktivitäten, wie Besuche des IMAX-Kinos, der Ausstellungen „Vier Millionen Jahre Mensch" und „Die Venus von Willendorf", der Keramikausstellung Raku in der Kunstwerkstatt Hietzing, einer Krippenausstellung, einer Ausstellung mit Meditationsbildern in einer Pfarre des Bezirks, Erprobung der (rollstuhlgerechten) Linie U3 für einen Ausflug in die Innenstadt, Stadtrundfahrt, Teilnahme am Seniorenquiz, Spaziergänge in Parks sowie Ganztagsausflüge.

Da die meisten BesucherInnen bei sehr vielen Aktivitäten des täglichen Lebens auf Hilfe angewiesen sind, sind die Außenaktivitäten der Tageszentren für viele BesucherInnen die einzige Gelegenheit an kulturellen Angeboten der Stadt Wien teilzunehmen. Die Außenaktivitäten sind mit einem dementsprechend hohen Organisationsaufwand verbunden. Ausflüge und Außenaktivitäten sind auch Teil der physiotherapeutischen Therapieprogramme (Bewegungstherapie).

Projekte

Interkulturelle, generationenübergreifende und stadtteilorientierte Projekte sind dazu geeignet, die soziale Integration sehr alter Menschen in ihrer Wohnumgebung aufrechtzuerhalten. So arbeitete ein Tageszentrum weiterhin am Projekt „Therapiegarten Herklotzgasse" mit und beteiligte sich als „Station" am Stadtwanderweg durch den 15. Bezirk. Das Tageszentrum war auch eine Station des Malprojekts von Willy Puchner „ich bin .....". Die vom Urbanprojekt „Senior plus" hergestellte Grätzelfibel wurde von BesucherInnen eines Tageszentrums im Rahmen der ergotherapeutischen Werkgruppe illustriert. Ein anderes Tageszentrum beteiligte sich an den Ausstellungen der Bezirksmuseen des 21. und 22. Bezirks.

Die Selbsthilfegruppe „Graue Panther" gestaltete in einem Tageszentrum regelmäßig Nachmittagsprogramme.

Gesprächsgruppen gemeinsam mit Jugendlichen, Gestaltung gemeinsamer Vormittage (z.B. „Ostern gestern und heute", gemeinsames Herstellen von Osterschmuck) und der Besuch einer multikulturellen Weihnachtsfeier im Bezirk sind weitere Beispiele für bildungs-, kommunikations- und partizipations-orientierte Aktivitäten der Tageszentren im Jahr 1998.

Parallel zur Arbeit mit den BesucherInnen der Tageszentren wurden in regelmäßigen Abständen Vorträge und Gesprächsgruppen für Angehörige durchgeführt.

Aufnahmegespräche, an denen außer den Betroffenen meistens auch Angehörige oder andere Vertrauenspersonen teilnehmen, werden von SozialarbeiterInnen geführt. Die Häufigkeit und Frequenz der Besuche hängen vom Bedarf der BesucherInnen ab. Die Aufnahmekapazität eines Geriatrischen Tageszentrums ist, je nach Raumangebot, mit bis zu fünfzig Personen pro Tag limitiert.

Fortbildung

Die MitarbeiterInnen der Tageszentren nahmen am Fortbildungsprogramm der Abteilung und des Fortbildungsbeirats der SozialarbeiterInnen, insbesondere zu den Themen „Problemanalyse nach der Methode der prozessual-systemischen Denkfigur", Kommunikation mit desorientierten, psychisch kranken und an Infektionskrankheiten leidenden Menschen sowie über „Arbeit mit Angehörigen" teil. Im Rahmen eines Evaluationsprojektes wurden Bedürfnisse der BesucherInnen und Programme der Tageszentren über einen bestimmten Zeitraum hinweg statistisch ausgewertet, was ebenfalls zu einer intensiven Auseinandersetzung der MitarbieterInnenteams mit grundlegenden Fragen der Tageszentrumsarbeit beitrug.

Studierende diverser Ausbildungszweige (Sozialarbeit, Ergotherapie, Pflege- und Altenhilfe, Krankenpflege usw.) absolvierten in den Tageszentren ihre Praktika. Umgekehrt arbeiteten MitarbeiterInnen Geriatrischer Tageszentren an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen mit und referierten bei Tagungen und Konferenzen über Soziale Arbeit mit alten Menschen.

BesucherInnen aus anderen österreichischen Städten und Regionen sowie ausländische Delegationen besuchen die Tageszentren, um sich über die Wiener Erfahrungen bei der Planung, Errichtung und Führung derartiger Einrichtungen zu informieren.

Zur Informationsvermittlung an Wiener Institutionen und MultiplikatorInnen wurden auch 1998 das für alle Wiener Tageszentren einheitliche Plakat sowie ein Videofilm mit dem Titel „Im Alter eigenständig - aber nicht allein" eingesetzt.

Planungen

Die Einzugsgebiete der Geriatrischen Tageszentren der Stadt Wien und der Tageszentren privater Trägerorganisationen sind derart aufeinander abgestimmt, dass Tageszentrumsbetreuung (nach Maßgabe freier Plätze) in ganz Wien angeboten werden kann. Fachbereichskonferenzen, an denen auch die leitenden MitarbeiterInnen der Tageszentren privater Trägerorganisationen teilnahmen, trugen wesentlich zur Weiterentwicklung der inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit bei. Grundlage dafür waren die gemeinsam mit dem Dachverband „Wiener Pflege- und Sozialdienste" erarbeiteten Qualitätsstandards. Im Jahr 1998 wurde das Tageszentrum „Ottakring-Hernals" im Gesundheits- und Sozialzentrum für den 16. und 17. Bezirk fertig gestellt und konnte somit Anfang Dezember eröffnet werden.

Der Fachbereich „Geriatrische Tageszentren" beteiligte sich außerdem an den Planungsmaßnahmen für die Projekte „SMZ Nord" und „SMZ Favoriten".

Gesundheits- und Sozialzentren in Wien

In den Gesundheits- und Sozialzentren sind alle Außenstellen der Fachbereiche Soziale Dienste, Mobile Hauskrankenpflege, Sozialarbeit und Mobile Ergotherapie für die jeweilige Region zusammengefasst. Dadurch konnte in den letzten Jahren die Effizienz der Gesamtleistungen gesteigert werden und es ergab sich die Chance, gemeinsame - über den unmittelbaren Tätigkeitsbereich hinausgehende - interdisziplinäre Projekte zu starten.

Um den Klienten der Abteilung den Zugang zu diesen umfangreichen Angeboten so einfach wie möglich zu machen, hat die Stadt Wien bisher vier Gesundheits- und Sozialzentren in Betrieb genommen. Dort können sich Klienten und Angehörige persönlich über die Leistungen beraten lassen. Von dort wird der Einsatz aller Angebote organisiert und die Qualität der Leistungen laufend überprüft.

In jenen Regionen, in denen noch keine Gesundheits- und Sozialzentren eröffnet werden konnten, übernehmen die regionalen Stützpunkte der Abteilung für die Sozialen Dienste und die Mobile Hauskrankenpflege diese Aufgaben.

1.Gesundheits- und Sozialzentrum 10, Gudrunstraße

Der persönlichen Sicherheit und Annehmlichkeit der Klientinnen und Klienten, in deren Wohnung und im näheren Umfeld, widmete sich das Projekt „Sicher Wohnen", an dem mehrere Einsatzstellen des Gesundheits- und Sozialzentrums Gudrunstraße mitwirkten, ebenso der Seniorenbeauftragte der Stadt Wien, die Initiative „Sicher gehen über 60", die Gebietsbetreuung Ottakring, ein Architekt, die MA 12, und – nicht zuletzt – rund 1.300 KlientInnen.

Die Umsetzung des Kooperationsübereinkommens mit dem Kaiser-Franz-Josef-Spital wurde weiterverfolgt. Die Sitzungen waren sachlich und kooperativ. Ein Termin war dem Erfahrungsaustausch mit den diplomierten Gesund-

heits- und Krankenpflegepersonen der benachbarten Bezirke gewidmet.

Wie geplant konnte mit den Stationsschwestern des Unfallkrankenhauses Meidling in einer gemeinsamen Arbeitssitzung im Gesundheits- und Sozialzentrums Favoriten eine Vorgangsweise zur besseren Entlassungsvorbereitung im Sinne der Klienten erarbeitet werden. Ein Informationsblatt des Gesundheits- und Sozialzentrums Favoriten für Klienten und Angehörige liegt seither im UKH Meidling auf.

Zur Bewältigung der steigenden beruflichen Anforderungen haben die MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums Favoriten an zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen.

Das zur Verfügung stehende Supervisionsbudget wurde in allen Einsatzstellen nahezu ausgeschöpft, sowohl durch Einzel- als auch durch Gruppensupervisionen.

Die Einsatzstelle Soziale Dienste hatte 1998 einen Personalwechsel zu verzeichnen, weil das Betreuungsmodell „Indibet" an die Wiener Volkshilfe übergeben wurde und die anleitende diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeschwester ebenfalls zu dieser Organisation wechselte, um „Indibet" weiter auszubauen.

Die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Sozialen Dienste wirkten an der Entwicklung des Pflege- und Betreuungskonzepts und an der damit verbundenen Einschulung mit.

Ebenso wie andere Gesundheits- und Sozialzentrumsbereiche leisteten sie wesentliche Mitarbeit beim Projekt „Sicher Wohnen", am Kooperationsübereinkommen, bei den Besprechungen zur Neuorganisation der Abteilung bzw. Magistratsabteilung 12 und im Arbeitskreis „Bestandsaufnahme Gesundheits- und Sozialzentrum - Organisationsentwicklung MA 47".

Eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson der Sozialen Dienste und eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson der Mobilen Hauskrankenpflege absolvierten die Ausbildung zur Praktikumsbegleiterin.

Weiters befasste sich die Einsatzstelle Soziale Dienste mit der Überarbeitung, Vereinfachung und Verbesserung von diversen Statistiken und deren EDV-mäßigen Erfassung, mit der Neustrukturierung der täglichen Abläufe zur Verbesserung der Erreichbarkeit der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen und mit dem Überdenken des Tätigkeitsprofils.

Hohen Stellenwert hatten die regelmäßigen eingehenden Fallbesprechungen mit MitarbeiterInnen der betreffenden Organisationen.

Neben der täglichen Routine nahmen die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen an diversen Informationsveranstaltungen des Gesundheits- und Sozialzentrums und der Abteilung teil. Die Stationsschwester nimmt an den Sitzungen des Regionalteams 10 regelmäßig teil.

Die neun diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Mobilen Hauskrankenpflege im Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten leisteten 1998 insgesamt 21.600 Hausbesuche, das sind pro diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson und Monat 200 Visiten. Ulcuspflege, Insulingaben und Bandagen bildeten die Hauptanteile der Pflegetätigkeiten. Im Laufe des Jahres wurden 511 Personen betreut.

Die Beratungsstelle für Inkontinenz ist wieder mit einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson besetzt und im Aufbau begriffen. Die Inkontinenzschwester stellte ihre Beratungsstelle bei diversen Veranstaltungen vor, z.B. im Rahmen einer Bezirksärztesitzung im Herbst 1998.

Die mobile Ergotherapeutin der Wiener Sozialdienste im Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten betreute 1998 insgesamt 60 Patienten. In 17 Fällen erfolgte die Betreuung in Form fortlaufender therapeutischer Behandlungen, 43 Personen nahmen beratende Gespräche, Hilfsmittel- und/oder Wohnungsabklärungen in Anspruch.

Weiters war die mobile Ergotherapeutin im Projekt „Sicher Wohnen" integriert und sie nahm an den Teambesprechungen regelmäßig teil; im März 1998 referierte sie vor den Besucherinnen und Besuchern des Seniorentreffs über das Berufsbild der ErgotherapeutInnen sowie über die wichtigsten Tätigkeitsbereiche und Hilfsmittel.

Die Sozialarbeiterinnen im Kaiser-Franz-Josef-Spital hatten 1998 mit 1.784 Patienten intensive und arbeitsaufwendige Kontakte. In 1.296 Fällen stand die Pflegeproblematik im Vordergrund. In 838 Fällen machte das soziale Umfeld intensiven sozialarbeiterischen Einsatz erforderlich.

Nicht unwichtig ist die Tatsache, dass von den 1.784 kontaktierten Patienten immerhin 996 Personen, das sind 55 Prozent, 75 Jahre und älter waren; jedenfalls 382 Patienten waren 60 bis 74 Jahre alt. 691 Personen waren im 10. Bezirk wohnhaft.

Die Sozialarbeiterin im Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten war mit der Betreuung der Senioren-Wohngemeinschaft 4, Kühnplatz, mit der Betreuung des Seniorentreffs samt Programmerstellung, vor allem aber mit der Anleitung der vier Seniorenberaterinnen befasst. Sie und die Seniorenberaterinnen wirkten wesentlich am Projekt „Sicher Wohnen" mit.

Die Seniorenberaterinnen haben neben den Einsätzen im Kaiser-Franz-Josef-Spital (Besorgungen für und Begleitungen von Patienten) und neben den schriftlichen Kontaktnahmen mit den spitalsentlassenen Personen über 75 Jahre im Rahmen der Sprechstunden im Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten (täglich 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr) im abgelaufenen Jahr 1.047 Klienten persönlich beraten. Beim wöchentlichen „Seniorentreff" leisten die Seniorenberaterinnen wichtige Kontaktarbeit.

Die Sozialarbeiterin selbst hat 111 Klienten und 77 Angehörige persönlich beraten. Eine von der Sozialarbeiterin angebotene therapeutische Gesprächsgruppe für pflegende Angehörige fand großen Anklang.

Im Herbst wurde die Sozialarbeiterin zur Leiterin des Gesundheits- und Sozialzentrums für den 16. und 17. Bezirk bestellt. Ab Oktober wurde der Dienstposten mit zwei Teilzeitkräften besetzt, wobei die Nachbesetzung erst mit Jänner 1999 komplett sein wird. Derzeit leistet eine Sozialarbeiterin 20 Stunden ihres Dienstes im Kaiser-Franz-Jo-

sef-Spital und 20 Stunden im Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten.

Im Jahr 1998 wandte sich das Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten verstärkt mit diversen Veranstaltungen an die Bewohnerinnen und Bewohner des 10. Bezirks und trug auch dem Beginn des Internationalen Jahres der älteren Generation durch zum Teil generationenübergreifende Angebote Rechnung (Tag der offenen Tür, Feierstunde mit Schulkindern im Juni und zweimal im Advent, Informations- und Gesundheitsnachmittag, Weihnachtsfeier für Klienten).

Die räumlichen Ressourcen des Gesundheits- und Sozialzentrums Favoriten wurden abteilungsintern und magistratsweit für Schulungen sowie für Informations- und Koordinationsbesprechungen genutzt.

Im Rahmen von 205 derartigen Veranstaltungen wurde das Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten von 4.378 Personen besucht.

3.945 Personen wandten sich persönlich an die Informationsstelle des Gesundheits- und Sozialzentrums Favoriten; davon wurden 1.270 Personen von den KanzleimitarbeiterInnen informiert und beraten, 214 Klienten und/oder Angehörige an die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen weiterverwiesen, 594 zur Seniorenberatung und Sozialarbeiterin vermittelt, 1.370 Personen zu anderen Stellen, 497 zur Magistratsabteilung 12 - Sozialarbeit mit Erwachsenen.

2.Gesundheits- und Sozialzentrum 15, Geibelgasse

Das vierte Bestandsjahr des Gesundheits- und Sozialzentrums Geibelgasse ist gekennzeichnet von einigen interessanten Projekten, Umstrukturierungen und personellen Änderungen. Das Anliegen war und ist die Sicherstellung und Organisation einer angemessenen, möglichst optimalen, umfassenden Betreuung und Pflege der Klienten bzw. die Orientierung am Bürger und die Verkürzung von Entscheidungsabläufen.

Geriatrisches Tageszentrum „Am Henriettenplatz"

Das Tageszentrum erreicht mittlerweile an den meisten Besuchertagen eine hundertprozentige Auslastung, wobei dieser Umstand nicht nur mit der Öffentlichkeitsarbeit zusammenhängt sondern auch mit dem inzwischen erreichten Bekanntheitsgrad.

Neben den täglichen therapeutischen Angeboten gab und gibt es eine Reihe von Aktivitäten wie generationsübergreifende Veranstaltungen, Jahres- und Geburtstagsfeste und Ausflüge. Als gern gesehene Gäste erschienen VolksschülerInnen aus den Volksschulen Piaristengasse und Hacking (Schule für Dominikanerinnen), die jeweils eine musikalische Darbietung in Form eines Minimusicals („Der Regenbogenfisch") und ein weihnachtliches Krippenspiel bzw. Weihnachtslieder vorführten. Die „Erinnerungsgruppe" des Tageszentrums wurde von den VolksschülerInnen der Hofmühlgasse besucht. Die „Bewegungsgruppe" bastelte im Gegenzug mit den Piaristen an einem Vormittag gemeinsam Osterschmuck bei Ostergedanken und Ostergesprächen.

Die Jahres- und monatlichen Geburtstagsfeste sind schon obligatorisch und als besonderes Highlight gab es, in memoriam Heinz Erhardt, einen Auftritt der Vivarium Bühne „Lachendes Glück".

Für die neue „Grätzelfibel" von „Senior plus", einem Teilprojekt des EU-Projekts „Urban – Gürtel plus", machte die ergotherapeutische Werkgruppe des Tageszentrums die Illustration.

Ganztägige Ausflüge erfolgten nach Weiden am Neusiedlersee und nach Aggsbach in der Wachau. Einige vergnügliche Stunden wurden im Tirolerhaus und im Palmenhaus Schönbrunn verbracht, am Wiener Christkindlmarkt, im Imax-Kino, in der Keramik-Ausstellung „Die Venus von Willendorf" und auch einige Male im Eissalon!

Angehörigenabende werden 3 bis 4-mal jährlich mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten angeboten und sehr gern angenommen.

Wie in den acht anderen integrativ-geriatrischen Tageszentren in Wien wurden auch bei uns Erhebungen mittels Fragebögen für eine Evaluation nach bestimmten Qualitätsstandards, Richtlinien und Bedarfsorientierungen durch den Dachverband der Wiener Pflege- und Sozialdienste gemacht und ein umfangreicher Endbericht vorgelegt.

Projekt „Therapiegarten Herklotzgasse"

Auch im Rahmen der „interdisziplinären Gesundheits- und Sozialzentrum-Gemeinschaftsproduktionen" hat das Team des Geriatrischen Tageszentrums maßgeblich an diesem Projekt mitgewirkt. Als Auftraggeber firmiert die Bezirksvorstehung, die zum Teil mit einer EU-Förderung den Großteil der Kosten übernehmen wird und auch die Rahmenbedingungen geschaffen hat. Die Idee lieferten MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums, das Know-how für Therapiepfade, Hochbeete und barrierefreie Beschaffenheit der Wege und Grünflächen wurde vor allem von den Ergo- und Physiotherapeutinnen gemeinsam mit der Architektin der Gebietsbetreuung „Storchengrund" und der Magistratsabteilung 42 – Stadtgartenamt, die auch in der Grünraumkommission von Rudolfsheim-Fünfhaus vertreten ist, erarbeitet.

Die Grundidee dieses integrativen Therapiegartens – mit einem Therapie-, Spiel- und Ruhebereich – besteht darin, dass nicht nur den älteren, zum Teil behinderten Menschen des Tageszentrums eine zusätzliche Ressource für einen bewegungsreichen, kreativen und kommunikativen Tagesablauf angeboten werden kann sondern auch den betagten, oft isoliert lebenden BewohnerInnen der Umgebung und Müttern mit Kleinkindern. Es soll, begleitet von

professionellen Helfern, ein geschütztes Kommunikationsforum entstehen, und zwar in begrünter, freundlicher und relativ ruhiger Umgebung, mit Mehrfachnutzung und in unmittelbarer Nähe unseres Gesundheits- und Sozialzentrums.

Der Spatenstich fand im November statt, und die Inbetriebnahme könnte gleichzeitig mit dem „Tag der offenen Tür" am 1. Oktober 1999 anlässlich des fünften Jahrestages der Eröffnung des ersten Gesundheits- und Sozialzentrums gefeiert werden.

EU-Projekt „Senior plus"

Die Kontakte zu den MitarbeiterInnen von „Senior plus" wurden durch gemeinsame Arbeitsgespräche, Workshops und Präsentationen intensiviert und mitunter als sehr konstruktiv empfunden.

Kontaktbesuchsdienst der Bezirksvorstehung

Die Erprobung und Mitbearbeitung eines neuen Gesprächsleitfadens für die KontaktbesucherInnen der Bezirksvorstehung („Senioreninformation") erfolgte mit einigen Kooperationspartnern, wie zum Beispiel mit der Seniorenbeauftragten des Bezirks, die gleichzeitig Bezirksvorsteher-Stellvertreterin ist, mit dem Bürgerdienst XV der Magistratsabteilung 55, dem Verein Wiener Sozialdienste, der Magistratsabteilung 14, mit dem Fachbereich Sozialarbeit der Abteilung und mit MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums. Diese Vorarbeit wird in den zukünftigen neu orientierten Strukturen des Kontaktbesuchsdienstes aller Bezirksvorstehungen Wiens ihren Niederschlag finden, um wieder neue Impulse für eine bürgernahe Serviceeinrichtung zu setzen.

Sozialarbeit im Gesundheits- und Sozialzentrum

Die Einsatzstelle Sozialarbeit im Gesundheits- und Sozialzentrum machte mit beim „Club Oikodrom", einem interdisziplinären Forum für Laien und Experten, das sich für die Vernetzung nachhaltiger, kreativer Bezirksideen einsetzt und die Synergien für mehr Lebensqualität in diesem landläufig als „Problembezirk" bezeichneten Stadtteil nützt. Ein alternativer Bezirksführer der besonderen Art beschreibt unter anderem ausgewählte Personen, Firmen und Institutionen in Rudolfsheim-Fünfhaus.

Die SeniorenberaterInnen stellen mittlerweile durch deren 320 Hausbesuche und etwa 180 Begleit- und Besorgungsdienste eine wichtige, etablierte und dadurch auch unverzichtbare Ressource und ideale Ergänzung dieses sehr vielfältigen Gesundheits- und Sozialzentrum-Angebots dar.

Als laufendes Projekt kann die Ideenbörse für eine klare, zielgerichtete Umgestaltung der Pensionistenclubs bzw. Seniorentreffs mit neuen Strukturen und Zielen bezeichnet werden.

Das Projekt INDIBET

Individuelle Betreuung dementer und psychisch kranker Menschen – ist ein Gemeinschaftsprojekt der Volkshilfe Wien und der Abteilung und wurde ab September 1998 nach den Gesundheits- und Sozialzentren Favoriten und Ottakring nun auch durch den Sozialen Stützpunkt des Gesundheits- und Sozialzentrums Geibelgasse übernommen.

Rund 30 Klienten wurden bisher der INDIBET – Betreuung übergeben mit dem Anliegen, die möglichen versteckten Ressourcen zu aktivieren und die persönlichen Besonderheiten in einer geschützten Atmosphäre zu beachten und zu besprechen.

Es handelt sich dabei um Menschen, die stationär und ambulant psychiatrisch behandelt werden und die Unterstützung bei Haushaltsführung und Grundpflege brauchen, wenn sie professionelle Pflege überhaupt annehmen können oder wollen!

Mobile Hauskrankenpflege

Das Ergebnis einer Stützpunkterhebung im Bereich Mobile Hauskrankenpflege wurde als wichtige Basis für Verbesserungsmaßnahmen bezeichnet. Die MitarbeiterInnen haben sich intensiv mit dem Pflegemodell nach den Qualitätskriterien von Dorothea Orem und deren Pflegediagnosen auseinander gesetzt, um auch hier die Selbsthilfepotentiale der Klienten zu berücksichtigen und zu fördern.

Die Erhöhung der Anzahl der Pflegevisiten – als Teilergebnis eines entsprechenden Arbeitskreises – und die gemeinsame Erarbeitung von Richtlinien bzw. die Einführung von regelmäßigen, dokumentierten Mitarbeitergesprächen bedeuten auch hier wieder professionellen Gewinn.

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe Case Management in den Sozialen Stützpunkten der Abteilung, wobei bei der Erarbeitung inhaltlicher Konzepte sehr konkret auf Funktion und Arbeitsweisen eingegangen wurde, brachte bzw. bestätigte die Erkenntnisse über Betreuung, Pflege und Schnittstellenproblematik (Bedarfserhebung, Problemlösung, Auftragsvergabe und Qualitätskontrolle) ebenfalls nach Orem´schen Prinzipien.

Soziale Dienste

Die Einführung der neuen Pflege- und Betreuungsbedarfspläne zu Jahresbeginn im Sozialen Stützpunkt für den 14. und 15. Bezirk verursachte zunächst eine große Umstellung, aber die standardisierten Erhebungen der Aktivitäten des täglichen Lebens und das Eingehen auf psychische und soziale Bedürfnisse wurden bald angenommen, weil diese Methode einen individuellen, persönlich zugeschnittenen und nach Bedarf modifizierten Plan mit genauer Dokumentation ermöglicht.

Veranstaltungen

- dreitägiges Aufbau- bzw. Schulungsseminar für MitarbeiterInnen des Kontaktbesuchsdienstes
- Workshop für den Kontaktbesuchsdienst
- Besuch einer internationalen Delegation
- „Seniorenbrunch" für SeniorInnen anlässlich des Internationalen Tages der älteren Generation am 1. Oktober 1998
- „Instant Ageing" für betreuende und beratende Personen und MitarbeiterInnen des Magistratischen Bezirksamtes
- Arbeitskreise und Teamsitzungen der SozialarbeiterInnen der Krankenanstalten und Pflegeheime

Zielvorgaben

Besondere, noch zu wenig genützte Chancen, sind Vorsorge und Prävention: Die Familie als wichtiges pflegendes und betreuendes Potential – die Zunahme des Betreuungsbedarfs durch Angehörige wird signifikant sein – muss ausreichend informiert und unterstützt werden. Da bietet sich die Institutionalisierung einer Selbsthilfegruppe im Gesundheits- und Sozialzentrum an – als Ergänzung und Verbesserung bereits etablierter interdisziplinärer Angebote. Für die größtenteils berufstätigen Angehörigen bieten sich erfahrungsgemäß zweimal monatlich die späteren Nachmittagsstunden an.

Bei einem weiteren recht umfangreichen Projekt für ein kontinuierliches, konstruktives und optimales Arbeitsklima mit klaren Abgrenzungen hinsichtlich der Entscheidungsabläufe geht es um die Verbesserung der Unternehmenskultur in einem Gesundheits- und Sozialzentrum mit folgenden Schwerpunkten:

- Unternehmensstruktur
- Mitarbeiterführung, strukturierte Mitarbeitergespräche und interdisziplinäre, integrative Teams
- Evaluation der Ressourcen hinsichtlich Fortbildung, Einschulung und Einführung eines Qualitätsmanagements

Im Rahmen eines ein- bis zweitägigen Workshops sollen mit einer Expertin für Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung gemeinsam mit den leitenden MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums diese Inhalte systematisch interdisziplinär entwickelt, konkretisiert und umgesetzt werden.

Alle diese Projekte, Pläne und Visionen werden zu einer Förderung der Unternehmenskultur, zu einer Verbesserung der Betriebsklimas und – nicht zuletzt – zu einer zunehmend als besonders wichtig erkannten Psychohygiene beitragen.

3.Gesundheits- und Sozialzentrum 16, Ottakring

Nach einer Bauzeit von zwei Jahren zogen am 8. Juni 1998 die MitarbeiterInnen des Sozialen Stützpunktes 16. Bezirk (Soziale Dienste, Mobile Hauskrankenpflege und Ergotherapeutin) in das neue Gesundheits- und Sozialzentrum für den 16. und 17. Bezirk in die Weinheimergasse 2, 1160 Wien. Der Stützpunkt für den 16.Bezirk wurde aufgelassen. Ebenso kam Personal, welches für den 17. Bezirk zuständig war, in das Gesundheits- und Sozialzentrum 16/17. Im 1. Stock sind die Büros und im 2. Stock ein Geriatrisches Tageszentrum, in dem bis zu 45 Personen täglich betreut werden können. Das Tageszentrum nimmt im Jänner 1999 seine Arbeit auf.

Seit Juli 1998 gibt es „Indibet", eine Dienstleistung der Abteilung und der Volkshilfe Wien zur Betreuung von psychisch kranken und dementen Menschen mit besonderen Bedürfnissen als Angebot für die Bevölkerung des 16. und 17. Bezirks. Vier speziell ausgebildete HeimhelferInnen betreuen 20 - 30 Menschen, die sonst durch das „reguläre" Angebot des Gesundheits- und Sozialzentrums nicht betreubar wären. Diese HeimhelferInnen sind bei der Volkshilfe angestellt, aber im Gesundheits- und Sozialzentrum angesiedelt.

Als zusätzliches Angebot gibt es im Zentrum eine Sozialarbeiterin, die zwei Seniorenberaterinnen anleitet (Seniorenberatung ist eine Dienstleistung der Abteilung und Sozial Global für allgemeine Informationen, persönliche Aussprache und praktische Hilfestellungen für die BewohnerInnen des 16. und 17.Bezirks) und selbst Krisenintervention für Betroffene und Angehörige durchführt. Dem Gesundheits- und Sozialzentrum zugeordnet ist auch die Sozialarbeit im Wilhelminenspital. Die Sozialberatung (zwei SozialarbeiterInnen, eine Sozialassistentin und drei Seniorenberaterinnen) steht im Spital Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr Hilfesuchenden offen.

Im Oktober 1998 wurde die Leiterin des Gesundheits- und Sozialzentrums Ottakring bestellt. Eine ihrer ersten Aufgaben waren die Vorbereitungen der offiziellen Eröffnung des Zentrums durch Herrn Stadtrat Dr. Sepp Rieder und die Vorbereitung des „Tages der offenen Tür" am 4. Dezember 1998.

Senior Plus (ein Projekt der Abteilung, von der EU gefördert) bietet seit Dezember 14-tägig eine Gesprächsrunde

für über 55-Jährige im Gesundheits- und Sozialzentrum mit verschiedensten Themen (zum Beispiel „Sicherheit im öffentlichen Raum", „Ernährung" usw.) an. Diese Gruppenrunden sind immer gut besucht und werden auch 1999 weitergeführt.

Die Beratungsstelle für Inkontinenz nahm ihren Betrieb nach der offiziellen Eröffnung auf. Diese wird aus personellen Gründen noch von den anderen Beratungsstellen so lange mitversorgt, bis eine eigene diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson bestellt wird.

Im Jahr 1999 sind zusätzliche Angebote für die BewohnerInnen in Ottakring und Hernals geplant, unter anderem eine Gesprächsgruppe für pflegende Angehörige.

Im Zentrum selbst arbeiten 23 Bedienstete der Stadt Wien und 16 Vereinsangestellte aus den verschiedensten Berufen. Ein Großteil sind diplomierte Krankenpflegepersonen, gefolgt von Heimhelferinnen mit Spezialausbildungen, SozialarbeiterInnen, administrativem Personal, Ergo- und PhysiotherapeutInnen. Ein Großteil der Arbeit findet in den Wohnungen statt mit dem Ziel, die Selbständigkeit der älteren Bevölkerung möglichst lange zu erhalten und zu fördern.

Insgesamt haben im 16. und 17. Bezirk 142.644 Personen (Stand Dezember 1997) ihren Hauptwohnsitz, davon knapp 20 Prozent über 60 Jahre. Die derzeitige Betreuungsquote des Gesundheits- und Sozialzentrums Ottakring erfasst 2.100 Personen, die regelmäßig zu Hause Hilfe bekommen, sei es durch Essen auf Rädern, Heimhilfe, Reinigungsdienst, Mobile Hauskrankenpflege usw. aber auch durch Angebote im Gesundheits- und Sozialzentrum selbst.

4. Gesundheits- und Sozialzentrum 22, Donaufeld

Das Gesundheits- und Sozialzentrum ist die neue Organisationsstruktur der Abteilung für eine Region und ist gekennzeichnet durch das Zusammenführen der Einrichtungen, die zur Normalisierung der Lebensbedingungen von Menschen mit ambulantem Pflege- und Betreuungsbedarf beitragen.

Der Einsatz der Pflege- und Sozialdienste erfolgt in zwei Schritten: Die Fachbereiche des Gesundheits- und Sozialzentrums (Soziale Dienste, Mobile Hauskrankenpflege, Sozialarbeit, Seniorenberatung, Geriatrisches Tageszentrum, Inkontinenzberatungsstelle, Mobile Ergotherapie) gestalten das Vorfeld des Einsatzes und stellen die Erstversorgung sicher (Beurteilung des Bedarfs an Hilfe, Beratung von Betroffenen, Angehörigen und sozialem Umfeld, Vermittlung verschiedener Hilfen, Feststellung der Kostenbeiträge bzw. der Beginn der Leistung). In der Folge wird das maßgeschneiderte, das heißt für den Einzelfall optimal kombinierte, Angebot für alle Beteiligten formuliert (vertraglich abgeklärt) und für einen Teil der Antragsteller (Bezieher von sozialen Diensten) zur längerfristigen Betreuung an eine private Wohlfahrtsorganisation übergeben.

Das zweite Jahr des Bestehens des Gesundheits- und Sozialzentrums Donaufeld ist vor allem gekennzeichnet durch zahlreiche Aktionen zur Vertiefung der treffsicheren Inanspruchnahme des Angebotes und zielgerechten Information. Die fachkundige, bedarfs- und sachgerechte Erledigung der Anliegen der Bevölkerung dieser großen Region in allen Belangen der Betreuung und Pflege zu Hause hat Priorität.

Durch zahlreiche Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit ist das Gesundheits- und Sozialzentrum die Informations- und Beratungsstelle für die Bevölkerung und die Politiker des 21. und 22. Bezirks.

Die Verstärkung der Kundenorientierung und die Erleichterung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung ist auch durch die Verbreitung neuer Kommunikationstechniken erhöht worden.

Durch den Einsatz von Kostenrechnung und Controlling ist die Effizienz und auch die Effektivität im Sinne der sparsamen Verwendung öffentlicher Gelder sehr erhöht worden.

Die Familienberatung führte Mitte des Jahres einen zweiten Beratungstag ein.

Die Inkontinenzberatungsstelle ist für die Bevölkerung des 22. Bezirks am Montag Nachmittag und für den 21. Bezirk am Donnerstag Nachmittag geöffnet.

Veranstaltungen und Aktivitäten

Eine Ausstellung im Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld war „Motiven aus Floridsdorf" gewidmet, außerdem wurden Ergebnisse der Werkgruppe im Tageszentrum Donaufeld und SMZ-Ost (mit Basar) gezeigt.

Arbeitsgruppen nahmen an nachfolgend genannten Aktivitäten teil:

- Bildungsbeirat der Abteilung
- Kooperationsübereinkommen mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost und dem Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld
- Kooperationsübereinkommen mit dem Krankenhaus Floridsdorf und dem Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld
- Arbeitskreis „Neuorganisation der Abteilung und der Magistratsabteilung 12"
- „Ambulantes Netzwerk in Ergänzung zu Rettungseinsätzen im 21. und 22. Bezirk"
- Gesundheitsverband Donaustadt
- Internationales Jahr der älteren Menschen, Teilnahme an vier Arbeitskreisen des Bundesministeriums für Familie „Kompetenzzentrum für Seniorenpolitik"
- Überprüfung der Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Careousel
- Kontaktbesuchsdienst, Gruppe 21. und 22. Bezirk

- Regionalgruppe Kontaktbesuchsdienst NEU, 21. und 22. Bezirk
- Pflegeheim-Entwicklungsplan im Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost
- Arbeitsgruppe MentorInnen

Das Gesundheits- und Sozialzentrum war Veranstaltungsort für:
- Fortbildungsveranstaltungen für die Abteilung und die einzelnen Fachbereiche
- Gesundheitskurse (mehrmals Beckenbodenmuskeltraining)
- Sitzungen der Personalvertretung und Gewerkschaft
- Angehörigenberatung in den Tageszentren (abends)
- Fortbildungsseminar der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien
- Fortbildung des Dachverbands Wiener Pflege- und Sozialdienste
- Vortrag des Dachverbands Wiener Pflege- und Sozialdienste für das Gesundheits- und Sozialzentrum
- Präsentation der Evaluation der Integrativ-geriatrischen Tageszentren in Wien

An BesucherInnen im Gesundheits- und Sozialzentrum sind aufzuzählen:
- Geschäftsführung des Vereins Sozial Global und des Vereins Wiener Sozialdienste
- Krankenpflegeschüler/innen aus dem Allgemeinen Krankenhaus, Kaiserin-Elisabeth-Spital und anderen Krankenanstalten
- Regionalteam 21 und 22 der Vereine Sachwalterschaft, Caritas, Rotes Kreuz, Sozial Global, Wiener Volkshilfe und Wiener Sozialdienste
- Wandern mit Kultur in Floridsdorf
- Ehrenamtliche MitarbeiterInnen der Pfarre Gartenstadt
- PraktikantInnen aus der Akademie für Sozialarbeit Wien und Innsbruck
- MitarbeiterInnen der Magistratsabteilung 70 – Bezirksstellen 21 und 22
- KursteilnehmerInnen für Heimhilfeausbildung mehrerer Vereine
- Sozialpolitiker aus Finnland (45 Personen)
- InteressentInnen für Frauen- und Sozialfragen aus Japan (25 Personen)
- Sozialstation Berlin
- Heimleiter und BehindertenbetreuerInnen aus vier Kantonen in der Schweiz
- Studenten einer Fachhochschule in Hamburg

An folgenden Veranstaltungen wurde teilgenommen:
- Sozialvormittag im 21. Bezirk
- Vernetzungsinitiative
- Sicher gehen über 60
- verschiedene Veranstaltungen der Pfarren
- Nachbarschaftszentrum Rennbahnweg

Öffentlichkeitsarbeit wurde in folgender Weise geleistet:
- Pensionistenwohnheim Tamariske
- Tag der offenen Tür im Krankenhaus Floridsdorf bzw. im Pflegeheim Sozialmedizinisches Zentrum Ost
- Senior Aktuell in der Wiener Stadthalle
- Interviews für die Bezirkszeitungen
- Neuer Folder für Sozialarbeit im Krankenhaus bzw. mit dem Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost
- Pressekonferenz „Polizei Wien" zur Vorstellung der Seniorenkontaktbeamten des 22. Bezirks im Gesundheits- und Sozialzentrum
- Interviews und Filmaufnahme mit MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums für den Bayerischen Rundfunk
- Persönliche Vorstellung des Zentrums und seiner Leistungen in allen Ordinationen der praktische Ärzte bzw. aller Pfarren (unterschiedlichster Glaubensbekenntnisse) des 21. und 22. Bezirks

Aufnahme in städtische Pflegeheime

In diesem Referat werden neben einer Beratungstätigkeit für Antragsteller für einen Pflegeheimplatz und für Angehörige alle Anträge mit dem Wunsch auf Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien erfasst, bearbeitet und bei Erfüllung der Voraussetzungen bewilligt. Außerdem werden jene Pflegebedürftigen, die in ihren Wohnungen leben, von diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen zur Feststellung des Grades der Pflegebedürftigkeit besucht; es werden Warte- bzw. Reihungslisten erstellt und dann die tatsächliche Pflegeheimaufnahme organisiert.

In vielen Gesprächen wird Auskunft über die zur Verfügung stehenden Pflegeeinrichtungen und die damit verbundenen finanziellen Belastungen gegeben, um eine möglichst rasche und kundenorientierte Umsetzung der aufge-

zeigten Lösungsmöglichkeiten anzustreben. Formale Voraussetzungen für die Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien sind:

- Vorliegen von Pflegebedürftigkeit (nachzuweisen mit ärztlichem Attest)
- mindestens im Ausmaß der Pflegebedürftigkeit, die der Stufe III der Pflegegeldeinstufung entspricht (nach Ausschöpfung aller ambulanten Dienste)
- ein vom Pflegebedürftigen ausgefülltes und unterschriebenes Antragsformular
- die österreichische Staatsbürgerschaft oder Gleichstellung
- Meldung und tatsächlicher Aufenthalt in Wien

Außer im Fachbereich selbst können Pflegeheimanträge auch in den Sozialen Stützpunkten, in den Gesundheits- und Sozialzentren und in den Krankenanstalten gestellt werden. Alle Anträge werden jedoch an den Fachbereich Aufnahme in städtische Heime weitergeleitet, wo sie bearbeitet und EDV-mäßig erfasst werden. Nach erfolgter Pflegeheimaufnahme werden die Pflegeheimanträge an die Zentrale Pflegegebührenverrechnungsstelle des Wiener Krankenanstaltenverbundes übermittelt.

Jene pflegebedürftigen Personen, die sich in ihrer Wohnung, bei Angehörigen oder in privaten Einrichtungen befinden, werden von einer der zwei diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen des Referates besucht. Bei diesem Hausbesuch wird der Bedarf an Pflege sowie das soziale Umfeld des Pflegebedürftigen erhoben, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Pflegeheimaufnahme festgestellt bzw. abgeklärt, ob im speziellen Fall durch den Einsatz ambulanter Dienste eine Pflegeheimeinweisung nicht verschoben werden kann. Da es freie Pflegeheimplätze nicht in ausreichender Zahl gibt und auch versucht wird, den Wünschen nach Aufnahme in ein bestimmtes Pflegeheim zu entsprechen, werden Warte- bzw. Reihungslisten erstellt. Weniger dringend eingestufte oder nur vorsorglich gestellte Pflegeheimanträge werden gesondert gereiht und in Zusammenarbeit mit den Sozialen Stützpunkten periodisch überprüft.

Die Vergabe der freien Pflegeheimplätze in den Pflegeheimen der Stadt Wien ist kontingentiert. Kontingentinhaber sind die Spitäler für ihre pflegebedürftigen Patienten und der genannte Fachbereich für jene Pflegebedürftigen, die sich in häuslicher Pflege oder in privaten Einrichtungen befinden. Die Erfassung und Zuteilung der freien Plätze sowie die Beachtung des Kontingentschlüssels sind Aufgabe der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes - Abteilung Medizin - Pflegebettenvermittlung. Jeder Kontingentinhaber führt eine Warteliste der dringendst Pflegebedürftigen und bestimmt selbst die Reihenfolge der Aufnahme. Nach Bekanntgabe der Anzahl der täglich zur Verfügung stehenden freien Pflegeheimplätze durch den Wiener Krankenanstaltenverbund wählt der Fachbereich aus der Warteliste die aufzunehmenden Pflegebedürftigen aus, verständigt diese und die Angehörigen und organisiert den Transport.

Weiters werden auch die Anträge auf Aufnahme in die Kurzzeitpflegestationen, die im Geriatriezentrum „Am Wienerwald", im Pflegeheim Baumgarten und im Pflegezentrum Sophien-Spital bestehen, auf- bzw. entgegengenommen, bearbeitet, bewilligt und weitergeleitet. Die Kurzzeitpflegestationen wurden für jene älteren Personen geschaffen, die nur vorübergehend pflegebedürftig (z.B. nach Unfällen mit Oberschenkelbrüchen), aber geistig noch voll orientiert sind, sich derzeit in einem Krankenhaus befinden und nicht entlassen werden können, weil sie noch intensive Therapien zur Rehabilitation und Mobilisation benötigen. Der Aufenthalt ist mit drei Monaten befristet. Die Aufnahme erfolgt in der Regel direkt durch Überstellung vom Krankenhaus.

Die „Urlaubsbetreuung" im Pflegeheim Liesing und im Geriatriezentrum „Am Wienerwald", 1994 als Pilotprojekt zur Entlastung und Erholung der pflegenden Angehörigen eingeführt, wurde auf Grund des Erfolgs zur ständigen Einrichtung, wobei mit 1. Mai 1997 auch das Pflegeheim St. Andrä einbezogen wurde. Ab 1. Juli 1998 gibt es diese Betreuung auch im Pflegeheim SMZ-Ost. Pflegebedürftige können für maximal fünf Wochen pro Jahr nach mindestens einmonatiger vorheriger Terminvereinbarung in diesen Pflegeheimen zum Kostentarif eines „normalen Pflegeheimaufenthalts" aufgenommen werden. Die Angehörigen können während dieser Zeit beruhigt auf Urlaub oder Kur fahren.

Im Jahr 1998 sind insgesamt 6.854 Anträge auf Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien eingelangt und bearbeitet worden (gegenüber 1997 eine Steigerung um 101 Anträge). Von den 6.854 Anträgen wurden 788 auf Aufnahme in die „Kurzzeitpflege", 249 auf „Urlaubsbetreuung" und 5.817 auf Aufnahme in die „Langzeitpflege" gestellt. In allen Pflegeheimen der Stadt Wien wurden 1998 insgesamt 3.928 Personen aufgenommen, davon 3.140 in die „Langzeitpflege", 522 in die „Kurzzeitpflege" und 266 in die „Urlaubsbetreuung".

Von den zwei diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen des Fachbereichs wurden insgesamt 1.394 Hausbesuche, ab November 1998 von den Sozialen Stützpunkten zusätzlich 212 Hausbesuche durchgeführt. Bei durchschnittlich jedem dritten Hausbesuch wurde dem Pflegebedürftigen Unterstützung bei der Antragstellung auf Pflegegeld oder Erhöhung des Pflegegeldes gewährt.

Aufnahme in und Verrechnung für private Pflege- und Wohnheime

Im Fachbereich „Kostenverrechnung für die privaten Wohn- und Pflegeheime" erfolgt die Berechnung der Kostenzuschüsse für Personen, die in privaten Wohn- und Pflegeheimen untergebracht sind. Nach Mitteilung des Berechnungsergebnisses an den Hilfeempfänger sowie an die privaten Wohn- und Pflegeheime werden die Monats- und

Quartalsberechnungen kontrolliert und als erbrachte Sozialleistungen patientenbezogen vermerkt. Auch für die Unterbringung von Personen, deren Mittelpunkt der Lebensbeziehungen bis zur Heimaufnahme in Wien war und die in öffentlichen Wohn- und Pflegeheimen anderer Bundesländer untergebracht sind, werden nach Prüfung der Voraussetzungen Kostenanerkenntnisse abgegeben. Die Höhe der Kostenzuschüsse wird in Evidenz gehalten. Nach dem Tod des Patienten werden die geleisteten Kostenzuschüsse bei den Verlassenschaftsverfahren angemeldet.

Private Wohn- und Pflegeheime

Im Fachbereich Aufnahme erfolgt die Antragstellung für Kostenzuschüsse für den Aufenthalt in privaten Wohn- und Pflegeheimen sowie in Heimen anderer Bundesländer.

1998 wurden 1.465 Ansuchen auf Kostenzuschuss gestellt, und zwar 263 für das Haus der Barmherzigkeit, 1.004 für sonstige private Heime sowie 198 für auswärtige Heime. Weitergeleitet an den Fachbereich „Verrechnung für private Wohn- und Pflegeheime" wurden insgesamt 1.102 Anträge, wobei 173 das Haus der Barmherzigkeit, 695 sonstige private Heime, 105 das Hospiz und 129 auswärtige Heime betreffen.

1998 wurden in 35 privaten Wohn- und Pflegeheimen für durchschnittlich 2.126 Patienten Kostenzuschüsse geleistet. Im Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 540 Patienten betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 345 Wiener befanden sich in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern.

Pensionistenheime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime

In 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime wurde 2.456 Personen in Langzeitpflege und 741 Patienten in Kurzzeitpflege Zuschüsse in der B-Station gewährt. Diese Anträge auf Kostenzuschüsse für Kurzzeitpflege in den B-Stationen der Häuser des Kuratoriums werden direkt im Kuratorium bearbeitet und von der Abteilung patientenbezogen vermerkt und überprüft.

Mit 31. Dezember 1998 erhielten durchschnittlich 2.689 hilfsbedürftige Personen einen Kostenzuschuss, 1.177 standen auf der Warteliste, 1.122 wurden zur Verlassenschaft angemeldet. 452 archivierte Anträge wurden nicht weiterbetrieben bzw. wegen Ablebens der Betreffenden abgelegt.

Kostenersätze, Zivilrechtsangelegenheiten und Verlassenschaften

Kostenersätze ergeben sich aus der Subsidiarität der Sozialhilfe. Die Leistung von sozialen Diensten ist an einkommens- und pflegegeldabhängige Kostenbeiträge gebunden. Für Leistungen des Pflegegelds sind Ersatzleistungen nach den Bestimmungen des § 324 ASVG von Pflegebedürftigen zu erbringen. Die Einnahmenbetreuung geschieht durch Feststellung der ausständigen Beträge, durch Kontoübersicht der Buchhaltungsabteilung 14 - wenn notwendig, erfolgt eine Nachverrechnung bzw. händische Vorausberechnung von Beitragskosten -, wobei 1998 rund 182 händische Berechnungen durchgeführt wurden; durch Anmeldung der Rückersatzforderung beim zuständigen Gerichtskommissär oder Verlassenschaftsgericht, wobei 1998 insgesamt 1.352 Forderungen zur Verlassenschaft angemeldet wurden; schließlich durch Einbringung des Rückstandes bei den Erben - 1998 wurden 467 Verständigungen (davon 150 Mahnungen) durchgeführt. Zusätzlich erfolgten 60 händische Abrechnungen direkt mit Zahlschein. 1998 wurden 16 Guthaben an Erben rückerstattet. 1998 wurden S 5.490.814,11 an rückständigen Beitragsforderungen für geleistete soziale Dienste eingebracht. Ebenso erfolgen im Referat Vereinbarungen über Ratenzahlungen. 1998 wurden 20 Ratenvereinbarungen getätigt.

Vom Dezernenten werden als unterstützende Arbeiten für das gesamte Dezernat III nachfolgende Tätigkeiten erbracht:

- Sondergenehmigungen auf Gewährung von Pflege gemäß § 15 des Wiener Sozialhilfegesetzes
- Pfandrechtliche Sicherstellungen von Rückersatzforderungen des Sozialhilfeträgers
- Bearbeitungen von Berufungen gegen:
  - Ablehnung von Pflege
  - Rückersatzbescheide
  - Ablehnung des Rückersatzes an andere Sozialhilfeträger
- Antwortentwürfe für die an den Bürgermeister oder Stadtrat gerichteten Beschwerden
- Sachverhaltsdarstellungen an die Staatsanwaltschaft bei Verdacht von unrichtigen Angaben im Zuge von Anträgen auf Gewährung von Sozialhilfe
- Mitwirkung bei Geltendmachung von Rückersatzforderungen im Zivilrechtsweg
- Vertretung des Landes Wien bei den Landessozialreferentenkonferenzen
- Stellungnahmen bei Gesetzesänderungen und Gesetzesvorhaben
- Schätzung des Wertes von Ausgedingsrechten, soweit sie Pflege und Betreuung beinhalten
- Rechtsauskünfte in sozialhilfe-, familien- und erbrechtlichen Fragen

Der Fachbereich vertritt die Abteilung in den oben angeführten Angelegenheiten auch vor dem Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof (Abfassung von Gegenschriften).

Rechtsangelegenheiten und Aufsicht über private Wohn- und Pflegeheime

Das Dezernat für Rechtsangelegenheiten und Aufsicht über private Wohn- und Pflegeheime war insbesondere im legistischen Bereich tätig und befasste sich mit der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen (Entwurf einer Wiener Heimhilfe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sowie einer Anerkennungsverordnung, Entwurf einer Novelle zum Wiener Sozialhilfegesetz) und der Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes und anderer Magistratsabteilungen.

In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Externe Qualitätssicherung ergaben sich bei der Umsetzung des Wiener Heimhilfegesetzes folgende Aufgabenstellungen:

- das Abhalten von Vorträgen über das Wiener Heimhilfegesetz an der Verwaltungsakademie und im Rahmen des Fortbildungsprogrammes bei privaten Wohlfahrtsträgern
- die Präsentation des in Zusammenarbeit mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste erstellten Curriculums „Ergänzungsausbildung für HeimhelferInnen„
- die Überprüfung der Anwendbarkeit der Übergangsbestimmungen nach dem WHHG bezüglich jener Personen, die die Heimhilfetätigkeit ausüben wollen
- die Durchführung von Verfahren gemäß § 6 WHHG (EWR – Anerkennung)
- die Vornahme von Informationsgesprächen mit Rechtsträgern, die beabsichtigen Heimhilfetätigkeiten anzubieten
- die Erteilung telefonischer Rechtsauskünfte
- die Unterstützung bei der organisatorischen Erfassung
- die Abgabe von Stellungnahmen an das Stadtratbüro
- die Organisation und Mitwirkung bei der aufgrund eines Beschlusses der Landessozialreferentenkonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe „Heimhilfeberufe – wechselseitige Anerkennung von Ausbildungen und Prüfungen"

Im Rahmen der Heimhilfeausbildung wurde das Fach „Grundzüge des Privatrechtes und des öffentlichen Rechtes" vorgetragen, eine Arbeitsunterlage erstellt und in Vertretung des Fachbereichs Externe Qualitätssicherung an kommissionellen Abschlussprüfungen teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste wurden „Richtlinien zur Dokumentation in den ambulanten Pflege- und Sozialdiensten" erarbeitet. Überdies wurde durch die Teilnahme an Heimbegehungen das Verfassen eines Entwurfes von Richtlinien für Wohn- und Pflegeheime sowie Antwortentwürfe an den Stadtrat die rechtliche Begleitung der behördlichen Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime wahrgenommen.

Als weiterer Tätigkeitsschwerpunkt ist die Erledigung magistratsinterner und -externer Anfragen, die Ausarbeitung und Überprüfung von Verträgen (Mietvertrag, Vereinbarung über den Einsatz von Heimhilfe im stationären Bereich) sowie die Teilnahme an diesbezüglichen Besprechungen anzuführen.

Folgende Agenden wurden wahrgenommen:

- die Mitwirkung im Bildungsbeirat
- die Protokollführung in der Gemeinderätlichen Geriatriekommission
- die Teilnahme bei der Landessozialreferentenkonferenz und am Arbeitskreis für Pflegevorsorge
- die Abgabe allgemeiner Rechtsauskünfte
- die Vertretung der Abteilungsinteressen vor Gericht sowie gegenüber anderen Dienststellen und Organisationen im Rahmen von Besprechungen oder sonstigen Veranstaltungen

Nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien obliegt der Abteilung die behördliche Aufsicht über private Wohn- und Pflegeheime gemäß § 23 Wiener Sozialhilfegesetz, LGBl. für Wien Nr.11/1973 in der geltenden Fassung.

Im Jahr 1998 wurden in Wahrnehmung der regelmäßigen Aufsicht 10 Heime besucht, davon vier Heime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, ein Heim der Caritas der Erzdiözese Wien und die anderen von privaten, gemeinnützigen Trägern. Außerdem wurden wegen anonymer Anzeigen über Pflegemängel in vier verschiedenen Heimen unangemeldete Kontrollbesuche bzw. Erhebungen durchgeführt.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

Die Magistratsabteilung 70 – Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien, berichtet über das Verwaltungsjahr 1998 wie folgt:

1. Kurze Zusammenfassung der wesentlichen Geschehnisse des Berichtsjahres:

Als bedeutendstes Projekt für die nächsten Jahre wurde die Planung für den Umbau des Nebengebäudes der Rettungszentrale begonnen. Das Gebäude ist über 100 Jahre alt und bei der Erstellung des Raum- und Funktionsprogrammes hat sich die Leitung der Abteilung auch an internationalen Erfahrungen orientiert. So beinhaltet das neue Projekt neben den Standardeinrichtungen und den dringend benötigten Schulungsräumen zusätzlich einen Unfallvorsorgebereich und einen Dekontaminierungsbereich für Strahlenunfälle.

2. Wesentliche Investitionen auf dem nichtmedizinischen Sektor:

Der Fuhrpark ist für den Rettungsbetrieb der wichtigste Bereich. Aus diesem Grund werden alljährlich die ältesten Fahrzeuge ausgeschieden und durch Fahrzeuge der neuesten Technik ersetzt.

Im Detail wurden im Berichtsjahr folgende Fahrzeuge nachgeschafft:

Es wurden 6 Fahrzeuge VW LT 35 Grundtype gekauft, welche in der Folge zu 3 Notarztfahrzeugen (NAW) und zu 3 Rettungsfahrzeugen (RTW) umgebaut wurden. NAW und RTW unterscheiden sich durch die Inneneinrichtung, die beim NAW etwas hochwertiger ist, da in diesem Fahrzeug der Notarzt mitfährt.

Weiters wurden zwei Fahrzeuge, die bereits im Vorjahr als Grundtype angekauft wurden, zu NAWs umgebaut.

Ebenso wurde das Kommandofahrzeug des Abteilungsleiters erneuert, und zwei weitere Fahrzeuggrundtypen VW LT 35 wurden angeschafft, deren Umbau für das Folgejahr vorgesehen ist.

Bei den Notarzteinsatzfahrzeugen (NEF) wurden auch heuer wieder vier Fahrzeuge angeschafft und entsprechend umgebaut. Damit wird die begonnene Umstellung auf das neue NEF-System weiter fortgesetzt.

Weitere Investitionen erfolgten am Einrichtungssektor:

Für die Rettungsstation Arsenal, welche umgebaut wurde, wurde der überwiegende Teil der Einrichtung neu angeschafft. Insbesondere wurden neue Garderobekästen, eine neue Küche und die Ausstattung für die Aufenthaltsräume sowie Ärzte- und Stationsführerzimmer gekauft.

Die Sitzecke in der Küche der Rettungsstation Favoriten wurde ersetzt. Weiters wurden die Sitzgarnituren der Mannschaftsaufenthaltsräume der Rettungsstationen Brigittenau, Floridsdorf und Aspern, sowie des Ärztezimmers der Station Brigittenau erneuert. Ebenso wurde die alte Einrichtung des Stationsführerzimmers der Rettungsstation Floridsdorf ersetzt.

Für die Verwaltung wurde für Archivierungszwecke im Kopierraum eine Schrankwand angeschafft.

3. Wesentliche Investitionen auf dem medizinischen Sektor:

Für die neu angeschafften Rettungsfahrzeuge wurde das medizinische Inventar besorgt, wobei zum Teil auch noch funktionierende Geräte aus den skartierten Fahrzeugen weiterverwendet wurden. Jene Gegenstände, die einer starken Abnutzung unterliegen, wie z.B. Tragbahren, Taschen, Koffer, Beatmungsbeutel, Stethoskope und Blutdruckmessgeräte wurden ersetzt. Weiters wurden Beatmungsgeräte der neuesten Generation Type Oxylog 2000, sowie Absauggeräte entsprechend den neuen Bestimmungen des Medizinproduktegesetzes für die Fahrzeuge angeschafft.

Bei den Defibrillatoren wurde aufgrund des medizintechnischen Fortschrittes eine neue Gerätetype angekauft. Diese Geräte haben bereits die Möglichkeit zur Überwachung mittels 12-Kanal-EKG, sowie die bereits bekannten Funktionen von externem Schrittmacher, Monitoring und Pulsoxymetrie und sie bieten auch die Optionsmöglichkeit der Capnografie.

Diese hochwertigen Geräte wurden für die Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) angekauft.

4. Bauliches Geschehen:

Wie bereits erwähnt, ging das Projekt zum Umbau der sanierungsbedürftigen Rettungszentrale – Nebengebäude in die erste Planungsphase.

In der Raumprogrammbesprechung vom 22. September 1998 wurde das Raum- und Funktionsprogramm nach folgenden Kriterien genehmigt:

- Einrichtung eines 2. Leitjournals entsprechend dem aktuellen Stand der Technik
- Schaffung zeitgemäßer Arbeitsplätze und Sozialräume für die Verwaltung
- Einrichtungen für die fachspezifische Aus- und Weiterbildung im Sanitätswesen
- Modernisierung der Rettungsstation – Garagierung des Fuhrparks
- Schaffung eines Dekontaminierungsbereiches für den Fall von Katastrophenereignissen

Der Architektenwettbewerb wurde als einstufiger, offener baukünstlerischer Wettbewerb für alle EG-Mitgliedsstaaten ausgeschrieben. Der Gewinner wird durch eine Jury Anfang des nächsten Jahres ermittelt.

Die Gesamtkosten des Projektes im derzeitig geplanten Umfang werden voraussichtlich S 185,000.000 bis S 195,000.000 betragen, der tatsächliche Kostenrahmen wird nach der Wirtschaftlichkeitsbesprechung im nächsten Jahr feststehen.

Das Gebäude der Sanitätsstation Arsenal wurde erweitert und generalsaniert und wird künftig als Rettungsstation genützt werden. Sanitäts- und Rettungsstation Arsenal werden somit künftig zusammengelegt, was dem neuen Organisationskonzept entspricht. Zwischen der Fahrzeughalle und der Sanitätsstation wurde ein Zubau errichtet.

Die Arbeiten konnten noch im Berichtsjahr abgeschlossen werden, die Baukosten betrugen rund S 10,800.000. Die Inneneinrichtung wurde, wie bereits erwähnt, ebenfalls im laufenden Jahr abgeschlossen, sodass die Übersiedlung und Inbetriebnahme der neuen Station mit Beginn des neuen Jahres erfolgen kann.

In der Sanitätsstation Hernals wurden die Ein- und Ausfahrtstore in freischwebende Tore umgebaut und sicherheitstechnisch auf den letzten Stand gebracht.

In der Rettungsstation Aspern wurde das Dach saniert. Für den geplanten Umbau der Station, der für das bestehende Platzproblem eine Lösung bringen soll, wurden die Einreichpläne fertig gestellt und die Baubewilligung eingeholt. Der Beginn der Umbauarbeiten ist für das nächste Jahr vorgesehen.

5. Allgemeines:

Das bereits im Vorjahr begonnene Projekt für den Einsatz von Controlling bei der Abteilung wurde fortgeführt. Es wurde beschlossen, dass Controlling künftig fix als betriebswirtschaftliche Maßnahme bei der Abteilung eingesetzt werden soll. Es wurde daher auch der neue Dienstposten eines/einer Controllers/in geschaffen.

Am 24. und 25. September 1998 wurde unter der Leitung von Chefarzt Dr. Kaff der 5. Internationale Notfallkongress der Wiener Rettung veranstaltet.

6. Sonstige Daten:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr durch die Rettungsgemeinschaft (bestehend aus Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter Unfallhilfe) 140.923 Einsätze gefahren, von denen auf die befreundeten Organisationen 20.195 Einsätze und auf die Wiener Rettung 120.728 Einsätze entfallen. Dies entspricht einer Steigerung von 18.707 Einsätzen der Rettungsgemeinschaft gegenüber 1997. Beim Rettungsdienst wurden 1998 bei 120.728 Einsätzen 1,858.111 km zurückgelegt, was einer Steigerung von 16.036 Ausfahrten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei der Kranken-Beförderung wurden im Berichtsjahr 29.606 Transporte getätigt. Dies entspricht einem Rückgang von 9.545 Ausfahrten gegenüber 1997. Weiters wurden im Berichtsjahr 105 Intensiv-Bettentransporte und 111 Transporte mit Jod an 131 behandelten Patienten durchgeführt. Bei 661 Einsätzen wurde der Rettungshubschrauber zum Unfallort berufen. Der Katastrophenschutz-Zug verzeichnet im Berichtsjahr 283 Einsätze.

Im Zuge der Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Abteilung wurden zwei Sanitätsgehilfenkurse und ein Rettungssanitäterkurs abgehalten.

Wiener Krankenanstaltenverbund

Vorwort

Dr. Sepp Rieder – Amtsführender Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen

Der Patient ist unser Kunde und der Steuerzahler unser „Aktionär". Patientenorientierung hat daher Priorität Nummer Eins für den Wiener Krankenanstaltenverbund, der mit seinen tausenden Mitarbeitern und seinem Milliardenbudget auch im internationalen Vergleich einer der größten „Gesundheitskonzerne" ist.

Als modernes Dienstleistungsunternehmen brauchen wir die ständige Bereitschaft zur Weiterentwicklung in medizinischer und pflegerischer Hinsicht, zur Anpassung an neue Schwerpunkte und zur organisatorischen Reform. Der Krankenanstaltenverbund wird zwar aus den Spitälern und Pflegeheimen keine Gewinn bringenden Unternehmen machen können, aber im Interesse unseres „Aktionärs" haben wir stets für ein optimales Leistungs- und Kostenverhältnis zu sorgen.

In gesundheitspolitischer Hinsicht geht es um die Konsequenzen aus dem medizinischen Fortschritt, mit dem die Rehabilitation auf allen Gebieten und über die traditionellen Felder hinaus immer mehr an Bedeutung gewinnt und durch den die Zusammenarbeit zwischen Spital und niedergelassenen Ärzten und Hauskrankenpflege immer wichtiger wird. Dazu gehören schließlich auch die Entwicklung der „Neuen Geriatrie" und der Brückenschlag zur Gesundheitsförderung und Präventivmedizin.

In organisatorischer Hinsicht stehen wir vor der Weiterentwicklung des Krankenanstaltenverbundes zu einer Unternehmensorganisation. Aufgrund der Erfahrungen früherer Entwicklungsschritte gehe ich davon aus, dass dies nur gemeinsam mit motivierten Mitarbeitern gelingen kann.

Auch der vorliegende Leistungsbericht bestätigt, wie groß das Innovationspotential und wie groß die Bereitschaft zur Reform im Krankenanstaltenverbund ist. Für diese außergewöhnliche Qualität, die den öffentlichen Organisationen oft und, wie sich an unserem Beispiel zeigt, zu Unrecht abgesprochen wird, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenanstaltenverbundes herzlich bedanken. Mit meinem Dank verbinde ich

die Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit und auf bestes Gelingen unseres gemeinsamen Bemühens um unsere Patienten.

Dr. Eugen Hauke und Dr. Ludwig Kaspar (Generaldirektor und Generaldirektor Stellvertreter)

Das Jahr 1998 brachte viele erkennbare Veränderungen für den Wiener Krankenanstaltenverbund:

Mit 1. Jänner 1998 übernahm Generaldirektor Prof. Dr. Eugen Hauke die Führung des Wiener Krankenanstaltenverbundes und Generaldirektor-Stellvertreter Prim. Dr. Ludwig Kaspar wurde weiter in seiner Funktion bestätigt.

In einem ersten Schwerpunkt galt es die Kommunikation zwischen den Einrichtungen des Krankenanstaltenverbundes einschließlich der Generaldirektion deutlich zu intensivieren. In periodischen Updates werden die Kollegialen Führungen laufend über aktuelle Entwicklungen und strategische Überlegungen informiert und vermehrt in Gestaltungs-, Dezentralisierungs- und Entwicklungsprozesse einbezogen.

Weiterentwicklungen in einer Organisation mit mehr als 30.000 MitarbeiterInnen wollen gut vorbereitet sein. Dies gilt ganz besonders für die in diesem Jahr wohl bedeutendste Weichenstellung für die Zukunft des Wiener Krankenanstaltenverbundes, die Vorbereitung der Umwandlung in eine Unternehmung.

Es wurde dieser Veränderungsprozess bewusst partizipativ angelegt und sachlich strukturierte Arbeitsgruppen etabliert sowie ein Lenkungsausschuss zur Koordination und Festlegung jener Rahmenbedingungen geschaffen, die für eine erfolgversprechende Umwandlung des Wiener Krankenanstaltenverbundes in eine Unternehmung im Sinne des § 71 der Wiener Stadtverfassung als zweckmäßig und notwendig erkannt wurden. In einem Beirat aus Vertretern nahezu aller Bereiche des Wiener Gesundheitswesens wurde so Information, Diskussion und Meinungsaustausch auf breitester Basis ermöglicht. Schon frühzeitig wurde auch die Personalvertretung in die strategischen Prozesse eingebunden, um auf breitester Basis die Akzeptanz der MitarbeiterInnen für notwendige Veränderungen und das Vertrauen in die eigene Zukunft zu fördern.

Ein wichtiger Akzent war auch die Intensivierung der Ausrichtung der Generaldirektion als Serviceeinrichtung für alle Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Heute steht ein detaillierter „Servicekompass" zur besseren Orientierung der Mitarbeiter zur Verfügung.

Diese Serviceorientierung soll allerdings nicht auf die Mitarbeiter beschränkt bleiben, sondern das Handeln der Mitarbeiter noch stärker auf die Bedürfnisse des Patienten ausgerichtet werden. Diese „Patientenorientierung" wurde als Schwerpunkt aller Intentionen definiert. Ein Wettbewerb, der unter diesem Motto steht, soll die Bemühungen der Mitarbeiter auch zu merkbaren Erfolgen führen.

Eine Umfrage bei den PatientInnen der Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes veranschaulicht, dass die Wiener Bevölkerung die Leistungen nicht nur anerkennt und schätzt, sondern auch eine hohe Zufriedenheit zeigt.

Dieses qualitativ hoch stehende Leistungsniveau war nur durch das intensive Bemühen der MitarbeiterInnen des Wiener Krankenanstaltenverbundes zu erzielen, denen dafür ein herzlicher Dank ausgesprochen ist.

Zusammenfassender Gesamtbericht

Das Jahr 1998 – das nunmehr sechste Bestandsjahr des Wiener Krankenanstaltenverbundes – war ein erfolgreiches Jahr: Nicht nur aus ökonomischer, sondern vor allem auch aus medizinischer Sicht, weil gerade in diesem Bereich wichtige Impulse zur qualitativen Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gesetzt werden konnten.

In den insgesamt 20 Krankenanstalten und 13 Pflegeheimeinrichtungen wurden mehr als 370.000 Patienten stationär betreut, was gegenüber 1997 einen Anstieg von rund 3,5 Prozent darstellt.

Neben der rein quantitativen Zunahme an medizinischen Leistung, war auch eine deutliche qualitative Verbesserung zu verzeichnen, die zum großen Teil dem medizinischen Fortschritt zuzuschreiben ist: Wurden im Bereich der Wiener städtischen Krankenanstalten 1997 insgesamt 393.000 medizinische Einzelleistungen erbracht, waren es 1998 bereits rund 523.000, was ein Plus von 33 Prozent darstellt. Darüber hinaus besuchten rund 1,000.000 Menschen die Ambulanzen der Wiener städtischen Krankenanstalten.

Mit mehr als 32.000 Bediensteten war der Wiener Krankenanstaltenverbund weiterhin einer der größten Arbeitgeber Österreichs, wobei in den Berufsgruppen der Pflege und der medizinisch - technischen Dienste der Anteil an diplomiertem und somit höher qualifiziertem Personal auf über 80 Prozent angehoben werden konnte (1997: 78,8 %).

Der vor fünf Jahren begonnene Prozess der Dezentralisierung, also der Verlagerung von Kompetenzen und Aufgaben in die Krankenanstalten selbst, wurde von der Generaldirektion auch 1998 weiter verfolgt. Durch den klaren Auftrag von Bürgermeister Dr. Michael Häupl, den Wiener Krankenanstaltenverbund in Richtung eines Unternehmens im Sinne der Wiener Stadtverfassung weiter zu entwickeln, gab es intensive Bemühungen, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, möglichst viele Fachleute des Wiener Krankenanstaltenverbundes aus den verschiedensten Berufsgruppen zur Mitarbeit an den Projektgesprächen zu gewinnen.

Im Vordergrund dieser partizipativ angelegten Gespräche stand die Erarbeitung einer zweckmäßigen und zeit-

gemäßen Organisationsform, die den Interessen der Bevölkerung und den Bedürfnissen der Patienten noch mehr entgegenkommt. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden dabei die Rahmenbedingungen definiert, die für die Organisationsveränderung notwendig sind. Das Jahr 1999 wird nun dazu dienen, diese Arbeiten abzuschließen und - nach Abstimmung der künftigen Kompetenzverteilung mit dem Magistrat - dem Gemeinderat ein akkordiertes Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Status eines Unternehmens bedeutet für die Bediensteten des Wiener Krankenanstaltenverbundes eine enorme Herausforderung, die viele neue Aufgabenbereiche mit sich bringen wird. Eine Herausforderung, die aber unter anderem deshalb gerne angenommen wird, weil sie auch mit vielen Vorteilen für die Mitarbeiter verbunden ist. So ist zu erwarten, dass die Übernahme von Kompetenzen, die derzeit noch außerhalb des Einflussbereiches des Wiener Krankenanstaltenverbundes liegen, wesentlich zur Entbürokratisierung beitragen wird. Gleichzeitig wird mit der Unternehmenswerdung auch erreicht, dass Entscheidungen in den Anstalten vor Ort getroffen werden können - also dort, wo die Maßnahmen punktgenau auf den täglichen Bedarf abgestimmt werden können.

Neben dieser für die Zukunft entscheidenden Organisationsänderung war der Wiener Krankenanstaltenverbund auch 1998 vor allem bemüht, einen optimalen Betriebsablauf zu ermöglichen. In den einzelnen Krankenanstalten und in der Generaldirektion wurden zahlreiche Maßnahmen erfolgreich in die Wege geleitet:

So konnten im Pflegebereich die noch ausständigen Planungsmethoden – die auf die einzelnen Funktionsbereiche (Operationssäle, Anästhesieinstitute und Intensivstationen) „zugeschnittenen" Personalberechnungsalgorithmen – fertig gestellt werden. Die entsprechende Umsetzung kann nun im Jahr 1999 erfolgen.

Der in den vergangenen Jahren begonnene Prozess der Umstellung von unflexiblen Dienstzeitmodellen auf flexible Diensteinteilungen konnte 1998 nahezu abgeschlossen werden. Mit mehr als 98 Prozent ist die flexible Diensteinteilung in den Wiener städtischen Krankenanstalten nun das flächendeckend dominierende Arbeitszeitmodell für den Pflegedienst und den Bereich der medizinisch-technischen Berufe.

Ebenso konnte die Umstellung von Funktionspflegesystemen auf ganzheitliche Pflegesysteme intensiv weitergeführt werden: Bei der ganzheitlichen Pflege wird ein Patient immer von bestimmten Pflegepersonen betreut, womit für ihn klar definierte Ansprechpartner existieren und auch für die Pflegepersonen ein hohes Maß an Identifikation mit den Patienten möglich ist.

Der Dezentralisierungsprozess im Personalbereich, mit dem eine Verlagerung der Personalkompetenzen in die Anstalten verbunden war, wurde fortgesetzt.

Im Bereich der Personalentwicklung wurde insgesamt 54 Führungskräften im Rahmen von Förder-Assessment-Center-Verfahren die Möglichkeit gegeben, eine objektivierte Stärken- und Schwächenanalyse ihres Verhaltens in Leitungs- und Führungssituationen durchzuführen. Darüber hinaus fanden zur Beurteilung bereits vollzogener Entwicklungsschritte fünf Evaluierungs-Assessment-Center-Verfahren statt.

Weiters ist es dem Wiener Krankenanstaltenverbund nach wie vor ein wichtiges Anliegen, Mitarbeitern die Teilnahme an Aus- bzw. Fortbildungsveranstaltungen zu ermöglichen: Im Jahr 1998 konnten 389 Bedienstete persönlichkeitsbildende Veranstaltungen besuchen, 720 Mitarbeiter nahmen an Management-Kursen teil und 1.442 Bedienstete konnten fachspezifische Bildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Alle diese Veranstaltungen wurden durch das Referat Bildungsmanagement der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes organisiert. Ebenso wurde einer Vielzahl von Bediensteten die Möglichkeit zur Teilnahme an externen Veranstaltungen gegeben. Weitere Maßnahmen im Fortbildungsbereich waren die Einführung eines Auswahlverfahrens für die Zulassung zur ControllerInnenausbildung, ein Workshop für LeiterInnen von Personalabteilungen sowie die Veranstaltungen „Medizin und Management" für Ärztinnen und Ärzte mit den Themenschwerpunkten „Managementgrundlagen", „Persönlichkeitsbildung" sowie „Organisation und Führung".

Auch der EDV-Bereich war im letzten Jahr von einigen Änderungsmaßnahmen betroffen: Fast alle Betriebsabläufe in den Wiener städtischen Krankenanstalten sind in eine enge Abhängigkeit von funktionierenden EDV-Systemen getreten. Die Erkenntnisse einer von der Magistratsdirektion beauftragten Studie haben die Generaldirektion nun veranlasst, eine Neustrukturierung der EDV im Wiener Krankenanstaltenverbund vorzunehmen. Der gesamte EDV-Betrieb teilt sich nun in drei Bereiche:

- Wien Kom: Telematik/Kommunikationstechnologie und Grundlagenforschung
- EDV-Management und Betriebsführungszentrum (EMB): Organisation der technischen Betriebsführung
- Informatik im Gesundheitsverbund (IGV): das „Softwarehaus des Wiener Krankenanstaltenverbundes"

Diese Neustrukturierung soll vor allem einen reibungslosen EDV-Betrieb in den Wiener städtischen Anstalten sicher stellen.

Auch in den Einrichtungen des Krankenanstaltenverbundes wurden deutliche Schritte der Weiterentwicklung gesetzt.

Um Synergieeffekte besser nutzen zu können, wurde 1998 eine Reihe von weiteren Maßnahmen gesetzt: Im Dezember wurde der Standort des Mautner Markhof'schen Kinderspitales in der Baumgasse aufgelassen und die Kinderabteilung in den Gebäudekomplex der Krankenanstalt Rudolfstiftung übersiedelt. Teile der Allgemeinen Poliklinik wurden ins Pflegezentrum Sophienspital verlegt. Alle damit im Zusammenhang stehenden Personalmaßnahmen sowie die technischen Vorkehrungen für die Übersiedlung der medizinischen Einrichtungen konnten - dank der aktiven Mithilfe der betroffenen Personen - nahezu reibungslos vollzogen werden. Nebenbei wurden weitere Strukturmaßnahmen – wie die Verlegung des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlössel in das Areal der Baumgartner Höhe und die Übersiedelung der Kinderklinik Glanzing in das Wilhelminenspital – durch konkrete

Planungen und notwendige bauliche Veränderungen intensiv vorangetrieben.

Zur Aufrechterhaltung des anerkannt hohen Standards in den Spitälern der Stadt Wien wurden im vergangenen Jahr weit über zwei Milliarden Schilling in die Ausstattung der Spitäler investiert - ein Investitionsvolumen, das auch die Bedeutung des Wiener Krankenanstaltenverbundes als Auftraggeber für die Wirtschaft nachhaltig unterstreicht.

Die Verbesserung der onkologischen Versorgung der Bevölkerung – einer der wesentlichsten gesundheitspolitischen Schwerpunkte – wurde unter anderem durch die Einrichtung des derzeit modernsten Schnittbild- und Strahlentherapiezentrums im Kaiser-Franz-Josef-Spital erreicht. Das in zwei Abteilungen gegliederte Zentrum ist der letzte Baustein im Netz der städtischen Krebsbehandlungseinrichtungen. Durch die moderne technische Ausstattung zählen die beiden Abteilungen zu den weltbesten ihrer Art: Sowohl für die Diagnose (Schnittbildzentrum) als auch die Therapie (Strahlentherapiezentrum) werden Geräte der letzten Generation verwendet, die weltweit derzeit nur in wenigen Spitälern zum Einsatz kommen. Das Strahlentherapiezentrum gilt überdies als internationales Vorzeigeprojekt: Delegationen aus der ganzen Welt kommen nach Wien, um sich hier über den letzten Stand der Strahlentherapie zu informieren.

Eine weitere Einrichtung für Wiener Krebspatienten wurde im August 1998 eröffnet: In der onkologischen Ambulanz und Tagesklinik in der Krankenanstalt Rudolfstiftung werden Patienten unter dem Motto „Weniger Spital und mehr Familie" am Morgen aufgenommen, erhalten tagsüber unter medizinischer Aufsicht ihre Therapien und können am Nachmittag wieder nach Hause zurückkehren.

Im Allgemeinen Krankenhaus (AKH) wurde weiters der weltweit erste Magnetresonanztomograph an einer Strahlenabteilung in Betrieb genommen, mit dem eine noch genauere Lokalisation, Darstellung und Bestrahlung von bösartigen Tumoren möglich ist. Diese effiziente Bestrahlungsmethode hat vor allem den Vorteil, dass dabei umliegendes Gewebe geschont wird.

Der Wiener Krankenanstaltenverbund hat sich schließlich auch im vergangenen Jahr mit großem Einsatz der Ausbildung des „medizinischen Nachwuchses" gewidmet: Rund 700 Schülerinnen und Schüler konnten ihre Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung, rund 350 Personen eine medizinisch-technische Ausbildung abschließen. Durch die Übernahme der Hebammenakademie durch die Stadt Wien hat der Wiener Krankenanstaltenverbund nun auch die Möglichkeit, in allen Pflegesparten eigene Ausbildungen anzubieten. Auf dem Sektor der Ärzteausbildung wurden insgesamt 291 Promoventen in die Spitäler der Stadt Wien aufgenommen.

Im Bereich der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung - ehemalige Zentralwäscherei – wurden im Jahr 1998 fast 8.000 Tonnen Wäsche gereinigt - eine Menge, die das enorme Leistungsvermögen dieser Einrichtung im Wiener Krankenanstaltenverbund verdeutlicht. Insgesamt konnte diese Serviceeinheit im Jahr 1998 einen Überschuss von mehr als 10 Millionen Schilling erwirtschaften und damit seine Wirtschaftlichkeit unter Beweis stellen.

Das Apothekeneinkaufsgremium hat 1998 rund 350 Millionen Schilling Umsatzvolumen verhandelt und konnte dabei z. T. mehr als 20 Prozent Einsparungen erzielen. Für Blutplasma waren es allein 12 Millionen Schilling. Weiters wurde vom Bereich Pharmazie am 13. Februar 1998 ein großes interdisziplinäres Symposium „Klinische Pharmazie" veranstaltet. Hier konnte die Bedeutung der Beratungsleistung des Apothekers in der Arzneimitteltherapie zur Verbesserung von Qualität und Kosteneffizienz verdeutlicht werden.

Im Rahmen des Forum Einkauf wurden 1998 in sechs Produktarbeitsgruppen mehr als 150 Artikel mit einem Gesamtumsatzvolumen von über 200 Millionen Schilling ausgeschrieben. Dabei konnten Einsparungen in der Höhe von über 13 Millionen Schilling erzielt werden. Darüber hinaus wurden zahlreiche Ausschreibungen aus den Vorjahren verlängert. Die damals erzielten Preisreduktionen waren somit auch im Jahr 1998 wirksam.

Wesentliche organisatorische Veränderungen wurden in der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes durch die Einrichtung der Stabstellen „Interne Revision" sowie „Controlling, Berichtswesen und Grundsätzliches" vorgenommen.

Beide „funktionalen Erweiterungen" entsprechen einem modernen Unternehmenskonzept und unterstützen die Führung des Wiener Krankenanstaltenverbundes bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Schließlich gab es für den eingeschlagenen Weg des Wiener Krankenanstaltenverbundes in Richtung mehr Qualitätsmanagement eine Bestätigung der besonderen Art: Das Projekt „Reaktivierende Pflege" (PH Klosterneuburg) erhielt den Qualitätspreis „Golden Helix Award". Darüber hinaus wurden noch zwei weitere Projekte des Wiener Krankenanstaltenverbundes unter die vier besten gereiht.

Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen

Allgemeines Krankenhaus - Universitätskliniken

Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) konnte auch 1998 seine Stellung als das führende medizinische Zentrum Wiens behaupten.

Das medizinische Angebot wurde im vergangenen Jahr um das PET-Zentrum, den MRT (Magnetresonanztomograph) an der Universitätsklinik für Strahlentherapie, den Eingriffsraum der Klinischen Abteilung für Angiographie und das Archivgebäude Gentzgasse erweitert.

Im November 1998 konnte das neue AKH-Leitbild der Öffentlichkeit präsentiert werden: Das neue Leitbild wurde in einem Zeitraum von drei Monaten von einer Arbeitsgruppe bestehend aus rund 40 MitarbeiterInnen aller Be-

rufsgruppen erarbeitet. Es stellt eine wertvolle Orientierungshilfe für alle im AKH Tätigen dar - die Ausarbeitung durch AKH-Mitarbeiter ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung für die Lebbarkeit dieses Leitbildes.

Weiters wurde auch die Kommunikation im Haus verbessert: Neben der Erstellung einer eigenen Leitbild-Broschüre gibt das Informationszentrum nun eine Patientenzeitung heraus und hat darüber hinaus eine eigene Patienten-Hotline eingerichtet.

Im AKH war eine auch vergleichsweise umfangreichere EDV-Implementierung zu verzeichnen. Die AKH-Informatikabteilung betreute bis zum Ende des vergangenen Jahres insgesamt 2.909 PCs , 240 Server, 1.692 Bildschirme und 2.329 Drucker.

Im Rahmen des Referates Sicherheit und Verkehrsmaßnahmen wurden 1998 alle erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Haus getroffen: Die hausinternen Sicherheitskräfte standen dabei in engem Kontakt mit der Sicherheitspolizei und anderen externen Stellen.

Im Referat Transport waren durchschnittlich 258 Mitarbeiter im Einsatz: Vom internen Krankentransportdienst des AKH wurden im Jahr 1998 247.905 Patiententransporte durchgeführt.

Im Rahmen der einzelnen Abteilungsbudgets konnten auf Klinik- und Abteilungsebene die Kosten für die medizinischen Ge- und Verbrauchsgüter je Patient weiter reduziert werden. Die Ergebnisse der Abteilungsbudgetbesprechungen wurden als Grundlage für die Vereinbarung mit der Generaldirektion aufbereitet.

Ein wichtiger Schwerpunkt war auch die Neuorganisation der Abrechnung der Sonderklasse-Aufenthalte: So erfolgt die Abrechnung der Ärtzehonorare nun nicht mehr im Rahmen der Verrechnung der amtlichen Gebühren durch das AKH, sondern wird durch eine Steuerberatungskanzlei extern durchgeführt.

Weiters hat sich die Leitung der Finanzabteilung auch verstärkt mit der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung beschäftigt. Die Änderungen in der Systematik der Leistungsmeldungen für den Intensivbereich hatten gravierende Auswirkungen auf die Einstufung: Sie konnten gemeinsam mit der Controlling- und Informatikabteilung und mit Unterstützung der Ärztlichen Direktion umgesetzt werden.

Ein Aufwärtstrend war in der Entwicklung der Patientenzahlen zu bemerken:

Im Jahr 1998 wurden im Allgemeinen Krankenhaus 92.902 Patienten (einschließlich Begleitpersonen) stationär aufgenommen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 1997 um 3,9 Prozent. Bei den Sonderklassepatienten konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 1,7 Prozent verzeichnet werden.

Im Rahmen des Projektes „Restrukturierung der Informationssysteme im AKH" wurde im Patienten-Administrationsbereich an einer Darstellung des Ist-Zustandes mitgearbeitet. Weiters wurde im Oktober mit der Übernahme von Ambulanzdaten in das Verrechnungssystem der Buchhaltung in der Ambulanz der Gastroenterologie begonnen. In den Ambulanzen von fünf weiteren Abteilungen wurde ein Probelauf gestartet.

Zur innerbetrieblichen Leistungsverrechnung der Kostenstellenrechnungen der KAV-Spitäler (im Auftrag der Generaldirektion) wurden Nachkalkulationen teurer medizinischer Einzelleistungen (MEL) durchgeführt. Ebenso hat sich das AKH als Referenzanstalt zur Neubewertung des „Leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierungsmodells" (LKF) für MEL-Nachkalkulationen zur Verfügung gestellt. Weiters wurde auch die Euro-Einführung mit doppelter Preisauszeichnung im Eigenbereich und bei den Geschäftspartnern vorbereitet.

Die gestiegenen Leistungszahlen und die damit verbundenen medizinischen Spitzenleistungen haben sich im Rahmen der LKF-Abrechnung für das AKH einnahmenseitig vorteilhaft ausgewirkt: Die Ausgaben konnten insgesamt stabil gehalten werden, der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf die rückläufige Errichtungsrate zurückzuführen. Zum Ende des Rechnungsjahres 1998 lässt sich bereits vorab festhalten, dass der positive Trend der Vorjahre weiterhin anhält. Man kann von nahezu stabil bleibenden Einnahmen und Ausgaben ausgehen.

Um die betriebsorganisatorischen Abläufe bzw. die Reaktion auf Beschwerdefälle im Personalbereich zu verbessern, wurden mit Klinikvorständen, Abteilungsleitern, Ärzten und dem Pflegepersonal Konzepte ausgearbeitet. Mit der Universitätsklinik für Augenheilkunde und Optimetrie sowie der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde wurden mögliche Umstrukturierungsmaßnahmen festgelegt. Darüber hinaus hatten Leitstellenverantwortliche erstmals die Möglichkeit, eine Supervision in Anspruch zu nehmen. Die Organisation dieser Veranstaltungen wurde von der Leitstellenbetreuung übernommen.

Im Rahmen der Investitionsplanung (Planungshorizont 1999 bis 2004) wurden die Projektinhalte der Paktierten Projekte (Projekte mit Bundesbeteiligung) für 1999 auf ihre bauliche Umsetzbarkeit und Abrechenbarkeit innerhalb des Budgetjahres überprüft.

Das Ergebnis ist ein geschätzter Finanzmittelbedarf von rund 167 Millionen Schilling netto für das Jahr 1999. Für den gesamten Planungshorizont wurde ein geschätzter Bedarf von rund 1,43 Milliarden Schilling netto ermittelt. Bekannte Kernthemen des AKH (Optimierungen) fanden dabei ebenso Berücksichtigung wie vorliegende Reinvestitionsplanungen aller Technikspar ten.

Kaiser-Franz-Josef-Spital

Ein wichtiges Ereignis war im Jahr 1998 die Vollinbetriebnahme des Schnittbild- und Strahlentherapiezentrums: Das neue Zentrum konnte nach zweieinhalbjähriger Bauzeit und einem Investitionsaufwand von mehr als 460 Millionen Schilling fertig gestellt werden.

Das Schnittbildzentrum ist mit zwei leistungsfähigen, hochauflösenden Spiralcomputertomographen, einem Magnetresonanztomographen und zwei hochauflösenden Farbultraschallgeräten ausgestattet. Alle Geräte zeichnen sich

durch eine hohe Detailerkennbarkeit, eine sehr kurze Untersuchungsdauer und die Computertomographen durch eine sehr geringe Strahlenbelastung für die Patienten aus.

Das Strahlentherapiezentrum, das als eines der modernsten weltweit gilt, verfügt über zwei baugleiche Linearbeschleuniger zur radioonkologischen Behandlung von Krebserkrankungen und über alle Einrichtungen, die eine gezielte Bestrahlung der von Krebs befallenen Regionen ermöglichen.

Einige Neuerungen gab es 1998 auch auf dem baulichen Sektor: Ein wichtiger Schritt war der Spatenstich zum Neubau des Pathologisch–Bakteriologischen Institutes. Inzwischen konnte der Rohbau termingerecht fertig gestellt werden.

Weiters wurden auch einrichtungstechnische Neuerungen, Stationssanierungen an der 1. Medizinischen Abteilung sowie an der 3. Medizinischen Abteilung durchgeführt. Dadurch konnte die Unterbringungsqualität der Patienten wesentlich verbessert werden. Durch die Schaffung von Komfortzimmern - alle Krankenzimmer wurden mit Nassräumen ausgestattet - soll auch der Heilungsprozess positiv beeinflusst werden.

Im Dachgeschoß des Pavillon D erfolgte der Einbau einer neuen Lüftungszentrale. Schließlich wurde auch die Infrastruktur für die Einrichtung einer technischen Leitstelle geschaffen.

Im Pflegebereich wurde die PPR-Software (Pflegepersonalregelung) flächendeckend installiert und im Herbst des Jahres mit einem Probelauf auf allen Allgemeinstationen begonnen. Auch die Einführung der flexiblen Diensteinteilung konnte abgeschlossen werden. An der Hals-Nasen-Ohrenabteilung, der Urologischen Abteilung und der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe wurde die präoperative Pflegevisite eingeführt.

Auf dem Sektor der medizinisch-technischen Geräte wurden 1998 größere Investitionen getätigt: So wurden unter anderem eine Patientenüberwachungsanlage für die 4. Medizinische Abteilung, eine Sonographieanlage für die Chirurgische Abteilung, ein Ultraschallfarbdoppler für die Abteilung für Anästhesie und operative Intensivmedizin, ein Laparoskopieturm für die Gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilung, ein Blutsenkungsautomat für das Institut für Labordiagnostik und ein CO_2–Injektor für das Zentralröntgeninstitut angeschafft. Weiters wurden auch die Entgasungsanlage in der Zentralsterilisation und die Durchleuchtungsanlage im Zentralröntgen erneuert.

Erwähnenswert ist weiters die Fortführung der Planungsaktivitäten zum Neubau eines Geriatrischen Zentrums und eines damit verbundenen Küchen- und Tiefgaragenneubaues.

Schließlich wurde im vergangenen Jahr auch eine Reihe von weiteren Projekten durchgeführt:

Im Rahmen des Projektes „Umweltmanagement" konnten durch gezielten Umstieg von Einweg- auf Mehrwegprodukte erste Einsparungen erzielt werden.

Auch die Fortführung und Erweiterung des Projektes „Mitarbeiterorientierungsgespräch" wurde von allen Beteiligten positiv aufgenommen. An diesem Projekt nahmen Mitarbeiter aus dem technischen, dem ärztlichen, dem pflegerischen sowie aus dem Verwaltungsbereich teil.

Außerdem wurde das Kaiser-Franz-Josef-Spital mit dem Titel „Klimabündnisbetrieb" ausgezeichnet.

An der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege konnte im Bereich der Pflegefächer durch organisatorische Umstrukturierungen und optimale räumliche Bedingungen auf Kleingruppenunterricht umgestellt werden: Damit steht für die Vermittlung von Pflegeinhalten eine größere Methodenvielfalt zur Verfügung.

Ein wesentlicher Beitrag zur innerbetrieblichen Fortbildung wurde auch von den Lehrerinnen und Lehrern für Gesundheits- und Krankenpflege geleistet: So konnten 1998 im Bereich der Pflege am KFJ-Spital, am PKH Baumgartner Höhe sowie an der Akademie für Fort- und Sonderausbildungen am AKH die Themen „Pflegeprozess", „Pflegediagnosen" und „Pflegemodelle" behandelt werden.

Krankenhaus Lainz

Das Krankenhaus Lainz war mit seinem international anerkannten, modernen medizinischen Leistungsspektrum auch im Jahr 1998 eines der führenden Spitäler im Osten Österreichs. Mit wenigen Ausnahmen (Pädiatrie und Psychiatrie) wurden nahezu alle, dem letzten Stand des medizinischen Wissens entsprechenden Leistungen angeboten.

Im Jahr 1998 wurden in Abstimmung mit dem vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) ausgearbeiteten Großgeräteplan für ganz Wien folgende Großgeräte angeschafft:

Ein Kernspintomograph für das Schnittbildzentrum, ein Gerät zur Bestrahlungsplanung in der Sonderabteilung für Strahlentherapie und ein Therapiesimulator in der Sonderabteilung für Strahlentherapie.

Personelle Änderungen gab es in der HNO-Abteilung und der Sonderabteilung für Strahlentherapie, wo jeweils die Abteilungsvorstände neu besetzt wurden.

Mit Gründung des EDV-Management- und Betriebsführungszentrums (EMB) wurde mit 1. Dezember die Abteilung Informatik im Krankenhaus Lainz aufgelöst. Das Personal wurde großteils in die EMB eingegliedert, zwei Informatikkoordinatoren konnten im Haus verbleiben. Sie werden bei der Koordination von Projekten für die entsprechende EDV-Ausstattung verantwortlich sein. Für das Unternehmen Krankenanstaltenverbund wurden weiters vier Personen aus dem Krankenhaus Lainz nominiert, die in Schlüsselpositionen an dem Projekt mitarbeiten werden.

Auf medizinischem und nichtmedizinischem Gebiet wurden 1998 folgende Projekte durchgeführt:

- Die Problematik der Inkontinenz und Problemerhebung: Eine Station der 1. Medizinischen Abteilung mit Gastroenterologie diente als Praktikumsstelle und Teststation für die Abteilung und in weiterer Folge auch für das gesamte Krankenhaus Lainz. Das Projekt wurde von den Pflegepersonen initiiert und durchgeführt.
- Dekubitusprojekt: Dabei wurden die Stichtagserhebungen zur Überprüfung der Dekubitusrate und Gefährdung

stationär aufgenommener Patienten weitergeführt.

Als Grundlage dienten dabei die bereits erstellten Richtlinien des Projektes „Dekubitusmanagement". Die Präsentation der Ergebnisse dieses interdisziplinären Projektes wurde durch Publikationen in Fachzeitschriften abgerundet.

- Mitarbeiterorientierungsgespräch (MOG) auf Stationsebene: Nachdem das MOG zwischen der Pflegedirektorin und ihren Oberschwestern mittlerweile zur Routine geworden ist, wurde es im Jahr 1998 auch bei den leitenden Pflegepersonen eingeführt.

- Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit im Pflegebereich: Stations- und Oberschwestern verschiedener Abteilungen und Stationen haben die Möglichkeit, die Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mittels eines Fragebogens zu erheben. Die Auswertung erfolgt anonym. Umsetzungsdiskussionen werden auf Wunsch auch unter Einbeziehung aller genannten Personen geführt.

Mit größeren Umbauarbeiten wurde unter anderem an der 1. Chirurgischen Abteilung begonnen: Ein großer OP-Saal wurde 1998 umgebaut, weitere Säle werden 1999 adaptiert. Weitere Baumaßnahmen betrafen die Gesundheits- und Krankenpflegeschule. Die Intensivstationen an der 1. und der 3. Medizinischen Abteilung wurden mit neuen ZSV-Anlagen ausgestattet: Die zentrale Stromversorgung - die zur optimalen Betreuung der Patienten notwendig ist - ist nun auch bei einem Ausfall des normalen Strom- oder des Notstromnetzes gesichert.

Weiters wurde auch die Einrichtung einer zentralen Zytostatika-Zubereitung in der Anstaltsapotheke erfolgreich abgeschlossen.

Mit der neuen Blutbank im Krankenhaus Lainz steht in Wien neben der Eigenversorgung im AKH nun eine weitere Einrichtung zur Eigenblutvorsorge zur Verfügung. Patienten des eigenen Hauses, aber auch aus allen anderen städtischen Spitälern, können bei längerfristig geplanten Operationen Eigenblutreserven anlegen. Darüber hinaus wurde auch eine erweiterte Möglichkeit zur Herstellung und Lagerung von Blutprodukten sowie ein neues Verteilungssystem für Blutprodukte für alle Abteilungen geschaffen.

Schließlich wurde im Berichtsjahr 1998 auch eine „Präanästhesieambulanz" in Betrieb genommen: Hier haben Patienten vor geplanten Operationen die Möglichkeit, sich über Vorteile und Risiken bestimmter Narkosearten zu informieren und sich gleichzeitig auch internistisch untersuchen zu lassen.

Krankenanstalt Rudolfstiftung

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Krankenanstalt Rudolfstiftung stand im Jahr 1998 die Integration der Internen Kinderabteilung des Mautner Markhof' schen Kinderspitals im 14. Stock des Hauses. Die Kinderabteilung konnte am 21. Dezember 1998 durch Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder feierlich eröffnet werden.

Die Verlagerung der Kinderabteilung in das Schwerpunktkrankenhaus Rudolfstiftung soll vor allem die Versorgung der Kinder im Einzugsgebiet des 3. und 11. Bezirkes sicherstellen. Die Umsetzung dieses wichtigen Anliegens wurde in einer dem medizinischen Fortschritt und den Bedürfnissen der Kinder entsprechenden Weise durchgeführt.

Zur regionalen Akutversorgung steht nun eine Kinderabteilung mit 24 Betten und 8 Betten für Begleitpersonen sowie eine 24-Stunden-Kinderambulanz zur Verfügung. Die dadurch notwendigen Strukturveränderungen hatten auch positive Auswirkungen auf andere Einrichtungen der Rudolfstiftung. So war es ein lange gehegtes Anliegen, die im 14. Stock gelegenen Ambulanzen in leicht erreichbare Bereiche umzusiedeln und eine Zentralgarderobe in Form eines Garderobencontainers zu schaffen.

Das Projekt „Übersiedlung des Mautner Markhof'schen Kinderspitals und Strukturverbesserungen in der Krankenanstalt Rudolfstiftung" wird - gemäß dem Projektplan - auch im Jahr 1999 weiter laufen.

Bereits auf dem letzten Stand der Technik befindet sich die Neurochirurgische Abteilung der Rudolfstiftung: Im Zentral-OP dient eine Neuronavigationsanlage der bildgesteuerten Neurochirurgie. Sie ermöglicht eine exakte, bildgesteuerte Lokalisation von Prozessen vor und während einer Hirnoperation und damit die punktgenaue Durchführung der Operationen unter Schonung des umliegenden Gewebes. In der Gehirnchirurgie kommt die Neuronavigation in erster Linie bei tief liegenden, schwer zu lokalisierenden kleinen Prozessen wie Hirntumoren oder Angiome und bei der Entfernung unscharf begrenzter Gehirntumoren zum Einsatz und wird auch zur Steuerung endoskopischer Eingriffe verwendet. Ein solches Neuronavigationssystem gehört aus Gründen der Qualitätssicherung heute zum notwendigen „State of the art" der Ausrüstung einer Neurochirurgischen Abteilung.

Einen wichtigen Schwerpunkt im Pflegebereich bildet die Gruppenpflege. Bei dieser Organisationsform der Pflege sorgt jeweils ein Pflegeteam für eine bestimmte Anzahl von Patienten. Im Vordergrund steht die gemeinsame Planung und Einteilung der Pflegegruppen, wobei berücksichtigt wird, dass ein Patient während seines gesamten Aufenthaltes auf einer Station möglichst von den gleichen Pflegenden betreut wird.

Ein wesentlicher Grund für die Einführung des System der Gruppenpflege war das Anliegen, die Bedürfnisse des Patienten in den Mittelpunkt der Pflege zu stellen. Weiters werden mit dieser Organisationsform auch die Pflegequalität, die Aufenthaltsbedingungen und die Arbeitsbedingungen verbessert: Gruppenpflege trägt nicht nur zum Wohlbefinden des Patienten bei, sondern stärkt auch die Motivation des Pflegepersonals.

Insgesamt steht mehr Zeit für die individuelle Patientenbetreuung, für einzelne Pflegebehandlungen und informative Gespräche zur Verfügung, womit auch die psychische Betreuung von Patienten und Angehörigen erleichtert wird. Der Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Patienten und Pflegenden erleichtert die genauere Einschätzung der Wirksamkeit der Therapie und des Pflegefortschrittes, ermöglicht ein rascheres Reagieren auf Situationsveränderungen und sorgt für eine Verbesserung des Klimas innerhalb des Teams. Auch der Wechsel des Pflegepersonals wird auf-

grund des intensiven Kontaktes zwischen den Gruppenmitgliedern und den einzelnen Patienten als weniger schwierig empfunden. Insgesamt war mit Einführung dieser Form der Pflege ein deutlicher Anstieg der Pflegequalität zu erkennen.

Schließlich machen die erzielten Erfolge allen Beteiligten auch Mut, an der Weiterentwicklung derartiger Systeme in der Krankenhausorganisation aktiv mitzuarbeiten. Im vergangenen Jahr wurde auch die Bereitschaft zur Teilnahme am Umsetzungsprojekt „Kollegiale Führung" bekannt gegeben.

Fleißig weitergearbeitet wurde schließlich auch am äußeren Erscheinungsbild der Rudolfstiftung: Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 86 Umbauarbeiten –Stationsumbauten, Standardverbesserungen, eine Erneuerung der Brandmeldeanlage und der Schwesternrufanlage, Modernisierungen im Zentral-OP-Bereich sowie Baumaßnahmen zur Integration des Mautner Markhof' schen Kinderspitals – durchgeführt. Die Erneuerung der Stationen hat entscheidend zur Verbesserung des Hausstandards beigetragen. Diese Stationen verfügen nun über Ein- und Zweibettzimmer mit Vorzimmer, Dusche und Toilette. Durch die Teilung von Sechsbettzimmern in Dreibettzimmer wurde der Standard der Stationen insgesamt angehoben. Die Umbauten erfolgten bei laufendem Betrieb - ein Verdienst aller, die mit Einsatz und Engagement zur Neugestaltung beigetragen haben.

Wilhelminenspital

In der Tuberkulosediagnostik der 2. Medizinischen Abteilung wurde eine schnell verfügbare molekularbiologische Methode (PCR) eingeführt, die – gestützt auf eine eigens darauf ausgerichtete Studie – erhebliche Einsparungen im komplexen Management der Tuberkulosepatienten bringen soll (Qualitätssicherung mittels prospektiver Untersuchung).

Im Oktober wurde die 3. Medizinische Abteilung geteilt: Es entstand die Abteilung für Nephrologie und Dialyse. Diese Abteilung verfügt über 27 stationäre Betten und Positionen zur akuten und chronischen Hämodialyse und ist mit ihren zusätzlichen Ambulanzeinrichtungen die größte Nephrologische Einrichtung des Krankenanstaltenverbundes in Wien. Dazu ist zu bemerken, dass in Wien kein niedergelassener Nephrologe mit „Kassenverträgen" existiert und keine alternative nephrologische Betreuung zu den Einrichtungen des Krankenanstaltenverbundes besteht.

Damit kommt der neuen Nephrologischen Abteilung im Wilhelminenspital auch eine besondere gesundheitspolitische Bedeutung bei der Versorgung dieser immer größer werdenden Patientenzahl zu.

An der 3. Medizinischen Abteilung wurde 1998 vor allem das medizinische Leistungsangebot erweitert: So wurden die Stressechokardiographie, Intrakardiale Cardioversion, biatriales Pacing, AV-Defibrillator, Intravaskulärer Ultraschall und ein Atroverter eingeführt. Weiters wurden auch neue Organisationsstrukturen wie das Controlling-Herzkatheterlabor, Controlling- und Qualitätsmanagement-Schrittmachertherapie geschaffen.

An der 2. Chirurgischen Abteilung wurde ein Spezialzentrum für laparaskopische, minimalinvasive Chirurgie eingerichtet. Im Pflegebereich wurden die Gruppenpflege, die Pflegediagnose und das Mitarbeiterorientierungsgespräch eingeführt. Im technischen Bereich konnte der Neubau der Ambulanz mit Eingriffsraum, Endoskopieeinheit sowie einer Einheit für Kontinenzdiagnostik und Biofeedback abgeschlossen werden.

An der Neurologischen Abteilung wurde 1998 eine Spezialambulanz für extrapyramidale Erkrankungen errichtet. Diese Ambulanz dient vor allem Parkinson-Patienten. Durch die enge Kooperation mit der Wiener Rettung ist eine raschere Behandlung von Schlaganfallpatienten möglich. Mit der Einführung der Lysetherapie kann hier nun auch eine wirksame spezifische Schlaganfalltherapie durchgeführt werden.

An der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde mit Infektionskrankheiten ist 1998 das Modellprojekt „Integrierte ambulante Betreuung von Patienten mit cystischer Fibrose" angelaufen. Es stellt einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der pflegerischen, medizinischen und psychologischen Maßnahmen dar, die über den unmittelbaren Krankenhausbereich hinaus gehen. Vor allem die Versorgung chronisch-kranker Personen wurde damit um eine wesentliche Dimension erweitert. Bemerkenswert ist auch, dass das Projekt ohne zusätzliches pflegerisches Personal umgesetzt werden konnte. Im November wurde schließlich das neue Betriebsgebäude eröffnet, in dem die Abteilungen Personal und Wirtschaft untergebracht sind.

Am Zentralröntgeninstitut wurden inzwischen die ersten Schritte zur Implementierung eines umfassenden EDV-Organisationssystems für das Röntgeninstitut (RIS) begonnen. Dieses System dient als Vorstufe für ein elektronisches Bildarchivierungssystem (PACS).

Am Institut für Nuklearmedizin ist es gelungen, das Projekt Positronenemissionstomographie (PET) zu realisieren. Mit Inbetriebnahme der PET-Kamera wurde ein wichtiger diagnostischer Bestandteil des onkologischen Schwerpunkt-Konzeptes für das Wilhelminenspital realisiert. Das PET-Zentrum ist neben jenem im AKH zur Zeit die einzige Stelle in Wien, wo solche Untersuchungen durchgeführt werden.

Erfahrungen haben gezeigt, dass durch diese neue Technologie die diagnostische Qualität, die Therapiestrategie und damit auch die Kosteneffizienz wesentlich verbessert werden kann. 1998 konnten bereits 50 Patienten im PET-Zentrum untersucht werden.

Am Pathologischen Institut wurde die apparative Ausstattung in den Institutslaboratorien verbessert: So wurden ein Rotationsmikrotom, ein Immunhistologie-Färbeautomat und ein Blutkultur–Automat angeschafft.

Ihr 80-jähriges Bestandsjubiläum konnte die Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege feiern: Seit Bestehen dieser Ausbildungsstätte erhielten 3.608 Personen das Diplom in der allgemeinen Krankenpflege. Seit September 1998 wird die Pflegeausbildung nach neuen gesetzlichen Bestimmungen für den gehobenen Dienst in der

Gesundheits- und Krankenpflege durchgeführt. Weiters konnten auch die Projekte „Kundenorientierung" und „Gesundheit" erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Apotheke wurde durch einen umfassenden Umbau für die Versorgung des Wilhelminenspitals, des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof, der Semmelweis Frauenklinik und der Kinderklinik Glanzing adaptiert.

Das neue Onkologische Zentrum wird seit April 1998 mit einem Tablett-Induktionssystem von der Küche versorgt – dies bedeutet gleichzeitig auch einen Probelauf für die Küchenmitarbeiter für den Neubau der Küche des Wilhelminenspitals.

Schließlich wurden im Pflegebereich pauschalierte Überstunden reduziert, sodass nun alle Basismitarbeiter des Pflegedienstes im Rahmen der Normalarbeitszeit tätig sind. Die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung wird von 106 Personen in Anspruch genommen, dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 26 Prozent.

Donauspital

Das Donauspital zählt als Schwerpunktspital mit 933 Betten zu den leistungsfähigsten und modernsten Krankenanstalten im Osten Österreichs. Trotz des erst relativ kurzen Bestehens wurden bereits im Jahr 1998 erste Neuerungen durchgeführt: So konnten unter anderem an der Orthopädischen, Neurochirurgischen und der Unfallchirurgischen Abteilung sowie am Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Erweiterungen der bestehenden digitalen Radiologie vorgenommen werden. Die Gesamtkosten betrugen 40 Millionen Schilling, wobei auch auf hauseigene freie Rücklagen zurückgegriffen werden konnte.

Mit der Schaffung fünf neuer Ludwig-Boltzmann-Institute (LBI) konnte die Zahl der angewandten Forschungseinrichtungen im Donauspital auf insgesamt elf erhöht werden. Die neuen Institute beschäftigen sich mit den Bereichen molekulargenetische Laboratoriumsdiagnostik, kinderchirurgische Forschung, Strahlentherapie bei obstruierenden und proliferativen Gefäßerkrankungen sowie mit der Erforschung von minimalinvasiven Techniken in der Neurochirurgie sowie urologischen Onkologie.

Am 8. Mai feierte die Krankenpflegeschule, der erste Krankenpflegeschulneubau der zweiten Republik, ihr 20-jähriges Bestehen. Im Rahmen einer Feier konnten alle „Aktiven" gemeinsam mit zahlreichen Ehrengästen, ehemaligen Schülern, Lehrkräften und Freunden des Hauses auf die vergangenen zwei Jahrzehnte zurückblicken, nebenbei wurden auch mehrere Projekte aus dem Unterricht, klinischen Unterricht und Geriatrieunterricht präsentiert. Schließlich war beim eingerichteten Sonderpostamt die neue Briefmarke „Die Diplomkrankenschwester" erhältlich.

Im Oktober konnte auch das hauseigene Leitbild präsentiert werden, das von einem interdisziplinären Projektteam in einem strukturierten Entwicklungsprozess erarbeitet wurde. Drei prägnante Leitsätze dienen der Orientierung und Motivation aller Mitarbeiter:

- „Wertschätzung und Respekt gegenüber jedem Patienten und Mitarbeiter"
- „Ganzheitliche Betreuung des Patienten durch ein interdisziplinäres Team"
- „Mit Freude und Verantwortung miteinander arbeiten"

Um eine hohe Akzeptanz zu gewährleisten, wurden sämtliche Mitarbeiter des Donauspitals mittels Fragebogen bereits von Beginn an miteinbezogen. Der erforderliche Umsetzungsprozess wird auf den bisherigen Erfahrungen aufbauen und vom Projektteam, das um neue Mitarbeiter erweitert wurde, begleitet.

Die Vorstellung der breit gefächerten Tätigkeit der Physiotherapeuten stand im Mittelpunkt des „Tages der Physiotherapie" im Herbst: Mitarbeiter und Besucher des Hauses konnten sich dabei ausführlich über das interessante Tätigkeitsfeld dieser Berufsgruppe informieren. Im Donauspital sind insgesamt 35 Physiotherapeuten beschäftigt - fachlich sind sie der Abteilung für Physikalische Medizin und Rehabilitation zugeordnet.

Zur Erhöhung der Sicherheit wurden im Jahr 1998 multifunktionelle Identitätsausweise für sämtliche Mitarbeiter des Hauses eingeführt. Neben der visuellen Personenidentifikation dient diese Chipkarte bereits als Zutrittskontrolle für bestimmte Bereiche (Stationen, Ambulanzen, Intensivstationen, OP-Bereiche), in weiterer Folge wird sie unter anderem als bargeldloses Zahlungsmittel in den Mitarbeiterrestaurants Verwendung finden.

Für dieses umfangreiche Projekt mussten über 3.000 Mitarbeiter erfasst und mit ansteckbaren Chipkarten ausgestattet werden - an mehr als 1.500 Personen konnten bereits Zutrittsberechtigungen vergeben werden. Außerdem mussten von technischer Seite die Türen der betroffenen Bereiche mit eigenen Terminals für die Zutrittskontrolle ausgestattet werden.

Die bereits in der ursprünglichen Planung des Hauses vorgesehene umfassende Interdisziplinarität der Aufnahmestation wurde durch eine Erweiterung im April in die Praxis umgesetzt. Mit Ausnahme von pädiatrischen und Unfallpatienten werden hier nun alle Patienten außerhalb der Ambulanzzeiten erstbegutachtet. Diese Neuorganisation, die alle medizinischen Fächer vereint, ermöglicht bedarfsgerechte, effiziente Abläufe.

Schließlich hat auch die Kunst im Donauspital nach wie vor einen besonderen Stellenwert: Im März 1998 wurde ein eigenes Kunstforum ins Leben gerufen, das für die Auswahl und Organisation der temporären Ausstellungen zuständig ist. Dieses von vielen Seiten gewünschte aktive Galerieleben stellt eine ideale Ergänzung zu den ins Bauwerk integrierten Kunstwerken dar.

Kaiserin-Elisabeth-Spital

Im Kaiserin-Elisabeth-Spital waren auch im vergangenen Jahr alle Aktivitäten auf die Bedürfnisse des Patienten ausgerichtet: Dies wurde 1998 bei der Neugestaltung der Chirurgischen Station 2/2 besonders unter Beweis gestellt.

Durch die intensive Einbindung aller Mitarbeiter in die Gestaltung entstand eine besonders enge Bindung des Stationsteams zur „eigenen" Station. Für den Patienten ist diese Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Arbeitsplatz mit einer erhöhten Betreuungsqualität verbunden.

Ein Beispiel für die starke Motivation der Mitarbeiter ist auch „Television 2/2", ein vom Stationspersonal selbst gestaltetes Stationsfernsehen auf professionellem Niveau, das auf allen Fernsehern der Station zu empfangen ist.

Im September 1998 wurde Prim. Univ.- Prof. Dr. Karl Glaser von der Innsbrucker Universitätsklinik zum neuen Vorstand der Chirurgischen Abteilung bestellt.

Gleichzeitig wurde mit der laparoskopischen Anti-Reflex-Chirurgie neben der traditionellen Schilddrüsenchirurgie ein neuer medizinischer Schwerpunkt gesetzt. Patienten, die unter quälendem Sodbrennen leiden, kann in Zukunft besser geholfen werden.

Insgesamt wurde die Qualitätsarbeit im Kaiserin-Elisabeth-Spital im Jahr 1998 komplett umorganisiert. Die Qualitätsmanagement-Konferenz wurde aufgelöst und durch die Qualitäts-Konferenz ersetzt. Neue Strukturen und Aufgaben in diesem Gremium sollen nun für eine neue Schwerpunktsetzung und konsequente Umsetzung sorgen.

Im Pflegebereich wurde das Dienstzeitmodell „Gesunde Arbeitszeiten" vorangetrieben. Das Qualitätskomitee in der Pflege hat eine ganzjährige flächendeckende Patientenbefragung mit Auswertung und Feedback organisiert. Eine ständige Qualitätskontrolle erfolgt nun durch regelmäßige Pflegevisiten und Analysen der Pflegedokumentation. Die bestehende Pflegephilosophie wird im Rahmen von Projekten an das Leitbild des Hauses angepasst.

Ein besonderes Jubiläum gab es schließlich im Ausbildungsbereich des Kaiserin-Elisabeth-Spitals zu feiern: Die Schule für Allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege kann auf 25 Jahre erfolgreiche Bildungsarbeit zurückblicken. Die hohe Qualität der Ausbildung und die ständige fachliche Weiterentwicklung haben die Krankenpflegeschule zu einem wichtigen Teil des Wiener Gesundheitswesens gemacht.

Im Bereich des Kosten- und Leistungscontrollings war bei der Zahl der stationären Patienten ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen, wobei der dafür veranschlagte Ausgabenrahmen eingehalten werden konnte.

Ein eigenes Projekt an der Intensivstation der Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin zielte auf die stärkere Berücksichtigung des ökonomischen Aspektes von Entscheidungen ab: So hat sich gezeigt, dass die Einbeziehung der kosten- und leistungsverantwortlichen Personen in die Entscheidungsprozesse wesentlichen Einfluss auf die Kostenentwicklung hat.

Im Bau- und Einrichtungsbereich wurden insgesamt Investitionen in der Höhe von rund 46 Millionen Schilling getätigt, davon entfallen rund 18 Millionen Schilling auf den Komplettumbau einer Station der Chirurgischen Abteilung.

Krankenhaus Floridsdorf

Im Krankenhaus Floridsdorf konnte im Jahr 1998 durch die kontinuierliche Senkung der durchschnittlichen Verweildauer die Gesamtzahl der stationär behandelten Patienten weiter erhöht werden.

Im Trakt B des Hauses wurden Stationssanierungen durchgeführt, ein neues Stiegenhaus errichtet sowie ein zusätzlicher Aufzug installiert, der einen behindertengerechten Zugang zum Krankenhaus ermöglicht. Weiters wurde auch die Telefonanlage komplett erneuert und gleichzeitig für jeden Patienten die Möglichkeit geschaffen, ein eigenes Telefon direkt am Bett zur Verfügung zu haben.

An der Chirurgischen Abteilung wurde durch die Erneuerung der Ambulanz, des Ambulanzschalters und Renovierungsarbeiten im Erdgeschoß der Komfort für Patienten und Personal erhöht. Die Operationsstatistik der Abteilung konnte einen leichten Aufwärtstrend verzeichnen, wobei 2.244 Operationen im Zentral-OP und 805 Operationen im septischen OP durchgeführt wurden.

An der Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin wurde auch 1998 der Dokumentation im Bereich Anästhesie große Bedeutung beigemessen: Die EDV-gestützte Datenerhebung beinhaltet eine Reihe von prä-, intra- und unmittelbar postoperativen Parametern zur statistischen Auswertung und Analyse. Für den OP-Bereich wurde ein neues modernes Narkosegerät angeschafft, das für Standardnarkosen, aber auch für Patienten mit Einschränkungen der Lungenfunktion geeignet ist.

Im Bereich Intensivmedizin wurde für die Nierenersatztherapie ein Gerät mit der Möglichkeit zur kontinuierlichen venovenösen Hämofiltration, Hämodialyse, Hämodiafiltration und Plasmapherese angeschafft.

An der Internen Abteilung war 1998 eine weitere Erhöhung der Zahl der stationär behandelten Patienten zu verzeichnen. Weiters wurde die Herzüberwachungsstation renoviert und mit neuen Möbeln ausgestattet. Das medizinisch-fachliche Angebot wurde Ende des Jahres durch die Anschaffung eines großen Lungenfunktionsgerätes und einer Spiroergometrie erweitert.

Dem Auftrag einer interdisziplinären Internen Abteilung entsprechend wurde damit die Diagnostik für Herz/Lunge auch im funktionellen Bereich deutlich verbessert. Außerdem ist das Krankenhaus Floridsdorf weiterhin ein wichtiges Zentrum für die Stressechokardiographie in Wien.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Labors stand die Inbetriebnahme der Dependance für Blutgruppenserologie in

Verbindung mit dem Blutdepot im OP-Bereich.

Im Hauptlabor wurde - neben der täglichen Befundroutine - das Gerinnungsgerät ausgetauscht. Weiters wurde die Möglichkeit geschaffen, die nicht mehr auswärts bestimmbaren Elektrophoresen wieder im eigenen Labor durchzuführen.

Das Patientenservice im Röntgen-Institut wurde durch die Inbetriebnahme eines Mammographiegerätes sowie durch die Anschaffung eines Ultraschallgerätes für Abdomen- und Gefäßdiagnostik weiter verbessert.

Schließlich wurde im Pflegebereich auf allen Stationen eine neue Personalbedarfsermittlungsmethode - die Pflegepersonalregelung-Wien (PPR-Wien) - eingeführt.

Im Dezember 1998 wurde mit der Errichtung des Geriatriezentrums Floridsdorf, das in intensiver Zusammenarbeit mit dem Akutkrankenhaus tätig sein wird, begonnen.

Pflegezentrum Sophienspital

Im Jahr 1998 wurden aus der zwischenzeitlich aufgelassenen Allgemeinen Poliklinik Leistungsbereiche in das Sophienspital verlagert, für das gleichzeitig zusätzliche Behandlungskapazitäten geschaffen wurden. Alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen waren 1998 ein dominierender Schwerpunkt für sämtliche Bereiche des Hauses.

Eine besonders arbeitsintensive und sensible Aufgabe war dabei die Übernahme und Integration von Mitarbeitern aus der Allgemeinen Poliklinik: Im Pflegebereich wurde ein „Schnuppertag" für alle neuen Mitarbeiter abgehalten, weiters wurden gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen und ein interdisziplinäres Projekt zur Erstellung eines Leitbildes organisiert.

Im medizinischen Bereich erfolgte die Einbindung der „neu hinzukommenden" Ärzte aus der Poliklinik durch eine Neueinteilung und Neugestaltung des Ärztedienstzimmertraktes. Durch die Übernahme verschiedener Diagnosegeräte aus der Poliklinik konnte das Diagnosespektrum, insbesondere die gastroenterologische Diagnostik, die Ultraschalldiagnostik des Herzens und der nichtinvasiven Gefäßdiagnostik erweitert werden. Auch für die Verwaltung bedeutete der Umstrukturierungsprozess eine Herausforderung, besonders im Hinblick auf die organisatorischen und logistischen Abläufe und neuen Aufgaben.

Neben dem Schwerpunkt „Neubau/Fusion" wurden schließlich auch im laufenden Betrieb zahlreiche weitere Aktivitäten gesetzt:

- Qualitätssicherung im Hygienebereich
- Erstellung von Pflegestandards und intensive Schulung im Bereich Pflegeprozesse und Pflegediagnose
- Supervision von Teams
- Coaching für Stationsleitungen
- Ersatz der bisherigen Röntgenanlage durch eine neue Universalröntgenanlage
- Bauliche Adaptierungen zur Verbesserung des Patientenkomforts

Im Pflegeheim wurde besonderer Wert auf die integrationsbegleitende Altenpflege gelegt. In Zusammenarbeit mit der Kenyon-Schule wurde weiters auch der Besuch einer Kindergruppe im Pflegeheim organisiert.

Pulmologisches Zentrum

An der I. Internen Lungenabteilung wurde durch die Einrichtung einer onkologischen Sprechstunde die Patientenbetreuung weiter verbessert.

Weitere qualitätsverbessernde Maßnahmen waren die Einführung der videoassistierten bronchologischen Untersuchung, der videoassistierten Dokumentation, des Verfahrens der Autofluoreszenzbronchoskopie zur Gewebeentnahme bei Tumorverdacht und der Echocardiographie. Auf der Intermediärstation konnte weiters das WISAT-Projekt abgeschlossen werden.

An der II. Internen Lungenabteilung wurde im Rahmen der II. Ambulanz ein onkologischer Schwerpunkt gesetzt: Die Immunambulanz wurde zeitlich derart erweitert, dass für berufstätige HIV-infizierte Patienten nun die Möglichkeit besteht, auch abends in die Ambulanz zu kommen. Auf der Station Wienerwald im ersten Stock wurde eine moderne zentrale Zytostatikazubereitung in Betrieb genommen. Außerdem wurde ein computerisiertes Chemotherapieanforderungssystem installiert. Auf Annenheim Intensiv wurden zur Verbesserung der Qualitätskontrolle Dokumentationsblätter und „Standard Operating Procedures" eingeführt.

An der Orthopädischen Abteilung wurden die Planungen für den Zubau zum Haus Austria abgeschlossen: Sie umfassen nun sowohl bauliche als auch betriebsorganisatorische, technische und einrichtungsbezogene Planungsschritte. Ende des Jahres konnte die Einreichung im Gemeinderat erfolgen.

Insgesamt wurden an der Abteilung 2.301 operative Eingriffe durchgeführt, die vor allem die Endoprothetik des Hüft-, Knie- und Schultergelenkes, die Gelenkserhaltung im Hüft- und Kniebereich und die Rheumachirurgie an der oberen und unteren Extremität betrafen.

An der Lungenchirurgischen Abteilung wurde durch die Anschaffung einer videoassistierten Mediastinoskopie die Indikationsbreite von endoskopischen Operationstechniken erweitert.

Im Laboratorium wurden insgesamt 1,558.734 Gesamtanalysen durchgeführt, die sich vor allem auf die Bereiche Labor, Zytologie und Blutdepot erstreckten.

Im Zentralröntgeninstitut wurde ein leistungsfähiger Computer mit CD-Rom-Laufwerk, Internet-Anschluss und Laserprinter angeschafft.

An der Pflegeabteilung wurde eine Reihe von patientenbezogenen Maßnahmen und Aktivitäten gesetzt - Veranstaltungen, die großes positives Echo bei den Patienten und ihren Angehörigen hervorgerufen haben.

Schließlich kann auch die Station für geriatrische Remobilisation auf Pavillon Severin auf eine positive Statistik verweisen: Insgesamt wurden hier 155 Patienten aufgenommen; 88,3 Prozent davon konnten wieder nach Hause entlassen werden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 53,2 Tage, das Durchschnittsalter lag bei 78,8 Jahren.

Orthopädisches Krankenhaus Gersthof

Medizinischer Schwerpunkt des Hauses war 1998 vor allem die Endoprothetik, wobei insgesamt mehr als 600 Hüft-Totalendoprothesen und über 300 Knie-Totalendoprothesen eingesetzt wurden. Insgesamt hat das Orthopädische Krankenhaus Gersthof über 2.700 Operationen durchgeführt.

Im Februar 1998 wurden die Renovierungsarbeiten an der 1. Orthopädischen Abteilung, Station A, mit Vergrößerung der Krankenzimmer und dem Einbau von neuen Nassräumen abgeschlossen. Dadurch konnte für die Patienten die Qualität der Unterbringung deutlich verbessert werden.

In der postoperativen Patientenversorgung wurden darüber hinaus im März 1998 erweiterte Betriebszeiten eingeführt.

Für den Warteraum im Bereich der Aufnahme wurden orthopädische Sessel angekauft, die speziell auf die Bedürfnisse der Patienten des Hauses abgestimmt sind.

Im Jahr 1998 wurden weiters auch alle Stationen mit Computern ausgestattet und das Pflegepersonal entsprechend geschult. Durch die Installierung eines vernetzten Informationssystems im Pflegebereich ist nun - bei hoher Pflegeintensität - eine genaue Personaleinsatzplanung möglich. Zur Optimierung der Patientenbetreuung wurde auch die Dienstübergabe des Pflegepersonals neu gestaltet: Sie wird nun auf allen Stationen beim Bett des Patienten durchgeführt. Um die Inhalte und Ergebnisse der Qualitätsarbeit transparenter zu machen, wurde auch die Kommunikation im Haus verbessert: Eine Kommunikationsstunde pro Monat dient den Mitarbeitern dazu, abteilungs- und berufsspezifische Informationen auszutauschen.

Schließlich gab es für die Qualitätsarbeit des Hauses im vergangenen Jahr eine besondere Bestätigung: Das Projekt „Präoperative Guidelines", das vom Orthopädischen Krankenhaus Gersthof für den „Golden Helix Award" eingereicht wurde, kam in die Endausscheidung. Für die Mitarbeiter des Hauses ist das eine neue Motivation, den eingeschlagenen Weg in Richtung „mehr Qualität" fortzusetzen.

Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik

In der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurden 1998 insgesamt 2.731 Kinder geboren.

Die Sectiorate zeigte einen leichten Rückgang auf 9,4 Prozent und ist damit im österreichischen Durchschnitt als extrem niedrig anzusehen. Die perinatale Mortalität betrug 4 Promille, was ebenfalls deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt liegt.

Im Bereich der gynäkologischen Eingriffe kam es zu einer weiteren Verschiebung in Richtung minimal invasiver endoskopischer Operationen. Die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik liegt damit im allgemeinen Trend des ganzen Fachbereiches.

Mit dem Umbau der Wochenbettstation wurde auch mit einer entsprechenden Mitarbeitereinschulung begonnen, die eine Ganzheitsbetreuung von Mutter und Kind durch eine Pflegeperson zum Ziel hat. Der Titel für die neue Betreuungsform wurde im Rahmen eines innerbetrieblichen Wettbewerbes ausgewählt: „Family nursing" – Mutter und Kind werden gemeinsam von der selben Pflegeperson betreut.

Ein weiterer Schwerpunkt des Jahres 1998 war die so genannte Stillförderung.

Die Patientinnen erhalten dabei umfassende Anleitungen zum Thema Stillen und werden auch über die „Zehn Schritte zum erfolgreichen Stillen" der WHO informiert.

Die Auswahl der Angebote bleibt jeder einzelnen Frau vorbehalten.

Das Pflegekomitee beschäftigte sich 1998 sehr intensiv mit dem „Eigenständigen Tätigkeitsbereich": Ende des Jahres wurde das Komitee mit Mitarbeiterinnen aus der Basis besetzt und in ein Projekt umfunktioniert, das zum Ziel hat, Pflegediagnosen in den Pflegeprozess einzugliedern. Auf einer Pilotstation wird dies nun bereits flächendeckend durchgeführt. Weiters wurden die 24-Stunden-Dienste des Pflegepersonals im Operationssaal auf 12-Stunden Dienste umgestellt.

Das Projekt „Umbau der Wochenbettstation–Anhebung auf einen zeitgemäßen Unterbringungsstandard" wurde fast zur Gänze abgeschlossen. Die Eröffnung der Station ist für das Frühjahr 1999 geplant.

Weiters wurde ein neues Röntgendiagnostikgerät angeschafft: Dafür waren auch bauliche Adaptierungen der Räumlichkeiten notwendig, die zu Beginn des Jahres 1999 abgeschlossen wurden.

Im Oktober 1998 wurde weiters die ehemalige Bundes-Hebammenakademie von der Stadt Wien übernommen: In einem ersten Schritt konnten nun die Räumlichkeiten der Akademie saniert werden.

Schließlich hat eine Gruppe von Mitarbeitern ein Leitbild für die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik erarbeitet: Die-

ses beinhaltet das derzeitige Selbstverständnis des Hauses sowie Visionen und Ziele für die Zukunft.

Kinderklinik Glanzing

Das Jahr 1998 war vom Abschluss der Planungsarbeiten für den Umbau des Pavillons 21 im Wilhelminenspital als neue Heimstätte für die neonatologische Intensivstation sowie die Intermediate Care Station der Kinderklinik Glanzing gekennzeichnet: Dieser „Kernbereich" der Kinderklinik wird hier im Frühjahr 1999 seinen Betrieb aufnehmen.

In regelmäßigen Planungssitzungen und Baubesprechungen wurde interdisziplinär die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen überwacht und eine sofortige Klärung allfälliger Detailfragen ermöglicht.

Neben den Vorbereitungsarbeiten für die Übersiedlung wurde der medizinischen Qualitätssicherung und -verbesserung weiterhin ein großer Stellenwert eingeräumt. Dabei wurde besonders auf die Fortbildung großes Augenmerk gelegt: So konnten MitarbeiterInnen eine Ausbildung in der Hochfrequenzoszillationsbeatmung sowie in der NO-Therapie absolvieren. Die Überwachung der an der Intensivneonatologie betreuten Kinder konnte durch zwei zusätzliche HP-Monitore deutlich verbessert werden. Zur Vereinfachung und Effektivierung der Pflege von kleinen Frühgeborenen wurden zwei offene Dräger Pflegeplätze angeschafft, die es gestatten, die kleinen Patienten von drei Seiten zu betreuen.

Traditionsgemäß wurde auch 1998 ein großes Kinderfest veranstaltet, das einen wichtigen Teil des Programms zum Angstabbau bei Kindern vor dem Spital darstellt.

Weiters lag es im Bemühen der Anstalt, trotz abnehmender Ressourcen die anerkannt hohe Qualität der medizinischen und pflegerischen Leistungen aufrecht zu erhalten. Dies war nicht immer ganz einfach, weil bereits viele MitarbeiterInnen, die nicht mitübersiedeln, einen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten. Andererseits mussten einige Arbeiten extern vergeben werden, um jenen MitarbeiterInnen aus dem Verwaltungsbereich, die außerhalb des Krankenanstaltenverbundes einen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten, einen rechtzeitigen Wechsel zu ermöglichen.

Insgesamt hat die Kinderklinik Glanzing anerkannte Schwerpunkte – Intensiv-neonatologisches-Zentrum, Nachbetreuung ehemaliger Risikokinder und die allgemein-pädiatrische Versorgung – auch im Berichtsjahr weiterverfolgt und in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen ÄrztInnen zur Zufriedenheit der Patienten und deren Angehörigen erfüllt.

Gottfried von Preyer'sches Kinderspital

Im Februar 1998 konnte die seit vielen Jahren gewünschte und nach einigen Monaten Bauzeit fertig gestellte, neuadaptierte Ambulanz in Betrieb genommen werden. Dabei wurden zwei zusätzliche Untersuchungszimmer eingerichtet und der Warteraum vergrößert. Weiters wurde eine Bildschirm-Patientenerfassung und -dokumentation installiert. Im Sommer wurde dann mit der Neuadaptierung der Interne 2-Station nach den neuen Standards des Krankenanstaltenverbundes begonnen. Die neuadaptierte Station wird für alle Beschäftigten, vor allem aber für die Patienten und Begleitpersonen wesentliche Verbesserungen mit sich bringen: So werden hier unter anderem acht weitere Mutter-Kind-Einheiten geschaffen.

Im Oktober konnte die HNO-Konsiliararztstelle nachbesetzt werden, sodass die HNO-ärztliche Versorgung der Patienten auf fachlich kompetentem Niveau gewährleistet ist. Damit ist es nun auch möglich, eine qualitativ hoch stehende Audiologie einschließlich otoakustischer Emissionen bei Neugeborenen einzuführen.

Das medizinische Leistungsangebot wurde auch durch die Einführung der ph-Metrie zur Diagnostik des gastroösophagealen Refluxes und der Kontaktkryotherapie zur Frühbehandlung von Hämangiomen erweitert. Erwähnenswert ist weiters, dass wieder ein Ärzte-Symposium mit pädiatrischen und kinderchirurgischen Themen und ein (1.Wiener) Unfallverhütungskurs organisiert werden konnten. Zwei weitere Symposien beschäftigten sich mit dem Thema „Kindesmisshandlung-Kinderschutzgruppe".

Im Pflegebereich wurde als Beitrag zur Qualitätsverbesserung eine Stillberatungsgruppe eingerichtet. Eine Kinderkrankenschwester absolvierte dabei die Ausbildung zur Stillberaterin. Durch die Erstellung von Standards sowie Schulung weiterer Mitarbeiter in innerbetrieblichen Fortbildungen kann nun eine kontinuierliche Betreuung der stillenden Mütter erfolgen.

Weiters wurde zur Eruierung der Zufriedenheit der Patienten und Begleitpersonen mit der Pflege- und Hotelleistung über einen Zeitraum von sechs Monaten eine Befragung durchgeführt. Dabei wurde grundsätzlich ein hoher Zufriedenheitsgrad festgestellt. Einige Anregungen und Wünsche der Eltern konnten bereits berücksichtigt und in die Praxis umgesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Jahres 1998 war die Einführung eines umfassenden Umweltmanagementsystems: Ein interdisziplinär zusammengesetztes Projektteam wurde - unter Mitwirkung der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege - in die Grundbegriffe des Umweltmanagements eingeführt.

Insgesamt geht es darum, bestehende Umweltmaßnahmen zu verbessern und die durch den Betrieb des Krankenhauses entstehende Umweltbelastung durch bewussten und kritischen Einsatz der vorhandenen Ressourcen zu verringern, ohne den medizinisch-ärztlichen und pflegerischen Standard zu senken. In einem vom Umweltteam organisierten Aktionstag wurde das Projekt den Mitarbeitern im Haus und auch externen Interessenten vorgestellt.

Einige Umweltverbesserungsprojekte wurden bereits umgesetzt - gleichzeitig konnten damit auch Kosteneinsparungen und Verbesserungen in Organisation und Arbeitsabläufen erzielt werden.

Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel

Im Berichtsjahr 1998 wurden aufgrund des Standortwechsels keine über die notwendigen Instandhaltungsarbeiten hinausgehende Investitionen auf dem baulichen Sektor getätigt.

Die Einreichplanung für den Umbau der Pavillons 3, 5 und 11 am Standort Baumgartner Höhe und die Bauverhandlung konnten abgeschlossen werden.

Für das Neurophysiologische Labor wurde ein Magnetstimulator angekauft.

Im medizinischen Bereich wurden regelmäßige, von der Ärztekammer genehmigte, Fortbildungsveranstaltungen eingeführt: Die Teilnehmer haben dabei jeweils am Semesterende die Möglichkeit, ein Kolloquium über die vermittelten Wissensinhalte abzulegen. Für Patienten mit Niereninsuffizienz und Patienten, die über Sonde ernährt werden müssen, wurden Programme für die Dosisreduktion bzw. Ernährungsdokumentation erstellt. Vom physiotherapeutischen Dienst wurde weiters ein Trainingsprogramm zur „Rückenschule„ für die Patienten der Neuroorthopädie erarbeitet.

Im Zuge der Umsetzung des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes wurden für das Pflegepersonal im Rahmen der innerbetrieblichen Fortbildung umfangreiche Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Dabei sollen den Mitarbeiter in erster Linie Fähigkeiten vermittelt werden, die ihnen ein besseres Agieren im so genannten „Eigenständigen Bereich" ermöglichen. Auch die flächendeckende Einführung der Pflegeanamnese und Pflegediagnose konnte abgeschlossen werden. Zur Vertiefung der gelernten Inhalte wird den Mitarbeitern auch eine laufende Praxisbegleitung angeboten. Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema konnte generell eine weitere Verbesserung in der Planung der Pflege erreicht werden.

Durch die Implementierung des „Neuro Developmental Treatment"- Konzeptes in den Pflegealltag konnte auch eine Qualitätsverbesserung der neurorehabilitativen Pflege erzielt werden. Als Arbeitsunterlage wurden anhand einer Fotodokumentation Arbeitsstandards erstellt. Weiters wurde im Pflegebereich die Pflegepersonalregelung (PPR-Wien) eingeführt, und die Pflegequalität analog den Vorgaben der PPR-Wien eruiert.

Im Herbst wurde auch ein interdisziplinäres Projekt gestartet, welches voraussichtlich mit Ende 1999 abgeschlossen sein wird. Ziel ist es, die Betreuungsqualität in der neurologischen Rehabilitation durch den Einsatz eines multiprofessionellen Teams zu optimieren: Im Mittelpunkt steht dabei die exakte Definition und Evaluierung des jeweiligen Rehabilitationszieles.

Schließlich war auch der im Sommer veranstaltete „Tag der offenen Tür" gut besucht - nicht zuletzt durch das gleichzeitig stattfindende Sommerfest und die Magier-Show.

Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel

Die I. und II. Neurologische Abteilung des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel sind mit ihren beiden Schlaganfalleinheiten („Stroke Units") in die Schlaganfallversorgung im Großraum Wien gut integriert.

In Kooperation mit dem Wiener Rettungsdienst gelang es bereits im Jahre 1998, die Verzögerung bis zum Einlangen des Schlaganfallpatienten auf einer „Stroke Unit" der Krankenanstalt um rund 25 Prozent zu verringern. An beiden Abteilungen erfolgt die postakute Nachbehandlung im Sinne einer fachspezifischen neurologisch bzw. neuropsychologisch orientierten Frührehabilitation.

An der I. Neurologischen Abteilung wurde eine Ambulanz für Neuropsychologische Rehabilitation gegründet: Hier werden Patienten nach akutem Schlaganfall behandelt, die einer Nachbehandlung im Sinne der Neurorehabilitation bedürfen. Die Zuweisung an die Rehabilitationsabteilung erfolgt häufig auch von anderen Krankenanstalten. Diese werden dann in einem Befundbericht darüber informiert, ob eine neuropsychologisch orientierte Rehabilitation sinnvoll ist bzw. warum der Patient von einer neuropsychologischen Rehabilitation nicht profitieren wird.

In der neu eröffneten Schlaganfallnachsorgeambulanz der II. Neurologischen Abteilung werden Patienten mit obturierenden Gefäßprozessen im Carotis- und Vertebralisstromgebiet behandelt, soweit die Einhaltung sekundärprophylaktischer Maßnahmen bei diesem Patientenklientel in Observanz gehalten werden.

Die ambulante Betreuung von Patienten in der Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche mit Behindertenzentrum (Pavillon C) erfordert eine intensive Kooperation mit Eltern, Schulen, Kindergärten und anderen sozialen Systemen, die das Lebensumfeld der Patienten bilden. Kinder- und Jugendpsychiatrische Störungen sind immer als Teil des familiären Systems zu betrachten.

Zum Jahreswechsel 1998/1999 wurde eine Reorganisation und Neustrukturierung des Probentransportes von den Stationen ins Zentrallabor vorgenommen.

Auch die Bemühungen um die dringend notwendige Einrichtung einer Controllingstelle kombiniert mit der Leitung Abteilung Finanz wurden 1998 fortgesetzt.

Im März 1998 wurde das Projekt „Pflegemanagement an der Station für Neurorehabilitation B 1" gestartet. Mit September 1998 wurde an vier Modellstationen mit dem Projekt „Pflegediagnosen in der Pflegepraxis" begonnen.

Die Station A 4-Stroke Unit befasste sich mit der Erstellung eines Konzeptes für Frührehabilitation in Zusammenhang mit der Stroke Unit: Dabei steht vor allem die Stabilisierung der Vitalzeichen, Blutzucker und Bilanzierung, im Vordergrund. Nach Erhebung der Pflegeanamnese beginnt das 24 Stunden-Management nach dem Bobath-Konzept. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf der Stroke Unit beträgt zwei bis sechs Tage.

Die Station B 4 der II. Neurologischen Abteilung wurde 1998 generalsaniert.

Die noch fehlende Ausstattung der Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche (Betten, Möbel, behindertengerechte Badezimmer) konnte 1998 fast beendet werden. Mitte des Jahres erfolgte auch die Anbindung der Telefonanlage an das City-Net der Stadt Wien.

Schließlich konnte auch die planmäßige EDV-Ausstattung aller Betriebsstellen mit PC's abgeschlossen werden.

Allgemeine Poliklinik

Das Jahr 1998 stand im Zeichen der bevorstehenden Übersiedlung einzelner Bereiche der Poliklinik in das Sophienspital sowie der endgültigen Schließung des Hauses mit Jahresende. Dazu war es notwendig, das Pflegeheim in der Poliklinik aufzulassen und die Bewohner ihren Wünschen entsprechend in anderen Institutionen unterzubringen.

Die medizinische Abteilung wurde bettenmäßig kontinuierlich reduziert und schließlich gesperrt.

Insgesamt wurde versucht, den klinischen Betrieb im Hause so lange aufrecht zu erhalten, wie es personalmäßig noch möglich und von der Qualität her vertretbar war. So gelang es, den klinischen Betrieb bis 15. Dezember 1998 zur vollsten Zufriedenheit der PatientInnen aufrecht zu erhalten und auch die Wünsche der Mitarbeiter der Poliklinik im Hinblick auf neue Arbeitsstellen größtenteils zu berücksichtigen. Parallel dazu wurden auch die notwendigen Maßnahmen für die Übersiedlung in die Wege geleitet.

Mautner Markhof'sches Kinderspital

Bereits Mitte Jänner 1998 wurde die Entscheidung über die geplante Auflassung des bisherigen Standortes der Anstalt und die Integration ihrer Abteilungen in die Krankenanstalt Rudolfstiftung bekannt gegeben.

Das gesamte Berichtsjahr 1998 stand deshalb ganz im Zeichen der bevorstehenden Schließung bzw. Standortverlegung des seit 123 Jahren bestehenden Hauses, wobei eine Vielzahl von Problemen gelöst werden musste.

Im Einzelnen stellten sich folgende Aufgaben, bei deren Bewältigung die Leitung des Spitals von der Generaldirektion durch eigens bestellte Projektleiter unterstützt wurde:

- Stufenweise Reduktion des Betriebes des Kinderspitals von 60 belegbaren Betten auf die vorgegebene Zielkapazität von 24 Betten.
- Unterbringung des Personals, das für den neuen Standort nicht mehr erforderlich war, in anderen Dienststellen sowie einzelne vorzeitige Pensionierungen im Rahmen eines Sozialplanes.
- Intensive Mitarbeit bei der Planung der neuen Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde in der Krankenanstalt Rudolfstiftung und logistische Planung und Durchführung der Übersiedlung.

Insgesamt konnte so die letzte Herausforderung in der Geschichte des traditionsreichen Mautner Markhof'schen Kinderspitals erfolgreich bewältigt werden und der Übergang von der selbständigen Sonderkrankenanstalt zum Teil eines Schwerpunktkrankenhauses gelingen.

Am 16. Dezember wurde die Übersiedlung mit der Transferierung der Patienten abgeschlossen, am 21. Dezember fand die feierliche Eröffnung der neuen Räumlichkeiten statt.

Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe

Alle unmittelbar mit Patienten befassten Einrichtungen des Krankenhauses haben 1998 auf hohem Auslastungsniveau gearbeitet. Insgesamt wurde weiter versucht, die einzelnen Leistungen über institutionelle Grenzen hinweg in Gesamtbetreuungsprozesse zu integrieren.

Eine strukturelle Veränderung hat sich in der 8. Psychiatrischen Abteilung ergeben: So wurde eine zweite, sozialpsychiatrisch orientierte forensisch psychiatrische Station im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz eröffnet.

In der Organisation der Arbeit des Krankenhauses wurden mehrere Entwicklungsschwerpunkte gesetzt: Im Rahmen des Total Quality Management - das im Krankenhaus schon seit mehreren Jahren Anwendung findet - hat eine Abteilung des Krankenhauses (Drogeninstitut) versucht, diese Prinzipien im Zuge eines Projektes auf die eigene Struktur anzuwenden.

Im Bereich des Pflegepersonals wurden bei der Umstellung des Pflegesystems - weg von der reinen Funktionspflege - große Fortschritte gemacht: So wurde die intensive pflegeprozessorientierte Fortbildung gefördert und in einer Pilotstation die Handhabung des Pflegediagnosen-orientierten Anamnesebogens erprobt.

Auch die EDV-Unterstützung der Arbeitsabläufe wurde durch die Vervollständigung der Vernetzung der einzelnen betrieblichen Strukturen verbessert.

Weiters war 1998 das Projekt „Krankenhaus- und Pflegegeheimstandort Baumgartner Höhe" bzw. „Standortveränderung Maria-Theresien-Schlössel" ein wichtiges Thema: So wurde die in diesem Zusammenhang notwendige Übersiedlung von Funktionseinheiten des Psychiatrischen Krankenhauses in andere Pavillons vorbereitet und zum Teil schon durchgeführt.

Große Bemühungen waren von Verwaltung und Technik auf dringend notwendige Instandsetzungen am Gebäudekomplex des Krankenhauses gerichtet. Vor allem wurden Vorbereitungen für umfangreichere Adaptierungen bzw. Generalsanierungen - im Rahmen des Projektes Krankenhaus- und Pflegeheimstandort Baumgartner Höhe - getroffen.

Die wichtige Auseinandersetzung des Krankenhauses, seines Trägers und der Öffentlichkeit mit der Geschichte der Psychiatrie und des Behindertenwesens zwischen 1938 und 1945 wurde 1998 auf mehrfache Weise fortgesetzt: So wurde von der Generaldirektion des Krankenanstaltenverbundes im Jänner 1998 ein Symposium „Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien" im Haus organisiert. Im November 1998 wurde im Krankenhaus ein Historikersymposium zur Medizin im Nationalsozialismus abgehalten.

Therapiezentrum Ybbs/ Donau

Die Schwerpunkte der letzten Jahre – die noch stärkere patientenorientierte Ausrichtung der Leistungen und der sparsame Einsatz von Ressourcen – wurden auch 1998 weiter verfolgt.

Mit POOKS (Patientenorientierte Organisationskultur auf der Subakutstation 10) wurde im Psychiatrischen Krankenhaus ein komplexes Gesamtprojekt erfolgreich umgesetzt. Projektinhalte waren unter anderem der Umbau der Station, der Umstieg auf Gruppenpflege, die Verbesserung der Kommunikation und Information, die Neuorganisation der Visiten sowie die kontinuierlich stattfindende Patientenbefragung.

In der Suchtbehandlung lag der Schwerpunkt auf der Prävention: Angebotene Schulungen und Vorträge zur Suchtproblematik wurden mit großem Interesse angenommen.

Zur Verbesserung des hausinternen Datenaustausches und der innerbetrieblichen Kommunikation wurden 1998 auch sämtliche Stationen in der Psychiatrie und im Pflegeheim mit Personalcomputern ausgestattet.

Im Förderpflegeheim wurde die Fertigstellung der WG 20 sowie beider Wohngruppen der Station 5 konsequent fortgesetzt: Die konsequente Umsetzung des Wohngruppengedankens wurde damit sowohl im baulichen als auch im inhaltlich-förderpädagogischen Bereich weitergeführt.

Das pädagogisch therapeutische Angebot wurde durch die Aufstockung des multiprofessionellen Teams ausgebaut.

Große Bedeutung für das Förderpflegeheim und auch für das Therapiezentrum hat der allererste Neubau in der Geschichte der Psychiatrie: So wurde eine Tagesstätte für geistig Behinderte geschaffen!

Weiters konnte im Pflegeheim durch ein neu entwickeltes Evaluierungsmodell die Zahl der Dekubitusfälle verringert werden. Durch den richtigen Einsatz von Antidekubitussystemen ist die Zahl der klassischen Auflagewunden bei Bettlägrigen deutlich gesunken.

Auch aus anderen Spitälern zugewiesene Dekubituspatienten wurden durch dieses System optimal erfasst und konnten durch Behandlung und richtige Lagerung wieder zu einer intakten Hautoberfläche kommen.

Schließlich wurde durch den Einbau eines Stiegenhauses im Heim die Gefahr einer Brandkatastrophe wesentlich verringert und der Komfort für die betagten Bewohner durch die Installierung eines Liftes verbessert.

Geriatriezentrum am Wienerwald

Die Weiterentwicklung in Richtung eines Geriatriezentrums mit modernstem Leistungsangebot war auch 1998 ein wichtiges Anliegen.

Im Dezember 1998 konnte die Geriatrische Poliklinik, die derzeit aus acht Teilbereichen besteht, eröffnet werden. In der Endausbaustufe wird die Geriatrische Poliklinik insgesamt 17 Teilbereiche beherbergen, womit eine umfassende fachärztliche Versorgung der Bewohner des Geriatriezentrums, aber auch eine Mitversorgung anderer Pflegeheime gewährleistet werden kann.

Auch die Bemühungen zur Reintegration und optimalen Förderung kranker, betagter Menschen wurden intensiviert. Die Tätigkeit der mobilen Teams, welche im Rahmen von Konsiliarbesuchen in Krankenanstalten ein geriatrisches Basisassessment durchführen, wurde weiter ausgebaut. Nach den Vorbegutachtungen konnten fast 400 Patienten direkt auf Stationen, die ihren Bedürfnissen entsprechen, zur Betreuung und Förderung überwiesen werden.

Großes Augenmerk wurde im vergangenen Jahr auch auf die Standardverbesserung der Baulichkeiten und der Ausstattung gelegt: So wurden die Standards der Patientenzimmer angehoben, die Sanitäranlagen behindertengerecht adaptiert und Behindertenbetten angeschafft.

Das medizinische Leistungsspektrum wurde durch den Ankauf von medizinischen Geräten, wie z.B. eines Pulsoxymeters, Defibrillatoren, Reizstromgeräten, Lungenfunktionsgeräten und EEG-Schreibern, erweitert.

Zur Festigung der Position des Geriatriezentrums am Wienerwald als Fachinstitution wurde eine Station derart adaptiert, dass ab 1999 der Modellversuch „Demente Patienten" anlaufen kann.

Das Qualitätsmanagement wurde unterdessen in die Arbeitsroutine integriert, zur Festlegung der Qualitätspolitik des Hauses wurde ein Qualitätsmanagement-Plenum eingeführt. Weiters konnten Mitarbeiter von 29 Stationen in reaktivierender Pflege geschult werden, an zehn Stationen wurde eine weiterführende Schulung in Qualitätssicherung durchgeführt. Insgesamt hat das Pflegekonzept wesentlich dazu beigetragen, dass im Berichtsjahr fast 800 Patienten nach Hause entlassen werden konnten.

Auch die Bemühungen, die Integration von Ausländern in die soziale Arbeitswelt des Geriatriezentrums am Wienerwald zu fördern, wurden im letzten Jahr honoriert: Das Haus erhielt die Auszeichnung „Innovationspreis 1998".

Weiters wurden alle Stationen mit PCs ausgestattet, womit auch die immer umfangreicher werdenden Dokumentationsaufgaben effizienter bewältigt werden können. So wurde unter anderem das ESF-Dienstplanpaket auf allen Stationen implementiert. Auch die Renovierung des Außenleitsystems konnte abgeschlossen werden: Ein Teil der „Ersten Straße" wurde erneuert und mit Gehsteigen versehen. Somit ist die Anstalt flächendeckend mit Gehsteigen

für Patienten und Besucher ausgestattet. Der Luegerplatz wurde zudem zur Fußgängerzone umgestaltet.

Pflegeheim Baumgarten und St. Rochusheim

Das Pflegeheim Baumgarten und das St. Rochusheim bilden eine in sich geschlossene verwaltungstechnische Einheit und werden aus diesem Grund von einer Kollegialen Führung geleitet.

Im Rahmen der Investitionsoffensive für die Pflegeheime des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurden auch 1998 weitere Strukturverbesserungen im baulichen und im Einrichtungsbereich durchgeführt.

Das medizinische Leistungsangebot wurde wie folgt erweitert: Im Bereich der Physikalischen Therapieabteilung wurden die Räumlichkeiten für die Hydrotherapie umgebaut und erweitert und damit die Behandlungsmöglichkeiten für die Patienten quantitativ und qualitativ verbessert. Außerdem wurde das Leistungsangebot in der hausinternen Ambulanz - speziell im Bereich Augen und HNO - durch Adaptierungsarbeiten und Geräteanschaffungen weiter ausgebaut. Durch die Anschaffung eines neuen multifunktionellen Ultraschallsystems wurde den gestiegenen Anforderungen bei den diagnostischen Untersuchungsmöglichkeiten Rechnung getragen. Demselben Ziel diente auch die Inbetriebnahme eines adäquaten Analysenautomaten für die Labor-Untersuchungen.

Weiters wurde im Berichtszeitraum 1998 eine interdisziplinäre Ambulanz für Rheuma- und Schmerztherapie zur hausinternen Begutachtung in Betrieb genommen. Durch die Fortsetzung des Investitionsprogrammes für Dekubitusbehandlungs- und Therapiesysteme konnten wesentliche medizinische und pflegerische Heilungserfolge für die betroffenen Patienten erzielt werden.

Das bereits 1997 in Angriff genommene Projekt „Pflegestandards" wurde 1998 abgeschlossen: Ziel war es, durch festgelegte Pflegestandards - gemäß dem Wiener Modell - eine einheitliche Pflegequalität auf allen Stationen des Pflegeheimes Baumgarten und des St. Rochusheimes zu erreichen.

Im Rahmen des Projektes für Praxisanleitung und Schülerbetreuung wurde die PR-Arbeit an den Krankenpflegeschulen forciert, um das Haus vorzustellen und neue Krankenpflegeschüler und diplomiertes Krankenpflegepersonal zu gewinnen.

Das im Jahr 1997 durchgeführte interdisziplinäre Teamentwicklungsseminar für medizinisch-pflegerische Abteilungen wurde 1998 evaluiert und die Arbeitsqualität und Arbeitszufriedenheit durch weitere Veranstaltungen verbessert.

Auch die Ausstattung aller Stationen mit EDV wurde fortgesetzt und abgeschlossen. Der elektronische Anforderungsbereich wurde 1998 um das Apothekenressort erweitert, was neben technischen Problemlösungen auch eine umfangreiche Schulungstätigkeit erforderte.

Durch den laufend steigenden Bedarf an Funktionsräumen – bedingt durch Dezentralisierung, neue administrative Organisationsstrukturen und gesetzliche Auflagen – wurde auch damit begonnen, einen Teil des Dachgeschoßes des Pavillons 2 zu adaptieren.

Pflegeheim Liesing

1998 war für das Pflegeheim Liesing ein erfolgreiches, von vielen positiven Veränderungen geprägtes Jahr. So wurden mehrere multiprofessionelle Projekte ins Leben gerufen, die gemeinsam mit den bereits etablierten Projekten einen weiteren Schritt in Richtung Qualität darstellen.

Die „Multiprofessionelle – Ganzheitlich – Geriatrische – Rehabilitation" wird in Kooperation mit der MA 47 und dem Pflegeheim Liesing (ärztlicher Bereich und Pflegebereich) durchgeführt: Ziel des Projektes ist es, einen verbindlichen Ansatz von multiprofessionellen Arbeitsmethoden und Sichtweisen zur Remobilisierung und Rehabilitierung der im Pflegeheim lebenden Patienten zu schaffen.

Insgesamt soll damit auch die Beurteilung realistischer Entlassungs- und Rehabilitationsmöglichkeiten verbessert werden.

Auf Station 4 wurde eine Angehörigengruppe eingerichtet: Den Angehörigen von dementen und intensiv pflegebedürftigen Patienten wird die Möglichkeit geboten, Hilfe und Unterstützung in Anspruch zu nehmen, um besser mit der schwierigen Situation umgehen zu können. Die Erfahrungen mit dieser Einrichtung waren durchwegs positiv: Die aktive Angehörigengruppe wurde auch am „Tag der offenen Tür" der Öffentlichkeit präsentiert.

Im Bereich der reaktivierenden Pflege wurde 1998 ein intensives Schulungsprogramm durchgeführt: Inzwischen wird bereits auf allen Stationen nach dem reaktivierenden Ansatz gepflegt.

Gemeinsam mit dem ärztlichen Bereich wurde auch mit einem umfassenden Dekubitusmanagement begonnen: Neben der bereits bestehenden Hilfsmitteleinsatzplanung wurden Richtlinien für einen effizienten und effektiven Einsatz von Verbandsmaterialien sowie Wundversorgungsstandards geschaffen.

Ein weiteres wichtiges Ziel wurde 1998 mit der Verringerung der Zahl von Pflegebetten erreicht. Durch die Verbesserung der Raumsituation ist es auch gelungen, eine Tag-Nachtstruktur zu schaffen.

Der Umbau des Röntgenraumes und die Montage des neuen Röntgengerätes und einer neuen Entwicklungsmaschine hat nicht nur zur Qualitätsverbesserung in der Diagnostik beigetragen, sondern bringt auch eine geringere Strahlenbelastung für die Patienten mit sich.

Weiters ist nun auch die Durchführung von Durchleuchtungen und Tomographien im Haus selbst möglich, wodurch den hochbetagten PatientInnen der physisch und psychisch belastende Transport in ein anderes Krankenhaus

erspart wird.

Im Rahmen der Veranstaltungstätigkeiten für Patienten, Besucher und die Öffentlichkeit fanden rund 100 Veranstaltungen statt: Davon waren 40 größer angelegt, 14 Veranstaltungen wurden im Rahmen der Liesinger Bezirksfestwochen durchgeführt.

Insgesamt wurde auch 1998 der Kontakt zu bewährten und neuen „Partnern" des Pflegeheimes ausgebaut: Dazu zählen unter anderem die regionalen Schulen, die Gesellschaft der Freunde des Pflegezentrums Liesing, die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten Wiens, die Volkshochschule Liesing, Dienststellen sowie Organisationen und Wirtschaftsbetriebe im Bezirk.

Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost

Am 3. April 1998 wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Kollegialen Führung des Pflegeheimes und Vertretern der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes der „Pflegeheim-Entwicklungsplan" präsentiert.

Dieser wurde von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe ausgearbeitet und beinhaltet unter anderem eine bedarfsgerechte und effiziente Weiterentwicklung des Leistungsangebotes sowie eine Konzentration vorhandener Ressourcen.

Das Aufgabenspektrum wurde 1998 durch die Einrichtung von so genannten „Urlauberbetten" auf Station 41 erweitert: Diese werden seit 1. Juli an pflegebedürftige Personen für einen Aufenthalt von maximal fünf Wochen pro Jahr vergeben. Der vorübergehende Aufenthalt von Pflegebedürftigen im Pflegeheim ermöglicht den Angehörigen, selbst für einige Zeit von der Pflegetätigkeit zu Hause freigestellt zu sein.

Eine weitere Einrichtung konnte am 1. Oktober ihren Betrieb aufnehmen: Das „Geriatrische Assessment" auf Station 71 dient zur Feststellung des Grades der Pflegebedürftigkeit und zur individuellen Zielbestimmung. Innerhalb von rund zwei Wochen wird hier von einem interdisziplinären Team abgeklärt, welche weiteren Maßnahmen für die betreffende Person am sinnvollsten bzw. absolut notwendig sind.

Im medizinischen Bereich wurden neue Diagnoseeinrichtungen wie zum Beispiel die Bioimpedanzanalyse, Biofeedback, ein Vitalitätsmessplatz sowie 24-Stunden-Blutdruckmessungen eingeführt. Diese neuen Methoden dienen nicht nur der Verbesserung der Diagnostik, Therapie und Lebensqualität, sondern erleichtern durch eine exakte Funktionsprognose auch die Rehabilitation.

Im Bereich der Pflege wurde auf fünf Stationen die „integrationsbegleitende Pflege" eingeführt und in der Pflegedokumentation mit der Implementierung des pflegediagnoseorientierten Anamnesebogens begonnen. Durch verstärkte Kommunikation mit den Angehörigen wurde die Zusammenarbeit verbessert und auch die Mithilfe bei einfachen Pflegetätigkeiten und Aktivitäten auf den Stationen gefördert.

Schließlich wurde auch im vergangenen Jahr besonderer Wert auf die Pflege sozialer Kontakte und die Kommunikation innerhalb und außerhalb des Pflegeheimes gelegt: Im November wurde auf der Station 81 eine liebevoll gestaltete Photoausstellung mit textlichen Erinnerungen aus den Jugendtagen von Heimbewohnern präsentiert. Die pointierte und berührende Festrede hielt ein 94-jähriger Heimbewohner, der im Jahr zuvor gemeinsam mit seiner 90-jährigen Frau die Gnadenhochzeit (70 Jahre) feiern konnte.

Neben weiteren, schon traditionellen Veranstaltungen, Festen und Ausflugsfahrten gab es auch zwei „Premieren". Der Heimchor absolvierte anlässlich der Eröffnung der Bezirksfestwochen seinen ersten öffentlichen Auftritt und im September verbrachten acht Bewohner gemeinsam mit je vier Angehörigen und Pflegepersonen einige Urlaubstage in Podersdorf.

Pflegeheim Klosterneuburg

Ein wichtiger Schwerpunkt war im abgelaufenen Jahr die Sanierung der Station A im Pavillon Neugebäude. Diese baulichen Maßnahmen dienen dem „Reaktivierenden Pflegeprinzip": So sind Wohn- und Schlafbereich getrennt und jeweils zwei Bettenzimmer einer Sanitäreinheit zugeordnet.

Das „Reaktivierende Pflegeprinzip", das als Projekt mit dem 1. Preis des Europäischen Innovationspreises „Golden Helix Award" ausgezeichnet wurde, konnte auf alle Stationen des Hauses ausgeweitet werden. Weiters wurde das Programm „Patientengerechte Einrichtung" in allen Wohn- und Schlafbereichen fortgesetzt und von allen Bewohnern sehr positiv angenommen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Hauses ist nach wie vor die Aufrechterhaltung der Sozialkontakte: Deshalb wurden – individuell nach den Wünschen der PatientInnen – regelmäßig Ausflüge, Besuche von kulturellen Veranstaltungen, Feste im Haus und Urlaubsaufenthalte angeboten.

Durch die Installation von PCs auf allen Stationen können nun Materialien und Medikamente auf elektronischem Weg angefordert werden.

Weiters wurden 1998 große Anstrengungen unternommen, die Qualität und das Niveau der schon bestehenden guten ärztlichen Betreuung aufrecht zu erhalten bzw. anzuheben. Als Erfolg der Bemühungen kann angesehen werden, dass die Zahl der Patienten, die nach Hause entlassen werden konnten, von zehn auf 22 gestiegen ist. Auch die Einstellung eines diplomierten Physiotherapeuten trug wesentlich zur Qualitätsverbesserung bei.

An zusätzlichen medizinischen Therapien konnten Akupunktur, Kinesiologie und die Ozontherapie in das Leistungsangebot des Hauses aufgenommen werden. Diese komplementären Methoden können praktisch nebenwir-

kungsfrei zur Schmerzreduzierung bzw. Schmerzfreiheit eingesetzt werden und vermeiden den Einsatz von teuren Medikamenten. Diese Erweiterung des Behandlungsspektrum kann in Zeiten dringender Sparmaßnahmen als richtungsweisend angesehen werden.

Ein Schwerpunkt in der betriebsärztlichen Tätigkeit war die Gesundheitsförderung und Vorsorge im Betrieb. Gleichzeitig konnte auch die Arbeitsplatzevaluierung für das gesamte Haus abgeschlossen werden. Weiters wurden für die Mitarbeiter auch Diskussionen, Vorträge und Fragebogenaktionen zum Thema „Rauchen" durchgeführt.

Pflegeheim St. Andrä/Traisen

Im Rahmen der Dezentralisierung von Aufgaben aus der Generaldirektion gab es im Pflegeheim St. Andrä/Traisen im Berichtsjahr 1998 einige Strukturveränderungen: So wurden die Abteilungen „Finanz, Controlling und Berichtswesen" sowie „Buchhaltung und Patientenadministration" geschaffen.

Einer der Schwerpunkte im Jahr 1998 war auch die Strukturverbesserung in der Unterbringungsqualität der Patienten: Auf der Krankenstation III wurden vier Zimmer mit insgesamt 16 Betten, auf der Krankenstation IV sieben Zimmer mit insgesamt 28 Betten und im Wohnheim ein Zimmer mit zwei Betten saniert. Für jeden Patienten stehen nun ein elektrisch höhen- und neigungsverstellbares Bett mit Nachtkästchen und Kleiderschrank sowie ein Telefonanschluss zur Verfügung.

Weiters wurden die Zimmer auch mit einem EDV-Anschluss, einem Fernsehanschluss und behindertengerechten Sanitärbereichen ausgestattet. Wo die Möglichkeit bestand, wurde zwischen zwei Krankenzimmer auch ein behindertengerechtes WC eingebaut. Im Wohnheim wurde zur Verbesserung der Situation im Sanitärbereich ein Zweibettzimmer aufgelassen und ein Badezimmer sowie ein Duschraum eingebaut.

Durch die Auflösung der Anstaltswäscherei wurde auch die Möglichkeit genutzt, in dem leer stehenden Gebäude entsprechende Ergotherapieräume einzurichten. Die Ergotherapie bietet nun motorisches- und funktionelles Training, ADL-Training, Gedächtnistraining, Training der sozialen und emotionalen Fähigkeiten sowie Haushaltstraining und Entlassungstraining an. Insgesamt wurden 1998 über 4.000 Therapien durchgeführt.

Ein weiteres Therapieangebot, das von den Patienten gut angenommen wurde, hat die Pflege und Betreuung von Tieren zum Inhalt.

Bauliche Sanierungen wurden 1998 an der Nordfassade, der Fassade der Ergotherapie und am Direktionsgang durchgeführt, weiters wurde auch eine zusätzliche Frauengarderobe im Bereich des ehemaligen Lebensmittelmagazines geschaffen.

Im Jahr 1998 wurde auf der Krankenstation III - nach Absprache mit der Abteilung Medizin und der Direktion Kranken- und Altenpflege - schwerpunktmäßig damit begonnen, Patienten zu remobilisieren. Im Mittelpunkt steht das Bestreben, Patienten in möglichst kurzer Zeit wieder so weit zu mobilisieren, dass eine Entlassung in den häuslichen Bereich möglich wird. Ein weiteres Ziel war aber auch die Förderung der interdisziplinären Arbeit von medizinischem und therapeutischem Personal.

Schließlich gab es im Pflegeheim St. Andrä im Jahr 1998 auch mehrere Jubiläen zu feiern: Seit 1828, also seit 170 Jahren, befindet sich in dem aufgelassenen Stiftsgebäude von St. Andrä ein Heim der Stadt Wien. Aus dem einstigen Versorgungshaus für betagte Wienerinnen und Wiener wurde zunächst ein Altersheim und dann das heutige Pflegeheim. Das zweite Jubiläum betraf das Stift: Die Gründung des Augustiner-Chorherren-Stiftes St. Andrä/Traisen erfolgte vor genau 850 Jahren im Jahre 1148.

Die Jubiläen wurden mit einem „Tag der offenen Tür" im April, einer Vernissage, der Präsentation einer Festschrift und mehreren Konzertveranstaltungen gebührend gefeiert.

Förderpflegeheim Baumgartner Höhe

Nach der planmäßigen Übergabe der letzten, vom Förderpflegeheim Baumgartner Höhe geführten Wohngemeinschaft an einen privaten Träger, standen patientenbezogene und qualitätssichernde Maßnahmen im Vordergrund der Aktivitäten.

In vier Wohngruppen wurden umfangreiche bauliche Verbesserungen und Sanierungsarbeiten, vor allem im Bereich der Sanitärinstallationen durchgeführt, in einer Wohngruppe wurde eine weitere Hebebadewanne eingebaut. Weiters wurden einige Fenster saniert und für die erforderliche Gesamtsanierung der Fenster ein Gutachten erstellt. 1999 wird mit der entsprechenden Sanierung begonnen.

Mitte des Jahres wurde eine Projektgruppe „Dokumentation" eingesetzt, welche die bisherige Dokumentation weiterentwickeln und im November 1998 probeweise in Betrieb nehmen konnte. Schließlich wurde auch 1998 eine große Zahl mehrtägiger dislozierter Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt - insgesamt nahmen 35 Klienten mit rund 200 Betreuungstagen daran teil. Erstmals führte eine solche Rehabilitationsreise auch an die nördliche Adria.

An internen und externen Fortbildungen wurden den Mitarbeitern rund 20 Veranstaltungen zu Themen wie Eltern- und Angehörigenarbeit, Hospitalismus, Basale Stimulation, Heilpädagogisches Voltigieren oder Pflegeforschung in der Psychiatrie angeboten.

Pflegeheim Sanatoriumstraße

Im Jahr 1998 wurde die Umstellung auf ein neues Pflegedokumentationssystem vorgenommen: Das neue System entspricht dem gestellten Anforderungsprofil (gesetzeskonform, aussagekräftig) und ist darüber hinaus einfach handhabbar.

Auf dem medizinischen Sektor wurde versucht, den anerkannten Standard und das Spektrum der angebotenen Leistungen beizubehalten.

In der Wäscheversorgung erfolgte der Umstieg auf Mietwäsche, wobei alle damit verbundenen Umstellungen positiv bewältigt werden konnten.

Durch die geplante Verlegung des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlössel auf den Standort Baumgartner Höhe war es notwendig, den Pavillon des Pflegeheimes Sanatoriumstraße „frei" zu bekommen.

Für die beiden dort ansässigen Pflegeheimstationen mussten zwei Ausweich-Stationen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe soweit adaptiert werden, dass bis zur Fertigstellung des für das Pflegeheim vorgesehenen Pavillons 9 ein geregelter Betrieb gesichert ist. Die Ausweichstation 22/2 konnte bereits fertig gestellt werden, die Ausweichstation 14/2 befindet sich derzeit noch in Bau.

Insgesamt stand im Berichtsjahr die Mitarbeit bei der Zusammenführung des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe, des Pulmologischen Zentrums, des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe, des zukünftigen Maria-Theresien-Schlössels und des Pflegeheimes Sanatoriumstraße im Vordergrund aller Aktivitäten.

Zahlen und Fakten

Entwicklung Aufnahmen und Eintagespflegen

Der kontinuierliche Prozess einer Aufnahmensteigerung setzte sich auch im Jahr 1998 im Bereich der Krankenanstalten der Stadt Wien fort. Die Steigerung der Aufnahmezahl gegenüber dem Jahr 1997 war mit einem Plus von rund 13.000 Aufnahmen erneut sehr groß. Nahezu parallel dazu ist auch die Zahl der Eintagesaufenthalte weiter gestiegen. Beide Entwicklungen gelten als ein Spiegel des seit 1997 eingeführten LKF-Systems, das – aus verrechnungstechnischen Gründen – eben diese Entwicklungen fördert. Keinesfalls darf die Aufnahmensteigerung mit einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung gleichgesetzt werden.

Entwicklung der durchschnittlichen Verweildauer

Im Wechselspiel zwischen der Zahl der Pflegetage und der Zahl der Aufnahmen zeigt auch die durchschnittliche Verweildauer eine weiterhin sinkende Tendenz. Obgleich sich dieser Trend seit nunmehr rund 10 Jahren stetig fortsetzte, ist auch hier eine deutliche „LKF-Zäsur" – so wie in allen übrigen österreichischen Bundesländern auch – feststellbar.

Stationäre Kapazitäten

Die Stadt Wien gilt weiterhin als einer der stärksten „Vorreiter" in Bezug auf einen kontinuierlichen Bettenabbau bei ihren Krankenanstalten und Pflegeheimen. Gegenüber dem Jahr 1993 konnten insgesamt rund 1.600 systemisierte Betten abgebaut werden, während der belegbare Bettenstand sich um „nur" knapp 1.000 Betten verringerte. Diese Entwicklung stellt das Ergebnis der Bemühungen dar, die Zahl der Bettensperren auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Mitarbeiterstände

Zwischen 1996 und 1998 nahm der Stand an vollbeschäftigten Mitarbeitern im Wiener Krankenanstaltenverbund um 2,6 Prozent ab. Gleichzeitig wurde von der Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung verstärkt Gebrauch gemacht, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um mehr als 17 Prozent angestiegen ist. Die Gesamtzahl der Beschäftigten nahm geringfügig ab.

Pflegetage

Die Gesamtzahl der in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen geleisteten Pflegetage verläuft seit 1993 – von kleinen Schwankungen abgesehen – nahezu konstant. Innerhalb der einzelnen Versorgungsbereiche sind jedoch deutliche Verschiebungen beobachtbar. So stehen deutlichen Pflegetagsrückgängen in den Pflegeheimen, die parallel zum erfolgten Bettenabbau verliefen, massive Steigerungen innerhalb der Spitzenversorgung des AKH's gegenüber.

Ausgaben, Einnahmen und Ergebnis

Mit rund 30,3 Milliarden Schilling waren gegenüber dem Jahr 1997 die Ausgaben des Wiener Krankenanstaltenverbundes (ohne Rücklagenzuführung) um 3,6 Prozent gestiegen. Diese Ausgabensteigerung war zum überwiegenden Teil auf Mehrausgaben im Bereich des Sachaufwandes und nur zum geringeren Teil auf Erhöhungen im Bereich der Investitionen und bei den Personalausgaben zurückzuführen.

Da gleichzeitig durch die Entwicklung der Einnahmengebarung des Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds die Einnahmen für den Wiener Krankenanstaltenverbund um rund 180 Millionen Schilling zurückgegangen sind, lag der Abgangsdeckungsgrad mit 57,28 Prozent um rund 2,7 Prozentpunkten unter dem Wert des Jahres 1997, aber noch immer weit über den Werten der Jahre 1993 bis 1996.

Im Vergleich zum Budget-Voranschlag 1998 – auch hier bleiben die Rücklagenzuführungen unberücksichtigt – wurden Einsparungen in der Höhe von mehr als 1 Milliarde Schilling erzielt, wobei insbesondere auf dem baulichen Investitionssektor (- 0,5 Mrd. S), den Mitteln zur ärztlichen Versorgung (- 0,2 Mrd. S) und auf dem Energiesektor (-0,1 Mrd. S) deutliche Minderausgaben zu Buche stehen.

Personalausgaben einschließlich Pensionen

Mit rund 15,9 Milliarden Schilling entfällt auf die Ausgaben für das Personal der mit knapp 53 Prozent bei weitem größte Anteil. Anteilsmäßig liegen somit die Personalaufwendungen knapp unter dem Wert des Jahres 1997. Die Ausgabensteigerung um 0,5 Prozent gegenüber 1997 liegt dabei deutlich unter dem österreichweiten Tariflohnindex für öffentlich Bedienstete (+ 2,2 %) und ist somit ein Spiegel der erfolgreichen Bemühungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes, auch auf dem Personalsektor die Ausgabenentwicklung mit der zu Gebote stehenden Verantwortung in Grenzen zu halten.

Diese Bemühungen fanden insbesondere ihren Niederschlag hinsichtlich der Ausgabenentwicklung für Mehrdienstleistungen, wo alleine in den Krankenanstalten und Pflegeheimen der Stadt Wien gegenüber 1997 rund 30 Millionen Schilling „eingespart" werden konnten.

Investitionen

Der Wiener Krankenanstaltenverbund konnte gegenüber 1997 die Ausgaben für dringend notwendige Investitionen um rund 80 Millionen Schilling auf dem Bausektor und um weitere rund 30 Millionen Schilling auf dem Sektor der Betriebsausstattung steigern. Durch diese Investitionstätigkeit war es möglich, eine Reihe von Bauvorhaben fertig zu stellen, fortzusetzen bzw. in Angriff zu nehmen. Insgesamt betrug das Investitionsvolumen auf dem Bausektor mehr als 1,4 Milliarden Schilling. Rechnet man zu diesem Betrag noch die Ausgaben für die Instandsetzung von Gebäuden hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von mehr als 1,7 Milliarden Schilling, den der Wiener Krankenanstaltenverbund nicht zuletzt auch zur Belebung der Bauwirtschaft verausgabt hat.

Medizinischer Verbrauch

Gegenüber 1997 war bei den Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (Post 458) ein geringfügiger Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen (+ 2 %). Gegenüber dem Voranschlag 1998 konnte jedoch eine Einsparung von fast 150 Millionen Schilling erzielt werden, ein klarer Beweis dafür, dass auch 1998 großes Augenmerk auf eine sparsame Medikamentengebarung in den Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen gelegt wurde.

Durch den leichten Rückgang in der Zahl der Pflegetage bei gleichzeitigem leichtem Ausgabenanstieg beim medizinischen Verbrauch ergibt sich auch eine Erhöhung der Ausgaben pro Pflegetag, die jedoch im Lichte der evidenten Leistungssteigerungen (siehe zusammenfassender Gesamtbericht) überaus gering ausgefallen ist.

Ausblick

Die Struktur des Gesundheitswesens bedarf genauso wie die der Wirtschaft und Gesellschaft einer ständigen Weiterentwicklung. Eine evolutionäre Entwicklung kann nur in Zusammenarbeit mit den beteiligten Personen erfolgreich geschehen. Dies setzt natürlich auch die Flexibilität aller Mitarbeiter voraus, die es auch in Zukunft zu fördern gilt.

Hinsichtlich der Versorgung von Patienten, für deren Betreuung heute oft noch zwischen niedergelassenem Bereich und Spital eine regelrechte Schnittstelle besteht, kann es nur das Bestreben aller im Gesundheitsbereich Tätigen sein, diese wenig vorteilhafte Schnittstelle in eine reibungslose Nahtstelle umzuwandeln, um so eine kontinuierliche Versorgung der Patienten zu ermöglichen. Das betrifft sowohl den Übergang vom niedergelassenen Arzt zum Krankenhaus als auch den von der stationären Entlassung wieder in den niedergelassenen Bereich. In diesem Bereich wird es auch in Zukunft notwendig sein, Verbesserungen anzustreben.

Der Prozess der Unternehmenswerdung des Wiener Krankenanstaltenverbundes soll im Jahr 1999 in seine Umset-

zungsphase gehen. Die erarbeiteten Konzepte, die im Sinne der Partizipation weitestgehend von den Mitarbeitern des Wiener Krankenanstaltenverbundes erarbeitet wurden, gilt es nun umzusetzen. Ziel aller dieser Bemühungen muss es sein, den Unternehmenszweck – die effiziente Behandlung von Patienten und Pflegebedürftigen – erfolgreich umzusetzen.

Wenn dadurch auch für manche Mitarbeiter Änderungen zu erwarten sind, so kann guten Gewissens festgestellt werden, dass die Unternehmenswerdung des Wiener Krankenanstaltenverbundes für alle Beteiligten – ob im Wiener Krankenanstaltenverbund oder aber auch in den übrigen betroffenen Magistratsdienststellen – enorme Vorteile mit sich bringen wird. Durch das rechtzeitige Ansprechen von Konfliktpotentialen in der Vergangenheit konnten viele emotionale Bedenken gegen die Unternehmenswerdung bereits ausgeräumt werden, sodass im Lichte der zu erwartenden Vorteile, die insbesondere im zu erwartenden Abbau an Bürokratie und einem erleichterten Arbeitsablauf liegen werden, ein hohes Maß an Identifikation bei allen Mitarbeitern gegeben sein wird.

Planung und Zukunft

Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Abteilung unterstützte auch 1998 den Dienstleistungskonzern Magistrat beim bürgernahen Handeln, indem EDV–Produkte und EDV–Leistungen unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der verschiedenen Abteilungen des Magistrats im Magistratsbereich nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Innerorganisatorische Maßnahmen

Im Mittelpunkt des folgenden Berichtes stehen die Vorhaben, welche die Abteilung für das Jahr 1998 durchführte. Bei diesen Beschreibungen stehen nicht nur die Entwicklungsprojekte, Betreuungsaufgaben oder der Betrieb des Rechenzentrums im Vordergrund, sondern auch die Anstrengungen, die zur Veränderung der Abteilung in Richtung eines effizienten und effektiven Dienstleistungsbetriebes innerhalb des Magistrats unternommen worden sind. Diese Vorstellung ist nur durch einen prozessualen Veränderungsvorgang, der nach bestimmten Zielsetzungen abläuft, zu erreichen. Die ergriffenen Maßnahmen und deren Umsetzung im Jahre 1998 werden im Folgenden beschrieben:

Veränderungsprozess:

Zur Realisierung dieser Vorstellung wurde ein Veränderungsprozess aufgesetzt. Im Rahmen dieses Prozesses wurden etliche Maßnahmen festgelegt, die schrittweise entwickelt und eingesetzt wurden. Bisher wurden unter anderem folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. in Angriff genommen:

- Zusammenarbeit mit den Dienststellen
- Einführung von Qualitätsmanagement-Reports
- Übereinkommen mit den Dienststellen
- Kundenbefragung - Umsetzung
- Periodische Kosteninformationen
- IT-Strategie Konzept
- Organisatorische Schwerpunktbildung

Darüber hinaus sind derzeit noch folgende Maßnahmen in Gang gesetzt worden:

- Planungsprozess
- Anpassung der Zielvorstellungen und MitarbeiterInnengespräche
- Neue Kostenrechnung (SAP-Einsatz)
- Anforderungsabwicklung

Neben den Zielsetzungen war das Jahr 1998 für die Abteilung durch eine Reihe von Untersuchungen geprägt:

Die Umsetzung von Maßnahmen aus den Vorschlägen des Berichtes der Fa. CSC Ploenzke GmbH, die im Jahre 1998 stattfand, wurde vorgenommen. Im Wesentlichen wurden

- die Bildung der Competence Center,
- die Vergabe von Leistungen im Bereich der VAX-Betriebsführung,
- die Inangriffnahme der Vereinheitlichung der Serversysteme sowie
- die Bestätigung von Maßnahmen des Veränderungsprozesses

daraus abgeleitet.

Seit Beginn des Jahres 1998 fand die umfassende Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien statt, wobei die Abteilung im Untersuchungsbereich „Finanzen und EDV" durch die Fa. Roland Berger & Partner GmbH behandelt wurde. Der Schlussbericht wurde zum 15. September 1998 von der Beraterfirma gelegt. Die Abteilung verfasste kurzfristig eine Stellungnahme zu diesem Bericht.

Im Folgenden sollen die wesentlichen durchgeführten Aktivitäten und umgesetzten Maßnahmen im Rahmen der Zielsetzungen des Veränderungsprozesses erläutert werden:

1. Kundenbeziehungen:

Eine „Richtlinie für die Verantwortung der EDV-Agenden in den Dienststellen" wurde ausgearbeitet und unter anderem auch dem Kontrollamt zu Begutachtung und Information übermittelt. Sie dient als Grundlage für Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit den Dienststellen. Im Wesentlichen erhält diese Richtlinie die Erstellung und Umsetzungen eines „EDV-Konzeptes" je Dienststelle.

Im Rahmen eines ersten Versuches wurden mit Dienststellen Übereinkommen über die Erbringung von EDV-Leistungen abgeschlossen. Diese beinhalten einerseits die Leistungen, welche durch die Dienststelle selbst erbracht werden und andererseits jene Aktivitäten, Aufwände und Kosten, die durch die Abteilung zu erbringen sind.

Auf Grund der Ergebnisse der Kundenbefragung aus dem Jahr 1997 wurde die Notwendigkeit erkannt, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation in den Fachabteilungen zu setzen. Eine dieser Maßnahmen war das

Angebot eines „PC-Lernstudios" zur Unterstützung der Anwender beim Erst-Kontakt mit dem PC.

Schon lange war es ein Anliegen der Anwender und der Abteilung, eine zeitliche Nähe zwischen Installationszeitpunkt und Schulung der PC-Benutzer zu erreichen. Die Abteilung beginnt, diesem Umstand nun insofern Rechnung zu tragen, dass nach Erhalt einer Anforderung aus der Dienststelle ein Antwortschreiben durch die Abteilung ergeht, in dem unter anderem auch ersucht wird, den Schulungsbedarf zu erheben.

Im Rahmen des Managementlehrgangs für DienststellenleiterInnen konnte diesem Personenkreis die Informationstechnologie ein Stück näher gebracht werden. Mehr als 30 DienststellenleiterInnen beteiligten sich bei diesem Lehrgang an halbtägigen Workshops.

2. Leistungserbringung:

Die im Jahre 1997 begonnene Aussendung von Kosteninformationen und Rechnungen für die Dienststellen wurde heuer quartalsweise fortgesetzt, wobei einige Verbesserungen auf Grund der bisherigen Erfahrungen vorgenommen wurden.

Von der Abteilung wurden umfassende Bereitschaftsdienste für den Betrieb, Netzwerkdienste und Datenbankunterstützung eingerichtet, sodass eine vollständige 7 x 24 Stunden Bereitschaft besteht, wobei die Anwesenheit sich im Wesentlichen auf die Zeiten zwischen 7.00 Uhr und 16.30 beschränkt.

Zu Beginn des Jahres 1998 wurden von der Abteilung Schwerpunktsetzungen in Übereinstimmung mit dem bis dahin vorliegenden Bericht der Fa. CSC Ploenzke vorgenommen. Es wurden folgende Schwerpunkte gebildet:

- SAP-Einsatz, um den magistratsweiten Einsatz der SAP-Entwicklung zu unterstützen
- Office, da mehr als 70 Prozent aller Anwender im Magistratsbereich nahezu ausschließlich Office-Funktionen benützen
- Telematik, um die elektronischen Dienste im Netz (Internet und Intranet) für den Magistrat besser servicieren zu können
- Großanlage, um eine Konzentration der Kräfte und des Wissens für die IBM-Großanlagen-Systemunterstützung vornehmen zu können
- Datenbankunterstützung, um für den breitflächigen Einsatz und Betrieb von hauptsächlich ORACLE-Datenbanken gerüstet zu sein.

Unter Schwerpunktsetzung wird die Bildung einer organisatorischen Einheit verstanden, die möglichst selbstständig und autark agieren kann.

Die Grundlagen für den Qualitätsmanagement-Report wurden erarbeitet und in der Abteilung eingesetzt.

Durch einen Arbeitskreis wurde in der Abteilung ein Vorgehensmodell neu erstellt und beschrieben. Bei diesem Vorgehensmodell sind alle bekannten technischen, organisatorischen, administrativen und regulativen Randbedingungen berücksichtigt worden. Es stellt ein aktuelles und realitätsbezogenes Vorgehensmodell dar, das als Leitfaden für ein mögliches Vorgehen bei Projektabwicklungen dienen soll.

3. Magistratsweite strategische Aufgaben:

Die IT-Strategie der Abteilung deckt die wesentlichen Aspekte des Einsatzes der Informationstechnologie im Magistrat Wien ab.

Sie erlaubt auch in Zukunft die Mischung der verschiedenen Anwendungsarchitekturen, die durch ihre Fokussierung auf

- Benutzer und Arbeitsplatz,
- Komponenten und Objekte,
- Dienste und Services, verteilte Anwendungen,
- Internet-Dienste, insbesondere das World Wide Web und
- Datenhaltung

gekennzeichnet sind.

Einige Projekte wurden in Angriff genommen bzw. abgeschlossen, die magistratsweit von großer Bedeutung sind:

- Im Rahmen der Drucksortenkommission wurde bereits vor einiger Zeit ein Projekt zur „Umstellung von Formularen auf Rahmenschriftstücke" gestartet.
- Das im Jahr 1997 gestartete Projekt „Mini Office" wurde erfolgreich abgeschlossen. Dadurch kann jede Dienststelle mit elektronischen Dokumenten erreicht werden.
- Im Rahmen eines 2-stufigen Auswahlverfahrens wurde eine Studie über die Daten-Netzwerksituation im Bereich des Magistrats im Auftrag gegeben.

Wirken außerhalb des Magistrats

Veranstaltungen

Die Abteilung nahm an etlichen Veranstaltungen mit Öffentlichkeitswirksamkeit aktiv teil und konnte auch einige mitgestalten. Bei allen diesen Veranstaltungen erhielt die Abteilung gute, zustimmende und lobende Zensuren. Für einen Dienstleister, der sich am Markt orientieren möchte, erscheint auch eine Darstellung am EDV-Markt wichtig und stellt sicher, dass nicht am Markt vorbei, sondern durchaus konkurrenzfähig entwickelt wird.

Im Folgenden eine Auswahl von Veranstaltungen im Jahre 1998, an denen die Abteilung aktiv beteiligt war: IST 98, Workshop Archäologie und Computer, Informationsveranstaltung „AGEO stellt sich vor", Global Village `98, Präsentation bei Ärztekammer, Ausstellung (ACS im Rahmen der SRL-Fachtagung) in Frankfurt.

Beteiligung an EU-Programmen

Wie bereits in den vergangenen Jahren engagierte sich die Abteilung auch 1998 bei EU-Programmen. Konkret wurden Vorbereitungs- und Projektmanagement-Aktivitäten für die Projekte SENIOR-Online und INFOSOND-Extensions durchgeführt.

Im Rahmen dieser Aufgabe wurden auch die im Jahr 1998 erforderlichen Betreuungs-Aktivitäten zu den mehrjährig angelegten Projekten INFOCITyS und TELECITyS sowie die Mitwirkung an Proposals durchgeführt.

Der EU-Referent der Abteilung hat an den wesentlichen EU-Informationsveranstaltungen teilgenommen und das EU-Informationsangebot in „Wien Intern" wird von ihm nach entsprechender Abstimmung laufend ausgebaut und erforderlichenfalls gewartet.

MA 14 - ADV als Dienstleister

Es wurden Leistungen in den Bereichen der Softwareinstallation und Systembetreuung der Großanlagensysteme des KAV-AKH gemäß des vereinbarten Service-Level-Agreements erbracht. Die Untersuchungen für eine Erweiterung des Leistungsangebotes wurden durchgeführt.

Projekte im Magistrat nach Aufgabengebiet:

Aufgabengebiet 01: Personenwesen

Wiener Bildungsnetz

Im Jahr 1998 wurde eine Ausschreibung für rund 6.500 PCs und 2.500 Drucker für die Wiener Schulen durchgeführt. Weiters wurden 87 neue EDV-Säle in Haupt-, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen ausgestattet. Es wurde auch ein externes Call Center für den Bereich der neu ausgelieferten bzw. nicht länger als drei Jahre in Verwendung befindlichen Hardware geschaffen. Die Planung und Vorbereitung für die Volksschulausstattung kann mit Beginn 1999 in die Realisierungsphase übergeleitet werden.

Aufgabengebiet 02: Gesundheit und Spitäler

GIS-Drogenkoordinator

Im Jahr 1998 wurde für den Drogenkoordinator eine GIS-Applikation eingerichtet mit Zugriff auf die GIS-Daten der Stadt Wien sowie fachspezifischen Daten (wie z.B.: die Spritzenfunde). Auch für die Erfassung der Spritzenfunde, welche die MA 42 übernommen hat, wurde eine entsprechende GIS-Applikation entwickelt.

Aufgabengebiet 03: Sozialhilfe und Jugendfürsorge

Jugendamt NEU

Nach der Umstellung des auf die Windows-Oberfläche umgestellten Grundpaketes (Aktenverwaltung und Verwaltung/Verrechnung der Alimentationszahlung) wurden die Datenübernahme von der IBM-Applikation „Mündelgeldverrechnung", die Entwicklung Wien-spezifischer Programmteile und zusätzliche Funktionen realisiert.

Aufgabengebiet 04: Personalverwaltung und Personalverrechnung

WIPIS (Wiener Personalinformationssystem)

Im Oktober 1998 wurde der Produktionseinsatz von WIPIS für die Abrechnung der Wiener Landeslehrer begonnen. Die Umstellung der Schriftguterstellung vom alten Büroverwaltungssystem auf Winword konnte abgeschlossen werden. Der Informationsfluss bezüglich der Geschäftsfälle zwischen MA 2, MA 3 BdMD und MD-PD wurde komplett auf WIPIS umgestellt.

Aufgabengebiet 05: Finanzen (Abgaben- und Haushaltsverrechnung)

ZASTER (**Z**entrales **A**nwendungs-**S**ystem zur **T**ermingerechten **E**rledigung von **R**echnungen)

Nach weiteren Optimierungen und Erweiterungen (magistratsinterne Zahlungen, Redundanzbeseitigung in Verwendungszweck und Auftraggeber, variable Abbuchungskonten, automatische Fälligkeitstermine, Schlagwortsuche usw.) wurde das Zentrale Anwendungs-System zur Termingerechten Erledigung von Rechnungen mit automatisiertem Verbotsbuchabgleich ZASTER in der MA 6/STHK eingesetzt.

EVA (Einnahmengebahrung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik)

Die Programmierung der gerichtlichen Exekution (öffentlich-rechtlich), der gerichtlichen Mahnklage (privatrechtlich) und der Verlassenschaftsanmeldung wurde abgeschlossen. Weiters wurde die Entwicklung eines einheitlichen Einhebungsweges, der Korrespondenz der Einhebungsschritte und des Einhebungsberichtes abgeschlossen.

Die Verrechnung der MA 47 in der Haushaltsverrechnung wurde ab Leistung 1/1998 eingesetzt. Weiters wurden die Tests zur Datenübermittlung an die Gerichte mittels IP-fähigen CNA abgeschlossen. Der elektronische Rechtsverkehr kann seitens der MA 6 in Betrieb gehen. Die Dokumentation IDA 05 und 5. wurde laufend aktualisiert. Weiters wurde die für die universelle Auswertbarkeit der Daten im KAV vorgesehene Überleitung der GRABSCH-Bewegungsdaten eingesetzt.

Aufgabengebiet 06: Bauten

ISBA (Informationssystem Bauen)

Der ISBA-Basis-Client als Aufrufrahmen für sämtliche ISBA-Module (Eigen- und Fremdentwicklung) wurde fertig gestellt. Entsprechend der Planung wurde das Produkt abk der Fa. Ib-data nach den Anforderungen der Stadt Wien adaptiert, die Leistung getestet und abgenommen. Die Maßnahmen zur programmtechnischen Einbindung des Fremdprodukts wurden getroffen, sodass im Berichtszeitraum eine funktionsfähige Erst-Release fast vollständig erstellt werden konnte. Für die Prüfungen in den Bereichen Ausschreibung und Angebotsbearbeitung wurde auf Grundlage der vorhandenen Pflichtenhefte die EDV-technische Umsetzung durchgeführt.

Aufgabengebiet 07: Stadtplanung und Umwelt

GDV-gestützte Plandokumenterstellung

Mit Oktober 1997 wurden die EDV-Entwicklungsarbeiten in der Abteilung aufgenommen. In der ersten Ausbaustufe wurde die Bestandsaufnahme auf GDV-gestützte Bearbeitung umgestellt. Die Dateneingangsprüfung der digitalen Geometriedaten für die städtebaulichen Bestandsaufnahmen, die Einbindung der städtebaulichen Kenndaten aus der Feldbegehung (ACCESS Datenbank) und die Thematischen Karten für die Kenndaten der Bestandsaufnahme wurden umgestellt.

GIS (Geografisches Informations-System)

Im Jahr 1998 wurden das automationsunterstützte Update des Katasters der MA 40 durch aktuelle Katasterdaten des Vermessungsamtes Wien und die Verbesserung und Optimierung der bestehenden Applikation durchgeführt.

GRUGIS (Grundstücksinformationssystem der Stadt Wien)

Mittels grafischer Datenverarbeitung wurde ein Grundstücksinformationssystem für die Wiener Stadtverwaltung eingerichtet, das auf der digitalisierten Katastralmappe aufbaut.

Drei charakteristische Neuerungen sind zu nennen:

- Automatisches Zeichnen
- Bildschirmauskunftssystem
- Elektronische Übermittlung

WUIS (Wiener Umweltinformationssystem)

Die WUIS-Administrationswerkzeuge wurden auf 32bit umgestellt und um die für das Projekt Wasserwirtschaftliches Datenbanksystem erforderliche Funktionalität erweitert. Ein Task Manager zur automatisierten Datenübernahme und Einsparung von Manipulationsaufwand ist in Entwicklung. Die 16bit-Applikationen Metadatenbank, Basis, Naturschutz, Lärm und Luft des WUIS sind unter Windows95 in der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr, Wiener Umweltanwaltschaft, MA 22, MA 30 und MA 45 im Einsatz.

Aufgabengebiet 08: Wohnungswesen

Workflow-Einsatz in der MA 17

Die Mietermitteilungen wurden neu gestaltet und in Components in Abstimmung mit Profi-ELAK (Elektronischer Akt) umgesetzt. Die Workflowunterstützung beim Prozess der Wohnungsvormerkung und Wohnungsvergabe wurde erweitert und verfeinert. Durch die Einführung des ELAK konnten die Wiedervermietungszeiten um rund 1 Monat verkürzt werden, was eine jährliche Einsparung von rund 32 Millionen Schilling. bedeutet. Es wurde auf Fabasoft-Components Version 2.1 umgestellt. Weiters wurden 4 Kundendienstzentren und ein provisorisches Kundendienstzentrum eingerichtet und in den Workflow eingebunden.

Die Onlineverwaltung der Zusicherung mit Überleitung der Zusicherungsdaten an die Darlehensverrechnung wurde fertig gestellt. Verbesserungen hinsichtlich der Benutzerfreundlichkeit im Verwaltungsonline und in der Landesregierungsvorlage wurden zum Einsatz gebracht. Damit ist der Online-Teil des Projektes in Produktion. Die Erfordernisse für die Euro-Doppelauszeichnung wurden bereits vorgesehen.

Aufgabengebiet 09: Bildung, Kultur, Pressewesen

Bibliotheksystem III und EDV-Vollausstattung

Die im Frühjahr 1997 begonnene Vernetzung der Zentrale wurde abgeschlossen und eine Bibliotheks-Zweigstelle auf EDV umgestellt. Weitere Zweigstellen konnten nicht mehr umgestellt werden, da der Bücherei-Server an seine Grenzen gestoßen ist, da nicht wie erforderlich alle 55 Zweigstellen angeschlossen werden können. Neben den Problemen mit der Wartung der derzeit eingesetzten Software (Sicherstellung der reibungslosen Umstellung auf den Umstieg auf das Jahr 2000) war das ein Grund, ein neues Bibliotheksystem auszuschreiben.

Das Jahr 1998 stand daher mit der Durchführung der Ausschreibung, Angebotsprüfung und Ermittlung des Bestbieters ganz im Zeichen der Vorbereitungen für den Umstieg auf das neue Bibliotheksystem, der 1999 erfolgen soll.

Aufgabengebiet 10: Städtische Einrichtungen

Netzinformationssystem (NIS) MA 31

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag auf der Ausgabe der zurückgelieferten Rohrstränge der ersten drei Ausschreibungen zur Kontrolle durch die zuständigen Dienstzimmer und ihre Weiterverarbeitung, sowie der Aufbereitung und Ausgabe der restlichen Rohrstrangdaten zur Lagerekonstruktion.

Im Jahr 1998 wurden unter anderem die Verortung der Hydrantenkartei, Vergleich mit Rohrnetzplanwerk, die Erstellung einer Hydrantenkarte der automatisch verortbaren Hydranten der Kartei, die Vorbereitung, Installation der GIS Abfragestation für das Probedienstzimmer (Außenstelle) der MA 31, die Entwicklung thematischer Kontrollpläne mit den automatisch festgestellten Qualitäten, die Konvertierung der lagerekonstruierten CAD Daten des Rohrnetzes, die Aufbereitung der Rohrnetzdaten für U-Bahnplanung „U1 und U2 Verlängerung", die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Lagerekonstruktion des restlichen Stadtgebietes und die Bearbeitungswerkzeuge für den Zeichensaal der MA 31 durchgeführt.

Aufgabengebiet 11: Allgemeine Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit

Vienna Access Point

Im Jahr 1998 wurde im Auftrag von Herrn Vizebürgermeister DDr. Görg die „Vienna Access Point Initiative" gestartet. Im Rahmen dieses Projektes sollen im Endausbau mehr als 100 Public Terminals im Wiener Stadtbereich zur Verfügung gestellt werden. Die „Access Points" wurden vorzugsweise im Eingangsbereich und an Punkten mit hoher Bürgerfrequenz angebracht. Der konkrete Aufstellungsplatz im jeweiligen Amtshaus wurde nach erfolgter Einbindung der MD-VO-Amtshauslenkung stets im Einvernehmen mit den Bezirksorganen unter Mitwirkung der Bezirkskoordinatoren, der Abteilung sowie der MA 23 festgelegt. Ab Mitte des Jahres 1998 bis heute wurden 19 Access Points zusätzlich zu den bereits bestehenden oben beschriebenen Einrichtungen aufgestellt.

Infosond (Information and Services on demand) und Infosond-Extension

Das Projekt befindet sich in der Abschlussphase. Anfang Oktober wurde ein weiterer Zwischenbericht in Brüssel vor der Europäischen Kommission abgegeben und der Status des Projekts vorgetragen. Das Feedback war sehr positiv. Die Funktionalitäten zur Integration von GIS wurden in das Projekt eingearbeitet (Infosond-Extension).

Behinderten-Atlas

Nach der Konzepterstellung wurde der erste Band des Behinderten-Atlanten übernommen und für die Entwicklung der Internet-Applikation unmittelbar verwendet. Derzeit wird an der Integration des Behinderten-Atlanten in Wien Online gearbeitet.

Bürger-Service-Stationen

Der Betrieb der Bürger-Service-Stationen wurde durch Einbau von HW- und SW-Watchdog sowie durch Fernüberwachung stabilisiert und funktioniert seither reibungslos.

Telearbeit

Die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen für elf TelearbeiterInnen im Magistrat (eine in der MD-VO, zwei in der MA 6, einen in der MA 19, sieben in der Abteilung) wurden geschaffen.

Telematik - Internet Services

Wien Online, das Informationssystem für die Wiener Bürger wurde auf ein neues Layout umgestellt und präsentiert sich damit in einem zeitgemäßen und übersichtlichen Format. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Informationsangebot noch stark erweitert. Wien Service, ein interaktives Angebot mit Zugriff auf Datenbanken wurde um wichtige grafische Informationssysteme (z.B. Ärztesuchsystem, Apotheken) und Informations- und Buchungssysteme aus dem Bereich Wohnen erweitert. Noch mehr magistratische Abteilungen und Dienststellen nutzten die Plattform Wien Intern als wichtige Informationsquelle sowie als Arbeitsbehelf für die eigenen Mitarbeiter (abteilungsintern) und alle Bediensteten des Magistrats.

Global Village 98

Im Berichtszeitraum wurde die technische und - soweit es das Angebot der Abteilung betrifft - inhaltliche Koordination für die Global Village 98 übernommen. Schwerpunkte dabei waren die Präsentation von Leistungen der Stadt Wien im Bereich der Telekommunikation, das elektronische Informationsangebot für den Wiener Bürger, Bürgerservice, Umweltinformation im Internet, Stadtplanung, grafische Datenverarbeitung und innovative Telematikprojekte.

Das von CSC Ploenzke empfohlene Competence Center Bürokommunikation wurde unter dem Titel „Office Competence Center" im Bereich der Abteilung mit Wirkung vom 1. Februar 1998 installiert. Das Competence Center gliedert sich in die Bereiche Technik und Organisation, wobei beide Bereiche gemeinsam die gleichen Ziele und Strategien verfolgen. Sämtliche Abstimmprozesse zwischen Organisation und Technik erfolgen innerhalb des Competence Centers. Sowohl Planung, Beschaffung als auch die interne Aufgabenverteilung erfolgen ebenfalls gemeinsam. Grundsätzlich wurde das Office Competence Center innerhalb seines Aufgabenbereiches mit voller Kompetenz und Verantwortung für den Magistratsbereich ausgestattet. In Richtung des Gesundheitsbereiches wurde begonnen, Vereinbarungen über eine gemeinsame Abstimmung zur Erreichung von magistratsweiten Zielen im Bereich der Bürokommunikation sowie für einen gesicherten Betrieb einer magistratsweiten Kommunikationsinfrastruktur zu treffen.

Produktion / Dienststellenspezifische Leistungen

Qualitätssicherung-Test-Rechenzentrum

Im Rahmen der Qualitätssicherung wurden die Betriebsführung der Rechner des Testrechenzentrums, die Installationstests der übergebenen Applikationen auf produktionsähnlicher Umgebung und Einrichtung einer Testumgebung zur Abnahme des Produktes sowie Releasemanagement, Sicherung und Archivierung der übergebenen Softwareprodukte, durchgeführt.

Störungsbehebung

An der zentralen Annahmestelle 9815 wurden im Berichtszeitraum rund 40.000 Störungen erfasst und im Service Online System dokumentiert. Die Störungen wurden eingegrenzt, bearbeitet, wenn erforderlich an Technik bzw. Support weitergeleitet bzw. behoben. Bereitschaft: Außerhalb der 9815-Betriebszeiten wurde eine Pager-Bereitschaft durchgeführt.

Großanlage

1998 erfolgte die Übernahme der Betriebsverantwortung für die vom KAV an die Abteilung abgetretenen PDP-Rechner zum Betrieb der MA 33-Applikationen „Anlagenverwaltung" und „Stromverrechnung".
Nachfolgende Tätigkeiten wurden durchgeführt:
- Ausschreibung und Entscheidung über die Erweiterung der Großanlage
- Erweiterung Direktspeicher um 80 GB auf 480 GB Gesamtkapazität
- Erweiterung der Bandkassetten um 1.500 auf 13.500 (rund 4 TB Gesamtkapazität)
- Umstellung des Betriebssystems von MVS/ESA 5.2 auf OS/390 1.3 und Durchführung der deswegen notwendig gewordenen Upgrades der systemnahen Produkte

Server Betrieb und Applikationen

Für die Server wurde die Betriebsführung, das System- und Clustermanagement sowie das Security-Management durchgeführt. Sowohl bei den Betriebssystemen als auch bei den Applikationen wurden Software-Upgardes und Neuinstallationen abgewickelt. Weiters wurden diverse Security-Maßnahmen auf den Rechnern in der Verantwortung der Abteilung (z.B. Mortician) umgesetzt. Mit dem Einsatz dieser Maßnahmen soll der unbefugte Zugriff auf Daten zusätzlich zu den bereits getroffenen Maßnahmen erschwert werden.

Installationen

Im Kalenderjahr 1998 wurden folgende Leistungen im Referat Technik PS2 erbracht bzw. Projekte realisiert:
Installation von über 2.000 PCs, davon 80 Prozent Clients und 20 Prozent Standalone PCs, rund 800 PCs wurden getauscht. Insgesamt wurden über 27.000 Leistungen realisiert, d.h. 2.250 Leistungen im Monat. Das sind durchschnittlich 4 Uminstallationen pro Tag ! Vollverkabelung in KAT-5 Technik wurden in folgenden Amtshäusern geplant und realisiert: Brigittaplatz, Karmelitaplatz, Gasgasse, Doblhoffblock, Rathausstraße 14 - 16, Ebendorferstraße 2, 2 Stockwerke am Friedrich-Schmidt-Platz 5. Weiters wurden diverse Adaptierungsarbeiten und Technologieanpassungen für die City-Netzeinbindungen in Computerräumen der AH Hietzing, Richard-Wagner-Platz, Lerchenfelder Straße, Rathaus, Niederhofstraße usw. durchgeführt. Mit VAP (Vienna Access Point) und ELWIS (Elektronisches Wohnungsinformationssystem) wurden rund 340 Einzelleitungsaufträge durchgeführt. In der Abteilung wurde ein Stockwerk LWL verkabelt. Insgesamt wurden durch die MA 23 im Auftrag der Abteilung über 5.000 neue EDV-Anschlüsse (integriert, mit Telefon) mit rund 30.000 m Kabel mit Kabelkanälen und Stromanschlüssen verlegt bzw. installiert.

Netz

Das Netzwerk wurde um ein Wesentliches erweitert und verfügt nun über folgende Größe/Kennzahlen:
- 13.500 IP-Adressen
- 350 Subnetze
- Rund 150 Standorte, davon sind 90 Standorte mit einer Bandbreite von 2 Mbit/sec. angebunden, die verbliebenen Standorte sind mit einer Bandbreite zwischen 64 Kbit/sec - 256 Kbit/sec an das Netzwerk angeschaltet.
- Rund 80 Standorte mit wenigen Endgeräten (im Durchschnitt 2 Stück) mit geringerer Bandbreite (z.B. ISDN)
- 21 Bürgerservicestationen
- 24 ELWIS über eine LAN-Schnittstelle in das Netzwerk angeschaltet

Durch die Implementierung von Secure - ID wurde für den Bereich Remote - Access die Zugangssicherheit um ein Wesentliches gesteigert.

Kommunikationsnetz:

Das Ziel, gemeinsam mit der MA 34 ein Wien-weites Kommunikationsnetz aufzubauen, wurde durch die Einbindung von neuen Standorten in das bereit bestehende SDH - Netzwerk weiter ausgebaut.
1998 wurde auch mit der Erneuerung alter und bereits technologisch überholter Netzwerkhardware begonnen. Weiters wurde NETID implementiert, um administrative Abläufe zu verbessern und die Qualität und das Handling zu optimieren.

Interne Projekte / Unterstützende Dienste der Abteilung

Personalwesen

Die Abteilung verfügt mit Oktober 1998 über 392 Dienstposten. Bedingt durch eine Nachbesetzungssperre von Personal des freien Marktes bei gleichzeitig zu forcierender Personalrekrutierung aus dem Krankenanstaltenverbund,

konnten bis Ende September 1998 nur vier EDV-Dienstposten nachbesetzt werden. Eine (befristete) Nachbesetzungsmöglichkeit für Karenzierungen war mit dieser Regelung überhaupt ausgeschlossen. Gleichzeitig haben 15 MitarbeiterInnen die Abteilung verlassen, wovon 5 MitarbeiterInnen in das SAP Competence Center (einschließlich Transferierung von 4 Dienstposten in die MD-VO mit Wirkung vom 1. Mai 1998) versetzt wurden. 1998 waren im Schnitt 9 Dienstposten unbesetzt. Dies ist in etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr. Bedingt durch die seit längerer Zeit verfügte Einstellungssperre von Personal des freien Marktes und der damit verbundenen Hintanhaltung von Personalwerbung hat die Zahl der Bewerbungen deutlich nachgelassen. Im Monatsschnitt lagen rund 10 - 15 Bewerbungen vor. Die Nachbesetzungssperre wurde mit September 1998 aufgehoben.

Ausbildung

Insgesamt wurden 1998 rund 350 Veranstaltungen für rund 2.300 Teilnehmer/innen selbst veranstaltet bzw. in Zusammenarbeit mit der MD-VA, der MD-VR und Fremdfirmen organisiert. Davon waren rund 600 Teilnehmer/innen aus Fachabteilungen in dezentralen EDV-Funktionen. Weiters wurde die budgetäre Planung für die Bereiche Schulungs/Beratungsleistungen und Literatur in Abstimmung mit internen (Budgetreferat der Abteilung) und externen (MD-VA) Stellen durchgeführt. Bei der Erstellung der mitarbeiterspezifischen Ausbildungspläne sowohl für die Abteilung als auch für EDV-Personal in Fachabteilungen wurden Beratung und Unterstützung geleistet. Die Teilnahme und Repräsentation an diversen Ausstellungen und Messen wurden mitorganisiert, Unterlagen dafür wurden inhaltlich und formal gestaltet. Folgende Broschüren und Informationsmaterialien der Abteilung wurden aktualisiert und neu gestaltet: ADV-Aktuell, diverse Vortragsunterlagen, Intranet ADV Intern.

Die EDV-Aus- und Fortbildung von EDV-Personal in Fachabteilungen gewinnt immer mehr an Bedeutung und nimmt auch quantitativ zu. 1998 wurde das PC-Lernstudio als besondere Serviceleistung der Abteilung für jene Kollegen in Fachabteilungen angeboten, die noch keine Erfahrungen mit dem PC haben.

Fachaufsicht

Im Berichtsjahr wurden von der Stabstelle MFA Unterstützungsleistungen der Abteilung in Zusammenarbeit mit der MDI in folgenden Themen geleistet: Leistungsschema, EDV-Funktionen, Telearbeitsplätze, Telematikaktivitäten im Internet. Die für die Informationsverarbeitung im Magistrat der Stadt Wien erforderlichen Normen und Standards wurden regelmäßig überarbeitet und im Internet publiziert. Die Vertretung im KIT-Ausschuss der Bundesdienststellen für technische Standards/Normen als Ländervertreter wurde wahrgenommen. Alle für die Tätigkeiten des EDV-Personals erforderlichen Informationen und Unterlagen wurden über das Verteilungsmedium Intranet allen Dienststellen zur Verfügung gestellt. Bei der Ausarbeitung der Übereinkommen wurde die Koordination für jene Aufgaben wahrgenommen, die laut Aufgabenkatalog der Abteilung (siehe Projekt „Dezentralisierung") bevorzugt in die Verantwortung der EDV-Referent/innen der Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien übergehen sollen. Einen festen Bestandteil der Arbeiten im Referat MFA bildete die Beratungstätigkeit bei der Personalrekrutierung in den Fachabteilungen. Mittels eines Profilerhebungsbogens wurden, teilweise vor Ort, 92 personenbezogene Zulagenanträge begutachtet. Im Anlassfall wurde beim EDV-Personal der Dienststellen der innerhalb der Abteilung obligatorische EDV-Test durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Schulungs- und Ausbildungsaufwände effektiv eingesetzt wurden. Die Begutachtung erfolgte auf Basis des vorgenannten „Kataloges für dezentrale EDV-Funktionen". Von der Fachaufsicht wurden Begutachtungen für Bedienstetenkategorieänderungen bzw. Dienstpostenaufwertungen für Bedienstete mit EDV-Funktionen verfasst und der MD-VR zur Verfügung gestellt.

Ergonomie

Die ergonomischen Gesichtspunkte für Bildschirmarbeitsplätze im Sinne der EU-Richtlinien bzw. des ArbeitnehmerInnen-Schutz-Gesetzes wurden bei der Erstellung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes eingebracht. Bei der Gestaltung von ergonomischen Arbeitsplätzen in den Dienststellen wurde beratender Support geleistet.

EDV-Forum

Im EDV-Forum für Information und Kommunikation wurden in 5 Veranstaltungen etwa 330 EDV-ReferentInnen professionelles, fachliches Know-How und strategisches Wissen über die EDV im Bereich des Magistrates der Stadt Wien, sowie unterstützende Informationen für die Erstellung des EDV-Konzeptes in den Dienststellen vermittelt. Die Umsetzung von dienststellenspezifischen Aufgaben wurde im Rahmen des „best of practices" durch 3 EDV-Referenten präsentiert.

EDV-Anwendungskonzept

Für das mittelfristige EDV-Konzept 1999 - 2003 wurde mit der beratenden EDV-Kommission eine neue Form der Dokumentation abgestimmt: Das schriftlich vorgelegte Konzept wurde auf einen Bericht des Dienststellenleiters, die bisherigen Planungsübersichten, Kennzahlen und Trends sowie eine rein zahlenmäßige Zusammenfassung der

Projekt- und Personalplanung eingeschränkt. In der bisherigen Form werden nur mehr die Projekte der Klasse 3 dargestellt. Alle anderen Planungsunterlagen werden wie bisher erstellt und im Intranet den Mitgliedern der beratenden EDV-Kommission sowie deren Unterkommission zur Verfügung gestellt.

Entsprechend des Erlasses MBL-E-54-12/97 „Richtlinie über das Verfahren der Entscheidung und über die Realisierung von EDV-Projekten in der Zuständigkeit der Abteilung" des Herrn Bereichsleiters für Hilfs- und Sofortmaßnahmen, Verwaltungsorganisation, elektronische Datenverarbeitung und Informationsmanagement vom 4. April 1997 ist der Beratenden EDV-Kommission jährlich über die Projekte der Klasse 3 zu berichten. Dies erfolgt derzeit in Form von schriftlichen Berichten. Mit der Erstellung einer Intranet-Applikation zur automatisierten Form der Berichtslegung wurde begonnen.

SAP-Einsatz

Mit dem SAP-Teilprojekt werden die alten Kostenrechnungs- und Leistungsrechnungsprogramme und soweit notwendig die übrigen Inhouse-Programme (LASY, SIGNAL, SOS, Zeiterfassung) zur Sicherstellung der Verrechnung nach dem Jahrtausendwechsel ersetzt und die interne Abwicklung insgesamt in ein einheitliches EDV-System integriert. Damit sollen auch weitere betriebswirtschaftliche Methoden, soweit noch nicht verwendet, eingeführt werden.

Ziel dieses Projektes ist die Produktionsreife eines Inhouse-Kernels bis zum Jahrtausendwechsel. Im Jahr 1998 wurden das Grobkonzept und die erste Feinkonzeption sowie der Prototyp bis Jahresende erstellt.

Firewall

Es wurden 1998 die Organisation und Beratung bei der Errichtung der Firewall zu den WStW durchgeführt. Technische Umstrukturierung der Firewall-Funktionalität sowie die organisatorischen Richtlinien zum Betrieb der Firewall, aber auch Evaluation neuer Sicherheitsstandards und Anpassung von neuer Sicherheitssoftware waren nur einige der Tätigkeiten, die 1998 durchgeführt wurden. Weiters wurden auch Aktivitäten für die Sicherheit an der Firewall gesetzt.

Jahrtausendwechsel

Schwerpunkt war die Evaluierung und Beschaffung von Werkzeugen, die das Ändern von Datumsformaten und „Zeitreisen" für Datenbanken und anderen Dateien unterstützen. Die Evaluierung von Werkzeugen zur Analyse von Naturalprogrammen als Mittel der Qualitätskontrolle für das Jahr 2000 wurde in Angriff genommen.

Client/Server

Es wurden neue Versionen der eingesetzten Client/Server-Entwicklungswerkzeuge evaluiert und eingesetzt. Der Microsoft Transaction Server wurde getestet und im Rahmen von Projekten zum Einsatz gebracht. Die technischen Voraussetzungen für Code-Signierung von ActiveX-Komponenten für Intranet-Anwendungen wurden geschaffen. Es wurde Unterstützung beim Design von Client/Server-Anwendungen geboten sowie bei Teststellungen, wie z.B. Visual Studio 6.0, mitgewirkt.

Competence-Center für Informations- und Kommunikationsdienste

Auf Grund einer von der MDI veranlassten Organisationsuntersuchung der IT-Abteilungen des Magistrates wurde auf Vorschlag der Fa. CSC-Ploenzke und auf Anordnung des Herrn Bereichsleiters ein Competence-Center für den Telematikbereich eingerichtet. In diesem CC wurden das neu eingerichtete Referat ESI und das Referat ES4 (Netzwerkdienste) zusammengefasst. Damit soll ein einheitliches, strategisches Konzept für die Informationsdienste der Stadt Wien im Telematikbereich sichergestellt werden.

Es wurden neben konkreten Projekten und Aufgaben Basisdienste für die gesamte Anwendungstechnologie im Telematikbereich geleistet. Im Speziellen:

- Basistechnologien zu interaktiven WEB-Applikationen
- Werkzeuge zur Unterstützung der WEB-Entwicklungen
- Methoden und Verfahren zur Informationsaufbereitung und -darstellung im WEB
- Beobachtung der Marktentwicklung und Auswahl von Produkten unter Bedachtnahme der technisch-strategischen Leitlinien der Abteilung.

Info-Center

Bei den monatlichen Info-Tagen (EDV-Informationsveranstaltungen) wurden durchschnittlich 70 BesucherInnen (EDV-AnwenderInnen des Magistrates) gezählt. Die Inhalte wurden mit den Vorträgen des EDV-Forums abgestimmt. Die Auflage des monatlich erscheinenden Informationsblatts für alle EDV-AnwenderInnen des Magistrates betrug 1998 2.000 Stück. Die Betreuung, Koordinierung und der Informationsfluss wurden verstärkt über die GruppensprecherInnen organisiert.

Einkauf

Im Rahmen der Beschaffung wurden Ausschreibungen durchgeführt und die Angebote wirtschaftlich bewertet. Die über das Leistungsanforderungssystem teilweise gebündelt weitergeleiteten Anforderungen wurden bearbeitet und mit entsprechenden Verträgen und Auftragsschreiben realisiert. Über ADV-direkt wurde die Auslieferung von PCs abgewickelt. Bei Überschreiten der Magistratskompetenzgrenze wurden die entsprechenden Vergabeanträge an die zuständigen Gremien der Stadt Wien gestellt.

Wirtschaftsangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurde eine magistratsweite Inventur durchgeführt und die Daten im Anlagenverwaltungssystem SIGNAL korrigiert. Es wurde ein Mengeninventar für sämtliche EDV-Geräte der Dienststellen in der Verantwortung der Abteilung (ausgenommen MA 56 und MA 43) erstellt, sowie 8 Skartierungen durchgeführt und 18.000 Inventargegenstände ausgeschieden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Als Ergebnis eines ausführlichen Diskussionsprozesses, der sowohl innerhalb der Abteilung als auch mit anderen relevanten Stellen innerhalb des Magistrates geführt wurde, erfolgte im Laufe des Jahres 1998 eine Reform der inneren Struktur der Abteilung. Zielsetzungen dieser Neuorganisation waren

- Straffung des Aufgabenspektrums der Abteilung,
- höhere Effizienz der Planung durch Abbau von Reibungsverlusten, die aus der notwendigen Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenslagen entstehen,
- Einbeziehung moderner Management- und Führungsmethoden und
- Berücksichtigung von Ergebnissen der Diskussionen mit der externen Betriebsberatungsfirma.

Nach außen hin wurde diese neue Organisationsform durch eine Verringerung der Zahl der Referate, neue Abgrenzungen und teilweise auch neue Festlegung der Aufgabenbereiche sichtbar.

Die Namen und Schwerpunkte der künftigen Tätigkeit der neuen Referate sind:

Abteilungsleitung

Kanzlei

Personal- und Ausbildungsreferentin

Budget und technische Bibliothek

- Evidenthaltung und Anpassung des Arbeits- und Budgetprogrammes aller Planungsabteilungen der Geschäftsgruppe, Budgetvollzug der MA 18, Auftragsvergaben, Preisprüfung
- Beschaffung von Fachliteratur, Fachzeitschriften für technische Dienststellen, Vertrieb eigener Publikationen und Facharchiv Planung für eigene Arbeitsergebnisse

Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst

- Fachinformation zur Stadtplanung durch Ausstellungen in der Wiener Planungswerkstatt, Fachpublikationen Veranstaltungen, Neue Medien
- Technischer Fotodienst (Herstellung von Fotos und digitales Bildarchiv)

Sonderaufgaben und themenbezogenes Projektmanagement

- Projektmanagement zu Themen von übergeordneter Bedeutung
- Behandlung sozialer und gesundheitlicher Fragestellungen; Beobachtung von Entwicklungen und Erstellung von Studien auf den Gebieten Umwelt und Freizeit inklusive Radverkehr; Erstellung, Umsetzung und Kontrolle von Fachkonzepten wie Grüngürtel Wien, Landschaftspläne, Regionalkonzepte
- Konzepte für Kultur- und Freizeiteinrichtungen

Stadtplanung und Stadtentwicklung

- Raumbeobachtung und Erstellung von Plänen und Konzepten zu Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Dienstleistungen usw.
- Instrumentalisierung der Planung durch Definition der Planungsziele (-instrumente) und Strategieplan (Umsetzung der Planungsziele)
- Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes
- Allgemeine und übergeordnete Standortplanungen

Regionalentwicklung

- Grundlagenforschung und Konzepterstellung mit regionalem Bezug (v.a. im Fachbereich Mobilität), Verkehrsanalysen und Verkehrsprognosen; Verkehrsmodell
- Fortschreibung und Beobachtung der Umsetzung des Verkehrskonzeptes im regionalen Zusammenhang (einschließlich transeuropäischer Netze)

- Fachplanungen und generelle Projektierung von U-Bahn und S-Bahn, Bundesstraßen und Hauptstraßennetz, Straßenbahn, Bus, für Radwege und Fußgänger
- Regionale Netzübersichten Ver- und Entsorgung

Stadtforschung und EU-Fragen
- Grundlagenforschung zu Teilgebieten des Städtebaus, sozialwissenschaftliche Untersuchungen, laufende Raumbeobachtung
- Planungsinformationssystem (Datenbeschaffung und -pflege mit Hilfe von EDV)
- Vertretung der Abteilung bei EU-Fragen; Mitwirkung an EU-relevanten Sachfragen zu Städtepolitik, Raumentwicklung, Osterweiterung usw.

Wissenschafts- und Forschungsförderung
- Förderung von wissenschaftlichen Projekten in Wien, Betreuung und Förderung von Forschungsgemeinschaften
- Subventionierung von wissenschaftlichen Vereinen, Ausstellungen, Symposien
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten
- Veranstaltungsreihen wie die „Wiener Vorlesungen"

Planungsgemeinschaft Ost
- Mitarbeit in der Geschäftsstelle und Wahrung der Interessen der Stadt Wien

In der inhaltlichen Arbeit der Abteilung ergaben sich - nicht zuletzt im Interesse der erforderlichen Kontinuität der Weiterführung begonnener Arbeiten - aus dieser inneren Reform zunächst noch keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Vorjahren. Als neuer Arbeitsschwerpunkt kam die Erstellung eines Diskussionsentwurfes für den Strategieplan zu den schon bisher erfüllten Aufgaben hinzu.

Nicht nur die EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte hat verstärktes Augenmerk auf den nationalen und internationalen Rahmen gerichtet, in dem Städtepolitik zu betrachten ist.

Die Vertretung Österreichs durch einen Mitarbeiter der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Städtische Angelegenheiten" bei der OECD wurde insoweit sehr erfolgreich weitergeführt, als es gelungen ist, die Konferenz zum Thema „Migration und nachhaltige Stadtentwicklung" nach Wien zu bringen. Einzelheiten dazu werden weiter unten behandelt.

Großes Engagement zeigt die Wiener Stadtplanung bei dem seit der Habitat II eingeleiteten „Best Practices and Local Leadership Programme" (BLP) der UN-Organisation für Siedlungswesen (UNCHS - United Nations Centre for Human Settlements), dessen Ziel der Wissenstransfer auf Basis von besten Beispielen zur Lösung anstehender Fragen ist. Die Vorbereitungen, um Wien in dieses internationale Netzwerk aktiv einzubinden, konnten bis zur Vorlage eines entsprechenden Beschlussantrages an die politischen Gremien abgeschlossen werden.

Als Teil dieser Vorbereitung wurde im Sommer in Wien die Sitzung jenes aus internationalen Experten gebildeten Beurteilungsgremiums abgehalten, in der aus 450 Einreichungen die Auswahl für den alle zwei Jahre vergebenen Preis für die weltbesten Projekte im Bereich städtischer Siedlungsentwicklung getroffen wurde (unter den besten 40 fanden sich 5 Projekte aus Wien!). Mit dem angestrebten Gemeinderatsbeschluss soll ein Vertrag mit den UN über ein regionales und thematisches Zentrum (hub) in Wien geschlossen werden, regional für Mittel- und Osteuropa und - als weltweites Kompetenzzentrum - für städtische Umwelttechnologien.

„Migration und nachhaltige Stadtentwickung" war Thema einer maßgeblich von Wien mitgestalteten und gemeinsam mit der OECD und dem Bund durchgeführten Konferenz. Als Ergebnis konnte ein Empfehlungskatalog im Sinne einer für Migrantinnen und Migranten nachhaltigen zukunftsfähigen Stadtentwicklung formuliert werden. Das Bekenntnis der EU zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung wurde durch den gemeinsam mit anderen Stellen im Magistrat ausgearbeiteten Beitrag „Europäische Städtepolitik - Wiener Positionen" unterstützt. Dieser Beitrag war Gegenstand der „Urban Forum"-Veranstaltung der Europäischen Kommission in Wien.

Die Mitwirkung Österreichs an der „Urban Exchange Initiative" entstand über Anregung der Stadt Wien. Ziel dieser Initiative ist es, durch einen systematischen Erfahrungsaustausch der Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Wissenspool zu bilden. Durch die kontinuierliche Sammlung von hervorragenden Beispielen soll zukünftiges stadtpolitisches Handeln verbessert werden.

Im Rahmen des Frauennetzwerkes Ost-West 2000 tauschten über hundert Politikerinnen und Expertinnen aus Bratislava, Brünn, Budapest, Budweis, Belgrad, Györ, Sopron, Prag und Wien Erfahrungen aus und berieten über Möglichkeiten, künftig in frauenspezifischen Fragen grenzüberschreitend in Kooperationen und in konkreten Projekten zusammenzuarbeiten. Die Arbeitsgruppen hatten drei Schwerpunkte: Chancengleichheit, körperliche Integrität und Stadtplanung. Es verdeutlicht, dass Frauen in den Kommunalverwaltungen und NGO's der Nachbarstädte stark vertreten sind und jetzt, da die veränderten Rahmenbedingungen es erlauben, auch der richtige Zeitpunkt gekommen ist, Frauenpolitik über die Grenzen hinweg querschnittsorientiert zu diskutieren. Dieses Projekt wird im Rahmen von Interreg IIa von der Europäischen Union gefördert und soll fortgesetzt werden.

In der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Abteilung die Stadt Wien vertreten und in verschiedenen Unterausschüssen und an wesentlichen Aufgaben der Raumordnung mitgewirkt. So wurde als Grundlage für die Vorbereitung des nächsten österreichischen Raumordnungskonzeptes (ÖRK 2001) das letzte ÖRK aus dem Jahr 1991 evaluiert und auf seine Effizienz überprüft. Ein weiterer wichtiger Bearbeitungspunkt war die Ausarbeitung einer umfassenden Stellungnahme der ÖROK zum Entwurf für ein Europäisches Raumentwicklungskonzept, zu dem von Wien wertvolle Beiträge zur Behandlung der städtischen Problemla-

gen und zur EU-Osterweiterung eingebracht wurden. Außerdem wurde auf die raumordnungspolitischen (neben den verkehrs- und arbeitsmarktpolitischen) Auswirkungen der transeuropäischen Netze hingewiesen.

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) konzentrierten sich auf die Fertigstellung von konkreten Konzepten vor allem zu Verkehrslinien. Weiters galt der Analyse von internationalen Erfahrungen zu regionalen Kooperationsformen besonderes Interesse.

Als wichtiger Beitrag zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Region Wien wurde gemeinsam von den ÖBB, den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien, dem VOR (Verkehrsverbund Ostregion) sowie vom Bundesministerium für Wirtschaft und Verkehr ein Planungsverfahren zur umfassenden Optimierung des Schnellbahn- und Regionalbahnverkehrs in der Region Wien durchgeführt. Dieses Konzept bildet ein wesentliches Element für die künftige Siedlungs- und Verkehrspolitik in der Ostregion entsprechend der gemeinsamen Strategie der zentralen Entwicklungszentren innerhalb einer größeren konkurrenzfähigen Region. Dazu mussten Prioritäten bei der Weiterentwicklung des S-Bahn-Angebotes auf Basis der einzelnen Landesverkehrskonzepte erarbeitet werden, um schließlich eine bessere Verknüpfung des Regionalverkehrsnetzes mit dem Wiener Verkehrsnetz zu erreichen. Betriebliche Erfordernisse, wie vor allem der Einsatz von Doppelstockgarnituren, waren zu berücksichtigen.

Als Ergebnis wird ein Maßnahmenkatalog empfohlen, mit dem die schrittweise Umsetzung einzelner Maßnahmen nach zeitlichen Prioritäten erfolgen soll (siehe auch PGO-Heft 1/1998 „Verkehrskonzept Nordostraum Wien"). Diese Maßnahmen sind attraktive Alternativen zum Autoverkehr und damit wichtige Beiträge im Sinne einer nachhaltigen Umweltpolitik.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen zu einzelnen Projekten des Bahnausbaues (Südostspange, Diskussion über den Semmeringtunnel) entwickelte sich eine gemeinsame Position der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland zur Schaffung einer TEN-Knoten Region Wien (TEN = Transeuropäische Netze); das Ziel Wien und sein Umland als Zentrum der Ostregion zu einem multimodalen transeuropäischen Knoten zu entwickeln, wurde von den Ländern auch beim Bundeskanzler als Forderung deponiert. Dabei soll neben dem bereits abgestimmten Ausbau der West - Ost-Relation (Donaukorridor) auch eine qualitativ hochwertige und leistungsfähige Bahnverbindung vom Norden nach Süden geschaffen werden, um den künftigen Anforderungen einer EU-Erweiterung gerecht zu werden.

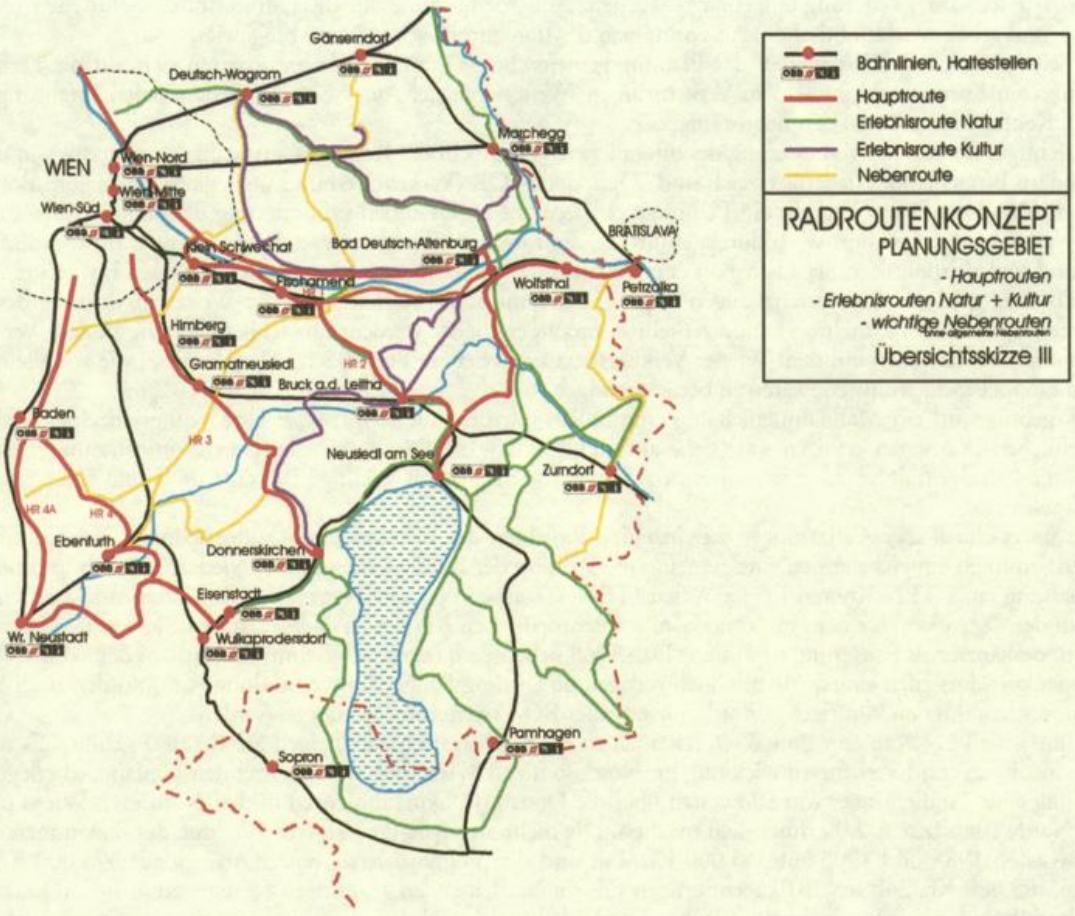
Die Initiative TEN-Knotenregion Wien hat auch zu Recherchen im hochrangigen Straßennetz geführt. Es zeigte sich, dass die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Nordosten von Wien und im angrenzenden Umland Überlegungen zur Schließung eines Straßenringes von Südwesten über die Donau (6. Donauquerung) in den Nordosten Wiens und weiter in den Nordwesten (zur A 22) erforderlich machen. Die mehr als 50 %-ige Verkehrszunahme des donauquerenden Verkehrs zwischen 1985 und 1995 auf 345.000 Kfz/24h und der prognostizierte weitere Anstieg auf 375.000 Kfz/24h bis maximal 485.000 Kfz/24h bis 2010 rechtfertigen die vorausschauenden Planungen für eine zusätzliche Donauquerung mit weiterführender Nordostumfahrung Wien. Die Verkehrswirksamkeit jeder einzelnen Trassenlage lässt sich aus dem „Verkehrskonzept Nordostraum Wien" abschätzen:

Für den Abschnitt der neuen Querung der Donau ergeben sich 20.000 bis 25.000 Kfz/24h (maximal 30.000), davon rund 15.000 Kfz/24h im Durchgangsverkehr; ihr Entlastungseffekt auf die Praterbrücke - A 23 (derzeit 140.000 Kfz/24h) könnte bis zu 15.000 Kfz/24h betragen.

Im gültigen Bundesstraßengesetz ist derzeit eine Donauquerung als Verbindung vom Knoten Schwechat (A 4) zum Knoten Kaisermühlen (A 22/A 23) als B 301 enthalten. Ein Ausbau der Verbindung über die Raffineriestraße lässt schwer wiegende Konflikte, insbesondere mit dem Erholungsgebiet Neue Donau, und negative verkehrliche Auswirkungen auf das Straßennetz des 22. Bezirkes erwarten. Daher wird eine Weiterführung vom Ölhafen (Tanklager Lobau) Richtung Norden über den Raum Groß Enzersdorf in Richtung Umfahrung Süßenbrunn (B 302) und Brünner Straße (B 7) überlegt. Dazu sind aber noch weitere Untersuchungen, insbesondere im Zusammenhang mit den Erfordernissen des Nationalparks Donauauen, erforderlich, die auch verkehrliche und städtebauliche Folgewirkungen aufzeigen und erst damit eine Beurteilung der Vor- und Nachteile ermöglichen.

Zur besseren touristischen Erschließung und Nutzung der Landschaftspotentiale und Kultureinrichtungen wurde auf Anregung des Burgenlandes im Rahmen der PGO das Konzept „Erlebnisradrouten Wien - Donauraum - Neusiedler See" erarbeitet. Der Untersuchungsraum umfasst den Südosten der Stadt Wien, den angrenzenden Bereich auf niederösterreichischem Gebiet bis zur Staatsgrenze (Nationalpark Donauauen) und den Südraum bis Wiener Neustadt sowie das Nordburgenland mit dem Gebiet des Nationalparkes Neusiedler See/Seewinkel. Die 5 Hauptrouten zwischen Wien und dem Neusiedler See (über Bad Deutsch Altenburg nach Neusiedl/See, Fischamend (Bad Deutsch Altenburg) - Bruck/Leitha nach Neusiedl/See, Himberg - Mannersdorf nach Donnerskirchen, Baden - Pottendorf - Hornstein und Eisenstadt sowie über Baden - Wiener Neustadt - Zillingtal und Eisenstadt zum Neusiedler See) erfordern auf einer Gesamtlänge von rund 100 km neu auszubauenden Strecken etwa 122 Millionen Schilling, die von den Ländern in Zusammenarbeit mit den Gemeinden (und Wiener Bezirken) sowie den Tourismusverbänden und Vereinen für einen etappenweisen Ausbau aufzubringen sein werden.

Ausgelöst durch die Resolutionsanträge der Landtage von Niederösterreich und Wien im Jahr 1995 über die Schaffung einer Regionalkonferenz zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit wurden von den Landtagen der an der PGO beteiligten Länder zwei Arbeitsausschüsse, Verkehrs- und Siedlungspolitik sowie Wirtschaft, Betriebsansiedlung, Arbeit und Telekommunikation eingerichtet. Offen blieb, in welcher Form die neuen Aufgaben der Regionalentwicklung im Lichte des Beitrittes Österreichs zur EU und absehbarer EU-Erweiterungen wahrgenommen werden. Daher wurden im Auftrag der PGO regionale Kooperationsformen im deutschsprachigen Raum untersucht und ihre Übertragbarkeit bzw. Anwendbarkeit auf die Region Wien überprüft. Die Ergebnisse dieses Gutachtens wurden



mit den Ländervertretern abgestimmt, woraus sich folgende Empfehlungen für die Verbesserung der Zusammenarbeit ergeben:

Die vorhandenen Strukturen der Zusammenarbeit in den drei Ländern sollen genutzt und zu einem neuen regionalen Kooperationsverbund ausgebaut werden. Basis sind die gemeinsamen Regierungsbeschlüsse der drei Länder über die Gründung, die Aufgaben und die Organisation der Planungsgemeinschaft Ost, die entsprechend zu ergänzen wären.

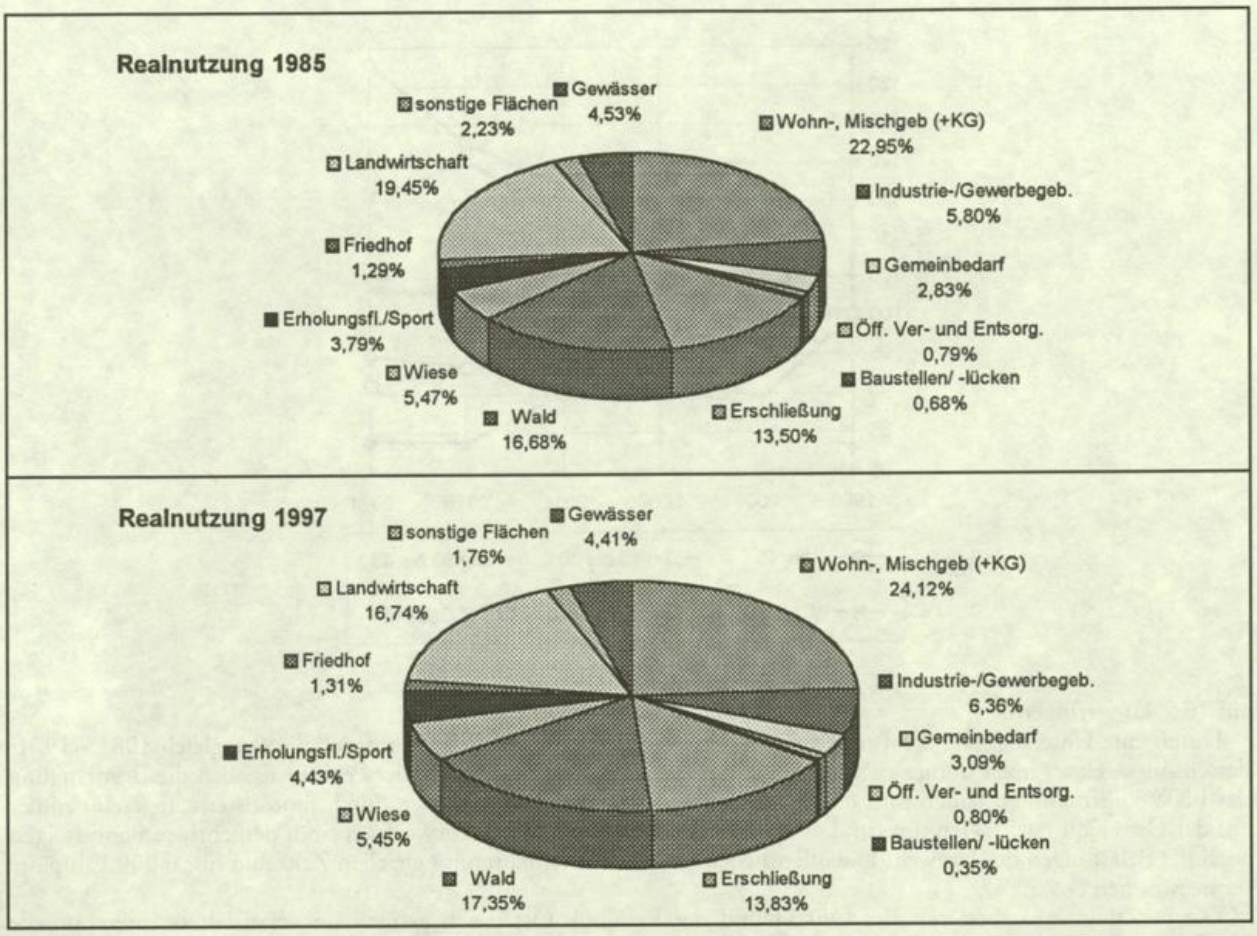
Kernpunkte dieses schrittweise aufzubauenden Kooperationsverbundes sind:

- die Verbreiterung der Repäsentanz der Gesamtregion durch einen Beirat bei der PGO bzw. ein regionalpolitisches Gremium,
- die Erweiterung der Zuständigkeiten der PGO und die entsprechende Ausstattung ihrer Geschäftsstelle,
- der Aufbau eines einheitlichen Planungs- und Informationssystems und eine intensivere Koordinierung regional bedeutsamer Planungen und Projekte,
- die Weiterentwicklung der vorliegenden Konzepte und Pläne zu einem länderüberschreitenden raumordnerischen regionalen Entwicklungskonzept mit vereinbarten Kooperationsaufgaben und prioritären Maßnahmen,
- die Einbeziehung der Kommunen und gesellschaftlichen Kräfte in den Planungs- und Entwicklungsprozess und
- die Empfehlung zur Bildung einer politischen Lenkungsgruppe, die einen Prozess der Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit einleiten soll.

Im Zentrum der politischen Lenkungsgruppe sollen dabei die politischen Raumordnungsreferenten der PGO stehen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die wichtigen Themen in intensiverer Zusammenarbeit (vierteljährliche Treffen) zu behandeln um die gravierendsten Probleme kurzfristig einer Lösung zuzuführen.

Die drei wichtigsten Themenfelder des Arbeitsbereiches Stadtforschung und EU-Fragen waren Forschungen sozialwissenschaftlicher Natur und zu allgemeinen Fragen der Stadtentwicklung, internationaler und EU-Städtepolitik sowie Telematik.

Die Erstellung einer Siedlungsflächenbilanz im Zuge einer laufenden Beobachtung räumlicher Prozesse ist eine zentrale Voraussetzung für eine zukunftsweisende strategische Steuerung der Stadtentwicklung. Entscheidend ist es dabei, wichtige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Die strategische Stadtplanung benötigt also eine ständige Überwachung der Baulandentwicklung und den Überblick zum Siedlungsflächenpotential, welches für künftige Baulandwidmungen noch zur Verfügung steht. Dabei wird eine Vielzahl von Untersuchungsbereichen betrachtet, wie das Ausmaß und die räumlichen Schwerpunkte der Stadterweiterung, die Entwicklung der städtebaulichen Dichten,



die Darstellung der Strukturprobleme des dicht bebauten Gebietes, Nutzungsänderungen innerhalb des bebauten Gebietes und die Sicherung der für die Stadt bedeutenden Grünräume.

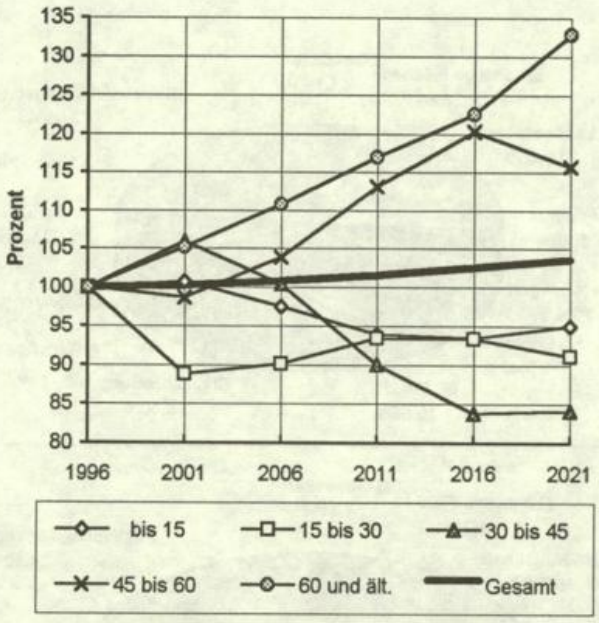
So ist zum Beispiel das Nettobauland in Wien zwischen 1985 und 1997 um fast 5 Prozent gewachsen. Über 10.000 ha (70 %) des Baulandes 1997 entfallen auf Wohn- und Mischgebiete und mehr als 2.600 ha (18 %) auf Industrie- und Gewerbegebiete. Die restlichen 12 Prozent sind dem Gemeinbedarf und der öffentlichen Ver- und Entsorgung zuzurechnen. Den höchsten Zuwachs mit +10 Prozent in den verglichenen Jahren hatten Flächen für Industrie und Gewerbe.

Im Zeitraum 1986 bis 1997 wurden 670 ha Grünland in Bauland umgewidmet, das entspricht einem jährlichen Durchschnitt von rund 60 ha; der Vergleich mit rund 40 ha pro Jahr zwischen 1975 und 1985 zeigt die deutliche Intensivierung der Siedlungstätigkeit in jüngerer Zeit. Von den aktuellen Baulandreserven waren rund 700 ha oder fast 80 Prozent bereits 1986 als Bauland gewidmet; daraus erkennt man, dass der Landverbrauch zu einem bedeutenden Teil auf neu gewidmeten Flächen stattgefunden hat.

Unter den sozialwissenschaftlichen Forschungen wurde der Fragenkomplex „Wohnzufriedenheit, Mobilitäts- und Freizeitverhalten" systematisch weiterbearbeitet. Dazu wurde auch eine wichtige Grundlage fertig gestellt.

Auf Basis der natürlichen Bevölkerungsentwicklung einerseits und einer möglichst realistischen Einschätzung der baulichen Entwicklung der Stadt und des Umlandes andererseits wurde eine kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung für die Wiener Stadtregion bis zum Jahr 2021 erstellt. Damit ist nicht nur eine einfache Nachführung entsprechend dem Bekanntwerden neuer Planungen oder auch veränderter Wanderungstrends möglich, es wird auch die Schätzung des Bedarfes an Infrastruktur und des zu erwartenden Verkehrsaufkommens auf Ebene kleiner Bezugseinheiten möglich.

Insgesamt wird Wien in den nächsten 25 Jahren (mit + 3,7 %) im Gegensatz zu seinem Umland (+ 22,8 %) deutlich langsamer wachsen. Wiens Zuzugsbezirke werden der 22. Bezirk, aber auch die südlichen Randbereiche der Bezirke 10, 11 und 23 sein, als Abwanderungsbezirke gelten der 5., 15., 17. und 18. Bezirk. Die Wiener Stadtregion zählt in den kommenden Jahrzehnten zu den wachsenden Regionen Österreichs. Die Einwohnerzahl der Stadtregion wird sich um rund 200.000 Personen oder knapp 9 Prozent erhöhen. Der überwiegende Teil dieser Zunahme wird allerdings im Wiener Umland erwartet (etwa +140.000). In Wien wird lediglich mit einer Steigerung um rund 60.000 Einwohner gerechnet. Wiens Bevölkerung wird wieder deutlich älter - der Anteil der über 60-Jährigen wird um ein gutes Drittel von derzeit 21 auf 27 Prozent (um über 100.000) steigen - und die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner im Erwerbsalter wird sich um rund 40.000 verringern; das wird sich auch auf die „Zukunft der Arbeit" auswirken. Die ausländische Bevölkerung wird sich sowohl absolut (um rund 27.000) als auch relativ (von 18



auf 16,2 %) verringern.

Durch eine Untersuchung der Pendlerströme und Verkehrsmittelwahl der Berufspendler (Vergleich 1981 - 1991, dessen Aussagekraft noch immer gegeben ist) zeigte sich, dass sowohl die Zahl der Pendler als auch die Bevorzugung des PKW zugenommen haben und damit die Verkehrsbelastung beispielsweise durch motorisierte Tageseinpendler aus der Ostregion nach Wien um rund 40.000 Personen (d.h. um 17 %) gewachsen sind; dementsprechend steigen auch die Belastungen der Umwelt. Die öffentlichen Verkehrsmittel hatten im gleichen Zeitraum nur 6.000 Fahrgäste dazugewonnen (+ 2,3 %).

Die in Zusammenarbeit mit der OECD und der Republik Österreich gemeinsam veranstaltete internationale Konferenz „Migration und nachhaltige Stadtentwicklung" hatte das Ziel, das komplexe Thema „Migration" dem eher abstrakten Begriff der „Nachhaltigkeit" gegenüberzustellen und beide Themenbereiche in ihrer gegenseitigen Wirkung zu analysieren. Der Begriff Nachhaltigkeit bezieht sich hier vor allem auf soziale Aspekte. In dieser Tagung wurden Lösungsansätze erarbeitet, bereits bewährte Integrationsmaßnahmen diskutiert und neue Strategien und Maßnahmen entwickelt, um Problemlösungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten im Sinne einer „nachhaltigen zukunftsfähigen" Stadtentwicklung zu finden und umzusetzen.

Als wesentliches Ergebnis der Konferenz ist der Empfehlungskatalog anzusehen, der anhand konkreter realisierter Beispiele in ausgewählten Städten allgemein gültige Lösungsansätze und solche speziell zur Wohnungspolitik zur Bewältigung der Migrationsproblematik aufzeigt. Darüber hinaus enthält er auch Mindesterfordernisse im Bereich der Partizipation, die sich im Rahmen der durchwegs zumeist eher begrenzten Möglichkeiten, die den Stadt- bzw. Kommunalverwaltungen zur Verfügung stehen, bewegen.

Mit dem im Oktober 1998 beschlossenen Dokument: „Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union: ein Aktionsrahmen" hat die EU-Kommission eine vertiefte Diskussionsgrundlage für eine europäische Städtepolitik erstellt. In der Urban Forum Veranstaltung im November 1998 in Wien wurde dieser Aktionsrahmen rund 600 von der EU-Kommission eingeladenen Persönlichkeiten, darunter 350 Bürgermeistern, vorgestellt und diskutiert. Der Wiener Beitrag („Europäische Städtepolitik - Wiener Positionen") für die Konferenz definiert vorrangige Leitlinien für die Einleitung und Umsetzung einer innovativen städteorientierten EU-Politik:

1. Verankerung des Prinzips der ressortübergreifenden und integrativen Gestaltung von Politik und Programmen bei stadtbezogenen Maßnahmen der EU sowie explizite Orientierung der EU-Politiken an den Bedürfnissen der Städte
2. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilisierung des Wirtschaftswachstums der europäischen Städte
3. Intensivierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen zur Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze in europäischen Städten
4. Steigerung der sozialen und gesellschaftlichen Integrationsfähigkeit der europäischen Städte
5. Aufwertung der funktionellen Stadtregionen als zukünftige Entwicklungseinheiten regionaler und europäischer Planung und Politik
6. Nutzung des EU-Erweiterungsprozesses zur internen Vertiefung der Union und Differenzierung der Integrationsmaßnahmen

Im Oktober 1998 wurde in Wien ein informelles Treffen der Delegierten der Mitgliedstaaten der „Urban Exchange Initiative" veranstaltet, bei der die inhaltlichen Zielsetzungen des Nachfolge-Berichtes der Briten diskutiert und

festgelegt wurden. Diese Initiative zielt auf ein zukünftig verbessertes stadtpolitisches Handeln ab, das durch „key good principles" erreicht werden soll; diese sollen auf Basis von Erfahrungen europäischer Städte für spezifische städtische Politikfelder erarbeitet werden.

Vereinbart wurde, dass die Stadt Wien gemeinsam mit den Verantwortlichen der deutschen Ratspräsidentschaft sowie mit dem Österreichischen Städtebund und dem Deutschen Städtetag die Erstellung eines gemeinsamen Berichtes zur Vorlage an den informellen Raumordnungsministerrat im Mai 1999 übernimmt. Dabei soll die inhaltliche Arbeit zum Bericht zu gleichen Teilen von Österreich und Deutschland erfolgen. Österreich ist für das Kapitel „stadtverträgliche Verkehrspolitik", Deutschland für die „nachhaltige Bodenpolitik" verantwortlich.

Das Projekt VITECC (Vienna Tele Cooperation Center) wird als Interreg IIa - Projekt gemeinsam mit den Städten Bratislava, Brno und Györ durchgeführt, weitere Städte werden noch eingebunden. Dieses Telematik-Netzwerk vermittelt Informationen und Kontakte insbesonders zwischen den Verwaltungen der Partnerstädte, aber auch für private Interessenten. Bisher liegt die fachliche Kooperation bei den Themen Tourismus, Verkehr, Kanalisation (ein konkretes Kooperationsprojekt mit Brno ist in Umsetzung) und Gesundheit; auch hier ist eine Erweiterung dieses Spektrums in Arbeit (weitere Informationen siehe: http://www.vitecc.net/).

Gemeinsam mit der Magistratsdirektion wurde die wissenschaftliche Begleitung eines Pilotversuches der Stadt Wien begonnen, um praktische Erfahrungen mit Telearbeit in einer öffentlichen Verwaltung zu sammeln. Die Ergebnisse werden mitbestimmend bei der Entscheidung sein, ob und wie Telearbeit unter den besonderen arbeitsrechtlichen Bedingungen und Aufgabenstellungen, die zumindest in Teilbereichen anders als bei Privatfirmen gelagert sind, als alternative Arbeitsform möglich sein wird.

Die „Global Village", eine jährliche, mehrtägige Veranstaltung im Wiener Rathaus, welche zusammen mit dem EDV-Bereich aber auch zahlreichen Interessensgruppen und Firmen abgehalten wurde, hat wiederum ein großes Publikumsinteresse hervorgerufen. Neben Spezialthemen, wie „Medizin 2000", „Bürgernähe durch Telekommunikation", „Zukunft der Arbeit und Freizeit" wurden hier auch die digitalen Aktivitäten der Stadt bzw. der Stand der Informationstechnologie in der Wiener Stadtverwaltung präsentiert.

Die Bearbeitungsschwerpunkte der Stadtplanung und Stadtentwicklung lagen vor allem in der Wahrnehmung übergeordneter Interessen, wie sie in den meist verbindlichen Konzepten, Plänen und Programmen (auch von anderen Geschäftsgruppen) vorgegeben bzw. fortzuschreiben sind. Die darauf aufbauende Koordinierungstätigkeit dient in erster Linie der Umsetzung dieser Planungen.

Da die Planung der Stadtentwicklung als kontinuierlicher Prozess (der Steuerung vieler Einzelplanungen und Einzelmaßnahmen) zu verstehen ist, hat die Erforschung der Ursachen von übergeordneten Trends und Entwicklungen und die Erstellung von Studien über funktionelle und strukturelle Wirkungszusammenhänge hohe Bedeutung.

So wurde gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien eine für die Förderung der Zentren- und Geschäftsstraßenentwicklung maßgebende Studie über die „Wiener Kaufkraftströme 1998" begonnen, die wesentliche Aufschlüsse über das räumliche Einkaufsverhalten und somit über den Grad der Bindung der Kunden an „ihre" Geschäftszentren erbringen wird. Aus der Abschätzung der kleinräumigen Kaufkraft der privaten Haushalte, der durchschnittlichen Ausgaben in Abhängigkeit von den sozialen Gruppen und der bevorzugten Einkaufsziele in Wien und Umgebung werden wesentliche Grundlagen für stadtplanerische Maßnahmen erwartet.

Eine flankierende Untersuchung dazu stellt die als noch verträglich einzustufende maximale Größe einzelner Einzelhandelsprojekte (Einkaufszentren) fest, die sich aus Erreichbarkeit im öffentlichen bzw. im Individualverkehr sowie der Relation zu den im Einflussbereich bereits bestehenden Geschäftsflächen und Umsätzen ergibt. Sie soll damit wesentliche Grundlage für die Abgrenzung von Geschäftsstraßenabschnitten sein, die gemäß Bauordnung für Wien durch die Ausweisung als „Geschäftsstraße" im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan von dem sonst verpflichtenden Raumverträglichkeitsgutachten befreit sind.

Abgeschlossen wurde das bereits seit mehreren Jahren laufende internationale Forschungsprojekt über die „Zukunft der Arbeit in der Stadt" (Städtevergleich). Generell ist im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung das Phänomen zu beobachten, dass kleine, aber sehr hoch spezialisierte technologieorientierte Unternehmen ins Umland abwandern. Gerade diese werden aber von der Stadt als Impulsgeber und kritische Masse zur Entwicklung eines spezialisierten Wirtschaftsprofils benötigt. In weiterer Folge verursachen vermehrte Arbeitspendler aus dem Umland wiederum höhere Verkehrsbelastungen. Speziell wurden in dieser Arbeit die für Wien aussichtsreicheren Ansatzpunkte zur Verbesserung der Beschäftigungslage untersucht, dabei werden auch jene Förderungen und Instrumente, welche die Stadt Wien selbst besitzt oder beeinflussen kann, auf ihre Beschäftigungswirkung und Effizienz hin genauer analysiert.

Begünstigt durch die internationale Standortkonkurrenz und durch die Bestrebungen, die Position Wiens zu stärken, besteht vermehrt der Wunsch zur Realisierung städtebaulicher und infrastruktureller Großprojekte. Hier sind deren Auswirkungen auf die Stadtstruktur zu beurteilen und ihre Übereinstimmung mit der angestrebten Stadtentwicklung zu überprüfen. Weiters kommt der Beurteilung von internationalen Beispielen vorbildlicher Problemlösungen sowie neuer Methoden und Instrumente hohe Bedeutung zu.

In diesem Zusammenhang wurden, wie beispielsweise bei der genannten Geschäftsstraßenstudie, Überlegungen über die Raumverträglichkeit bzw. „Stadtverträglichkeit" von Großformen des Einzelhandels- und des Dienstleistungsangebotes angestellt. Besonderes Augenmerk wurde dabei den so genannten „Urban Entertainment Centers" (Multiplex-Kino) geschenkt. Diesen Formen des Unterhaltungsangebotes ist gemeinsam, dass ihre Wirtschaftlichkeit

durch eine Kombination mit Einzelhandel und Gastronomie und gute Erreichbarkeit vorzugsweise mit PKW gesichert werden soll. Sie werfen damit noch größere Probleme für die Stadtentwicklung auf als die bisher beobachteten Formen des konzentrierten Einzelhandelsangebotes (Einkaufs- und Fachmarktzentren). Durch deren Verkaufsflächen war bisher „lediglich" die ökonomische Basis der innerstädtischen Zentren und Geschäftsstraßen gefährdet.

Innerstädtische Strukturen auf der „grünen Wiese" wurden oft auch erst durch das Dazuwachsen von Unterhaltungs- und Gastronomieangeboten (Beispiel: SCS) in einem langsamen Prozess nachgebildet. Bei den Urban Entertainment- und Kinocenters ist jedoch das kombinierte Angebot von Unterhaltung, Gastronomie und Dienstleistungen bereits zu Beginn in diesen Projekten konzentriert - also wird genau jene besondere Mischung erzeugt, welche bisher charakteristisch für die Zentrenversorgung Wiens ist. Derartige Projekte bewirken daher eine weitere hohe Gefährdung jenes Teils der Stadtstruktur, der aus dem historisch gewachsenen Zentren- und Geschäftsstraßensystem gebildet wird. Überdies läuft der zusätzlich verursachte Individualverkehr den im Interesse der Umwelt und der Ressourcenschonung getroffenen Festlegungen im Verkehrskonzept 1994 und im Stadtentwicklungsplan 1994 zuwider. Die Diskussion über Strategien ist an anderer Stelle behandelt.

Im Hinblick auf die Verwirklichung von grundsätzlichen Zielen der Stadt für alle Lebensbereiche sowie zur Umsetzung der großräumigen und längerfristigen Konzepte der Stadtplanung und der Regionalentwicklung (wie Stadtentwicklungsplan 1994, Verkehrskonzept 1994, Grüngürtel Wien 1995 oder Siedlungspolitisches Konzept Ostregion) wird derzeit ein „Strategieplan Wien 2000" erarbeitet. Der Aufgabenschwerpunkt im letzten Jahr bestand dabei in der Vorbereitung des Entwurfes zu einem „Strategieplan für Wien - Qualität verpflichtet - Innovationen für Wien" in Zusammenarbeit mit zahlreichen Stellen der Stadtverwaltung und unter Beiziehung externer Expertinnen und Experten. Wesentliche Elemente des Strategieplanes sollen dabei die Festlegung von Indikatoren zur Bemessung des Erfolges, die Benennung von Verantwortlichen für die Durchführung der Maßnahmen sowie der regionale Maßstab der Aussage sein. Der Strategieplan ist in seinen Zielen und Maßnahmen auf die Zukunft der gesamten Stadt orientiert und somit als Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung, unter Einbeziehung von Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu verstehen.

Der Strategieplan enthält Leitmotive, an denen sich die strategischen Projekte orientieren. Diese müssen insgesamt zur Weiterentwicklung der ökonomischen, der sozialen, der Erlebnis- und der Umweltqualität beitragen.

Die Operationalisierung des Strategieplans und seiner Ziele soll im Rahmen von fünf Strategielinien erfolgen, die integrativen Charakter besitzen und auf Schwerpunktbereiche hin auszurichten sind:
- Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt,
- Wissensstadt,
- Stadt der Lebens- und Umweltqualität,
- Natur, Kultur und urbanes Erlebnis sowie
- Europäische Metropole

Für die weitere Arbeit wird ein grundsätzlicher Beschluss des nunmehr vorliegenden Entwurfes durch die Wiener Stadtregierung (Anfang 1999) angestrebt. In einem nächsten Schritt soll der Stategieplan im Rahmen eines umfassenden moderierten Verfahrens mit einer qualifizierten Fachöffentlichkeit, den Interessensvertretungen, der Wirtschaft und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, also den Akteuren der Stadt, ausführlich und möglichst umsetzungsorientiert zur Diskussion gestellt werden. Bis zum Jahr 2000 soll dann ein auf breiter Basis akzeptabler Strategieplan vorliegen.

In den Bereich der generellen Grün- und Freiraumplanung wurden im Rahmen der internen Reform Fachgebiete integriert, welche sich mit besonderen Aspekten der sozialen Infrastruktur (z.B. der Wechselwirkung von Gesundheit und Freiraum) und dem bedeutsamen Thema „Freizeit" beschäftigen. Der auch in den vorher beschriebenen Projekten immer wieder eingeforderten integrativen, (fach)grenzenüberschreitenden Betrachtung wurde durch die Etablierung des Aufgabenbereichs „Themenbezogenes Projektmanagement" Rechnung getragen. Dies findet seinen Niederschlag beispielsweise in den später ausführlicher behandelten strategischen Projekten „Schönbrunn" und „Initiative TEN-Knoten". Schließlich wurden Sonderaufgaben, die bisher vor allem in der Funktion eines Bindegliedes zwischen Kultur und räumlicher Planung bestanden haben, in die neue Organisationseinheit eingebunden.

Bereits in den letzten Jahren war die Verlagerung der Schwerpunkte von der Erstellung genereller Freiraumplanungen hin zu solchen Themenstellungen ablesbar, welche die Realisierungsmöglichkeiten der politisch formulierten Ziele aufzeigen. Darüber hinaus wurden neue Aufgaben in Angriff genommen, um vor allem die Themenstellungen „Freizeit" und „Gesundheit" abzudecken. Für die Thematik der „Mehrfachnutzung" wurde eine eigene Projektkoordinatorin ernannt, welche die bisher in der Abteilung wahrgenommenen Agenden zu diesen Aufgaben übernommen hat.

Die für den Nordwesten Wiens bereits vorliegenden Vorschläge für Maßnahmen zur Hebung der Attraktivität von Erholungsflächen unter dem Titel „Freizeit und Mobilität am Wiener Westrand" wurden für ein Teilgebiet präzisiert und das Gesamtprojekt den zuständigen Abteilungen und Bezirken präsentiert. In den nächsten Jahren sollen in Abstimmung mit den Bezirken und grundverwaltenden sowie ausführenden Dienststellen verschiedene Maßnahmen realisiert werden, dafür wird ein eigenes „Wienerwaldmanagement" vorgeschlagen.

Für den Entwicklungsraum Wien Süd, der sich beidseitig der südlichen Landesgrenze erstreckt, wurde in einer ersten Phase der aktuelle Stand derzeit bekannter Projekte (Siedlungserweiterungen, Verkehr, Freizeit ..) erhoben und

planlich aufbereitet, um in der Folge einen Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess auf breiter Basis durchzuführen und so ein realistisches und verbindliches Szenario unter Beachtung der landschaftlichen, wirtschaftlichen und siedlungspolitischen Entwicklungsmöglichkeiten zu erstellen; dabei sollen auch die bisher gültigen Konzepte kritisch geprüft, aktualisiert und erforderlichenfalls abgeändert werden. Das Ergebnis soll als neue verbindliche regionalplanerische Vorgabe für die weitere Entwicklung in diesem Raum und gleichzeitig als Anlass für eine Überarbeitung von gesamtstädtischen Konzepten dienen.

An mehreren unterschiedlichen Formen von Grünflächen, die durch eine unmittelbare Zuordnung zu baulichen Nutzungen charakterisiert sind, wurden Wege zu deren Verbesserung aufgezeigt:

Eine unter dem Titel „Freiflächen im Wohnbau" publizierte Dokumentation der Freiflächen bei Wiener Wohnbauprojekten liefert neben den quantitativen städtebaulichen Kennwerten durch verbale Beschreibungen auch Aussagen über die angebotene Qualität. Die einleitenden Kapitel zu den Themen „Planungsrechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen der Landschaftsplanung in Wien" sowie „Übergeordnete Programme und Konzepte mit Relevanz für die Landschafts- und Freiraumplanung in Wien" machen diese Publikation auch zu einem wertvollen Nachschlagewerk.

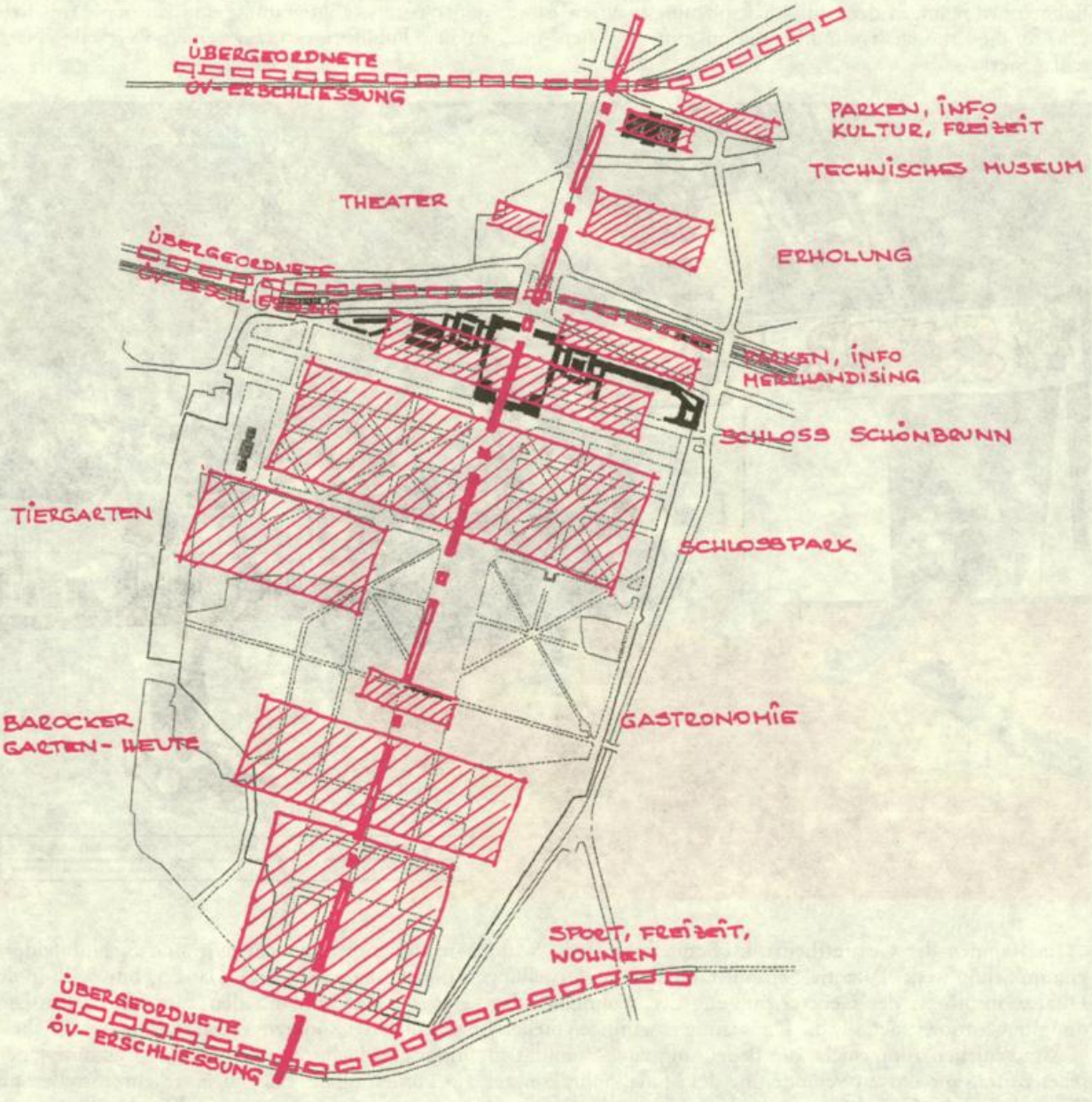
Im Rahmen der Gesamtthematik „Bespielbare Stadt" wurden in der „Spielumfeldanalyse und Spielumfeldprogramm Schöpfwerk" Potentiale erhoben, die durch „Vorstellungen/Bilder" dargestellt sind. Das Ergebnis wird in den Diskussionsprozess der Generalsanierung der Wohnhausanlage eingebunden und mit den zuständigen Entscheidungsträgern sowie den für die Umsetzung zuständigen Stellen hinsichtlich der konkreten Realisierung untersucht.

„Straßenleben" untersucht die Bedeutung von Mobilität für unterschiedliche NutzerInnen als freiraumplanerischer Beitrag zur aktiven Veränderung des Modal-Split, konkret: zur Förderung des Fußgängerverkehrs. Straßen und Wege als Teil der Grundausstattung der Stadt wurden auf ihre Eignung zum Erreichen von Zielen, ihre Bewegungs- und Aufenthaltsqualität auch für die langsamen VerkehrsteilnehmerInnen analysiert.

In der Studie „Erhaltung und Entwicklung von Grünoasen" wurde in einem ersten Schritt eine Wirkungsanalyse des seit 1997 in der Bauordnung für Wien enthaltenen „Gestaltungskonzeptes" durchgeführt. Darauf aufbauend wurden diverse Vorschläge für notwendige Schritte erarbeitet, um interessante, nutzungsgerechte und nachhaltige Grün- und Freiräume vor allem im dichtbebauten Stadtgebiet zu erreichen.

Ziel des strategischen Projektes „Schönbrunn - Mittelpunkt eines Kultur- und Freizeitbezirkes" ist die Erstellung eines Kultur- und Freizeitkonzeptes sowie eines Tourismusprogrammes für den Bereich zwischen Technischem Museum und Schönbrunn. Es liegt im Interesse Wiens, das Potential zu nutzen, welches hier nicht nur durch die welt-

berühmten historischen Anlagen, sondern auch durch die Qualität des vorhandenen städtischen Raumes gegeben ist. Dazu soll eine städtebauliche Gesamtlösung herbeigeführt werden, die eine brauchbare Verkehrslösung für die Westeinfahrt als auch Nutzungsmöglichkeiten des derzeitigen Parkplatzes und des Sportplatzes enthält. Es sollen die Bereiche Schloss und Schlossgarten einschließlich Tiergarten, die Westeinfahrt und die Flächen zwischen Straße und U-Bahn, der Auer-Welsbach-Park, das Technische Museum einschließlich der umgebenden Verkehrsflächen sowie das „Mariahilfer Tor" (eventuell bis zum Schwendermarkt) einbezogen werden. Die Stadt Wien stellt sich den in das Verfahren eingebundenen maßgebenden Akteuren als Koordinatorin zur gemeinsamen Entwicklung von zielorientierten Maßnahmen zur Verfügung.



Die „Initiative TEN-Knoten Wien" (TEN = transeuropäische Netze) ist ein kooperatives Planungsverfahren, welches alle maßgeblichen Vertreter der Länder und Partner aus der Transportwirtschaft mit dem Ziel einbindet, eine ökologisch und ökonomisch ausgewogene Entwicklung der TEN-Knotenregion Wien in Gang zu setzen und die Knotenkompetenz der Region Wien zur Bewältigung des zunehmenden Güterverkehrs weiterzuentwickeln. Dabei wird keineswegs außer Acht gelassen, dass der angestrebte intermodale Knoten definitionsgemäß in gleicher Weise alle Transportwege umfasst, also auch beispielsweise Rohr- oder Datenleitungen; die Problemlage erfordert jedoch derzeit vor allem eine Befassung mit dem Güterverkehr auf Straße, Schiene und Wasser. Aufbauend auf die bisher er-

arbeiteten Zielsetzungen zur Umweltverträglichkeit des künftigen Verkehrsaufkommens, der Stärkung des Transportsektors und der Erhöhung der Wertschöpfung in der Knotenregion wurden bereits konkrete Handlungsfelder festgelegt, zu denen in weiterer Folge Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen sind.

Den bereits zuvor beschriebenen Problemen, die eine Folge eines aktuellen Trends der Freizeitgesellschaft sind, wurde in der Studie „Multiplex in Wien" Rechnung getragen. Auf Grundlage von Erfahrungen in Deutschland, abschätzbaren Szenarien der Besucherzahlen, Umsätze und Kaufkraftströme sowie deren Auswirkungen auf den Verkehr wurden verschiedene Steuerungsmethoden für neue Multiplex-Projekte aufgezeigt. Dabei wurden neben den bestehenden Instrumentarien der Planung (Flächenwidmungs – und Bebauungsbestimmungen, städtebauliche Verträge, Raumverträglichkeitsprüfung) auch andere Maßnahmen, wie moderierte Gesprächsrunden und Informationsaustausch, eine Reform der Vergnügungssteuer oder auch die Einrichtung von Sonderfonds zur Diskussion gestellt.

Unter die Sonderaufgaben fällt unter anderem die Hilfestellung bei der Suche nach Behausung für künstlerisch tätige Gruppen (z.B. Orchester, Theatergruppen, freie Initiativen) und Institutionen sowie für die Unterbringung oder Lagerung von Kunstprodukten. Dabei konnte beispielsweise dem Wiener Konzerthaus und der Kunstsektion des Bundeskanzleramtes (Sammlung Gironcoli) Unterstützung geboten werden.

Darüber hinaus sind im Berichtsjahr folgende Aktivitäten erwähnenswert:

Eine Publikation mit dem Titel „24 Stunden in Europa", einem Vergleich europäischer Hauptstädte mit einem touristisch/städtebaulich/erlebnisorientierten Schwerpunkt wurde in maßgeblicher Weise mitgestaltet. Diese Broschüre in den wichtigsten EU-Sprachen fand vor allem im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der österreichischen EU-Präsidentschaft Verwendung und Anklang.

Die kulturelle Zwischennutzung eines Teiles der Hallen der ehemaligen Kabel- und Drahtwerke AG (KDAG) in Meidling war Gegenstand langwieriger aber schließlich erfolgreicher Verhandlungen mit den derzeitigen Eigentümern. Damit werden nicht nur zahlreichen Kulturinitiativen, freien Gruppen, den Wiener Festwochen und Sonderproduktionen (wie z.B. Peter Stein oder der Wiener Kammeroper) attraktive, verkehrsgünstig gelegene Räume für künstlerische Aktivitäten zur Verfügung stehen, damit erfährt auch ein Stadtteil, der dies dringend nötig hat, eine einschlägige Belebung.

An Vorschlägen zur Verbesserung und attraktiveren Gestaltung des Vorfeldes des Museumsquartiers mit einer greifbaren und nutzbaren Verbindung zu den benachbarten Kultureinrichtungen und unter besonderer Berücksichtigung der Passagen an der Bellariastraße wurde mitgearbeitet.

Der Schwerpunkt der Regionalentwicklung lag bei Planungsfragen regionaler und städtischer Verkehrs-Infrastrukur. Zu den Aufgaben der Verkehrsplanung zählen grundsätzlich die generelle verkehrssystemübergreifende und raumstrukturbezogene Bearbeitung jener übergeordneten Verkehrsnetze und -knoten, die Bedeutung für die Verkehrsbeziehungen innerhalb der Stadt ebenso wie mit dem Umland haben, im Speziellen vor allem aber auch die Generelle U-Bahn- und Bundesstraßenplanung.

Planungen des öffentlichen Verkehrs konzentrieren sich vor allem auf die Generellen Projekte der Verlängerung der U-Bahn - Linie U1 nach Norden und jene der Linie U2 nach Stadlau.

Für das Generelle Projekt der U1-Nord konnte die Phase 2 (Trassenfestlegung) mit der Wirtschaftlichkeitsbesprechung im Dezember 1998 abgeschlossen werden und den Wiener Linien zur Detailplanung sowie Abwicklung der rechtlichen Genehmigungsverfahren und damit zur Realisierung übergeben werden. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Rechtslage ist ein Baubeginn mit Ende 2001 und eine Betriebsaufnahme im Jahr 2006 vorstellbar. Mit den Planungsarbeiten zur Phase 3 (das sind Folgearbeiten, insbesondere Oberflächenplanung der Stationsumgebungen und Anbindungen des Sekundärnetzes) wurde begonnen und diese sollten im Laufe des Jahres 1999 abgeschlossen werden.

Für die Verlängerung der U2 von der Station Schottenring, die entsprechend umgebaut werden muss, über Praterstern - Messegelände - Stadion - Donaustadtbrücke - Stadlau/Essling wurde das Generelle Projekt mit der Trassenoptimierung auf Grundlage des Beschlusses über die auszuführende Variante begonnen. Auch der Umbau der Wendeanlage bei der Station Karlsplatz, um diese an die künftig notwendigen Langzüge anzupassen, ist Gegenstand dieser Bearbeitungen. Es wurden auch Vorbereitungen getroffen, um eine möglichst direkte Einbindung aller betroffenen Bewohner und Bewohnerinnen und anderer Anrainer an der neuen Strecke bereits in den laufenden Planungsprozess sicherzustellen. Der aktuelle Zeitplan sieht einen möglichen Baubeginn frühestens Ende 2002 vor. Damit könnte die erste Teilstrecke (etwa bis Stadion) Ende 2007, die gesamte Strecke etwa 2009 in Betrieb gehen.

Im Zusammenhang mit der regionalen Entwicklung im Süden von Wien sind sowohl die Optimierung der Straßenbahnlinie 67 als auch das Projekt zum Ausbau der Pottendorfer Linie zu sehen.

Mit den ÖBB konnte ein Einvernehmen über den Teilausbau der Pottendorfer Linie, insbesondere über die Adaptierung des Bahnhofes Wien-Meidling und den Umbau der Brücken über die Oberlaaer Straße sowie über den Liesingbach und die Rosiwalgasse, erzielt werden. Dazu erfolgte auch die Abstimmung mit dem Vorprojekt einer Straßenverbindung zwischen der Südosttangente (A 23) und der Südumfahrung (B 301). Wesentliche Randbedingung für beide Projekte ist einerseits die Erhaltung eines Entwicklungspielraumes für eine Stadtachse entlang einer möglichen Verlängerung der U1 in Richtung Rothneusiedl und Oberlaa und andererseits die heute bestehende Grünverbindung zwischen der Per Albin Hansson Siedlung im Norden und, östlich der Bahn bzw. dem Frachtenbahnhof verlaufend, dem Grüngürtel im Süden.

Regional wirksam sind auch die S-Bahn-Planungen im Bereich der Schnellbahn-Stammstrecke sowie der Flughafen-Schnellbahn S7. Durch die Mitarbeit im Arbeitskreis „Forcierter Ausbau der S7-Flughafen-Schnellbahn" konnten beim vorliegenden Projekt die Interessen der Stadtplanung mit jenen der ÖBB abgestimmt werden. Als Ergebnis liegt nunmehr auch ein Projekt für den in Wien verlaufenden Abschnitt mit 4 neuen bzw. umzubauenden Stationen zwischen Wien-Mitte und der Stadtgrenze vor, das auch dem Lärmschutz Rechnung trägt und gänzlich niveaufrei (d.h. ohne schienengleiche Bahnübergänge) geführt wird.

Für den Norden der Stadt konnte eine Studie zur Beschleunigung und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Straßenbahnlinien 31 und 33 abgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung rechtlicher und finanzieller Gegebenheiten könnte die Umsetzung dieses Optimierungsprogrammes in etwa 2 Jahren in Angriff genommen werden.

Auf dem Gebiet des motorisierten Individualverkehrs wurden im Rahmen der Generellen Bundesstraßenplanung vorwiegend Bearbeitungen von Projekten für Bundesstraßen in Stadtrandlage durchgeführt, mit denen vor allem Netzlücken im Süden, Osten und Norden von Wien geschlossen werden sollen, um den Individualverkehr in heute stark belasteten Wohngebieten zu verringern. Dies sind im Speziellen eine Verbindungsspange zwischen der A 23 (Südosttangente) und B 301 (Wiener Südumfahrung), eine neue Trasse der B 225 zwischen der Bitterlichbrücke und der Simmeringer Hauptstraße und ein kleiner Abschnitt der Verlängerung der B 14, in dem eine Optimierung der Trasse in Verbindung mit dem Umbau der Flughafenschnellbahn untersucht wurde. Für die Trasse der B 3 im Abschnitt zwischen der Leopoldauer Straße und dem Donauzentrum wurde ein moderiertes Verfahren abgewickelt, in dem die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit aller möglichen Varianten unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung, von weiteren Experten und von Politikern nochmals zur Diskussion gestellt wurde. Als Ergebnis wurde die bereits teilweise in Bau befindliche Trasse bestätigt, parallel dazu sind auch zahlreiche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Umgebungsbereich und ein attraktiverer öffentlicher Verkehr vorgesehen. Für den Abschnitt der B 229 im Zuge der Siemensstraße (Bereich der neuen Feuerwache Floridsdorf) wurde das behördliche Genehmigungsverfahren vorbereitet.

Im Zuge der Diskussion über eine allfällige weitere räumliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, die in einem Teilbereich des 2. sowie im 3. und 20. Bezirk eingeführt wurde, waren Untersuchungen in Form von Stellplatzanalysen und Simulationsberechnungen erforderlich. Diese dienen der Parkraumbewirtschaftungskommission als wichtige Arbeits- und Diskussionsgrundlagen und zur Entscheidungsfindung. In diesem Zusammenhang ist auch die Weiterentwicklung der Anwendung des Verkehrsmodells der Stadt Wien unter Verwendung der aktuellen Bevölkerungsprognose und prognostizierter Infrastrukturdaten zur raschen Beurteilung aktueller Verkehrsfragen zu nennen.

Maßgeblich für das abgelaufene Jahr war auch die Mitarbeit an mehreren Projekten, die in Zusammenhang mit den transeuropäischen Netzen (TEN) stehen und von denen mehrere auch von der Europäischen Union gefördert werden. Gemeinsames Ziel dabei ist die Etablierung einer „TEN-Knotenregion Wien".

- Die „Initiative TEN-Knoten Wien"
- Das Interreg IIC - Projekt IMONET verfolgt das übergeordnete Ziel, verkehrspolitische und wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Maßnahmen für ein umweltverträgliches, wirtschaftliches und leistungsfähiges hochrangiges Verkehrsknoten-Netzwerk in Österreich (insbesondere für die Knotenregionen Wien, Linz/Wels, Graz und Villach) unter Einbeziehung des benachbarten Auslandes zu entwickeln. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Positionierung der „Standorträume" zu definieren, um einerseits die Standortvorteile in den einzelnen Knoten optimal zu nutzen und andererseits den größtmöglichen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung zu leisten.
- „Magistrale für Europa" ist ebenfalls ein Interreg IIC - Projekt und dient zur Stärkung der Integrations- Wirtschafts- und Standorteffekte an einer leistungsfähig ausgebauten Eisenbahnverbindung Paris - Strasbourg - Stuttgart - München - Salzburg - Wien - Budapest und ihrer Verlängerung in Richtung Ost und West.

Daneben erforderte - ähnlich wie auch in anderen Fachbereichen der Abteilung - die aktive Mitwirkung an Vorhaben anderer Stellen sowohl Fachkompetenz als auch erheblichen Aufwand. An dieser Stelle wird dazu beispielhaft eine Projektgruppe beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, die sich mit Fragen einer Neukonzeption des hochrangigen Bundesstraßennetzes in Österreich sowie mit einer möglichen „Verländerung" der Bundesstraßen befasste, genannt.

Im Rahmen des Referates Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst der Stadtplanung Wien (darunter werden die Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, B, C und 41 verstanden) wurden im Jahr 1998 viele Aktivitäten zu aktuellen Frage- und Problemstellungen der Stadtplanung gesetzt, in ihrem Umfang ausgeweitet sowie in ihrer Qualität weiter verbessert. Neben der Ausstellungstätigkeit, die den meisten Aufwand erforderte, wurden wieder zahlreiche Publikationen betreut, Veranstaltungen vorbereitet und viele Interessenten einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung informiert. Des Weiteren wurde die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet auf der Homepage der Stadt Wien maßgeblich ausgeweitet.

In der Wiener Planungswerkstatt, dem ständigen Ausstellungsraum der Stadtplanung, werden auftragsgemäß aktuelle Fragestellungen der Stadtplanung behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen vermittelt. In diesem Sinne wurden Ausstellungen zu den Themen „3. Ausbauphase der Wiener U-Bahn", „Wien, Kindergarten - Der Stand der Dinge" (in Kooperation mit der MA 11), „Europaregion Wien - Niederösterreich - Burgenland" (gemeinsam mit der Pla-

nungsgemeinschaft Ost), „Einfach mehrfach - Nutzung von Freiflächen", „B 3-Donaustraße" und - gemeinsam mit der Donaukraft - eine Präsentation des „Kraftwerks Freudenau" organisiert. Die Kooperation mit anderen Städten ergab eine Ausstellung über Zagreb mit dem Titel „Rahmen einer Metropole" und in Zusammenarbeit mit der TU-Darmstadt wurde der unterschiedliche Umgang mit Stadtentwicklungsprojekten aufgezeigt. Mit der Wirtschaftskammer Wien wurde eine Ausstellung über „Wiener Geschäftsstraßen - zwischen Luxus und Verfall" konzipiert und Strategien zu deren Erhaltung gezeigt. In enger Kooperation mit der Stadtbaudirektion und unter Mitwirkung zahlreicher Magistratsabteilungen, der Wiener Stadtwerke und der Entsorgungsbetriebe Simmering wurde eine Präsentation zum Thema „Wien, Stadttechnologien - Der Stand der Dinge" in deutscher und englischer Sprache zusammengestellt. Unter dem Titel „Urban Space Lab" wurde versucht, die Zielgruppe der 15 - 25-jährigen Wienerinnen und Wiener mit zeitgemäßen Medien für das Thema Stadtplanung zu interessieren. Letzteres war durch den engen Bezug zu Problemen und deren Lösungen in anderen Städten der Europäischen Union einer der Beiträge Wiens zur EU-Ratspräsidentschaft.

Um Informationen möglichst nahe an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, wurde 1998 eine Bezirksausstellung zum „Grünen Prater" (Geschichte, aktueller Planungsstand und langfristige Entwicklungstendenzen) gezeigt.

Die für den internationalen Einsatz erstellten Ausstellungen „Wien, Architektur - Der Stand der Dinge" und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung - Der Stand der Dinge" wurden auch im abgelaufenen Jahr mit großem Erfolg gezeigt. Diese Präsentationen in Stuttgart und Moskau wurden durch Vorträge namhafter Wiener Experten zu den dargestellten Ausstellungsthemen ergänzt. Darüber hinaus wurden diese Präsentationen noch in den österreichischen Städten Salzburg, Dornbirn, Graz und Klagenfurt gezeigt und durch Fachveranstaltungen ergänzt.

Die Ausstellung „Wiens Weg ins 21. Jahrhundert", die in knapper Form einen Überblick über die Bemühungen und Pläne der Stadt Wien und der hier ansässigen BürgerInnen und Firmen im Hinblick auf die wirtschaftliche, technische und bauliche Entwicklung bietet, wurde in Sarajevo, Lemberg und Taipei gezeigt. In Hongkong, Beijing, Taipei, Moskau, Florida und Leeds wurden Teile der bereits vorher genannten Ausstellung zu den Wiener Stadttechnologien präsentiert.

Die Publikationstätigkeit umfasste, neben vielen die Ausstellungen begleitenden Informationsfoldern, insgesamt 3 so genannte „Werkstattberichte". In dieser einfach gehaltenen Reihe von interessanten Ergebnissen der laufenden Arbeit der Stadtplanung wurden die Themen „Lokale Agenda 21", „Migration und öffentlicher Raum" und „Bevölkerungsvorausschätzung 1996 - 2021" behandelt. Daneben erschienen in der Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung" zwei Bände mit den Titeln „Kleingartenwohnhaus" und „Gesunde Gärten". Ergänzend dazu wurden Leitlinien für die Bezirksentwicklung der Bezirke Wieden und Margareten sowie Leitprogramme für die Bezirke Floridsdorf und Donaustadt publiziert. In der internationalen Reihe „Der Stand der Dinge" wurde eine umfangreiche Publikation zum Thema „Stadt- und Umwelttechnologien" auch in englischer Sprache erstellt, die auf die gleichnamige Ausstellung bezug nimmt. Ebenfalls wurde eine englische Version des Wiener Architekturführers und eine Publikation zur zeitgenössischen Landschaftsarchitektur mit dem Titel „Freiräume Wien" herausgegeben bzw. durch die Stadtplanung Wien maßgeblich unterstützt.

Im Zuge der persönlichen Betreuung von InteressentInnen an Fragen der Stadtplanung wurden insgesamt 63 Besuchergruppen entsprechend ihrer spezifischen Interessenslagen auch mit Unterstützung der jeweiligen Fachleute informiert. Die TeilnehmerInnen dieser Gruppen kamen aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, China, Russland, aus den Skandinavischen Staaten, den Niederlanden, aus Deutschland und - einige wenige - auch aus österreichischen Bundesländern. Die Schwerpunkte der Fragestellungen waren Grünplanung, verschiedene Verkehrsprobleme und deren Lösungsstrategien, Stadterhaltung sowie Fragen zur Stadtentwicklung und Regionalplanung im Allgemeinen.

Das Aufgabenspektrum der Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die organisatorische Bewältigung zahlreicher Fachveranstaltungen abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der Öffentlichkeitsarbeit darin, in der Art einer Veranstaltungsorganisation Voraussetzungen und Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler Expertenteams zu schaffen. Stellvertretend für viele dieser Veranstaltungen wird die europäische Konferenz der Schulen für Landschaftsarchitektur und die Wiener Architekturgespräche genannt.

Auf dem Sektor der so genannten „Neuen Medien" wurde im Jahr 1998 ein besonderer Schwerpunkt auf die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet gelegt.

Im Rahmen der fotografischen Dokumentation wurden die Arbeiten an der Chronologie des Baugeschehens in Wien weitergeführt und das über das Intranet und Internet zugängliche Informationssystem nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen vorangetrieben.

Die Aufgabe der Wissenschafts- und Forschungsförderung besteht darin, Wien im Hinblick auf die Städtekonkurrenz als intellektuelle Stadt, als Innovations- und Wissenschaftsstadt und als Stadt mit hoher Kultur- und Lebensqualität, damit aber auch als guten Wirtschaftsstandort zu positionieren. Das Wissenschaftsreferat arbeitet an der Erreichung dieses Zieles mit einer Vielzahl an Förderungsmaßnahmen, strategischen Projekten und Veranstaltungen.

Die Aktivitäten in diesem Arbeitsfeld standen unter folgenden thematischen Schwerpunkten:

- Förderung eines guten Klimas für die Universitäten und Hochschulen und für die Studierenden in Wien durch eine intensivere Verbindung zwischen der Stadt, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern und den Universitäten (Universitätsstadt).

- Förderung der kreativen und innovativen Potentiale in der Stadt, mit dem Blick vor allem auf jene Bereiche, in denen Wiener Institutionen, Gruppen, anerkannte Persönlichkeiten und junge WissenschafterInnen durch hohe fachliche Qualität vielfältige Impulse für das intellektuelle Leben in der Stadt geben, und durch das Angebot einer Diskussionsplattform für zentrale Gegenwartsprobleme (Wissenschaftsstadt).
- Vernetzung der wissenschaftlichen Szenen und der Kultur mit der Wirtschaft zur Vermittlung des wissenschaftlichen Know-how und der Herstellung von Synergieeffekten für Wien (Wirtschaftsstadt).

Die Arbeit gliederte sich in vier wesentliche Aufgaben- und Arbeitsgebiete:

• Clearingstelle zwischen den in Wien ansässigen universitären und außeruniversitären Einrichtungen des wissenschaftlichen Lebens einerseits und der Stadtverwaltung andererseits: Es geht dabei darum, Kompetenzen zu fördern, Potentiale zu vernetzen, Wissenstransferprozesse in Gang zu bringen. Hierher gehören auch die Aufgaben einer Informations- und Servicestelle für Angehörige wissenschaftlicher Institutionen und für junge WissenschafterInnen. In diesem Sinne wurde das „Forum Stadtuniversität" und das „Forum Wissenschaft-Wirtschaft" ins Leben gerufen und damit ein Begegnungsraum von Verwaltungs-, Wirtschafts- und Forschungs-Know-how geschaffen. Es fanden zwei große Workshops über „Wissenschaft und Entscheidung" und über „Systembedingte Arbeitslosigkeit und alternative Beschäftigungspolitik" statt. Ebenfalls im vergangenen Jahr startete das Urban Fellowship mit dem renommierten Berliner Kulturforscher Prof. Dr. Rolf Lindner. Im Rahmen des Urban Fellowship sollen prominente StadtforscherInnen ihre Thesen zu aktuellen Stadtentwicklungsprozessen präsentieren und ihre wissenschaftlich-analytischen Kenntnisse in Workshops mit StadtplanerInnen zur Diskussion stellen.

• „Think-Tank" zu allen Fragen, die das Verhältnis der Stadt Wien zu seinen wissenschaftlichen Institutionen und seinen Wissenspotentialen betrifft. Es geht um die Entwicklung von Strategien, die geeignet sind, Wien in noch stärkerem Maß zu einer Wissens- und Wissenschaftsstadt zu machen: Gemeinsam mit dem Rektor und dem Prorektor der Universität Wien wurde ein Konzept für die Eröffnung und Nutzung des Universitätscampus im alten Allgemeinen Krankenhaus entwickelt. Im Sinne einer Vernetzung urbaner und wissenschaftlicher Diskurse und einer wechselseitigen Stimulierung universitärer und städtischer Impulse für eine urbane Belebung des Campus wurden dazu die Schwerpunkte gesetzt. Gemeinsam mit Vertretern der Wiener Universität wurde das Konzept für eine „Wien Akademie" der Stadt und der Universität erarbeitet, die ab dem Sommersemester 1999 Wien-Entwicklungen und Wien-Probleme systematisch unter ein „kulturwissenschaftliches Mikroskop" legen wird.

• Förderung von Forschung und Wissenschaft im Wege von Förderungsbeiträgen an wissenschaftliche Vereine und an junge WissenschafterInnen in Form von Stipendien. Wissenschaftliche Publikationen werden durch Druckkostenbeiträge und Förderungsankäufe unterstützt. Insgesamt profitierten davon rund 500 Einzelprojekte: Bei den geförderten Projekten handelt es sich um Forschungsprojekte, Symposien zu wissenschaftlichen Themen, Workshops, Arbeitsgespräche und Vortragsreihen, Ausstellungen, die neue wissenschaftliche Ergebnisse präsentieren und zu deren Vorbereitung und Durchführung wissenschaftliche Arbeit notwendig ist, wissenschaftliche Recherche- und Redaktionsarbeit im Rahmen der Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen, Druckschriften, die sich auf hohem wissenschaftlichem Niveau mit relevanten gesellschaftlichen Fragen befassen.

Die Förderungsschwerpunkte ergeben sich aus den oben ausführlich genannten Zielsetzungen der Wissenschaftsförderungsarbeit der Stadt Wien und aus den Förderungskriterien (wissenschaftliche Innovation, Aktualität und Wien-Bezug).

Die Förderungstätigkeit setzt daher klare Schwerpunkte:

- in der Erforschung und Erkundung der historischen und gegenwärtigen Wissensbasis der Stadt,
- in der Analyse der Stärken und der Schwächen der intellektuellen Kultur in Wien, welche die Grundlage dafür bietet, Stärken zu akzentuieren und Defizite auszugleichen,
- in der Analyse der materiellen und mentalen gesellschaftlichen Strukturen und der Diskurse,
- in der Förderung all jener Projekte, welche die historischen und gegenwärtigen Geisteskulturen, in denen beeindruckende Höchstleistungen erzielt wurden, erforschen (z.B. die Epochen des Vormärz, der liberalen Ära, der Wiener Moderne usw.),
- in der Analyse von Wien-bezogenen Problemfeldern, in denen Untersuchungs- und Aufklärungsbedarf besteht,
- in der Förderung origineller, kreativer Projekte, die in den etablierten Strukturen der wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsgemeinschaften oft nur schwer Platz finden, die jedoch die Grundlage, gleichsam der Humus, für die Entfaltung eines kreativen Potentials in Wien in der Zukunft sind.

• Wahrnehmung der Agenden eines Wissenschaftskollegs der Stadt Wien in Gestalt der Planung, Organisation und Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen: Unter dem Dach der 1987 gegründeten und von einem immer noch wachsenden Publikum frequentierten Wiener Vorlesungen fanden im Jahr 1998 50 - mit den in enger Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Instituten geplanten Vorträgen insgesamt 60 - wissenschaftliche Vorträge statt. Neben den Hauptprogrammschienen „Zur geistigen Situation der Zeit", dem „Umweltforum Wien" und dem „Wiener Zukunftsdialog" wurde im vergangenen Jahr ein Schwerpunkt in den Präsentationen der Wiener Universitäten und Fakultäten gesetzt. Es wurden die Geisteswissenschaftlichen Institute im Rahmen der Eröffnung des Universitätscampus vorgestellt; die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien wurde mit einer Vorlesung über „Deregulierung und Verrechtlichung" präsentiert; die Universität für angewandte Kunst wurde mit einem Vortrag über „Architektur am Ende des 20. Jahrhunderts" vorgestellt.

Mit dem Martin Buber Kolleg initiierten die Wiener Vorlesungen gemeinsam mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eine Veranstaltungsreihe, die in einem Zeitalter der Singularisierung Impulse für neue Formen

der Solidarität und für die Entwicklung von Gemeinsamem geben möchte. Martin Buber war der große Philosoph, Analytiker und Impulsgeber des Kommunitarismus. Und daher wurde dieser Programmschiene der Wiener Vorlesungen, die sich mit den Ursachen für die Auflösung der alten und den Bedingungen für die Schaffung neuer Solidaritätsbeziehungen auseinander setzt, der Titel „Martin Buber Kolleg" gegeben. Dieses Kolleg startete mit einer Vorlesung zum Thema „Das Leben im Dialog. Ein Rückblick auf Martin Bubers Philosophie" und wurde mit einem Vortrag zum Thema „Martin Buber as a Communitarian Philosopher" fortgesetzt.

Neben den Universitätspräsentationen setzten die Wiener Vorlesungen im Jahr 1998 zwei inhaltliche Schwerpunkte: Mit einer Reihe von Veranstaltungen wurde jener revolutionären Ereignisse im Jahr 1848 in Wien gedacht und wurden jene Personen gewürdigt, die vor 150 Jahren für Demokratie und Freiheit und für die Durchsetzung demokratischer Standards kämpften.

Mit einem großen Symposion zum Thema „Europa neu denken" und mit einer Reihe von Veranstaltungen gaben die Wiener Vorlesungen Impulse für eine Diskussion Europas als Werte- und Kulturgemeinschaft. Die Vorträge gingen dabei von der These aus, dass Europa lange vor der Herausbildung und Akzentuierung der Nationalstaaten ein Netz von intellektuellen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen herausgebildet hat, die es legitim, ja unerlässlich erscheinen lassen, nach dem Charakter dieses verbindenden europäischen Ideen- und Wertenetzes zu fragen.

Die Ergebnisse der Veranstaltungstätigkeit des Referates Wissenschafts- und Forschungsförderung werden seit 1990 in zwei Buchreihen herausgegeben, um so die Vorträge einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Jahr 1998 sind wiederum fünf Bände erschienen.

Die technische Bibliothek stellt für den gesamten technischen Bereich des Magistrates die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke zur Verfügung. Dies gilt gleichermaßen für die in den einzelnen Fachgebieten benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften usw. Das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften wird sogar für den gesamten Magistrat in dieser Bibliothek bereitgestellt. Diese Bibliothek versteht sich eher als „fachliche Leihbibliothek für MitarbeiterInnen", darüber hinaus steht sie auch auswärtigen BenutzerInnen zur Verfügung. Parallel dazu wird die Sammlung und Dokumentation der im eigenen Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten vervollständigt und um neue Werke ergänzt, um sie zentral zugänglich zu machen. Der institutionalisierte Schriftentausch zum Themengebiet Stadtplanung mit vor allem deutschsprachigen Instituten, Planungsämtern und Bibliotheken fördert ganz wesentlich den Informationsfluss und auch die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Dieser Teil findet InteressentInnen nicht nur aus dem Magistratsbereich; die Mehrzahl der BenutzerInnen kommt von Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Insbesondere aktuelle Arbeiten oder solche aus der jüngeren Vergangenheit dienen oftmals als Grundlage für weitere Bearbeitungen.

Die Anzahl der Titel wurde im abgelaufenen Jahr um rund 570 auf einen Bestand von insgesamt etwa 27.500 Titel (mehr als 50.000 Bände) erhöht. Damit konnte fast 6.000 Personen die gesuchte Information in Gestalt von weit mehr als 10.000 entlehnten Bänden vermittelt werden. 300 verschiedene Fachzeitschriften (Periodika) befanden sich in einem magistratsinternen Umlaufverfahren, durch das im Laufe des Jahres insgesamt mehr als 33.300 Entlehnungen von Einzelheften durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt verzeichnet werden konnten.

Dem „digitalen Zeitalter" wird dadurch Rechnung getragen, dass bereits jetzt digital verfügbare Quellen auch in dieser Form angeboten und je nach Wunsch der Kundschaft auch weitergegeben werden. Hier gilt das Bestreben, dieses Service nach Maßgabe des Angebotes der Verlage bzw. Herausgeber so weit wie möglich zu erweitern und auch Nachschlage- und Suchmöglichkeiten über Internet zu einzurichten.

Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung" übertragen worden. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkte zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
- Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung - Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlussabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken, Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, sodass Honorare eingespart werden konnten.

1. Referat „Gestaltung öffentlicher Raum"

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum" stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben. Diese Tätigkeit umfasst grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:
1.1 Oberflächenplanungen
1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes
1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben
1.4 Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

1.1 Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben werden, wie z.B. U3-Ost (Bauabschnitt U3/19-22), 11, Simmeringer Hauptstraße, U3-West (Bauabschnitte (U3/16-18), 16, Vorplatzbereiche Paltaufgasse, ist die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgesetzt bzw. beendet worden. Oberflächenplanungen wurden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z.B. 1, Rathausplatz, 1, Judenplatz, 2, Karmeliterviertel, 5, Siebenbrunnenplatz, 5, Margaretengürtel, 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 8, Albertplatz, 9, Julius-Tandler-Platz, 21, Floridsdorfer Straße, 22, Kagran-West, 23, In der Wiesen Nord bzw. um Eigenplanungen der Abteilung wie 1, Beethovenplatz, 4, Favoritenstraße, 5, Am Hundsturm, 13, Am Platz, 13, Altgasse, 21, Amtsstraße und weitere 39 kleinere Projekte.

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betraf die Oberflächenplanungen für die Stadterweiterungsgebiete im 11., 21., 22. und 23. Bezirk. In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befassten Architekten und den beteiligten Dienststellen wurden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollten.

Mitgearbeitet bzw. federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen 1, Kunstplatz-Karlsplatz, 1, Donaukanalbereich - Innere Stadt, 2, Praterstraße, 2, Donaukanal - Umweltmeile, Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN - Gürtel Plus" (Gumpendorfer Straße - Nußdorfer Straße), „Kulturachse Schönbrunn" (Schönbrunn Vorplatz - Technisches Museum - Äußere Mariahilfer Straße) sowie Fachkommission Verkehr - Straßenraumgestaltung. Für den Bereich 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz wurde ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt.

1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:
- generelle Überarbeitung eines Aufstellungssystems für Altstoffcontainer (gemeinsam mit MA 48) im Sinne einer stadtgestalterischen Ordnung nach einer von der Abteilung beauftragten Studie (Prototyp Bearbeitung des 15. Bezirks)
- „Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem - Anzeigen" gemeinsam mit den Wiener Linien (Prototyp)
- gestalterische Überarbeitung der Gasdruckregler bzw. Trafostationen (gemeinsam mit Wiener Stadtwerken)
- neuer Beleuchtungskandelaber für übergeordnete Straßen (Weiterbearbeitung)
- neue Zeitungsboxen für Medienträger
- neue Zeitungsleitern für Medienträger
- neue Sitzbänke für Haltestellen der Wiener Linien
- Eine Weiterbearbeitung des Ringstraßenbeleuchtungs- und Möblierungskonzeptes ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet.

1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und Bearbeitung von diesbezüglichen gestalterischen Aufgaben bzw. wie an Bürgerdiskussionen (projektbezogen) wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

1.4 Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:
- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfasssäulen, City-Light Wartehallen, usw.
- Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde 1998 fortgesetzt und in der Praxis laufend umgesetzt. An der praxisgerechten Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbs "Kioske im öffentlichen Raum" im Bewilligungsverfahren wurde weitergearbeitet. Im Jahre 1998 wurden rund 940 Ansuchen behandelt.

2. Referat „Generelle Grundlagenplanung"

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen und überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen bzw. begleitet oder koordiniert deren Entwicklung.

2.1 Generelle Konzeptionen

2.1.1 Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand einerseits die Anwendung des neuen Stadterhaltungskonzepts im Hinblick auf verschiedene Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die Schutzzoneninventarisierung mittels GIS im Vordergrund.
Der Projektablauf ist in mehreren Phasen konzipiert, wobei 1998 folgende Arbeitsschritte erfolgten:

Phase 1 - Datenerfassung/Literaturerfassung:
Die bereits 1996 gestartete Quellenerfassung wurde im Jahr 1998 durch aktuelle Daten vom Bundesdenkmalamt aktualisiert. Außerdem wurden historische Pläne in der MA 14 gescannt, die 1999 in das GIS übergeführt werden.

Phase 2 - Schnellinventarisierung:
Die Schnellinventarisierung stellt als zweite Phase der neuen Arbeitsweise für die Schutzzonenabgrenzungen den wesentlichsten Arbeitsschritt dar, da hierbei die neuen Schutzzonengrenzen vordefiniert werden. 1998 wurde begonnen, die Bezirke 2 und 20 sowie 14 bis 19 zu inventarisieren und daraus neue SZ-Vorschläge abzuleiten, welche in weiterer Folge im Bebauungsplan ausgewiesen werden sollen. Die Fertigstellung dieser Bearbeitungen ist für das Frühjahr 1999 vorgesehen (umfasst rund 28.000 Objekte).
Die Bearbeitungen der Bezirke 3 bis 9 sowie die Inventarisierung von Nußdorf und Heiligenstadt wurden 1998 abgeschlossen. In Summe wurden hierbei rund 13.000 Objekte inventarisiert.
Für die folgend angeführten Gebiete wurden, im Zuge der laufenden Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch die MA 21 - Abteilungen, Schutzzonen neu formuliert bzw. die Gebäude innerhalb dieser Schutzzone einer Inventarisierung zugeführt:
Bereich Hütteldorfer Straße/Reinlpark, Neugebäude, Redemptoristenkloster
Für die alten Ortskerne wurde ein genereller Gestaltungskatalog anhand des Ortskerns von Strebersdorf erstellt.
Der Schutzzonenatlas wurde nachgeführt und auf den Datenstand 31. Dezember 1997 gebracht.
Für die Abfrage der Daten des Schutzzonenmodells wurde gemeinsam mit der MA 14 eine Intranetlösung entwickelt. Dabei können Pläne wie die Stadtkarte, Kataster, Bebauungsplan und Luftbild sowie Fotos und Datenbankdaten der inventarisierten Objekte dargestellt werden. Seit der Installation im Juli 1998 können bereits über 20.000 Zugriffe verzeichnet werden.
Die 1994 erstellte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung - Stand der Dinge in Wien" wurde 1998 in Moskau, Salzburg, Graz und Klagenfurt präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche zum neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnten.
Die Wiener Architekturausstellung wurde hierbei ebenfalls gleichzeitig zur Schau gestellt.
In einer Studie für die Siedlungen der Zwischenkriegszeit wurden diese analysiert und einer Bewertung zugeführt, um in später Folge unter Umständen daraus Schutzmaßnahmen abzuleiten.

2.2 Koordinierung von Planungsabläufen

2.2.1 Donau-City

Die städtebaulich-gestalterische Entwicklung der Donau-City, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteiles sowie die der sozialen Infrastruktur (Schule, Kindergärten) wird unter Mitwirkung bzw. Federführung der Abteilung koordiniert.
Die entstehenden Hochbauprojekte wurden und werden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft. Die Planung der öffentlichen Bereiche (rund 20.000 m²) wurde abgeschlossen und die bauliche Umsetzung von Teilen der „Diagonale" wurde im Frühjahr 1998 realisiert. Die Planung des „Tech-Gate", sowie des Kirchen- bzw. Bankfilialenneubaues wurde in den Zusammenhängen mit dem Umraum bzw. den öffentlichen Bereichen abgestimmt.

2.2.2 Projektteam „Donau-City"

Die Aufgabenstellungen des Projektteam (Koordinierung der Planungsabläufe zwischen der WED und der Stadt Wien, Entwicklung eines neuen Masterplans für die Donau-City, Visualisierungen von Bauvorhaben für die Donau-City und Abstimmung der Zwischenergebnisse mit der Leitungsgruppe) wurden generell bzw. speziell zu einer Vielzahl von Einzelthemenstellungen umgesetzt und auch abgestimmt. Auf Grund der Zwischenergebnisse des neuen Masterplans ergab sich die vertiefte Behandlung einer Ideenfindung für einen zeichensetzenden Kulturbau in der Donau-City. Der laufende Wettbewerb für den Bau einer TU-Maschinenbaufakultät wurde begleitet.
Ein 3D-Datenmodell für die Donau-City und den Umraum wurde fertig gestellt und bereits bei mehreren Entscheidungsfindungen wie auch Publikationen angewendet.

2.2.3 Wiental - Wienfluss

Aufbauend auf das, unter Federführung der Abteilung im Jahre 1991 in einem Arbeitskreis erarbeitete „Konzept Wienfluss" (Kanalbau, Hochwassersicherung, Ökologisierung, Gestaltung und Attraktivierung) wurden, im Hinblick auf eine schrittweise Realisierung, im Zuge der Umsetzungsplanung der MA 30 und MA 45 Arbeitsschritte in Arbeitsgruppenform gesetzt.

2.2.4 Bauträgerwettbewerb, 6, Wallgasse

Für den Bereich 1060 Wien, Wallgasse - Gumpendorfer Gürtel - Gumpendorfer Straße wurde im Jahre 1995 von Herrn Dipl.-Ing. Gräsel im Auftrag der MA 21 A und der Abteilung eine Feasibility Studie erstellt. Ein wesentlicher, vom 6. Bezirk befürworteter Projektbestandteil der Studie ist die Situierung einer Garage unter dem Fritz-Imhoff-Park. Zu diesem Garagenstandort gaben die MA 42 und MA 46 Einwände an, die in einer von Dipl.-Ing. Gräsel im Auftrag der Abteilung erstellten Ergänzungsstudie ausführlich behandelt wurden. Nach erfolgter Präsentation dieser Studie wurde mit dem Bezirk vereinbart, dass erst nach Vorliegen der Ergebnisse einer Bürgerbefragung zum Bau der Esterhazypark-Garage das Bebauungsprojekt Wallgasse, weiterbehandelt wird.

2.2.5 Liesinger Platz

Im Zuge der Errichtung einer Park & Ride-Anlage im Bahnhofsvorbereich des Liesinger Platzes erschien es notwendig, die städtebauliche Situation des Vorbereiches und in Folge den gesamten Liesinger Platz städtebaulich und stadträumlich nochmals zu überprüfen. Ein generelles Gestaltungskonzept für den gesamten Platzbereich (stufenweise Realisierung ist nach Errichtung der Park & Ride-Anlage möglich) wurde ausgearbeitet und den politischen Entscheidungsträgern vorgestellt.

2.2.6 Donauraum

In Zusammenarbeit mit den Abteilungen MA 21 C, MA 18 und MA 45 wurde für den gesamten Donauraum aufbauend auf eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der bestehenden Funktionalitäten im Jahr 1997 eine Nutzungsstudie entwickelt, welche im wesentlichen die bestehenden Nutzungen bestätigt. Aufbauend auf dieser Studie wurden nun 1998 für Teilbereiche Detaillierungskonzepte ausgearbeitet. Weitere Detailkonzepte (u.a. rechtes Donauufer) und ein Leitkonzept sind für 1999 vorgesehen.

2.2.7 Westbahnhof

Auf Initiative und in enger Zusammenarbeit mit der ÖBB wurde begonnen, im Rahmen einer Arbeitsgruppe, ein städtebauliches Entwicklungs- und Gestaltungskonzept um den Westbahnhof und entlang der Felberstraße zu erarbeiten.

2.3 Mitarbeit bei Projektsentwicklung und Arbeitskreisen

2.3.1 Prater Hochstraße, Nußdorfer Steg, Fußgeherübergang Handelskai 94 - 96 (Millenium-Steg) und Brücke über B 302

Im Zuge der Instandsetzung und Hebung der Prater Hochstraße ist die Abteilung im Hinblick auf gestaltungsrelevante Lösungsfindungen laufend eingebunden.
Bei den Planungen Nußdorfer Steg, Millenium-Steg und Brücke über die B 302 - Wiener Nordrandstraße wurden von der Abteilung die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt (Einbindung in das öffentliche Verkehrsnetz, Gestaltung usw.).

2.3.2 Lärmschutzwände

Das Erfordernis an der Errichtung von Lärmschutzwänden nimmt durch das steigende Verkehrsaufkommen zu. Für das Lärmschutzprojekt B 229 Großjedlersdorfer Straße, Bereich Rautenweg erfolgen die gestalterischen Begleitplanungen durch die Abteilung.

2.3.3 Arbeitskreis GIS-Anwendung zur Plandokumentenerstellung für die MA 21 - Abteilungen

Nachdem der Abteilung mit dem neuen Schutzzonenmodell der Stadt Wien in der Stadtplanung eine Vorreiterrolle bei Datenbankerstellungen zukommt und die GIS-Anwendung für die MA 21-Abteilungen vom grundsätzlichen System und der Organisation her ähnliche Anforderungen hat, konnten die Erfahrungen mit den anzuwendenden Systemen in einem Arbeitskreis weitergegeben werden.

2.3.4 Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens, die Verlängerung der U6 nach Norden, die Verlängerung der U1 Richtung Norden sowie die U-Bahn Verbindung Richtung Stadlau (U2/5) mit einer neuen Wendeanlage am Vorplatz wurde in Arbeitskreisen bearbeitet. Seitens der Abteilung wurden die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt.

2.3.5 FNA 133

Dieser Fachnormenausschuss beschäftigt sich mit der Normierung graphischer Öffentlichkeitsinformationen (Bildzeichen). In diesem Ausschuss sind Fachleute der Privatwirtschaft, Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertreter der Stadt Wien (Abteilung) vertreten.
Die Entwicklung genormter graphischer Symbole für die Öffentlichkeitsinformation wurde im Jahre 1997 weitergeführt. Die ÖNORM A 3011 und A 3001 wurde behandelt.

2.3.6 Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste, Publikationen usw.). Insbesondere wird auch mit dem Stadtratbüro, der Gruppe Planung und der Pressestelle der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) zusammengearbeitet.

2.3.7 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus der Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

2.3.8 Kleingarten - Handbuch

Von der Stadt Wien (Abteilung) wurden in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Wiener Kleingärtner in den Jahren 1985 und 1994 zwei Handbücher zum Thema „Bauen im Erholungsgebiet - Kleingarten" (Ekl, Ekl-W) erstellt.
1997 wurde Arch. Hagmüller von der Abteilung beauftragt, ein dem neuen KG-Gesetz entsprechendes, alle Kleingartenwidmungen und Kleingartenwohnhäuser in Fertigteilbauweise behandelndes Handbuch zu erstellen. Dieses Buch wurde am 12. Oktober 1998 im Schutzhaus Zukunft auf der Schmelz vom Stadtrat Dr. Görg vorgestellt. Das Handbuch ist bei der MA 18 und dem Zentralverband der Kleingärtner erhältlich.

2.3.9 Arbeitskreis Güterterminal Inzersdorf - Metzgerwerke

Zur Umsetzung des zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien bestehenden Grundsatzübereinkommens hinsichtlich des Ausbaus der Pottendorfer Linie und des Güterterminals Inzersdorf Metzgerwerke wurden unter der Federführung der MD-BD, Dezernat 1, ein Projektteam und ein Arbeitskreis, in dem die Abteilung mitwirkt, gebildet. Das durch eine Arbeitsgruppe erarbeitete städtebauliche Leitbild für den Güterterminal Inzersdorf wurde weiterbehandelt.

2.4 Visualisierung von Stadträumen

Im Juni 1996 wurde eine von GRINTEC entwickelte Software, genannt GO-3DM, angekauft. Damit steht der Stadt Wien ein Werkzeug zur Visualisierung von Stadträumen zur Verfügung. Als Grundlage dazu dient die digitale Mehrzweckkarte der Stadt Wien, welche mittels GO-3DM in ein 3D-Datenmodell umgerechnet werden kann. Zur eigentlichen Visualisierung wird in den einzelnen Stadtplanungsabteilungen das Programm Autodesk 3D-STUDIO eingesetzt. Dazu wurden im Juni 1996 Mitarbeiter von jeder Abteilung eingeschult.
Im Jahre 1998 konnte diese Technik wieder bei mehreren Projekten angewandt werden:

2.4.1 Donau-City:

Zur Unterstützung der Entscheidungen des Projektteams sowie für Publikationen.

2.4.2 Europaplatz:

Zur Unterstützung einer städtebaulichen Studie für den Vorplatz des Westbahnhofes, der äußeren Mariahilfer Straße und des Mariahilfer Platzl's sowie der Felberstraße.

2.4.3 Schönbrunn:

Zur Unterstützung des Gestaltungskonzeptes.

2.4.4 Gürtel - Hauptbibliothek - Wettbewerbsverfahren

3. Referat „Städtischer Nutzbau"

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefasst, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, und zwar in
3.1 Schulbau
3.2 Kindergärten, Heime
3.3 Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten
3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime
Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt, - ausgehend von der Grundlagenbeschaffung - den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.
Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren (Wettbewerb, Verhandlungsverfahren) oder Gutachterverfahren abzuwickeln, wobei das Verfassen der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung, sowie die Vorbereitungen für Ausstellungen von der Abteilung wahrgenommen werden. Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlussrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

3.1 Schulbau
Im Rahmen des „Schulbauprogrammes 2000" wurden seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfes im Wiener Pflichtschulbereich rund 100 Schulen neu gebaut oder erweitert.
Im Schulbau ist die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Dies ist gerade im dicht verbauten innerstädtischen Gebiet mit nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten verbunden, da kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügung stehen und trotzdem Lösungen gefunden werden müssen. Die Folge sind daher langwierige Planungsphasen, und bei Abbruch von in Betrieb befindlichen Altgebäuden, etappenweise Errichtung unter Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.
Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl und Beurteilung neuer Standorte bzw. für die Lösung der Bauaufgabe werden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt oder Wettbewerbe ausgeschrieben. Durch diese gewissenhafte Aufbereitung der Planungsgrundlagen kann die Beschlussfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der einzelnen Schulen durch die Schulverwaltung rascher erfüllt werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung folgender Schulstandorte erstellt:
Es sind dies die Hauptschule 2, Blumauergasse, die Volks- und Hauptschule 8, Pfeilgasse, die Volksschule 10, Quellenstraße, die Volks- und Hauptschule 19, Oskar-Spiel-Gasse und die Volksschule 22, Asperner Heldenplatz.
Neu begonnen im Rahmen des „Schulbauprogrammes 2000" wurde im vergangenen Jahr die Planung für die Volksschule mit 9 Klassen in 23, In der Wiesen, welche als Architektenwettbewerb EU-weit ausgeschrieben wurde und für welche die Vorentwurfsplanung einschließlich eines integrierten Kindertagesheimes sowie der erforderlichen Hortgruppen abgeschlossen werden konnte.
Die Einreich- und Polierplanungen für die Erweiterung bzw. den Neubau folgender Schulen wurden fertig gestellt und der Baubeginn konnte in Angriff genommen werden:
Es sind dies die Volksschulen 22, Prandaugasse und Asperner Hauptplatz sowie 23, In der Wiesen Nord und die Hauptschule 23, Carlbergergasse.
Im Jahr 1998 wurden folgende Schulbauten fertig gestellt und im September in Betrieb genommen: die Hauptschule in 21, Peitlgasse, die Volksschule in 22, Wagramer Straße 45, sowie die Erweiterungsbauten zu den Volksschulen 11, Wilhelm-Kress-Platz 32, 20, Spielmanngasse - Dietmayergasse, sowie an den Hauptschulen in 2, Kleine Sperlgasse 2, 8, Glasergasse 8, 21, Reisgasse und 23, Steinergasse 25.

3.2 Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten und Heime umfasst alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischer Kindergärten, Wohngemeinschaften, Krisenwohngemeinschaften, Kinderheime und Kindererholungsheime, sowie Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11 wie sozialpädagogischen Ambulanzen usw.
Steigende Geburtenzahlen und eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen angelaufen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von rund 180 - 220 WE = 1 KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 Prozent. In rund 390 Kindergärten können insgesamt rund 39.000 Kinder betreut werden.
Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angelaufen. Von Herbst 1993 bis Ende 1998 wurden insgesamt 84 städtische Kindertagesheime errichtet, 10 davon wurden 1998 fertig gestellt. Derzeit sind weitere 37 Projekte in Vorbereitung. Von den insgesamt 121 Projekten wurden rund 90 Prozent im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet und mitfinanziert, die restlichen Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert.
Seit 1997 werden jedoch nicht mehr alle von der Stadt Wien errichteten Kindertagesheime von der Stadt Wien geführt, sondern auch von privaten Betreibern, derzeit sind das 25 Kindertagesheime.
Die Planung der KTH-Neubauten wird zum geringen Teil magistratsintern, größtenteils jedoch von beauftragten Architekten durchgeführt. Diese Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf, Detailplanung, bis zur Übergabe betreut.
Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Bereich der Sanierung bestehender Kindertagesheime. Viele der in den 60er-Jahren errichteten Gebäude entsprechen nicht mehr den funktionellen Anforderungen und bedürfen auch hinsichtlich der Bausubstanz dringender Sanierungsmaßnahmen. Der derzeit steigende Bedarf an Krippenplätzen machte Adaptierungsmaßnahmen und damit Entwurfsplanungen für Zu- und Umbauten erforderlich. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere nachfolgende Projekte (Gruppenanzahl):
Es sind dies die Generalsanierung des Kindertagesheimes in 1, Rudolfplatz mit 6 Gruppen, der Zubau und die Teilsanierung des Kindertagesheimes in 2, Venediger Au mit 4 Gruppen und 1 Mehrzweckraum, die Generalsanierungen der Kindertagesheime in 8, Josefstädter Straße, mit 16 Gruppen und 1 Mehrzweckraum und in 15, Siebeneichgasse mit 9 Gruppen und 1 Mehrzweckraum. Weiters wurde eine Planungsstudie für den Neubau eines Kindertagesheimes mit 5 Gruppen und einem Bewegungsraum in 14, Hägelingasse, ausgearbeitet.
Mit den Umbauarbeiten wurden, nach Plänen der Abteilung, begonnen: Es betrifft dies ein Kindertagesheim in 3, Landstraßer Hauptstraße (4 Gruppen), in 11, Rinnböckstraße (5 Gruppen), in 12, Ruckergasse (5 Gruppen) und in 23, Putzendoplergasse (5 Gruppen). Folgende Sanierungsprojekte wurden fertig gestellt: Es sind dies die Zubauten in den Kindertagesheimen in 10, Franzosenweg, in 22, Schukowitzweg und 22, Benjowskygasse, weiters die Generalsanierungen der Kindertagesheime in 12, Stranitzkygasse (6 Gruppen und 1 Mehrzweckraum), in 16, Possingergasse (6 Gruppen), und in 23, Dirmhirngasse (3 Gruppen).
Im Rahmen des Programmes „Heim 2000" wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6 - 8 Jugendliche und deren Betreuer. Eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften ist sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt und wird auch bereits durchgeführt.
Als Beispiele sind die Wohngemeinschaften in 12, Reismannhof, 14, Penzinger Straße, 23, Steinergasse anzuführen.

1998 wurden folgende Kindertagesheim-Projekte fertig gestellt, und zwar in 10, Dieselgasse, 11, Am Hofgartel, 15, Mareschgasse, 17, Nattergasse, 20, Forsthausgasse, 21, Viehtriftgasse/Satzingerweg, 22, Wagramer Straße 43 - 45, 22, Eibengasse 59, 22, Grosserweg/Rosenbergstraße, und 23, Osramgründe.
Bei den genannten Projekten waren es alle fremde Betreiber mit Ausnahme des Kindertagesheimes 22, Grosserweg/Rosenbergstraße, dessen Betreiber die MA 11 ist.
Derzeit in Bau sind die Kindertagesheime in 2, Vorgartenstraße/Nordbahnhof, 10, Grundäckergasse, 10, Gudrunstraße, 11, Csokorgasse, 12, Andersengasse, 14, Hütteldorfer Straße 130a, 16, Koppstraße/Odelgagründe, 21, Donaufelder Straße 32, 22, Donau City, 22, Prandaugasse, 22, Prandaugasse (Provisorium), 23, Carlbergergasse und in 23, Steinergasse.
Derzeit in Planung sind die Kindertagesheime in 2, Messerandbereich/Trabrennstraße, 10, Gutheil-Schoder-Gasse/Philipsgründe, 11, Gasometer Simmering/Guglgasse, 11, Lorystraße 127, 14, Hägelingasse, 14, Penzinger Straße 150 und in 22, Schrebergasse.

3.3 Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

Die Amtshäuser sollen im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung attraktiver gestaltet, die Erschließung durch behindertengerechte Zugänge und Aufzüge verbessert werden.
Bemerkenswerte Um- und Zubauten waren der Zubau im Hof 2 des Rathauses (Planungsbeginn), die Neugestaltung der „Stadtinformation" in der Friedrich-Schmidt-Halle des Rathauses (fertig gestellt), die Generalsanierung des Amtshauses Speising und der Planungsbeginn für den Generalumbau des Amtshauses 9, Währingerstraße 39.
Ein bemerkenswerter Zubau samt Hofüberdachung (Baubeginn) und wurde am Museum der Stadt Wien, Karlsplatz, durchgeführt.
Bemerkenswerte Neubauten sind das Erlebniswaldbad Penzing, das bereits eröffnet wurde und der Neubau Dianabad, wobei das Projekt bis auf weiteres gestoppt ist.
Im Bereich Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark sind die Neubauten der Stützpunkte in 12, Wundtgasse (vor Fertigstellung) und in 23, Speisinger Straße (Baubeginn) zu nennen.
Im Bereich der Sportbauten ist die Tribüne im Horrstadion in Bau und die Generalsanierung des Ferry-Dusika-Stadions wurde durchgeführt.
Ein bemerkenswerter Umbau im Bereich des Veterinäramtes ist die Generalsanierung und der Umbau der „Schweinebörse" (Planungsbeginn).
Mit den Bauarbeiten begonnen wird an der Gruppenfeuerwache Donaustadt, Donau-City.
In der Rettungszentrale erfolgten Um- und Zubauten von Betriebs- und Garagengebäuden sowie die Vorbereitung der Auslobung eines offenen, baukünstlerischen Wettbewerbes für einen Zubau an das zu erhaltende Hauptgebäude der Rettungszentrale.
Weitere bemerkenswerte Projekte sind der Umbau und die Neugestaltung des Konservatoriums der Stadt Wien (großer Saal), der Umbau eines denkmalgeschützten Hauses für die Musikschule Döbling (Innenhofüberdachung), die Generalsanierung der Luegerkirche (Zentralfriedhof, 2. Phase), der Neubau des Heimes für obdachlose Männer in 21, Siemensstraße (in Planung) und der Neubau des Nationalparkcamps Lobau (Planungsbeginn).

3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime:

Im Geriatriezentrum am Wienerwald wurde der Pavillon VI generalsaniert. Für dieses Projekt, beinhaltend zwei Bettenstationen mit je 36 Betten sowie die Schaffung eines Institutes für physikalische Medizin, wurden Einreichpläne erstellt. Für den Pavillon VIII wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt Pläne zur Neugestaltung der Fassaden verfasst. Im Förderpflegeheim Ybbs an der Donau wurden zur Errichtung einer Tagesstätte die Entwurfs- und Einreichpläne erstellt. Mit der Realisierung dieses Projektes wurde noch 1998 begonnen.
Die Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals mit Jahresende 1998 und die damit verbundene Neuschaffung einer Kinderabteilung im Krankenhaus Rudolfsstiftung erforderte eine Reihe von kurzfristigen Planungen. Diese betrafen im Einzelnen die Errichtung eines Betriebsgebäudes für Garderoben in Form eines Containerbaues, den Einbau von Ambulanzen (Neurologie, Neurochirurgie, Kinder) im Haus Boerhaavegasse 13, sowie die Errichtung einer Kinderpflegestation im Zentralgebäude des Krankenhauses. Die Kinderabteilung wurde im Dezember 1998 in Betrieb genommen.
Für die Sanierung des Bereiches der Physikalischen Medizin im Kurmittelhaus des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel wurde ein Gestaltungskonzept ausgearbeitet. Des Weiteren wurden für das Personalwohnhaus, Pavillon A und Pavillon C Bestands- und Brandschutzpläne erstellt.
In der Semmelweis Frauenklinik wurde die Generalsanierung der Wöchnerinnenstation durchgeführt, wobei sämtliche Planungsleistungen einschließlich Einrichtungsplanung von der Abteilung vorgenommen wurden.
Für die Generalsanierung des Physikalischen Institutes im Wilhelminenspital wurden Entwurfs- und Einreichpläne erstellt. Der hohe technische Standard des Projektes sowie der Zeitdruck bei der Umsetzung erforderte eine intensive Betreuung der Baustelle. Für die Umgestaltung der Ambulanzen im Pavillon 28 und die Stationssanierung E-Süd im Pavillon 29 wurden die kompletten Planungsleistungen durch die Abteilung erbracht.

Im Kaiserin-Elisabeth-Spital wurde im Pavillon 2 im 2. Stock die Stationssanierung 1998 nach Planung der Abteilung realisiert. Für den Pavillon 2, 1. Stock, wurden für die Stationssanierung die Entwurfs- und Einreichpläne ebenfalls von der Abteilung erstellt.
Für die Generalsanierung des Pavillons 6 im Pflegeheim Baumgarten wurden grundsätzliche Planungsüberlegungen insbesondere hinsichtlich der Umsetzbarkeit der KAV-Standardraumprogramme angestellt.
Für diverse kleinere Umstrukturierungsmaßnahmen sowie dringend notwendiger Standardanhebungen wurde eine große Zahl an Entwurfs- und Einreichplänen erstellt. Bei der Abstimmung von Raumprogrammen für die Neuplanung von Krankenhäusern und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurde mitgearbeitet.

4. und 5. Referat Gruppe „Architektonische Begutachtung"

Die Referate „architektonische Begutachtung (außerhalb von Schutzzonen)" und „Stadtbildpflege in Schutzzonen" wurden auf Grund der vergleichbaren Aufgabengebiete zur „Gruppe architektonische Begutachtung" zusammengefasst. Dies erfolgte auch auf Anraten der Betriebsberater Coopers & Lybrand.
Der Aufgabenbereich dieser Gruppe liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch - stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet. Durch regelmäßige Gruppenbesprechungen wurde und wird der Informationsstand der einzelnen Referenten zu aktuellen Themen hoch gehalten. Durch einen koordinierenden Gruppenleiter wurden überschneidende Problemstellungen (z.B. Projekte in Randbereich von Schutzzonen, Projekte in Umwidmungsphasen zur Schutzzone, Antennenanlagen, Garageneinbau usw.) für die gesamte Gruppe einheitlich gelöst bzw. gemeinsame Vorgangsweisen erarbeitet.
Die seit 1998 über das Intranet verfügbaren bzw. einsehbaren Bebauungsbestimmungen und Schutzzonenobjektdaten beschleunigen die Grundlagenerhebung und verstärken das kundenorientierte Informationsservice der Gruppe „architektonische Begutachtung".
Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, dass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).
Auf Grund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor (4. Netzbetreiber am Markt, Netzverdichtungen) nahm die Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 1998 schwerpunktartig zu.

4. Referat „Architektonische Begutachtung (außerhalb von Schutzzonen)"

Durch die Novellierung der BO mit den geschaffenen Möglichkeiten zur Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe gemäß § 75 (9) wurde die Entscheidungskompetenz zur Bauhöhenbegrenzung der Stadtgestaltung übertragen. Durch das geschaffene „Vereinfachte Bauverfahren gemäß § 70a" unterliegt auch die seitens des Referates durchgeführten Begutachtungstätigkeit einem hohen Zeitdruck. Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referates wurden von den sechs zugeteilten Referenten im Berichtsjahr 1998 7.044 Ansuchen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet - diese umfassen Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen. Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde die Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen laufend erweitert und ergänzt. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva als auch negativen Bauausführungen soll die Beratungstätigkeit der Referenten unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten.

5. Referat „Stadtbildpflege in Schutzzonen"

Der Schwerpunkt der Gutachtertätigkeit liegt in der Erhaltung des geschützten Bestandes. Der Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen in erhaltenswürdigen Gebieten ist gemäß §§ 7 Abs.1a und 85 Abs. 5 und 6 BO betont bzw. gesichert. Die Freigabe der Abtragung nicht geschützter Gebäude gemäß § 62a (1) Pkt.1 BO begründete die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überprüfung der bestehenden Schutzzonenabgrenzungen.
Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 1998 durch die drei zugeteilten Referenten 1.980 Ansuchen bearbeitet. Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang an Bauverhandlungen, Lokalaugenscheinen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 140 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt. Zu vorliegenden Projekten sowie anderen Vorhaben, die das äußere Erscheinungsbild der Schutzzonenobjekte beeinflussen, fanden rund 1.500 Besprechungen und 900 Begehungen statt. Als Grundlage für die Beratungen sowie die Gutachtertätigkeit dient die systematische Inventarisierung der Schutzzonenobjekte - nunmehr auf EDV-Basis über Intranet verfügbar. Im Berichtsjahr 1998 wurden wissenschaftliche Studien vorbereitet und betreut, die zur Klärung aktueller Fragen (z.B. Förderung der Fensterreparaturen, Wiederherstellung der historischen Straßenbeschilderung) beitragen sollen. Informative Vorträge über Schutzzonenregelungen sowie über aktuelle Veränderungen des Stadtbildes für Gebietsbetreuungen, für Fachgäste der MD-BD oder im Rahmen der Studentenbetreuung an der Universität Wien und der TU Wien zielten vor allem auf die Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West

Auf Grundlage der durch die Geschäftseinteilung übertragenen Aufgaben verdeutlichten sich 1998 drei Arbeitsfelder:

- die konzeptive Planung auf städtebaulicher Planungsebene für Stadtteile (Prater, Erdberger Mais, Gürtelzone, Höchstädtplatz-Bereich),
- projektorientierte, realisierungsbezogene Planungen (Projekt Wien Mitte, Krankenhausareale, 2, ehemaliges WIMO-Areal, u.a.) und
- die Flächenwidmung als 10-Jahres-Programm, mit dem die rechtliche Konsolidierung, aber auch die vielen punktuellen Bedürfnisse abgedeckt werden (z.B. Kleingartenbereiche, Stadterneuerung).

Ein Hauptschwerpunkt der Bearbeitungen der Abteilung im Rahmen der Stadtteilplanung lag darin, die durch den U-Bahn-Bau zu erwartende Entwicklungsdynamik in geordnete stadtwirtschaftliche und stadtverträgliche Bahnen zu lenken. Im Besonderen waren dies die Planungen für den Bereich Erdberger Mais/Aspanggründe sowie der zukünftigen Linienführung der U2-Verlängerung folgend die Fortsetzung der Planungen für den Bereich Volksprater-Messe-Krieau und Stadion.

Mit dem Jahr 2000, dem Jahr der U3-Verlängerung nach Simmering, wird der Erdberger Mais - derzeit ein nur extensiv genutztes Betriebsgebiet - durch die U3-Station Gasometer in wenigen Minuten von der City aus und 2002 der Flughafen Wien-Schwechat mit der neuen S7-Station St. Marx in 17 Minuten erreichbar sein, von Wien Mitte in zwei Minuten. Dies wird die Standortgunst des Erdberger Mais massiv anheben, ihn gewissermaßen in das Zentrum einer Entwicklungsachse rücken. Weiters entsteht durch die projektierte Umnutzung der Gasometer und des Schlachthofes ein Kristallisationskern für nachziehende Projekte.

Für die Stadtplanung ergab sich damit die Aufgabe, bestehende räumliche Entwicklungsbilder für diese Zone zu überarbeiten. Diese Nachjustierung muss rasch vor sich gehen, um Investoren, die auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren wollen, konsistente Entwicklungsspielräume bieten zu können, aber auch, um rechtzeitig Vorsorge für Gemeinbedarfseinrichtungen im weitesten Sinne treffen zu können.

Die 1997 eingeleiteten Arbeiten für den Bereich Volksprater-Messe-Krieau-Stadion fanden im Jahr 1998 durch die Konkretisierung des Konzeptes sowie der Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplanes ihre Fortsetzung. Darüber hinaus wurden Vorschläge für ein zukünftiges Management skizziert.

Im Rahmenplan sind die wesentlichen Eckdaten für eine städteverträgliche Entwicklung festgeschrieben. Es sind dies die möglichen zusätzlichen Bruttogeschoßflächen, die Erschließungsprinzipien samt Stellplatzkontingentierung und die Grundsätze der Konzeptüberlegungen. Im Herbst 1998 wurde ein Managment eingesetzt, deren Aufgabe in der Konkretisierung der konzeptiven Ansätze, Suche nach potentiellen Investoren und Klärung der noch offenen Fragen zur Gründung einer Betreibergesellschaft, liegt.

Im Juni 1992 fand in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) statt. Die Teilnehmerstaaten, darunter auch Österreich, einigten sich u.a. auf das Aktionsprogramm „Agenda 21". Die „Agenda 21" enthält Handlungsempfehlungen für die Bereiche Umweltpolitik und Entwicklungspolitik. In der Folge von Rio fand 1994 in Aalborg (Dänemark) die erste Europäische Konferenz für zukunftsfähige Städte und Gemeinden statt. Das wesentliche Ergebnis dieser Konferenz war die Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Nachhaltigkeit (Charta von Aalborg). Die Charta von Aalborg wurde für Wien im November 1996 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterzeichnet. Damit hat sich die Stadt Wien selbstverpflichtet, in einen „Lokale Agenda 21"-Prozess in Wien einzutreten.

Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde gemeinsam mit dem 9. Bezirk und der MA 22 ein „Agenda-Prozess" gestartet. Das erste Halbjahr des mehrjährigen Prozesses der Aktivierung der Bürger für die Gestaltung ihres lokalen Lebensraumes stand im Zeichen der Erstellung des Ablaufdesigns, der Konstituierung der Steuerungsgremien, der Vorstellung des Projektes in der Öffentlichkeit und der Erstellung eines Bezirksprofiles.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtteilplanung lag in der Bearbeitung von Entwicklungsstudien für untergenutzte Bereiche.

Für das Gebiet um den Höchstädtplatz im 20. Bezirk wurden Vorgaben für ein städtebauliches Expertenverfahren hinsichtlich gebietsverträglicher Dichten und Nutzungsmischungen erarbeitet.

In einer Studie für das angrenzende Obdachlosenasylheim Meldemannstraße konnten mögliche bauliche Erweiterungen unter Wahrung des Einzelobjektcharakters des Gebäudes und unter größtmöglicher Beibehaltung der Freiflächen überlegt werden und Nutzungseignungen anhand eines Anforderungsprofiles sowohl bei Nutzungen im Bestand als auch bei Umnutzungen unter gleichzeitiger Erweiterung vorgeschlagen werden.

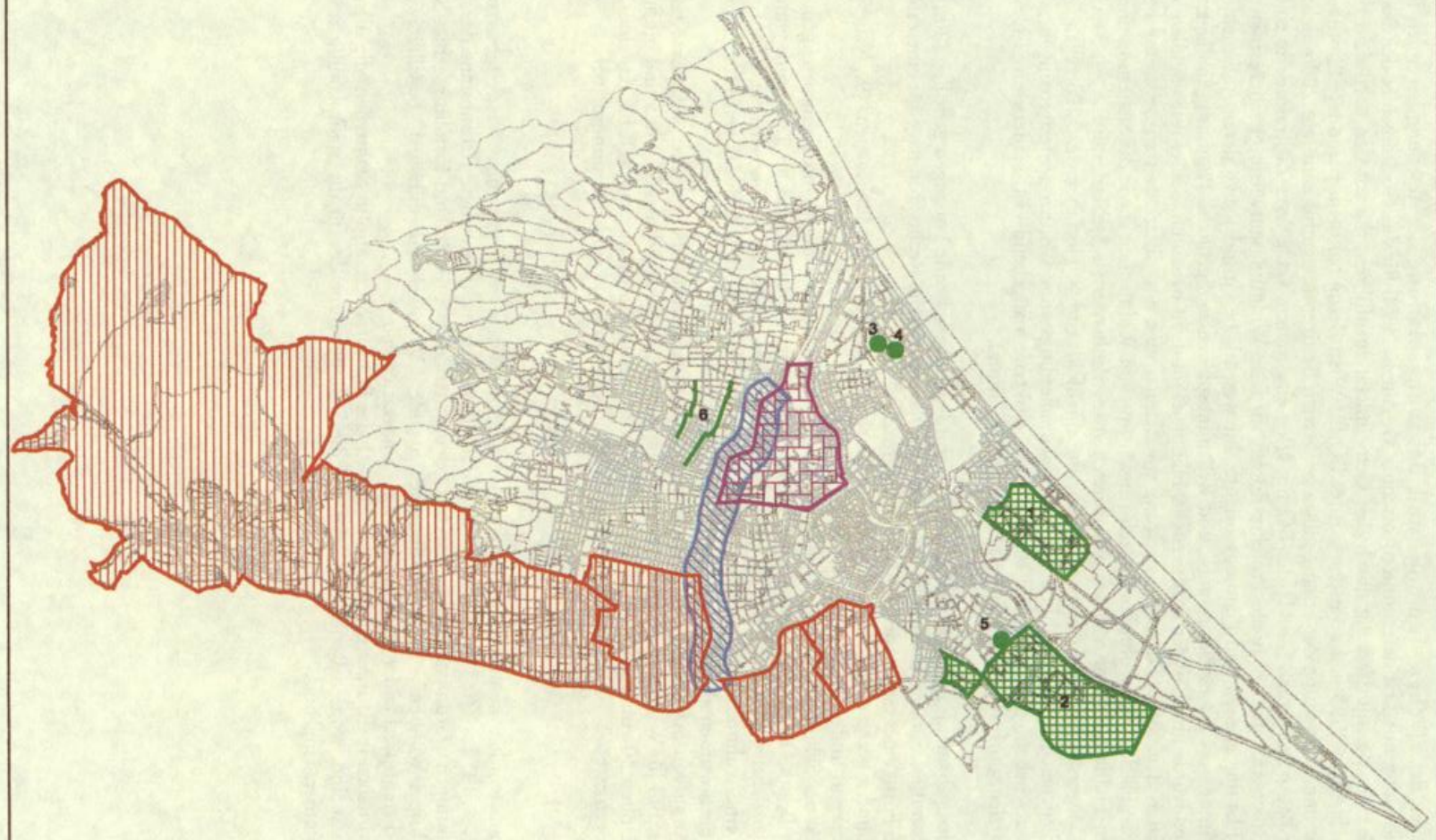
Bedingt durch die Umsiedlung des im 3. Bezirk liegenden Mautner Markhof´schen Kinderspitales Ende 1998 wurden für dieses Areal Entwicklungsmöglichkeiten für Gestaltungs- und Freiflächenoptionen bei Bestandserhaltung, teilweisem Neubau und Neubau zusammengestellt.

Auf Wunsch der Bezirksvertretung des 18. Bezirkes konnten zwei bezirksverbindende tangentiale Radrouten ausgearbeitet werden. Schwierige Kreuzungslösungen wurden in Form von Detailplänen dargestellt und die restliche Streckenführung wurde mittels Querschnitten nachgewiesen. Im folgenden Jahr wird durch die Bezirksvertretung die Realisierung einer dieser beiden Routen veranlasst.

MAGISTRATSABTEILUNG 21A

Verwaltungsbericht 1998

Stadtteilplanung



- Leitlinien für die Bezirksentwicklung 4., 5., 14., 15
- Urban Wien-Gürtel Plus
- Entwicklungskonzepte
- Lokale Agenda 21

- 1 Städtebaulicher Rahmenplan Volksprater - Messe - Krieau - Stadion
- 2 Entwicklungszenarien für den Erdberger Mais
- 3 Städtebaul. Entwicklungsstudie Hochstädtplatz
- 4 Umnutzungsstudie Meldemannstraße
- 5 Städtebauliche Studie Mautner- Markhof'sches Kinderspital
- 6 Radrouten durch den 18. Bezirk

MA 21A - Bundek
Stand: Februar 1999

Über die herkömmliche Form der Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellung Konzept Grüner Prater, Publikationen zu den Leitlinien für den 4., 5. und 14. Bezirk und Werkstattbericht: Bürgerbeteiligungsverfahren Yppenplatz) hinausgehend wurde erstmals versucht, mit unterschiedlichen Medien Planungsinhalte für verschiedene Bevölkerungsschichten aufzubereiten.

In einem Pilotversuch wurden gemeinsam mit der MA 53 sechs halbstündige Radiosendungen zu aktuellen Planungsthemen (URBAN, Museumsquartier, Altes AKH usw.) produziert. Unterstützend und für eine weitere Zugangsmöglichkeit wurden die Inhalte der Radiosendungen im Internet präsentiert. 1999 soll ein Werkstattbericht publiziert werden, der Know-how für zukünftige Anwender enthält und zugleich Möglichkeiten einer begleitenden vertiefenden Nachlese zu den einzelnen Radiosendungen aufzeigt.

Auch in der Präsentation der Verbesserungsmaßnahmen am Gürtel im Zuge des URBAN-Programmes wurden gemeinsam mit der MA 18 neue Wege beschritten. Es wurde ein 15-Minuten Videoclip produziert und begleitend eine Internet-Domain (www.guertel.at) mit zahlreichen Informations- und Servicemöglichkeiten erstellt, die beide 1999 präsentiert werden.

Die im Rahmen der Flächenwidmung- und Bebauungsplanung der Abteilung liegenden Bearbeitungen waren durch die Notwendigkeit determiniert, bis zum 31. August 2006 für das Gesamtgebiet der Stadt Wien neue Plandokumente einer Beschlussfassung durch den Gemeinderat zuzuführen, die auf den nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes 1995 neu gefassten § 1 der BO für Wien Bezug nahmen. Besondere Priorität besaßen jene Gebiete, für die eine Überleitung der bislang gültig gewesenen Bestimmungen bis zum Jahr 2006 nicht möglich war und daher eine Bausperre gemäß § 8 (1) der BO für Wien eingetreten war. Dieses Ziel erforderte eine Bearbeitung größerer Plangebietseinheiten. Aktuelle Projekte flossen in diese Widmungsentwürfe gleichermaßen ein wie auch übergeordnete Planungsebenen und Planungsvorläufe eine wesentliche Grundlage zu deren Ausarbeitung darstellen. Für die Bearbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen maßgebliche Planungsgrundlagen wie u.a. Bestandsaufnahmen wurden in digitaler Form erstellt. Hauptziel im dicht bebauten Gebiet war vor allem die Sicherung der erhaltenswerten Bausubstanz durch Ausweisung von Schutzzonen und differenzierten Bebauungsbestimmungen, die Sicherung von Flächen für Wohnraum durch Ausweisung von Wohnzonen sowie die Sicherung und Erweiterung der bestehenden Freiflächen in den Blockinnenbereichen (3, Paulusviertel, 3, Markhofgasse, 4, Mayerhofgasse, 5, Embelgasse, 5, Mittersteig, 5, Johannagasse, 5, Siebenbrunnenfeldgasse, 8, Florianigasse, 9, Porzellangasse, 15, Reindorfgasse, 15, Siebeneichengasse). Ähnliche Zielsetzungen, allerdings ohne Wohnzonenfestsetzungen, waren auch für die bereits lockerer bebauten Gebiete und für die alten Ortskerne maßgebend (14, Hadersdorf, 14, Achtundvierzigerplatz, 18, Pötzleinsdorf, 19, Hohe Warte, 19, Kahlenbergerdorf).

Für Betriebsbaugebiete im innerstädtischen Bereich wurden entsprechende Vorsorgen getroffen (20., Forsthausgasse, 20., Engerthstraße). Für den Bereich in 6, Mariahilfer Platz wurde die Rechtsgrundlage für einen städtebaulichen Schwerpunkt in Form eines „stehenden und liegenden Turmes" geschaffen.

Ein Plandokument bezog sich im wesentlichen auf Einrichtungen des Gesundheitswesens (9., Neues AKH), andere auf solche für Sport und Erholung (19., Kuchelau und Donauwartesteig).

Abgrenzungen des Schutzgebietes Wald- und Wiesengürtel und Ausweisungen von Kleingartengebieten erfolgten im 18. und 19. Bezirk (18, Michaelerwiese, 19, Heiligenstadt), im 14. Bezirk und im 17. Bezirk wurden Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen und Gartensiedlungsgebiete festgelegt (14, Ameisbachzeile, 17, Alsrücken).

Vorsorge für eine Wohnquartiersammelgarage wurden in der Treustraße im 20. Bezirk getroffen. Standorte für Bildungseinrichtungen wurden gleichfalls gesichert (20, Innstraße)

Zur Absicherung von Stadtentwicklungsbereichen war es zudem erforderlich, zeitlich begrenzte Bausperrgebiete gemäß § 8/2 der BO für Wien zu verhängen (Bereich des ehemaligen Schlachthofes St. Marx und Einflussgebieten).

Insgesamt betrafen 30 Anträge an den Gemeinderat mit einer Gesamtfläche von 928 ha, das sind 7 Prozent der Bezirksfläche (Bezirke 1 - 9, 14 - 20) Festsetzungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

siehe Abb.

Darüber hinaus wurden die mit Verordnung gemäß § 23 des Wiener Kleingartengesetzes festgesetzten Gebiete in den Bezirken 2, 3, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 überprüft, inwieweit nicht bewilligte Bausubstanz durch die Festsetzung der Widmungen „Grünland-Erholungsgebiet-Kleingartengebiet", „Grünland-Erholungsgebiet-Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen", „Gartensiedlungsgebiet" oder „Wohngebiet-Bauklasse I" bewilligt werden könnte und es wurden die entsprechenden Berichte dem Gemeinderat vorgelegt.

Für 38 Bauvorhaben in Bausperrgebieten gemäß §8/1 der BO für Wien, also in Stadtteilen, die nicht von Bebauungsplänen erfasst sind, wurden Berichte verfasst und die Stellungnahme des für die Stadtplanung zuständigen Gemeinderatsausschusses eingeholt.

MAGISTRATSABTEILUNG 21A
STADTTEILPLANUNG UND FLÄCHENNUTZUNG

PLANDOKUMENTENVERWALTUNG

Verwaltungsbericht 1998

Plandokumente des Jahres		1998
Plandokumentskategorie	**Hektar**	**Anzahl**
Bausperre	43	1
Abänderung	10	2
Festsetzung	875	27
	928	30

Bezirksfläche in Hektar	13520
% bearbeitete Bezirksfläche	7

1:83733

Quelle: Magistratsabteilung 21B
Grundkarte: RBW - Wien, MA 14
15-February-1999-10.26.59
Bearbeiter: Thomas Krilutner

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd

Bei der laufenden Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die schwerpunktmäßig aufgrund des neuen § 1 der BO für Wien hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen durchgeführt wurde, konnten erstmals mittels der graphischen Datenverarbeitung digitale Entwürfe vom Gründruck und Rotdruck bis zur Beschlussfassung ausgeplottet werden.

Es wurden dabei vor allem für das Gebiet des 23. Bezirkes im Jahre 1998 sowohl mit der GIS-tauglichen Aufbereitung bereits bestehender Bestandsaufnahmen als auch mit Beauftragungen neuer digitaler Bestandsaufnahmen begonnen. In weiterer Folge wurden dann digitale Entwürfe (Gründrucke) und die entsprechenden Rotdrucke digital hergestellt. Einer davon konnte bereits bis zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat durchgezogen werden. Diese neue Entwicklung auf dem Sektor der graphischen Datenverarbeitung wird zusammen mit den bisher schon für die textliche Aufbereitung seitens der MA 14 zur Verfügung gestellten Bildschirmarbeitsplätzen helfen, die Überarbeitung der gesamten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die durch eine notwendig gewordene Änderung der Bauordnung in Folge einer Verfassungsbeschwerde ausgelöst wurde, bis zum Termin 1. September 2006 zu ermöglichen und zu bewältigen.

Darüber hinaus wurden im Jahre 1998 zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die inhaltlich mit den bisherigen und den im Jahre 1998 neu beauftragten Bezirksleitlinien für die fünf Bezirke (10, 11, 12, 13 und 23) abgestimmt wurden und Expertenverfahren für Wohnbauprojekte in Verbindung mit städtebaulichen Schwerpunkten durchgeführt. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege ausgearbeitet.

Es wurden im Berichtsjahr 12,8 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und die Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren und eines städtebaulichen Wettbewerbes (KDAG), die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der Abteilung sowie den erforderlichen Plänen und Modellen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Bitterlichstraße, Kronawettergasse, Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost, Kopalgasse und Krausegasse, im 11. Bezirk in den Bereichen Lorystraße, Hasenleiten und Werkstättenweg, im 12. Bezirk im Bereich Deffreggergasse, im 13. Bezirk in den Bereichen Goldmarkplatz, Testarellogasse und Küniglberg-Stranzenberggasse und im 23. Bezirk in den Bereichen Kaltenleutgebner Tal, Kalksburg-Breitenfurter Straße und Willergasse, Maurer Lange Gasse, Grawatschgasse und Gebirgsgasse erarbeitet.

Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für die Bereiche Laaer-Berg-Straße-Absberggasse, Casaligründe und Radio-Austria-Gründe, im 11. Bezirk für den Bereich U3-Zippererstraße, im 13. Bezirk für den Bereich Lainzer Vorland und im 23. Bezirk für den Bereich Josef-Österreicher-Gasse ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde ein Workshop über die Entwicklung längs der U6-Süd und aufbauend auf die vorjährige Analyse über den Vergleich privater Widmungsgewinne und öffentliche Hand ein weiterer Workshop „städtebauliche Verträge" abgehalten. Bei diesem wurden Analysen über die Bereitstellung erforderlicher Infrastruktur-Einrichtungen infolge großflächiger bzw. städtebaulich bedeutender Umwidmungen in Richtung Wohnnutzung erarbeitet.

Zur Findung der bestmöglichen Bebauung wurde für den Bereich Josef-Österreicher-Gasse ein Expertenverfahren und für den Bereich der U3-Zippererstraße-Hyblerpark ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.

Für die Nutzung des ehemaligen Geländes der Kabel- und Drahtwerke (KDAG) in 12, Oswaldgasse, wurde nach einem Bürgerbeteiligungsverfahren ein städtebaulicher Ideenwettbewerb „Stadt 2000" zum Abschluss gebracht. Die Aufgabenstellung war, neue Gedanken zum Städtebau, zur Verknüpfung von Wohnbereich, Arbeitswelt und Freiraum zu formulieren. Nach der Vergabe von 2 Preisen und 5 Ankäufen sollen die Ergebnisse im März 1999 in Form einer Ausstellung präsentiert werden.

Mit der Mehrfachnutzung von Grün- und Freiraum, vor allem in den dicht bebauten und dicht bewohnten Gebieten unserer Stadt, hat sich schon 1996 und 1997 ein von der MA 18 ins Leben gerufener Arbeitskreis, an dem auch die Abteilung mitgewirkt hat, beschäftigt. Dabei sollen Freiräume zu verschiedenen Zeiten für verschiedene Gruppen nutzbar gemacht werden, wobei Strategien für Gestaltung und Erhaltung ebenso wie Lösungen der Haftung und Versicherung bis hin zur Kostenfrage erarbeitet werden müssen. Es handelt sich dabei sowohl um städtische Flächen wie z. B. Schul-, Spiel- und Sportplätze zur Nutzung in den Sommermonaten, als auch um gepachtete bzw. angemietete private Flächen wie z.B. Baulücken zu Zwischennutzungen.

Zur Bewältigung der organisatorischen Probleme wurde seitens der Stadt Wien eine Mitarbeiterin der Abteilung im Jahre 1998 als Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung eingesetzt. Sie berät und unterstützt laufende Projekte, deren Zahl bereits auf über 50 angewachsen ist und die sich auf fast alle Wiener Bezirke verteilen und arbeitet an der Entwicklung von Strukturen innerhalb des Magistrats zur einfachen und reibungslosen Umsetzung mit.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1998 insgesamt 36 Anträge an den Gemeinderat gestellt. 35 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Ein Antrag wurde wegen Verhängung einer Bausperre gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Re-

prografie erstellt, das diese Arbeiten auch für die Abteilung 21 A und 21 C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe - insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten - wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mit berücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Quellenstraße-Troststraße bzw. Landgutgasse, Laxenburger Straße-Sonnwendgasse und Steudelgasse-Absberggasse, im 11. Bezirk in den Bereichen Albern-Hafenbereich, Hörtengasse-Schmidgunstgasse und Florian-Hedorfer-Straße-Neugebäudestraße, im 13. Bezirk in den Bereichen Hietzinger Hauptstraße-Gloriettegasse und Gloriettegasse-Elisabethallee und im 23. Bezirk in den Bereichen Pfarrgasse-Laxenburger Straße, Willergasse-Gräfin-Zichy-Straße, Endresstraße-Maurer Lange Gasse, Heudörfelgasse-Speisinger Straße, Neilreichgasse - Oberlaaer Straße, Kolbegasse - Traviatagasse und Wittgensteinstraße - Lindgrabengasse.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1998 Schutzzonen im 10. Bezirk Weitmosergasse-Stefan-Fadinger-Platz, im 12. Bezirk Belghofergasse-Schlöglgasse und Schönbrunner Allee, im 13. Bezirk Lainzer Straße-Maxingstraße und Gloriettegasse-Hanselmayergasse und im 23. Bezirk Endresstraße-Maurer Lange Gasse und Maurer Hauptplatz im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlussfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde größtenteils abgeschlossen. Es wurden dabei vor allem die Ansuchen betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirksweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, berücksichtigt. Es brauchten deshalb dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne von zusammen nur mehr 20,0 ha an Erholungsgebiet-Kleingartenflächen, von der Abteilung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 11. Bezirk in den Bereichen Leberstraße-Werkstättenweg und Am Kanal-Lorystraße, im 12. Bezirk in den Bereichen Wlassakstraße und Hanselmayergasse-Elisabethallee und im 13. Bezirk im Bereich Graf-Seilern-Gasse-Bethlengasse.

Seitens der Abteilung wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 110 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 7 Abänderungen bzw. 103 Festsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 8 Planungsvorhaben von der Abteilung vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei MA 21A, B und C 110 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und verkauft. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt.

Insgesamt wurde im Jahre 1998 eine Fläche von 3.604 ha in den 110 Anträgen behandelt. Davon wurden 1.321 ha von der Abteilung bearbeitet.

Im Jahre 1998 wurden 26.029 Adressänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adressprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen graphischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des Straßennetzes und der Blockstrukturen des RBW sowie die Nutzungseinheiten unter Berücksichtigung der neuen Widmungsbeschlüsse im Einvernehmen mit der MA 41 durchgeführt. Für die Maßnahmendatei der MA 28 (das Graphische Baustellenkoordinationssystem und das Straßeninformationssystem), deren Grundlage das RBW bildet, wurden alle in Planung und Bau befindlichen Verkehrsflächen von der Abteilung im RBW (Großanlage und GIS) aufgenommen.

Im Bereich der Verkäufe und Bestellungen der digitalen Mehrzweckkarte (auf Datenträger), die vom Kartenverkauf seit 1998 getrennt durchgeführt werden, konnten verrechnete Einnahmen von 20 Millionen Schilling erzielt werden, dem stehen zusätzlich noch unverrechnete Nutzungen im Gesamtausmaß von rund 177 Millionen Schilling gegenüber.

Auf dem 1989 installierten Anschluss an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 33.441 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der Abteilung durchgeführt. Wegen der Vielzahl der Abfragen und der damit verbundenen Kosten an den Bund wurde die monatliche Abfragenanzahl seitens der Magistratsdirektion limitiert und Maßnahmen für die Einhaltung des Limits festgelegt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbe-

nennungen von Verkehrsflächen, Park- und Wohnhausanlagen wurden 46 Ansuchen behandelt, von denen 35 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die graphischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.078 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 491 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 326 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Aufgrund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 1.128 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 1.064 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 64 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Im Dezernat Reprographie wurden im Rechnungsjahr 1998 in den Produktionsbereichen Mikrofilmstelle, Reprofotografie, Lichtpauserei, Großflächenkopie, Farbkopie, Adressieranlage und Druck Aufträge im Werte von mehr als 10,5 Millionen Schilling vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrates abgewickelt.

Dazu zählen vor allem der Druck der Plandokumente für die Abteilungen 21 A, B und C sowie die Aufträge der technischen Dienststellen in den Bereichen Lichtpauserei und Großflächenkopie. Auch im Bereich Mikrofilmstelle ist, trotz des immer stärker werdenden Einsatzes der digitalen Technik, eine hohe Auslastung zu verzeichnen. So werden in diesem Produktionsbereich Akten der MA 62, 40 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek der MA 18 und die Plakatsammlung der MA 9 auf Mikrofilm archiviert, da das Medium Mikrofilm als einziges die Daten- und Rückgriffssicherheit auf viele Jahre gewährleistet.

In der Kopierstelle für SW-Kopien in den Formaten A3 und A4 wurden im vergangenen Jahr über 6,1 Millionen Kopien für magistratsinterne Nutzer vorwiegend im Einzugsbereich Rathaus erstellt.

Der größte Anstieg an Aufträgen konnte jedoch im Bereich der Farbkopie A3 und A4 verzeichnet werden. Aus diesem Grunde wurde Ende des Jahres 1998 ein digitales netzeingebundenes Hochleistungsfarbkopiersystem angemietet, welches nun die Möglichkeit bietet, den steigenden Anforderungen der Kunden gerecht zu werden.

Im Berichtszeitraum konnte eine starke Inanspruchnahme der Kartenverkaufsstelle verzeichnet werden. Es wurden Plandokumente, Stadtkarten, Mehrzweckkarten und Produkte des Dezernates Reprographie (Bauakte der MA 37, Akte der Schlichtungsstelle der MA 16 u.ä.) im Wert von 1,15 Millionen Schilling verkauft.

Das Dezernat Reprographie der Abteilung verwaltete im Rechnungsjahr 1998 3,56 Millionen Schilling für die graphische Produktion und ihre Agenden als Fachdienststelle für Mikrofilm.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost

Planungen in den Bezirken

21. Bezirk

Die Hauptaufgabenbereiche der Flächenwidmungsplanung in Floridsdorf waren weiterhin die zentralen und dichter bebauten Stadtteile. So wurden die Verfahren der Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes für das Zentrum Floridsdorf, die umgebenden Bereiche wie Schlingermarkt und Peitlgasse, für Plangebiete entlang der Siedlungsachsen Brünner Straße und Prager Straße (Ocwirkgasse, Carabelligasse, Johann-Knoll-Gasse, Ohmgasse u. a.) sowie für einige Randgebiete (z. B. Spitzweg) abgeschlossen. Ebenfalls einer Beschlussfassung zugeführt werden konnte der Planentwurf für die Realisierung der Umnutzung des ehemaligen Elinareals. Zur Absicherung der geplanten Verlängerung der U-Bahnlinie U1 nach Leopoldau wurden drei Bausperren entlang der Trasse verhängt. Zur weiteren rechtlichen Sicherung bestehender Siedlungsgebiete wurden Plangebiete wie die Dunantgasse, der Mühlweg und der Bereich östlich Stammersdorf bearbeitet. Aufbauend auf der 1997 abgeschlossenen städtebaulichen Studie für den Bahnhof Stammersdorf wurde eine Bearbeitung dieses Bereiches durchgeführt. Die Festsetzung einer Schutzzone für den alten Ortskern von Strebersdorf, als letzten „ungeschützten" Floridsdorfs, wurde in einem entsprechenden Planentwurf eingeleitet.

Im Zusammenhang mit dem § 23 des Wiener Kleingartengesetzes steht die Befassung mit einer Vielzahl von Kleingartenanlagen und „Wilden Siedlungen", die im 21. Bezirk bestehen. So wurde für die Gärten an der Hochbahngasse, im Donaufeld oder für die Kleingartenanlage Blumenfreunde ein entsprechendes Widmungsverfahren eingeleitet.

Zur Grundlagenbeschaffung für die gegen Ende des Jahres 1998 bzw. ab 1999 beabsichtigten Widmungsverfahren wurde eine Reihe von Bestandsaufnahmen an externe Planungsbüros vergeben. So wurden Erhebungen für vorgenannte Widmungsverfahren und für die Bereiche Scheydgasse, Andreas-Hofer-Straße, Rittingergasse oder die gesamte Großfeldsiedlung in Auftrag gegeben.

Zur Vorbereitung von beabsichtigten Gebietsbearbeitungen wurde für Flächen nördlich des Heeresspitals ein Gutachterverfahren zur Erlangung von zeitlich gestaffelt zu realisierenden Wohnbebauungen abgewickelt und für ein im Jahr 1999 beabsichtigtes Gutachterverfahren im Bereich der geplanten U1-Verlängerung, Station Aderklaaer Straße, wurde eine Verkehrsuntersuchung beauftagt, um verkehrliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieses Raumes abzustecken.

Als Schwerpunkt der Grünflächenplanung ist die Bearbeitung der Donauinsel und der linksufrigen Dammbereiche im 21. Bezirk zu erwähnen. Aufbauend auf das vorliegende Nutzungskonzept für den gesamten Donauraum erfolgte die Erstellung einer Nutzungsstudie und eines Leitbildes für in Floridsdorf befindliche Teile an diesem regional bedeutsamen Grünraum.

Für Flächen zwischen dem Marchfeldkanal und der Gerasdorfer Straße wurde durch einen externen Planer eine Bestandserhebung sowie ein Grünraumkonzept für diesen Teil des „Grünkeils Nordrandsiedlung - Alte Donau" erstellt.

22. Bezirk

Leitprogramm Donaustadt West

Im Zuge der Abschlussphase zur Erstellung eines Leitprogrammes für den Westteil des 22. Bezirkes erfolgte im Rahmen einer Auftragsvergabe die Konzeption einer breit gestreuten Bevölkerungsinformationsbroschüre (Folder) sowie einer detaillierten Informationsbroschüre, die die Inhalte der vom Gemeinderat zur Kenntnis genommenen Planungsarbeiten in einer für die Bevölkerung anschaulichen und verständlichen Art und Weise aufbereitet.

Projektteam Donau-City

Für die koordinierte Weiterbearbeitung des Stadtentwicklungsgebietes Donau City wurde zur Verbesserung der Kooperation zwischen der WED (Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum) und der Stadt Wien ein Projektteam, bestehend aus den Magistratsabteilungen 19, 21C, 46 sowie der WED gebildet, das die Aktualisierung und Weiterentwicklung des Rahmenplanes, die Beurteilung und Begleitung wichtiger Projekte, die digitale Datenaufbereitung und Visualisierung (Erstellung eines 3D-Modells) von Projekten und des Rahmenplanes sowie die Weiterentwicklung der Planungen und Betreuung des Umfeldes der Donau City zur Aufgabe hat. Für die regelmäßigen Koordinationssitzungen des Projektteams wurde im Amtshaus Dresdner Straße ein eigenes Büro eingerichtet.

UVP Kraftwerk Donaustadt

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen und unter Leitung der MA 22 durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung für den geplanten Ausbau des Kraftwerks Donaustadt hat die MA 21 C in Form einer gutachterlichen Tätigkeit für den Fachbereich Raumplanung mitgewirkt.

Die Mitarbeit am Projektteam für das Stadterweiterungsgebiet Kagran West wurde fortgesetzt.

Zur Klärung weiterer Fragen der Erschließung des Wohngebietes Kagran Nord / LGV Doningasse in Zusammenhang mit den Planungen für die Verlängerung für die U1 - Nord wurde eine Verkehrsuntersuchung erstellt.

Im Hinblick auf die eingeleitete generelle Projektierung der Verlängerung der U1-Nord wurde eine zeitlich begrenzte Bausperre gemäß § 8 (2) BO für Wien verhängt.

Mehrere städtebauliche Bestandsaufnahmen mit Problemanalysen für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt und betrafen die Gebiete Welzenbachergasse, Tillmanngasse, östlich Biberhaufenweg, Schanze 27 und Seeplatte Breitenlee Nord. Dabei wurden im Sinne der geforderten Tauglichkeit nach dem Geografischen Informationssystem GIS und der elektronischen Speicherung zusätzliche Aufwendungen getätigt.

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planentwürfe in Donaustadt umfassten die Bereiche Dragonerweg, Rehlacke, Siedlung Himmelteich, Kagran Ost, Rudolf-Köppel-Hof, Pilotengasse, Schippanisiedlung, Am Mühlweg, südlich Aspernstraße, Fischerwiese, Zwerchäckerweg Ost, Hermann-Gebauer-Straße, Lackenjöchl, Polgarstraße, Campingplatz Kleehäufel, Siedlung Plankenmais, Strassäckersiedlung, Violaweg, Magdeburgstraße, und nördlich Aspernstraße.

In Vorbereitung bzw. in Bearbeitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Eßling Mitte, Stadtrandsiedlung Aspern, An den Alten Schanzen, Dassanowskyweg, östlich Plankenmaissiedlung, Quadenstraße, Larwingasse, LGV - Doningasse, südlich Schrickgasse, Thonetgasse, Heidjöchl West, nördlich Hausgrundweg, südlich Hausgrundweg, Franz-Josefs-Land, Schanze 28, Alt-Süßenbrunn, Eßling Süd, Kienastsiedlung, Kaisermühlen Ost, Hyazinthengasse, Hosnedlgasse, Invalidensiedlung, Bertha-von-Suttner-Gasse, An der Pogrelzstraße, Mühlhäufel, Freihofsiedlung.

Bezirksübergreifende Planungen

Für den gesamten Donauraum wurde in einem Arbeitskreis, bestehend aus den MA 18, 19, 21C und 45 sowie mit verschiedenen Auftragnehmern, die „Nutzungsstudie Donauraum" aus 1997 weiter diskutiert und konkretisiert. Diese Studie bildete die Basis für die Detailkonzepte im Abschnitt Nordbrücke bis Brigittenauer Brücke und für den Bereich um die Praterbrücke, die u.a. eine Grundlage für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan darstellen.

Sonstige Bezirksübergreifende Arbeiten

Überprüfung gemäß § 23 (8) Wiener Kleingartengesetz

Aufbauend auf die im Jahr 1997 erlassene Verordnung gemäß § 23 (7) Wiener Kleingartengesetz waren die entsprechenden Flächen dahingehend zu untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine widmungsmäßige Berücksichtigung des vorhandenen Baubestandes möglich ist bzw. erfolgen soll. Diese Tätigkeit bildete eine Fortsetzung der bereits 1997 begonnenen Arbeiten und beinhaltete letztlich vor allem die Feinabstimmung und Endredaktion für den Bericht an den Gemeinderat, der schließlich im Mai übermittelt wurde. Auf Wunsch des zuständigen Stadtrates für Planung und Zukunft erging an die Magistratsabteilungen 21 A, B und C der Auftrag zur Erarbeitung eines Kriterienkataloges für die künftige Festsetzung von Erholungsgebiet - Kleingarten ganzjähriges Wohnen (Ekl-W.) Diese Bearbeitungen begannen noch im Laufe des Jahres 1997 und wurden 1998 in ständiger Zusammenarbeit mit dem Büro der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft sowie unter Koordination der MD-BD, Gruppe Planung weiterentwickelt.

Schotterkonzept Wien Nordost

Unter Bedachtnahme auf jüngste legistische Entwicklungen im Bergrecht wurde ein Ziviltechnikerbüro beauftragt, aufbauend auf ein generelles Konzept über die Gewinnung mineralischer Rohstoffe (im Wesentlichen Schotter) in Wien (Auftrag der MA 18), Grundlagen für die Festsetzung von Sondernutzungsgebieten und allfälliger Nachnutzungsvorschriften im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im 21. und 22. Bezirk zu erarbeiten. Das Schwergewicht der Arbeiten lag im Jahr 1998 noch in der Erstellung des generellen Konzeptes (MA 18). Aufgrund aktueller Problemstellungen wurden für Teilbereiche jedoch auch schon detailliertere Aussagen getroffen und in Form von Zwischenberichten geliefert.

Kleinmaßstäbliche Siedlungsfomen

Bezugnehmend auf Überlegungen, innerhalb der Angebotspalette im (sozialen = leistbaren) Wohnbau dem kleinen Einfamilienhaus einen gewissen Stellenwert einzuräumen, wurde ein Ziviltechniker mit der Erstellung einer Studie mit dem o.a. Titel beauftragt. Dabei waren die Möglichkeiten zu untersuchen, diese Bauform in städtebaulich, organisatorisch und finanziell befriedigender Form umzusetzen. In diesem Sinne wurde versucht, den Begriff des Eigenheims (wieder) mit dem Begriff und den Qualitäten der Siedlung zu verknüpfen. Ein wesentlicher Teil dieser Studie befasste sich auch mit den baurechtlichen Rahmenbedingungen für ein neues Siedlungsmodell.

Gutachten und Studien zu diversen Rechtsmaterien

Auf Veränderungen verschiedener bundesrechtlicher Materien, die für die örtliche Raumordnung relevant sind, war im Rahmen von Begutachtungsverfahren Einfluss zu nehmen bzw. durch Maßnahmen des eigenen Wirkungsbereiches zu reagieren. Die wichtigsten derartigen Neuerungen betrafen die Gewerbeordnung („Einkaufszentrenverordnung" - Definition von Stadt- und Ortskerngebieten) und das Bergrecht (Mineralrohstoffgesetz).

In Bezug auf das Raumordnungsrecht und seine Anwendung waren neben den in einem eigenen Punkt behandelten Fragen des Kleingartenwesens und des illegalen Baubestandes vor allem Fragen der Landwirtschaft sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich der Unterhaltungsprojekte (Multiplexkinos usw.) Gegenstand umfangreicher Überlegungen, die im Wesentlichen Abteilungsintern abgewickelt wurden.

Im Rahmen des - unter inhaltlicher Federführung der Abteilung installierten - Arbeitskreises „GIS (Geografisches Informationssystem) - gestützte Flächenwidmung" wurden weitere Schritte zur Umsetzung des Konzeptes für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Nutzungsdaten im Rahmen von städtebaulichen Bestandsaufnahmen geleistet. So wurden unter anderem jene EDV-Module bereits entwickelt, die der digitalen Erfassung und Verwaltung des Datenbestandes dienen und eine automatisierte Darstellung von Objekt- und Freiflächennutzungen - als Grundlage für die Ausarbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen - erlauben werden. Des Weiteren wurden auf der konzeptiven Ebene jene inhaltlichen Erfordernisse und Rahmenbedingungen für die EDV-technische Umsetzung präzisiert, die zum einen zukünftig eine raschere Beschaffung sonstiger Grundlagendaten ermöglichen und zum anderen die Basis für die digitale Erstellung und Verwaltung der Plandokumente darstellen.

Nach der Installation des Betriebsflächenkatasters im Jahr 1997, der ein Basiselement für das Betriebsflächenmanagement in der Stadt Wien darstellt, war die Abteilung weiterhin intensiv in die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung sowie der damit verbundenen EDV-technischen Umsetzung involviert. Dies umfasst einerseits die geplante Verlagerung der Planproduktion in die MA 21 C, wodurch künftig alle Planunterlagen für die Sitzungen der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements (KOG)" zentral in der Abteilung hergestellt werden. Darüber hinaus wurden auch die Möglichkeiten zur Verknüpfung dieses Informationssystems mit anderen Datenbeständen (z.B. Infrastruktur-Kommission, Verdachtsflächenkataster, Grüngürtel Wien 1995) soweit konkretisiert, dass eine sukzessive Einbindung in dieses Informationssystem erfolgen kann. Ebenso wurde aber auch eine

Fortführung des Datenbestandes für alle erfassten Flächen im Nordosten Wiens (derzeit rund 160 Flächen) vorgenommen.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 40 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden vier zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst 1.330 Hektar, somit rund 9 Prozent der Fläche beider nordöstlicher Wiener Gemeindebezirke. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm", der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 53 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 41 Gebiete in Vorbereitung. Für 10 vorwiegend bebaute Bereiche mit auf Grundlage des § 8 Abs. 1 der Bauordnung bestehender Bausperre konnten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne festgesetzt werden.

Der Abteilung wurden 1.056 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 200 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 15 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten 9,9 Millionen Schilling. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab - abgesehen von bezirksübergreifenden Untersuchungen bzw. Kopierkosten u. Ä. für den 21. Bezirk 5,5 Millionen Schilling, für den 22. Bezirk 4,0 Millionen Schilling.

Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Leitprogramme 0,1 Millionen Schilling, für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr 1,4 Millionen Schilling, für Gutachterverfahren und Stadtteilplanung 1,7 Millionen Schilling und für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 6,6 Millionen Schilling. Für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden 0,1 Millionen Schilling verwendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahre 1998 2.792 km öffentliche Straßen, von denen 214 km Bundesstraßen B, 41 km Autobahnen und 2.537 km Gemeindestraßen waren.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsfläche sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden gemeindeeigene Geräte eingesetzt, und zwar 4 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 12 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 8 Straßenreparaturzüge, 3 Asphaltcontainerwagen, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen, bzw. Tiefladertransporter), 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 12 fahrbare Leichtkompressoren einschließlich 1 Radlader. Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden an Straßendecken.

Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden von der Abteilung an öffentliche Einbautendienststellen und an private Bauwerber zusammen 11.966 Aufgrabungsbewilligungen (davon 3.891 Gebrechens- und Störungsbehebungen) erteilt. In 156 Fällen wurden in verkehrssicheren Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (128) bzw. Minierungen (28) durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden 1998 fünf PKW, darunter vier mit Funkausstattung, eingesetzt. Für diese Inspektionen wurden rund 49.000 km zurückgelegt. Sobald Mängel gefunden wurden, ist deren unverzügliche Behebung veranlasst worden. Die Beanstandungen führten in fast allen Fällen zum Erfolg. Es werden auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten (Firma Mapag, Firma Nievelt, Firma Swietelsky u.a.) wurden von den diversen Einbautendienststellen aufgrund der Wiederinstandsetzungsvorschrift der Abteilung im Jahr 1998 laufend Druckversuche mit Lastplatten an den zugeschütteten Künetten ausgeführt. Von den insgesamt 820 Lastplattenversuchen wurden an 766 Stellen positive Ergebnisse (d.h. 93 %) erzielt; das bedeutet die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurde zu 7 Prozent nicht ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen 54 Fällen wurde die bauausführende Firma beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen bzw. durch einen Materialaustausch zu beheben.

A. Gemeindestraßen:

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Einzelvorhaben von Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen:

Fortsetzungsarbeiten wurden durchgeführt in 10, (12,) Eibesbrunnergasse, wo vom Kreisverkehr bis Wienerberg-

straße ein kompletter Straßenausbau durchgeführt wurde. Die 1. Baustufe umfasste den Umbau der Fahrbahn sowie des westlichen Gehsteiges (12. Bezirk).

Neue Baumaßnahmen wurden u.a. ausgeführt wie folgt: In 2, Stadionallee wurde von Lusthausstraße bis Schüttelstraße der Straßenumbau mit Belagsarbeiten (Fahrbahn- und Gehsteigbelagsaufbringung) durchgeführt, in 4, 5, Ziegelofengasse erfolgte von Margaretenstraße bis Leibenfrostgasse ein kompletter Straßenneubau, in 6, Stumpergasse von Gumpendorfer Straße bis Schmalzhofgasse wurde die Fahrbahndecke erneuert und die Abstellstreifen neu hergestellt, in 9, Währinger Straße von ONr. 58 bis ONr. 76 die Fahrbahn umgebaut und die Abstellflächen (einschließlich Baumscheiben) neu gebaut sowie Gehsteigdurchziehungen und Fahrbahnaufdoppelungen vorgenommen, in 12, Längenfeldgasse von ONr. 78 bis Kerschensteinergasse, die Kerschensteinergasse von Eibesbrunnergasse bis Kundratstraße sowie die Kundratstraße von Karplusgasse bis Köglergasse die Straßen (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen) komplett neu gebaut, im 21. Bezirk die Jedlersdorfer Straße von Mitterhofergasse bis Tauschekgasse sowie die Strebersdorfer Straße von Bernreiterplatz bis Jedlersdorfer Straße ausgebaut.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen sind nur noch einige (lediglich nach dem Grad der Wichtigkeit auszugsweise angeführte) Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung und erwähnenswert. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komforterhöhung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung. Dies betraf u.a. folgende Straßenteilabschnitte: 5, Margaretenstraße (Gartengasse - Zentagasse), 9, Währinger Straße (39 - 43) und Nußdorfer Straße (49 - 53), 10, Laaer-Berg-Straße (229 - 333/330 - 350) und Oberlaaer Straße (104 - 106/113 - 115), Gudrunstraße von Neilreichgasse bis Karmarschgasse, 15, Hütteldorfer Straße (50 - 64), Johnstraße (13 - 53), 17, Hernalser Hauptstraße (93 - 97/98 - 100), 18, Krottenbachstraße (von Gustav-Pick-Gasse bis Felix-Dahn-Straße), Billrothstraße (48 - 50/53 - 55), Sieveringer Straße (1 - 5/25 - 27), Heiligenstädter Straße (193 - 205), 20, Dresdner Straße (von Adalbert-Stifter-Straße bis Höchstädtplatz) und 23, Speisinger Straße (260 - 262), Breitenfurter Straße (von Dr.-Neumann-Gasse bis Rudolf-Waisenhorn-Gasse).

Im Rahmen der Erstellung von „Nebenstraßen" wurden in Teilabschnitten nachstehend, auszugsweise angeführter Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen aufgrund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u.a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten wie z.B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen usw. durchgeführt.

Insbesondere seien Arbeiten in folgenden Straßen genannt, und zwar in 1, Schottengasse (Teinfaltstraße - Helferstorferstraße), Rotenturmstraße (2 - 6/1 - 13), Rathausplatz (ganze Fläche), Beethovenplatz (2 - 3), 2, „Karmeliterviertel" (Im Werd, Schiffamtsgasse u.a.), 4, Kolschitzkygasse (2 - 4), Mittersteig (Große Neugasse - Kleine Neugasse), 5, Schönbrunner Straße (117 - 119), Wehrgasse (23 - 31/24 - 32), 7, Kandlgasse (7 - 13A/10 - 16), 9, Wasagasse (9 - 11/10 - 12), 10, Zur Spinnerin (46, 50), 11, Neugebäudestraße (Udelweg - Eckturm), 12, Hetzendorfer Straße (von Breitenfurter Straße bis Eglseegasse), 13, Veitingergasse (von Lainzer Straße bis Hummelgasse), 14, Breitenseer Straße (ggü. 23A - ggü. 29), 15, Fünfhausgasse (6 - 22, 7 - 25), 16, Auf der Schottenwiese (1 - 31/2 - 28), 17, Ortliebgasse (1 - 9/2 - 10), 18, Hasenauerstraße (15 - 41/20 - 50), 19, Probusgasse (1 - 27/2 - 20), 22, Stadlauer Straße (Erzherzog-Karl-Straße - ONr. 39) und 23, Maurer Lange Gasse (100 - 106/107 - 111).

Im Zuge der Herstellung von Siedlungsstraßen wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen nach erfolgter Aufgrabung, sowie Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch-stabilisierten Tragschichte als auch durch Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumenkiestragschichte samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten durchgeführt, unter anderem in Teilabschnitten im 14. Bezirk in der Siedlung „Kordon" (2. Bauteil), Ulmenstraße u.a. sowie im 21. Bezirk in der „Nordrandsiedlung", Thayagasse u.a.

Die Neuherstellung von Radwegen bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u.a. wurde auch im Jahre 1998 in folgenden Straßen fortgeführt, und zwar in 1, Schottengasse, 2, Kafkastraße, 3, Erdbergstraße, 4, Margaretenstraße, 5, Nikolsdorfer Gasse, 10, Raxstraße, Favoritenstraße, 11, Simmeringer Hauptstraße, 12, Untermeidlinger Straße, Hetzendorfer Straße, 13, Peschkaweg, 14, Kendlerstraße, 16, Lerchenfelder Gürtel, 18, Währinger Gürtel („Gürtelradweg"), 20, Adalbert-Stifter-Straße, 21, Jedlersdorfer Straße, 22, Aspernstraße und 23, Vösendorfer Straße.

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wurden im Jahre 1998 fortgesetzt bzw. begonnen, so u.a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze: 4, Kleine Neugasse (Mittersteig - Rienößlgasse), 5, Rechte Wienzeile und 22, Ateliergasse, Donaucity Straße.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z.B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen, Fahrbahnaufpflasterungen, Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art, usw; so u.a. in kleineren Teilabschnitten in 1, Hegelgasse, Walfischgasse, Wollzeile, 2, Leopoldsgasse, Rembrandtstraße, 3, Weißgerberlände, 4, Wiedner Hauptstraße, Mittersteig, 5, Arbeitergasse, Castelligasse, 8, Piaristengasse, Laudongasse, 9, Nußdorfer Straße, Liechtensteinstraße, 10, Computerstraße/Triester Straße, 11, Geiereckstraße, 12, Schönbrunner Straße, 13, Spohrstraße, 14, Hütteldorfer Straße, 15, Hütteldorfer Straße, Sechshauser Straße, 16, Wilhelminenstraße, 17, Her-

nalser Hauptstraße, Alszeile, Sandleiten, 18, Währinger Straße, Anastasius-Grün-Gasse, 19, Heiligenstädter Straße, Billrothstraße, Sieveringer Straße, 20, Nordwestbahnstraße, Vorgartenstraße, 21, Galvanigasse, 22, Wagramer Straße, Anton-Sattler-Gasse, Siegesplatz, 23, Maurer Lange Gasse, Breitenfurter Straße und Altmannsdorfer Straße.

Die Arbeiten im Zuge des Behindertenprogrammes wurden, wie bisher in den vergangenen 18 Jahren, beginnend im Jahre 1981, auch im Jahre 1998 für den gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte" Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen bzw. im Anschluss an Fußgeherübergängen in Teilen folgender, nachstehend auszugsweise angeführter Straßen eingebaut, um u.a. das Befahren mit Rollstühlen, Kinderwägen u.a. zu erleichtern, und zwar in 1, Rotenturmstraße, Dr.-Karl-Lueger-Ring, Friedrich-Schmidt-Platz, 2, Handelskai, 3, Schlachthausgasse, 8, Lerchenfelder Straße, 13, St.-Veiter-Brücke/Hietzinger Kai, 15, Schmutzergasse, 15, Mariahilfer Gürtel (Maria vom Siege), 18, Währinger Straße, Türkenschanzplatz, 19, Hohe Warte, 21, Prager Straße, Am Spitz, 22, Siegesplatz und in 23, Gatterederstraße.

Im Bereich des Neubaues privater Wohnhausanlagen und sonstiger hochbaulicher Anlagen sind in folgenden, nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten diverse Bauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt worden, und zwar in 4, Paulanergasse, 11, Ewaldgasse, Harbortgasse sowie in 23, Auer-Welsbach-Straße, Kirchfeldgasse.

Der U-Bahn-Bau löste auch im Jahre 1998 wieder eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 3, 14, 15 und 16 der Fall, da rechtzeitig vor Beginn der eigentlichen U-Bahnbauarbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, weiters bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau errichtet werden mussten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet als auch durchgeführt: Es geschah dies in Teilbereichen (Teilflächen) in 3, Erdbergstraße, 14, Spallartgasse, Huttengasse, Kendlerstraße, Breitenseer Straße, Feilplatz, Grassigasse, Hütteldorfer Straße sowie in Meiselstraße u.a., weiters in 15, Meiselstraße, Selzergasse, 16, Hasnerstraße, Kendlerstraße, Paltaufgasse, Thaliastraße und Weinheimergasse (FUZO).

Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten (BBG) sind Straßenbauten im Jahre 1998 im folgenden Industriebezirk errichtet worden: Im „Industriepark Nord" (22. Bezirk) wurde der Vollausbau der Niedermoser- und der Percostraße abgeschlossen sowie ein kompletter Neubau der Lichtblaustraße und der Niedermoserstraße ausgeführt einschließlich der Neuherstellung der Hermann-Gebauer-Straße und der Rudolf-Hausner-Gasse; im Gewerbepark Stadlau wurden Belagsarbeiten in 22, Gewerbeparkstraße durchgeführt.

Die straßenmäßige Erschließung von Stadterweiterungsgebieten (Stadterweiterungsflächen) erfolgte zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen mittels Herstellung der Infrastruktur in Form der Neuanlage von Straßen bzw. des Vollausbaues bislang unausgebauter Straßenzüge (Auswahl): Im 10. Bezirk wurde in der Stadterweiterungsfläche 10.01 „Grundäckergasse" die straßenmäßige Erschließung des Areals Grundäckergasse - Hämmerlegasse - Franz-Mika-Weg (sowie Laaer-Berg-Straße/verlängerte Bahnlände) durchgeführt, im 11. Bezrik im Stadterweiterungsgebiet 11.01/01 „Leberberg" (1. Bauteil) Restarbeiten in der Etrichstraße, Nebenfahrbahn (einschließlich Umkehrplatz) u.a., im Stadterweiterungsgebiet 11.01/02 „Leberberg" (2. Bauteil), Restarbeiten in Am Hofgartl, Paulasgasse sowie Ernst-Heiss-Gasse und Mühlsangergasse; in der Stadterweiterungsfläche 11.08 „Csokorgasse" wurden der Bereich Csokorgasse, Etrichstraße und Sängergasse neu aufgeschlossen. Im 21. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet 21.05 „Kefedergrund", „westlich Josef-Baumann-Gasse/nördlich Satzingerweg/südlich Leopoldauer Straße" waren es die Kefedergrundgasse, der Satzingerweg und die Viehtriftgasse sowie der Sebastian-Hofbauer-Weg und Flandorferweg u.a. Im 22. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet 22.01 wurden im Bereich „Genoch Süd", bestehend aus (restlichen) Teilabschnitten der Gartenheimstraße und der Tartergasse, die Fatty-George-Gasse und Simonsgasse ausgebaut, im Stadterweiterungsgebiet 22.06 „Nördlich Langobardenstraße" die Eibengasse, der Annie-Rosar-Weg und die Oskar-Sima-Gasse, in der Stadterweiterungsfläche 22.22 „Kagran West" die Tokiostraße von der Donaufelder Straße bis zur Prandaugasse (nach Süden verlängerte Josef-Baumann-Gasse) und die Arakawastraße von Dückegasse bis Knoten 207 067 sowie die Dückegasse von Donaufelder Straße bis Prandaugasse einschließlich Prandaugasse von Dückegasse bis Tokiostraße. Es erfolgten in diesem Bereich die Neuherstellung der Fahrbahn sowie (beidseitiger) Gehsteig- und Abstellflächenneubau. Ausgebaut wurden im 23. Bezirk in der Stadterweiterungsfläche 23.05 „Osramgründe" die Auer-Welsbach-Straße/Plateau Karl-Heinz-Straße sowie die Auer-Welsbach-Straße von Puccinigasse bis Jettmargasse. Das Bauende ist für Sommer 1999 vorgesehen.

Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden auch 1998 in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfanges sowohl in Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B" ausgeführt.

Auch im Jahre 1998 kamen wieder Straßenbauten kleineren Umfanges für andere Dienststellen in einigen Bezirken zur Durchführung, und zwar vorwiegend für die Wiener Stadtwerke - Wiener Linien (U-Bahnbau und Errichtung von so genannten „Haltestellenkaps") sowie Umbauten zum Zweck des „Beschleunigungsprogrammes" (bzw. „Bevorrangungsprogramm") für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u.a.); für die MA 49 waren auch in vergangenen Jahren Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich. Auch im Rahmen des EU-Projektes Nr. 15 („Westgürtel") respektive „URBI-ON" wurden einige Straßenbauprojekte verwirklicht.

B. Bundesstraßen:

Nach der Übersicht über das Baugeschehen auf Gemeindestraßen wird nun im Folgenden eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der „Bundesstraßenverwaltung" durchgeführt, welche die Straßenbauarbeiten im Bereich der Autobahnen - Bundesstraßen A - und der Bundesstraßen B beinhaltet.

Bundesstraßen A:
Auf Autobahnen wurden wichtige Fortsetzungsarbeiten (aus 1996 und 1997) durchgeführt:

A 23 - 2., 22., Hebung und Verbreiterung Praterbrücke: (Objekt B 0214)
Es wurden neue Lärmschutzwände im Bereiche der Anschlussstelle Handelskai fertiggestellt sowie die Umleitungsstrecke über die Donaustadtbrücke nach Abschluss der Brückenhebung (MA 29) rückgebaut.
A 23 - 2., Instandsetzung und Umbau Prater Hochstraße
Dieser Straßenzug wurde generalsaniert und verbreitert mit Umbau- und Belagsarbeiten im Bereich Knoten Prater und Anschlussstelle Handelskai, sowie eine neue Lärmschutzwand errichtet.
A 23 - 10., von Neilreichgasse bis Ferdinand-Löwe-Straße
Es erfolgten örtliche Sanierungen von diversen Betonfeldern.
A 4 - 11., von Anschlussstelle Simmeringer Haide bis Landesgrenze Wien/NÖ
Im genannten Bereich wurde eine Betondecke hergestellt.

Bundesstraßen B:
Im Bereich Bundesstraßen B kamen im Jahre 1998 sowohl größere Bauprojekte (Umbau, Vollausbau) als auch Erhaltungsarbeiten geringeren Umfanges zur Ausführung:

a) Größere Straßenbauarbeiten:
Fortsetzungsarbeiten aus 1996 und 1997 waren wie folgt:

B 228 - 3., Erdbergstraße - Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße - Guglgasse
Im Zuge der Verlängerung der U 3 nach Simmering wurde eine Verkehrssperre der Erdbergstraße zwischen Franzosengraben und Modecenterstraße erforderlich. Aus diesem Grund wurde 1997 die Guglgasse als Umleitungsstrecke umgebaut, nachdem im Jahre 1996 dies bereits für den Straßenzug Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße durchgeführt wurde. Im Jahre 1998 wurde schließlich die Erdbergstraße im Bereich von Franzosengraben bis Modecenterstraße umgebaut.
Neubeginne (1998) waren wie folgt:
B 1 - 14., Hauptstraße von Josef-Palme-Platz bis Landesgrenze Wien/NÖ
Es erfolgten Belagssanierungen der Fahrbahn.
B 13 - 23., Hochstraße - Ketzergasse - Willergasse von Landesgrenze Wien/NÖ bis Breitenfurter Straße
Ein kompletter Straßenumbau wurde aufgrund des schlechten Straßenzustandes durchgeführt.
B 13a - 23., Perfektastraße von Zouvalgasse bis U6
Es erfolgte ein kompletter Straßenumbau (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen und Radwege).
B 221 - 18., Währinger Gürtel von Jörgerstraße bis Kreuzgasse
Straßenumbauten im Zusammenhang mit Straßenbahnhaltestellenverlegung wurden durchgeführt. Es erfolgten die örtliche Änderung der Gleistrasse und die Beseitigung der Engstelle (Fahrbahn des Äußeren Gürtels bei Kreuzgasse) sowie eine Radwegneuerrichtung.
B 225 - 10., Raxstraße/Bereich Gussriegelstraße
Die Raxstraße im genannten Fahrbahnbereich wurde umgebaut.
B 229 - 21., 22., Julius-Ficker-Straße - Rautenweg von Seyringer Straße bis Percostraße
Der Neubau einer Richtungsfahrbahn sowie die Sanierung der bestehenden Fahrbahn wurden durchgeführt.

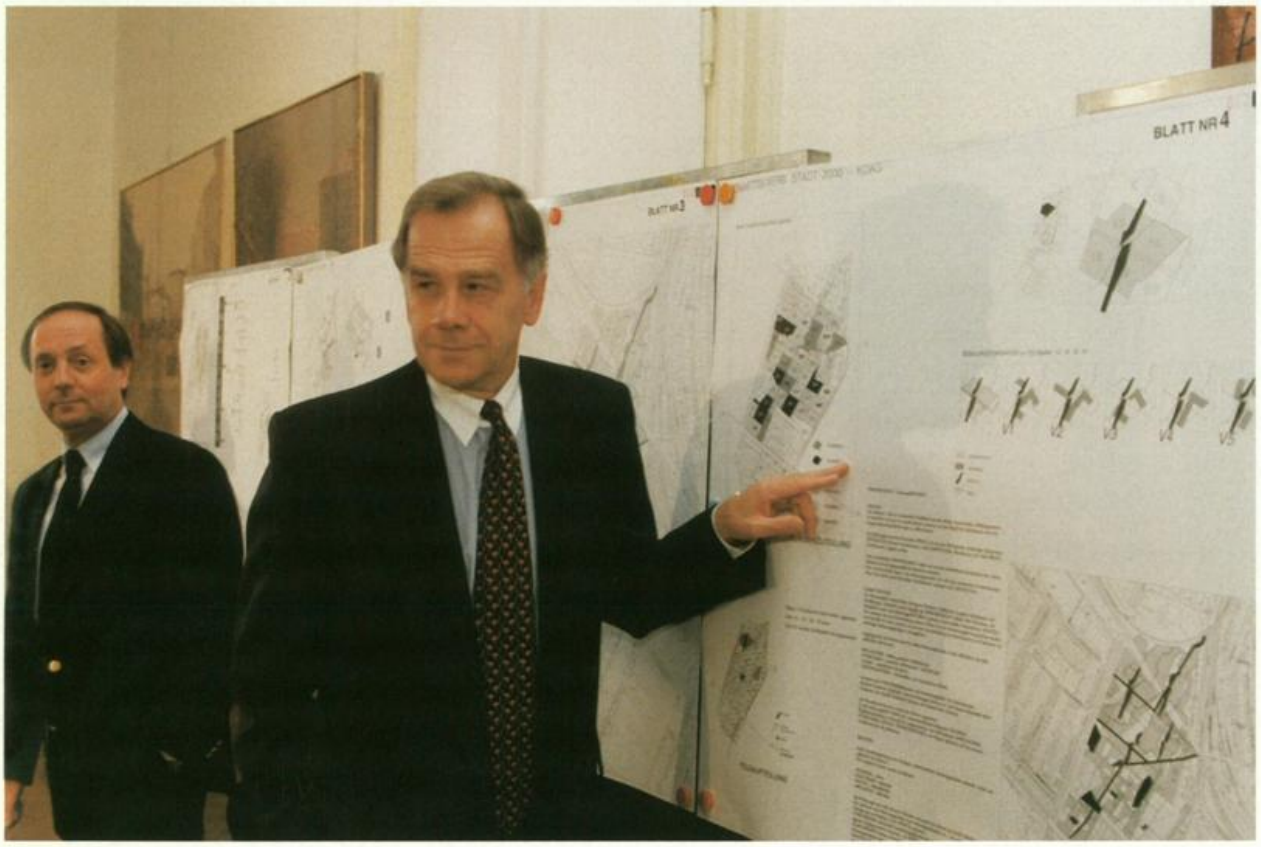
b) Erhaltungsarbeiten:
Stauraumsanierungen in Form von Konstruktionsverstärkungen erfolgten insbesondere in folgenden Bereichen (Auswahl nach Größe und Umfang):
B 1 - 6, Linke Wienzeile/Plateau Joanelligasse und Hofmühlgasse, B 1 - 13, Hietzinger Kai/St.-Veit-Gasse, B 1 - 14, Wientalstraße/Albert-Schweitzer-Gasse, B 8 - 22, Wagramer Straße/Franz-Loidl-Straße, B 16 - 10, Himberger Straße von Rosiwalgasse bis Leopoldsdorfer Straße, B 221 - 3, Schlachthausgasse von Schnirchgasse bis Ludwig-Koessler-Platz sowie B 230 - 23, Laxenburger Straße/Per-Albin-Hansson-Straße.
Betonfeldsanierungen erfolgten auf der B 221 - und zwar örtliche Sanierungsarbeiten am Äußeren Gürtel in den Bezirken 12, 15, 16, 17, 18 und 19 sowie auf der B 227 - 19, Nussdorfer Lände/Heiligenstädter Lände von Nussdorfer Brücke bis Gürtelbrücke.
Des Weiteren fanden laufend Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z.B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und dgl.) an diversen Bundesstraßen in verschiedenen Bezirken statt.

Preisverleihung des SchülerInnenwettbewerbs zur „Jugend- und Freizeitmeile Donaukanal" mit dem Vizebürgermeister und Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft DDr. Bernhard Görg und Bezirksvorsteher Dr. Richard Schmitz.
Foto: Votava / PID

Vizebürgermeister Planungsstadtrat DDr. Görg präsentiert den ersten „Access Point", ein elektronischer Terminal, der den BürgerInnen Behördenwege erleichtern soll und in allen Bezirksamtshäusern installiert wird. Foto: Votava / PID

Vizebürgermeister DDr. Görg besuchte mit dem britischen Kulturminister Horvath die Ausstellung „Traumstadt Wien" im Museumsquartier.
Foto: Votava / PID

Präsentation des Siegermodells im Ideenwettbewerb zur Nutzung der KDAG (Kabel- und Drahtwerke AG)-Gründe im 12. Bezirk.
Foto: Votava / PID



Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen, Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

Brückenbau und Grundbau

Im Berichtsjahr wurde in der Abteilung die Umstellung der Abteilung in einen „Dienstleistungsbetrieb" unter Einführung betriebswirtschaftlicher Strukturen weiter fortgesetzt.

Im Zusammenhang mit der eingeleiteten Verwaltungsrefom und der Durchleuchtung des gesamten Magistrats der Stadt Wien konnte die 1997 begonnene umfassende Organisationsanalyse im September 1998 für die Abteilung abgeschlossen werden.

Nach dem Vorliegen des für die Abteilung äußerst positiven diesbezüglichen Abschlussberichtes konnte festgestellt werden, dass bereits wesentliche Empfehlungen der Coopers & Lybrand Management Consulting GmbH in der Abteilung in Umsetzung begriffen sind.

Somit kann festgehalten werden, dass 1998 die Anregungen seitens Coopers & Lybrand und darüber hinausgehende Steuerungsinstrumente in der Abteilung als strategische Ziele definiert wurden und in Umsetzung begriffen sind:

1. Personalplanung bis zum Jahr 2005
   Ein bereits 1995 seitens der Abteilungsleitung eingeleitetes Personalmanagement mit dem Ziel eines kontinuierlichen Personalabbaues durch natürliche Fluktuation im Konnex mit einer gezielten Nachbesetzung soll durch Optimierung der produktiven Abteilungsauslastung bis ins Jahr 2005 den Abbau von 14 Dienstposten und somit einen Personalkosteneinsparungseffekt von rund 10,16 Millionen Schilling sicherstellen.

2. Einführung eines Qualitätsmanagements nach ISO 9000 ff
   Mitte 1998 wurde mit der Einführung eines Qualitätsmanagements mit dem Ziel der Zertifizierung der Abteilung bis Mitte 1999 begonnen.
   Dieses Qualitätsmanagement braucht die Abteilung für die Steigerung der Effizienz
   - um mehr Leistung mit weniger Personal zu erbringen
   - um die Motivation der Mitarbeiter zu wecken
   - um Wiederholungsfehler zu erkennen und zu vermeiden
   - um damit erhebliche Folgekosten zu sparen

   für ein hohes Qualitätsniveau
   - um unseren Kunden (Gemeinde, Bund, Asfinag usw.) garantierte Qualität zu bieten
   - um die Einhaltung der Gesetze, Durchführungsbestimmungen und Erlässe der Kunden zu gewährleisten
   - um einen sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Einsatz der Mittel zu ermöglichen
   - um damit im Wettbewerb mit Anderen zu bestehen

   für kompetente Qualitätskontrolle in der Bauabwicklung
   - um die Wirksamkeit der Qualitätsmanagementssysteme bei den von uns beauftragten Firmen kompetent beurteilen zu können
   - um auf Baustellen ein projektbezogenes Qualitätsmanagement (Abteilung und Firma) installieren zu können
   - um eine neue Konfliktlösungskultur zu entwickeln
   - um die Kosten bei der Bauabwicklung und in der langfristigen Erhaltung im Griff zu behalten

   Dafür wurde das Erstellen von Verfahrensanweisungen für die wesentlichen Aktivitäten (Produkte), die Verantwortlichkeiten und die zugehörige Dokumentation in Angriff genommen.

3. Definition der Produkte
   So wurden in einer abteilungsumfassenden Diskussion 13 Produkte (Kernaufgaben) der Abteilung definiert und Produktbeschreibungen erarbeitet.
   Diese Produkte sind:
   - Projektentwicklung (Planung und Bauvorbereitung)
   - Bauabwicklung (Neubau)
   - Bauwerksinformationssystem
   - Inspektion (Bauwerksprüfung)
   - Instandhaltung, Wartung und Behebung von Unfallschäden (laufende Maßnahmen zur Bewahrung des Sollzustandes)
   - Instandsetzung (Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. zur Verbesserung des Sollzustandes)
   - Erneuerung
   - Baugrundinformation (Baugrundkataster, projektsbezogene geotechnische Vorerhebungen, Bodenprobenlager und Landesgeologie)
   - Baugrunderkundung (Veranlassung und Abwicklung von Bauwerks-, Fundament- und Baugrunduntersuchungen)
   - Geotechnische Beratung (Grundbautechnische und geologische Beratung und begleitende Baubetreuung, Geo-

technische Messungen, Begutachtung)
- Amtssachverständigentätigkeit (brückenbautechnische, grundbautechnische und geologische)
- Anfragebeantwortung (Bearbeitung politischer Anfragen, Anfragen von MBAs und BVs)
- EDV-Tätigkeiten (Programmieren, Installationen, Störungsbehebung, Service, interne EDV-Beratung usw.)

4. Definition der Kunden
Im Zuge der Erstellung des Produktkataloges wurde auch der Kundenkreis der Abteilung erfasst und wie folgt zusammengestellt:
- Gemeinde (betreffend die in der Verwaltung der Abteilung stehenden bzw. neu zu errichtenden Objekte des Magistrats der Stadt Wien)
- Bund (betreffend die in mittelbarer Bundesverwaltung der Abteilung stehenden bzw. neu zu errichtenden Objekte des Bundes)
- Asfinag (betreffend die gemäß Werkvertrag in Verwaltung der Abteilung stehenden bzw. neu zu errichtenden Objekte)
- MA 28-ERHOB (Erhaltung hochrangiger Bundesstraßen)
- Behörde (Wasserrechtsbehörden, Baubehörde, Eisenbahnbehörde usw.)
- andere Magistratsabteilungen und zentrale Stellen der Magistratsdirektion (betreffend die Verwaltung diverser Objekte und die Bearbeitung von Projekten)
- Wiener Stadtwerke Holding AG (Wienstrom, Wiengas, Wiener Linien, Fernwärme Wien, Bestattung Wien)
- Private (betreffend Bearbeitung von Projekten und die Verwaltung von Objekten, verbunden mit Interessen der Stadt Wien, des Bundes und der Asfinag, auf Grund von Übereinkommen mit der Abteilung)
- Politiker und politische Parteien (bzgl. Anfragen usw.)

5. Produkt - Kundenbezogenes Arbeitszeiterfassungssystem
Im Zusammenhang mit der Erfassung der Produkte und Kunden wurde mit der Installierung eines Produkt-Kunden orientierten Arbeitszeiterfassungssystem begonnen. Mit diesem System ist die Zuordnung der Produkte zu den jeweiligen Kunden möglich, das heißt es kann die Verrechnung der Leistungen der Abteilung an ihre Kunden erfolgen, falls dies vereinbart wird.

6. Kostenrechnung
Weiters wurde mit 1. Jänner 1998 versuchsweise im Rahmen eines Modellversuches eine Kostenträgerrechnung für die Gruppe Bauwerksinspektion gestartet. Mit dieser Kostenrechnung wird festgehalten, welcher Aufwand den Kunden der Abteilung für die Bauwerksinspektion zu verrechnen wäre.

7. Aufbau einer Investitions- und Folgekostenrechnung
Dabei soll langfristig der Investitionsbedarf für Instandsetzungen (Gemeinde, Bund, Asfinag, ERHOB) errechnet und auch eine Folgekostenrechnung aufgebaut werden, in der Instandhaltung, Instandsetzung und gegebenenfalls Abbruch bzw. Erneuerung enthalten sind.

8. Installation eines Informationsmanagements
Im Rahmen dieses Managements sollen vorerst abteilungsspezifische Informationen gesammelt und laufend für die Empfänger aktualisiert und aufbereitet werden. Das heißt, es soll überall dort, wo die Abteilung aktiv ist bzw. werden will und Aktionen setzt, eine intensive Vorbereitung, Begleitung und Nachbearbeitung von Präsentationen usw. erfolgen. Diese Öffentlichkeitsarbeit inkludiert Basis-, Internet- und Medienpräsenz sowie die Installierung eines PR-Beauftragten. Die Basispräsenz bedeutet aktive Journalistenbetreuung und regelmäßige Versorgung mit abteilungsspezifischen Info-Paketen (Publikationen, Plakaten, Folder usw.).

9. Dokumentationsmanagement
Es ist vorgesehen, sowohl externe als auch interne fachspezifische Berichte (also das Wissen der Abteilung), Publikationen, Fotodokumentationen usw. zu archivieren, um sie jederzeit für den Gebrauch bereit stellen zu können.

10. Strategisches Controlling („Tun wir das Richtige?")
Das strategische Controlling, das bereits seit langem in der Abteilung betrieben wird, soll weiter ausgebaut und intensiviert werden. Dazu dient ein gezieltes Berichtswesen und die Einführung von Kennzahlen und das Arbeitszeiterfassungssystem.

11. Operatives Controlling („Tun wir das Richtige richtig?")
Das operative Controlling in der Abteilung, bereits seit Jahren gelebt, unterstützt die Umsetzung der strategischen Ziele, die Steuerung der Aufgabenabwicklung und die Überwachung der Zielerreichung. Es muss von allen Vorgesetzten betrieben werden.

12. Erstellen eines Leitbildes der Abteilung
Um die Prosperität und das Ansehen der Abteilung zu erhalten und weiter zu entwickeln, wird ein Leitbild der

Abteilung entwickelt.

13. Persönlichkeitsschulung
Auch auf diesem Gebiet sollen weitere Schwerpunkte gesetzt werden.

14. Führung von Mitarbeitergesprächen mit Zielvereinbarungen
Im Berichtsjahr wurden seitens der Abteilungsleitung das Abführen von MitarbeiterInnengesprächen mit Zielvereinbarungen bereits praktiziert.

Die Organisation der Abteilung gliedert sich in die drei Fachbereiche „Brückenbau und Strassentunnel", „Grundbau" und „Administration, Bauwerksinspektion, Sonderbauten, Controlling und Sonderaufgaben", wobei jeder Fachbereich im Berichtsjahr bestrebt war, fachspezifische Aktivitäten zu setzen und seine Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen.

Im Sinne dieser Kernziele wurde auch 1998 der bewährte Einsatz der internen Projektbearbeiter beibehalten und somit waren stets bei den im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Bauvorhaben die Zielvorgaben einer Dienstleistungsorientierung gewährleistet.

Der Tätigkeitsbereich des Fachbereiches Brückenbau und Strassentunnel umfasst die „Projektentwicklung", die „Bauabwicklung", die „Gemeindebrückenerhaltung" und die „Bundesbrückenerhaltung".

Im Rahmen der Projektentwicklung wurde für den Steg Kollegium Kalksburg über die Liesing und für den seilabgespannten Fußgängersteg unter der Flutbrücke der Praterbrücke ü. d. Neue Donau ein genereller Entwurf als Ausschreibungsgrundlage ausgearbeitet.

Für den Durchgang Perfektastraße unter der U6, der im Rahmen der Stadterweiterung zu errichten ist und für den Neubau der Lebereckbrücke ü. d. Steinbach durch den der baufällige Altbestand ersetzt werden soll, wurde die Ausschreibungsplanung durchgeführt, sowie für den Fußgängersteg ü. d. Anton Baumgartner Straße, der beim Projekt „In der Wiesen Nord" vorgesehen ist, die technische Abstimmung vorgenommen.

Weiters wurde für den Nußdorfer Steg ü.d. Donaukanal, durch den eine Radwegverbindung zwischen 19. und 20. Bezirk auf Höhe Holzgasse geschaffen werden soll, ein Ausschreibungsprojekt samt architektonischer Planung erstellt.

Bezüglich des Steges ü. d. Ketzergasse, der für eine optimale Radwegverbindung von Perchtoldsdorf zum Bahnhof Liesing erforderlich ist, wurde mit der Vorentwurfsplanung begonnen, für die im Rahmen des „Stumpf-Projekts" vorgesehene Grünbrücke ü. d. Handelskai, die von privater Seite ausgeführt und von der Abteilung übernommen werden soll, wurde die technische Abstimmung der Planung vorgenommen.

Für die Unterführung Rautenweg, mit der die Bundesstraße B229-Groß Jedlersdorfer Straße die ÖBB-Trasse quert, wurde das Ausschreibungsprojekt erarbeitet, weiters wurde für die Unterführung der Nordwestbahn i. Z. d. Ausbaues der B227-Donaukanalstraße eine konstruktive Studie erstellt.

Auf dem Gebiet der Bauabwicklung und Erneuerung wurde die Bustrasse Donaustadtbrücke einschließlich der Anschlüsse im 2. und 22. Bezirk fertig gestellt. Auf der Seite des 2. Bezirkes wurde unter voller Aufrechterhaltung der Verbindungsrampen von und zur A23 - Südosttangente ein Autobustunnel für die Verbindung der Donaustadtbrücke mit der Wehlistraße sowie ein Stationsbereich an der Kreuzung Wehlistraße errichtet. Mitte Mai 1998 konnte dann mit der Umlegung der Autobuslinien 83A und 84A auf die neue Bustrasse Donaustadtbrücke eine verbesserte Anbindung des 22. Bezirkes Richtung U3 und damit an das Zentrum erzielt werden.

Die Kanal- und Entwässerungssysteme der A23 - Südosttangente wurden weiter ausgebaut. Die 1997 begonnene Kanalverbindung vom Prater in Richtung Hauptkanal Wehlistraße wurde im Frühjahr 1998 fertig gestellt. Damit ist die gesamte Praterbrücke mit einer Brückenfläche einschließlich Wegenetz von rund 40.000 m² umweltgerecht an das Kanalsystem angeschlossen.

Die Erneuerung der Praterbrücke wurde mit Betoninstandsetzungen und Reprofilierungen von jenen Bauteilen fortgesetzt, wo im Zuge der Brückenhebung nicht gearbeitet werden konnte. Weiters wurde die Zugänglichkeit von Lagern, Pfeilern und Einbauten durch Leitern und Geländer optimiert, wobei auf die aktuellsten Sicherheitsvorschriften und die Erfordernisse der Bauwerksprüfung Rücksicht genommen wurde.

Die Neugestaltung des Wegenetzes der Praterbrücke wurde bereits im Zuge der Tragwerkshebung mit der Montage eines untergehängten Steges unter die Fahrbahn des Stromtragwerkes im Jahr 1997 begonnen. 1998 wurde das gesamte Wegenetz mit der Komplettierung des unterstromigen Steges sowie der Errichtung der Anbindungsrampen auf der Seite des 2. Bezirkes, einer Stiegenanlage und einer Radwegwendel am rechten Donaudamm sowie eines behindertenfreundlichen Rampenturmes und einer Radwegwendel am linken Donauufer zur Anbindung der Donauinsel komplettiert. Die Inselbauwerke wurden durch neue Wege mit dem bestehenden Wegenetz der Donauinsel verbunden. Mitte 1998 wurde auch mit der Herstellung eines seilabgespannten architektonisch interessanten Verbindungssteges von der Donauinsel zum Hubertusdamm zwischen den Flutbrückenpfeilern der Praterbrücke über die Neue Donau begonnen. Dieser Steg wird ab Frühjahr 1999 zur Verfügung stehen. Auf dem rechten Donaudamm wurden die Wegeverbindungen im Bereich der Marina Wien bis unterhalb der Praterbrücke einschließlich der Anbindung an die Wendelrampe und die Stiegenanlage hergestellt.

Im Zuge der 1997 begonnenen Erneuerung der Prater Hochstraße wurde der Mittelstreifenumbau durchgeführt. Anschließend wurde bis Herbst 1998 nach dem Teilabtrag auf der Seite Prater der 1. Abschnitt der neuen Brückenkonstruktion errichtet. Dieser Bauabschnitt konnte programmgemäß in rund 7 Monaten komplett hergestellt werden. Dabei wurden u.a. auch ein Widerlagerumbau sowie die Verbreiterung der anschließenden Dammstrecken durchgeführt. Die neue Brückenrandkonstruktion wurde mit Stahlgleitwänden ausgeführt, wobei zusätzlich eine 3 m hohe Lärmschutzwand durch den gesamten Prater die nun vom rechten Donauufer zum Donaukanal durchgehende Lärmschutzanlage ergänzt. Seit Spätherbst 1998 ist die Errichtung des mittleren Brückendrittels in Arbeit, wobei bereits große Fortschritte mit dem Tragwerksvorbau, dem zentralen Festhaltepunkt der Brückenkonstruktion und diversen Einbauten gemacht werden konnten. Eine Fertigstellung der gesamten Brückenkonstruktion ist für Ende 1999 zu erwarten.

Im September 1998 wurde die Rad- und Fußwegunterführung i. Z. d. Alma-Rosé-Gasse unter der Donauländebahn, die eine Anbindung des zukünftigen Stadterweiterungsgebietes an die öffentlichen Verkehrsmittel bzw. an die Nahversorgungseinrichtungen der Per-Albin-Hansson-Siedlung ermöglicht, fertig gestellt.

Im Zuge der Reaktivierung der „Hochbahn" durch die Österreichischen Bundesbahnen wurde mit der Errichtung einer niveaufreien Unterführung in Verlängerung der Richard-Neutra-Gasse begonnen. Diese Unterführung wird als wasserdichte Wanne hergestellt. Des weiteren werden durch die Unterführung unterbrochene Verbindungen der Bahn sowie der Straße durch den Bau von Brücken (Hochbahnbrücke, Nordbahnbrücke, Brücke Thayagasse, Brücke Anschlussbahn) wiederhergestellt.

Im November 1998 wurde mit der Erneuerung der Gänsehäufelbrücke ü. d. Alte Donau in Wien 21 begonnen. Die aus dem Jahre 1926 stammende und mit einer Geschwindigkeits- und Belastungsbeschränkung versehene alte Stahlbetonbrücke wird durch eine neue Stahlkonstruktion mit architektonisch gestaltetem Sondergeländer und Portalen ersetzt.

Im Oktober 1998 wurde mit der Errichtung von drei Brücken als Zugänge von der Donau City in den Donaupark sowie mit einem Zugang vom Hubertusdamm zur Hollein-Schule begonnen. Diese drei Brücken, die architektonisch bemerkenswert gestaltet werden, nennen sich der Feuerwehrsteg, der Sichelsteg und der Fahnensteg.

Im Rahmen des Sonderprogrammes zur Effektbeleuchtung der Wiener Brücken sollen durch individuell ausgelegte Beleuchtungsanlagen die sehenswerten architektonischen und technischen Einzelheiten der Konstruktionen hervorgehoben und zur Geltung gebracht werden. Im Berichtsjahr wurde die Effektbeleuchtung der über den Donaukanal führenden Stadionbrücke und Rotundenbrücke realisiert.

Nach der Entscheidung des Standortes des Holocaust Mahnmals wurde die Einhausung über den archäologischen Ausgrabungen der Or-Sarua-Synagoge am Judenplatz, die bereits 1996 begonnen wurde, fertig gestellt. Als Zugang zum Schauraum wurde ein unterirdischer Tunnel vom Misrachi-Haus hergestellt.

Im Bereich der Gemeindebrückenerhaltung wurden die im August 1997 begonnenen Arbeiten betreffend die Vergrößerung und Neugestaltung der Kahlenbergterrasse im 19. Bezirk am Kahlenberg - Aussichtspunkt über Wien abgeschlossen.

Im 12. Bezirk wurde die Brüstung und der gesamte Straßenaufbau einschließlich der Abdichtung gegen Feuchtigkeit an der Maria-Theresien-Brücke erneuert.

Infolge des schlechten Erhaltungszustandes musste im 21. Bezirk der Dünnschichtbelag der Jedleseer Brücke ü. d. Neue Donau erneuert werden.

Beim Kästenbaumtunnel im Nahbereich des Kurzentrums Oberlaa wurde im Oktober mit der Erneuerung zweier Portale, mit der Errichtung eines behindertengerechten Aufganges zum Kurzentrum und einer Fluchtstiege begonnen.

Im Rahmen der Brückenerhaltung bei Bundesbauten sowie bei Bauten, die in die Zuständigkeit der Asfinag fallen, wurden auf dem Gebiet der Instandsetzung umfangreiche Aktivitäten gesetzt. So wurde beim Laaerbergtunnel i. Z. d. A23 - Südosttangente die bauliche Instandsetzung der gesamten Stützmauern beiderseits des Tunnels durchgeführt und die Tunnelwände überarbeitet. Durch Entspannungsbrunnen und ein neues Kanalsystem wurde eine gesicherte Entwässerung der bisher durch die Schlitzwand durchtretenden Hangwässer erreicht. Einzelne Stützmauerbereiche wurden zusätzlich verstärkt und der gesamte Bereich wurde mit einer Sockelmauer versehen.

Bei der Stadionbrücke i. Z. d. B221 Wiener Gürtel Straße wurde der Fahrbahnbelag im Kreuzungsbereich instand gesetzt und die gesamten Gehwegbereiche erneuert.

Die Gehwegkonstruktion der auf Seite Schwechat gelegenen Umkehrschleife bei der Unterfahrung Simmering i. Z. d. B10 Budapester Straße wurde erneuert. Dabei wurden auch die Einbautentrassen instand gesetzt. Weiters wurden im gesamten Unterfahrungsbereich einschließlich aller Stützmauern umfangreiche Betoninstandsetzungen und Reprofilierungen ausgeführt.

Bei der Flötzersteigbrücke i. Z. d. B223 Flötzersteigstraße wurde eine Überarbeitung des Fahrbahnbelages im Tragwerksbereich durchgeführt. Beiderseits der Brücke wurde eine Schleppplattenverlängerung mit wasserdichter Anbindung an die Widerlagermauern ausgeführt, um eine weitere Schädigung der Widerlager durch austretendes Hangwasser zu vermeiden. Mit einer konstruktiven und auch optischen Instandsetzung der Brückenpylone, der Stiegenanlagen, der Widerlager und der Flügelmauern wurde begonnen.

Auf 17 Brückenobjekten der B14 Klosterneuburger Straße erfolgte die Erneuerung der Fahrbahnverschleißschichte (rechter Fahrstreifen komplett, linker Fahrstreifen teilweise) im gesamten Bereich zwischen Hochstraße Handelskai nach Engelsplatz bis stadtauswärts vor Kahlenbergerdorf einschließlich Knoten Nussdorf und der Anbindung an die

Donaukanalstraße. Hier konnten durch eine extrem gedrängte und koordinierte Bauzeit unter optimaler Ausnützung von Geräte- und Materialiensatz an insgesamt drei Wochenenden bei Sperre einer Richtungsfahrbahn weit über 22.000 m² Brückenbelag hergestellt werden.

Im Zuge dieser Arbeiten erfolgte auch eine örtliche Überarbeitung der Brückenrandbalken und der Brückenausrüstung sowie eine Tragwerksinstandsetzung durch Risseverpressung bzw. Betonreprofilierung.

Bei der Heiligenstädter Hangbrücke wurde in Verbindung mit der im Wege der MA 30 ausgeführten Kanalherstellung in der Kuchelauer Hafenstraße eine Anbindung der restlichen Entwässerungsschächte der Richtungsfahrbahn Wien und der Brückenentwässerungsabläufe der Richtungsfahrbahn Klosterneuburg durchgeführt. In diesem Zusammenhang mussten einige Querungen der B14 hergestellt werden, wobei u.a. im sensiblen Hangbereich Minierungen der Mittelstützmauer notwendig waren.

Die Hangsicherung bei der Leopoldsberglehne entlang der B14-Klosterneuburger Straße wurde, um abstürzendes Gesteinsmaterial aufzufangen, durch die Errichtung einer neuen Rückhaltewand sowie Erhöhung der Stützmauern weiter ausgebaut.

Bei den Pumpwerksbrücken i. Z. d. A23(Knoten Kaisermühlen) erfolgte ein Komplettaustausch der Brückendilatationen im Widerlagerbereich einschließlich einer Überarbeitung der Abdichtungsanbindung und der Fahrbahnbeläge. Weiters wurde für beide Brückenobjekte die frei nach unten mündende Brückenentwässerung mit Sammelrohrsträngen zusammengefasst und an das örtliche Kanalsystem angebunden.

Bei der Willerbrücke i. Z. d. B13-Laaber Straße wurde in Abstimmung mit den Straßenbauarbeiten der MA 28 der Brückenbelag neu hergestellt. Außerdem wurde für die Brückenbeleuchtung ein neuer Pylon einschließlich Tragwerksadaptierung errichtet.

Die Arbeiten für die laufende Brückenwartung und Reinigung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadensbehebungen nach Verkehrsunfällen. Insbesondere im Zuge der A23 - Südosttangente gab es zufolge vermehrter LKW-Unfälle (schwere Unfälle vor allem im Bereich B221 - Wiener Gürtel Straße bis A4 - Ostautobahn) erhöhten Instandsetzungsbedarf. In Anbetracht der erhöhten Unfallhäufigkeit und des weiter zunehmenden Schwerverkehrs wurde im Jahr 1998 bereits eine Überarbeitung der wesentlichen Gefährdungsbereiche der A23 gewichtet nach Bauzustand und Unfallhäufigkeit begonnen. Ein 10-Jahres-Projekt für die Erneuerung und Verstärkung der Brückenrandkonstruktionen mit Ausbildung von Stahlgleitwänden analog den Donaubrücken bzw. der Prater Hochstraße wurde eingeleitet.

Der Fachbereich Grundbau bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe Baugrundinformation betreute neben den von den anderen Gruppen der Abteilung behandelten Bauvorhaben und den Aufschlussbohrungen im Wiener Raum auch verschiedene Anfragen und Projekte anderer Magistratsabteilungen sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr, wo Amtssachverständige für Geologie im Rahmen des eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahrens (HL-AG) die Verbindungsstrecke zwischen West- und Südbahn zu beurteilen hatten.

Unter diese Tätigkeiten fallen beispielsweise Altlastenerkundungen (Gaswerk Simmering) und Anfragen bezüglich des Verdachtsflächenkatasters für die MA 45. Weiters wurde die MA 45 bei den Grundlagenerhebungen für die Projekte „Tiefensüßwässer" und „Grundwasserbewirtschaftungsplan" intensiv beraten und unterstützt.

Die MA 31 wurde bei aktuellen Problemen der Hangsicherungen im Verlaufe der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Haberöd, Sigritsberg, Schonaberg), sowie bei der Karstforschung im Zusammenhang mit der Wassergewinnung (karsthydrogeologische Kartierung) geologisch betreut. Die Betreuung des gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums entwickelten Karstforschungsprojekte wurden weitergeführt.

Die MA 30 wurde im Zusammenhang mit der Errichtung der Liesingtal- und Wienflusssammelkanäle unterstützt.

Für die Umweltverträglichkeitserklärung betreffend das Kraftwerk Donaustadt wurde im Auftrag der MA 22 ein Teilgutachten für den Fachbereich Geologie und Hydrogeologie erstellt.

Die MA 49 wurde bezüglich der Erosionsproblematik bei der „Karlschütt" (St. Ilgen, Steiermark) und in Wien Sievering (ehemaliger Steinbruch Gspöttgraben) unterstützt.

Die MA 21 wurde hinsichtlich der Errichtung von Naturdenkmälern (Geotopen) geologisch beraten.

Die Wiener Linien wurden bei den Bauarbeiten der Neubaustrecke U3-Ost geologisch-geotechnisch betreut, die MA 18 bei den Planungsarbeiten für die Verlängerung der U1 nach Norden und der U2 nach Stadlau, bzw. bei der Abstellanlage Karlsplatz-Schwarzenbergplatz.

Im Zusammenhang mit der Errichtung privater Wärmepumpenanlagen und Tiefbohrungen (z.B. AKH) agierte die Gruppe Baugrundinformation als grundbautechnische Amtsachverständige im Auftrag der MA 58.

Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik wurde das seismische Strong-Motion Messnetz zur Messung und Analyse starker seismischer Erschütterungen im Wiener Stadtgebiet weiter betrieben.

Im Rahmen der Bund-Bundesländerkooperation (MD-KOB) wird ein gemeinsames Projekt bezüglich der Untersuchung von Tongesteinen im Wiener Stadtgebiet („Wienton") in enger Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt weiterverfolgt. Beim Österreichischen Landesgeologentag in Graz fand zwischen den geologischen Landesdiensten ein konstruktiver Erfahrungsaustausch statt. Bei der Teilnahme an einem Treffen der „Stadtgeologen Europas" in Brüssel wurden wertvolle Erkenntnisse für die Weiterführung des Boden-Wasser-Informationssystems gewonnen.

Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien („Baugrundkataster") wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 210 neue Einlagen mit 530 neuen Bohrprofilen zugeführt werden. Im Jahre 1998 erfolgten 293 Einsichtnahmen in den Baugrundkataster. Davon entfielen 154 auf Erhebungen für magistratseigene Bauvorhaben. Im Zuge der Erhebungsarbeiten für Bauvorhaben im Wirkungsbereich der Abteilung wurden 84 neue Bauakte angelegt.

Die Boden-Wasser-Datei wurde unter Mitwirkung der MA 14-ADV in das ARC-INFO Datenbanksystem eingebracht. Von der Abteilung wurden im Zuge dieser Arbeiten etwa 1.200 neue Bohrprofile in die Baugrundkataster-Datenbank eingearbeitet. Mit Hilfe des Programmpaketes ARC VIEW wurden 180 bauprojektbezogene Karten erstellt.

Von der Gruppe Baugrunderkundung wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkopplung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Bei den Baugrunduntersuchungen für den U-Bahnbau wurden die Arbeiten für die U1-Nord (generelle Planung) abgschlossen und bei der U2/2-5 weitergeführt.

Für den Kanalneubau im Bereich des Liesingbaches und im Stadtpark, sowie für die MA 31 wurden für die Rohrpressungen Schönbrunner Brücke und Linzer Straße Bohrungen, Pegel und Brunnen hergestellt.

Im Bereich der Mülldeponie Rautenweg wurden Gasbrunnen und Materialgewinnungsschächte zur Erkundung des Schüttmaterials mit einem Durchmesser von 1.500 mm abgeteuft.

Für das Projekt Neubau der Hauptbücherei und der Zentrale der städtischen Bücherei am Neubaugürtel waren Bauwerks- und Baugrunduntersuchungen durchzuführen.

Die Gruppe Bauberatung - Tiefbau und U-Bahnbau führte, wie auch in den letzten Jahren, für viele städtische Bauprojekte - im Zuge von Projektierung und Ausschreibung - die grundbautechnische Beratung und Begutachtung, sowie - im Zuge der Ausführung - die fachliche Betreuung auf der Baustelle durch.

Im Rahmen des U-Bahn Baues lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der grundbautechnischen Betreuung der laufenden Baulose U3/19 bis U3/22 der Verlängerung der U3 nach Simmering. Dabei lagen die Schwerpunkte vor allem bei den Herstellungen der Tunnel in offener Bauweise der Baulose U3/19, U3/21 und U3/22, der großen Grundwasserhaltung der Baulose U3/20 und 21, sowie der NÖT-Tunnelvortriebe der Baulose U3/20 und U3/21.

Für das Generelle Projekt der U1-Nord nach Leopoldau, für die Variantenuntersuchungen bzw. die Studien der Verlängerungen der U2 nach Stadlau, sowie für die Umbauplanungen der U2 Stammstrecke zwischen Landesgerichtsstraße und Karlsplatz erfolgte die geotechnische Mitarbeit im Rahmen der Stadtplanung.

Weiters erfolgte im gesamten U-Bahnbereich die Tätigkeit als Amtssachverständige des Sachgebietes Grundbau, mit der Erstellung fachlicher Auflagen in den eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren und deren Überwachung.

Als Amtssachverständige für den Bund erfolgte im Rahmen der Eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren der Verbindungsstrecke zwischen West und Südbahn „Lainzer Tunnel" (HL-AG), im Speziellen für die Baulose des eigentlichen Tunnels von der Südbahn bis ins Wiental, die geotechnische Begutachtung und die Sachverständigen-Stellungnahmen.

Im Zuge der „A22 - Donau City" wurde die MD-BD, Dezernat 1 - im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die gesamte Infrastruktur -, wie auch die Abteilung - Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel - im Rahmen ihrer technischer Oberaufsicht für die Überplattung der A 22 bzw. als Bauaufsicht im Bereich Marshallhof usw.- vor allem in Bezug auf die Setzungsbeeinflussung der städtischen Infrastrukturbauten infolge der großen Bebauungen und Überbauungen (z.B. Mischek-Hochhaus, Wohnpark Donau City, Cineplexx, Tech Gate) fachtechnisch unterstützt.

Als weitere Schwerpunkte der geotechnischen Mitarbeit bei Brücken- und Straßenbauvorhaben wären für den Berichtszeitraum 1998 beispielsweise die „Erneuerung der Prater Hochstraße im Bestand", die Sanierung „Laaerberg-Tunnel", die „Unterführung Richard-Neutra-Gasse", Straßenbauvorhaben im Bereich der „Allissengründe" oder die „Verbreiterung Hadikgasse (Einwanggasse)" zu nennen.

Ferner wurden beispielsweise die Wienstrom im Zuge der Versorgungs-Ölleitung von der OMV zum KW Simmering oder bei der Trafostation Thaliastraße, die MA 30 und MA 31 bei tief liegenden Leitungsbauten, Rohrvorpressungen, Microtunnelling, bergmännischen Vortrieben oder spartenspezifischen Hoch- und Tiefbauten (so z.B. „Haupttransportleitung Schönbrunner Brücke", „Pumpwerk Simmering", „Pumpwerk Ebreichsdorf", „Kanalleitungen Friedensbrücke und Schwedenbrücke", „Alte Donau Ufer Sammelkanal", „Linker Sammelkanal-Entlaster Willergasse", „Rechter Hauptsammelkanal-Entlaster BA03", „Rechter Wienflusshauptsammelkanal", „Liesingtalentlastungskanal", „Wientalentlastungskanal", „Kanal Hietzinger Hauptstraße", „Kanal Siedlung Kordon", „II. Wiener Hochquellenwasserleitung - Sanierung Oberndorf und Haberöd", „Umgehungsstollen Scheibbs, Schonaberg und Sigridsberg") während aller Projektierungsphasen grundbautechnisch beraten und bei der Bauausführung fachlich unterstützt.

Im Hinblick auf Sicherung von Einbauten, Verkehrsflächen und Bebauung wurden - mit Schwerpunkt der sensiblen Bereiche - auch die großen und langen Rohrvorpressungen der Fernwärmehaupttransportleitung Gürtel sowie die Planung der Südostleitung einer fachtechnischen Bewertung unterzogen.

Die Wiener Linien wurden neben dem U-Bahn-Neubau vor allem im Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflussbereich bestehender U-Bahn- und Straßenbahnanlagen (z.B. Wohnhochhäuser Kratochwjlestraße, Überbauung

U3 Erdberger Straße, Bebauung Collinstraße/Hütteldorfer Straße, Fernwärmeleitung Gürtel, Stadtbahnbögen Union SV Döbling, Museumsquartier Messepalast usw.), im Rahmen laufender Instandhaltungsarbeiten beispielsweise von Stützmauern oder bei Umbauarbeiten beispielsweise U1-Station usw., grundbautechnisch beraten und betreut.

Erwähnenswert sind auch die grundbautechnische Beratung, Begutachtung oder Betreuung vieler, teilweise auch an städtebaulich exponierten Stellen liegender „Hochhausgründungen" oder „tiefer Baugruben" (z.B. „Milleniumstower", „Wienerberger Hochhäuser", Tiefgaragen Rudolfstiftung, Herbststraße, Hundsturm usw., oder Bebauungen Praterstraße, Schönbrunner Straße, Lassallestraße, Erweiterung Lugner City usw.), für die MA 28, MA 35 oder MA 37 zur Sicherung des öffentlichen Gutes oder als Sachverständiger der Baubehörde.

Für die MA 22 erfolgte die sachverständige Mitarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Kraftwerk Donaustadt. Hinsichtlich der geotechnischen Beratung und Betreuung bei der Absicherung von Altlasten oder im Zusammenhang mit Deponien ist zu vermerken, dass neben der laufenden Betreuung der Deponie „Langes Feld", der Schwerpunkt der Mitarbeit beispielsweise bei den Begutachtungen der Sanierungsgebiete „Altlast Zentraltanklager Lobau", „23, Rudolf-Zeller-Gasse" oder Altlast nördlich der Hauptkläranlage „BP-EBS-Tierkörperverwertung" lag. Für alle Altlastenbeurteilungen und Sanierungen erfolgte laufend auch die grundbautechnische Amtssachverständigentätigkeit im Wasserrechtsverfahren. Erwähnenswert ist auch die grundbautechnische Betreuung der Renaturierung der Wienflussretentionsbecken.

Durch das Referat Umwelttechnik und Schwingungsmessungen wurde die gemeinsam mit der MA 30 - zum Zwecke der grundbautechnischen Überwachung von Rammarbeiten bei ungünstigen Anlageverhältnissen und kritischen Bauphasen - aufgebaute Messkette von Schwingungsmessgeräten beispielsweise für die Abteilung Brückenbau im Zuge des Umbaues der Prater Hochstraße, und zwar zur Feststellung der Einwirkungen des Straßenverkehrs auf das Beton-Abbindeverhalten beim Vernähen der Brückenfelder, sowie für die MA 30 im Zuge von Kanalbauten wie z.B. Rechter Hauptsammelkanal-Entlastungskanal BA03 und Wienflusssammelkanal BA01 erfolgreich eingesetzt.

Im Rahmen des Referates Geotechnische Verfahrens- und Datenanalyse lag neben diversen Datenauswertungen der Tätigkeitsschwerpunkt auf der - auf Ersuchen der Wiener Linien - laufenden messtechnischen Überwachung (Durchflussmengenmessungen der Grundwasser-Düker) und Bewertung der Funktionalität des Grundwasserausgleichs der den Grundwasserstrom sonst sperrenden U-Bahn im 20. und 21. Bezirk.

Das Referat Geotechnische Messtechnik und EDV führte Horizontalverschiebungsmessungen (einschließlich Auswertung und Stellungnahme) durch, und zwar laufend für die MA 31 im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Gebiet St. Christophen - Scheibbs) wie auch im U-Bahnbau (Bauabschnitt U3/22). Für das Projekt „Sanierung der Kai- und Vorkaimauern Donaukanal" wurde in Zusammenarbeit mit der Wasserstraßendirektion und der MA 45, für die „Wienflussmauern" in Zusammenarbeit mit der MA 45 ein mehrjähriges Messprogramm betreffend Neigungsverhalten der Kaimauern begonnen.

Des Weiteren erfolgte im Rahmen dieses Referates die EDV- mäßige Leitung und Betreuung des zukunftsorientierten Projektes „EDV/GIS - gestützter Baugrundkataster".

Die Gruppe Bauberatung Hochbau führte bei zahlreichen städtischen Hochbauprojekten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projektserstellung, als auch bei der Bauausführung durch.

So wurden beispielsweise für die Schulbauvorhaben in 5, Am Hundsturm, und 22, Asperner Heldenplatz, oder für die Wohnbauprojekte 6, Wallgasse 31, 12, Körbergasse 4 - 6, und 15, Reithofferplatz 2, 3 und 4. Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt. Bei letzteren Projekten handelte es sich um Baulückenverbauungen, bei denen schwierige, grundbautechnische Probleme hinsichtlich der Sicherung der Nachbargebäude zu lösen waren.

Der Krankenanstaltenverbund wurde in der Frage eines Zubaues für das Kaiserin-Elisabeth-Spital intensiv beraten und dadurch vor der vermutlich verhängnisvollen Realisierung einer Fehlplanung bewahrt. Bei der Errichtung eines Neubaues für die Pathologie im Kaiser-Franz-Joseph-Spital wirkte die Abteilung ebenso mit wie bei den Planungen für das Geriatrische Zentrum Favoriten.

Von der Baubehörde wurde die Abteilung ebenfalls häufig eingeschaltet, wobei es hier beispielsweise auch um die Frage möglicher Gefährdungen von Anrainern durch Baumaßnahmen ging. Schließlich ist noch die fallweise Beratung der MA 28 im Genehmigungsverfahren für die Sicherung tiefer Baugruben an der Grenze zum Straßenbereich zu nennen. Die Unbekümmertheit, mit der von den Betreibern privater Bauvorhaben hier teilweise vorgegangen wird, hat im abgelaufenen Jahr zu spektakulären Unfällen geführt und lässt für die Zukunft eine vermehrte und zeitgerechte Einschaltung der Abteilung wünschenswert erscheinen.

Im 3. Fachbereich der Abteilung wurden im Rahmen der Bauwerksinspektion im Berichtsjahr 194 Hauptprüfungen, 578 Kontrollen und 1.754 Befahrungen durchgeführt. Unter anderem konnten die Hauptprüfungen bei folgenden Objekten abgeschlossen werden: Brigittenauer Brücke und Nordsteg über die Donau, Salztorbrücke, Aspernbrücke über den Donaukanal; Brücken im Zuge der A23 - Hochstraße St. Marx; die Überplattung der A22 im Bereich Marshallhof, aber auch 24 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien.

Die Kontrolle der Überkopfwegweiser erfasste 252 Objekte, davon wurden 25 einer Hauptprüfung unterzogen.

1998 wurden außerdem 322 Stützmauern und Stiegenanlagen mit 42.281 lfm und 117 Schallschutzwände mit insgesamt 33.094 lfm kontrolliert und überwacht.

Es wurden 503 Schwertransporte in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 25 Transporte mussten auf Grund des hohen Fahrzeuggewichts über die Brückenobjekte geleitet werden.

Nachfolgend angeführte Innovationen im Rahmen der Bauwerksinspektion konnten 1998 realisiert werden:

- Zustandsfeststellung von Brückenübergangskonstruktionen durch Messung der Geräuschentwicklung bei Überfahrungsvorgängen mittels Schallpegelmessgeräten
- Zustandsfeststellung und Zustandsveränderungen von Brückentragwerken durch Messung und Auswertung der Tragwerksschwingungen
- Feststellung der Tragwerksbelastung durch den Verkehr durch Schwingungssensoren und Rückschluss auf das Gewicht und Geschwindigkeit von einzelnen Fahrzeugen
- Die Einführung von Innovationen bedingt trotz steigender Brückenfläche sinkenden Personalaufwand, wobei gleichzeitig die Ausbildung und Ausrüstung des Personals erhöht wird.

Tätigkeit der Abteilung in den Ausschüssen: Im Rahmen der Österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr (ÖFSV) wurden unter ständiger Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Brückenbau" wichtige Detailprobleme betreffend die „Leistungsbeschreibung von Brückenbauten", die „Brückenabdichtung", die „Brückenausrüstung", die „Brückenprüfung und -erhaltung" sowie die „Randabsicherung von Brücken" und die „Entwurfs- und Planungsgrundlagen von Brücken" sowie in der Arbeitsgruppe „Tunnelbau" die Erfordernisse für die Projektierung und den Bau im Stadtbereich diskutiert und an der Ausarbeitung dementsprechender Richtlinien und Leistungsbeschreibungen, die vor allem im Bundes- und ASFINAG-Bereich und in weiterer Folge auch im Gemeindebereich zur Anwendung kommen sollen, weiterbearbeitet.

Im Arbeitsausschuss „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten" erfolgte die Überarbeitung der restlichen Ausrüstungspositionen und Sonderpositionen sowie die Überarbeitung der technischen Bedingungen und Leistungspositionen hinsichtlich Korrosionsschutz vor allem bezüglich Umwelt (Lösemittelverordnung). Die Umsetzung der Leistungsbeschreibung Brückenbau (LBB) in eine Computerfassung wurde durchgeführt. Die Druckfahnen wurden korrigiert.

Im Arbeitsausschuss „Brückenausrüstung" wurde in der Untergruppe „Leitwände auf Brücken" die Richtlinie für Leitwände abgeschlossen. Diese Richtlinie wurde zwischenzeitlich auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für vorläufig für verbindlich erklärt und soll bei Bundesstraßenbauwerken Anwendung finden. Im Rahmen der Abteilung wurde bereits seit Errichtung des Nordsteges als Umleitungsstrecke diesen neuen Anforderungen Rechnung getragen. Außerdem wurde vom Ausschuss ein Forschungsauftrag im Rahmen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten mit Anfahrversuchen und Prüfung von Leitwandsystemen eingeleitet. Im Unterausschuss „Leitungsverlegung" wurde mit der Vorschreibung von konstruktiven Rahmenbedingungen für die Leitungsführung in Brückenobjekten begonnen.

Im Unterausschuss „Übergangskonstruktionen" tagte in Ergänzung zur RVS 15.45-Fahrbahnübergangskonstruktionen der Zulassungsausschuss.

Im Rahmen des Arbeitsausschusses „Brückenabdichtung" mit den Unterausschüssen - „Bahnabdichtung" und „Grundierung" - wurden Merkblätter und Ergänzungen zur RVS 15.362-Abdichtung mit polymeremodifizierten Bitumenbahnen erarbeitet. Dabei wird den gestiegenen Anforderungen an die Bauwerksqualität und den modernen Baustoffen Rechnung getragen.

Weiters wurde in den drei Unterausschüssen „Brückenprüfrichtlinien", „Bewertung und Kostenrechnung", „Sondertransporte, Belastungsannahmen für Brücken und Brückendaten" des Arbeitsausschusses „Brückenprüfung und Brückenerhaltung" an neuen Richtlinien weitergearbeitet.

Im Unterausschuss „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung" wurde die Adaptierung und Neuordnung der österreichweiten Brückendatenbank fertig gestellt. Die Neuprogrammierung der Datenbank wurde abgeschlossen und mit der Datenkontrolle und -eingabe begonnen. Die Erweiterung auf andere Objekte (Tunnel, Stützmauern usw.) wird vorbereitet.

Im Rahmen des Arbeitsausschusses „Fahrbahnbelag auf Brücken" soll in Form einer neuen RVS 15.365 die Erstellung eines Fahrbahnaufbaues erfolgen, der den gestiegenen Anforderungen zufolge Verkehrsfrequenz und Fahrzeuggewichten auf Brückenbauwerken Rechnung trägt. Im Zuge dessen wurde auch eine statistische Auswertung der Belagsarbeiten und Schäden der letzten 25 Jahre für alle Bundesländer einschließlich Straßenbaugesellschaften durchgeführt. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit erfolgten auch diverse Fachvorträge im Rahmen der Gestrata (Baseminar, Bauleiterschulung und Herbstseminar).

Im Rahmen des Österreichischen Betonvereins wurden im Hauptausschuss „Materialtechnologie" Gutachten und Prüfanforderungen betreffend diverse Reparaturmörtel, Spachtelmassen, Spritzmörtel usw. für die Betoninstandsetzung an Untersichten bzw. unter Abdichtungen aufbereitet und beurteilt sowie die entsprechenden Anträge auf Zulassung der Produkte an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gestellt. Eine Richtlinie für die Zulassung von Instandsetzungsprodukten und die Überwachung bzw. Zulassung von Instandsetzungsfirmen wurde erarbeitet, die Publizierung erfolgt im Rahmen eines Fachseminars (mit Vortrag der Abteilung) am 19. Mai 1999.

In der Arbeitsgruppe „Tunnelbau" sind zwei Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau und ein Mitarbeiter des Fachbereiches Brückenbau und Straßentunnel im Unterausschuss „Leistungsbeschreibung" des Arbeitsausschusses „Tunnelbau im Stadtbereich" tätig. Die Richtlinie „Leistungsbeschreibung" wurde auch 1998 in der Bearbeitung fortgesetzt.

Schließlich waren im Jahre 1998 in folgenden Fachausschüssen bzw. in deren Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes Vertreter der Abteilung tätig:

FNA 10 - Beton-, Stahlbeton- und Massivbau, FNUA 010c - Betonbrücken, FNUA 010e - Betonbewehrung,

FNA 014 - Brückenbau-Allgemeines, FNA 023 - Grundbau, FNUA 023b - Labor- und Feldversuche, FNUA 023c - Grundbau-Berechnungsverfahren, FNUA 023d - Besondere Gründungsverfahren, FNA 050 - Anstrichmittel, FNA 169 - Bauleistungen, AG 169.05 - Erdarbeiten.

Weiters war ein Vertreter der Abteilung - Fachbereich Grundbau als gewählter österreichischer Delegierter bei der 1998 nach dem Einspruchsverfahren fertig gestellten Europäischen Norm EN 12716 über Jet-Grouting (Hochdruckbodenvermörtelung) des CEN/TC 288 - Arbeitsgruppe 7 tätig. Zusätzlich wurden die Normungsarbeiten an der Europäischen Vornorm für Bodenvernagelung in der Arbeitsgruppe 9 des CEN/TC 288 fortgesetzt und die ÖNorm B4452 über Dichtwände abgeschlossen. Auch hier nahm der Mitarbeiter der Abteilung - Fachbereich Grundbau als gewählter österreichischer Delegierter teil.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien erstreckten sich im Jahre 1998 auf die Bereiche:
- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001
- Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß ÖNORM EN 45004
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien
- auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen für die österreichische Bauindustrie
- nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien, wie insbesondere der neu entstandenen Mitarbeit in den Sachverständigenausschüssen des Österreichischen Instituts für Bautechnik
- Ausbau der Prüf- und Überwachungsstelle in Richtung Kalibrierwesen und Einrichtung einer Zertifizierungsstelle.

1. Prüftätigkeit und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle Pü 69

Im Geschäftsjahr 1998 wurden die budgetmäßig vorgegebenen Einnahmen mit deutlichem Vorhaltemaß erreicht, wobei jedoch festzuhalten ist, dass in absoluten Zahlen gesehen gegenüber 1997 ein Rückgang festzustellen war. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf zwei Punkte zurückzuführen. Durch umfangreiche Umstellungen im europäischen Normenwerk ist es zu einem Wegfall von Fremdüberwachungen und damit Prüftätigkeiten im Bereich der Abteilung gekommen. Dies betrifft beispielsweise diverse Mörtel- und Putzprodukte. Darüber hinaus ist der Konkurenzdruck gegenüber Laboratorien mit nicht ordnungsgemäßer Qualitätssicherung und Nachweisführung erneut größer geworden. Die Abteilung hat aufgrund dieser Entwicklung Schritte in Richtung Qualitätssicherung auf Baustellen gesetzt. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen bereits in der Planungsphase in Form einer Konsulententätigkeit die Richtlinien für qualitätssichernde Maßnahmen festgelegt werden. Mit Hilfe dieses Verfahrens würde sich die Prüftätigkeit von reinen Produktüberwachungen im Werk auf tatsächliche aktive Qualitätskontrolle vor Ort in Verbindung mit Verarbeitungsüberwachungen verschieben.

Mit der Übernahme von neuen EN-konformen Prüfverfahren war insbesondere der Arbeitsbereich Brand der Abteilung im Jahr 1998 in hohem Maße beschäftigt. Durch die Inbetriebnahme eines in Eigenregie konzipierten und aufgebauten europäischen Brandprüfstandes ist somit die Abteilung eine der acht europäischen Brandprüfstellen, die nach den neuen Normen arbeiten können. Insbesondere für das Jahr 1999 werden bereits umfangreiche Aufträge dafür erwartet.

Ebenso wertvoll waren die im Jahre 1998 durchgeführten Ringversuche, die allen voran in den Bereichen Beton und Zement deutlich die Kompetenz und die Qualität der Prüftätigkeit der Abteilung zeigten. Auf Basis dieser Prüfergebnisse der Ringversuche sollen Forschungsprojekte beim FFF eingereicht werden, deren Ziel die Validierung der neuen EN Prüfverfahren ist.

2. Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien

Die gutachterliche Tätigkeit als auch die beratende Tätigkeit der Abteilung bei Projekten der Stadt Wien wurde im Jahr 1998 deutlich ausgeweitet; insbesondere bei kommenden Großprojekten und Sanierungen wurde die Abteilung in fachlicher Hinsicht zugezogen. Im Tiefbaubereich steht dazu der Neubau der Hauptkläranlage 2 mit einem umfassenden Betontechnologiekonzept an.

Darüber hinaus wurde von der Abteilung ein Konzept für qualitätssichernde Maßnahmen auf Baustellen, beginnend bei der Planungsphase, angeregt. Im Jänner 1999 hat dazu bereits im Rahmen der Gruppenleitersitzung die Einrichtung einer eigenen Projektgruppe stattgefunden. Mit diesem System sollen, beginnend in der Planungsphase, qualitätssichernde Maßnahmen in die Ausschreibung integriert werden und im Sinne von umfassenden Controlling auch während der Bauphase durchgeführt werden. Endziel dieser Maßnahme ist eine gesicherte Erfüllung der Ausschreibungsvorgaben mit Hilfe von statistischer und qualitätssichernder Prüfparameter. Von Seiten der Abteilung wird damit auch ein Schritt in Richtung Servicestelle für Großbaustellen der Stadt Wien gesetzt werden.

3. Auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen

Die Abteilung weist in Ihrer Auftragsstruktur jährlich einen Schwerpunkt an Entwicklungsarbeit für Baustoffhersteller auf. Diese Forschungstätigkeit ist als nicht geförderte Forschung anzusehen und beträgt in etwa 10 Prozent der Gesamteinnahmen. Für das Jahr 1998 sind besonders die Vorarbeiten einer optimalen Zementmörtelauskleidung für Trinkwasserrohre als auch die Optimierung von Belägen hinsichtlicher Brennbarkeit hervorzuheben.
Mit Hilfe dieser auftragsgebundenen Entwicklungs- und Forschungstätigkeit können auch die Fachdienststellen profitieren, da auch speziell über die Vortragstätigkeit der Verwaltungsakademie in Zukunft versucht werden soll, diesen Wissensgewinn weiter zu leiten. Die umfangreiche Tätigkeit in Normenausschüssen und bei Richtlinien ist für den Auftragsstand der Abteilung als auch für die technische Kompetenz in Richtung der Akkreditierungsbehörde von wesentlichem Einfluss. Nicht zuletzt durch das engagierte Auftreten der Abteilung in den von ihr betreuten Normenausschüssen wurden Mitarbeiter in einigen Fachnormenausschüssen gewählt.
Speziell die in den letzten Jahren sich stärker am Markt etablierenden Gütezeichen werden nun auch von der Abteilung intensiv betreut. Hervorzuheben ist diesbezüglich auch die Einrichtung eines eigenen Gütezeichens für Estriche, die in Zusammenarbeit mit führenden Estrichherstellern von der Abteilung betreut wird.

4. Nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien sowie Vortragstätigkeiten

Speziell für das Jahr 1998 als auch für 1999 hat die Abteilung ein fachspezifisches Programm mit Fachvorträgen und Demonstrationen in den Labors geplant. Der Startpunkt waren diesbezüglich Vorträge hinsichtlich der Ausgestaltung von Wärmedämmverbundsystemen als auch für Betontechnologie. Für 1999 werden auch diese Vorträge über die MD-VA bzw. auch über die MD-BD, Gruppe Hochbau, bekannt gegeben.
Der Leiter der Abteilung wurde zum Vorsitzenden des österreichischen Spiegelausschusses zur Advisory Group gewählt. In diesem Gremium werden die Rahmenbedingungen und die erforderlichen Nachweise für die Zertifizierung von Baustoffen - als wesentliche Voraussetzung für die Vergabe des CE-Zeichens - erarbeitet.

5. Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der Abteilung

Mit Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie in Österreichisches Recht und der damit verbundenen Möglichkeit der Einführung eines CE-Kennzeichens (nach Herausgabe der harmonisierten europäischen Normen) ist in Österreich massiver Handlungsbedarf für eine Zertifizierungsstelle gegeben. Die Abteilung hat nach umfangreichen Vorgesprächen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten als auch dem Österreichischen Institut für Bautechnik den Entschluss gefasst, für die Kunden der Abteilung die Möglichkeit einer Zertifizierungsstelle mit anzubieten.
Im Jahr 1998 wurden daher die für die Genehmigung einer Zertifizierungsstelle nötigen Vorarbeiten weiter vorangetrieben. Für 1999 ist in weiterer Folge die Erstellung des dazugehörigen Qualitatssicherungshandbuches als auch die eigentliche Einreichung der Zertifizierungsstelle geplant. Die organisatorische Gliederung dieser Zertifizierungsstelle innerhalb des Magistrates ist noch in Ausarbeitung.
Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Abteilung ist das Kalibrierwesen. Diesbezüglich wird an einem eigenen Projekt eines Kalibrierstellenverbundes innerhalb der Prüfstellen der Stadt Wien gearbeitet. Dieses Projekt wurde bereits in der von der Abteilung initiierten Prüfstellenkonferenz der 13 Prüfstellen des Magistrates erörtert.

Stadtvermessung

Aufgabe der Abteilung ist die vermessungstechnische Betreuung der Stadt Wien, hauptsächlich in den Bereichen Planung, Bauausführung und Verwaltung. Zur Erledigung dieser Aufgaben ist die Abteilung nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die Dezernate Ingenieurgeodäsie mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen, Nivellement, Liegenschaftsgeodäsie mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie Kartographische Geodäsie mit den Gruppen Mehrzweckkarte, Luftbildauswertung und Kartographie gegliedert. Als Einzelreferate, die allen Arbeitsbereichen zur Verfügung stehen, sind eingerichtet: Kanzlei, Archiv, Technisches Zeichnen und Ausmesser.

Schwerpunkte der Arbeit waren die Vermessungen für den U-Bahnbau, Bauplatzschaffungen für kommunale Projekte und die Evidenthaltung der digitalen Stadtkarte. Eine Darstellung des Aufgabengebietes, der Organisationsform der Abteilung sowie ausführliche Informationen über die Digitale Stadtkarte sind nun auch via Internet verfügbar.

Über die im Vorjahr begonnene umfassende Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien, in die auch die MA 41-Stadtvermessung einbezogen war, liegt nun der auf umfangreichen Erhebungen basierende Abschlussbericht vor. In diesem Bericht wird sowohl die Notwendigkeit einer zentralen kommunalen Vermessungsstelle betont als auch die bestehende Organisationsform sowie die Art und Weise der Aufgabenerfüllung sehr positiv beurteilt. Zur

Erfüllung zusätzlicher Aufgaben wird eine Aufstockung an Personal und Ausstattung vorgeschlagen. Die ausgesprochenen Empfehlungen decken sich im Wesentlichen mit den Vorstellungen der Abteilung.

Mit der 163. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Vermessungstechniker wurde 1998 erstmals ein entsprechendes Berufsbild samt Ausbildungsprogramm festgelegt. Derzeit befindet sich ein Vermessungslehrling zur Ausbildung in der Abteilung.

Mit Jahresende 1997 konnte das gemeinsam mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ausgeführte 4-jährige Projekt zur Herstellung der Digitalen Katastralmappe abgeschlossen werden. Die Stadt Wien verfügt nunmehr über eine international gesehen hervorstechende, moderne und aktuelle Katastralmappe mit höchster Genauigkeit über das gesamte Stadtgebiet. In einem auf Einladung des Herrn Vizebürgermeisters DDr. Görg abgehaltenen Festakt wurde die Bedeutung dieses Werkes sowohl für die Stadtverwaltung als auch insgesamt für den Wirtschaftsstandort Wien hervorgehoben. Eine 1998 unterfertigte Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und der Stadt Wien sieht eine weitere Zusammenarbeit zur periodischen Aktualisierung der von der MA 41 hergestellten Mehrzweckkarte und der Digitalen Katastralmappe unter Nutzung von Synergien durch permanenten Datenaustausch zwischen den beiden Stellen vor.

Wesentlichen Anteil an der stets angestrebten Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung kommt der laufenden Erneuerung der EDV-und Instrumentenausstattung zu. So wurden im Bereich der Dezernate Ingenieurgeodäsie und Liegenschaftsgeodäsie sehr leistungsfähige an von der Abteilung vorgegebene Standards angepasste Rechen- und Zeichenprogrammsysteme angeschafft, im Dezernat Kartographische Geodäsie die derzeit modernste 3-D fähige Kartographiesoftware auf neuen Arbeitsstationen und Servern eingerichtet sowie die Software für die Luftbildauswertung leistungsfähiger gestaltet. Weiters wurden Theodolithe angeschafft, die durch berührungsloses Entfernungsmessen weniger Personaleinsatz erlauben.

Innerhalb der Abteilung ist die Projektskoordination für die Einrichtung des Digitalen Leitungskatasters der Stadt Wien angesiedelt. In diesem Leitungskataster sollen alle Ver- und Entsorgungsanlagen, alle Nachrichtenanlagen und sonstigen unterirdischen Einbauten und Bauwerke, die zur geordneten Verwaltung des zur Leitungsverlegung geeigneten Straßenraumes notwendig sind, dargestellt werden. Die dazu erforderlichen Organisationsformen wurden aufgebaut. Mit der Ende des Jahres erfolgten Novellierung der Kundmachung des Wiener Magistrates betreffend Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrs- und Erholungsflächen besteht nun auch, wie von der Abteilung angeregt, die Rechtsgrundlage für die Verpflichtung der Plan- und Datenlieferung im Aufgrabungsfalle.

Die Aufgaben des im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichteten Referates Baustellenmessungen konzentrierten sich auf den Bereich des U-Bahn-Baus. Mit Eröffnung der Verlängerung der Linie U3 nach Ottakring fanden die Vermessungsarbeiten mit Absteckungen und Kontrollmessungen für den Innenausbau und für die Oberflächengestaltung im Umfeld der Stationen ihren Abschluss.

Das Abklingen der Setzungen am Baubestand entlang der gesamten Erweiterungsstrecke konnte durch sehr umfangreiche Präzisionshöhenmessungen abschließend bestätigt werden. In Begleitung des Baufortschrittes bei den U3-Bauabschitten in Simmering waren folgende Arbeiten auszuführen: Lage- und höhenmäßige Kontrolle des Stollenvortriebes, der Leitwände für die Schlitzwandherstellung sowie der Bohrpfähle; tägliche Setzungsmessungen an allen Gebäuden im Baustellenbereich während des Vortriebes bzw. des Erdaushubes; Übertragung von Festpunkten auf die Sauberkeitsschichte und Absteckungen für die Sohlkanäle und die Stollenschalung.

An weiteren ingenieurgeodätischen Arbeiten dieses Referates sind hervorzuheben: die messtechnische Überprüfung des spannungsfreien Einbaues der Fertigteile für die eingehängten Fußgängerstege der Praterbrücke; bei der Verbreiterung der Praterhochstraße die lage- und höhenmäßigen Kontrollen der Stützenroste, der Bohrpfähle, der Tragwerksschalung und die Absteckung der neuen Auf- und Abfahrtsrampen.

Das dem Dezernat zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen hat im Zuge der vermessungstechnischen Betreuung der städtischen Bauvorhaben 73 zum Teil überaus umfangreiche Lage- und Höhenpläne zur Verfügung gestellt. Weiters waren 40 Absteckungen für kommunale Hoch- und Tiefbauten vorzunehmen und 22 Lagepläne für Bekanntgaben der Bebauungsbestimmungen zu verfassen.

Zu diesen vielfältigen Arbeiten zählten beispielsweise die Projektierungsunterlagen für die U-Bahnlinie U2/5 vom Schottentor in die Erzherzog-Karl-Stadt und die U1 Nord-Variante, für die Begleitstraßen der S7-Flughafenbahn, für die Straßenbauvorhaben Floridsdorfer Hauptstraße, Gerasdorfer Straße, Schwarzenbergplatz und Rautenweg, das Krankenhaus Rudolfsstiftung, den Wienfluss zwischen Urania und Pilgrambrücke, die Gänsehäufelbrücke, den Blumengroßmarkt Inzersdorf und für die Hauptbibliothek Neubaugürtel.

Für das Friedhofsinformationssystem der MA 43 wurden von den Mitarbeitern des Referates Allgemeine Vermessungen vermessungstechnische Grundlagen für 14 Friedhöfe erstellt. Im Bereich der Gutachten hat der Arbeitsaufwand weiter zugenommen. So wurden 119 Gutachten nach den Veranstaltungsstättengesetz verfasst, 36 Lagepläne für verkehrsrechtliche Gutachten angefertigt, Grün- und Gehsteigflächen für das Schlichtungsverfahren bestimmt sowie Kubaturen und baubehördliche Auflagen messtechnisch kontrolliert.

Für das die II. Hochquellenleitung umfassende Netzinformations- und Sicherheitssystem der MA 31 waren umfangreiche, detaillierte Ausschreibungen vorzunehmen.

Insgesamt waren in diesem Dezernat 420 Geschäftsstücke zu bearbeiten, wobei an Vergabekosten 32 Millionen Schilling anfielen.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Referates Nivellement zählen die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes sowie die Kontrolle von kommunalen Hochbauten auf etwaige Setzungen. So wurden 12 Nivellementzüge mit einer Gesamtlänge von 38 km begangen, 96 Züge mit 394 km Länge mit selbstregistrierenden, digitalen Präzisionsnivellieren gemessen und 44 Höhenfestpunkte neu gesetzt. An 43 städtischen Objekten waren 110 Setzungsmessungen vorzunehmen.

Hauptaufgaben des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie sind die Evidenthaltung der Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Dienstbarkeits- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften.

Dieses Dezernat hat die Änderung zweier Bezirksgrenzen angeregt, die im Jahre 1998 vom Wiener Landtag beschlossen wurden. Es handelt sich dabei um das 6. Gesetz, mit dem die Grenze zwischen dem 16. und 17. Bezirk in der Spinozagasse geändert wurde, sowie um das 7. Gesetz, mit dem die Grenze zwischen dem 12. und 23. Bezirk von der Nauheimergasse in die Gutheil-Schoder-Gasse verlegt wurde. Darüber hinaus wurden bestehende Bezirksgrenzen mit Koordinatenwerten genau und eindeutig festgelegt. Dazu zählen vor allem die Bereiche Blechturmgasse - Kettenbrückengasse (Bezirke 4 und 5), Gürtelbrücke (Bezirke 9 und 19), sowie Wundtgasse (Bezirke 12, 13, 23). Um zu vermeiden, dass Grundstücke von Bezirksgrenzen durchschnitten werden, waren Teilungspläne über eine Bezirksgrenzlänge von 3,8 Kilometern zu verfassen. Die ermittelten Koordinatenwerte der Bezirksgrenzen fließen in die Mehrzweckkarte ein, sodass in diesem digitalen Kartenwerk die Lagegenauigkeit der Bezirksgrenzdarstellung laufend verbessert wird.

Von den Vermessungstechnikern des Dezernates wurden in Ausübung der bundesgesetzlichen Befugnis für die Vornahme von Urkundmessungen 30 Pläne über eine Gesamtfläche von 600.000 m² verfasst und 15 Grenzabsteckungen zur Sicherung städtischen Grundeigentums über eine Grenzlänge von 3,8 km und 140 Grenzpunkten ausgeführt. Zu diesen Arbeiten zählen: Teilungspläne für die städtischen Wohnhausanlagen Apostelgasse, Florian-Hedorfer-Straße, Braunspergengasse, die Parkanlagen am Loquaiplatz und in der Kliebergasse, für den Nußdorfer Markt, das Ottohaus und das Habsburgerhaus auf der Rax; Absteckungen für die Forstverwaltung Wildalpen, den Wienfluss und die Wiener Hütte.

Neben den Vermessungsarbeiten durch Eigenpersonal wurden 130 Aufträge mit einer Vergabesumme von etwa 8 Millionen Schilling an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen für die Erstellung von Plänen und Absteckungen von Grundgrenzen vergeben: Von diesen Vergaben können hervorgehoben werden: Teilungspläne für die Wohnhausanlagen Reithofferplatz, Viktor-Kaplan-Straße und Krausegasse, die Schulen in der Absberggasse, Elisenstraße und Prandaugasse, die Straßenbauten in der Perfektastraße, Jedlersdorfer Straße und am Satzingerweg, die U6 in Floridsdorf und Heiligenstadt, die Feuerwache Kaisermühlen, das Geriatriezentrum Floridsdorf, das Kindertagesheim Franzosenweg, die Autobusgarage Leopoldau, Quellschutzgebiete in Puchberg; Grenzabsteckungen im gesamten Verlauf der I. Hochquellenleitung.

Im Zuge der Koordinierung der für städtische Grundteilungen erforderlichen Tätigkeiten wurde die dafür eingerichtete Datenbank auf Vorgänge aus 26.000 Akten erweitert. Für diese Teilungsverfahren waren 1998 150 Bekanntgaben der Bebauungsbestimmungen bei der MA 37, 250 baubehördliche Bescheide bei der MA 64 und 220 Planbescheinigungen beim Vermessungsamt zu erwirken. Unter Verwendung dieser Unterlagen konnte von der MD-Z in 140 Fällen die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen erfolgen. Dazu gehören: die Wohnhausanlagen Rabenhof, Daringergasse und Laxenburger Straße; die Straßenbereiche Rautenweg, Jedlersdorfer Straße, Ruthnergasse und Siemensstraße; die Kleingartenanlagen „An den alten Schanzen", „Löwygrube" und „Aspern"; das Hallenbad Brigittenau und das Strandbad Stadlau; die Parkanlagen Gartenheimstraße, Lerchenfelder Straße und Lorystraße; die Schulen Eipeldauer Straße, Aspernallee und Langobardenstraße; die Sportplätze Biberhaufenweg und Kaposigasse; der Friedhof Heiligenstadt sowie das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn.

Neben diesen Tätigkeiten im Bereich der kommunalen Grundstücksteilungen wurden anlässlich von 270 privaten Grundstückverfahren die Grenzverläufe zwischen privatem und städtischem Eigentum überprüft und im Einverständnisfall die Zustimmungserklärung gemäß Vermessungsgesetz abgegeben. Für 40 private Pächter oder Käufer von städtischen Grundstücken wurde für das von diesen angestrebte Abteilungsverfahren die Vollmacht erwirkt. 430 in Teilungsplänen festgelegte Fluchtlinienverläufe wurden erfasst und in die Datenbank des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes eingespeist.

Schwerpunkt der Tätigkeiten des Dezernates Kartographische Geodäsie mit den Gruppen, Mehrzweckkarte, Photogrammetrie und Kartographie ist die Erstellung der Mehrzweckstadtkarte. Mit Jahresende konnte nach abgeschlossener Vermessung des gesamten Straßenraumes des verbauten Stadtgebietes und ergänzender Luftbildauswertung auch die kartographische Bearbeitung der Ersterfassung beendet werden, sodass nun alle Kapazitäten für die Evidenthaltung des Kartenwerkes zur Verfügung stehen.

Nach Abschluss der letzten Softwareinstallationen für die neuen digitalen 3D-Auswertestationen konnten von der Gruppe Photogrammetrie 264 Stadtkartenblätter 1:1000 auf den Stand des aktuellen Bildfluges gebracht und 35 Blätter neu ausgewertet werden. Als weitere Auswertungs- und Interpretationsarbeiten, denen Luftbildaufnahmen zugrundeliegen, wären zu nennen: die Erstellung des aktuellen digitalen Geländemodells der Mülldeponie Rautenweg zur Kontrolle des Schüttvolumens und Dachflächenauswertungen über den Bereich von 40 Stadtkartenblättern 1:1000, als Grundlage für die digitalen 3-D-Stadtmodelle. Die wertvollen Bestände des Luftbildarchives, die chrono-

logisch das gesamte Stadtgebiet seit 1938 umfassen, wurden wieder häufig für Stellungnahmen in rechtlichen Verfahren und für die Erstellung von Dokumentationsmaterial herangezogen.

Die Luftbildauswertung für die digitale Stadtkarte, deren Bezeichnung Mehrzweckkarte (MZK) die vielfältigen Anwendungen zum Ausdruck bringt, wird durch präzise Vermessungen des Straßenraumes gestützt. Dies ist Aufgabe der Gruppe Mehrzweckkarte, die in einem 3-Jahres-Zyklus sämtliche Veränderungen im Straßenraum des verbauten Stadtgebietes entweder durch Messungen mit Eigenpersonal oder im Vergabewege erfasst. In Summe wurden derart 625 Kartenblätter 1:1000, 1.250 km Straßenlänge betreffend, erneuert.

Nach automatisierter Zusammenführung der photogrammetrischen Daten mit der Vermessung der Straßenbereiche wird in der Gruppe Kartographie das Kartenbild fertig gestellt. Mit Jahresende 1998 konnte der Gesamtbestand an verfügbaren Mehrzweckkartenblättern 1:1000 auf 1.816 ausgebaut werden. In den Folgemaßstäben wurde der Stand auf 359 Blätter 1:5000 und 9 MZK-Blätter 1:10 000 ausgebaut. Durch Bearbeitungen von 1.096 MZK-Bebauungsblättern 1:1000 konnte die Anzahl von aktuellen Blättern des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes 1:2000 auf 342 erhöht werden.

Neben diesen Evidenthaltungen waren von den Kartographen an digitalen Arbeiten die Realnutzungskartierung, das ist die planliche Darstellung der Nutzungskategorien im Stadtgebiet, sowie Kartengrundlagen für Bezirksgrenz- und Landesgrenzänderungen zu erledigen. Zusätzlich waren händisch zu zeichnen: Planbeilagen für Verordnungen über Landschaftschutzgebiete, Parkraumbewirtschaftung und Müllgefäßstandorte; Karten der Weinbaufluren; analoge Druckvorlagen 1:25 000 u.s.f.

Im Planarchiv, das für die Registrierung, Archivierung, Entlehnung und Aussendung der Vermessungspläne zuständig ist, stehen den Dienststellen des Magistrats sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfassten Pläne zur Verfügung. Derzeit umfasst es nahezu 15.000 Planoperate. Die Digitalisierung der bislang händisch geführten Planübersichten und Archivkarteien wurde weitergeführt. Nach Abschluss der Arbeiten wird dem Archivbenützer, auch extern über Netzbetrieb, ein Planinformationssystem zur Verfügung stehen, das die Planentlehnung wesentlich erleichtert.

Vom Referat Technisches Zeichnen werden Lagepläne, Lage- und Höhenpläne, Teilungspläne, Dienstbarkeits- und Entschädigungspläne, die von Technikern der Abteilung verfasst werden, zeichnerisch erstellt. So wurden insgesamt 144 zum Teil sehr umfangreiche Pläne neu gezeichnet, ergänzt oder geändert.

Fachliche Kontakte werden laufend über Mitwirkung bei etlichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Dazu gehören: die Technischen Universitäten Wien und Graz, das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, die Österreichische Gesellschaft für Vermessung und Geoinformation, die Österreichische Raumordnungskonferenz, der Österreichische Städtebund, das Österreichische Normungsinstitut, DIN, CEN, ISO, die Internationale Vereinigung der Vermessungsingenieure und die Internationale Gesellschaft für Photogrammetrie und Fernerkundung. Abgerundet werden diese Kontakte durch den Empfang in- und ausländischer Fachbesuche sowie die Teilnahme an Fachveranstaltungen und Kongressen.

Mit 2.898 neuen Geschäftsstücken ist die Anzahl der Anforderung gegenüber den letzten Jahren deutlich angestiegen. Da nicht nur die Anzahl, sondern auch der Umfang der auszuführenden zunahm, trat eine Steigerung des nach außen zu vergebenden Auftragsvolumens um etwa 42 Prozent auf 57 Millionen Schilling ein.

Umwelt und Verkehrskoordination

Umweltschutz

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien beschäftigt sich mit rechtlichen und technischen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Eigene Fachabteilungen sind für die Bereiche Umweltrecht, Lärmschutz, Naturschutz, Umweltschutz & Stadtentwicklung, Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft eingerichtet. Regelmäßig werden Betriebe und Unternehmen kontrolliert. Die Sachverständigen überprüfen, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten und vorgeschriebene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem flächendeckenden Messnetz wird die Qualität der Wiener Luft überwacht. Die Umweltschutzabteilung betreibt auch ein eigenes Labor, das zum Beispiel die Regeninhaltsstoffe oder die Belastung des Bodens mit Schwermetallen überprüft. Auch das KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien wird unter der Leitung der Umweltschutzabteilung durchgeführt. Darüber hinaus werden zahlreiche umweltbezogene Forschungs- bzw. Monitoringprojekte in Auftrag gegeben und betreut. Weitere Schwerpunkte sind Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem Ziel über die umweltrelevanten Aktivitäten zu informieren und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Außerdem subventioniert die Umweltschutzabteilung Vereine und private Institutionen, deren Arbeit wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt beiträgt.

Insgesamt sind bei der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22 - Umweltschutz) 82 Mitarbeiter (Stichtag 31.12. 1998) beschäftigt.

Die Arbeitsbereiche der Abteilung

Rechtliche Angelegenheiten

Zu den Aufgaben im Bereich Umweltrecht zählt einerseits die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes (z.B.: Abfallwirtschaftsgesetz/AWG, Chemikaliengesetz, das Ozongesetz, das Smogalarmgesetz, das Umweltinformationsgesetz, das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz). Andererseits werden auch die Gesetze und Verordnungen des Landes Wien vollzogen wie zum Beispiel das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz oder das Wiener Umweltschutzgesetz. Im Rahmen der legistischen Tätigkeit werden die umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen der Stadt Wien ausgearbeitet. Weiters wird in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Mitgearbeitet wird auch in verschiedenen Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechtes. Weitere Aufgaben: Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft, die rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrollaufgaben im Rahmen verschiedener umweltrelevanter Gesetze und Anordnung und Durchführung von Überprüfungen.

Sachverständigentätigkeit

Die Mitarbeiter fast aller Fachreferate der Umweltschutzabteilung sind als Sachverständige in bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, oder dem Naturschutzgesetz tätig. Sie liefern Gutachten oder Stellungnahmen und beurteilen umweltrelevante Auswirkungen zum Beispiel bei Bauvorhaben, Betrieben oder Straßenbauprojekten.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

1998 wurde in Wien erstmals eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt, und zwar für das Kraftwerk Donaustadt. Die durchführende Behörde ist die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien. Die Prüfung erfolgt aufgrund des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes, das mit 1. Juli 1994 in Kraft getreten ist. Vorhaben, bei denen aufgrund ihrer Art, Größe oder ihres Standortes mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist, müssen einer solchen Prüfung unterzogen werden. Als UVP-pflichtige Anlagen sind im Anhang des Gesetzes 50 verschiedene Anlagentypen definiert. Die Palette reicht dabei von Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Anlagen gemäß Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, Eisenbahntrassen und Flughäfen über Schutz- und Regulierungsbauten an Fließgewässern, Häfen und Papiererzeugungsanlagen bis hin zu Massentierhaltungen ab bestimmten Größen.

Forschungsprojekte

Die Forschungsprojekte der Abteilung bilden eine wichtige Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen und der Entwicklung von Strategien und Technologien. Denn um Umweltmaßnahmen in der Praxis wirkungsvoll umsetzen zu können, müssen natürlich auch die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen vorliegen. Deshalb wurden auch 1998 von der Umweltschutzabteilung zahlreiche Forschungsprojekte in Auftrag gegeben. Die Schwerpunkte lagen dabei im Be-

reich Naturschutz, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Klimaschutz.

Um die Forschungsprojekte innerhalb der Abteilung aber auch mit anderen Dienststellen zu koordinieren wurde in der Umweltschutzabteilung die Funktion einer Forschungskoordinatorin geschaffen. Sie vertritt die Abteilung bei MD-KOB-Bund/Bundesländer Koordinationssitzungen und bringt Projektvorschläge der Abteilung ein. Außerdem werden Stellungnahmen zu Projektvorschlägen aus dem Umweltbereich im Hinblick auf Beteiligung der Abteilung (Bund, Bundesländer, Magistrat, EU, Universitäten usw.) abgegeben. Beurteilt werden auch internationale Projektvorschläge aus dem Umweltbereich in Hinblick auf eine mögliche Beteiligung der Stadt Wien. Weitere Aufgaben: Evaluierung von Forschungsprojekten (Umweltbereich) der Stadt Wien im Hinblick auf ihre Umsetzung und Umsetzung der Forschungsprojekte; Mitarbeit an Forschungsprojekten der einzelnen Abteilung - Fachreferate; Vertretung der Abteilung im Interreg-Beirat Wien.

Monitoringprojekte

Will man die Umwelt schützen und verbessern, muss man wissen wie es um sie steht. Die Umweltschutzabteilung führt deshalb zahlreiche Monitoringprojekte durch. Dabei wird zum Beispiel eruiert, wie viel Grün es wo in Wien gibt, oder welche Tierarten und Lebensräume in Wien vorhanden sind und wie es um sie bestellt ist. Solche Monitoringprojekte zeigen auch, welche Maßnahmen notwendig sind, um positive Veränderungen herbeizuführen oder negative zu verhindern.

Immissionsmessungen

Mit einem flächendeckenden Luftmessnetz (18 stationäre Messstellen und ein mobiler Messbus) wird die Qualität der Wiener Luft kontinuierlich überprüft. Gemessen werden die Schadstoffe Schwefeldioxid, Staub, Kohlenmonoxid, Stickoxide und Ozon. Ab März 1998 werden zusätzlich noch aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen (Immissionschutzgesetz Luft/IG-L) die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol erfasst. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubniederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Für mobile Messungen steht der Umweltschutzabteilung ein Luftmessbus zur Verfügung. Immissonsmessungen finden auch in anderen Bereichen statt. Alle drei Jahre wird vom Labor der Umweltschutzabteilung der Gehalt an Schwermetallen im Wiener Boden untersucht. Regelmäßig untersucht das Labor auch Regeninhaltstoffe (Säuren, Salze und Schwermetalle). Auch der Anteil an Schwermetallen in Staubniederschlägen wird kontinuierlich ermittelt.

Lärmmessungen

Im Lärmbereich wird mit Hilfe eines Lärmmesswagens, aber auch mit tragbaren Lärmmessgeräten die Lärmbelastung für die Wiener Bevölkerung gemessen.

Leitfäden und Arbeitshilfen für effizenten Umweltschutz

Die Ergebnisse von Forschungsprojekten sind im Idealfall die Basis, auf der Leitfäden und Arbeitshilfen für einen effizienten Umweltschutz entwickelt und entsprechende Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Damit Ergebnisse wissenschaftlicher Studien auch in der Praxis realisiert werden können, müssen Wissenschafter, die Verwaltung als Auftraggeber und Praktiker intensiv zusammenarbeiten. Auf eine solche optimale Zusammenarbeit legt die Umweltschutzabteilung bei der Vergabe von Forschungsprojekten größten Wert. Auf Basis der Ergebnisse von Forschungsprojekten werden auch Leitfäden und Arbeitshilfen erstellt.

Umweltprogramme und interdisziplinäre Projekte

Um Umweltschutz mittel- und langfristig planen und betreiben zu können, werden Rahmenpläne und Programme ausgearbeitet, vor allem für jene Bereiche, für die Umsetzungsstrategien auf möglichst breiter Basis ausgearbeitet werden müssen. Denn Umweltschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie, wobei die Mitarbeit vieler verschiedener Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, aber auch externer Interessensvertretungen, NGOs, privater Institutionen, der Wiener Wirtschaft und letztendlich aller Wiener und Wienerinnen notwendig ist. Möglichst viele Verbündete müssen gewonnen werden, da viele Umweltmaßnahmen nicht allein von der Stadtverwaltung, sondern nur in Kooperation mit weiteren Partnern realisiert werden können. Ein Beispiel dafür ist das KliP-Klimaschutzprogramm, mit dem die Stadt Wien jenen Verpflichtungen entsprechen will, die sie mit dem Beitritt zum Klimabündnis (1991) und der Unterzeichnung der Charta von Aalborg (1996) eingegangen ist oder auch ÖkoBusinessPlan Wien. Mit dieser Initiative sollen möglichst viele Wiener Betriebe motiviert werden, maßgeschneiderte Umweltprogramme wie Ökoprofit, EMAS, Betriebe im Klimabündnis und das Umweltzeichen Tourismus durchzuführen.

Umweltmaßnahmen und ihre Umsetzung in der Praxis

Zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen und (Pilot)projekte tragen dazu bei, die Umwelt- und Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, zum Beispiel im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogrammes oder auch zum Schutz von wild lebenden Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Auch in Schutzgebieten bei den Naturdenkmälern oder anderen wertvollen Flächen im Stadtgebiet laufen spezielle Pflegeprogramme, wie zum Beispiel zum Schutz der Wienerwaldwiesen, Weingartenbrachen oder Stadtwildnisflächen.

Subventionen

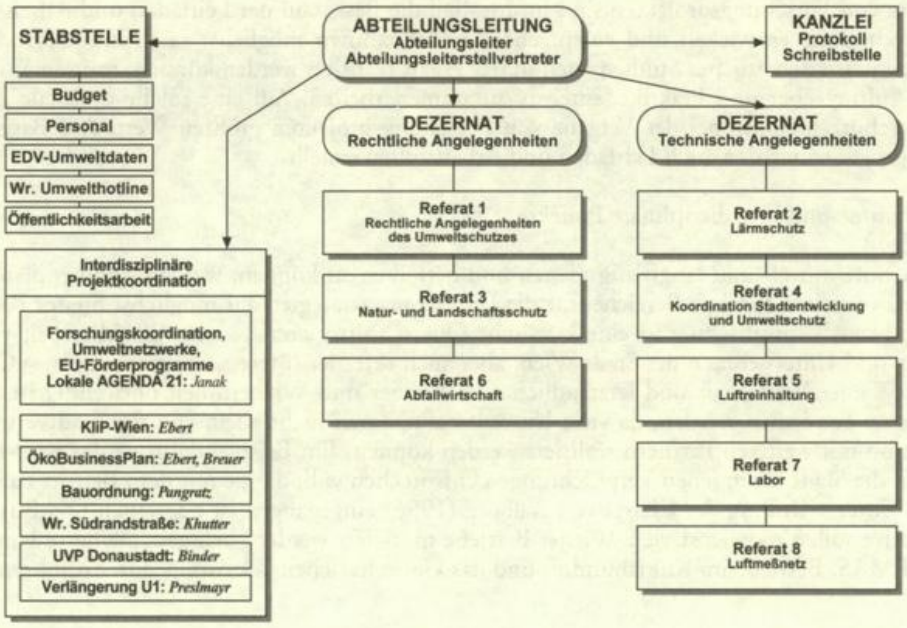
Im Subventionsbereich ist es Aufgabe der Umweltschutzabteilung, private Vereine und Institutionen, die wichtige Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes übernommen haben, finanziell zu unterstützen. Der Schwerpunkt dabei liegt bei der Finanzierung der „Wiener Umweltberater". Weitere Subventionen haben zum Beispiel die Wiener Naturwacht, die Umweltspürnasen, der Verein Niederösterreich-Wien, das Ökosoziale Forum Wien, der Österreichische Naturschutzbund, ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik), Wiener Naturfreunde, Greifvogelstation des WWF, CIPRA Österreich (Internationale Alpenschutzkommission), der Blaue Kreis, die Fledermauskundliche Arbeitsgemeinschaft und die Österreichische Akademie der Wissenschaften erhalten. An Subventionsgeldern und Mitgliedsbeiträgen wurden von der Umweltschutzabteilung 1998 insgesamt mehr als 20 Millionen Schilling ausbezahlt.

Öffentlichkeitsarbeit

Information und Service sind ein weiterer Schwerpunkt: Zentrale Anlaufstelle für umweltrelevante Fragen und Beschwerden ist die Wiener Umwelt Hotline (4000/8022). Die zahlreichen Folder und Broschüren können unter der Umwelt Hotline Nummer 4000/88220 bestellt werden. Zusätzlich werden noch zwei Tonbanddienste betrieben, der Tonbanddienst zum Luftgütebericht (4000/8820) und die Ozon Hotline „Ozonix" (4000/88288). Sie informieren die Wiener und Wienerinnen über die aktuelle Qualität der Wiener Luft. Als Bürgerservice werden jährlich zahlreiche Broschüren, Plakate und Folder sowie der Wiener Umweltbericht produziert. In der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz" werden die Ergebnisse aktueller Umwelt(Forschungs)projekte der Umweltschutzabteilung veröffentlicht. Die Umweltschutzabteilung ist auch via Internet für den Bürger erreichbar. Zum Internetangebot gehören u.a. die aktuellen Luftmesswerte der Bundeshauptstadt. Fachinformationen vom Lärmkataster über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen stehen jederzeit zur Verfügung. Die Umweltdaten der Abteilung sind via Internet abrufbar http://www.magwien.gv.at/ma22/.

Die Fachreferate der Abteilung

ORGANISATION DER MA 22 - UMWELTSCHUTZ



Festakt in historischen Kostümen anläßlich der Übergabe eines Napoleon-Gedenksteines durch den Vorstand der OMV an die Stadt Wien mit dem Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svihalek im Nationalpark Donauauen.
Foto: Votava / PID

Inbetriebnahme der Abwasserentsorgungsanlage für die Kleingartenanlage „Blumenfreunde". Foto: Votava / PID

Im Rahmen der „Waldjugendspiele", welche vom Forstamt (MA 49) und dem Stadtschulrat für Wien veranstaltet wurden, führte ein Mitarbeiter der MA 49 Ausrüstung und Werkzeuge für die Waldarbeit vor. Foto: Votava / PID

Eröffnung der neuen Lehrwerkstätte der MA 48 in der Brigittenau, in der Lehrlinge auch zum neugeschaffenen Umweltberuf „Entsorgungs- und Recyclingfachmann - Abfall" ausgebildet werden können. Foto: Votava / PID

Die Abteilung besteht aus einem „Technischen Dezernat" und einem „Rechtsdezernat". Dem Rechtsdezernat sind jene Fachreferate zugeordnet, die mit Bescheid, also als Behörde, tätig werden (Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, Referat 3: Natur- und Landschaftsschutz sowie das Referat 6: Abfallwirtschaft). Die anderen Referate, bei deren Arbeit die Umwelttechnik im Vordergrund steht, sind im Dezernat „Technische Angelegenheiten" zusammengefasst. Geleitet wird das „Technische Dezernat" vom Abteilungsleiter und das „Rechtsdezernat" vom Abteilungsleiterstellvertreter. Unterstützt wird die Abteilungsleitung von der Stabstelle, die für Budget-, Personal-, und EDV-Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit/PR sowie die interne Koordination und Organisation verantwortlich ist. Für referats- bzw. magistratsübergreifende Projekte wurden hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt.

Stabstelle

Von der Stabstelle werden die Bereiche EDV-Umweltdaten, Öffentlichkeitsarbeit, Wiener Umwelt Hotline, Budget und Personal betreut. Weitere Aufgabenbereiche der Stabstelle: Geschäftsstelle des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, organisatorische Aufgaben innerhalb der Abteilung, Betreuung der Naturwacht sowie der Umweltberatung, Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen der Stadt Wien. Die Stabstelle ist eine Serviceeinrichtung für die Fachreferate der Abteilung, anderen städtischen Dienststellen und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für alle Wiener und Wienerinnen.

Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes bzw. des Landes Wien; Begutachtungsverfahren einschließlich Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen oder zu deren Entwürfen; Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene; Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen und Kommissionen, auf dem Gebiet des Umweltrechtes; Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft; rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des AWG, vor allem in Verbindung mit der Verpackungsverordnung; Geschäftsstelle für den Naturschutzbeirat.

Referat 2: Lärmschutz

Aufgaben und Arbeitsbereiche: technische Gutachten als Sachverständige bei Planungsprojekten des Magistrats Wien (Hochbau, Tiefbau und Verkehr); Amtssachverständige in erster Instanz bei verschiedensten Bauverfahren der Baupolizei, gewerbebehördlichen Verhandlungen der Magistratischen Bezirksämter und in eisenbahnrechtlichen Verfahren. Amtssachverständige in zweiter Instanz in Behördenverfahren nach der Bauordnung oder der Gewerbeordnung. Weitere Schwerpunkte: Lärmmessungen vor Ort und die Beurteilung von Lärmbelästigung durch Betriebe und Verkehr (Kfz- und Schienenfahrzeuge). Messungen von Bau-, Industrie- und Gewerbelärm im Auftrag der Magistratischen Bezirksämter, der MA 7, der MA 15 und des Administrationsbüros der Bundespolizei. Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Messwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und verkehrsbedingte Luftschadstoffe.

Referat 3: Naturschutz und Landschaftspflege

Die Ziele des Naturschutzes in Wien sind durch die Grundsätze des Wiener Naturschutzgesetzes, dem Stadtentwicklungsplan und dem vom Fachreferat Naturschutz ausgearbeiteten räumlichen Leitbild (stadtökologische Funktionstypen) vorgegeben. Die nachhaltige Raumnutzung bzw. die nachhaltige Stadtentwicklung geht davon aus, dass die Sicherung der Lebensgrundlagen auf zwei Ebenen erfolgen muss: Einerseits auf der Ebene der außermenschlichen Natur, wo die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen das zentrale Ziel darstellt. Andererseits auf der Ebene der Gesellschaft, deren langfristige Stabilität durch ein zukunftsverträgliches Wertesystem und eine umweltgerechte Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse angestrebt wird (Ressourceneffizienz und Investition in Lebensstile). Dabei werden ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen als Ganzheit angesehen.

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Natur und Landschaft erhalten, pflegen und entwickeln, wobei gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt werden; Lebewesen und Lebensgemeinschaften werden als Grundlage für den unmittelbaren Kontakt der Stadtbewohner mit natürlichen Elementen ihrer Umwelt gezielt erhalten. Nicht nur der Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten steht im Mittelpunkt, sondern auch die Entwicklung adäquater Verfahrensweisen für einen effizienten flächendeckenden Stadtnaturschutz.

Die Handlungsfelder im Naturschutz: Naturschutzplanung, die Durchführung und Betreuung naturschutzrelevanter Forschungsprojekte, die Arbeit als Naturschutzsachverständige, Naturschutzmanagement und Landschaftspflege, Wahrnehmung internationaler Naturschutzangelegenheiten und die Ausarbeitung von Naturschutz-Fachpublikationen.

Zu den Handlungsfeldern des Fachbereiches zählt auch die Kontrolle. In der Vollzugskontrolle wird in erster Linie der Vollzug der einzelnen Tätigkeiten der Behörde und ihrer Amtsachverständigen in den verschiedenen Naturschutzverfahren beleuchtet. Die Zielerreichungskontrolle wird vor allem in Schutzgebieten und im Rahmen der Naturdenkmalpflege, der Umsetzung spezifischer Artenschutzmaßnahmen (z.B. Amphibienschutz) und der Pflegepläne und -maßnahmen für Wienerwaldwiesen, Weingartenbrachen und Stadtwildnisflächen als Monitoring von Bestandsveränderungen durchgeführt (ergebnisorientiert). Bei der Wirkungskontrolle wird die Reaktion des Landschaftshaushaltes (Natur) und/oder der betroffenen Zielgruppe (Mensch) auf spezifische Maßnahmen bewertet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit als Sachverständige in Naturschutzangelegenheiten. Diese Tätigkeit bildet gewissermaßen das Gelenk zwischen den Programmen der „Vordenker" und dem konkreten, alltäglichen Handeln der verschiedenen Verwaltungs- und Interessensbereiche. Die Konzepte der Naturschutzplanung bilden den Ziel- und Orientierungsrahmen, innerhalb dessen die Stellungnahmen und Gutachten formuliert werden. So bearbeiten die Naturschutzsachverständigen Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz wie zum Beispiel Anträge auf Erteilung von naturschutzbehördlichen Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, Anträge auf Erteilung der Bewilligung zum Fangen von Tieren, Erklärungen von Naturgebilden zum Naturdenkmal oder Widerrufe der Unterschutzstellung von Naturgebilden.

Einen der Schwerpunkte im Rahmen der Sachverständigentätigkeit 1998 bildete die Beurteilung des Ansuchens der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG (HL-AG) auf Errichtung einer Verbindungsstrecke zwischen West-, Süd- und Donauländebahn („Lainzer Tunnel").

Referat 4: Koordination Stadtentwicklung und Umweltschutz

Aufgabe dieses Referates ist es, in einem frühen Planungsstadium - bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und bei der Konzeption größerer Projekte - die Interessen des Umweltschutzes in umfassender Weise wahrnehmen. Denn Umweltschutz kann sich heute nicht mehr nur im Bewahren vorhandener Naturschönheit seltener Tiere, Pflanzen und Landschaften bzw. im Schutz vor Lärm und Luftverunreinigungen verstehen. Vielmehr geht es um die Sicherstellung einer Entwicklung menschlicher Handlungsräume, deren Strukturen in Einklang mit den naturgegebenen Ressourcen gestellt werden müssen (Integrativer Umweltschutz). Umweltschutz muss daher Raumkonzeptionen beeinflussen, um mögliche Auswirkungen rechtzeitig analysieren zu können, denn vorbeugende Überlegungen vermeiden Reparaturen.

Referat 5: Luftreinhaltung

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Begutachtung als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen; Unterstützung des Luftmessnetzes bei der Durchführung der Aufgaben, die vom Ozongesetz vorgeschrieben werden; Beantwortung von schriftlichen oder telefonischen Anfragen, sowohl von den Dienststellen der Stadt Wien, als auch von Betrieben und Privatpersonen; fachliche und organisatorische Leitung des KliP-Klimaschutzprogramms der Stadt Wien mit Unterstützung der Energieverwertungsagentur (EVA) und dem Interdisziplinären Institut für Arbeit und Kultur (IFZ).

Referat 6: Abfallwirtschaft

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Konzeptive, planende, gesetzesvorbereitende und gesetzesvollziehende Aufgaben in der Abfallwirtschaft. Die wichtigste Grundlage für die Aufgaben des Referates sind das AWG (Abfallwirtschaftsgesetz), das WIENER AWG (Wiener Abfallwirtschaftsgesetz) und dazugehörige Verordnungen und Erlässe. Weitere Aufgaben: Mitarbeit und Leitung des Bereiches Beschaffung/Abfall im KliP-Klimaschutzprogramm, Führung des Abfalldatenverbundes und die Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO).

Referat 7: Labor

Aufgaben und Arbeitsbereiche: „Serviceeinrichtung" für die Fachreferate der Umweltschutzabteilung, aber auch für andere Magistratsdienststellen. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der kontinuierlichen Erfassung von Schadstoffbelastungen, bei Analysen für Forschungsprojekte oder Untersuchungen bei akuten Umweltproblemen. Das Labor ist darüber hinaus auch Anlaufstelle bei zahlreichen Fragen oder Beschwerden von Bürgern. Sehr oft handelt es sich dabei um Geruchsprobleme oder um das Auffinden von Chemikalien bzw. unbekannter Substanzen.

Referat 8: Luftmessnetz:

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmessnetzes; Durchführung stationärer und mobiler Schadstoffmessungen; Information der Bevölkerung über die Luftmesswerte; Beantwortung von Anfragen zur Luftsituation in Wien; Veranlassen entsprechender gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen bei Smogalarm- und Ozonwarnungen.

Interdisziplinäre Projektkoordination

Umweltschutz ist eine Querschnittsmaterie, das heißt, dass viele der umweltrelevanten Projekte nicht von der Umweltschutzabteilung allein, sondern nur in Zusammenarbeit und Koordination mit weiteren Partnern durchgeführt werden können. Solche Partner sind zum Beispiel andere Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, die Verwaltungsorganisationen des Bundes, anderer Bundesländer oder der EU, verschiedene Interessensvertretungen (zum Beispiel Kammern, Gewerkschaften, Autofahrerclubs), Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen oder die Wirtschaft. Für große interdisziplinäre Projekte werden bei der Umweltschutzabteilung deshalb hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt, um eine effiziente Zusammenarbeit der verschiedenen Partner und ein optimales Projektmanagement zu gewährleisten. Seit 1997 gibt vier solcher Projektkoordinatoren. Jeweils ein Koordinator betreut die Bereiche „KliP-Klimaschutzprogramm", „Bauordnung" und „Wiener Südrandstraße". Der vierte Koordinator ist für die Bereiche „Forschungskoordination, EU-Förderungen, Umweltnetzwerke und Agenda 21" verantwortlich.

Schwerpunkte 1998
Umweltrecht

Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) sieht für bestimmte Vorhaben eine umfassende Überprüfung der Umweltauswirkungen vor. In einem derartigen Verfahren ist eine einzige Behörde für alle erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen und Anzeigen, die mit dem Vorhaben verbunden sind, zuständig (One-Stop-Shop-Prinzip). Gleichzeitig erfolgt in diesem Verfahren eine verstärkte Information der Öffentlichkeit und Einbindung der Bürger.

- UVP-Verfahren: Dritter Kraftwerksblock beim Kraftwerk Donaustadt

Gegenstand des Verfahrens ist das Projekt der Errichtung eines dritten Kraftwerksblockes am Gelände des bisher aus zwei Blöcken bestehenden Kraftwerkes Donaustadt. Mit dessen Inbetriebnahme werden andere Kraftswerksblöcke mit älterer Technologie stillgelegt werden.

Dieses Vorhaben wurde von den Wiener Stadtwerken - WIENSTROM an die Abteilung zunächst im Sommer 1997 herangetragen. Nach einigen Vorgesprächen, in denen die notwendigen Projektunterlagen besprochen wurden, wurde im Dezember 1997 der Genehmigungsantrag eingebracht. Erste Prüfungen der Sachverständigen ergaben, dass der ursprünglich beabsichtigte fallweise Betrieb des neuen Kraftwerksblockes mit Heizöl wesentlich ungünstigere Umweltauswirkungen hätte als ein reiner Betrieb mit Erdgas. Im Mai 1998 wurde von den Wiener Stadtwerken - WIENSTROM daher gleichzeitig mit den Ergänzungen der Einreichunterlagen das Projekt auf einen umweltfreundlicheren ausschließlichen Gasbetrieb abgeändert.

Den Vorschriften des UVP-G entsprechend, fand von August 1998 bis Oktober 1998 eine öffentliche Auflage der Projektsunterlagen statt. Dabei hatte jedermann die Möglichkeit, sich über das Projekt zu informieren. Einwände wurden zu diesem Projekt nicht vorgebracht. In der Folge wurde von der Behörde ein Gutachterteam von 23 Gutachtern bestellt, das ein umfassendes Umweltverträglichkeitsgutachten erstellte. Dieses Gutachten lag bereits vier Wochen zur allgemeinen Einsicht auf und bildete die Grundlage für die weitere Beurteilung. Die Sachverständigen haben darin das Vorhaben aus der Sicht jedes betroffenen Fachbereiches beleuchtet, haben konkrete Fragen der Behörde dazu beantwortet und schließlich in einem von allen Sachverständigen gemeinsam erstellten Gesamtgutachten zur Frage der Umweltverträglichkeit des Vorhabens Stellung genommen.

Bei der öffentlichen Erörterung bestand für jedermann die Möglichkeit, Fragen an die Sachverständigen und die Projektwerber zu richten. Im nächsten Schritt wurde von der Behörde das vorliegende Gutachten bei einer mündlichen Verhandlung am 7. Mai 1999 mit allen Parteien des Verfahrens (neben den Antragstellern auch die Wiener Umweltanwaltschaft, die angrenzenden Gemeinden, die Nationalpark Donau-Auen Ges.m.b.H. und betroffenen Nachbarn), die Einwendungen erhoben haben, erörtert. In der Folge wird von der Wiener Landesregierung über die Zulässigkeit des Vorhabens in einem Bescheid voraussichtlich im Juni 1999 entschieden.

Die zulässige Verfahrensdauer für das vorliegende Verfahren beträgt gemäß UVP-G 24 Monate. Die Abteilung wird diese Umweltverträglichkeitsprüfung voraussichtlich innerhalb von 18 Monaten abgeschlossen haben.

Naturschutz - Naturschutzrelevante Gesetze und Verordnungen

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

1998 wurden mehrere naturschutzrelevante Gesetze und Verordnungen neu erlassen. So wurde zum Beispiel ein komplett neues Wiener Naturschutzgesetz von der Umweltschutzabteilung (Abteilung) gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur und dem WWF entwickelt. Damit hat die Stadt Wien ein modernes, europareifes Naturschutzgesetz erhalten, das seit 1. September 1998 in Kraft ist. Auf Basis des neuen Naturschutzgesetzes wurde für den Artenschutzbereich mit den Vorarbeiten für eine neue Wiener Naturschutzverordnung begonnen. Darin werden die

geschützten Arten aufgelistet, der Schutz des Lebensraumes (Habitates) neu geregelt und jene Typen von Biotopen aufgelistet, von denen bestimmte Flächen mit Bescheid zu geschützten Biotopen erklärt werden können.

Außerdem wurden im Jahr 1998 eine neue Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet Hietzing (in Kraft getreten am 1. Februar 1998) erlassen und durch eine neue Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet Prater (in Kraft getreten am 28. Jänner 1998), die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Prater neu festgelegt. Auch für das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten ist mit 1. Februar 1998 eine neue Verordnung erlassen worden. Gleichzeitig ist die Verordnung des Reichsstatthalters über das „Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, 25. Bezirk der Stadt Wien, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 129/1941" außer Kraft getreten. In dem Verordnungsentwurf wurden insbesondere die Verbote neu formuliert.

1998 wurde auch die naturschutzbehördliche Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb der Verbindungsstrecke zwischen West-, Süd- und Donauländebahn (Lainzer Tunnel) erteilt, wobei der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG zahlreiche Auflagen zum Schutz der Natur vorgeschrieben wurden.

Luftreinhaltung

- Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

Um eine entsprechende EU-Richtlinie zu erfüllen, wurde im Mai 1997 im Nationalrat das Immissionschutzgesetz Luft (IG-L) beschlossen, das allgemein gültige Immissionsgrenzwerte festlegt. Gemeinsam mit der dazugehörigen Durchführungsverordnung und der Messkonzeptverordnung wird das Gesetz im März 1998 in Kraft treten. Das IG-L schreibt vor, dass neben den bereits bisher gemessenen Komponenten Schwefeldioxid (SO_2), Stickstoffdioxid (NO_2), Kohlenmonoxid (CO), Staub (STB) und Ozon (O_3) auch die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol zu erfassen sind. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubniederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Werden im IG-L festgelegte Immissionsgrenzwerte überschritten, so wird das in den Monats- und Jahresberichten dokumentiert. Ist die Grenzwertüberschreitung nicht auf einen Störfall oder eine vorübergehende nicht wiederkehrende Belastung zurückzuführen, ist eine Statuserhebung durchzuführen. Sie hat die Immissions- und Emissionssituation sowie die meteorologischen Bedingungen zu beschreiben. Außerdem muss festgestellt werden, in welchem Gebiet Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Im Anschluss daran ist eine Verordnung zu erlassen, die einen Katalog mit emissionsmindernden Maßnahmen für das Sanierungsgebiet enthält. Als mögliche Maßnahmen können zum Beispiel Emissionsbegrenzungen für Betriebsanlagen, Verkehrsbeschränkungen und Einschränkungen beim Einsatz und der Herstellung bestimmter Stoffe angeordnet werden.

Abfallwirtschaft

- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen (Festsetzungsverordnung 1997), BGBl. II 227/1997
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Gemäß § 15 Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) Nr. 325/1990 braucht jemand, der die Tätigkeit des Sammelns und Behandelns von gefährlichen Abfällen und/oder Altölen ausübt, eine Erlaubnis des Landeshauptmannes. Diese Erlaubnis ist für bestimmte Abfall- und/oder Altölarten zu erteilen. Diese Abfall- und Altölarten waren bis zur Festsetzungsverordnung 1997 in der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung gefährlicher Abfälle, BGBl. Nr. 49/1991, durch die Verbindlicherklärung der ÖNORM S 2101, mit dem Namen „überwachungsbedürftige Sonderabfälle", Stand 1. Dezember 1983 geregelt.

Aufgrund dieser Rechtslage wurden 89 Erlaubnisse gemäß § 15 AWG erteilt. Diese Bescheide mussten nun der neuen Rechtslage, die durch die Festsetzungsverordnung 1997 entstanden war, angepasst werden. Die Festsetzungsverordnung 1997 erklärt nun die ÖNORM S2100 mit dem Namen „Abfallkatalog", Stand 1. September 1997, für verbindlich. Durch eine Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz wurden die Inhaber derartiger Erlaubnisse verpflichtet, die ihrer Erlaubnis entsprechenden neuen Abfallarten nach der Festsetzungsverordnung 1997 der Behörde binnen 4 Monaten ab Kundmachung der Änderung der Verordnung anzuzeigen. Diese eingelangten Anzeigen wurden von den Sachverständigen des Abfallwirtschaftsreferates auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Im Anschluss daran wurde dem Rechtsreferat für jede Anzeige ein Gutachten über die Richtigkeit übermittelt. Das Rechtsreferat führte nun im Anschluss an diese Gutachtenserstellung in jedem Fall ein Verwaltungsverfahren durch, an dessen Ende regelmäßig ein Feststellungsbescheid über den nunmehrigen Umfang der Erlaubnis, der in vielen Fällen auch einen Erweiterungsantrag des Erlaubnisträgers miterledigte, stand.

Forschungs- und Monitoringprojekte
- Studie zur Verbesserung der Fluglärmsituation
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien hat 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien Schwechat eine Studie beauftragt, um die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Das Projekt wurde von dem renommierten Universitätsprofessor Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin durchgeführt. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und erfolgreiche Lösungen ausgearbeitet. Die Ergebnisse der Studie wurden von Professor Fricke und Umweltstadtrat Fritz Svihalek bei der Fluglärmenquete am Montag den 29. Juni 1998 der Öffentlichkeit präsentiert: Eine Verbesserung der Fluglärmsituation kann nach der Expertenstudie hauptsächlich durch zwei Maßnahmen erreicht werden. Einerseits soll der Gleitpfad, also der Winkel in dem die Flugzeuge die Landebahn anfliegen, von derzeit drei Grad auf dreieinhalb Grad erhöht werden. Das würde die Lärmbelastung um bis zu eineinhalb Dezibel reduzieren. Lärmtechnisch optimiert werden können auch die Abflugrouten. Der Handlungsspielraum dabei ist allerdings ein geringerer, da die Flugsicherung bereits in den letzten Jahren alternative Abflugrouten entwickelt hat, die kaum über das Wiener Stadtgebiet führen. Weitere Verbesserungen sind jedoch in einzelnen Bereichen möglich.

- Pilotprojekt: Mobilitätsmanagement: Wiener Magistrat
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Sinn des im Rahmen des Wiener Klimaschutzprogrammes (KliP) entwickelten Projektes ist es, möglichst viele MitarbeiterInnen des Magistrats zu motivieren, verstärkt auf Fahrten mit dem Auto zu verzichten und stattdessen mit umweltfreundlichen Dienstfahrzeugen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Seit 1998 läuft das Mobilitätsmanagement bereits erfolgreich in der Abteilung, MA 32 - Haustechnik, MA 36 - Technische Gewerbeangelegenheiten. 1999 haben drei weitere Dienststellen, die viele Wege mit dem Auto zurücklegen müssen (die MA 12 - Sozialamt, die MA 46 - Verkehrsorganisation und die Stadtbaudirektion/Garagenkoordination), insgesamt 14 umweltfreundliche Motorroller, E-Fahrräder und E- Autos als Mobilitätsalternative erhalten. Die Fahrzeuge wurden kostenlos von privaten Sponsoren, wie Gameco, Pollanka, Suzuki Austria, Peugeot-Thalinger und Peugeot Austria zur Verfügung gestellt. Mit der Durchführung des Projekts und den begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen wurde das Verkehrsplanungsbüro Trafico beauftragt.

Hauptziel des „Mobilitätsmanagement: Wiener Magistrat" ist es, eine geeignete Infrastruktur und optimale Bedingungen zu schaffen, damit möglichst viele MitarbeiterInnen das Auto stehen lassen und umweltfreundlichere Fortbewegungsmittel wählen. Eigens bestellte Mobilitätsbeauftragte kümmern sich um alle Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit der Verkehrsmittelwahl. Erste Verbesserungsmaßnahmen wurden bereits umgesetzt. Die Palette der Maßnahmen innerhalb des Mobilitätsmanagementes reicht von der Anschaffung neuer Dienstfahrräder, über zusätzliche Fahrradabstellanlagen, Verbesserungen der Infrastruktur für Fußgänger- und Radfahrer bei den Amtshäusern bis hin zur Motivation, Dienstreisen noch öfter mit der Bahn zu absolvieren. Ziel zwei ist es, mit den von den Sponsoren zur Verfügung gestellten Fahrzeugen, möglichst vielen Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, umweltfreundliche Fahrzeuge in der Praxis zu testen.

Zu Beginn der Aktion wurden alle Bediensteten der beteiligten Abteilungen über ihr Mobilitätsverhalten befragt. Wiederholt wird die Befragung nach Abschluss des Pilotprojektes, im Herbst 1999. Dann wird man wissen, ob die verbesserten Rahmenbedingungen und die verstärkte Sensibilisierung für umweltfreundliche Fahrzeuge das Mobilitätsverhalten der Magistratsbediensteten verändert haben und wie viele Dienstfahrten vom Auto auf Öffis, Fahrräder, verbrauchsarme Motorroller oder Elektromobile verlagert werden konnten.

Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen
- Prioritätenkatalog für Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Mit Hilfe des Schienenlärmkatasters der Abteilung wurde bereits eine Prioritätenreihung für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken auf dem Wiener Stadtgebiet fertig gestellt. Ziel ist es, die Maßnahmen mit Priorität 1 möglichst rasch zu realisieren. Dazu gehören Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen Westbahnhof, Einmündung der Vorortelinie in die Westbahn (14. Bezirk bei Ameisbrücke), Westbahn im Bereich Blindenheim (14. Bezirk), Nordbahnhof, Nordwestbahnhof (Praterstern), Ostbahn (Simmering) und Donauuferbahn (Handelskai). Die Prioritätsstufe 1 betrifft eine Streckenlänge von insgesamt rund 2,2 Kilometern. Als Lärmschutzmaßnahmen sind hauptsächlich Lärmschutzfenster bzw. - wände vorgesehen. Die Kosten dafür betragen etwa

100 Millionen Schilling. Bisher hat sich der Bund als Eigentümer der ÖBB hartnäckig geweigert, die Maßnahmen zu finanzieren, wie es bei Anwendung des Verursacherprinzips logisch wäre.

- Wiener Umwelt Hotline (Abteilung) hilft der Bevölkerung gegen den Baulärm
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz), Stabstelle

Eine erhöhte Belastung durch Baulärm ist zwar örtlich wie zeitlich begrenzt, für die Anrainer sind sie trotzdem ein Problem. Deshalb kann sich jeder Bürger, der von zu lautem Baulärm betroffen ist, an die Wiener Umwelt-Hotline (Abteilung) wenden, die unter den Wiener Telefonnummern 4000/8022 erreichbar ist. In der Praxis sehen Anti-Lärm-Einsätze der Umwelt-Experten der Abteilung so aus, dass sie den Beschwerden nachgehen, indem sie zum Beispiel sich vor Ort die Situation ansehen, den Lärmpegel messen und prüfen, ob die eingesetzten Maschinen den Gesetzen entsprechen. Wo Maßnahmen notwendig erscheinen, wird auch zwischen Bauträgern und Anrainern vermittelt. Denn aus mehrjährigen Erfahrungswerten ergibt sich, dass oft bereits einfache Maßnahmen ausreichen, die Baulärmbelastung für die Bevölkerung verringern zu helfen.

- Umweltverträglichkeitsbeurteilung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Messwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffe. Für die notwendige Bewertung der Intensitäten und Wirkungen von Lärmquellen liegen in der Regel Normen und technische Richtlinien vor, die im 1998 neu angekauften Lärmausbreitungsmodell CADNA berücksichtigt sind. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrzeugbau der Technischen Universität Wien wurden die Emissionsdaten für Kfz-Abgase mit Prognosen bis zum Jahr 2000 ermittelt. Sie ermöglichen neben den bisher relevanten Schadstoffen CO und NO_2 auch das toxische Potential von Benzol und Rußpartikel in Kfz-Abgasen in umwelttechnische Gutachten einzubinden. Durch die Weiterentwicklung des ÖNORM-Modells für kleinere und mittlere Emittenten können nun auch Immissionskonzentrationen bei windschwachen Wetterlagen berechnet werden (Stille Modell). Das modifizierte Gauß-Modell ermöglicht die Simulation der Ausbreitungsmechanismen von Stäuben.

- Modernste Computerunterstützung für die Erhebung der Lärmbelastung an Wiens Straßen- und Schienenstrecken
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Beim Kampf gegen den Lärm setzt die Stadt Wien auf modernste Computerunterstützung. Sowohl für den Verkehrslärm als auch den Schienenlärm wurden eigene EDV-Programme entwickelt. Vom Straßenverkehrslärm-Immissionskataster, kurz SLIM genannt, wird das gesamte Hauptstraßennetz erfasst. Die Programme werden alle zwei Jahre mit den aktuellen Daten aus den Verkehrszählungen gefüttert. SLIM zeigt die Lärmbelastung an, die in den Straßenzügen jeweils an der Baulinie auftritt. Dabei wird sogar zwischen linker und rechter Straßenseite unterschieden. Die Straßenzüge werden nach bestimmten Lärmbelastungskategorien geordnet. So erkennt man in welchen Straßen die Grenzwerte um wie viel überschritten werden. 1998 wurde aufgrund der besonderen Ausbreitungsbedingungen im Wiental und im Gürtelbereich gesonderte Ausbreitungsberechnungen durchgeführt. Für diese Bereiche liegen nunmehr über den Standard hinaus, Lärmdaten in mehreren Lärmzonen vor.
Ähnlich wie der Straßenlärmkataster funktioniert auch der Schienenlärmkataster (SLIK). Er stellt die Schallimmissionen an beiden Seiten der Schienenstrecken der Österreichischen Bundesbahnen in Wien dar. Die Immissionswerte werden durch einen dichten Raster von Immissionspunkten ausgewiesen und in drei Lärmzonen zusammengefasst.

- Lärmfibel
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz), Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

In der Lärmfibel werden Tipps und Ratschläge gegeben, wie jeder einzelne sich vor Lärm schützen kann. Die Lärmfibel ist als kleiner Leitfaden konzipiert, in dem die wichtigsten Fachbegriffe einfach erklärt werden. Kurz und prägnant wird auch erklärt, wie unser Ohr funktioniert und welche Gefahren unserer Gesundheit durch den Lärm drohen. Wer wissen will, wie es um die Lärmsituation in Wien bestellt ist, findet in dieser Fibel die wichtigsten Daten. Besonders Interessierte erhalten Tipps, welche Bücher sie lesen sollten, um noch mehr über das Thema Lärm zu erfahren. In der Broschüre sind außerdem alle jene Stellen aufgelistet, die Hilfe und weitere Infos für Lärmgeplagte anbieten.

Naturschutz

Forschungs- und Monitoringprojekte

- Leitfaden zur Raumverträglichkeitsprüfung (Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung)

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Als gesellschaftliches Leitbild für die Zukunft soll das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen Raumnutzung die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen. Der entscheidende Erkenntnisfortschritt, der mit diesem Ansatz erreicht wurde, liegt in der Einsicht, dass ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung nicht voneinander abgekoppelt und gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Der Leitfaden versucht deshalb, ein für die Methodik der Raumverträglichkeit brauchbares Modell des Raumes zu entwickeln. Die Beschreibung des Raumes erfolgt zweckmäßigerweise nach Systemelementen und Systemrelationen, auf welche problem- und projektorientiert nach Bedarf zugegriffen werden kann. Die Systemelemente und Systemrelationen (Naturraum - Boden, Wasser, Luft, Flora & Fauna, Bevölkerung, Bebauung, technische und soziale Infrastruktur, Verkehr, Abfall, Lärm, Erschütterungen, Energie, Wirtschaft, Bewusstsein) können den Teilsystemen Ressourcen- und Umweltsystem, Sozialsystem, Wirtschaftssystem, Infrastruktursystem, Organisationssystem und Bewusstseinssystem des Gesamtsystems Gesellschaft zugeordnet werden.

Dem Leitbild der Nachhaltigkeit wird mit den Leitwerten Existenz, Wirksamkeit, Handlungsfreiheit, Sicherheit, Wandlungsfähigkeit, Koexistenz und psychische Bedürfnisse in Anlehnung an den Denkansatz von Hartmut Bossel (Globale Wende - Wege zu einem gesellschaftlichen und ökologischen Strukturwandel, München, 1998) Rechnung getragen. Diese Leitwerte dienen als Prüfkriterien für die Auswahl von Indikatoren, die nachhaltige Entwicklung in den vorhin angeführten Teilsystemen des Gesamtsystems Gesellschaft signalisieren können.

Mit der Arbeit beauftragt war die ARGE Projekte, 1996, 1997 und 1998. Der Leitfaden Raumverträglichkeit als Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung wurde im Österreichischen Kunst- und Kulturverlag publiziert.

- Geotopkartierung Wien

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Ziel dieses Kartierungs- und Monitoringprojektes, mit dem 1998 M.H. Fink beauftragt wurde, war es, den Zustand von geologisch-morphologischen Naturdenkmälern in Wien zu überprüfen und Vorschläge für Pflegemaßnahmen zu erarbeiten. Als Ergebnis dieser Projektstudie kam zum Ausdruck, dass sich die geologisch-morphologischen Naturdenkmäler in einem sehr guten Zustand befinden und lediglich Maßnahmen geringfügigen Umfanges (z.B. Entfernen von Bewuchs zwecks besserer Erlebbarkeit) notwendig sind.

- Naturschutz im Wiener Agrarraum: Agrarökologische Bewertung von Ackerrandstreifen und Erstellung eines Maßnahmenkataloges für den Vertragsnaturschutz

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die konkreten Projektziele im Jahre 1998 waren:

- Bedarfserhebung bei der Wiener Landwirtschaft und der Verwaltung, in welchem Umfang Vertragsnaturschutz (Anlage und Betreuung von Ackerrandstreifen) im Wiener Agrarraum durchgeführt werden kann.
- Erhebung der Bedeutung der derzeit vorhandenen Ackerrandstreifen für die Biodiversität ausgewählter Tiergruppen und die Erhaltung von „prioritär" schutzwürdigen Arten im Vergleich zu den angrenzenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen.
- Feststellung der Bedeutung der bestehenden vergrasten bzw. neuanzulegenden Ackerrandstreifen hinsichtlich der natürlichen „Schädlingsregulation" in den angrenzenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen.
- Erarbeitung von Pflegemaßnahmen, die die Ackerrandstreifen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die umliegenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen optimieren.
- Erhebung, welche Maßnahmen aufgrund einer Auswertung vorhandener Literatur, einer Evaluierung in- und ausländischer Erfahrungen und unter Einarbeitung der eigenen Untersuchungsergebnisse im Wiener Agrarraum der Donauterrassen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes umsetzbar sind.
- Mit der Studie beauftragt waren L. Maurer & B. Kromp vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau. Die Studie läuft über zwei Jahre (1998 und 1999).

- Monitoring von Wald- und Kulturlandschafts-Vögeln an zwei Probeflächen bei Wien-Kalksburg
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im Anschluss an das seit 1989 durchgeführte Monitoring brütender Vogelarten auf zwei Probeflächen im Raum Kalksburg wurden 1998 erneut die Brutvogelbestände einer Wald- und einer Kulturlandfläche mit Hilfe der Revierkartierungsmethode erfasst. Mit dem Monitoring beauftragt waren die AG Wienerwald & BirdLife Österreich (G. Wichmann & T. Zuna-Kratky).

Die Waldprobefläche umfasst 19,7 ha und ist bedeckt von Laubmischwald-Beständen, Schwarzkiefern-Wäldern und einer ausgedehnten Halbtrockenwiese. Die 35,7 ha große Kulturlandfläche dominiert durch überwiegend intensiv bewirtschaftete Weingärten, besitzt jedoch auch größere Flächen von Feldgehölzen und Pionierwäldern, Halbtrockenwiesen und verbuschenden Wiesenbrachen. Beide Probeflächen stellen typische Landschaftsausschnitte dar, wie sie für den Westen Wiens charakteristisch sind. Das mit dieser Untersuchung vorgestellte Bestand-Monitoring der Brutvögel kann daher als repräsentativ für vergleichbare Gebiete Wiens gelten. Die untersuchten Vögel liefern überdies in ihrer Funktion als Bioindikatoren Hinweise zur Entwicklung der Lebensraumqualität für andere Tiergruppen und Pflanzen. Für jede als Brutvogel vorkommende Art wurde in diesem Bericht neben einer ökologischen Charakteristik eine Darstellung von Vorkommen, Bestandsentwicklung und Gefährdung in Europa, Österreich, Wien und dem Untersuchungsgebiet im speziellen gegeben.

Das erfreuliche Ergebnis: Erstmals seit 1992 bzw. 1993 gingen 1998 die Brutbestände der Vögel auf den beiden Probeflächen gegenüber den Vorjahren nicht zurück, sondern zeigten wieder leichte Zuwächse.

- Flora von Österreich
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Unter der Federführung des Institutes für Botanik der Universität Wien soll erstmals eine aus insgesamt 3 Bänden bestehende Bestimmungsflora der heimischen Pflanzenwelt entstehen. Diese dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechende nationale Bestimmungsliteratur soll auch als Grundlagenwerk für alle biologischen Disziplinen und für Natur- und Artenschutzprogramme und -maßnahmen dienen. Des Weiteren soll sie eine wichtige Entscheidungsgrundlage im Bereich der Land- und Forstwirtschaft darstellen.

- Arten- und Lebensraumschutzprogramm/Vorarbeiten Teil 2
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Studie dient zur Vorbereitung des Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogrammes. Im vergangenen Jahr wurden im ersten Teil Pilotflächen im bebauten Gebiet bearbeitet. Schwerpunkt war jener Programmbestandteil, der die Entwicklung genereller Ziele für Stadtökologische Funktionstypen, Sicherung übergeordneter Raumbeziehung und den Aspekt der Lebensqualität zum Inhalt hat. Im nun vorliegenden zweiten Teil wurden Testprogramme für zwei Lebensraumtypen (Tümpel, Teiche und Quellen im 17. Bezirk sowie Trocken-, Halbtrocken- und Magerrasen im 22. Bezirk) und zwei Arten (Fledermäuse und Spatzenzunge) durchgeführt. Die Erfahrungen dieser Testprogramme sollen ins Arten- und Lebensraumschutzprogramm einfließen.

Für eine Tierartengruppe (Fledermäuse) und eine Pflanze (Spatzenzunge) wurden umsetzungsorientierte Schutzkonzepte entwickelt. Für den Biotoptyp - Tümpel, Teiche und Quellen - wurden Schlüsselflächen im 17. Bezirk ausgewählt und Schutz- und Pflegemaßnahmen für sechs Gewässer ausgearbeitet. Die wichtigsten Donaustädter Flächen des Biotoptypes Trocken-, Halbtrocken- und Magerrasen wurden verortet und die Vegetationsverteilung dokumentiert.

- Biotopmonitoring
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Im Auftrag der Wiener Umweltschutzabteilung (Abteilung) führt das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen ÖBIG ein europaweit einzigartiges Projekt zum Schutz der Vegetation in einer Millionenstadt durch. Beim Biotop-Monitoring werden mit Infrarot-Luftbildern und modernsten Methoden der Luftbildinterpretation die Grünstrukturen der Stadt erhoben. Da das Biotop-Monitoring regelmäßig in einem Zyklus von drei bis fünf Jahren wiederholt wird, können die positiven oder negativen Veränderungen bei der Grünraumentwicklung festgestellt werden.

Regelmäßig werden gestochen scharfe Infrarot-Luftbilder von der Stadt aufgenommen. So sieht man, wie viel Grün es wo in Wien gibt. Bei dieser Aufnahmetechnik wird das Rückstrahlverhalten der Pflanzen genutzt, das je Art, Alter, Standortbedingungen und Vitalität der Pflanze unterschiedlich ist. Ausgereifte Methoden zur Luftbildinterpretation machen es möglich: bis ins Detail erkennt man, wie gesund oder krank die Bäume, Sträucher oder Hecken auf den Grünflächen in der Stadt sind. Flächendeckend und lückenlos können sämtliche Informationen zur Lage, Größe, Anzahl, Art und

Struktur der Grünflächen aus den Infrarotbildern abgelesen werden. Verkehrsflächen, Häuser, Innenhöfe, Parkanlagen, Alleen oder einzelne Baumreihen sind deutlich voneinander zu unterscheiden. Man sieht sogar, wie sich die Grünbestände zusammensetzen, zum Beispiel, ob es sich um Wiesen, Büsche, Laubbäume, Nadelgehölze oder Ziergehölze handelt. Zu erkennen ist auch, wie die Grünflächen genutzt werden, zum Beispiel als Gastgarten, als Spielfläche oder negativerweise als Parkplatz. Der Versiegelungsgrad kann mit den Bildern als Basis einfach berechnet werden. Er zeigt wie viele Quadratmeter auf einer bestimmten Stadtfläche verbaut, betoniert oder asphaltiert sind und wie viel Platz letztendlich fürs Grün übrig bleibt. Sämtliche Flüge über dem gesamten Wiener Stadtgebiet wurden bereits absolviert und die Daten für die inneren Bezirke ausgewertet. Bis Ende des Jahres werden die Daten für das gesamte Stadtgebiet komplett ausgewertet vorliegen.

- Leitfäden und Arbeitshilfen
Leitfaden zum Schutz der Fledermäuse in Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Überlebensbedingungen für die Fledermäuse haben sich in den letzten Jahrzehnten rapid verschlechtert. Um die Fledermäuse effizienter schützen zu können, müssen für sie bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Gelingt das, so können die Restbestände ihre Lebensräume nicht nur erhalten, sondern sogar ausgeweitet werden. Das ist der Ansatz von dem der Leitfaden ausgeht. Übrigens: im Vergleich zu anderen europäischen Städten gibt es in Wien noch sehr viele verschiedene Arten von Fledermäusen, die jedoch alle durchwegs vom Aussterben bedroht sind.

Der Leitfaden stellt einen ersten Schritt zur Umsetzung des Arten- und Lebensraumschutzprogrammes (ALSP) für die Stadt Wien dar (Kutzenberger, 1993). Inhaltlich kann auf dieser Ebene nicht die Tiefe eines Artenschutzprogrammes für Fledermäuse erreicht werden (Kutzenberger, 1993). Der Leitfaden soll vielmehr „fledermausfreundliches" Handeln im Alltag jener Personengruppen verankern, die in ihrem Tätigkeitsbereich in die Lebensräume von Fledermäusen direkt oder indirekt eingreifen.

Ziel dieses Leitfadens ist es, jene Faktoren zu beseitigen, welche die Lebensräume der Fledermäuse einengen. So zum Beispiel führen Nahrungsknappheit, direkte Vergiftung, Baumschnitt, Gebäudesanierung oder Bunkerverfüllung zu einem immensen Druck auf die Population. Dieser Druck soll nun reduziert werden, indem im gesamten Stadtgebiet flächendeckend „Nischen" geschaffen werden, die von den Fledermäusen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen genutzt werden können.

Spezifische Maßnahmen, um Fledermausquartiere zu erhalten, bedürfen zusätzlicher artspezifischer Untersuchungen, die jeweils bei Bedarf durchgeführt werden. Der Leitfaden ist in erster Linie für Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien konzipiert. Grund dafür ist, dass es vor allem bei den Aufgaben, die es im Rahmen der Errichtung oder Sanierung städtischer Wohnhausanlagen oder im Bereich der städtischen Wälder und Parkanlagen zahlreiche Möglichkeiten gibt, geeignete Lebensräume für die Fledermäuse zu erhalten und neu zu schaffen. Fast alle im Leitfaden vorgeschlagenen Maßnahmen können ohne oder nur mit sehr niedrigen Mehrkosten durchgeführt werden. Manche Maßnahmen würden sogar Kosten senken, zum Beispiel wenn man in den Grünanlagen in einzelnen Bereichen die bisherigen Pflegemethoden weniger intensiv betreibt oder differenzierter gestaltet. Der Leitfaden wurde von H. Kutzenberger, A. Baar und W. Pölz im Auftrag der Abteilung erstellt.

Neues Naturschutzgesetz
- Neues Wiener Naturschutzgesetz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Ein komplett neues Wiener Naturschutzgesetz wurde in den letzten fünf Jahren von der Umweltschutzabteilung (Abteilung) gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur und dem WWF entwickelt. Ziel des neuen Wiener Naturschutzgesetzes ist es, in Abkehr vom klassischen, ausschließlich bewahrenden, reagierenden Naturschutz zu einem flächendeckenden, aktiven Stadtnaturschutz zu gelangen, der das gesamte Stadtgebiet abdeckt. Das erfordert umfassende Kenntnisse über die Natur in der Stadt, klare Zielvorgaben für den Naturschutz und ein flexibles Schutzinstrumentarium. Das bisher gültige Wiener Naturschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1984. Mit der Neufassung erhält Wien ein modernes und europareifes Naturschutzgesetz. Es wurde am 25. Juni 1998 vom Landtag beschlossen und ist am 1. September 1998 in Kraft getreten.

Stadtnaturschutz unterscheidet sich in seinen Zielen und Aufgaben wesentlich vom Naturschutz auf dem Land. Im Stadtgebiet müssen viele verschiedene Ansprüche und unterschiedlichste Bedürfnisse, die sich noch dazu sehr rasch und dynamisch verändern, auf einen Nenner gebracht werden. Für die praktische Arbeit wurden deshalb die so genannten „Stadtökologischen Funktionstypen" definiert. Jeder Raum, jede Fläche in der Stadt hat ökologische, sozio-kulturelle, gestalterisch-ästhetische und funktionelle Aufgaben zu bewältigen. Denn Stadtnaturschutz betrachtet die Stadt als Biotop des Menschen mit allen seinen Bedürfnissen nach Erholung, Natur, Grünraum und einer „gesunden" Umwelt, aber auch nach Wohnen, Arbeit und Mobilität. Je besser diese Aufgaben miteinander in Einklang gebracht werden, desto höher ist die Lebensqualität.

Auf Basis dieser stadtökologischen Gesichtspunkte soll die Natur noch mehr Chancen auf Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Einerseits soll das wie bisher in den Schutzgebieten geschehen, andererseits aber auch im unmittelbaren Lebensumfeld. Wild lebende Pflanzen und Tiere überleben sogar zwischen Asphalt und Beton, an Mauern und Gehsteigkanten. Wien ist nicht nur Lebensraum für die Menschen, sondern für viele, teilweise sogar seltene und vom Aussterben bedrohte Pflanzen und Tiere.

Verbessert und ausgeweitet wurde der Arten- und Lebensraumschutz. Die Artenschutzlisten wurden an den Stand des Wissens und an die EU-Richtlinien angepasst. Neu sind nun auch die Bestimmungen für Eingriffe in den Landschaftshaushalt durch umfangreiche Bewilligungs- und Anzeigepflichten. Neu ist die Möglichkeit des vertraglichen Naturschutzes. Nun können auch privatrechtliche Verträge ausgehandelt werden, mit welchen auf freiwilliger Basis Beschränkungen zum Schutz der Natur vereinbart werden. Neu geschaffen wurde die Schutzkategorie „Ökologische Entwicklungsfläche", mit der auch solche Flächen gesetzlich unter Schutz gestellt werden können, die aufgrund ihres Entwicklungspotentials für den Naturschutz wichtig sind. Darüber hinaus wird mit dem neuen Gesetz auch den Anforderungen der europäischen Naturschutzbestimmungen entsprochen. Die EU-Fauna-Flora-Habitat Richtlinie samt dem europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 und die EU-Vogelschutzrichtlinie werden voll erfüllt.

- Neue Wiener Naturschutzverordnung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

In Umsetzung der sich aus dem neuen Naturschutzgesetz ergebenden Verpflichtungen hinsichtlich des Artenschutzes wurde im Jahre 1998 mit den Vorarbeiten für eine neue Wiener Naturschutzverordnung begonnen, in der die geschützten Arten aufgelistet, der Schutz des Lebensraumes (Habitates) neu geregelt werden soll und jene Typen von Biotopen aufgelistet werden sollen, von welchen bestimmte Flächen mit Bescheid zu geschützten Biotopen erklärt werden können.

Dabei soll insbesondere die Liste der streng geschützten und der geschützten Arten entsprechend den neuen wissenschaftlichen und naturschutzfachlichen Erkenntnissen geändert und Prioritäten bei einzelnen Arten gesetzt werden.

Bei der Auswahl der einzelnen Tier- und Pflanzenarten sollen dabei neben der Gefährdung der jeweiligen Art auch weitere Kriterien, nämlich jene für Zielarten, Leitarten und Indikatorarten herangezogen werden. Der Lebensraumschutz von Arten soll dabei vollkommen neu geregelt und individuell für jede Art, je nach deren Bestandssituation und Anpassungsfähigkeit, festgelegt werden.

Die Neuerungen: Ausweitung des Schutzes auf alle in Wien verbreitete Arten, Einteilung in neue Schutzkategorien, Umsetzung europarechtlicher Verpflichtungen, Aufnahme jagdbarer und fischereiwirtschaftlich wichtiger Arten, Neugestaltung des Lebensraum (Habitat)schutzes, Auflistung von Biotoptypen.

- „Lainzer Tunnel": naturschutzbehördliches Bewilligungsverfahren abgeschlossen
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Für die Errichtung und den Betrieb der Verbindungsstrecke zwischen West-, Süd- und Donauländebahn - „Lainzer Tunnel" wurden die naturschutzbehördliche Bewilligung erteilt und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG zahlreiche Auflagen zum Schutz der Natur erteilt.

Die Auflagen betreffen zum Beispiel die Wiental - Retentionsbecken VI und VII. So sollen u.a. die geschützten Pflanzenarten aus den Retentionsbecken VI und VII in das benachbarte Retentionsbecken V noch vor Baubeginn umgesetzt werden nach Beendigung der Bautätigkeiten wieder in die Retentionsbecken VI und VII zurückgebracht werden. Mit den Bauarbeiten muss vor Beginn der Brutsaison der Vögel begonnen werden. Der Baustellenbereich muss abgegrenzt werden. Über diese Grenze hinausgehende Flächen dürfen nicht für Bauzwecke verwendet werden. In die Baustellen-Begrenzung muss noch vor Beginn der Laichsaison ein Amphibienzaun eingebaut und natürlich dessen Betreuung gewährleistet werden. Die Biberpopulation des Beckens VI muss unter fachlicher Anleitung und Aufsicht eingefangen und in das benachbarte Becken V umgesiedelt werden. Nach Beendigung der Bautätigkeit ist im Bereich der Becken V und VI ein ökologisches Monitoringprogramm über vier Jahre hindurch durchzuführen, wobei insbesondere die Wiederbesiedelung der durch die Bautätigkeit betroffenen Arten dokumentiert werden soll. Der Behörde ist jährlich ein Zwischenbericht vorzulegen.

Weitere Auflagen wurden für den Bereich der Trockenböschung westlich der Wienerbergbrücke und für den Bereich Weidlingau bzw. Schöpfwerk erteilt. Weiters müssen im Bereich des Landschaftsschutzgebietes bei der Forstlichen Bundesversuchsanstalt in Mariabrunn die auf der Westseite des Grundstückes stockende Baumgruppe aus Schwarzkiefern von den Bautätigkeiten unberührt bleiben, wobei das auch durch entsprechende Absperrungen zu gewährleisten ist. Ebenfalls durch Absperrungen vor Beeinträchtigungen zu schützen sind zum Beispiel auch die Bereiche Grünauer Graben, Notausstieg Hofjagdstraße im Landschaftsschutzgebiet Hietzing, die Gebiete beim Himmelhof, beim Roten Berg/Girzenberg und verschiedene Gebiete beim Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten.

Nach Abschluss der Bauarbeiten sind sämtliche Baustellenflächen mit heimischen, standortgerechten Pflanzen - jeweils entsprechend der Umgebungsvegetation - zu rekultivieren. Vor Beginn der Bauarbeiten ist der Behörde eine „Ökologische Bauaufsicht" bekannt zu geben. Dieser „Ökologischen Bauaufsicht" haben jedenfalls Fachkundige der Gebiete der Geologie, Hydrologie, Landschaftsökologie, Zoologie und Botanik anzugehören. Die „Ökologische Bauaufsicht" hat die Ausführung des Vorhabens im Hinblick auf die Einhaltung der Auflagen laufend zu überprüfen, festgestellte Abweichungen dem Verpflichteten gegenüber zu beanstanden und wenn den Beanstandungen nicht fristgerecht entsprochen wird, die Abweichungen der Behörde mitzuteilen. Die „Ökologische Bauaufsicht" hat die Behörde darüber hinaus über den Fortschritt der Bauarbeiten laufend zu informieren und der Behörde nach Abschluss der Bauarbeiten einen schriftlichen Endbericht vorzulegen.

- Schutzgebiete und Naturdenkmäler
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Ein Ziel des Naturschutzes ist die Sicherung und Entwicklung ausgewählter, besonders schutzwürdiger Ökosysteme, wobei es sich um Systeme mit Bedeutung für den Landschaftshaushalt und/oder das Landschaftsbild handelt. Das derzeit gültige Naturschutzgesetz kennt auf dem Gebiet des Gebietsschutzes 5 verschiedene Schutzkategorien: Nationalpark (NP), Naturschutzgebiet (NSG), Landschaftsschutzgebiet (LSG), geschützter Landschaftsteil (gLT) und Naturdenkmal (ND). Insgesamt gibt es in Wien derzeit 13 Schutzgebiete (Stichtag 31.12. 1998) unterschiedlicher Kategorien (einschließlich Wald- und Wiesengürtel und Park-Schutzgebiete).

In Zusammenhang mit den verschiedenen EU-Bestimmungen, zum Beispiel der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie, wird nun auch in Wien der Typus des Europaschutzgebietes geschaffen werden. Dieser neue Typus eines Schutzgebietes dient dazu, Gebiete von überregionaler Wichtigkeit per Verordnung zu Europaschutzgebieten zu erklären. In Anknüpfung an die Richtlinien der EU sollen diese Gebiete dann Bestandteile des Systems Natura 2000 werden, das aus einem Netzwerk von Schutzgebieten mit überregionaler, gemeinschaftlicher Bedeutung entstehen soll. Auch bestehende Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsteile können zu Europaschutzgebieten erklärt werden. Bereits 1995 wurden die Vollnaturschutzgebiete Lobau und Lainzer Tiergarten als Natura 2000 Gebiete nominiert. Eine Entscheidung ist von der Kommission bis jetzt noch nicht getroffen worden. Außerdem wurden 1998 auch die Planungsarbeiten für das neue Schutzgebiet Hernals fortgesetzt.

- Landschaftsschutzgebiet Hietzing
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im Jahr 1998 wurde eine neue Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet Hietzing erlassen. Sie ist am 1. Februar 1998 in Kraft getreten. Entsprechend der historischen Entwicklung haben sich im 13. Wiener Gemeindebezirk außerhalb des Lainzer Tiergartens großflächig zusammenhängende Bereiche erhalten, die bis heute von Besiedlung freigeblieben sind, nur in geringem Umfang bebaut sind sowie aus kulturhistorischer Sicht Bedeutung haben. Diese Flächen besitzen hohen Wert für die Naherholung und haben auch große ökologische Qualität und stellen somit aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes erhaltungswürdige Gebiete dar. In dieser Verordnung wurde das Landschaftsschutzgebiet in 3 Teile eingeteilt, und zwar in den Teil A. Wienerwald, Teil B. Wienerwaldrandzone und Teil C. Großparkanlage „Schlosspark Schönbrunn". Für jede dieser Zonen wurden für die Betreuung von Waldflächen und die Pflege von Mähwiesen entsprechende Richtlinien vorgesehen.

- In Vorbereitung: Neues Landschaftsschutzgebiet Hernals
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Aufgrund seiner historischen Entwicklung sind im 17. Wiener Gemeindebezirk (Hernals) großflächig zusammenhängende Bereiche erhalten, die bis heute frei von Besiedelung oder nur in geringem Umfang bebaut sind. Diese Flächen sind auch aus kulturhistorischer Sicht von Bedeutung und haben auch einen hohen Wert für die Naherholung und große ökologische Qualität. Deshalb sollen diese für den Bezirk charakteristischen Landschaftsteile und alle stadtökologisch wichtigen Gebiete in Zukunft per Gesetz als Landschaftsschutzgebiet gesichert werden. Derzeit laufen die Vorbereitungen für dieses neue Schutzgebiet.

Hernals hat eine Gesamtfläche von 1.134 ha (rund 2,8 % der Fläche Wiens), davon gelten 675 ha als Grünflächen (Wald, Wiese, Parkanlagen, Kleingärten, Sport- und Freizeiteinrichtungen). Der westliche Teil ist dem Wienerwald zuzuordnen und besteht aus geschlossenen Waldflächen (433 ha) mit umfangreichen Wiesenanteilen (77 ha) im Inneren und in den Randbereichen. Von der Nutzung her wird dieser Bereich durch intensive Erholungsnutzung be-

stimmt. Hernals war durch Jahrhunderte ein Weinbauort. Erst nach der zweiten Türkenbelagerung gewann der Ackerbau gegenüber dem Weinbau größere Bedeutung. Die wichtigste Waldgesellschaft bildet der mesophile Rotbuchenwald, für den die hallenartigen Bestände mit fast vollständig fehlender Krautschicht typisch sind. In tieferen Lagen schließt Eichen-Hainbuchenwald an, dessen größte Bestände jedoch schon früheren Rodungsphasen zum Opfer gefallen sind.

Die wichtigsten Bereiche in diesem neuen Landschaftschutzgebiet sind die letzten Reste des ehemals geschlossenen Weinbaugebietes, der Landschaftsgarten des so genannten „Krausbesitzes" mit einem für ganz Österreich einmaligen Gehölzbestand (Naturdenkmal) und der Schwarzenbergpark mit seinen heute etwas „verwilderten" naturnahen Waldbeständen und eingestreuten Wiesen mit Solitärbäumen. Als dominierendes Gewässer ist der Alsbach mit seinen zahlreichen Zubringern im Quellbereich und aus anderen Teilen des 17. Bezirkes zu nennen. Diese Zubringer sind der Quellengraben, Eckbach, Jägerbach, Kräuterbach, Erlenbach, Gausgraben, Luchtengraben. Als zweiter Bach ist der Dornbach mit dem Zubringer Pointenbach von Bedeutung. Den Grenzbach zum 14. Bezirk bildet der Wolfsgraben, der in den Halterbach mündet. Die stehenden Gewässer sind allesamt anthropogenen Ursprungs (Teiche im Schwarzenbergpark, Hanslteich und andere kleinere Teiche).

- Landschaftsschutzgebiet Prater
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet Prater wurde neu erlassen und ist am 28. Jänner 1998 in Kraft getreten. Der Grund für die Neuerlassung war eine Neufestlegung der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes.

Einerseits war bisher das Band der bestehenden Prater Hochstraße aus dem bestehenden Landschaftsschutzgebiet Prater ausgenommen, da es mit den Zielen des Landschaftsschutzgebietes nicht vereinbar ist. Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Prater reichten bisher bis zu den Tragwerksaußenkanten der Prater Hochstraße. Die notwendige Sanierung der Prater Hochstraße war mit aufwändigen Umbauten verbunden, wobei die Brücke verbreitert wurde. Durch die Verbreiterung konnte verhindert werden, dass während der Sanierungsarbeiten der Verkehr durch den Prater über die Stadionallee - Meiereistraße umgeleitet hätte werden müssen. Denn damit wären umfangreiche Bauarbeiten und Baumfällungen an den beiden Straßen erforderlich gewesen. Durch diese Verbreiterung konnte also der Verkehr während der Bauphase aufrecht erhalten werden. Die nun breitere Prater Hochstraße erhöht nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern es wurde auch möglich, neue Lärmschutzwände zu errichten, die nicht nur die Lärmbelästigung im Landschaftsschutzgebiet Prater reduzieren, sondern auch eine günstigere Ausbreitung der Luftschadstoffe bewirken.

Da sich grundsätzlich die Zielvorstellungen für das Landschaftsschutzgebiet Prater nicht mit einer Hochstraße decken, war es notwendig, die Abgrenzungen des Landschaftsschutzgebietes Prater an die neue Breite des Verkehrsbandes anzupassen und die für den Umbau beanspruchten Flächen, sowie die für die laufende Wartung benötigten, seitlichen Bedienungsstreifen aus dem Landschaftsschutzgebiet Prater auszunehmen.

Die bestehende Verkehrstrasse wird um rund 14 m breiter. Etwa 1,25 ha Fläche bzw. 0,25 Prozent der Gesamtfläche des Landschaftsschutzgebietes Prater (498 ha) werden dafür in Anspruch genommen. Gleichzeitig werden im Bereich Aspernallee/ Dammhaufen jene Gebiete in das Landschaftsschutzgebiet Prater einbezogen, die durch Umwidmung und Waldfeststellungsverfahren als Grünland, Schutzgebiet Park ausgewiesen sind. Diese Bereiche sind durch einen auwaldähnlichen Baumbestand (Pappeln) geprägt, die zur Wahrung des Landschaftsbildes des Praters unter Schutz gestellt werden. Im Rahmen der Begutachtung des Verordnungsentwurfes wurden dagegen keine gewichtigen Bedenken geäußert. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung ist die bisher geltende Verordnung vom 4. September 1990, LGBl. für Wien Nr. 56, betreffend die Erklärung von Teilen des 2. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Prater), außer Kraft getreten.

- Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Für das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten ist mit 1. Februar 1998 eine neue Verordnung erlassen worden. Gleichzeitig ist die Verordnung des Reichsstatthalters über das „Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, 25. Bezirk der Stadt Wien, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 129/1941" außer Kraft getreten. In dem Verordnungsentwurf wurden insbesondere die Verbote neu formuliert. So ist im Naturschutzgebiet u.a. untersagt: das Verlassen der gekennzeichneten Wege, Lagerwiesen und Spielplätze; das Entfachen von Feuer; das Mitnehmen von Hunden; der Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden; das Verwenden von Kraftfutter zur Wildtierfütterung; die Errichtung von Neu- und Zubauten sowie die Versiegelung von offenen Flächen.

Insbesondere wurden jene Maßnahmen formuliert, die vom Grundeigentümer gesetzt werden sollen. Dazu gehören folgende Maßnahmen: Die Verjüngung und Pflege von Waldflächen und die Pflege der Wiesen ist derart durchzuführen, dass keine wesentliche Änderung der weit gehenden Ursprünglichkeit und keine schädliche Auswir-

kung auf den Landschaftshaushalt entsteht. Die Alleen sind so zu pflegen, dass keine wesentliche Änderung des Erscheinungsbildes entsteht. Das Wildtiermanagement ist in Abstimmung auf die wildökologische Notwendigkeit und auf die naturräumlichen Gegebenheiten durchzuführen. Die Schalenwildfütterung ist aus wildökologischer Sicht auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu beschränken. Das fischereiliche Management des Grünauerteiches und Hohenteiches, insbesondere die Besatzmaßnahmen, sind unter Berücksichtigung der gewässerökologischen Voraussetzungen durchzuführen.

- Nationalpark: Jagd- und fischereiliche Managementpläne
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Wiener Nationalparkgesetz sieht vor, dass der Magistrat der Stadt Wien für Nationalparkflächen auf Vorschlag der Nationalparkverwaltung nach Anhörung der Jagdausübungsberechtigten, der Fischereiausübungsberechtigten und der Fischereiberechtigten jährlich unter Bedachtnahme auf die Zielsetzungen des Wiener Nationalparkgesetzes sowie auf die Richtlinien der Weltnaturschutzorganisation (International Union for Conservation of Nature and Natural Ressources - IUCN) für Nationalparks, Stand 1994, jagd- und fischereiliche Managementpläne festzulegen hat. Dabei sind Jagd- und Fischereireviere, die teilweise im Nationalparkgebiet, teilweise außerhalb des Nationalparkgebietes liegen, zur Gänze in die jagd- und fischereilichen Managementpläne aufzunehmen. Diese Managementpläne haben jedenfalls die Abschusspläne nach § 75 Wiener Jagdgesetz, die zulässigen Jagd- und Fischereimethoden sowie die zulässigen Fütterungs- und Hegemaßnahmen zu enthalten. Entsprechend dieser Vorgaben wurden am 29. Dezember 1998 der fischereiliche Managementplan 1999 und am 1. April 1999 der jagdliche Managementplan 1999 kundgemacht.

Der fischereiliche Managementplan 1999 versucht, die bisherige, vor allem auf fischereiwirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Nutzung der Gewässer im Wiener Nationalparkteil mit den vorwiegend ökologischen Zielsetzungen des Wiener Nationalparkgesetzes in Einklang zu bringen. Die durch das Gesetz grundsätzlich als Freizeitnutzung erlaubte Fischerei soll den natürlichen Kreislauf der Lebewesen und Elemente nicht wesentlich beeinträchtigen und es soll die für das Gebiet der Donau-Auen charakteristische Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihres Lebensraumes bewahrt werden.

Der jagdliche Managementplan 1999 verfolgt als Gesamtziel ein Wildtiermanagement, bei dem die natürlichen Regelmechanismen, die durch Eingriffe des Menschen (z. B. Zurückdrängung und Ausrottung von Wildtierarten, Veränderung des Lebensraumes des Wildes) gestört und teilweise außer Kraft gesetzt sind, im Laufe der nächsten Jahre so weit wie möglich wieder wirksam werden sollen. Durch die Wildstandsregulierung soll auch hier der natürliche Kreislauf der Lebewesen und Elemente nicht wesentlich beeinträchtigt werden, die charakteristische Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihres Lebensraumes gefördert und bewahrt werden sowie Wildtiere für den Menschen erlebbar werden. Bei der Verwirklichung dieser Ziele müssen jedoch die besonderen wildökologischen Rahmenbedingungen (u.a. intensive Nutzung als Naherholungsraum, abrupter Übergang zwischen Auwald und Ackerflächen, Lebensraumzerschneidung durch Siedlungstätigkeiten) beachtet werden, und darauf sowohl das Wildtiermanagement als auch die Besucherlenkung abgestimmt werden müssen.

Durch die jährliche Erlassung der Managementpläne ist es möglich, auf aktuelle Entwicklungen rasch und effizient zu reagieren.

Mit den jagd- und fischereilichen Managementplänen 1999 wurde der erste Schritt gesetzt, die Ziele des Wiener Nationalparkgesetzes und der IUCN-Richtlinien unter Berücksichtigung der besonderen, teils historisch gewachsenen Gegebenheiten umzusetzen.

- Naturdenkmäler
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Vom Gebietsschutz - im wesentlichen durch das Kriterium Ausdehnung - zu unterscheiden ist der Objektschutz, der rechtlich durch die Kategorie „Naturdenkmal" definiert wird und den Schutz von Einzelerscheinungen in der Landschaft (Naturgebilde) betrifft. Rund 430 Naturdenkmäler gibt es derzeit in Wien.

Naturgebilde gelten nach dem Wiener Naturschutzgesetz als „naturdenkmalwürdig", wenn bestimmte Kriterien hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung, ihrer Eigenart und Seltenheit, ihrer besonderen Funktion im Landschaftsbild oder ihrer ökologischen Funktion erfüllt sind. Zum Naturdenkmal erklärt werden „landschaftlich hervorragende Bäume, Baum- oder Gehölzgruppen, Standorte seltener Tier- oder Pflanzenarten, Tier- oder Pflanzengemeinschaften, Quellen, sonstige natürliche Gewässer, Felsbildungen, erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen". In Wien gibt es derzeit 430 solcher Naturdenkmäler (Stand: 31. Dezember 1998), hauptsächlich Einzelbäume (338) oder Baumgruppen (40). Außerdem wurden 11 geologische Aufschlüsse, 12 kleinere Waldbestände, 3 Auwaldreste, 4 Gewässer, 10 Flächen von faunistischer und floristischer Bedeutung und 12 Alleen bzw. Baumreihen zu Naturdenkmälern erklärt. Das älteste noch vorhandene Naturdenkmal in Wien (Nr.

3, Unterschutzstellung 1936) ist die so genannte „Tausendjährige Eibe" (Taxus baccata) im 3. Bezirk, Rest eines - der Überlieferung nach - uralten Eibenhaines aus der Römerzeit.

Stadtentwicklung und Umweltschutz

- Projekte und Maßnahmen
Maßnahmen zum Thema Lärmschutz auf eine völlig neue Basis gestellt:
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Von der Abteilung wurde die Initiative gesetzt, die Errichtung von Lärmschutzwänden durch eine mehrfache Nutzung auf eine neue Finanzierungsgrundlage zu stellen. Als Partner konnte die Gewista gewonnen werden. In einem kooperativen Wettbewerb bekamen Architekten, Künstler und Schallschutztechniker die Aufgabe, eine seriell einsetzbare (multifunktionelle, transparente) Lärmschutzwand zu entwicklen, und zwar für den Bereich Gaudenzdorfer Gürtel/Haydnpark (12. Bezirk) sowie für den Bereich Jodlhof im 19. Bezirk. Im Rahmen des Wettbewerbs wurde der Nachweis erbracht, dass der Großteil der Finanzierungsmittel für die Errichtung und Erhaltung von Lärmschutzbauten ohne Inanspruchnahme wesentlicher öffentlicher Förderungsmittel aufgebracht werden können, wenn 30 bis 50 Prozent der Fläche der Lärmschutzwand als Werbeträger genutzt wird. Von den Juroren wurde neben diesen genannten bedeutenden Eigenschaften die hohe gestalterische Qualität der Entwürfe betont.

- Maßnahmen zur Attraktivierung des Wienerwaldes für Fußgeher und Radfahrer
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Im Bemühen um eine Verbesserung der Erreichbarkeit des Wienerwaldes für Erholungssuchende und der Verbesserung der Aufenthaltsqualität wurden zahlreiche Initiativen gesetzt. Neben einer intensiven Mitarbeit an der Wienerwald-Studie in der MA 18 - Stadtplanung, bei der unter anderem auch der Vorschlag zu einem Wienerwald-Management eingebracht wurde, sind eine Reihe von Einzelmaßnahmen gestartet worden. So soll die Brücke über die alte Kahlenbergstraße im Zuge der Zahnradbahntrasse wieder errichtet werden, um diesen wichtigen Zugang für Spaziergänger und Radfahrer wieder instand zu setzen. Fuß- und Radwanderwege sollen ausgebaut werden (z.B. vom Eichlhofweg zum Kahlenberger Dorf, entlang dem Mauerbach von der Wien bis zum Stadtwanderweg 8 im Bereich Sofienalpe, von der Schwarzenbergallee zum Hanslteich usw.). Weiters wurde das Freischneiden von Sichtschneisen, die Bevorzugung von Blütengehölzern an den Waldrändern, und eine Aufstiegshilfe für Radwanderer initiiert.

- Park & Ride Hütteldorf vom Gemeinderat beschlossen
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Eine wichtige Initiative zur Verbesserung der Situation an der Westeinfahrt tritt nun in die konkrete Realisierungsphase. Es war der Vorschlag unterbreitet worden, im Bereich des aufgelassenen Güterbahnhofes von Hütteldorf in der unmittelbaren Nähe zur Endstelle der U4 und S45 eine Hochgarage für rund 1.000 PKWs mit direkter Zu- und Abfahrt von und auf die B 1 zu errichten. In diesem Gebäudekomplex sollten u.a. Nahversorgungseinrichtungen, verschiedene Folge- und Ergänzungseinrichtungen für das Hanappistadion untergebracht werden. Der Wiener Gemeinderat hat dieses Konzept im heurigen Frühjahr beschlossen. Entsprechend den Detailprojekten soll ein Laufteppich zur U4 Haltestelle Hütteldorf und eine Fußgeherbrücke zum Hanappistadion über die Westbahn errichtet werden.

- Lärmschutz für Auhof mit Aushubmaterial vom Lainzer Tunnel
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Zur Reduktion der verkehrsbedingten Emissionsbelastung in Teilen von Auhof (insbesonders Stadt des Kindes) wurde vorgeschlagen, mit Aushubmaterial des Lainzer Tunnels (etwa 500.000 m^3) einen landschaftlich gestalteten Lärmschutzdamm entlang der Außenkurve der A 1 zwischen dem Verteilerkreis und der Stadtgrenze zu errichten. Die diesbezüglichen Vorverfahren sind abgeschlossen.

- Grillplätze in Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Im Interesse einer Verbesserung der Integration von Grillplätzen in die Wiener Erholungslandschaften - insbesondere dort, wo sie von ethnischen Minderheiten frequentiert werden - wurden zahlreiche Vorschläge erarbeitet. Vor al-

lem scheint es wichtig, zu große Ballungen an zu wenig Stellen zu vermeiden; daher wurden zusätzliche neue Standortvorschläge erarbeitet, die insbesondere die Donauinsel, die Grillplätze an der Krapfenwaldgasse und bei der Jubiläumswarte entlasten sollen. Bei den neu vorgeschlagenen Standorten wurde die Inanspruchnahme von traditionellen, „inhaltlich kulturell besetzten" Erholungslandschaften vermieden und Vorschläge zur Ausgestaltung und Organisation der Grillplätze erarbeitet, um Konflikte mit der Bevölkerung und Polizeidienststellen möglichst zu vermeiden.

- Grünzug Heuergstetten gleichzeitig mit Ausbau der Pottendorfer Linie realisieren
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Koordination: Stadtentwicklung und Umweltschutz)

Durch den Ausbau der Pottendorfer Linie und Errichtung eines Güterterminals werden zahlreiche Vegetationsflächen in Anspruch genommen. Es wurden Kompensationsmöglichkeiten untersucht und - auch aus Lärmschutzgründen - ein Grünzug östlich der Eisenbahntrasse in Hochlage konzipiert, der vom Alten Landgut entlang der A 23 beginnend über die Liesing bis zur Landesgrenze geführt wird und einen Anschluss in Niederösterreich Richtung Laxenburg findet.

Luftreinhaltung und Luftmessnetz

Forschungsprojekte
- POP - Pannonisches Ozonprojekt
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Das pannonische Ozonprojekt wurde im Jahr 1993 mit dem Ziel gestartet, ein wissenschaftlich fundiertes Instrument für die strategische Planung zur Reduktion der Belastung von Sommerozon in Nordostösterreich zu schaffen. Für die Planung und Durchführung des Projektes waren partnerschaftlich das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf, das Institut für Meteorologie und Physik der Universität für Bodenkultur und das Österreichische Umweltbundesamt verantwortlich. Finanziert wurde POP von den Österreichischen Bundesministerien für Wissenschaft und Verkehr, für Umwelt, Jugend und Familie und für Land- und Forstwirtschaft sowie von den Ämtern der Landesregierungen für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Rahmen des pannonischen Ozonprojektes ein wichtiges Instrument zur strategischen Planung von Maßnahmen zur Reduktion des Sommerozons in Nordostösterreich geschaffen wurde. Die ersten Modellanwendungen in diesem Projekt haben gezeigt, dass Ozonspitzen durch regionale Maßnahmen deutlich abgesenkt werde können, dass aber längerfristige Reduktionen der Ozonbelastung nur durch großräumige Emissionsreduktionen zu erzielen sind. Diese Ergebnisse decken sich auch mit den Grundaussagen anderer internationaler Studien auf diesem Gebiet. Das POP-Modell wurde bereits am Rechner des österreichischen Umweltbundesamtes für weitere Auswertungen implementiert.

Zur Veranschaulichung der Ergebnisse des Pannonischen Ozonprojektes wurde 1998 gemeinsam mit den POP-Partnern eine Videoanimation zur leicht fasslichen Darstellung der Entstehung bodennahen Ozons beauftragt, die nunmehr in deutscher und englischer Fassung vorliegt und Interessierten zur Verfügung steht. Das Videoband wurde zahlreichen höheren Lehranstalten übermittelt.

- Maßnahmen gegen die Geruchsbelästigungen im 21. und 22. Bezirk
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Regelmäßig werden aus Teilen des 21. und 22. Bezirkes unterschiedlich intensive Geruchsbelästigungen bei der Wiener Umwelt Hotline (Abteilung) gemeldet. Betroffen davon sind der gesamte 22. Bezirk und das Gebiet im Bereich südlich der Floridsdorfer-, Brünner- und Gerasdorfer Straße im 21. Bezirk. Trotz intensiver Nachforschungen der Experten der Umweltschutzabteilung, dem Bürgerdienst und der Magistratsdirektion-Sofortmaßnahmen konnten die Verursacher bisher nicht eindeutig identifiziert werden.

Deshalb hat die Umweltschutzabteilung im April 1998 eine groß angelegte Befragung gestartet und die Bevölkerung um ihre Mithilfe ersucht. Alle Haushalte in den betroffenen Gebieten haben per Post einen Fragebogen erhalten, auf dem vier Monate lang regelmäßig eingetragen werden konnte, wo und wann die Geruchsbelästigungen wahrgenommen werden. Gefragt wurden auch Details, zum Beispiel wie intensiv und wonach es riecht. Denn genaue Angaben und Hinweise waren die Voraussetzung. Danach wurden die Daten mit den jeweils vorherrschenden Windrichtungen, Windgeschwindigkeiten und meteorologischen Verhältnissen ausgewertet und verglichen.

Parallel zur Fragebogenaktion wurde ein umfangreiches Messprogramm durchgeführt. In den Wohnungen regelmäßiger Beschwerdeführer wurden Messgeräte aufgestellt. So genannte Passivsonden wurden auch im Umkreis „verdächtiger" Firmen ausgelegt. Sofort nach Meldung von Geruchsbelästigungen wurden in Frage kommende Betriebe vor Ort überprüft. Außerdem wurden Rohstoff- und Produktproben genommen, deren Gerüche dann mit jenen verglichen wurden, die von den Beschwerdeführern wahrgenommen wurden.

Mittlerweile wurden für verschiedene Geruchbelästigungen die Verursacher eruiert und entsprechende Maßnahmen getroffen. Das Ergebnis: Die einzelnen Betrieben zuzuordnenden Geruchsbelästigungen sind bereits signifikant zurückgegangen.

Das führt aber auch dazu, dass andere in einer Großstadt zum Teil unvermeidlichen Gerüche (Kanal, Verkehr) von der inzwischen sensibilisierten Bevölkerung verstärkt registriert werden. Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass die Belastung durch üble Gerüche insgesamt stark zurückgegangen ist.

- Emissionsfaktoren für Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Bei der Erstellung von Emissionsbilanzen und -inventuren stellt der Beitrag des Hausbrands einen großen Unsicherheitsfaktor dar. Zwar ist der Brennstoffverbrauch relativ gut über den Handel oder statistische Daten (Wohnflächen, Gebäudealter, Wärmedämmung) fassbar, doch sind die mit dem Verbrauch einer bestimmten Brennstoffmenge bzw. Brennstoffenergie durchschnittlich verbundenen Emissionen aufgrund der unterschiedlichen Anlagentypen und -betriebsweisen der Feuerungsanlagen mit großen Unsicherheiten behaftet. Daher wurde unter Projektträgerschaft des Institutes für Energieforschung der JOANNEUM Research das gegenständliche Projekt von den Bundesministerien für Umwelt, Jugend und Familie, für Land- und Forstwirtschaft, für wirtschaftliche Angelegenheiten und für Wissenschaft und Verkehr, sowie durch die 9 Bundesländer finanziert.

Es konnte nunmehr nach 4-jähriger Dauer (einschließlich Vorlaufzeit) abgeschlossen werden. Die lange Dauer war insbesondere dadurch begründet, dass erst geeignete Messmethoden entwickelt werden und unterschiedliche Messteams unter qualitätsgesicherten Bedingungen an statistisch ausgewählten repräsentativen Feuerungsanlagen die Messungen durchführen mussten. Emissionsfaktoren, das heißt die durchschnittlichen Emissionen bezogen auf die eingesetzte Brennstoffenergie, wurden für die Schadstoffe SO_2, CO, NO_x, organischen Kohlenstoff und Staub ermittelt. Die Feuerungsanlagen wurden in 4 Gruppen (Einzelofen - Holz, Einzelofen - Kohle, Zentralheizung - Holz und Zentralheizung - Kohle) eingeteilt. Auf der Basis eines statistischen Stichprobenmodells wurden 180 Feuerungsanlagen in ganz Österreich für Feldmessungen ausgewählt, die von 5 Messteams in der Heizperiode 1997/1998 durchgeführt wurden. Die Feuerungsanlagen wurden vom Benutzer nach seinen Gewohnheiten betrieben, die Messdauer erstreckte sich jeweils vom Einheizen bis zu Erlöschen des Feuers.

- PCDD/F - Emissionen aus dem Hausbrand in Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

In Ergänzung zur oben genannten Studie wurde eine Untersuchung der PCDD/F-Emissionen im Hausbrand durch die Abteilung bei der Forschungsgesellschaft technischer Umweltschutz - FTU beauftragt. Ein Grund für die Untersuchung war die Tatsache, dass die PCDD/F-Emissionen des Hausbrandes einen wesentlichen Beitrag zu den Gesamtemissionen dieser Schadstoffkomponentengruppe liefern. Die Messungen sind abgeschlossen, da aber auch andere Auftraggeber ähnliche Untersuchungen beauftragten, wird ein wertender Endbericht bei Vorlage sämtlicher Ergebnisse erfolgen.

- Projekt VOC- und POC-Emissionen von Kläranlagen (Ermittlung von Emissionsfaktoren und Fingerprints)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Kläranlagen tragen nach der österreichischen Emissionsinventur zu etwa 9 Prozent der anthropogenen VOC-Emissionen bei. Allerdings sind die relevanten Emissionsdaten, insbesondere die Emissionsfaktoren und die Art der gebildeten flüchtigen organischen Verbindungen, äußerst unsicher bzw. im letztgenannten Fall so gut wie unbekannt. Überdies ist bei Belüftung in Belebungsbecken von Kläranlagen auch mit einer erheblichen Bildung von organischen Aerosolteilchen (POC) zu rechnen. Größenordnung und Art dieser Emissionen aus Kläranlagen sind völlig unbekannt, es liegen nicht einmal Anhaltswerte dafür vor, ob es sich um einen signifikanten Anteil an der organischen Aerosolbelastung einer Stadt handelt. Das Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien wurde von der Abteilung mit diesbezüglichen Untersuchungen beauftragt, und in einem ersten Schritt wurden geeignete Messmethoden an einer Versuchskläranlage ermittelt. Da sich die Hinweise verdichteten, dass auch dem freigesetzten Distickstoffmonoxid (Lachgas), das infolge von Denitrifikation in dem Klärprozess frei wird, in seiner Eigenschaft als Treibhausgas eine wesentliche Bedeutung zukommt, wurden die Untersuchungen darauf ausgedehnt. Die derzeit vorliegenden Daten lassen annehmen, dass die aufgrund der Emissionsinventur abgeschätzten Werte zu hoch gegriffen sein dürften. Das Projekt soll mit den Messungen im laufenden Jahr abgeschlossen werden.

- E-Mobil Förderung: erfolgreiche Bilanz 1998
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Die erfolgreiche E-Mobil-Förderung wurde auch 1998 fortgesetzt. An Förderungsgeldern wurden 1998 rund 1,48 Millionen Schilling ausbezahlt (1997: rund 1,26 Millionen Schilling). Um die Verteilung der Fördergelder gerechter zu verteilen, wurde 1998 erstmals die Anschaffung eines E-Fahrzeuges (ohne Kategorieunterschiede) mit einem fixen prozentuellen Investitionskostenzuschuss ohne Obergrenze mit 20 Prozent des Nettokaufpreises finanziell unterstützt. Im Detail wurden 1998 67 Elektrofahrräder, 158 Elektroroller und 1 Elektro-PKW, insgesamt also 226 E-Mobile gefördert. Die bereits seit 1995 laufende Aktion, mit der ein deutliches Zeichen für umweltfreundliche Alternativen im städtischen Verkehr gesetzt wird, soll auch 1999 fortgesetzt werden.

- Wiener Luftmessnetz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

- Messstellen und gemessene Schadstoffkomponenten
Der Zustand der Wiener Luft wird ständig von einem flächendeckenden Immissionsmessnetz überwacht, mit 18 stationären Luftmessstellen im gesamten Wiener Stadtgebiet und einem mobilen Luftmessbus. Alle Messstellen sind in modernen Messcontainern untergebracht. Die Aufstellungsorte wurden so gewählt, dass vor allem an verkehrsexponierten Stellen gemessen wird und daher die Beschreibung der Luftsituation besonders kritisch erfolgt. Das Messnetz ist gegenwärtig so ausgebaut, dass alle Messstellen mit Messgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Standorten wird zusätzlich Kohlenmonoxid gemessen. Fünf Messstellen sind außerdem mit Ozonmessgeräten ausgestattet. An vier Standorten erfassen meteorologische Sensoren Windgeschwindigkeit, Windrichtung und Lufttemperatur. Zusätzlich wird zur Kontrolle der Luftreinhaltung auch ein mobiler Umweltmesswagen eingesetzt, der für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon ausgerüstet ist. Der Messbus wird, wie auch die übrigen 18 stationären Luftmessstellen, vom Zentralcomputer überwacht und übermittelt die Daten direkt in die Messzentrale der Umweltschutzabteilung.

- Veränderungen in der Messnetzzentrale 1998
Regelmäßig wird die Technik des Luftmessnetzes auf den neuesten Stand gebracht. Um die Abfrage und die Darstellung der Messwerte auch außerhalb der Messnetzzentrale (z.B. bei Ausstellungen, Messen oder für Wartungszwecke) zu ermöglichen, wurde 1998 eine Visualisierungssoftware für PC-kompatible Rechner gekauft. Nun ist auch die Fernabfrage der Messwerte über ein Modem möglich.
Als Ersatz für den neun Jahre alten Messnetzzentralrechner (HP 835 Serie 9000) wurde bereits 1997 eine moderne und leistungsfähige Workstation (HP C 190) angeschafft. Sowohl die Rechengeschwindigkeit als auch die Speicherkapazität des Zentralrechners waren den steigenden Anforderungen nicht mehr gewachsen, die unter anderem auch das neue Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) mit sich bringen wird. Auch dem steigenden Wunsch der Bevölkerung, aktuelle Daten zur Luftqualität zu erhalten, kann mit dem neuen Zentralrechner noch besser und rascher entsprochen wer-den. Die Software-Adaptierungsarbeiten zur Einbindung des neuen Messnetzzentralrechners gestalteten sich unerwartet aufwändiger und schwieriger als geplant, sodass die neue Messnetzzentrale erst im Dezember 1998 in Betrieb genommen werden konnte. Bedingt durch einen Ausfall eines Arbeitsplatzrechners (HP-Workstation), der Ende 1998 aufgetreten ist, musste ein Ersatzrechner angeschafft werden. Als Ersatz wurde ein baugleiches Gerät erworben, welches den zusätzlichen Vorteil mit sich bringt, dass bei Ausfall der Messnetzzentrale ein kompatibles Ersatzgerät zur Verfügung steht, um im Notfall den Betrieb der Messnetzzentrale aufrecht zu erhalten zu können.

- Geplante und laufende Veränderungen im Wiener Luftmessnetz
Zum Imissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) ist am 9. Oktober 1998 die Verordnung über das Messkonzept in Kraft getreten. In dieser Verordnung sind unter anderem wichtige Anforderungen über die Art und Anzahl der Messstellen, Vorschriften über die Form und den Inhalt von Tages-, Monats- und Jahresberichten, technische Anforderungen an die Messverfahren, sowie Angaben über die Qualitätssicherung der Messdaten geregelt. Zur Umsetzung der Verpflichtungen sind Übergangsfristen zwischen einem und maximal vier Jahren vorgesehen.
Um das Messnetz IG-L-konform zu adaptieren, sind in der Messnetzzentrale und in den Messstellen umfangreiche Maßnahmen notwendig. Die verschärften Qualitätsanforderungen des IG-L erforderten z.B. den Austausch eines Großteils der im Luftmessnetz eingesetzten Messgeräte und Stationskalibratoren. In der Außenstelle der Abteilung in der Rinnböckstraße wird zum vorgeschriebenen Abgleich der Messgeräte und Kalibratoren ein Kalibrierprüfstand aufgebaut. Für diesen Prüfstand ist es notwendig, einen eigenen Raum abzutrennen und mittels Klimaanlage zu klimatisieren. Die entsprechenden Umbauarbeiten wurden bereits Ende 1998 in die Wege geleitet, die erforderlichen Geräte werden bis Mitte 1999 installiert.
Zusätzlich zu den bisher gemessenen Komponenten ist vorgeschrieben, dass auch die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol zu erfassen sind. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubniederschlag sowie den

darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Zur Erfassung der neuen Schadstoffkomponenten sind Messgeräte anzuschaffen und die Analytik ist zu evaluieren.

In der Messnetzzentrale muss die Software erweitert werden, um die neuen Schadstoffkomponenten einzubinden und die Berichtspflicht gemäß IG-L zu Tages-, Monats- und Jahresberichten erfüllen zu können. Darüber hinaus müssen die notwendigen Vorkehrungen geschaffen werden, um jene Parameter, zu erfassen und zu berechnen, die für die Qualitätsicherung maßgeblich ist. Für die im Messnetz im Rahmen des IG-L vorgesehen Maßnahmen mussten von der Stadt Wien Budgetmittel in der Höhe von 15 Millionen Schilling bereitgestellt werden.

- Aufbau eines Qualitätssicherungssystems

Gemäß der Verordnung über das Messkonzept ist in Umsetzung einschlägiger EG-Vorschriften (Rahmenrichtlinie Luftqualität) ein Qualitätssicherungssystem aufzubauen und anzuwenden, wobei österreichweit einheitlich vorzugehen ist. Im derzeitigen Messnetzbetrieb sind zwar bereits zahlreiche qualitätssichernde Maßnahmen eingeführt, diese entsprechen jedoch noch nicht zur Gänze den Anforderungen des IG-L.

Um diese verschärften Qualitätsanforderungen zu erfüllen, ist es über den beschrieben Austausch von Messgeräten und Kalibratoren und der Errichtung eines Kalibrieprüfstandes hinaus notwendig, die Wartungstätigkeiten und die Kalibrierung der Messgeräte zu intensivieren sowie alle durchgeführten Tätigkeiten und Kontrollen einer genauen und nachvollziehbaren Dokumentation zu unterziehen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass zur Erfüllung der bisherigen gesetzlichen Anforderungen gemäß Smogalarmgesetz, Ozongesetz und landesgesetzlicher Regelungen ein derartig umfangreiches Qualitätssicherungssystem nicht erforderlich war. Da der Aufbau und in der Folge der Betrieb eines solchen Systems mit erheblichem Zeitaufwand sowie mit hohen Kosten und mit dem Einsatz zusätzlicher Personalressourcen verbunden ist, ist es notwendig, die gesetzlichen Übergangsfristen auszunützen.

Erst durch die Erfüllung der vorgeschriebenen Qualitätssicherungs-Maßnahmen kann die entsprechende Qualität der Messdaten besonders hinsichtlich ihrer Genauigkeit dokumentiert und dadurch auch verlässlich gewährleistet werden. Diese ist aus folgendem Grund für den Vollzug des IG-L von größter praktischer Bedeutung: Bedingt durch die festgelegten niedrigen Grenzwerte und die Belastungssituation in Wien ist davon auszugehen, dass Überschreitungen von IG-L Grenzwerten durch einzelne Messwerte häufig ausgelöst werden. Aufgrund dieser Überschreitung müssen emissionsmindernde Maßnahmen vorgeschrieben werden, die teilweise in „bestehende Rechte" eingreifen. Es ist daher zu erwarten, dass in Vollziehung des IG-L ein höherer Bedarf zur Dokumentation der Erfüllung der Qualitätsverpflichtungen durch den Messnetzbetreiber entstehen wird. Ohne die Umsetzung der Verpflichtungen zum Aufbau und Anwendung eines „IG-L-konformen" Qualitätssicherungssystems kann ein entsprechender Beweis über die Qualität der erfassten Immissionsdaten durch das Wiener Luftmessnetz keinesfalls erbracht werden. Die Umweltschutzabteilung plant die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bis Ende März 2000.

- Umsetzung des Imissionsschutzgesetz - Luft (IG-L)

Die Umweltschutzabteilung plant nach einer Übergangsfrist von rund einenhalb Jahren, in der die notwendigen Anpassungen im Messnetz durchgeführt werden, ab April 2000, die Umsetzung aller im IG-L geforderten Maßnahmen. Es ist geplant, dass nach dieser Übergangsfrist bis zum 31. März 2000 das Wiener Luftmessnetz „IG-L konform" arbeiten wird und alle Wiener Immissionsmessstellen als IG-L Messstellen gemeldet werden können.

Werden im IG-L festgelegte Immissionsgrenzwerte überschritten, so wird das in den Monats- und Jahresberichten dokumentiert. Ist die Grenzwertüberschreitung nicht auf einen Störfall oder eine vorübergehende nicht wiederkehrende Belastung zurückzuführen, ist eine Statuserhebung durchzuführen. Diese hat die Immissions- und Emissionssituation sowie die meteorologischen Bedingungen zu beschreiben.

Außerdem muss festgestellt werden, in welchem Gebiet Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind.

Im Anschluss daran ist eine Verordnung zu erlassen, die einen Katalog mit emissionsmindernden Maßnahmen für das Sanierungsgebiet enthält. Als mögliche Maßnahmen können zum Beispiel Emissionsbegrenzungen für Betriebsanlagen, Verkehrsbeschränkungen und Einschränkungen beim Einsatz und der Herstellung bestimmter Stoffe angeordnet werden.

- Ersatz der bisher verwendeten Datenerfassungen

In den Immissionsmessstellen sind Mikroprozessorsysteme, so genannte Datenerfassungen, im Einsatz, welche die von den Messgeräten gelieferten Daten erfassen, zwischenspeichern und in weiterer Folge via Modems an die Messnetzzentrale übermitteln. Darüber hinaus übernehmen die Datenerfassungen Steuerungsaufgaben an den Messgeräten (z. B. durch Auslösen von automatischen Prüfzyklen oder durch Umschalten von Messbereichen). Ebenso ermöglichen die Datenerfassungen eine Sichtung und Protokollierung der Daten in der Messstelle. Da die derzeit eingesetzten Geräte über 13 Jahre alt sind, können vom Hersteller weder Ersatzteile geliefert, noch schadhafte Komponenten repariert werden. Das Luftmessnetz verfügt derzeit noch über ein kleines Ersatzteillager, das zum Austausch defekter Komponenten genutzt wird und damit einen Betrieb der Datenerfassungen über längstens ein bis längstens zwei Jahre ermöglicht. Um den ungestörten Betrieb des Luftmessnetzes zu gewährleisten, ist es notwendig, bereits jetzt die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um den Austausch aller im Messnetz eingesetzten Datenerfassungen innerhalb des nächsten Jahres zu ermöglichen. Derzeit befindet sich eine neue Datenerfassung für Testzwecke im Luftmessnetz im Einsatz, wobei die Datenerfassung auf ihre technische Eignung für den späteren Einsatz im Routi-

nebetrieb überprüft wird. Darüber hinaus müssen für den Einsatz einer neuen Datenerfassung umfangreiche Maßnahmen am Messnetz-Zentralrechner durchgeführt werden, welche die Einbindung der Datenerfassung in den Messnetzbetrieb gewährleisten sollen.

Chemische Analysen

Erfassung mittel- und langfristiger Trends von Schadstoffkonzentrationen
- W A D O S - Untersuchung von Regeninhaltsstoffen
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der TU - Wien durchgeführt wird, dient vor allem dazu, den Gehalt an Schwermetallen, Säuren und Salzen im Regenwasser zu ermitteln. Dazu sind im Raum Wien und im Bereich Nasswald insgesamt vier Probenahmestellen eingerichtet, an denen von Mitarbeitern der MA 49 - Forstamt täglich Proben entnommen und dann im Labor der Umweltschutzabteilung auf die Schwermetalle Cadmium (Cd), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Nickel (Ni), Blei (Pb), Vanadium (V) und Zink (Zn) untersucht werden. Parallel dazu werden die Proben von der Technischen Universität Wien auf die übrigen Parameter Ammonium (NH_4^+), Natrium (NA^+), Kalium (K^+), Kalzium (Ca^{2+}), Magnesium (Mg^{2+}), Chlorid (Cl^-), Nitrat (NO^{3-}), Sulfat (SO_4^{2-}) analysiert. Resultat dieser Untersuchung ist der jährlich erscheinende WADOS-Bericht, der eine Beurteilung der Schadstoffkonzentrationen im Regen und somit naturgemäß in der Luft vornimmt. Die Daten werden von verschiedenen Dienststellen benutzt, um z.B. die über den Regen in den Boden eingebrachten Schadstoffmengen abschätzen zu können.

- Untersuchung von Staubniederschlägen
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Zur Überprüfung der im Forstgesetz zugelassenen Maximalmengen an Schwermetallniederschlag pro Flächeneinheit befinden sich im Bereich des Lainzer Tiergartens sechs, im Bereich des Laaer Waldes fünf Sammelstellen für „Staubniederschlag nach Bergerhoff". Unabhängig von den Erfordernissen des Forstgesetzes gibt es zwei weitere Sammelstellen an der Flughafenautobahn. An all diesen Sammelstellen werden die Probenbehälter monatlich von den Labormitarbeitern getauscht. Nach Aufarbeitung der Proben durch Säureaufschluss werden diese mittels ICP-MS auf Schwermetalle untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden der MA 49 - Forstamt jährlich übermittelt. Die Ergebnisse geben Aufschluss über die Schwermetallkonzentrationen im Staub und auch darüber, wie sich diese Konzentrationen im Laufe der Jahre verändern.

Analysen im Rahmen von Forschungsprojekten und akut auftretenden Umweltproblemen
- Forschungsprojekte
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Das von der Universität für Bodenkultur durchgeführte Forschungsprojekt „Reaktivität von Verbrennungsrückständen" befasst sich mit der Reaktivität von unterschiedlich vorbehandelten Verbrennungsrückständen aus der Restmüllverbrennung. Aufgrund der Ausstattung des Umweltlabors mit der modernsten Analysentechnologie für Schwermetalle (ICP-MS) wurden die für dieses Projekt notwendigen Schwermetallanalysen vom Umweltlabor der Abteilung vorgenommen.

Im Rahmen einer Diplomarbeit am Geologischen Institut der Universität Wien (Univ. Doz. Dr. M. Kralik) über das Thema „Fernverfrachtung bzw. Ursprung urbaner Stäube" wurde das Umweltlabor ersucht, bei der Analytik der Schwermetalle behilflich zu sein.

- Untersuchungen nach dem Chemikaliengesetz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)
Referat 1 (Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Diese Untersuchungen finden im Rahmen der Vollziehung des Chemikaliengesetzes statt. So wurden vom Umweltlabor 1998 mehrere Lackzubereitungen auf ihre Lösemittelzusammensetzung untersucht und nach der Lösemittelverordnung beurteilt. Außerdem: Aufgrund einer Anzeige wurde der Schwermetallgehalt und hier insbesondere der Gehalt an Cadmium in den Kunststoffen von Barbie-Puppen und der dazugehörigen Acessoires bestimmt. Die Ergebnisse wurden mit den von den Firmen vorgelegten Deklarationen der Inhaltstoffe bzw. den Sicherheitsdatenblättern für chemische Zubereitungen verglichen.

- Untersuchungen von Boden und Wasser
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Damit die Sachverständigen der Umweltschutzabteilung beurteilen können, ob im Nahbereich von Industriebetrieben umweltrelevante Probleme auftreten, die in Zusammenhang mit dem jeweiligen Betrieb stehen, werden Bodenproben entnommen und zum Beispiel auf den Gehalt von Schwermetallen untersucht. Werden erhöhte Werte festgestellt, werden von den Betrieben die notwendigen Emmissionsbeschränkungen verlangt.

Im Bereich der Baustelle „Nordbahnhof" wurden große Mengen an kontaminierten Bodenmaterial entsorgt. Vom Umweltlabor wurden die von Zivilingenieuren vorgenommenen Einstufungen des Materials durch eigene Analysen überprüft. Vor Ort wurden entsprechende Proben gezogen und die Untersuchungen im Umweltlabor durchgeführt.

Der Hanslteich wurde im Jahr 1997 saniert. Um die Wirksamkeit der Sanierung zu überprüfen und Bedenken, der Teich könnte „kippen" (Sauerstoffmangel) zu entkräften, wurde 1998 einmal pro Monat der Gehalt an im Wasser gelöstem Sauerstoff gemessen.

Das Labor der Umweltschutzabteilung unterstützt die MA 45 - Wasserbau, die Deponien und Planierungen zu überwachen. Einmal pro Monat werden auf einer Deponie fünf bis sechs Proben gezogen und im Labor analysiert. Die Ergebnisse zeigen, ob die jeweiligen Bewilligungsbescheide eingehalten werden. Ist das nicht der Fall, werden entsprechende Verwaltungsverfahren eingeleitet. Es hat sich gezeigt, dass alleine die Tatsache, dass kontrolliert und auch Proben gezogen und untersucht werden, bei den meisten Deponiebetreibern zu erhöhter Sorgfalt geführt hat.

Bei der Verbreiterung der Prater-Hochstraße wurde die Pflanzenkläranlage aufgelassen, in der die Straßenabwässer gereinigt wurden. Die anfallenden Abwässer werden nun in den öffentlichen Kanal eingeleitet. Eine Untersuchung des Bodenmaterials sollte Aufschluss darüber geben, ob durch die jahrelange Versickerung von Straßenabwässern nun eine Bodensanierung notwendig ist, oder ob an dieser Stelle ein Feuchtbiotop errichtet werden kann.

Die MA 45 - Wasserbau ist in Wien für den Gewässerschutz verantwortlich. In dieser Funktion hat sie auch nach Schadstoffunfällen eine Abschätzung der Grundwassergefährdung zu erstellen. Obwohl die Gruppe „Gewässeraufsicht" der MA 45 über eine kleine Laboreinrichtung verfügt, wird in den meisten Fällen das Labor der Abteilung zur Durchführung der notwendigen Analysen herangezogen. Von der MA 45 - Wasserbau werden auch Bodensanierungen nach Ölaustritten oder bei Umbauarbeiten an Tankstellen überwacht. Auch auf aufgelassenen Industrie- oder Gewerbegrundstücken besteht vielfach der Verdacht auf Bodenkontaminationen. Entsprechend einer Vereinbarung zwischen der MA 45 und der Abteilung wurden 1998 in fast all diesen Fällen die notwendigen Analysen vom Labor der Abteilung durchgeführt.

Im 22. Bezirk sind einige an Kleinbetriebe vermietete Industriehallen nicht an den öffentlichen Kanal angeschlossen. Neben der Abwasserentsorgung über Senkgruben werden die Oberflächen- und Dachwässer über Sickerschächte in den Untergrund eingeleitet. Da befürchtet wurde, dass Öl- und Waschmittelreste bzw. sonstige Verunreinigungen in das Erdreich gelangen könnten, wurden aus den Sickerschächten Boden- bzw. Wasserproben gezogen und untersucht.

Bei den Bauarbeiten der MA 43 - Städtische Friedhöfe im Bereich des Hietzinger Friedhofs und bei Arbeiten der MA 44 - Bäder beim Kongressbad ergab sich überraschend der Verdacht auf kontaminiertes Aushubmaterial. In beiden Fällen konnte durch sofortige Probenahme, Untersuchung und Eluatklassenbestimmung für eine reibungslose Fortführung der Bautätigkeiten gesorgt werden.

Das Umweltlabor ist auch eine Bürgerservice-Einrichtung: Viele Beschwerden oder Anfragen, die bei der Wiener Umwelt Hotline einlangen, beziehen sich auf Geruchsbelästigung oder das Auffinden von oft unbekannten chemischen Substanzen. In diesen Fällen kommt das Umweltlabor zum Einsatz.

Klimaschutz & Nachhaltigkeit

Rahmenprogramme
- KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung), Stabstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, fachliche Mitarbeit sämtlicher Referate der Abteilung

Das KliP-Klimaschutzprogramm ist eine Initiative der Stadt Wien, die damit ihren Verpflichtungen aus dem Beitritt zum Klimabündnis (minus 50 % CO_2 bis 2010) und der Unterzeichnung der „Charta von Aalborg" nachkommen will. Seit mehr als drei Jahren läuft bereits das KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien. 1998 ist das KliP-Wien in eine entscheidende Phase gekommen. Denn das KliP-Aktionsprogramm wurde im Herbst 1998 fertig gestellt und soll vom Wiener Gemeinderat 1999 beschlossen werden. Die nun vorliegende Endfassung wurde mit allen am KliP-Prozess beteiligten Dienststellen, inklusive der Wiener Stadtwerke, akkordiert und wird derzeit auf politischer Ebene diskutiert.

Mit den Vorarbeiten für ein Wiener Klimaschutzprogramm („KliP") wurde von der Umweltschutzabteilung (MA 22) 1995 begonnen. Der Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Verkehrskoordination hat dem Programm

im Mai 1996 einstimmig zugestimmt. Im Rahmen des Wiener Umweltforums, im Oktober 1996, wurde „KliP" erstmals öffentlich vorgestellt.

Die erste Phase war der Bestandsaufnahme gewidmet. Vorhandene Konzepte und Maßnahmenvorschläge wurden beurteilt und aufbereitet, vor allem die 1995 fertig gestellten CO_2-Reduktionsstrategiepläne der Umweltschutzabteilung (MA 22). Im KliP-Wien arbeiten mehr als dreihundert Mitwirkende aus über 150 Abteilungen und Institutionen zum Beispiel aus der Wiener Stadtverwaltung, den städtischen Betrieben und externer Organisationen (Interessensvertretungen NGOs und Vertreter der Wirtschaft). Geleitet und koordiniert wird das KliP von der Abteilung, fachlich und organisatorisch betreut von der Energieverwertungsagentur - E.V.A. und dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur - IFZ.

Für die „KliP"-Bereiche Mobilität, Energie sowie für Beschaffung/Abfall wurde jeweils ein „KliP"-Team gegründet. Die praktische Klimaschutzarbeit wurde von elf kleinen, aber effizienten „KliP"-Projektgruppen geleistet, gebildet aus den drei großen „KliP"- Teams. Mehr als fünfzig konkrete Klimaschutzmaßnahmen wurden ausgearbeitet. Die Themen der elf Projektgruppen sind: Vier Projektgruppen haben sich im Energiebereich den Themen „Wohnen", „Betriebe", „Stadtverwaltung" sowie „CO_2-optimierte Fernwärme und Stromerzeugung" gewidmet. Im Team Mobilität waren die Projektgruppen „Umweltverbund", „Arbeitswege", „Effizienz: Technik, Organisation, Verhalten" sowie „Langfristige Strukturen" tätig. Drei Projektgruppen wurden für den Bereich Beschaffung/Abfall gebildet, wobei die Handlungsfelder „Umweltfreundliche Beschaffung: Kriterien/Institutionalisierung", „Bau(stellen)abfälle" und „Verpflegungseinrichtungen, medizinische Einwegprodukte, Hygiene, Reinigungsmittel" behandelt wurden.

„Für den Klimaschutz auf breiter Basis zusammenarbeiten" ist eines der wichtigsten Ziele im „KliP-Wien." Das Konzept hat bisher funktioniert, denn die Magistratsabteilungen, die städtischen Unternehmen, die NGOs und andere externe Interessensvertretungen lieferten zahlreiche Beiträge, Impulse und Bausteine für eine effiziente Klimaschutzarbeit. „KliP-Wien" wollte und will nicht nur Konzepte produzieren. Kurzfristig mögliche Maßnahmen sollen rasch realisiert werden. Viele Projekte laufen deshalb bereits seit einigen Monaten. So zum Beispiel das Projekt „Betriebe im Klimabündnis", das mittlerweile zum wichtigen Bestandteil des ÖkoBusinessPlan Wien geworden ist. Aufgebaut wurde eine Energiebuchhaltung für den Magistrat, Energie-Contracting-Projekte gestartet und Umweltmanagementsysteme in Amtsgebäuden als Pilotprojekt eingeführt.

- Das „KliP"-Aktionsprogramm definiert Leitlinien zum Klimaschutz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung), Stabstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, fachliche Mitarbeit sämtlicher
Referate der Abteilung

Mit dem Klimaschutzaktionsprogramm will die Stadt Wien ihre Klimaschutzpolitik bis zum Jahr 2010, dem Klimabündnis- und Kyoto-Zieljahr, festlegen. Die Vorgabe für das Aktionsprogramm: Realitätsbezogen an Bestehendem ansetzen, aber zugleich eine Perspektive für eine engagierte Klimaschutzpolitik bis zum Jahr 2010 entwerfen.

Das KliP-Aktionsprogramm gibt die Leitlinien für einen wirkungsvollen Klimaschutz in Wien vor. Enthalten sind die ersten, konkreten Schritte, die in den kommenden ein bis zwei Jahren zu setzen sein werden, aber auch die längerfristigen Maßnahmen mit dem Zeithorizont bis zum Jahr 2010. Das Programm nennt auch jene Instrumente und Begleitmaßnahmen, die zur Umsetzung in der Praxis notwendig sind. Realistische Zeitpläne sorgen dafür, dass rechtzeitig damit begonnen wird, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Entsprechende Verfahren zur regelmäßigen Erfolgskontrolle werden ebenfalls vorgegeben. Kontinuierlich soll zum Beispiel im Umweltbericht dokumentiert werden, wie sich die Maßnahmen auf die Wiener CO_2-Bilanz auswirken oder welche Instrumente eventuell weiter modifiziert werden müssen. Das Aktionsprogramm enthält auch Vorschläge wie jene organisatorischen Strukturen aussehen sollen, die es auch ohne Unterstützung der E.V.A. oder des IFZ möglich machen, Klimaschutzprojekte und das „KliP-Wien" weiter erfolgreich voranzutreiben.

Das Aktionsprogramm und die Klimaschutzpolitik orientieren sich am Prinzip der Nachhaltigkeit, mit dem Ziel, die Lebensqualität in Wien zu verbessern und zum Schutz des globalen Klimas beizutragen. Eine nachhaltige kommunale Energie- und Verkehrspolitik wird den fossilen Brennstoffeinsatz drastisch verringern und die Schadstoff- und Treibhausgasemissionen wirksam reduzieren. Das Klimaschutzprogramm ist nicht nur ein Programm, um die Treibhausgase zu reduzieren. Es versteht sich als ein engagiertes Umweltbelebungsprogramm, das die generelle Umweltsituation positiv beeinflussen und Wiens Ruf als Umweltmusterstadt ausbauen wird.

Das Aktionsprogramm enthält mehr als 30 Maßnahmenprogramme im Bereich Energie, Verkehr und Abfall/Beschaffung. Die wichtigsten Maßnahmen werden für die fünf Handlungsfelder Strom- und Fernwärmeerzeugung, Wohnen, Betriebe, Stadtverwaltung und Verkehr zusammengefasst. Jedes der fünf Handlungsfelder besteht aus verschiedenen Maßnahmenpaketen. Insgesamt wurden im Aktionsprogramm 35 solcher KliP-Maßnahmenpakete geschnürt und für jedes konkrete Ziele, unter anderem den Beitrag zur Reduktion der CO_2-Emissionen, festgelegt. Darüber hinaus sind die Rahmenbedingungen und Strukturen angegeben, die neu geschaffen, verbessert oder verändert werden müssen, um die Einsparungspotentiale voll ausschöpfen zu können. Abgesehen von der Auswirkung auf die Kohlendioxidemissionen sind auch die weiteren Vorteile für die Umwelt, die Wirtschaft oder die Lebensqualität angege-ben, die das jeweilige Maßnahmenpaket noch zusätzlich bringt. Geschätzt wurden auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und auf das Budget der Stadt Wien. Die einzelnen Maßnahmenprogramme wurden auch nach Prioritäten gereiht. In der höchsten Prioritätsstufe sind natürlich jene Maßnahmen zu finden, die

ein hohes Einsparpotential besitzen und zu relativ geringen Kosten umsetzbar sind (Least Cost CO_2-Planning).

Werden alle Maßnahmen bis 2010 umgesetzt, können die CO_2 Emissionen pro Einwohner und Jahr in Wien um etwa 20 Prozent reduziert werden.

- Lokale Agenda 21 für Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Nachhaltigkeit heißt, dass wir unsere Lebensstile überdenken und so gestalten müssen, dass auch nachfolgende Generationen geeignete Umweltbedingungen vorfinden. Wir müssen lernen, mit der Natur und Umwelt verantwortungsbewusst umzugehen. Nachhaltigkeit ist aber auch ein klares Bekenntnis für differenzierte, umweltpolitische Lösungen, die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich umgesetzt werden können. Das bedeutet, dass langfristig ökonomische, ökologische und soziale Interessen miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Um den Zielen im Sinne der Nachhaltigkeit eine größere Bedeutung zu geben, hat die Stadt Wien am 22. November 1996 die Charta von Aalborg unterzeichnet. Die „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg)" wurde bereits 1994 im Rahmen der „European Conference on Sustainable Citys and Towns" in Aalborg (Dänemark) beraten und verabschiedet. Ziel der Charta ist es, ein Netzwerk von europäischen zukunftsbeständigen Städten zu bilden. Insbesondere soll dem Mandat der auf dem UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro (1992) verabschiedeten „Agenda 21" entsprochen werden und „Lokale Agenda 21-Pläne" erstellt werden. In diesen Plänen werden die konkreten Ziele, Maßnahmen und Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt festgeschrieben. Die Stadt soll heute schon so gestaltet werden, dass sie auch in 50 Jahren oder 100 Jahren noch lebenswert ist und die nachfolgenden Generationen eine zumindest genauso gute oder bessere Umwelt- und Lebensqualität wie heute vorfinden. Derzeit laufen Vorarbeiten, einen Lokalen Agenda 21 - Plan für Wien zu erstellen und den Prozess dazu zu initiieren. Ein mögliches Konzept für den Lokalen Agenda 21 - Prozess in Wien wurde bereits von einem Personenkomitee ausgearbeitet, geleitet von der Gruppe Planung in der Baudirektion gemeinsam mit der Umweltschutzabteilung (MA 22) und der MA 18 - Stadtplanung.

Klimaschutz & Nachhaltigkeit in der Praxis
- Lokale Agenda 21 in Wien Alsergrund
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Die Charta von Aalborg wurde für Wien im November 1996 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterzeichnet. Damit hat sich die Stadt Wien verpflichtet, einen „Lokale Agenda 21"-Prozess in Wien umzusetzen. In einem ersten Schritt wird nun im Alsergrund das Konzept der „Lokalen Agenda 21" umgesetzt. Das Projekt wird im Auftrag der Abteilung durchgeführt und von der Stadt Wien (MA 21A und MA 22), der Bezirksvertretung des 9. Bezirkes und der Volkshochschule Wien Nord-West finanziert und unterstützt.

Die Vorgangsweise bei Durchführung eines „Lokale-Agenda-21-Prozesses" im Alsergrund, der im wesentlichen darin besteht, gemeinsam mit BürgerInnen, Interessenvertretungen und der Stadtverwaltung einen umsetzungsorientierten Diskussionsvorgang über Initiativen für eine nachhaltige Stadtentwicklung einzuleiten, sieht vereinfacht dargestellt folgendermaßen aus: Es wurde ein Agenda-Büro außerhalb des Magistrates eingerichtet, das den Kontakt zu den BürgerInnen hält und das eigentliche Projekt abwickelt. Fachleute nehmen im Auftrag des Agenda-Büros eine Einschätzung der Stärken und Schwächen im Gebiet vor. Darauf aufbauend tritt man im Rahmen einer Auftaktveranstaltung an engagierte BürgerInnen heran. Auf Basis von in der Auftaktveranstaltung gegründeten Arbeitskreisen zu relevanten Problemfeldern sollen gemeinsame Lösungswege diskutiert und Projekte identifiziert bzw. initiiert werden. Nach rund 2 Jahren wird das „Lokale Agenda 21-Projekt" abgeschlossen und die Ergebnisse werden dokumentiert und bewertet.

Die Stadt Wien betrachtet dieses Pilotprojekt auch als einen zukunftsweisenden Beitrag zu einer verstärkten Hinwendung der Methoden der Stadtplanung in Richtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Erfahrungen, die im 9. Bezirk gemacht werden, sollen anschließend für die Weiterarbeit an der „Lokalen Agenda 21 Wien" genutzt werden.

- ÖkoBusinessPlan Wien: Mehr Gewinn durch Umweltschutz für Wiener Betriebe
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Referat 6 (Abfallwirtschaft) Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Noch mehr Wiener Betrieben soll geholfen werden, auf Umweltkurs zu kommen und dabei sogar mehr Gewinn zu erzielen. Im Oktober 1998 wurde deshalb der „ÖkoBusinessPlan Wien" gestartet, mit vier speziellen Programmen zum Umwelt- und Klimaschutz für die Wiener Unternehmen.

Im „ÖkoBusinessPlan Wien" wurden die vier Umweltprogramme „Ökoprofit", „EMAS" (EG-System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung), „Betriebe im Klimabündnis" und „Umweltzeichen Tourismus"

zusammengefasst. Mehr Beratung, besseres Service, praktische Hilfe beim Realisieren der Maßnahmen und eine effiziente Förderung, das können die Betriebe vom „ÖkoBusinessPlan Wien" erwarten. Mit der Initiative kann der betriebliche Umweltschutz in Wien besser koordiniert, organisiert, beworben und effizienter umgesetzt werden. Nicht nur die Umwelt profitiert, sondern auch die Bilanz der Unternehmen.

Der „ÖkoBusinessPlan Wien" wird vorerst bis zum Jahr 2002 laufen. Pro Jahr sollen mindestens achtzig Betriebe für eines der vier Programme gewonnen werden. In das Programmmanagement inklusive Beratungs-, Serviceangebote (7 Millionen Schilling) und Förderungsmittel (rund 10 Millionen) investieren die Stadt Wien und ihre Projektpartner insgesamt 17 Millionen Schilling jährlich. Die Förderungsmittel stellt die Stadt Wien mit einer speziellen Investitionsförderungs-Aktion bereit, die vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds abgewickelt wird. Gefördert werden vorsorgende Umweltinvestitionen, die mit einem der vier Programme verwirklicht werden, sofern die Amortisationszeit länger als zwei Jahre beträgt. Die Zuschüsse betragen rund dreißig Prozent der Kosten. Bis zum Jahr 2002 werden also fast 70 Millionen Schilling von der Stadt und den Projektpartnern in den betrieblichen Umweltschutz investiert.

Die Palette der möglichen Maßnahmen durch den „ÖkoBusinessPlan Wien" reicht vom Rohstoffe- und Energiesparen, Abfall vermeiden, ökologisch Einkaufen bis hin zu einer effizienteren Transportlogistik. Das professionelle Know-how fünf ausgewählter Consulting-Unternehmen und die aktive Beteiligung aller Projektpartner bürgen für Qualität und Professionalität. Partner beim „ÖkoBusinessPlan Wien" sind die Wirtschaftskammer Wien (WKW), der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), das Wiener Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI-Wien), das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF), die Magistratischen Bezirksämter als Gewerbebehörde und die Hauptsachverständigen der MA 36 (zuständig u.a. für technische Gewerbeangelegenheiten). Geleitet wird das Projekt von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22).

Für die vier Programme des „ÖkoBusinessPlan Wien" sollen sich die Betriebe freiwillig entscheiden, weil damit wesentliche Wettbewerbsvorteile verbunden sind. Teure Rohstoffe werden gespart, Abfälle oder Emissionen vermieden und betriebliche Abläufe optimiert. Gleichzeitig steigt die Produktivität der Unternehmen und die Kostenstruktur wird verbessert. Mit den vier Umweltprogrammen „ÖKOPROFIT", „EMAS", „BETRIEBE IM KLIMABÜNDNIS" und „UMWELTZEICHEN TOURISMUS" bietet der „ÖkoBusinessPlan Wien" allen Wiener Unternehmen die Chance, mit effizienten Umweltschutzmaßnahmen die Produktivität zu steigern und Betriebskosten zu sparen. Grundsätzlich funktionieren alle vier Programme in jeder Branche. Welches der Programme sich für welchen Betrieb am besten eignet, hängt jedoch auch von der Situation, der Größe und dem Engagement des Betriebes ab.

„Betriebe im Klimabündnis" setzt auf kleine aber feine Maßnahmen, um den Treibhauseffekt zu verringern. Es wendet sich vor allem an Klein- und Mittelbetriebe, mit weniger als zwanzig Mitarbeitern. Bei „Ökoprofit" gehen die Maßnahmen über den Klimaschutz hinaus: Schwerpunkte sind auch die Bereiche Wasser, gefährliche Abfälle, Restmüll und Energie. „Ökoprofit" wird deshalb hauptsächlich Betrieben mit mehr als zwanzig Beschäftigten angeboten. „EMAS" wird als Umwelt-Fullservice für Betriebe empfohlen, die Umweltschutz als eines ihrer Managementziele verfolgen wollen und mehr als achtzig Mitarbeiter haben. Das „Österreichische Umweltzeichen für Tourismusbetriebe" wurde als viertes Modul in den ÖkoBusinessPlan aufgenommen. Dabei handelt es sich um ein spezielles Förderungs- und Beratungsprogramm, das auf die lokalen Bedürfnisse der Wiener Tourismus- und Gastronomiebetriebe abgestimmt wurde. Partner des ÖkoBusinessPlan Wien Moduls „Umweltzeichen Tourismus" sind Wien Tourismus, Wien Werbung, Wiener Wirtschaft, BMUJF, BMwA, VKI). Nach den Vorbereitungssarbeiten und der Abstimmung des Programmes mit den Partnern im Jahr 1998 wurde das Umweltzeichen Tourismus im Juni 1999 offiziell gestartet.

Um sicher zu gehen, dass sich die angebotenen Programme und Inhalte auch für den jeweiligen Betrieb eignen und den maximalen Erfolg bringen, bieten die „ÖkoBusinessPlan Wien" - Berater Kurzuntersuchungen der betrieblichen Situation an. Über den „ÖkoBusinessPlan Wien" und seine vier Programme informieren auch Spezialfolder, die bei der Wiener Umwelt Hotline (MA 22) unter der Telefonnummer 4000/8022 angefordert werden können.

- Projekt: „Umwelt- und Klimaschutz im Klassenzimmer"
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Im Jahr 1997 wurde ein Pilotprojekt zur Einführung eines Umweltmanagementsystems in einem Wiener Amtsgebäude (PUMA) durchgeführt. Die Erfahrungen dieses sehr erfolgreichen Projektes sollen auf andere Standorte der Stadt Wien übertragen werden. Schulen sind schon allein deshalb besonders geeignet, da man auf Schüler noch leichter Einfluss nehmen kann als auf Erwachsene und ihre Gewohnheiten noch nicht so festgefahren sind. Weiters ist es besonders bei Schülern wichtig, eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen, da sie nicht nur unsere künftige erwachsene Generation sind, sondern auch ihre Bewusstseinsänderung nach Hause tragen können.

Für die Umsetzung des Vorhabens wurde ein Kernteam gegründet, das sie Schulteams koordinieren und ihnen - wenn nötig - Informationen und Hilfestellung bieten soll. Auf dieser Ebene soll auch der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Schulen stattfinden. Ebenso soll auf dieser Ebene die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit dieses Projektes für die Stadt Wien entwickelt und koordiniert werden. Im Kernteam vertreten sind: Magistratsdirektion/Stadtbaudirektion/Dez. 5 MA 4, Abteilung, MA 23, MA 32, Wiener Umweltanwaltschaft, „die umweltberatung" Vertretung des Landesschulinspektors (Preschern), Leiter der einzelnen Schulteams und nach Bedarf die Ma-

gistratsdirektion/Verwaltungsorganisation, Magistratsdirektion/Präsidialbüro, Magistratsdirektion/Baudirektion/Gruppe Hochbau und Haustechnik, MA 54 und MA 56.

Am Projekt teilgenommen haben vier Schulen: die Ökohauptschulen in 2, Obere Augartenstr. 38; in 20, Stromstr. 40 und in 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, sowie die Bilanguale Mittelschule in 10, Wendstattgasse 3. In den Schulen wurden zahlreiche Umweltprojekte durchgeführt. Umweltteams wurden gegründet, die sich regelmäßig treffen und Erfahrungen, Probleme und Informationen austauschen und die weitere Vorgangsweise beschließen.

- Bonussystem für Schulen die aktiv Umwelt- und Klimaschutz betreiben
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Um die Schulen zu weiteren Projekten zu motivieren, soll in Anlehnung an das Hamburger Modell „fifty-fifty" ein Bonussystem in den 4 Schulen eingeführt werden: Für Einsparungen in den Bereichen Wärme und Strom (Energie) soll eine von Schule und Bezirk unterzeichnete Vereinbarung aufgesetzt werden, die beinhaltet, dass die Energiekosten, die von einer Schule aufgrund der Änderung des Nutzerverhaltens eingespart werden können, zu 50 Prozent in Form von besonderen Sachleistungen der Schule zugute kommen sollen. Als Basiswert für die Berechnung wird der Durchschnitt der temperaturbereinigten Mittelwerte der letzten 3 Jahre herangezogen. Die BezirksvorsteherInnen der Bezirke 2, 10, 20 und 23 haben sich nach Gesprächen mit der Abteilung positiv zu einem solchen Modell geäußert. Es soll 1999 eingeführt werden. Ob eine diesbezügliche Vereinbarung neben dem umweltrelvanten Medium Energie auch die Bereiche Wasser und Abfall beinhaltet kann, die in den Kompetenzbereich der MA 56 fallen, wird noch diskutiert.

- Projekt „umweltgerechte Leistungen" (ÖKOKAUF-Wien)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft), Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Im „ÖkoKauf Wien" werden ökologische Kriterienkataloge für verschiedene Produktgruppen, als Hilfsmittel für EinkäuferInnen und BeschafferInnen bei der Stadt Wien und den Wiener Stadtwerken ausgearbeitet. Ziel ist es, die Beschaffung und den Einkauf bei der Stadt Wien verstärkt zu ökologisieren. Das geschieht jedoch nicht nur durch die Erstellung der Kriterienkataloge, sondern durch eine verstärkte Bewusstseinsbildung oder durch interne Regelungen oder Erlässe.

Dieses Projekt ist im Rahmen des KliP-Team III Abfall/Beschaffung entwickelt und gestartet worden. Mittlerweile wurden 12 Arbeitsgruppen (Hochbau, Tiefbau, Innenausbau, Druckerei und Druckaufträge, Fuhrpark, Haustechnik, elektrische Büro- und Haushaltsgeräte, Wasser, Beleuchtung, Desinfektion, Wasch- und Reinigungsmittel und Lebensmittel) sowie drei Ausschüsse (Organisation, Recht und Öffentlichkeitsarbeit) geschaffen, die nun an den einzelnen Kriterienkatalogen arbeiten. Federführend an dem Projekt, das von der Magistratsdirektion/Baudirektion geleitet wird, sind die Abteilung, die Wiener Umweltanwaltschaft, der Krankenanstaltenverbund und die MA 48 – Abfallwirtschaft. In den Arbeitsgruppen arbeiten sämtliche Dienststellen und teilweise auch die städtischen Unternehmen mit. Die ersten Kriterienkataloge werden Ende 1999 vorliegen.

- Projekt „Innenausbau" (Teil von ÖkoKauf Wien)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Dem Thema „ökologischer Innenausbau" widmet sich im Rahmen des Projektes ÖkoKauf Wien eine eigene Arbeitsgruppe, die seit Mitte 1998 ökologische Kriterien in diesem Bereich erstellt. Bisher bearbeitet wurden die Innenausbau-Bereiche Boden, Wand und Platten. Die umweltrelevante und technische Beurteilung wurde von der „die umweltberatung Wien" durchgeführt. Weiters werden ausschreibungsreife Textbausteine entwickelt und formuliert, die den ausschreibenden MitarbeiterInnen es erleichtern sollen, von den anbietenden Firmen verstärkt ökologische Kriterien zu verlangen.

- Stadt Wien unterstützt Projekte zum Schutz des Regenwaldes
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Mit dem Beitritt Wiens zum Klimabündnis im Jahr 1991 hat sich die Stadt Wien neben der Reduktion der CO_2-Emissionen um 50 Prozent bis zum Jahr 2010 auch dazu verpflichtet, durch eine Unterstützung der indigenen Völker des Regenwaldes deren Lebensraum zu erhalten, da er als Sauerstoff-Reservoir für die gesamte Erde von eminenter Bedeutung ist.

Über das Klimabündnis Österreich werden deshalb von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien Projekte zur Erhaltung des Regenwaldes am oberen und mittleren Rio Negro gefördert. Das Gebiet liegt im Nordwesten Brasili-

ens, an der Grenze zu Kolumbien und Venezuela. Mit 110.000 km² ist es etwas größer als Österreich. In dieser Region, die „Alto Rio Negro" genannt wird, leben in 300 Dörfern rund 30.000 Menschen, die 19 verschiedenen indianischen Volksgruppen angehören. Koordiniert und durchgeführt werden die Klimabündnis-Projekte vom Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) und der brasilianischen FOIRN, der Föderation Indianischer Organisationen des Rio Negro. Beide Organisationen und das Klimabündis Österreich sind Partnerorganisationen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium. Die FOIRN ist auch Teil der Dachorganisation der Amazonas Indianer, der COICA. Das Gebiet der FOIRN ist eines der größten zusammmenhängenden indianischen Gebiete Brasiliens.

Mit den beiden 1998 von der Stadt Wien im Rio Negro Gebiet unterstützten Projekten werden nachhaltige Wirtschaftsformen gefördert. Dabei handelt es sich um ein Fischzuchtprojekt und ein Projekt zur Vermarktung von Korbwaren, wobei die Stadt Wien insgesamt rund S 350.000 zur Verfügung stellt. Vor drei Jahren wurde damit begonnen in der entlegenen Nebenflussregion Rio Tiquié, an der Grenze zu Kolumbien, die schwierige Lebenssituation der indianischen Dorfgemeinschaften zu verbessern. Die Fischzucht hat sich als eine besonders gute nachhaltige Wirtschaftsform erwiesen, einerseits die Ernährungssituation der Bevölkerung zu verbessern und andererseits die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Indianerdörfer zu verbessern. Beides sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass die Bevölkerung in diesem Gebiet bleibt und nicht in die Städte abwandert. Immerhin ist das Rio Tiquié Gebiet trotz seiner entlegenen Lage eine der am dichtesten besiedelten Regionen. Mit Hilfe der Stadt Wien und anderen Klimabündnisstädten und -gemeinden kann das Fischzuchtprojekt nun von derzeit 12 Gemeinden auf weitere Dörfer mit etwa 3.000 Bewohnern ausgeweitet werden. Neue Fischteiche werden angelegt, Lehrmaterial zur Ausbildung der Führungskräfte und der Arbeiter wird bereitgestellt und die notwendigen Ausrüstungsgegenstände werden gekauft.

Das zweite Projekt will ebenfalls die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Indiostämme fördern. In den Dörfern am Alto Rio Negro werden seit kurzem aus den Fasern eines Lianengewächses maßgeschneiderte Korbwaren erzeugt. Sie sollen nun erstmals bei der größten Blumenmesse Brasiliens, der „EXPOFLORA" in Holombra bei São Paulo vermarktet werden. Diese Blumenschau, auf einem Gelände von mehr als 100.000 m², wird von jährlich über 200.000 Menschen besucht. Die EXPOFLORA ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für die Regenwaldpflanzen und die daraus gewonnenen Produkte. Jetzt wird es möglich, die Produkte aus dem Rio Negro Gebiet zur Messe zu transportieren und in einem geeigneten, attraktiven Rahmen zu präsentieren und zu verkaufen.

- Leitfäden, Handbücher, Lehrbehelfe
Vorarbeiten für Wiener Impuls-Programm zur energieoptimierten Sanierung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Das Projekt Impuls.Bau.Wien gründet sich auf verschiedene Vorarbeiten: Im Rahmen des Klimaschutzprogrammes KliP-Wien entwickelte die Arbeitsgruppe „Weiterbildung" Ansätze für ein Wiener Impulsprogramm Bauen, aufbauend auf den Erfahrungen der erfolgreichen Schweizer und deutschen Impulsprogramme. Im Anschluss an den Workshop „Impuls.Bau.Wien" gründete sich ein Arbeitskreis, der gemeinsam mit „die umweltberatung" die Idee weiterverfolgt, ein Impulsprogramm zur ökologischen Bauerneuerung auf die Schienen zu stellen. „die umweltberatung" wurde von der Abteilung-Umweltschutz beauftragt, dazu einen Workshop zu veranstalten. Dieser fand am 18. Juni 1998 im WIFI Wien statt.

Eingeladen wurden die ExpertInnen des KliP-Wien sowie Ansprechpartner aus den betreffenden Innungen, Kammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Wirtschaftskammern usw. An der Veranstaltung nahmen 35 Personen teil.

Der langjährige Geschäftsführer von IP BAU, Reto Lang, stellte das Schweizer Impulsprogramm IP BAU vor. Ausgangspunkt für dieses Programm war vor allem eine volkswirtschaftliche Überlegung: Der Gebäudebestand der Schweiz stellt einen Wert von 1.500 bis 1.800 Milliarden Schweizer Franken dar. Durch unzureichende Sanierungsraten verliert dieses „Bauwerk Schweiz" kontinuierlich an Wert. Durch gezielte Impulse sollte die Bauerneuerung forciert und in ökologisch verträgliche Bahnen gelenkt werden. Inzwischen sind die Programme beendet und die Schlussfolgerungen gezogen. Praxisnähe, zielgruppenorientierte und handlungsorientierte Lösungen sowie die zeitlich beschränkte Programmdauer waren die wesentlichen Erfolgsfaktoren des Schweizer Impulsprogrammes.

In der Folge wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Vertretern der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Donau Universität, Dämmstoffindustrie, Gebäudemanagement, Energieverwertungsagentur, Ökologie-Institut und „die umweltberatung". In Wien wäre der Zeitpunkt gerade jetzt günstig für den Start eines Impulsprogrammes. Die Bauwirtschaft befindet sich in einer sensiblen Phase der Umorientierung vom Neubau zur Bauerneuerung. Die Weichen müssen rechtzeitig gestellt werden, damit der Zug in Richtung einer ökologischen Bauerneuerung gelenkt wird.

- Info Broschüre: Optimierung von Wärmebrücken und Luftdichte im Hochbau
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Der Bereich Raumwärme hat am gesamten Emissions- und CO_2-Ausstoß in Österreich immer noch den größten Anteil. Mit Niedrigenergiehäusern kann ein Anwachsen der Emissionen aus diesem Bereich gestoppt, bei entsprechender Umsetzung auch thermischer Sanierungen kann dieser Anteil entsprechend verringert werden.

Mit dem erzielten Stand der Bautechnik sind heute Einsparungen beim Raumwärmebedarf von 50 bis 80 Prozent gegenüber dem Altbestand möglich. Der Wärmedurchlass einzelner Bauteile hat sich um den Faktor 2 bis 5 reduziert, für opake (= nicht durchlässige) Bauteile sind U-Werte um 0,2 W/m²K nicht mehr ungewöhnlich. Für transparente Bauteile werden heute Gläser eingesetzt, die im ungestörten Glasbereich U-Werte von 1,1 bis 0,4 W/m²K aufweisen; dies reduziert die Wärmeverluste der ungestörten Glasflächen gegenüber den noch vor wenigen Jahren eingesetzten Isolierverglasungen auf weniger als die Hälfte bis auf ein knappes Fünftel.

Leider hält die breite baupraktische Umsetzung mit der technischen Entwicklung nicht Schritt. So werden die Einsparpotentiale selbst bei grundsätzlich besserer Dämmung wegen altvertrauter Ausführungen, Einbaumängeln oder planerischen Versäumnissen bei weitem nicht realisiert. Bei den Details des Einbaus und der Verarbeitung bestehen noch erhebliche Verbesserungspotentiale, die erst von einigen innovativen Produzenten und Planern genützt werden. Dazu gibt es einige Bespiele in der Broschüre.

Der Wissensverbreitung auf diesem Sektor hat besondere Bedeutung, um negativen Entwicklungen vorzubeugen. Die Information der Broschüre soll Bauprofis in ganz Österreich bei ihrer Tätigkeit unterstützen. Sie soll Entscheidungsträger im Bereich Bau ermutigen, Niedrigenergiehäuser zu projektieren und auszuführen, im Wissen um die Lösbarkeit der Details und mit dem Bewusstsein, sich notwendige Unterstützung für Spezialfragen bei Fachkräften holen zu können.

Die Zusammenarbeit (und Finanzierung) unterschiedlicher Institutionen (unterschiedlicher Branchenvertretungen, Bundesländervertretungen, Ministerien) als Projektpartner mit einem gemeinsamen Ziel ist in dieser Konstellation Novität in Österreich. Erstellt wurde die Broschüre von Energie Tirol.

- Zwei neue Self-Help-Guides für Umweltschutz im Betrieb
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Vorsorgender Umweltschutz hat sich durch zahlreiche Fallbeispiele und Programme in Österreich als sinnvoll und machbar erwiesen. Er führte in den meisten Fällen gleichzeitig zu ökologischen und ökonomischen Vorteilen. Eigentlich wäre zu erwarten, dass folglich eine große Anzahl von Betrieben sich diese Idee zu Eigen machen würden und selbstständig solche Projekte beginnen. Dies ist aber nur sehr eingeschränkt der Fall. Zwei der wesentlichen Ursachen hierfür sind: ein fehlendes Bewusstsein über die Größenordnung der durch betriebliche Maßnahmen beeinflussbaren Kosten (wirtschaftliche Vorteile) und ein Mangel an Kenntnissen über die organisatorischen und technischen Möglichkeiten der betrieblichen Emissions- und Abfallvermeidung.

Für beide Fragestellungen gibt es in Österreich methodische Unterlagen zur Beantwortung: den „PREPARE Tool-Kit" (BMUJF/BMWV) für den produktionsintegrierten Umweltschutz bzw. Band 12/1997 des BMUJF zu den Umweltkosten. Diese beiden Werke beinhalten alle notwendigen Unterlagen zur Durchführung derartiger Projekte. Allerdings sind sie so umfangreich, dass sie kaum motivieren, sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Was bisher gefehlt hat, ist also ein Zwischenglied zwischen allgemein motivierenden, Zeitschriftenartikeln und den umfangreichen Handbüchern.

Mit den beiden Self Help Guides gibt es nun eine Anleitung, mit der selbstständig herausgefunden werden kann, welche Einsparungspotentiale im eigenen Betrieb zu erreichen sind. Zielgruppe sind Mitarbeiter in Betrieben jeder Größe mit Aufgabenbereich bzw. Interesse an einer Verminderung der betrieblichen Emissionen und Abfälle bzw. der damit verbundenen Kosten. Diese Zielgruppe soll in die Lage versetzt werden, quantitativ die erzielbaren Ergebnisse abzuschätzen und in der Folge weitere, detaillierte Untersuchungen einzuleiten.

Der Guide „Verminderung von Abfällen und Emissionen durch produktionsintegrierten Umweltschutz" beschreibt die Vorgangsweise zur Abschätzung der vermeidbaren Mengen an Abfällen und Emissionen im eigenen Betrieb. Basis ist eine grobe Stoffstromanalyse, eine Klassifizierung der Abfall- und Emissionsströme und ein betriebsspezifischer Maßnahmenmix. Ergebnis der Selbstanalyse durch diesen Guide sind quantifizierte Mengen der Abfälle, Emissionen und nicht effizient versendeten Mengen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, sowie eine Richtzahl für Verbesserungen.

Mit dem Guide „Kostenreduktionen durch die Verminderung betrieblicher Abfälle und Emissionen" können Vertreter von Betrieben mit vertretbarem Aufwand die Größe der betrieblichen Umweltkosten abschätzen und deren Beeinflussbarkeit (Verminderung) quantifizieren. Hierzu erfolgt eine Erfassung, Klassifizierung und Zuordnung von betrieblichen Abfällen und Emissionen und der damit verbundenen betrieblichen Umweltkosten. Ergebnis der Analyse ist eine Matrix mit den betrieblich beeinflussbaren Kosten in den einzelnen Medien und Kostenklassen, eine Gesamtsumme der betrieblichen Umweltkosten und eine Angabe über Einsparungspotentiale.

Mit der Erstellung der beiden Guides beauftragt war a.o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hans Schnitzer (Technische Universität Graz, Institut für Verfahrenstechnik). An den Kosten für die Erstellung der Guides beteiligt sich auch das Umweltministerium.

Abfallwirtschaft

- Amtssachverständigentätigkeit
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 1 (Rechtl. Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 9 AWG anlagenbezogene Abfallvermeidung
§ 9 Abs. 1 AWG: Nicht gewerbliche Betriebsanlagen

Für die Errichtung und Inbetriebnahme von Anlagen, sowie die Änderung von Altanlagen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, ist eine Genehmigung gemäß diesem Paragraph notwendig. Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit ist die Vorlage eines Abfallwirtschaftskonzeptes, das im Referat Abfallwirtschaft begutachtet wird. 1998 wurden 32 Stellungnahmen zu Ansuchen gemäß § 9 abgegeben.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 9 Abs. 6 AWG: Abfallbeauftragte

In Betrieben mit 100 oder mehr Arbeitnehmern ist ein fachlich qualifizierter Abfallbeauftragter schriftlich zu bestellen und der Behörde bekannt zu geben. Für den Fall seiner Abwesenheit ist ein Stellvertreter zu bestellen. In Wien sind die Abfallbeauftragten der Abteilung zu melden. Das Referat Abfallwirtschaft ist zuständig für die Beurteilung der fachlichen Qualifikation. Der Betrieb erhält nach Begutachtung der Meldung entweder eine schriftliche Verständigung der Anerkennung des Abfallbeauftragten und seines Stellvertreters oder eine Aufzählung der noch benötigten Unterlagen und Informationen. Der Name des Abfallbeauftragten und seines Stellvertreters wird vom Referat Abfallwirtschaft dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt zur Kenntnis übermittelt. 1998 wurden 329 Abfallbeauftragtenmeldungen bearbeitet.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 15 AWG Genehmigungen für Sammler und Behandler gefährlicher Abfälle

Wer gefährliche Abfälle oder Altöle sammelt oder behandelt, bedarf dafür einer Erlaubnis des Landeshauptmannes. Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die Verlässlichkeit in Bezug auf die auszuübende Tätigkeit nachgewiesen werden.

Bevor diese Genehmigung erteilt wird, werden die Behandlungs- bzw. Sammlungsmethoden und die Zwischenlagerungsmöglichkeiten begutachtet. Überdies wird die fachliche Qualifikation des abfallrechtlichen Geschäftsführers vom Referat 6 - Abfallwirtschaft in schriftlicher Form beurteilt.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 15 Absatz 8 AWG: Regelmäßige Überprüfung der Inhaber einer Genehmigung

In Wien gibt es derzeit 87 Inhaber einer Genehmigungen gemäß § 15 AWG; diese werden jährlich vom Referat Abfallwirtschaft überprüft.

Nachdem dem Betrieb schriftlich der Termin der Überprüfung mitgeteilt wurde, wird seitens des Referates Abfallwirtschaft eine Begleitscheinbilanz aus dem Abfalldatenverbund erstellt. In dieser Begleitscheinbilanz werden pro Abfallart Eingangsmenge und Ausgangsmenge über einen vorher definierten Zeitraum gegenübergestellt. Diese Bilanz wird auf Plausibilität geprüft. Bei Unklarheiten wird eine Überprüfung vor Ort durchgeführt. Bei dieser Überprüfung der Betriebsanlage wird eventuellen Differenzen zur Begleitscheinbilanz nachgegangen und die Bescheidauflagen werden kontrolliert. 1998 wurden 143 Fälle bearbeitet und entsprechende technische Stellungnahmen an das Referat für rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes weitergeleitet.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): §§ 28, 29 AWG Genehmigung von Abfall- und Altölbehandlungsanlagen

Die Errichtung oder wesentliche Änderung sowie die Inbetriebnahme von Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von gefährlichen Abfällen oder Altölen bedarf einer Genehmigung des Landeshauptmannes. In diesem Verfahren werden vom Referat Abfallwirtschaft die abfallrelevanten Angelegenheiten behandelt, z.B. die Beurteilung des Abfallwirtschaftskonzeptes und die darin enthaltene Stoffstrom- und Mengenbilanz bzw. die Entsorgungswege. 1998 erstellten Mitarbeiter des Referates Abfallwirtschaft 9 Gutachten in Genehmigungsverfahren.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 32 AWG Behandlungsaufträge

Der Paragraph 32 regelt die Erteilung von Behandlungsaufträgen bei unsachgemäßem Transport, Lagerung und Entsorgung von gefährlichen Abfällen oder Altölen.

Behörde ist in diesem Fall das zuständige Magistratische Bezirksamt, die technischen Amtssachverständigen werden vom Referat Abfallwirtschaft gestellt.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 33 Kontrollen

Soweit dies zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes erforderlich ist, sind die mit der Vollziehung betrauten Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit befugt, Kontrollen durchzuführen. Im Jahr 1998 wurden basierend auf den Bestimmungen des § 33 141 Überprüfungen durchgeführt. Kontrolliert wurden u.a die Abfallentsorgung in Zahnarztordinationen, Zahnambulatorien sowie Radiologen, Einhaltung der VerbringungsVO, Entsorgung von Fiakerpferdeställen, Überprüfung bei Beschwerden der nicht gefährlichen Abfälle.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): §§ 34-37a AWG Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Abfällen

Die Paragraphen 34 bis 37a regeln die Verbringung von Abfällen, indem sie im Wesentlichen die VerbringungsVO der EU in Österreichisches Recht übernehmen. Behörde ist in diesem Fall das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Die Bewilligung, gefährliche Abfälle oder Altöle zu importieren oder zu exportieren, ist nur Inhabern einer Genehmigung gemäß § 15 AWG (befugte Sammler oder Behandler), Inhabern einer gleichwertigen ausländischen Erlaubnis, dem Abfallerzeuger, sofern er ausschließlich eigene Abfälle verbringt und Rücknehmern von Abfällen zu erteilen.

Das Referat Abfallwirtschaft überprüft die Genehmigung gemäß §15 AWG sowie die Kapazität der Behandlungsanlage. Im Jahr 1998 wurden 67 Fälle bearbeitet. Sämtliche Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrbescheide, die Wien betreffen, werden vom Bundesministerium der Abteilung übermittelt. Im Referat Abfallwirtschaft werden diese Bescheide registriert, da die Bescheidzahl zur Begleitscheineingabe benötigt wird.

- Abfallwirtschaftsgesetz (AWG): § 45 Begutachtung von Abfallwirtschaftskonzepten

Gemäß § 45 Abs. 6 AWG müssen bis zum 1. Juli 1990 errichtete Anlagen mit mehr als 100 Arbeitnehmern Abfallwirtschaftskonzepte erstellen und auf Verlangen den Behörden vorlegen. Im Jahr 1998 wurden 130 Abfallwirtschaftskonzepte beurteilt, wodurch in diesem Zusammenhang insgesamt 360 Schriftstücke bearbeitet werden mussten.

- Verordnungen zum AWG: Verpackungsverordnung

Mit der letzten AWG-Novelle ist die Kompetenz zur Vollziehung der Verpackungs-Verordnung auf das BMUJF übergegangen. Aufgrund von Verwaltungsstrafanzeigen des BMfUJF bei den Magistratischen Bezirksämtern gab es in diesem Bereich lediglich einzelne Stellungnahmen zu laufenden Verfahren.

- Verordnungen zum AWG: Festsetzungsverordnung

Mit 1. März 1998 ist eine neue FestsetzungsVerordnung für gefährliche Abfällen in Kraft getreten. In dieser neuen Verordnung gab es unter anderem eine Ändererung der Schlüsselnummern. Daher mussten alle gültigen Bescheide unserer genehmigten Sammler und Behandler von gefährlichen Abfällen (gemäß §15 AWG) auf die neuen Schlüsselnummern umgestuft und angepasst werden. 1998 mussten die Bescheide von 83 Firmen angepasst werden. Mit Jahresende 1998 gab es in Wien 87 Firmen, die im Besitz einer Genehmigung zur Sammlung und Behandlung von gefährlichen Abfällen gemäß §15 AWG waren.

- Verordnungen zum AWG: Baurestmassentrennverordnung

Im Zuge der Meldepflicht nach § 6 Wiener AWG ergab sich die Möglichkeit, die Firmen, die im Baubereich mit dem Abbruch von Baurestmassen beschäftigt sind, darauf aufmerksam zu machen, dass von der Firma für die über den bloßen Transport hinausgehende Sammlung und/oder Behandlung von Abfällen eine Meldepflicht gemäß § 6 Wiener AWG besteht. Im Jahr 1998 wurden diesbezüglich 22 Akten bearbeitet.

- Wiener Abfallwirtschaftsgesetz (Wr. AWG)

Wer in Wien nicht gefährliche Abfälle sammeln oder behandeln möchte, braucht hierfür die Zustimmung der Abteilung (Meldung gemäß § 6 Abs. 1 u. 2. des Wiener AWG). Mit Ende 1998 gab es in Wien 129 genehmigte Abfallsammler und -behandler von nicht gefährlichen Abfällen. Das Referat 6 - Abfallwirtschaft beurteilt die vorgelegten Unterlagen aus technischer Sicht (wie etwa das Vorhandensein von Lagermöglichkeiten und ob die weitere Verarbeitung der übernommenen nicht gefährlichen Abfälle, mit einer modernen ökologisch orientierten Abfallwirtschaft vereinbar ist).

Gemäß dem § 6 Abs. 6 haben diese genehmigten Firmen jedes Jahr eine Abfallbilanz bis spätestens 31. März des Folgejahres an die Abteilung - Referat Abfallwirtschaft zu übermitteln. Diese Abfallbilanz muss folgende Angaben umfassen: gesammelte/behandelte Abfallart (Schlüsselnummer), Menge und Herkunft der Abfälle und Informationen über den weiteren Verbleib der Abfälle. 1998 haben 106 Firmen eine Abfallbilanz an das Abfallwirtschaftsreferat über das Jahr 1997 übermittelt. Die Daten wurden in einer Rdb-Datenbank erfasst. Rund 60 Firmen haben im Jahr 1998 bis 31. März keine Abfallbilanz geschickt. Diese Firmen wurden seitens des Referates Abfallwirtschaft zunächst telefonisch daran erinnert, der Abfallbilanzlegung nachzukommen. Aufgrund der weiteren Nichtlegung der Abfallbilanz mussten Strafverfahren eingeleitet werden. 1998 mussten 11 Strafverfahren gegen Firmen eingeleitet werden, da sie keine Abfallbilanz an die Abteilung - Referat Abfallwirtschaft übermittelten.

- Gewerbeordnung / Bauordnung / Wasserrechtsgesetz und Deponieverordnung

Im Jahr 1998 nahmen technische Amtssachverständige aus dem Referat Abfallwirtschaft an insgesamt 52 Verfahren gemäß GewO, BauO und WRG teil.

- EU - Richtlinie über Informationsaustauschverfahren - Notifikationen

Gemäß dieser EU-Richtlinie besteht eine Notifikationsverpflichtung von Gesetzesentwürfen und das Recht zur Stellungnahme zu Entwürfen anderer Mitgliedsstaaten. Dabei sollen insbesondere mögliche Handelshemmnisse innerhalb des Binnenmarkts verhindert werden. Im Jahr 1998 waren etwa 20 Entwürfe von Umweltgesetzen anderer EU-Staaten, insbesondere im Abfallbereich zu beurteilen.

Forschungsprojekte

- Untersuchung von Treiberscheinungen an Kleinproben aus verfestigten Schlacke-Asche-Gemischen

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

In Wien entstehen in den zwei Müllverbrennungsanlagen und der Sondermüllverbrennungsanlage in den EbS jährlich insgesamt rund 150.000 Tonnen Reststoffe wie Schlacke, Asche und Filterkuchen. Derzeit werden die Schlacken und Aschen vorbehandelt und dann verfestigt, indem sie mit etwa 10 Prozent Zement gemischt werden. Danach wird das Verfestigungsprodukt (Schlacke-Aschen-Beton) in der Hausmülldeponie Rautenweg abgelagert und zum Bau des Randwalles verwendet. Ohne Zweifel bietet die Verfestigung eine gute Möglichkeit, die Gefährdung aus deponierten Rückständen zu verringern und hinsichtlich der kritischen Schwermetalle alle Trinkwassergrenzwerte einzuhalten.

Entscheidend dabei ist, die Langzeitstabilität dieser Verfestigungsprodukte. Das heißt, dass sie möglichst lange halten müssen, damit Schadstoffe nicht frei werden können. Bei den letzten Untersuchungen von Probekörpern aus Schlacke-Asche-Beton wurden jedoch Veränderungen im Gefüge festgestellt, die teilweise zu Abplatzungen, teilweise zur Zerstörung der verfestigten Formkörper geführt haben. Um die Ursachen dafür zu klären, wurde 1998 eine spezielle Untersuchung gestartet, um die Langzeitstabilität des Festkörpers zu sichern.

Dazu wurden Proben aus dem Schlacke-Asche Beton entnommen und die Zerstörungen untersucht. Herausgefunden werden soll, welche Reaktionen unter welchen Bedingungen diese Veränderung verursachen und welche Möglichkeiten es gibt, derartige Reaktionen zu verhindern und ob bei ihrer technischen Umsetzung eventuelle weitere Begleitmaßnahmen notwendig sind. Gleichzeitig wurde analysiert, ob die Verwendung von latent hydraulischen Bindemitteln, wie zum Beispiel Flugaschen als Bindemittel für den Schlacke-Asche-Beton nicht besser geeignet sind. Wäre das der Fall, hätte das auch noch den Vorteil, dass solche Bindemittel wesentlich kostengünstiger sind als der Zement, der derzeit vewendet wird. Als Ergebnis der Arbeit wird auch ein technologischer Vorschlag auf Basis experimenteller Versuche entwickelt, wie diese Treiberscheinungen im Schlacke-Asche-Beton vermieden werden kann.

- Literaturrecherche: „Methoden zur Bewertung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen"

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Durch eine Literaturrecherche wurden die bisher angewandten Methoden zur Bewertung der Umweltverträglichkeit von abfallwirtschaftlichen Maßnahmen (Produkte, Verfahren und Systeme) zusammengefasst und auf deren Vollständigkeit, Objektivität, Durchführbarkeit, Sinnhaftigkeit und Vergleichbarkeit analysiert. Somit liegt nun ein vollständiger Überblick über bisher entwickelte und angewendete Methoden samt der Bewertung von Produkten, Verfahren und Systemen in diesem Bereich vor. Der Vorteil: Die Arbeit ist eine wertvolle Entscheidungsgrundlage, die es möglich macht, vorab festzulegen, welche Methoden für zukünftige Bewertungen von abfallwirtschaftlichen Maßnahmen zweckmäßig sind.

- Studie: Deponien - Prozesse und Faktoren jenseits der Nachsorge

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

In diesem Projekt wurde der abfallwirtschaftliche Begriff „Nachsorgefreiheit" auf der Grundlage natürlicher Vorgänge und nach dem Verständnis naturwissenschaftlich/technischer Disziplinen dargestellt. Aufgabe und Inhalt des Projektes war es einerseits, eine Bestandsaufnahme zur Nachsorge, zum Langzeitverhalten und zur Deponie als Endlager durchzuführen und andererseits Zeiträume, Phasen, Szenarien, Prozesse, Transfermechanismen und Systemabläufe vergleichbarer natürlicher Vorgänge zu beschreiben, um mögliche Schritte zu einer langfristig nachsorgefreien Deponie aufzuzeigen. Die Studie wurde im Dezember 1998 fertig gestellt.

- Betreuung einer Diplomarbeit am SMZO

Im Rahmen einer unter anderem von der Abteilung betreuten Diplomarbeit eines WU-Studenten, wurde ein umfassendes Abfallwirtschaftskonzept für das SMZO erstellt. So wurde versucht, aus den mengenmäßig überwiegenden Inputs in der Materialverwaltung, in der Küche und in der Apotheke resultierenden Abfälle abzuschätzen. Es wurden 128 Produkte verwogen und hinsichtlich ihrer Abfallrelevanz (Zuordnung zu einer bestimmten Abfallart) analysiert. Es zeigte sich, dass bei über 130.000 Produkten auf der Einkaufsliste bzw. bei rund 10.000 - 20.000 regelmäßig eingekauften Produkten die erfassten 128 Produkte für 18 Prozent der anfallenden Abfälle verantwortlich waren.

- Abwasseranalyse der Analysestraßen des AKH

Ausgehend von den Herstellerangaben über Einsatzstoffe in den wichtigsten Analysestraßen des AKH wurden die zu erwartenden Konzentrationen der Inhaltsstoffe der Abwässer berechnet, um diese Werte mit den gefahrenrelevanten Eigenschaften der Festsetzung zu vergleichen und eine rechnerische Abschätzung der Gefahrenrelevanz durchzuführen. Anhand von parallel dazu vom AKH in Auftrag gegebenen Analysen auf Inhaltstoffe nach Kanalgrenzwert bzw. Abwasseremissionsverordnung und Toxizitätsuntersuchungen sollen Rückschlüsse auf eine Einstufung als gefährlicher Abfall, bzw. über die Möglichkeiten einer Einleitung in die Kanalisation gefunden werden. Das Projekt läuft noch im Jahr 1999 weiter.

- Untersuchung der anorganischen und biologischen Restreaktivität von unterschiedlich vorbehandelten Verbrennungsrückständen (ReVe-Projekt)

Ziel des Projektes ist es, die Restreaktivität von Verbrennungsrückständen aus unterschiedlichen, thermischen Verfahren zu quantifizieren, und deren Einfluss auf die zeitliche Entwicklung der Schwermetallmobilität zu untersuchen. Zu diesem Zweck werden die Verbrennungsrückstände im Labor einem künstlich forcierten Alterungsprozess unterzogen und anschließend mittels verschiedener Elutionstests der Einfluss auf die Schwermetallmobilität und -bindungsform untersucht. Bei den zu untersuchenden Produkten handelt sich um Schlacken und Filteraschen aus der thermischen Abfallbehandlung in Rost- und Wirbelschichtfeuerungsanlagen. Einige Produkte (vor allem MVA-Schlacken) sollen bei veränderter Betriebsweise hergestellt bzw. nachbehandelt werden (z.B. Absiebung der Feinfraktion), um die Effizienz von einfachen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung abzuschätzen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen helfen, ökonomisch gangbare Wege zur Gewährleistung der Langzeitstabilität von Verbrennungsrückständen zu finden.

Leitfäden, Handbücher, Lehrbehelfe

- Handbuch zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten in Krankenhäusern

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

In den Krankenhäusern entstehen große Mengen an unterschiedlichen Abfällen. Die organisatorischen Maßnahmen und Abläufe, diese Abfälle umweltgerecht zu sammeln, zu trennen und zu entsorgen sind häufig sehr kompliziert und umfangreich. Mit dem neuen Handbuch wird es nun für die Abfallbeauftragten in den Krankenhäusern wesentlich leichter, effiziente Abfallwirtschaftskonzepte auszuarbeiten. Außerdem gibt das Handbuch einen Überblick über die entsprechenden gesetzlichen Pflichten in diesem Bereich.

Und so ist das Handbuch aufgebaut: Ausgehend vom Leitfaden des Ministeriums über die Mindestanforderungen für die Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten wird zunächst die Erstellung eines Basis-Konzepts erarbeitet, das die gesetzlichen Minimalforderungen erfüllen soll. Dazu gehören neben der Erhebung allgemeiner Daten im Krankenhaus die so genannte verfahrensbezogene Darstellung (Feststellung der Abfallrelevanz der Inputs), wo im Gegensatz zur Industrie im Krankenhaus von drei Kernbereichen nämlich dem medizinischen (Stationen, Ambulanzen, OP), den übergreifenden medizinischen Bereichen (Labor, Physiotherapie, Röntgen) und nichtmedizinischen Bereichen (Verwaltung, Küche, Haustechnik) ausgegangen und versucht wird, anhand mengen- und kostenmäßig überwiegenden Inputs eine theoretische Abfallmengen- und -artenabschätzung durchzuführen.

In der so genannten abfallrelevanten Darstellung werden dann die tatsächlichen angefallenen Abfälle nach Art, Menge und Verbleib aufgelistet und die betriebliche Abfallogistik beschrieben. Im rechtlich organisatorischen Teil werden die wesentlichen Rechtsvorschriften vorgestellt. Außerdem wird versucht, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen.

Im zweiten Teil sind für die Erfassung der Abfalldaten notwendige Formblätter und Schemata enthalten. Im dritten Teil wird das Basiskonzept zu einem umfassenden Konzept ausgeweitet, indem je nach Priorität Mengen- und/oder Kostenreduktionen durch genauere Analyse des Inputs, des Abfalls an den Anfallsorten, von Trennverhalten usw. um Kostentransparenz und weitere Ansatzpunkte zur Kosten- und Materialeinsparung zu ermitteln bzw. diese durch entsprechende Schulungen und sonstige Aktionen umzusetzen. Im letzten Abschnitt (Anhang) erfolgt zunächst eine übersichtliche Darstellung der relevantesten rechtlichen Grundlagen, dann die Vorstellung interessanter Alternativen und abschließend einige Stoffinformationen über Kunststoffe, Akkus, Batterien, Photochemikalien und Papier.

- Projekt „Lehr- und Unterrichtsbehelf für Schulen - Bereich Abfall"
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft), Stabstelle (Öffentlichkeitsarbeit)

Dieser Lehr- und Unterrichtsbehelf gibt den Pädagogen einen Überblick über die Wiener Abfallwirtschaft und hilft dabei die Inhalte im Schulunterricht einzubauen. Sämtliche Themen sind grundsätzlich für die Wissensvermittlung in der fünften bis achten Schulstufe aufbereitet. Für höhere Schulstufen wurde ein spezieller Teil im Bereich der Abfallentsorgung erstellt. Außerdem bietet der Lehrbehelf, jede Menge Tipps und Overhead-Folien, um den Unterricht interessant gestalten zu können. Der Lehr- und Unterrichtsbehelf wird ab Herbst 1999 den Wiener Schulen für die Klassen ab der fünften Schulstufe zur Verfügung stehen. Außerdem kann dann der Lehrbehelf auch via Internet abgerufen werden.

Abfalldaten-Erfassung
- Abfalldatenverbund: Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Der Abfalldatenverbund und die computermäßige Erfassung von Melde- und Begleitscheindaten sind die Grundlage für eine effiziente Überwachung und Kontrolle der gefährlichen Abfälle von der Erzeugung bis zur Behandlung und Entsorgung. Darüber hinaus dienen die Daten als wichtige Planungsgrundlage für Verwertungs- und Entsorgungsanlagen und zur Feststellung der Kapazitäten.

Der Abfalldatenverbund, gesetzlich festgelegt im § 38 AWG, ist der Zusammenschluss von österreichweit 10 kleineren Rechnernetzen. Diese kleineren Rechnernetze sind die Grundlage für die Verwaltung der Begleitscheine. Die lokale Datenbank der Wiener Landesregierung befindet sich in der Abteilung und wird im Referat Abfallwirtschaft von 4 Personen ständig aktualisiert. Mit Hilfe des Abfalldatenverbundes werden sowohl vom Umweltbundesamt als auch vom Referat Abfallwirtschaft Statistiken über das Begleitscheinaufkommen erstellt.

Erzeuger von gefährlichen Abfällen sind gemäß § 4 Abfallnachweisverordnung verpflichtet, den Anfall gefährlicher Abfälle zu melden. Folgende Daten werden deshalb im Abfalldatenverbund erfasst: Name und Adresse des Betriebes, Branche, Abfallart, voraussichtliche Menge/Jahr und der voraussichtliche Übernehmer. Aufgrund dieser schriftlichen Meldung wird dem Betrieb eine Abfallerzeugernummer zugewiesen und schriftlich mitgeteilt. Ergibt sich eine Änderung (Menge, Abfallart, Adresse), ist eine Änderungsmeldung zu erstatten. Mit Datenstand Jänner 1999 waren insgesamt 10.806 Abfallerzeuger im Bundesland Wien gemeldet, bei denen gefährliche Abfälle anfallen.

Weiters wurden 1998 493 Meldungen gemäß § 4 ANVO bearbeitet, davon waren 297 Neumeldungen und 196 Änderungsmeldungen. Im Abfalldatenverbund werden auch die Daten der Sammler- und Behandler von gefährlichen Abfällen und Altölen, die eine Genehmigung gemäß § 15 AWG haben, verwaltet. Das Referat Abfallwirtschaft führt eine Liste aller Wiener Firmen, die auf diesem Gebiet eine Befugnis besitzen. Die Liste wird auf Anfrage verschickt und vierteljährlich aktualisiert. 1998 gab es 30 Änderungen im Abfalldatenverbund betreffend der Sammler- und Behandler von gefährlichen Abfällen in Wien.

- Abfalldatenverbund: Begleitscheinsystem
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Werden gefährliche Abfälle von Abfallbesitzern entsorgt, ist für jede Abfallart ein Begleitschein auszufüllen. Welche Daten darauf angegeben werden müssen und wie die Begleitscheine aussehen, ist in der Abfallnachweisverordnung gesetzlich geregelt. Begleitscheinblatt 3 und 4 benötigt der Übergeber für seinen Entsorgungsnachweis. Das Blatt 2 bleibt beim Übernehmer. Weiters muss der Übernehmer innerhalb von 3 Wochen das Begleitscheinblatt 1 an den zuständigen Landeshauptmann schicken. Die übermittelten Daten werden im Referat Abfallwirtschaft EDV-mäßig erfasst. Als besonderes Service wird die Möglichkeit angeboten, die Begleitscheindaten auf Datenträger an die Behörde zu übermitteln. Die für eine Programmerstellung benötigte Software wird interessierten Firmen vom Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden 1998 die Daten von 45.965 Begleitscheinen eingegeben und bearbeitet.

- Abfalldatenverbund: Kontrolle der Abfallgebarung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Im Referat Abfallwirtschaft werden die auf Diskette eingelangten Daten mit den Originalscheinen und dem Firmenbestand im Abfalldatenverbund verglichen. In der Anfangsphase wird mit den Firmen hinsichtlich Fehlerquellenbeseitigung laufend Kontakt gehalten. Sobald die Datenübermittlung fehlerfrei funktioniert, werden diese 1:1-Kontrollen nur mehr stichprobenartig durchgeführt.

Gleichzeitig wird die Abfallgebarung auch von der MA 36, bei den gewerbetechnischen Überprüfungen, kontrolliert. Die für diese Überprüfung notwendigen Abfalldatenauswertungen (Erzeugermeldung des Betriebes bzw. ange-

fallene Abfallmengen) aus dem Abfalldatenverbund werden vom Referat Abfallwirtschaft zur Verfügung gestellt. 1998 wurden für 377 Verhandlungen die Daten erstellt und an die MA 36 übermittelt. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen werden von der MA 36 in einem so genannten Überprüfungsbogen festgehalten und der Abteilung, dem Referat Abfallwirtschaft, zur weiteren Bearbeitung bzw. genaueren Prüfung retourniert. Die Angaben des Betriebes werden überprüft und eventuelle fehlende Meldungen werden schriftlich urgiert. 1998 wurden 325 Überprüfungsbögen bearbeitet.

Mitarbeit in Gremien und Fachausschüssen

- Fachausschuss Kompostverordnung

In Rahmen seiner Bedarfskompetenz beabsichtigt der Bundesminister für Umwelt Jugend und Familie eine Kompostverordnung zu erlassen, um die Inverkehrsetzung und Qualität von Komposten zu regeln. Dafür wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, neben einer Expertengruppe und Interessensvertretungen gab es auch einen Arbeitskreis der Bundesländervertreter. Seitens des Landes Wien stellten die Abteilung und die MA 48 die Ländervertreter. Aufgrund des umfangreichen Analysenmaterials und der großen Erfahrung im Umgang mit Aufarbeitung, Analyse und Weitergabe konnte insbesondere die MA 48 insoferne einen wesentlichen Beitrag zu einer praktikablen und vollziehbaren Verordnung leisten. Die Verordnung soll bis Mitte 1999 im Entwurf vorliegen.

- Önormen und Arbeitskreise

In folgenden Normenausschüssen sind Mitarbeiter des Referates Abfallwirtschaft tätig:

FNA 157:	„Abfallwirtschaft“
AG 157b.11:	„Elektro- und Elektronikaltgeräte“
AG 157e.02:	„Gefährdungsabschätzung“
FNA 199:	„Kompostierung“
AG 224a.02:	„Eluate“
FNUA 224b:	„Abfallkatalog“
AG 224b.15:	„Transport und Lagerung gefährlicher Abfälle“
FNA 226:	„Umweltmanagementsysteme“

Länderarbeitskreis Abfallwirtschaft
Arbeitsgruppe Begleitscheinsysteme 2000
Arbeitsgruppe Abfalldatenverbund-UBA
Arbeitsgruppe Wien - Regionen und Europa
ÖWAV-Sitzungen (Öko-Audit, Betriebsordnung,...)
VKI-Sitzungen (EU-Umweltbüro, Datenbank SURBAN)
Umweltzeichen-Sitzungen
Arbeitsgruppe Hongkonk, Peking
Arbeitsgruppe Gesunde Stadt, Mobilität, Ressourcen
Arbeitsgruppe Wien - Wissensstadt

- Arbeitskreis „Nachhaltiger Umgang mit Abfällen“ (NUMA) gegründet

Ziel des Arbeitskreises ist, die für die Stadt Wien relevanten abfallwirtschaftlichen Themen mit Wissenschaft zu diskutieren und wenn notwendig, auch den Forschungsbedarf zu definieren. Zu den jeweiligen Themen werden alle auf diesem Gebiet bekannten Universitätsprofessoren österreichweit eingeladen, mitzuarbeiten. Es ist beabsichtigt, auch die Wissenschafter aus dem Ausland einzubeziehen und zu konsultieren. Drei Vertreter des Umweltministeriums arbeiten ebenfalls im Arbeitskreis mit. Der Arbeitskreis trägt nicht nur zur Kommunikation und dem Wissensaustausch zwischen Verwaltung und Universitäten bei, sondern er trägt auch zur Kommunikation und dem Wissensaustausch zwischen den einzelnen Universitäten und Wissenschaftern bei.

1998 wurde wird das Thema „Verfestigte Abfälle“ behandelt. Dieses Thema ist für die Stadt Wien deshalb relevant, da in Wien jährlich rund 150.000 Tonnen Restprodukte aus Abfallverbrennungsanlagen (Schlacke und Asche) verfestigt und auf der Deponie Rautenweg abgelagert werden. Das noch nicht ganz gelöste Problem der verfestigten Abfälle ist u.a. der Nachweis der Langzeitstabilität. Vier Universitätsprofessoren aus Wien (TU Wien und BOKU) sowie aus Innsbruck (Leopold-Franzens-Universität), die österreichische Experten aus diesem Gebiet sind, haben sich bereit erklärt, zu diesem Thema im Arbeitskreis zusammenzuarbeiten. Es wurden offene Fragen und Forschungsbedarf auf diesem Gebiet definiert. Derzeit wird an der Verbereitung eines Forschungsprojektes im Rahmen der Bund/Bundesländerkooperation und des Interreg IIa Programmes gearbeitet. Die Ergebnisse sollen sowohl in die österreichische Gesetzgebung und Normung als auch in die europäische Gesetzgebung und Normung einfließen.

- „Altlasten - Probenahme und Elution“

Das Umweltbundesamt hat 1998 den Arbeitskreis „Altlasten - Probenahme und Elution“ ins Leben gerufen, in dem auch ein Vertreter der Umweltschutzabteilung mitarbeitet. Ziel des Arbeitskreises ist die Erfassung des aktuellen Kenntnisstandes über die Entwicklung und Anwendung in folgenden Bereichen: Probenahme von Abfallproben, Probenahme von Bodenproben, Bestimmung von mobilisierbaren Schadstoffanteilen im Labor, Bestimmung von

mobilisierbaren Schadstoffanteilen im Technikumsversuch. Durch die Dokumentation des allgemeinen Wissenstandes sollen für die Abschätzung der Sickerwasserbelastungen an Altablagerungen und Altstandorten vereinheitlichte, jedoch auch verbesserte und differenziertere Verfahrensgrundlagen für eine Anwendung in der Praxis geschaffen werden. Die Ergebnisse des Arbeitskreises sollen in Form einer „Technischen Grundlage zur Erkundung der Sickerwasserqualität an Altlasten" zusammengefasst werden. Darin sollen die einzelnen Methoden beschrieben sowie Vor- und Nachteile kommentiert werden.

- Elektro- und Elektronikaltgeräte

Hier war einerseits die Mitarbeit am entsprechenden ÖNORMEN-Ausschuss, andererseits die ständige Auseinandersetzung mit der Materie im Rahmen von Genehmigungen gemäß § 15 und 29 AWG der Anlass für eine grundlegendere Auseinandersetzung mit dem Thema, wobei neben der Gefährdungsabschätzung für Elektronikschrott eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verwertung bei den genehmigten Betrieben angestrebt wurde. Es wurde an einer Studie zum Thema Elektronikschrott an der TU-Wien mitgearbeitet, die schon im März abgeschlossen werden konnte. Diese Arbeit sollte die in Österreich auf diesem Gebiet tätigen Firmen vorstellen, die Problematik der Einordnung von Elektronik- und Elektroaltgeräten zu gefährlichem oder nicht gefährlichem Abfall durchleuchten und mögliche Entsorgungs- und Verwertungsmöglichkeiten aufzeigen.

- Altkraftfahrzeuge

Durch die Novellierung des AWG entstand auch eine Genehmigungspflicht für Altautoverwerter. In Wien konnte in enger Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer die Übereinkunft getroffen werden, dass nur reine Altautoverwerter der Genehmigungspflicht gemäß § 15 unterliegen, Kfz-Händler nur dann, wenn die Altautoverwertung den überwiegenden Anteil des Geschäfts ausmacht.

- Informationsveranstaltung Festsetzungsverordnung '97

Vor allem die Beurteilung von Bodenaushub gemäß der Festsetzungsverordnung 97 hat immer wieder zu offenen Fragen bei mit Bautätigkeiten beschäftigten Magistratsdienststellen, Zivilingenieuren und Deponiebetreibern geführt. Die Umweltschutzabteilung hat für diese Zielgruppe deshalb eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema organisiert. Zwei Mitarbeiter des Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, die maßgeblich am Entstehen der Festsetzungsverordnung mitgearbeitet haben, konnten als Vortragende gewonnen werden.

- „Schulungen des Reinigungspersonals"

Selbst das umweltfreundlichste Putzmittel ergibt bei falscher Handhabung oder Dosierung keinen Sinn. Gemeinsam mit der „die umweltberatung" - Wien wurde deshalb das Reinigungspersonal der MA 23 und der Schulen der Stadt Wien in zahlreichen Kursen geschult, die in der MD-VA abgehalten wurden.

EU - Projekte
Europäische Netzwerke

- EU Projekt LITMUS

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

LITMUS (Local Indicators To Monitor Urban Sustainability) ist ein LIFE-Projekt, an dem nach der Stadt Wien auch noch die Städte London (Großbritannien), Stockholm (Schweden), Helsinki (Finnland), Tilburg (Niederlande), Burgos (Spanien) und Langenhagen (Deutschland) als Partner beteiligt sind. Das Projekt wurde im November 1998 gestartet und hat zum Ziel, zwei Hypotesen zu überprüfen: Hypothese 1: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren sind anpassungsfähige Instrumente, die eine Erhöhung des Umweltbewusstseins, Verhaltensänderungen der Stadtbevölkerung einschließlich der sozial Benachteiligten (z.B. durch Arbeitslosigkeit) und eine aktive Mitbestimmung am Geschehen in der Nachbarschaft erwirken können. Hypothese 2: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren können die Effizienz von Programmen überprüfen und eine klare Wegweisung für die Verbesserung dieser Programme vorgeben.

Um diese zwei Hypothesen zu überprüfen, wird das Hauptaugenmerk in diesem Projekt auf die Entwicklung eines Mechanismus gelegt, der auch auf andere Städte Europas übertragen werden kann. Das geplante Ende des Projektes ist Sommer 2000.

- EU Projekt „TEMOL INTERACTIVE"

Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

TEMOL INTERACTIVE - Training in Energy Management through Open Learning ist ein SAVE II-Projekt mit Wien und den weiteren Partnerstädten Antwerpen (Belgien), Athen (Griechenland), Bologna (Italien), Bradford (Großbritannien), Edinburgh (Großbritannien), Eindhoven (Niederlande) und Partnerschaften mit Eurocitys, EU-

RONET, PHILIPS Lighting. Ziel des Projektes ist durch Erfahrungsaustausch und Durchführung von Pilotprojekten in den Partnerstädten geeignete Trainingsunterlagen im Zusammenhang mit Energiemanagement zu erstellen. Das Projekt läuft von Sommer 1998 bis Sommer 1999.

- EU-Projekt: Regenwassernutzung in Wien
General Measures to Inform and Increase Awareness of Environmental Problems
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Dieses Projekt ist ein von „die umweltberatung" - Verband Österreichischer Umweltberatungsstellen eingereichtes Teilprojekt im „STREAMS - Information project for Susainability through Raising Environmental Awareness in Municipal Settlements". Außer Wien sind folgende Städte mit Teilprojekten beteiligt: Volos, Dublin, Gent, Venice, Gothenburg, Aalborg, Leicester, Rennes, Bilbao, Espoo, Delft, Suhl, Terni, Granada, Charlerloi und Bath. Ziele des Projektes: Information und Bewusstseinsbildung zum Thema Wasserverbrauch und -nutzung sowie das Aufzeigen und Bekanntmachen von Möglichkeiten der Regen- und Brauchwassernutzung. Dabei sollen die Rahmenbedingungen in Wien im Hinblick auf die gesamte Wasserversorgung berücksichtigt werden. Das Projekt läuft von Juli 1998 bis Juli 1999.

- Greening the local economy(Umweltförderung in der Wirtschaft)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Greening the local economy ist ein PACTE-Projekt mit dem Ziel, im Erfahrungsaustausch zwischen den Städten Berlin, Bristol, Kopenhagen und Wien zu erheben, welche Instrumente und Methoden für die Verbesserung von Umweltschutzmaßnahmen in Klein- und Mittelbetrieben den Städten zur Verfügung stehen. Das Projekt wurde fertig gestellt und die Ergebnisse in einem Handbuch zusammengefasst.

- The European Sustainable Citys and Towns Campaign
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

1994 fand in Aalborg (Dänemark) die erste Europäische Konferenz für zukunftsfähige Städte und Gemeinden statt (First European Conference on Sustainable Citys & Towns - Aalborg Conference). Das wesentliche Ergebnis dieser Konferenz war die Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Nachhaltigkeit (Charta von Aalborg). Mittlerweile haben über 400 Städte und Gemeinden die Charta unterzeichnet und sind somit dem Netzwerk The European Sustainable Citys and Towns Campaign beigetreten. Die Charta von Aalborg wurde für Wien im November 1996 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterzeichnet. Die Abteilung vertritt die Stadt in diesem Netzwerk.

- Eurocitys Environment Committee
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Eurocitys ist eine eigenständige und nicht profitorientierte Vereinigung, die mit dem Ziel gegründet wurde, die Interessen der europäischen Städte (ab 250.000 Einwohner) gegenüber der EU zu vertreten. Derzeit sind rund 80 Städte aus 19 europäischen Staaten Mitglieder von Eurocitys. Eurocitys stellt somit das größte und wichtigste europäische Städtenetzwerk dar. Wien ist seit 1995 Mitglied von Eurocitys und arbeitet aktiv im Komitee für wirtschaftliche Entwicklung und Stadterneuerung (EDURC) im Ost-West-Komitee, im Umweltkomitee sowie im Unterausschuss Telematik des Forums für Technologiepolitik mit. Die Abteilung vertritt die Stadt Wien im Umweltkomitee (dzt. 46 Mitglieder).

- IMPEL - European Network for the Implementation and Enforcement of Environ-mental Law
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Das Netzwerk der Europäischen Union für Fragen der Umsetzung und des Vollzuges von Umweltrecht (IMPEL) ist ein informelles Netzwerk der Umweltbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auch die Europäische Kommission ist Mitglied von IMPEL und führt gemeinsam mit einem Mitgliedstaat den Vorsitz bei den Sitzun-gen. Die Ziele von IMPEL bestehen darin, den notwendigen Impuls in der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen, um Fortschritte bei der Gewährleistung eines effektiveren Vollzuges von Umweltvorschriften zu machen. Das Netzwerk fördert den Austausch von Informationen und Erfahrungen sowie die Entwicklung einer größeren Übereinstimmung des Ansatzes bei der Umsetzung, der Anwendung und dem Vollzug von Umweltvorschriften mit einer besonderen Betonung auf

Umweltvorschriften der Europäischen Union. In jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union sind nationale Koordinatoren tätig. Diese sind für die Verteilung der Information im innerstaatlichen Netzwerk verantwortlich. Innerstaatlich wurde ein System von IMPEL mit Kontaktpersonen in den Bundesministerien und den Ländern eingerichtet. Die Abteilung vertritt die Stadt Wien in diesem Netzwerk.

- INTERREG Projekt „Ökoprofit Wien-Györ"
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Entwicklungsziel des Wirtschaftsraums Wien und Györ ist es, zu einem wirtschaftlichen Zentralraum in Europa zusammenzuwachsen. Nach Vorgesprächen mit der MD-EUF würde sich das Wiener Ökoprofit für ein INTERREG IIa Programm anbieten, da erstens für ein derartiges Projekt die Heranführung der osteuropäischen Reformländer an das Entwicklungsniveau der Europäischen Union und zweitens die Stärkung der Wirtschaftsstandorte in Österreich zur Bewältigung der Herausforderungen des gemeinsamen Marktes empfohlen wird.

Bei Vorgesprächen mit Vertretern der Stadtverwaltung von Györ im Frühjahr 1998, bekundeten die ungarischen Partner großes Interesse, ein derartiges Programm auch im Komitat Györ - Sopron anzubieten. In Abstimmung mit der Stadtverwaltung von Györ wurde deshalb ein INTERREG IIa Projekt mit dem Titel „ÖKOPROFIT Wien-Györ" bei der INTERREG Kommission am 6. November 1998 eingereicht und bewilligt. Die Stadtverwaltung von Györ als ungarischer Partner hat beim Antrag und den Projektinhalten bereits konzeptiv mitgewirkt. Darüber hinaus wurde von der Stadtverwaltung Györ sichergestellt, dass auch die Universität Györ, das ungarische Cleaner Production Center sowie die dortige Wirtschaftskammer in die geplante Initiative integriert werden. Das Projekt selbst ist in drei Phasen gegliedert und sieht nach dem Aufbau einer Ökoprofit Beratung für Betriebe des Komitates Györ-Sopron intensiven Austausch auf den Ebenen des Programmanagements, der Betriebe und der Berater vor. Das Projekt soll von November 1998 bis Ende 2000 durchgeführt werden.

EDV- und Umweltdaten

- Wiener Altwaren Börse (WAB)
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft), Stabstelle (Öffentlichkeitsarbeit)

Altwaren gibt es in jedem Haushalt: Kleidung, die man nicht mehr tragen will, Schi, Tennisschläger, die durch bessere ersetzt wurden, Plattenspieler und noch vieles andere mehr liegen in Kästen und Kommoden, im Abstellraum, im Keller oder auf dem Dachboden. Braucht man mehr Platz oder übersiedelt in eine neue Wohnung, ist Entrümpeln angesagt. Dann wandern leider immer noch viel zu viele Altwaren auf den Müll, obwohl sie eigentlich fürs Wegwerfen zu schade sind. Denn das vermeintliche Gerümpel kann von anderen oft noch verwendet werden. Aber wie erfährt man, wer welche Altwaren braucht oder wer solche anbietet? Mit der „WienerAltwarenBörse" (WAB) im Internet, ein Online-Service der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22), gibt es dafür nun eine praktische Möglichkeit: Unter der Online-Adresse http://service.magwien.gv.at/wab kann man Altwaren tauschen, kaufen verkaufen oder auch verschenken. Produkte, die man selbst nicht mehr braucht, werden dann von anderen weiter verwendet. Das Plus für die Umwelt: Werden weniger Dinge weggeworfen, wachsen unsere Müllberge nicht mehr ganz so schnell. Werden Produkte länger genutzt, müssen weniger neue erzeugt werden. Das spart teure Energie und wertvolle Rohstoffe. Das Plus für den Konsumenten: Er spart Geld.

Die „WienerAltwarenBörse" ist ein Service für alle WienerInnen, die entsprechende Produkte anzubieten haben oder danach suchen. Auch Wiener Gewerbebetriebe können Altwaren anbieten oder nachfragen. Besonders interessant wird die „WienerAltwarenBörse" für Betriebe wie Altwarenhändler, Second-Hand-Läden und Kompostwerke sein. Selbstverständlich steht die Börse auch allen karitativen Einrichtungen zur Verfügung. Die „WienerAltwarenBörse" besteht derzeit aus vier einzelnen Bausteinen: dem „AltwarenMarkt", dem „TeddyMarkt", dem „KompostMarkt" und einem speziellen „InfoMarkt".

Das Herzstück der „WienerAltwarenBörse" ist der „AltwarenMarkt", mit Produkten vom Tennisschläger über Textilien bis hin zum Gebrauchtwagen. Hier findet man alles, was man unter Altwaren versteht, übersichtlich nach einzelnen Kategorien geordnet: z.B. Möbel, TV/Video, Werkzeug, Haushaltsgeräte, Sportgeräte, PC Hard- und Software, Handys, Bücher, Musikinstrumente, Autos und KFZ-Zubehör. Speziell für Kinder gibt es den „TeddyMarkt" mit vielen Spielsachen, vom Plüschtier bis zum Computergame. Die einzelnen Kategorien: Kuscheltiere, Puppen, Computerspiele, Baukästen und Bausteine, Eisen- und Autobahnen, Babyspielzeug, Sportgeräte für Kinder, Krimskrams und vieles mehr. Übrigens: Kriegsspielzeug wird im „TeddyMarkt" nicht akzeptiert!

In Zusammenarbeit mit dem Kompostgüteverband Österreich (KGVÖ) wird mit dem „KompostMarkt" eine österreichweite Plattform für alle geschaffen, die Kompost in den verschiedenen Güteklassen brauchen oder anbieten, z.B. Gärtner, Landschaftsgestalter, Landwirte oder Kompostwerke. Im „InfoMarkt" liefert die „WienerAltwarenBörse" in Zusammenarbeit mit der „48er" (MA 48-Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) wertvolle Informationen rund um das Thema „Mist vermeiden". Zum Beispiel wo man Haushaltsgeräte, Unter-

haltungselektronik, Schuhe und andere Produkte reparieren lassen kann („Wiener Reparaturführer"). Das Angebot im „InfoMarkt" wird ständig erweitert, z.B. mit dem „Wiener Second-Hand-Führer".

- Umweltschutzabteilung weltweit im Internet
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV- und Umweltdaten

Im Wien-Online, dem Internetangebot der Stadt Wien, werden sowohl allgemeine Informationen zum Thema Umweltschutz als auch fachspezifische Daten der Umweltschutzabteilung veröffentlicht, u.a. die aktuellen Luftmesswerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Messstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen, vom Lärmkataster, über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen können jederzeit abgerufen werden. Die Umweltschutzdaten der Abteilung - sind via Internet abrufbar unter der URL http://www.magwien.gv.at/ma22/.

- Aktuelle Luftmesswerte weltweit im Internet
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV-und Umweltdaten
Referat 8 (Luftmessnetz)

Aktuelle Daten zur Luftgüte in Wien können auch via Internet abgerufen werden. Zum Informationsangebot gehören u. a. die aktuellen Luftmesswerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den ein-zelnen Messstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Darüber hinaus werden auch die Emissionsdaten der beiden Wiener Hausmüllverbrennungsanlagen und der Sondermüllverbrennungsanlage veröffentlicht.
Nicht nur die Luftgütedaten, sondern das komplette Internet-Angebot der Umweltschutzabteilung sind weltweit abrufbar und zwar unter der URL http://www.magwien.gv.at/ma22/.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit wird auch für städtische Dienststellen immer wichtiger. Denn einerseits trägt eine wirkungsvolle externe Kommunikation wesentlich zum positiven Image einer aktiven Magistratsabteilung sowohl in den Medien, als auch letztendlich bei den BürgerInnen bei, vor allem dann, wenn sie sich auch als Serviceeinrichtung versteht. Andererseits ist funktionierende interne Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung für eine stetig wachsende und effiziente Magistratsabteilung.
Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltschutzabteilung wurde eingerichtet als zentrale Schaltstelle für die Kommunikation in folgenden Bereichen:
- innerhalb der Abteilung
- zwischen MA 22 und anderen Magistratsabteilungen
- MA 22 und Presseinformationsdienst
- MA 22 und dem Pressereferenten des Stadtratbüros
- MA 22 und den Medien in abteilungspezifischen Belangen
- MA 22 und Interessensvertretungen, NGO´s und den einzelnen Bürgern

Publikationen
- Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz"
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Regelmäßig werden im Rahmen der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz" Forschungs- bzw. Projektberichte publiziert. 1998 wurden folgende Hefte produziert:
1. Heft 48/98 Wiener Bodenbericht
2. Heft 49/98 Betriebliches Abfallaufkommen in Wien
3. Heft 50/98 Asbest: Anleitung zur Sanierung von Asbestzementprodukten

- Folder der Abteilung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Als Bürgerservice werden Folder und Broschüren produziert, die über die Wiener Umwelt Hotline, die Städtischen Büchereien, die Bürgerdienstbüros und bei diversen Veranstaltungen vertrieben werden.
Folgende neue Folder wurden 1998 produziert:
1) Stadt Wien fördert Elektrofahrzeuge 98 (in der Reihe Umweltschutz kurz & bündig)
2) Plombierung von Musikanlagen (in der Reihe Umweltschutz kurz & bündig)
3) Folder Wiener Altwarenbörse
4) Folder zum Teddy Markt der Wiener Altwarenbörse
5) Folder ÖkoBusinessPlan Wien - Alle Module auf einen Blick
6) Folder ÖkoBusinessPlan Wien Modul Ökoprofit
7) Folder ÖkoBusinessPlan Wien Modul EMAS

- Sonderpublikationen der Abteilung Umweltschutz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Besonders attraktive Themen der Umweltschutzabteilung werden auch als Sonderpublikationen (qualitativ hochwertige Vierfarbbroschüren oder Plakate) für die breite Bevölkerung aufbereitet.
Folgende Sonderpublikationen wurden 1998 produziert:

1. Broschüre:	Lärmfibel
2. Plakat:	WAB - WienerAltwarenBörse
3. Broschüre:	Umweltschutz - Biotopmonitoring; Sicherung der Luftqualität; Klimaschutz; Lärm- und Schallschutz, ÖkoBusinessPlan Wien (erschienen in der Reihe Arbeitsberichte Wiener Umwelt- und Stadttechnologien)

Publikationen des Naturschutzreferates der Abteilung:
1. Raumverträglichkeit als Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung (5 Hefte)
2. Wasserspuren - Nachhaltige Zukunftspfade (Jubiläum „125 Jahre 1. Wiener Hochquellenleitung")
3. Leitfaden zum Schutz der Fledermäuse in der Großstadt Wien (erschienen in der Reihe „Wiener Beiträge zum Naturschutz")

Klimaschutz PR
- Klim(a)bim": Straßenbahn war 4 Monate unterwegs für den Klimaschutz
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Bis zu 50 Prozent des Energieverbrauchs fürs Heizen der Wohnungen und für die Warmwasserbereitung könnten jedoch durch einfache Maßnahmen gespart werden. Energiesparen und Verkehr vermeiden, heißt also gleichzeitig Klima schützen. Jedes Prozent weniger Energie oder Treibstoff bedeutet weniger Kohlendioxid. Infos dazu gab es für die WienerInnen in der Klim(a)bim. Die Klimaschutzstraßenbahn wurde von der Umweltschutzabteilung (MA 22) der Stadt Wien und „der umweltberatung" Wien mit der Unterstützung der Wiener Linien und der Gewista auf die Reise geschickt. Wertvolle Tipps zeigten, wie man selbst am besten zum Klimaschutz beiträgt und wie Mensch und Umwelt davon profitieren. Sie war vier Monate lang von Juni bis Ende September 1998 unterwegs, und zwar auf der Linie D, quer durch die Stadt vom Südbahnhof über den Ring bis Nußdorf.

- „Unser Wien Sonderheft" zum Klimaschutz für alle Wiener Haushalte
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Das Klima ändert sich - tun wir es auch. Das ist der Titel eines „UNSER WIEN" - Sonderheftes des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, das im September 1998 alle 900.000 Wiener Haushalte per Post erhalten haben. Der Inhalt: 36 konkrete Tipps, wie jeder selbst zum Klimaschutz beitragen kann und persönlich profitiert. Zum Beispiel beim vernünftigen Einkaufen oder im Haushalt durch einfache Maßnahmen (richtiges Lüften, Wärmedämmung, Nutzung von Fernwärme und Sonnenenergie), beim Autofahren mit Köpfchen oder etwa durch Car-Sharing, Umsteigen auf Öffis oder das Fahrrad. Außerdem in der Broschüre: wertvolle Infos rund um den Klimaschutz und ein Fragebogen, mit dem die Leser erfahren, wie gut sie im Klima- und Umweltschutz sind.

- City Light Plakate und Inserate in allen wichtigen Printmedien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Vier Wochen lang wurde das Unser Wien Sonderheft zum Klimaschutz mit einer City Light Plakatkampagne in der ganzen Stadt beworben. Gleichzeitig wurden Anzeigen in allen relevanten Tages-, Wochen und Monatszeitungen/magazine geschalten. Zentrales Element der Anzeigenkampagne: 4 Sujets mit jeweils einem Beispiel für den Klimaschutz zu Hause und wie man davon profitiert.

- „Der Klimadreh": Eine Scheibe verrät, ob man Klimaschutzprofi ist oder nicht
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Klimadreh kann jeder auf einfache Weise abschätzen, wie viel Kohlendioxid sein Haushalt jährlich produziert. Hier sieht man, ob man auf dem richtigen Weg zum Klimaprofi ist oder noch immer ein altmodischer Energieverschwender. Der Klimadreh wurde von der Wiener Umweltberatung entwickelt und mit der Umweltschutzabteilung produziert. Erhältlich ist er beim Folderservice der Wiener Umwelt Hotline (01 4000/88220) oder beim Servicetelefon von „die umweltberatung" (01 803 32 32).

- Wien auf dem Weg zur Klimamusterstadt - eine Internationale Fachtagung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung) Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Die erste KliP-Zwischenbilanz wurde im Jänner 1998 der Öffentlichkeit bei einer Internationalen Fachtagung im Wiener Rathaus unter dem Titel „Auf dem Weg zur Klimamusterstadt - Wiener Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion der Treibhausgase" und bei einer Pressekonferenz präsentiert. Die Eröffnung der Fachtagung nahmen Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Stadtrat Fritz Svihalek und Univ.-Prof. Dr. Albert Hackl vor.

Bei der Fachtagung wurden aktuelle Klimaschutzprojekte der Stadt präsentiert. So zum Beispiel Energiesparprojekte im geförderten Wohnbau, die Deponiegasverstromung am Rautenweg, das Umweltmanagementsystem PUMA oder Contracting Projekte in städtischen Gebäuden. Zum Vergleich präsentierte auch die Stadt Hamburg ihre Klimaschutzmaßnahmen. Die abschließende Podiumsdiskussion war dem Thema „Wie kann Wien zur Klimamusterstadt werden" gewidmet. Diskutiert haben Fritz Svihalek (Umweltstadtrat), DDr. Bernhard Görg (Planungsstadtrat), Mag. Christoph Chorherr (Klubobmann, Grüner Klub im Rathaus), Dipl.-Ing. Helmut Löffler (Klimaschutzbeauftragter der Stadt Wien) und Dipl. Phys. Gotelind Alber (Europäische Klimabündnis Koordinationsstelle).

Im Vorfeld der Fachtagung wurden bei der Veranstaltung „KliP-Wien: Das erste Jahr" eine Zwischenbilanz gezogen und die Ergebnisse der bisherigen KliP-Arbeit magistratsintern präsentiert.

- Perspektiven Sonderheft zum Klimaschutz in Wien
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Eine Übersicht über sämtliche klimarelevanten Maßnahmen und Projekte sowie das KliP-Klimaschutzprogramm gibt das Ende 1998 publizierte Heft der Fachzeitschrift „Perspektiven". Dieses Heft ist bei der Wiener Umwelt Hotline (4000/88220) kostenlos erhältlich.

- Nationale und Internationale Auszeichnungen für das KliP
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung), Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Das Klimaschutzprogramm der Stadt Wien wurde 1998 beim Österreichischen Klimaschutzwettbewerb mit einem Sonderpreis der Jury ausgezeichnet. Mit dem Wettbewerb will das Klimabündnis Österreich Vorbildprojekte und Beispiele für ökologisch-klimafreundlichen Lebensstil der Gemeinden, Städte und Länder ins Rampenlicht rücken. Der Preis wird in insgesamt vier Kategorien vergeben, und zwar jeweils ein Hauptpreis und ein Sonderpreis der Jury. Das KliP wurde in der vierten Kategorie (Städte über 60.000 EinwohnerInnen und Bundesländer) prämiert. Den Hauptpreis in dieser Kategorie hat die Stadt Graz erhalten. Der von den indigenen Bündnispartnern gespendete Sonderpreis der Jury wurde der Wiener Umweltschutzabteilung beim Österreichischen Klimabündnistreffen im Oktober in Werfenweng von Umweltminister Bartenstein überreicht.

Beim „International Award for Best Practices in Improving the Living Environmet 1998", der von der UNCHS (Habitat) und der Stadt Dubai vergeben wurde, erreichte das KliP-Wien den Rang eines „Good Practice". Insgesamt wurden bei diesem Wettbewerb 124 Projekte aus aller Welt als Best-Practices und 170 als Good-Practice prämiert.

- Medienarbeit der Umweltschutzabteilung
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit, im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Kontinuierlich werden im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit Journalisten betreut, mit Presseunterlagen sowie Fotomaterial versorgt und telefonische Anfragen beantwortet. Ziel ist es, die umweltrelevanten Aktivitäten der Abteilung in den Medien transparent zu machen und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Die Arbeit erfolgt in Absprache mit dem Pressereferenten des Stadtrates für Umwelt- und Verkehrskoordination. Pressekonferenzen des Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination, die sich auf Themen der Umweltschutzabteilung beziehen, werden gemeinsam mit dem Pressereferenten des Stadtrates betreut. Die Presseinformationen bzw. RK-Meldungen werden vorbereitet und verfasst, natürlich in Absprache und enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat-Pressereferenten. Einige Beispiele: Pressekonferenz und/oder Presseunterlagen und RK-Meldungen zu den Themen: Neues Wiener Naturschutzgesetz, KliP-Klimaschutzprogramm, ÖkoBusinessPlan Wien, Umweltschutz in Wiener Schulen, Wissenschaftlicher Förderungspreis der Umweltschutzabteilung, Ozon, Mobilitätsmanagement Magistrat, E-Mobil-Förderung 98.

Bürgerservice und Tonbanddienste
- Wiener Umwelt Hotline mit neuer Telefonnummer: 4000/8022
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en): Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit, im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Die Auskunfts- und Beschwerdestelle der Abteilung - Umweltschutz besteht seit dem Jahre 1985. Seit 1995 wird sie Wiener Umwelt Hotline genannt. Von zwei Mitarbeiterinnen wurden insgesamt rund 15.000 Anfragen (inkl. Folderservice) telefonisch, schriftlich oder persönlich beantwortet.

Die Anfragen und Beschwerden betreffen hauptsächlich folgende Bereiche: Grundwasserverunreinigungen; Bodenverunreinigungen durch Öl, Benzin usw.; Rauch- und Geruchsbelästigungen durch das Verbrennen von pflanzlichen/nichtpflanzlichen Abfällen; Müllablagerungen auf öffentlichem sowie auf privatem Grund; Belästigungen durch Baulärm; Belästigungen durch Gewerbebetriebe (Rauch, Geruch, Ruß sowie Lärm); Einleitung diverser Flüssigkeiten in den Kanal; Verstöße gegen die Auftaumittelverordnung; Problematik rund um die Fütterung von Tauben; Meldungen über illegal abgelagerte Autowracks, Kühlschränke, Bauschutt und andere Abfälle; Belästigungen (Rauch, Geruch, Ruß) durch private Feuerstätten; Meldungen sanitärer Übelstände.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Informations- und Aufklärungsarbeit zu umweltrelevanten Themen. Schwerpunkte waren die Themen Asbestbelastung durch Nachtspeicheröfen, Einsatz von Streusalz und anderen Auftaumitteln, Ozon bzw. das Verhalten bei Auslösung von Ozon-Vorwarn- bzw. Warnstufen.

Wochentags sind die Mitarbeiterinnen von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr unter der neuen Hotline Nummer zu erreichen: 4000/8022. Nach Dienstschluss bzw. am Wochenende kann auf einem Tonband Nachricht hinterlassen und um Rückruf gebeten werden.

-„Ozonix": Ozon-Hotline unter der Telefonnummer 4000/88288
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

4000/88288 lautet die Telefonnummer von „Ozonix", der neuen Ozon-Hotline der Umweltschutzabteilung. „Ozonix" liefert die stündlich aktualisierten Ozonmesswerte. Die aktuellen Ozonwerte und die Maximalwerte der letzten 24 Stunden werden jeweils als Dreistundenmittelwerte in Mikrogramm pro Kubikmeter angegeben. Der Aktualität wegen handelt es sich um noch ungeprüfte Rohdaten direkt aus dem Messnetz.

- Aktueller Luftgütebericht der Umweltschutzabteilung unter der Telefonnummer 4000/8820
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

Unter der Telefonnummer 4000/8820 wird der Wiener Luftgütebericht veröffentlicht. Er gibt nicht nur über die Ozonsituation Auskunft, sondern auch über die Belastung der Wiener Luft mit den Schadstoffen Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Staub und Kohlenmonoxid. Die Werte sind, dem Gesetz entsprechend, in Milligramm pro Kubikmeter angegeben. Der Luftgütebericht wird werktags 2 x täglich (um rund 9.00 und 16.00 Uhr), am Wochenende und an Feiertagen 1 x täglich aktualisiert. Bei kritischen Luftsituationen (Ozonvoralarm) kommt es umgehend zu weiteren Aktualisierungen.

- Aktueller Luftgütebericht via Telefaxbox
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

Den aktuellen Luftgütebericht können Interessierte auch via Telefaxbox von der Umweltschutzabteilung abrufen. Voraussetzungen dafür sind ein Telefonapparat mit Tonwahl und ein Faxgerät. Konkret funktioniert das so: Nach dem Abheben des Hörers muss die Wiener Nummer 4000-9877 eingetippt werden. Nach dem Piepston ist die Nummer 8100-1073 einzugeben. Danach ist je nach Wunsch die Zahl 1 für den aktuellen Luftgütebericht, die Zahl 2 für den vorletzten Luftgütebericht oder die Zahl 3 für den vorvorletzten Luftgütebericht einzugeben. Im nächsten Schritt wird auf die Zahl 0 getippt. Danach gibt man die komplette Faxnummer ein, an die der Luftgütebericht gesendet werden soll. Zum Schluss ist die Taste # zu drücken und der Piepston abzuwarten. Dann kann aufgelegt werden und das Fax wird zugeschickt.

- Luftgüte-Anzeigetafeln an zentralen Plätzen in der Stadt
Verantwortliche Abteilung - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmessnetz)

Die Messergebnisse sind auf 4 großen Anzeigetafeln an zentralen Plätzen der Stadt zu sehen: Im 1. Bezirk am Stephansplatz und am Schottenring, im 9. Bezirk in der Liechtensteinstraße und im 21. Bezirk Am Spitz, und zwar jeweils an der Fassade der Bank Austria Filialen. Die Anzeigetafeln wurden von der Bank Austria für die Wiener Bevölkerung errichtet und finanziert. Im Wesentlichen besteht eine Anzeigetafel aus 5 Leuchtbändern. Vier vertikale Säulen beschreiben das Ausmaß der Schadstoffbelastung durch Schwefeldioxid und Staub, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid und Ozon. Ein waagrechtes Schriftband liefert die verbale Beschreibung der Luftsituation und gegebenenfalls auch Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen an einzelnen Messstellen. Nach dem Wiener Vorbild sind bereits auch in München solche Tafeln aufgestellt worden.

Wien - Kanal

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogrammes der Abteilung konnten auch 1998 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden. Im Einzelnen sind folgende Unterteilungen hervorzuheben:

Die Arbeiten für das Fortsetzungsbaulos des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal, welches mit der Querung des Wienflusses und den äußerst beengten Verhältnissen im Baubereich der Urania eine Herausforderung an die Technik darstellt, wurden fortgesetzt. Ebenso wurde mit den Bauarbeiten zum 1. Bauabschnitt für die Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechten Hauptsammelkanal und Linken Hauptsammelkanal, welche die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren wird, begonnen.

Die Planungsarbeiten für Hauptprojektsbestandteile des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojektes für Wien" wurden weitergeführt. Im Wesentlichen sind das die Planungsleistungen für die Errichtung des Wientalsammelkanalentlastungskanals sowie des Liesingtalsammelkanalentlastungskanals. Beide Bauvorhaben müssen im Bach bzw. Flussbett geführt werden und eröffnen somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaues der Flusslandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten.

An der Unteren Alten Donau wurden die erforderlichen Bauarbeiten des letzten Abschnittes des Ufersammelkanals fertig gestellt.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 28 neue Baulose in Angriff genommen und insgesamt 29 Baulose fertiggestellt werden.

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogrammes wurden erforderliche Kanalbauten durchgeführt.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 1998 neben der Fortsetzung der laufenden Bauten 10 neue Kanalumbauten begonnen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter Minimierung der Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird.

Neben den zuvor angeführten Kanalbauten wurden auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten und zur Freimachung von U-Bahntrassen durchgeführt.

Neben den zuvor angeführten Arbeiten wurden gemeinsam mit der EBS, der MA 45 und externen Experten ein Konzept über die „ökologische und wirtschaftliche Optimierung für die Abwasserentsorgung und Gewässerschutz für Wien" erarbeitet und am 26. Juni 1996 vom Gemeinderat genehmigt. Dieses Konzept wird im Wesentlichen durch den systemischen Ansatz, der Betrachtungsweise aller Elemente der Abwasserent-

sorgung und des Gewässerschutzes als ein ökologisch und wirtschaftlich optimierbares Gesamtprojekt, gekennzeichnet. Hierbei wurden nicht nur technische Maßnahmen wie Entlastungskanäle, Kanalnetzsteuerung, Kläranlagen miteinander in Verbindung gesetzt, sondern auch die Maßnahme „an der Quelle", wie z.B. Entsiegelung, Versickerung, Fremdwasserreduktion usw. als integrierender Projektbestandteil aufgenommen. Dieses Konzept ist im Wesentlichen als Leitlinie für die zukünftigen Aufgaben der Abteilung am Sektor des Kanalneubaus bzw. Gewässerschutzes zu verstehen.

Daneben wurden grundlegende Untersuchungen, die Hinweise und Rückschlüsse hinsichtlich des Auftretens von Geruchsbelastungen aus dem Kanalnetz geben, in Angriff genommen.

Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 2.497 Einsätze geleistet.

Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1998 5.923 t. Im Einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 1.748 t, aus den Hauptsammelkanälen 1.183 t, aus den Straßenkanälen 1.068 t, aus der Kläranlage Blumental 527 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 386 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepresste Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 1.011 t.

Der Senkgrubenbestand hat sich im Jahre 1998 weiter verringert und beträgt 27.673. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die Abteilung betrug 20.763, mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 131.828 m³. 859 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.506 t betrug.

An 1.770 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.149 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 260 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Insgesamt wurden im Jahre 1998 von den Fahrzeugen der Abteilung rund 1,185.000 km zurückgelegt, davon vom Senkgrubenwagen 349.339 km, vom Hochdruckwagen 86.587 km, von den Abscheiderräumfahrzeuge 22.097 km, vom Verstopfungswagen 58.620 km und von diversen anderen Fahrzeugen 668.277 km.

Im Referat behördliche Aufgaben wurden u.a. 267 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 100 Schreiben betreffend Räumzahlfestsetzungen, Selbsträumungsbewilligungen und amtswegige Räumungen verfasst. Bei 108 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidauflagen überprüft.

In der Kläranlage Blumental wurden 20,510.647 m³ Abwasser gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 283 mg/l BSB5, die im geklärten Ablauf 15 mg/l BSB5.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal betrug der Energieverbrauch für die Versorgung der angeschlossenen Hochwasserpumpwerke, sowie bei Revisionen auch für die Hauptkläranlage - Wien rund 2,3 Millionen kWh.

Im Jahre 1998 wurden vom Referat Chemie 3.436 Abwasserproben gezogen, sowie an 42 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmessgeräten durchgeführt. 380 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1998 etwa 1.128, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter rund 3.350. Zurzeit sind rund 4.500 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfasst. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 148 gewerberechtlichen Verhandlungen teil.

Es wurden rund 105 km nicht begehbare Rohrkanäle mit dem TV-Inspektionsfahrzeug überprüft. Für vermehrte Untersuchungen von Rohrkanälen wurde ein drittes TV-Inspektionsfahrzeug angekauft.

In der Friedrichstraße wurden 679 Personen geführt. Weiters besuchten rund 10.500 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der Abteilung.

Für Arbeiten im Kanal wurden zur Sicherheit des Personals 50 Stück Schutzausrüstungen gegen Absturz (Dreibein mit Höhensicherungsgerät und Winde) sowie 15 weitere Sauerstoffselbstretter angekauft.

Wasserwerke

1. Wasserwirtschaft

Im Jahre 1998 wurden insgesamt 148,629.320 m³ (1997: 148,466.148 m³) Wasser aufgebracht und davon 142,112.977 m³ (1997: 142,772.802 m³) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist.

Die Wasseraufbringung setzt sich im Jahre 1998 zusammen aus:
141,287.290 m³ (95,06 %) Wasser der beiden Hochquellenleitungen, 3,443.940 m³ (2,32 %) aus Wiener Grundwasserwerken, 2,965.520 m³ (2,00 %) aus dem Wientalwasserwerk, sowie 178.350 m³ (0,12 %) aus dem Wasserleitungsverband Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von 754.220 m³ (0,51 %) Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 163.172 m³, das sind 0,11 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,339.358 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundge-

meinden abgegeben, 142,112.977 m³ an das Wiener Rohrnetz und 4,176.985 m³ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 388.489 m³. Tagesmaximum wurde am 12. Mai 1998 mit 491.150 m³ erreicht und das Tagesminimum am 12. April 1998 mit 308.060 m³.

Zur Desinfektion der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 32.960 kg Chlorgas und 44.601 kg Natriumchlorit verwendet. Für Rohrstrangdesinfektionen und Behälterreinigungen kamen 1.990 l Hypochlorit und 2.300 kg Wasserstoffsuperoxyd zum Einsatz.

Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 39,670.471 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfielen 4,990.930 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 13,279.611 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 21,399.930 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

2. Neubauten, Bauvorhaben, Untersuchungen

Das Projekt Behälter Bisamberg dient zur Sicherung der Wasserversorgung des 21. und 22. Bezirkes durch die Neuverlegung von Transportleitungen und die Schaffung einer ausreichenden Behälterreserve. Im Berichtsjahr wurde das Projekt fertig gestellt und alle Bauteile, wie Behälter und Rohrleitungen, in Betrieb genommen. Im Berichtsjahr wurden die Umbauarbeiten am Ablaufsystem des Wasserbehälters Lainz zur Mobilisierung von 30.000 m³ zusätzlichen Speicherinhaltes fertig gestellt. Im Ein- und Auslaufbauwerk wurden neue Bedienungsstege, in der Ableitung eine DN 1800 Sperrklappe (damit die größte Sperrarmatur der Wiener Wasserwerke) eingebaut, sowie die Korrosionsschutzarbeiten durchgeführt.

Beim Behälter Rosenhügel verläuft die letzte vor dem Verbrauchsnetz mögliche Ableitung der I. Hochquellenleitung als leistungsfähiger Kanal in die Liesing. Die Situation des über 100 Jahre alten Kanals in der Gartensiedlung Rosenhügel macht eine Tieferlegung erforderlich. Die Vorarbeiten (Projekt, Bodenaufschlüsse) für die als Pressvortrieb geplante Kanalherstellung wurden vorgenommen.

Die Adaptierung des Grundwasserwerkes Nußdorf betreffend die Anlage der Wasserfassungen, Rohrinstallationen und Anpassung des Geländes ist fertig gestellt.

Im Berichtsjahr wurde die Planung der neu zu errichtenden Schaltanlage mit Betriebsräumen abgeschlossen und baubehördlich eingereicht. Die hiezu erforderlichen Arbeiten wurden ausgeschrieben. Sie sollen im Frühjahr 1999 zur Ausführung gelangen.

Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord erfolgte die Fertigstellung des Brunnenbaues, Leitungsbaues, der Kammer- und Auslaufbauwerke, sowie der Stromversorgung, Elektrik und Steuerung. Alle Brunnen sind betriebsbereit und werden für die weiter gehende hydrologische und qualitative Erkundung entsprechend den Auflagen des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides eingesetzt. Die Detailprojektierung der Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde fortgesetzt. Es erfolgten Leistungspumpversuche an allen Brunnen im Einzelbetrieb bei Vollstauverhältnissen. Die hydrologischen Beweissicherungen, Auswertungen und Berichtverfassung entsprechend den Bescheidvorgaben wurden fortgesetzt. Weiters wurden laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen durchgeführt.

Im Grundwasserwerk Lobau erfolgte die Fortsetzung der qualitativen und quantitativen Beweissicherungsarbeiten. Die generelle Planung einer Aufbereitungsanlage ist abgeschlossen, das Projekt wurde bei der Obersten Wasserrechtsbehörde zur Wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht. Für die Schutzmaßnahme Sperrbrunnenreihe wurden flächendeckende hydrologische Beweissicherungen und Qualitätsmessungen im Rahmen der Bescheidauflagen durchgeführt. Es erfolgte die jährliche Berichtslegung an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die wasserrechtlichen Kollaudierungsunterlagen der Sperrbrunnenreihe sind beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Bewilligung eingereicht, ebenso die Verlängerung des befristeten Wasserrechtes für die Sperrbrunnenreihe selbst.

Im Auftrag und auf Basis Planung der MA 43 wurde in Wien 11, Zentralfriedhof der für die Nutzwasserversorgung vorgesehene Behälter im Gelände der Gärtnerei fertig gestellt. Der Behälter wurde mit den Anspeiseleitungen und der Entnahmeleitung verbunden. Weiters wurden die elektrohydraulischen Anlagenteile in Behälter und Behälterschieberkammer installiert.

Beim Projekt „Gelbe Zone" geht es darum, die Versorgungssituation der höher gelegenen Teile Wiens zu verbessern. Das im Ausbaukonzept der Abteilung enthaltene Grobkonzept wurde kritisch durchleuchtet und im Hinblick auf Kosteneinsparungen minimiert. Für die unbedingt notwendigen Erweiterungen der Behälter Michaelerberg, Jubiläumswarte und Steinbruch wurden die Planungen begonnen.

Zur ausreichenden Sicherung der Wiener Trinkwasserversorgung sollen die Grundwasserwerke Lobau und Donauinsel Nord mit jeweils einer Aufbereitungsanlage ausgestattet werden.

Hinsichtlich einer raschen, effizienten und wirtschaftlichen Realisierung der Aufbereitungsanlage wurden Vorarbeiten und Variantenstudien für mögliche Standorte durchgeführt, die als Alternative zu den beiden geplanten Einzelanlagen Lobau und Donauinsel unter Ausnutzung aller Projektsynergien die Realisierung an einem zentralen Standort behandeln.

Als Vorarbeiten für eine Planung eines neuen Standortes der Wasserzählerwerkstatt wurden die Arbeitsabläufe überprüft und optimiert, sowie Standortuntersuchungen im Bereich des Rohrlagers Laxenburg vorgenommen.

Im Laufe des Jahres 1998 wurden gemäß Ausbaukonzept bzw. Frühwarn- und Sicherheitssystem weitere Anlagen

der I. Wiener Hochquellenleitung in das Fernsteuerungs- und Überwachungssystem der Sicherheitszentrale eingebaut (Einbindung der Güteüberwachungsstation Ternitz Teil 3, Mödling Teil 1).

Durch den neuen Stollen werden die im Bereich Scheibbs an der II. Hochquellenleitung durch ungünstige geologische Verhältnisse aufgetretenen Schadensstellen umgangen und somit ein sicherer Betrieb der Hochquellenleitung gewährleistet.

Im Berichtsjahr wurden alle Arbeiten am Stollen selbst, den Anschlüssen, der Kanalbrücke und der Feldwegbrücke abgeschlossen.

Nach der positiv verlaufenen wasserrechtlichen Kollaudierungsverhandlung wurde die neue Leitungsstrecke in die Hochquellenleitung eingebunden und in Betrieb genommen.

Die offizielle Inbetriebnahme erfolgte am 27. November 1998 durch Herrn amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svihalek.

An der Räumung der Baustelleneinrichtung, den Ausbruchdeponien und deren Oberflächengestaltung einschließlich Güterwegebau wird noch gearbeitet. Die Fertigstellung ist bis Sommer 1999 geplant.

Die Betriebsanlagen im Wientalwasserwerk sind für die Verlängerung der 1998 ablaufenden wasserrechtlichen Bewilligung dem Stand der Technik anzupassen. Aufgrund der Ergebnisse der Untersuchungen der Universität Wien für Bodenkultur zur Optimierung des Aufbereitungsverfahrens wurde ein Schnellfilter mit einem Mehrschichtenaufbau ausgestattet. Für die Rückspülung wurden elektrisch betriebene Edelstahlschützen eingebaut. Für eine Feinfilterkammer wurde die Ablaufeinrichtung auf ein niveaugesteuertes Claytonventil zur Verbesserung der Filterleistung umgestellt. Die Wehranlage wurde einer Revision unterzogen. Die drei Grundablassschieber wurden durch Edelstahlschützen ersetzt.

Die Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke erfolgte am 23. März 1998. Die Betriebsaufnahme erfolgte unter Beachtung aller Auflagen zur Erkundung des betrieblichen Verhaltens der Gesamtanlage einschließlich Transportrohrleitung bis Wien, sowie der hydrologischen und ökologischen Auswirkungen. Die hydrologische Beweissicherung laut Bescheid wurde fortgesetzt:

Es wurden Durchflussmessungen in den Messprofilen Haschendorf, Ebreichsdorf, Schranawand, Marienthal, Fischamend, Stangenmühle, HPIII, Neubach I und II, Jesuitenbach und Schlauchgraben, sowie Kontrollen der installierten Geräte dieser Pegelstationen und des Klimagartens Fischamend vorgenommen.

Grundwasserstandsmessungen in den Steuersonden des Grundwasserwerkes und in Sonden für die hydrologische und ökologische Beweissicherung wurden durchgeführt.

Es erfolgte die EDV-mäßige Verarbeitung aller gewonnener Daten und die Weitergabe an das Hydrographische Zentralbüro und Gutachter der verschiedenen Beweissicherungen.

Neue Messstege und –stationen wurden errichtet. Mit der Umrüstung auf Messgeräte mit Fernübertragung wurde begonnen. Die Planung einer Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde aufgenommen und ergänzende Pilotversuche durchgeführt.

Für das Karstforschungsprogramm wurden im Siebenseegebiet und bei der Schreierklammquelle zusätzliche Messstellen installiert, Daten erhoben und ausgewertet. Vom Joanneum Graz wurden wöchentlich Wasserproben zur Untersuchung hinsichtlich Isotopen, Bakteriologie und Chemie entnommen und geprüft.

Im Bereich der Zeller Staritzen, des Einzugsgebietes der Kläffer-, Antenkar-, Siebensee-, Schreierklamm- und Brunnseequelle wurden umfangreiche hydrologische Messungen vom Joanneum Research Graz durchgeführt.

Für ein Fassungsprojekt Kräuterbrunnquellen wurden hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Untersuchung der Universität für Bodenkultur betreffend der Wiederverkeimungsneigung des mit UV-Strahlen behandelten Wiener Trinkwassers im Rohrnetz (bei verschiedenen Rohrmaterialien) wurde weitergeführt. Der Abschluss dieser Untersuchung ist für 1999 vorgesehen.

3. Erhaltung der Anlagen und Betrieb

Was die Anlagen in Wien betrifft, so wurde im Zuge der Sanierung des Behälters Wiental in der Schieberkammer die gesamte Verrohrung erneuert. Die vorgesehene bauliche Sanierung der Schieberkammer und der beiden Behälterkammern musste einstweilen zurückgestellt werden, da noch Fragen des Denkmalschutzes mit dem Bundesdenkmalamt abzuklären sind. Vor dem Behälter wurde eine unterirdische Kammer errichtet und darin ein Druckreduzierventil installiert, das während der Sanierungsarbeiten die Versorgung der Zwischendruckzone Behälter Wiental übernimmt. Im Drucksteigerungswerk Steinhof wurden beide Pumpenaggregate sowie die elektrische Anlage erneuert. Jedes Pumpenaggregat bekam einen Frequenzumrichter, sodass beide Aggregate nun drehzahlgeregelt betrieben werden können. Am Gebäude selbst wurden bauliche Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Da im Drucksteigerungswerk Knödlhüttenstraße die dort vor mehr als 15 Jahren installierte Drehzahlregelung veraltet war und nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprach, wurde sie gegen eine dem letzten Stand der Technik entsprechende Anlage mit Frequenzumrichter ausgewechselt. Bei der Desinfektionsanlage Mauer ersetzte man die aus Stahlrohren bestehenden Anlagenteile durch solche aus Edelstahl. In der Aufbereitungsanlage Markethäufel wurde die Chlorgasanlage verfahrenstechnisch dem letzten Stand der Technik entsprechend umgebaut. In der Lastverteilungszentrale Grabnergasse konnten weitere Außenstationen in die neue Prozessrechneranlage eingebunden werden. Im Amtshaus Grabnergasse wurde im Erdgeschoß des Altgebäudes der Umbau und die Adaptierung von Räumlichkeiten für die neue Bereitschaftsunterkunft in Angriff genommen. Diese Arbeiten konnten bis Jahresende fast zur Gänze fertig gestellt werden,

sodass mit einer Übersiedlung der Bereitschaftsmannschaft in die neue Unterkunft Anfang 1999 gerechnet werden kann. Weiters konnte die Bezirksaußenstelle 23 – Liesing der Betriebsabteilung für Wasserverteilung neu adaptiert werden.

Bei der Subzentrale Neusiedl in der I. Hochquellenleitung erfolgten die Herstellung eines Auslaufbrunnens für die Bevölkerung, die gärtnerische Gestaltung, die Fertigstellung der Werkstätte und Lagerhalle sowie die Herstellung eines Zufahrtstores.

Die Umbauarbeiten bei der Einlaufkammer Neusiedl wurden fortgeführt.

Im Pumpwerk Pottschach wurde mit den Umbauarbeiten der Brunnen E, F, G, und H von Saug- auf Pumpbetrieb sowie mit den Renovierungsarbeiten der Brunnen C und D begonnen.

Weiters wurden im Abschnitt Ternitz Aquäduktabdeckungen in der Länge von 80 lfm hergestellt.

Im Abschnitt Matzendorf erfolgten die Herstellung von Aquäduktabdeckungen in einer Länge von 100 lfm sowie die Sanierung der Brunnengebäude C und D.

Im Abschnitt Baden erfolgte die Herstellung eines Zubaues zum Aufseherhaus Baden. Mit der Sanierung des Aufseherhauses Baden wurde begonnen.

Beim Leitungskanal erfolgten die Herstellung von 52 Schachtabdeckungen mit Betonabdeckplatten, der Austausch von 95 alten Grenzsteinen auf Stahlbetongrenzsteine, sowie Vermessungsarbeiten für den Grenzkataster. Weiters wurden 450 lfm Aquäduktgeländer hergestellt und montiert.

Im Jahre 1998 wurden bei 6 Abkehren folgende Arbeiten durchgeführt: So erfolgte eine Folienauskleidung im Aquädukt Speising auf 260 m²; eine Spritzbetonauskleidung mit 280 m²; Putzschädenausbesserungen im Kanal auf rund 2 km Leitungslänge, Kabelauswechslung im Kanal 16 km sowie eine Waschabkehr zwischen T 31-36.

Im Zuge der Abkehren wurden im Weiterführung des laufenden Programmes Stationierungsmarkierungen im Leitungskanal nachgemessen, gegebenenfalls korrigiert und mit neuen Markierungstafeln versehen. Es erfolgten Kleininjektionsarbeiten bei Abkehren im Bereich Gainfarn.Weiters wurde im Rahmen von Begehungen des Leitungskanals eine Zustandsanalyse als Basis für die Prioritäten der Abkehrprogramme 1999 erstellt.

Beim Wasserleitungsmuseum im Quellgebiet I. Hochquellenleitung in Kaiserbrunn wurde der Museumszubau fertig gestellt. Es wurde eine Fußbodenheizung mit einem Wärmetauscher, der mit Wasser aus der Kaiserbrunnquelle betrieben wird, installiert. Die Räume für Videoprojektion und Forstwirtschaft wurden eingerichtet. Weiters erfolgte der Abbruch des alten Nebengebäudes und die Gestaltung des Museumsvorplatzes samt Freiluftschau. Die feierliche Eröffnung des Museums aus Anlass der 125 Jahre I. Wiener Hochquellenleitung fand am 10.Oktober 1998 statt. Von Kaiserbrunn bis Hirschwang wurde ein rund 3 km langer Wanderweg (1. Wiener Wasserleitungsweg) mit einer Brücke über die Schwarza (Spannweite 35 m) und fünf Stahlstiegen und Treppen hergestellt. In der Subzentrale Hirschwang erfolgte die Fertigstellung der elektrischen und fernmeldetechnischen Ausrüstung sowie der Übertragungssysteme vom Kraftwerk Hinternasswald. Das Kraftwerk Kaiserbrunn wurde technisch adaptiert (Montage eines neuen Asynchron-Generators) und an das Netz der EVN angeschlossen. Für die Ortswasserleitung Hinternasswald wurde die Neuverlegung einer 485 m langen DN 6/4" PE-Leitung durchgeführt. Weiters wurden im Quellgebiet 12 Stück NIRO-Eingangstüren (Sicherheitstüren) und eine neue Zugangstür vom Wasserschloss Kaiserbrunn in die Quellfassung montiert. Beim Schneealpenstollen Süd setzte man die Sohlsanierung und Trockenlegung zwischen Station 1150 und 1580 fort. Außerdem wurden 5 Pumpensümpfe hergestellt und eine 500 m lange Leitung zum Überpumpen des Zusatzwassers verlegt. Im Wetterinstollen erfolgte die Sanierung der Verbrüche bei Station 790 und 2620. Im Zuge der Abkehrarbeiten wurden 4,2 km Leitungskanal mit Piassavabesen gereinigt und 6,0 km alte Fernmeldekabel entfernt. Auf einer Länge von rund 3,9 km wurde der Innenschleifputz nachgebessert. Bei 54 Verhandlungen (12 wasserrechtliche, 5 baubehördliche, 32 sonstige) wurden die Interessen der Stadt Wien gewahrt.

In der II. Wiener Hochquellenleitung wurden Hangentwässerungen und Drainagen durchgeführt: Das mehrjährige Programm der Überprüfung und Aktivierung von Hang- und Sohldrainagen wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden in geologischen Problembereichen rund 800 lfm Rohre verlegt. Zur Beobachtung von Hangbewegungen wurden zwei Inklinometer errichtet.

Bei Einstiegtürmen und Zugängen wurden drei einbruchshemmende Objektschutztüren eingebaut. 20 Stück Schachtabschlüsse wurden unter Niveau versetzt. Weiters wurden Abkehrarbeiten (4 Abkehren) durchgeführt:

In Problembereichen wurden im Kanal zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit der begleitenden Sohldrainage 5 Stück, Putzschächte gebohrt und in weiterer Folge 30 lfm Drainageleitung ausgewechselt. Zur Vermeidung von Wasserein- bzw. –austritten wurden Sohlsanierungen, Verputzarbeiten, Injektionsarbeiten sowie 830 lfm Rissabdichtungen im Leitungskanal durchgeführt. Bei zwei Aquädukten wurde der Schleifputz mit einer innenliegenden Heißsprühfolie 900 m² abgedichtet. In einer Problemzone wurde eine elektronische Bauwerksüberwachung (Lichtwellenleiter) um ein Messsystem erweitert. Zur Abdichtung von Wassereinbrüchen bei Baufugen wurden 20 Druckringe montiert. Zur Ableitung von Fremdwässern aus dem Kanal wurde eine umfangreiche Ausleitung hergestellt. 10 km Leitungskanal wurden maschinell gewaschen. Bei 10 Einstiegschächten wurden die Deckel kanalseits mittels mechanischer Vorrichtung gegen mögliches Öffnen von außen gesichert. Bei mehreren hohen Schächten wurden zur Arbeitssicherheit Leitern und Podeste montiert. Bei Begehungen wurden insgesamt 250 lfm Risse, zahlreiche Abplatzungen sowie mehrere Wasserein- bzw. –austritte festgestellt und 75 Bolzenmessungen durchgeführt. Weiters wurden Bestands- und Zustandsaufnahmen älterer Abdichtungsarbeiten erstellt.

Bei den Aquädukten In der Au wurden 500 m² stirnseitige Ansichtsflächen saniert. Auf den Aquäduktabdeckplatten wurden 750 lfm Sicherheitsgeländer montiert. Im Bereich Mitterau wurde das Drainagensystem instand gesetzt

und das Gerinne Stickeleiten saniert. In Zusammenarbeit mit einem Zivilingenieurbüro wurde eine GIS-Applikation zum Visualisieren der Basisdaten sowie zur Zuordnung von Sachdaten im Testgebiet von km 62,8 bis 73,4 erstellt. Die Aufbereitung der Basisdaten für das GIS wurde fortgesetzt. Die vorhandenen Drainagesysteme der Bereiche Haberödt, Oberndorf und Schonaberg wurden insgesamt um 1.100 lfm erweitert.

Im Wetterinstollen im Quellgebiet der II. Wiener. Hochquellenleitung wurde ein 20-kV-Erdkabel mit einer Sandpackung geschützt. Im Zugang 6 wurde eine Kaverne für Schaltschränke hergestellt. In den Zugängen 8a und 24a wurde hinter dem Ausbau eine Hohlraumverfüllung mit Injektionsharz durchgeführt. In den Zugängen 11a wurde das Stollenprofil vergrößert. Beim Börnbachaquädukt wurde das Mauerwerk neu verfugt. Beim Schreierrohrstrang (DN 500) wurde ein Rohrgebrechen behoben. Bei der Kläffer 20-kV-Schaltstation wurde eine Fernwirkanlage eingebaut. Im Kräuterinstollen wurde von Zugang 16 bis 20 ein Fernmeldekabel verlegt. In Hopfgarten wurde die Ortswasserleitung teilweise erneuert. An diversen Betriebsgebäuden wurden Erhaltungs- und Ausgestaltungsarbeiten durchgeführt (Fassade und Fenster erneuert, Verputzarbeiten, Heizungsanlage erneuert). Beim Kraftwerk Höll wurde eine Automatisierungseinheit sowie ein 200-KW-Generator eingebaut. Bei der G-Kammer wurde die Turbine überholt und ein neuer Turbinenschieber eingebaut. Im Hauptbrunnen Holzäpfeltal wurde eine Pumpenregelung installiert. Nach Wetterschäden wurden mehrere 20-kV-Freileitungsreparaturen durchgeführt. An Quellfassungen und zugehörigen Zäunen wurden Instandhaltungsarbeiten durchgeführt und die planmäßigen Kontrollbegehungen vorgenommen. Die zum Frühwarn- und Sicherheitssystem gehörenden Arbeiten wurden fortgesetzt. Für die Daten-Funkschiene wurden Funkmasten und Schaltkästen sowie Container aufgestellt.

4. Rohrnetz und Anschlussleitungen

Die 3. Hauptleitung zwischen Behälter Lainz und Behälter Breitensee wurde mit Ende 1998 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Die zu diesem Projekt gehörende Verbindungsleitung zwischen 1. und 2. Hauptleitung (Speisinger Straße, Feldkellergasse) wurde ausgeschrieben; die Arbeiten sollen im Frühjahr 1999 in Angriff genommen werden.

Die Verlängerung der 3. Hauptleitung soll vom Behälter Breitensee bis zum Mildeplatz geführt werden und bietet für Notverteilungsfälle wesentliche Möglichkeiten. Sie schafft auch die Voraussetzungen zur Sanierung von Großrohrsträngen. Bei Umsetzung des Projektes wird eine erhöhte Versorgungssicherheit geboten, ebenso sind umfangreiche Kosteneinsparungen durch Sanierungen gegenüber Rohrstrangerneuerungen möglich.

Im Berichtsjahr wurde die grundsätzliche Planung aufgenommen und abgeschlossen.

Im Zuge des Straßenbauprojektes Floridsdorfer Hauptstraße muss der Transportrohrstrang DN 700 Grauguss innensaniert werden.

Nach Reinigung des Bestandes soll ein Rohrstrang PE 630 x 37,4 mm in das Rohr DN 700 eingezogen werden. Im Berichtsjahr wurde mittels Kamerainspektion eine Zustandserhebung des Rohrstranges durchgeführt, die Innensanierung geplant und die Ausschreibung erstellt.

Für die Sicherung bzw. Verbesserung des Rohrnetzes soll der unter der U-Bahnstation Schönbrunn laufende, aus der Gründerzeit der I. Hochquellenleitung stammende, Wienflussdüker gegen eine moderne und gesicherte Konstruktion ausgetauscht werden.

Im Berichtsjahr wurden die Planung und Vorarbeiten wie Probebohrung, Pumpversuche usw. durchgeführt.

Für den Rohrstrang Linzer Straße – Johnstraße soll im Rahmen der Rohrnetzerneuerung ein Rohrstrang DN 1000 von der Linzer Straße – Felberstraße (Pressung) und Eduard Suess-Gasse Anschluss Märzstraße verlegt werden. Die Planung und Ausschreibung für die Rohrlegung im obigen Straßenzug wurden abgeschlossen. Die Planung bzw. Probebohrung und Pumpversuche für die Rohrvorpressung unter dem Westbahnhof wurden begonnen.

Was die Rohrlegungen für die Entwicklungsgesellschaft des Donauraumes betrifft, so wurden lediglich im Kollektor Diagonale Restarbeiten (Herstellung einer Dampfsperre und Einbau von Schutzgitter) durchgeführt.

Für das Projekt Überplattung Marshallhof wurde eine Neurohrlegung DN 200 in einer Länge von 621 m von der Reichsbrücke bis Jungmaisstraße über die Decke der A 22 durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes Stadtentwicklung wurden im 10., 21., 22. und 23. Bezirk Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von 724 m verlegt. Im Jahr 1998 sind als Neubeginn Rohrlegungen in 10, Urselbrunnengasse, und 23, In der Wiesen Nord, zu vermelden. Im Rahmen des Projektes Nordbahnhof wurden in der Harkortstraße und Walcherstraße zur Versorgung der anrainenden Bauplätze 384 m öffentliche Rohrstränge verlegt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes - meist in Koordination mit Bauvorhaben des Straßenbaues, aber auch aus betrieblichen Gründen - wurden 3.294 m öffentliche Rohrstränge verlegt.

Die Erneuerung des alten Rohrnetzes beinhaltet die Auswechslung der Rohre nach dem „Alten Wiener Normale", welche bis etwa 1910 erzeugt und bis 1918 verwendet wurden. Von diesen größtenteils physisch und funktional überalterten Rohrsträngen wurden 10.637 m ausgewechselt.

Im Rahmen des Projektes „Erneuerung und Sanierung von Grauguss- und Stahlleitungen" werden die ab 1910 verlegten Grauguss- und Stahlrohrleitungen mit Stemmmuffendichtungen (ab etwa 1952 mit Schraubmuffenverbindungen) wegen Gebrechenshäufung und Undichtheiten erneuert. Im Jahre 1998 wurden 4.056 m öffentliche Rohrstränge ausgewechselt.

Zur Aufschließung schon bebauter, meist aber von in Verbauung stehender Liegenschaften, überwiegend in privaten Eigentumsverhältnissen, wurden 865 m neue Rohrstränge verlegt.

Im Zuge von Rohrlegungen im Zusammenhang mit dem Wohnbauprogramm wurden für das Bauvorhaben 23, Steinergasse, 391 m Versorgungsleitungen neu verlegt.

In Koordination mit anderen Dienststellen und ausgelöst durch deren Bauvorhaben wurden 4.832 m Rohrstränge verlegt. Bedeutendstes Bauvorhaben waren die Rohrauswechslungen am äußeren Währinger Gürtel zwischen Jörgerstraße und Kreuzgasse, wobei die Anschlussleitungen unter der Gürtelfahrbahn in einem gesteuerten Bohrverfahren zum stadtbahnseitig neu verlegten Versorgungsrohrstrang verlängert wurden. Neben kleineren Bauvorhaben wurden Rohrlegungen in Wien 4, Favoritenstraße und 5, Ziegelofengasse, durchgeführt, deren Kosten aus dem Bezirksbudget refundiert werden. Die Gesamtlänge der umgelegten Leitungen betrug 762 m.

Bei Erhaltungsarbeiten sowie bei der Behebung von Beschädigungen wurden im öffentlichen Rohrnetz 1.365 m Rohrleitungen saniert bzw. ausgetauscht. 1.928 Stück Anschlussleitungen, davon 1.473 Bleileitungen wurden ausgewechselt. Zusätzlich wurden 60 Leitungen verstärkt und 54 Ergänzungen vorgenommen. Die Auswechslungslänge beträgt 22.003 m, der Zuwachs an Anschlussleitungslänge 4.188 m. Insgesamt traten 1.098 Gebrechen am Rohrnetz (273 Rohrgebrechen, 522 Armaturengebrechen und 303 Feuerhydrantengebrechen) auf. Bei Instandhaltungsmaßnahmen an Anschlussleitungen sind einschließlich der vorerwähnten Auswechslung von Leitungen insgesamt 2.922 Maßnahmen zu vermerken. Der Stand an Schieberkammern am 31. Dezember 1998 betrug 801, wovon 503 im Laufe des Jahres kontrolliert, 2 Stück saniert und 5 Stück kassiert wurden. Die Gesamtzahl der Kontrollschächte und Messkammern beträgt 345, von denen 200 Stück kontrolliert, 9 saniert, 1 kassiert und 1 neu errichtet wurde. Es wurden an Großarmaturen (DN 300 – 1200) insgesamt 117 Stück Reparatur- bzw. Wartungsarbeiten, davon 73 an Schiebern und 44 an Dichtklappen, durchgeführt.

Zur Erfassung und Minimierung der Wasserverluste wurden 139 Volumenstrommessungen und 920 Kontrollen von Suchdienstabschnitten mit eventuell anschließender Feinortungen durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden 1.920 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 157 Leckstellen festgestellt. Nach der Behebung dieser Schäden konnte eine Einsparung von 2.136 m^3/Tag registriert werden. Neuhergestellte Installationen oder Abänderungen bestehender Anlagen wurden in 845 Fällen überprüft. 3.048 Stück private Feuerhydranten wurden gleichfalls einer Überprüfung unterzogen.

Mit 3.395 Einzelaufträgen wurde die Wiederinstandsetzung aufgegrabener Flächen veranlasst. Dabei wurden rund 51.940 m^2 Fahrbahn und rund 7.560 m^3 Gehsteigfläche instand gesetzt.

Im Berichtsjahr wurden 3.657 m neuverlegte Rohrleitungen und 29.441 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Abzüglich der dabei ersetzten alten Leitungen ergibt sich ein Zuwachs von 3.136 m, womit die Länge des öffentlichen Rohrnetzes mit Stichtag 31. Dezember 1998 einschließlich der erforderlichen Armaturen 3,237.577 m beträgt. Die Länge der Anschlussleitungen hat um 4.188 m zugenommen.

Ab Stichtag der letztjährigen Erhebung wurden im Rahmen des Netzinformationssystems 33.803 m neu verlegte Leitungen in offener Künette vermessen, sodass sich eine Gesamtlänge der vermessenen Leitungen von 413.803 m ergibt. Für rund 1.100 km gescannter Rohrleitungen wurde die digitale Lagekonstruktion durchgeführt, sowie die im Planwerk fehlenden Hauszuleitungen ergänzt. Somit ist die digitale Lagekonstruktion für das gesamte Rohrnetz abgeschlossen. Weiters wurden die Stammdaten von 33.000 Hauszuleitungen in das Netzinformationssystem übertragen.

Im Rohrnetz wurden insgesamt zusätzlich 23 Stück Feuerhydranten eingebaut, womit die Gesamtzahl der öffentlichen Hydranten im Netz nunmehr 11.446 Stück beträgt.

Im abgelaufenen Jahr wurden vom Wasserbereitschaftsdienst 1.785 Einsatzfahrten bei Schadensereignissen an öffentlichen Verteileinrichtungen und zur Hilfeleistung bei Schäden an Verbrauchsanlagen durchgeführt.

Für Bauvorhaben im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau wurden rund 1.800 m Rohre verlegt. Herausragendes Bauvorhaben war der Ausbau der Simmeringer Hauptstraße zwischen ONr. 51 und 201. Dort wurden neben den Versorgungsleitungen auch 40 Stück Anschlussleitungen in einer Länge von 900 m mittels eines aufgrabungsarmen, gesteuerten Bohrvortriebes verlegt.

Im Bereich der Wientalstraße wurden für eine Betriebsansiedlung 240 m Rohrleitungen DN 150 verlegt; die Rohrlegungsarbeiten in 22, verlängerte Hermann Gebauer-Straße im Rahmen des Betriebsaufschließungsprogrammes wurden begonnen.

5. Wasserzähler

Im Berichtsjahr wurden 27.140 Wasserzähler vorwiegend im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 24.038 Wasserzähler repariert und zur Eichung bzw. Beglaubigung gebracht.

Neben den turnusmäßigen Auswechslungen von Wasserzählern wurden weitere 1.640 Arbeiten im Zuge des Gebrechensdienstes durchgeführt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reparaturen bzw. Auswechslungen des Hauswechsels (Absperrventil vor dem Wasserzähler), sowie Reparaturen im Bereich der Holländerverbindungen beim Wasserzähler. Bei Bedarf wurde auch der Wasserzähler gewechselt.

Aufgrund von Anträgen durch Wasserabnehmer oder der MA 4/Referat 6 wurden 623 Wasserzähler auf ihre ordnungsgemäße Funktionstüchtigkeit bzw. Anzeigegenauigkeit überprüft, die entsprechenden Prüfprotokolle erstellt und ausgewertet.

Im Berichtsjahr wurden 549 Neuherstellungsakte (einschließlich Brunnenbezüge) verarbeitet und der MA 4/Referat 6 als Grundlage für die weitere Gebührenverrechnung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 271

Bezugsendeakte EDV-mäßig bearbeitet.

Aufgrund der Frostperioden mussten 121 Wasserzähler wegen Frostschäden vorgeschrieben werden.

Die aufgrund des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes bei den Brunnenanlagen installierten amtlichen Wasserzähler sind unter Einhaltung der Eichfrist von fünf Jahren regelmäßig auf Kosten des Wasserabnehmers auszutauschen. Im Berichtsjahr wurden 42 derartige Auswechslungen durchgeführt und verrechnet.

Es wurden in der Beglaubigungsstelle insgesamt 24.038 Kaltwasserzähler beglaubigt. Es sind durch die Beglaubigung gegenüber einer Eichung zusätzlich die gesetzlichen Vorgaben des Akkreditierungsgesetzes (BGBl. Nr. 468 vom 4. August 1992) und der Beglaubigungsstellenverordnung (BGBl. Nr. 809 vom 7. Oktober 1994) wahrzunehmen. Die gesetzlichen Vorgaben des Maß- und Eichgesetzes BGBl. Nr. 152/150 in der jeweils gültigen Fassung, der Eichvorschriften für Wasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen vom 7. November 1969) und der Eichanweisung für Kaltwasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen Nr. 4/1995) haben sich im Verwaltungsberichtsjahr nicht verändert.

6. Siedlungswasserwirtschaft (SWW)

Im Jahre 1998 fanden drei Arbeitssitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft statt. Bei diesen drei Arbeitssitzungen wurden insgesamt 6 Großbauvorhaben mit 110 Baustellen in einer Länge 18,56 km sowie Baukosten in der Höhe von S 227,750.000 eingereicht und mittels Förderungsvertrag dem Land Wien zugesichert. Bei den Sammelprojekten schlug das Projekt „Anschlussleitungen 1998/1999" mit Kosten von S 88,000.000 am höchsten zu Buche. Zugezählt wurden Darlehen (einschließlich Bauzinsen) in der Höhe von S 15,700.001,80 („Darlehen aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds"), während nach den neuen Förderungsrichtlinien Zuschüsse in der Höhe von S 213,066.353 gewährt wurden. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „alten" Richtlinien betrug 1998 S 31,544.898,90 an Tilgungen sowie S 16,203.501,40 an Zinsen. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „neuen" Richtlinien betrug 1998 S 15,081.317 an Annuität sowie S 62,997.983 an Zinsen. An Annuitätenzuschüssen des Bundes für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 1998 S 21,253.830, an Investitionskostenzuschüssen des Bundes für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 1998 S 758.492 vereinnahmt.

7. Neue Gesetze und Verordnungen

Im Berichtsjahr kam es zu einer ganzen Reihe von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen, zu denen auch von der Abteilung im Begutachtungsverfahren Stellungnahmen abzugeben waren:

Eichvorschriften für Wasserzähler, Eichgebührenverordnung, Verordnung über die Anerkennung eichtechnischer Prüfungen, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Umweltinformationsgesetz, Wasserrechtsgesetz, Verordnung über die Qualität des Wassers für den menschlichen Gebrauch, Verordnung über Mineral- und Quellwässer, Verordnungen zum Wiener Nationalparkgesetz, Verordnungen zum Wiener Naturschutzgesetz. Von diesen Normen hat vor allem die Verordnung zum Lebensmittelgesetz über die Qualität des Wassers für den menschlichen Gebrauch für den Betrieb der Wasserversorgung Bedeutung. Sie wurde auch im Berichtszeitraum kundgemacht und in Kraft gesetzt (BGBl.II Nr. 235/98). Zu diesem Bereich der Trinkwasserqualität ist darüber hinaus die seit langem vorbereitete neue Richtlinie des Rates der EU über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserrichtlinie) mit 3. November 1998, Nr. 98/83/EG kundgemacht worden. Zu erwähnen ist noch das Inkrafttreten des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998. Ende 1998 wurde auch wieder damit begonnen, die 1997 eingeleiteten Maßnahmen zur Deregulierung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes zu finalisieren.

8. Rechtsgeschäfte

Für Projekte der Abteilung im Rahmen der Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken und die behördenmäßige Betreuung laufender Projekte durchzuführen. Die bedeutendsten Projekte sind nachstehend angeführt:

Nach Vorliegen sämtlicher für die Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke erforderlichen Bewilligungen wurde am 23. März 1998 der Betrieb aufgenommen.

Nachdem im Jahre 1996 die Wiederverleihung des abgelaufenen Wasserrechtes für das Wientalwasserwerk beantragt worden ist, wurden im Berichtsjahr weiterhin Besprechungen mit der Behörde zum Zwecke der Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen geführt. Gleichzeitig wurden die seit Bestehen des Werkes angefallenen behördlichen Entscheidungen gemeinsam mit dem Rechtsvertreter der Abteilung gesichtet und aufgeführt.

Wegen der eingetretenen Neuerungen hinsichtlich des Standortes einer Aufbereitungsanlage im Grundwasserwerk Donauinsel Nord musste abermals um Verlängerung der Einreichfrist zur Vorlage des diesbezüglichen Detailprojektes angesucht werden. Bezüglich der Wasserfassungsanlagen konnte die Fertigstellungsanzeige eingebracht werden.

Es wurde bei der Baubehörde die Bewilligung für den Abbruch des alten Betriebsgebäudes Grundwasserwerk Nußdorf und den Neubau des Betriebsgebäudes beantragt. Aufgrund einer Auflage des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides betreffend die Adaptierungsmaßnahmen im Grundwasserwerk Nußdorf wurden der Wasserrechtsbehörde Unterlagen über die gemäß § 34 WRG vorzunehmenden Schutzmaßnahmen vorgelegt. Weiters wurde infolge des mit dem Neubau des Betriebsgebäudes verbundenen Zeitverlustes um Neufestsetzung der Bauvollendungs-

frist für die Installationsarbeiten und der Frist für die Vorlage der Betriebsvorschrift ersucht.

Für die geplante Errichtung einer Wasseraufbereitungsanlage im Bereich des Grundwasserwerks Untere Lobau wurde die wasserrechtliche Bewilligung beantragt.

Mit Bescheid des Bundesministeriums für Land und Forstwirtschaft vom 8. Oktober 1998 konnte die wasserrechtliche Teilkollaudierung erwirkt werden, sodass noch im Berichtszeitraum die Inbetriebnahme des Umgehungsstollens Scheibbs (II. Wiener Hochquellenleitung) erfolgen konnte.

Im November konnte die wasserrechtliche Kollaudierung der Verbindungsleitung II. Wiener Hochquellleitung - Ableitung Wientalwasserwerk erwirkt werden.

Im Rahmen der 1997 gegründeten Abwassergenossenschaft Fadensattel konnte im Berichtsjahr das Projekt der Herstellung einer Kanalisationsanlage von den Schutzhütten am im Quellenschutzgebiet gelegenen Fadensattel am Schneeberg realisiert werden und die rechtlichen Erfordernisse abgewickelt werden.

Für zahlreiche Standorte waren die behördlichen Verfahren für die Anlagenerrichtung eines Frühwarn - und Sicherheitssystem einzuleiten bzw. konnten diese abgeschlossen werden.

Es waren rund 50 Verträge entweder neu auszustellen oder auf Grund von Anträgen oder Wechsel der Vertragspartner entsprechend zu adaptieren oder zu löschen. Für diverse Mietverträge waren umfangreiche Betriebskostenabrechnungen durchzuführen. Laufend sind Indexwertanpassungen von bestehenden Verträgen zu beachten bzw. durchzuführen. Im Besonderen konnten für das Frühwarn- und Sicherheitssystem mit privaten Grundeigentümern Bestandverträge zur Einrichtung von Sendeanlagen für weitere Standorte abgeschlossen werden. Mit den Österreichischen Bundesforsten konnte die Grundbenützung und Zufahrt für weitere Senderstandorte auf deren Grünflächen geregelt werden.

Neben der laufenden Bearbeitung von anhängigen Transaktionsverfahren durch Stellungnahmen an die MA 69 oder andere von der Transaktion betroffenen Dienststellen sind folgende wesentliche Transaktionen zu erwähnen:

- Für Zwecke der Betriebsleitung Wildalpen wurde der Erwerb der von den Eheleuten Bonta angebotenen Liegenschaften in der KG Wildalpen über die MA 69 abgeschlossen.
- Das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 2.000 m² großen Grundfläche neben dem Leitungskanal der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Rekawinkel von den Österreichischen Bundesforsten als Manipulationsfläche für Bau- und Abkehrarbeiten konnte abgeschlossen werden.
- Das Transaktionsverfahren zum Erwerb von Liegenschaften in der KG Kienberg im Rahmen der Ausscheidung aus dem öffentlichen Wassergut von der Republik Österreich wurde weitergeführt.
- Das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 150.000 m² großen Liegenschaft („Bäckerwiese") in der KG Kreisbach zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich von instabilen Hangverhältnissen wurden ebenfalls weitergeführt da im Rahmen der gerichtlichen Zwangsversteigerung die Liegenschaften nicht erworben werden konnten, wurde der Grundtausch mit dem neuen Eigentümer weiter verfolgt.
- Die noch immer nicht restlos erledigte Grundtransaktion mit Weideberechtigten auf der Rax zum Erwerb der so genannten Gflötzalm konnte nun endgültig durch Zustimmung der steirischen Agrar- und Grundverkehrsbehörden abgeschlossen werden.
- Im Bereich des Quellschutzgebietes der I. Wiener Hochquellenleitung konnten Grundflächen in Sieding, Vöstenhof und in Puchberg am Schneeberg zur Arrondierung und Verbesserung der forstlichen Bewirtschaftung erworben werden.
- In der KG Wolfsgraben wurde ein Transaktionsverfahren mit den Eheleuten Hruby zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung beim Wolfsgrabenbachdüker weiter vorbereitet.

Die Wasserlieferungsverträge waren dahingehend zu betreuen, als Änderungen z.B. in der Person der Abnehmer durchzuführen waren. Von diversen anderen Gemeinden waren Abänderungswünsche betreffend der bestehenden vertraglichen Regelungen wahrzunehmen. Außerdem waren Anträge für die Wasserabgabe aus den Ortswasserleitungen Wildalpen, Hirschwang und Nasswald zu bearbeiten.

Für die im Berichtszeitraum durchgeführten Wasserversorgungsprojekte war es erforderlich, den Bestand der zur Errichtung kommenden Anlagen durch entsprechende Verträge mit den Grundeigentümern zu sichern. Für bestehende Dienstbarkeiten waren vermehrt Ansuchen um deren Löschung z.B. im Zuge von Grundabteilungen zu bearbeiten. Neben der Erwirkung einzelner Leitungsdienstbarkeiten für Rohrlegungen in Wien wären folgende Vertragsabschlüsse im besonderen erwähnenswert:

- Für die Errichtung der Verbindungsleitung von der II. Wiener Hochquellenleitung in Wolfsgraben zum Ableitungsrohrstrang des Wientalwasserwerkes in Tullnerbach wurden zur Sicherung der Leitungsrechte entlang der B 13 mit den betroffenen Grundeigentümern und Gemeinden weitere Verhandlungen durchgeführt.
- Für zahlreiche Kleinbauvorhaben (Hangentwässerungen, Drainageinstandsetzungen, Errichtung von Messsonden usw.) konnten die erforderlichen Verhandlungen für die Grundinanspruchnahme erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde der weitere Bestand dieser Anlagen rechtlich geregelt.
- Die Mitbenützung von bestehenden Straßen als Zufahrt zu bzw. für die Verlegung von Wasserleitungsanlagen konnte mit den betroffenen Grundeigentümern in Form von Übereinkommen geregelt werden.
- Durch Verhandlung mit Güterwegegemeinschaften konnte in mehreren Fällen die Sicherung der Zufahrtsrechte für die Stadt Wien zu den Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung erwirkt werden.
- Es wurde ein Verwaltungsübereinkommen mit der MA 30 für die Verlegung eines Lichtwellenleiterkabels im bestehenden Kanalisationssystem der MA 30 (zwischen dem Wasserturm Wienerberg und der Zentrale der Abteilung in

der Grabnergasse) abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum wurden 123 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen sowie die Überwachung der Leistung der hierfür vorgeschriebenen Lizenzgebühren im Betrage von S 465.680,– durchgeführt.

Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden im Berichtszeitraum bearbeitet, wobei durch Verhandlungsteilnahme und Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. Im Berichtszeitraum war auch die Teilnahme an Flurbereinigungsverfahren erforderlich, wobei vor allem der Schutz der Leitungsanlagen der II. Wiener Hochquellenleitung rechtlich abzusichern war. Besonders sind nachstehende Projekte zu erwähnen:

- Betreffend die Verbauung des ehemaligen EXPO-Geländes im Bereich der „Donau-City" in Form einer Überplattung war gemeinsam mit den übrigen Einbautendienststellen auch die rechtliche Regelung für den Bestand und Betrieb der Wasserversorgungsanlagen mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG (WED) wahrzunehmen.
- Zur Sicherung der Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Kreisbach im Bereich „Bäckerwiese" waren umfangreiche Stellungnahmen in Kulturumwandlungs- , Aufforstungs - und Wasserrechtsverfahren erforderlich.
- Bedingt durch das Vorhaben der MAGNA – Gruppe des Frank Stronach, nahe Ebreichsdorf den „Magna-Globe-Resort Park, World of Wonder" zu errichten, musste die Abteilung wegen des zu befürchtenden negativen Einflusses auf das Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke im Zuge des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens negative Stellungnahmen abgeben. Das Verfahren wurde dadurch zur Abklärung dieser Fragen unterbrochen. Zwischenzeitlich wurde mit der MAGNA Kontakt aufgenommen, um eine zivilrechtliche Absicherung der Ansprüche der Abteilung zu vereinbaren.
- Im Zusammenhang mit dem Projekt der Hochleistungsbahn AG zur Errichtung des Lainzer –Tunnels für eine Hochleistungsbahnstrecke sind umfangreiche Recherchen und Besprechungen zur Wahrung der Rechte der Stadt Wien bezüglich der Wasserleitungsrohrstränge im Projektsbereich angefallen.

Im Berichtszeitraum wurden rund 173 Schadensakte im Zusammenhang mit der Beschädigung von Wasserleitungsanlagen und sonstigem Eigentum der Stadt Wien abgeschlossen. Dabei waren Schadensforderungen in der Höhe von rund S 3,202.595,– einzufordern, wobei in manchen Fällen eine gerichtliche Hereinbringung veranlasst werden musste.

Im Berichtszeitraum waren zahlreiche Wasserrohrgebrechen zu bearbeiten, bei denen von der Stadt Wien Schadenersatz zu leisten war. Die Liquidation der Schadensforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung als Betriebshaftpflichtversicherung der Abteilung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mussten. Außerdem waren Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Wasseraustritten nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln.

Im Rahmen von Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen der Abteilung sind rund 30 Flurschadensverhandlungen angefallen, wobei Entschädigungen unter Heranziehung der Richtlinien der Landwirtschaftskammer mit den betroffenen Grundeigentümern zu vereinbaren waren.

Im Berichtszeitraum wurden 145 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt.

Im Berichtszeitraum waren 12 Versicherungsverträge für diverse Anlagen, Immobilien und die Betriebshaftpflicht der Abteilung zu betreuen, die dabei im Berichtszeitraum angefallenen Prämienzahlungen liegen in der Höhe von rund S 2,650.000.

Im Zusammenhang mit dem Wegfall der Wasserleitung als Schutzerder waren im Berichtszeitraum zahlreiche Verhandlungen mit Magistratsdienststellen und WIENSTROM zu führen. Als Ergebnis konnte eine entsprechende Informationskampagne gestartet werden. Bezüglich der Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds konnte in Kontakt mit der MA 58 eine wesentliche Vereinfachung durch den Wegfall der Notwendigkeit einer Bestätigung der Wasserrechtsbehörde erarbeitet werden.

Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes waren Berufungsakte zu bearbeiten, die größtenteils der Berufungsbehörde vorzulegen waren und nur in geringen Fällen in Form einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurden. Auch waren Verfahren zur Kostenvorschreibung von beschädigten Wasserzählern unter Berücksichtigung der Einwendungen der Wasserabnehmer durchzuführen. Auf Grund der Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane waren auch Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 einzuleiten.

Sämtliche Urkunden und Schriftstücke, die im Laufe des Verwaltungsjahres errichtet wurden und für die Abteilung von weiterer rechtlicher Bedeutung sind, waren in die Verzeichnisse des Lagerbuches der Hochquellenleitung einzutragen und in dieses selbst aufzunehmen.

Sämtliche für den Grundbesitz der Abteilung bestehenden Steuerakte waren zu betreuen, geänderte Grundsteuervorschreibungen zu prüfen sowie Finanzamtsanfragen und Einheitswerterklärungen zu bearbeiten.

9. Internationale Aktivitäten

IWSA - International Water Service Association ist der Weltverband der Wasserversorgungsunternehmen, der dem technischen, wissenschaftlichen und betrieblichen Erfahrungsaustausch dient. Sitz der IWSA ist in London.

Mitarbeiter der Abteilung sind als Delegierte in die technischen Komitees der IWSA entsandt. Im Besonderen war

die Mitarbeit notwendig, um die österreichischen Interessen im Prozess der Zusammenlegung der beiden Weltverbände IWSA und IAWQ zu vertreten. Die Zusammenlegung wird mit 1. August 1999 in Kraft treten. Durch die Präsenz unserer Vertreter ist es 1998 gelungen, den Zuschlag für die Frühjahrstagung der Gremien der IAWS in Wien zu erhalten. Dies scheint besonders wichtig, da wir im Berichtsjahr gemeinsam mit dem IWSA-Nationalkommittee die Bewerbung für den Weltkongress 2003 abgegeben haben.

Die Abteilung ist Sitz der Geschäftsführung der IAWD – Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaueinzugsbereich.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaueinzugsgebiet (IAWD) dient der Verbesserung und Sicherung der Wasserqualität in der Donau und ihrer Nebenflüsse. Sie fördert alle Maßnahmen und Bestrebungen, die Verschmutzungen und Gefährdungen der Rohwasserbeschaffenheit im Interesse der Trinkwasserversorgung abzuwenden und zu beseitigen. Zur Erreichung dieser Ziele werden alle Anstrengungen unternommen, die Wasserwerke aller Staaten im Donaueinzugsgebiet in der IAWD zu vereinen, um folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Wahrnehmung der Interessen aller Trinkwasservorsorgungen im Donaueinzugsgebiet
- Aufbau eines einheitlichen, international abgestimmten Mess- und Untersuchungsprogrammes über die Wasserqualität und die Auswertung sowie die Veröffentlichung der daraus gewonnenen Ergebnisse
- Überlassung der Arbeitsergebnisse an nationale und internationale Institutionen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Pflege eines regelmäßigen und dauernden Erfahrungsaustausches unter den Mitgliedern.
- Enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ähnlicher Zielsetzung

Die Aktivitäten der IAWD, wie Messprogramme und deren Auswertung, Mitarbeit im Donauaktionsplan der EU-Projekte, sind im Jahresbericht der IAWD nachzulesen. Dieser ist im Sekretariat der IAWD (Frau Wagner, Tel.: 59 9 59/94017) erhältlich.

Im Jahre 1997 wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der Stadt Sofia und der Stadt Wien mit dem Ziel abgeschlossen, die technische Infrastruktur, insbesondere die Wasserversorgung in Sofia zu verbessern. Nach Planungen und Vorarbeiten 1997 in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundeskanzleramt wurden in der Hauptbauphase 1998 im Stadtteil Mladost II mit rund 13.000 Einwohnern die wesentlichen Teile der Wasserversorgung erneuert. Die Abteilung besorgte dabei durch Mitarbeiter der Abteilung Wasserverteilung die Bauleitung und Bauaufsicht dieser etwa neun Monate andauernden Arbeiten. Das Ziel, die hohen Wasserverluste von rund 60 Prozent wesentlich zu reduzieren, konnte vor allem durch Erneuerung aller Anschlussleitungen, Neubau von Pumpanlagen, Rohrgebrechenreparaturen, Einbau von Absperrorganen und Druckreduzierung erreicht werden. Weiters wurde eine funktionierende Löschwasserversorgung aufgebaut. Durch Darstellen einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit und durch Hilfestellung an die Stadtverwaltung und die Wasser/Kanalbetriebe Sofia in organisatorischen und technischen Fragestellungen für die gesamte Wasserversorgung soll nachhaltig für die Infrastruktur in Sofia über die Einzelmaßnahmen in Mladost II hinausgehend Erfolg erzielt werden. Als weiterer Effekt des Projektes konnten Aufträge an österreichische Unternehmen unterstützt werden.

Im Rahmen der Europäischen Normung (CEN-Normen) wurde an der Erstellung der für die Planung von Wasserversorgungsanlagen und darauf aufbauende Normen aktiv mitgearbeitet, ebenso an der Umsetzung auf nationaler Ebene.

10. Öffentlichkeitsarbeit

Es ist schon fast Tradition, dass die Abteilung anlässlich des Weltwassertages am 22. März die Schulen aus Wien und Umgebung zu den „Wasserfilmen" ins IMAX-Filmtheater lädt. Die Wiener Schulen hatten eine Woche lang Gelegenheit, zu einem stark reduzierten Tarif IMAX-Filme mit Wasserbezug zu sehen. Die Veranstaltung wurde von 3.686 Schülern besucht. Die von den Wasserwerken zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien zum Thema Trinkwasser wurden mit Interesse von den Schulen angenommen.

Die Wiener Wasserwerke feierten 1998 125 Jahre Wiener Wasserversorgung mit Hochquellenwasser. Aus diesem Grund wurden im Jahr 1998 die Arbeit der Wiener Wasserwerke und die Entwicklung in den letzten 125 Jahren der interessierten Öffentlichkeit im Rahmen mehrerer Veranstaltungen gezeigt und dargestellt.

In Kaiserbrunn fand am 10. Oktober 1998 die Eröffnung des Museumszubaues nahe der Quellkammer des Kaiserbrunnens statt. Dabei wurde auch der 1. Wiener Wasserleitungsweg zwischen Hirschwang und Kaiserbrunn freigegeben. Am 23. Oktober 1998 tagte in der Hofburg das Internationale Expertenforum „Trinkwasser". Bei dieser Fachtagung referierten internationale Wasserexperten zum Thema der globalen Wasserwirtschaft, Wasserpolitik im neuen Europa und die Rolle Wiens im Donauraum.

Beim Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz fand am 24. Oktober ein Jubiläumsfestakt statt. In Anwesenheit des Wiener Bürgermeisters und vieler Ehrengäste wurde mit Platzkonzert und original Wasserreitern das Rad der Zeit zurückgedreht. Eine kleine mobile Ausstellung informierte, dass der Hochstrahlbrunnen ein Symbol des Hochquellwassers ist. In der „Alten Schieberkammer" fanden anlässlich des Jubiläums zwei Veranstaltungsreihen statt. Die erste Ausstellung war vom 1. bis 10. Oktober 1998 und trug den Titel „BODIA-Bilder und Skulpturen". Die zweite Veranstaltung war vom 11. bis 24. Oktober 1998 mit dem Titel „Wasserspuren – Nachhaltige Zukunftspfade" zum Thema nachhaltige Raumnutzung im Zusammenhang mit dem Jubiläum „125 Jahre 1. Wiener Hochquellenleitung". Zu dieser Veranstaltungsreihe liegt eine Publikation „Wasserspuren – Nachhaltige Zukunftspfade" auf. Wei-

ters wurde eine Sondernummer der Zeitschrift „Perspektiven„ herausgegeben, die den Titel „125 Jahre Wiener Hochquellwasser“ trägt. Beide Publikationen liegen bei der Abteilung auf und können beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit unter der Telefonnummer 59959/94399 angefordert werden.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaues von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1998 rund 6.500 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 136.382 Leuchten mit insgesamt 228.371 Lampen installiert. Der Anschlusswert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.166 kW, der Stromverbrauch 49.754.990 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten der öffentlichen Beleuchtung sollen im Folgenden nur einige hervorgehoben werden:

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 11 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung in 2, Karmeliterviertel (Leopoldsgasse und Im Werd), errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 7 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung in 2, Fußweg zwischen Sportklubstraße und Hauptallee, errichtet.

Verursacht durch Arbeiten der MA 28 wurde in 2, Nordbahnhof - Areal Projekta - Stadterweiterungsfläche 02.01.01, eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 8 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt sowie 2 konischen Kandelabern mit Kugelleuchten und Quecksilberdampflampen 80 Watt und 3 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 4. Bezirk wurden zusätzlich zur Mittelbeleuchtung in 4, Favoritenstraße zwischen Südtirolerplatz und Theresianumgasse, in beiden Gehsteigen wechselständig Lichtständer der Type „Lamprecht“ neu aufgestellt. Als Leuchtmittel wurden Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt eingesetzt.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 4. Bezirk wurden auf der bestehenden Verspannung in 4, Wiedner Hauptstraße zwischen Karlsplatz und Paulanerkirche, die 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen durch 4 x 36 Watt Leuchtstofflampen ersetzt.

Nach Sperre der Grohgasse wurde im Platzbereich Margaretenstraße, koordiniert mit der MA 42, eine Lichtständeranlage in Form von konischen Lichtmasten der Type „Donaustadt“ mit Ansatzleuchten der Type „Meteora klein“ und stabförmigen Leuchtstofflampen 18 Watt errichtet.

Im Zuge des Vollausbaues der Ziegelofengasse im 5. Bezirk wurde, koordiniert mit der MA 28, die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert.

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 wurde in 9, Nordbergstraße, eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 5 Lichtmasten Type „Messe“ und Ansatzleuchten mit Leuchtstofflampen 2 x 40 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Verursacht durch den Wohnhausneubau und Straßenbauarbeiten der MA 28 wurde in der Grundäckergasse, der Hämmerlegasse, der Bahnlände, auf Teilen der Oberlaaer Straße und der Laaerbergstraße eine neue öffentliche Beleuchtung errichtet. Insgesamt wurden 27 konische Kandelaber mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt, 25 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt 34 Lichtmaste Type „Messe“ mit Ansatzleuchten mit Leuchtstofflampen 2 x 40 Watt sowie ein Hochmast mit 16 Meter Lichtpunkthöhe und einer Großflächen-Aufsatzleuchte mit 6 Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt, alle mit Erdkabel-Stromversorgung, errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Scheunenstraße, eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 9 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch Straßenbauarbeiten der MA 28 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 44 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt mit Erdkabel-Stromversorgung für die Gehsteigbereiche in 10, Troststraße und eine Mittelbeleuchtung mit Hängeleuchten mit Leuchtstofflampen 2 x 40 Watt für die Ausleuchtung der Fahrbahn errichtet.

Verursacht durch Straßenbauarbeiten der MA 28 bei der neuen Wohnhausanlage in 11, Herbortgasse - Am Kanal wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 9 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt und 10 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Csokorgasse wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 16 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und 15 Lichtmaste Type „Messe“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten der MA 28 war in der Eibesbrunnergasse auf Seite der ungeraden ONr. die Errichtung einer Lichtmastbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Eibesbrunnergasse erfolgt durch Vierkantlichtmaste mit Vierkantausleger und Ansatzleuchten. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt eingesetzt.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten der MA 28 war in der Kerschensteinergasse auf der Seite des Friedhofes, in der Längenfeldgasse stadtauswärts auf der linken Seite, die Errichtung einer Lichtmastbeleuchtung und in der Kundratstraße die Erneuerung der Strahldrahtverspannung und der Beleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Kerschensteinergasse und der Längenfeldgasse erfolgt durch Vierkantlichtmaste mit Vierkantausleger und Ansatzleuchten. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt eingestzt.

Auf dem Fußweg zwischen der Erzbischofgasse und der Einmündung der Seuttergasse in 13, Himmelhofgasse, wurde auf Wunsch des Bezirkes eine Holzmastbeleuchtungsanlage mit Leuchtstoffleuchten 2 x 40 Watt errichtet.

Im Durchgang Faistauergasse - Seelosgasse wurden zur besseren Ausleuchtung zusätzliche Leuchtmittel installiert.

Verstärkt wurde die Beleuchtung im Zuge von Instandhaltungsarbeiten besonders im Bereich der Kreuzungen in 14, Hauptstraße von Mauerbachstraße bis Herzmanskystraße. Es wurden Leuchtstoffleuchten mit 2 x 40 Watt und in den Kreuzungsbereichen Leuchten mit Natrium-Hochdrucklampen 2 x 70 Watt eingesetzt.

Ausgelöst durch Umbauarbeiten am Freileitungsnetz von Wienstrom, wurden die veralteten Leuchtstoffleuchten in 14, Zyklamenweg, Nachtigallenweg, mit 2 x 20 Watt auf WA 99-Auslegern durch wirtschaftlichere Leuchten mit 1 x 40 Watt auf neuen Auslegern ersetzt. Durch diese Maßnahme wurde die Beleuchtung auch verbessert.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten der MA 28 war in der Meiselstraße im Bereich des Meiselmarktes im 15. Bezirk die Errichtung einer Lichtständerbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung im Bereich des Meiselmarktes erfolgt durch konische Lichtständer mit Leuchten der Type „Meidlinger Hauptstraße". Als Leuchtmittel ist je einen HQJ-T 150 Watt eingesetzt.

Nach Errichtung einer privaten Wohnhausanlage in der Gernotgasse und Giselhergasse, im 15. Bezirk, wurde im Zuge der Arbeiten der MA 28 die Verspannungsanlage erneuert und zusätzliche Leuchtmittel installiert.

Im Zuge der Fertigstellung der U-Bahnlinie U3-West, wurden in den Bereichen Kendlerstraße, Paltaufgasse und Ottakringer Straße konische Lichtmaste mit Leuchten der Type „Meteora" und Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt aufgestellt. Die unter dem Gleiskörper entstandenen öffentlichen Verkehrsflächen wurden ebenfalls mit am Tragwerk befestigten Leuchten der Type „Meteora" versehen.

Auf Wunsch von Anrainern wurde nach der Bereitstellung von Bezirksmitteln auf den vorhandenen Holzmasten in 17, Stockwiesenweg, von Wienstrom eine öffentliche Beleuchtung installiert.

Im Bereich des Umkehrplatzes in 17, Braumüllergasse, wurde die öffentliche Beleuchtung durch den Austausch von Leuchten mit 1 x 40 Watt auf solche mit 2 x 40 Watt verstärkt.

Nach mehreren Anträgen aus dem Bezirk wurde die öffentliche Beleuchtung vom Brunnenstubenweg über den Gersthofer Anger bis zur Naafgasse (18. Bezirk) erweitert.

Die öffentliche Beleuchtung in 19, Eichelhofstraße - Jungherrnsteig - Hammerschmiedgraben, wurde mit rund 15 Lichtstellen nach mehreren Anträgen von Anrainern und der Bereitstellung der notwendigen Geldmittel durch den Bezirk erweitert.

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 beim Neubau der Wohnhausanlage in 20, Wehlistraße, wurde von Donaueschingenstraße bis Traisengasse eine neue Beleuchtungsanlage in Form einer Mittelbeleuchtung mit 10 Hängeleuchten mit Leuchtstofflampen 2 x 40 Watt errichtet.

Am neuen Steg, den Arwag-Steg im 20. Bezirk, über den Handelskai wurde eine öffentliche Beleuchtung in Form von 7 Kugelleuchten mit Quecksilberdampf-Hochdrucklampen 50 Watt errichtet.

Verursacht durch Straßenbauarbeiten der MA 28 beim Neubau der Wohnhausanlage wurde auf dem Fußweg von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zur Forsthausgasse eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 3 Lichtständern Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und 7 Lichtständern Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde die Jedlersdorfer Straße im 21. Bezirk zwischen Haspingerplatz und Bernreiterplatz, verlegt und neu hergestellt. Dabei wurde auch die öffentliche Beleuchtung mittels Lichtständer Type „Messe" neu gebaut. Als Leuchtmittel wurden je 2 Stück Natrium-Hochdrucklampen 70 Watt in Kofferleuchten eingesetzt.

Der Telefonweg von Röbbelinggasse bis Asparagusweg im 22. Bezirk wurde auf eine Länge von rund 800 Meter auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk nunmehr durchgehend mit einer öffentlichen Beleuchtung ausgestattet. Die Ausleuchtung erfolgt mittels Leuchtstofflampen 1 x 40 Watt in Auslegerleuchten auf Holzmasten.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk wurde im Zuge einer Neuherstellung der Kaisermühlenstraße zwischen Industriestraße und Mühlwasserstraße, durch die MA 28 auch die öffentliche Beleuchtung neu errichtet. Dabei wurden Lichtständer der Type „Stadthalle groß", verkabelt, verwendet. Als Leuchtmittel wurden je 2 Leuchtstofflampen 40 Watt in Ansatzleuchten eingesetzt.

Im Zuge des Ausbaues der Vösendorfer Straße im 23. Bezirk durch die MA 28 wurde eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 Watt.

Im Zugangsbereich zu dem neu errichteten Fachmarktzentrum in der Wohnparkstraße im 23. Bezirk wurde, koordiniert mit der MA 28, eine Lichtständeranlage in Form von konischen Lichtmasten der Type „Donaustadt" mit Ansatzleuchten der Type „Meteora klein" und stabförmigen Leuchtstofflampen 18 Watt errichtet.

Die Abteilung betreut 194 öffentliche Uhren, und zwar: 79 Würfeluhren, 81 Kirchenuhren, 11 Uhren auf Amtshäusern, 11 Uhren auf sonstigen Gebäuden, 5 Uhren auf Schulen, 4 Springzifferuhren, 2 Kunst-Uhren sowie 1 Uhr bei der Wetterstation in der WIG 74.

Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Einer Generalüberholung wurden die Würfeluhren unterzogen: in 1, Neuer Markt, Opernring/Kärntner Straße, in 2, Am Tabor, Praterstern, in 6, Mariahilfer Straße/Amerlingstraße, in 7, Messeplatz, in 9, Bauernfeldplatz, in 20, Hochstädtplatz und Wallensteinplatz.

Gebäude- oder Kirchenuhren wurden neu errichtet oder es waren zum Teil aufwändige Instandhaltungsarbeiten durchzuführen, und zwar in 1, Freyung (Kirche), in 3, Kolonitzplatz (St. Othmar Kirche), in 8., Militär-Geografisches Institut, in 10, Antonsplatz (Kirche), in 10, Oberlaaer Straße (Kirche), in 10, Salvatorianerplatz (Kirche), in 11, Rzehakgasse, in 12, Klehslplatz (Kirche), in 15, Rudolfsheim (Kirche), in 18, Grinzing (Kirche), in 19, Kahlenbergerdorf und in 21, Kagran (Kirche).

Im Jahr 1998 konnten 166 neu gebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen und weitere 50 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrolliert werden. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 30 Kabelfehlermessungen durchgeführt.

Weiters wurden 33 Lichtmessungen auf Ersuchen anderer Dienststellen (Anrainerbeschwerden, im Zuge von Gewerbeverfahren usw.) und zahlreiche Lichtmessungen für den Eigenbedarf (Planung, Überprüfung bestehender Anlagen) durchgeführt.

Entsprechend den Sicherheitsbestimmungen wurden im Versuchsraum 35 neue bzw. umgebaute Leuchtentypen und zahlreiche Leuchten und Lampen aus der „Serienfertigung" stichprobenweise auf ihre Qualität hin kontrolliert.

Weiters wurden die Baurichtlinien der Abteilung komplett überarbeitet und angepasst.

Schulungen und Vorträge in den Dienstprüfungskursen für Mitarbeiter des Magistrats sowie Prüfungen zum Nachweis der Befähigung für das Elektrotechniker-Gewerbe waren abzuhalten.

Von besonderer Bedeutung erscheint hier die Errichtung der Anstrahlungsanlage für die Pfarre Alt Ottakring, die Kirche am Uhlplatz, das Elisabethdenkmal, das Regierungsgebäude (Stubenring 1), das ehemalige Militär-Geografische Institut, die Markthalle in der Alserbachstraße und der Schutzengelbrunnen beim Rilkeplatz. In Zusammenarbeit mit der MA 29 wurden Brückenanstrahlungen wie zum Beispiel die Stadionbrücke oder die Untersicht- und Pfeilerbeleuchtung der Reichsbrücke neu gebaut.

Bei allen Anstrahlungsanlagen wurden die Lampen gewechselt und bei zahlreichen Anlagen zusätzlich auf energiesparende Leuchten umgestellt.

Weiters wurden sämtliche Schifffahrtssignale in Wien neu errichtet.

Mit Eigenpersonal wird die Behebung der laufenden Störungen und Lampenausfälle der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung aktueller Störungen im Starkstromteil der Lichtsignalanlagen sowie die Störungsbehebung an Verkehrslichtsäulen und beleuchteten Verkehrszeichen durchgeführt. Dazu ist ein Schichtdienst mit 35 Bediensteten eingerichtet, sodass das erforderliche Personal für die Störungsbehebung rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei

Hinsichtlich der Hauptaufgaben und Strukturierung der Abteilung brachte das Jahr 1998 keine wesentlichen Änderungen. Die Gliederung in drei Dezernate besteht weiterhin. Insgesamt wurden 37.626 Dienststücke erledigt.

Dezernat A:

Das Dezernat A verzeichnete 24.052 Aktenerledigungen, wobei der Schwerpunkt sowohl qualitativ als auch quantitativ weiterhin auf der gewerbetechnischen Sachverständigentätigkeit lag. Diese war vor allem durch die Gewerberechtsnovelle 1997 geprägt, in der für das Betriebsanlagenrechte Maßnahmen zur Verfahrenskonzentration und -beschleunigung gesetzt wurden. Vor allem durch die Anhebung des Schwellenwertes von 300 m² auf 1.000 m² erfolgte eine Ausweitung der durch ein vereinfachtes Verfahren zu genehmigenden Betriebe, die aus der Sicht der Abteilung nunmehr bereits den überwiegenden Teil der Genehmigungsverfahren ausmachen.

Mit der mit 1. September 1998 in Kraft getretenen Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der jene Arten von Betriebsanlagen bezeichnet werden, die keinesfalls dem vereinfachten Genehmigungsverfahren zu unterziehen sind, BGBl. II Nr. 265/1998, erfolgte mit dem gleichzeitigen Inkrafttreten des § 359b Abs. 4 GewO 1994 eine weitere Ausweitung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens für gewerbliche Betriebsanlagen, die ihren Standort in einem Industrie- oder einem Betriebsbaugebiet haben.

Weitere für Betriebsanlagen zu beachtende neue Rechtsvorschriften waren insbesondere:

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Begrenzung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen aus Anlagen zur Erzeugung von Nichteisenmetallen, BGBl. II, Nr. 1/1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Schutzmaßnahmen betreffend die Aufbereitung von bituminösem Mischgut in mobilen Einrichtungen, BGBl. II, Nr. 170/1998
Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft betreffend Abwassereinleitungen in wasserrechtlich bewilligte Kanalisationen (Indirekteinleiterverordnung-IEV), BGBl. II, Nr. 222/1998
Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Schutz der ArbeitnehmerInnen gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe (Verordnung biologische Arbeitsstoffe-VbA), BGBl. II, Nr. 237/1998
Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Gelegenheitsverkehrsgesetz 1996 geändert werden, BGBl. I, Nr. 116/1998
Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz geändert werden (Abfallwirtschaftsgesetz-Novelle 1998), BGBl. I, Nr. 151/1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Aufstellung von Druckbehältern (Druckbehälter-Aufstellungs-Verordnung, DBA-VO), BGBl. II, Nr. 361/1998
Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten und an Gebäuden auf Baustellen festgelegt und die Bauarbeiterschutzverordnung geändert wird (Arbeitsstättenverordnung - AStV), BGBl. II, Nr. 368/1998
Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über Hygiene in Bädern, Sauna-Anlagen, Warmluft- und Dampfbädern sowie Kleinbadeteichen und die an Badestellen zu stellenden Anforderungen (Bäderhygieneverordnung - BHygV), BGBl. II, Nr. 420/1998
Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die Sperrstunde und die Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden (Sperrzeitenverordnung 1998), LGBl. für Wien Nr. 47/1998

Hinsichtlich der gewerbetechnischen Angelegenheiten waren u. a. 2.011 von den Magistratischen Bezirksämtern angesetzte Ortsaugenscheinsverhandlungen sowie 10 Kommissionen in Berufungsverfahren zu beschicken. Es wurden 54 Berufungsgutachten für die MA 63 erstellt und 9.993 Anfragen der Gewerbebehörden betreffend die Genehmigungspflicht von Betriebsanlagen bzw. deren Änderungen, Einhaltung der Auflagen, Behebung festgestellter Mängel und dgl. behandelt. Zu letzteren Aktenerledigungen zählten auch die schwerpunktmäßigen Überprüfungen von Perchloräthylen als Reinigungsmittel verwendenden Chemisch-Putzereien, die unmittelbar an lebensmittelverarbeitende bzw. -handelnde Betriebe angrenzen. Im Zuge dieser im ersten Quartal 1998 durchgeführten Überprüfungen wurden in der Regel auch Konzentrationsmessungen an Perchloräthylen in der Abluft der jeweiligen Reinigungsmaschine, in der Raumluft der betreffenden Putzerei und in der Raumluft des benachbarten Lebensmittelbetriebes durchgeführt. Dabei wurden in den Nachbarräumen zum überwiegenden Teil nur sehr geringe Perchloräthylenimmissionen gemessen; lediglich in zwei Fällen konnten relevante Konzentrationen festgestellt werden.

Weiters wurden 1.536 Beschwerden erledigt, bei denen Klagen über Lärmbelästigungen bei weitem überwogen. Nachdem durch eine Änderung der Geschäftseinteilung nunmehr die Abteilung auch zur Durchführung von Schallpegelmessungen berechtigt ist und bereits über Messgeräte verfügt, wurden bei der Erledigung von Beschwerden über Lärm als auch vereinzelt im Zuge von Genehmigungsverfahren bereits 104 Messungen durchgeführt bzw. organisiert. Somit konnte zusätzlich zu den legistischen Vorgaben ein weiterer Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung gesetzt werden.

Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer rascheren Verfahrensabwicklung konnten die Projektsprechtage eingeordnet werden, die von der Abteilung in 131 Fällen beschickt wurden. Diese finden nach einem Probebetrieb in einigen Bezirken ab Mai 1998 vormittags an einem Donnerstag pro Monat in jedem Magistratischen Bezirksamt statt und bieten UnternehmerInnen die für Betriebsgründungen oder für geplante Änderungen notwendigen Informationen zu gewerberechtlichen und -technischen, baubehördlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Fragestellungen an.

Zusätzlich wurden über gewerbliche Betriebsanlagen bzw. über Lüftungsanlagen (vor allem von Garagen) 904 Projekte vorbesprochen oder die Einreichunterlagen vorbegutachtet. Dies zeigt, dass die angebotene Beratungstätigkeit von den Projektwerbern durchaus mit steigender Tendenz angenommen wird.

Bei den Betriebsanlagen, die auf Grund ihrer Betriebsart und -einrichtung, insbesondere auch wegen der Verarbeitung und Lagerung gefährlicher Stoffe zu einer Gefährdung der Kunden, der Nachbarn sowie der Umwelt führen können und zu denen u.a. Chemie-, Lack- und Druckfarbenfabriken, galvanische Betriebe, größere Kfz-Werkstätten, Tischlereien und Druckereien, Hotels, Einkaufszentren und Kaufhäuser zählen, fanden 321 kommissionelle Revisionen statt. Zusätzlich wurden 544 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, der Fluchtmöglichkeiten (vor allem über Notausgänge), der Sicherheitsbeleuchtung und der Handfeuerlöscher unangesagt kontrolliert.

Für gefahrengeneigte Betriebsanlagen gemäß Störfall-Verordnung, BGBl. Nr. 593/1991 wurden 8 Sicherheitsanalysen begutachtet.

Bezüglich der Sachverständigentätigkeit in landesgesetzlichen Bauverfahren wurden 409 Verhandlungen beschickt und 392 Stellungnahmen zu Anfragen der Baubehörde abgegeben. In sanitätsrechtlichen Verfahren wurde an 419 Verhandlungen teilgenommen, wobei die Änderungen von Errichtungsbewilligungen sowie die Betriebsbewilligungen nach dem Wiener KAG im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses im Vordergrund standen.

Hinsichtlich der technischen Bäderangelegenheiten wurden 200 Kommissionen beschickt und 146 Badeanlagen, meist Saunaanlagen in Wohnhäusern, in Form von Einzelerhebungen überprüft.

In Vollziehung des Chemikaliengesetzes wurden 60 Kontrollen im Sinne des § 58 Chemikaliengesetz 1996 durchgeführt. Diese wurden vor allem bei jenen Betrieben vorgenommen, die als Verantwortliche im Sinne des § 27 für die Inverkehrsetzung von Stoffen und Zubereitungen anzusehen sind; es handelte sich hiebei größtenteils um Großhändler und Erzeuger, zum kleinen Teil um Detailhändler von Chemikalien. Schwerpunkt dieser routinemäßigen Überprüfungen war die richtige Einstufung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen. Ferner wurde auch die korrekte Erstellung und Führung von Sicherheitsdatenblättern kontrolliert. Es zeigte sich, dass die überwiegende Zahl der in Verkehr gebrachten gefährlichen Chemikalien im wesentlichen korrekt gekennzeichnet war. Probleme waren allenfalls in der Anpassung der Kennzeichnung sowie der Sicherheitsdatenblätter an die Österreichischen Rechtsvorschriften zu verzeichnen. Überdies wurde am EU-weiten Altstoffprogramm „EUREX" mitgearbeitet sowie 121 Anfragen betreffend Giftbezug - verbunden mit einer Kontrolle der Giftgebarung - behandelt.

Bezüglich der abfallrechtlichen Bestimmungen wurden im Zuge von Überprüfungen der Betriebsanlagen 301 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitscheinen vorgenommen.

Dezernat B

Das Dezernat B, zuständig für behördliche und sicherheitstechnische Belange von Elektro- und Gasanlagen, hatte 1998 8.544 Geschäftsfälle zu erledigen. Wie bisher machten dabei die Ersuchen von Behörden um Teilnahme an deren Verfahren als Amtssachverständige mit 4.280 Fällen den quantitativen Schwerpunkt aus, gefolgt von 1.247 Abgaben schriftlicher Stellungnahmen und Gutachten.

Wie erwartet hat sich durch die Umsetzung von EU-Richtlinien zum Elektrotechnikgesetz und dem damit einhergehenden notwendigen Umdenken in der Handhabung von Normen und Richtlinien die Zahl der Fälle erhöht, in denen Planungs- und Errichterfirmen die Unterstützung der Behörde benötigen, um folgenschwere Fehlplanungen zu vermeiden.

Dazu zählen auch jene 198 Fälle, für die Projektbesprechungen durchgeführt wurden, insbesondere bezüglich der derzeit in Wien laufenden Großprojekte wie jene im Bereich der beiden Donauufer, wo auf Grund der vorgesehenen multifunktionalen Nutzung zum Teil sehr komplexe Aufgabenstellungen zu bewältigen sind. Exemplarisch für ein derzeit auf mehreren rechtlichen und fachlichen Ebenen abzuhandelndes Großprojekt kann auch auf den Umbau und die Generalsanierung des Wiener Konzerthauses hingewiesen werden, wo u. a. auch eine komplette Überarbeitung der elektrischen Einrichtungen sowie der elektrotechnischen Sicherheitsanlagen, wie beispielsweise der Sicherheitsbeleuchtung vorgesehen ist.

Beträchtlichen Zeitaufwand und hohe Fachkompetenz erforderte weiters hinsichtlich der energierechtlichen und elektrotechnischen Belange die sorgfältige Vorbereitung für die Abgabe von Gutachten im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren für den Block 3 des Kraftwerkes Donaustadt. Relativ hoch ist nunmehr auch die Anzahl der Aufforderungen zu Stellungnahmen in den Notifikationsverfahren zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der EU-Länder, die auf Grund der EU-Richtlinie betreffend die Verfahrensabläufe nur äußerst kurze Antwortfristen zulassen. Im Vorjahr war dabei insbesondere eine starke Aktivität am Gassektor zu beobachten.

Auf der Basis der behördlichen Befugnis des Elektrotechnikgesetzes und des Landesgasgesetzes wurden 257 Anzeigen und Beschwerden sowie 54 Anträge auf Bewilligungen behandelt. Hinsichtlich der Anzeigen und Beschwerden wurde dabei wieder besonders auf die notwendige Versorgung der betroffenen Bürger, insbesondere mit Gas für Heizzwecke sowie der Versorgung mit elektrischer Energie für die Beleuchtung Bedacht genommen, wobei gegen jene Verfügungsberechtigten über diese Anlagen, die keinen Willen zeigten, ihren Verpflichtungen gegenüber den betroffenen Bürgern in angemessener Art und Zeit nachzukommen, mit Strafanträgen und Ersatzmaßnahmen vorgegangen werden musste. In einigen Fällen schlossen sich daran Verfahren vor Gerichten an, für die die angeforderten Unterlagen bereitgestellt und die sachbezogenen Zeugenaussagen nach Ladung abgegeben wurden. Wo aus sicherheitstechnischen Gründen unumgänglich notwendig, musste zur Abwendung unmittelbar drohender Gefahr als Sofortmaßnahme zunächst jedoch auch mit Sperren - zumindest von Teilanlagen - vorgegangen werden.

Weiters wurden in 388 Fällen facheinschlägige bescheidmäßige Aufträge auf Einhaltung bzw. Befunde auf Schlüssigkeit kontrolliert sowie 80 Flüssiggasanlagen einer Überprüfung auf Einhaltung der sicherheitstechnischen Bedingungen und Vorschreibungen unterzogen.

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung fällt eine am 17. September 1998 in Kraft getretene neue Verordnung zum Elektrotechnikgesetz in die Agenden des Dezernats, die zweifellos eine weit reichende Bedeutung noch weit in die Zukunft hinein haben wird. Es handelt sich dabei um die Verordnung über die Anforderungen an öffentliche Verteilungsnetze mit der Nennspannung 400/230 V und an diese angeschlossenen Verbraucheranlagen zur grundsätzlichen Anwendung der Schutzmaßnahme Nullung BGBl. II Nr. 322/1998 - kurz auch „Nullungsverordnung" genannt. Diese Verordnung setzt auf rechtlicher Ebene einen radikalen Schlussstrich unter die in Fachkreisen immer wieder aufgeflammte Debatte, ob es sicherheitstechnisch noch zu rechtfertigen ist, dass die im Zuge des technischen Fortschritts im Laufe von Jahrzehnten weiterentwickelten Schutzmaßnahmen prinzipiell als gleichrangig anzusehen sind. Nunmehr wird der Schutzmaßnahme Nullung die grundsätzliche Anwendungspflicht zugeordnet, was

jedoch sowohl Maßnahmen auf Seite der Elektrizitätsversorger wie auch auf der Verbraucherseite erfordert. Gemäß Verordnung müssen Neuerrichtungen von Verbraucheranlagen ab sofort diesen Maßnahmen entsprechen, Altanlagen jedoch erst bei Eintreten gewisser Bedingungen umgestellt werden. Angesichts des hohen Anteils an Altanlagen und der Tatsache, dass die Wiener Elektrizitätsversorgung bisher kaum genullte Anlagen zuließ, sind für einen längeren Zeitraum alle Beteiligten - Elektrizitätsversorgungsunternehmen, das einschlägige Gewerbe und die Behörden gefordert, um die Verordnung in einem absehbaren Zeitraum in möglichst hohem Maß in der Praxis umzusetzen.

Dezernat C

Im Dezernat C wurde im Jahr 1998 die Behörden- und Sachverständigentätigkeit auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Wiener Baulärmgesetzes sowie des Wiener Prostitutionsgesetzes und der zu diesen Gesetzen erlassenen Verordnungen in vollem Umfang weitergeführt.

Im Rahmen der feuerpolizeilichen Agenden wurden Feuerbeschauten in bestimmten Baulichkeiten, die wegen ihrer Lage, ihrer Beschaffenheit oder ihrer Verwendung im Brandfall besonders gefährdet sind, kommissionell überprüft, um einerseits die Gefährdung zu minimieren und andererseits die Sicherheit der in diesen Gebäuden Anwesenden zu erhalten bzw. zu erhöhen. Bei Erstbegehungen wurden Vorschreibungen bezüglich der Brandschutzeinrichtungen beauftragt und bei den wiederkehrenden Überprüfungen diese kontrolliert bzw. ergänzt. Um die Sicherheit der im Gebäude anwesenden schutzbedürftigen Personen, wie z.B. Kinder, Behinderte, Kranke, zu gewährleisten und zu erhöhen, wurden zusätzliche Maßnahmen, die gesetzlich nicht gedeckt sind, empfohlen.

Insgesamt wurden 831 Objekte überprüft:

36 Amtshäuser, 1 Bücherei, 54 Heime für Schüler, Studenten, Pensionisten und Behinderte, 122 Hochhausstiegen, 70 Krankenanstalten (Ambulatorien und Spitäler), 231 städtische, kirchliche und private Kindertagesheime, 123 Kultstätten verschiedener Glaubensrichtungen, 9 Museen, 170 Schulen (Volks- und Hauptschulen, allgemein bildende höhere Schulen, Berufsbildende und Sonderschulen) sowie 15 Sondergebäude. Bei 65 Standorten war eine Überprüfung nicht möglich (Schließung bzw. Terminverschiebung bei Zu- und Umbauten). Bei 155 Objekten wurden die aufgetragenen Auflagen überwacht. Für 56 neue Standorte wurden Projektbegutachtungen vorgenommen. 315 Meldungen zu feuerpolizeilichen und luftverunreinigenden Übelständen wurden behandelt und 73 Aufträge zur Beseitigung von brandgefährlichen Gegenständen und Stoffen aus Wohnungen, Dachböden, Gängen und Stiegenhäusern sowie aus dem Freien erteilt.

25 Bestellungen zum Überprüfungsorgan wurden vorgenommen und 375 Befunde der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurden vorgelegt.

Zu 155 Kommissionen im Zuge der Amtssachverständigentätigkeit in sanitätsrechtlichen Angelegenheiten, in Pensionisten- und Behindertenheimen sowie zu Bauverhandlungen wurden Vertreter entsandt. In 75 Fällen wurden nach Ergänzung der fehlenden Unterlagen abschließende Stellungnahmen abgegeben und 340 Bescheide aus diesen Verfahren langten ein.

203 Baulärmbeschwerden wurden behandelt und 33 Nachtarbeitsbewilligungen nach den Bestimmungen des Wiener Baulärmgesetzes erteilt.

1.146 Bewilligungen der Straßenverkehrsbehörde, die Aufgrabungen und die Inanspruchnahme öffentlichen Gutes betreffen, waren evident zu halten.

Bezüglich der Ausübung der Prostitution wurden 11 Beschwerden bearbeitet.

Insgesamt wurden 4.513 Aktenerledigungen vorgenommen.

Im Sinne der Weiterbildung bzw. des Erfahrungsaustausches mit in- und ausländischen Sachverständigen wurden im Berichtsjahr folgende Veranstaltungen besucht:

Seminar: „Sicherheitsanalyse-Störfallverordnung“ - Thaur bei Innsbruck, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Informationsseminar für Sprengbefugte - Bisamberg/NÖ, WIFI Niederösterreich; Seminar: „Holzabfälle“ - Berlin, VDI Bildungswerk; Seminar: „Kfz-Immissionen“ - Salzburg/Anif, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Seminar: „Starkstromanlagen im Krankenhaus“ - Frankfurt am Main, Verband Deutscher Elektrotechniker; Seminar: „Umweltanforderungen an die Lagerung“ - Perchtoldsdorf, Gutwinski Umweltmanagement GesmbH; Seminar: „Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren“ - Salzburg, Amt der Salzburger Landesregierung; Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik 1998 - Villach, Amt der Kärntner Landesregierung; Expertengespräch: „Chemikalieninspektion“ - Altmünster/ Oberösterreich, Amt der OÖ Landesregierung; Seminar: „Der neue Abfallkatalog ÖNORM S 2100 und die Festsetzungsverordnung 1997“ - Salzburg, Österreichisches Normungsinstitut; 24. Sitzung des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbetechnik - Wels, Österreichische Städtebund; Arbeitsgruppe CKW-Anlagen: „Sondersitzung KWL-Anlagen“ - Linz, Magistrat Linz; Seminar: „ÖVGW-Richtlinien G 73/1 und G 73/2 Gasdruckregelung“ - Baden, Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach; Arbeitsgruppe: „KWL-Anlagen“ - Linz, Magistrat Linz; Kongress: „Kraftwerke 1998“ - Strassburg, VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber E.V.; Länderexpertenkonferenz der bädertechnischen Amtssachverständigen - Warmbad Villach, Amt der Kärntner Landesregierung; Seminar: „Die neue Druckgeräterichtlinie der EU (97/23/EG) und ihre Umsetzung in Österreich“ - Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Die Kennzeichnung von Bauprodukten auf nationaler und europäischer Ebene“ - Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Schießstätten - Sicherheit, Bau und Betrieb nach den neuen ÖNORMen“ - Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Neuerungen im Abfallrecht“ - Wien, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und Gutwinski Umweltmanagement; Workshop: „Neue Blitzschutzvorschriften in Österreich ab 2000“ - Wien, Österreichischer Verband für Elektrotechnik.

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes umfasst die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen sowie die Verbesserung von deren Qualität. Die Umsetzung erfolgt durch die Schaffung neuer Grünflächen und die attraktive Umgestaltung bestehender Anlagen.

1998 wurden 3.496 öffentliche Gartenanlagen und Spielplätze mit einer Gesamtfläche von 18,064.361 m², davon 21 Lagerwiesen mit 902.280 m² und der „grüne Prater" mit 5,894.984 m² und 1.612 Stück Blumenschalen gepflegt und erhalten.

Ebenso wurden 278 Schulgärten mit 724.589 m² (+ Berufsschulgarten Kagran mit 59.306 m²), 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 299 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 562.134 m², 15 Jugendspielplätze mit 82.250 m² gärtnerisch betreut. In mittelbarer Bundesverwaltung werden 1,100.000 m² Grünflächen und 11.450 Alleebäume ebenfalls gärtnerisch betreut.

In den Grünanlagen werden Kinderspielplätze betreut, die sicherheitstechnischen Kontrollen laut Ö-Norm durchgeführt und das Anbot an attraktiven Spielgeräten durch Ansprüche und Wünsche der Nutzergruppen entsprechend erweitert.

In Wiens Straßen wachsen derzeit 82.440 Alleebäume. Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes ist vordringliche Aufgabe. Der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert. Es wird daher durch standortverbessernde Maßnahmen (z.B. Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen) versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen, so z.B. in 1, Ringstraße, 2, Prater-Hauptallee, 8, Uhlplatz, 15, Markgraf-Rüdiger-Straße, 14, Hütteldorfer Straße, 14, Hüttelbergstraße, 14, entlang U3-West, 16, entlang U3-West, 17, Alszeile, 18, Bastiengasse, 21, Justgasse, 21, Kinzerplatz und 22, Theodor-Kramer-Straße.

1998 wurden u.a. folgende neue Alleen gepflanzt, so in 4, Favoritenstraße, 5, Brandmayergasse, 5, Rechte Wienzeile/U4-Kettenbrückengasse, 6, Gumpendorfer Straße/Rahlgasse, 7, Ziegelofengasse, 7, Schottenfeldgasse, 9, Nordbergstraße, 9, Schwarzspanierstraße, 10, Eibesbrunnergasse, 11, U3-Ost, 11, Leberberg, 12, Längenfeldgasse/Kundratstraße, 12, Eibesbrunnergasse, 13, Speisinger Straße, 14, entlang U3-West, 16, entlang U3-West, 22, Lichtblaustraße.

Das Referat Planung erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten. Im innerstädtischen Bereich werden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei bestehenden Anlagen, z.T. aus der Gründerzeit, ist unter Berücksichtigung der Anrainerwünsche eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Zum Ausgleich für die in den dichtverbauten Stadtteilen fehlenden großflächigen Grünräume müssen neue Wege zur multifunktionalen Nutzung der Freiräume beschritten, verschiedene Varianten in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen erarbeitet werden. Die Arbeiten 1998 umfassten im Einzelnen:

Im Planungsreferat „öffentliche Grünanlagen": In Eigenplanung wurden 21 Projekte bearbeitet und davon 14 abgeschlossen. Weitere 21 von LandschaftsarchitektInnen geplante Projekte wurden betreut. Davon wurden 5 Projekte fertig gestellt. 32 Projekte wurden schriftlich bearbeitet. Es wurden Stellungnahmen zu fachbezogenen Fragen der Bauordnung abgegeben und Entwürfe der Flächenwidmungspläne der MA 21 A und B überprüft. Für die Stadterweiterungsgebiete in den Bezirken 10, 11, 22 und 23 wurden Kosten und Budgetgrundlagen erstellt. Für die Zeitschrift „Perspektiven" wurde ein Fachartikel über barrierefreies Bauen geschrieben. Im Zuge der Überprüfung des Stadtgartenamtes durch Mummert und Partner wurden Daten der Jahre 1996 und 1997 über die Tätigkeit der Planung zusammengestellt. Im Amtshilfeverfahren wurde für die burgenländische Stadt Oberwart eine Bestandsaufnahme des Oberwarter Stadtparkes durchgeführt und ein Gutachten zur Umgestaltung erstellt. Die Ausarbeitung eines Planungsleitfadens für Parkanlagen wurde weitergeführt.

Im Planungsreferat „Grün bei Hochbauten" wurden 41 Projekte bearbeitet und 26 davon abgeschlossen. Die Planung von 2 Projekten wurde an LandschaftsarchitektInnen vergeben und diese sowie Projekte (Schulen, Kindertagesheime, welche durch Bauträger errichtet werden) betreut. Weiters wurden diverse Stellungnahmen zu fachbezogenen Fragen der Bauordnung abgegeben und die Entwürfe der Flächenwidmungspläne von der MA 21 C überprüft.

Im Planungsreferat „Straßenbegleitgrün" wurden 18 Begrünungsprojekte planlich ausgearbeitet und 12 Projektsgebiete (Stadterweiterung, U-Bahn) betreut. An LandschaftsarchitektInnen wurden 5 Grünverbauungsprojekte vergeben und betreut. Weiters wurde an 278 projektsbegleitenden Besprechungen teilgenommen.

Planungs-Projektsgrundlagen: Für die bearbeiteten öffentlichen Grünanlagen wurden die Grundlagen erhoben und Lage-, Höhenpläne und Projektpläne hergestellt sowie der Grünflächenkataster und die Verwaltungsevidenz geführt. Weiters wurden Detailzeichnungen für Parkmöbel und Entwürfe für diverse Ausstellungen sowie computergestützte Entwürfe und Details für diverse öffentliche Parkanlagen und die Einreichplanung für diverse Bauvorhaben der Abteilung erstellt. Weiters wurde die Zeichen-, Vermessungs- und Vervielfältigungsmaterialbewirtschaftung durchgeführt.

„Grafik": Es wurden Entwürfe für 47 Infotafeln, 1 Übersichtstafel, 4 Piktogramme, 6 Plakate A3 und 32 Plakate A2, 12 Kleingrafiken und 1 Folder erstellt. 15 Bautafeln wurden beschriftet.

MitarbeiterInnen der Planungsgruppe waren in folgenden Arbeitskreisen tätig: Grüne Innenhöfe, Entsorgung der Oberflächenwässer, Kagran-West, Nordbahnhof, Autofreie Mustersiedlung, Donaucity, 2. Spielplatztagung, Geoinformationssystem (GIS), Mehrzweckkarte (MZK), Digitaler Leitungskataster, Alleebaumkataster, Spritzenfundkataster.

1998 wurden in folgenden Anlagen gärtnerische und bautechnische Herstellungsarbeiten durchgeführt: In 1, Beethovenplatz wurde ein Ballspielplatz errichtet, in 1, und 9, am Donaukanal von Salztorbrücke bis Augartenbrücke eine Umweltmeile angelegt, in 2, Offenbachgasse ein neuer Spielplatz, in der Taborstraße ein neues Staudenbeet, in 3, Baumgasse/Rundweg ein neuer Park errichtet, in Baumgasse/Schlachthausgasse die so genannte „Stadtwildnis" erschlossen, in 5, Mittersteig ein neuer Park angelegt, ebenso in der Bräuhausgasse, Am Hundsturm wurde ein Park nach einem Garagenbau neu gestaltet, in 6, Minna-Lachs-Park erfolgte ein kompletter Umbau, im Richard-Waldemar-Park eine Instandsetzung, in 9, altes AKH, Hof 1, eine Umgestaltung, in Hof 9 wurde die Szene „summer-stage" fertig gestellt, in 10, Böhmischer Prater wurde ein Straßengrün gestaltet, in Rothneusiedl die Straßenbahnschleife in Stand gesetzt, im Alfred-Böhm-Park der Spielplatz umgestaltet, im Kurpark-Oberlaa die Teichufer renaturiert, in der Ettenreichgasse das Straßengrün neu gestaltet, in 11, Am Hofgartl/Leberberg-Nord ein neuer Park angelegt, entlang der U3-Ost wurden diverse Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, in 12, Marx-Meidlinger-Straße der Spielplatz umgestaltet, am Schöpfwerk der Fußballplatz saniert, im 13. Bezirk der Hackinger-Schlosspark neu gestaltet, in 14, Schützplatz der Spielplatz neu angelegt, ebenso in der Cossmanngasse, in Mariabrunn der Kirchenvorplatz neu gestaltet, im 15. Bezirk der Auer-Welsbach-Park von den Bundesgärten übernommen, in 17, Kainzgasse eine neue Grünfläche angelegt, im Ortliebpark der Rodelhügel in Stand gesetzt, ferner der Diepoldpark umgestaltet, in 18, Türkenschanzpark der Spielplatz erweitert und Hundezonen errichtet, in der Peter-Jordan-Straße das Straßenbegleitgrün neu angelegt, der Schubertpark saniert, im 19. Bezirk der Vorplatz vor der Michaeliskirche umgestaltet, im Hugo-Wolf-Park ein Aussichtsplatz neu hergestellt, im Wertheimsteinpark eine Pflastertreppe hergestellt, in der Hartäckerstraße ein Straßenbegleitgrün neu angelegt, ebenso in der Iglaseegasse, in 20, Forsthauspark wurde ein Skatepark eröffnet, in der Winarskystraße/Universumstraße der „Obstgarten" eröffnet, im 21. Bezirk der Paul-Hock-Park in Stand gesetzt, ebenso der Park in der Carabelligasse und der Franz-Polly-Park, in der Sildgasse das Straßenbegleitgrün neu hergerichtet, in 22, Gartenheimstraße ebenfalls das Straßenbegleitgrün neu angelegt, in der „Europan" Raphael-Donner-Allee ein neuer Park errichtet, in Erzherzog-Karl-Stadt/Langobardenstraße der 1. Bauteil eines neuen Parkes angelegt, am Rudolf-Köppl-Weg und in der Wiesnergasse jeweils ein neuer Park hergestellt und im Donaupark Sitzplätze errichtet.

Das Baumschutzreferat im Türkenschanzpark hat 1998 rund 2.500 Ansuchen und Vorerhebungen (Befundaufnahmen) auf Grund der Bestimmungen des Wiener Baumschutzgesetzes bearbeitet bzw. durchgeführt. Rund 5.500 Ersatzpflanzungsprüfungen und Überprüfungen angeordneter Schutzmaßnahmen für Bäume wurden vorgenommen. Etwa 200 Erhebungen im Zusammenhang mit Anzeigen und Beschwerden waren zu erledigen. Es erfolgten zahlreiche Beratungen, telefonisch und vor Ort, betreffend Baumpflege. An Bauverhandlungen und Projektbesprechungen haben ReferentInnen des Baumschutzreferates in 350 Fällen teilgenommen. Etwa 100 Baumgutachten für Planungsentscheidungen der Stadt oder für Private wurden erstellt. Zehn Vorträge bzw. Seminare über Baumschutz wurden abgehalten.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 3.882 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung von GartenbesitzerInnen wurden 16 Vorträge, 5 Diavorträge und eine Filmvorführung veranstaltet. Auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes 1995, BGBl. Nr. 532, wurden 10.142 Sendungen kontrolliert. Für die Ermäßigung der Kanalabwassergebühr mussten 692 Begutachtungen durchgeführt werden. 14.210 Stück Aesculus (Rosskastanienbäume) wurden mit dem umweltverträglichen Pflanzenschutzmittel Dimilin erfolgreich gegen die Kastanienminiermotte behandelt.

Kastanienminiermotte: Der in Oberösterreich 1989 erstmals beobachtete Kleinschmetterling (lateinisch Cameraria ohridella) hat innerhalb weniger Jahre praktisch alle Rosskastanienbäume Österreichs befallen. In Wien wurden die ersten Schadsymtome 1993 festgestellt. Die Eiablage des Schmetterlings erfolgt am Blatt; die daraus schlüpfende Larve frisst sich ins Innere und höhlt das Kastanienblatt aus (im Laufe eines Jahres entwickeln sich so drei Generationen). Das Blatt vertrocknet, wird braun, bereits im Sommer kommt es zum Blattfall -, was den Baum natürlich schwächt. Manchmal erfolgt noch im Spätherbst ein kurzfristiger Neuaustrieb und eine Blütenbildung. Ein direktes Absterben des Baumes durch die Motte konnte jedoch nicht beobachtet werden. Leider hat die Miniermotte nur wenige natürliche Feinde, wie z.B. Schlupf- und Erzwespen. An der Aufzucht solcher Gegenspieler wird jedenfalls gearbeitet - ein flächendeckender Einsatz ist noch nicht möglich. Sonstige Bekämpfungsmaßnahmen bestehen im raschen Entfernen des Falllaubes. Im Falllaub überwintert der Schädling im Puppenstadium. Rasches Entfernen und Kompostieren des Falllaubes dezimiert die nächstjährige Mottengeneration. Allein reicht diese Maßnahme jedoch nicht aus! Das Stadtgartenamt hat in den letzten Jahren das Pflanzenschutzmittel Dimilin erfolgreich erprobt: Dieses Spritzpräparat führt zum Absterben der Miniermotten-Larven - ist aber für Mensch und Haustier, auch für Vögel und Bienen ungefährlich. Sämtliche Kastanienbäume im öffentlichen Bereich - sofern technisch möglich - sollen mit dieser Blattspritzung auch 1999 wieder (im April und Juni) behandelt werden.

Gartenberatungen, z.B. betreffend die Kastanienminiermotte, wurden u.a. im Rahmen folgender Veranstaltungen durchgeführt: Gartenbaumesse Tulln'98 (http://www.tulln.at/messe/), und Bezirksfest Favoriten, Vorbereitung zur TerraTec'99 (http://www.leipziger-messe.de/). Zahlreiche Beratungen wurden auch über das Gartentelefon des Pflanzenschutzdienstes (911 25 55) abgewickelt.

1998 wurden laut Rechnungsabschluss für die Erhaltung der städtischen Gartenanlagen, sowie für die Herstellung neuer Gartenanlagen bzw. Umgestaltung bestehender Anlagen nachstehende Beträge aufgewendet:

Personalkosten:	S	602,316.657,02
Sachaufwand:	S	195,617.788,95
Investitionen:	S	143,261.308,61
Gesamtausgaben:	S	941,195.754,58
Gesamteinnahmen:	S	39,819.066,31

Die von allen Bezirken im Rahmen des dezentralen Bezirksbudget ausgegebenen Mittel, betrugen 1998 S 202,799.836,33. Dieser Betrag ist in den Gesamtausgaben enthalten.

Gemäß dem 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sind bis 31. Dezember 1998 in zahlreichen Parkanlagen Hundezonen und Hundeauslaufplätze (mit rund 636.910 m² Gesamtfläche) bzw. Hundeverbote (generell oder teilweise) eingerichtet worden. Gesetzliche Grundlage ist das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz § 13 b (1), Landesgesetzblatt für Wien, Jahrgang 1991, ausgegeben am 1. August 1991: „Der Magistrat kann nach Anhörung des Grundeigentümers, der Bundespolizeidirektion Wien und des zuständigen Bezirksvorstehers, Parkanlagen zu Hundezonen, Hundeauslaufplätzen oder ein Verbot der Mitnahme von Hunden (Hundeverbot) erklären." (auszugsweise). Hingewiesen wird auch auf die 1997 erschienene Hundefibel „brav" (+ Plakat). Am 17. Oktober und 28. November 1998 wurden in der Hundezone 18, Währingerpark von einer Tierärztin „Welpenstunden" veranstaltet.

Winterliche Salzstreuung: Gemäß Bescheid der MA 22, wurden gemeinsam mit der MA 48, vor und nach der winterlichen Salzstreuung, Bodenproben am Straßenbegleitgrün, an zehn Stellen entnommen und im Labor Rautenweg untersucht. Im April wurde von der Abteilung, gemeinsam mit der MA 48, an zahlreichen Stellen im Alleebereich „Salz ausgewaschen".

Umweltschutz: Das im Bohmann Verlag erscheinende Heft „Umweltschutz" hat in drei Ausgaben Sonderbeilagen über das Stadtgartenamt erstellt.

Japanische Zierkirschen: In den letzten Jahren haben einige Wiener Bezirke mit Bezirken japanischer Städte „Schwesterschaft" geschlossen. Gemeinsames Ziel dieser Schwesterbezirke ist u.a. ein kultureller Austausch. 1996, anlässlich der Tausendjahrfeiern Österreichs (Ostarrichi), haben unsere japanischen Schwesterbezirke beschlossen, Wien ein typisch japanisches Präsent, nämlich 1.000 Stück Kirschbäume der Sorten Kanzan und Yedoensis zu schenken. Diese wurden auch 1998 an mehreren Standorten ausgepflanzt. In den städtischen Baumschulen „warten" derzeit noch mehrere Hundert Stück auf Auspflanzung in den kommenden Jahren, vor allem im 22. Bezirk, in Absprache mit dem japanischen Kulturinstitut (http://members.eunet.at/embjapan/).

An folgenden nationalen und internationalen Gartenbauveranstaltungen erfolgte 1998 die Teilnahme: Hallengestaltung auf der Gartenbaumesse in Tulln (http://www.tulln.at/messe/), Beteiligung an der Flora Olmütz/CZ (http://www.flora-ol.cz/), Grundaufbau des Wiener Johann-Strauß-Gartens in Kunming/China (http://www.expo99km.gov.cn/), Wien-Bälle im Ausland, Lieferung von Linden (Sorte Wiener Rathaus) und Rosen (Sorte Stadt Wien) nach Sarajevo und Leipzig (http://www.leipziger-messe.de/).

Anlässlich der 1. EU-Ratspräsidentschaft '98 erfolgte die Auspflanzung des von Hellen Willes entworfenen Logos in 1, Friedrich-Schmidt-Platz, 1, Georg-Coch-Platz, 3, Schwarzenbergplatz und in 22, Kagran (U1).

Strauß-Jahr '99: Am 3. Juni 1999 jährt sich zum 100. Mal der Todestag von Johann Strauß Sohn in Wien. Zahlreiche Veranstaltungen werden ganz im Zeichen dieses großen Komponisten stehen. Bereits 1998 wurde auch vom Stadtgartenamt mit Vorbereitungen begonnen: z.B. im 1, Stadtpark, im 7, Josef-Strauß-Park und auf der EXPO'99 in Kunming/China. (http://info.wien.at/strauss/index.htm)

Fachbücher: Das Erscheinen von Fachbüchern über das „grüne" Wien wurde unterstützt: „Freiräume Wien" im Springer-Verlag (http://www.springer.at/) (deutsch und englisch) und „Paradies(t)räume" im Holzhausen-Verlag (deutsch/englisch/japanisch).

Für zahlreiche in- und ausländische Fachleute wurden durch Wiener Parkanlagen und Gartenbaubetriebe Exkursionen, gemeinsam mit dem Rundfahrtenbüro der MA 53 - PID, organisiert (siehe dazu auch den Stadtaußenpolitischen Bericht der MD-IB).

Die MA 42 - Stadtgartenamt, bzw. deren MitarbeiterInnen wirken in folgenden Gremien mit: Ö-Normen-Ausschuss, IFPRA-Tagung in Melbourne/AUS (http://www.mcec.com.au/) (International Federation of Parks and Recreation Administration), GALK in Berlin (Konferenz deutscher GartenamtsleiterInnen), IFLA (Internationale Garten- und Landschaftsplaner), Fachausschuss für Gärten und Grünflächen im Österreichischen Städtebund (41. Tagung 1998 in Hall/Tirol).

Gartenbaumuseum im Kurpark Oberlaa: Auch 1998 wurde die Grundausstellung „Menschen und Gärten in Österreich" renoviert. Ergänzt durch etliche bemalte Figuren wirkt sie nun wesentlich lebendiger. Ebenfalls renoviert wurde die Ausstellung über den Mann vom Hauslabjoch und seine botanische Umwelt, sowie eine Ausstellung über die Rothschildgärten der Hohen Warte. Große Fortschritte gab es 1998 bei der Fortführung der Arbeiten an einem „Gewächshausmuseum" im ehemaligen Turmglashaus der WIG'74. Das Imperial War Museum London (http://www.iwm.org.uk/london.htm) bereitet derzeit eine Ausstellung über den Holocaust (für Mai 2000) vor. Auf Anfrage wurde dafür eine Parkbank der 30er/40er-Jahre aus Beständen des Gartenbaumuseums zur Verfügung gestellt.

Tagungen: 1998 wurden folgende internationale Fachtagungen organisatorisch und finanziell unterstützt: 2. Spielplatztagung im Rathaus, ECLAS-Tagung im Rathaus, 14. Baumpflegetagung im Prater-Messegelände, 41. Fachausschusstagung des Österreichischen Städtebundes in Hall/Tirol (http://staedtebund.wien.at/).

Auer-Welsbach-Park: Mit 1. Oktober 1998 wurde der Auer-Welsbach-Park im 15. Bezirk nach jahrelangen Verhandlungen von den Bundesgärten übernommen. Dieser rund 110.000 m² große Landschaftspark zeichnet sich durch zahlreiche Gehölzraritäten aus, die Anfang 1999 auch etikettiert werden. Errichtet wurde der Auer-Welsbach-Park 1890 als Schönbrunner Vorpark, gestalterisch in bewusstem Gegensatz zur französischen Gartenanlage des Schlosses. In den nächsten Jahren müssen im Auer-Welsbach-Park zahlreiche Investitionen (Wegebau, Bewässerung, Spielplätze, Hundezonen/Hundeverbote) getätigt werden, um dieses alte Parkjuwel behutsam auf einen benutzerfreundlichen Standard zu bringen. Benannt wurde die Anlage nach dem Chemiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Ehrenbürger, Träger des Siemensringes und zahlreicher Orden, Karl Freiherr Auer von Welsbach (1858 - 1929).

Veranstaltungen/Ausstellungen in Parkanlagen: Auch 1998 wurden in Parkanlagen diverse Feierlichkeiten veranstaltet, u.a. in 20, Forsthauspark (Skaterfest), in 5, Mittersteig- und Bräuhauspark (Eröffnungen), in 8, Schönbornpark (Buchpräsentation) und in 13, Katharina-Schratt-Park (Tafelenthüllung). In der Stadtgartendirektion wurden Werke der Künstler Roman (Theatermaler), Schimany (Malerin) und Professor Diepold (Bildhauer) ausgestellt. In Vorbereitung sind Ausstellungen von Siskovsky (Grafiker und Bildhauer) und Harus (Malerin) (http://www.powerbit.at/kunst). Vor der Stadtgartendirektion wurde 1998 das Germaul präsentiert. Das Germaul war Leihgabe des Schlossparks Hellbrunn/Salzburg, des Lustgartens von Fürsterzbischof Sittikus aus dem 17. Jahrhundert.

Das Programm zur offiziellen Benennung von Parkanlagen wurde gemeinsam mit dem Kulturamt und den Bezirksvorstehungen fortgesetzt. Folgende Parkanlagen wurden 1998 offiziell benannt: 9, Erwin-Ringel-Park, 9, Votivpark, 10, Alfred-Böhm-Park, 17, Alexander-Lernet-Holenia-Park, 17, Josef-Kaderka-Park, 21, Helma-Pavlis-Park.

Im Schulgarten Kagran wurden 1998 rund 80.000 Stück Schnitt- und Trockenblumen kultiviert und an die Berufsschule für Gärtner und Floristen abgegeben. Weiters wurden 400 kg gemischte Koniferen, 1.700 Stück Blütenzweige über 80 cm, 1.800 Stück Koniferenzweige über 80 cm, 450 Stück diverse Blätter, 2.800 Stück verschiedene Ranken, 400 Stück Topfpflanzen, 21 Stück fertig bepflanzte Schalen, 1.050 Stück diverse andere Pflanzenteile und 120 Stück Obstgehölze für Prüfungen und Wettbewerbe dorthin abgegeben. Die Bareinnahmen aus dem Pflanzenverkauf betrugen S 91.131,–. Insgesamt wurden 34 Führungen für Schulen, Kindergärten, Pensionisten und Fachgruppen durchgeführt. 20 Schnupperlehrlinge wurden zwischen zwei und vier Tagen aufgenommen. An folgenden Veranstaltungen wurde teilgenommen: Ferienspiel, Berufsinformationswoche, 70 Jahre Berufsschule Kagran und Umweltmeile Donaukanal. Am 3. Dezember 1998 wurde ein neuer Klimacomputer in Betrieb genommen; ein Folientunnel 9 x 45 m wurde errichtet.

Die Resevegärten in Hirschstetten und Essling haben 1998 229.483 Stück Frühjahrsblumen, 1,015.169 Stück Sommerblumen, 33.518 Stück Grünpflanzen, Hydro, Blühende, 28.420 Stück Chrysanthemen, 564.680 Stück Schnittblumen, 24.495 Stück Stauden und Wasserpflanzen und 167 Stück bepflanzte Schalen ausgeliefert. Weiters wurden 335 Dekorationen und 37 Betriebsführungen durchgeführt. 40 Palmenhausbesucher wurden an Donnerstagen empfangen, 80 Besucher beim Ferienspiel im Jänner 1998. Das Palmenhaus der Reservegärten Hirschstetten wurde (bis Beginn der Umbauarbeiten im Herbst) als repräsentativer Rahmen für diverse Veranstaltungen der Stadt Wien verwendet. Im Sommer 1999 soll das Palmenhaus wieder uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Die Baumschulen in Essling, Spargelfeld und Mauerbach haben 1998 11.541 Stück Bodendecker, 391 Stück Bäume, 3.279 Stück Rosen, 23.019 Stück Sträucher, 1.917 Stück Schlinger und 559 Stück Koniferen ausgeliefert. Weiters wurde das Objekt in 14, Mauerbachstraße 66, um einen Zubau erweitert. An einer Wien-Präsentation in Moskau wurde mitgewirkt, das Rosarium der Baumschulen in 22, Spargelfeld erweitert, sowie anlässlich des Ferienspiels rund 1.200 Kinder beim Eintopfen von Jungpflanzen betreut.

Die Zentralwerkstatt und das Materiallager in Hirschstetten hat 1998 2.167 Reparaturen an Kraftfahrzeugen, Maschinen und Geräten durchgeführt. Die Abteilungen Maler/Anstreicher, Tischler, Schlosser/Mechaniker und KFZ-Gruppe haben 3.998 Aufträge, in 40.998 Stunden, mit einem Materialaufwand von S 6,626.500 bearbeitet.

1998 konnten 147 private Innenhöfe besichtigt und AntragstellerInnen beraten werden. Für 79 Innenhöfe wurden Subventionen von insgesamt knapp S 1,500.000 gewährt.

EDV, e-mail und Internet: 1998 wurde die Internetseite des Stadtgartenamtes http://www.magwien.gv.at/ma42/ laufend aktualisiert und versucht, durch Hyperlinks interessanter und internationaler zu gestalten. Texte über zahlreiche Parkanlagen werden auch in englischer Sprache angeboten bzw. auf http://www.a4j.at/town/wien/home.html in japanischer Sprache/Schrift präsentiert. Folgende EDV-Projekte wurden 1998 bearbeitet: Alleebaumdatei im Excel, dezentrale Inventarführung, Add-On für Rechnungs- und Bestellscheinkontrolle, Verkehrsunfalldatei im MS-Windows, Bekleidungsanforderung im Excel, Umstellung von Windows 3.11 auf Windows 95, Projekt peer-to-peer-Netzwerke für Gartenbezirke, Projekt ISDN für die Werkstatt. Das EDV-Referat ist 1998 von 3, Stadtgartendirektion in 2, Praterverwaltung übersiedelt.

Auch 1998 wurden gemeinsam mit der MA 13 in Parkanlagen tage/stundenweise zahlreiche Spielplätze betreut. Diese pädagogischen Spielplatzbetreuungen wurden von verschiedenen privaten Kinder- und Jugendorganisationen durchgeführt und sollen zu einer sinnvollen Park- und Spielplatznutzung anregen sowie den Vandalismus hintanhalten.

Mummert & Partner Hamburg: 1998 wurde u.a. das Stadtgartenamt von Mummert & Partner geprüft. Umfangreiche Infomaterialen wurden zur Verfügung gestellt bzw. standen den MitarbeiterInnen für Fragen zur Verfügung. Der nunmehrige Schlussbericht lag im Herbst vor.

Abteilung Verwaltung:

Von fünf im Jahr 1998 bei Gericht anhängenden Streitsachen wären als bemerkenswert zwei Fälle hervorzuheben.

1) Gegen die Dr. Hübner Betriebe erwirkte die Stadt Wien am 2. Februar 1998 ein positives Urteil, wonach Dr. Johannes Hübner die Meierei in 3, Am Heumarkt 2a, räumen sollte. Gegen dieses Urteil brachten jedoch die Hübner Betriebe das Rechtsmittel der Berufung ein, über welche die Berufungsbehörde - das Landesgericht für Zivilrechtssachen - voraussichtlich 1999 entscheiden wird.

2) Mittels Gerichtsurteil wurde die Stadt Wien gezwungen, geeignete Maßnahmen in Beachtung der gesetzlich zwischen Nachbarn normierten Erfolgshaftungen zu setzen, die die Unterlassung von Störungen des Nachbargrundes gewährleisten. Vorausgegangen ist dem Urteil die Tatsache, dass vom Spielplatz im Karl-Farkas-Park in 7, Burggasse 78 - 80, des Öfteren Fußbälle über die Abzäunung des Platzes geschossen wurden und auf dem benachbarten Grund eines Privaten zu liegen kamen. Die Abwendung der Störungen oder gar Beschädigungen kann in diesem Fall nur in einer Erhöhung des Zaunes bestehen.

Von Schadensfällen und Vertragseinrichtungen wären zehn komplizierte Erhebungen vor Vertragsabschlüssen bzw. im Zuge von Schadensbesichtigungen hervorzuheben sowie 105 Grundbenutzungsbewilligungen und Platzmieten für diverse „events", z.B. snow-board-event, Steiermarkwoche, Fußball-WM, Hallamasch usw. (Einnahmen rund S 700.000).

An Sachschäden und Baumbeschädigungen, einschließlich Totalschäden mit Ersatzpflanzungen (Gesamt-Schadensablöse: S 1,385.000) fielen 100 Fälle an.

Bäder

Die Abteilung verwaltete mit Stand Ende 1998 insgesamt 45 in Betrieb befindliche Bäder, und zwar 3 Volksbäder, 8 Warmbäder (Brause- und Saunabäder), 11 Hallenbäder, davon 7 mit angeschlossenem Sommerbad (Kombibäder), 10 Sommerbäder und 13 Kinderfreibäder.

1998 nicht in Betrieb, jedoch in Verwaltung der Abteilung waren das Volksbad in 9, Wiesengasse, das Volksbad in 15, Reithofferplatz, und das Dianabad. Nach einjähriger Betriebszeit durch die Abteilung, wurde am 1. Juli 1998 das Erlebniswaldbad Penzing einem privaten Betreiber, der TROPICANA Bäderbetrieb und Freizeitanlagen GmbH, 14, Linzer Straße 376, übergeben.

1. Planung und Bau

An Arbeiten abgeschlossen wurde in 11, Sommerbad Simmering die Errichtung eines Volleyballplatzes und eines Kinderspielplatzes; in 12, Ratschkybad wurde der Anschluss an die Fernwärme hergestellt, sowie in 12, Theresienbad die Erneuerung des Freibeckens im Sommerbad. In 16, Kongressbad wurden die Kassen umgebaut und in 16, Ottakringerbad wurden die Umzäunungen saniert. In 17, Jörgerbad wurden die Saunakammern erneuert und im Sommerbad 18, Schafbergbad wurde eine Solaranlage errichtet, Badewasserfilter, Kanal, Flachdächer und Lichtkuppeln saniert.

In 21, Angelibad wurden die Arbeiten infolge des Wettbewerbes „Kinder gestalten ein Bad" durchgeführt, in 21, Floridsdorf wurde eine Einzelbrauseabteilung errichtet. In 22, Alte Donau wurden ein Holzsteg, sowie eine Sportanlage fertig gestellt, in 22, Donaustadt eine Dampfkammer eingebaut, in 22, Gänsehäufel ein Wasserspielgarten errichtet und in 23, Höpflerbad eine Behindertenumkleidekabine samt Sanitärraum eingebaut.

Das Volksbad 15, Reithofferplatz wurde abgebrochen. Künftig soll auf dieser Liegenschaft ein Wohnhaus mit integriertem Brausebad errichtet werden.

Neu begonnen bzw. weitergeführt wurden in 10, Laaerbergbad die Sanierung der Umkleidegebäude, Kästchenhallen und Stiegenanlagen, sowie der Verfliesung des Wellenbeckens samt Beckenkopf; ebenso wurde der funktionslose Wasserturm abgebrochen. Im Amalienbad wurde die Erfüllung der Brandschutzauflagen weitergeführt, in 11, Simmering wurde für das Hallenbad eine Behindertenrampe samt Nebeneinrichtungen für Behinderte begonnen. In 11, Geiselbergbad wird das gesamte Gebäude saniert und als Wohnhaus mit integrierten Brausekabinen wieder hergestellt. In 12, Theresienbad werden Behinderteneinrichtungen gebaut, wie auch der Kabinentrakt im Obergeschoß erneuert. Generalsaniert wurde in 16, Kongressbad das Kinderbecken samt technischen Nebeneinrichtungen, sowie auch die Verfliesung des Erlebnisbeckens samt Beckenkopf. In 16, Ottakringerbad wurden die Saisonkabinen saniert, in 17, Jörgerbad die Wasserbehälter erneuert, in 18, Schafbergbad die Kesselanlage erneuert, das Kinderbecken und die Badewasserfilter saniert. In 19, Döbling wurden die Dachsanierungen weitergeführt, in 19, Krapfenwaldlbad die

Sanierung der Fenster und Fassaden begonnen, in 22, Donaustadt wurden die WC- und Brauseanlagen abgedichtet, in 22, Gänsehäufel eine Solaranlage errichtet, in 22, Alte Donau die Errichtung von Saisonkabinen und Solaranlagen in die Wege geleitet. In 23, Liesing wurden Dächer, Fassaden und Fenster saniert, in 23, Höpflerbad die Rutsche.

Weiters wurden Planungen und Vorstudien betrieben, und zwar die Vorarbeiten zur Sanierung der Schwimmhalle samt Teilen der Garderobe und des Restaurantbereiches in 16, Ottakringerbad, die Errichtung von Rutschen in 17, Jörgerbad und 18, Schafbergbad wurde vorbereitet, in 21, Floridsdorf soll eine generelle Sanierung und Attraktivierung des Bades erfolgen und in 23, Liesing soll die Sauna umgebaut und attraktiver gestaltet werden.

Weiters wurden die Gebäudesicherheitsprüfungen regelmäßig durchgeführt, ebenso die Anlage des Planarchives und Baumaufnahmekatasters. In den Bädern wurde die Ausstattung mit adäquaten Personalräumen verbessert. Überprüft wurde auch das Kanalnetz im Laaerbergbad.

1998 wurden die Volks-, Warm- und Kinderfreibäder dezentral budgetiert.

2. Gruppe Betrieb

Seit 1. Juli 1998 hat die TROPICANA Bäderbetrieb und Freizeitanlagen GmbH, den Betrieb des Erlebniswaldbades Penzing übernommen. In Vorbereitung einer Umgestaltung des gesamten Saunaareals hat TROPICANA den Saunabetrieb bis Ende 1998 nicht aufgenommen. Leider wurden auch sämtliche AO-Anlagen nicht in Betrieb genommen und die Badewasserdesinfektion mit flüssigen Chlorprodukten (Natriumhypochloritlauge) durchgeführt. Eine Überprüfung und anschließende Inbetriebnahme von zwei der insgesamt sechs AO-Anlagen erfolgte erst im Spätherbst 1998. Vier AO-Anlagen sollen im Frühjahr 1999 überprüft und anschließend betrieben werden.

Im Zuge der Dezentralisierung standen 1998 der Abteilung finanzielle Mittel im Rahmen der Grundlast von insgesamt rund 11,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Auf Initiative der Bezirke wurde die Grundlast um den Anteil „laufende Erhaltung" gekürzt, sodass 1999 insgesamt rund 3,3 Millionen Schilling auf der Grundlast verfügbar sind.

Im Jahr 1998 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1,857.878 m³ Wasser, 14.995 MWh Strom, 149.508 kg Heizöl (= 1.706 MWh), 1,459.657 m³ Gas (= 14.596 MWh) und 50.927 MWh Fernwärme verbraucht.

3. Bäderbesuch

a) Ganzjahresbäder:

Der Besuch der Schwimmhallen weist im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 6,74 Prozent auf; die Besucherzahlen in den Saunabädern verzeichnen ein Absinken der Frequenz von 5,12 Prozent.

Die Besucherzahlen in den Wannenbädern weisen ein Minus von 22,89 Prozent auf; bei den Brausebädern ist mit einem Rückgang von 21,97 Prozent nach wie vor die seit Jahren rückläufige Tendenz zu beobachten.

b) Sommer- und Kinderfreibäder:

Insgesamt besuchten in der Sommerbadesaison 1998 2,225.699 Badegäste die städtischen Sommerbäder, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Frequenz von 5,57 Prozent, was vor allem auf die im Sommer 1998 vorherrschende eher ungünstige Wettersituation zurückzuführen ist.

Die Kinderfreibäder wiesen mit 124.521 Besuchern und somit einem Plus von 10,59 Prozent hingegen einen Zuwachs auf.

c) Vergleich der Besucherzahlen der Jahre 1996, 1997 und 1998

Bädergattung	1996	1997	+/- %	1998	+/- Badegäste	+/- %
Schwimmhallen	1,130.644	1,214.008	7,37	1,132.210	- 81.798	- 6,74
Saunabäder	484.769	478.751	- 1,24	454.223	- 24528	- 5,12
Wannenbäder	18.869	14.545	- 22,92	11.216	- 3.329	- 22,89
Brausebäder	162.661	137.138	- 15,69	107.009	- 30.29	- 21,97
Sonnenbäder	2.435	3.369	38,36	2.249	- 1.120	- 33,24
Summe Ganzjahresbäder	1,799.378	1,847.811	2,69	1,706.907	- 140.904	- 7,63
Sommerbäder	1,544.995	2,388.867	54,62	2,255.699	- 133.168	- 5,57
Kinderfreibäder	83.402	112.59435	35,00	124.521	11.927	10,59
Summe Sommer- und Kinderfreibäder	1,628.397	2,501.461	53,61	2,380.220	- 121.241	- 4,85

4. Gruppe Allgemeine Angelegenheiten

Wien war und ist eine Bäderstadt. Dieser Ruf, erworben durch die großen Bäderbauten der Zwischen- und Nachkriegszeit, ist der Stadt bis in die Gegenwart geblieben. Die Wienerinnen und Wiener sehen sich als richtige Wasserratten.

Die Wiener Bäder haben in ihrer Geschichte mehrere Wandlungen durchgemacht. Stand in früheren Zeiten der Reinigungs- und Hygieneaspekt, sowie die Körperertüchtigung im Vordergrund, entwickeln sich die Bäder heute zu

Freizeit- und Erholungsstätten, zum Ort für den „kleinen Urlaub zwischendurch". Steigender Wohlstand, hohe Mobilität und technischer Fortschritt setzen heute andere Schwerpunkte im Freizeiterleben als früher. Bäder stehen innerhalb des gesamten Freizeitsektors in einer harten Konkurrenz um die Besucher. Die Badbetreiber - egal, ob öffentlich oder privat - müssen diese neuen Trends beherzigen, wollen sie mit ihrem „Produkt" im Konkurrenzkampf zu anderen Angeboten bestehen.

Wien ist quantitativ gut mit Bädern versorgt - der Aspekt der Nähe ist sozusagen fast erfüllt. Deshalb legt die Stadtverwaltung jetzt besonderes Augenmerk auf die qualitativ höherwertige Ausstattung bereits bestehender Bäder.

Erholung, Erlebnis und Fitness werden in Zukunft jene Faktoren sein, warum sich die Wienerinnen und Wiener unter der Vielfalt an Freizeitangeboten gerade dafür entscheiden, ins Bad zu gehen ...

Um diesen Trend Rechnung zu tragen, wurden 1998 die verschiedensten Aktivitäten gesetzt.

Veranstaltungen

„Club Nixe" 1998 in städtischen Bädern (4.7.1998 - 23.8.1998):

Die 1997 ins Leben gerufene Animation „CLUB NIXE" in vorerst drei Wiener Bädern war ein durchschlagender Erfolg. Daher wurde 1998 das Animationsprogramm um zwei Bäder, auf nunmehr insgesamt fünf Bäder erweitert. Im Schafbergbad, Gänsehäufel, Laaerbergbad, Hietzinger Bad und im Ottakringer Bad erfreuten sich 1998 mehr als eine halbe Million Badegäste am abwechslungsreichen Programm. Besonders bei den Kindern waren die Animateure des „Club Nixe" beliebt.

Ferienspiel in den Wiener Bädern in Zusammenarbeit mit der MA 13

An den Veranstaltungen in den Wiener Hallen- und Sommerbädern haben während des Jahres 1998 (Weihnachts-, Semester-, Oster- und Sommerferien) 340.327 Kinder und 60.030 Jugendliche teilgenommen.

Gesundheitsaktionen in Zusammenarbeit mit der MA 15

Gesundheitstests im Gesundheitsstützpunkt der MA 15 im Strandbad Gänsehäufel erfreuen sich der Beliebtheit beim Badepublikum. Die Aktion „Schau auf dich" wird in mehreren Sommerbädern durchgeführt und bietet den Badegästen Gelegenheit zur kostenlosen Überprüfung des Blutdruckes und der Lungenfunktion.

Aktionen für Kondition, Beweglichkeit und Fitness

In den Hallenbädern finden während der Wintersaison Oktober bis April verschiedene Aktionen für die Badegäste statt. Es werden das Seniorenschwimmen, die Aquarhythmik, das Frauenschwimmen, das Versehrtenschwimmen, Warmbaden und Nacktbaden angeboten und erfreuen sich regen Publikumszuspruchs.

Aktion „Mein Traumbad" Kinderideenwettbewerb

Das Angelibad wurde zum tollsten Kinderbad dieser Stadt. Die in Zusammenarbeit mit einer Tageszeitung 1997 von Kinder via Internet gemachten Vorschläge für die Gestaltung des Bades standen für die Badesaison 1998 zur Verfügung. Die neuen Attraktionen wurden im Rahmen eines Kindernachmittages am 21. Juni 1998 vom Herrn Stadtrat Svihalek den Kinder übergeben.

Sommerbadfeste 1998

Auch in diesem Jahr fanden die Jubiläumsveranstaltungen mit aktuellem und interessantem Rahmenprogramm statt.

28. Juni 1998	25 Jahre Schafbergbad
12. Juli 1998	70 Jahre Kongressbad
16. August 1998	60 Jahre Strandbad Alte Donau
19. Juli 1998	75 Jahre Krapfenwaldlbad

Eröffnung Wasserspielgarten Gänsehäufel

Am 11. Juni 1998 wurde unter reger Publikumsbeteiligung in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Franz-Karl Effenberg der Wasserspielgarten für Kinder in Betrieb genommen.

Eröffnung des Holzbadesteges Strandbad Alte Donau

Am 5. August 1998 wurde der von einer Bürgerinitiative gewünschte Badesteg im Rahmen einer kleinen Feier in Anwesenheit von Herrn Stadtrat Fritz Svihalek den Badegäste übergeben.

Kinderfest am Hl. Abend

Das Personal des Hallenbades Donaustadt veranstaltete am 24. Dezember 1998 zum 11. Mal ein Kinderfest im Hallenbad. Mit mehr als 200 Kindern wurden Spiele durchgeführt und am Ende der Veranstaltung mit vielen Preisen prämiiert. Die Preisverleihung nahmen Bezirkspolitiker vor.

Bäderfolder

Auch 1998 wurden Bäderfolder für Sommerbäder und Hallenbäder als Informationsschriften für unsere Badegäste angefertigt. Alles Wissenswerte über Angebot, Eintrittspreise, Attraktionen und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist hierin nachzulesen.

Beschwerdewesen

Im Rahmen der Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten" wurden während des Jahres 1998 rund 350 telefonische und rund 190 schriftliche Beschwerden bearbeitet. Unter der Bäderinfonummer 60 112 / 8044 wurden darüber hinaus rund 5.600 Auskünfte über den Bäderbetrieb usw. gegeben. Die überwiegende Mehrheit dieser Beschwerden konnte positiv - also im Sinne der Beschwerdeführer - erledigt werden. Auch zahlreiche sinnvolle Änderungsvorschläge haben auf diesem Weg Eingang in den Badebetrieb gefunden.

Bäderzeitung „CLUB NIXE - All Inclusive"

5-mal im Jahr erscheint die beliebte und kostenlose Bäderzeitung und dient den Badegästen als Information über Neuigkeiten, Änderungen, Aktionen usw. Auch aktuelle Themen wie Fitness, Ernährungsphilosophien usw. werden behandelt.

Wasserbau

Von der Gruppe Altlasten wurde die bauliche Realisierung der Absicherung der Altlast „Rudolf Zeller Gasse" im 23. Wiener Gemeindebezirk nach Durchführung einer EU-weiten öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten begonnen.

Bei dieser Altlast handelt es sich um eine alte Müllschüttung der Stadt Wien, die in ehemaligen Sandsteinbrüchen angelegt worden war, und die in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre mit Aushubmaterial, Bauschutt, Aschen, Schlacken und Hausmüll verfüllt wurde. Nach Abschluss der Schüttungen wurde das Areal als Parkanlage ausgestaltet. Am Rande der Schüttung wurden in den 60er und 70er Jahren Wohnhausanlagen errichtet.

Das Areal wurde nach dem Altlastensanierungsgesetz als Altlast mit der Priorität 1 eingestuft. In einem Variantenstudium wurden verschiedene Sicherungs- und Sanierungsvarianten untersucht und bewertet. Wegen der speziellen geologischen und hydrologischen Verhältnisse wurde als technisch und wirtschaftlich zweckmäßigste Variante eine Absicherungsmethode ausgewählt, die hier erstmals in dieser Art angewandt werden soll.

Die Maßnahmen umfassen eine aktive Entgasung zur Erfassung der Deponiegase und deren schadlose Ableitung.

Zur Entwässerung der Schüttung werden wegen der speziellen geologischen und hydrologischen Verhältnisse vier Schächte bis zu einer Tiefe von etwa 25 m und einem Durchmesser von rund 8 m hergestellt. Von diesen Schächten werden Filterstrecken zur Entwässerung unterhalb der Altlast hergestellt. Diese Filterstrecken werden durch Bohrungen vorgetrieben und haben eine Länge bis über 40 m. In Summe werden abhängig von der Geologie bis zu 100 derartiger Filter ausgeführt. Das über die Filter in den Schächten gesammelte kontaminierte Wasser wird mittels Pumpen abgepumpt und in das öffentliche Kanalnetz entsorgt.

Parallel zu den Herstellungsarbeiten der Entwässerungsanlage wird eine aktive Deponiegasentsorgung errichtet. Über rund 25 Gasbrunnen wird das Deponiegas abgesaugt und zu einer Gasentsorgungsstation abgeleitet. Da die Gaskonzentration in der Altlast stark unterschiedlich ist, wird die Absaugung und Entsorgung des Gases über zwei getrennte Systeme (Starkgas / Schwachgas) vorgenommen. Je nach Konzentration soll die Entsorgung über eine Fackel (Starkgas) oder einen Biofilter (Schwachgas) erfolgen.

Mit der baulichen Realisierung wurde im Oktober 1998 begonnen. Die Arbeiten für die Errichtung von Gasbrunnen und die Verlegung von Rohrleitungen usw. werden im Frühjahr 1999 abgeschlossen. Die Herstellung der Anlagen für die Entwässerungsmaßnahmen beansprucht einen etwas längeren Zeitraum. Diese Arbeiten werden im Frühjahr 2000 abgeschlossen sein.

Im Zusammenhang mit der baulichen Durchführung der Absicherungsmaßnahmen der Erweiterungsfläche bei der Altlast „Langes Feld" wurden Restarbeiten durchgeführt.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Bezüglich der Absicherung der Altlasten „Zentraltanklager" und „Mobil Breitenleer Straße" im 22. Wiener Gemeindebezirk wurde die Erstellung eines behördlichen Einreichprojektes abgeschlossen und das Projekt zur Bewilligung eingereicht. Bei beiden Altlasten handelt es sich um großflächige Mineralölkontaminationen, die auf Kriegseinwirkungen zurückzuführen sind.

Zur Absicherung der Altlast „Siebenhirten", einem ehemaligen Standort eines chemischen Industriebetriebes in Wien 23, wurde ein Projekt zur behördlichen Bewilligung eingereicht. Das Projekt zur Absicherung der Altlast „EBS-BP-TKV" im 11. Wiener Gemeindebezirk, welche Kontaminationen mit Kohlenwasserstoffen, chlorierten Kohlenwasserstoffen und möglicherweise Milzbranderregern aufweist, wurde behördlich bewilligt. Die Arbeiten wurden EU-weit ausgeschrieben. Da die Ausschreibung kein befriedigendes Ergebnis erbrachte, wurde die Ausschrei-

bung aufgehoben. Eine Neuausschreibung wurde vorbereitet.

Im Zusammenhang mit der Altlast „Gaswerk Simmering" im 11. Wiener Gemeindebezirk wurden die „Ergänzende Untersuchungen nach dem Altlastensanierungsgesetz" im Auftrag des und für das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie weitergeführt.

Im Rahmen des Bescheidvollzuges wurde die Ausschreibung betreffend Räumung des ehemaligen Firmengeländes der Fa. Erkona (Nordbahnhof) durchgeführt. Die Bauarbeiten zur Räumung konnten im Sommer 1998 begonnen und im Dezember 1998 abgeschlossen werden.

Neben diesen Projekten wurden weiters im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlussbohrungen, Grundwasseranalysen usw. sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS- (Geographisches Informationssystem) gestützte Altlastenkataster wurde weiter vervollständigt.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden Kontrollen vorgenommen und für die Einhaltung der behördlich vorgeschriebenen Auflagen Sorge getragen.

Im Rahmen des Aufgabenbereiches der Gruppe Amtssachverständige wurde, nach der schriftlichen Vorbegutachtung von wasserbaulichen und schifffahrtstechnischen Ansuchen für die MA 58, an 228 wasserrechtlichen und 43 schifffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren als Sachverständige teilgenommen, weiters an 130 gewerbe-, 43 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische- und gewässerschutztechnische Sachverständige. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 800 Ortsaugenscheine, Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen entsprechend dem Schifffahrtsgesetz wurden 243 Sportboote, 367 Mietboote und 8 schwimmende Anlagen begutachtet. Bei 208 Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien namens und auf Rechnung von Donaukraft fertig gestellt. Ebenso erfolgten die zugehörigen Ausführungsplanungen namens und auf Rechnung von Donaukraft. Weitere Planungen bzw. Baumaßnahmen bezogen sich auf die Einarbeitung von Bezirkswünschen, wie z.B. die Errichtung von Spielplätzen und Trinkbrunnen in die Stauraumdetailplanung und Aktualisierung des Informationsmaterials für den Donauhochwasserschutz.

Die Bauarbeiten zur Errichtung der Vorschüttung Nußdorf konnten beendet werden.

Am linken Donauufer wurde stromab der Reichsbrücke eine Schiffsanlegestelle errichtet. Weitere Bauarbeiten im Bereich der Donauinsel und der linken Dammverstärkung betrafen die Verbesserung der Infrastruktur. Des Weiteren wurden unerlässliche Rodungsarbeiten durchgeführt und Kinderspielplätze errichtet und erweitert.

Arbeiten kleineren Umfanges zur benutzerfreundlichen Ausgestaltung der Neuen Donau betrafen Pflasterungen, Rollierungsarbeiten und die Herstellung von Verankerungsfundamenten für Rettungsflöße. Es mussten einige Adaptierungen und Anschaffungen im Zusammenhang mit der neuen Mäheinheit durchgeführt werden, wie z.B. die Verbreiterung der bestehenden Rampen und die Herstellung neuer Slipanlagen.

Im Rahmen der 2. Ausbaustufe wurden im Bereich zwischen Floridsdorfer Brücke und der Brigittenauer Brücke Rodungsarbeiten durchgeführt.

Die Bauarbeiten zur Errichtung eines Schwimmsteges im Südteil der Neuen Donau auf Höhe Lobgrundstraße wurden beendet.

Die Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Planung des Hochwasserschutzes zwischen Hafen Lobau und Schönauer Schlitz und auf Planungen kleineren Umfanges im Bereich der Donauinsel bzw. des linken Donauufers. Die Planung des Schwimmsteges Copa Cagrana und des Kanals „Sunken City" wurde begonnen.

Das Nutzungskonzept für die Donauinsel aus dem Jahre 1979 wurde im Einvernehmen mit den planenden Dienststellen überarbeitet und aktualisiert und für eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat vorbereitet.

Die Untersuchung von Nutzungsmöglichkeiten im neu errichteten Stauraum des Kraftwerkes Wien Freudenau wurde im Rahmen eines Projektes durchgeführt.

Für das Projekt „Realteilung der DHK-Grundstücke" am linken Ufer der Donau erfolgten Grundgrenzenbegehungen; es wurden in der Natur Vermarkungen angebracht.

Weiters erfolgte die planliche Ausweisung von neu geschaffenen bzw. zusammengelegten Grundstücken auf rund 50 Prozent der gesamten Donauinsellänge.

In der Neuen Donau wurden regelmäßig Untersuchungen der Wassergüte und ökologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Erhaltung der fertig gestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfasste auch die fertig gestellten Teile des Rechten Donaudammes.

Zur Flächenreinigung und Entleerung der Müllbehälter auf der Donauinsel und dem Rechten Donaudamm wurde der 1993 angeschaffte „Inselstaubsauger" erfolgreich eingesetzt. Das 1988 erworbene Sauggerät musste durch ein neues ersetzt werden.

Die Generalinstandsetzung der elektrischen Anlagen des Einlaufbauwerkes wurde in Angriff genommen. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs der Neuen Donau auf ei-

ner Fläche von rund 50 ha fachgerecht zurückgeschnitten. Insgesamt wurden rund 2000 m³ Wasserpflanzen entfernt.

Die Gruppe Gewässeraufsicht nahm auch im Jahr 1998, die gemäß Wasserrechtsgesetz dem Landeshauptmann und der Bezirksverwaltungsbehörde übertragenen Aufgaben der Überwachung der Gewässer und Wasseranlagen gemäß § 130 WRG (Gewässerpolizei, Gewässeraufsicht und Gewässergüteaufsicht) wahr.

Erwähnenswert ist, dass im Berichtsjahr die Überprüfung des Magistrates durch externe Betriebsprüfer stattgefunden hat, was erhebliche Arbeitskapazitäten gebunden hat.

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden 406 Wasserbenutzungsanlagen, dabei handelt es sich großteils um Wasserentnahmen aus Grund- und Oberflächenwässern und auch um Wärmepumpenanlagen und Versickerungen von Kühlwässern sowie Baulichkeiten im Hochwasserabflussgebiet, überprüft.

Es erfolgten im Zuge der Überwachung von Abwasserreinigungsanlagen 141 Überprüfungen von Kläranlagen und 61 Mineralölabscheidern. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen der mit 31. Dezember 1998 befristeten ex-lege-Bewilligungen gemäß § 33g WRG 1959 für bisher nicht einzeln wasserrechtlich bewilligte mechanische Kläranlagen und Seifenabscheider wurden 87 Anlagen überprüft. 233 im Zuge von Fremdkontrollen erstellte Prüfberichte von Kläranlagen wurden begutachtet. Im Labor wurden 160 Abwasserproben von Kläranlagen, 43 Proben von Mineralölabscheidern, sowie 78 Grundwasser-, Oberflächenwasser- und Bodenproben untersucht.

Die routinemäßige Kontrolle der Grundwasserqualität im Bereich von altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Weiters wurden die vorhandenen Messnetze zur Überwachung und näheren Erkundung von Grundwasserkontaminationen weiterbetrieben. Dabei wurden 673 Wasserproben gezogen, die teils im eigenen Labor der Abteilung, teils durch abteilungsfremde Labors, wie jene der MA 15-IfUM, MA 22, bzw. von Zivilingenieuren analysiert wurden. Die regelmäßige Überwachung der Wasserqualität an stehenden- und fließenden Gewässern wurde durch die MA 15-IfUM im Auftrag der Abteilung weitergeführt, wobei von der Gewässeraufsicht, größtenteils mit automatischen Probesammlern 162 Oberflächenwasserproben gezogen worden sind.

Im Berichtsjahr wurden Mitarbeiter der Gewässeraufsicht bei 22 Schadstoffunfällen als anordnungsbefugte Organe der Wasserrechtsbehörde und als beratende Sachverständige für die örtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr tätig. In sechs Fällen war eine Ableitung von Schadstoffen über Regenwasserkanäle in Gewässern festzustellen und zu verfolgen. Im Sommer kam es zu einem Fischsterben geringeren Umfanges im Liesingbach, dessen Ursache nicht mehr feststellbar war.

In drei Bereichen wurden die in den Vorjahren wegen Gefahr in Verzug angeordneten Sofortmaßnahmen nach § 31 Abs.3 WRG 1959 weitergeführt. Die seit längerem provisorisch installierte Sperrbrunnen-Anlage im Bereich des Mobil-Mineralöllagers in Wien 22 wurde nach EU-weiter Ausschreibung gegen eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende Wasseraufbereitungsanlage bestehend aus mechanischer Vorreinigung, Strippung, Bioreaktor und Aktivkohlefiltration ersetzt. Das gereinigte Grundwasser wird vor Ort wiederversickert.

Hauptsächlich im Zuge von Umbaumaßnahmen an Tankstellen, Heizöllagerungen, Füllstellen usw. erkannte Boden- oder Grundwasserverunreinigungen wurden in genau 100 Fällen bekannt. Durch die Gewässeraufsicht erfolgte sodann die begleitende Kontrolle der Sanierung, häufig verbunden mit der Beratung der Verpflichteten und Koordinierung hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen. Hierzu wurden 814 Kontrollen und Koordinierungsbesprechungen abgehalten.

Mehrere großflächige Messnetze zur Überwachung der Grundwasserqualität auf diverse festgestellte Schadstoffe (hauptsächlich chlorierte Kohlenwasserstoffe und Bor) wurden insbesondere im 9., 11., 21., 22. und 23. Bezirk im Hinblick auf die Ermittlung der Verursacherfrage und zur Überwachung des weiteren Transportes der Schadstoffe weitergeführt.

Überprüfungen hinsichtlich vermuteter Missstände in der Abwasserentsorgung wurden mittels augenscheinlicher Kontrollen des baulichen Zustandes der Anlagenteile bei insgesamt 356 Liegenschaften vorgenommen. Im Vordergrund stand dabei, aufgrund einer politischen Anfrage, die Überprüfung eines gesamten Siedlungsgebietes im 21. Gemeindebezirk.

Sachverständige der Gruppe Gewässeraufsicht nahmen in 404 Verwaltungsverfahren an Verhandlungen teil. Dabei sind insbesondere die Neugenehmigungen und Revisionen von Betriebsanlagen, deren Tätigkeit mit Gewässergefährdungen verbunden sein können, zu nennen, sowie wasserrechtliche Verhandlungen.

Nach Durchführung teilweise umfangreicher Ermittlungs- oder Überprüfungsmaßnahmen wurden 563 behördliche Anfragen in Form von Erhebungsberichten und Gutachten beantwortet.

Gerinnebegehungen bzw. Gewässerbeschauten nach § 135 WRG 1959 wurden weitergeführt, wobei der Schwerpunkt dabei auf jenen Strecken des Liesingbaches lagen, die kurzfristig im Zusammenhang mit den geplanten Baumaßnahmen der MA 30 und MA 45 umgebaut werden sollen, um noch fehlende Erkenntnisse im Hinblick auf die Planungen zu gewinnen, bzw. allfällig erforderliche Anpassungsmaßnahmen an den Stand der Technik einzuleiten. Dabei wurden die bestehenden Wasserrechte überprüft und mehrere Fehleinleitungen und illegale Abwasserableitungen aufgezeigt.

Umfangreicher Überwachung bedürfen die zahlreichen Nass- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung und die Deponien, die routinemäßig mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden. Bei 299 Überprüfungen derartiger Anlagen, konnten mehrere Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt werden, die hauptsächlich in der Schüttung von nicht dem Konsens entsprechenden Materialien bestanden. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde dabei veranlasst und verwaltungsstrafrechtliche Schritte eingeleitet. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine enge Kooperation mit dem Labor der MA 22, wo Materialproben untersucht werden.

Im Zuge der Erhebung von altlastverdächtigen Standorten wurde die Gefährdungsabschätzung bezüglich einer Altdeponie, der „Krcalgrube", im 22. Bezirk fertig gestellt.

Im Rahmen der laufenden Instandhaltung der Feuerlöschbrunnen wurden an 4 Anlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt und 3 Brunnen mangels Bedarf der MA 68 aufgelassen.

In 22 Fällen von Übertretungen gesetzlicher Bestimmungen wurden Sachverhaltsdarstellungen bzw. Anzeigen an die Verwaltungsstrafbehörde gerichtet.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde auch im Berichtsjahr das Messnetz der Gruppe Hydrologie - soferne es die finanziellen Mitteln zuließen - auf den neuesten Stand der Technik gebracht bzw. dementsprechend instand gehalten. Ferner wurde auf dem Areal des Zentralfriedhofes eine automatische meteorologische Station errichtet.

Die Beweissicherung zur Dotation der Lobau, die Beweissicherung der Badewasserqualität der Neuen Donau und die limnologische Studie „Neue Donau" wurden weitergeführt.

An einem Projekt wurde die Auswirkung der „Musterganglinie" in der Neuen Donau auf das Umfeld nach dem Aufstau der Donau am Kraftwerk Freudenau dokumentiert.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau-Erhaltung umfasst Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Bächen und Gerinnen und stehenden Gewässern in Wien, insbesondere an der Alten Donau, am Liesingbach und am Wienfluss sowie an der Schwechat.

Am linken Ufer der Unteren Alten Donau wurden im Bereich Große Bucht - Rehlackenwiese - Seestern die Maßnahmen zur Oberflächenbefestigung der Uferpromenade weitergeführt und Maßnahmen betreffend die Verkehrssicherheit der Uferbäume begonnen. Fußend auf wissenschaftlichen Untersuchungen mussten Bäume geschnitten, gerodet und umfangreich neugepflanzt werden.

Weiters wurden in diesem Uferabschnitt zwei Pilotanlagen zur Sanierung reparaturbedürftiger Stiegenanlagen ausgeführt. An sanierungsbedürftigen Ufern der Unteren Alten Donau wurden Röhrichtzonen zur Verbesserung der Selbstreinigungskraft des Gewässers angelegt.

Im Zuge der Sanierung der Alten Donau wurde die Ufersanierung im Bereich der Unteren Alten Donau und die Erstellung eines Grundwassermodells durchgeführt sowie Maßnahmen zum Zwecke der Gewässerreinhaltung gesetzt. Darüber hinaus wurden wissenschaftliche Untersuchungen beauftragt.

Zur langfristigen Stabilisierung der Gewässergüte und zur Festlegung für weitere technische Sanierungsmaßnahmen der Alten Donau wurden die Arbeiten am Gewässermanagement fortgesetzt.

Die Fertigstellung der Verbindungsleitung Wasserpark - Alte Donau wurde mit Planungsarbeiten zur Verlängerung der Überleitung Wasserpark - LDS in die Neue Donau bzw. in die Obere Alte Donau abgeschlossen und mit der Floridsdorfer Überleitung Neue Donau - Alte Donau begonnen.

Der im Jahr 1995 begonnene Ausbau des Mauerbach-Retentionsbeckens zur Verbesserung des Wienfluss-Hochwasserschutzes wurde abgeschlossen. Dabei wurde der Umbau der Gerinnestrecke sowie des Grundablasses des Mauerbaches fertig gestellt.

Der im Jahr 1997 begonnene Ausbau der Auhof-Retentionsbecken wurde fortgesetzt. Dabei wurden in die Wehre 1 bis 4 und 6 bewegliche Wehrverschlüsse eingebaut. Durch die neu geschaffenen Wehröffnungen konnte der Wienfluss aus dem Umleitungsgerinne über ein neu angelegtes Flussbett in die Rückhaltebecken umgeleitet werden.

Die Revitalisierung des Umlaufgerinnes im Abschnitt Bachgasse bis Nikolaisteg wurde fertig gestellt.

Die Versuchsstrecke am Wienfluss wurde periodisch vermessen. Die Untersuchungen der Pflanzen umfassten periodische Vegetationsaufnahmen, Schadensbehebung und Dokumentation an den Bautypen und Ermittlung der maßgeblichen Belastung an den Pflanzen. Geomorphologische Untersuchungen beinhalteten die periodische Vermessung der Versuchsstrecke und die Messungen von Erosion bzw. Akkumulation an den Uferböschungen. Weiters erfolgte bei den bodenkundlichen Untersuchungen die periodische Entnahme und Aufbereitung von Bodenproben sowie deren Auswertung.

Das Detailprojekt für den Wienfluss im Abschnitt Pilgrambrücke bis Donaukanalmündung einschließlich der Abstimmung mit dem Kanalprojekt der MA 30 wurde fortgeführt.

Die Ideensuche „Nutzung freier Kubaturen der Wienflusseindeckung" im Bereich Naschmarkt bis Stadtpark wurde abgeschlossen. Mit der Ausarbeitung eines Nutzungskonzeptes auf Basis der Ergebnisse der Ideensuche konnte begonnen werden.

Die Injektionsmaßnahmen zur Sanierung der linken Wienflussmauer im Abschnitt Radetzky- bis Stubenbrücke wurden abgeschlossen. Mit der Sanierung der Maueroberfläche wurde begonnen.

Der Renaturierung des Liesingbaches und der Herstellung des Radweges im Bereich Willergasse wurden neben Vorgaben zur Verbesserung der Gewässerinstandhaltung und des Hochwasserschutzes folgende Kriterien aus dem Leitprojekt zugrunde gelegt:

- die Auflassung der Stauhaltung und der Geschiebeablagerung im Ausschotterungsbecken
- die Schaffung von Flachwasserzonen bzw. Schotterbänken und Verlandungszonen
- die Umgestaltung aller Abstürze in Form von Tümpelpässen
- das Aufbrechen der verfugten Sohlpflasterung und Schaffung einer mit Substrat bedeckten und verbreiterten Sohlfläche, sowie
- die Anhebung der Sohle zur Verringerung der großen Profiltiefe und Erzielung einer größeren Sohlbreite.

Die Baumaßnahmen zur abschnittsweisen Umsetzung des Revitalisierungskonzeptes wurden im Bereich Rodaun

bereits realisiert. Die Detailprojektierung für die Umgestaltung des Liesingbaches im Bereich Unterlaa-Inzersdorf nach der Herstellung eines Entlastungskanales der MA 30 wurden weitergeführt. Die Grundtransaktionsverhandlungen für den Erwerb von Ergänzungsflächen im Kernbereich wurden mit einem Teilabschluss fortgesetzt.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation Lobau", die eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. Die Planungen für die Erstellung eines Einreichprojektes zur Weiterführung des wasserwirtschaftlichen Versuches bis zum Uferhaus am Großenzersdorfer Arm wurden mit den Fachdienststellen abgestimmt. Um die Fließbedingungen im Altarmzug der Oberen Lobau weiter zu verbessern, wurden die Planungen zur Absenkung von Hochpunkten im Bereich der Stadler Furt forciert weitergeführt und abgeschlossen. Planungen zur Entwicklung eines ökologisch verträglichen Gewässermanagements im Nationalparkteil Untere Lobau wurden beauftragt.

Die Studien „Grundlagenerhebung Wienerwaldbäche", „Öffnung verrohrter Bachabschitte und Abflussverhältnisse Wienerwaldbäche" wurden fortgesetzt. Die Studie „Hochwasseranalyse Wienerwaldbäche" wurde begonnen und das Generelle Projekt zur Renaturierung des Schreiberbaches abgeschlossen.

Im Hafen Kuchelau wurden im Anschluss an die Uferadaptierung für das Donaukraftwerk Freudenau Vorschüttungen naturnah ausgestaltet, ein Teil der harten schadhaften Dammverbauung entfernt und Sumpf- und Röhrichtarten sowie Gehölze gepflanzt.

Am Lainzerbach, bachaufwärts des Waldemarweges, wurde im Rahmen eines Schulprojektes die schadhafte Pflasterung der Sohle und der Böschung aufgebrochen. Des weiteren wurden Uferaufweitungen, naturnahe Sohl- und Ufersicherungen sowie Bepflanzungen vorgenommen.

Im Rahmen des Tätigkeitsbereiches der Gruppe Sonderaufgaben erfolgte die Mitarbeit an der Vorbereitung bzw. der Durchführung von 93 Veranstaltungen, wovon 72 (davon 9 Groß- und 42 Sportveranstaltungen) im Donauinselbereich und 21 im Donaukanalbereich stattfanden.

Weiters wurden rund 3.500 Einfahrtserlaubnisse zur Befahrung des Donauinselbereiches mit Kraftfahrzeugen erteilt, wovon rund 2.000 Stück entgeltlich ausgestellt wurden.

Die Betreuung des Grilltelefons war mit der Zustimmung zu rund 940 Grillfesten mit etwa 22.000 angemeldeten Teilnehmern im Donauinselbereich verbunden.

Um vor allem das verbotene Befahren mit Kraftfahrzeugen sowie unerlaubte Grillaktivitäten hintanzuhalten, wurde in der Sommersaison im Donauinselbereich ein privater Aufsichtsdienst herangezogen. Von diesem wurden beispielsweise 1.247 Übertretungen des Fahrverbotes durch Kraftfahrzeuglenker festgestellt und dieser in der Folge zur Anzeige gebracht. Aufgrund von Meldungen der Wiener Naturwacht mussten rund weitere 270 Kraftfahrzeuglenker angezeigt werden.

Im Zuge von Strafverfahren (Beeinspruchungen von Strafverfügungen der Magistratischen Bezirksämter) waren 155 Stellungnahmen abzugeben.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung hat auch im Jahr 1998, wie in den vergangenen Jahren, Untersuchungen, Planungen und Projektierungen durchgeführt bzw. daran mitgearbeitet und in wasserwirtschaftlichen und anderen behördlichen Verfahren als wasserwirtschaftliches Planungsorgan mitgewirkt.

Hinsichtlich des Siedlungswasserbaues wurden zahlreiche Projekte erstellt bzw. bearbeitet.

So wurde der Grundwasserbewirtschaftungsplan Wien mit dem Teil B - 1. Abschnitt weitergeführt. Dabei wurden die Themen „Aktualisierung der hydrologischen Daten" (mittlere, maximale und minimale Grundwasserspiegel sowie deren Trend und Niederschlagsdaten), „Hydrologische Bearbeitung des Bereichs Liesing/Petersbach" (Lage des Stauers, Mächtigkeiten des potentiellen Grundwasserleiters und der Überdeckung), und „Abschluss der Erhebung der möglichen Grundwassernutzungen im Bereich der Stadt Wien" bearbeitet.

Das im Jahr 1994 begonnene Projekt zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz von Tiefengrundwässern wurde fortgesetzt.

Im Jahr 1998 wurden die folgenden Bearbeitungsschritte durchgeführt bzw. abgeschlossen:

- die Erstellung einer Vielzahl von geologischen Schnitten durch das Wiener Stadtgebiet durch: Korrelierung der lithologischen Informationen aus rund 10.000 Bohrungen, die Einarbeitung der geologischen Strukturen (Störungen) und die Einarbeitung der stratigrafischen Informationen.
- Im Zuge der Korrelierungsarbeiten wurden Fehler im Datenbestand der Bohrprofile korrigiert und die Korrekturen der MA 29 - Baugrundkataster übergeben, ferner erfolgte
- die Abtrennung (Grenzflächenfestlegung) des Quartärs vom Tertiär
- Erste flächenmäßige Darstellungen des Verlaufes der Untergrundschichten im Wiener Stadtgebiet wurden angefertigt.

Das Projekt „Immissionsnorm Liesing" wurde 1998 abgeschlossen. Bei einer magistratsinternen Projektsvorstellung fand es allgemeine Zustimmung. Mit der MA 58 (Wasserrechtsbehörde) wird derzeit eine mögliche rechtliche Umsetzung nach § 33 Absatz 2 WRG diskutiert. Außerdem erfolgt eine Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftlichen Planungsorgan von Niederösterreich.

Die Detailplanungen zur Nutzwasserversorgung des Wiener Stadtparks wurden 1998 in Zusammenarbeit mit der Gruppe Schutzwasserbau weitgehend abgeschlossen. Im Anschluss an die Durchführung eines Pumpversuches wird das Projekt voraussichtlich Anfang 1999 von der MA 42 zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht.

Im Zuge wasserrechtlicher Bewilligungsverfahren für die Grundwassernutzung zur Pflanzenbewässerung ist seitens des Bewilligungsbewerbers unter anderem der maximale Bewässerungsbedarf pro Jahr zu ermitteln und seitens der

Behörde auf Angemessenheiten zu überprüfen.

Da der bisher übliche Berechnungsansatz nach Blaney und Criddle die regionalen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt und einen zu hohen Jahresbewässerungsbedarf ausweist, wurde eine verfeinerte und wissenschaftlich besser abgesicherte Berechnungsmethode erstellt und für das Wiener Stadtgebiet grafisch ausgewertet.

In die Berechnungsmethode gehen aufbauend auf der Formel von Blaney und Criddle und unter Berücksichtigung des Niederschlages zusätzlich die nutzbare Feldkapazität des anstehenden Bodens, der Grünschnitt und verfeinerte klimatografische Randbedingungen ein. Die neue Berechnungsmethode wurde durch das Bundesamt für Wasserwirtschaft mit den Ergebnissen eines dort vorhandenen Bodenwasserhaushaltsmodelles verglichen und zeigte sehr gute Übereinstimmung.

Im Rahmen der „Gewässergüteerfassung" wurde der Betrieb der Messstationen fortgesetzt. Mit der stationären Messstation, die in der Industriegasse installiert ist, wurden Messungen an der Liesing sowie am dortigen Regenwasserkanal durchgeführt. Die Station „Kledering" wurde wegen der Beschädigung des Einlaufs abgeschaltet und auf die Überstellung zum neu geschaffenen Messplatz an der Landesgrenze - Breitenfurt/Zangerlestraße - vorbereitet. Mit der mobilen Messstation wurden Messungen der Wasserbeschaffenheit am Petersbach/Bernhard-Billes-Gasse am Mauerbach/Hohe-Wand-Gasse - und am Lainzer Bach/Spülbecken Ebersberggasse - durchgeführt.

Das Untersuchungsprogramm gemäß Wassergüteerhebungsverordnung (WGEV) umfasste die Abwicklung und den Abschluss der Auftragsvergabe, die laufende Kontrolle der Auftragnehmer (Kontrollproben, Plausibilitätskontrollen, Laborprüfungen, Kontrolle der Probenahme vor Ort), die Festlegung der Termine, die Übernahme und Prüfung der Daten, die Weiterleitung an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLF) bzw. Umweltbundesamt (UBA), die Untersuchung von 45 Grundwasser-Messstellen mit 4 Probenahmen pro Jahr; im ersten Halbjahr 1998 Bestimmung von rund 45 Parametern, ab Juli von etwa 95 Parametern (einschließlich Sonderprogramme für Metalle und Pestizide) je Untersuchung, die organisatorische Abwicklung für einen Teil der Untersuchungen an den Bundes-Messstellen an der Donau und am Donaukanal, die Abwicklung der Verrechnung mit den Auftragnehmern und dem BMLF für die Refundierung, den Messstellenwechsel bei einer Messstelle aus Gründen der Repräsentativität, die allgemeinen Datenauswertungen (Ganglinien, Mittelwerte, Charakteristik einzelner Gebiete usw.) und die Information der Gewässeraufsicht bei auffälligen Ergebnissen.

An den zwei Messstellen am Wienfluss erfolgten im ersten Halbjahr 1998 drei Probenahmen mit der Bestimmung von rund 25 Parametern, ab Juli wurde die monatliche Probenahme (davon einmal einschließlich Sediment) mit Bestimmung von rund 60 Parametern je Untersuchung durchgeführt.

Ein weiteres Aufgabengebiet der Gruppe stellt die „Grundwassersanierung" dar.

In der Diskussion um das neue ÖPUL 2000 - Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, Umsetzung der EU-Verordnung 2078/92 - wurden erstmals im Rahmen dieses Programmes wasserwirtschaftliche Forderungen stärker eingebracht. In zahlreichen Besprechungen wurde gemeinsam mit anderen Dienststellen wie MA 58, MA 49 und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ein Regionalprojekt für die Grundwasservorsorge erarbeitet, durch das eine Verbesserung der Grundwasserqualität in Problemgebieten erreicht werden soll.

Gleichzeitig wurde begonnen, eine Verordnung nach § 33f Absatz 2 WRG vorzubereiten, in der Überprüfungen von Anlagen und Aufzeichnungspflichten festgelegt werden sollen.

Als sektorenübergreifendes Projekt kann die Einrichtung eines Wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems (WWDBS) angesehen werden.

Das Jahr 1998 stand ganz im Zeichen der Umsetzung der bisher erarbeiteten Grundlagen. So wurde vom externen Softwarehaus die Eingabeapplikation programmiert, in Zusammenarbeit mit der MA 14 die Sachdatenbank strukturell geschaffen, sowie die Metadatenbank befüllt. Das Programm wurde laufend intern getestet und überarbeitet. Darüber hinaus entstanden Hilfswerkzeuge zur Datenbankadministration. Es wurde auch begonnen, die Datenübernahme der bestehenden Altdaten in das Zielsystem zu konzeptieren.

Die Arbeiten an der Wasserrechtsdatenbank (WRD) wurden fortgesetzt.

Da aus wasserwirtschaftlicher Sicht insbesondere in Wahrnehmung der Agenden des Wasserwirtschaftlichen Planungsorgans die Nutzungen der Gewässer eine besonders wichtige Daten- und Arbeitsgrundlage sind, werden seit 1992 Wasserrechtsdaten digital verwaltet. Der Fortschritt in der EDV-Entwicklung ermöglicht und erfordert eine laufende Weiterentwicklung dieses Systems, welches bisher ausschließlich in der Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung erfolgte. Dabei liegen die Schwerpunkte in der Erstellung von Auswerteroutinen, Berichten für diverse Fragestellungen, in der Verknüpfung von Sachdaten mit grafischer Hintergrundinformation und der Betreuung des Systems als Netzwerkapplikation. Neben der Aufarbeitung und Korrektur alter Datenbestände werden neue wasserrechtlich bewilligte Nutzungen an Oberflächengewässern und am Grundwasser laufend erfasst, aktualisiert und ergänzt. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der MA 58 als Wasserrechtsbehörde.

In der Wasserrechtsdatei sind die Datengruppen Stammdaten zu Brunnenanlagen und Oberflächenwassernutzungsanlagen (inklusive Lageinformation in Gauß-Krüger-Koordinaten), Bescheiddaten, Entnahme- und Rückführungszwecke, Entnahme- und Rückführungsmengen, Information über Konsensträger und Daten über betroffene Grundstücke enthalten. Die Anzahl der verwalteten Wasserrechtsobjekte beträgt rund 3.900.

Die Schwerpunkte der Arbeiten 1998 umfassten die Anpassung der Applikation an neue Erfordernisse, die Adaptierung an neue Software (Office 95), die Erweiterung des Benutzerkreises in der Abteilung durch neue Hardware, die systematische Überprüfung von Datenbankinhalten (intern), die Bearbeitung des MA 45 - internen Wasserrechts

- Archives und die Vorbereitung der Daten auf eine Implementierung in das Pilotprojekt WWDBS (=digitales Wasserbuch).

Als Instrument zur Information, Koordinierung und Abstimmung wasserwirtschaftlicher Planungen gemäß § 55 WRG 1959 wurde das wasserwirtschaftliche Projektsinformationssystem 1995 (PIS) fertig gestellt. Die Datenerfassung und Evidenz wurde 1997 fortgesetzt. 1998 wurde einerseits die Evidenz weitergeführt, zum anderen machte die Umstellung auf Office 95 programmtechnische Bearbeitungsschritte nötig. Die Anzahl der insgesamt erfassten Projekte mit Stand Ende 1998 beträgt 572.

Das Grundsatzkonzept für ein wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donauraum wurde 1998 begonnen und wird zu 50 Prozent aus EFRE (Europäischen Fonds für Regionalentwicklung) - Mitteln im Rahmen des EU-Förderungsprogrammes INTERREG II C gefördert.

Die Grundsatzstudie dient der Erfassung der vorhandenen und geplanten wasserwirtschaftlichen Informationssysteme im Donauraum, deren Funktionsbereichen und der diesen zugrundeliegenden Standards. Dabei wird von der Zielvorstellung von in den Ländern (Staaten) verteilten GIS-gestützten Datenbanken ausgegangen, die in der Funktion von Metadatenbanken bestimmte Eckdaten zur wasserwirtschaftlichen Situation in einem Land und die Transparenz betreffend die Datenlage und Maßnahmenprogramme sicherstellen sollen. Die Grundsatzstudie wird damit integraler Bestandteil des „Danube Pollution Reduction Programme", eines mit GEF (Global Enviromental Facilities) - Fördermitteln betriebenen Projektes des UNDP (United Nations Development Programme), das für die Internationale Kommission des Donauschutzübereinkommens erstellt wird und dessen Umsetzung dienen soll.

Die Arbeiten für einen Quellkataster wurden fortgesetzt. Daten zur genauen Lage der Quellen, des baulichen Zustandes, der Schüttung und vorhandener Wasserrechte werden digital erfasst bzw. systematisch ergänzt. Ziel ist die Erhaltung der Quellen im Hinblick auf ihren ökologischen Wert und ihre Funktion für die Naherholung. Die Möglichkeiten für kleinräumige Nutzungen bzw. die Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen sollen im Einzelfall beurteilt werden. Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung in wasserwirtschaftlich relevanten Arbeitsgremien.

Die 6. Sitzung der Arbeitsgruppe Gewässerschutz der ARGE Donauländer wurde am 5./6. November 1998 in Wien abgehalten. Als neues Mitglied wurde Serbien begrüßt, das mit Abschluss der 6. Sitzung den bisher von Wien geführten Vorsitz der Arbeitsgruppe übernommen hat.

Die Arbeiten betreffend EU - Angelegenheiten konzentrierten sich 1998 auf die Schwerpunkte Umsetzung von EU - Richtlinien in nationales Recht, die Bereitstellung von Daten im Rahmen des EU - Berichtswesens, die Begutachtung neuer Entwürfe der EU - Wasserrahmenrichtlinie sowie Stellungnahmen zu Fragen der Europapolitik, Bereich Wasser.

Die Beratungen erfolgten in Bund-Länder- und Länder-Länder-Besprechungen, die Arbeiten unter Einbeziehung weiterer berührter Dienststellen. Es wurden Gewässerschutzrichtlinien wie z.B. die Wasserrahmenrichtlinie (Entwürfe), die Trinkwasserrichtlinie RL 80/778/EWG, Kommunale Abwässer - RL 91/271/EWG, Badegewässer RL 76/160/EWG und Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen RL 91/676/EWG bearbeitet.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung wirkte mit im Interreg-Beirat und EU-Förderungen-Koordinierungsausschuss. Der Fördervertrag für das Projekt „Grundsatzkonzept für ein wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donauraum" wurde unterzeichnet und das Projekt begonnen.

Des weiteren wurden Informationsgespräche zum Aktionsprogramm der Donauschutzkonvention (Danube River Protection Convention) und dem Umweltprogramm Donaubecken (Danube River Basin Environmental Programme) sowie hinsichtlich des Entwurfes einer Donaucharta geführt.

Erwähnenswert ist noch, dass die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung bei der Vorbereitung und Durchführung fachlicher Präsentationen und Wirtschaftsinitiativen der Stadt Wien in China mitgewirkt hat und gemeinsam mit der MD-IB ein Übereinkommen für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet Wasserwirtschaft/Gewässerschutz mit ungarischen Regierungsstellen herbeiführte.

Im Rahmen nationaler Angelegenheiten erfolgte die Mitwirkung im ÖWAV (Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband) im Fachbeirat „Wasserwirtschaft" und in Arbeitsgruppen wie „Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme" und „Grundwasserwärmepumpanlagen" sowie im Österreichischen Normungsinstitut-Fachnormenausschuss 120 - Abwasserbeseitigung, Arbeitsgruppe 120.06 - Kleinkläranlagen, in der die ÖNORM B 2506 - Versickerungsanlagen, erarbeitet wurde.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und fünf Gruppen, die wiederum in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die Informationsstelle. Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Dabei sind besonders zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1998 hatte die Informationsstelle 1.587 Akten zu bearbeiten, wobei entweder aufgrund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder aufgrund von Erhebungen Berichte ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, übermittelt wurden.

Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus rund 1.960 Tageszeitungen und anderen periodischen Druckwerken etwa 200 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet.

Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1998 in 1.453 Fällen abgegeben.

Die Verkehrsinformationsstelle ist mit jeweils 3 Bediensteten der Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - besetzt, und zwar Montag - Freitag von 7.00-18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, welche Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit dies aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich ist. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen.

Weiters erteilte man in 3.002 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauchungen und ähnlichem. Die Informationsstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlasst gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Ebenso werden Termine, die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrenguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem werden telefonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrsinformationsstelle wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raume Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35-Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „Rosa Formular" durchgeführten Bauarbeiten geführt; diese Ablage ist bezirksweise, alphabetisch nach Straßennamen geordnet.

Die Gruppe 1 - Verkehrsorganisation und Planung, die sich bisher in drei Referate gliederte, wurde im Dezember 1998 umstrukturiert und besteht nun aus fünf Referaten analog der Bezirksreferate in der Gruppe 2-Straßenverkehrsbehörde. Zur Gruppe 1 gehörten bis zur Änderung das Referat 1 - Verkehrsorganisation. Es arbeitete unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirksteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab, beurteilt die von Ziviltechnikern erarbeiteten Verkehrsgutachten von Garagenneubauten und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs.

Das Referat arbeitet an der Planung der Tiefgaragen Rudolfstiftung, Mittersteig, Schönburggasse, Am Hundsturm, Lindengasse und Schwendermarkt. Ebenso an der generellen Planung des Wiener Garagenprogrammes und der Garagenrichtlinien.

Die Umorganisation des Verkehrs, Erarbeitung von verkehrstechnischen Untersuchungen, Überprüfung der Verkehrssituation, Prüfung von Verkehrsgutachten bzw. Neuordnung des ruhenden Verkehrs, betrafen im

1. Bezirk:	Judenplatz,
2. Bezirk:	Praterstraße, Volksprater (Straße des 1. Mai),
3. Bezirk:	Projekt Wien Mitte,
4. Bezirk:	Waaggasse- Preßgasse, Favoritenstraße, Wiedner Hauptstraße,
5. Bezirk:	Reinprechtsdorfer Straße, Hofgasse- Schloßgasse, Siebenbrunnenplatz, Sonnenhofgasse, Hotel Ananas, Schönbrunner Straße (Rund ums Amtshaus der Bezirksvorstehung 5),
6. Bezirk:	Gumpendorfer Straße,
7. Bezirk:	Kaiserstraße,
9. Bezirk:	Boltzmanngasse, Schwarzspanierstraße - Garnisongasse,
10. Bezirk:	Windtenstraße, Bebauung Schmidstahlgründe, Bebauung Dieselgasse,

11. Bezirk: Bebauung Ewaldgasse - Am Kanal,
12. Bezirk: Verkehrsorganisation Schlöglgasse - Belghofergasse,
13. Bezirk: Altgasse,
14. Bezirk: Heinrich-Collin-Gasse, Auhof - Center,
15. Bezirk: Hütteldorfer Straße , Oeverseestraße, Vogelweidplatz,
16. Bezirk: Yppenplatz,
18. Bezirk: Gersthofer Straße (Shell Tankstelle),
21. Bezirk: Verkehrsorganisation Nordrandsiedlung,
22. Bezirk: Verkehrsorganisation Essling und
23. Bezirk: Verkehrsorganisation Rodaun, Willergasse.

36 Tempo 30-Anträge wurden für ganz Wien bearbeitet, davon wurden 13 Bereiche im Jahre 1998 kundgemacht.

Weiters wurde in sämtlichen Gebietsbetreuungen der Stadt Wien mitgearbeitet, erfolgte die Abhaltung bzw. Teilnahme an Bürgerversammlungen, an 609 Amtsbesprechungen der MA 18, MA 19, MA 21, MA 28 sowie anderer Dienststellen der Stadt Wien.

Innerhalb des Referates 1 wurden etwa 235 Beantwortungen sowohl an Bezirksvorstehungen, amtsführende Stadträte, an das MD-Präsidialbüro als auch an Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle der Abteilung erstellt. Weiters wirkt das Referat Verkehrsorganisation bei Expertenverfahren und Stadterweiterungen bei verschiedenen Bezirksentwicklungsplänen und bei Fragen von Park-and-Ride-Anlagen mit.

Das Referat 2 - Verkehrstechnik und Projektierung - befasste sich mit der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie der Überprüfung deren Notwendigkeit.

So wurden z.B. VLSA an den Kreuzungen B 223 Gablenzgasse- Panikengasse und B 16 Favoritenstraße- Höhe Ekazentsteg festgelegt und auch bereits realisiert.

1998 wurden auch weitere Überprüfungen auf möglichen Gelbblinkbetrieb von VLSA aufgrund diverser Anträge durchgeführt; unabhängig von Einzelanträgen wurden weiterführend in einem Großprojekt alle bestehenden VLSA auf möglichen Gelbblinkbetrieb überprüft. In rund 20 Verhandlungen wurden die Örtlichkeiten einem behördlichen Verfahren unterzogen.

Es wurden rund 700 Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues begutachtet und entsprechende Änderungen zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs angeregt sowie an den entsprechenden Verhandlungen anderer Dienststellen teilgenommen.

Im Rahmen einiger Projekte war auch die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig. Die zahlreichen Projekte der Stadterweiterung (Laaer Berg usw.) wurden betreut; es erfolgte auch die Teilnahme an Expertenverfahren (z.B. Wienerberg).

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand erfordern weiters die Großprojekte, die etwa von der MA 18, MA 21 und der HL-AG betrieben werden. Hier sind unter anderem der Lainzer Tunnel und Projekte der B 12b Altmannsdorfer Anger bzw. dessen Ersatzprojekte, B 301 Südrandstraße mit der Spange zur A 23 Südosttangente Wien, B 229 und Umfahrung Breitenlee, das Projekt URBION, die Anbindung IKEA und die B 3 anhängig.

Umfangreiche Aktivitäten wurden auch durch das Projekt der Donau-City erforderlich.

Im Zusammenhang mit den Nutzungen auf der Platte über der A 22 Donauuferautobahn mussten die verschiedenen Projekte (Wohn- und Bürobauten, universitäre Einrichtungen) begutachtet werden.

Bei Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A (Autobahnen) wurden die Projekte für die Verbreiterung der A 23 SO-Tangente Wien im Bereich der Prater Hochstraße, Sanierungsmaßnahmen im Bereich Laaer Berg, Änderungen an der Anschlussstelle Sterngasse sowie Ergänzung der Wegweisung „Tulln" erstellt. Diese Projekte stellen die Grundlage für die Ermittlungsverfahren und die Einreichung zur Genehmigung bei der ASFINAG und Verordnung bei dem zuständigen Bundesministerium dar.

Bei U-Bahnprojekten wurden bei der generellen Planung der U1 - Nord und U2/5 Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ausgearbeitet, bei der Erstellung des öffentlichen Verkehrs-Sekundärnetzes mitgearbeitet sowie bei den U-Bahnprojekten folgenden Straßendetailprojekten für U3 - Simmering die notwendigen Verkehrsmaßnahmen festgelegt.

Weiters wurden verkehrstechnische und verkehrsorganisatorische Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Linien durchgeführt.

Das Referat 3 - Radverkehrsanlagen - konnte 1998 die Radfahrinfrastruktur um 58 km erweitern. Ende 1998 standen daher 713,62 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 78 auf derzeit 1.383 Örtlichkeiten erweitert werden.

Vom Projektkoordinator wurden Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegrouten geführt.

Die Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - ist seit Mitte 1998 - nach Auflassung der Gruppe 4 - Sondertransporte in 7 Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befasst:

Der erste Aufgabenbereich umfasst die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1998 wurden in diesem Zusammenhang 4.514 Anträge

behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerservice, der Bundespolizeidirektion Wien - Verkehrsamt, den Wiener Linien, der Wirtschaftskammer Wien und Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 StVO und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen.

Im Jahr 1998 waren dies 12.240 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die Magistratsabteilungen 28, 29, 30, 31, 33 und 42, Wienstrom, Wiengas, die Wiener Linien, das Fernmeldebauamt Wien, die ÖBB, die Fernwärme Wien Ges.m.b.H., Telekabel und auch Private. Im folgenden sind einige der wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1998 angeführt:

2. Bezirk :	MA 28 - Stadionallee, Meiereistraße, Straßenumbau
3. Bezirk :	MA 28 - U3/19 Oberflächengestaltung Erdbergstraße- Franzosengraben
4. Bezirk:	MA 28, MA 31 u.a. - Favoritenstraße Wiener Linien - Wiedner Hauptstraße- Große Neugasse
10. Bezirk:	MA 28, Wiener Linien, Gudrunstraße Unterführung ÖBB
11. Bezirk:	MA 28, Wiener Linien, u.a. - U3/20- U3/22, Simmeringer Hauptstraße und Umgebung
	MA 28- A4- Ostautobahn von Simmering bis Schwechat, Betondecke
12. Bezirk:	MA 28, MA 31, Wienstrom u.a. - Kerschensteinergasse - Längenfeldgasse - Kundratstraße
14. - 19. Bezirk:	MA 28 - Betonfeldsanierung Gürtel
14. Bezirk:	MA 28, Wiengas - Hadikgasse vor Einwanggasse
16. Bezirk:	MA 28 u.a. - U3/18, Huttengasse, Paltaufgasse, Thaliastraße
23. Bezirk:	MA 28 - Projekt Hochstraße - Ketzergasse - Willergasse - Breitenfurter Straße

Das Referat - Parkraumbewirtschaftung - wurde am 1. März 1993 eingerichtet, und zwar aufgrund der Verordnung vom 16. Februar 1993 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages, deren Wirkung mit 1. Juli 1993 festgelegt wurde.

Mit der Verordnung vom 3. Juli 1995 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages wurde die flächendeckende Kurzparkzone auf die Wiener Gemeindebezirke 6 bis 9 erweitert und mit Wirkung vom 1. August 1995 festgelegt, am 2. Juni 1997 trat die Verordnung für die Bezirke 4 und 5 in Kraft. Im Jahr 1998 wurden 3.297 Anträge bearbeitet.

Die beiden Referate der ehemaligen Gruppe 4 wurden nunmehr in einem Referat Sondertransporte zusammengefasst.

In Sondertransportangelegenheiten wurden 3.447 Anträge auf Routengenehmigung für übergroße und überschwere Transporte und Fahrzeuge gemäß § 40(3) und (4), § 82(5), § 101(5) und § 104(9) KFG bearbeitet. Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit erheblichen Gewichts- und Abmessungsüberschreitungen (Gesamtgewicht von 240 t, Transportlänge von 50,5 m Transportbreiten von 8,0 m und Transporthöhen von 7,0 m) erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung über Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen (z.B. U- Bahn) und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen (z.B. Ampeln). Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich.

In 36 Fällen wurden sportliche - teilweise bundesländerüberschreitende - Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt.

Für mobile Hebammen wurden 11 Ausnahmegenehmigungen von Halteverbotszonen erteilt.

Es wurden 1998 769 Ansuchen um Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b StVO gestellt und erforderlichenfalls Beobachtungsfahrten mit schwer behinderten Personen durchgeführt.

Es wurden 991 Filmbescheide mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen erstellt.

Weiters wurden Anträge auf Ausnahme des Nachtfahrverbotes (206 Anträge) und vom Wochenend - und Feiertagsfahrverbot (849 Anträge) bearbeitet.

104 Fahrzeuge der Wiener Fahrschulen wurden überprüft und Gutachten erstellt, ob diese für die praktische Ausbildung geeignet sind.

Für die Arbeiten der 5 Referate der Gruppe 3 - Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u.a. Aufstellung und Ausführung von Voranschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung durchgeführt.

Das Referat 1 - Detailprojekt und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) - überprüfte 1998 aufgrund von Anträgen und Beobachtungen 284 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon waren für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs 27 Projekte.

An 15 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Davon war an einer Örtlichkeit eine so genannte „Rot-Gelb"-VLSA zur Regelung und Sicherung von Gleisüberfahrten.

Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 7 teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepasst. Ferner nahm das Referat 315 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor. Weiters wurde an den Grundlagen für die dezentrale Ausschreibung und Angebotsprüfung mit Hilfe der EDV weitergearbeitet und mit von vorhandenen und laufend selbst ergänzten EDV-Programmen erstellte man die erforderlichen Projektunterlagen. Ebenso wurde im Einvernehmen mit der MA 14 eine Ausschreibung zum Einkauf einer Verkehrsingenieursoftware zur Erstellung von Verkehrsabläufen bzw. deren Simulation erstellt.

Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 22 Kabellegungen und Verteilerausbauten durchgeführt sowie 14 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen.

Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA - Baumaßnahmen wurden 77 Aufträge vergeben.

Im Zuge des Ausbaus der zentralen Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernseheinrichtungen wurden Kabelverlegungsarbeiten auf der Autobahn A 23 im Bereich der Praterbrück durchgeführt.

Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde für den Bereich Zentrum die Einrichtung eines Parkleitsystems ausgeschrieben und mit den Errichtungsarbeiten begonnen. Künftig stehen dem Fahrzeuglenker 47 dynamische und 96 statische Parkplatzhinweise zur Verfügung.

Für die Park & Ride - Standorte „Erdberg", „Copa Cagrana" und „Siebenhirten" wurde das im letzten Jahr begonnene Parkleitsystem fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Zur Information über etwaige Sperren auf der Autobahn A 22 im Bereich des Kaisermühlentunnels wurden im Bereich der Nordbrücke und auf der Autobahn A 23 im Bereich Anschlussstelle Handelskai neue Wechselwegweiser mit entsprechenden Hinweisen angebracht.

Erstmalig wurden für die Signalisierung aller Verkehrsteilnehmergruppen (Fahrzeugverkehr und Fußgänger) an insgesamt 4 Kreuzungen neue Signalgeber in LED-Technologie an Stelle von Glühlampen eingesetzt.

Das Referat 2 - Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale beantwortete 459 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 40 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren.

Weiters wurden an den 1.054 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 9 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten) 18 Geschwindigkeitswarnanlagen und 79 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. 135 Schäden durch bekannte Täter und 467 Schäden durch unbekannte Täter verursacht, wurden behoben.

Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte den Lampentausch durch, wofür etwa 102.300 Glühlampen einschließlich des Verbrauches für Ausfälle erforderlich waren. Weiters wurde 1 VLSA-Steuergerät, dessen Zustand dem technischen Standard nicht mehr entspricht, getauscht. Etwa 1.000 Störungen mussten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 45 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen im Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1998 wurden 15 Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben.

Das Referat 3 - Verkehrsleiteinrichtungen - ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig.

Insgesamt wurden Ende 1998 109.916 Verkehrszeichen in Email- oder Scotchliteausführung (rückstrahlend), 2.062 beleuchtete Verkehrszeichen und 595 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 2.637 Verkehrszeichen auf 1.676 Eisenständern neu aufgestellt.

Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 42 Wegweiser aufgestellt. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten bzw. der Änderung bestehender Verkehrsmaßnahmen wurden 11.987 Verkehrszeichen, 7.582 Zusatztafeln, 5.885 Eisensteher und 156 Kettensteher erneuert.

Im Zusammenhang mit der Erprobung von überfahrbaren Inselabsicherungen wurden 35 Sicherheitssäulen mit Bodenlicht und 54 unbeleuchtete Sicherheitssäulen aufgestellt.

Bei Verkehrsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden 254 transportable Verkehrszeichen aufgestellt.

Erwähnenswert ist noch die Mitwirkung im Ausschuss - Arbeitsgruppe „Verkehrszeichen" des österreichischen Normeninstitutes.

Durch die 19. Novelle der StVO und der Neufassung der Bodenmarkierungsverordnung ist es erforderlich, die bisher gelben Markierungen im Fließverkehr im Zuge von Erhaltungsarbeiten auf „weiß" umzustellen. Ebenso wird darauf geachtet, dass bei jeder Markierungsarbeit die durch die gesetzlichen Änderungen neue Markierungsgeometrie hergestellt wird.

Das Referat 4 - Bodenmarkierungen - brachte auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, rund 186.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Randlinien) sowie rund 28.800 m² Flächenmarkierungen (Schutzwege, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren rund 73.500 m, von den Flächenmarkierungen rund 13.000 m²

Kurzzeitmarkierungen.

Auf den Bundesstraßen B waren es rund 92.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 67.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie rund 16.500 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 4.500 m² Kurzzeitmarkierungen); auf Autobahnen rund 88.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 34.000 m Kurzzeitmarkierung) und rund 1.100 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 400 m² Kurzzeitmarkierung).

Außerdem bearbeitete das Referat 267 Verwaltungs- und 192 Gerichtsakte, davon 146 Anfragen im Zusammenhang mit der Parkraumüberwachung.

Weiters wurden die gesamten Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223, B 225 und Teile der B 1, B 227 im Rahmen von Erhaltungsverträgen komplett erneuert oder nachmarkiert.

Das Referat 5 - Budget - ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und 4 die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdabteilungen durch.

Im Detail betrugen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel (einschließlich der Budgetanteile der Bezirke):

1. Ausgaben Zentralbudget MA 46 und Bezirksbudget		
Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen:	S	88,606.000,–
Strom	S	21,120.000,–
Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen	S	85,468.000,–
Refundierungen der Stadt Wien an den Bund und diverse andere Budgetposten	S	31,031.000,–
2. Ausgaben Bundesbudget		
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen B + S	S	77,368.000,–
Provisorische Maßnahmen auf B + S	S	2,431.000,–
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen A	S	9,476.000,–
Provisorische Maßnahmen auf A	S	3,017.000,–
Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien	S	26,041.000,–
3. Ausgaben Referatskredit U-Bahn		
Definitive und provisorische Maßnahmen	S	13,566.000,–
4. Ausgaben Referatskredite MA 28- ERHOB		
Definitive Maßnahmen	S	3,060.000,–
Gesamtausgaben 1998:	S	361,184.000,–

Gruppe 4 - Verkehrssicherheit und Statistik

Seit Einführung des Wiener Verkehrssicherheits-Computers (1983) und mit Einrichtung des Unfall-Analyse-Systems UAS (1993) konnte im letzten Jahr die beste Unfallsbilanz bezüglich Personenschadenunfälle in Wien erreicht werden, die jemals verzeichnet wurde.

Es wurde somit im Jahre 1998 der Tiefststand der Unfälle der Jahre 1995, 1996 und 1997 weiter unterboten. 1998 haben sich daher um 3.142 Personenschadenunfälle weniger als 1983 ereignet, die Unfallzahl mit 4.600 Personenschadenunfälle ist die niedrigste Zahl an Verkehrsunfällen, die Wien jemals verzeichnet hat, der Rückgang 1983/1998 beträgt daher minus 40,5 Prozent.

Im letzten Jahr wurde aber auch die geringe Verletztenzahl des Jahres 1997 weiter unterboten, sodass nur mehr 5.971 Verletzte (einschließlich Tote) registriert werden mussten. Der Rückgang von 1983 bis 1998 beträgt genau 4.332 Verletzte (minus 42 %)

Die Zahl der Toten (39 Tote) im Jahre 1998 liegt nahezu ident mit dem Beststand des Jahres 1996 (38 Tote). Betrachtet man die statistische Entwicklung der Zählung 30-Tages-Toten, so konnte die Zahl der Toten von 169 (1983) auf 22 (1998) abgesenkt werden. Vergleicht man die Zahl der Toten 1998 (22) mit 1960 (268), so ergibt sich eine Reduktion um mehr als 90 Prozent.

Statistiken zeigen, dass Wien das sicherste Bundesland und die sicherste Stadt in Österreich ist.

Wissenschaftliche Grundlagen der Wiener Unfallforschung

Weiterführung des Erfolges durch neue wissenschaftliche Initiativen:

- Örtliche EDV-gerechte Unfallforschung und Unfalltypenforschung zur Sanierung von Unfallhäufungsstellen mit dem Wiener Unfall-Analyse-System UAS.
- Modernste Unfallsimulation zur Nachbildung von Unfall- und Gefahrensituationen und zur Beweisführung von Konfliktsituationen durch die Wiener-Crash-Simulation.
- Einrichtung des wissenschaftlichen Ludwig-Boltzmann-Institutes für Verkehrssystemanalyse, interdisziplinäre Unfallforschung und Unfallrekonstruktion zur Fact-Finding-Mission für neue Methoden der Verkehrs- und Verkehrs-

sicherheitsforschung in der Zukunft.

Bestehende bestens bewährte Verkehrssicherheitseinrichtungen werden fortgeführt.

- Weiterführung der Fachkommission für Verkehr zur Sicherstellung von ausgewogenen Planungen und Straßenbauten
- Weitere umfassende Maßnahmen für Kinder- und Seniorensicherheit durch den Jugendombudsmann (Schulkindersicherheit)
- Lückenlose Sicherheitsprüfung, laufende Verkehrssicherheitsbegutachtungen und Überwachung aller Projekte hinsichtlich Verkehrssicherheit
- Sicherheitsprüfung von größeren Baustellen und Baustellenumleitungsstrecken

Die Gruppe 5 - Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

Die Gruppe 5 der Abteilung ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte.

Das Referat 1 - Fahrzeuggenehmigungen - hat 1998 insgesamt 6.154 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen gemäß § 31 KFG 1967 und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge gemäß § 34 KFG 1967, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger gemäß § 104 Abs. 7 KFG 1967 und die Ausstellung von „10 km/h"- Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen gemäß § 96 KFG 1967.

Darüber hinaus wurden 2.912 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß § 33 KFG 1967 bearbeitet. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten wurden durch die vom Landeshauptmann von Wien bestellten Sachverständigen gemäß § 125 KFG 1967 erstellt.

Das Referat 2 - Angelegenheiten des KFG hat 1998 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten, Ziviltechnikern und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß § 57 a KFG 1967 1.474 Geschäftsfälle und der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrtschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern gemäß §§ 24 und 24 a KFG 1967 43 Geschäftsfälle behandelt.

Auf dem Gebiet des Transportes gefährlicher Güter wurden insgesamt 2.309 Geschäftsfälle behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt die hierfür erforderlichen Sachverständigengutachten, sowie Ausnahmebewilligungen, die Überwachung des Transportes gefährlicher Güter auf öffentlichen Straßen, Erteilung der Ermächtigung zur Lenkerausbildung und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Im Zuge von bau- und gewerberechtlichen Verfahren wurden 56 verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 12 so genannte COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der ÖKO-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Im Rahmen der von der MA 48 durchgeführten Fahrzeugskartierungen wurden in 33 Verhandlungen 2.993 Gutachten über den Fahrzeugzustand und die Verwertbarkeit von Fahrzeugen erstellt.

In Zusammenarbeit mit der Wiener Polizei wurden gemäß § 58 KFG 1.967 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle durchgeführt. Im Jahre 1998 wurden dabei 419 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 154 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrtechnischen Sachverständigen Gefahr in Verzug festgestellt und somit die Kennzeichen entzogen.

In zahlreichen Einsätzen wurde der Schwerpunkt auf die Kontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Taxifahrzeugen bzw. auf die Einhaltung von Geräuschvorschriften für lärmarme LKW gerichtet. An Wochenenden und in den Nachtstunden wurden so genannte „road runner" - Kontrollen durchgeführt. Auch die Prüfung von Fahrtschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern war Bestandteil dieser Kontrollen.

Über Anforderung des UVS - Wien und anderer Dienststellen wurden von der Gruppe 5 in 172 Geschäftsfällen im Rahmen von Verwaltungsstrafverfahren verkehrstechnische Gutachten erstellt.

Nach der Auflassung der Gruppe Sondertransporte - vormals Gruppe 4 - werden von der Gruppe 5 seit Herbst 1998 die Überprüfung der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen - 117 Geschäftsfälle - und die behördliche Bewilligung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn - 171 Geschäftsfälle - als neue Aufgabengebiete wahrgenommen. Außerdem werden im Auftrag der Bundespolizeidirektion Wien - Verkehrsamt Beobachtungsfahrten durchgeführt, um die technische Ausstattung von Ausgleichsfahrzeugen für körperbehinderte Fahrzeuglenker festzulegen.

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr wurden über Anforderung 2 Sachverständige gemäß § 124 KFG 1967 für Aufgaben der Typenprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern zur Verfügung gestellt.

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

1.0 Aufgabenkurzfassung:

Das Aufgabengebiet der Abteilung umfasst im wesentlichen Reinigung und winterliche Betreuung der öffentlichen Verkehrsflächen (ausgenommen Autobahnen), Sammlung und Verwertung beziehungsweise Entsorgung von Altstoffen und Abfällen und den Betrieb des städtischen Fuhrparks.

Daneben sind noch Aufgaben wie die Erstellung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erbringung oder Vergabe von Fahrleistungen, die Entfernung und Verwahrung von verkehrsbeeinträchtigend oder nicht genehmigt abgestellten Fahrzeugen, die Anbringung und Erhaltung von Tafeln zur Bezeichnung von Verkehrsflächen und die Planung, Errichtung, Verwaltung und Erhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten zu erbringen. Darüber hinaus sind natürlich auch die Gebäude und Grundflächen der Abteilung zu betreuen. Auch die Planung, Errichtung und Betreuung von Verwertungsanlagen für Altstoffe sowie Entsorgungsanlagen für Abfälle zählen zu den Aufgaben der Abteilung.

Im Rahmen der Informationstätigkeit werden neben der Information der Bürger auch Fachzeitschriften herausgegeben, die Abfallberatung durch externe Abfallberater organisiert und das Misttelefon betreut.

1.1 Organisation:

Zur Bewältigung dieser Aufgabenvielfalt ist die Abteilung in 5 Betriebsabteilungen untergliedert und verfügt außerdem über drei Stabstellen, die direkt dem Abteilungsleiter unterstellt sind.

Das Berichtsjahr 1998 war durch die „Umfassende Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien" wesentlich mitgeprägt. Die Abteilung wurde im Untersuchungsbereich 4 - Kommunale Dienstleistungen einer sehr detaillierten Organisations- und Effizienzüberprüfung unterzogen. Diese Überprüfung ergab die Bestätigung der derzeitigen Organisation und ein Einsparungspotential von 38 Dienstposten (1,1 % des Gesamtpersonals); es wurde eine effiziente Wahrnehmung der Querschnittsaufgaben (nur 6,9 % Verwaltungsanteil, statt vertretbaren 8 % bis 10 %) festgestellt und bestätigt, dass die Kennwerte der Sammel- und Transportleistungen in Wien im oberen Bereich internationaler Vergleichswerte liegen. Die Leistungssteigerungsraten in den letzten 4 bis 5 Jahren wurden von den internationalen Betriebsprüfern mit 7 Prozent p.a. in der Systemmüllsammlung, mit 7,5 Prozent p.a. beim Altpapier, mit 8,5 Prozent p.a. beim Altglas und mit 3,5 Prozent p.a. bei den Kunststoffverpackungen ermittelt. Auch die von der Abteilung in den letzten Jahren durchgeführte konsequente Rücknahme der Vergabequote und Erhöhung des Eigenleistungs-Anteils war für die Prüfer nachvollziehbar. Eine betriebswirtschaftlich erforderliche Gebührenerhöhung war eine weitere wichtige Aussage des Prüfberichts der externen unabhängigen Unternehmensberater.

2.0 Stabstellen:

2.1 Budget, Kostenermittlung und -vorschreibung

Im Berichtsjahr 1998 wurden vom Referat A.01- Budget, Kostenermittlung und -vorschreibung Kreditmittel in der Höhe von S 2.148,984.000 (ausgabenseitig, ohne Personalkosten) verwaltet, wobei der den Bezirken im Rahmen der Dezentralisierung überantwortete Budgetanteil von S 141,471.000 noch hinzuzurechnen ist (Bedürfnisanstalten und Teile der Straßenreinigung).

Neben den laufenden Budgettätigkeiten wurden 782 Kostenvorschreibungen (Sondereinsätze, Marktreinigungen, notstandspolizeiliche Maßnahmen) ausgestellt, 101 Anträge betreffend die Dezentralisierung (Bezirke) und 35 Anträge betreffend das Zentralbudget erstellt sowie unter anderem das Inventarsystem HANSY weitergeführt bzw. adaptiert.

2.2 Vergabe, Preisprüfung und Dienstkleider

Die Suche neuer Bezugsquellen und das Ansprechen des größtmöglichen Bieterkreises bringt Preisvorteile. Die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen stellt sicher, den größtmöglichen Bieterkreis anzusprechen.

Es wurden von der Abteilung insgesamt rund 86 Ausschreibungen durchgeführt. 9 davon europaweit aufgrund der Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes. Schwerpunkte waren die europaweit ausgeschriebenen Lieferaufträge betreffend Auftaumittel, Treibstoffe, Reifen, Abfallsammelbehälter aus Kunststoff für die Müll-sammlung und die getrennte Sammlung von Altstoffen; ferner europaweit Muldentransporte, Einsatz von privaten Straßenwaschmaschinen, Schlammsaugefahrzeugen, Altpapiersammlung im 6., 7. und 9. Bezirk, usw.

Gemeinsam mit der Betriebsabteilung - Technik wurden Ausschreibungen für den Verkauf skartierter Fahrzeuge und Geräte durchgeführt. Die Interessentenkartei umfasst rund 1.400 Anbieter.

Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 180 Freihandvergaben und Nachtragsangebote mit Auftragssummen über S 100.000,– auf Preisangemessenheit geprüft.

Im Berichtsjahr wurden rund 60 Bestellungen für Dienstbekleidungen wie Arbeitshosen, -Blusen, Sicherheitsschuhe usw. über die MA 54 im Auftragswert von rund 6,5 Millionen Schilling durchgeführt.

2.3 Informationsreferat

•Mist- und Schneetelefon

Im Jahr 1998 konnten 62.798 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1997 von 4,4 Prozent (60.144 Anrufe). Die Anrufe verteilten sich recht gleichmäßig über das Jahr, Spitzenwerte waren im Februar und März anlässlich von Verschickungen des Reparaturführers zu verzeichnen. Ab November erfolgte wieder die ständige Besetzung mit den Schneetelefonisten von 15.30 - 18.00 Uhr.

Durch Ausbau und Optimierung des Informationszugriffs beim Telefon können Fragen schneller und zunehmend ohne Rückfragen bei anderen Stellen im Haus abgearbeitet werden (z.B. Entleerungstage von Altstoffgefäßen). Das Misttelefon führt auch die Stichwortordner mit Adressen, Kontaktpersonen, Entsorgungs- und Sammeltips u.v.a.. Die Informationen sind in einem Computerprogramm erfasst und können direkt abgefragt werden. Dazu werden alle Meldungen, Beschwerden und Infomaterialbestellungen direkt mit dem Computer erfasst, gespeichert und ausgedruckt. Täglich werden Fernsehsendungen aufgezeichnet und für die Aufnahme in die Videothek gesichtet. Dazu gehört auch die Führung der Videothek mit Verleih.

•Mobile Abfallberatung und Veranstaltungen

1998 wurde die Mobile Abfallberatung von April bis Juni und September bis Oktober durchgeführt. Gratiskompost wurde abgegeben und an manchen Standorten das 48er-Trennspiel durchgeführt. Bei 128 Einsätzen konnten 15.165 Beratungen verzeichnet werden. Highlights in publikumsmäßiger Hinsicht waren unter anderem 21, Franz-Jonas-Platz, 13, Hietzinger Hauptstraße, 22, U1-Kagran, 20, U6-Jägerstraße, 7, Lerchenfelderstraße/Schottenfeldgasse und 12, Meidlinger Hauptstraße mit jeweils weit über 200 Beratungen pro Tag.

Bei 59 verschiedenen Veranstaltungen und Festen war das Info-Referat mit Informationen, Spiel und Spaß vertreten und konnte dabei 14.287 Besucher verzeichnen. Ein Baukastensystem ermöglicht die beliebige Kombination der Segmente Beratung, Gratiskompost, Müllvermeidungsausstellung in beliebiger Größe, Müllkasperl, Müllmodeschau, Bastelecke, Mülltrennspiel, Brettspiel „So ein Mist", Müllhindernislauf je nach Platzmöglichkeiten, Festcharakter und verfügbarem Personal rund um die vier Beratungs- und den einen Transportbus.

Das Info-Referat nahm im angelaufenen Jahr an vier Messen teil, und zwar an der „Gewerbe und Handwerk" (Schwerpunkt: Reparaturführer) im Juni, an der „Kinderideenmesse" (Schwerpunkt: Ökologische Schultasche) im September, an der „Interpädagogica" (Schwerpunkt: Ökologische Schultasche) im November und an der „Seniorenmesse" (Schwerpunkt: Reparaturführer) ebenfalls im November. Dabei konnten an 16 Tagen 5.227 Besucher verzeichnet werden.

Am 5. und 6. September 1998 fand in der Abfallbehandlungsanlage wieder ein Mistfest statt. Auf dem erweiterten Festgelände konnten fast 10.000 Besucher begrüßt werden. Attraktionen waren das Bühnenprogramm (mit Andy Lee Lang), eine Reparaturstraße (wo sich Betriebe aus allen in den Reparaturführern behandelten Branchen präsentierten) und die Präsentationen der Einrichtungen der Abteilung und vieler anderer Organisationen und Magistratsabteilungen.

•Bezirksmisttage

Im Rahmen dieser Aktion wurden jede Woche Dienstag und Mittwoch insgesamt vier Standorte in wechselnden Bezirken mit einem mobilen Beratungsstand besucht. Dabei wurden bezirksmäßige Schwerpunkte gesetzt. Viele Standorte, die aus Parkplatzmangel für die Citybusse nicht erreichbar sind, konnten so erschlossen werden. 1998 wurden 71 Standorte mit 6.893 Beratungen besucht.

•Inforad

Das Fahrrad ist auch für kleinste Stellen im dicht verbauten Gebiet der Innenstadt geeignet. Einsatzgebiet waren die Bezirke 1, 2, 4 - 9, 12 und 20. Aufgesucht wurden 61 Standorte und 3.354 Beratungen durchgeführt.

•Einkaufszentren

Sieben Wochen lang wurden Ausstellungsstände in Wiener Einkaufszentren eingerichtet. Neben Gratiskompost und Schautafeln zu Themen der Mistvermeidung war der Touch-Screen-Computer mit den Internet-Seiten der 48er und Videosequenzen die Hauptattraktion. Betreut wurden 7 Standorte und 26.592 Besucher.

•Sommerbäderaktion

Speziell für ein junges Publikum war der Besuch des Müllkasperls in den städtischen Sommerbädern im Juli und August gedacht. Neben dem Kasperltheater gab es auch Mitmachaktionen, Malen und Zeichen und eine Mistrallye. Bei 32 Aktionstagen gab es 7.073 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

•Komposttage

Im April wurde als neues Angebot „Komposttage" durchgeführt. Ziel war herauszufinden, welche Mengen Kompost in Kleingartenanlagen abgegeben werden können. Ein Citybus und eine Mulde Kompost wurden nach entsprechender Ankündigung einen Tag lang aufgestellt. An 9 Tagen wurden von 1.140 Besuchern rund 100 m^3 oder etwa

92 Tonnen Kompost abgeholt. Bei anderen Veranstaltungen gab das Info-Referat im ganzen Jahr rund 75 m³ oder 70 Tonnen Kompost ab.

Die Citybusse nahmen im April und Mai auf 13 Veranstaltungsplätzen an der Aktion „Wien im Blumenschmuck" des Stadtgartenamts teil. 1.692 Besucher waren bei den 48er-Ständen zu registrieren.

•Persönliche Beratung

Unter dem obigen Namen wurde ein Modell von Hausbesuchen in Schwerpunktsgebieten durchgeführt. Im Jahr 1998 wurden Wohnhausanlagen im 11. und 22. Bezirk besucht: Dabei wurden 6.297 Beratungen durchgeführt.

•Schulen und Kindergärten

Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen (ab 4. Schulstufe) durch Abfallbehandlungseinrichtungen der Abteilung (Zelt, Deponie, Kompostwerk) wurde fortgesetzt. Von März bis Juni und Oktober bis November wurden Fahrten für eine oder mehrere Klassen mit 7.849 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Parallel dazu wurden als Vor- oder Nachbereitung eine oder mehrere Schulstunden angeboten und von zahlreichen Klassen mit 6.286 Teilnehmern genutzt. Zur Forcierung des Umweltgedankens für die eigene Schultasche wurden vom Ökologie-Institut Kriterien für ökologische Schulartikel von der Schultasche über Schreibmaterial bis zur gesunden Jause entwickelt. Die dazugehörige Broschüre wurde über die Schulen im September an „Erstklassler" übergeben. Im Oktober fand zu diesem Thema auch eine dreiwöchige Aktion in Form von Schulstunden für Hauptschulen und AHS in 35 Klassen (840 Schüler) statt.

Für Volksschulen (1. - 4. Schulstufe und Vorschule) wurden eigene Weihnachtsschulstunden konzipiert und im Dezember vor 3.775 Kindern abgehalten. Für die Kleinsten in den Kindergärten wurde ein spezielles Programm rund um das Müllkasperltheater mit Basteln, Bewegungsspielen und anderem entwickelt. Drei Aktionen in den Winter- bzw. Sommermonaten mit 34 Aufführungen vor 700 Kindern waren ein voller Erfolg.

•In- und ausländische Delegationen

Das Interesse am Wiener Abfallwirtschaftsmodell lässt sich durch die wachsende Zahl von Delegationen aus dem In- und Ausland ermessen. 887 Personen nahmen an Führungen durch verschiedene Anlagen teil.

•Info-Material

An Broschüren sind „Das kleine Mist-ABC" (auch in englisch, serbokroatisch, türkisch, ungarisch, polnisch, slowakisch und tschechisch), „Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept-Kurzfassung", „Kompostieren" und „Problemstoffe vermeiden" verfügbar. Dazu wurden im Rahmen der Mistvermeidungskampagne die Reparaturführer 1. Teil (Produktgruppen Möbel, Elektrohaushaltsgeräte, Schuhe, Uhren und Fahrräder) und 2. Teil (Produktgruppen Foto und Video, TV-Geräte, Computer, Heimwerkergeräte, Gartengeräte, Sportgeräte und Teppiche), die Broschüre „Ökologische Schultasche" und die „48 Mist-Tipps" mit 48 Hinweisen speziell zur Mistvermeidung, neu produziert. Das Heftchen „Emily und das Müllpferd" soll schon die Kleinsten zur Mülltrennung animieren. Dazu wurden die Leistungsberichte von Abfallwirtschaft, Fuhrpark und Straßenreinigung, interne Schulungs- und Unterweisungsunterlagen sowie verschiedene Aufkleber und Hinweistafeln bestellt. Zur flächendeckenderen Verteilung werden an 18 Info-Ständern in Magistratischen Bezirksämtern und Hallenbädern Infomaterialien angeboten. Wegen des großen Verbrauches muss jeder Ständer wöchentlich nachbestückt werden. 42.048 Broschüren konnten im letzten Jahr verteilt werden. Durch Bestellung über das Misttelefon bzw. bei Veranstaltungen wurden insgesamt 8.877 Versendungen von Info-Material durchgeführt. Darüber hinaus konnten 17.500 Exemplare der Broschüre „Ökologische Schultasche" an alle „Taferlklassler" verteilt werden.

•Geschirrmobil

Das 48er-Geschirrmobil war 1998 das erste Jahr durchgehend im Einsatz. Bei 14 verschiedenen Veranstaltungen waren 61 Einsatztage zu verzeichnen. Beim Einsatz am Stephansplatz (Punschhütte) konnten beispielsweise durch den Einsatz der Mehrweghäferl mehr als 50.000 Plastikbecher vermieden werden.

•Abfallberater

Der Personalstand der im Auftrag der Abteilung tätigen Abfallberater wurde durch zwei neue Kurse wieder aufgestockt. Seit 1998 werden neue AbfallberaterInnen nur noch mit Gewerbeschein angenommen. Ende des Jahres waren 13 AbfallberaterInnen mit Gewerbeschein tätig. Deren Aufgaben umfassen die ganze Palette von Abfallinformationen: Misttelefon, Betreuung von Beratungsständen, Mobile Abfallberatung, Schulprojekte, Führungen, Gewerbe- und Kompostberatungen. Dafür wurden 20.158,5 Stunden aufgewendet.

•Mistvermeidungskampagne

Von Ende Mai bis Jahresende lief die Mistvermeidungskampagne. In Zusammenarbeit mit der MA 53 und einer Werbeagentur gab es zahlreiche Inserate in Tageszeitungen und Magazinen, mehrere Citylight-Plakatdurchgänge, Hörfunkspots, Kooperationen mit Tageszeitungen (Kurier) und Fernsehen (Wien1), zwei Beilagen in der Zeitschrift „Unser Wien", einen Vermeidungswettbewerb für das Gewerbe und vieles andere. Mehrere Pressekonferenzen und die Schlussveranstaltungen wurden durchgeführt.

3.0 Allgemeine Dienstleistungen:

•Planungsreferat

Das neue Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1998 ist als Rohschrift fertig gestellt und soll zu Jahresanfang 1999 zur Stellungnahme ausgesandt werden. Dafür musste ein System zur Berechnung der Abfallmengen in Wien erarbeitet, mit den Erhebungen der MA 22 und den Untersuchungen der Universität für Bodenkultur, Abteilung Abfallwirtschaft, abgeglichen und standardisiert werden. Ein Forschungsprogramm für die Vermeidung ist ausgearbeitet und soll in den kommenden Jahren schrittweise realisiert werden.

An Forschungsarbeiten kam es für die Untersuchungen zur Anwendungsoptimierung von Biotonnenkompost der Stadt Wien, die Umweltbilanz von Einweg- und Mehrwegverpackungen anhand von Mineralwasser, die Fortsetzung der Langzeituntersuchungen über die Auswirkungen von Kaliumkarbonat als Auftausalz auf Pflanzen und Boden zur Fertigstellung der Teiluntersuchungen.

In Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 17, 39 und 54 konnte ein Technikumsversuch über die Wirkung diverser umweltfreundlicher Auftaumittel in der Kältekammer des Arsenals durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden für die Auswahl der Streumittel für den Praxisversuch herangezogen.

Weitere umweltfreundliche Wasch- und Reinigungsmittel sind in Zusammenarbeit mit dem Fuhrpark erprobt und bewertet worden und vergrößern damit die Auswahlmöglichkeit der von der Abteilung benötigten Produkte.

•Berichtswesen und Statistik

Neben den jährlich zu erstellenden Leistungsberichten der Betriebsabteilungen sind noch diverse statistische Anfragen aus dem Magistrat und dem Statistischen Zentralamt bearbeitet worden.

Auch die laufende Überprüfung des Ist-Standes der die Abteilung betreffenden Normen (national und international) anhand des Perinorm-Programmes wird bei Bedarf durchgeführt.

Die Müll- und Altstoffanalyse 1997/98 in Wien konnte abgeschlossen werden. Die Straßenkehrrichtanalyse 1998/99 ist noch im Laufen.

•Labor

Insgesamt wurden an 805 Proben von Deponie, Kompostwerk, Schlackenbehandlung, Streusplittrecyclinganlage und sonstige Anfallstellen 7.649 Analysen durchgeführt.

Im März 1998 wurde an einem Ringversuch der Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Versuchanstalten (ALVA) teilgenommen.

Für die Beurteilung von verfestigten Abfällen wurden 18 Probekörper aus Asche- Schlackenbeton hergestellt. An den Probekörpern wurden Eignungsprüfungen bezüglich Elutionsverhalten, Schnellkarbonatisierung, Porosität, Frost-Tau-Beständigkeit und Schnellalterung und 147 Schwermetallanalysen durchgeführt:

Im Zuge der Problemstoffsammlung mussten insgesamt 19.300 kg Problemstoffe übernommen und sortiert werden. Darüber hinaus wurden 7.038 sortierte Gebinde und 400 Notfalltonnen im Gesamtgewicht von 4.489 kg und 72 Einweggebinde für Quecksilber übernommen und 816 Identifikationen zur Zuordnung durchgeführt.

Insgesamt mussten 893 Substanzen identifiziert werden, davon stammten 816 aus der Anlieferung und 71 aus Großgebinden.

•Baureferat

Im Amtshaus der Abteilung in 5, Einsiedlergasse 2, wurde ein neuer Funkraum adaptiert. Neben Umbauten und Sanierungsarbeiten in den Garagen 5, 20 und der Abfallbehandlungsanlage konnte in der Hauptwerkstätte eine neue Werkstättenhalle gebaut.werden. Auf der Deponie Rautenweg wurde ein Kübellager eingerichtet und die Garage vergrößert. Um das Kompostwerk Lobau wurde ein 4 m hoher Zaun errichtet.

In Wien werden derzeit 343 städtische Bedürfnisanstalten zur Reinigung, Betriebsführung und Instandhaltung verwaltet. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren an insgesamt 70 Tagen eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden im Auftrag der MA 23 zwei WC-Anlagen im Rathauspark errichtet. Weiters wurden 7 öffentliche Bedürfnisanstalten in die Verwaltung zur Betriebsführung, Reinigung und Instandhaltung übernommen. Die Anlage in 14, Breitenseer Straße, wurde im Zuge der Oberflächengestaltung der Linie U3 abgetragen. Drei Anlagen wurden behindertengerecht umgebaut, eine Anlage fertig gestellt und eine weitere an die Kanalisation angeschlossen. Für die Anlage in 16, Yppenplatz, wurde der erste Sanierungsabschnitt abgeschlossen. Weiters wurden mehrere WC-Anlagen vandalenresistent ausgestattet und zahlreiche Vandalismusschäden behoben.

Insgesamt konnten 15 Unterkünfte der Straßenpflege saniert und zwei neue Unterkünfte übernommen werden. Zusätzlich sind zwei neue Silos für Taumittel und eine Soleanlage für den Feuchtsalzbetrieb verfügbar. Der provisorische Mistplatz in der Wundtgasse ersetzt den während der Umbauzeit nicht benutzbaren Platz.

Für die Abfallwirtschaft konnten 20 Unterkünfte umgebaut und saniert werden, für weitere 3 Unterkünfte ist die Planung angelaufen, 2 neue Unterkünfte sind an die Benutzer übergeben worden. Ein Stützpunkt wurde aufgelassen.

Neubenannt und umbenannt wurden 23 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 11 Straßenbenennungstafeln an den fertig gestellten Anbringungsorten montiert bzw. 98 Tafeln bestellt wurden. Bei im Jahre 1995 und 1997 neubenannten Straßen und Gassen wurden jeweils 4 bzw. 81 Tafeln montiert. Bei 7 neubenannten Straßen, Gassen und

Plätzen wurde eine Festveranstaltung durchgeführt. Weiters wurden 365 Straßenbenennungs-, 11 Hinweis- und 4 Orientierungsnummerntafeln erhoben, bestellt, geliefert und teilweise montiert. 110 Schäden konnten behoben werden und 1.584 Reparaturen einschließlich Reinigung der Tafeln wurden durchgeführt und zusätzlich 182 Stück Straßenbenennungstafeln gereinigt. Über Auftrag der MA 53 wurden in 13 Bezirken bei Straßen, Gassen und Plätzen 58 Erläuterungstafeln angebracht.

4.0 Personal und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

•Personal

Mit 31. Dezember 1998 waren 3.132 Dienstposten einschließlich der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 243.

Im abgelaufenen Jahr wurden von der Personalstelle 543 Abgänge und 515 Zugänge bearbeitet, sowie 70 Vertragseingaben und 42 Verwendungsänderungen beantragt.

Darüber hinaus wurden 8 höherwertige und 2 nicht höherwertige Dienstposten bekannt gemacht.

Die Einführung des MitarbeiterInnenorientierungsgespräches und der neuen MitarbeiterInnenbeurteilung, als Pilotprojekt in der Abteilung, wurde mit besonderem Engagement betrieben und hat sich bereits als effizientes Instrument des modernen Personalmanagements bewährt. Die Personalstelle hat außerdem Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen abgehalten und veranlasst, bei denen im Speziellen die Anforderungen und Schwierigkeiten der einzelnen Arbeitsbereiche aufgezeigt und im Bedarfsfall Verbesserungs- bzw. Lösungsvorschläge angeboten werden.

•Rechtsangelegenheiten

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahre 1998 an 1.334 Schadensfällen beteiligt, von denen 827 die Abteilung betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 856 Fälle abgeschlossen werden und an Schadenersatzforderungen konnten von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen S 3,032.445,78 hereingebracht werden.

Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe, usw.) durch Fremde wurden in 757 Fällen insgesamt S 1,514.664,26 einbringlich gemacht.

•Betriebskassa

Der Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz betrug S 47,997.000

5.0 Fuhrpark:

•Wirtschaftsreferat

Die Hauptaufgaben waren im Berichtsjahr die Zuständigkeiten im Bereich EDV, Budgetverwaltung, Kostenrechnung, Betriebsnummern-Vergabe, Wirtschaftsgut-Nummern-Vergabe, die Verwaltung der betriebsinternen Parkplätze und die Betreuung der Abschleppgruppe.

Das Referat vertrat die Interessen des Fuhrparks und fungierte als EDV-Problemanlaufstelle für die Abteilung. Dazu gehörten die Aufteilung von Hard- und Software, die Bestimmung der Zugriffsberechtigungen, das Evidenthalten des systemisierten EDV-Gerätestandes, die Vorbereitung zur Einführung von SAP, die Mithilfe bei der Integration des Lagerwirtschaftssystems EWS und die Mitplanung beim neuen Funktisch der Abteilung. Um der Mittlerrolle zwischen Fuhrpark und EDV-Fachabteilung gerecht zu werden, wurden regelmäßige EDV-Besprechungen abgehalten.

Die Aufgaben bei der Budgetverwaltung umfassten die Voranschlagsplanung, das Führen des Investitions-Budgets, die Investitionsplanung, die Aufteilung und Evidenthaltung der Budgetmittel auf die Kreditführer im Fuhrpark und die Mitarbeit beim Rechnungsabschluss.

Für die Kostenrechnung wurden das Modell einer Vollkosten-Rechnung erarbeitet, Kostenstellen vergeben und die Abstimmung mit der MA 3 und der Buchhaltungsabteilung herbeigeführt. Das Anlagevermögen wurde, unter Einbeziehung der Inventarführer, gemeinsam mit dem Referat A.01. einer eingehenden Prüfung unterzogen und korrigiert.

Für die Abfrage von KFZ-Daten im Intranet der Gemeinde Wien, wurden Benutzerkreise definiert.

Die Stabstellentätigkeit für die Abschleppgruppe umfasste diverse Diensteinteilung, die Mitbearbeitung von Einsprüchen und Beratung in allen wirtschaftlichen Belangen.

Weiters war das Wirtschaftsreferat bei der Planung und Einführung des Qualitätsmanagements in der Abschleppgruppe und im Fuhrpark miteingeschlossen.

Zu den Tätigkeiten des Referates zählte auch die Betreuung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Im Speziellen gab es bei den Fahrzeugen, vom Typ „Citroen AX Electrique", die ersten Mängel (Batterietausch) und Unfälle, welche technisch als auch organisatorisch betreut wurden.

•Sicherheitsreferat

Aufgabe des Sicherheitsreferates war auf die Bestimmungen der Arbeitssicherheit und des Brandschutzes in allen

Bereichen des Fuhrparks zu achten und Abweichungen aufzuzeigen. Dazu gehörte die Beratung der Leitung vor Ort in diesen Angelegenheiten, die Begehung der Arbeitsstätten, die Ermittlung und Beurteilung der festgestellten Gefahren sowie das Vereinbaren von Maßnahmen zur Abstellung dieser Mängel. Weiters wurden die Sicherheitsfachkraft und der Brandschutzbeauftragte gestellt sowie arbeitsschutztechnische Untersuchungen wie z.B. Lungenröntgen oder Eignungsuntersuchungen beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen organisiert. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit 1998 war die Erstellung von Unterweisungsunterlagen und Einschulungsunterlagen, die in Zusammenarbeit mit Kollegen in den Werkstätten und Garagen erstellt wurde. Diese Unterlagen umfassten die Beschreibung der möglichen Gefährdungen der Tätigkeiten sowohl von Lenkern, Werkstättenpersonal als auch Bürotätigkeiten bzw. Beschreiben technischer Punkte, die bei der Einschulung an bestimmten Fahrzeugtypen zu berücksichtigen waren.

Eine weitere Aufgabe des Referates war die Organisation von Weiterbildungskursen für den Fuhrpark sowie von diversen technischen Veranstaltungen für die Abteilung bzw. bei der Lenkerausbildung für den gesamten Magistrat.

•Personal & Organisation

Dem Referat oblagen im Wesentlichen das Dokumentations- und Berichtswesen, der Umweltschutz, die Personalführung und die Systemisierung der Fahrzeuge im Fuhrpark.

Das Berichtswesen im Fuhrpark bedeutete die Erstellung bzw. Korrektur des Leistungsberichtes, des Verwaltungsberichtes, der Tätigkeitsberichte, der Umweltberichte und der Wirtschaftsberichte sowie die Aufgaben für das Österreichische Statistische Zentralamt.

Die Mitarbeit im KLIP-Team, die Erbprobung von alternativen Antrieben und alternativen Treibstoffen sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften waren Elemente des Umweltschutzes.

Das Personalwesen im Fuhrpark beinhaltete die Ausschreibung höherwertiger Dienstposten, das Führen des Dienstpostenplanes, die Organisation von Verkehrssicherheitstests, die Kontrolle der Überstunden und sämtliche Dienstnehmerhaftpflichtangelegenheiten. Auch war dieses Referat erster Ansprechpartner für die Personalabteilung und die Personalvertretung.

Bei der Anschaffung von systemisierungspflichtigen Fahrzeugen wurde die notwendige Systemisierung, auch für Fremdabteilungen, veranlasst bzw. eventuell notwendige Skartierungen eingeleitet.

Weiters wurde das Referat im Berichtsjahr mit der öffentlichen Vergabe von Fahrzeugen bis 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht für den Magistrat und die Wiener Stadtwerke betraut.

•Technik

Ausstattung und Inbetriebnahme einer neuen LKW-Reparaturhalle für sechs Fahrzeuge. Umsetzung der Sicherheitsauflagen (Sicherheitsschränke, Erneuerung von Werkzeugmaschinen, Einsatz von Absauganlagen usw.). Weiterführung des Testbetriebes mit RME. Beginn einer Testreihe mit umweltschonenden Vergasertreibstoff für Rasenmäher, Freischneider, Kettensägen usw.

•Technischer Referent

Der Bereich Technik schaffte für die Abteilung 285 Fahrzeuge und Geräte an. Beim Ankauf von Neufahrzeugen und Geräten wurde wie immer auf umweltfreundliche Komponenten wie Lack, Lärm, Abgase, Treibstoffverbrauch usw. besonders geachtet. Die Ölwechsel-Intervalle wurden verlängert, um den Altölanfall zu verringern. Gleichzeitig wurden biologisch abbaubare Öle und Fette bei Hydraulik- und Zentralschmieranlagen eingesetzt. Asbestfreie Brems- und Kupplungsbeläge kommen ebenso zum Einsatz wie schadstoffarmer Dieseltreibstoff. Das Referat schaffte im Berichtszeitraum für 27 andere Magistratsabteilungen nach vorhergehender Beratung 264 Fahrzeuge und Geräte an. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 62 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Jedes einzelne Fahrzeug bzw. Gerät wurde bei dessen Lieferung auf seine Funktion und Vollständigkeit überprüft und zugleich datenmäßig für die Fahrzeugtafel der Abteilung erfasst. Analog der Anzahl von Neuanschaffungen an Fahrzeugen und Geräten wurden die der Skartierung zugeführten Altgeräte jeweils vorher einer entsprechenden Besichtigung unterzogen und zur Ausscheidung freigegeben. Weiters wurde die Begutachtung von insgesamt rund 100 Schäden an verunfallten Fahrzeuge der zu betreuenden 27 Magistratsdienststellen einschließlich der mobilen Krankenschwestern und die Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge sowie die Rechnungsprüfung und die Weiterleitung an die Versicherung durchgeführt.

•Typisierung, Telefon, Funk

Das Referat schaffte für die Abteilung 115 Anlagen und Geräte, wie Kopiergeräte, Funktelefone, Personenrufempfänger usw. an.

Der Fuhrpark verwaltet 3.450 Versicherungspolizzen für haftpflichtversicherte Fahrzeuge der Gemeinde Wien.

Durch das Referat erfolgten 738 An- und Abmeldungen von Kfz, Motorrädern und Anhängern des gesamten Magistrats, ausgenommen die MA 68, bei der Bundespolizeidirektion (Verkehrsamt).

Bei der zuständigen Behörde wurden 24 Kraftfahrzeuge vorgeführt, die einer Neugenehmigung bedurften bzw. an denen kraftfahrrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden. Weiters wurden Wiegekarten, Fotos, die technischen Beschreibungen und Gutachten von den jeweiligen Fahrzeugen bestellt.

Insgesamt wurden bei 23 Skartierungsverhandlungen 340 Fahrzeuge und Geräte skartiert. Für die zum Verkauf

angebotenen Fahrzeuge und Geräte wurde eine Erlös von S 4,208.655,33 erzielt.

In der Abteilung waren insgesamt 771 Mobilfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage der Abfallbehandlungsanlage vorhanden. Ferner standen 285 Personenrufempfänger in Verwendung. Es wurden rund 120 Personenrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienstkontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Die Abteilung hatte 165 Mobiltelefone, 36 Telekopiergeräte und 42 Schnurlostelefone in Verwendung.

Für 1.450 Fahrzeuge der verschiedensten Magistratsdienststellen wurden für die 1999 notwendigen Autobahnvignetten (Neuanmeldungen bzw. Ersatz) administriert und erworben.

•Materialwirtschaft

Die Materialwirtschaft war zuständig für die Beschaffung und Lagerhaltung von Betriebsmitteln und Reparaturersatzteilen für Geräte und Fahrzeuge sowie für Gebrauchsartikeln der Abteilung.

Neben der Abwicklung der laufenden Geschäfte waren 1998 die Hauptaufgabe Start des „Einkaufs- und Wareneingangsteuerung"-Programmes, Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeiten für die Einführung von SAP, Überarbeitung sämtlicher Lagerartikel mit Hinblick auf Notwendigkeit, Lagerbestände und exakte Materialbezeichnung sowie der Umbau des Hauptlagers im Bereich Eisenlager.

Die Zahl der Bestellungen hatte sich gegenüber 1997 von 10.236 auf 14.764 erhöht.

Durch die Erhöhung der Anzahl der Einzelbestellungen erreichte das Referat einen schnelleren Zugriff zu den benötigten Materialien. Zahlreiche Lieferanten lieferten bereits täglich zweimal kostenlos.

•Arbeitsvorbereitung

Das Referat erstellte 1998 1.945 Reparaturlisten für die Fahrzeugreparatur der HW17. Die Bearbeitung von 324 „Unfallfahrzeugen", die Vergabe von 2.029 Überprüfungstermine (alle Magistratsabteilungen), die EDV-mäßige Erfassung von 295 Fremdreparaturrechnungen und die 250 Kontrolllisten der momentanen Arbeiten gehörten ebenfalls zu den Aufgaben der Arbeitsvorbereitung.

•Hauptwerkstätte

In der Hauptwerkstätte wurden 1.945 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 21 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 949 Stückreparaturen, in 898 Fällen der An- und Abbau von Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen sowie 784 Reparaturen an Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, weiters 2.029 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55(1)/57/1/1-KFG, 427 Nachprüfungen, 528 Durchsichten, 257 Tachografenüberprüfungen und 40 Tachoreparaturen durchgeführt. Weiters wurden verschiedenste Arbeiten für die Straßenreinigung, die Abfallwirtschaft, den Fuhrpark, die Abschleppgruppe, das Informationsreferat und die Zentrale, angefangen bei Handkarrenreparaturen über Wandverbauten und Stellagen, erledigt.

•Dienstkraftwagenbetrieb

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug im Dezember 1998 103 Personenkraftwagen, 20 Busse, 1 Lastkraftwagen sowie 3 Büroanhänger, eingesetzt beim Mobilen Bürgerdienst, womit sich ein Gesamtstand von 127 Dienstwagen ergab. Diese Fahrzeuge benötigten an Betriebsmitteln: 40.984 l Dieselkraftstoff, 116.964 l Vergasertreibstoff, 1.913 l Motoröl, 34 l Getriebeöl, 141 l Kühlerfrostschutzmittel und 81 l Bremsflüssigkeit.

•Betrieb

Der Bereich Betrieb war verantwortlich für den gesamten Fahrbetrieb und somit für den optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge und Lenker. Dazu zählten insbesondere die Mitarbeit bei Weiterbildungsmaßnahmen, die Durchführung von Lenkertests, die Mitarbeit beim Erstellen von Leistungsprofilen für anzuschaffende Fahrzeuge, die Ermittlung des optimalen Fahrzeugstandes in Abhängigkeit der Fahrzeugart, die Leistungsvergaben an Privatfirmen, die Organisation von Spezialtransporten, die Bearbeitung von Beschwerden und die Vorbereitungsarbeiten für die ISO 9000-Zertifizierung.

•Fahrzeugleitstelle

Für Fremdabteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 3.840 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte deren Rechnungen auf Preisangemessenheit. 4.634 Fahreinsätze der Abteilung wurden für Fremdabteilungen durchgeführt. Die Abteilung beauftragte im Laufe des Jahres über die Fahrzeugleitstelle für die Abfallwirtschaft und Straßenreinigung 274 Kranwagen, 20 Kipper, 1.920 Waschmaschinen und 1.100 Saugereinsätze von privaten Firmen. Eigene Einsätze (Straßenreinigung und Abfallwirtschaft) wurden mit 426 Kranwagen, 1.183 Kippern, 7.946 Kehrmaschinen, 2.080 Waschmaschinen, 1.514 Schlammsaugern und 2.947 Multiliftfahrzeugeinsätzen durchgeführt. Für den Schlackenbetontransport und Komposttransport wurden 4.021 Sattelzugfahrzeugeinsätze organisiert. Drei Spezialbusse der Abteilung beförderten täglich etwa 50 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Die Fahrzeugleitstelle organisierte für das Donauinselfest alle dafür notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge sowie die Fahrzeuge von privaten Firmen. Weiters wurden für den gesamten Magistrat die monatlichen

Verkehrssteuerabrechnungen sowie die Jahresabrechnung, Lenkererhebungen, Anonymverfügungen und Sondereinsätze organisiert bzw. durchgeführt.

•Garage Margareten, Garage Hernals und Garage Brigittenau

In den drei Großgaragen und den zugehörigen 5 Dependancen wurden insgesamt 117.579 Ausfahrten durchgeführt. Mit Dezember 1998 waren 516 Fahrzeuge der Abfallwirtschaft stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmittel: 4,111.896 l Dieselkraftstoff, 4.680 l Vergasertreibstoff, 44.872 l Motoröl, 5.883 l Getriebeöl, 24.412 l Hydrauliköl, 3.732 l Kühlerfostschutzmittel, 450 l Bremsenfrostschutzmittel, 396 l Bremsflüssigkeit, 5.694 l Abschmierfett und 1.177 l Petroleum. Ferner waren 1.125 Fahrzeuge, Geräte und Winterdienstgeräte der Straßenreinigung stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmittel: 1,130.096 l Dieselkraftstoff, 8.164 l Vergasertreibstoff, 11.967 l Motoröl, 2.636 l Getriebeöl, 4.627 l Hydrauliköl, 1.551 l Kühlerfostschutzmittel, 257 l Bremsflüssigkeit und Abschmierfett.

Von den Garagen wurden im Berichtsjahr 1.448 Sondereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinsätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen usw. geleistet.

•Abschleppgruppe

Im Berichtsjahr hatte die Abteilung - ASG durch die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems die Zertifizierung nach der internationalen Norm ISO 9001 erreicht.

Die ASG hatte sich 1998 auch beim Internationalen Qualitätswettbewerb der Verwaltungshochschule Speyer beteiligt und eine Auszeichnung erhalten. (s. Abb.)

Es wurden durch die Abschleppgruppe 28.602 (+ 4,30 %) verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89 a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 13 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe waren dies 28.615 Entfernungen (1997: 27.435).

Die Abschleppgruppe wurde 59.919-mal (- 2,53 %) zur Entfernung von falsch geparkten Fahrzeugen angefordert. Ferner wurden 3.853 Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Davon wurden 3.633 (- 22,88 %) Fahrzeuge in Verwahrung genommen (1997: 4.711).

1998 wurden 413 Fahrzeuge unter Kostenersatz der Abteilung zur Entsorgung übergeben, davon 220 Fahrzeuge (Kostenersatz S 2.500) von der Straße abgeholt und 193 Fahrzeuge (Kostenersatz S 1.500) in die Verwahrstelle Simmering angeliefert. Durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge konnten Einnahmen in der Höhe von rund 5,5 Millionen Schilling erzielt werden. Es wurden 7.040 (1997: 8.987) Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen (einschließlich Verzichte) entgegengenommen. Darunter wurden 3.315 durch die Abschleppgruppe, 691 durch die Straßenreinigung, 1.145 durch die Polizei und 888 durch den Bürgerdienst und Stadtinformation der Abschleppgruppe bekannt gemacht.

Gesamtübersicht über Abschleppungen ohne Verzichtsmeldungen:	1997	1998
Abteilung - Abschleppgruppe einschließlich nicht ordnungsgemäße Verzichte und Doppelmeldungen	4.363	3.315
Abteilung - Info Referat und Zentrale	2	2
Abteilung - Straßenreinigung	790	691
MA 4 / Referat 8	1	–
MA 67	437	513
MA 68	54	48
Polizei	1.550	1.145
Bezirksvorstehungen	5	1
MD - HS	268	191
Bürgerdienst und Stadtinformation	1.176	888
ARBÖ	–	–
Sonstige	54	25
Gesamt:	8.700	6.819

1998 wurden zu den drei eigenen Abschleppfahrzeugen 22 von Privatfirmen kontinuierlich, aber unter Reduzierung der Einsatzzeiten (maximal 42 Wochen) eingesetzt.

Für den Transport der Fahrzeuge zur Verschrottung waren zwei Fahrzeuge im Einsatz.

SGS International Certification Services GmbH

ZERTIFIKAT

Zertifikats-Nr. AT80042

SGS International Certification Services GmbH, Wien,
bestätigt hiermit, daß das

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 48, Abschleppgruppe
A-1110 Wien

ein Qualitäts-Managementsystem eingeführt hat und es anwendet.

Anläßlich des Zertifizierungsaudits der SGS-ICS wurde der Nachweis erbracht,
daß dieses Qualitäts-Managementsystem die Anforderungen folgender Norm erfüllt:

ÖNORM EN ISO 9001:1994

Das Qualitäts-Managementsystem umfaßt:

- **Dienstleistungen - vor allem in Vollziehung des §89a StVO - im Zusammenhang mit Fahrzeugentfernungen und Verwahrung inklusive Verwertung**

Das Zertifikat ist gültig bis einschließlich
29. Juni 2001

SGS International Certification Services GmbH
A-1015 Wien, Johannesgasse 14

Wien, 14. Juli 1998

Die Geschäftsleitung

Akkreditiert laut BGBl. II 289 vom 30. September 1997

Member of the SGS Group (Société Générale de Surveillance)

DET NORSKE VERITAS
CERTIFICATION AUSTRIA GMBH

Zertifikat Nr. 98-VNA-AQ-068

Hiermit wird bescheinigt, daß das

QUALITÄTSMANAGEMENTSYSTEM

von

MAGISTRAT DER STADT WIEN
MAGISTRATSABTEILUNG 48

DIE 48ER
DEIN WIEN

Betriebsabteilung ABFALLWIRTSCHAFT

in Übereinstimmung ist mit dem Standard

ÖNORM EN ISO 9002 : 1994

Dieses Zertifikat ist gültig für:

Abfallsammlung, Abfallbehandlung, Abfalldeponierung

Ort und Datum

Baden / Wien, 1998-05-15

Det Norske Veritas
Certification Austria GmbH

Ing. T. Friedl
Leiter der Zertifizierungsstelle

Akkreditiert mit Verordnung des BMwA
BGBL. Nr. 814 vom 15. Dezember 1995

Dieses Zertifikat ist gemäß den Zertifikatsbedingungen gültig bis:

2001-05-31

Ing. E. Taurer
Geschäftsführer

6.0 Abfallwirtschaft:

Im Berichtsjahr konnte der gesamte Bereich der Abfallwirtschaft (Sammlung, Behandlung, Deponierung) durch Einführung eines Qualitätsmanagementsystems die Zertifizierung nach der internationalen Norm ISO 9002 erreichen. (s. Abb.)

•Allgemeine Leistungsangaben

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1998 834.847 Tonnen gegenüber 830.471 Tonnen im Jahr 1997 und lag damit um 0,53 Prozent über dem Vorjahr. Die Steigerung lag nur im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (317.499 Tonnen, +2,39 %); die gesammelte Müllmenge nahm mit 517.348 Tonnen (1997: 520.383 Tonnen, -0,58 %) ab. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, dass das Müllaufkommen mit 538.924 Tonnen um 0,99 Prozent stieg (1997: 533.640 Tonnen), während die Menge an getrennt gesammelten Stoffen im Jahr 1998 auf 333.428 Tonnen (1997: 328.069 Tonnen) um 1,63 Prozent zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll, Altstoffe und Problemstoffe) stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 1,24 Prozent auf 872.352 Tonnen (1997: 861.709 Tonnen). Davon konnten 344.370 Tonnen (339.900 Tonnen im Jahr 1997) durch getrennte Erfassung (10.943 Tonnen durch nachträgliche Aussortierung), das sind rund 39,48 Prozent, verwertet bzw. behandelt werden. In der Tabelle 3 sind die angelieferten Mengen ohne Berücksichtigung von Reststoffen (Verbrennungsrückstände, Reststoffe von ABA, Lobau und 48er-Basar, aussortierte Alt- und Problemstoffe und umgeleitete Müllmengen von der Deponie Rautenweg) angeführt.

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 872.352 Tonnen wurde zu 49,19 Prozent im Müllheizwerk Flötzersteig, im Müllheizkraftwerk Spittelau und in der EbS einer thermischen Verwertung zugeführt. Der geringere Teil von 12,23 Prozent (Müll) wurde zur Deponie Rautenweg verbracht. Im Jahr zuvor betrug der zur Deponie gelieferte Anteil 10,85 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,36 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA, 5,88 Prozent Bauschutt von Mistplätzen wurde für Deponiebauzwecke verwendet und 32,34 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt. Die Mengen der Aussortierung von Alt- und Problemstoffen in der ABA und der Deponie Rautenweg, des rückgewonnenen Metallschrotts in den Müllheizwerken und der ABA-Schlackenbehandlungsanlage sowie der Verbringung von Müll, der auf der Deponie Rautenweg zwischengelagert wurde, zu den Müllheizwerken sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

•Systemmüllsammlung

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 469.118 Tonnen gesammelt (1997: 469.238 Tonnen). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 288,89 kg/Einwohner und Jahr oder eine Steigerung des Pro-Kopf-Aufkommens um 0,51 Prozent im Vergleich zu 1997 (1997: 287,42 kg/Einwohner und Jahr).

Tabelle 1: Müll- und Altstoffmengen in Wien 1998

Massen in Tonnen	Müll	getrennt gesammelt 1	nachträglich aussortiert 2	getrennt erfasst Summe 1 und 2
Systemmüllsammlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	469.118		10.276[1)]	10.276
Muldenabfuhr (9-m³ - 24-m³-Cointainer)				
Gewerbemüll, Marktabfälle usw.	11.225			
Sperrmüll von Mistplätzen	22.924			
Bauschutt von Mistplätzen		51.276		51.276
Sperrmüllsammlung (LKW-Abfuhr)	3.386	2.750		2.750
Spitalmüll-Abfuhr	12.185			
Getrennte Altstoffsammlung		150.965		150.965
Altstoffsammlung auf Mistplätzen		30.069		30.069
Altstoffe - sonstige		2.949	640[2)]	3.589
Kompostmaterial - getrennte Sammlung		69.645		69.645
Kompostmaterial von Mistplätzen		5.984		5.984
Kompostmaterial - sonstiges		1.066		1.066
Problemstoffsammlung		1.798		1.798
Kühlaggregate		997		997
Zwischensumme Sammlung	518.838	317.449	10.917	328.416
Sammelleistung der MA 48		836.337	davon 328.416 getrennt erfasst	
Fremdanlieferungen zur ABA - Müll	1.304		20[3)]	20
Fremdanlieferungen zur ABA - Altstoffe		7.341		7.341
Fremdanlieferungen zur ABA - Kompost		5.928		5.928
Fremdanlieferungen zur ABA - Problemstoffe		25		25
Fremdanlieferungen zur ABA - Kühlaggregate		317		317

(Tabelle 1 Schluss)

Massen in Tonnen	Müll	getrennt gesammelt 1	nachträglich aussortiert 2	getrennt erfasst Summe 1 und 2
Fremdanlieferungen zum Müllheizwerk Flötzersteig	3.722			
Fremdanlieferungen zum Müllheizkraftwerk Spittelau	1.682			
Fremdanlieferungen zur Deponie	14.869		6[3]	6
MA 48 KFZ-Wracks		2.318		2.318
Zwischensumme Sammlung + Anlieferung	540.415	333.428	10.943	344.370
Summe MÜLL und ALTSTOFFE		873.842	davon 344.370 getrennt erfasst	
Müll von Deponie Rautenweg -> Müllheizkraftwerk			3.359	3.359
Müll von Deponie Rautenweg -> Entsorgungsbetriebe Simmering			4.478	4.478
Müll von Deponie Rautenweg -> Deponie St. Pölten			65.484	65.484
Reststoffe privater Verbrennungsanlagen	2			
Asche und Schlacken	145.101			
Zuschlagstoffe für Schlackenbetone	31.294			
MA 48 Straßenreinigung	29.269			
Sandfangmaterial	5.825			
Bauschutt und Aushub	50.055			
Deponiebaumaterial (Humus + Kompost)	987			

Anmerkung:
[1] Metallschrott aus der Magnetabscheidung in Müllheizwerken und ABA
[2] Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Altstoffe
[3] Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Kühlgeräte
[4] Aussortierung von Problemstoffen aus Fremdanlieferungen

Tabelle 2: Behandelte Müll- und Altstoffmengen, Wien 1997 und 1998 (in Tonnen bzw. Masse %)

Behandlung der gesammelten Abfälle	1997		1998	
	Masse		Masse	
Müll	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent
Müllheizwerk Flötzersteig	178.178	20,68	180.155	20,65
Müllheizkraftwerk Spittelau	260.075	30,18	248.632	28,50
EBS			316	0,04
ABA	1.886	0,22	3.107	0,36
Deponie Rautenweg	93.501	10,85	106.715	12,23
SUMME - Müllbehandlung	533.640	61,93	538.924	61,78
getrennt gesammelte Stoffe:				
Altstoffe (direkt)	138.693	16,10	140.537	16,11
KFZ-Wracks zur Entsorgung	3.164	0,37	2.318	0,27
Altstoffverwertung (über ABA)	51.232	5,95	53.536	6,14
Kompostierung (direkt)			667	0,08
Kompostaufbereitung über ABA	87.391	10,14	81.956	9,39
Problemstoffverwertung ohne Aussortierung	742	0,09	755	0,09
Problemstoffbehandlung ohne Aussortierung	988	0,11	1.068	0,12
Kühlaggregate	1.319	0,15	1.314	0,15
Bauschutt von Mistplätzen	44.539	5,17	51.276	5,88
SUMME - getrennt gesammelt	328.069	38,07	333.428	38,22
SUMME - Behandlung	861.709	100,00	872.352	100,00

Anmerkung:
nicht berücksichtigt: aussortierte Altstoff- und Problemstoffmengen der Deponie und ABA sowie die von der Deopnie Rautenweg zu MHW umgeleiteten Müllmengen

•Alt- und Problemstoffsammlung

Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung in Behältern der Abteilung im Jahr 1998 147.946 Tonnen Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.), das sind um 0,44 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Die getrennte Sammlung von Kompostmaterial (Biotonne, Baum- und Strauchschnittabholung, Christbaumsammlung) sank um 5,80 Prozent von 73.932 Tonnen auf 69.645 Tonnen. Unter Einbeziehung der getrennt gesammelten und aussortierten Problemstoffe (1.848 Tonnen) und Kühlschränke (1.314 Tonnen), der Altstoffsammlung auf Märkten, der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und ABA, der durch Metallabscheidung nach der thermischen Verwertung abgetrennten Eisenteile und Aussortierungen in der ABA und auf der Deponie Rautenweg konnten insgesamt 344.370 Tonnen Alt- und Problemstoffe erfasst werden.

Tabelle 3: Altstoffsammlung in Systemsammelbehältern 1997 und 1998

Art der Stoffe	1997 in Tonnen	1998 in Tonnen	Änderung in Prozent
Altpapier	110.569	112.746	1,97
Altglas	25.349	23.654	- 6,68
Altmetalle und Weißblech	5.292	5.168	- 2,33
Kunststoffe und Verbunde	6.096	6.378	4,62
Zwischensumme	147.305	147.946	0,44
Komposmaterial	73.932	69.645	- 5,80
Gesamtsumme	221.237	217.591	- 1,65

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 55 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen, Mistplätze) konnten 1998 insgesamt 1.750 Tonnen Problemstoffe oder 3,77 Prozent mehr als 1997 getrennt erfasst werden. Durch die 1998 neu eingerichtete Sperrmüllumladestation auf der Deponie Rautenweg konnten durch die Sperrmüllsammlung 32 Tonnen Problemstoffe erfasst werden. Die ABA übernahm auch 25 Tonnen vom Gewerbe. Weitere 26 Tonnen wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus den angelieferten Abfällen aussortiert.

Tabelle 4: Durch die MA 48 entsorgte Problemstoffe, Wien 1997 und 1998 (in Tonnen bzw. Masseprozent)

Problemstoffsammlung Gesamt	1997 Masse		1998 Masse	
	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent
Problemstoffsammelstellen	382,1	12,35	334,9	10,59
Mistplätze	1.304,2	42,16	1.414,8	44,74
Sperrmüllsammlung			32,3	1,02
Sonderaktionen				
- Altmedikamente direkt > EBS	12,7	0,41	14,0	0,44
- sonstige direkt > EBS	2,7	0,09	1,1	0,04
gewerbliche Anleiferungen				
- Altbatterien	23,6	0,76	20,6	0,65
- Medikamente	0,6	0,02	1,0	0,03
- Gasentladungslampen	4,0	0,13	3,4	0,11
MA 48 intern	0,1	0,00	0,3	0,01
Zwischensumme Sammlung	1.730,1	55,93	1.822,5	57,63
Aussortierung				
- Aussortierung ABA	32,0	1,04	19,8	0,62
- Aussortierung Deponie	8,4	0,27	6,0	0,19
Zwischensumme Aussortierung	40,4	1,31	25,7	0,81
Kühlgeräte	1.322,7	42,76	1.314,2	41,56
davon aus Aussortierung	3,8	0,12		
SUMME - Problemstoffe	3.093,2	100,00	3.162,4	100,00

•Mistplätze

Als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten sowie Gegenstände, die zu schade für den Müll sind, stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der Abteilung die Mistplätze kostenlos zur Verfügung (19 Mistplätze seit 1997). Im Berichtsjahr wurden die 19 Mistplätze von 1,363.590 Personen frequentiert (1997: 1,310.278).

•48er-Zelt (Abfallbehandlungsanlage)

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt) die Funktion einer Annahme- und Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe, des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe, einer Behandlungsanlage für Elektro-, Elektronikaltgeräte und Kühlgeräte sowie der regionalen Übernahmestelle für Verpackungen aus dem ARA-System zu.

•Sortieranlage für Industrie-, Gewerbe- und Sperrmüll

Im Jahr 1998 passierten 145.724 Tonnen (1997: 146.189 Tonnen) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 2.076 Tonnen altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 143.648 Tonnen altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im 48er-Zelt einer Behandlung unterzogen.

An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 131.289 Tonnen, an thermischer Kunststoffverpackungs-Fraktion 4.033 Tonnen, an gefährlichen Abfällen und Kühlgeräten 2.107 Tonnen - zusammen 95,67 Prozent des Inputs - einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 1.637 Tonnen auf der Deponie Rautenweg und 2.109 Tonnen auf anderen Deponien geordnet abgelagert, 434 Tonnen zu den EbS geliefert sowie 3.659 Tonnen Reststoffe in den Müllheizwerken thermisch verwertet.

•Kompostmaterialaufbereitung und Kompostierung

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 81.956 Tonnen (1997: 87.391 Tonnen), und zwar 5.977 Tonnen von Mistplätzen, 68.226 Tonnen aus dem System Biotonne, 338 Tonnen über die Baum- und Strauchschnittabholung, 422 Tonnen über die Christbaumsammlung (auf Christbaumsammelstellen, Mistplätzen und durch Anlieferungen), 1.066 Tonnen aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 5.925 Tonnen durch Gewerbeanlieferungen ins 48er-Zelt gebracht. In der Kompostaufbereitungsanlage des 48er-Zeltes wird das Material für die den nachfolgenden Kompostierungsprozess im Kompostwerk Lobau aufbereitet. Dazu wird das Biomaterial mittels Zerkleinerungsgerät, Windsichter und Eisenmetallabscheidung behandelt, in einer Mischtrommel mit zerkleinertem Strukturmaterial vermengt und homogenisiert und anschließend zum Abtransport in das Kompostwerk Lobau automatisch auf LKW verladen.

Insgesamt gelangten 84.942 Tonnen organisches Material zur Kompostierung.

Das organische Material wird in Zeilenmieten aufgesetzt und im Verlauf der intensiven Rottephase (Vor- und Hauptrotte) mit zwei eigens dafür konstruierten Umsetzgeräten versetzt, dabei gewendet und nach Bedarf bewässert. Diesem Verfahrensabschnitt folgt eine Ruhephase (die sog. Nachrotte). Zu diesem Zweck wird das Material mittels Radladern zu Tafelmieten aufgesetzt. Nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums wird der Kompost abgesiebt und der entsprechenden Anwendung zugeführt. Während des Kompostierungsprozesses wird das Rottegut mehrmaligen Qualitätskontrollen unterzogen.

Das Kompostwerk Schafflerhof dient als Absieb- und Umschlagplatz. Der reife Kompost wird auf die vom Kompostwerk Lobau ins 48er-Zelt zurückkehrenden Transportfahrzeuge verladen und in die Anlage Schafflerhof gebracht. Dort erfolgen Absiebung und Zwischenlagerung bis zur Vermarktung.

1998 wurden 25.853 Tonnen abgesiebter Reifekompost vermarktet bzw. gratis weitergegeben. 14.470 Tonnen Reifekompost wurden auf stadteigene Felder und Anlagen aufgebracht. 232 Tonnen wurden an diverse Betriebe und Kleinabnehmer, 7.482 Tonnen über die Mistplätze und weitere 2.711 Tonnen im Rahmen der Aktion „Gratis Kompost" an die Wiener Kleingärten abgegeben. 958 Tonnen wurden für die Erzeugung von Biofiltern verwendet. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

•Z-Prosa (Zentrales Problemstoffzwischenlager)

Im Berichtsjahr 1998 wurden 440.372 kg Starterbatterien, 45.835 kg Konsumbatterien, 215.083 kg Speiseöl, 1.023 kg Medikamente, 4.528 kg Leergebinde, 3.311 kg Röntgenbilder und Schwarz-weiß-Negative, 10.338 kg Gasflaschen und Feuerlöscher, 34.638 kg Ölradiatoren und 11.718 kg Leuchtstoffröhren sowie weitere 25.508 kg gefährliche Abfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im 48er-Zelt bzw. auf der Deponie Rautenweg aussortiert wurden, (Summe: 792.353 kg) angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurden 32.841 Altkühlgeräte angeliefert. 33.392 Geräte (zum Teil vom Vorjahreslager) wurden einer Behandlung unterzogen und die vorbehandelten Geräte einer Entsorgung zugeführt. Weiters wurden im Berichtsjahr 28.678 Bildschirmgeräte angeliefert. 31.811 Bildschirmgeräte (zum Teil vom Vorjahreslager) wurden in der Behandlungsanlage für Elektro- und Elektronikaltgeräte sowie der Ende 1997 in Betrieb genommenen Bildröhrentrennanlage bearbeitet und die so gewonnenen Fraktionen vermarktet bzw. einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt.

•Behandlung von Verbrennungsrückständen

53.309 Tonnen Schlacke und Asche wurde aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 62.123 Tonnen aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 29.669 Tonnen aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 2 Tonnen sonstige angelieferte Schlacke (Summe: 145.102 Tonnen) und 5.845 Tonnen eingekehrter Streusplitt mit 17.233 Tonnen Zement und 8.215 Tonnen Wasser gemischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut. Zusätzlich wurden

901 Tonnen Schlacke im Rahmen eines Versuches für bergbautechnische Versatzmaßnahmen per Bahn nach Deutschland verbracht.

•48er-Basar (Mistflohmarkt)

Der Mistflohmarkt bietet gebrauchte verwertbare Altwaren, die auf den Mistplätzen abgegeben wurden und zu schade für den Müll sind, zum Verkauf an. Täglich ist ein LKW eingesetzt, der brauchbare Gegenstände zum Mistflohmarkt bringt. 1998 wurde der Flohmarkt von 30.056 Besuchern frequentiert. Hervorzuheben ist eine Steigerung der Besucherzahlen von 6,96 Prozent gegenüber dem Jahr 1997.

•Deponien

Allgemeine Leistungsangaben

Im Berichtsjahr stand für Hausmüll, Bauschutt, sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum) zur Verfügung.

Die Inputmenge des deponierten Mülls auf der Deponie Rautenweg stieg von 93.981 Tonnen (1997) um 15,30 Prozent auf 108.360 Tonnen, die Inputmenge der gesamten deponierten Abfälle (Müll und Inertstoffe) sank von 396.693 Tonnen (1997) um 3,23 Prozent auf 383.894 Tonnen. Durch Auslieferung von 7.837 Tonnen Restmüll an Fernwärme und EbS zur Verbrennung, Verfuhr von 66.535 Tonnen zur Deponie St.Pölten und zur ABA, sowie Ausgänge von Inertmaterial, Altstoffen, Kompostmaterialien und Problemstoffen konnte eine tatsächlich deponierte Menge von 293.016 Tonnen erreicht werden (1997: 365.105 Tonnen).

•Entgasungsanlage

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 17 Millionen m³ Gas (1997: rund 19 Millionen m³) aus dem Deponiekörper abgesaugt und verwertet. Die vorhandenen Hochtemperaturfackeln werden nur zum Starten der Verstromungsanlage benötigt. Die mit den Motoren erzeugte elektrische Leistung wird in das Netz der Wiener Stadtwerke E-Werke eingespeist.

•Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt

Im Berichtsjahr befand sich die semimobile Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt auf dem Gelände der Deponie Rautenweg in Vollbetrieb. Es wurden 34.847 Tonnen Einkehrsplitt verarbeitet und dabei 27.436 Tonnen Recyclingsplitt erzeugt. Der abgeschiedene Reststoffanteil liegt bei 21 Prozent.

7.0 Straßenreinigung, Winterdienst:

Zur Verfügung standen der Straßenreinigung und dem Winterdienst außer dem ständigem Personal 42.841 Taglöhner und Schneearbeiter, die eine Leistung von insgesamt 248.453 Stunden erbracht haben.

Die Straßenreinigung entleerte die 11.685 Papierkörbe und 3.001 Tauschkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 7.171 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 328.470 km gefahren. Bei 1.655 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 96.851 km, bei 2.055 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 114.302 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks und Kramer-Tremo der Straßenreinigung 18.065 Betriebsstunden geleistet, wobei 7.226 Stunden als Kehreinsatz gerechnet wurden. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKW wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahn und der Papierkörbe eingesetzt.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung kehrten 1998 händisch und maschinell insgesamt 29.269 Tonnen Straßenkehrricht sowie 9.137 Tonnen Streusplitt nach dem Winterdienst ein.

Wochentags ist von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00 bis 6.00 Uhr der Funk-raum über das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbestellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permanenzingenieurs und der Straßenreinigung selbst (wie z.B. Kehr- und Waschmaschinen). Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über diesen Journaldienst (z.B. Hochwassereinsatz). An Wochentagen von 6.00 bis 15.30 Uhr werden alle Agenden für die Straßenreinigung und den Winterdienst von den Mitarbeitern der Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst waren 256 abteilungseigene Fahrzeuge und 175 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Aufgrund der Erfahrungen aus dem Winter 1997/98 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 1998/99 Gültigkeit haben, es wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, die Pläne für die Klein-LKW der Straßenreinigung überarbeitet, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, Auftaumittelversuche (Einsatz von Kaliumkarbonat, Erprobung von Steinsalz) durchgeführt, 255.205 lfm Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben, der Einsatz von Feuchtsalz wurde verstärkt. Derzeit gibt es 17 Winterdienstlagerplätze der Abteilung, wobei jeder Platz mit mindestens zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Vier Lagerplätze sind mit einer Solemischanlage für den Feuchtsalzeinsatz ausgestattet. Der Winterdienstlagerplatz 12, Wundtgasse wird derzeit neu errichtet.

Auf nunmehr 18 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden dem Bedarf angepasst, sodass die Mistplätze nunmehr Mon-

tag, Dienstag, Donnerstag bis Samstag von 7.00 bis 18.00 Uhr und Mittwoch von 7.00 bis 20.00 Uhr zur Verfügung stehen. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz Kagran bei der Abfallbehandlungsanlage gibt es nunmehr 19 Plätze, die im Berichtszeitraum von insgesamt 1,461.557 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten angenommen wurden. Auch die 8.322 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung vorgefunden wurden, mussten über die Mistplätze entsorgt werden.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Es erfolgten 6.655 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen u. dgl.), weiters wurden 414 Sonderveranstaltungen (Reinigung während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlasst.

Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 867 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 691 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe bekannt gegeben.

1998 mussten die Arbeiten für die erweiterte Dezentralisierung geleistet werden. Nunmehr fallen Aufgaben der Straßenreinigung in Eigenverantwortung der Bezirke (private Waschmaschinen, Taglöhner, Schneearbeiter, private Schneeabfuhr, Kleinlader mit Kehreinrichtung).

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die MA 49 - Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark, sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Eingegliedert in die MA 49 ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung des volkswirtschaftlichen Stellenwertes desselben und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Das Ausmaß der von der Abteilung bewirtschafteten Grundflächen betrug am Ende des Jahres 1998: im Bereich des Landes Wien 8.556,3314 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.504,3464 ha. Das Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen machte 41.060,6778 ha, der landwirtschaftlich genutzten Flächen 2.540,0000 ha, insgesamt 43.600,6778 ha, aus.

Bei der Bewirtschaftung der Forstflächen stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, in dem die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zur Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt.

Im Nationalpark Donauauen wurden die forstlichen Nutzungen weitestgehend eingestellt und beschränkten sich auf die sukzessive Entfernung nicht standortsgerechter Holzarten (Hybridpappeln, Kiefern, Robinien und Götterbaum) und auf die Fällung absterbender bzw. abgestorbener Bäume, von denen entlang der Wanderwege eine Gefährdung der Besucher ausgehen könnte.

In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltriger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet.

Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammentnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhieben, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hiebei auf die Förderung des Laubholzanteiles an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag (in fm) betrug im Jahre 1998:

Holzeinschlag	Blochholz	Schleifholz	Brennholz	gesamt
Wienerwaldforste	5.738,64	11.603,26	6.051,12	23.393,02
Quellenschutzforste	27.819,58	12.600,59	6.818,34	47.238,51
Gesamt	33.558,22	22.203,85	12.869,46	70.631,53
in %	47,5	34,3	18,2	100,0

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 69.681,55 fm geschlägert wurden, eine geringfügige Einschlagssteigerung um 950 fm (1,36 %).

Während in den Wienerwaldforsten der Gesamteinschlag gegenüber 1997 einen Rückgang von 1.780,19 fm verzeichnete, wurde in den Quellenschutzforsten ein Mehreinschlag von 2.730,17 fm getätigt.

Bei Schleifholz war in den Wienerwaldforsten ein Mehreinschlag von 1.604,39 fm und in den Quellenschutzforsten einer von 764,78 fm zu verzeichnen.

Der Brennholzeinschlag sank sowohl in den Wienerwaldforsten (um 1.790,96 fm) als auch in den Quellenschutzforsten (um 442,59 fm).

Der Blochholzeinschlag in den Wienerwaldforsten verzeichnete im Berichtsjahr einen Rückgang von 1.593,62 fm, in den Quellenschutzforsten jedoch einen leichten Anstieg von 803,59 fm.

Insgesamt war der Prozentanteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag mit 47,5 Prozent geringfügig niedriger gegenüber dem Vorjahr (49,3 %).

Die Holzabgabe, welche in den Quellenschutzforsten vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1998:

Holzabgabe in fm	Nutzholz	Brennholz	Gesamt
Wienerwaldforste			
an Fremde	17.333,25	5.744,52	22.077,77
an Sägewerk	–	–	–
Quellenschutzforste			
an Fremde	27.085,20	7.454,15	34.539,35
an Sägewerk	13.334,96	–	13.394,96
Gesamt:	57.753,41	13.198,67	70.952,08

Die Holzmarktlage im Jahre 1998

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch Firmenzusammenlegungen der Holzverarbeiter in der Schnittholzbranche und auch am Industrieholzsektor. Sowohl in Europa als auch in Übersee versuchten mehrere Großfirmen durch Fusionierung ihrer Geschäftsbereiche eine Maximierung der Wertschöpfung zu erreichen. Derartige Zusammenschlüsse bewirkt für die einschlägigen Konzerne neben der Ausschaltung von Mitbewerbern, der Erhöhung des Materialumsatzes, der Senkung der Produktionskosten, der Erweiterung des Absatzmarktes vor allem eine wesentliche Erleichterung der Rohstoffbeschaffung. Diese Entwicklung bringt jedoch einerseits die Klein- und Mittelbetriebe in Existenzschwierigkeiten und beraubt andererseits die Waldbesitzer der Möglichkeit, am Markt entsprechend zu disponieren. Die Bestrebungen der einschlägigen Berufsgemeinschaften, die Waldbesitzer zu Holzverkaufsgemeinschaften zusammenzuschließen, stehen noch in den Anfängen.

Das von der Abteilung im Sommer d.J. gestartete Projekt zur Zertifizierung des in den Wäldern der Stadt Wien gewonnenen Rundholzes bzw. der daraus im städtischen Sägewerk hergestellten Produkte wurde über Intervention des Österreichischen Waldbesitzerverbandes und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft auf den Zeitpunkt des Vorliegens der Ergebnisse der diesbezüglichen Koordinationsgespräche auf EU-Ebene verschoben.

Das aus den Nadelwäldern anfallende Sägerundholz der Sortierung AB erfreute sich sowohl in den oberen Stärkeklassen als auch im Zerspanerbereich reger Nachfrage bei Festmeterpreisen von S 900,– bis S 1.100,– für Fichte ab Mittendurchmesser 20 cm. Die Lärche konnte in den genannten Güteklassen das Preisniveau des Vorjahres halten und die besondere Provenienzen auf S 1.500,– pro fm anheben. Für Bloche der Güteklasse C und Braunbloche bestanden in der handelsüblichen Ausformung geringe Absatzchancen. Diese Kontingente konnten nur über Zwecksortierungen (z.B. Bauholz in Sonderlängen) verkauft werden.

Das Sägerundholz der Laubholzarten wurde im Offertweg an die einschlägigen Verarbeiterfirmen vermarktet. Auch hier klaffte ein großer Preisunterschied von S 500,– bis S 1.500,– für C-Bloche und S 950,– bis S 19.000,– für Wertholz.

Das Industrieholz wurde vom Verarbeiterkartell überwiegend zu den im Vorjahr ausgehandelten Konditionen abgenommen. Für Koniferenschleifholz konnte eine Preissteigerung auf S 520,–/fm ab Waldstraße erreicht werden. Secundärware und Faserholz konnten nicht kostendeckend verkauft werden. Um die Erträge der Schwachholzvermarktung zu sichern, wurde bei den erforderlichen Durchforstungsarbeiten der maschinelle Einsatz in Form von Harvester- und Forwardermaschinen forciert.

Das Brennholzgeschäft verzeichnete aufgrund des günstigen Angebotes an fossilen Heizmaterial eine fallende Tendenz. Buchen- und Eichenscheiter hielten zu Jahresende bei S 520,– bis S 600,– exkl. Ust. ab Waldstraße. Partien mit hohem Anteil an Astholz bzw. Insekten- und Pilzbefall wurden über die betriebsinterne Energieversorgung verarbeitet (Hackschnitzelheizungen) oder als Totholz im Wald belassen und dem ökologischen Kreislauf zugeführt.

Der Landwirtschaftsbetrieb ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der in Wien und Niederösterreich gelegenen städtischen Ökonomien und der vom Bund angepachteten Domäne Eßling - Schafflerhof befasst.

Neben der landwirtschaftlichen Nutzung treten hiebei die Aspekte der Grünraumgestaltung, der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung zunehmend in den Vordergrund. In den letzten Jahren wurden mehr als 90 Prozent aller Windschutzpflanzungen, Heckenanlagen und Wohlfahrtsaufforstungen auf Grundflächen des Landwirtschaftsbetriebes realisiert. Viele Projekte der Stadterweiterung

durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und des Wiener Bodenbereitstellungsfonds (Wohnbau Brünner Straße, Leberberg, Langobardenstraße, Inzersdorf, Umfahrung Münchendorf usw.) wurden in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsbetrieb reibungslos abgewickelt.

Die landwirtschaftliche Produktionsmethode wird zunehmend auf Basis des „integrierten Pflanzenschutzes" abgestimmt, welcher auf die Erhaltung und Verbesserung der Bodengüte und auf die Sicherung der Grundwasserqualität abzielt. Die wichtigsten Merkmale des „integrierten Pflanzenschutzes" sind: ausgewogene Fruchtfolge, richtige Sorten- und Standortwahl, harmonische Pflanzenernährung, Einsatz bodenschonender Agrartechnik und gezielter Pflanzenschutz.

Im Zusammenhang mit dem neuen EU-Agrarsystem wurden Ackerflächen anteilsmäßig an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen, d.h. stillgelegt. Diese Brachflächen werden begrünt, Dünger oder Pflanzenschutzmittel werden nicht mehr eingesetzt. Im Wirtschaftsjahr 1998 ist die Anbauplanung sowohl nach den vorgegebenen Richtlinien seitens der EU als auch aufgrund der Marktsitution erfolgt. Bei Ölsaaten (Raps und Sonnenblumen) war eine Reduktion der Anbaufläche erforderlich da der Weltmarkt - Produktpreis stark abgesunken ist und ohne nationale Förderung eine Kostendeckung nicht gegeben ist.

Allerdings produziert der Landwirtschaftsbetrieb bereits wieder Raps-Saatgutvermehrungen für Pflanzenzuchtunternehmungen, da hier die Kostendeckung sehr wohl gegeben ist. Diese neue Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Erhaltung der Bodenqualität und einer ausgewogenen Fruchtfolge von großer Bedeutung.

Bei den wichtigsten Agrarerzeugnissen gab es zum Teil erhebliche Preissenkungen, die durch Ausgleichszahlungen gemindert wurden. Der Landwirtschaftsbetrieb erhält aus Mittel der Europäischen Union die Preisausgleichszahlungen für Erzeuger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die Prämie für Flächenstilllegung und die Förderungsbeiträge für Ölsaaten sowie Eiweißpflanzen.

Der wirtschaftliche Zwang zur Senkung der Produktionskosten und die aus ökologischen und ökonomischen Gründen erforderliche Einschränkung von Verschlämmung und Verdichtung der Ackerböden führt im Landwirtschaftsbetrieb zu einer stetigen Zunahme von Verfahren der pfluglosen, also nicht wendenden Bodenbearbeitung. Außerdem gewinnt die Gründüngung laufend an Bedeutung und garantiert die Versorgung der Mikroorganismen im Boden mit Energie und ist somit eine unverzichtbare Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit.

Da im Förderungsbereich ausschließlich Ackerflächen (Produktionsflächen) heranzuziehen sind, wurde nach den Verwaltungen Eßling und Laxenburg auch am Wallhof und Magdalenenhof eine satellitengesteuerte Flächenermittlung in Auftrag gegeben und abgeschlossen.

Diese Technologie der Flächenerhebung stellt derzeit hinsichtlich der Kosten und Genauigkeit die praktikabelste Lösung dar. Die Kosten belaufen sich nur auf einen geringen Prozentsatz der Förderungsbeträge und sind durch die präzise Flächenangabe gerechtfertigt, insbesondere auch durch weitere Verwendungsmöglichkeiten der Daten.

Nachdem das Stadtgut Lobau nach einer Umstellungsphase seitens der Austria BIO-GARANTIE (Gesellschaft zur Kontrolle der Echtheit von biologischen Podukten) als Bio-Betrieb anerkannt wurde, konnten sämtliche Produkte als Bio-Ware veräußert werden. Neu hinzugekommen sind Anbau- und Lieferverträge mit der Unifrost-GesmbH. in Groß-Enzersdorf für Bio-Erbsen, Bio-Bohnen und Bio-Rote Rüben.

Das Stadtgut Lobau konnte auch in der Saison 1998 während der Sommer- und Herbstmonate im Rahmen der Direktvermarktung den Konsumenten frisches Biogemüse aus kontrolliertem organisch-biologischem Anbau anbieten. Außerdem konnte das Stadtgut Lobau mehrere Pensionistenheime als Abnehmer von Bioprodukten gewinnen (Kartoffel, Kürbis, Kohl, Weiße Rüben).

Die landwirtschaftliche Anbaufläche betrug 1998 1.689 ha und gliedert sich in Getreide mit 1.378 ha (81,6 %), Ölfrüchte mit 10 ha (0,6 %), Eiweißfrüchte mit 25 ha (1,5 %), Hackfrüchte mit 251 ha (14,8 %) und in Gemüse sowie Gewürze mit 25 ha (1,5 %).

Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha, Bracheflächen ohne Nutzung betrugen 152 ha.

Im Jahre 1998 wurden 3.079 t Weizen, darunter 509 t Hartweizen, 545 t Roggen, 2.006 t Gerste, 27 t Hafer, 17 t Dinkel sowie 12.142 t Zuckerrüben, 516 t Kartoffel und 727 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten war in den Quellenschutzforsten bei den Nachbesserungen wieder ein Anstieg feststellbar. Betrug der Bedarf an Forstpflanzen, die als Ersatz für abgestorbene bzw. nicht angewachsene Pflanzen nachgesetzt werden mussten, im Jahr 1997 noch 14.600 Stück, stieg er im Jahr 1998 auf 26.500 Sück. Bei den Wiederaufforstungen war mit einem Pflanzenbedarf von 7.500 Stück in den Quellenschutzforsten ein enormer Rückgang gegenüber dem Vorjahr feststellbar (1997: 26.600 Stk.), welcher den Erfolg der Umstellung auf natürlichen Waldbau mit Naturverjüngung deutlich sichtbar macht.

In den Wienerwaldforsten mussten mehr Kulturen nachgebessert werden als im Vorjahr (1997: 14.400 Pflanzen, 1998: 24.570 Pflanzen), bei den Wiederaufforstungen im Wiener Bereich war jedoch eine geringe Abnahme an Pflanzenbedarf feststellbar (1997: 26.600 Stück, 1997: 21.000 Stück) .

Insgesamt wurden 1998 folgende Pflanzenmengen versetzt (in Stück):

	Nadelhölzer	Laubhölzer	gesamt
Wiederaufforstungen	6.170	22.330	28.500
Nachbesserungen	30.300	20.770	51.070
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	300	4.000	4.300
Christbaumkulturen	850	–	850
Zusammen:	40.120	50.100	90.220

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 15.900 Pflanzen.

Die Waldschadenssituation stellte sich ungefähr gleich dar wie im Vorjahr. Durch vereinzelte Windwurfereignisse fielen 8.257,91 fm Holz an, außerdem mussten durch Eisbruch verursachte Schadhölzer im Ausmaß von 105 fm geschlägert werden und 2.600 fm vom Borkenkäfer befallenes Holz genutzt werden. Im Wiener Raum war weiterhin flächendeckend der Befall der Rosskastanie durch die Kastanienminiermotte festzustellen. Auf die Bekämpfung mit chemischen Mitteln wurde jedoch aus ökologischen Gründen verzichtet.

Die durch das Wild verursachten Schäden hielten sich im gesamten Verwaltungsbereich im ertragbaren Rahmen. Speziell die Verbissschäden zeigten infolge des geringeren Wildbestandes rückläufige Tendenzen. Vereinzelt traten nach Spätwintereinbruch im April lokale Schälschäden auf.

Die Abschusszahlen bei Rotwild und Gamswild lagen ungefähr im vorjährigen Bereich, beim Schwarzwild und Rehwild war eine ansteigende Tendenz feststellbar.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1998:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	54	371	425
Rehwild	314	396	710
Gamswild	-	547	547
Muffelwild	51	1	52
Damwild	30	-	30
Schwarzwild	1.081	53	1.134
Steinwild	-	8	8

Der Forststraßenbau beschränkte sich im Berichtsjahr auf einige wenige Projekte zur Feinerschließung und auf die Anlage von Rückewegen mit minimalen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1998 8.721 lfm Straßen errichtet.

Die Bringung des Holzes zu den LKW-befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahr 1998 wurden 18.490 fm auf diese bestandesschonende Weise geliefert (6.190 fm mit eigenen Seilkränen, 12.300 fm durch Fremdfirmen).

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste in Prozent	Quellenschutzforste in Prozent
Holzgewinnung und -bringung	5,8	15,7
Kulturarbeiten	9,3	4,2
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	2,9	6,7
Erholungswaldmaßnahmen	24,8	0,1
Gebäudeerhaltung	15,4	17,2

Auffällig ist hiebei der relativ niedrige Anteil an Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, dass für zeitaufwendige Arbeiten, wie z.B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z.B. für das Pflanzensetzen) abzudecken, in arbeitsärmeren Zeiten jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Im Bereich Forsteinrichtung wurden die Revision für das Reviere Gschöder (FV Wildalpen) durchgeführt und die Operate für die Reviere Schneeberg und Hirschwang-Rax (FV Hirschwang) fertig gestellt. In den Revieren Schreier, Siebensee (FV Wildalpen), Rax-Heukuppe, Rax-Plateau, Hirschwang-Rax (FV Hirschwang) wurden permanente Kontrollstichproben eingerichtet und die Stichprobenberichte hierzu verfasst. In der FV Hirschwang wurde ein Verjüngungs-Monitoring-System eingerichtet und der diesbezügliche Bericht fertig gestellt. Für ein Nationalpark-Monitoring war ein spezielles Inventur-Design zu entwerfen, das 1999 für Kontrollstichproben im Nationalpark Verwendung finden wird. Im Aufgabenfeld Waldbau konnte eine Grundlagenarbeit zur waldbau-

lichen Behandlungsplanung anhand eines Weiserbestandes im Revier Siebensee (FV Wildalpen) abgeschlossen werden. Im Geschäftsbereich Grundangelegenheiten wurden routinemäßig Transaktionen, Grenzverhandlungen, Verwaltungsübernahmen und -übergaben gemäß Fallstatistik abgewickelt. Der Bereich EDV und BWL (Betriebswirtschaftliche Lehre) war durch betriebswirtschaftliche EDV-Anwendungen wie, Vorstudie zu einer betriebswirtschaftlichen Datenbanklösung (Erlass zu SAP), die Erstellung eines Pflichtenheftes zu den Blöcken Finanz (FI)-und Kostenrechnung (CO) sowie forstliche Materialwirtschaft (MM) und Verkauf (SD) geprägt. Ferner waren die Vernetzungsprojekte FV Lainz, FV Lobau, FV Hirschwang von Bedeutung. Die Vernetzung FV Nasswald musste auf das 2. Quartal 1999 verschoben werden. Im GIS-Bereich standen die Erstellung von Forstkarten aus den Revisionsprojekten und die Erstellung von Standortskarten im Fordergrund. Der Bereich Betriebswirtschaft war durch die Betriebsprüfung durch Mummert + Partner, die Erstellung eines Entwurfes für eine umfassende Kosten- und Leistungsrechnung, bestehend aus den Blöcken Kostenartenplan, Kostenstellenplan, Auftragswirtschaft Zeitverantwortungssystem und Planungs- und Berichtswesen geprägt. Das damit zusammenhängende Controlling-Pilot-Projekt wurde im Jahr 1998 verlangsamt weiterverfolgt.

Zum Schwerpunkt Forstliche Raumplanung wurden im Hinblick auf die Revision des Waldentwicklungsplanes 141 Waldflächen in den Bezirken 14., 16., 18., 19., 20., 21. und 22. überprüft bzw. neu aufgenommen und in das bestehende GIS der Abteilung integriert.

Im Rahmen der Stadtplanung und Landschaftsplanung wurden in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen vier großräumige Landschaftspläne erstellt (Kraftwerk Donaustadt, Lobau-Sporn, Goldberg und Wienerwald). Detailplanungen und Ausgestaltungen erfolgten in 9 Erholungsgebieten (7 im 22. Bezirk, 2 im 10. Bezirk). Die Wohlfahrtsaufforstungen erfolgten im Jahr 1998 auf einer Fläche von 3,3 ha (3,2 ha im 22. Bezirk, 0,1 ha im 11. Bezirk).

An Erholungseinrichtungen wurden im Berichtsjahr neu geschaffen: 2 Grillplätze im Bereich des Wienerwaldes, 4 Wald-Kinderspielplätze, 1 Waldschule bei der Jubiläumswarte für Schulklassen der 3. - 6. Schulstufe.

Seit der Eröffnung der Waldschule am 8. Mai 1998 bis zum Jahresende wurden unter der Führung von waldpädagogisch geschulten Förstern 109 Waldschultage mit Schulklassen und 10 Tage im Rahmen des Wiener Ferienspiels abgehalten (3.100 Kinder).

Zum Projekt „Standortkartierung Quellenschutzforste" erfolgte die Präsentation der GIS-Karten und Berichte zu den Revieren Schreier (FV Wildalpen), Kuhschneeberg und Gahns.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung bestand im Jahre 1998 aus folgenden Aktivitäten:

- Führung von 17 forstlichen Fachexkursionen, ausgenommen Gruppen, die in den Bereich „Waldpädagogik" fallen
- Medienarbeit:
    - tägliche Sichtung der vier Tageszeitungen: Kronen Zeitung, Kurier, Die Presse und Der Standard
    - Presseaussendungen
    - Betreuung von Medienvertretern (Interviews, Fototermine, Filmaufnahmen, Pressemappen)
- Ausstellung „Wald-Wasser-Holz" FV Wildalpen
- Ausstellung Museum Kaiserbrunn, MA 49 - Raum
- Beitrag in den „Perspektiven": Die Standortskartierung und in „Erlebnis Natur": Lainzer Tiergarten
- Mehrere Beiträge in „Unser Wien"
- Entwurf bzw. Mitarbeit bei der Erstellung der Lainzer Tiergarten - Broschüre
- Organisation und Redaktion der MA 49-Beiträge im „Umweltschutz"-Magazin
- Planung und interne Organisation der MA 49-Stadtrundfahrten
- Telefonische und schriftliche Behandlung von Anfragen und Beschwerden
- Versendung von Informationsmaterial
- Teilnahme an:
    - Schulwaldaufforstung
    - Junge Wälder-Aufforstung
    - Waldjugendspiele
    - Seminar für Stadtrundfahrtenbegleiter
    - Schulungsfahrten für Stadtrundfahrtenbegleiter
- Betreuung der Internetseiten der MA 49
- Beginn der Arbeiten an der Broschüre: „Wald-Wasser-Arbeit"
- Fortführung der Chronik des Forstamtes

Vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie wurden im Jahre 1998 folgende Forschungsvorhaben weitergeführt, neu begonnen bzw. vorbereitet:

- Betreuung von 7 Dissertationen und 4 Diplomarbeiten
- Approbation von 2 Diplomarbeiten
- Untersuchungen zur Optimierung der Anwendung von Komposten aus der Biotonne in Landwirtschaft und Gartenbau
- Forschung zu Auswirkungen des Einsatzes von Komposten aus der Biotonne auf die Nitratdynamik in Boden und Pflanze

Umweltstadtrat Fritz Svihalek überreicht im Zuge der Pressekonferenz zur Bäderbilanz 1998 dem kleinen Franz Koy eine Jahreskarte der städtischen Bäder.
Foto: Votava / PID

Festveranstaltung anläßlich 125 Jahre Wiener Hochquellwasserleitung beim Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz.
Foto: Votava / PID

Eröffnung des „Kardinal DDr. Franz König-Wohnheimes" des Fonds zur Integration von Flüchtlingen des Innenministeriums mit Kardinal DDr. Franz König, Innenminister Mag. Karl Schlögl und Wohnbaustadtrat Werner Faymann. Foto: Votava / PID

- Bodenmikrobiologische Untersuchungen im Rahmen der Anwendung von Biotonnenkomposten
- Ökologisch orientierte Maßnahmen zur Minimierung des Befalles mit Getreidehähnchen (Oulema melanopus)
- Untersuchungen zur Verbesserung der Qualität von Ölkürbissaatgut
- Evaluierung verschiedener nichtchemischer Regulierungsmethoden bei der Ackerkratzdistel (Cirisium arvense L.) mit besonderer Berücksichtigung der Wurzelökologie
- Mitarbeit am EU-PHARE-Projekt zur Errichtung von Demonstrationsfarmen für biologische Wirtschaftsweise in Ungarn, Rumänien und Bulgarien im Rahmen eines Konsortiums mit einer schottischen (SAC) und zwei holländischen (ETC, Agro-Eco) Forschungsinstitutionen
- Mitarbeit am EU-Projekt DEST „Demonstration einer ökologisch nachhaltigen und umweltfreundlichen hochpräzisen thermischen Saatgutbehandlungsmethode", gemeinsam mit vier anderen Forschungsinstitutionen in Europa
- Mitarbeit am EU-Projekt „Qualitätssicherungs- und Marketingstrategien für Biokomposte", gemeinsam mit der ARGE-Kompost Niederösterreich
- Kooperationsprojekt „Die Auswirkung der Kompostanwendung im biologischen Landbau auf die Nitratauswaschung im Vergleich zu mineralischer Düngung". In Kooperation mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt, Petzenkirchen und MA 48
- Projekt „Einfluss von Düngung mit Biotonnenkompost und anorganischer NPK-Düngung auf den Mineralstoffgehalt von Hafer, Dinkel und Kartoffel", in Kooperation mit dem Österreichischem Forschungszentrum Seibersdorf
- Fütterungsversuche und Futterwahlversuche mit Laborratten als integrative Testmethoden zur Ermittlung der ernährungsphysiologischen Qualität landwirtschaftlicher Produkte
- Mikrobiologische Untersuchungen zur Erfassung des Nachernteverhaltens und der Lagerqualität von landwirtschaftlichen Produkten
- Rundbildchromatographie als begleitende Testmethode bei Vergleichsuntersuchungen
- Erfassung physiologischer Parameter im Nachernteverfahren unterschiedlich angebauter landwirtschaftlicher Produkte
- Eigenschaften herkömmlicher und speziell für den Bio-Landbau gezüchteter Winterweizensorten unter den praktischen Bedingungen des Biologischen Landbaues
- Naturschutz im Wiener Agrarraum: agrarökologische Bewertung von Ackerrandstreifen
- Bodenmikrobiologische Untersuchungen im Revier Nasswald
- Voruntersuchungen zur arbuskulären Mykorrhiza in Ackerböden
- Stichprobeninventur zur Ektomykorrhiza von Waldbäumen (Revier Hinternasswald) und Makromyceteninventur
- Untersuchung der Stickoxydausgasung aus landwirtschaftlich genutzten Böden bei unterschiedlicher Düngung
- Untersuchung zur räumlichen und zeitlichen Verteilung von Gesamtstickstoff, wasserlöslichem Stickstoff und Nitrat in unterschiedlich gedüngten Roggenpflanzen
- Innovationsprojekt zur Verbesserung der Saatgutvermehrung im biologischen Landbau gemeinsam mit dem Institut für Saatgut des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft/Wien, des Institutes für Ökologische Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur, Wien und der Abteilung Biologische Landwirtschaft für Agrarbiologie/Linz
- Monitoring von Rapsschädlingen und ihrer natürlichen Gegenspieler im Wiener Raum
- Ausbringungsversuch von Eiparasiten zur Bekämpfung des Erbsenwicklers (Cydia nigricana) im biologischen Landbau
- Einsatz von Blütenstreifen in Broccoli zur natürlichen Schädlingsregulation
- Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:
    - Ökologische Bewirtschaftung von Kleingärten
    - Gestaltung von Ökokindergärten
    - Mitarbeit im Rahmen des Wiener Abfallwirtschafts-Konzeptes
    - Bodenbiologische Untersuchungen (Bodenenzyme, Mykorrhiza)
    - Ökologische Grundlagen des biologischen Landbaues
    - Rechtliche Grundlagen des biologischen Landbaues
    - Umstellung von viehlos wirtschaftenden Ackerbaubetrieben auf biologischen Landbau

Die wissenschaftlichen Tätigkeiten dokumentierten sich im Berichtsjahr in 31 Publikationen, 7 Publikationen waren in Druck.

Im Jahr 1998 standem dem Institut neben dem Leiter 32 Dienstnehmer zur Verfügung.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Im Berichtszeitraum fielen insgesamt 7.484 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 7.440 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 11 Agenden die Agrarbehörde und 25 administrative Berufungen; 8 Geschäftsstücke bezogen sich auf Unfälle land- und forstwirschaftlicher Dienstnehmer.

Über einzelne Aufgabengebiete der Abteilung wird ausgeführt:

1. Wasser- und Schifffahrtswesen:

Dem breiten Spektrum der Wasserrechtsangelegenheiten waren 2.765 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter befanden sich 255 Ansuchen um Bewilligung von Grundwasserentnahmen, aber auch 55 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilten sich unter anderem auf Ansuchen um Erteilung von - teilweise auch im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenau stehenden - Bewilligungen zur Errichtung und Abänderung von Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflussbereiches fließender Gewässer, zur Vornahme von Einwirkungen auf Gewässer u.a.m., auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 333 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht, und im Lagerbuch 166 Erledigungen verzeichnet. Mit Stand 31. Dezember 1998 waren im Wasserbuch 2.859 aufrechte Wasserrechte ersichtlich. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.386 Bewilligungen verzeichnet.

Im Zusammenhang mit der Führung des Wasserbuches sind die verstärkt zunehmenden Arbeiten zur Erstellung und Umsetzung eines Programmes für dessen EDV-unterstützte Führung zu nennen.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies (§ 31a bzw. 31c Wasserrrechtsgesetz 1959) wurden im Berichtszeitraum 124 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1998 19.426 Eintragungen.

Die Abteilung hat neben ihrer Behördentätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die Magistratsabteilungen 30, 31, 45, 48 und 49 beraten.

Im Jahr 1998 waren die sich aus den beiden Wasserrechtsgesetz-Novellen (WRG-Novelle 1997 und WRG-Novelle Deponien) ergebenden Konsequenzen in manchen Bereichen (Indirekteinleiter, Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, Ersatz bestimmter Bewilligungsverfahren durch bloße Anzeigeverfahren, Änderung von Zuständigkeiten, Überwachung von Anpassungspflichten an den Stand der Deponietechnik, einschließlich der Durchführung allfällig behördlich erforderlicher Anordnungen, Bestellung von Deponieaufsichtsorganen, u.s.w.) organisatorisch vorzubereiten und teilweise schon umzusetzten. Daneben wurden aber auch bereits laufende Aufgaben (z.B. laufende Überprüfung bestehender Deponien, Fortführung des behördlichen Bewilligungsverfahrens betreffend Instandhaltung, Umbau und Sanierung des Wiener Kanalsystems unter Einbeziehung der Hauptkläranlage und der Kläranlage Blumental in ein umfassendes Wiener Abwasserbeseitigungskonzept, Altlastensanierung, usw.) weiterbetrieben.

Neben diesen Aufgaben wurden auch Arbeiten zur Konkretisierung von Maßnahmen im Sinne des § 33f WRG 1959 (Erklärung von Bereichen zu Grundwassersanierungsgebieten, Überprüfung von Anlagen, Verfügung besonderer Reinhaltemaßnahmen) weitergeführt und wegen verschiedener grenzüberschreitender Probleme sowohl Koordinierungs- und Vereinbarungsgespräche mit dem Bund als auch mit den übrigen Bundesländern zum Zweck des Abschlusses entsprechender Vereinbarungen zur Umsetzung von Richtlinien der EU geführt bzw. an solchen Expertengesprächen teilgenommen.

Im Bereiche des Schifffahrtswesens wurden 2.558 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 117 Geschäftsstücke auf Schifffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 795 auf Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 428 auf Zurücklegung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge sowie 13 auf Zuweisung von Probekennzeichen. Weiters hatte die Abteilung 379 Geschäftsfälle für die Seeschifffahrt zu bearbeiten, wovon unter anderem 174 Anträge auf Ausstellung eines Seebriefes sowie 40 Zurücklegungen von Seebriefen und 47 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen waren.

1998 wurden die anstehenden (Teil)Kollaudierungen von Teilanlagen des in seiner Realisierungsendphase befindlichen Kraftwerkes Freudenau vorbereitet.

400 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 198 Bewerber zugelassen. Bei 12 abgehaltenen Prüfungen wurden 198 Kandidaten geprüft, davon bestanden 182 die Prüfung.

Außerdem prüfte die bei der Abteilung eingerichtete Eignungsprüfungskommission sechs Bewerber um eine Konzession zur gewerbsmäßigen Ausübung der Schifffahrt mit Wohnsitz in Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland.

In wasser- und schifffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 324 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

2. EU-Angelegenheiten:

Im Berichtsjahr wurden weiters zahlreiche Stellungnahmen im Rahmen interner und externer Begutachtungsverfahren - auch bezüglich EU-Richtlinien - abgegeben und zu zahlreichen Expertengesprächen Vertreter entsandt.

Schließlich wurden nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften - sprunghaft ansteigend - federführend Koordinierungsaufgaben betreffend die Prüfung und Beurteilung technischer Vorschriften anderer Mitgliedstaaten, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist, bewältigt.

Weiters wurden im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung zur Vorbereitung der erforderlichen legistischen Maßnahmen sämtliche von der Abteilung betreuten Rechtsvorschriften daraufhin überprüft, ob durch die Euro-Umstellung Novellierungen erforderlich sind. Gleichzeitig wurden in diesem Zusammenhang Rechtsvorschriften auch dahingehend überprüft, ob und wenn ja, welche Regelungen aus heutiger Sicht entbehrlich und gegebenenfalls aufzuheben wären.

3. Land- und Forstwirtschaftsinspektion:

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat im Berichtsjahr 157 Kontrollen in 144 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Diese Kontrollen verteilten sich auf 112 Gartenbaubetriebe, 12 Weinbaubetriebe, 17 bäuerliche Betriebe, einen genossenschaftlichen Betrieb und zwei sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Dabei wurden insgesamt 235 Beanstandungen vorgenommen und zur Abstellung festgestellter Mängel und sicherheitstechnischer Gefahren 87 Aufträge erteilt. In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 9 Lehrbetriebe kontrolliert.

Weiters hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion in Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes an 17 baubehördlichen Verfahren teilgenommen und dabei 10 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen 15 Stellungnahmen abgegeben.

4. Landarbeitsrecht

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Bundesgesetz, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, BGBl. I Nr. 44/1998, die für die Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert. Dies machte eine entsprechende Anpassung des Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 25/1980, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 7/1994, als Landesausführungsgesetz erforderlich. Aufgrund dieser Vorgabe wurden im Frühjahr 1998 die Vorarbeiten am Entwurf einer Novelle zum Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz abgeschlossen und wurden in der Folge ein internes und ein externes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Die Beschlussfassung durch den Landtag ist im Oktober 1998 erfolgt.

Weiters hat der Bundesgesetzgeber mit dem Bundesgesetz, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz geändert wird, BGBl. I Nr. 102/1998, die für die Regelung der Berufsausbildung der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert. Danach wurde eine entsprechende Anpassung der Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992, LGBl. für Wien Nr. 35, in der Fassung der Gesetze LGBl. für Wien Nr. 18/1994 und 21/1997, als Landesausführungsgesetz erforderlich. Im Sommer 1998 wurde ein Entwurf einer Novelle zur Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992 ausgearbeitet und ein internes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Mitte Oktober 1998 wurde der Entwurf zur externen Begutachtung ausgesandt.

Schließlich hat der Bundesgesetzgeber im Artikel 24 des Gesetzes über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer - GAFB, BGBl. I Nr. 30/1998, die im Landarbeitsgesetz 1984 für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert. In weiterer Folge hat der Bundesgesetzgeber mit dem Bundesgesetz, mit dem das Landarbeitsgesetz 1984 geändert wird, BGBl. I Nr. 101/1998, die für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze nochmals geändert. Mit dieser Novelle werden die zahlreichen EU-Richtlinien betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer für die im Bereich der Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeiter und Angestellten umgesetzt. Dies mache ebenfalls eine entsprechende Anpassung der Wiener Landarbeitsordnung 1990, LGBl. für Wien Nr. 33, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 39/1995, als Landesausführungsgesetz erforderlich. Die im Hinblick auf den großen Umfang der mit der Erlassung der gegenständlichen Novelle notwendigen und daher schon im Oktober 1997 begonnenen legistischen Vorarbeiten wurden 1998 weitergeführt. Am 16. September 1998 hat in der Verbindungsstelle der Bundesländer eine Länderexpertenkonferenz zum Thema „Überarbeitung der Landarbeitsordnungen" stattgefunden. Es wurde dabei vereinbart, dass alle Bundesländer Entwürfe von Landesausführungsgesetzen erstellen und sich gegenseitig übermitteln, damit diese im Rahmen einer weiteren Länderexpertenkonferenz auf ihre Harmonisierung - insbesondere bezüglich der Verord-

nungsermächtigungen - überprüft werden können. Zur Ausarbeitung der zahlreichen erforderlichen Durchführungsverordnungen sollen zwei Arbeitsgruppen eingesetzt werden.

Im Hinblick auf das Ergebnis der obenzitierten Länderkonferenz wurde im Oktober 1998 der Vorentwurf einer Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung 1990 im Wege der Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro der Verbindungsstelle der Bundesländer übermittelt.

Anfang August 1998 wurde das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Einigungskommission und der Obereinigungskommission eingeleitet. Die Bestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Kommissionen ist sodann mit Beschluss der Wiener Landesregierung vom 3. November 1998, PrZ 1279/98, erfolgt.

5. Land- und Forstwirtschaft:

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden im Berichtsjahr 353 Gutachten, Stellungnahmen bzw. Überprüfungen für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben bzw. durchgeführt. Davon entfielen 215 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 25 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 43 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland - Ländliches Gebiet, 10 auf Grundabteilungen und Abschreibungen in diesen Gebieten, 26 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 9 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 25 auf Stellungnahmen zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen.

Für die Befundaufnahmen zu diesen Fachbegutachtungen waren 249 Lokalaugenscheine und 23 Amtsbesprechungen erforderlich.

Breiten Raum nahmen weiterhin die mit der europäischen Agrarpolitik in Zusammenhang stehenden Aufgaben ein, wobei im Berichtsjahr diesem Aufgabenschwerpunkt 130 Geschäftsfälle zuzuordnen sind. Im Vordergrund stand vor allem der Bereich der Agrarförderungen. Zu diesem Thema fanden zahlreiche Besprechungen mit Vertretern des Bundes, der Länder und vor allem der Wiener Landwirtschaftskammer zur Umsetzung der Förderungsrichtlinien für eine möglichst optimale Ausschöpfung der von der EU, Bund und Land kofinanzierten Förderungsmittel für die österreichische Landwirtschaft statt.

Die legistischen Arbeiten am Entwurf einer neuen Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, wurden im Frühjahr 1998 abgeschlossen. Die Kundmachung erfolgte im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 15/1998. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung ist die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 37/1995, außer Kraft getreten.

6. Bodenreform:

Bei der bei der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz fielen im Berichtsjahr 11 Geschäftsfälle, die im wesentlichen die Feststellung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahme sowie die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen, an. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

7. Wiener Landwirtschaftskammer:

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet. Darüber hinaus wurden von der Abteilung für die am 8. März 1998 abgehaltene Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der Wiener Landwirtschaftskammer sowie für eine gleichzeitig mit dieser Wahl durchgeführte Befragung der Kammerzugehörigen die Bürogeschäfte der Landeswahlbehörde geführt und auch ein großer Teil der Vorbereitungsarbeiten bewältigt. Dabei waren innerhalb kurzer Zeit rund 100 Eintragungsbegehren im Zuge des Reklamationsverfahrens zu bearbeiten und zu erledigen. Der von der Abteilung ausgearbeitete Entwurf eines Wiener Bienenzuchtgesetzes wird gleichzeitig auch eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes, LGBl. für Wien Nr. 28/1957, in der geltenden Fassung, beinhalten (näheres hiezu siehe Punkt 10.).

Aufgrund einer Weisung des Herrn amtsführenden Stadtrates Svihalek wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft in Wien (Wiener Landwirtschaftsgesetz) ausgearbeitet. Zweck dieses Gesetzes ist es, Grundsätze für die Vergabe von Förderungen durch das Land Wien an die Wiener Landwirtschaft festzulegen.

Die entsprechenden legistischen Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen. Nach der Genehmigung durch den Herrn amtsführenden Stadtrat Svihalek wird das interne Begutachtungsverfahren eingeleitet werden.

8. Tierärztekammer:

Für die am 1. Dezember 1998 abgehaltene Wahl der Vorstandsmitglieder der Landeskammer der Tierärzte Wiens hat die Abteilung gleichfalls die Bürogeschäfte der Landeswahlbehörde geführt und einen erheblichen Teil der Vorbereitungsarbeiten geleistet.

9. Veterinärwesen:

So wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen Tarife für Nutzschweine und die halbjährlichen Tarife für Geflügel ausgearbeitet.

Mit Verordnung des Landeshauptmannes, LGBl. für Wien Nr. 35/1998, wurde die periodische Untersuchung von Rinderbeständen auf infektiöse Bovine Rhinotracheitis und infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV) angeordnet.

Bedingt durch die Schließung des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx per 1. Jänner 1998 wurden die in Wien bestehenden Schlachthauszwänge für Großhornvieh (Rinder), Schweine, Stechvieh (Kälber, Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze), und Einhufer (Pferde) aufgehoben (LGBl. für Wien Nr. 18/1998).

Zwecks Umsetzung der RL 96/43/EG des Rates vom 26. Juni 1996 zur Änderung und Kodifizierung der RL 85/73/EWG zur Sicherstellung der Finanzierung der veterinär- und hygienerechtlichen Kontrollen von lebenden Tieren und bestimmten tierischen Erzeugnissen sowie zur Änderung der Richtlinien 90/675/EWG und 91/496/EWG (CELEX NR. 396 L 0043), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 1. Juli 1996, Nr. L 162/1, wurde eine entsprechende Änderung der Verordnung der Wiener Landesregierung über Fleischuntersuchungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 84/1995, ausgearbeitet und ist das diesbezügliche Begutachtungsverfahren bereits abgeschlossen. Die Vorlage des Entwurfes an die Wiener Landesregierung wird demnächst erfolgen.

10. Tierzucht:

Die legistischen Arbeiten am Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellungen wurden Anfang März 1998 abgeschlossen. Die Kundmachung ist nach Beschluss durch die Landesregierung im LGBl. für Wien Nr. 29/1998 erfolgt.

Weitere Durchführungsverordnungen zum Wiener Tierzuchtgesetz, LGBl. für Wien Nr. 12/1996, werden nach Maßgabe der Prioritäten noch auszuarbeiten sein.

Zu Beginn 1998 wurden die legistischen Arbeiten für ein Gesetz über die Haltung und die Zucht von Bienen sowie über eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes (Wiener Bienenzuchtgesetz) in die Wege geleitet. Zweck dieses Gesetzes ist es, den Bereich der Bienenwirtschaft vornehmlich mit dem Ziel der Erhaltung gesunder und leistungsfähiger Bienenvölker umfassend zu regeln. Des Weiteren sollen auch die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Verschleppung von Feuerbrand durch Bienenwanderung wie auch zur Verhinderung von aggressiven Kreuzungsbienen (z.B. Buckfastbienen) festgelegt werden. Die Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes ist im Hinblick auf die vorgesehene Mitwirkung der Landwirtschaftskammer für Wien bei der Besorgung von einzelnen Aufgaben des Wiener Bienenzuchtgesetzes im übertragenen Wirkungsbereich erforderlich. Das externe Begutachtungsverfahren ist bereits abgeschlossen und wird nach Prüfung der umfangreichen Stellungnahmen (insbesondere ist die Frage der EU-Konformität nochmals einer Prüfung zu unterziehen) die Vorlage an die Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro- zwecks Genehmigung zur Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens erfolgen.

11. Jagdwesen:

Die Arbeiten am Entwurf einer weiteren Novelle zum Wiener Jagdgesetz, LGBl. für Wien Nr. 6/1948, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 9/1993, wurden weitergeführt.

Dieser Entwurf nimmt eine Überarbeitung des seit über vier Jahrzehnten nahezu unveränderten Kataloges der jagdbaren Tiere vor und fügt dem bisherigen Begriffsapparat die zoologische Bezeichnung der einzelnen Wildtiere hinzu.

Außerdem entspräche die im Entwurf vorgesehene Textierung den Regelungen des mit der Richtlinie 94/24/EG geänderten Anhanges II Teil 2 der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten.

Die Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahrens werden derzeit einer weiteren Erörterung mit allen betroffenen Institutionen und Magistratsdienststellen unterzogen.

Im Berichtsjahr 1998 fand eine Jagdaufseherprüfung statt.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1998 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18.041 ha, wobei auf einer Fläche von 3.557 ha die Jagd ruht.

12. Fischereiwesen:

In Wien bestehen derzeit 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.178,6 ha.

Im Berichtsjahr fand eine Fischereiaufseherprüfung statt. Die vier zur Prüfung angetretenen Kandidaten haben diese bestanden.

13. Tierschutz:

In Umsetzung der Richtline 97/2/EG wie auch der Entscheidung der Kommission 97/182/EG wurde die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel, LGBl. für Wien Nr. 40/1996, entsprechend abgeändert (LGBl. für Wien Nr. 28/1998).

Weiters wurde ein Entwurf einer Verordnung über die Haltung von Pferden ausgearbeitet. Durch diese Verordnung sollen Mindestanforderungen für die Haltung von Pferden - insbesondere die Stallhaltung betreffend - festgelegt und darüber hinaus auch noch andere Bereiche (z.B. Haltung im Freien, Haltung von Fiakerpferden, verbotene Eingriffe) einer Regelung unterzogen werden. Die diesbezüglichen Begutachtungsverfahren sind bereits abgeschlossen, sodass nach Zustimmung der Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro die Vorlage des Entwurfes an die Wiener Landesregierung erfolgen wird.

In Entsprechung des Beschlusses der Landeshauptmännerkonferenz vom 5. Juni 1997 hinsichtlich Abschluss einer Art. 15a B-VG - Vereinbarung betreffend den außerlandwirtschaftlichen Tierschutz hat die Abteilung an der Erstellung eines entsprechenden Entwurfes mitgewirkt. Dieser Entwurf legt Mindestanforderungen für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Varietés, weiters für die Haltung von Hunden, Vögeln, Kleinnagern, Reptilien, Zierfischen sowie für Tierheime fest und enthält darüber hinaus auch noch ein allgemeines Verbot der Tierquälerei bzw. eine demonstrative Aufzählung der häufigsten Formen von Tierquälerei.

Die gegenständliche Vereinbarung wurde am 26. November 1998 von allen Landeshauptleuten vorbehaltlich der Erfüllung der landesverfassungsrechtlichen Erfordernisse unterzeichnet. Die Beschlussfassung des Wiener Landtages erfolgte am 16. Februar 1999 und wird die Abteilung die legistische Umsetzung der in Rede stehenden Vereinbarung demnächst in Angriff nehmen.

14. Pflanzenschutz:

Aus der Aufnahme Österreichs in die Europäische Union resultiert die Verpflichtung die Richtlinie 93/85/EWG vom 4. Oktober 1993 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel in innerstaatliches Recht umzusetzen. Aufgrund der Kompetenzbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes sind die erforderlichen nationalen Regelungen in Österreich von den Ländern zu erlassen.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel wurde im LGBl. für Wien Nr. 31/1998, kundgemacht.

15. Bodenschutz:

Zwecks Umsetzung der Richtlinie 86/278/EWG, in der Fassung der Richtlinie 91/692/EWG, wurde der Entwurf eines Landesgesetzes über das Verbot der Ausbringung von Klärschlamm ausgearbeitet und bereits zur externen Begutachtung ausgesandt.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Im Jahr 1998 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als Berufungsbehörde wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa betreffend die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkerberechtigungen (nach der neuen Rechtslage „Lenkberechtigungen"), die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 und 4 bis 9 (sog. „Parkpickerl") zu erledigen.

In einigen Fällen hatte die Abteilung die verkehrsrechtlichen Aufgaben als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde - dies auch in Verwaltungsstrafsachen - wahrzunehmen.

In legistischer Hinsicht waren 1998 wieder mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind hiezu insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Führerscheingesetz, der Entwurf eines Gefahrgutbeförderungsgesetzes, Entwürfe eines Kraftfahrliniengesetzes, eines Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes, einer Freisprecheinrichtungsverordnung sowie einer 44. Novelle zur Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referenten auch 1998 wieder an verschiedenen Fachtagungen und Länderkonferenzen, die jährlich abgehalten werden, teil. Dazu sind insbesondere die Expertenkonferenz der beamteten Verkehrsreferenten, die Kraftfahrreferententagung, die Tagung der

Gefahrgutsachverständigen, die Fahrschulreferententagung und fünf internationale Kraftfahrlinienkonferenzen (mit den Nachbarländern Österreichs) anzuführen.

Im Fahrschulbereich war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektorates, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch die Verfügbarkeit und Eignung der gesetzlich vorgeschriebenen Übungsplätze sowie der neu eingerichteten Computer-Prüfplätze in den Fahrschulen wurden überprüft. Weiters wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert.

Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahre 1998 insgesamt rund 930 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerausweise, Erteilung, Erweiterung und Entziehung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Hinzu kamen die Ermächtigungen für die Abhaltung der Computer-Prüfungen in Fahrschulen. Aufgrund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr-(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 81 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden; Kandidaten, die die Lehrbefähigungsprüfung dreimal nicht bestanden hatten, mussten vom Beruf des Fahr(schul)lehrers bescheidmäßig auf die Dauer von fünf Jahren ausgeschlossen werden.

In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmannes im Jahre 1998 auch 27 Anträge auf Bestellung zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen sowie 48 bereits bestellte Fahrprüfer zu den nunmehr zwingend vorschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen.

Ebenso wurden im Jahre 1998 im Namen des Landeshauptmannes von der Abteilung insgesamt 99 Ärzte zum sachverständigen Arzt für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt.

Im Kraftfahrlinienreferat wurden im Berichtsjahr zum Zwecke der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für die privaten Einlandlinien waren Konzessionsänderungen, bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, öffentliche und private Mehrlandlinien, sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen - insbesondere baulichen - Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen, bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Schließlich stand das Kraftfahrlinienreferat im Sinne der Manuduktionspflicht für Auskünfte von Parteien (insbesondere Konzessionswerber) zur Verfügung.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahre 1998 langten insgesamt 4.717 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 48 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 1998 insgesamt 4.636 Geschäftsstücke erledigt worden.

Parkraumüberwachung

Die Hauptaufgaben der Abteilung lagen im Berichtsjahr in den Bereichen Qualitätssteigerung und - sicherung durch weitere Optimierung der Verfahrensabläufe bei den Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz und bei der Überwachung der Kurzparkzonen.

Zum Stichtag 31. Dezember 1998 waren in der Abteilung insgesamt 366 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 169 in den Innendienstbereichen (Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 197 in den Außendienstbereichen (davon 79 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete MitarbeiterInnen der Parkraumüberwachung und 118 MitarbeiterInnen der Kurzparkzonenüberwachung).

1. Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz

Die im Jahr 1997 durchgeführten organisatorischen Änderungen und Festlegungen haben sich bewährt, das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr lag daher in der Feinjustierung der Verfahrensabläufe und Organisation.

Zu diesem Zweck wurden die in den beiden Referaten „Ruhender Verkehr" und „Parkometerstrafen" eingesetzten EDV-Strafenprogramme bis auf notwendig vorgegebene Unterschiede gleichgeschaltet und in weiterer Folge auch eine weitestgehende Angleichung der Verfahrensabläufe durchgeführt.

Dies war vorwiegend deshalb notwendig, da die Bereiche Ruhender Verkehr und Parkometerstrafen zwar weitestgehend gleichartige Aufgabenstellungen aufweisen, aber bedingt durch die ursprüngliche Aufteilung dieser Aufgabenbereiche auf zwei Magistratsabteilungen historisch gewachsene unterschiedliche Verfahrensabläufe und Organisationsmodelle bestanden.

Die letztlich durchgeführten Organisationsänderungen beruhten im wesentlichen auf einem Konzept, das von einer aus MitarbeiterInnen aller Bedienstetengruppen bestehenden Arbeitsgruppe erarbeitet wurde; es konnte daher auch eine sehr hohe Akzeptanz der notwendigen Änderungen erzielt werden.

2. Überwachung des ruhenden Verkehrs

Im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs sind im Vergleich zu den Vorjahren keine wesentlichen Änderungen festzuhalten.

Die anfänglich sehr hohe Personalfluktuation ist - abgesehen von Ausfällen durch Elternkarenzurlaube - zurückgegangen und der Personalstand stabil.

Es sind auch keine wesentlichen qualitativen oder quantitativen Änderungen im Aufgabenbereich aufgetreten.

3. Überwachung der Kurzparkzonen

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurde der Personalstand der Kurzparkzonenüberwachungsorgane von 50 auf 70 Organe aufgestockt, um eine Verdichtung der Überwachung zu gewährleisten.

Durch die Personalaufstockung konnte bei der Kurzparkzonenüberwachung eine Verbesserung des Verhältnisses der zu überwachenden Stellplätze pro Überwachungsorgan und damit auch die Voraussetzung für verstärkte schwerpunktmäßige Überwachung kritischer Gebiete erzielt werden.

Parallel dazu konnte jedoch auch eine Steigerung der individuellen Arbeitsleistung erreicht werden, die sich im Vergleich zu den Vorjahren in wesentlich höheren Beanstandungszahlen niederschlägt.

Die Einführung weiterer flächendeckender Kurzparkzonen in weiten Teilen des 2. und 20. Wiener Gemeindebezirkes ab März 1999 bedingte zwingend eine weitere Personalaufstockung um 40 Organe.

Dazu wurde seitens der Abteilung an rund 500 Interessenten herangetreten, von denen sich rund 300 dem Eignungstest und den Aufnahmegesprächen gestellt haben.

Ab Dezember 1998 erfolgte aufgrund der Reihung nach den Testergebnissen die Auswahl und Aufnahme der geeigneten Bewerber und in weiterer Folge die theoretische und praktische Ausbildung der neuen MitarbeiterInnen.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Magistratsabteilung 68, Feuerwehr der Stadt Wien, hat im Verwaltungsjahr 1998 29.076 Einsätze durchgeführt; im Schnitt sind das rund 80 Einsätze pro 24 Stunden.

Die Einnahmen aus Gebühren und Kostenersätzen betrugen rund S 35,438.000; der leichte Rückgang der Einnahmen ergab sich dadurch, dass der Anteil der nach § 15 (2) des Feuerwehrgesetzes durchgeführten Feuerwehreinsätze (nicht verrechnete Einsätze) größer war als im Jahr zuvor.

Tätigkeiten im Bereich der Haushaltsordnung mit den zugeteilten Budgetmitteln:

Eine Änderung in der Bauführung der neuen Hauptfeuerwache „Floridsdorf", die Einrichtung des so genannten „Brandhauses", wird nun seit 1998 aus Kostengründen ausschließlich von Magistratsabteilungen der Stadt Wien durchgeführt (bisher war ein Architekt mit der Bauausführung befasst), bewirkte die Durchführung eines neuerlichen EU-weiten Ausschreibungsverfahrens; bei einem Projekt wie diesem ein arbeits- und zeitintensives Unterfangen, welches allerdings durch die Kostenersparnis gerechtfertigt ist.

Fertigstellungen:

Beendet wurde der Ausbau der Feuerwache „Donaustadt" zur Hauptfeuerwache. Die Fassade der Zentralfeuerwache Haus Am Hof 9 wurde erneuert. In den Hauptfeuerwachen „Hernals" und „Mariahilf" wurden die erforderlichen Sanierungs- und Umbauarbeiten fortgesetzt.

Neubeginne:

Die Sanierung der Fassade Am Hof 7 wurde begonnen; genehmigt wurde ein Sachkredit in Höhe von S 4,800.000. Für die Sanierung der Atemschutzwerkstätte in der Zentralfeuerwache wurden S 9,100.000 genehmigt und mit den Sanierungsarbeiten begonnen.

Genehmigt und begonnen wurden auch Generalsanierungen in der Hauptfeuerwache „Döbling" (genehmigter Kredit S 47,537.000) und in der Feuerwache Floridsdorf „Am Spitz" (genehmigter Kredit S 34,000.000). Von allen Neubeginnen ist zweifellos der Neubau der Feuerwache „Kaisermühlen" besonders hervorzuheben: Das mit einem Gesamterfordernis in Höhe von S 70,554.000 im Verwaltungsjahr 1998 genehmigte Projekt ist für die Sicherheit der Bevölkerung von größter Bedeutung: Die neue Feuerwache wird aus einsatztaktischen Gründen im Bereich des ehemaligen CA-Zeltes in 22, Am Hubertusdamm - direkt westlich der Überplattung Donaucity - in unmittelbarer „Nachbarschaft" von UNO-City und Konferenzzentrum errichtet. In den letzten Jahren entstanden in diesem Gebiet zahlreiche Wohnbauten; auch führte der Bau von Hochhäusern entlang der Wagramer Straße zu hoher Bebauungsdichte. Ferner ist der Kaisermühlentunnel mit einer Tunnellänge von über zwei Kilometer und der extrem hohen Verkehrsdichte ein besonders heikler Autobahnbereich. Von der neuen Feuerwache ist die direkte Auffahrt zum Austria-Center möglich, ebenso auf die A 22 in beide Richtungen und die Straßen unter der Überplattung. In der Wache „Kaisermühlen" soll eine Löschgruppe und ein Tauchzug stationiert werden. Der Tauchzug kann die Copa-Kagrana und damit das Entlastungsgerinne über die Grünbrücke, nur 100 Meter westlich der Feuerwache, erreichen. Somit ist der kürzestmögliche Taucheinsatz in den Badebereichen Neue und Alte Donau und Donaustrom gewährleistet. Seit dem Verwaltungsjahr 1998 werden auch Grundlagenuntersuchungen hinsichtlich der Stationierung eines Hubschraubers durchgeführt. Der Bereich der Feuerwache (900 m² Übungshof) ist ideal zum An- und Abflug über die Donau von Süden her, ohne die Wohnbevölkerung von Kaisermühlen gravierend zu belästigen.

Branddienst, Ausbildung:

Im Zuge der Materialerprobungen wurden einerseits mehrere neue Löschmittel und Löschverfahren geprüft: Dazu gehören der „Class A-Foam" genauso wie beispielsweise Schaumgeneratoren, Löschwassergeliermittel, die Erprobung diverser Strahlrohre, Werfer und Armaturen. Andererseits ist es heute gar nicht mehr so leicht, Löschverfahren - was wünschenswert wäre - auch im Maßstab 1:1 zu beüben. Aus diesem Grund wird überlegt modellhafte Versuche oder wenigstens audiovisuelle Mittel im verstärktem Umfang zu beschaffen.

Besonders hervorzuheben wäre dabei der Themenbereich „Überdruckbelüftung", wo es aufgrund diverser Erprobungen bereits zur konkreten Planung eines Wechselaufbaus für Belüftungszwecke gekommen ist, dessen zentraler Bestandteil ein mobiler Großventilator sein wird, der es erlauben sollte, auch bei Bränden oder Gefahrstoffaustritten in unterirdischen Verkehrsanlagen, Großobjekten, Tiefgaragen usw., technisch wirksame Druckbelüftungsmaßnahmen zu setzen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit lag in der Umsetzung sicherheitstechnischer Denkweisen, die durch das neue ArbeitnehmerInnenschutzgesetz der Systematik nach vorgegeben worden sind, in die konkrete Einsatztaktikfestlegungen. Hier ist insbesondere das Atemschutzwesen ein Punkt, bei dem die wünschenswerten Änderungen zwar weitgehend definiert, im laufenden Jahr aber noch nicht vollständig umgesetzt werden konnten.

Der Themenbereich „Absturzsicherung" - bei der Feuerwehr naturgemäß von großer Bedeutung - konnte 1998 aber vollständig erledigt werden.

Im Jahr 1998 wurden insgesamt 28 Chargenschüler des Branddienstes ausgebildet. Im Ausbildungsteam waren dazu neben dem Referenten insgesamt 11 Chargen des Branddienstes tätig. Hierzu wäre vielleicht zu bemerken, dass im Rahmen der Chargenschule ja auch alle Verfahrensänderungen, die später dann Dienstanweisung werden sollen, eingehend erprobt und diskutiert werden, wodurch sehr praxisbezogene und praktikable Lösungen erarbeitet werden können. Erwähnenswert zum Schulbetrieb wäre auch noch, dass im „Schuljahr" 1998/99 erstmals das Themengebiet „Einsatzpsychologie" - hier werden die probaten Vorgangsweisen im Umgang mit den „Kunden", der richtige Umgang mit eigengefährdenden Personen usw., gelehrt - in den Stoff aufgenommen wurde. Auch ein Nachschlagewerk für den Einsatz wurde zum sonstigen Lehrstoff ausgegeben. Des Weiteren erfolgte die Umstellung der Unterlagen auf das Dateiformat „Word für Windows" und gleichzeitig eine massive grafische Aufbereitung. An Interessenten konnten CD-Roms mit den Unterlagen für die Chargenschule in einem „Betrachterformat" („Acrobat Reader" - die Lizenz wird kostenlos eingeräumt) ausgegeben werden, das verschiedene Vorteile hinsichtlich des Aufsuchens von Fundstellen bietet, das aber andererseits eigenmächtige Veränderungen nicht zulässt.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch noch, dass im Rahmen der „Reform 2000", einer abteilungsinternen Planung einer doch sehr weit reichenden Neustrukturierung hauptsächlich des Ausbildungssystems, bei der Erstellung der neuen Unterlagen auch schon alle im Reformvorhaben absehbaren Änderungen berücksichtigt wurden.

Letztendlich wurden noch die Kontakte zu anderen Einsatzdienststellen intensiviert: Besonders wichtig erscheint hier die gegenseitige Ausbildung im Rahmen der Chargenschulen der Polizei und eben des Branddienstes der Abteilung, bei der nicht nur die jeweiligen Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Vorgangsweisen vorgestellt werden, sondern bei der auch die Chargenschüler beider Dienststellen die Gelegenheit zum näheren Einblick in die persönliche Dienstsituation in der jeweils anderen Abteilung bekommen.

Fahrzeuge:

Die Abteilung war auch im Verwaltungsjahr 1998 bemüht, den Fahrpark zu erneuern und auf den letzten Stand der Technik zu bringen. Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurde der Bau einer Drehleiter, Rettungshöhe 30 m, mit Rettungskorb versehen, in Auftrag gegeben. Dieses Hubrettungsgerät wird für die Brandschutzsektion „Leopoldstadt" benötigt und soll eine bereits 22 Jahre alte Drehleiter ersetzen, die nicht mehr dem Stand der Technik entspricht.

Ebenso wurden auch LKW-Fahrgestelle für drei Hilfeleistungslöschfahrzeuge und die dazugehörigen Feuerwehraufbauten bestellt. Diese Fahrzeuge werden zirka siebzehn Jahre alte, bereits störungsanfällige Fahrzeuge ersetzen und somit die Umstellung auf die neue Bauserie „Hilfeleistungslöschfahrzeug" einleiten.

Die neuen Hilfeleistungslöschfahrzeuge verfügen über eine leistungsstarke Löschpumpe, einen 1.600 Liter fassenden Löschwassertank, eine Bergeseilwinde und eine umfangreiche feuerwehrtechnische Ausrüstung.

Auszüge aus der unmittelbaren Einsatztätigkeit:

- Ausgeflossener Schadstoff in 11, Haidequerstraße 1
am 4. Jänner 1998, Einsatznummer 209

Am Gelände eines Kraftwerkes ist ein rund 4.000 m³-Tank, welcher mit Schwefelsäure aus der Rauchgasreinigung gefüllt ist, undicht geworden. Dadurch kommt es zu einem kontinuierlichen Austritt von Schwefelsäure aus einem unzugänglichen Leck, welches nicht dicht zu setzen ist. Als Erstmaßnahme leitet die Betriebsleitung Kalkwasser in die ausgetretene Schwefelsäure ein, der pH-Wert kann durch diese Maßnahme gehoben werden. Dieses Produkt wird mit einer Druckluftmembranpumpe in den Container einer Entsorgungsfirma gefüllt, von wo aus die weitere Entsorgung bewerkstelligt wird. Um eine Ausbreitung des Schadstoffes zu vermeiden, werden schon in der Erstphase des Einsatzes Dämme aus Sand und Schotter errichtet.

- Assistenzleistung für den Rettungsdienst in 20, Nordwestbahnstraße 101
am 8. Jänner 1998, Einsatznummer 670

Der 54-jährige Wohnungsinhaber soll aus gesundheitlichen Gründen vom Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht werden. Da es dem Rettungsdienst nicht möglich ist, den rund 250 kg schweren Mann aus der Wohnung zu bringen, wird die Feuerwehr angefordert. Es wird versucht, den sitzend zu transportierenden Mann durch das Fenster ins Freie zu bringen. Vorher muss noch ein ordnungsgemäß abgestellter PKW für die Dauer des Einsatzes mit Transportrollern ortsverändert werden. Der Patient wird schließlich mit einer Drehleiter auf Straßenniveau gebracht.

- Person unter Betonplatten in 23, Brunner Straße 77 - 79
am 9. Jänner 1998, Einsatznummer 716

Beim Entfernen von Bodenplatten aus einem Regal in einer Lagerhalle, mit Hilfe eines gasbetriebenen Gabelstaplers, bricht die Regalkonstruktion ein. Der Stapelfahrer springt vom Stapler, wird von den herabstürzenden Platten getroffen und dabei eingeklemmt. Der Verwundete wird mittels Hebekissen befreit und dem Rettungsdienst übergeben. Das einsturzgefährdete Regal wird nach der Besichtigung durch das Arbeitsinspektorat von der Feuerwehr gesichert.

- Dachbrand in 15, Möringgasse 20
am 13. Jänner 1998, Einsatznummer 977

Beim Eintreffen der Löschkräfte steht im Dachgeschoss ein etwa 15 m² großer Büroraum in Vollbrand. Der Brand hat auch auf den vorgelagerten, etwa 45 m² großen, Aufenthaltsraum übergegriffen. Aus dem Dachflächenfenster schlagen meterhohe Flammen, und über dem Gebäude steht ein weithin sichbarer Rauchpilz. Zwei Personen, die versucht hatten, mit Handfeuerlöschern den Brand zu bekämpfen, hatten sich auf die Dachterrasse zurückziehen müssen, da der Brand den Fluchtweg abgeschnitten hatte. Von der Feuerwehr wird der Brand mit einer unter Atemschutz über das Stiegenhaus vorgenommenen Löschleitung angegriffen. Zugleich wird der Brand mit einer zweiten, über die Drehleiter vorgenommenen Löschleitung von außen bekämpft und kann rasch lokalisiert werden. Die beiden auf die Dachterrasse geflüchteten Personen können innerhalb kürzester Zeit unverletzt in Sicherheit gebracht werden. Zum Freilegen und Ablöschen der verbliebenen Glutnester wird die Dachhaut geöffnet, umfangreiche Ausräumarbeiten sich durchzuführen.

- Verkehrsunfall in 21, Strebersdorfer Straße 4
am 14. Jänner 1998, Einsatznummer 1001

Aus ungeklärter Ursache prallt der Richtung Strebersdorf fahrende PKW gegen einen Lichtmast. Vor Ankunft der Feuerwehr birgt der Rettungsdienst eine schwer verletzte männliche Person. Die noch eingeklemmte Lenkerin wird mittels zweier Rettungszylinder, eines Spreizers und der Rettungsschere geborgen.

- Wilde Jagd in 19, Mitterwurzergasse 60
am 1. März 1998, Einsatznummer 4126

Ein Jagdterrier stellt auf einem Grundstück einen Dachs und folgt ihm in ein stillgelegtes Kanalrohrsystem (Durchmesser rund 30 cm). Beide Tiere verkeilen sich an einer unbekannten Stelle, worauf der Hundebesitzer die Feuerwehr verständigt. Die Feuerwehr muss auf den Grundstücken und auf einem Verbindungsweg aufgraben, um den genauen Standpunkt der Tiere festzustellen; dabei werden Kanalrohre beschädigt. Schließlich wird der Dachs mittel Fangnetzes der Tierrettung eingefangen und in Freiheit entlassen; der verletzte Terrier wird ebenfalls geborgen und dem Besitzer übergeben.

- Bergen einer Leiche in 22, Am Hubertusdamm 6
am 3. März 1998, Einsatznummer 4219

Im Bereich einer Baustelle springt eine männliche Person von einem Rohbau in den Tod. Der Mann wird durch Baustahlgitter aufgespießt. Nach Aufnahme durch die Kripo werden einige Stäbe des Gitters durchtrennt, sodass die Leiche aus der Baugrube gehoben werden kann.

- Brand in 7, Schottenfeldgasse 56
am 5. März 1998, Einsatznummer 4330

Aus bislang unbekannter Ursache gerät ein Geschäftslokal in Brand. Wegen der Brandintensität stehen bei Ankunft der Feuerwehr das Geschäftslokal sowie die Wohnungen darüber in Vollbrand. Gleichzeitig mit der Bekämpfung des Brandes im Lokal und dem Löschen der davorstehenden PKWs wird ein Löschangriff über das ebenfalls in Vollbrand stehende Stiegenhaus vorgenommen. Im Innenhof sind etwa zehn Personen an den Fenstern zu sehen, der Fluchtweg durch das Stiegenhaus ist abgeschnitten. Zum Teil werden die Menschen über Schiebeleiter gerettet, jene in den höher gelegenen Stockwerken können erst nach Ablöschen des Brandes im Stiegenhaus und im angrenzenden Lichthof mit Hilfe von Fluchtfiltermasken gerettet werden. Insgesamt werden 16 gerettete Personen dem Katastrophenzug des Rettungsdienstes übergeben, welcher nur geringfügige Verletzungen feststellt. Durch den Flammenüberschlag des Lokales gassenseitig und den Brand in Stiegenhaus und Lichthof kommt es zu Sekundärbränden in den Wohnungen in den ersten drei Stockwerken. Diese Brände werden unter Atemschutz mit insgesamt vier Rohren abgelöscht. Ein Folgebrand im Dachgeschoss wird mit einem weiteren Rohr gelöscht.

- Brand im Straßentunnel in 22, A 22 Nord
am 15. März 1998, Einsatznummer 5136

Ein PKW fährt in einem Kreuzungsbereich frontal in die Tunnelwand. Der Lenker wird von der Sicherheitswache aus dem brennenden Fahrzeug befreit, wobei vier Beamte Brandverletzungen davontragen. Nach dem Eintreffen der Feuerwehr wird von einem Atemschutztrupp ein Rohr bis zum PKW vorgetragen und dieser gelöscht.

- Bergen eines PKW in 14, Mauerbachstraße 47
am 17. März 1998, Einsatznummer 5303

Beim Versuch, den Mauerbach mit einem PKW über die Furt rund 50 m vor der Mauerbachstraße zu überqueren, wird das Fahrzeug von der Strömung erfasst und rund 10 m weit abgetrieben. Der PKW kommt mit dem Heck stromabwärts zum Stillstand. Die Lenkerin kann sich in Sicherheit bringen. Im Heck des Fahrzeuges befindet sich noch ein Hund. Der PKW musste mittels Lastkette und Seilwinde am vorderen Federbein gesichert werden. Nach Anschlagen des Greifzuges an der hinteren Abschleppvorrichtung kann das Auto parallel zur Strömung ans Ufer gezogen und der Hund befreit werden.

- Verkehrsunfall: Person eingeklemmt in 22, Schickgasse 28
am 3. April 1998, Einsatznummer 6415
Das Unfallopfer, welches bei der Bergung aus dem Wrack bereits einen Atemstillstand hat, kann nach der Befreiung durch die Feuerwehr von der Rettung erfolgreich reanimiert werden. Zwei Tage nach diesem schweren Unfall bedankt sich der Mann telefonisch noch aus dem Spital bei den eingesetzten Feuerwehrkräften für seine Rettung.

- Person droht zu ertrinken in 22, An der Unteren Alten Donau 177
am 16. April 1998, Einsatznummer 7346
Eine augenscheinlich verwirrte Person droht, von einer Stegstelle in die Alte Donau zu springen. Die Person kann von den Feuerwehrtauchern überwältigt und der Rettung übergeben werden.

- Straßenbahnunfall in 11, Simmeringer Hauptstraße-Gottschalkgasse
am 21. April 1998, Einsatznummer 7668
Eine Straßenbahngarnitur entgleist, wobei sich der Anhänger vom Triebwagen trennt, das Portal einer Bank durchschlägt und einen Bankmitarbeiter in seinem Büro überrollt. Trotz rascher Befreiung aus der Zwangslage verstirbt der Mann noch an der Einsatzstelle. Ingesamt müssen 37 Personen dem Rettungsdienst zugeführt werden. Die Feuerwehr unterstützte in weiterer Folge die Verkehrsbetriebe bei den Eingleisarbeiten.

- Kunststoffbrand in 11, Alberner Hafenzufahrtstraße 9
am 22. April 1998, Einsatznummer 7763
Auf einem Firmenareal geraten große Mengen Kunststoffpaletten und Altkunststoffe in Brand. Das Feuer findet reichlich Nahrung, durch die Zwischenräume bei den Paletten kommt es zu einer rasanten Brandausbreitung. Erste Löschversuche von Firmenmitarbeitern verlaufen erfolglos. Der Brand wird schließlich mit insgesamt 16 Rohren und drei Wasserwerfern bekämpft. Die Wärmestrahlung ist derartig massiv, dass Wiese und Hecken in einer Distanz bis zu 100 Metern spontan zünden. Im Zuge der Brandbekämpfung erleiden einige Feuerwehrbeamte leichte Verbrennungen. Bei einem Universallöschfahrzeug springt durch die gewaltige Wärmestrahlung sogar die Frontscheibe und Kunststoffteile schmelzen ab.

- Verkehrsunfall: Person eingeklemmt in 19, Sieveringer Straße-Höhenstraße
am 21. Mai 1998, Einsatznummer 10122
Im Bereich einer Kreuzung stoßen ein Motorrad und ein PKW frontal zusammen. Das Motorrad kommt auf der Fahrbahn verkehrsbehindernd zum Liegen. Der PKW stürzt über eine Böschung in den Wald. Bei Ankunft der Feuerwehr liegen zwei verletzte Personen des Kraftrads auf der Fahrbahn, die Beifahrerin des PKW im Wald. Die Einsatzstelle wird abgesichert und die Rettung bei der Erstversorgung der drei Verletzten unterstützt. Nach Stabilisierung der PKW-Patientin wird diese mit der Rettungswanne und Drehleiter auf die Fahrbahn gehoben und dann im Hubschrauber abtransportiert. Der abgestürzte PKW wird mit zwei Seilwinden geborgen.

- Kinder drohen abzustürzen in 15, Stiegergasse 2/2/29 - 30
am 8. Juni 1998, Einsatznummer 11651
Zwei rund vierjährige Buben stehen am Fenster einer Wohnung und werfen Kleidungsstücke auf den Gehsteig. Da die Kinder die Wohnungstüre nicht öffnen, wird über die Drehleiter durch das offen stehende Fenster in die Wohnung eingestiegen. Die total verunreinigten Kinder werden von der Besatzung des Einsatzfahrzeuges gereinigt, in Decken gehüllt und dem Rettungsdienst übergeben.

- Kind in Zwangslage in 7, Myrthengasse 11 - 13
am 20. Juni 1998, Einsatznummer 12665
Beim Spielen stürzt ein Mädchen vom begrünten Flachdach etwa 4 m tief in den benachbarten, verschlossenen Hof und bleibt dort liegen. Über eine Wohnung wird eine Hakenleiter auf das Flachdach geschafft, von dort aus in den Hof zum verunfallten Kind abgestiegen; das Mädchen wird mittels Schaufeltrage in die Korbtrage gebettet und mit Rettungsleinen auf das Gründach gehoben, wo es dem Rettungsdienst übergeben wird.

- Fenstersturz in 9, Rossauer Lände 41
am 23. Juni 1998, Einsatznummer 12899
Eine männliche Person droht mit dem Sprung aus einem Wohnungsfenster im siebenten Stock. Es wird versucht, eine Gesprächsbasis aufzubauen, gleichzeitig wird die Einsatzstelle mit zwei Sprungrettungsgeräten abgesichert. Nach einer kurzen Gesprächspause läuft der Mann zum Fenster, springt hinaus und verfehlt das Sprungkissen. Vom anwesenden Notarzt kann nur noch der Tod festgestellt werden. Jedem Leser wird die psychische Belastung des Einsatzpersonals in einer derartigen Situation bewusst sein.

- Person droht abzustürzen in 21, Jedlersdorfer Straße 99
am 3. August 1998, Einsatznummer 16884
Vermutlich in selbstmörderischer Absicht ist eine alkoholisierte, 20-jährige Frau auf den Turmdrehkran einer Bau-

firma gestiegen und verharrt in einer Höhe von rund 40 m. Nach Aufsteigen von vier Feuerwehrmännern wird die Frau gesichert und bis zu einer mit der Drehleiter erreichbaren Stelle mittels Sicherheitsgeschirres abgeseilt. Von dort wird die Frau zu Boden gebracht und dem Rettungsdienst übergeben.

- Extrawurst im Straßengraben in 2, Zinnergasse/Freudenauer Hafenbrücke
am 20. August 1998, Einsatznummer 18266
Ein Sattelzug gerät auf einer Abfahrt ins Schleudern und kippt schließlich im folgenden Kreisverkehr um. Um den Sattelzug aufrichten zu können, muss die gesamte Ladung - es handelt sich um 18 Tonnen Extrawurst - in ein von der Feuerwehr angefordertes Ersatzfahrzeug umgeladen werden. Im Anschluss kann der umgestürzte Wagen mit dem Kranfahrzeug in eine günstige Position gezogen und mit den Seilzügen des Abschleppfahrzeuges aufgerichtet werden.

- LKW droht abzustürzen in 10, A 23 bei gesperrten Ausfahrt Simmering, Nord
am 22. August 1998, Einsatznummer 18364
Bei einem Verkehrsunfall auf der Stadtautobahn wird ein PKW beschädigt. Die Insassen sind vor Ankunft der Feuerwehr bereits vom Rettungsdienst übernommen worden. Ein in den Unfall verwickelter, mit 12 t Kühlschrankkompressoren beladener Sattelschleppzug droht auf den unter der A 23 liegenden Gehsteig zu stürzen. Der Lenker und der Beifahrer der Zugmaschine werden nach Sichern des Fahrzeuges über Hakenleiter und Schiebeleiter in Sicherheit gebracht. Der absturzgefährdete Sattelschlepper wird mit einem Kranfahrzeug angehoben und mit einem anderen Kranfahrzeug auf die Fahrbahn gezogen. Die fahruntüchtige Zugmaschine und der abgekuppelte Aufleger werden mit einem Abschleppfahrzeug abtransportiert.

- Bergen eines Bootes in 2, Donaustrom
am 23. August 1998, Einsatznummer 18460
Auf der Donau hat sich ein Lastkahn losgerissen und treibt stromabwärts. Das Arbeits-Boot fährt stromabwärts bis außerhalb der Landesgrenze und erreicht schließlich das treibende Großschiff. Nach Übersteigen auf den Lastkahn kann von der Feuerwehr der Anker gesetzt werden.

- Einsätze vom 15. September 1998 - Sturm
Aufgrund des herrschenden Sturmes mit Spitzenböen bis über 100 km/h hat die Feuerwehr der Stadt Wien erhöhte Einsatzbereitschaft. Zum überwiegenden Teil handelt es sich bei den Einsätzen um umgestürzte Bäume, lose Bauteile, Plakatwände, Fensterflügel, Dachziegel und bereits umgestürzte Gerüste. Die Feuerwehr ist permanent mit 25 Löschgruppen (150 Mann) im Einsatz.

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten

I. Grundsätzliche Vorbemerkung:

Die mit 1. Juli 1997 geschaffene Magistratsabteilung 16 - Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten kann nunmehr auf ein „komplettes" Verwaltungsjahr zurückblicken.

Im Jahre 1998 erfolgte eine gewisse Konsolidierung in der Form, dass die zum Teil übernommenen Rückstände weitestgehend abgebaut wurden. Darüber hinaus begann die Umsetzung des seinerzeitigen Konzeptes zur Schaffung der Magistratsabteilung 16 in der Form, dass 3 Außenstellen (2/22, 21/22 und 1/8/9) zu einem Dezernat zusammengefasst wurden (1999 sollen 2 weitere Dezernate folgen) und jeweils ein Referent (Jurist) durch einen Beamten des Verwaltungsdienstes ersetzt wurde. Im Einzelnen ergibt sich folgender Bericht:

II. MA 16 - Zentrale Schlichtungsstelle

In der Magistratsabteilung 16 - Zentrale Schlichtungsstelle betrug der Gesamteinlauf im Jahre 1998 3.591 Geschäftsstücke, dem ein Gesamtauslauf von 3.804 Geschäftsstücken gegenübersteht. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine gleich bleibende Aktenentwicklung dar. Somit wurde in etwa der Gesamteinlauf der Jahre 1995 (3.822) und 1997 (3.536) erreicht.

Es wurden 576 Anträge gemäß §§ 3, 4 und 6 MRG (Durchsetzung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten) gestellt (1997: 697).

Im Bereich der verfahrensaufwendigen Anträge auf Erhöhung der Hauptmietzinse gemäß § 18 ff MRG bzw. der Instandhaltung (Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag) - § 14 Abs. 2 - 5 WGG 1979 betrug der Einlauf 1.116 Geschäftsstücke (1997: 1.221).

Im Bereich der Nutzwertfestsetzung nach dem WEG 1975 bzw. Mietwertfestsetzungen nach dem WEG 1948 wurden 1998 426 Anträge gestellt (871 Anträge 1995, 919 Anträge 1996, 541 Anträge 1997). Der Grund für diese Verminderung ist nach wie vor die neue Gesetzeslage im WEG 1975 ab 1. Jänner 1997, wonach Verfahren auf erstmalige Nutzwertfestsetzung gemäß § 3 Abs. 1 WEG 1975 nicht mehr über die Schlichtungsstelle abgehandelt werden.

Es wurden 273 Anträge nach dem WGG (§ 22 WGG 1979) mit Ausnahme der Anträge auf Erhöhung der Rückstellung (im Zuge einer Haussanierung) gestellt (1997: 302).

Verfahren auf Mietzinsüberprüfung bei öffentlich geförderten Mietobjekten werden nunmehr durch eine Umstrukturierung von einem eigenen Sachbearbeiter behandelt; es wurden im Jahr 1998 hievon 261 Anträge gestellt, dies vornehmlich im Bereich der großen Wohnhausanlagen mit mehreren Stiegen.

Verstärkt ist nach wie vor festzustellen, dass Mieter, Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentumsbewerber aber auch Hauseigentümer und Hausverwaltungen persönlich oder telefonisch wohnrechtliche Erkundigungen und Auskünfte einholen. Aufgrund der sehr schwierigen Rechtsbereiche (durch zahlreiche Übergangsbestimmungen und Novellierungen) sind entsprechende Auskünfte sehr zeitaufwendig und führen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand, dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Wohnrechtsnovelle, welche am 1. März 1997 in Kraft getreten ist, zu sehen.

Auskünfte über Richtwertmietzinse gemäß § 16 Abs. 2 MRG und hier besonders nach den anzuwendenden Lagezuschlägen werden sowohl von Mietern als auch von Vermietern verlangt, da diese Lagezuschläge nur in der MA 16 - Zentrale Schlichtungsstelle und in der MA 40 - Sonderreferat über ein EDV-Programm abrufbar sind.

Am schwierigsten und auch sehr zeitaufwendig sind nach wie vor die mündlichen Schlichtungsverhandlungen, die nach dem MRG (§ 37 Abs. 3 Z 12) und nach dem WEG 1975 (§ 26) zwingend vorgeschrieben sind.

Durch eine Verfahrensvorschrift - nämlich § 37 Abs. 3 Z 4 und 5 MRG - ist es erforderlich, bei mehr als 6 Verfahrensparteien die Zustellung von Anträgen bzw. Ladungen nach dem MRG, dem WEG 1948 bzw. 1975, dem WEG 1979 und dem WFG 1968 bzw. 1984 direkt in den Wohnhäusern vorzunehmen. Durch diese Bestimmungen sind 1997 4.318 Zustellungen an 1.575 Adressen vorgenommen worden; insgesamt wurden 1.268 Schlichtungsverhandlungen abgehalten (1996: 2.587/1.110/952, 1997: 3.224/1.183/941). Hier nicht enthalten sind Verhandlungen, die von den Referenten im eigenen Zimmer abgehalten werden, insbesondere Verfahren mit einem Generalbevollmächtigten bei Anträgen nach dem WEG.

Die genannte Steigerung in der Anzahl der Zustellungen und der mündlichen Verhandlungen erklärt sich zum Großteil aus der Betrauung der Zentralen Schlichtungsstelle mit allen Verfahren gemäß § 6 MRG (hier muss jedem Verfahren vor jeder Verhandlung ein Aushang im Haus vorangehen) sowie der Tendenz zu immer komplexeren und schwierigeren Verfahren, die öfters als bisher die nochmalige Durchführung einer mündlichen Verhandlung notwendig machen.

Die Schreibstelle hat 11.090 Schriftstücke erstellt (1996: 13.499, 1997: 12.030). In der Anzahl der Schriftstücke nicht enthalten sind jene Schriftstücke, welche von den Referenten infolge der verstärkten Nutzung der Textverarbeitungssoftware „Winword" ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle erstellt werden, um vor allem Standardschreiben zeitsparend und verwaltungsvereinfachend herzustellen. Auch zweckmäßige Enderledigungen wie etwa Bescheidherstellungen werden verstärkt von den Referenten selbst ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle durchgeführt.

Eine standardisierte Tätigkeit stellt nach wie vor der Bereich der Verscannung von „alten", d.h. bereits abgelegten und „neuen" (laufenden) Akten dar. Sowohl die Kanzlei als auch Referenten und insbesondere die Amtsgehilfen sind mit dieser Tätigkeit betraut. Es werden enderledigte Akten verscannt (Speicherung auf einem magnet-optischen Datenträger), danach skartiert, der Akt liegt daher nicht mehr in physischer Form auf, es werden damit Archivräumlichkeiten und Arbeitszeiten für das Ausheben von physisch archivierten Akten eingespart. Eine Einsichtnahme in diese Akten ist genauso wie der Ausdruck jederzeit über jeden PC der Dienststelle möglich.

Abschließend ist hinzuzufügen, dass zum Jahresende 1998 aufgrund der Novelle des AVG, BGBl. I Nr. 158/1998, sowie der Novellen des MRG, BGBl. I Nr. 19/1999 in Verbindung mit BGBl. I Nr. 28/1999, ein erhöhter Arbeitsaufwand aufgrund der Adaptierung der Schriftstücke und insbesondere der Bescheidformulare an die neue Rechtslage erforderlich wurde.

Weiters wurden intensive und erfolgreiche Bemühungen unternommen, die sich aus dem Erfordernis der Anführung des Euro - laut Erlass MD 1560/98 und Mitteilung MBL-E-59-26/1997 - in sämtlichen Entscheidungen der Abteilung ergebende Notwendigkeit der entsprechenden Umstellung der Bescheidformulare einheitlich, reibungslos und rechtzeitig zum 1.Jänner 1999 durchzuführen.

Zudem waren einige Bedienstete der Abteilung in die Besprechungen betreffend die Einführung des ELAK (elektronischer Akt) und Koordination mit der ADV eingebunden.

In der Abteilung wurde weiters, wie schon 1997, intensiv an der Ausarbeitung des Handbuchs zum MRG gearbeitet, das eine umfassende und daher zeitintensive Aufarbeitung und Dokumentation der Judikatur und Praxis bis dato beinhaltet.

III. Seit 1. Juni 1989 ist die Rechtsgruppe auch Berufungsbehörde in Wohnbeihilfenangelegenheiten.

Im Jahre 1998 waren 162 Berufungen zu behandeln (138 Berufungen im Jahre 1996, 166 Berufungen im Jahre 1997), das bedeutet einen gleich bleibenden Arbeitsanfall.

IV. Außenstellen der Abteilung (Bezirksschlichtungsstellen):

In den insgesamt 10 Außenstellen wurden 1998 5.643 Anträge gestellt. Unter Berücksichtigung eines Aktenanfangsstandes am 1. Jänner 1998 von 5.755 ergab dies 1999 11.398 zu bearbeitende Fälle, wovon 7.046 einer Erledigung zugeführt wurden. Dies ergibt einen Aktenstand von 4.352 per 31. Dezember 1998, der deutlich unter dem des Vorjahres liegt.

Hinsichtlich der Verfahrensabläufe (Verhandlungen, Hausanschläge, Entscheidungen usw.) kann auf die Ausführungen II. Zentrale Schlichtungsstelle verwiesen werden.

V. Wohnungskommissionen:

Im 15. Jahr des Bestandes der Wohnungskommission blieb die Anzahl der Geschäftsfälle in allen Kommissionen annähernd gleich groß. Doch ist zu Beginn des Jahres 1999 in drei Kommissionen ein deutlicher Anstieg zu beobachten.

Worauf diese Schwankungen zurückzuführen sind, ist nach wie vor unerklärlich, als es im vergangenen Jahr in drei Kommissionen einen nicht eruierbaren Abfall gab.

Auf die fünf Kommissionen aufgeteilt, ergibt sich nunmehr folgendes Bild: So hatte die Wohnungskommission 700 Fälle, die Wohnungskommission II 625 Fälle, die Wohnungskommission III 745 Fälle, die Wohnungskommission IV 745 Fälle und die Wohnungskommission V 415 Fälle, insgesamt 3.230 Fälle zu behandeln.

Zur Entgegennahme dieser Anträge bzw. Beschwerden wurden insgesamt 86 Sprechtage abgehalten.

Für die 55 Plenarsitzungen waren 55 vorbereitende so genannte „Präsidialsitzungen" zur Festsetzung der Tagesordnung und Vorberatung erforderlich.

Die 3.074 in den Kommissionen behandelten und entschiedenen Fälle dokumentieren noch immer, wie viele Beschwerdeführer sich vermeintlich oder tatsächlich ungerecht behandelt fühlen.

Die Zahl jener Beschwerden, in welchen sich die Beschwerdeführer auf das Mietermitbestimmungsstatut bzw. dessen bevorstehende Änderung bezogen, waren leicht ansteigend. Diese Fälle konnten zum Großteil, ohne die Kommissionen zu öffentlichen Sitzungen zusammenzurufen, entweder durch persönliches Gespräch des Kommissionssekretärs mit dem Beschwerdeführer oder mit der Verwaltung bereinigt werden.

Die eingangs erwähnten Zahlen zeigen nach wie vor sehr deutlich, dass festgelegte Richtlinien nicht immer ausreichen und daher einer zusätzlichen Beurteilung hinsichtlich menschlicher oder sozialer Aspekte bedürfen, um eine möglichst gerechte Lösung zu finden. Die Kompliziertheit der einzelnen Anträge bzw. Beschwerden nimmt noch immer zu. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Zunahme jener Fälle, die im Zuge der so genannten „Direktvergabe" eine Vorreihung begehren bzw. die Zunahme jener Fälle, die seitens der Kommissionen überhaupt eine Vormerkung zugesprochen erhielten. Doch ist dazu zu bemerken, dass eine wachsende Zahl von Beschwerdeführer versucht, die Kommissionen vor „vollendete Tatsachen" zu stellen.

Insgesamt 347 Fälle führten zu einer positiven Begutachtung durch die Kommission. Gegenüber dem Jahr 1997 bedeutet dies einen nicht unwesentlichen Anstieg.

Trotz der mit 1. Oktober 1997 erfolgten nahezu kompletten Neubesetzung der Kommissionen, war eine weitere Steigerung hinsichtlich der Einhelligkeit der Entscheidungsfindung festzustellen. Diesbezüglich ist das Jahr 1998 mit 99,8 Prozent Stimmeneinhelligkeit als absolutes Rekordjahr innerhalb der fünfzehnjährigen Kommissionstätigkeit anzusehen.

Wiener Wohnen

1. Veränderungen in der Gesetzgebung

1.1 Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG)

Mit Verordnung der Wiener Landesregierung vom 30. Juni 1998 (37/1998) wurde für noch nicht endabgerechnete Mietwohnungen die Möglichkeit der Gewährung eines nichtverzinslichen Landesdarlehens in der Höhe von S 2.000 pro m² neben dem nicht rückzahlbaren Landeszuschuss geschaffen.

Dieses nicht verzinsliche Landesdarlehen wurde für 51 Wohnhausanlagen über einen Betrag von insgesamt S 688,673.400 beantragt und im Rechnungsjahr 1998 zugezählt. Die Landesdarlehen wurden zur Reduktion der Hypothekardarlehen verwendet.

Gleichzeitig wurden die Rückzahlungskonditionen für die Hypothekardarlehen von 6,7 Prozent Anfangsannuität auf 6 Prozent und von 3,5 Prozent jährlicher Progression auf 3 Prozent geändert.

Durch diese Maßnahmen konnte erreicht werden, dass der monatliche Hauptmietzins für rund 5.000 Wohnungen (je nach Förderungswürdigkeit des Mieters) um rund S 4,– bis S 14,– pro Nutzwert und Monat netto gesenkt wurde.

2. Versuche und Neuerungen bei den Arbeitsvorrichtungen

2.1 Beschaffung von Haus- und Garteninventar sowie Reinigungsmittel und -geräte

Bis 1997 wurden Materialien, die von Hausbesorgern benötigt werden, von der MA 54 an die Hausinspektorenkanzleien geliefert und von dort von den Hausbesorgern abgeholt. Mit der Eröffnung von Kundendienstzentren und der damit verbundenen Organisationsänderung werden auch die zugehörigen Hausinspektorenkanzleien aufgelassen. Ab 1998 werden daher die Materialien aufgrund von Sammelbestellungen von der MA 54 den Hausbesorgern direkt an die Wohnadresse geliefert. Dies bedeutet den Entfall der Lagerhaltung bei den Hausinspektoren und weniger Dienstwege für die Hausbesorger. Außerdem wird durch das neue System die Verrechnung erleichtert.

2.2 Rechnungsarchivierung

Mit der Einführung des neuen Archivsystems in der Buchhaltungsabteilung 11 ist es ab 1998 möglich, bei Rechnungseinsichtnahmen der Mieter entsprechend den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes, die Belege elektronisch auf einem Bildschirm sichtbar zu machen und gegebenenfalls auszudrucken. Es entfällt damit die aufwendige händische Belegsortierung nach wirtschaftlichen Einheiten.

3. Wirtschaftliche und soziale Leistungen

3.1 Wohnungsvermietungen

Innerhalb des Zeitraumes vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 wurden 9.567 Gemeindewohnungen zugewiesen. Die Vergabe erfolgte wegen folgenden Gründen:

4.490	Überbelagsfälle
565	Krankheits- / Altersbedingter Wohnbedarf
36	Gesundheitsschädlichkeit Wohnung
156	Getrennter Haushalt
157	Absiedlungen wegen Sockelsanierung, aus Dienstwohnungen der Gemeinde Wien usw.
424	Jungwieneraktion
100	Empfehlung der Wohnungskommission
1.038	Wohnungswechsel von groß auf klein, billig auf teuer, Splitting, Schimmel, Ortswechsel
740	Restplatzbörse
148	Dachgeschoßausbauten
178	diverse Sonderbauten
1.535	diverse andere Zuweisungsgründe (Soziale Schiene, einschließlich Behinderte, Polizeiaktion usw.)

3.2 Instandsetzungen und Aufzüge

Aufzugsprogramm

Im Berichtsjahr 1998 wurde mit den Bauarbeiten von 56 Aufzugsanlagen begonnen, 88 Anlagen wurden fertig gestellt und in Betrieb genommen, was vor allem für ältere und gebrechliche Wohnungsmieter eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität bedeutet.

Die Gesamtsumme aller Aufzüge in städtischen Wohnhäusern belief sich Ende des Jahres auf 7.175 Anlagen, wovon 3.380 Aufzüge aufgrund eines Vollwartungsauftrages betreut werden. Dies hat den Vorteil, dass bei Auftreten von Aufzugsstörungen eine rasche und effiziente Behebung der Schäden gewährleistet ist, alle damit verbundenen Kosten jedoch mit den Vollwartungsvertrag abgedeckt sind.

Der Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Werner Faymann eröffnete die Ausstellung „Wiener Stadterneuerung" in der Lugner City.
Foto: Votava / PID

In der Neustiftgasse 83 konnte ein Studentenwohnheim des Österreichischen Jugendherbergswerkes, das mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien errichtet wurde, von Wohnbaustadtrat Faymann seiner Bestimmung übergeben werden.
Foto: Votava / PID

Spatenstich für das Wohnhausprojekt „In der Wiesen Nord" in Wien 23, Erlaaer Platz, durch Wohnbaustadtrat Werner Faymann, Bezirksvorsteher Manfred Wurm und den Obmann der Wohnbaugesellschaft „Wien Süd" Dr. Maximilian Weikhart.

Foto: Votava / PID

Als zusätzliche Serviceleistung für die Wohnhausmieter wird bei allen neu zu errichtenden Aufzugsanlagen ein Notruf-Kommunkationssystem installiert. Dies bewirkt, dass bei Aufzugsstillstand eine (rund um die Uhr besetzte) Servicestelle mit dem Aufzugsbenützer in telefonischen Kontakt treten kann, eine sofortige Störungsbehebung eingeleitet und Beruhigung des Benützers vermitteln kann.

Im laufenden Jahr wurden zusätzliche 203 Anlagen mit diesem System ausgestattet, wonach insgesamt 1.285 Aufzüge damit versehen sind.

Dachbodenausbauprogramm

Beginnend mit dem Jahr 1996 wurde ein forcierter Ausbau bestehender Wohnhäuser mit Dachgeschoßwohnungen gestartet, der im Zuge von Generalsanierungen von bestehenden Wohnhäusern durchgeführt wird. Diese innerstädtische Schaffung von zusätzlichem Wohnraum bedeutet, dass keine zusätzlichen Kosten durch die Schaffung von notwendiger Infrastruktur (z.B. Energie, Verkehr) anfallen. In einem Objekt wurde damit 1998 begonnen, in 25 fertig gestellt und in 4 Objekten die Arbeiten fortgesetzt.

Erhaltungsarbeiten

Im Berichtsjahr wurden in 50 Wohnhäusern Erhaltungsarbeiten größeren Umfanges nach Maßgabe des § 18-MRG fertig gestellt, in 63 Objekten fortgesetzt und in 7 Objekten damit begonnen.

Sanierungs- und Verbesserungsarbeiten

Im Rahmen der Stadterneuerung wurde die Sanierung von älteren städtischen Wohnhausanlagen fortgesetzt, um die Wohnqualitität zu erhöhen.

1998	Fortsetzungen	Fertigstellungen	Neubeginne
Sockelsanierung	55	19	1
Fernwärme	68	25	0
Aufzüge	62	79	2

Gebrechensdienst

Eine große Bedeutung in der Geschäftsgebarung kommt der laufenden Behebung von Störungen zu. So mussten im Berichtsjahr eine Vielzahl von Störungen aufgenommen, besichtigt, in Auftrag gegeben und die ordnungsgemäße Durchführung kontrolliert werden. Diese gliedern sich in 15.697 Störungen an maschinellen Waschkücheneinrichtungen, 230 Störungen an Pumpenanlagen, 933 Gebrechen an elektromechanischen Garagentoren und 847 Störungen an Fernsehantennen-Anlagen.

Um eine Verbesserung auf diesem Sektor herbeizuführen, wurde 1998 eine Vielzahl von Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt, und zwar 68 Generalinstandsetzungen und Modernisierungen von Aufzugsanlagen sowie 831 Modernisierungen maschineller Waschküchen und Pumpenanlagen.

3.3 Gemeinschaftseinrichtungen

An Gemeinschaftseinrichtungen gab es 5.176 Waschküchen, 10 Saunen und 1 Schwimmbad, 1.651 Kinderspielplätze sowie 1.615 (6,081.536 m²) Hausgärten in laufender Erhaltung.

3.4 Inventar und Materialien

Ende 1998 befanden sich in 5.176 Waschküchen, 5.725 Waschmaschinen, 1.134 Zentrifugen, 4.952 Trockner und 192 Bügelmaschinen im Betrieb.

Ende 1998 standen den Hausbesorgern 1.558 Schneeräumgeräte und 402 Handkehr- und Kehrsaugmaschinen zur Verfügung. Anläßlich von Wiedervermietungen mußten 3.627 Herde neu beigestellt werden.

Im Berichtsjahr wurden für die winterliche Gehsteigbetreuung insgesamt 888,6 Tonnen an Streumaterial an die Hausbesorger ausgeliefert, und zwar 423,2 t Streusand, 106,2 t Streusalz, 208,2 t Eisex sowie 151 t Leca Tau.

3.5 Rückstände

Mittels automatisch gelesener Mahnzahlscheine wurde 1998 37.400 Rückstände mit einem Gesamtbetrag von 141 Millionen Schilling zur Einzahlung gebracht.

3.6 Betriebskasse

In den Betriebskassen von „Wiener Wohnen" wurden im Jahre 1998 52.172 Ein- und Auszahlungen getätigt. Der Gesamtbargeldumsatz der Kassen betrug 485,3 Millionen Schilling.

3.7 Lohnverrechnung

Mit Dezember 1998 waren 3.858 Hausbesorger beschäftigt, für die 1.256,02 Millionen Schilling überwiesen wurden. An Sozialversicherungsbeiträgen wurden 344,1 Millionen Schilling ausgegeben. Insgesamt 4.463 Lohnpfändungen mussten in Evidenz gehalten und Lohnabzüge in der Höhe von 3,4 Millionen Schilling veranlasst werden. An Finanzämter wurden 174,1 Millionen Schilling überwiesen.

3.8 Kanzleiwesen

Im Berichtsjahr wurden 300.523 Schriftstücke im Einlauf und 375.327 Schriftstücke im Auslauf behandelt.

3.9 Hausinspektoren

Im Rahmen ihrer Tätigkeit wurden von den 73 Hausinspektoren (ab 1. März 1993 49 Hausinspektoren) u.a. durchgeführt:

6,8 Millionen Schilling an Inkasso von Rückständen, 142.929 Parteienvorsprachen, 66.590 Erhebungen und Kontrollen, 23.016 Schadensmeldungen, 17.833 Bestellungen kleiner Reparaturen und 8.817 Erhebungen durch Mobile Teams.

3.10 Hausbesorger

3.10.1 Aufnahmen von Hausbesorgern (Hb-Aufnahmen)

1998 fanden 179 Hb-Neuaufnahmen statt, wovon 154 auf Frauen und 25 auf Männer entfielen, die eine Instruktion über ihre auszuübende Tätigkeit erhielten. In dieser Summe sind auch die neu geschaffenen Hb-Posten in den 9 1998 übernommen Wohnhausneubauten der Stadt Wien beinhaltet. Bei den Wohnhausneubauten 1998 mussten 8 Hb-Neubestellungen vorgenommen werden. Bei 20 Dienstnehmern wurden Postenwechsel bewilligt, welche zurückzuführen waren auf zu kleine Dienstwohnung und zu geringes Entgelt.

Insgesamt wurden 1998 180 Dienstverträge für Hausbesorger abgeschlossen.

3.10.2 Hb-Dienstbeendigungen

Den Hb-Aufnahmen standen 1998 insgesamt 147 Dienstvertragsauflösungen gegenüber. Bei insgesamt 37 Dienstnehmern wurde das Dienstverhältnis durch gerichtliche Kündigung beim Arbeits- und Sozialgericht beendet, wobei 22 Kündigungen aus gesundheitlichen und 15 aus sonstigen Gründen eingebracht werden mussten. Keine gerichtlichen Kündigungen erfolgten bei 61 einvernehmlichen Auflösungen aus Altersgründen sowie bei 49 Selbstkündigungen durch Dienstnehmer.

Delogierungen mussten 1998 in 7 Dienstwohnungen durchgeführt werden.

Disziplinäre Maßnahmen wegen Nichterfüllung im Vorfeld einer etwaigen Kündigung, Verwarnungen, Belehrungen gemäß dem Hb-Gesetz mussten in 87 Fällen 1998 gesetzt werden.

3.10.3 Hb-Bewerber

Mit Stand 31. Dezember 1998 sind insgesamt 1.391 Bewerber für einen Hb-Posten bei Wiener Wohnen vorgemerkt. Die Anzahl der Frauen betrug 883, die der Männer 508. 1998 wurden insgesamt 560 neue Bewerber, es entfallen 349 auf Frauen, 211 auf Männer, in die Hb-Postenvormerkung aufgenommen. Vorangegangen war die positive Absolvierung des psychologischen Eignungstestes. 1998 sind auf Grund eines positiven Aufnahmegespräches 1.082 Probanten zu diesem Test vom Hb-Referat eingeladen worden, tatsächlich legten 807 den Test ab. Aufgrund eines negativen Testergebnisses wurden 247 Personen als Bewerber nicht vorgemerkt.

4. Besondere Aufgaben

Am 22. März 1998 wurde Wiener Wohnen für den 22. Bezirk in den neu adaptierten Räumen in 22, Donaustadtstraße 1, eröffnet. In diesem Kundendienstzentrum werden rund 9,1 Prozent der städtischen Wohnhausanlagen von 55 Bediensteten betreut. Für die letzten Umbauarbeiten war 1998 noch ein Aufwand von 1,302.000 Schilling erforderlich.

Am 4. Mai 1998 erfolgte die Eröffnung Wiener Wohnen für den 10. Bezirk. Die Räumlichkeiten befinden sich in 10, Dieselgasse 1 - 3, in einer Wohnhausanlage der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft „Eisenhof". Das größte Kundendienstzentrum von Wiener Wohnen ist mit 65 Bediensteten für die Verwaltung von 13,3 Prozent der städtischen Wohnhausanlagen betraut. Der Rest der Umbauarbeiten, die 1998 fertig gestellt wurden, erforderten 1,927.000 Schilling. Die Ausgaben für Inventar betrugen 4,680.000 Schilling.

Die letzte Eröffnung 1998 war am 9. Juni in 3, Landstraßer Gürtel 8. In den umgebauten Büroräumen verwaltet Wiener Wohnen für den 3., 4. und 11. Bezirk mit 65 MitarbeiterInnen 13 Prozent des städtischen Wohnungsbestandes.

Für zwei weitere Kundendienstzentren, die 1999 eröffnet werden, wurden die erforderlichen Umbauarbeiten begonnen bzw. fortgesetzt. Der finanzielle Aufwand betrug für Wiener Wohnen für den 14. bis 16. Bezirk (16, Opfermanngasse 1) 141.000 S und für Wiener Wohnen für den 17. bis 19. Bezirk (17, Elterleinplatz 14) 6,175.000 S (Umbauarbeiten) und 669.691,08 S (Inventar).

Zur Schulung der MitarbeiterInnen wurde das Seminarangebot diverser Institute in Anspruch genommen. An 46 Fachseminaren nahmen 23 Bedienstete teil. Parallel dazu wurden auch interne EDV-Schulungen durchgeführt, wobei neben den Bediensteten in den künftigen Kundendienstzentren auch MitarbeiterInnen der zentralen Stellen auf Workflow ausgebildet wurden.

Um die neue Organisation auch weiterhin publik zu halten und das Wohnungs- und Lokalangebot von Wiener Wohnen einem größeren Interessentenkreis zu vermitteln, wurden auch 1998 wieder Inserate in Tageszeitungen, Bezirksjournalen u.ä. plaziert. Der Aufwand für Werbung betrug 5,229.000 S.

Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik

Der vorliegende Verwaltungsbericht für das Jahr 1998 präsentiert den großen Bogen von erfüllten Aufgaben im neuorientierten Inhouse-Dienstleistungsbereich der Abteilung, als fachkompetente Dienststelle innerhalb des Magistrates der Stadt Wien, durch die dargelegte Vielfalt.

Im Sinne des New Public Managements sind bereits Ansätze der Veränderung zur produkt- und kundenorientierten Abteilung für die Bereiche Amtshäuser sowie Einrichtungen der MA 56, MA 51, MA 11 und MA 12 durch Andock- und Schnittstellendefinition im Dienstleistungskonzern „Magistrat der Stadt Wien" erfolgt.

Sogar der soziale Aspekt durch Führung der Gruppe Herbergen für Obdachlose sowie der serviceorientierte Bereich der Betriebsgruppe der Abteilung zur Betreuung sicherheitstechnischer Überprüfungen im Haustechnikbereich für Gebäude des Magistrates sowie die Servicierung des gesamten Magistrates im Nachrichtentechnik- bzw. Telekommunikations-Bereich, wird unter anderem im großen Bogen der Aufgabenerfüllung - Management für Gebäudebewirtschaftung - dokumentiert.

Kein Zweifel besteht in der Einführung eines Energiemanagements für öffentliche Bauten, welches sich an der Umsetzung und Anwendung des Ökologiegedankens einer großen Kommune, wie die Stadt Wien eine ist, orientiert.

Die effiziente Betreibung der Erneuerungs- und Instandsetzungsaufträge für die oben genannten Abteilungen in deren Räumlichkeiten und Objekten zeigt sich in der positiv zu bewertenden, qualitativen und quantitativen Erledigung für diese Bedarfsträger. Weiterentwicklung und Umsetzung neuer Mechanismen hiezu werden dahingehend forciert.

Hiezu soll der Gedankenansatz, dass sich der Verwaltungsbericht 1998 der Abteilung zum Dienstleistungsbericht einer modernen Abteilung für den Magistrat der Stadt Wien wandelt, festgeschrieben werden.

Bereichsleitung Hochbau

Entsprechend des Organisationsorganigramms der Abteilung waren von der Bereichsleitung Hochbau unter anderem folgende Aufgabenbereiche wahrzunehmen:

Durchführung der Auftragsvergaben und Abhaltung der facheinschlägigen Preisprüfungsverhandlungen, Verfassen von Stellungnahmen zu diversen Gesetzes- und Richtlinienentwürfen sowie Festlegen von Vertragsbedingungen und Standards und fachbezogene Vergaben für technische Ausführungen mit entsprechender Kontrolle. Weiters war die Bereichsleitung Hochbau mit der Durchführung von Kontrahentenausschreibungen für den gesamten Magistratsbereich sowie mit dem Organisieren von Veranstaltungen zur fachlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter befasst.

Auch die Führung der technischen Betriebsleitung Amtshaus 19, Muthgasse 62, gehört zu dem Aufgabengebiet der Bereichsleitung Hochbau. Weiters wurden spezielle Ausschreibungen zum Zwecke der Beauftragung von Baubetreuern bzw. Bauträgern durchgeführt und denkmalpflegerische Aufgaben, im Speziellen Stadtpark-Wienflusseinwölbung, Rathauspark und St. Marxer Friedhof einschließlich Kostenschätzung bzw. Beurteilung wahrgenommen.

Bereichsleitung Haustechnik

Auf Grund des neuen Organisationsschemas wurden in der Bereichsleitung Haustechnik die aus der Geschäftseinteilung abgeleiteten Agenden wahrgenommen. Das sind unter anderem: Preisprüfungswesen, Vergabewesen, Erstellung von Pflichtenheften (insbesondere für die Haustechnik in Schulen), Stellungnahme zu diversen Gesetzesentwürfen, Abwicklung von Bestellungen usw.

Weiters erfolgten die Erstellung der Brennstoffstatistik, Vergabe der Kontrahentenverträge Heizung, Ausarbeitung einer Kontrahentenausschreibung Lüftung, Vergabe Kontrahentenverträge Isolierung, Verlängerung der Kontrahentenverträge für Gas-Wasser, Elektro, Blitzschutz, Nachrichtentechnik, technische Unterstützung der Dezernatsleitungen im Baustellenbereich mit begleitender Baustellenkontrolle, Mitwirkung bei der Erstellung von standardisierten Leistungsbeschreibungen sowie im Arbeitskreis für Verwaltungsabläufe. Mitwirkung bei diversen Normenausschüssen. Zur fachlichen Weiterbildung der Mitarbeiter(innen) wurden im Bereich Haustechnik Produktinformationen organisiert. Es erfolgten weiters die Projektleitung mit zentraler Ausschreibung der Objektnetzinfrastruktur für das Wiener Bildungsnetz („Jugend ans Netz") an 400 Schulen der Stadt Wien, zentrale Anschaffung audiovisueller Geräte und Unterhaltungselektronik für den gesamten Magistratsbereich und weiters Weißwaren aller Art für die MA 11, 12, 15, 47, 51 und 56.

Ankauf mit Inbetriebnahme, Reparaturen und Verleih von Mobiltelefonen (Handys) für den gesamten Magistrat wurden ebenfalls durchgeführt.

Dezernat Controlling-Controlle

Das Dezernat C-K besteht nunmehr seit rund einem Jahr in der Abteilung.

Es gilt die Orientierung zur Effizienz und Effiktivität, die anvertrauten Aufgaben gemäß Geschäftseinteilung zu bewerkstelligen. Hiezu bedarf es einer weiteren Vertiefung für die schrittweise Einführung des Abteilungscontrollings unter Mithilfe der neu geschaffenen Stelle in der Magistratsdirektion unter der Bezeichnung MD-BC - Betriebswirtschaft und Controlling. Ein Aufbaumanagement wurde geschaffen.

Weiters wurde ein Schulungsprogramm für das Jahr 1999 mit folgenden Inhalten zusammengestellt:

Schwerpunkte im Bereich Leistungsbeschaffung, Energiekennzahlen, Projektmanagement, Qualitätssicherung,

EDV-Anwendungen, Sicherheit Baukonstruktion, Bauprodukte mit Schwerpunkt Ökologie, Rechnungs- und Budgetwesen, Einführung in das Gebäudemanagement.

Durch Teillösungen von EDV-Anwendungen im speziellen Bereich von Budget- und Rechnungswesen wurde die Organisation für die EDV-mäßige Abwicklung des Rechnungsplatzes in der Abteilung weitergeführt und soll letzlich als Teilmodul in ein Abteilungscontrolling einfließen.

Weiters wurden verschiedene Bauvorhaben kontrolliert und die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die laufende Arbeit ein.

Dezernat Finanzen, Rechnungswesen und Energie

Im Sinne der 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien vom 27. März 1998, worin den leitungsgebundenen Wärmemedien (Erdgas, Fernwärme) der Vorrang zu geben ist, und auch um einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, ist die Abteilung bestrebt, durch verschiedene Umrüstungsprogramme dem Folge zu leisten.

Es ist gelungen, die Anzahl der Ölkesselhäuser in Gebäuden des Verantwortungsbereiches der Abteilung von 63 (1995) auf 44 (1998) zu reduzieren.

Die im Folgenden angeführten Programme werden dabei genützt:

1. Baukostenzuschuss von Wiengas:

Auf Initiative des Energiereferates wurde mit Frühjahr 1998 beginnend ein Angebot von Wiengas, für ältere Öl- und Gaskesselhäuser in Objekten der Stadt Wien Baukostenzuschüsse zur Erneuerung der Kessel und Umstellung auf Gasbetrieb zu gewähren, umgesetzt.

Diese Kostenzuschüsse sind von der Höhe der Gasabnahme abhängig und an einen Großkundenvertrag gekoppelt, der eine Bindung von 15 Jahren an Wiengas bedingt und damit rund 6 Prozent niedrigere Tarife ermöglicht.

Derzeit sind rund 10 Objekte der Abteilung mit Hilfe von Gaswerkszuschüssen umgebaut worden oder in Arbeit.

2. Schulprogramm der Fernwärme Wien:

Als Reaktion auf die Aktivitäten von Wiengas hat die Fernwärme Wien angeboten, insgesamt 59 Schulen kostenlos an den Fernwärmeverbund anzuschließen. Dieses umfangreiche Programm hat im Jahre 1998 begonnen und soll bis 2000 abgeschlossen werden. Der Stadt Wien werden damit rund 40 Millionen Schilling an Anschlusskosten erspart!

3. Vertragsabschluss für das Amtshaus 15, Gasgasse 8-10
und für die Schule 15, Friedrichsplatz 4 - 5 mit der Fernwärme Wien.

Die mit Öl betriebenen Kesselhäuser der genannten Objekte waren veraltet und mussten dringend erneuert werden. Verhandlungen mit der Fernwärme Wien haben zu einem Vertragsabschluss mit folgendem Inhalt geführt:

- Die Fernwärme Wien errichtet in der Schule Friedrichsplatz ein Gaskesselhaus, das bis zum Anschluss an den Fernwärmeverbund in Betrieb bleibt.
- Die Fernwärme Wien errichtet eine Fernwärmeleitung zum Amtshaus Gasgasse für die Wärmeversorgung des Gebäudes.

Mit diesen Maßnahmen können in diesen beiden Objekten rund 250 t Heizöl jährlich eingespart werden.

4. Energiebuchhaltung:

Im Laufe des Jahres 1998 wurde in der Abteilung begonnen, ein Energiebuchhaltungsprogramm einzuführen.

Diese Daten ermöglichen das Markieren von energetisch schlechten Gebäuden und damit den optimalen Einsatz der Sanierungsmittel.

Da durch die Dezentralisierung der Bezirke auch die Energiekosten von den Bezirksbudgets getragen werden, sind solche Angaben äußerst wertvoll.

Auch im zentralen Bereich wird die Energiebuchhaltung vermehrt eingesetzt.

5. Contractingprogramm:

Aufgrund der Daten aus der Energiebuchhaltung, Aufträgen aus den Bezirken und den Erfahrungen aus der laufenden Contractingwelle wurden 12 Gebäude für die energetische Sanierung im Wege des Energieeinsparcontracting ausgewählt. Es sind dies 5 Amtshäuser und 7 Schulen aus dem Verantwortungsbereich der Abteilung.

6. Einspartätigkeit durch Direktinvestitionen

Das Budget des Energiereferates wurde im Laufe des Jahres 1998 aufgestockt. Eine Reihe von Arbeiten wurden auch von anderen Budgets bedeckt. Diese Finanzmittel wurden im wesentlichen in fünf Tätigkeitsbereichen umgesetzt:

- Einsatz von Energiesparlampen
- Durchführung von Beleuchtungsverbesserung
- Einsatz von Sparperlatoren
- Isolierung von Warmwasserleitungen und Armaturen

- Durchführung und Veranlassung von Energiechecks

Isolierung von Warmwasserleitungen- und Armaturen:
Das Abstrahlen der Wärme von Verteilheizrohren und -Armaturen führt zum unnötigem Aufheizen von Kellerräumen. Bei der Isolierung derartiger „Heizkörper" sind sehr kurze Amortisationszeiten erreichbar.
Es wurden derartige Isolierungsarbeiten in den Amtshäusern in 1, Schottenring 24, 1, Rathaus, 1, Rathausstraße 14 - 16, 1, Volksgartenstraße 1 - 3, und 3, Am Modenapark 1 - 2, durchgeführt.

Energiechecks:
Darunter ist das Analysieren von Gebäuden hinsichtlich seiner energetischen Verbräuche (Wärme, Strom, Wasser) zu verstehen. Die Grundlage für das Markieren der Gebäude bildet dabei die Energiebuchhaltung. Die so gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für gezielte Sanierungsmaßnahmen. Es wurden in vielen Objekten Energiechecks durchgeführt.

7. Teilnahme an Arbeitskreisen:

- KLIP: (Klimaschutz Programm der Stadt Wien):
Mitarbeit in der Projektgruppe: „Stadtverwaltung"

- PUMA: (Pilotprojekt Umweltmanagement für das Amtshaus 8, Friedrich Schmidt-Platz 5):
Mitarbeit in der Projektgruppe

- Projektgruppe für Umweltgerechte Leistungen:
Leitung der Arbeitsgruppe „Beleuchtung", Teilnahme an der Arbeitsgruppe „Haustechnik"

- Wiener Projekt „Umweltmanagement in Schulen": Mitarbeit im Kernteam

Dezernat Planung

Warn- und Alarmsystem für Wien:
Das Warn- und Alarmsystem befindet sich im Endausbau. Derzeit bestehen 154 Sirenen, rund 10 sind noch zu errichten. Zusätzliche Standorte können sich aus den Beobachtungen anlässlich der jährlichen Probealarme ergeben. Im Jahr 1998 wurden folgende Standorte ausgerüstet: 19, Straßergasse 4, 20, Vorgartenstraße 42, 22, Breitenleer Straße/Algenweg und 23, Laxenburger Straße 365. Für die neu zu errichtenden Anlagen vergibt und überwacht das Dezernat sämtliche Arbeiten (Standortaufnahme, bauliche Herstellung, technische Ausrüstung). Weiters wird vom Dezernat in Abstimmung mit MDH die Organisation und Koordination des jährlichen Probebetriebes vorgenommen. Die Abteilung - Dezernat Planung ist Betreiber des Systems. Daraus resultieren die Aufgaben: Störungsentgegennahme, Veranlassung der Behebung, Behebung von Störungen durch Mitarbeiter des Dezernates, Schulung der Bediener, laufende Erhaltung, die neben den eigentlichen Sirenenanlagen auch noch umfasst: die Überprüfung der Blitzschutzanlagen, Überprüfung der Druckluftflaschen und Verbesserungen an baulichen und elektrischen Anlagen.

Planung von Schulneubauten:
Folgende Planung von haustechnischen Einrichtungen bei Schulneubauten der Stadt Wien wurde durchgeführt: in 16, Grubergasse 4 - 6, im Jänner fertig gestellt - (Gewährleistungsarbeiten), 23, Steinergasse 25, 9, Glasergasse 8, 20, Engerthstraße 78 - 80.

Elektronikerwerkstätte
Es erfolgte weiters die Reparatur von Audio- und Videogeräten sowie Mobiltelefonapparaten aus dem Besitz der Stadt Wien (Rathaus, Amtshäuser, Schulen, Spitäler), sowie Reparatur an Sirenenanlagen. Das Zeichenbüro fertigt technische Zeichnungen als Ausschreibungsunterlagen an und erstellt Bestands- und Einreichpläne.

Gruppe Rathaus

Im Verwaltungsjahr 1998 wurde im Wiener Rathaus und weiteren 40 Amtshäusern der Bezirke 1 und 8 die laufende Erhaltung und der alles umfassende Gebrechensdienst durchgeführt. Darüber hinaus sind in 10 Amtshäusern (in 1, Wiener Rathaus, 1, Rathausstraße 14 - 16, 1, Bartensteingasse 13, 1, Neutorgasse 15, 1, Schottenring 22 - 24, sowie der Bartensteinblock mit den Amtshäusern in 1, Doblhoffgasse 6, 1, Rathausstraße 2, 1, Rathausstraße 4, 1, Bartensteingasse 9 sowie 8, Friedrich Schmidt-Platz 5) im Einvernehmen mit der MD-VO, Dezernat für Amtsraumlenkung, rund 16.450 m² Büroflächen adaptiert worden, wobei nicht nur die Bausubstanz erhalten und modernisiert wurde, sondern auch die gesamte Infrastruktur, im E-Versorungsbereich und der Verkabelung für EDV und Telefone, auf den letzten Stand der Technik gebracht werden konnte.
Im Wiener Rathaus sind in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt die Vorbereitung für eine umfassende Restaurierung des „Großen Festsaales" getroffen worden. Die Restaurierung umfasst eine Verbesserung bzw. Erneuerung aller Malereien, Vergoldungen, Stuck und Steinmetzarbeiten, die Erneuerung des Parkettbodens im Aus-

maß von rund 1.400 m², die Instandsetzung aller Bleiverglasungen sowie die teilweisen Rückführungen in die Originalmuster, die Restaurierung der historischen Beleuchtungskörper, die Verbesserung der Anstrahlung der Bühnen und Decken sowie der gesamten Versorgung mit Strom-, EDV-, Ton- und nachrichtentechnischen Einrichtungen. Weiters wurde die Verbesserung der Sanitärbereiche und die Erneuerung der Einrichtungsgegenstände geplant.

Ein wesentliches Projekt war die Umgestaltung des Rathausplatzes in einen multifunktionalen Veranstaltungsplatz der als Gesamtes behindertengerecht genutzt werden kann.

Es sind dabei die gesamten Versorgungsleitungen erneuert und dem Bedarf angeglichen worden, danach die Oberfläche neugestaltet worden und zuletzt zwei WC-Anlagen im Rathauspark geplant und errichtet worden.

Zur Erleichterung bzw. Steigerung der Effizienz der Arbeit wurde im EDV-Bereich ein Fileserver für die Gruppe Rathaus eingerichtet, um einen besseren Informationsfluss und Datenzugriff zu ermöglichen.

Amtshäuserverwaltung

Die mit der Verwaltung der städtischen Amtsgebäude befassten Referatsgruppen der Abteilung gliedern sich in Amtsgebäudeverwaltung und Hauspersonalreferat und Ämterreinigung.

Die Amtsgebäudeverwaltung ist mit der Verwaltung der städtischen Amtshäuser, Häuser für verschiedene Zwecke, Kirchen, Pfarrhöfe und Kapellen (einschließlich der Patronate der Stadt Wien) betraut.

Der Amtsgebäudeverwaltung obliegt überdies der Abschluss von Mietverträgen für die von der Stadt Wien für Amtszwecke benötigten Räume in gemeindefremden Häusern und der Abschluss von Benützungsübereinkommen für Dienststellen der Hoheitsverwaltung für Räume in städtischen Wohnhäusern.

Aus dem Verwaltungsbereich der MA 17 - Wiener Wohnen wurden mit 1. Jänner 1998 alle jene Objekte abgegeben, die nicht als städtische Wohnhäuser im engeren Sinn betrachtet werden können. Die Verwaltung der Geschäftslokale und Vitrinen in Verkehrsbauwerken und die Verwaltung von weiteren 20 Objekten wurden der Abteilung - Amtshäuserverwaltung übertragen (die übrigen von der MA 17 abgegebenen Objekte - rund 20 bis 25 - wurden in den Verwaltungsbereich der MA 69 eingegliedert). Mit Stichtag 1. Juli 1998 wurde das Areal des stillgelegten „Schlachthofes St. Marx" mit den darauf befindlichen Gebäuden in die Verwaltung der Abteilung - Amtshäuserverwaltung übertragen.

Die Verrechnung des Aufwandes für die genannten Gebäude (ausschließlich des Erhaltungsaufwandes, der auf Ansatz 0292 budgetiert wird), der Mieten, sowie der Personalaufwand für Hausbesorger nach dem Hausbesorgergesetz erfolgt auf den Ansatz 0291.

Dem Hauspersonalreferat obliegen alle Aufgaben als Dienststelle des Personals der Ämterreinigung (Hausaufseher, Amtshauswarte, Reinigungspersonal) sowie die dazugehörigen wirtschaftlichen Angelegenheiten hinsichtlich des Reinigungsmaterials, wie Bestellung aller Reinigungsgeräte und Reinigungsmaterialien, Führung des Inventars der Amtshäuser. Der Personalaufwand der Ämterreinigung ist auf Ansatz 0101 zentral veranschlagt.

Im Jahr 1998 haben sich keine grundsätzlichen Änderungen im Tätigkeitsbereich der Amtshäuserverwaltung ergeben.

Dezentralisierungsgruppe 1

Die Dezentralisierungsgruppe 1 der Abteilung ist für den Neubau sowie die Erhaltung von Schulen, Amtshäusern, Kindertagesheimen und Objekten der MA 12 und MA 15 in den Bezirken 1, 2, 4, 5, 6, 7 und 20 zuständig.

Im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen wurden im Jahre 1998 neben den laufenden Erhaltungsarbeiten folgende Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten durchgeführt: in 1 Schule die Fassadeninstandsetzung; in 4 Schulen die Fensterinstandsetzung; in 3 Schulen die Dachinstandsetzung; in 7 Schulen die Schaffung von Klassenräumen; in 7 Schulen die Erneuerung der WC-Gruppen sowie den Umbau wegen Geschlechtertrennung; in 5 Schulen die Zentralheizungsarbeiten und Warmwasserbereitung; in 1 Schule die Errichtung einer Ausgabeküche; in 5 Schulen die Vorbereitungsarbeiten für „Jugend ans Netz"; in 2 Schulen die Erneuerung der Klassenabfallstränge; in 7 Schulen größere Instandsetzungen; in 5 Schulen den Umbau wegen geänderter Raumorganisation sowie im Bereich Sonderschulen, in einer Schule größere Instandsetzungen (Fenster und FW-Anschluss).

Weiters wurden in 2, Aspernallee 5, ein Schul- und Turnsaalzubau (Generalunternehmer-Begleitende Kontrolle), in 2, Kleine Sperlgasse 2a, ein Schul- und Turnsaalzubau, in 7, Zollergasse 41, eine Generalsanierung, in 20, Vorgartenstraße 50, eine Generalsanierung fertig gestellt. In 5, Am Hundsturm 18, befindet sich eine Generalsanierung und ein Gymnastikzubau, in 6, Sonnenuhrgasse, ein Umbau der Berufsschule zu Schulzwecken noch im Bau.

Neben der laufenden Erhaltung der Kindertagesheime wurden folgende Neu-, Zu- und Umbauten bzw. Generalinstandsetzungen und zwar Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten durchgeführt: in 14 Kindertagesheimen die Ausmalung und diverse Instandsetzungsarbeiten, in 3 Kindertagesheimen die Reparatur der Fußböden, in 3 Kindertagesheimen die Erneuerung bzw. Verbesserung an der Zentral- und Warmwasserbereitungsanlage, in 3 Kindertagesheimen die Instandsetzung der Freifläche, in 2 Kindertagesheimen die Erneuerung der Telefonanlage, in 3 Kindertagesheimen die Installation eines Geschirrspülers, in 2 Kindertagesheimen größere bauliche Instandsetzungen, sowie Neu- und Umbauarbeiten in 5, Reinprechtsdorfer Straße 1c, in Form einer Generalsanierung und in 20, Pasettistraße 71-75, ein Neubau (Generalunternehmer-Begleitende Kontrolle).

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in sämtlichen Amtshäusern in den zu betreuenden Bezirken wurden noch folgende größere Instandsetzungsarbeiten, und zwar Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten in 2, Im Werd 19, die Fortsetzung einer Mauertrockenlegung in 2, Karmelitergasse 10, ein Umbau für Parkraumbewirtschaftung in

7, Hermanngasse 24 - 26, eine Fenster- und Fassadeninstandsetzung und die Ausmalung in 20, Brigittaplatz 10, eine Stiegenhausausmalung, ein E-Verteilerumbau, ein Umbau für Parkraumbewirtschaftung in 20, Dresdner Straße 75 - 79, größere bauliche Instandsetzungsarbeiten (Fenster, Dach, Ausmalung), erledigt.

Für die MA 12 sind in sämtlichen Pensionistenklubs die laufenden Erhaltungsarbeiten bzw. kleinere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden.

Dezentralisierungsgruppe 2:

Die Dezentralisierungsgruppe 2 betreut die Bezirke 3, 10 und 11.

Im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen wurden 1998 neben den laufenden Erhaltungen der rund 62 Schulen in 2 Schulen die Malerei erneuert, in 8 Schulen die Fenster repariert bzw. erneuert, in 5 Schulen Beleuchtungsverbesserungen und Blitzschutzanlagen saniert. Weiters wurden in 2 Schulen neue Physiksäle errichtet, in 3 Schulen Dachsanierungen in 6 Schulen sanitäre Verbesserungen durchgeführt, in 1 Schule die Küche eingerichtet, in 11 Schulen wurden größere bauliche Adaptierungen und Umbauten vorgenommen, in 2 Schulen wurde mit der Sanierung der Fassade begonnen.

In der Schule 10, Ensleinplatz, wurde der Schulzubau fortgesetzt. In der Schule 23, Steinergasse, wurde die Errichtung eines Schulzubaues fortgesetzt und weitgehend fertig gestellt.

In der Schule 11, Braunhubergasse - Vordertrakt, wurde die Generalsanierung weitergeführt. In der Schule 20, Engerthstraße 78 - 80, wurde mit der Errichtung eines Schulzubaues begonnen.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten von etwa 74 Kindertagesheimen (KTH) wurde in 1 KTH Dachsanierungen, in 7 KTH größere Adaptierungsarbeiten, in 6 KTH Sanierungsarbeiten an Blitzschutzanlagen, in 1 KTH die Küche erneuert, in 1 KTH Fensterernerneuerung, in 2 KTH Ausmalungsarbeiten, in 3 KTH Sanitärsanierungsarbeiten und neue Einfriedungen durchgeführt. Im KTH 3, Landstraße Hauptstraße 92, wurde eine umfassende Sanierung begonnen und im KTH 11, Rinnböckstraße 47, wurde die Generalinstandsetzung fortgesetzt.

Die Errichtung des Kindertagesheimes in 10, Gudrunstraße, wurde fortgesetzt und mit der Errichtung eines Kindertagesheimes in 10, Grundäckergründe, begonnen. Beim Kindertagesheim 10, Franzosenweg, wurde ein Zubau errichtet und fertig stellt. Im Amtshaus 10, Dieselgasse, wurden diverse Adaptierungsarbeiten abgeschlossen, im Amtshaus 10, Laxenburger Straße 43 - 47, wurde die Sanierung der Stadtkasse sowie Adaptierungs- und Ausmalarbeiten im Standesamt und diverse Büroeinheiten durchgeführt, für die Renovierung der Kreuzblumen wurden die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt sowie mit der Errichtung eines Aufzuges begonnen.

Im Amtshaus 3, Karl-Borromäus-Platz 3, wurden die Büroräume für die MA 11, 15 und 59 saniert und fertig gestellt und mit der Sanierung der Büroräume für die MA 61 begonnen. Im Amtshaus 3, Modenapark wurde mit einer Beleuchtungsverbesserung in den Büroräumen begonnen.

Im Amtshaus 3, Rinnböckstraße (MA 39), wurde eine Hofsanierung sowie eine Verbesserung der E-Installationen durchgeführt. Im Amtshaus 11, Enkplatz, wurden Büros für das Bürgerservice adaptiert und eingerichtet, im Amtshaus 11, Senngasse (MA 33), wurden am Lagergebäude Fenster und die Fassade erneuert sowie im Bürogebäude eine Sanitärgruppe saniert.

Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden diverse Ergänzungsarbeiten durchgeführt und die Schlussabrechnung abgeschlossen.

Dezentralisierungsgruppe 3:

Die Dezentralisierungsgruppe 3 betreut die Bezirke 12, 13, 14, 15 und 23.

Im Bereich der städtischen Amtshäuser wurden zusätzlich zur laufenden Erhaltung und diverser Arbeiten kleineren Umfanges folgende Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten, und zwar in 12, Niederhofstraße 23, ein Aufzug erneuert, in 12, Ruckergasse 40, eine Fassadeninstandsetzung begonnen, in 13, Hietzinger Kai 1 - 3, eine Fensterinstandsetzung fortgesetzt, in 14, Sofienalpenstraße 11 (Villa Kellermann) eine Badinstandsetzung und ein Kanalanschluss, in 15, Gasgasse 8 - 10, eine Sockel- und Wandherstellung durchgeführt.

In der Folge wurde in 15, Hackengasse 11, eine Fenster- und Fassadeninstandsetzung hofseitig begonnen, in 15, Viktoriagasse 6/Sperrgasse 8 - 10, eine Fenster- und Fassadeninstandsetzung samt Nebentrakt begonnen sowie ein Kesseltausch und eine Kamininstandsetzung in 23, Lehmanngasse 3, eine Adaptierung für die Bürgerdienstaußenstelle in 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, eine Dach-, Fenster- und Fassadeninstandsetzung fortgesetzt, in 23, Speisinger Straße 256 (Maurer Rathaus), eine Generalsanierung begonnen, in 23, Triester Straße 199, eine Dachinstandsetzung, durchgeführt.

Weiters wurden in nachfolgenden allgemein bildenden Pflichtschulen, und zwar in 11, Wilhelm-Kress-Platz 32, eine VS - Erweiterung abgeschlossen, in 12, Hermann-Broch-Gasse 2, eine Errichtung einer Schulsportanlage, in 12, Kobingergasse 7, ein Umbau des Bezirksmuseums zur Volksschule, in 12, Rohrwassergasse 2, eine Errichtung einer Mobilschule, in 14, Hauptstraße 70, eine Schaffung eines Sportplatzes, in 14, Linzer Straße 232, eine Errichtung eines Schulspielplatzes durchgeführt, in 15, Kauergasse 3 - 5, eine Adaptierung für Hauptschulzwecke begonnen, in 23, Bendagasse 1 - 2, ein Schulzubau fortgesetzt, in 23, Kanitzgasse 8 (Sonderschule), eine Raumadaptierung und Klassenstrangerneuerung, durchgeführt.

In weiterer Folge wurden in 2 Schulen eine Erneuerung der Malerei, eine Fassadenerneuerung, in 4 Schulen eine Dachinstandsetzung, eine Fensterreparatur, ein Fußboden teilweise erneuert, in 7 Schulen WC-Gruppen erneuert bzw. umgebaut, eine Zentralheizungsanlage bzw. Warmwasserbereitung verbessert, in 8 Schulen eine E-Installation verbessert, in 16 Schulen größere Adaptierungen durchgeführt.

Bei den Kindertagesheimen in 12, Andersengasse 6, wurde ein Neubau begonnen, in 12, Ruckergasse 21 und in 23, Putzendoplergasse 10, wurde eine Generalsanierung begonnen, in 12, Stranitzkygasse 4 wurde eine Generalsanierung abgeschlossen, in 14, Meiselstraße 67 - 69, wurde ein Umbau und eine Sanierung abgeschlossen.

In folgenden Schulen wurde die genannte Anzahl von Arbeiten durchgeführt, und zwar in einer Schule eine Fensterreparatur, eine Zentralheizungsanlage verbessert, in zwei Schulen wurde der Fußboden teilweise erneuert, in 12 Schulen wurden größere Adaptierungen durchgeführt.

Dezentralisierungsgruppe 4

Die Dezentralisierungsgruppe 4 betreut die Bezirke 8, 9, 16, 17, 18 und 19.

Im 8. Bezirk wurden laufende Erhaltungen, sicherheitstechnische Überprüfungen und Instandsetzungen an Amtshäusern, Schulen und Kindertagesheimen durchgeführt. Die größten Einzelprojekte waren eine WC-Gruppeninstandsetzung in der Schule Zeltgasse 7, Instandsetzung der Fassade im Amtshaus 8, Albertgasse 23 und eine Dachinstandsetzung im Amtshaus 8, Lange Gasse 53.

Im 9. Bezirk wurden laufende Erhaltungen, sichheitstechnische Überprüfungen, Instandsetzungen und Dachausbauten von Amtshäusern, Schulen und Kindertagesheimen durchgeführt. Besonders hervorzuheben sind der Dachgeschoßausbau in der Schule Glasergasse 8, der bei vollen Schulbetrieb innerhalb von 10 Monaten durchgeführt wurde sowie die Generalinstandsetzung dieser Schule.

Im 16. Bezirk wurden folgende Arbeiten durchgeführt: In der Schule Gaulachergasse 49 die WC-Anlagen, in der Schule Liebhartgasse 19 - 21 die Spielplatzsanierung, die Fassadeninstandsetzung und Fenster, die Sanitärgruppe im Kindertagesheim Haberlgasse 76.

Im 17. Bezirk wurden für die laufende Erhaltung, sicherheitstechnische Überprüfungen, Instandsetzungen und Ausbauten in Amtshäusern, Schulen und Kindertagesheimen durchgeführt. Im Amtshaus Elterleinplatz 14 wurde die Generalinstandsetzung, laufende Erhaltung und der Dachgeschoßausbau durchgeführt. In der Schule Pezzlgasse 29 wurden Generalinstandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Im 18. Bezirk wurden für die von 1999 bis 2001 geplante Generalsanierung der Hans-Radl-Schule die Vorbereitungsarbeiten, wie der Einbau eines zusätzlichen behindertengerechten Aufzugs und Adaptierungsarbeiten am Ausweichquartier, begonnen. In der Volksschule im Charlotte-Bühler-Heim wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt.

Laufende Erhaltungen, sicherheitstechnische Überprüfungen und Instandsetzungen wurden in Amtshäusern, Schulen und Kindertagesheimen im 19. Bezirk durchgeführt, wobei das umfangreichste Objekt die Instandsetzung der WC-Gruppe im Kindertagesheim 19, Obkirchergasse 8 war, dazu kamen noch Aufwendungen für die Schule Klosterneuburg, sowie die Aufstockung der Schule 20, Dietmayergasse 3.

Dezentralisierungsgruppe 5

Die Dezentralisierungsgruppe 5 betreut die Bezirke 21 und 22.

Neben baulichen Erhaltungsarbeiten, kleineren Zubauarbeiten in Schulen, Kindertagesheimen, Amtshäusern, Familienberatungsstellen und Pensionistenklubs im 21. und 22. Bezirk wurden im Berichtsjahr der Zubau zur Volksschule 22, Konstanziagasse 24 - 26, einschließlich Sanierung des Altbestandes (Haus 24) abgeschlossen, wobei der Schulbetrieb mit September 1997 voll aufgenommen werden konnte.

Bei diversen Schulneubauten war die Abteilung mit der so genannten „Begleitenden Kontrolle" für den Ganztages-Hauptschulneubau in 22, Eibengasse 58 (nördlich Langobardenstraße), Ganztages-Hauptschulneubau 22, Simonsgasse 23, Volksschulneubau und Hort 21, Rittingergasse 29a, Volksschulneubau, Kindertagesheim und Hort 22, Prandaugasse, betraut.

Diverse zusätzliche Arbeiten erfolgten beim Zubau zur Volksschule 22, Asperner Heldenplatz 3, beim Neubau eines Heimes für obdachlose Männer 21, Siemensstraße 109, beim Ambulatorium für Suchtkranke, 21, Wassermanngasse 7 - beim Umbau eines ehemaligen Bankgebäudes, bei der Generalsanierung einer Kapelle in 22, Langobardenstraße - Ecke Oberdorfstraße, bei den Mobilen Schulen 21, Coulombgasse 9, 21, Dr.-Skala-Straße 43 - 45, sowie beim Abbruch einer ehemaligen Schweinemastanstalt, sowie beim Abbruch eines ehemaligen Wohnhauses in 22, Attemsgasse 34.

Weiters war die Abteilung bei diversen Schulneubauten, welche von Baubetreuer errichtet werden, miteingebunden. Insbesondere müssen die Planfreigaben bezüglich der Raumbücher betrieben werden.

In der weiteren Folge wurden Zusatzarbeiten, aber auch die Mängelbehebungen im Einvernehmen mit den Baubetreuern und der MA 56, und zwar in den Schulen 21, Peitlgasse - Inbetriebnahme 9/98, 21, Tulzergasse (Schumpeterweg 3) Haftarbeiten, 21, Zhedengasse 9 Haftarbeiten, 21, Hanreitergasse 2 Haftarbeiten, 22, Wagramer Straße 45 - Kratochwjlestraße (Schul- und Kindertagesheim), Inbetriebnahme 9/98, 22, Breitenleer Straße 263/Agavenweg Haftarbeiten, 22, Donau City im Bau, 22, Am Kaisermühlendamm im Bau, 22, Hammerfestweg 1, Schlussfeststellung 9/98 erledigt, 22, Pastinakweg 10 Schlussfeststellung 11/98 erledigt, 22, Kirschenallee, Viktor-Wittner-Gasse 50, Haftarbeiten, über die Abteilung erledigt.

Auch für die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe und Touristik 21, Wassermanngasse 12, wurden bauliche Erhaltungsarbeiten in Form einer Bauvorbereitung für einen Zubau durchgeführt.

Gruppe Sonderaufgaben

Die Gruppe Sonderaufgaben der Abteilung ist für den Neubau und die Erhaltung der Berufsschulen, Fachschulen, Pädagogischen Institute, Objekte der Volksbildung, Häuser der Begegnung, Musikschulen, Büchereien, Modeschulen, Jugendzentren, Bezirksmuseen, Kirchen, Heime, Herbergen sowie für Objekte der MA 15, MA 51 und teilweise MA 70 zuständig.

Im Bereich der berufsbildenden Pflichtschulen wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in 5 Zentralberufsschulen und 11 Berufsschulgebäuden noch folgende Umbau- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt: 6, Mollardgasse 87 - Fortsetzung der Straßenfassaden und Dächersanierung, in 9, Hahngasse 35 - Beginn der Inneninstandsetzung sowie Einbau von 2 Küchen im 2. Stock und in 10, Kempelengasse 20 - Fortsetzung der Generalsanierung. In den Zentralberufsschulen 6, Mollardgasse 87 und 15, Hütteldorfer Straße 7-17 wurden die Generalinstandsetzungen fortgesetzt.

In den Objekten der Volksbildung wurde der Umbau und die Neugestaltung des Veranstaltungssaales im Volksheim 21, Siemensstraße 17, sowie die Fassadeninstandsetzung des Haus der Begegnung 21, Angererstraße 14, sowie bauliche Adaptierungs- und Verbesserungsmaßnahmen in nahezu allen 29 Volksbildungsbauten (Volkshochschulen, Häuser der Begegnung und Volksheime) durchgeführt. Der Umbau des Großen Saales 1, Johannesgasse 4a, sowie die Generalinstandsetzung der Musikschule 19, Döblinger Hauptstraße 94, wurde abgeschlossen und die Bauarbeiten für die Errichtung einer Zweigstelle für das Konservatorium in 1, Singerstraße 26, sowie mit dem Einbau eines Lastenaufzuges im Konservatorium 1, Johannesgasse 4a, begonnen. Weiters wurde die Dachinstandsetzung der Musikschule 9, D'Orsay-Gasse 8, durchgeführt. In der Modeschule „Schloss Hetzendorf" wurde neben diversen baulichen Adaptierungen, die Restaurierung der Schlosskirche und der Festräume begonnen.

In den Jugendzentren, mobilen Jugendbetreuungslokalen und Büchereien wurden diverse Erhaltungsarbeiten durchgeführt und in der Arena 3, Baumgasse 80, die Durchführung von Schallschutz-, WC-Gruppeninstandsetzungs- bzw. diverse Adaptierungsmaßnahmen abgeschlossen und die Planungs- und Bauvorbereitungsmaßnahmen für die Adaptierung der Großen Halle weitergeführt. Die Räumlichkeiten des Bezirksmuseums „Magareten" 5, Schönbrunner Straße 54, wurde neu adaptiert und im Bezirksmuseum 19, Döblinger Hauptstraße 96, wurde die Dach- und Fensterinstandsetzung durchgeführt sowie mit der Generalinstandsetzung des Bezirksmuseums 13, Hietzing, Am Platz 2, begonnen.

Für den Bereich der Heime der MA 11 in Objekten 14, Stadt des Kindes, wurden Fassaden und Fenster instand gesetzt sowie eine Sommerwasserleitung installiert. Weiters wurden in Klosterneuburg Dächer instand gesetzt und die Warmwasserbereitung saniert.

Im Mutter & Kind Heim 11, Pleischlgasse 2, im Krisenzentrum der Stadt Wien „Am Augarten" erfolgten Adaptierungen von Keller bzw. Sanitärräumen. Im Objekt 2, Am Tabor 2, begannen die Umbauarbeiten für ein regionales Krisenzentrum.

1998 wurden für den Bereich der MA 51 in der Sporthalle 21, Pastorstraße, der Fußboden und die Wandbeläge erneuert sowie die laufenden Erhaltungsarbeiten in den 9 Sporthallen und 6 Sportanlagen fortgesetzt, wobei die Sanierung der Heizungs- und Belüftungsanlagen in den Hallen vordringlich betrieben wurde. Bei den Jugendsportanlagen im 22. Bezirk wurden diverse Einfriedungen erneuert.

Bei den Herbergen der Abteilung wurden im Objekt 12, Kastanienallee 2, Fassaden und Fenster instand gesetzt bzw. erneuert, sowie desolute E-Verteiler erneuert. In den übrigen Herbergen wurden diverse Instandsetzungen im Inneren der Gebäude durchgeführt.

In den zentral verwalteten Objekten der MA 15 im Institut für Umweltmedizin in 8, Feldgasse 9, wurde ein Aufzug samt allen notwendigen Nebenarbeiten eingebaut sowie die Umstellung auf Fernwärme begonnen.

In der Desinfektionsanstalt in 3, Arsenalstraße 7, wurden die Fenster erneuert sowie Büroräumlichkeiten adaptiert. Ebenso wurden in der Jugendzahnklinik 9, Salzergasse 28, diverse Räumlichkeiten instand gesetzt.

Für die MA 70 wurde in der Sanitätsstation Arsenal 3, Hüttenbrennergasse 4, ein Um- und Neubau durchgeführt. Ebenso wurden in der Station 22, Wimpfengasse 8, der Ausbau des Dachgeschosses begonnen sowie der Hauptverteiler saniert.

Gruppe Nachrichtentechnik

Die Gruppe Nachrichtentechnik wickelt nachrichtentechnische Projekte für die Dienststellen der Stadt Wien ab, die haustechnisch von der Abteilung bzw. von der MA 32 betreut werden. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag im weiteren Ausbau und der Pflege des Kommunikationsnetzes für Sprache und Datenverkehr. Durch die zunehmende EDV-Durchdringung gewinnt die Heranführung auch kleinerer, dislozierter Organisationseinheiten an das Kommunikationsnetz zunehmend an Bedeutung.

Allgemeine Erledigungen:

Es wurde eine Reihe von Erledigungen durchgeführt. Dazu zählen:

Stellungnahme zu Gesetzen, Verordnungen und Geschäftsbedingungen, Kontaktaufnahme mit neuen Anbietern auf dem Gebiet der Telekommunikation, Erstellen einer Marktübersicht, Preisangemessenheiten für diverse Vereine und sonstige magistratsnahe Institutionen (Telefonanlagen, Brandmeldeanlagen, Leitungsnetze, Telefonendgeräte, Alarmanlagen), Überarbeitung des Raumbuches für Schulen, Nachrichtentechnische Betreuung der Ge-

werkschaft der Gemeindebediensteten und des Stadtschulrates für Wien, Laufende Instandhaltungsarbeiten an nachrichtentechnischen Anlagen, Faxaufstellungen, Einschulung an Endgeräten, Übersiedlung von Nebenstellen, usw.

Amtshäuser:

In 19 Amtshäusern wurden KAT 5 Netzwerke und Verkabelungen installiert. Außerdem erfolgte in verschiedenen Amtshäusern die Einrichtung von 19 Vienna Acces Points. Im Amtshaus Forum erfolgte die Inbetriebnahme des Zutrittkontrollsystems. Es wurden im Jahr 1998 25 FAX-Geräte für die Amtshäuser angekauft.

Ferner wurden 53 Telefonanlagen für die verschiedensten Dienststellen der Stadt Wien erneuert. Zusätzlich wurden für die Dienststellen neue FAX-Geräte angekauft und installiert.

Im Bereich der MA 14 wurden 10 Arbeitsplätze für Teleworker geschaffen. Außerdem wurden in verschiedenen Objekten Alarmanlagen und Gegensprechanlagen errichtet bzw. erneuert. Im Bereich der MA 56 wurden in den Schulneubauten Telefonanlagen, Verstärkeranlagen, Pausensignal-, Uhren- und Antennenanlagen installiert.

Betriebsführung:

Störungsdienst erfolgte für rund 17.000 Nebenstellen, Betriebliche Veränderungen an 5.600 Nebenstellen, behoben wurden 3.731 dokumentierte Störungen HICOM, 777 Störungen an FAX Geräten abgewickelt, ebenso rund 800 Störungen an Leitungsnetzen, technisch betreut wurden rund 170 Kleinanlagen mit insgesamt rund 2.500 Nebenstellen, rund 500 Störungen an Kleinanlagen behoben, weiters erfolgte die tagesaktuelle Führung des netzweiten elektronischen Telefonbuchs für die Vermittlungen, Rufnummernänderung bei KAV-GD, MA 17 (Kundendienstzentrum Donaufelderstraße) und MA 14, 9 Berechtigungsklassen mit Berechtigungsumschaltemöglichkeit wurden geschaffen, eine neue Music on Hold eingeführt, Anlagen im MBA 10 und MA 43 (Zentralfriedhof) erweitert, Anschlüsse von TK-Anlagen an das öffentliche Netz überprüft, TK-Anlagen im MBA 22 hochgerüstet, Kundendienstzentrum Schöpfleuthnergasse und Amtshaus Muthgasse auf neuere SW-Version umgestellt, weiters erfolgten verbesserte Nutzbarkeit des Voice-Mail-Service, Programmierung der erforderlichen automatischen Routinen im Managementsystem DMS der HICOM-TK-Anlagen zur Übergabe der ETB-Daten an die MA 14 und zur Übernahme von Daten aus der Personaldatenbank im Rahmen des X.500-Verzeichnisdienstes der MA 14, Vorbereitungsarbeiten zur Einführung einer Gebührenauswertung QSIG, digitale Vernetzung von TK-Anlagen verschiedener Hersteller:

- Test Siemens HICOM 300 3.4-Alcatel A4200 Rel. 3.0 über S2
- Echt-Betrieb Alcatel A4200 Rel. 3.0 für MD-VO Projektleitstelle „SAP“ 8, Buchfeldgasse 6 (KLAN) an Siemens HICOM 3.3 RH
- Test Siemens HICOM 300 3.4 - Kapsch Meridian 1
- Probebetrieb Siemens HICOM 300 3.4 - Alcatel A4200 Rel. 3.0 über SO City-Netz
- Bestellung, Koordiantion, Terminverfolgung, Abwicklung von Verbindungen laut Verwaltungsübereinkommen bzw. zusätzlicher Verbindungen und von Arbeiten an Standorten bzw. neuer Standorte
- Inbetriebnahme von 22 Verbindungen für TK-Anlagen

MA 23 - Betriebsgruppe

Die Tätigkeiten der MA 23 - Betriebsgruppe umfasste im Jahre 1998 folgende Bereiche:
Sicherheitstechnische Überprüfung der Niederspannungsanlagen in 140 Volks- und Hauptschulen der MA 56, 12 Berufschulen der MA 56, 2 Fachschulen der MA 56, 9 Rettungs- und Sanitätsstationen der MA 70, 4 Jugendzahnkliniken der MA 15, 37 Amtshäuser der Abteilung, 6 Bezirksämter der Abteilung, Kindertagesheime im 2., 4., 6., 8., 10., 12., 13., 14., 16., 20. und 22. Bezirk, im Institut für Umweltmedizin der MA 15, im Pädagogischen Institut der MA 56 sowie in der „Stadt des Kindes“ der MA 11.

Die oben genannten Anlagen wurden zur Gänze durch das Personal der Betriebsgruppe überprüft. Bei allen diesen Anlagen wurden im Zuge der Sicherheitstechnischen E-Überprüfung Reparaturen an elektrischen Betriebsmitteln für die Sicherheit von Personen in den betreffenden Anlagen durchgeführt.

Weiters befinden sich im Überprüfungszyklus der Betriebsgruppe folgende Objekte: die restlichen Kindertagesheime der MA 11, die restlichen Bezirksämter der MA 23 und die restlichen Berufschulen und Fachschulen der MA 56. Reparaturen an ortsveränderlichen Geräten wurden in der Werkstätte der Betriebsgruppe vorgenommen.

Auf Anforderung wurden im Bereich der Stadt Wien Strom-, Spannungs-, Leistungs-, Temperatur- und Lichtstärkenmessungen, sowie diverse Anschlusswertaufnahmen im Amtshaus 19, Muthgasse 62, durchgeführt. Im Amtshaus in 12, Niederhofstraße 21 - 23, wurden 13 Verteiler erneuert und mit FI-Schutzschaltern ausgerüstet.

Die Betriebsgruppe stellte weiters einen Journaldienst rund um die Uhr, welcher für den ganzen Magistratsbereich zuständig ist, jedoch Spitäler und Pflegeheime vorrangig bearbeitet. Außerhalb der Normaldienstzeit wurden mit Eigenpersonal im Elektrobereich und mit Vertragsfirmen im restlichen Kompetenzbereich der Abteilung Störungen und Gebrechen behoben. Unter anderem wurden in Zusammenarbeit mit Fremdfirmen nach Bränden in städtischen Wohnhausanlagen Elektro-, Gas- und Sanitärprovisorien errichtet.

Es wurden 2.264 Störungen vor Ort im Jahre 1998 von der Betriebsgruppe bearbeitet, wobei 2.135 Störungen vom Bereich der MA 17 anfielen, die mit Vertragsfirmen und zum Teil mit dem Personal der Betriebsgruppe bearbeitet wurden.

Weiters wurden im Zuge des Störungsdienstes Tätigkeiten für die MD - Hilfs- und Sofortmaßnahmen sowie zahlreiche Einsätze seitens des Permanenzingenieures getätigt.

Auch die Beaufsichtigung und Kontrolle der angeforderten Vertragsfirmen und die damit verbundenen Materialbeschaffungen, Angebots- und Rechnungsprüfungen sind hier miteingeschlossen.

MA 23 - Herbergen

Für die Unterbringung Obdachloser führt die Stadt Wien gemäß §§ 7, 12 und 14 des Wiener Sozialhilfegesetzes Obdachlosenheime, und zwar das Familienheim in 12, Kastanienallee 2, in 3, Gänsbachergasse 3, das Frauenheim in 12, Ruttenstockgasse 2, das Männerheim in 20, Meldemannstraße 25 - 27, und in 21, Siemensstraße 109, sowie die Herbergen für Männer in 11, Neu-Albern 2.

Vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 wurden 459 Familien (1.177 Personen) von der MA 17 in den Familienheimen angemeldet. Davon wurden 28 Familien (90 Personen) durch die Abteilung - Heimverwaltung eingewiesen. Insgesamt wurden 124 Familien (383 Personen) von der Verwaltung der Herbergen aufgenommen. 60 Einzelpersonen wurden aufgenommen und nächtigten bei ihren Familienangehörigen. 4 Kinder wurden 1998 in den Familienherbergen geboren.

1 Familie (5 Personen) wurden wegen Wohnungsbrand in ihrer Privatwohnung über die MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen im Familienheim 12, Kastanienalle 2, vorübergehend untergebracht.

Abschließend wäre noch zu erwähnen, dass 21 Mütter mit ihren Kindern, nach diversen Gewaltdelikten ihrer Männer, über die Frauenhäuser, vorübergehend im Familienheim Kastanienallee Aufnahme gefunden haben.

Im Jahr 1998 wurden somit 447 Personen in den Familienheimen aufgenommen.

Im gleichen Zeitraum haben 119 Familien (353 Personen) die beiden Familienheime verlassen. 64 Familien (182 Personen) haben sich selbst eine Unterkunft gefunden. 16 Familien (55 Personen) erhielten eine Gemeindewohnung. 3 Familien (18 Personen) zogen in eine Übergangswohnung des Sozialen Hilfswerkes bzw. der Volkshilfe. 15 Familien (42 Personen) zogen in die drei Frauenhäuser. 13 Familien (34 Personen) zogen in ihre Wohnung an die Voradresse zurück. 6 Familien (18 Personen) zogen in das Sozialtherapeutische Wohnheim der MA 12. 2 Familien (4 Personen) zogen in ein Mutter-Kind-Heim. 17 Kinder wurden von ihren Eltern getrennt. 8 Kinder wurden in ein Heim der MA 11 überstellt. 9 Kinder konnten über die MA 11 bei Verwandten der Familien untergebracht werden. 28 Einzelpersonen haben sich selbst eine Unterkunft gefunden oder zogen zu ihren Bekannten. 3 Männer zogen in das Männerheim. 2 Frauen zogen in das Frauenheim. 4 Personen verstarben im Jahr 1998.

Somit verließen 1998 407 Personen die beiden Familienheime.

Die Zu- und Abgänge im Frauenheim in 12, Ruttenstockgasse 2, betrugen 121 Zu- und 106 Abgänge. Eine Frau erhielt eine Gemeindewohnung.

Im Männerheim in 20, Meldemannstraße 25 - 27, waren es 749 Zu- und 722 Abgänge. 4 Männer erhielten eine Gemeindewohnung.

In der Provisorischen Männerherberge in 21, Siemensstraße 109, waren es 20 Zu- und 96 Abgänge. Ein Mann erhielt eine Gemeindewohnung.

In der Provisorischen Männerherberge in 11, Neu-Albern 2, waren es 449 Zu- und 444 Abgänge. 3 Männer erhielten eine Gemeindewohnung.

Generell kann gesagt werden, dass sich seit zwei Jahren die Belagszahlen in den Herbergen stabilisiert haben, was kaum ohne das reiche Angebot an Gemeindewohnungen der Sozialen Schiene möglich gewesen wäre. Dank der intensiven Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern hat sich die Verweildauer in den Familienherbergen weiter verkürzt.

In den Obdachlosenherbergen wurden 1998 folgende Bau- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt:

Im Männerheim 20, Meldemannstraße 25 - 27, konnten die Diensträume des Aufsichtspersonals im Parterre ausgemalt und neu möbliert werden. Im 1. Stock wurden 30 Unterkünfte des Nächtigungsheimes renoviert. Nach Erneuerung aller Anstriche wurden die Wände bis in Griffhöhe mit Glasfasergewebe tapeziert sowie mit keramischen Sockelleisten versehen. Im Anschluss an die im Vorjahr erfolgte Umstellung auf Fernwärme konnte das Kesselhaus mit der Wärmeverteilung auf den letzten Stand gebracht werden. Die Fortführung der Fassadeninstandsetzung einschließlich Erneuerung der Fenster wurde bis auf weiteres zugunsten einer Sanierung des Familienheimes Kastanienallee gestoppt.

Die 1995 errichtete Provisorische Herberge in 11, Neu-Albern 2, bewährt sich weiterhin. Die Sanierung von Nässeschäden an allen Küchenmöbeln wurde durchgeführt. Es konnten vom eigenen Personal 30 Unterkünfte ausgemalt werden.

Die Planungsarbeiten für die Provisorische Herberge in 21, Siemensstraße 109, konnten abgeschlossen werden. Voraussichtlicher Baubeginn ist Frühjahr 1999. Durch Absiedlung und Aufnahmestop hat sich der Belag auf 90 Männer reduziert. Diese Männer werden vor Abbruch der alten Barracken in das Familienheim Kastanienallee übersiedelt. Es mussten dennoch Malerarbeiten in größeren Ausmaß durchgeführt werden, so wurde u.a. sämtliche Gänge neu ausgemalt.

Zur Vorbereitung auf die Unterbringung der 90 Männer aus der Siemensstraße im Familienheim in 12, Kastanienallee 2, wurden umfangreiche Verlegungen innerhalb der Familienheime durchgeführt, um den notwendigen Platz zu schaffen. Dabei konnte eine große Anzahl von Unterkünften von heimeigenen Professionisten ausgemalt werden. Unter Verwendung der ursprünglich für das Männerheim 20, Meldemannstraße vorgesehenen Geldmittel konnte an

der West- und Nordfassade die alten Fenster durch Holz/Alu-Fenster ersetzt werden. In der Folge wurde auch die gesamte Fassade der Untermeidlingerstraße komplett erneuert. Der Fenstertausch machte auch umfangreiche Maurerarbeiten im Inneren der Räume nötig. Diese wurden vom eigenen Personal durchgeführt.

Der Einbau von Stockwerksduschen im Frauenheim 12, Ruttenstockgasse 2, konnte abgeschlossen werden. Alle Waschräume wurden mit einer mechanischen Be- und Entlüftung versehen und neu ausgemalt. Die komplette Stromversorgung wurde erneuert und entspricht nun dem neuesten Stand. Die Diensträume für das Aufsichtspersonal konnten renoviert werden. Dabei wurden alle Anstriche, Fenster und Bodenbeläge erneuert.

Die durch jahrelanges Bewerfen mit Steinen schon sehr schadhafte Westfassade des Familienheimes 3, Gänsbachergasse 3, mit Eternitplatten - Verkleidung konnte durch eine neue Wärmeschutzfassade ersetzt werden. Ein umfangreiches Kanalgebrechen im Keller wurde saniert.

Hochbau

Die Hochbautätigkeit der Stadt Wien stellte auch im Jahre 1998 einen wesentlichen Faktor im Bereich der Bauwirtschaft dar.

Neben der traditionellen Aufgabenstellung im Wohnhausneubau und in der Sanierung städtischer Wohnhausanlagen wurden von der Abteilung vermehrt Bauleistungen für andere Dienststellen - Feuerwehr, Museen usw. abgewickelt.

Aus dem Budget der Stadt Wien standen der Abteilung im Berichtsjahr S 27,615.000 für die Bauvorbereitung, Abbrucharbeiten, Studien und Forschung usw. zur Verfügung. Die Durchführung der diversen Bauvorhaben erfolgte aus den Budgetmitteln verschiedener anderer Magistratsabteilungen, wobei der Anteil für den Wohnhausneubau S 1.699,717.000 betrug.

Von den mit Beginn des Jahres 1998 auf 19 Baustellen in Ausführung befindlichen Neubauwohnungen wurden bis Ende des Jahres 734 Einheiten fertig gestellt. Im selben Zeitraum wurde mit dem Neubau von 262 Wohnungen auf drei Baustellen begonnen. Damit befanden sich mit 31. Dezember 1998 1.405 Wohnungen auf 15 Baustellen in Ausführung. Die Stadt Wien hat mit den Übergaben des Jahres 1998 seit 1945 somit 161.266 Neubauwohnungen fertig gestellt.

Im Bereich der Revitalisierungen konnten die Arbeiten an der städtischen Wohnhausanlage in 19, Obkirchergasse 16 - 22, mit 300 Wohnungen beendet werden. Begonnen wurde mit den Sanierungsarbeiten an der Wohnhausanlage in 21, Adolf-Loos-Gasse 12, mit 660 Wohnungen. Seit 1986 wurden an 60 Objekten mit 6.500 Wohnungen Sockel- oder Totalsanierungen durchgeführt. Wenn man jene Wohnhausanlagen, an denen die Abteilung verschiedene Sanierungs- oder Verbesserungsarbeiten durchgeführt hat, hinzuzählt, erhöht sich die Anzahl der in den Genuss von Verbesserungen gekommenen Wohnungen auf 12.197.

Bei den 1998 in Angriff genommenen Neubauten handelt es sich um zwei Lückenverbauungen im 15. Bezirk sowie um dem 2. Bauteil des Projektes in 23, Steinergasse.

Bei den Fertigstellungen lag das Schwergewicht im 21. Bezirk, wo insgesamt 603 Wohnungen übergeben werden konnten, darunter die Wohnhausanlagen Ödenburger Straße - Ferdinand-Käs-Gasse (165 WE), östlich Brünner Straße (159 WE) und Satzingerweg - Viehtriftgasse (251 WE).

Durch die Miterrichtung von drei Kindertagesheimen im Zuge von Wohnhausneubauten konnte ein Beitrag zur Erfüllung der sozialen Aufgaben der Stadt Wien geleistet werden.

Auch bei den weiteren Hochbauaufgaben - neben dem Wohnungsbau - wurden im Berichtsjahr Aktivitäten gesetzt. Für die MA 10 wurde mit der Sanierung und dem Umbau des Historischen Museums der Stadt Wien begonnen. Dabei wird der bisher nicht genützte Innenhof durch ein Glasdach überdacht, wodurch eine zusätzliche, rund 400 m² große, multifunktionelle Aula geschaffen wird. Im Untergeschoß entstehen WC-Anlagen für Besucher und Depots. Im östlichen Verwaltungstrakt (Maderstraße) wird durch eine Aufstockung 250 m² Bürofläche neu geschaffen.

Weiters wurde mit der Generalsanierung des Misrachi-Hauses am Judenplatz 8 im 1. Bezirk begonnen, wobei die Erdgeschoß- und Kellerräume für museale Präsentationszwecke adaptiert werden. Diese Arbeiten sind Teile der Neugestaltung des Judenplatzes und der Errichtung des Holocaust-Mahnmals.

Im Rahmen der Bauvorbereitungstätigkeit für die in den Folgejahren zu realisierenden Neubauvorhaben wurden insgesamt 19 Projekte in unterschiedlich fortgeschrittenem Stadium bearbeitet. Davon konnte für ein Projekt mit 399 Wohnungen die Zusicherung der Wohnbauförderung durch die Wiener Landesregierung und für zwei Projekte die Baubewilligung erwirkt werden. Außerdem wurden Vorarbeiten für die Sockelsanierung an 6 Wohnhausanlagen und für Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an 38 Wohnhausanlagen geleistet.

Für die Planung von Neubauten, künstlerischen Ausgestaltungen sowie Planung von Plätzen und Märkten ergingen 10 Aufträge an Architekten, Ziviltechniker und Künstler. Für eine Liegenschaft wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt.

Im Bereich der Abbrüche wurden vermehrt Leistungen für andere Magistratsabteilungen erbracht. Im Jahre 1998

wurden 16 Objekte verschiedenster Art abgebrochen, darunter eine Lagerhalle und eine Gärtnerei auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Das Betreuungslokal der Gebietsbetreuung Karmeliterviertel wurde im Berichtsjahr von insgesamt 596 Personen aufgesucht, wobei die Anfrageschwerpunkte wohnrechtliche Probleme (36 %), Fragen betreffend den öffentlichen Raum und die Parkplatzproblematik (10 %), baurechtliche Probleme (11 %), Sanierungen (11 %) und Wohnungssuche (8 %) waren. Im Rahmen der Mieterbetreuung wurden Mieterversammlungen für 6 Wohnobjekte abgehalten.

Technisch- wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung

Der Abteilung obliegt im Rahmen der Stadterneuerung die Erstellung von technisch-wirtschaftlichen Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten einschließlich solcher, wo Förderungsmittel für die Wohnhaus- und Wohnungssanierung nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989 in Anspruch genommen werden.

In der Wohnbauförderung (Neubau) ist es Aufgabe der Aufsichtsorgane der Abteilung, die Förderungswürdigkeit der Projekte zu prüfen und für die Wiener Landesregierung bei der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen und Heimen tätig zu werden. Die begleitende technische und wirtschaftliche Prüfung der Bauvorhaben, als Voraussetzung für die Freigabe der Finanzierungsmittel usw., sowie die Beobachtung der Einhaltung der Wettbewerbserfordernisse bei der Errichtung jener Objekte, die über Entscheidung der Bauträger-Wettbewerbe bzw. des Grundstückbeirates der Förderung zugeführt wurden, ist die Aufgabe der Aufsichtsorgane.

Die Abteilung hat weiters die Preisangemessenheit denkmalpflegerischer Mehrkosten bei der Instandsetzung von Gebäuden in Schutzzonen und solchen, die unter Denkmalschutz stehen, einschließlich der Sakralbauten, zu beurteilen. Die Gutachten sind Grundlage für die Förderung aus den Mitteln des Wiener Altstadterhaltungsfonds.

Die Vergabe, die Mitwirkung bei der inhaltlichen Lenkung und Führung sowie die Abrechnung der in den Stadterneuerungsgebieten tätigen dreizehn Gebietsbetreuungen gehört ebenso zu den zu erfüllenden Aufgaben.

Die Durchführung von Ersatzvornahmen zur Vollstreckung von behördlichen Aufträgen sowie die von notstandspolizeilichen Maßnahmen ist eine weitere Aufgabe.

Schließlich wird die Abteilung als Amt der Wiener Landesregierung bei der Förderung von Schallschutzeinrichtungen an Bundesstraßen tätig.

1. Neubauförderung gemäß WWFSG 1989

1.1 Im Rahmen der Erstbegutachtung von Förderungsobjekten (einschließlich von Projekten der Gemeinde Wien) wurden u.a. Prüfungen der förderbaren Nutzflächen vorgenommen.

Objekt	Anzahl der Anträge	Anzahl der Wohneinheiten
Mehrwohnungshaus und Reihenhaus (einschließlich Gemeinde Wien)	41	3.420
Eigenheim	239	251
Kleingartenwohnhaus	127	127
Dachbodenausbau (§ 15 WWFSG)	64	71
Heim	8	512
Heim (§ 15)	3	33
Mehrwohnungshaus, Reihenhaus § 15 WWFSG	29	1.611
Summe	511	6.025

1.2. Vor der Zusicherung von Förderungsmitteln wurden Prüfberichte erstellt, wobei die Angemessenheit der voraussichtlichen Gesamtbaukosten (Förderungswürdigkeit) festgestellt wurde.

1998 wurden 366 Anträge aus dem Titel der Wohnbauförderung mit einer Kostensumme von rund 19.573 Millionen Schilling (1.422,4 Millionen Euro), die den Bau von 16.497 Wohneinheiten betrafen, in bautechnischer Hinsicht geprüft. Von dieser bezogen sich 128 Anträge auf Mehrwohnungshäuser und Reihenhäuser mit 11.258 Wohnungen, 14 Anträge mit 381 Wohnungen in Heimen, 77 Anträge mit 84 Wohnungen in Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern, 146 Anträge mit 4.773 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern und Reihenhäusern, Dachböden gemäß § 15 WWFSG 1989.

1.3. Kontrolle der Endabrechnungen von Wohnbauten der Gemeinde Wien

28 Anträge mit 783 Wohneinheiten und einer Baukostensumme von rund 1.503 Millionen Schilling (109,2 Millionen Euro) wurden kontrolliert.

1.4. Erstellen von Berichten zur Endabrechnung

Es wurden 515 Heimplätze und 7.154 Wohneinheiten in Mehrwohnungshäusern sowie in Form von Reihenhäusern endabgerechnet.

2. Technisch-wirtschaftliche Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten:

Einschließlich der Nachträge wurden 147 Anträge um Erhöhung der Hauptmietzinse zur Durchführung von ungeförderten Erhaltungsarbeiten bearbeitet. Die beantragte Baukostensumme betrug rund 720 Millionen Schilling (2,3 Millionen Euro).

Bei 52 Endabrechnungen von ungeförderten Erhaltungsarbeiten betrugen die Gesamtbaukosten rund 315 Millionen Schilling (22,9 Millionen Euro).

310 Anträge (einschließlich von Nachträgen) zur Erhöhung der Hauptmietzinse zur Durchführung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten (Erhaltungsförderung und Sockelsanierung) unter Inanspruchnahme von Förderungsmitteln nach dem WWFSG 1989 wurden erledigt. Die Gesamtbaukosten betrugen rund 974 Millionen Schilling (70,8 Millionen Euro).

146 Endabrechnungen geförderter Sanierungsmaßnahmen wurden überprüft; die Gesamtbaukosten betrugen rund 1.151 Millionen Schilling (83,7 Millionen Euro).

Schließlich wurden einschließlich von Nachträgen 529 Mieteranträge gemäß § 6 MRG und 60 Anträge gemäß § 9 MRG behandelt. Hinsichtlich des Ersatzes von Aufwendungen auf eine Wohnung (§§ 10, 27 MRG) wurden 179 Stellungnahmen abgegeben. Zusätzlich wurden noch diverse Anfragen nach den Mietrechtsgesetz sowie nach dem Heizkostenabrechnungsgesetz beantwortet.

3. Beurteilung denkmalpflegerischer Mehrleistungen

Für die Bereitstellung von Förderungsmitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden für die MA 7 258 Geschäftsfälle hinsichtlich der Ermittlung der denkmalpflegerischen Mehrleistungen und deren Preisangemessenheit und diesbezügliche Rechnungen nach durchgeführten Arbeiten aus technisch-wirtschaftlicher Sicht geprüft und Stellungnahmen abgegeben. Weiters wurden 44 Geschäftsstücke im Bereich Sakralbauten erledigt und wurde an 83 Begehungen in diesem Bereich teilgenommen.

4. Förderung von Einzelanträgen für die Wohnungsverbesserung

Es konnten einer Erledigung zugeführt werden: 1.883 Mieteranträge mit einer Gesamtsumme von förderbaren Kosten in der Höhe von rund 171 Millionen Schilling (12,4 Millionen Euro). 2.220 Hauseigentümeranträge mit einer Gesamtsumme an förderbaren Kosten in der Höhe von rund 161 Millionen Schilling (11,7 Millionen Euro).

5. Sonderaktionen

14 Anträge um Gewährung zinsenfreier Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer überprüften Kostensumme von rund 1,3 Millionen Schilling (0,94 Millionen Euro) konnten im Berichtszeitraum erledigt werden.

Die Abteilung ist auch für die Vereine „ARGE Wohnplätze für Bürger in Not" und „ARGE Wohnplätze" beratend tätig.

6. Erfordernisse der Gebietsbetreuung in den Stadterneuerungsgebieten

Der finanzielle Aufwand für die Gebietsbetreuungen betrug rund 41 Millionen Schilling (3 Millionen Euro).

7. Bundes-Schallschutzfenster-Förderung

Im Rahmen der Förderungsaktion für den Einbau von Schallschutzfenstern an Bundesstraßen aus Budgetmitteln des Bundes konnten 168 Anträge einer positiven Erledigung zugeführt werden. Es konnten Beihilfen für rund 1.801 Schallschutzfenster bzw. -einrichtungen gewährt werden.

8. Ersatzvornahmen und notstandspolizeiliche Maßnahmen

Für 268 von der MA 64 angedrohte Ersatzvornahmen wurden Kostenschätzungen in der Größenordnung von rund 104 Millionen Schilling (7,6 Millionen Euro) erstellt.

Es waren insgesamt 75 Ersatzvornahme-Durchführungen zu betreiben.

31 notstandspolizeiliche Maßnahmen waren durchzuführen.

Für die von der Abteilung durchgeführten Ersatzvornahmen und notstandspolizeilichen Maßnahmen wurde ein Gesamtbetrag von rund 1,8 Millionen Schilling (0,13 Millionen Euro) in Rechnung gestellt.

Zur Einbringung der Kosten von 660, durch die Feuerwehr durchgeführten notstandspolizeilichen Maßnahmen, bzw. von Abschrankungen durch die MA 48, wurde den Hauseigentümern ein Gesamtbetrag von rund 4,1 Millionen Schilling (0,30 Millionen Euro) vorgeschrieben.

9. Qualitätsmanagement

Als Beitrag zur Qualitätssicherung des Produktes „Dienstleistung" konnte in Anwendung eines verbesserten Qualitätssicherungsmanagements eine weitere Optimierung von Verfahrensabläufen erreicht werden. Das im Frühjar 1997 eingerichtete Controlling wurde ausgebaut. Es konnten 1998 wesentliche Fortschritte in der EDV-unterstützten Bearbeitung der Geschäftsstücke und der Telekommunikation im Allgemeinen erreicht werden.

Haustechnik

Die Abteilung ist für die Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von haustechnischen Anlagen und sonstigen Einrichtungen des allgemeinen Maschinenbaues und der Elektrotechnik im Bereich der Stadt Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfasst auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen, sowie die Betriebsführung und die rasche Behebung von Störungen und Gebrechen an diesen Anlagen. Mitarbeiter der Abteilung vertreten die Stadt Wien in diversen Gremien, die sich mit sicherheits-, energie- und umwelttechnischen Fragen beschäftigen, insbesondere im Österreichischen Normungsinstitut und im Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Erstellung von fachtechnischen Gutachten und Stellungnahmen stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt dar. Im Rahmen des EDV-Ausbaues der Abteilung wurde das Informationssystem Bauen (ISBA), welches die standardisierte Leistungsbeschreibung sowie die Ausschreibungserstellung und Angebotsbearbeitung umfasst, weiter ausgebaut.

Im Zuge der ständigen Anpassung der Abteilung „Haustechnik" an die sich ständig veränderten Aufgaben waren im Berichtsjahr umfangreiche organisatorische Maßnahmen erforderlich.

In diesem Zusammenhang wurden in der Abteilungsleitung (Abteilungsleiterstellvertreter) dem Bereich Personal und Koordinierung auch die Aus- und Weiterbildung, Bearbeitung der Dienststellenbudgets, Erarbeitung von Kenndaten usw., zugeordnet.

In der Gruppe Zentralstelle-Technische Controlling wurden im Jahr 1998 die Tendenz zur Verwaltungsvereinfachung mit steigender Effizienz bei Bearbeitung der Akte und Abrechnung der Leistungen gezielt fortgesetzt. Diesbezüglich wurden mehrere interne Dienstanweisungen in Bezug auf einheitliche Vorgangsweise bei der Bestellung und Abrechnung der Leistungen, Einhaltung der Zahlungsfristen bei Rechnungen, Richtlinien für sicherheitstechnische Überprüfungen usw. ausgearbeitet.

Aus diesen Gründen wurden den Kolleginnen und Kollegen einige Arbeitsbehelfe wie:

Vergabekompetenzen der MA 32

Bezirkskontrahententarife für alle Gewerke im Aufgabenbereich der MA 32

laufend infolge gesetzlicher Preiserhöhungen angepasst und übersichtlich in Tabellenform zur Verfügung gestellt.

Um die neue Technik im PC-Bereich im Amtshaus Muthgasse zu nutzen, wurden für eine schnelle Information alle diese Arbeitsbehelfe auf Serveradresse: <MA32 auf Muthfs3>, zugänglich für alle MitarbeiterInnen der MA 32, eingerichtet.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung mit gleichzeitiger Kostenersparnis wurde ein Änderungsvorschlag der Buchführungsvorschrift-BV ausgearbeitet, welcher von der Buchhaltungsabteilung bereits angenommen wurde.

Weiters wurde im Auftrag der Gruppe Hochbau und Haustechnik ein Katalog für die Dokumentation der Qualitätssicherung erstellt.

Darüber hinaus wurden von der Zentralstelle rund 13.500 Rechnungen inhaltlich und auf korrekte Bearbeitung sowie rund 125 Vergabeakte nach Ausschreibungen überprüft.

In der Zentralstelle wurden im Referat Preisprüfung und Verdingungswesen durch die Preisprüfungskommission die Überprüfung der Preise sämtlicher Nachtragsangebote, Angebote und Freihandvergaben über S 100.000,– vorgenommen (124 Verhandlungen). Überprüfung aller Angebote der Fernwärme Wien Ges.m.b.H. über S 100.000,–. Stundensätze für Service- und Wartungsarbeiten wurden im Zuge von Verhandlungen im Einvernehmen mit der MD-BD Dezernat 4 und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten festgesetzt. Die Festlegung der Stundensätze für die abteilungsinterne Heizwerkstätte erfolgte im Zuge von Verhandlungen im Einvernehmen mit der MD-BD, Gruppe Hochbau und Haustechnik. Bei der Erstellung neuer Leistungsverzeichnisse für die standardisierten Ausschreibungen wurde mitgewirkt. Die Überprüfung sämtlicher Ausschreibungskonzepte für öffentliche und beschränkte Ausschreibungen in technischen und wirtschaftlichen Belangen wurde durchgeführt zur Einhaltung von Normen, technischen Richtlinien und Bedingnissen der Stadt Wien, sowie des PVC-Verbotes usw., Erhöhungen und Preisänderungen und Verwaltung der Baupreise wurden interne Dienstanweisungen und Arbeitsblätter erstellt.

Es wurden auch Stellungnahmen zu Entwürfen von Ö-Normen sowie ÖVE - Vorschriften abgegeben.

Durch die Gruppe Störungsdienst erfolgte im Jahr 1998 die Behebung von 4.124 Störungen bzw. Einsätze an Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Kühl- und Chlorgasanlagen in sämtlichen Objekten der Stadt Wien (Krankenanstalten, Schwesternwohnhäuser, Versorgungsbetriebe, Gartenobjekte, Amtshäuser, Bezirksjugendämter, Schulen, Sport-

hallen, Kindergärten, Herbergen, Objekte der Wiener Volksbildung usw.) rund um die Uhr, auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen. Für die Erledigung des gesamten Aufgabengebietes wurden von den Bediensteten der Gruppe 99.834 km zurückgelegt.

Die transportablen Kesselanlagen sind zur Zeit bei der MA 30 - Pumpwerk LDS - 22, Donauinsel über Steinspornbrücke und in der Remise 2, Engerthstraße/Walcherstraße, im Einsatz.

Im Auftrag der MD-H Sofortmaßnahmen und anderen Dienststellen wurden für Notmaßnahmen 340 Stück Ersatzheizgeräte leihweise ausgeliefert und nicht mehr benötigte Geräte abgeholt.

Für diverse Dienststellen wurden 272 Stück Sondergeräte (Kühlschränke, Mikrowellenherde, Herde, Geschirrspüler, Luftbefeuchter usw.) bestellt und ausgeliefert.

Für Material, Ersatzteile, Einbau, Fernüberwachung, Sondergerätebeschaffung, Erhaltung der Leitzentrale und den Unterstationen wurden vom Störungsdienst 467 Rechnungen mit einer Gesamtsumme von S 2,034.567,90 bearbeitet. Im Bereich der KFA (Sanatorium Hera) wurde eine begleitende Kontrolle (Angebots- und Rechnungsprüfung) durchgeführt. Rechnungen mit einer Gesamtsumme von S 70.602,56 wurden überprüft.

Am Störungsmeldesystem wurden weitere zwei Anlagen aufgeschaltet. Es wurden in Zusammenarbeit mit den Referenten diverser Abteilungen fünf Anlagen vom Telealarmsystem auf die ZLT-Anlage (Zentrale Leittechnik) umgestellt. Bis Ende 1998 sind 257 Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Kühl- und Chlorgasanlagen aufgeschaltet, wobei 226 Anlagen mit den unterschiedlichsten Funktionen in Betrieb sind.

Die Gruppe 1- Kanzlei - protokollierte im Jahr 1998 11.726 Dienststücke, wovon 1.629 den nachträglichen Zentralheizungseinbau betreffen, und fertigte 97 Materialbestellungen aus. Es wurden 125 kommissionelle Angebotseröffnungen durchgeführt, davon 52 nach öffentlichen und 73 nach beschränkten Ausschreibungen. In Kompetenz des Gemeinderatsausschusses wurden 7 Beantragungen, in der des Abteilungsleiters 289 und in Gruppenleiterkompetenz 261 Beantragungen bearbeitet. Davon wurden 223 Vergabegenehmigungen für die Heizwerkstätte der Abteilung beantragt und als Leistungsaufträge erteilt.

Das Ausmaß der 557 Leistungsvergabegenehmigungen in Form von öffentlichen, beschränkten und Freihandvergaben für das Jahr 1998 betrug 203 Millionen Schilling. Der Erlös aus dem Verkauf von Angebotsunterlagen mit einem Umfang von 97.627 Druckseiten betrug S 172.641,60. 13.761 Druckseiten mit einer Post-Nachnahme-Abrechnungssumme von S 61.965,60 wurden unbar mit den zuständigen Buchhaltungsabteilungen verrechnet. 128 Angebotskonzepte mit insgesamt 4.260 Seiten wurden technisch und verwaltungsmäßig überprüft.

Im Jahr 1998 wurden 13.600 Rechnungen behandelt. Weiters wurden 157 Hinterlegungen erledigt. Die effektiven Ausgaben betrugen S 499,000.000,–. Von der Kesselkanzlei wurden 110 Protokollierungen ausgeführt. Man stellte 43 Kesselwärterzeugnisse, 14 Zweitausfertigungen von Zertifikaten und 10 Zahlungsbescheide mit 14 Positionen aus. Aufgrund dieser Arbeiten konnten insgesamt S 4.900,– eingenommen werden.

Von der Gruppe 2 - Kultur- und Nutzbauten, Rauchfangkehrerangelegenheiten wurden 1998 im Bereich der 25 Feuerwachen neben den Instandhaltungsarbeiten die Sanierungsarbeiten in der Feuerwache Mariahilf weitergeführt und in der Feuerwache Donaustadt fertig gestellt. In der Zentralfeuerwache in 1, Am Hof, wurde mit der Installation der Haustechnik in der Atemschutzwerkstätte begonnen, weiters wurde auch mit der Errichtung einer neuen Flaschenfüllstation für die Pressluftflaschen und der Einbau eines Aufzuges in der Atemschutzwerkstätte begonnen. Durch den Einbau einer Umformer-Station in der Feuerwache Leopoldstadt für die Heizungs- und Lüftungsanlagen und Erwärmung des Taucherbeckens einschließlich zentraler Warmwasserbereitung im Zuge des Fernwärmeanschlusses ist die Stilllegung der alten Ölfeuerungsanlage ermöglicht worden. In drei Feuerwachen, das ist die Feuerwache Hernals, die Feuerwache Am Spitz und die Feuerwache Döbling wurde mit der Generalsanierung der Objekte begonnen. Für den Neubau Feuerwache Kaisermühlen sind die Planungs-, Ausschreibungs- und Vergabearbeiten der haustechnischen Leistungen getätigt worden. Nachdem in dieser Wache auch eine Dienstgruppe der Taucher stationiert ist, wird eine Flaschenfüllstation für die Atemluftflaschen, eine Reinigungseinrichtung für die Tauchanzüge und deren Trocknungsanlage vorgesehen. Die Wärmeversorgung erfolgt durch Anschluss an die Fernwärme. In der Hauptfeuerwache Floridsdorf gelangt eine Feuerlöschübungsanlage (Bauteil Brandversuchshalle) zur Errichtung. Mit dieser Anlage können mit Hilfe computergesteuerter Szenarien (reproduzierbare und voreinstellbare Übungsabläufe) verschiedene Löschübungen wirklichkeitsgetreu trainiert werden.

Im Bereich der MA 48 (235 Objekte) Abfallwirtschaft, Problemstoffsammelstellen, Abschleppgruppe, Straßenreinigung, Mistplätze, Werkstätten, Garagen und den öffentlichen Bedürfnisanstalten (rund 400 Objekte) wurden neben den Instandhaltungsarbeiten auch Sanierungarbeiten durchgeführt. In 13 Objekten der Straßenpflege- und Müllauflegerunterkünfte sind die Zentralheizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen sowie die Elektroinstallation erneuert worden, wobei davon 8 Objekte zur Beheizung an die Fernwärme angeschlossen wurden, die restlichen 5 Objekte werden mittels Erdgas versorgt.

Bei den öffentlichen Bedürfnisanstalten sind drei neu gebaut worden, in fünf Bedürfnisanstalten erfolgte eine Generalsanierung. Im Zuge dieser Arbeiten erfolgte die Ausführung der Anlagenteile ebenfalls vandalismussicher.

Für die 65 Objekte der MA 30 (11 Ablasscontainer, 7 Betriebslokale, 14 Regenwasser-, 20 Abwasser-, 13 Hochwasserpumpwerke) wurden neben den Instandhaltungsarbeiten auch Neuinstallationen von Elektro- und Sanitärarbeiten in drei Abwasserpumpwerken, in drei Schieberbauwerken, dem linken Donausammler und einem Regenwasserpumpwerk erledigt. Entlang der Alten Donau erfolgt das Projekt der Entsorgung der Abluft vom Sammelkanal.

In der Werkstätte der MA 54 erfolgte die Fertigstellung der Holzstaubabsauganlage für die Hobel- und Fräsmaschinen.

Für die MA 49 (insgesamt 72 Objekte in Wien, Niederösterreich und Steiermark) sind neben den Instandhaltungs- auch Neuinstallationsarbeiten erfolgt. In der Forstverwaltung Nasswald ist eine Biomassefeuerung mit Verlegung eines Fernleitungsystemes und Anschluss der diversen Betriebsgebäude an die bestehende Heizungsanlage errichtet worden. Eine weitere Biomassfeuerung wurde in der Forstverwaltung Lobau-Forsthaus aufgestellt. Die Verlegung einer Fernwärmeleitung am Gelände Forstverwaltung Lainz - Pulverstampftor erfolgte in Eigenleistung.

Im Rauchfangkehrerreferat erfolgten die Überprüfung und Evidenz der vom Rauchfangkehrer erstellten Verrechnungsblätter, Preisprüfung sämtlicher Rechnungen für die städtischen Objekte mit einem Gesamtbetrag von rund 50 Millionen Schilling, Tarifangelegenheiten der Rauchfangkehrer, Ausarbeitung neuer Kehrtarife mit der Landesinnung Wien der Rauchfangkehrer der MA 63 sowie der verschiedenen Kammern und MD-BD Dezernat 4. Weiters erfolgten die Vergabe der Rauchfangkehrerarbeiten, Bearbeitungen von Beanstandungen bzw. Auskünfte über Rauchfangkehrerarbeiten für Mietervertreter und Magistratsabteilungen, Koordinierung der Rauchfangkehrerinnung und der Gemeinde Wien, Grundlagen hiefür sind das „Wiener Feuerpolizeigesetz", die „Wiener Kehrordnung" und die Verordnung zum „Wiener Kehrtarif".

Aus den von der Brennstoffstatistik erarbeiteten Unterlagen wurde der Verbrauch von Heizöl, Gas und Fernwärme in den von der Abteilung heizungstechnisch betreuten Objekten erfasst.

Für die MA 7 - Kulturamt wurde die Gehölzbeleuchtung in 1, Rathauspark, betreut, die Beleuchtung des Weihnachtsbaumes in 1, Rathausplatz, wurde installiert und betrieben.

Sonderaufgaben

Die Planung zur Generalsanierung der Lueger Kirche ist vom Architekturbüro Wehdorn vorgenommen worden, wobei die Planung zur Wiederherstellung der Haustechnikanlagen vom Planungsbüro Küblböck durchgeführt wurde. Die MA 32 hat die Aufgabe der Bauaufsicht übernommen und erledigt dahingehend auch die Kollaudierung der Installation der einzelnen Gewerke. Für die Beheizung der Kirche ist durch die großen Räumlichkeiten im Kirchenhauptschiff eine Fußbodenheizung in Verbindung mit einer Wandheizung geplant worden. Die Heizungsanlage wird über eine Wasser-Wasser-Wärmepumpe beheizt. Die für die Funktion der Wärmepumpen benötigte Wassermenge, zur Erreichung einer Vorlauftemperatur von 40°C, wird über einen Saugbrunnen gefördert und in einem Schluckbrunnen wieder ins Grundwasser rückgeführt. In den Emporen und im Tambour ist eine Wandheizung installiert worden. Die Beheizung der Wohnung des Rektors erfolgte mittels einer Niedertemperatur-Radiatoren-Heizung. Für die Brandmeldeanlage sind sowohl optische Melder als auch punktförmige Rauchmelder eingebaut worden, die Anlage wurde nach den Vorgaben der Wiener Feuerwehr umgeplant und installiert.

Im Bereich Gruppe 3 - Wohnhaus-Neubau und -Sockelsanierung wurden 1998 Arbeiten in 4 Generalsanierungen mit rund 1.200 Wohnungen und in 17 Wohnhausneubauten mit rund 2.000 Wohnungen durchgeführt.

Im Bereich des nachträglichen Zentralheizungseinbaues einschließlich Fernwärmeanschluss wurde für bestehende Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien in 53 Anlagen mit rund 2.000 Wohnungen Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Abrechnung von Zentralheizungen durchgeführt. Davon wurden rund 660 Wohnungen mit einer fernwärmeversorgten Warmwasserbereitung ausgestattet. Weitere 344 Wohnungen in Wohnhäusern, die bereits fernwärmeversorgt sind, wurden mit einer Zentralheizung ausgestattet. Davon wurde in 295 Wohnungen zusätzlich eine fernwärmeversorgte Warmwasserbereitung eingebaut.

Die Einhaltung der Gewährleistungsverpflichtung der ausführenden Firmen und die Störungsbehebung wurde in 47 Wohnhausanlagen mit rund 3.800 Wohnungen durch das Referat Sonderaufgaben bearbeitet.

Durch dieses Referat, das als eine Art haustechnischer Bürgerdienst für die Mieter in städtischen Wohnhausanlagen aufgebaut ist, wurden während der Gewährleistungszeit Mängelbehebungen über die haftenden Firmen betrieben und Reparaturarbeiten im Auftrag der MA 17-Wiener Wohnen durchgeführt.

Darüber hinaus war die Gruppe 3-Wohnhäuser für andere Dienststellen des Magistrates in beratender und ausführender Funktion tätig, wie für die Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion bei der Aufschließung von verschiedenen Betriebsbaugebieten, für die MA 36 als fachliche Beratung bei feuerpolizeilichen Überprüfungen von städtischen Wohnhochhäusern und für die MA 16 und MA 25 durch fachgerechte Stellungnahmen zu diversen Schlichtungsstellenakten.

Im Bereich der Gruppe 4 - Anlagentechnik wurden im Marktbetrieb St. Marx die Fleischtransportanlagen teilweise erneuert, sowie sämtliche Lüftungsanlagen in den Bädern und Garderoben des Fleischgroßmarktes erneuert. Die Planung der Heizungs- und Lüftungsanlagen für die Erweiterung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien wurde abgeschlossen.

Mit der Planung von drei Produktionsküchen in den Feuerwachen Kaisermühlen, Döbling und Am Spitz wurde begonnen.

Im Bereich der MA 56 wurden 9 Ausgabeküchen und 3 Lehrküchen sowie 3 Buffetanlagen erneuert, sowie mit der Planung von 9 weiteren Kücheninstandsetzungen begonnen. Weiters wurden 20 Stück speziell adaptierte Elektrofahrzeuge für die MA 43 angeschafft.

Die Planungstätigkeit für die Erneuerung der Elektro- und Sanitärinstallationen des Yppenmarktes, der gesamten Haustechnik für den Umbau der Rettungszentrale sowie der Kältetechnik von zwei Beisetzkammern

(diverse Friedhöfe) wurde aufgenommen.

Im Schafbergbad wurden die Installationsarbeiten für die Solaranlage rund 2.000 m² Solarkollektorenfläche einschließlich der dazugehörigen Verrohrung abgeschlossen. Mit dem Umbau des bestehenden Öl-Kesselhauses auf Gasbetrieb wurde begonnen, Fertigstellung ist vor der Badesaison 1999 vorgesehen. Für das Sommerbad Hietzing wurde für die Installierung einer neuen Solaranlage mit rund 800 m² Solarkollektoren mit der Planung begonnen. Im Ratschkybad wurden die Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten für die Umstellung auf Fernwärmeversorgung und die Warmwasserbereitung mit zentraler Boileranlage sowie die Sanierung der Sauna fertig gestellt.

In der Gruppe 5 - U-Bahn, Verkehrs- und Wasserbauten - wurden die Arbeiten an den HLK (Heizungs-, Lüftungs-, Klimaanlagen) sowie Elektro- und Förderanlagen in den U-Bahnabschnitten der U3 - West (Hütteldorfer Straße bis Ottakring) abgeschlossen.

Für die Stationen der U3 - Ost (Simmering) wurden die Arbeiten HLK sowie Sanitär ausgeschrieben. Die Arbeiten in den Stationen Enkplatz und Hyblerpark wurden in den Bereichen Elektro sowie Sanitär begonnen.

Für den Laaerbergtunnel wurde im Zuge der A23-Instandsetzung die technische Ausrüstung erneuert, sowie an die zentrale Tunnelüberwachung in Kaisermühlen angeschlossen.

Im Bereich der U-Bahnerhaltung wurden im Rahmen der Fahrtreppensanierung 12 Anlagen generalüberholt.

Für die Nachrüstung der Wiener Ringpassagen mit Aufzugsanlagen wurde mit der Planung von Aufzügen in der Opernpassage und der Schottenpassage begonnen.

Im Bereich der Donauinsel wurden die Trinkwasseranlagen erweitert, ebenso die Abwasserentsorgung.

Im Einlaufwehr der Neuen Donau wurde die Generalsanierung der Elektroanlagen einschließlich der Steuer- und Regeltechnik begonnen.

Im Zuge der naturnahen Verbauung des Wienflusses wurden in Zusammenarbeit mit der MA 45 die Arbeiten an den Schleusenanlagen der Rückhaltebecken Mauerbach und Wienfluss weitergeführt.

An der Praterbrücke wurden im Zuge der Baumaßnahmen Blitzschutz- bzw. Erdungsanlagen hergestellt.

Die Mitarbeit bei der Erstellung von Richtlinien für den Straßenverkehr wurde weitergeführt, ebenso die Mitarbeit in den Normungsausschüssen „Fahrtreppen" und „Gussrohre".

Im Referat Energiewesen und Messtechnik der Gruppe 6 - Energiewesen, Umwelttechnik, Planung und Sonderaufgaben - ist die Mitwirkung in Begutachtungsverfahren diverser Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen ein wichtiger Aufgabenbereich. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit im Österreichischen Normungsinstitut, beim Klimaschutzprogramm und in einem Arbeitskreis über das Legionellenproblem in Warmwasserversorgungsanlagen sowie die Mitarbeit im Beirat „Klimabündnis der europäischen Städte mit den indianischen Völkern Amazoniens" bei der Erstellung eines Maßnahmekataloges und im „Komitee für Rohstoffforschung,- versorgungssicherung und Energieforschung". Einen Schwerpunkt bildete die Sachverständigentätigkeit, in deren Rahmen umfangreiche technische Gutachten erstellt wurden. Die Planung des Projektes einer Windkraftanlage am Rautenweg wurde fortgesetzt. Es erfolgte weiters die Betreuung der Projekte Solarversuchsanlage Johann-Gottek-Gasse und Fotovoltaikanlage Blumengroßmarkt und die Durchführung von Messungen des Wärmegewinnes der Solaranlagen in Objekten der MA 44. Weiters wurden Energieflussmessungen im Schafberg durchgeführt. In städtischen Wohnhäusern und Amtshäusern wurden Strangdifferenzdruckmessungen durchgeführt. Die Tätigkeit der Messgruppe erstreckte sich im wesentlichen auf die Erfassung und Dokumentation energiebezogener Parameter in Objekten der Stadt Wien, und zwar von Mietwohnungen, Amtsräumen usw. bis zu Objekten mit großem Energieverbrauch wie zum Beispiel Bäder.

Das in Deponien und Altlasten mit verrottbarem Inhalt entstehende Deponiegas wurde an mehreren Standorten hinsichtlich Konzentration und Zusammensetzung laufend gemessen, wobei insbesondere auf der Deponie Rautenweg vermehrter Einatz notwendig wurde. Zweck dieser Messungen ist die Optimierung der Entsorgung der Deponiegase.

Im Referat Umwelttechnik und Sondermaschinenbau wurden mit der MA 48 verschiedene Szenarien zur Bewältigung der steigenden Abfallmengen erstellt. Im EBS-Beirat wurden die Planungen zur Erweiterung der Hauptkläranlage fortgesetzt. Zwei Vakuumhebesysteme wurden für die MA 48 - Elektronikschrottbehandlung fertig gestellt.

Für die MA 48 wurde die Erstellung der Einreichunterlagen für wasserrechtliche Genehmigungsverfahren durchgeführt.

In dem Referat Planung und Sonderaufgaben wurden Planung, Ausschreibung, Vergabe und Bauüberwachung von Heizungs-, Warmwasserbereitungs-, Lüftungs- und Kühlanlagen in Objekten der MA 48 (Abfallbehandlungsanlage, Schlackenaufbereitungsanlage, am Schafflerhof und des Kompostwerkes Lobau) sowie im Amtshaus der MA 31 Grabnergasse und laufende Erhaltung für den Umbau des Heizgasgebläses für die Brandversuchshalle in der MA 39 durchgeführt, sowie Projektierung und Ausschreibungsvorbereitung der Rauchgasreinigungsanlage sowie der thermischen Nachbehandlung der Löschversuchsanlage der Hauptfeuerwache Floridsdorf.

Weiters wurden Normungswesen, subventionierte Bauvorhaben, Preisangemessenheitsbeurteilung sowie technische Hilfe, Organisation und Veranstaltung von Schulungsveranstaltungen und Produktvorstellungen durchgeführt. Mitgearbeitet wurde bei den Projekten „Best Practice" im Rahmen der Zukunftprojekte, ökosoziales Forum, umweltgerechte Leistungen.

Im Referat Abfall- und Deponietechnik wurde die Störungsbehebung an den Deponiegasentsorungsanlagen für die MA 45 und Rautenweg für die MA 48 wahrgenommen. Die Sanierung der Altlast „Rudolf-Zeller-Gasse" im 23. Bezirk wurde in der 2. Hälfte des Jahres begonnen, wobei auch eine Deponiegasentsorgungsanlage zu errichten ist. Die Versuche zur Aufbereitung von Hausmüll - mit dem Ziel ihrer Verbrennung in nichtkonventionellen Müllverbrennungsanlagen - wurden im Frühjahr 1998 abgeschlossen. Die genannten Erkenntnisse wurden bei der Planung entsprechender Aufbereitungsanlagen verwendet.

Dem Referat ist die Führung der internen Fachbibliothek zugeordnet. Ihre Obliegenheiten sind die Bereitstellung von Normen, Richtlinien, Vorschriften und technischer Fachliteratur.

Im Referat Subventionen wurden begleitende Kontrollen und technische Hilfestellungen im Bereich Haustechnik für subventionierte Projekte der Magistratsabteilungen 5, 7, 11, 12, 15 und 17 durchgeführt.

Große Projekte in diesem Zusammenhang waren die Betreuung der Generalsanierung des Wiener Konzerthauses, des Theaters in der Josefstadt, des Renaissancetheaters und des Theaters im Zentrum, das Frühförderungszentrum der Wiener Sozialdienste, die Geriatrischen Zentren im 16. und im 2. Bezirk, eine Israelitische Volksschule im 2. Bezirk.

Referatsübergreifend wurden Arbeiten am Projekt Energie-Contracting (Erfolgskontrolle), Informationsveranstaltungen (zum Beispiel Bezirke, Energieverwertungsagentur, Wirtschaftsministerium, Klip, Wiener Zukunftswerkstatt, Städtebund, Arbeitskreis Energie) erledigt. Weiters erfolgte die Zusammenarbeit mit IC - Consulenten über ein LIFE - Programm der EU (Kompetenzzentrum Energie-Contracting Wien); Erweiterung eines ausgeführten Contracting-Projektes aufgrund geänderten Nutzverhaltens; Vorbereitende Arbeiten für die nächsten Contracting-Projekte; Zusammenarbeit mit der MA 23 in Contracting-Fragen.

Weiters erfolgte die Mitwirkung im Begutachtungsverfahren diverser Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen sowie im Notifikationsverfahren der EU, die Ausarbeitung von Antwortenentwürfen zu Anfragen und Anträgen von Bezirksräten und Gemeinderäten, die Erstellung von technischen Gutachten im Auftrag von Dienststellen und Behörden und die Mitarbeit in Prüfungskommissionen im Rahmen der „Erlassbereinigung" wurden die bestehenden „Heizvorschriften" komplett überarbeitet und als „Haustechnikerlass" neu formuliert. Weiters wurden Kurse in der Verwaltungsakademie abgehalten.

Die Heiz- bzw. Haustechnikwerkstätte - als betriebsmäßig verrechneter Dienstzweig der MA 32 - ist für die Planung und Ausführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten an Zentralheizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen, sowie weiteren haustechnischen Objekten der Hoheitsverwaltung zuständig. Ein Aufgabengebiet umfasst die Schadensbehebung und den Servicedienst an hochwertigen technischen Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindertagesheime, Amtshäusern und sonstigen diversen Objekten. Laufendes Service sowie Neueinstellung an Öl- und Gasbrennern runden den Aufgaben- und Tätigkeitsbereich ab. Von den Überprüfungsorganen gemäß § 15 Abs. 10 des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 17/1957 in der Fassung der Luftreinhaltenovelle 1982, LGBl. für Wien Nr. 17/1982 wurden 868 Feuerstätten überprüft und befundet. Der durchschnittliche Personalstand der Heizwerkstätte betrug 98 Bedienstete. Zusätzlich werden derzeit 10 Lehrlinge ausgebildet. Der Umsatz für 1998 wird rund S 91,000.000,– betragen. Nach Erstellung der Rohbilanz kann mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis gerechnet werden.

Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten

Von der Gruppe ö.B. wurden u.a. Baubewilligungen für Wohnbauvorhaben im Umfang von etwa 2.400 Wohnungen erteilt. Folgende Standorte seien angeführt: 11, Guglgasse - Gasometer, 11, Simmeringer Hauptstraße 106, 14, Hütteldorfer Straße 130 - 130A, 16, Seitenberggasse 53 - 63, 16, Koppstraße 103, 18, Kreuzgasse 72 - 74, 23, Anton-Baumgartner-Straße 129 und 23, Anton-Baumgartner-Straße 133 - 135.

Am Schulbausektor wurden u.a. die Projekte in 2, Molkereistraße 1, 12, Haebergasse 1A, 23, Rösslergasse - In der Wiesen und 23, Carlbergergasse - Canevalestraße, einer Bewilligung zugeführt.

Garagenprojekte waren im Berichtsjahr rückläufig, es wurden in 10, Migerkastraße - Laxenburger Straße, eine Hochgarage, in der Simmeringer Hauptstraße bei der Kaiserebersdorfer Straße eine Tiefgarage über der U-Bahn und vor dem Spital Rudolfstiftung ebenfalls eine Tiefgarage bewilligt.

An sonstigen Bauvorhaben, welche einer baubehördlichen Bewilligung zugeführt worden sind, seien beispielhaft erwähnt: 2, Lassallestraße 11 - Bürogebäude, 2, Lilienbrunngasse 7 - 9 - Dianazentrum (Erlebnisbad und Bürogebäude), 3, Landstraßer Hauptstraße 2A - 2B - Kinozentrum mit Büro- und Geschäftsflächen, 4, Wiener Konzerthaus - Generalsanierung, 4, Favoritenstraße 9 - 11 - Umbau der ehemaligen Zentrale der Wiener Stadtwerke - Verkehrsbetriebe in ein Institutsgebäude der TU Wien, 6, Esterhazypark - Aufstockung und Revitalisierung des Flakturmes, 10, Fischhofgasse 12 - Erweiterung des Horr-Stadions, 11, Guglgasse - Ausbau der Gasometer, 13, Lainzer Straße 138 - Bildungs- und Exerzitienhaus, 14, Sanatoriumstraße 2 - Erweiterung der Orthopädie, 20, Wehlistraße 66 - Entertainmentcenter, 22, Donaucitystraße 1 - Tech Gate Vienna, 22, Am Hubertusdamm - Feuerwache Kaisermühlen und 22, Wagramer Straße nächst der Reichsbrücke - Cineplex Donaucity.

Benützungsbewilligungen sind u.a. für das Wohnheim 2, Czerningasse 4, das Schulungsgebäude für das Rote Kreuz 3, Franzosengraben 6, das Wohn- und Bürohaus 5, Mittersteig 24 - 28, das Pflege- und Pensionistenheim 9, Prammergasse 7, die Tiefgarage 16, Herbststraße 101, die Wohnhausanlage 20, Pasettistraße 71 - 75, die Wohnhausanlage Frauenwerkstatt 21, Donaufelder Straße 99, die Volksschule 21, Rittingergasse 29A, das Wohnparkzentrum Nord 21, Trillergasse 6 - 8, sowie für andere fertig gestellte Bauvorhaben erteilt worden.

Die Anzahl der erteilten Bewilligungen hat bei der Gruppe A gegenüber dem Jahr 1997 keine wesentliche Änderung erfahren, auch ist der Arbeitsumfang im bisherigen Rahmen geblieben.

Durch die Änderung des Wasserrechtsgesetzes, wodurch der Entfall sämtlicher Bewilligungen eingetreten ist, ergab sich eine Erleichterung, trotzdem ist die Behörde weiterhin verhalten, die anstehenden Projekte auf wasserrechtliche Sicherheit zu prüfen bzw. nach der Fertigstellung nachweislich die konsensgemäße Ausführung festzustellen, wobei jedoch eine bescheidmäßige Ausfertigung entfällt. Die Anzahl der Baubewilligungen für Aufzüge ist deutlich angestiegen, dies als Reaktion auf die Steuergesetznovelle, zufolge der vorgezogenen Instandsetzungen durchgeführt werden.

Gegenüber dem Jahr 1997 hat sich die Anzahl der Überprüfungen von Ölfeuerungsanlagen und der Erteilung von Sanierungsaufträgen für solche Anlagen verdoppelt. Abgeschlossen bezüglich der Überprüfungen ist nunmehr der 4. Bezirk, fast zur Gänze der 10. Bezirk, der 5. Bezirk ist in Angriff genommen worden.

Vertreter der Gruppe A nahmen an fachspezifischen Tagungen und an Arbeitsgruppen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten teil, ebenso wie an verschiedenen Arbeitskreisen des Österreichischen Normungsinstitutes.

Von der Gruppe B wurden 70 Baustoffzulassungen gemäß § 97 der Bauordnung für Wien als Verordnungen des Magistrates kundgemacht. 418 Baueinreichungen wurden im laufenden Jahr hinsichtlich Wärme-, Schall- und baulichen Brandschutzes einer Beurteilung unterzogen, auch sind in diesem Bereich Sachverständige der Gruppe zu 235 Bauverhandlung geladen worden. Eine Mitwirkung der Gruppe B im Rahmen des Brandschutzes ergab sich auch im Hinblick auf Normung und bautechnische Angelegenheiten.

In folgenden Gremien waren Mitarbeiter der Gruppe B namens der Stadt Wien tätig:
Österreichisches Normungsinstitut, Österreichischer Stahlbauverband, Europäische Normungskomitees: CEN/TC 116 Chimneys, CEN/TC 166 WG1 - Chimneys General Requirements, Österreichisches Institut für Bautechnik (OIB) und Arbeitskreis des Österreichischen Berufsfeuerwehrverbandes - TRVB. Weiters war ein Mitarbeiter der Gruppe B als gemeinsamer Ländervertreter in der „Brandschutzgesetzgebergruppe" der Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften tätig.

Bei der Gruppe G ergab sich eine Änderung insoferne als Verkaufsstände, die keiner Baubewilligung bedürfen, nunmehr durch die MA 59 einer Genehmigung zugeführt werden. In dieser Gruppe sind im Berichtsjahr u.a. rund 7.500 Lagerungen für Baustellen bewilligt worden sowie rund 3.200 sonstige Bewilligungen erteilt worden, von denen 585 Geschäftsfälle bezüglich der Aufstellung von Schanigärten anhängig gemacht worden sind.

Die Gruppe Ga konnte rund 2.411 Geschäftsfälle einer Erledigung zuführen, darunter etwa 984 Stellungnahmen zu Grundabteilungen und rund 125 zu Plandokumenten.

Im abgelaufenen Jahr 1998 sind von der Gruppe S u.a. 393 Beschauten auf Baustellen, 2.200 Vorlagen von statischen Berechnungen und rund 4.000 Befunde von Ziviltechnikern bearbeitet oder eingesehen bzw. durchgeführt worden. Neben Besprechungen im Rahmen des Parteienverkehrs und Vornahme von Ortsaugenscheinen bei Baugebrechen bildet auch die Mitarbeit in den einschlägigen Ausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes einen Schwerpunkt.

Die Haupttätigkeit der Gruppe U lag in ihrer Zuständigkeit als Amtssachverständige für die eisenbahnrechtlichen Verfahren betreffend die Betriebsbewilligung der U-Bahnlinie 3 für die Abschnitte 16, 17 und 18, Gasometer, Zippererstraße und Enkplatz sowie die Nachrüstung durch Einbau zusätzlicher Verkehrswege und Aufzüge bei den Stationen Stadtpark, Rossauer Lände, Kanalquerung beim Wienfluss bei der U-Bahnlinie 4 und Station Schottentor bei der U-Bahnlinie 2 - dies auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme der U-Bahn durch Behinderte.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Besprechungen und Planeinsichten für Bauführungen der U-Bahn außerhalb von eisenbahnrechtlichen Verfahren, die Sanierung von Baugebrechen im Zuge von Bauführungen, Versuchsanordnungen in Zusammenarbeit mit der MA 39 sowie Stellungnahmen zur Verwendung neuer Baustoffe, insbesondere der Betontechnologie im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf den Baustellen verbunden mit einer Überwachung durch die Gruppe U. In diesem Zusammenhang war die Gruppe auch mit der zu erwartenden Normenumstellung im Stahlbetonbau von der Serie B 4200 zur Serie B 4700 und EC 2 befasst.

Wie bereits im Vorjahr wurde durch die Gruppe V das zum Jahreswechsel auf der Kaiserwiese im Prater stattfindende „Soul City Event" - ein sportliches Großereignis - Aufstellung einer Riesenrampe für Snow-Board-Vorführungen mit musikalischem Beiprogramm - genehmigt. Die im Vorjahr zum Teil massiven Lärmbelästigungen wurden insoferne fast gänzlich ausgeschaltet, da in die Musikanlagen Schallpegelbegrenzer eingebaut und die Beschallungsrichtung geändert wurde. Bei dem heuer viertägigen Fest waren bis zu 12.000 Besucher - ein Großteil davon Touristen - gleichzeitig auf dem Festplatz anwesend.

Ein weiteres einmaliges Großereignis war das EU-Eröffnungsfest am 1. Juli, welches ebenso wie der Besuch des Papstes am Heldenplatz stattgefunden hat.

Am 15. August fand erstmals auf dem Josefsplatz ein großes Freiluftkonzert für rund 1.500 Personen unter der Leitung von Zubin Mehta statt.

An Veranstaltungen im Freien mit größerer Teilnehmeranzahl seien das traditionelle Donauinselfest, das Volksstimmenfest auf der Jesuitenwiese, das Uni-Campusfest auf dem Gelände des Alten AKH, das Open Air Fest der Volksoper im Arne-Carlsson-Park, das „ART OPEN AIR" vor dem Schloss Schönbrunn, das Mozart Festival in Schönbrunn vor der Römischen Ruine, die Veranstaltung „Strohzeit" auf einem Feld in Breitenlee, das „Hallamasch Festival" auf diversen Plätzen, der Silvesterpfad in der Inneren Stadt, der Wiener Eistraum sowie der Christkindlmarkt am Rathausplatz u.v.a.m. erwähnt.

Für die sportbegeisterte Bevölkerung wurde im Sigmund-Freud-Park anlässlich der Fußballweltmeisterschaft eine großflächige Vidiwall aufgestellt, auf welcher man die wichtigsten Spiele im Beisein Gleichgesinnter mitverfolgen konnte.

Open Air-Kinovorführungen für je rund 1.000 Personen konnte man auf der Schüsselwiese im Augarten sowie am Trabrennplatz in der Krieau besuchen. Meist in den Randbezirken wurden bereits an bekannten, aber auch neuen Plätzen kurzfristig im kleineren Rahmen Filme von sogenannten Wanderkinoveranstaltern gezeigt; das Kinofestival am Rathausplatz war wie jedes Jahr ein Höhepunkt sowohl für Wiener als auch die Touristen.

Im Gerinne der Neuen Donau auf Höhe der Copa Cagrana wurde ein Ponton eingeschwommen, der als Veranstaltungsfläche für 350 Personen im Sommer zur Verfügung stand. Die darauf befindliche Musikanlage wurde unter amtlicher Aufsicht plombiert, um bereits nach Veranstaltungsbeginn Lärmbeschwerden in dieser sensiblen Gegend vorzubeugen.

Aber auch das traditionelle Vergnügen sollte nicht zu kurz kommen. Teils auf bewährten, teils neuen Plätzen fanden wie alljährlich Kirtagsfeste bzw. Grätzelfeste statt. Besonders die Aufstellung von pratermäßigen Volksvergnügungsbetrieben sowie von Festzelten in eher dicht verbauten Gebieten war oftmals nicht einfach zu genehmigen.

46 Großfeuerwerke der Klassen III und IV wurden auch heuer wieder an verschiedenen Plätzen unter Aufsicht der hiefür zuständigen Behörden abgebrannt.

Die schon seit Jahren gut besuchten Clubbing Events zeigten auch heuer wieder starkes Interesse (an Wochenenden in den Sofiensälen, bis Jahresmitte im Gasometer, einige Male im Kursalon im Stadtpark, in der Babenbergerpassage, im Technischen Museum, in der Aula des Technologischen Gewerbemuseums, in der ÖBB Werkstätte in Simmering usw.).

Die Produktionen der Wiener Festwochen (z.B. „L`Orfeo", „Così fan tutte", „Figaro lässt sich scheiden" u.v.a.m) konnte man auch heuer wieder im Theater an der Wien, dem Theater in der Josefstadt, den Rosenhügel-Studios, dem Odeon sowie im Künstlerhaustheater besuchen. Erstmals fanden heuer Veranstaltungen der Wiener Festwochen im Ronacher sowie in den Sofiensälen statt, da das Museumsquartier als Spielstätte ausfiel. Im Rahmen eines Festkonzertes wurden die Festwochen am Rathausplatz eröffnet.

Großzirkusse in Zeltanlagen gastierten heuer am Messeparkplatz (Österreichischer Nationalzirkus), am Parkplatz beim Donauturm (Zirkus Althoff-Jacobi) sowie am Rathausplatz (Zirkus Roncalli). Einige kleinere Wanderzirkusse waren das ganze Jahr in Wien unterwegs.

Im Ernst Happel-Stadion traten auch heuer wieder zwei Popstars (Elton John und Eros Ramazzotti) im Rahmen ihrer Konzerttournee auf. Daneben fanden einige bedeutende nationale und internationale Fußballspiele statt.

Die Generalsanierung des Konzerthauses (Verbesserung der Ausgangssituation, Erneuerung von sicherheitstechnischen Einrichtungen sowie Einbau eines neuen Saales im 2. Kellergeschoß) wurde heuer begonnen. Da der Spielbetrieb weitergeführt werden sollte, war die Festlegung von Sicherheitsauflagen bezüglich der Besucher notwendig.

Ebenso wurde das Konservatorium der Stadt Wien umgebaut, wobei besonders der bühnentechnische Teil erneuert bzw. saniert wurde.

Im Funkhaus des ORF wurde ein Raum für Klangtheater sowie das Studio III neu genehmigt. Für das Palais Rasumovsky wurde die Eignung für Konzerte und dergleichen festgestellt. Einer Vielzahl von kleineren Veranstaltungsstätten wurde im Laufe des Jahres eine Genehmigung erteilt.

Im Messegelände - wo in einer Halle eine Großdiskothek für rund 2.000 Personen geschaffen wurde, in der Hofburg sowie im Austria Center fanden auch heuer wieder zahlreiche Messen, Ausstellungen und Congresse statt. Kleinere Ausstellungen gab es im verbleibenden Teil des Museumsquartiers, der Kunsthalle, in einigen Palais der Inneren Stadt, dem Museum für angewandte Kunst, der Nationalbibliothek usw.

Im Wiener Volksprater wurden auch heuer wieder zahlreiche zum Teil attraktive Volksvergnügungsbetriebe aufgebaut. Die Hochbahn „Wilde Maus" sowie eine Go-Kart-Bahn für eine Geschwindigkeit bis zu 40 km/h seien an dieser Stelle hervorgehoben. Vor der Aufstellung fanden bereits Gespräche an Hand von Plänen statt, um bereits vor der Produktion im Herstellwerk die derzeit geltenden gesetzlichen Auflagen sowie Erfahrungswerte und Verbesserungen in die Ausführung einzuarbeiten.

In der Wiener Stadthalle wurden neben der Eisrevue „Holiday on Ice", dem Fußballturnier, der CA-Tennis Trophy, dem Reit- und Springturnier auch einige hervorragend besuchte Konzerte veranstaltet.

Der Trend aus den USA zu großen Erlebniszentren ist auch vermehrt in Wien zu verspüren. So wurden 1998 acht neue Großkinozentren mit jeweils über zehn Sälen (Fassungsraum zwischen 2.000 bis über 4.000 Personen) genehmigt, wobei durch die Größe der Veranstaltungszentren bei den Genehmigungen eine lange Vorbereitungs- und Besprechungsphase erforderlich war, insbesondere im Hinblick auf die teils komplizierte Rollstuhlproblematik.

Im Übrigen waren Vertreter der Magistratsabteilung 35-V bei 502 Generalproben und Programmüberprüfungen in Volltheatern sowie anderen Theatern anwesend, um die szenischen Abläufe sowie allenfalls auftretende Effekte auf ihre Sicherheit zu überprüfen und erforderlichenfalls Auflagen vorzuschreiben. Im Jahre 1998 wurden im Zuge des-

sen rund 352 Dekorationsüberprüfungen durchgeführt. Aufgrund schwerer Mängel, wodurch die Betriebssicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte, mussten im Jahre 1998 13 Betriebseinstellungen vorgenommen werden. Aber auch bei größeren Ballveranstaltungen (Hofburg, Musikverein, Konzerthaus, Austria Center, Rathaus) waren Vertreter der Magistratsabteilung 35-V als technische Überwachungsorgane zusammen mit polizeilichen Behördenorganen anwesend.

Weiters wirkten Vertreter der Magistratsabteilung 35-V in folgenden Ausschüssen bzw. Gremien mit:

1. Vorträge für Mitarbeiter des Verbandes Wiener Volksbildung zum Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen".
2. Theaterkommissionen in verschiedenen Theatern und anderen Großveranstaltungsstätten.
3. Vorträge und Prüfungen, welche von der „Österreichischen Theatertechnischen Gesellschaft" im Rahmen der Berufssparten „Bühnenmeister" und „Beleuchtermeister" über die Sicherheit in Veranstaltungsstätten durchgeführt wurden.
4. Prüfungen für Filmvorführer in Kinos und Beleuchter in Volltheatern und anderen Großveranstaltungsstätten als Vorsitzende der Prüfungskommission und Prüfer.
5. Teilnahme an Gesprächen der MA 22 betreffend zukünftiger Vorgangsweise bei Lärmproblemen.

Im Anhang werden die wichtigsten Gesetze und Verordnungen des Jahres 1998 angeführt:

Bundesgesetzblätter 1998

BGBl. I Nr. 15/1998 vom 9. Jänner 1998
Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Eisenbahnbeförderungsgesetz, das Bundesbahngesetz 1992 und das Bundesgesetz über die Verkehrs-Arbeitsinspektion geändert werden (Eisenbahnrechtsanpassungsgesetz 1997 - EIRAG 1997).
BGBl. I Nr. 18/1998 vom 9. Jänner 1998
Bundesgesetz über das Postwesen (Postgesetz 1997).
BGBl. I Nr. 19/1998 vom 9. Jänner 1998
Bundesgesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften.
BGBl. I Nr. 92/1998 vom 21. Juli 1998
Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 und die 3. StVO-Novelle ge-ändert werden (20. StVO-Novelle).
BGBl. I Nr. 108/1998 vom 3. August 1998
Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundestheater (Bundestheaterorganisationsgesetz - BThOG) und Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1998 geändert wird.
BGBl. I Nr. 115/1998 vom 14. August 1998
Bundesgesetz über die Rechtsstellung, Errichtung, Organisation und Erhaltung der Bundesmuseen (Bundesmuseen-Gesetz).
BGBl. I Nr. 116/1998 vom 14. August 1998
Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 geändert werden.
BGBl. I Nr. 151/1998 vom 20. August 1998
Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz geändert werden (Abfallwirtschaftsgesetz-Novelle 1998).
BGBl. I Nr. 158/1998 vom 30. September 1998
Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, das Verwaltungsstrafgesetz 1991, das Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991, das Zustellgesetz, das Agrarverfahrensgesetz, das Auskunftspflichtgesetz, das Auskunftspflicht-Grundsatzgesetz, das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, das Sicherheitspolizeigesetz, das Fremdengesetz 1997, das Handelsgesetzbuch, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, das Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt 1996, das Verlautbarungsgesetz 1985 und das Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996 geändert werden.
BGBl. II Nr. 4/1998 vom 12. Jänner 1998
Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft betreffend Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe.
BGBl. II Nr. 69/1998 vom 6. März 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Kenngrößen und Beurteilungsmaßstäbe für die Genehmigung von Anlagen für Betriebe des Handels sowie von ausschließlich oder überwiegend für Handelsbetriebe vorgesehenen Ge-samtanlagen (Einkaufszentren-Verordnung).
BGBl. II Nr. 115/1998 vom 2. April 1998
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für die Sicherheit von Maschinen und von Sicherheitsbauteilen für Maschinen.
BGBl. II Nr. 139/1998 vom 5. Mai 1998
Verordnung des Bundesministers für Justiz gemäß § 2 Abs. 3 Grundbuchsumstellungsgesetz.
BGBl. II Nr. 174/1998 vom 15. Mai 1998
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für die Sicherheit von Maschinen und von Sicherheitsbauteilen für Maschinen.

BGBl. II Nr. 200/1998 vom 16. Juni 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Statistik gemäß Kesselgesetz - STAVO.
BGBl. II Nr. 214/1998 vom 30. Juni 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung der Gütegemeinschaft Wassertechnik (GWT) zur Zertifizierung von Produkten.
BGBl. II Nr. 222/1998 vom 10. Juli 1998
Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft betreffend Abwassereinleitungen in wasserrechtlich bewilligten Kanalisationen (Indirekteinleiterverordnung-IEV).
BGBl. II Nr. 230/1998 vom 16. Juli 1998
Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Sicherheitsgebühren-Verordnung geändert wird.
BGBl. II Nr. 234/1998 vom 23. Juli 1998
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für die Sicherheit von Maschinen und von Sicherheitsbauteilen für Maschinen.
BGBl. II Nr. 245/1998 vom 29. Juli 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung der Bureau Veritas Quality International (Austria) GesmbH.
BGBl. II Nr. 263/1998 vom 14. August 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung der Zertifizierungsstelle des Österreichischen Brandschutzverbandes (ÖBV CERT).
BGBl. II Nr. 265/1998 vom 18. August 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der jene Arten von Betriebsanlagen bezeichnet werden, die keinesfalls dem vereinfachten Genehmigungsverfahren zu unterziehen sind.
BGBl. II Nr. 272/1998 vom 19. August 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung des TÜV Österreich zur Zertifizierung von Personen.
BGBl. II Nr. 351/1998 vom 2. Oktober 1998
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Verzeichnisse der harmonisierten Europäischen Normen und der österreichischen Normen für die Sicherheit von Gasgeräten.
BGBl. II Nr. 358/1998 vom 8. Oktober 1998
Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Messkonzept zum Immissionsschutzgesetz-Luft.
BGBl. II Nr. 361/1998 vom 9. Oktober 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Aufstellung von Druckbehältern (Druckbehälter-Aufstellungs-Verordnung, DBA-VO).
BGBl. II Nr. 368/1998 vom 13. Oktober 1998
Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten und an Gebäuden auf Baustellen festgelegt und die Bauarbeiterschutzverordnung geändert wird (Arbeitsstättenverordnung - AStV).
BGBl. II Nr. 376/1998 vom 28. Oktober 1998
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Änderung der Bundestheatersicherheitsverordnung.
BGBl. II Nr. 446/1998 vom 18. Dezember 1998
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für die Sicherheit von Maschinen und von Sicherheitsbauteilen für Maschinen.

Landesgesetzblätter 1998

LGBl. für Wien Nr. 1/1998 vom 23. Jänner 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 13. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Hietzing).
LGBl. für Wien Nr. 2/1998 vom 23. Jänner 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 13. Wiener Gemeindebezirkes zum Naturschutzgebiet (Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten).
LGBl. für Wien Nr. 3/1998 vom 27. Jänner 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 2. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Prater).
LGBl. für Wien Nr. 4/1998 vom 27. Jänner 1998
Gesetz, mit dem das Gesetz betreffend Lage, Beschaffenheit, Einrichtung und Betrieb von Veranstaltungsstätten (Wiener Veranstaltungsstättengesetz) geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 8/1998 vom 6. Februar 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend die Eignungsvoraussetzungen für die im Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienst tätigen Personen (Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienstprüfungsver-

ordnung) geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 12/1998 vom 6. März 1998
Gesetz, mit dem das Gebrauchsabgabegesetz 1966 geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 13/1998 vom 6. März 1998
Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien, betreffend eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinfeuerungen.
LGBl. für Wien Nr. 14/1998 vom 10. März 1998
Gesetz, mit dem das Wiener Buschenschankgesetz geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 16/1998 vom 10. März 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der nähere Vorschriften für Kleinkinderspielplätze, Kinderspielplätze und Kinderspielräume erlassen werden (Spielplatzverordnung), geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 27/1998 vom 27. Mai 1998
Gesetz, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 30/1998 vom 23. Juni 1998
Kundmachung der Wiener Landesregierung betreffend die Feststellung der Gesetzwidrigkeit des Beschlusses der Wiener Bezirksvertretung für den 12. Bezirk vom 27. März 1992, Zl. BV 12-A/21/332/92 (Plandokument 6375), durch den Verfassungsgerichtshof.
LGBl. für Wien Nr. 36/1998 vom 24. Juli 1998
Gesetz, mit dem das Wiener Kleingartengesetz 1996 geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 40/1998 vom 31. Juli 1998
Gesetz, mit dem das Wiener Kinogesetz 1955 geändert wird (Kinogesetznovelle 1997).
LGBl. für Wien Nr. 45/1998 vom 31. August 1998
Gesetz, mit dem das Wiener Naturschutzgesetz erlassen und das Wiener Umweltschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr.25/1993 in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 36/1996, das Wiener Baumschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr.27/1974 in der Fassung LGBl. für Wien Nr.54/1996, sowie das Wiener Nationalparkgesetz, LGBl. für Wien Nr.37/1996, geändert werden.
LGBl. für Wien Nr. 46/1998 vom 3. September 1998
Bauordnung für Wien; Änderung
LGBl. für Wien Nr. 47/1998 vom 7. September 1998
Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die Sperrstunde und die Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden (Sperrzeitenverordnung 1998).
LGBl. für Wien Nr. 48/1998 vom 29. September 1998
Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 50/1998 vom 2. Oktober 1998
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend die Eignungsvoraussetzungen für die im Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienst tätigen Personen (Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienstprüfungsverordnung) geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 61/1998 vom 29. Dezember 1998
Gesetz, mit dem einzelne Bestimmungen der Bauordnung für Wien und des Wiener Kleingartengesetzes 1996 neuerlich beschlossen und kundgemacht werden und die Bauordnung für Wien geändert wird.

Baupolizei

Die Haupttätigkeitsbereiche der Abteilung waren, wie in den vergangenen Jahren, das Bearbeiten von Baubewilligungsansuchen, die Überwachung von Bauführungen, die Erteilung von Benützungsbewilligungen bzw. die Bearbeitung von Fertigstellungsanzeigen sowie die Erteilung von Bauaufträgen.

In der gesamten Abteilung betrug die Anzahl der einlangenden Dienststücke 107.878. Dem stehen 113.194 erledigte Akte gegenüber.

Im Vermessungsdezernat der Abteilung sind im Jahre 1998 insgesamt 8.669 Dienststücke eingelaufen und 8.581 ausgelaufen. Vom wichtigsten Produkt, der Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen, wurden rund 4.600 Anträge bearbeitet.

Das Gehsteigreferat hat seine Tätigkeit durch Erteilen von Aufträgen, Mahnungen und Fristerstreckungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige weitergeführt.

Das Sonderreferat hat zwecks baubehördlicher Sanierung in 37 Anlagen rund 2.742 Objekte überprüft und die Eigentümer nicht bewilligter Baulichkeiten aufgefordert, um nachträgliche Bewilligung anzusuchen.

Weiters wurden Baubewilligungen für die Funkanlagen des zweiten und dritten GSM - Telefonnetzes bearbeitet. Zentral wurden für den gesamten Wiener Raum Plakatwände auf Privatgrund aus baubehördlicher Sicht geprüft,

wobei festzustellen war, dass durch die Liberalisierung der Bauordnung (§ 62a BO) ein gewisser Wildwuchs entstanden ist, weshalb verstärkt ein Einschreiten der Baubehörde notwendig wurde. Daneben erfolgte eine schwerpunktmäßige Unterstützung von Außenstellen der Abteilung.

Zur Erleichterung der Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung wurde ins Internet unter „Wien online" ein Wegweiser gestellt, welcher InteressentInnen Informationen über Dienststellen, Gesetze, erforderliche Unterlagen, usw. gibt. Weiters besteht die Möglichkeit, Formulare für Bauansuchen, Baubeginns- und Fertigstellungsanzeigen u.a. auszudrucken.

Als weiteres Kundenservice wurde ein Info-Telefon eingerichtet, über welches BürgerInnen Informationen betreffend die rechtliche Sanierung von Bauten langen Bestandes erhalten.

Weiters werden nunmehr in allen Bezirken, im Zusammenwirken mit MitarbeiterInnen der MA 36, des Arbeitsinspektorates und der Magistratischen Bezirksämter, Sprechstunden für Betriebsanlagengenehmigungswerber angeboten.

In den 16 Außenstellen wurden im abgelaufenen Jahr rund 12.200 Baubewilligungen und etwa 1.700 Benützungsbewilligungen erteilt. Folgende hervorzuhebenden Bauvorhaben bzw. -führungen, welche in der Abteilung als Behörde zu bearbeiten waren, werden angeführt:

Im 1. Bezirk wurde der Um- und Zubau des Kaufhauses Steffl, in der Kärntner Straße 19, mit nunmehr insgesamt 12.560 m² Verkaufsfläche fertig gestellt. Mit dem Umbau und der Sanierung des Palais Kinsky, 1, Freyung 4, wurde begonnen.

In 2, Obere Augartenstraße 18, wurde die Baubewilligung für eine Wohnhausanlage mit 416 Wohnungen und 418 Kfz-Stellplätzen erteilt.

Im 3. Bezirk wurde der Wohnpark Erdberg mit 440 Wohnungen, 14 Lokalen, 17 Büroeinheiten, einer Volkshochschule, einem Kindertagesheim und einer Garage mit 531 Kfz-Stellplätzen fertig gestellt.

Mit der Errichtung des Büro- und Wohnhauses in 5, Siebenbrunnenfeldgasse 20, 66 Wohnungen und 72 Kfz-Stellplätze enthaltend, wurde begonnen.

In der Gumpendorfer Straße 19, im 6. Bezirk, wurde die Baubewilligung für ein Büro- und Geschäftshaus mit 4.300 m² Bürofläche, 1.380 m² Geschäftsfläche, 1.800 m² Werkstätte und 147 Kfz-Stellplätzen erteilt.

Im 7. Bezirk, in der Lindengasse 31 - 33, wurde mit der Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses, 60 Wohnungen, 160 m² Geschäftsfläche und 146 Kfz-Stellplätze enthaltend, begonnen.

Für ein Wohnhaus in der Neudeggergasse 20, im 8. Bezirk, mit 38 Wohnungen und 38 Kfz-Stellplätzen wurde die Baubewilligung erteilt und mit dem Bau bereits begonnen.

Das Wohn- und Geschäftshaus in der Hahngasse 11, im 9. Bezirk, mit 63 Wohnungen, einem Geschäftslokal und 59 Kfz-Stellplätzen wurde fertig gestellt.

Im 10. Bezirk, in der Kundratstraße 4 - 6, wurde ein multifunktionelles Hochhaus mit 21 Geschoßen und einer viergeschossigen Tiefgarage mit 308 Kfz-Stellplätzen baubehördlich bewilligt.

In der Dreherstraße, im 11. Bezirk, wurde die Baubewilligung für ein Betriebsgebäude der Firma Sacher erteilt.

Im 12. Bezirk, in der Oswaldgasse 27, wurde die Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus (243 Wohnungen, 1 Geschäftslokal, 249 Kfz-Stellplätze) erteilt.

Für ein Geschäfts- und Bürohaus mit Kinocenter (15 Geschäfte und Büroeinheiten, 8 Kinosäle, 101 Kfz-Stellplätze) im 14. Bezirk, Albert-Schweitzer-Gasse 4A, wurde die Baubewilligung erteilt.

Die Wohnhausanlage, in der Giselhergasse 1 - 5, im 15. Bezirk, 198 Wohnungen, 1 Ordination und 184 Kfz-Stellplätze enthaltend, wurde fertig gestellt.

Im 16. Bezirk wurde das Wohnhaus in 16, Hasnerstraße 124 A, 112 Wohnungen, 1 Ordination, 1 Kindertagesheim, 114 Kfz-Stellplätze enthaltend, fertig gestellt.

In der Heigerleinstraße 53, im 17. Bezirk, wurde die Baubewilligung für eine Wohnhausanlage (76 Wohnungen, 76 Kfz-Stellplätze) erteilt und mit dem Bau begonnen.

Für ein Wohnhaus (49 Wohnungen, 49 Kfz-Stellplätze), im 18. Bezirk, Gentzgasse 150, wurde die Baubewilligung erteilt.

Im 19. Bezirk, Geweygasse 4A, wurde die Baubewilligung für ein Wohnhaus mit 90 Wohnungen erteilt und mit dem Bau begonnen.

In der Dresdner Straße, im 20. Bezirk, wurden Baubewilligungen für 2 Geschäfts- und Bürohäuser (Dresdner Straße 81 - 85: 28 Betriebseinheiten, 233 Kfz-Stellplätze; und Dresdner Straße 108: 28 Betriebseinheiten, 80 Kfz-Stellplätze) erteilt.

Im 21. Bezirk, in der Nordmanngasse 25 und 27, wurde mit der Errichtung der „Autofreien Mustersiedlung" (insgesamt 252 Wohnungen, 24 Kfz-Stellplätze) begonnen.

Im 22. Bezirk, in der Hirschstettner Straße, wurde ein Betriebsgebäude (rund 6.000 m²) für die Firma Porsche baubehördlich bewilligt und mit dem Bau begonnen.

Im Bereich des Stadterweiterungsgebietes 23/02-Zentrum U6 (Perfektastraße/Dernjacgasse) wurden Baubewilligungen für 5 Wohnhausanlagen mit insgesamt 297 Wohnungen, 1.450 m² Geschäftsfläche, sowie 352 Kfz-Stellplätzen erteilt.

Das Jahr 1998 war durch das Inkrafttreten mehrerer Bauordnungsnovellen geprägt:

- Gesetz, mit dem das Wiener Kleingartengesetz 1996 geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 36/1998, vom 24. Juli 1998): Es wurden Erleichterungen hinsichtlich der einzuhaltenden Abstände bei weniger als 10 m breiten Kleingärten festgesetzt. Hinsichtlich der nachträglichen Bewilligung von Gebäuden, die vor dem 1. März 1991 bereits bestanden haben, werden weitere Erleichterungen geschaffen.

- Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 46/1998, vom 3. September 1998): Durch diese Novelle wurden unter anderem neue Bestimmungen über die Vorlage statischer Berechnungen und zwei grundlegend neue Paragraphen betreffend die nachträgliche Bewilligung bestehender Bauten eingeführt:

- § 71a „Bewilligung für Bauten langen Bestandes"
- § 71b „Sonderbaubewilligung"

- Gesetz, mit dem einzelne Bestimmungen der Bauordnung für Wien und das Wiener Kleingartengesetz 1996 neuerlich beschlossen und kundgemacht wurden und die Bauordnung für Wien geändert wurde (LGBl. für Wien Nr. 61/1998, vom 29. Dezember 1998). Diese Novelle war aus formalen Gründen auf Grund der Novelle des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG) erforderlich.

Technische Grundstücksangelegenheiten

Die magistratsweite Organisationsanalyse war im Jahre 1998 einer der wesentlichen Schwerpunkte der Tätigkeit in der Abteilung. Die betreffende Abteilung wurde durch die Fa. Coopers & Lybrand Management Consulting im Hinblick auf eine höhere Effizienz und Effektivität untersucht. Der Abschlussbericht der untersuchenden Firma wurde im September 1998 in einem 88-seitigen Papier dokumentiert. Seitens der Abteilung wurde eine Gegenäußerung mit 27 Seiten vorgelegt.

Das Dezernat Liegenschaftsbewertung gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Anzahl der erledigten Akten: Mit insgesamt 2.043 Erledigungen ist das Gesamtaufkommen etwa gleich wie im Vorjahr geblieben, wobei allerdings z.T. Verlagerungen der einzelnen Aufgaben erfolgt sind. Nach wie vor entfällt der größte Teil der Tätigkeit auf die Erstellung von Gutachten für Grundtransaktionen und Bauplatzschaffungen (737 Stück), für die MA 64 (75 Stück) und den Krankenanstaltenverbund (68 Stück). Gegenüber dem Vorjahr sind in diesen Bereichen ein deutlicher Zuwachs an Akten zu verzeichnen. Mit 434 Begutachtungen von Grunderwerben durch Ausländer ist dieser Sektor etwa konstant geblieben. Die Anzahl von Bereitstellungen grundtechnischer Unterlagen - einschließlich 253 Begutachtungen von Pachtansuchen - an verschiedenste Dienststellen ist mit 617 Stück ebenfalls deutlich angestiegen. Die Anzahl der Ermittlungen fiktiver Neubauwerte durch das Dezernat Liegenschaftsbewertung betrug 1998 nur mehr 112 Stück, weitere derartige Berechnungen wurden aus Gründen der effizienteren Bearbeitung durch das Dezernat Miet- und Nutzwertberechnungen erledigt.

Der Anstieg in der Anzahl der Transaktionen ist auf den Beginn der Flächenbeschaffung für die Verlängerungen von U1 und U2 im Nordosten Wiens zurückzuführen (91 Erledigungen im Jahr 1998).

Bei einem anderen Tätigkeitsbereich wurde in jüngster Zeit relatives Neuland betreten:

Die MA 17 hat die Verwertung von Liegenschaften, die aus unterschiedlichen Gründen nicht im Eigentum der Stadt Wien bzw. in der Verwaltung der MA 17 bleiben sollen, eingeleitet, wobei sich neue grundtechnische, bewertungstechnische und rechtliche Probleme zeigen, die gemeinsam von MA 17, MA 64 und MA 40 - Dezernat Liegenschaftsbewertung zu lösen sind. Bisher konnte das Wohn- und Geschäftshaus in 3, Rasumovskygasse 2, veräußert werden. Weitere Objekte sind in Angriff genommen.

Die Dateien, die im Dezernat Liegenschaftsbewertung geführt werden (Grundreserve, Baulückenkataster, Kaufpreissammlung) bestehen wie zuvor in der ursprünglichen Form. Die geplante Anbindung an das grafische Informationssystem wurde seitens der MA 14-ADV im Zusammenhang mit der Schaffung einer zeitgemäßen Software für die Grundstücksdatenbank der Stadt Wien bereits in Angriff genommen.

Die Gesamtanzahl der im Vorjahr für die Kaufpreissammlung ausgewerteten Kaufverträge (1.746 Stück gegenüber rund 1.900 im Jahr 1997) zeigt eine leichte Stagnation am Liegenschaftsmarkt an, ebenso wie die Tatsache, dass keine nennenswerte Preisentwicklung feststellbar war.

Das Dezernat Zentrale Liegenschaftsevidenz (ZLE) hat im Jahre 1998 - und zwar das Schriftoperat - anhand von 847 Akten bei den städtischen Liegenschaften Änderungen automationsunterstützt durchgeführt und das Grundeigentum der Stadt Wien nach dem Grundbuchs- bzw. Katasterstand evident gehalten. 550 Gemeinderatsbeschlüsse wurden als Basis für die grundbücherlichen Durchführungen bearbeitet.

Wie bereits bekannt, verfügt die Abteilung über einen direkten Anschluss an die Grundstücksdatenbank des Bundes und kann daher Grundbuchsabschriften bzw. Auszüge aus dem Grundstücksverzeichnis abrufen. Von dieser Möglichkeit wurde in 33.875 Fällen Gebrauch gemacht und dafür vom Bundesministerium für Finanzen - Bundesrechenzentrum GmbH. ein Betrag von S 508.125,– in Rechnung gestellt. Die Bedeckung erfolgte durch die MA 14 - ADV.

Weiters hat das Schriftoperat bei der Koordinierung von Daten zwischen den Aufzeichnungen der Grundbücher,

der Vermessungsämter und den Daten der Stadt Wien mitgewirkt, Korrekturen von Benützungsarten (z.B. Weingarten) bzw. Benützungsabschnitten bei der digitalen Katastralmappe des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen angeregt sowie Anträge auf Grundstücksvereinigungen zwecks Verwaltungsvereinfachung gestellt.

Die gleichfalls dem Schriftoperat übertragene Aufgabe, ein Wiener Rebflächenverzeichnis zu führen, wurde mit großem Arbeitseinsatz erfüllt und die erfassten Daten aufgrund der laufenden Mitteilungen der Weinbautreibenden sowie Erhebungen vor Ort evident gehalten, wobei laut Wiener Weinbaugesetz auch die historischen Daten des Rebflächenverzeichnisses 8 Jahre lang aufbewahrt werden müssen.

Im Planoperat der ZLE wurden im Jahre 1998 insgesamt 1.364 Akte bearbeitet und das städtische Grundeigentum in und außer Wien einschließlich der Stiftungen auf den analogen Mappenblättern und Stadtkarten evident gehalten. Weitere 77 Akte betreffen die Evidenthaltung des Grundeigentums für die beiden Fonds (WWFF und WBSF).

Erfreulicherweise hat die Abteilung im Laufe des Jahres 1998 auch die restlichen Katastralgemeinden (KG) von Wien als digitale Katastralmappe erhalten, sodass nunmehr für den gesamten Bereich von Wien (89 KG) der digitale Kataster zur Verfügung steht. Gleichzeitig mussten vom Planoperat für die Grundflächen der Stadt Wien 442 Veränderungen des Katasters infolge grundbücherlich durchgeführter Teilungen vorgenommen werden.

Die Darstellung der Verwaltungszuständigkeit städtischer Grundflächen mit Unterstützung der grafischen Datenverarbeitung (GIS) konnte für weitere 14 KG zu einem Abschluss gebracht werden, sodass bereits 75 KG im GIS abrufbar sind. Mit einer Gesamterfassung aller 89 KG von Wien ist daher im Laufe des Jahres 1999 zu rechnen.

An Ausplottungen wurden im Programm ARC-INFO 1.366 Mappenblätter M. 1:1000 und 27 Mappenblätter M. 1:2000 sowie 4.688 Planausschnitte erstellt. Im Programm ARC-VIEW waren es 46 Mappenblätter M. 1:1000 und 67 Mappenblätter M. 1:2000 sowie 1.083 Planausschnitte. Bezogen auf die gesamte Abteilung wurden 1.597 bzw. 105 Mappenblätter M. 1:1000 bzw. M. 1:2000 sowie 13.697 Planausschnitte ausgeplottet. Auch hat das Planoperat Schwarzpausen im Ausmaß von 430 m und Mutterpausen im Ausmaß von 20 m bei einer Rollenbreite von 65 cm angefertigt. Zusätzlich wurden auf den beiden vorhandenen Kopiergeräten der Marke Agfa rund 132.000 Kopien gemacht.

Für die Evidenthaltung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden auf der Basis der Stadtkarte M. 1:2000 insgesamt 56 Bearbeitungsgebiete der MA 21A, 21B und 21C gekennzeichnet, sowie 115 Anträge auf Widmungsänderungen und 95 genehmigte Plandokumente in die Stadtkarten eingearbeitet bzw. die Plandokumente archiviert.

Die Gruppe Datenkoordinierung der ZLE hat nunmehr auch sämtliche Grundflächen der Stadt Wien, welche in Verwaltung der MA 69 stehen und Baurechtsverträge abgeschlossen wurden, einer Vercodung zugeführt. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, die so genannten „wirtschaftlichen Einheiten" in Form von EDV-Ausdrucken abzurufen, wobei auch der Hinweis gegeben wird, ob es sich um ein Einzelbaurecht, ein genossenschaftliches Baurecht oder ein gewerbliches Baurecht handelt. Insgesamt bestehen derzeit 1.725 Baurechte (925 Einzelbaurechte, 698 genossenschaftliche und 102 gewerbliche Baurechte).

Weiters hat die Gruppe Datenkoordinierung jene 14 KG im Bereich Wien, die vom Planoperat im Hinblick auf Verwaltungszuständigkeit städtischer Grundflächen in die GIS-Station eingegeben wurden, vorher nochmals perlustriert und dabei insbesondere die Verwaltungsabgrenzungen jener 982 Grundstücke, die von mehr als einer Dienststelle verwaltet werden, überprüft und im Anlassfall berichtigt. Darüber hinausgehend lagen insgesamt 463 Anlassfälle vor, wo die Verwaltungszuständigkeit neu aufgeteilt werden musste.

Zwecks Herstellung der Grundbuchsordnung für diverse wirtschaftliche Einheiten wurden 79 Lage- bzw. Teilungspläne im Wege der MA 41 in Auftrag gegeben, sowie 79 Grundstücksvereinigungen bzw. 7 Ab- und Zuschreibungen von Grundbuchseinlagen angeregt. An Einheitswertbescheiden bzw. Erklärungen der Finanzämter - Bewertungsstellen sind 489 Stück überprüft und den grundverwaltenden Dienststellen - unter Beischluss einer Grundstücksauflistung mit Flächenausmaßen als EDV-Ausdruck übermittelt worden.

Insgesamt 1.138 Dienststücke der Gruppe Datenkoordinierung betreffen Einladungen zu den Koordinationsgesprächen, Büroverhandlungen in der Abteilung und extern, Ortsverhandlungen sowie Anfragen diverser Dienststellen nach dem jeweiligen Liegenschaftseigentümer bzw. Grundverwalter bei Grundflächen der Stadt Wien.

Die Vermessungsgruppe der ZLE hat 184 Pachtansuchen bzw. Umschreibungen behandelt und die dafür erforderlichen Flächenaufstellungen samt Planunterlagen erstellt. In 212 Anlassfällen wurde die Vermessungsgruppe auch für Verwaltungsklärungen, Nutzungsfeststellungen und Verhandlungen im Zusammenhang mit Einmessungen von wirtschaftlichen Einheiten herangezogen. Die planliche Erfassung und Archivierung von Neuzugängen an Teilungs- und Lageplänen umfassten 432 Pläne.

108 Teilungspläne aus dem Archiv der Vermessungsgruppe, deren grundbücherliche Durchführungen noch ausständig sind, mussten zwecks Änderungen durch den jeweiligen Ingenieurkonsulenten wieder im Wege der MA 41 rückgesendet sowie 54 Teilungspläne, da im Archiv der Abteilung noch nicht vorhanden, bei der MA 41 schriftlich angefordert werden.

Das Dezernat Miet- und Nutzwertberechnung fasste im Jahr 1998 bezüglich miet- und wohnungseigentumsrechtlichen Anfragen (ohne Vermessung von Nutzflächen) 2.274 Stellungnahmen ab, wobei sich im jährlichen Durchschnitt eine Bearbeitungsleistung von 244 erledigten Akten pro Mitarbeiter ergibt. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 1997 eine Effizienzsteigerung von rund 7 Prozent (1997: 228 Akten pro Mitarbeiter).

Der Schwerpunkt lag dabei, wie im Vorjahr bei den mietrechtlichen Stellungnahmen (Schätzung des angemesse-

nen Hauptmietzinses nach § 16 Abs. 1 Mietrechtsgesetz, Feststellung der Wohnungskategorie gemäß § 15a Mietrechtsgesetz, Ermittlung des Richtwertzinses gemäß §16 Abs. 2 Mietrechtsgesetz, Ermittlung des Untermietzinses gemäß § 26 Mietrechtsgesetz) und ergab einen Anteil von rund 95 Prozent der abgegebenen Stellungnahmen.

Dem Anfragenzuwachs bezüglich der Richtwertbekanntgabe um rund 200 Akte (von 320 auf 517 Akte, Zuwachs: 62 %) stand eine Abnahme der Anfragen zur Schätzung des angemessenen Hauptmietzinses um rund 321 Akte (von 1.655 auf 1.334 Akte, Abnahme: -19 %) gegenüber. In den wohnungseigentumsrechtlichen Angelegenheiten waren die Anfragen wie in den beiden letzten Jahren leicht rückläufig.

Als neues Aufgabengebiet wurde vom Dezernat Miet- und Nutzwertberechnung seit Juni 1998 die Berechnung der fiktiven Neubaukosten für Gebäude (die überwiegend Wohnzwecken dienen und dem Mietrechtsgesetz unterliegen; § 21 Abs. 1, Zi. 4 MRG) nach den „Besonderen Bedingungen für Versicherungszwecke" übernommen.

Die Anzahl der Anfragen lag zwischen 1. Juni und 31. Dezember bei 126 Akten.

Die Vermessungstätigkeit des Dezernates war 1998 von einer deutlichen Leistungssteigerung geprägt: die Anzahl der vermessenen Mietobjekte stieg von 12.838 (1997) auf 14.182 (Zuwachs rund 10 %), die vermessene Gesamtnutzfläche erhöhte sich von 859.179 m² (1997) auf 1,080.135 m² (Zuwachs rund 26 %).

Die im Jahr 1997 begonnenen Arbeiten zur Erstellung einer automationsunterstützten Mietpreissammlung auf Basis einer Access - Datenbank sind nunmehr so weit fortgeschritten, dass diese bereits seit Mitte des Jahres 1998 bei allen Mietzinsreferenten in Verwendung ist. Somit steht dem Dezernat eine umfassende Auskunfts- und statistische Auswertemöglichkeit „auf Knopfdruck" zur Verfügung.

Die grafische Präsentation der gesammelten Mietpreisdaten wurde überarbeitet und um Pläne, welche die Preisbasen der angemessenen Büronettomieten in allen Wiener Gemeindebezirken darstellen, wesentlich erweitert. Ebenso wurden die schon 1997 erarbeiteten Planwerke auf aktuellen Stand gebracht. Eine periodische Aktualisierung ist weiterhin vorgesehen.

Im Jahr 1998 wurde die Sammlung von mietzinsrelevanten Entscheidungen sowohl der MA 16 - Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten als auch der Bezirksgerichte begonnen und mittels EDV verarbeitet. Damit wird die oben erwähnte Mietpreissammlung um ein wichtiges Informationsinstrument ergänzt.

Um den Mitarbeitern bei der Bearbeitung von mietrechtlich relevanten Akten eine aktuelle Unterstützung bieten zu können, wurde die Durchforstung (mittels des Behördeninternets) und Sammlung aller für das Dezernat wesentlichen OGH - Entscheidungen in Angriff genommen. Diese Arbeiten werden bis Mitte des Jahres 1999 abgeschlossen sein.

Weiterhin wirkt ein Mitarbeiter des Dezernates bei der Überarbeitung der ÖNORM B 1800 in der Arbeitsgruppe 011.01 - Umbauter Raum des Fachnormenausschusses 011 - Hochbau - Allgemeines mit.

Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen

Nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien ist die Abteilung schwerpunktsmäßig für die Bereiche Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung, Wohnbeihilfe, Wahrnehmung des Vorschlagsrechtes der Stadt Wien gegenüber Wohnungsunternehmen für geförderte Wohnungen, Bewilligung von Eigenmittelersatzdarlehen und Aufsicht über die Gemeinnützigen Bauvereinigungen zuständig.

Nach der Geschäftseinteilung obliegt der Abteilung auch die Aufsicht über das „Neue Wohnungsberatungszentrum", welches der wohnungssuchenden Bevölkerung einen Überblick über den öffentlich geförderten Wohnungsmarkt bieten soll. Personell besetzt wird das in 1, Rathausstraße 2, geführte Wohnungsberatungszentrum durch den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, in dessen Organ „Kuratorium" die Abteilung mit beratender Stimme vertreten ist.

Zur Minimierung des Bau- und Förderungsaufwandes (und somit in der Folge der Mietaufwandsbelastung) wird bei größeren Grundstücksflächen seit rund 3 Jahren ein für gemeinnützige und nicht gemeinnützige Bauträger gleichermaßen offenes Wettbewerbsverfahren durchgeführt (so genannter Bauträgerwettbewerb). Dieser Weg wird über den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, der schon bisher zur Umsetzung der städtischen Grundstückspolitik eingesetzt war, beschritten. Baureife Grundstücke werden im Wege der Auslobung gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Bauträgern unter gleichen Wettbewerbsverhältnissen angeboten. Das Ziel ist es, durch diese Konkurrenzsituation eine Optimierung zwischen Kosteneinsparung und Qualitätssicherung zu erreichen. Die im Bauträgerwettbewerb siegreichen Projekte werden dann für eine Förderung empfohlen. In dem Beurteilungsgremium ist auch die Abteilung vertreten.

Bevor ein zur Förderung vorgesehenes Neu- oder Sanierungsprojekt der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt wird, muss auch eine positive Begutachtung durch den Wohnbauförderungsbeirat für das Land Wien erfolgen. Die Abteilung übt für dieses Gremium die Funktion eines Schriftführers aus.

Wohnbauförderung

A) Erweiterung der gesetzlichen Grundlage (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz WWFSG 1989; Änderung der zugehörigen Durchführungsverordnungen: Während des Berichtsjahres wurden sowohl das WWFSG 1989 selbst wie auch geltende Durchführungsverordnungen veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

1) Gesetz, mit dem das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 20/1998:

a) Eigenmittelersatzdarlehen:
Vergabeumfang, die Überprüfung der Förderungswürdigkeit und der Modus der Rückzahlung bei Eigenmittelersatzdarlehen wurden mehreren Änderungen unterworfen:
Einerseits wurde, erstmals seit Schaffung des WWFSG 1989, auch der Bereich der Eigentumswohnungen - sofern eine entsprechende, den Mietwohnungen gleichgehaltene (durch das Einkommen definierte) Bedürftigkeit gegeben ist - für dieses ergänzende Förderungsinstrumentarium geöffnet. Das Eigenmittelersatzdarlehen, ein Instrument der Subjektförderung, war bereits einmal, nämlich während der Geltungsdauer der Wohnbauförderungsgesetze 1968 und 1984 (Phase der Bundesgesetzgebungskompetenz) für Wohnungseigentümer ansprechbar.
Gleichzeitig hat der Gesetzgeber erstmals die Eigenmittelersatzdarlehens-Gewährung mit der Verpflichtung gekoppelt, die Bezugsbedürftigkeit (Förderungswürdigkeit) nicht nur ein einziges Mal (bisher: Zeitpunkt der Vergabe), sondern periodisch wiederholt (alle 5 Jahre) überprüfen zu lassen. Ist die - durch ein geringes Einkommen definierte - Bedürftigkeit nicht länger gegeben, ist das Eigenmittelersatzdarlehen zurückzuzahlen. Dies gilt für Miet- und Eigentumswohnungen gleichermaßen. Unbeschadet der bei den Varianten der Objektförderungen in unterschiedlicher Höhe festgelegten Einkommenshöchstgrenzen sind die (ohnehin viel restriktiver definierten) Einkommensgrenzen für die additiv eingesetzten Eigenmittelersatzdarlehen bei Miet- als auch bei Eigentumswohnungen völlig ident (Verordnung über die Gewährung von Eigenmittelersatzdarlehen, LGBl. für Wien Nr. 22/1998).
Außerdem hat der Gesetzgeber nunmehr festgelegt, dass das Eigenmittelersatzdarlehen jedenfalls dann zur Gänze fällig wird, wenn die „Haupt"-Förderung (Förderungsdarlehen, Baukostenzuschuss oder nichtrückzahlbarer Beitrag) zurückgezahlt worden ist. Nicht fällig wird das Eigenmittelersatzdarlehen nur im Falle der (begünstigten) Rückzahlung von Förderungsdarlehen bei Mietgegenständen durch den Vermieter.

b) Liberalisierung der Bestimmung über die zwingend vorgeschriebene Beiratsbegutachtung
Bei Ansuchen zu Förderungsobjekten, die nach Fertigstellung dem eigenen Wohnbedarf des Errichters dienen, also solchen, bei denen Förderungswerber und begünstigte Person identisch sind (Eigenheime, KLG-Wohnhäuser, sowie (einzelne) Dachbodenwohnungen für den Eigenbedarf), entfällt die Notwendigkeit der Begutachtung durch den Wohnbauförderungsbeirat für Wien.

c) Vermeidung von Härten bei der Verpflichtung zur Vorwohnungsaufgabe:
Eigentums- oder Mietrechte solcher Wohnungen, die aufgrund ihrer Entfernung zur Wiener Arbeitsstätte des Förderungswerbers (bzw. der begünstigten Person) auf Dauer gesehen ungeeignet sind, zur Befriedigung des dringenden Wohnbedürfnisses regelmäßig verwendet zu werden, müssen nicht mehr aufgegeben werden. Ausgenommen hievon sind allerdings solche Vorwohnungen, die ihrerseits bereits (durch Wohnbauförderungsmittel eines anderen Bundeslandes oder der Republik Österreich) gefördert sind.

d) Anpassung der Förderungsbestimmungen an die Novelle der Bauordnung für Wien:
Überall dort, wo die novellierte Wiener Bauordnung Verfahrensvereinfachungen ermöglicht (z.B. alternative Genehmigungsverfahren bei der Erteilung von Bau- oder Benützungsbewilligungen bzw. deren Äquivalente), wurde diesen auch in den Wohnbauförderungsbestimmungen (insbesondere bei der Festlegung der Einreich- bzw. der Endabrechnungsunterlagen) begleitend Rechnung getragen.

e) Übertragung ins Eigentum:
Die Möglichkeit der nachträglichen Übertragung geförderter Mietwohnungen ins Eigentum ist nunmehr erstmals auch für gemäß § 15 WWFSG 1989 geförderte Mietwohnungen eröffnet worden, sofern - vor Änderung der Rechtsform - diese Bestandseinheit eine wenigstens 10-jährige Verwendung als Mietwohnung erfahren hat.

f) Adaptierung der Definition des Einkommensbegriffes im WWFSG 1989:
Abzugsfähig sind nun nicht nur Einkommenssteuer und Alimentationszahlungen, sondern erstmals auch der Bezug der Pflege- und der Blindenzulage (Pflege- oder Blindengeld, Pflege- oder Blindenhilfe).

2) Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen, Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 37/1998.

a) Förderung gemäß § 2b (sog. „Superförderung"):
Für die Errichtung von Mietwohnungen kann, sofern noch keine Bestätigung der Endabrechnung durch das Amt der Wiener Landesregierung erfolgt ist, neben der Förderung nach § 2 Abs. 1 oder § 2a der Durchführungsverordnung (also neben der „Hauptförderung" durch Baukostenzuschüsse) ein nicht verzinstes Förderungsdarlehen des Landes in der Höhe von S 2.000,– je Quadratmeter Nutzfläche gewährt werden, wenn der Förderungswerber (der Errichter und Vermieter der Anlage) von den Mietern lediglich den Eigenmittelanteil an den Baukosten (sog. Baukostenbeitrag) sofort begehrt.

b) Möglichkeit der Stundung der Rückzahlung des „§ 2b-Darlehens":
Grundsätzlich gilt zwar, dass dieses Förderungsdarlehen ab der Vermietung der Wohnungen mit S 10,– je Nutzwert und Monat in halbjährlichen Pauschalraten zurückzuzahlen ist, jedoch besteht die Möglichkeit, dass der monatliche Rückzahlungsbetrag so lange gestundet wird, solange (parallel zu den Bestimmungen der „Eigenmittelersatzdarlehens-Verordnung", LGBl. für Wien 22/1998) ein Eigenmittelersatzdarlehen im Ausmaß von 12,5 Prozent der förderbaren Gesamtbaukosten gewährt wird. Wird ein Eigenmittelersatzdarlehen im Ausmaß von „nur" 7,5 Prozent der förderbaren Gesamtbaukosten gewährt (Antragsteller bliebe diesfalls also im Rahmen „mittlerer" Eigenmittelersatzdarlehens-Einkommensgrenzen), wird der monatliche Rückzahlungsbetrag mit S 5,– je Nutzwert festgesetzt (in diesem Fall würde also immerhin die Hälfte des monatlichen Rückzahlungsbetrages gestundet).

c) Sonstige Änderungen:
Die übrigen Änderungen betreffen - sieht man von den bereits bei der Behandlung der WWFSG-Novelle angesprochenen (durch die Bauordnungsnovelle notwendig gewordenen) terminologischen Adaptierungen ab - die Rahmenbedingungen, denen solche Kapitalmarktdarlehen genügen müssen, die die Ausfinanzierung geförderter Mehrwohnungshäuser (ausgenommen: § 15-Förderung) ergänzend komplettieren:
Zum einen wurde festgelegt, dass zur Ermittlung des höchstzulässigen Kapitalmarktdarlehenszinssatzes ein anderer statistischer Basiswert herangezogen wird, der, nach bisherigen Erfahrungswerten, in der Regel auch eine etwas niedriger anzusetzende (höchstzulässige) Darlehensverzinsung gewährleisten wird. (Diese Regelung wird auch für Kleingartenwohnhäuser wirksam.) Zum anderen werden im Bereich solcher Kapitalmarktdarlehen, die zur Ausfinanzierung von (nach § 14 geförderten) Mehrwohnungshäuser dienen, erstmals zwei verschiedene „Tilgungsschienen" angeboten: Jene, bei der seitens des Kapitalmarktdarlehensgebers (Kreditinstitut, Versicherungsunternehmen) eine geringere Anfangsannuität eingeräumt wird, sieht als Äquivalent hiefür höhere jährliche Steigerungsraten vor. Die komplementäre Variante beinhaltet weniger steile Steigerungsstufen, verlangt dafür aber gleichzeitig eine höhere Einstiegsannuität.

B) Förderungsvolumina:

1) Beiratsgenehmigungen:
Im Berichtsjahr 1998 hat der Wohnbauförderungsbeirat für Wien viermal im Wege von Rundläufen insgesamt 4.535 Wohnungen, 44 Geschäftslokale (bzw. Kindertagesheime) und 1.510 Heimräume (bzw. Heimplätze) positiv begutachtet.

2) Erstzusicherungen:
a) Baukostenzuschüsse, nichtrückzahlbare Beiträge und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen:
Im gleichen Zeitraum wurden von der Landesregierung für die Errichtung von insgesamt 6.801 Wohnungen und Heimwohnungen (ohne Berücksichtigung jener weiteren 13 Wohnungen, die im Rahmen von Nachförderungen (siehe unten) zusätzlich geschaffen wurden), 83 Geschäftslokalen bzw. Kindertagesheimen und Einrichtungen kommunaler Infrastruktur - Nachförderungen nicht eingerechnet - Baukostenzuschüsse (gemäß § 14(3) WWFSG 1989) mit einer Summe von 2.069,62 Millionen Schilling, nichtrückzahlbare Beiträge (gemäß § 15 WWFSG 1989) im Gesamtbetrag von 432,77 Millionen Schilling, sowie Annuitätenzuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen in der Höhe von 71,07 Millionen Schilling (exklusive der Annuitätenzuschüsse bei Dachgeschoßausbauten bei gleichzeitiger (Sockel)sanierung) genehmigt.

b) Landesdarlehen gemäß § 2b Durchführungsverordnung („Superförderung"):
Im Rahmen der im Berichtsjahr erstmals möglichen Förderung gemäß § 2b der Durchführungsverordnung wurden, in Ergänzung der „Haupt"förderung (= Förderung durch Baukostenzuschüsse), zinsenlose

Darlehen des Landes Wien in der Höhe von 854,9 Millionen Schilling zugesichert (und größtenteils auch bereits zugezählt).

3) Nachförderungen:

a) Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1998 für Nachförderungsmaßnahmen im Rahmen des WWFSG 1989 zur Abdeckung von Mehrkosten - entstanden durch zusätzliche Erschwernisse und/oder Flächenerweiterungen - Baukostenzuschüsse im Betrag von 49,98 Millionen Schilling, nichtrückzahlbare Beiträge in der Höhe von 1,25 Millionen Schilling, sowie Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen von in Summe 74,55 Millionen Schilling zugesichert. Wie unter Pkt. 2) bereits vorweggenommen, wurden im Rahmen dieser Nachtragsförderungen weitere 13 Wohneinheiten geschaffen.

b) Für nachträglich notwendig gewordene Förderungsmaßnahmen gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1984 genehmigte die Wiener Landesregierung Annuitätenzuschüsse zu hypothekarisch sichergestellten Darlehen im Betrag von 1,46 Millionen Schilling.

4) Eigenmittelersatzdarlehen:

Zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung (Ausfinanzierung des Eigenmittelanteils an den Gesamtbaukosten) wurden im Berichtsjahr 1998 2.806 Eigenmittelersatzdarlehen mit einem Gesamtvolumen von S 272,918.417,– zugesichert. Hievon entfielen 666 zugezählte Darlehen (Darlehenssumme: S 78,252.979,–) auf Gemeindewohnungen; 2.089 weitere dienten der Ausfinanzierung von Mietwohnungen oder Wohnungen in Nutzung, die durch gemeinnützige Bauträger oder andere juristische Personen errichtet wurden (Darlehenssumme diesfalls: S 189,013.438,–). Zur Unterstützung der Eigenmittelaufbringung bei Eigentumswohnungen wurden 51 Eigenmittelersatzdarlehen gewährt, diesen entspricht ein Betrag von S 5,652.000,–.

C) Zur Auszahlung gelangten im Berichtsjahr:

1. Darlehen gemäß	
a) Wohnbauförderungsgesetz 1968	
b) Wohnbauförderungsgesetz 1984	
c) WWFSG 1989	
in Summe davon Förderung gemäß § 2b DVO	722,212.050,– S
(sog. „Superförderung")	689,673.400,– S
2. Laufende Transferzahlungen an den Bund	–,– S
3. Eigenmittelersatzdarlehen	279,560.593,– S
4. Wohnbeihilfen	386,091.750,– S
5. Annuitätenzuschüsse gemäß	
a) § 15a Wohnbauförderungsgesetz 1968	
b) Wohnbauförderungsgesetz 1984	
c) § 14 (2) WWFSG 1989	
in Summe	787,447.824,– S
6. Diverse Kapitaltransferzahlungen (Verlorene (Einmal-)Zuschüsse: nichtrückzahlbare Baukostenzuschüsse gemäß § 14 (3) WWFSG 1989 sowie nicht rückzahlbare Beiträge gemäß § 15 WWFSG 1989)	4.242,482.756,– S
7. Hypothekardarlehen des Landes Wien gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 18. September 1990 Pr.Zl. 2640/90	–,– S
8. Sonstige Ausgaben (Bürgschaften, Bauaufsichtsorganhonorare, Wohnbauforschung usw.)	110,583.384,– S

D) Revisionen, Aufkündigungen und Fälligstellungen:

Im Zuge der Revisionstätigkeit wurden im Kalenderjahr 1998 aufgrund von Anzeigen oder im Zuge routinemäßiger Überprüfungen (insbesondere im Rahmen der Administrierung von Anträgen auf Gewährung der begünstigten Rückzahlung) 130 Wohnungen bzw. Eigenheime überprüft. Bei 84 Objekten (28 davon im Rahmen von Vor-Ort-Revisionen durch das Revisionsorgan) wurden Beanstandungen festgestellt und führten diese, sofern Verstöße gegen Wohnbauförderungsgesetze und -richtlinien konstatiert wurden, zu Fälligstellungen oder Aufkündigungen der anteiligen Wohnbauförderungsdarlehen bzw. zur Einstellung - gegebenenfalls auch zur Rückforderung - von Annuitätenzuschussleistungen. (So wie in den vergangenen Jahren waren auch im Berichtsjahr 1998 hievon hauptsächlich Förderungsmittel, die gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968 vergeben worden sind, betroffen.)

E) Begünstigte Rückzahlung:

Im Berichtszeitraum wurden 570 Anträge auf begünstigte Rückzahlung gestellt, von welchen - nach Prüfung der wohnbauförderungskonformen Verwendung der Wohnungen (im Sinne des § 74 Abs. 1 WWFSG 1989) - (bis zum Termin 31. Dezember 1998, sowie unter Hinzurechung des Antragsüberhangs aus dem Jahr 1997) 483 zur Rückzahlung vorgeschrieben (= zur Gebühr gestellt) werden konnten. Dieser Wohnungsanzahl entspricht, bereits unter Berücksichtigung (= nach Subtraktion) des gewährten Nachlasses, eine Summe von rund 340,9 Millionen Schilling zur Rückzahlung vorgeschriebener Wohnbauförderungsmittel (Summe nach Abzug der Stornos). Tatsächlich einbezahlt wurden im Vergleichszeitraum - unter Berücksichtigung des Vorschreibungsüberhangs aus dem Vorjahr - bis zum Stichtag des Rechnungsabschlusses 31. Dezember 1998 Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von rund 323,3 Millionen Schilling.

Hausseitige und wohnungsseitige Sanierungsmaßnahmen

I. gemäß dem II. Hauptstück des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 bzw. gemäß dem Wohnhaussanierungsgesetz - WSG 1984
Anmerkung zur rechtlichen Grundlage:
Im Sanierungsbereich sind durch das Inkrafttreten einer Änderung der Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (Sanierungsverordnung 1997), LGBl. für Wien Nr. 38/1998, Neuregelungen im Bereich der Förderungsleistungen für Aufzugseinbauten und der Wohnungseigentumsbegründung erfolgt. Für die Bauträger kann es im Einzelfall wirtschaftlich sinnvoll sein, die durch Dachbodenausbau, Aufstockung oder Zubau neu geschaffenen Wohnungen sowie sanierte frei gewordene Wohnungen zum Teil im Wohnungseigentum vergeben zu können. Es ist daher das bisherige Verbot der Wohnungseigentumsbegründung gestrichen worden. Die Zustimmung des Landes Wien zur Veräußerung (und somit zur Wohnungseigentumsbegründung) ist allerdings von der teilweisen Rückzahlung von Förderungsmitteln abhängig. Die Rückzahlungsbeträge werden in der so genannten Pauschalierungsverordnung geregelt, welche ebenfalls abgeändert wurde (und zwar durch die Verordnung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Höhe des zu leistenden Pauschalbetrages bei Begründung von Wohnungseigentum an geförderten Mietwohnungen geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 39/1998).

Das WWFSG 1989 samt Durchführungsverordnung sieht einerseits:
A) die Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Gebäuden einschließlich die Standardanhebung von Wohnungen sowie die Förderung von Erhaltungsarbeiten, andererseits
B) eine Förderung von Sanierungsmaßnahmen innerhalb von Wohnungen vor.

ad A) Wohnhaussanierung
Im Rahmen der Förderung von hausseitigen Sanierungsmaßnahmen (Förderung von Erhaltungsarbeiten, Förderung von Sockelsanierung an und in Gebäuden einschließlich Standardanhebungen von Wohnungen, Förderung von Dachbodenausbauten und Zubauten von vollständigen Wohnungen, Förderung von Totalsanierungen, Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern) wurden im Jahre 1998 insgesamt 247 Anträge auf Förderungsgewährung beim Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds eingebracht.
Es wurden Förderungsmittel für 331 private Bauvorhaben (einschließlich Nachträge) mit förderbaren Gesamtsanierungskosten in der Höhe von S 1.691,151.100,– sowie 40 Bauvorhaben der Gemeinde Wien (einschließlich Nachträge und Bauraten) mit förderbaren Gesamtsanierungskosten von S 1.297,458.169,– zugesichert.
Bei diesen insgesamt 371 Bauvorhaben mit einem förderbaren Gesamtsanierungsvolumen von S 2.988,609.269,– erfolgte eine Annuitätenzuschussleistung im ersten Förderungsjahr gemäß Wohnhaussanierungsgesetz 1984 in Höhe von S 3,643.906,– sowie gemäß dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989 in Höhe von S 111,549.465,– und eine Einmalzuschussleistung in Höhe von S 46,039.056,– im ersten Jahr.

Statistik der Anträge nach dem

Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989, II. Hauptstück	
117	private Anträge betreffend Sockelsanierungen (teilweise einschließlich Dachgeschoß, Blockförderung)
1	privater Antrag bei Behindertenmaßnahmen
37	private Anträge betreffend Aufzüge
149	private Anträge betreffend Erhaltungsarbeiten
20	Anträge der Stadt Wien betreffend Sockelsanierungen (teilweise einschließlich Dachgeschoß, Blockförderung)
13	Anträge der Stadt Wien betreffend Aufzüge
2	Anträge der Stadt Wien betreffend Erhaltungsarbeiten
339	Fälle.

Statistik der Anträge nach dem

Wohnhaussanierungsgesetz - WSG 1984	
27	private Anträge betreffend Sockelsanierungen
5	Anträge der Stadt Wien betreffend Sockelsanierungen
32	Fälle.

das sind insgesamt

27	private Förderungsfälle gemäß WSG 1984
304	private Förderungsfälle gemäß WWFSG 1989
5	Förderungsvorhaben der Stadt Wien gemäß WSG 1984
35	Förderungsvorhaben der Stadt Wien gemäß WWFSG 1989
371	Gesamtsumme aller Förderungsfälle

Von den Sanierungsmaßnahmen sind insgesamt rund 7.000 Wohnungen erfasst.
Die Höhe der Bauaufsichtsorganhonorare beträgt rund S 62,760.344,–.

Ad B) Wohnungsverbesserungen
Im Berichtsjahr 1998 wurden 4.416 Einreichungen beim Amt der Wiener Landesregierung eingebracht. Unter Berücksichtigung der aus dem Kalenderjahr 1997 unerledigt übernommenen Anträge wurden insgesamt 3.950 Zusicherungen mit förderbaren Baukosten von S 302,152.000,– erteilt.
Davon 2.913 Fälle mit einem Darlehensvolumen von S 220,731.000,– bei zehnjähriger Kreditlaufzeit
(918 Mieter mit S 95,562.000,–
90 private Eigentümer mit S 17,319.000,–
1.905 Anträge der städtischen Wohnhäuserverwaltung mit S 107,850.000,–),
sowie 366 Fälle mit einem Darlehensvolumen von S 47,871.000,– bei fünfjähriger Kreditlaufzeit
(301 Mieter mit S 36,589.000,–,
65 private Eigentümer mit S 11,282.000,–).

An Annuitätenzuschüssen über die gesamte Laufzeit wurden S 121.051.810,— vorbehaltlich der Endabrechnung der Förderungsanträge gebunden. Ferner wurden für 671 Wohnungen nichtrückzahlbare Beiträge im Ausmaß von rund S 10,065.000,– zu förderbaren Baukosten von S 33,550.000,– zugesichert.
Von der Förderung waren 3.982 Wohnungen unmittelbar betroffen.
Für nachstehende Sanierungsmaßnahmen (Einzelanlagen) wurden Annuitätenzuschüsse zugesichert:

3.006	Fernwärmeanschlüsse
848	Heizungen
303	Bäder und Badeeinrichtungen
191	WC-Anlagen (Neueinbau und Umgestaltung)
124	Schall- und Wärmeschutzmaßnahmen (überwiegend Fenster)
305	Wasserinstallationen
765	Gasinstallationen
21	Behindertenmaßnahmen

Wohnbeihilfe

Wohnbeihilfen (Zuschüsse zu laufenden Wohnkosten) gibt es für jene Personen, die Hauptmieter, Eigentümer oder Nutzungsberechtigte einer unter Zuhilfenahme von öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung sind. Die Bewilligung ist von der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und einer angemessenen Nutzfläche abhängig.
Die Gruppe Wohnbeihilfe besteht aus einer Hauptstelle in 19, Muthgasse 62, und drei Außenstellen in 12, Am Schöpfwerk 31, 21, Am Spitz 1 und 22, Donaustadtstraße 1.
Durch die Dezentralisierung wird vor allem auf die Bedürfnisse des Einzelnen, insbesondere seines Arbeitsplatzes Rücksicht genommen, es wird den Parteien die Möglichkeit geboten, Einreichungen unabhängig vom Wohnort vorzunehmen.
Im Berichtszeitraum wurden 81.532 bescheidmäßige Erledigungen (Zuerkennungen, Änderungen, Ablehnungen, Einstellungen, Überprüfungen ohne Änderung der Wohnbeihilfenhöhe) durchgeführt.

Die angeführten
81.532 Erledigungen setzen sich wie folgt zusammen:
28.973 Zuerkennungsbescheide (5.866 Erstanträge und 23.107 Verlängerungsanträge);
1.709 Ablehnungsbescheide (hauptsächliche Ablehnungsgründe sind: Zu hohes Familieneinkommen, keine

Förderung nach den im WWFSG 1989 angeführten Förderungsarten);

2.312 Einstellungsbescheide (hauptsächliche Einstellungsgründe: Zu hohes Familieneinkommen, Beendigung der Mietrechte durch Tod oder Aufgabe der Wohnung, vorzeitige Rückzahlung der geförderten Darlehen);

846 Überprüfungen ohne Änderung der Wohnbeihilfenhöhe;

47.692 Änderungen, davon sind 17.647 Änderungen direkt von der Automatischen Datenverarbeitung infolge Grundzinsänderungen bei Gemeindebauten durchgeführt worden.

Die 4 Informationsstellen für Wohnbeihilfe (3 Außenstellen sowie die Zentrale in 19, Muthgasse 62), in denen die Anträge entgegengenommen und bearbeitet werden, wurden im Berichtsjahr von 55.305 (Gemeinde) Mietern, Nutzungsberechtigten oder Eigentümern von geförderten bzw. verbesserten oder sanierten Wohnungen besucht.

Telefonische Auskünfte wurden im selben Zeitraum an mehr als 36.000 Personen erteilt.

Der Gruppe Wohnbeihilfe obliegt außerdem noch die Bearbeitung von Stundungen und Ratenzahlungen der Baukostenbeiträge nach dem Wiener Wohnbaufonds und Wiener Wohnbauförderungszuschussfonds. Von den im Referat per 1. Jänner 1998 noch anhängigen 927 Stundungsakten wurden 86 einer Neubemessung bzw. Überprüfung unterzogen; 84 Akten konnten wegen Bezahlung des Baukostenbeitrages bzw. Beendigung des Mietverhältnisses skartiert werden, sodass per 31. Dezember 1998 noch 863 Stundungsakten vorhanden sind.

Evidenz-Vergabe-Information

Wahrnehmung des Vorschlagrechtes der Stadt Wien gegenüber Wohnungsunternehmen für geförderte Wohnungen: Im Berichtsjahr gelangten im Neubaubereich 1.805 geförderte Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen, zum Teil nach Medienaktionen, im Wege der Abteilung zur Vergabe. Des weiteren wurden 557 zur Wiedervermietung vorgesehene Wohnungen, also 29 Prozent mehr als 1997, von der Abteilung angeboten. Aus diesem Kontingent wurden auch Spekulationsopfer versorgt. 189 mit öffentlichen Mitteln sanierte Wohnungen gelangten im Berichtsjahr zur Vergabe. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 14,5 Prozent

Eigenmittelersatzdarlehen

Seit dem Frühjahr 1998 ist auch die Gewährung eines Eigenmittelersatzdarlehens für eine geförderte Eigentumswohnung möglich. Um die soziale Treffsicherheit zu gewährleisten, sollen nunmehr alle fünf Jahre die Förderungsvoraussetzungen für die Eigenmittelersatzdarlehensgewährung überprüft werden.

Im Jahr 1998 wurden insgesamt 2.879 Eigenmittelersatzdarlehens-Anträge im Gesamtausmaß von 280,872.128 Millionen Schilling bewilligt. Auf geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen entfielen 214,088 Millionen Schilling, auf Gemeindewohnungen 59,293 Millionen Schilling, auf Eigentumswohnungen 7,211 Millionen Schilling und auf sanierte Wohnungen 0,279 Millionen Schilling.

Elektronische Informationsmedien

Im Frühjahr konnte die komplette Umstellung der Geräte auf Internet-Basis abgeschlossen werden. Dadurch war es aber auch notwendig geworden, eine leistungsfähigere Erfassungsmöglichkeit für die Daten zu schaffen. Aus diesem Grund wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 14 - ADV eine neue Datenbank für ELWIS erarbeitet. Somit ist es möglich, noch schneller und effizienter auf die Wünsche der Bauträger zu reagieren. Durch die rasche Aktualisierung der Daten (manchmal auch mehrmals täglich) ist eine aktuelle Information über den geförderten Wohnbau in Wien gewährleistet. Die Akzeptanz zeigt sich im Anstieg der Anmeldungen und Abfragen.

Es wurden rund 3,316.000 Abfragen (Seitenaufrufe) im ganzen Jahr 1998 auf ELWIS im Internet auf den Informationskiosken getätigt.

So langten rund 3.950 Wohnungsanmeldungen (+ 132 %) gegenüber dem Vorjahr per E-mail ein und rund 280 Anfragen (+ 12 %) zum Thema Wohnen wurden über E-mail beantwortet.

Die Aktualisierung der Vormerkscheinreihung wurde 1998 im Zuge der Updates 77-mal vorgenommen.

Rund 750 Bilder (+ 87 %) wurden verwaltet, umgestaltet (teilweise von der MA 14 - ADV angefordert und dann umgestaltet) und teilweise neu gescannt.

Es erfolgten rund 1.500 Datenbank-Änderungen (+ 30 % nach vorherigen Recherchen bzw. Erhalt und Aufarbeitung der Informationen zu den jeweiligen Änderungen).

Aufsicht über die Gemeinnützigen Bauvereinigungen

Im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen - Revisionsverband wurden die gemeinnützigen Bauvereinigungen dazu angehalten, die Jahresabschlüsse und Lageberichte gemäß § 27 WGG innerhalb der gesetzlichen Frist ha. zur Kenntnis zu bringen.

In der im Jahre 1983 installierten EDV-Anlage zur Unterstützung der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit sind sämtliche gemeinnützige Bauvereinigungen betreffende Daten erfasst. Dadurch ist eine hohe Effektivität im aufsichtsbehördlichen Verfahren gegeben.

Ferner ergehen Aufforderungsschreiben an diejenigen gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Änderungen in der Geschäftsführung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat nicht umgehend zur Kenntnis bringen. Dies gilt auch für Verständigungen betreffend die Anberaumung einer General-, Gesellschafter- oder Hauptversammlung.

Weiters wurde die Evidenzhaltung im Bezug auf die Prüfungsberichte (Zeitabschnitt von der Prüfungsankündigung durch den Revisionsverband bis zur ausreichenden Stellungnahme durch die gemeinnützige Bauvereinigung) nach erfolgtem Erfahrungsaustausch mit dem Revisionsverband intensiviert.

Auch in diesem Jahr wurde die wirtschaftliche Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen, vor allem im Hinblick auf die Bautätigkeit, verstärkt beobachtet.

Die mit 1. Jänner 1985 wirksam gewordene Novelle zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sieht vor, dass jedermann in einen Auszug des Prüfberichtes gemeinnütziger Bauvereinigungen Einsicht nehmen kann. 1998 wurde zahlreich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Im Jahre 1998 konnten in Erfüllung der Anbotsverpflichtung der Wohnbauförderungszusicherungen 1.805 Wohnungen (1997: 1.783) sowie in Erfüllung der Anbotsverpflichtung der Wohnhaussanierungszusicherungen 137 Wohnungen (1997:147) somit insgesamt 1.942 Wohnungen der E.V.I. (Evidenz - Vergabe - Information) zur Vermittlung zur Verfügung gestellt werden. Dazu konnten noch 557 zur Wiedervermietung gelangte geförderte Wohnungen der Gruppe Evidenz-Vergabe-Information zur Vergabe zur Verfügung gestellt werden (1997 waren es 432 Wohnungen).

Auch im Jahre 1998 war die Aufsichtsbehörde bei zahlreichen Generalversammlungen der Bauvereinigungen und bei Schlussbesprechnungen des Revisionsverbandes vertreten.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die Abteilung hat im Jahre 1998 die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlussfassung zugeleitet:

Das vom Wiener Landtag am 27. Juni 1996 beschlossene Reformpaket zur Bauordnung für Wien (BO) bedurfte im Jahre 1998 bezüglich eines wesentlichen Elementes der Verfahrensnovelle, LGBl. für Wien Nr. 42/1996, - im Hinblick auf die vom Bund mit § 82 Abs. 7 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG, in der Fassung BGBl. I Nr. 158/1998) geplante Verfahrensrechtsvereinheitlichung, die den Ländern eine Beibehaltung von Abweichungen nur bis 31. Dezember 1998 offen hielt - zur Aufrechterhaltung des vereinfachten Baubewilligungsverfahrens (§ 70a BO) und § 8 Wiener Kleingartengesetz eines neuerlichen Beschlusses des Wiener Landtages, der am 21. Oktober 1998 herbeigeführt werden konnte, sodass die neuerliche Kundmachung der vereinfachten Wiener Bauverfahrensvorschriften noch am 29. Dezember 1998 im LGBl. für Wien Nr. 61/1998 möglich wurde.

Gleichartige Verfahrenserleichterungen sind in den vorbereiteten Entwürfen von Novellen zum Wiener Aufzugsgesetz, zum Wiener Ölfeuerungsgesetz und zum Wiener Garagengesetz vorgesehen. Zur Vermeidung von Härtefällen wurde in einer Novelle zum Wiener Garagengesetz die Berechnung der Pflichtstellplatzanzahl bei Umbauten mit Widmungsänderungen derart festgelegt, dass die Vornutzung des Altbestandes angerechnet wird; die Kundmachung folgte im nächsten Jahr im LGBl. für Wien Nr. 10/1999.

Die in Ergänzung zur Bauordnungsreform von der Landesregierung im Vorjahr im Sinne der Verfahrensvereinfachung beschlossene Änderung der Spielplatzverordnung wurde im LGBl. für Wien Nr. 16/1998 verlautbart.

Zufolge der vom Stadtsenat im Vorjahr auf Grund der Übergangsbestimmung des § 23 Abs. 7 des Wiener Kleingartengesetzes, LGBl. für Wien Nr. 57/1996, beschlossenen Verordnung, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 26A vom 26. Juni 1997, mit der in den Bezirken 2, 3 und 10 bis 23 Gebiete bestimmt wurden, deren Flächenwidmung zu überprüfen waren, hatten gemäß § 23 Abs. 8 dieses Gesetzes in allenfalls sanierbaren, bisher nicht gewidmeten Kleingartensiedlungen auch im Jahre 1998 Abtragungsaufträge und Vollstreckungen zu unterbleiben. In zwei Novellen wurde einerseits die Aufschließung und die bauliche Ausnützbarkeit von Kleingärten erleichtert, LGBl. für Wien Nr. 36/1998, und andererseits Wärmeschutzanforderungen für Kleingartenwohnhäuser für ganzjähriges Wohnen im Interesse der Energieeinsparung festgelegt, kundgemacht im Folgejahr im LGBl. für Wien Nr. 12/1999.

Auf Grundlage des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes - ElWOG, BGBl. I Nr. 143/1998, das als Bundesgrundsatzgesetz die Länderausführungsgesetze zur Umsetzung der EU-Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie 96/92/EG auf das System eines geregelten Marktzuganges für industrielle Großabnehmer unter Berücksichtigung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kupplung im Kraftwerksbereich der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ausrichtete, war der Entwurf eines Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetzes zu erstellen und dem Begutachtungsverfahren zuzuführen. Der für ein Inkrafttreten am 19. Februar 1999 erforderliche Beschluss des Landtages kam erst 1999 zustande.

Im Rahmen der Europäischen Integration waren zahlreiche Stellungnahmen zu neuen Richtlinienentwürfen der Europäischen Kommission vorzubereiten, zu einer Vielzahl von Entwürfen technischer Vorschriften der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Informationsaustauschverfahrens Prüfungen vorzunehmen.

Aufgrund der vom Landtag im Vorjahr am 12. Dezember 1997 genehmigten Änderung der von den Ländern abgeschlossenen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinfeuerungen, LGBl. für Wien Nr. 34/1995, folgte die Kundmachung im LGBl. für Wien Nr. 13/1998; diese Vereinbarung zielt darauf ab,

für neu in Verkehr zu bringende Öfen eine Baumusterprüfung mit bestimmten höchstzulässigen Emissionsgrenzwerten einzuführen.

Durch eine Ergänzung der Magistratskundmachung betreffend Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrs- und Erholungsflächen, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 44/1973, wurden die Voraussetzungen für den Aufbau einer digitalen Dokumentation aller Einbauten geschaffen, die künftig einen raschen Zugriff auf die vorhandenen und laufend zu ergänzenden Daten digitaler Lage- und Höhenwerte ermöglichen. Mit dem Einblick in den zentralen digitalen Leitungskataster für alle Einbautendienststellen wird es diesen erleichtert, bei Aufgrabungsarbeiten Störungen oder Beschädigungen bestehender Leitungen bzw. Kabel zu vermeiden. Die Kundmachung dieser Magistratsverordnung erfolgte im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 50/1998.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war im Begutachtungsverfahren in über 100 Fällen Stellung zu nehmen, u.a. auch zu einer Bundesstraßengesetznovelle und zu einer mehrmals modifizierten Berggesetznovelle, aus der letztlich das Mineralrohstoffgesetz, BGBl. I Nr. 36/1999, hervorging.

In den Assanierungsgebieten des 2. und 16. Bezirkes wurden über 300 Genehmigungsverfahren über Kaufverträge und sonstige Rechtsgeschäfte über den Liegenschaftserwerb behandelt, aber auch zahlreiche Feststellungsanträge über einzelne Objekte. Im Zusammenhang mit Zwischenberichten an die Landesregierung wurde die Aufhebung von vier Assanierungsgebieten im 3., 16. und 17. Bezirk durch Verordnung der Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 32 bis 34 und 51/1998, herbeigeführt.

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiele sind die Baubewilligungen temporäre Pressequartiere anlässlich der ersten Präsidentschaft Österreichs in der Europäischen Union im 2. Halbjahr 1998 in 1, Hofburg (Bibliothekshof, Hof der Sommerreitschule und am Heldenplatz), für weitere Etappen zur Generalsanierung der Albertina in 1, Augustinerstraße, den Neubau eines „Regenwaldhauses" im Tiergarten Schönbrunn in 13, weiters Benützungsbewilligungen für den 1. Bauabschnitt der Ausgestaltung des Kunsthistorischen Museums in 1, Burgring 5, und den Neubau einer allgemein bildenden höheren Schule des Bundes in 10, Laaer Berg-Straße 25 - 29 zu nennen. Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien und der Burghauptmannschaft Wien für nahezu 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen durchzuführen, darüber hinaus für das von der Post (Post und Telekom Austria AG) gestartete Modernisierungsprogramm für über 120 Postämter in Wien Baubewilligungen einschließlich Gebrauchserlaubnissen zu erteilen.

Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in über 1.700 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchsgerichte über solche Grundabteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Mehrleistungsentschädigungen für seinerzeitige unentgeltliche Straßengrundabtretungen nach einer Verschmälerung oder einem Abrücken der Verkehrsflächen waren in über 100 Fällen zu bemessen.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Landeshauptmann waren Eisenbahnbauvorhaben von der Abteilung zu behandeln. Für die Verlängerung der U-Bahnlinie U3 von „Johnstraße" bis zur Endstelle „Ottakring" einschließlich der Adaptierung der ÖBB-Schnellbahnstation der S 45 konnte die Betriebsbewilligung erteilt werden. Eisenbahnrechtliche Baugenehmigungen waren für die Fortsetzung der sukzessiven Nachrüstung von U-Bahnstationen mit Aufzügen für die U2 und U4 zu erteilen. Neben verschiedenen baulichen Änderungen in Straßenbahnremisen war auch für den mit einer Wohnüberbauung verbundenen Neubau des Betriebsbahnhofes Ottakring in 16, Maroltingergasse 47 - 53, eine eisenbahnrechtliche Betriebsbewilligung zu erteilen. Wie in den Vorjahren konnten für weitere Straßenbahnhaltestellen Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-light-Vitrinen") erteilt werden. Auch war ein Enteignungsverfahren für eine Servitutsbegründung im Verlängerungsbereich der U-Bahnlinie U3 in Richtung Simmering zu führen, wobei sich eine Verfügung infolge vertraglicher Einigung erübrigte.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen im 10., 11., 21. und 23. Bezirk und auch zur Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen im 11., 14. und 16. Bezirk durchgeführt. Grundeinlösungsanträge waren hingegen im 10., 19. und 23. Bezirk zu behandeln.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1998 mehr als 140 Anträge zu behandeln, dazu zählen auch vereinzelt notwendige Hubschrauberlandungen mit dem Absetzen von Montageteilen auf Turmspitzen und Hochhausdachplateaus. Weiters waren einige Luftfahrzeugvermietungsbewilligungen zu erteilen. Verwaltungsstrafsachen erster Instanz nach dem Luftfahrtgesetz waren in fünf Fällen wahrzunehmen.

Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke - Wienstrom waren starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Wiener Stadtwerke - Wiengas und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post- und Telekom Austria AG. Für eine weitere Windkraftanlage war die energierechtliche Genehmigung in 10, Am Johannisberg, zu erteilen, die den erzeugten elektrischen Strom in das öffentliche Netz einspeisen soll.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten anstelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind 1998 nur fünf neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren sind im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter und die in Wien bestehende Wohnungsnot mit besonderer Sorgfalt durchzuführen und bedürfen umfassender Erhebungen.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßen Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in mehr als 500 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen etwa 150 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Vollstreckungsverfügungen und Kostenersatzvorschreibungen, aber auch zu Aufträgen auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern.

Aufgrund des Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 13/1994, war eine Berufung wegen Ausnahme von der öffentlichen Müllabfuhr zu behandeln.

Rund 40 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufträge, weiters Feuerpolizeiangelegenheiten insbesondere wegen Heizverboten und Kostenersätze für mutwillig verursachte Feuerwehreinsätze. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Schließlich waren im Jahre 1998 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in 27 Fällen Gegenschriften zu verfassen und zu einzelnen Anträgen auf aufschiebende Wirkung dem jeweiligen Gerichtshof eine Stellungnahme vorzulegen.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung über 300 Einladungen zu Besprechungen übermittelt, denen Folge zu leisten war.

Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten

Im Rahmen des Aufgabenbereiches der Abteilung werden unabhängig von der abteilungsinternen Aufteilung für folgende Tätigkeitsbereiche gesonderte Berichte vorgelegt:

A: Grundtransaktion, B: Grundfreimachung und C: Liegenschaftsverwaltung.

A: Grundstücksangelegenheiten

Die Tätigkeit der Abteilung im Transaktionsbereich umfasst den Grundankauf und -verkauf, die Vertragsabschlüsse im Zuge von Baureifmachungen privater Liegenschaften, die Sicherstellung des U-Bahn-Baues durch den Abschluss von Kauf- und Servitutsverträgen sowie die Leistung von Entschädigungen. Weiters werden Baurechte, z.B. zur Errichtung von Tiefgaragen, Wohnheimen und anderen sozialen Einrichtungen, vergeben.

In der Zeit vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 wurden den beschlussfassenden Organen 161 Anträge für Transaktionen, einschließlich für Baurechtsbestellungen, zur Genehmigung vorgelegt und 78 Verträge gemäß § 105 der Wiener Stadtverfassung im Magistratsbereich genehmigt.

Im Voranschlag 1998 war für die gesamte Budgetpost unbebaute Grundstücke, wovon auch die Grundfreimachungen zu bedecken sind, ein Betrag von insgesamt S 293,621.000,– ausgewiesen. Im berichtsgegenständlichen Zeitraum ist eine Überschreitung in Höhe von S 18,225.000,– erforderlich gewesen.

A1: Grunderwerb

Im Berichtsjahr wurden insgesamt rund 379.233 m² erworben.

Die Schwerpunkte der Grunderwerbstätigkeit bildeten Transaktionen für Wohnbau, infrastrukturelle Einrichtungen (einschließlich U-Bahn), für Grün- und Verkehrsflächen. Ankäufe für künftigen Wohnbau erfolgten in der Größenordnung von rund 3.304 m². Für Grünflächen (Wald- und Wiesengürtel, Grünland, Parkflächen usw.) wurden Grundflächen im Ausmaß von rund 205.304 m² gekauft. Für Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Schulbauten, Spitäler und sonstige kommunale Einrichtungen, wurden Transaktionen über Grundflächen im Gesamtausmaß von rund 161.681 m² abgeschlossen. Darüber hinaus wurden 8.944 m² Straßengrundflächen angekauft. Als Beispiele für Ankäufe können folgende Transaktionen genannt werden:

Fläche:	KG/Adresse:	Preis/Wert:	Zweck:
5.068 m²	Kagran, 22, Prandaugasse	S 30,514.428,–	Schulbau, Ankauf von Parkflächen
7.940 m²	Erlaa, 23, In der Wiesen, Nord	S 38,239.040,–	Verkehrsflächen, Ankauf von Parkflächen
10.636 m²	Erlaa, 23, Perfektastraße	S 51,222.976,–	Ankauf von Parkflächen

U-Bahn-Transaktionen:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der U-Bahnlinie 3 wurden im Berichtszeitraum Verträge betreffend Grundstückskäufe, Servitutsbestellungen und Freimachungen zur Sicherung der Trassenführung abgeschlossen.

Dabei wurde für die U3-Ost S 78,300.000,–, für die U3-Stamm-strecke S 7,700.000,–, für den Ankauf von Grundflächen des Bahnhofes Hütteldorf S 23,267.000,– und für die Wendeanlage Heiligenstadt S 34,189.000,– aufgewendet.

Alle mit dem U-Bahn-Bau im Zusammenhang stehenden Ausgaben werden auf den entsprechenden Sachkreditkonten des U-Bahn-Baues im Rahmen des Budgets der Wiener Stadtwerke-Wiener Linien bedeckt und belasten somit nicht das Budget der Abteilung.

A2: Baurechtsvergabe

In den Bereich der Transaktionstätigkeit der Abteilung gehört auch die Bestellung und Auflösung sowie die Änderung von Baurechten. 1998 wurden vier Liegenschaften im Ausmaß von 22.712 m² im Baurecht vergeben. Es war dies ein Baurecht in 13, Rosenhügelstraße, zur Errichtung einer Sonderkrankenanstalt für neurologische und neuropsychologische Rehabilitation.

Weiters wurden Baurechte in 10, Kundratstraße (Kaiser-Franz-Josef-Spital), in 10, Migerkastraße, und in 8, Buchfeldgasse 7a, zur Errichtung von Garagen mit insgesamt 681 Stellplätzen, begründet.

Darüber hinaus wurden bestehende Baurechtsverträge flächenmäßig eingeschränkt bzw. erweitert, um die Baurechtsflächen den gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen anzupassen.

Für Wohn- und Siedlungszwecke wird im Gegensatz zu früheren Jahren an Stelle der Vergabe von Baurechten der Verkauf an die Gemeinnützigen Wohnbauträger angestrebt.

A3: Grundveräusserungen

A3.1. Sachwertdotationen

Im Wege von Sachwertdotationen wurden Flächen im Ausmaß von 44,808 m² mit einem Wert von S 78,997.500,– in das Eigentum des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds übertragen.

A3.2. Grundverkauf

Für die Schaffung von privatem Eigengrund wurden Grundflächen im Ausmaß von rund 36.909 m², für Verkehrsflächen rund 25.743 m², für Betriebsflächen etwa 11.084 m², für Wohnbau rund 5.352 m², für Baureifgestaltungen und Arrondierungen rund 37.378 m² und für Infrastruktur rund 82.056 m² verkauft.

Beispielsweise können folgende Transaktionen genannt werden:

Fläche:	KG/Adresse:	Erlös:	Zweck:
2.316 m²	Graz, Gries, Entenplatz 3	S 16,000.000,–	Adaptiertung als Stadtarchiv für die Stadt Graz
909 m²	8, Josefstadt, Laudongasse 5	S 10,000.000,–	Wohnbau-Sanierung eines denkmalgeschützten Hauses
5.220 m²	Inzersdorf Stadt	S 16,704.000,–	Baureifgestaltung 10, Triester Str. 91

Insgesamt ist zur Einnahmensituation folgendes festzuhalten:

Die für das Budget im Jahre 1998 wirksam gewordenen Einnahmen aus Grundverkauf und -tausch betragen rund S 589,622.953,–. Der veranschlagte Betrag von S 270,000.000,– wurde insoferne überschritten, als unerwartet viele Verkäufe von Kleingartenlosen (vgl. dazu den Wirtschaftsbericht zum Rechnungsabschluss 1998, Ansatz 7190) sowie unvorhersehbare Verkäufe für Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. ein Verwaltungsübereinkommen mit den Wiener Stadtwerken-Wiener Linien, betreffend die Baureifgestaltung der Zentralwerkstätte in Wien-Simmering sowie die Übertragung von Grundflächen in 16, Spetterbrücke, zur Erweiterung der Busgarage im Wert von S 31,539.687,–, wirksam geworden sind.

Zu A1 und A3: Bundestransaktionen

Im Bereich der Bundestransaktionen - diese umfassen Transaktionen mit der Republik Österreich, den Österreichischen Bundesbahnen, der Post- und Telegrafenverwaltung und sonstigen Bundesbetrieben bzw. -unternehmen - wurde 1998 neben dem Abschluss von Dienstbarkeitsverträgen mit der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. und der Bundesrechenzentrum GmbH. mit der Republik Österreich Baureifgestaltungsverträge abgeschlossen und an die Bundesstraßenverwaltung Grundflächen zum Ausbau von Bundesstraßen im Ausmaß von 25.434 m² in Wiener Neustadt und Wöllersdorf verkauft.

B: Grundfreimachungen

Das Referat für Grundfreimachungen besorgt entsprechend der Geschäftseinteilung der Stadt Wien Freimachungen städtischer Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten für die Durchführung aller Kommunalvorhaben des Hoch- und Tiefbaues, des U- Bahn-Baues, des Hochwasserschutzes und sonstiger Vorhaben der Stadt Wien. Ebenso werden von der Abteilung Grundfreimachungen als Vorbereitung für den geförderten Wohnbau durchgeführt. In manchen Fällen erfolgen Freimachungen im Namen und auf Rechnung stadtnaher Unternehmen.

Das Freimachungsreferat nimmt auch die Sachwertschätzung von Kulturen und Anlagen diverser Kleingartenflächen, die überwiegend für städtische Erfordernisse freizumachen sind, vor.

Bei beabsichtigtem Liegenschaftserwerb sind vom Freimachungsreferat die zu erwartenden Absiedlungskosten unter Bedachtnahme auf die jeweiligen Rechtsverhältnisse und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu schätzen. Die diesbezüglichen Ergebnisse werden in der Regel bei den jeweiligen Kaufpreisverhandlungen herangezogen.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum für 15 Freimachungsvereinbarungen Anträge auf Genehmigung gestellt, wofür Gesamtkosten von S 33,857.000,– zu verzeichnen waren. Von den gesamten Freimachungskosten sind für die allgemeinen Freimachungen S 5,046.000,– und für den Ausbau der U-Bahnlinie 3 S 28,810.000,– aufgewendet worden. Für die allgemeinen Freimachungen war die Haushaltsstelle 1/8400/001/001/004 und für die Freimachungen im Zuge des U-Bahn-Baues das Budget der Wiener Stadtwerke-Wiener Linien zu belasten. Bei vorstehenden Freimachungen war die Bereitstellung von insgesamt zwei Ersatzwohnungen und eines Ersatzlokales erforderlich.

C: Grundverwaltung

C1: Allgemeine Grundverwaltung

Die „Allgemeine Grundverwaltung" erstreckte sich per 31. Dezember 1997 auf 10,159.961 m²; per 31. Dezember 1998 waren es 9,814.409 m². Während des Jahres 1998 nahm die „Allgemeine Grundverwaltung" insgesamt 404.278 m² neu in Verwaltung und gab 749.830 m² ab.

Der Neuzugang stammt teils aus Grundankäufen, teils aus der Übernahme von Flächen, die bisher andere Dienststellen verwalteten; der Abgang resultiert teils aus Grundverkäufen und aus Dotierungen an den Wiener Bodenbereitstellungsfonds, teils aus der Realisierung der endgültigen Flächennutzung und damit der Ausscheidung aus der bisherigen, interimistischen Grundverwaltung der Abteilung.

Infolge der Umstrukturierung der MA 17 ist es mit Wirkung vom 1. Jänner 1998 auch zu einer Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrats gekommen. So ist nun die Abteilung auch für die Verwaltung einiger stadteigener Gebäude, darunter auch Mietwohnhäuser, zuständig.

Die Zahl der Mieter, Pächter und prekaristischen Benützer auf den in Nutzung gegebenen Flächen hat am 31. Dezember 1998 insgesamt 2.406 betragen, wobei im Jahre 1998 gemäß § 105 WStV 110 Bestandverträge und vom Gemeinderatsausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung 1 Bestandvertrag und 1 Prekarium genehmigt worden sind.

C2: Besondere Grundverwaltung

C 2.1. Baurechte

Die Baurechtsverwaltung erstreckte sich am 31. Dezember 1998 auf 1.805 Baurechte mit insgesamt 6,171.812 m². Während des Jahres 1998 nahm die „Baurechtsverwaltung" insgesamt 9.949 m² neu in Verwaltung und schied 1.160m² aus. Der Zugang stammt aus der Neubestellung von Baurechten auf städtischem Boden, der Abgang resultiert aus Grundverkauf.

Siedlungs- und Kleingartenwesen:

Die Kleingartenverwaltung erstreckte sich am 31. Dezember 1998 auf 6,800.711 m², die sich zusammensetzen aus 6,706.405 m² (einschließlich der zu Kleingartenanlagen gehörigen Wege und sonstigen Gemeinschaftsflächen), auf welchen sich 18.104 Kleingärten befinden, und 94.306 m², die zwar räumlich in Kleingartenanlagen integriert, aber wirtschaftlich nicht nutzbar sind (z.B. Gewässer, Böschungen, Wege, Brachflächen).

Im Zuge der Überprüfung der kleingärtnerisch genutzten Flächen wurden im Berichtszeitraum in 15 Fällen gemäß § 105 WStV dort, wo eine entsprechende Flächenwidmung dies erforderte, entsprechende Vertragsabänderungen vorgenommen; bzw. in zwei Fällen geschah dies in der Rechtsform der Bittleihe seitens des Gemeinderatsausschusses für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

Während des Berichtszeitraumes erfolgte im Rahmen der 1993 vom Wiener Gemeinderat grundsätzlich genehmigten Aktion der Verkauf von 372 Kleingärten mit 137.759 m² und S 131,345.775,–.

Der für das Kleingartenwesen vorhandene Darlehensrahmen von S 4,000.000,– wurde 1998 nicht in Anspruch genommen.

Seitens der Kleingartenkoordinierungsstelle wurde im Jahr 1998 die Evidenthaltung und Fortschreibung von Kleingartendaten fortgesetzt.

Aufgrund der fortschreitenden widmungsmäßigen Sanierung von Kleingartenanlagen sowie die nun angelaufene praktische Durchführung der Verkaufsaktion wurden Kleingartenverwaltung, Koordinierungsstelle und Geschäftsstelle des Kleingarten-Beirates in gesteigertem Maße als Informationsstelle durch politisch Verantwortliche, Kleingartenobleute, Kleingärtner und private Institutionen (z.B. Kreditinstitute) in Anspruch genommen.

Kontrollamt der Stadt Wien

In Erfüllung der ihm durch § 73 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien übertragenen Aufgaben hat das Kontrollamt auch im Geschäftsjahr 1998 eine intensive Prüftätigkeit in den Bereichen der Gebarungs- und Sicherheitskontrolle entfaltet.

In den Sitzungen des Kontrollausschusses vom 12. und 29. Oktober, 20. November, 16. Dezember 1998 sowie vom 22. Februar und 18. März 1999 wurden insgesamt 125 Geschäftsstücke behandelt, die im Einzelnen in dem im Juni 1998 dem Gemeinderat vorgelegten „Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1998" wiedergegeben sind.

Unabhängiger Verwaltungssenat

1. Rechtliche Grundlagen der Tätigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien

Mit der B-VG-Novelle 1988 (BGBl. Nr. 685/1988) wurden die unabhängigen Verwaltungssenate der Länder dem Verwaltungsgerichtshof in Wien „zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung" zur Seite gestellt. Die wesentlichen Kompetenzbereiche sind in Artikel 129a B-VG festgelegt, während Artikel 129b B-VG die Organisationsgrundsätze vorgibt und die Organisation im Übrigen den Ländern überträgt.

Dem Verfassungsauftrag hat das Land Wien mit dem Gesetz vom 26. Juni 1990 über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien, LGBl. für Wien Nr. 53/1990 (UVS-G), entsprochen und das Gesetz durch die Novellen vom 18. Februar 1994, LGBl. für Wien Nr. 10/1994, und vom 29. August 1994, LGBl. für Wien Nr. 41/1994, den in der Zwischenzeit aufgetretenen Erfahrungen der Praxis angepasst bzw. den im Jahre 1995 in Kraft getretenen AVG- und VStG-Novellen durch eine mit LGBl. für Wien Nr. 4/1996 vom 24. Jänner 1996 verlautbarte Gesetzesänderung Rechnung getragen.

Das Dienstrecht der Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungsenates Wien ist ebenfalls durch ein Landesgesetz geregelt (Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 i.d.F. LGBl. für Wien Nr. 35/1995).

2. Zuständigkeiten

Die unabhängigen Verwaltungssenate erkennen gemäß Art. 129a Abs. 1 B-VG nach Erschöpfung des administrativen Instanzenzuges, sofern ein solcher in Betracht kommt,

1. in Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen, ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes,
2. über Beschwerden von Personen, die behaupten, durch die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in ihren Rechten verletzt zu sein, ausgenommen in Finanzstrafsachen des Bundes,
3. in sonstigen Angelegenheiten, die ihnen durch die die einzelnen Gebiete der Verwaltung regelnden Bundes- oder Landesgesetze zugewiesen werden,
4. über Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht in Angelegenheiten der Z. 1, soweit es sich um Privatanklagesachen oder um das landesgesetzliche Abgabenstrafrecht handelt.

Im Gegensatz zu den vergangenen Berichtsjahren hat der Bundesgesetzgeber im Jahr 1998 von der in Art. 129a Abs. 1 Z 3 B-VG eingeräumten Möglichkeit, den unabhängigen Verwaltungssenaten die Entscheidung in „sonstigen Angelegenheiten" zu übertragen, keinen Gebrauch gemacht.

3. Entwicklung des Arbeitsanfalles

Im Jahr 1998 wurden beim Unabhängigen Verwaltungssenat Wien insgesamt 11.474 Geschäftsfälle judizieller Art anhängig. Dies stellt einen Rückgang von etwa 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr dar und entspricht in etwa der Arbeitsbelastung des Jahres 1995.

Auf die einzelnen Rechtsmaterien bezogen, ergibt sich für 1998 folgende Verteilung:

Arbeitnehmerschutz	82 Verfahren
Arbeitszeitrecht	51 Verfahren
Ausländerbeschäftigungsrecht	801 Verfahren
Baurecht	345 Verfahren
Gewerberecht	947 Verfahren
Landesgesetzliches Abgabenstrafrecht	436 Verfahren
Lebensmittelrecht	407 Verfahren
Maßnahmenbeschwerden und Beschwerdeverfahren nach dem Sicherheitspolizeigesetz	159 Verfahren
Polizeistrafrecht	4.393 Verfahren
Ruhender Verkehr und Parkometersachen	2.773 Verfahren
Schubhaftbeschwerden	121 Verfahren
Sonstige Rechtsmaterien (Mixta)	959 Verfahren

4. Art der Erledigungen

1998 wurden von den insgesamt 12.140 Erledigungen 11.912 judizielle Geschäftsfälle bescheidmäßig erledigt (die Differenz ergibt sich aus Zurückziehungen der Berufungen oder Beschwerden, Abtretungen wegen Unzuständigkeit usw.), die sich wieder in 240 Beschwerdeverfahren und 11.672 Berufungsverfahren aufgliedern lassen. Von den 11.672 Berufungsverfahren (100 %) waren 1.676 Zurückweisungen (14,4 %), z.B. wegen Verspätung, Begründungs-

mängel oder fehlender Parteistellung. Von den restlichen 9.996 erledigten Berufungen blieb in 4.471 Fällen (38,3 %) der Berufung ein Erfolg zur Gänze versagt, und somit war der angefochtene Bescheid zu bestätigen. In insgesamt 3.006 Fällen (25,7 %) wurde der Berufung vollinhaltlich stattgegeben. In 2.519 Fällen (21,6 %) war der Berufung teilweise Erfolg beschieden (Teileinstellung, Strafherabsetzung usw.).

5. Beschwerden an die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts

1998 wurden 279 Bescheide des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien vor den Gerichtshöfen öffentlichen Rechts in Beschwerde gezogen; das sind knapp 2 Prozent gegenüber der Gesamtzahl der Erledigungen.

Beim Verfassungsgerichtshof wurden 31 Verfahren anhängig gemacht; beim Verwaltungsgerichtshof waren es 248 Verfahren.

6. Volksanwaltschaft

1998 waren lediglich drei Anfragen der Volksanwaltschaft zu beantworten.

Kinder- und Jugendanwaltschaft

Die organisatorische Situation der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien hat sich im Jahr 1998 kaum verändert.

Organisatorisches

Durch Unterstützung von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska war es uns möglich, nun einen kompletten Zugriff auf die APA - Datenbanken zu erhalten. Ein entsprechender finanzieller Zuschuss wurde uns zur Verfügung gestellt. Nach wie vor ist der dringende Bedarf nach einer ersten Verwaltungsarbeitskraft gegeben.

Inhaltliches

Wie in den vergangenen Jahren hat auch im Jahr 1998 die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien eine Fülle von Themen und Einzelfällen behandelt, die wir in gekürzter Form präsentieren wollen.

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Auch im Jahr 1997/98 haben die Anfragen zu diesem Themenbereich unvermindert angehalten und zu Aktivitäten der Kinder- und Jugendanwaltschaft geführt, die teilweise in den folgenden Kapiteln dieses Berichtes dargestellt sind.

Erfreulicherweise hat auch die Bereitschaft zur Vernetzung von Personen und Institutionen, die mit (mutmaßlich) von (sexueller) Gewalt betroffenen Kindern und Jugendlichen befasst sind, zugenommen. Nachdem unter anderem die Kinder- und Jugendanwaltschaft in den letzten Jahren unter Verwendung des Videos „Hilfen für Helfer" das Modell der HelferInnenkonferenz in verschiedenen Einrichtungen vorgestellt hatte, finden immer mehr solcher Gruppen statt, teils unter Einbeziehung (Moderation) der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Nach wie vor ist jedoch ein großer Bedarf an spezieller Aus- und Fortbildung, Informationsaustausch und Supervision zu diesem Themenbereich festzustellen.

Auch die Prozessbegleitungen von Opfern nehmen zu, da es immer noch an einem qualifizierten, flächendeckenden Angebot fehlt. Eine erste Entlastung ist aus dem im März 1998 gestarteten Modellprojekt „Prozessbegleitung" zu erwarten, in dem erstmals juristische und psychologische Begleitung vereint sind. Weitere Schritte können die von der Kinder- und Jugendanwaltschaft seit einigen Monaten betriebene kostenfreie Opfervertretung durch RechtsanwältInnen und die Einrichtung des im letzten Jahresbericht geforderten Opferhilfsfonds sein. Letztlich wird es aber zu einer österreichweit verpflichtenden Einrichtung und Finanzierung von entsprechenden Opferbegleiteinrichtungen kommen müssen. Entsprechende legislative Maßnahmen werden nach wie vor mit Nachdruck eingefordert (Entwürfe des Bundesministeriums für Justiz, die als erste Schritte in diese Richtung gewertet werden können, liegen vor bzw. sind in Erarbeitung).

Ein positiver Effekt der Opferbegleitung liegt auch in dem schonenderen Umgang der Justiz mit den Opfern, wenn hier auch nach wie vor Defizite in der Aus- und Fortbildung sowie der Eignung und Bereitschaft mancher festzustellen sind.

Zur Dokumentation des Verlaufs von Verfahren wegen Kindesmissbrauchs und des Umgangs mit den Opfern konnte von der Kinder- und Jugendanwaltschaft eine Dissertation angeregt werden, die dies auf der Basis der in zwei Quartalen am Landesgericht für Strafsachen Wien verhandelten Tatvorwürfe untersuchen wird (aufgrund der finanziellen Situation der Kinder- und Jugendanwaltschaft konnte leider keine Studie zu diesem Thema in Auftrag gegeben werden).

Aufgrund der bisherigen Erfahrung ist jedenfalls die Forderung nach einer Verlagerung der Zuständigkeit von den allgemeinen Strafgerichten an Spezialgerichte oder -abteilungen wie etwa dem Wiener Jugendgerichtshof weiterhin mit Nachdruck zu betreiben. Entsprechende Schritte werden von der Ständigen Konferenz der Kinder- und JugendanwältInnen Österreichs im Herbst dieses Jahres gesetzt werden.

Weiterhin ungebrochen war auch die Nachfrage nach Vorträgen, Schulungen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen durch VertreterInnen der Kinder- und Jugendanwaltschaft, so etwa durch die Aktionsgemeinschaft österreichischer Frauenhäuser, den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst, die Verwaltungsakademie der Stadt Wien, diverse (Volkshoch-) Schulen und Akademien.

Die Webseite der Kinder- und Jugendanwaltschaft zu „(sexuelle) Gewalt gegen Kinder - Erkennen, richtig handeln, helfen" erhielt eine neue „Adresse" und kann nun unter http://www.magwien.gv.at/kja/ abgerufen werden. Eine Ausweitung des Informationsangebotes wird in Kooperation mit anderen Dienststellen der Stadt Wien im Herbst 1998 erarbeitet.

Kinderrechte vor Gericht

40 Prozent aller Ehen werden geschieden, 20.000 Kinder sind jährlich dadurch betroffen, aber auch im Bereich sexueller Missbrauch und Misshandlung treten immer mehr Fälle ans Tageslicht, bei denen Kinder und Jugendliche Opfer sind.
Die Kinder werden immer mehr unfreiwillig zum Mittelpunkt pflegschafts- und strafrechtlicher Auseinandersetzungen.
Österreich ist der UN-Kinderrechtskonvention beigetreten, in der gefordert wird:

Art. 12:
„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich seine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung ..... frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. ... wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle ..... gehört zu werden."
Leider entspricht dieser Artikel nicht der österreichischen Situation.

Daher haben die Österreichischen Kinder- und JugendanwältInnen für den 20. April 1998 zu einer ExpertInnentagung nach Wien eingeladen, um über die Rechte von Kindern und Jugendlichen vor Gericht in Österreich neu zu diskutieren. Dieser Einladung sind mehr als 60 ExpertInnen aus ganz Österreich gefolgt.

Am Anfang der Tagung standen Impulsreferate von Herrn Mag. Helmut Sax, Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte, zu „Parteistellung aus der Sicht der UN-Kinderrechtskonvention", Herrn Dr. Martin Stormann, Bundesministerium für Justiz, zu „Stand der legislativen Maßnahmen und speziellen Problematiken", Herrn Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich, Univ.-Klinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters, zu „Parteistellung: Notwendigkeit oder Überforderung von Kindern und Jugendlichen", sowie Herrn Hans Slanec, Verein der Amtsvormünder Österreichs, zu „Parteienvertretung (Begleitung) durch Jugendwohlfahrtsbehörden: Anspruch oder Schreckvision".

Danach wurde das Thema in Arbeitsgruppen zu den Subthemen Obsorge, Besuchsrecht, Jugendliche und Verselbständigung sowie Vaterschaft und Unterhalt diskutiert, wobei auch der Reformbedarf erhoben wurde. Die dabei festgestellten Defizite sind vor allem: Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Scheidungen einem Elternteil zugesprochen werden, haben keine Möglichkeit, die Vorstellungen über ihre eigene Zukunft selbst oder durch einen eigenen Vertreter zum Ausdruck zu bringen. Besonders problematisch ist dies, wenn es gegen die Meinung der Eltern (eines Elternteiles) geht. Gerichtsverfahren, bei denen es um die Zukunft der Kinder geht, sind nicht kindgerecht: Zeitdauer, Sprache usw. Kinder können keine eigenen Anträge ohne Einverständnis der Eltern vor Gericht einbringen. Kinder werden nicht informiert über das, was sie bei Gericht erwartet.

Bei Strafverfahren wie etwa wegen sexuellem Missbrauch oder Misshandlung sind Kinder in der Regel nur als Zeugen am Prozess beteiligt und haben kaum Rechte, selbst oder durch einen Vertreter in den Prozess einzugreifen.

Die Ständige Konferenz der Österreichischen Kinder- und JugendanwältInnen hat anhand der Tagungsergebnisse einen Forderungskatalog erstellt, der am 22. April 1998 in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska und Herrn Gerichtspräsident Dr. Udo Jesionek vorgestellt wurde. Diese Forderungen sind:

Zulassung von „Anwälten" für Kinder bei Pflegschaftsverfahren, die im Interesse und gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen deren Anliegen vertreten.

Antragsrecht für Kinder und Jugendliche oder deren Vertretung, Verkürzung, der Gerichtsverfahren, bei denen es um die Zukunft der Kinder geht: Scheidung, Obsorge, Besuchsrecht, Unterhalt usw.

Verpflichtende Information der Kinder und Jugendlichen vor und nach Gerichtsverfahren über die Tragweite der Verhandlungen.

Prozessbegleiter für Kinder und Jugendliche als Opfer von sexuellem Missbrauch und Misshandlung bei Strafprozessen nicht nur während der Gerichtsverhandlungen, sondern sofort bei Beginn der Erhebungen. Die Prozessbegleiter sind psychologische und juristische Stützen für das Kind. Den Kindern und Jugendlichen dürfen durch Gerichtsverfahren keine Kosten entstehen. Außerdem sprechen sich die Österreichischen Kinder- und JugendanwältInnen für eine verstärkte Einbindung außergerichtlicher Lösungsansätze wie z.B. Mediation aus.

Das Medieninteresse war beachtlich, es fanden sich Berichte über die Tagung und die daraus resultierenden Forderungen in zahlreichen Zeitungen sowie im Rundfunk. Die Kinder- und JugendanwältInnen haben es auch übernommen, die Forderungen gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften weiter zu verfolgen.

Reform des Sexualstrafrechts

Seit Anfang 1997 arbeitet im Bundesministerium für Justiz ein Arbeitskreis aus ExpertInnen zur Thematik der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche an Vorschlägen zu einer Reform des Sexualstrafrechts.

Als Vertreterin der Ständigen Konferenz der Kinder und JugendanwältInnen Österreichs hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien seit Beginn an diesem Arbeitskreis teilgenommen und dabei die bereits in den vorangegangenen Berichten dargestellten Forderungen nach einem mehr opferzentrierten Verfahren eingebracht.

Im Frühjahr 1998 wurden als erster Schritt Vorschläge für eine Teilreform erarbeitet, die am 1. Oktober 1998 als Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft getreten sind (BGBl. Nr. 153/1998).

Künftig wird danach zwischen dem sexuellen Missbrauch (§ 206 StGB) und dem schweren sexuellen Missbrauch (§ 205 StGB) unterschieden, womit auch der Begriff des Missbrauchs aus dem Sprachgebrauch in das Strafgesetzbuch (StGB) übernommen wurde. Die Neuregelung der beiden Strafbestimmungen brachte eine bisher nicht gegeben gewesene „Gleichwertigkeit" des Missbrauchs von Mädchen und Buben, da zuvor Missbrauch von Mädchen teilweise strenger bestraft war. Damit haben sich auch für einige Delikte die Strafdrohungen erhöht.

Neu ist etwa auch eine politisch zunächst höchst umstrittene Entkriminalisierung von einvernehmlichen sexuellen Beziehungen unter Jugendlichen. Danach sollen Beischlaf und dem Beischlaf gleichzusetzende geschlechtliche Handlungen zwischen Personen, von denen eine mindestens 13 Jahre alt ist und die andere um nicht mehr als drei Jahre älter, straffrei bleiben. Bei sonstigen geschlechtlichen Handlungen gilt ein Mindestalter von 12 Jahren bei einer Altersdifferenz von nicht mehr als vier Jahren.

Die Verjährungsfrist für Missbrauch von Unmündigen wird künftig erst mit Erreichen der Volljährigkeit der Opfer zu laufen beginnen und dann wie bisher etwa 5 - 10 Jahre dauern. Das gilt auch für einschlägige Delikte, die am 1. Oktober 1998 noch nicht verjährt waren.

Weiters wird in Zukunft eine kontradiktorische („schonende") Einvernahme für alle Opfer unter 14 verpflichtend sein, ohne dass sie das wie bisher verlangen müssen. Alle (zum Zeitpunkt der Befragung) erwachsenen Opfer von Sexualdelikten sind auf Verlangen kontradiktorisch zu befragen. Die Befragungen können ohne Altersbeschränkung auch durch einen Sachverständigen erfolgen. Opfer sind ausdrücklich und nachweislich in einer ihrem Alter und ihrer Verfassung entsprechenden Sprache über ihre Rechte zu belehren.

Mit dieser Teilreform wurde nach einem langdauernden und mühevollen Bemühen ein erster Schritt in der Umsetzung von mehr Schutz von und mehr Rechte für Kinder als Opfer sexueller Gewalt gesetzt, wobei bereits erste Forderungen der Kinder- und JugendanwältInnen erfüllt worden sind. Darunter als eine der zentralen Forderungen jene nach einer Verlängerung der Verjährungsfristen und einer Ausweitung der kontradiktorischen Einvernahmen auf alle Opfer.

Ab dem Herbst 1998 tagt der Arbeitskreis wieder um letztlich zu einer Gesamtreform zu kommen. Über den Fortgang der Arbeiten wird weiterhin berichtet werden.

Gerichtliche beeidete Sachverständige - Forderungskatalog

Immer häufiger sind Kinder und Jugendliche als Opfer einer Straftat in Gerichtsverfahren involviert. Mangels hinreichender psychologischer Aus- und Fortbildung von RichterInnen (ausgenommen JugendrichterInnen) ergibt sich damit auch zunehmend die Notwendigkeit der Einbeziehung von psychologischen Sachverständigen. Dabei auftretende Probleme und Defizite haben die „Ständige Konferenz der Kinder- und JugendanwältInnen Österreichs (STÄNKO)" veranlasst, bei ihrer letzten Tagung vom 21. bis 22. April 1998 in Wien einen Forderungskatalog zu erstellen, der auch hier abgedruckt wird:

„Häufig erleiden Opfer von sexuellem Missbrauch durch das strafrechtliche Verfahren einen sogenannten zweiten Opfergang, werden „sekundär viktimisiert"". Eine der Ursachen liegt darin, dass im Gerichtsverfahren sowohl bei der Auswahl des Sachverständigen - was sein Alter, sein Geschlecht und seine Kompetenz betrifft - als auch bei der Gutachtensdauer nicht immer auf das betroffene Kind Rücksicht genommen wird und daher von Fachleuten Anlass zur Kritik besteht.

Auch die Arbeitsgemeinschaft „Gegen sexuelle Gewalt am Kind", Salzburg, hat in ihrem Katalog vom November 1996 folgende Forderungen zur Sachverständigentätigkeit aufgestellt:

1. Die verpflichtende Begutachung des Beschuldigten zur Überprüfung seiner Glaubwürdigkeit und zum Aufzeigen seiner psychosozialen und sexuellen Entwicklung.
2. Auf Wunsch des Opfers sollte der/die Sachverständige des gleichen Geschlechts wie das Opfer sein bzw. des anderen Geschlechts als der/die Beschuldigte.
3. Die schonende Einvernahme und Begutachtung des Opfers sollte möglichst an einem Termin und durch denselben (dieselbe) Sachverständige erfolgen.
4. Anstelle des oft demütigenden Klärungsversuchs der Glaubwürdigkeit des Opfers (implizit der Annahme, dass es lügt) sollte bei der schonenden Einvernahme dessen Reife, Erinnerungsvermögen, Wahrnehmungs- und Aussage-

fähigkeit geprüft werden. Durch eindeutige Beantwortung dieser Fragen (keine Wahrscheinlichkeitsaussagen) sollten Zweitgutachten vermieden werden.

5. Die Gruppe der Sachverständigen soll erweitert werden, insbesondere durch Aufnahme von mehr weiblichen Sachverständigen. Die Beschäftigung mit der Thematik hat ein weiteres Detail ergeben: Es herrscht große Unklarheit über die Aufnahmekriterien für die Liste der eingetragenen Sachverständigen. Ansuchen uns bekannter Antragsteller wurden mit dem lapidaren Hinweis „kein Bedarf" abgelehnt. Die Diskrepanz von langer Gutachtensdauer - zurückzuführen auf Arbeitsüberlastung der Sachverständigen - und geringen Planstellen ist nicht erklärbar.

Den Sachverständigen und dieser Phase des Gerichtsverfahrens insgesamt kommt eine bedeutende Schlüsselrolle zu: Hier wird die Glaubwürdigkeit des Kindes geprüft, hier soll das Kind jene Zeugenaussage machen, die für den Ausgang des Verfahrens allentscheidend ist. Auch wenn dies nur ein Glied in der Kette ist, sollte im Sinne des Opferschutzes auch hier das bestmögliche Verfahren „in the best interest of the child" durchgeführt werden. Das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetsch (BGBl. Nr. 137/1975) ist unserer Meinung nicht ausreichend bzw. erzielt nicht den erwünschten Effekt. Wir fordern daher eine öffentliche Diskussion und gesetzliche Kriterien für die Tätigkeit als Sachverständige/r nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Bestellung/Entziehung:
Über derartig wichtige Funktionen sollte nicht allein der (fachfremde) Gerichtspräsident entscheiden, sondern die Bestellung sollte aufgrund eines Hearings und auf Vorschlag eines Fachgremiums durch den Präsidenten erfolgen. Dieses Gremium sollte aus einschlägig erfahrenen Fachleuten aus der Praxis - wie etwa VertreterInnen der Heilpädagogischen Station, Jugendpsychiatrie, Neuropädiatrie, Kinder- und Jugendanwaltschaft, Jugendwohlfahrt, dem Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie der Universitätsklinik (wo vorhanden), der Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie dem Gericht - bestehen. Dies deshalb, da auch der Faktor Zusammenarbeit eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Im Bedarfsfall sollte dieses Gremium auch über eine Entziehung der Sachverständigen-Berechtigung entscheiden bzw. zumindest ein Vorschlagsrecht haben.
2. Anzahl:
Wie aus dem oben Ausgeführten hervorgeht, führt eine zu geringe Anzahl von Sachverständigen immer wieder zu Verzögerungen. Eine vom Fachgremium festzulegende Anzahl im Verhältnis zur Gerichtssprengelgröße und Bevölkerungszahl ist daher erforderlich. Durch eine größere Auswahlmöglichkeit von Sachverständigen entstehen keine Mehrkosten, es verkürzen sich lediglich die Wartezeiten.
3. Weibliche Sachverständige:
Analog zur Richtlinien-Verordnung zum Sicherheitspolizeigesetz (F 6/I BGS 109 - 23. 4. 1993), nach welcher bei Gewalt oder Sittlichkeitsdelikten Opfer weiblichen Geschlechts immer von einer weiblichen Kriminalbeamtin zu vernehmen sind, sollte dieser Grundsatz auch bei der Sachverständigen-Bestellung angewandt werden. In nachvollziehbarer Weise wird damit zur Verbesserung der psychischen Situation von Opfern beigetragen.
4. Weiterbildungspflicht:
Analog zu einschlägigen §§ des Psychotherapeuten-, des Psychologen- sowie des Ärztegesetzes sind auch für Sachverständige die Berufspflichten zu regeln. Das Prinzip der ständigen Fortbildung, auch nach Erwerb der Berufsbezeichnung, sollte für Sachverständige selbstverständlich sein. Um dem Erfordernis der „Berufsausübung unter Beachtung der Entwicklung und Erkenntnisse der Wissenschaft" zu entsprechen, ist eine (dem Fachgremium) nachzuweisende, regelmäßige und einschlägige Fortbildung von einer Woche jährlich - neben dem Studium von Fachliteratur - die untere Grenze.

Abschließend wollen wir darauf hinweisen, dass wir uns mit unseren Forderungen in guter Gesellschaft befinden: Sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene steht die Forderung nach Kriterien der GutachterInnentätigkeit im Zusammenhang mit (sexueller) Gewalt an Kindern im Mittelpunkt zahlreicher Beratungen. Stellvertretend für diese verweisen wir auf die „Carta di Noto" des Internationalen Höheren Instituts für Kriminologie (ISISC), welches „Leitlinien zur Befragung Minderjähriger im Falle sexuellen Missbrauchs" entwickelt hat, die sich im wesentlichen mit unserem Vorschlag decken.

Diese Forderungen wurden mittlerweile auch im Forum der STÄNKO, in „Kids & Teens" publiziert, um eine öffentliche Diskussion anzuregen. Weiters werden auch die Landesverbände der Sachverständigen in den einzelnen Bundesländern mit diesem Katalog befasst. Weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Forderungen werden folgen.

Opferbegleitung im Verhalten wegen (sexueller) Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche, die als Opfer (sexueller) Gewalt in den Verfahren gegen die TäterInnen aussagen sollen, erleben sich nicht selten als extrem hilflos. Sie wissen nicht, was aus welchen Gründen mit ihnen geschieht, sind auf eine passive Rolle verwiesen und erfahren kaum Unterstützung. Eine Erfahrung, die sie schon aus der vorangegangenen Gewaltsituation kennen und die immer wieder zu neuerlichen Traumatisierungen führt. Diese Opfer benötigen daher dringend eine psychologische und rechtliche Vorbereitung auf und Begleitung durch die

Straf- und Zivilverfahren gegen die TäterInnen.

Entsprechende Forderungen von PraktikerInnen nach einer legistischen Verankerung von Prozessbegleitung haben nun zu ersten Entwürfen des Bundesgesetzgebers geführt, in denen neben erweiterten Möglichkeiten der Verfahrensbeteiligung von Opfern auch die Zuerkennung von Verfahrenshilfe, vor allem für die Kosten anwaltlicher Vertretung, vorgesehen ist. Bis zu einer allfälligen Realisierung dieser Ideen kann es aber nach unseren Erfahrungen noch zwei oder mehr Jahre dauern.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat daher das Präsidium der Rechtsanwaltskammer Wien wegen einer kostenfreien Vertretung von Opfern angesprochen. Vorbild waren Initiativen der Kinder- und Jugendanwaltschaften in der Steiermark und in Kärnten, wo entsprechende Gespräche zu Vereinbarungen der Länder mit den jeweiligen Rechtsanwaltskammern geführt haben. Danach übernehmen die Kammern die Kosten für die Opfervertretung für Kinder und Jugendliche, welche vom zuständigen Jugendwohlfahrtsträger oder der Kinder- und Jugendanwaltschaft an die Kammer vermittelt wurden.

Nach anfänglichem Desinteresse der Rechtsanwaltskammer für Wien erklärte sich der Präsident der Kammer mittlerweile in einem persönlichen Gespräch mit der Wiener Kinder- und Jugendanwältin bereit, für das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung Sorge tragen zu wollen. Entsprechende Gespräche zwischen der Kammer, der Kinder- und Jugendanwaltschaft und dem Amt für Jugend und Familie beginnen demnächst.

Zu einer umfassenden Opferbegleitung bedarf es jedoch auch der psychologischen Unterstützung. Seit dem Frühjahr dieses Jahres gibt es nun in Wien ein Modellprojekt „Prozessbegleitung", das den rechtlichen und psychologischen Aspekt der Unterstützung vereint. Getragen wird dieses Projekt von der Beratungsstelle TAMAR und der Beratungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen. In die Konzeption sind auch Anregungen und Erfahrungen der Kinder- und Jugendanwaltschaft eingeflossen. Die Finanzierung, die auch die Kosten für zwei RechtsanwältInnen deckt, ist für zwei Jahre gesichert. Die Ausweitung und Fortführung des Projektes nach diesem Zeitraum erscheinen schon jetzt sinnvoll, die Kinder- und Jugendanwaltschaft wird sich für eine Institutionalisierung einsetzen. Eine Basis dafür könnte ein Opferhilfegesetz nach dem Vorbild der Schweiz sein, dessen Realisierung ebenfalls betrieben werden wird.

Abschließend kann noch darauf hingewiesen werden, dass die im letzten Jahresbericht angeregte Schaffung eines Justizfonds das Interesse von Frau Vizebürgermeisterin Laska gefunden hat. Möglichkeiten einer Realisierung werden zur Zeit geprüft.

Kindgerechte Ladungen von Zeuge/innen

Nach den Erfahrungen der Kinder- und Jugendanwaltschaft sind die erwachsenen Bezugspersonen oft überfordert, wenn sie Kindern eine polizeiliche Ladung zu einer Befragung als Zeugin/Zeuge „übersetzen" und Kinder auf diese Einvernahme adäquat vorbereiten sollen. Im Zuge eines Gespräches mit Herrn Hofrat Dr. Leo Lauber, Bundespolizeidirektion Wien, zum Umgang der Sicherheitsbehörden mit Kindern und Jugendlichen, wurde daher angeregt, der amtlichen Ladung Begleitschreiben an Kinder und Bezugspersonen zur Erleichterung der Situation beizulegen. Daraufhin wurde die Kinder- und Jugendanwaltschaft ersucht, einen Entwurf für eine solche Beilage zu entwerfen. Dieser dreiteilige Entwurf besteht aus einem Brief an das Kind, einem vom Kind auszufüllenden Fragebogen und einem Schreiben an die Bezugsperson des Kindes.

Hallo ... !

Sicher hast Du schon von der Polizei und ihren Aufgaben gehört und Polizistinnen und Polizisten in Uniform auf der Straße gesehen. Bei Deinen Spiel- oder Schulkameraden ist es wahrscheinlich genauso. War von Euch auch schon jemand in einem Kommissariat (das ist ein Haus, in dem unsere Büros sind)? Wir möchten Dich nun einladen, mit einer Begleitung zu uns ins Kommissariat zu kommen. Das hat natürlich einen Grund. Eine unserer Aufgaben ist es auch nachzuschauen, wie die Menschen mit Gesetzen umgehen. Gesetze sind Regeln, welche die Menschen beschützen sollen. Damit das gelingen kann, müssen sich alle daran halten. Manchmal müssen wir prüfen, ob jemand sich nicht an diese Regeln gehalten hat. Dazu sprechen wir auch mit Zeuginnen und Zeugen. Das sind Menschen, die etwas Wichtiges über eine bestimmte Sache wissen, etwas, das sie selbst erlebt, das sie gehört oder sonst wie erfahren haben. Das alles sollen die Zeuginnen einer Polizistin erzählen. Es kann sein, dass sie keine Uniform anhat (das müssen wir nicht immer), aber sie arbeitet für die Polizei. Sie wird sich mit Dir und Deiner Begleitung in einem Büro zusammensetzen, um mit Dir zu reden und Dir Fragen zu stellen. Natürlich kann auch Deine Puppe oder ein Kuscheltier dabeisein, wenn Du es willst. Bei diesem Gespräch ist es wichtig, dass Du alles erzählst, was Du weißt. Dafür mußt Du manchmal sehr genau nachdenken, damit Du Dich auch an Dinge erinnern kannst, die Dir vielleicht unwichtig vorkommen. Wenn Du eine Frage nicht verstanden hast, dann sag es ruhig. Niemand wird deswegen böse sein. Wir sind froh, wenn Du als Zeuge da bist. Wir möchten, dass du nur das erzählst, was Du wirklich weißt.

Wir freuen uns schon auf Deinen Besuch!

P.S. Wenn Du diesen Brief aufmerksam gelesen hast (oder ihn Dir jemand vorgelesen hat), kannst Du sicher die Fragen auf der Rückseite beantworten. Bring den ausgefüllten Zettel mit und Du bekommst eine kleine Überraschung.

Der Brief soll die Wichtigkeit der Person des Kindes und die „Exklusivität" der Einladung hervorheben und so das Kind mehr stolz als ängstlich über das bevorstehende Ereignis machen. Zugleich sollen der Sinn der Befragung und die Aufgabe der Polizei möglichst kindgerecht dargestellt werden. Die abschließenden „Befragungsregeln" sollen dem Kind vorweg mehr Sicherheit hinsichtlich des „richtigen" Verhaltens geben, ohne dass Druck ausgeübt wird.

Fragen

1) Polizisten haben
grüne Ohren
manchmal Uniformen an

2) Zeugen sollen
singen
tanzen
etwas Wichtiges erzählen

3) Ein Kommissariat ist
ein Schwimmbad
ein Bürohaus für Polizisten
eine Mehlspeise

4) Zeichnung -
Das bin ich mit einer Polizistin:

Der Fragebogen soll eine spielerische Auseinandersetzung mit dem Briefinhalt bewirken (und sicherstellen, dass der Brief gelesen/vorgelesen wird). Das in Aussicht gestellte Geschenk (gedacht ist an Aufkleber, Buntstifte, Sachspenden diverser Unternehmen usw.) stellt einen zusätzlichen Anreiz zum Ausfüllen dar und soll eine positive Spannung hinsichtlich der bevorstehenden Befragung erzeugen.

Sehr geehrte Frau ..... !
Sehr geehrter Herr ... !

Beiliegender Brief soll eine Unterstützung bei der Vorbereitung von Kindern auf polizeiliche Befragungen als Opfer und Zeuginnen von möglichen strafbaren Handlungen sein. Bitte lesen Sie ihn gemeinsam mit dem Kind durch und ermuntern Sie es auch zum Ausfüllen der Rückseite. Etwa noch offene Fragen könnten vor oder beim Befragungstermin geklärt werden. Die Befragung erfolgt durch eine speziell im Umgang mit Kindern geschulte und erfahrene Kollegin in einer freundlichen Atmosphäre. Selbstverständlich kann auch ein Lieblingsplüschtier, eine Puppe usw. mitgebracht werden, was gerade bei kleineren Kindern ebenfalls ein Gefühl der Sicherheit vermitteln kann. Gleiches gilt auch für die Alltagskleidung, in der sich viele Kinder wohler fühlen als im „Sonntagsgewand".

Das Schreiben an die Bezugsperson enthält Zusatzinformationen und Empfehlungen zur Vorbereitung auf die Einvernahme, die in der eigentlichen Ladung ebenfalls keinen Platz finden.

Die Vorschläge der Kinder- und Jugendanwaltschaft befinden sich derzeit bei der Bundespolizeidirektion Wien in Begutachtung, über Rückmeldungen wird berichtet werden.

Mediationsprojekt „Steithelfer"

Wie bereits im letzten Jahresbericht angekündigt, hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft ein Mediationsprojekt an Pflichtschulen als Pilotversuch gestartet, das Konfliktlösung von Gleichaltrigen zum Inhalt hatte. Nun liegt ein endgültiger Bericht vor.

Im Folgenden werden der Verlauf des Projektes und die Ergebnisse kurz wiedergegeben.

Mediation

Mediation ist ein Verfahren für konstruktive Konfliktlösung, das in den 60er und 70er Jahren in den USA entwickelt wurde und dort mit Erfolg in vielen Lebensbereichen angewendet wird. Wörtlich übersetzt bedeutet Mediation „Vermittlung". Gemeint ist die Vermittlung in Konflikten durch unparteiische, neutrale Dritte, die von allen Seiten akzeptiert werden. Die MediatorInnen führen die Konfliktparteien durch einen Klärungsprozess, der die KontrahentInnen befähigt, die eigenen Interessen und Gefühle zu erkennen, diejenigen der anderen Seite zu verstehen und gemeinsam eine einvernehmliche Konfliktlösung zu finden. Das Mediationsverfahren bietet ein umfangreiches Instrumentarium, um eine konstruktive Konfliktlösung zu ermöglichen.

Schulmediation bei Gleichaltrigen

Bei der Tagung der Kinder- und Jugendanwälte Österreichs 1995, wurde von der Kärntner Jugendanwältin Mag. A. Liebhauser ein Video zum Thema „Schulmediation" vorgestellt. Es handelt sich um eine in San Francisco aufgenommene Dokumentation mit dem Titel: „Conflictmanagers in action - Ressources for schools und youth".

Gemeinsam mit Frau Mag. Claudia Kappbacher (2 ½ jährige Ausbildung als Mediatorin) wurde das Projekt für Wien konzipiert.

Schulalltag

Der Schulalltag sieht heute so aus, dass von LehrerInnen immer mehr erwartet wird, dass sie auch erzieherische und persönlichkeitsbildende Aufgaben übernehmen sollen. Soziale Kompetenz zu erlernen wird immer wichtiger und kann nicht früh genug beginnen. Durch das steigende Konfliktpotential, das u.a. multikulturelle Klassen bieten, stieg in den letzten Jahren die Bereitschaft Gewalt als Lösung für Probleme einzusetzen. Verschärft wird die Situation dadurch, dass Kindern kaum andere Konfliktlösungsmodelle gezeigt werden. All diese Faktoren machen es notwendig, neue gewaltfreie Konfliktlösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zugänglich zu machen im Sinne einer ganzheitlichen, humanistischen Ausbildung. Das Projekt ist ein Schritt in diese Richtung: die Erziehung zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Die Umsetzung des Erlernten ermöglicht gelebte Partizipation.

Es soll das Vertrauen in Kindern und Jugendlichen gestärkt werden, dass sie Konflikte zwischen Gleichaltrigen ohne Intervention von Seiten Erwachsener lösen können. Ausgebildete SchülerInnen sollen als StreithelferInnen die Konfliktlösung durch geeignete Hilfestellungen ermöglichen.

Das Projekt

Das Ziel des Projektes war es, Kindern und Jugendlichen die Fähigkeit zu vermitteln, mit Konfliktsituationen konstruktiv umzugehen und bei Streit zwischen Gleichaltrigen zu vermitteln.

Das Projekt lief an 2 Schulen:

Hauptschule 20., Greiseneckergasse 31	Direktorin: Margit Chikuru-Fürst
Volksschule 3., Landstraßer Hauptstraße 146	Direktor: Eduard Voss

Die beiden Schulen spannen ein weites Spektrum auf, es waren sowohl 3 Altersstufen (in der Volksschule 2 Altersstufen) repräsentiert als auch das soziale Umfeld gestaltete sich unterschiedlich: Während in der Volksschule kaum Konflikte mit körperlicher Gewalt zwischen den Mitschülern bestanden, war in der Hauptschule die Bereitschaft durchaus groß, Konflikte durch Gewalt zu lösen.

Für dieses Projekt war ein Schuljahr als Laufzeit veranschlagt.

Phasen des Projektes

1. Gespräche mit DirektorIn

In den ersten Gesprächen wurde die Bereitschaft mit den DirektorInnen abgeklärt, das Projekt an der Schule durchzuführen.

2. Entscheidung

Selbstverständlich mussten nun auch die LehrerInnen befragt werden, ob sie einer Durchführung zustimmen. Im Großen und Ganzen war diese Bereitschaft gegeben, es wurden aber auch Bedenken geäußert, dass hier verschiedene Nachteile für die Schule entstehen könnten:

StreithelferInnen würden das Klima noch mehr verschlechtern, Mediation ist bei Kindern in dieser Form nicht möglich. Die StreithelferInnen werden als Wichtigtuer auftreten usw.

Nachdem die meisten LehrerInnen sich mit der Durchführung des Projektes einverstanden erklärt hatten, wurden auch die Eltern in der Volksschule informiert (Elternvereinssitzung). Diese zeigten reges Interesse an dem Projekt. In der Hauptschule wurde von allen Beteiligten gemeint, dass dieses Projekt keiner besonderen Information der Eltern bedürfe.

3. Schulungen

Bei der Vorstellung des Projektes in den ausgewählten Klassen war es wichtig, dass die Mediatorin anwesend war.

Bei der Auswahl der teilnehmenden Kinder als StreithelferInnen war der Andrang groß, so dass es notwendig wurde, verschiedene Auswahlverfahren anzuwenden. Je nach Klassensituation erschienen unterschiedliche Methoden angebracht:

Auf Vorschlag der LehrerInnen

Selbständige Einigung der Klasse

Offene Abstimmung in der Klasse

Vorgegeben waren die Anzahl der Teilnehmenden, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis und soweit wie möglich eine ethnische Ausgeglichenheit.

Volksschule: 6 Buben und 6 Mädchen je Klasse wurden ausgewählt.

Hauptschule: 5 Buben und 5 Mädchen je Klasse wurden ausgewählt.
Die Kinder erhielten 10 Schulungseinheiten zu je 2 Stunden in 14-tägigem Abstand über ein Semester verteilt. In dieser Zeit erlernten sie spielerisch anhand von verschiedenen Methoden (Rollenspiele, Fallbeispiele, Gespräche usw.) den Umgang mit Konfliktsituationen. Es gab die Möglichkeit, im geschützten Rahmen Probleme zu bearbeiten und Erlerntes zu üben.
Um eine ständige Betreuung und Unterstützung der Kinder zu gewährleisten, fanden auch LehrerInnenschulungen statt. Diese umfassten 4x3 Stunden und dauerten ein Semester. Sie erhielten informatives Hintergrundwissen und konnten in praxisnahen Übungen die Anwendung selbst erleben.
Die Schulungen verliefen sehr erfreulich, das Interesse seitens der SchülerInnen war groß, auch bei den LehrerInnen war die Neuigkeit dieses Ansatzes Grund für ihr Interesse.
Nach Ende des ersten Semesters waren die Schulungen abgeschlossen.

4. Start up an den Schulen
Es folgte zu Beginn des 2. Semesters die offizielle Vorstellung der StreithelferInnen in den Klassen. Hier wurden die Funktionen eines Streithelfers/einer Streithelferin erklärt und die Spielregeln, an die sich alle halten müssen, vorgestellt.

5. Heiße Phase
Die ausgebildeten StreithelferInnen treten in Aktion.

6. Begleitende Nachbetreuung
Diese Nachbetreuung der StreithelferInnen und der LehrerInnen erwies sich als unabdingbar für Erfahrungsaustausch und Feedback. Die Mediatorin war in 14-tägigem Abstand in den Schulen anwesend, bereit für Reflexionsgespräche mit Kindern und LehrerInnen.

7. Close down
Am Ende des Schuljahres wurde das Projekt mit einem kleinen Fest abgeschlossen. Die Begeisterung der Teilnehmenden schlug sich unter anderem auch in der Gestaltung einer StreithelferInnenzeitung nieder und in der Aufführung von kleinen Theaterspielen (Darstellung von Szenen aus dem StreithelferInnenalltag).

Umfeldanalyse der beteiligeten Personengruppe - Erkenntnisse:

DirektorInnen:
Als absolut sicher ist die Erkenntnis zu werten, dass seitens der Direktion eine hundertprozentige Unterstützung notwendig erscheint. Dies kann erfolgen durch das eigene Engagement oder durch die Unterstützung ohne am Projekt direkt mitzuwirken. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Akzeptanz der DirektorInnen gegeben sein muß, da in einzelnen Situationen der Rat und die Ünterstützung der Direktion sehr wichtig sind.

SchülerInnen:
Es ist zu erwarten, dass die SchülerInnen mit Begeisterung an das Projekt herangehen (Pflichtschulbereich), aber das Interesse muss durch klare Projektstrukturen und durch die Mithilfe von LehrerInnen und MediatorInnen gefördert werden. Am wenigsten scheint ein Projekt durch SchülerInnen gefährdet zu sein.

LehrerInnen:
Nicht alle LehrerInnen an der Schule oder in den betroffenen Klassen müssen restlos von der Sinnhaftigkeit des Projektes überzeugt sein, aber der Großteil sollte das Projekt unterstützen, da sonst die Gefahr besteht, dass StreithelferInnen keine Unterstützung seitens der LehrerInnen erhalten. Und dies würde wahrscheinlich die Aktivitäten so beeinträchtigen, dass das Projekt nicht durchführbar scheint. Auf alle Fälle ist eine Information aller Lehrkräfte unumgänglich.

MediatorInnen:
Zweifelsfrei als Fachkräfte die wichtigste Personengruppe. Nur ausgebildete MediatorInnen mit Erfahrung im Kinder- und Jugendbereich scheinen geeignete StreithelferbegleiterInnen zu sein. Ihre Flexibilität in Bezug auf sensible Bereiche an der Schule, bei den Schüler- und LehrerInnen, sowie eine kindgerechte Ausbildungsstrategie sind gefragt. Je jünger die SchülerInnen sind, umso mehr entwickelt sich die MediatorIn zur Bezugsperson für die Kinder, da Konfliktregelung sehr stark mit persönlichem Vertrauen verbunden ist. Es schiene sinnvoll, wenn eigene Ausbildungen für StreithelferInnenschulungen geschaffen würden.

Eltern:
Die Elterninformation über das Projekt sollte ähnlich wie alle anderen Elterninformationen an der Schule gehandhabt werden. Dies wird von Schule zu Schule verschieden sein. Eltern sollen aber wissen, dass StreithelferInnenausbildungen erfolgen, insbesondere dann, wenn das eigene Kind ausgebildet wird.

Wichtige Ergebnisse aus dem Pilot - Projekt

Schon bei Beginn des Projektes bei den Auswahlverfahren ist Flexibilität wichtig und das Eingehen auf die jeweilige Klassenstruktur. Die anfänglichen Bedenken der LehrerInnen, dass der soziale Status der StreithelferInnen in der Klasse zu Neid und Eifersucht führen könnte, erwies sich als unberechtigt. Ein eigener Raum sollte in der Schule zur Verfügung stehen, in den sich die StreithelferInnen bei ihren Gesprächen zurückziehen können. Der Einsatz einer 2. MediatorIn würde eine bessere Betreuung während der Schulungen ermöglichen und ein besseres Eingehen auf die Probleme, die bei der Arbeit mit Gruppen auftreten können. Wenn zwei MediatorInnen eingesetzt werden, so sollten unbedingt beide Geschlechter repräsentiert sein. Besonders für Buben ist diese Identifikationsmöglichkeit enorm wichtig. Der Multiplikatoreffekt blieb teilweise aus. Es wäre wünschenswert, wenn die StreithelferInnen ihr erworbenes Wissen und Fähigkeiten aktiv an ihre Klassenkameraden weitergeben würden. Das Ziel bei den 6 - 10-Jährigen sollte nicht nur die Hilfe für andere sein, auch die eigene Sensibilisierung für das Thema Streit und Gewalt ist enorm wichtig. Diese Form der Mediation fordert besonders die Persönlichkeitsbildung bei allen, die in den Genuss der StreithelferInnenausbildung kommen. Die Kennzeichnung mit einem Button o. Ä. (wie im amerikanischen Modell) der im Einsatz befindlichen StreithelferInnen wurde von den Kindern als überflüssig betrachtet. Der Effekt der Ausbildung ging teilweise über die Schulen hinaus, auch in die Familien und den Freizeitbereich. Die Mädchen gewannen deutlich an Selbstbewusstsein. Seitens der LehrerInnen kam der Wunsch, mehr in die Ausbildung der Kinder einbezogen zu werden, um ein besseres Verstehen zu ermöglichen und die StreithelferInnen effizienter unterstützen zu können. Je jünger die Kinder, desto wichtiger ist die Präsenz der LehrerInnen. Elterninformation ist wichtig, aber es soll ein schulinternes Projekt bleiben. Interessierte Eltern sollen natürlich auch während des Projektes informiert werden. Um eine Überforderung der Kinder zu verhindern, sollte auch Wert darauf gelegt werden, dass StreithelferInnen immer nur zu zweit in Einsatz treten, um eine möglichst objektive Entscheidung treffen zu können. Es muss ausreichend StreithelferInnen an der Schule geben, sonst werden die wenigen StreithelferInnen überfordert (ca. 1 StreithelferIn pro 10 SchülerInnen). Es sollte jederzeit für die StreithelferInnen möglich sein, einen Einsatz aus persönlichen Gründen abzulehnen, da es unbedingter Freiwilligkeit der Streithelfer bedarf. Um eine Qualitätssicherung bei der Ausbildung der StreithelferInnen und LehrerInnen zu haben, ist es unumgänglich, nur ausgebildete MediatorInnen zu engagieren.

Zeitschiene

Was?	Wann?
1. Gespräche mit DirektorIn und LehrerInnen	individuell
2. Entscheidung der Schulen	individuell
3. Elterninformation	nach Entscheidung
4. Vorstellung des Projektes in den Klassen	Beginn des nächsten Schuljahres
5. Beginn der Schulungen	Ende September
6. Ende der Schulungen	Ende des 1. Semesters
7. Heiße Phase und Begleitung	Beginn des 2.Semesters
8. Beginn der begleitenden Nachbetreuung	Beginn des 2.Semesters
9. Close down- Feed back	Ende des Schuljahres
10. Weiterführung im nächsten Schuljahr	individuell

Finanzierung eines Projektes

Die größte Schwierigkeit, die in Zukunft bei der Realisierung von StreithelferInnenprojekten auftreten wird, ist die Finanzierung. Unser Pilotprojekt wurde aus Mitteln der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien und dem Verein „Wiener Jugendkreis" finanziert. Insgesamt wurden etwas weniger als 130.000 ATS aufgewandt, wobei nahezu der gesamte Betrag als Honorar für die Mediatorin verwendet wurde. Ein Stundenaufwand von rund 150 bis 170 Stunden Tätigkeit der Mediatorin waren im Projekt kalkuliert, der jedoch übertroffen wurden. Dies erfolgte aufgrund der Kompliziertheit eines Pilotprojektes. Wenn man davon ausgeht, dass normalerweise zwei MediatorInnen sinnvollerweise eingesetzt werden sollten, müsste man bei der Konzeption eines etwa gleichgelagerten Projektes mit rund 200.000 - 250.000 ATS rechnen. Dieser Betrag könnte sich in Zukunft verringern, wenn man davon ausgeht, dass eventuell Lehrkräfte als ausgebildete MediatorInnen Teile des Unterrichtes für die Arbeit mit den SchülerInnen und LehrerInnen verwenden könnten.

Schlussfolgerungen

Das positive Feedback von Seiten der LehrerInnen und SchülerInnen und das rege Interesse, bekundet durch Anfragen anderer Schulen schon während der Laufzeit des Pilotprojektes, bestätigt den Bedarf eines solchen Angebotes. Die Erziehung zur Selbständigkeit ermöglicht erst gelebte Partizipation der Erwachsenen von morgen. Man muss den Kindern früh genug die Werkzeuge in die Hand geben, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die Symbolkraft Raum, Zeit und Finanzen für diese Themen zur Verfügung zu stellen, ist nicht zu unterschätzen. Ob das Ziel nun Selbstbil-

dung oder Hilfe für andere ist, gesellschaftspolitisch kann die Sensibilisierung der Kinder sich nur positiv auswirken und nicht früh genug beginnen. Dieses Projekt wird Zukunft haben.

Dank

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien dankt allen am Projekt Beteiligten für die gemeinsame Kooperation und für die oft mühevollen Anstrengungen, die das Projekt erfolgreich werden ließen. Besonders bedanken wir uns bei allen SchülerInnen, DirektorInnen und allen LehrerInnen, die viel Mut und Ausdauer bewiesen haben. Im Besonderen danken wir auch Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska und allen politischen Fraktionen des Landtages, die sich einstimmig um die Sicherung des Projektes eingesetzt haben. Viel Dank gilt weiters dem „Wiener Jugendkreis", der mit großzügiger Hilfe das Projekt mitfinanziert hat. Studentinnen der Akademie für Sozialarbeit in 21, Freytaggasse, haben das Projekt als Beobachterinnen begleitet und Berichte erstellt. Danke! Last but not least gilt der Projektmediatorin Frau Mag. Claudia Kappacher unser Dank, die sich aufopferungswürdig für dieses Projekt eingesetzt hat und in sehr kindgerechter Art und Weise mit den Streithelferinnen gearbeitet hat.

Eine umfangreichere Darstellung der Ergebnisse des Pilotprojektes ist in der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien erhältlich.

Schlussbemerkung

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien hat sich in den vergangenen vier Jahren entgegen vielen Befürchtungen als kooperative Partnerin für viele Institutionen der Jugendarbeit erwiesen. Besonders aber die Parteinahme für Kinder und Jugendliche in der Einzelfallarbeit und die aus dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse ermöglichten uns ein hohes Maß an qualifizierter Öffentlichkeitsarbeit - und dies trotz der geringen Ressourcen.

Wir danken all jenen, die uns durch ihre Ermutigung und ihr positives Feedback in unserer Arbeit gestärkt haben.

Wiener Patientenanwaltschaft

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Wiener Patientenanwaltschaft, LGBl. für Wien Nr. 19/1992.

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine Einrichtung des Landes Wien. Sie besteht seit 1. Juli 1992 und wird vom unabhängigen Wiener Patientenanwalt Prof. Dr. Viktor Pickl geleitet. Er wurde nach Ablauf der Funktionsperiode mit 1. Juli 1997 neuerlich auf die Dauer von 5 Jahren bestellt.

Das Gesetz beauftragt die Wiener Patientenanwaltschaft mit der Wahrung und Sicherung der Rechte und Interessen der PatientInnen in allen Bereichen des Gesundheitswesens in Wien. Die Zuständigkeit umfasst daher Krankenanstalten, Pflegeheime, Rettung und Krankenbeförderung, Dienste im Gesundheitsbereich, freipraktizierende Ärzte, Apotheken, Dentisten, Hebammen usw.

Die Tätigkeit der Wiener Patientenanwaltschaft ist entsprechend dem gesetzlichen Auftrag sehr umfangreich und vielfältig:

Behandlung von Beschwerden; Prüfung von Anregungen; Aufklärung von Mängeln oder Missständen, sowie die Abgabe von Empfehlungen zur Abstellung derselben; Erteilung von Auskünften; Beratung und Information über das Wiener Gesundheits- und Spitalswesen, sowie deren sachgemäße Inanspruchnahme, über Patientenrechte, deren Anwendung und Durchsetzung, zu allen Fragen im Zusammenhang mit dem Pflegegeld, über Hauskrankenpflege und Soziale Dienste; Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen PatientInnen und Gesundheitsdiensten, in Versicherungsangelegenheiten, in Pflegegebühren- und Honorarfragen; Hilfestellung zur außergerichtlichen Schadensregulierung bei Patientenschäden im Zusammenhang mit medizinischer Betreuung, bei der Bewältigung organisatorischer Probleme; Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern, mit den privaten Versicherungsanstalten, mit den gesetzlichen Vertretungen der freien Berufe (Kammern, Innungen), mit der Pharmaindustrie, mit allen medizinischen Selbsthilfegruppen.

Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten sind gegenüber der Wiener Patientenanwaltschaft nicht wirksam; der Wiener Patientenanwalt und seine Mitarbeiter unterliegen jedoch der vollen Amtsverschwiegenheit. Kosten und Abgaben sind bei Inanspruchnahme der Wiener Patientenanwaltschaft nicht zu entrichten. Die Funktion eines Rechtsanwaltes übt der Wiener Patientenanwalt nicht aus. Er kann daher niemanden vor Gericht oder Behörden vertreten.

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine unabhängige und weisungsfreie Anlaufstelle im Wiener Gesundheits- und Spitalsbereich. Sie wird nicht nur von Patienten, sondern auch von Ärzten und anderen Gesundheitsdiensten in Anspruch genommen. Ihre Tätigkeit dient der Stärkung der Position der Patienten im Gesundheitsbereich, der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen Patienten und allen Gesundheitsdiensten, sowie der notwendigen allgemeinen Bewusstseinsbildung auf dem Wege zu einem integrierten Gesundheitssystem in Wien.

Inanspruchnahme:
1993: 5.950 Personen
1994: 6.425 Personen
1995: 6.436 Personen
1996: 6.522 Personen
1997: 6.594 Personen
1998: 6.625 Personen

Personal:
4 Juristen (seit März 1998)
5 Fach- und Kanzleikräfte
1 Amtsgehilfe

Der Sach- und Personalaufwand wird zur Gänze vom Land Wien getragen.

Anschrift der Wiener Patientenanwaltschaft:
Schönbrunner Straße 7
1040 Wien
Tel: 587 12 04
Fax: 586 36 99

Entwicklung der Aufgaben und Tätigkeit im Jahre 1998

Sechs Jahre nach Schaffung der Wiener Patientenanwaltschaft ist eine zunehmend größere Akzeptanz dieser neuen Einrichtung feststellbar. Sie zeigt sich in der vermehrten Inanspruchnahme durch Menschen, welche Gesundheits-, Pflege- und Sozialdienste brauchen, durch Institutionen, welche patientenrelevante Fragen erörtern, sowie zunehmend mehr durch Medien, welche die Meinung der Wiener Patientenanwaltschaft zu allgemeinen und konkreten Themen einholen. Mit der Wiener Patientenanwaltschaft besteht erstmalig ein Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme, die das Gesundheits- und Spitalswesen in Wien betreffen.

Tätigkeitsbereiche

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Hilfs-, Vermittlungs-und Konfliktlösungsfunktionen aufgabenmäßig stark zugenommen haben. Organisationshilfestellungen betreffen praktisch alle Gebiete des Gesundheits- und Spitalswesens. Die Aufgabenstellung kann den Sozialbereich nicht ausklammern, weil generell untrennbare Zusammenhänge mit dem Gesundheitsbereich bestehen. Die stärkere Inanspruchnahme ist auch auf neue Aufgabenbereiche wie die gesetzlich festgelegte Mitwirkung der Wiener Patientenanwaltschaft in den Ethikkommissionen und der Krankenhausfinanzierungsfonds-Kommission zurückzuführen.

Außergerichtliche Entschädigung

Besonders stark hat die Hilfestellung zur außergerichtlichen Regelung von Patientenschäden zugenommen. Angesichts des generell großen Prozessrisikos bei Arztprozessen wird diese rasche Hilfestellung der Wiener Patientenanwaltschaft von allen Betroffenen geschätzt. Während der nun 7-jährigen Tätigkeit konnten Entschädigungen in der Höhe von rund 41 Millionen Schilling erwirkt werden.

Verschuldensunabhängige Kompensation für Patientenschäden

Im Arbeitsübereinkommen der neuen Wiener Stadtregierung wurde die Schaffung der verschuldensunabhängigen Haftpflicht angekündigt. Damit wird einer ständigen Forderung des Wiener Patientenanwaltes entsprochen. Am 20. November 1997 wurden Richtlinien für eine „Rasche finanzielle Hilfe bei Medizinschäden in Härtefällen" beschlossen, welche seit 1. Jänner 1998 angewendet werden. Im Hinblick auf die oft schwierige Beweissituation bei Medizinschäden ist es die Absicht der Stadt Wien, Patienten, die in einer Krankenanstalt oder einem Pflegeheim der Stadt Wien im Zusammenhang mit einer medizinischen Untersuchung oder Behandlung Schaden erlitten haben, generell, vor allem aber in besonderen Härtefällen rasche finanzielle Hilfe zu geben. Zu diesem Zweck wurde unter dem Vorsitz des Wiener Patientenanwaltes ein Beirat eingerichtet, welcher über die Leistung dieser finanziellen Hilfe in Härtefällen Empfehlungen abgibt. Erstmalig wurden dafür seitens der Stadt Wien im Jahr 1998 Sondermittel in der Höhe von 8,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Nach den Vergaberichtlinien hat der Beirat über seine Tätigkeit dem Wiener Krankenanstaltenverbund jährlich zu berichten. Im ersten Tätigkeitkeitsjahr wurde die Auszahlung von finanziellen Hilfen im Gesamtbetrag von 5,060.000 Schilling empfohlen. Damit wurden die zur Verfügung gestellten Sondermittel von 8,5 Millionen Schilling nicht zur Gänze in Anspruch genommen. Dies ist einerseits auf Anlaufverzögerungen zum Jahresbeginn zurückzuführen, überwiegend aber der vorsichtigen Haltung des Beirates zuzuschreiben, der in einem Schadenersatzbereich bei Medizinschäden mit sozialem Aspekt rechtliches Neuland beschreitet und noch nicht auf Erfahrungswerte zurückgreifen kann. Da erst eine langfristige Entwicklung Aufschluss über die erforderlichen Mitteln geben wird, um die Ziele dieser neuen Regelung zu erreichen, sollte dies mit einer flexiblen Handhabung bei der Zuweisung von Budgetmitteln respektiert werden.

Gesamtzahl der behandelten Fälle (1998) :	73
davon positiv erledigt:	57
davon negativ mit Ablehnung erledigt:	14
davon noch offen:	2

Die derzeitige Regelung gilt nur für Patienten, die in einer Krankenanstalt oder einem Pflegeheim der Stadt Wien Schaden erlitten haben. Alle anderen Spitäler in Wien bzw. deren Haftpflichtversicherer zeigen bereits Aufgeschlossenheit für analoge Lösungen, die in Einzelfällen schon durchgeführt werden.

Manche Patienten, die die Hilfe der Wiener Patientenanwaltschaft in Anspruch nehmen wollten, hatten ihren Hauptwohnsitz außerhalb von Wien und konnten nach den derzeitigen Richtlinien diese Hilfe nicht erhalten. Die zuständigen Entscheidungsträger der Bundesländer Niederösterreich und Burgenland wurden daher über die Wiener Regelung informiert. In den Ländern Kärnten und Vorarlberg werden ähnliche Regelungen wie in Wien in Aussicht genommen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die notwendige Information über Patientenrechte erfolgt laufend über Print- und Telemedien, sowie Schulungs- und Informationsveranstaltungen.

Tätigkeitsbericht

Die Wiener Patientenanwaltschaft hat der Wiener Landesregierung alljährlich über ihre Tätigkeit zu berichten. Diese hat den Bericht dem Wiener Landtag vorzulegen. Anlässlich der Behandlung des letzten Tätigkeitsberichtes im Landtag am 28. November 1997 wurde dem Wiener Patientenanwalt erstmalig das Rederecht im Wiener Landtag eingeräumt.

Inanspruchnahme

1996: 6.522 davon 1.332 dokumentiert
1997: 6.594 davon 1.379 dokumentiert
1998: 6.625 davon 1.490 dokumentiert

Geschlecht:	1996	1997	1998
weiblich	770	783	800
männlich	548	583	679
anonym, daher unbekannt	14	13	11

Herkunft (Bundesland)	1996	1997	1998
Wien	1.022	1.072	1.135
aus anderen Bundsländern	310	307	355

Herkunft (Staat):	1996	1997	1998
Österreich	1.323	1.376	1.485
aus anderen Staaten	9	3	5

Betroffenheit

von den dokumentierten Inanspruchnahmen betrafen:	1996	1997	1998
Städtische Krankenanstalten (insgesamt)	684	687	756
Sonstige Krankenanstalten (insgesamt)	124	149	162
Städtische Pflegeheime (insgesamt)	52	43	58
Private Pflegeheime (insgesamt)	12	11	12
Freipraktizierende Ärzte (insgesamt)	131	167	174
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienste (insgesamt)-	33	30	30
Sozialversicherungen (insgesamt)	102	99	80
Private Versicherungen	10	6	15
Apotheken und Pharmaindustrie	4	6	5
Sonstige Bereiche (z.B. Hauskrankenpflege, Soziale Dienste, Pflegegebühren allgemein, Behindertenparkplätze, Heilbehelfe, allgemeine Hilfestellungen).	180	181	198

Wiener Umweltanwaltschaft

Die erste Funktionsperiode der Wiener Umweltanwaltschaft endete am 1. Juli 1998. Dies und die Veröffentlichung unseres Tätigkeitsberichtes, der im Landtag behandelt wurde, ist Anlass für einen kurzen Rück- aber auch Ausblick auf die nächsten Jahre.

Die Anfangszeit (etwa die ersten 1 $^1/_2$ Jahre) diente neben der Erledigung der Aufgaben nach dem Wiener Umweltschutzgesetz vor allem dem Aufbau und der Konsolidierung dieser neuen, weisungsfreien Einrichtung.

Dabei haben sich als Tätigkeitsschwerpunkte neben Naturschutz vor allem Flächenwidmungen und andere Angelegenheiten, die der Bauordnung unterliegen, Umweltverträglichkeitsprüfung, Abfallwirtschaft und Beschaffung, Umweltökonomie und Umweltmanagement, Verkehr, Luftreinhaltung und Klimaschutz sowie Fragen der Bürgerbeteiligung herauskristallisiert. Die Aufgaben der Wiener Umweltanwaltschaft umfassen hierbei jeweils

- Legistik (Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, Mitarbeit in Arbeitskreisen, Vorlage eigener Entwürfe)
- Teilnahme an Verwaltungsverfahren, teilweise mit Parteistellung
- Bearbeitung von herangetragenen Anliegen
- Mitarbeit in Expertenarbeitskreisen
- Informations- und Schulungstätigkeit
- eigene Projekte

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt ergibt sich aus der umweltpolitischen Entwicklung auf Bundesebene, die es zunehmend erforderlich macht, sich verstärkt in den „typischen Bundesumweltbereichen" einzusetzen, wie etwa Gewerberecht, Umweltverträglichkeitsprüfung oder Verpackungsverordnung.

Eine immer bedeutendere Rolle spielen darüber hinaus die mit der Errichtung von Mobilfunksendeanlagen zusammenhängenden Probleme und offenen Fragen.

Die Anzahl der herangetragenen Angelegenheiten bleibt mit etwa 3.500 bis 4.000 pro Jahr in etwa konstant, wesentlich verstärkt haben sich aber die zusätzlichen konzeptionellen Arbeiten: aus den aktuellen Einzelfällen lassen sich oft grundsätzliche Defizite und Handlungsnotwendigkeiten ableiten, die die Wiener Umweltanwaltschaft in Form von eigenen Projekten und strategischen Arbeiten aufgreift. Die wichtigsten Projekte der letzten Zeit waren bzw. sind:

- PUMA-Pilotprojekt Umweltmanagement Amtshaus Friedrich Schmidt Platz 5
- Erstellung eines Wiener G'stettenführers
- interimistische Nutzung von Baulücken als „G'stetten-Parks"
- Abwärmekataster, um nutzbare Abwärmepotentiale in Wien zu orten
- Vogelschlag an Glasflächen
- Stadtökologischer (Lehr)pfad
- Handbuch Stadtnatur für Industrie und Gewerbe
- Innenhöfe
- UVP-Workshop
- Arbeitskreis „Ökologisierung der Beschaffung"
- wissenschaftliche Studien betreffend Umweltlizenzen
- „Sonneninsel" im Nationalparkcamp 1998
- Ozon-Konsens-Konferenz
- Mobilfunk
- Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen und Varietés
- Innenhöfe

Im Rahmen der fünfjährigen Tätigkeit der Wiener Umweltanwaltschaft haben sich als besondere sensible Bereiche herausgestellt: der Verkehr, die Frage der Ressourceneffizienz sowie der Naturschutz im innerstädtischen Bereich, insbesondere der sinnvolle Umgang mit verbliebenen Freiflächen. Hierbei ist die Wiener Umweltanwaltschaft immer wieder mit aus der Sicht des Umweltschutzes problematischen Einzelfallentscheidungen konfrontiert. Gerade daraus ergibt sich zumeist die klare Notwendigkeit, auf „übergeordneter", strategischer Ebene tätig zu werden, weshalb die Wiener Umweltanwaltschaft künftig ihren Schwerpunkt „konzeptives Arbeiten" weiterhin besonders beachten wird. Hierfür ist das gute Netzwerk, das sie mittlerweile mit anderen Verwaltungseinrichtungen, PolitikerInnen, WissenschafterInnen, Kammern und NGOs gebildet hat und ständig weiter ausbaut, unerlässlich.

Die wichtigsten Projekte im Jahre 1998, die von unserem Budget bezahlt bzw. mitgetragen wurden, waren:

Umweltanwältekonferenz 1998: Das jährliche Treffen der Umweltanwälte Österreichs fand im April in Salzburg statt. Es diente dem Erfahrungsaustausch über die Entwicklung des Umwelt- und Naturschutzes in den einzelnen Bundesländern.

Die Umweltanwälte waren sich darüber einig, dass über gesetzliche Regelungen allein keine nachhaltige Entwick-

lung erreichbar ist. Ohne integrative Planungen können nämlich weder internationale Verpflichtungen (z.B. Toronto-Ziel) eingehalten noch regionale Probleme (z.B. Natura 2000-Gebiete) langfristig gelöst werden. Wichtig ist dabei vor allem, die Menschen miteinzubeziehen, wie es auch in der Agenda 21 vorgesehen ist. Nur solche Lösungen, die auch von den BürgerInnen mitgetragen werden, sind erfolgversprechend.

Auch zum Themenbereich „GSM-Sendeanlagen" wurde eine gemeinsame Position der Umweltanwälte diskutiert und formuliert:

„Die Auswirkungen der spezifischen Strahlung von GSM-Sendern (gepulste 900 und 1.800 MHz-Strahlung) sind bis dato wissenschaftlich nicht ausreichend untersucht. Die Wissenschaft hinkt der Technik hinterher, es besteht dringender Forschungsbedarf. Ein gesundheitliches Risiko ist nicht auszuschließen. Solange dieses Wissensdefizit vorherrscht, hat für den bestmöglichen Schutz der Menschen das Vorsorgeprinzip zu gelten. Die Umweltanwaltschaften Österreichs fordern daher:

1. Bei Errichtung von Mobilfunkstationen ist ein eigenes Genehmigungsverfahren durchzuführen, unter besonderer Beachtung von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und Altenheimen.
2. Parteistellung von Gemeinden, Anrainern und Betroffenen einer Mobilfunkstation in den Verfahren.
3. Möglichkeit einer nachträglichen Standortüberprüfung für bestehende Mobilfunkstationen.
4. Ein regionales Gesamtkonzept für alle geplanten Mobilfunkstationen."

Zum Thema „Umweltverträglichkeitsprüfung" fordern die Umweltanwälte eine sachliche Auseinandersetzung (anstelle der derzeit teilweise unseriösen Panikmache durch Wirtschaftsverteter) darüber, wie die EU-Vorgaben umgesetzt werden können, ohne den Wirtschaftsstandort Österreich und die Umwelt- und Sozialstandards zu gefährden.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Umsetzung von EU-Richtlinien in Österreich, der Konflikt zwischen Fischerei und fischfressenden Vögeln (z.B. Kormoran, Graureiher) sowie das geplante multilaterale Investitionsabkommen M.A.I.

Die Wiener Umweltanwaltschaft präsentierte am 4. Mai 1998 ihr „Handbuch Stadtnatur für Industrie und Gewerbe" auf Multimedia CD-ROM.

Gespräche mit Vertretern der Wirtschaftskammer und mit Gewerbetreibenden haben ergeben, dass durchaus Interesse an Naturschutzmaßnahmen in den Betrieben besteht, vor allem natürlich dann, wenn damit auch ökonomische Vorteile verbunden sind.

Anhand konkreter Arbeitsanleitungen wird auf der multimedialen CD-ROM gezeigt, wie mit einfachen Mitteln die Lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen auf Betriebsgeländen verbessert werden können und welche Vorteile dadurch für das Unternehmen entstehen.

Zum Beispiel können jahrelang brachliegende Erweiterungsflächen - als Blumenwiesen gestaltet - Schmetterlingen eine neue Heimat bieten, wodurch auch die Kosten für die übliche Rasenpflege entfallen. Heimische, an den Standort angepasste Bäume, Sträucher und Wildstauden gestalten Repräsentationsflächen pflegeleicht und bieten den mit ihnen vergesellschafteten Tieren optimalen Lebensraum. Und für die zunehmend in Bebauungsplänen vorgeschriebene Dachbegrünung gibt es eine kostengünstige extensive Variante, die sich - wie auch die Fassadenbegrünung - dennoch positiv auf das Raumklima im Gebäude und das gesamte Stadtklima auswirken kann.

Diese und andere nützliche Hinweise für Industrielle und Gewerbetreibende, wie umweltschonende Wegebefestigung, Regenwasserversickerung, Anlage von Kleingewässern und Trockenmauern finden sich auf der Multimedia CD-ROM „Handbuch Stadtnatur für Industrie und Gewerbe".

Die Kurzfassung des Handbuches wird von der Wirtschaftskammer Wien an die Umweltreferenten der Wiener Betriebe ausgesandt werden, die CD-ROM ist gegen eine Schutzgebühr von S 50,– bei der Wiener Umweltanwaltschaft erhältlich. Die Kurzfassung in Broschürenform kann hier ebenfalls angefordert werden.

Glasflächen als Vogelfallen: Die Wiener Umweltanwaltschaft hat im Rahmen einer Pressekonferenz die Ergebnisse der Studie „Volièrenversuche zum Anschlag von Vögeln an Glasflächen" vorgestellt.

Beobachtungen von Ornithologen und der Wiener Umweltanwaltschaft weisen darauf hin, dass täglich Vögel durch den Anprall an Glasflächen (z.B. Fenster, Fassaden) verletzt oder getötet werden. Seit den Untersuchungen von Konrad Lorenz ist klar, dass die häufig an Glaswänden aufgeklebten Greifvogelsilhouetten keinen wirksamen Schutz gegen derartige „Vogelfallen" darstellen: Wenn sich die Attrappe nicht bewegt, wird sie vom Vogel nicht als Feind erkannt.

In ihrer aktuellen Studie hat die Wiener Umweltanwaltschaft untersucht, wie bedruckte Gläser von Vögeln wahrgenommen werden. In einer Volière wurden Zuchttauben dazu bewegt, diese der Länge nach zu durchfliegen und dabei eine Engstelle mit einem Glasmuster zu passieren. Tauben sind als schnelle, gewandte, dabei aber vorsichtige Flieger besonders für diese Tests geeignet. Um Verletzungen der Tiere zu vermeiden, wurden die Glasscheiben mit einem für Vögel nicht sichtbaren Netz gesichert. Insgesamt wurden 25 Glasmuster getestet. Interessant ist dabei, dass nicht nur der Grad der Bedeckung, sondern vor allem das Muster der Bedruckung ausschlaggebend für die Erkennung von Glasscheiben durch Vögel ist. Besonders bewährt haben sich Streifen und Gittermuster, wenn diese so gestaltet sind, dass die freien Flächen kleiner als 8x10 cm sind. Designs mit komplexeren Strukturen haben in den Tests teilweise ebenfalls gute Ergebnisse gebracht. Weniger gut geeignet sind Punktbedruckungen, insbesondere mit klei-

nen Punkten. Generell sollten die Muster scharfe Konturen haben und sich vom Hintergrund möglichst gut abheben. Verspiegelte Scheiben können Vögeln ebenfalls zum Verhängnis werden, wenn sich Bäume, Sträucher oder der Himmel darin spiegeln. Nichtreflektierende Quadrate auf Spiegelgläsern haben im Versuch bei einem Bedeckungsgrad von 10 Prozent einen guten Schutz gegen Vogelschlag geboten.

Zahlreiche Architekten, aber auch die für den U-Bahnbau zuständigen Magistratsabteilungen haben der Wiener Umweltanwaltschaft bereits ihr großes Interesse an wirksamen Schutzmöglichkeiten gegen Vogelschlag gemeldet, da besonders bei freistehenden Glasflächen immer wieder tote Vögel und Spuren des Anpralles gefunden werden. Da die Ergebnisse der Studie großen Einfluss auf die Materialwahl haben können, möchte die Wiener Umweltanwaltschaft die Studie besonders Architekten und Landschaftsplanern bekannt machen. Sie ist kostenlos bei der Wiener Umweltanwaltschaft erhältlich.

Am Dienstag, 9. Juni 1998, stattete die Wiener Umweltanwältin Dr. Karin Büchl-Krammerstätter der Kinder-Zeltstadt beim Nationalpark Donau Auen, in der die Sonneninsel – ein Kooperationsprojekt der Wiener Umweltanwaltschaft, der Initiativgruppe „Grüne Insel" im Pädagogischen Institut der Stadt Wien und einiger Wiener Solartechnikfirmen – aufgebaut war, einen Kurzbesuch ab. Täglich verbrachten dort bis zu 1.000 Wiener SchülerInnen schöne Stunden im Nationalpark, wo sie mit all ihren Sinnen richtiges Verhalten in und den sanften Umgang mit der Natur lernten.

Den heurigen BesucherInnen und Gästen des Nationalparkcamps wurde neben dem Erlebnis der „wilden" Natur erstmals auch die „Sonneninsel" geboten. Dieses von der Wiener Umweltanwaltschaft initiierte und organisierte Projekt brachte den Kindern und allen anderen BesucherInnen die Bedeutung der Sonne für alles Leben auf der Erde und die zukünftige Energieversorgung für den Menschen nahe. Ein eigenes Sonnenquiz machte Appetit auf Wissen, zahlreiche Versuche, die ungeahnte Kräfte und Wirkungen der Sonne zeigen, verblüfften die Kinder und LehrerInnen. Ein großes Photovoltaik-Modul auf einem schwenkbaren, der Sonne nachführbaren Ständer erzeugte aus dem Sonnenlicht direkt und völlig abgasfrei elektrischen Strom. Dieser wurde in einer Solarbatterie gespeichert. Je nach Bedarf konnten damit unterschiedliche Geräte betrieben werden. Nachts wurde die „Sonneninsel" von einer Lichterkette erhellt, wodurch die Kraft der Sonne auch in der Dunkelheit nutzbar wurde.

Die Wiener Umweltanwaltschaft sieht in der „Sonneninsel", deren Einsatz wegen des großen Erfolgs auch für das nächstjährige Kinder-Nationalparkcamp geplant ist, ein Mittel der Bewusstseinsbildung, welches verdeutlichen soll, dass die Sonne unseren Strombedarf mittels Photovoltaik und Warmwasseraufbereitung mittels der Sonne (neben anderen erneuerbaren Energien) unter bestimmten Voraussetzungen decken kann und können muss, weil sich die fossilen Energien Erdöl, Erdgas, Kohle, aber auch Uran früher oder später erschöpfen werden. Ja, selbst wenn die Menschheit noch lange Zeit Öl und Gas unter der Erde fände, unsere Atmosphäre zeigt uns durch den Treibhauseffekt schon jetzt, dass in unserer Energieversorgung auf das falsche Pferd gesetzt wurde bzw. immer noch wird.

Die Umweltanwältin: „Die „Sonneninsel" soll uns allen in Erinnerung rufen, dass die Sonne immer schon der wichtigste Energielieferant war und auch bleiben wird. Gerade unsere Kinder werden es in der Hand haben, künftig in allen Lebensbereichen auf die Kraft der Sonne zu vertrauen und so zu einem wirklich naturverbundenen und nachhaltigen Lebensstil zu finden."

Im Juli 1998 wurde der Arbeitskreis „Desinfektionsmittel" gegründet, der von der Wiener Umweltanwaltschaft geleitet wird. Er hat das Ziel, in Zusammenarbeit mit Hygienikern Vorschläge zu erarbeiten, auf welche Weise die chemische Desinfektion in den Wiener Krankenhäusern und Pflegeheimen nach ökologischen Kriterien optimiert werden kann. Dabei geht es vor allem darum, sowohl die Abwasserbelastung durch Desinfektionsmittel zu senken, als auch die Belastung der ArbeitnehmerInnen durch diese Mittel nach Möglichkeit weiter zu minimieren.

In diesem Zusammenhang wurde eine Empfehlungsliste für geringer umwelt- und arbeitsbelastende Desinfektionsmittel sowie ein Vorschlagskatalog zur Vermeidung von chemischen Desinfektionsmaßnahmen bei gleich bleibenden Hygienestandards erstellt.

Weiters wurde über die Human- und Ökotoxizität von Wirkstoffen aus Desinfektionsmitteln recherchiert. Es wurde der Ist-Zustand erhoben, das heißt die aktuellen Desinfektionsmittelverbräuche einiger Krankenhäuser und Pflegeheime der Stadt Wien wurden stationsbezogen ausgewertet und analysiert.

In einem Symposium der Universität Wien im Oktober 1998, „Symposium über mögliche biologische und gesundheitliche Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern", stimmten 16 hochrangige Wissenschaftler aus 8 Ländern in ihrer „Wiener EMF-Resolution" darin überein, dass biologische Effekte im Niedrigdosisbereich wissenschaftlich gesichert sind. Sie räumten allerdings ein, dass sich derzeit kein Konsens zur Ableitung verlässlicher Expositionswerte erzielen lässt und fordern daher verstärkte Forschungsbemühungen zur Abklärung der gesundheitlichen Relevanz und eine Öffentlichkeitsbeteiligung am Entscheidungsprozess.

Wiener EMF-Deklaration zur Problematik der GSM-Handys und Basisstationen:

Anlässlich dieses Symposiums, das von der Universität Wien mit Beteiligung der Wiener Umweltanwaltschaft veranstaltet wurde, verabschiedete das internationale Wissenschafts-Gremium, eine bemerkenswerte Resolution, in der es unter anderem heißt:

„Die TeilnehmerInnen stimmen darin überein, dass biologische Effekte im Niedrigdosisbereich wissenschaftlich gesichert sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich allerdings kein Konsens zur Ableitung verlässlicher Expositi-

onsgrenzwerte erzielen. Die vorliegenden Fakten verlangen verstärkte Forschungsbemühungen zur Abklärung von deren gesundheitlicher Relevanz und zu einer entsprechenden Charakterisierung der Exposition sowie zur Dosis-Ermittlung. Der Öffentlichkeit soll rechtzeitig die Möglichkeit der Beteiligung am Errichtungs-Prozess geboten werden. Dies sollte Informationen über technische und Expositionsdaten genauso beinhalten, wie über den Stand der Gesundheitsdebatte. Öffentlichkeitsbeteiligung am Entscheidungsprozess (Grenzwerte, Standort, usw.) soll ermöglicht werden."

Diese Deklaration unterstreicht einmal mehr die Forderung der Wiener Umweltanwaltschaft bei der Aufstellung von Mobilfunkmasten dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen. Solange daher einerseits noch ein erhebliches Wissens- und somit Forschungsdefizit betreffend mögliche negative biologische/gesundheitliche Effekte von Mobilfunkanlagen besteht, andererseits biologische Effekte im Niedrigdosisbereich bereits wissenschaftlich gesichert sind, wären Vorsorgewerte als Immissionsgrenzwerte für die Leistungsflussdichte von gepulsten Feldern in Abhängigkeit der verwendeten Frequenzen verbindlich festzulegen.

Der Entwurf für ein neues Betriebsanlagenrecht wurde von zahlreichen Stellen heftig kritisiert. Um die Problematik des Entwurfs wirksam öffentlich publik zu machen, fand am 27. November 1998 (Café Landtmann, 10 Uhr) eine gemeinsame Pressekonferenz von den Umweltanwaltschaften, der Arbeiterkammer, der Volksanwaltschaft und einem Vertreter der Vollzugsbehörde statt.

Hier noch einmal die wichtigsten Kritikpunkte: Eigentlich sollte der Entwurf für ein Betriebsanlagenrecht der Standortsicherung, der Vereinfachung der Verfahrensabläufe und dem gesamtheitlichen Umweltschutz dienen. In Wirklichkeit würde seine Realisierung per Gesetz zu einer weiteren Beschneidung der Anrainerrechte führen, acht verschiedene Verfahrensarten kreieren und einen Rückschritt der österreichischen Umweltpolitik auf EU – Mindestniveau bewirken. Solch ein Ansatz kann nicht „zukunftsfähig" sein! So wird der umstrittene Begriff der „besten verfügbaren Technik" verwendet, sämtliche nähere Angaben zur Zielerreichung fehlen jedoch.

Der Entwurf sieht acht Anlagenarten mit jeweils unterschiedlichen Verfahren vor, die Genehmigungsfreiheit einer Anlage wird zum Regelfall, die Genehmigungspflicht zur Ausnahme. Daneben bleibt jedoch eine Reihe von Materiengesetzen unberührt bzw. sollen bei zulassungsfreien Anlagen die anderen Materiengesetze „wieder aufleben". Eine Vereinfachung der Zulassungsverfahren ist nicht erkennbar. Die weitere Zurückdrängung der Anrainerrechte begünstigt die Verlagerung der Konflikte auf andere Ebenen („auf die Straße"). Die Verringerung der Emissionsanforderungen auf „wirtschaftliche Zumutbarkeit" stellt eine inakzeptable indirekte Förderung umweltbelastender Produktionsmethoden dar.

Die rechtsstaatlich bedenkliche Möglichkeit, Anlagen künftig vor rechtskräftiger Genehmigung – ja selbst entgegen einer höchstgerichtlichen Entscheidung – errichten, betreiben oder ändern zu können, müsste wohl den letzten Zweifler von der Unbrauchbarkeit dieses Entwurfs überzeugen.

Um den eingangs erwähnten Problemen wirksam begegnen zu können, bedürfte es einer systematischen, gezielten Vorgangsweise zur eigentlichen Zielerreichung. Unabhängig davon fehlt im Entwurf die verbindliche Vorschreibung eines Verfahrensmanagements.

Teilnahme an den am 10. und 11. Dezember 1998 veranstalteten „Speyerer Qualitätstagen", der Abschlusstagung des 4. Speyerer Qualitätswettbewerbes. Dieser Wettbewerb wird alle zwei Jahre von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer – eine der renommiertesten Institutionen auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften im deutschen Sprachraum – ausgeschrieben.

Der diesjährige Wettbewerb richtete sich an die gesamte öffentliche Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz und hatte zum Ziel, die innovative Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung in Richtung Leistungs-, Qualitäts- und Kundenorientierung zu fördern. Teilnahmeberechtigt waren sowohl ganze Verwaltungseinrichtungen, die der Meinung waren, dass sie zukunftsgerichtet, serviceorientiert, effizient und effektiv, erfolgreich und leistungsstark arbeiten und sich zutrauten, Aushängeschild und Vorbild für andere zu werden, als auch besonders innovative Projekte. Für die Wettbewerbsteilnehmer bestand die Möglichkeit, sich selbst „auf den Prüfstand zu stellen" und sich mit anderen zu vergleichen („Benchmarking" - Prinzip). Seitens der Experten der Hochschule war zu diesem Zweck ein sehr umfangreicher und anspruchsvoller Kriterienkatalog auf der Basis des New Public Management-Konzeptes vorgegeben worden, anhand dessen die einreichenden Verwaltungen zunächst eine Selbstbewertung vorzunehmen hatten. Die Bewerbungen wurden dann einer speziellen Evaluierung unterzogen, wobei jene Verwaltungseinrichtungen und Projekte, die in die engere Wahl für einen Preis kamen, auch noch vor Ort begangen wurden. Insgesamt sollte dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, die eigenen Stärke- und Schwächefelder kennen zu lernen und sich gegebenenfalls mit den herausragenden eigenen Stärken nach außen hin darzustellen, um anderen eine Lernchance zu bieten. Gleichzeitig sollten aber alle Wettbewerbsteilnehmer auch die Gelegenheit erhalten, von den herausragenden Stärken anderer lernen zu können (Prinzip des kooperativen „Benchlearning").

Die „Speyerer Qualitätstage" dienten der Verleihung der Preise und Anerkennungsurkunden sowie dem fachlichen Austausch der Teilnehmerverwaltungen.

Seitens Wiens haben zwei Verwaltungseinrichtungen – die Wiener Umweltanwaltschaft sowie die Abschleppgruppe der MA 48 – sowie ein Projekt – das Pilotprojekt PUMA zur Einführung eines Umweltmanagementsystems im Amtshaus in 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5 (eingereicht durch die Wiener Umweltanwaltschaft) – am Wettbewerb teilgenommen, wobei PUMA (nähere Beschreibung nächster Absatz) sogar in die engere Auswahl für den Projekt-

preis gekommen ist. Allen drei Einreichungen wurde eine besondere Anerkennung für die Verwaltungsmodernisierung ausgesprochen.

Auf Anregung und unter wissenschaftlicher Betreuung der Wiener Umweltanwaltschaft wurde im Zeitraum November 1996 bis Dezember 1997 unter Leitung der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion-Dezernat 5 das „Pilotprojekt zur Einführung eines Umweltmanagementsystems im Amtshaus Wien 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5" (PUMA) durchgeführt. Der Abschlussbericht wurde Ende März 1998 der Magistratsdirektion vorgelegt.

Herzstück der Arbeiten war die so genannte Umweltprüfung (Ist-Analyse), bei der
- sämtliche vom untersuchten Amtshaus verursachten umweltrelevanten Auswirkungen analysiert,
- die relevanten Rechtsvorschriften zusammengestellt und
- die für das Umweltmanagement wichtigsten organisatorischen Rahmenbedingungen durchleuchtet wurden.

Die Umweltprüfung offenbarte erhebliche Verbesserungspotentiale in den Bereichen Energie, Beschaffung und Abfallwirtschaft.

Aufgrund dieser Analyse erarbeitete das Projektteam zunächst ein Umweltprogramm, bestehend aus Vorschlägen für Umweltschutzziele und Maßnahmen zu deren Erreichung zu folgenden Themenbereichen: Stromverbrauch und -kosten, Heizenergie, Abfallvermeidung, Problemstoffe, Abfalltrennung, laufende Instandhaltung, umweltgerechte Beschaffung.

Etliche Maßnahmen konnten sofort umgesetzt werden. So wurden etwa über 300 Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzt, wodurch eine jährliche Kostenreduktion von S 116.000,– (bei einer einmaligen Investition von S 37.000,–) erzielt werden konnte. Weiters wurden ein defektes Ventil an der Wärmetauscheranlage der Heizung ausgewechselt, einige im Zuge der Umweltprüfung entdeckte Schäden behoben, die Vorgangsweise hinsichtlich der Raumlüftung in den Büros neu geregelt (um ein „beim Fenster-hinaus-Heizen" zu verhindern), die Verwendung von Recyclingpapier verstärkt sowie – soweit nicht ohnehin bereits vorhanden – flächendeckend Altpapiersammelbehälter aufgestellt.

Weitere Maßnahmen werden im Zuge einer vor kurzem angelaufenen Sanierung zweier Stockwerke dieses Amtsgebäudes realisiert werden: Reparatur der undichten Fenster, Demontage dezentraler Elektroboiler, Installation einer zentralen Warmwasseraufbereitung, Austausch alter Heizkörper und Montage von Thermostatventilen, generelle Erneuerung der Beleuchtung.

Die Ergebnisse des Projektes PUMA flossen aber auch in zahlreiche andere Magistratsprojekte ein (z.B. Aufbau einer Energiebuchhaltung, Kriterienkatalog für die umweltgerechte Beschaffung, KliP-Projekt „Ökologisierung von Schulen") und bringen daher einen weit über das eigentliche Pilotprojekt hinausgehenden Nutzen.

Die Projektgruppe hat in ihrem Abschlussbericht vorgeschlagen, im Amtshaus Friedrich-Schmidt-Platz 5 weiterhin Umweltmanagement zu betreiben und Umweltmanagementsysteme auch in weiteren ausgesuchten Objekten der Stadt Wien einzusetzen (z.B. in Schulen, Kindertagesheimen, städtischen Bädern, weiteren Amtsgebäuden; ein Projekt zur Einführung von Umweltmanagement an Schulen ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien bereits angelaufen). Der Bericht enthält darüber hinaus eine Reihe organisatorischer Vorschläge sowie Anregungen hinsichtlich Mitarbeiterschulungen, Informationsmanagement und Verknüpfung der Umweltmanagementbemühungen mit jenen Aktivitäten, die auf eine Modernisierung der Wiener Stadtverwaltung abzielen.

In Zusammenhang mit dem Projekt PUMA (Einführung von Umweltmanagementsystemen in Objekten der Stadt Wien) veranstaltete die Wiener Umweltanwaltschaft eine in zwei aufeinander aufbauende Teile gegliederte Schulung zum Umweltauditor bzw. zur Umweltauditorin.

Teil 1 der Schulung widmete sich vor allem den Systemelementen eines Umweltmanagementsystems und den Anforderungen an die damit verbundene Ablauforganisation. Teil 2 hatte die zentralen Fragestellungen im Rahmen der Durchführung eines Öko-Audits zum Thema; die entsprechende Vorgangsweise wurde im Rahmen eines Probeaudits eingeübt.

Durch diese Schulung haben die TeilnehmerInnen Qualifikationen erlangt, die für den Aufbau eines Managementsystems im Allgemeinen, eines Umweltmanagementsystems im Besonderen sowie die Überprüfung eines bereits implementierten Umweltmanagementsystems auf seine Funktionsfähigkeit („Öko-Audit") von zentraler Bedeutung sind.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit machten wir die Wiener Bevölkerung wieder durch unsere Plakate in einigen U-Bahnstationen aufmerksam.

Ebenso waren wir in vielen Tageszeitungen und Medien, die sich mit Umweltschutz beschäftigen, präsent. Unser Pressespiegel kann bei der Wiener Umweltanwaltschaft angefordert werden.

Zusammenfassung – ein Blick in die Zukunft:

Die Wiener Umweltanwaltschaft wird neben ihren gesetzlich vorgegebenen Aufgaben vor allem ihren Schwerpunkt in jenen Bereichen beibehalten bzw. sogar verstärken, in denen ökonomische und ökologische Ziele zur Deckung gelangen. Die wichtigsten Projekte in nächster Zeit werden (weiterhin) beispielsweise sein: die Einführung von Umweltmanagementsystemen, der Umgang mit neuen, marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik, die Verbesserung des Verfahrensmanagements zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Fragen der Bürger-

beteiligung, die Bildung einer ExpertInnenplattform zum Thema „Energieeffizienz" im Rahmen des ökosozialen Forums Wien sowie Global System for Mobile Communication (GSM).

In ihrer bisherigen Funktionsperiode konnte die Wiener Umweltanwaltschaft immer wieder feststellen, wie wichtig ihr Informationsaustausch und die permanente Kommunikation „nach allen Seiten" sind. Auch den begonnenen Weg eines verstärkten Kontaktes mit den Bezirken wird die Wiener Umweltanwaltschaft weiterhin beschreiten.

Ihren Leitsatz „Kooperation vor Konfrontation", der sich bisher sehr bewährt hat, wird die Wiener Umweltanwaltschaft auch künftig beibehalten. Dieser Leitsatz bedeutet freilich nicht, (faule) Kompromisse zu schließen. Es geht vielmehr darum, in einer entsprechenden Diskussionskultur einerseits eigene Standpunkte zu vertreten, andererseits auch andere Standpunkte zu hören, ohne sich gleich von vornherein dagegen zu verschließen und möglichst eine gemeinsame Lösung zu finden. Dies schließt natürlich nicht aus, dass es in einzelnen Fällen notwendig war bzw. wohl immer sein wird, als Umweltanwaltschaft die Anliegen des Umweltschutzes mit allem Nachdruck entgegen anderen Interessen auch in der Öffentlichkeit zu verteidigen bzw. durchzusetzen.

Wiener Tourismusverband

Dem Wiener Tourismusverband stand 1998 zur weltweiten Vermarktung Wiens als touristischer Destination ein Budget von 186,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Etwa die Hälfte davon (48,8 %) war der Ertrag der Ortstaxe. 32,4 Prozent waren Zuwendungen der Stadt Wien, die vor allem für die Werbung im Ausland, aber auch für den Auskunftsdienst und das Kongressbüro des WTV eingesetzt wurden. Die Wirtschaftskammer Wien trug 4,2 % des Budgets 1998 bei.

Ausgaben des Wiener Tourismusverbandes 1998

Werbung, Presse & Public Relations	35,8 %
Auslandsmedienbetreuung & Verkaufsförderung	15,3 %
Kongressbüro	4,7 %
sonstiger Zweckaufwand	3,8 %
Sachaufwand	10,0 %
Personal	30,4 %

Rund 106 Millionen Schilling flossen 1998 direkt ins touristische Marketing, wobei die Saisonwerbung mit etwa 37,7 Millionen Schilling und die Werbemittelproduktion mit 20,8 Millionen Schilling die größten Posten darstellten. Unter sonstigen Zweckaufwand fallen u.a. Aufwendungen für Wiens touristische Infrastruktur wie z.B. die Aktion „Wien - eine Stadt stellt sich vor", Fußgängerwegweiser und Busüberwachung. Im Sachaufwand sind neben den Kosten für Miete, Strom, Instandhaltungskosten auch die Ausgaben für den weltweiten Versand und die weltweite Kommunikation in der Höhe von rund 9 Millionen Schilling enthalten.

Als weltweit für die Destination Wien agierende Werbe- und Marketingagentur setzte der WTV folgende Aktivitäten:

An Werbemitteln, die Wiens optischen Auftritt auf den Weltmärkten bestimmen, wurden 1998 in der Abteilung Werbung, Presse & Public Relations von den WTV-Teams Redaktion und Produktion insgesamt 120 Stück getextet bzw. produziert (Broschüren, Prospekte, Plakate). Darunter sind vor allem diverse Druckwerke zu erwähnen, die für das „Jahr des Walzerkönigs" 1999 (100. Wiederkehr des Todestages von Johann Strauß) vorbereitet wurden. Gemeinsam mit einem Merchandising-Unternehmen wurden dazu außerdem über zwei Dutzend Produkte - vom Regenschirm bis zum Kaffeehäferl - unter dem Titel „Original Vienna Strauss Collection" aufgelegt.

In der klassischen Werbung setzte der WTV 1998 erstmals vorwiegend Zeitungsbeilagen als Medium anstelle von Inseraten ein: Sowohl eine Sommer- als auch eine Winter-Ausgabe des großformatigen, vier Seiten starken „Wiener Szene"-Reports wurde in elf Sprachen renommierten Printmedien in insgesamt 14 Ländern Europas beigelegt. Dabei wurden nicht nur die europäischen Hauptmärkte des Wien-Tourismus berücksichtigt, sondern etwa auch skandinavische Länder sowie Griechenland - ein Markt, in dem der WTV somit erstmals klassische Werbung durchführte. Die Jahresgesamtauflage des „Wiener Szene"-Reports betrug 16 Millionen Stück.

Das bereits seit zehn Jahren halbjährlich erscheinende 24-seitige „Wiener Szene"-Journal wurde 1998 in fünf Sprachen und einer Gesamtauflage von 1,2 Millionen Exemplaren publiziert und weltweit bei Eigenveranstaltungen, über die Zweigstellen der Österreich-Werbung und mit Hilfe von 18 kommerziellen Partnern (Reiseveranstaltern, Fluglinien) weltweit gezielt verbreitet.

Zusätzliche Werbekampagnen gab es in folgenden Märkten:

EUROPA: Im Frühjahr und Herbst erfolgte jeweils eine Werbewelle in Deutschland (Zeitungsinserate gemeinsam mit der Deutschen Bahn und einem Reiseveranstalter), London (U-Bahn-Plakate), Frankreich (Großflächenplakate in Paris und vier weiteren Städten, im Herbst zusätzlich Plakataktion in der Pariser U-Bahn mit einem französischen Reiseveranstalter) und Österreich (City-Light-Plakate in Klagenfurt, Villach, Salzburg/Stadt, Innsbruck und mehreren Städten Vorarlbergs).

USA: In den USA wurde die 1994 gestartete Kampagne „Austria's Imperial Cities" gemeinsam mit der Österreich-Werbung, Austrian Airlines und den Städten Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt und Linz fortgesetzt. Sie umfasste Inserate in Reisemagazinen und landesweite Radio-Spots, ein Follow-up mit Druckwerken sowie eine Direct-Mail-Aktion.

JAPAN: Gemeinsam mit der Österreich-Werbung und Austrian Airlines schaltete der WTV im Frühjahr Inserate in Printmedien, warb mittels Plakaten in U-Bahn-Wagons in Tokio und Osaka sowie mit einem riesig dimensionierten Plakat am prominenten Tokioter Sony Square. Im Herbst setzte er erstmals Kino-Werbung in Japan ein: Werbe-Spots, die vor allem auf junges Publikum abzielten, liefen in 20 Kino-Zentren Tokios und in 14 Kino-Zentren Osakas.

Um möglichst umfangreiche Berichterstattung der internationalen Medien über Wien zu bewirken, war der WTV im Rahmen seiner systematischen Auslandsmedienbetreuung 1998 Gastgeber für insgesamt 1.232 Medienvertreter: Journalisten von Printmedien aus 45 Ländern sowie Radio-, TV- bzw. Film-Teams aus 30 Ländern. Themenschwerpunkt war das Elisabeth-Jahr, das mehr internationale Berichterstattung hervorrief als je ein Jahresthema zuvor.

Für Wiens Präsenz in den Angeboten der internationalen Reiseindustrie sorgte die WTV-Verkaufsförderung durch systematische Arbeit in den einzelnen Märkten. 1998 absolvierte dieses Team 176 Auslandseinsätze in insgesamt 45 Ländern. Es repräsentierte Wien dabei auf 44 Fach- bzw. Publikumsmessen, bei 69 Workshops für ausländische Reisebüros sowie 63 Sonderpräsentationen und organisierte auch die Teilnahme der Wiener Branche an den jeweiligen Veranstaltungen. Zusätzlich betreute es 2.330 Reisebürorepräsentanten in Wien, die in 157 Studiengruppen aus 42 Ländern angereist waren.

Herausragende Aktion war eine Präsentation von Kostproben der Wiener Event-Highlights, die als Bühnen-Show Gastspiele in Madrid und Barcelona sowie in Rom und Mailand gab. Entscheidungsträgern der Reiseindustrie und Medienvertreter waren dazu als Publikum geladen. Hervorzuheben ist auch der Mega-Workshop „Asia meets Vienna": 90 Top-Touristiker aus 10 asiatischen Märkten waren vom WTV eingeladen, das Produkt Wien live zu erleben, und ihre Geschäftskontakte zu 40 Vertretern der Wiener Branche auf- bzw. auszubauen.

Das WTV-Kongressbüro, weltweit in der Akquisition von Kongressen und Firmenveranstaltungen (Tagungen und Incentives) tätig, vertrat die Kongressdestination Wien 1998 auf 31 Fachmessen- bzw. Kongressen und koordinierte auch die Teilnahme von Wiener Anbietern daran. In Wien betreute es Inspektionsreisen von 270 Kongress- und Incentive-Entscheidungsträgern aus 9 Ländern: 16 Studiengruppen mit insgesamt 192 Personen, alle anderen in Einzelbetreuung.

In der Abteilung Gästeservice, Personal & Finanzen ging mit Februar 1998 der Buchungsservice „Wien-Hotels" in Betrieb, der es Gästen ermöglicht, Zimmer in allen Wiener Hotels telefonisch beim Wien-Tourismus vorauszubuchen. Bis Jahresende wurden damit 5.000 Reservierungen mit 15.000 Zimmernächten getätigt.

In den vier Tourist-Informationen in Wien erhielten 1998 über 386.000 Besucher kostenlos persönliche Beratung in 13 Sprachen sowie Informationsunterlagen in 18 Sprachen. Rund 52.000 schriftliche bzw. telefonische Anfragen von Wien-Interessenten wurden in der WTV-Zentrale bearbeitet.

Die Wien-Karte, die Besuchern vier Tage lang Vergünstigungen bei Museen und Sehenswürdigkeiten, in Geschäften und Restaurants sowie 72 Stunden freie Fahrt mit Wiens öffentlichen Verkehrsmitteln bietet, wurde 1998 rund 220.000-mal verkauft und war damit die beliebteste Gästekarte Österreichs.

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien

Im Jahre 1998 war die Zahl der von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) betreuten Personen rückläufig. Im Einzelnen erhöhte sich die Zahl der aktiven Beamten im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 78 auf 47.754, die Zahl der Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen sank um 129 auf 22.178. Die Zahl der anspruchsberechtigten Angehörigen verringerte sich um 122 und betrug damit im Jahresdurchschnitt 44.198. Die Gesamtzahl der geschützten Personen war mit 114.130 um 173 geringer als im Vorjahr.

Die finanzielle Situation der Anstalt entwickelte sich negativ. 1998 hat mit einem Verlust von 126,5 Millionen Schilling abschlossen.

Die Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um 5,4 Prozent (1997: 7,3 %), die Beitragserträge um 2,8 Prozent (1997: 0,5 %).

Für Leistungen an Anstaltsmitglieder und deren Angehörige wurden im Berichtsjahr 1.982 Millionen Schilling aufgewendet, das sind um 102 Millionen Schilling oder 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Von den Gesamtaufwendungen in der Höhe von 2.111 Millionen Schilling wurden 93,9 Prozent für Leistungen aufgewendet.

Die Kostenentwicklung der einzelnen Leistungssparten zeigte folgendes Bild: Die Aufwendungen für ärztliche Hilfe stiegen gegenüber dem Jahr 1997 um 6,4 Prozent. Für Zahnbehandlung und Zahnersatz erhöhten sie sich um 3,6 Prozent. Die Anstaltspflege stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent, die erweiterte Heilfürsorge um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine ebenfalls steigende Tendenz weisen die Aufwendungen für Heilmittel (9,4 %) und Heilbehelfe (9 %) auf. Die Aufwendungen für die Gesundenuntersuchungen verringerten sich um 3,8 Prozent.

Die Verpflegstage im Sanatorium Hera erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.159 auf 32.952. Die Gesamtzahl der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulatorien der verschiedenen Fachrichtungen war mit 441.482 um 43.603 geringer als im Vorjahr. Hievon entfielen 170.368 auf die Zahnambulatorien und 271.114 auf die sonstigen Fachambulatorien.

Im Kurheim Habsburgerhof und Erholungsheim Raxblick waren insgesamt 28.843 (1997: 30.853) Verpflegstage zu verzeichnen, davon Habsburgerhof 13.291 (1997: 13.825) und Raxblick 15.552 (1997: 17.028).

Außerdem wurden im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge 978 Personen Zuschüsse für Erholungsheimaufenthalte im Gesamtausmaß von 18.291 Tagen gewährt.

2.031 Fällen mit 44.026 Verpflegstagen, bei denen die Unterbringung in Vertragseinrichtungen der KFA erfolgte, standen 276 Fälle gegenüber, bei denen Zuschüsse für 4.629 Verpflegstage gewährt wurden.

In den verschiedenen Kurorten standen für die Unterbringung und Betreuung der von der KFA entsandten Patienten wieder die bereits in den Vorjahren bewährten Vertragseinrichtungen zur Verfügung.

Die beiden eigenen Einrichtungen (Erholungsheim Raxblick und Kurheim Habsburgerhof) wurden von den Patienten wieder besonders positiv beurteilt.

Sachverzeichnis

Seite

A

Abfallbehandlungsanlage ... 458
Abfallmengen ... 455, 456
Abfallwirtschaft ... 395, 445
Abgaben ... 117
Abgabenhauptverrechnung ... 130
Abschleppgruppe ... 452
Adoptionsstelle ... 155
Akademie für Sozialarbeit ... 165
Allgemeine Personalangelegenheiten ... 80
Altlasten ... 432
Altstoffe, Sammlung ... 457
Altstadterhaltung ... 219
Altstadterhaltungsfonds, Wiener ... 494
Amt für Jugend und Familie ... 147
Amtsärztliche Untersuchungsstelle ... 259
Amtsblatt der Stadt Wien ... 199
Amtshäuser ... 486
Amtsraumlenkung ... 45
Arbeitsrecht ... 245
Architektur ... 331
Archivbibliothek ... 223
Aufforstungen ... 462
Aufnahme in städt. Pflege- bzw. Wohnheime ... 281
Auftragnehmerkataster ... 60
Ausstellungen ... 11, 199, 328
Auszeichnungen ... 14
Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung ... 308

B

Bäder ... 429
Bauangelegenheiten, rechtliche ... 515
Baubehördliche Angelegenheiten, allgemeine ... 499
Baugrundkataster ... 358
Baugrunduntersuchungen ... 358
Baupolizei ... 504
Bau- und Brennstoffbeschaffung, Ankauf und Einlagerung, Abgabe an städtische Verbrauchsstellen ... 93
Baurechtsverwaltung ... 518
Bedienstetenschutz (MD-BS) ... 38
Bedürfnisanstalten, öffentliche ... 448
Behinderte ... 171, 172, 175
Behindertengerechtes Bauen ... 175
Behindertenzentrum ... 175
Beleuchtung, öffentliche ... 419
Beratungszentrum für Gesundheit und Wohlbefinden ... 257
Berufsschulen ... 209
Besoldungsamt ... 86
Bestattung Wien ... 145

Seite

Betreuung zu Hause ... 262
Betriebliches Vorschlagswesen (BVW) ... 13, 45
Betriebswirtschaft und Controlling (MD-BC) ... 47
Bezirksbudgets ... 119
Bezirksgesundheitsämter ... 238
Bezirksmuseen ... 218
Bibliothek, technische ... 331
Bildende Kunst ... 214
Bildung ... 183
Bildungsprojekte ... 184
Brückenbau ... 353
Brückenerhaltungen ... 356
Büchereien, städtische ... 191
Buchhaltungen ... 125
Bürgerdienst ... 201
Büro des Magistratsdirektors ... 12

C

Chemie, Referat ... 409
Club 21 ... 171

D

Denkmalpflege ... 218
Desinfektionsanstalt ... 233
Detailmärkte, Wiener ... 103
Dienstaufsicht ... 13, 37
Dienstkraftwagenbetrieb ... 33
Dienstprüfungen, Vorbereitungskurse ... 39
Dienstrecht
- allgemeine Angelegenheiten ... 80
Donauhochwasserschutz, technische Angelegenheiten ... 433
Drogenangelegenheiten ... 258
Druckerei ... 95
Druckschriftensammlung ... 224
Drucksorten ... 42

E

EDV- und Informationsmanagement (MDI) ... 49
Ehe- und Familienberatung ... 159
Ehe- und Familientherapie, Institut ... 159
Ehrengräber ... 134
Ehrenzeichenkanzlei ... 14
Ehrungen ... 216
Einbürgerungen ... 108
Eisenbahnangelegenheiten, rechtliche ... 515
Elektro- und Gasangelegenheiten, behördliche ... 423
Elternberatungsstellen ... 250
Eltern-Kind-Zentren ... 157

Seite

Elternschulen 157
Energieangelegenheiten, rechtliche 515
Energieversorgung
- Wiengas 144
- Wienstrom 142
Enteignungsverfahren 516
Entwicklungsdiagnostische Ambulanzen 250
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst 131
Ernährungsberatungsstelle 257
Ernährungswesen, rechtliche Angelegenheiten .. 111
Eröffnungen, Grundsteinlegungen 11
Erwachsenenbetreuung 169
Erziehungshilfe, Institut 159
EU-Förderungen (MD-EUF) 24
Euro-Projektkoordination 36

F

Fachschulen der Stadt Wien
für wirtschaftliche Berufe 209
Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) 156, 172
Fahrgastfrequenz, Wiener Linien 144
Fahrschulinspektorat 471
„Fahrt ins Grüne" 178
Familienberatungsstellen 159
Familienzuschuss 153
Ferienspiel, Wiener 188
Feuerpolizei 424
Feuerwehr und Katastrophenschutz 473
Film(büro) 200
Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten 117
Finanzwirtschaft 118
Fischereiwesen 469
Flächennutzung Innen-West 340
Flächennutzung Süd 344
Flächennutzung Nordost 346
Fleischuntersuchung 102
Flüchtlinge 167
Flüchtlingsbetreuung 171
FOCUS 164, 172
Forstamt 460
Forste der Stadt Wien, Verwaltung, Fläche 460
Forstliche Raumplanung 464
Frauenangelegenheiten 96
Frauenförderung 97
Frauenhäuser 97
Friedhofsgärtnerei, städtische 133
Friedhöfe, städtische 131
Fuhrpark 449

Seite

G

Ganztagsschule, Schulversuch 205
Gartenanlagen,
öffentliche, Entwurf und Erhaltung 425
Geldaushilfen 166
Gemeinderat, Veränderungen 9
Gemeindewohnungen, Zuweisung 480
Gemeinnützige Bauvereinigungen, Aufsicht 514
Geriatrische Tageszentren 273
Geschlechtskrankheiten,
Verhütung und Bekämpfung 234
Gesundheitsamt 230
Gesundheitsdienste 248
Gesundheitsplanung 247
Gesundheits- und Sozialzentren 275
Gesundheitswesen 230
Gewässeraufsicht 434
Gewerbeangelegenheiten, Marktamt 103
- technische 421
Gewerberegister 115
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des
Ernährungswesens 111
Gewerbliches Prüfungswesen 115
Großmarkt Wien-Inzersdorf 103
Grünraumplanung 324
Grundbau 353, 357
Grunderwerb 517
Grundfreimachungen 518
Grundstücksangelegenheiten
- rechtliche und administrative 517
- technische 506
Grundverwaltung 519

H

Handschriftensammlung 225
Hauptwerkstätte für Instandsetzung,
Anschaffung und Erprobung von Fahrzeugen
und Geräten der MA 48 451
Hauskrankenpflege, mobile 268
Hausinspektoren 482
Haustechnik 495
Heizwerkstätte 499
Herbergen 491
Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH) 29
Historisches Museum der Stadt Wien 226
Hochbau 492
Holzeinschlag, Forste der Stadt Wien 460
Hundezonen 427
Hydrologie, Gruppe 435

Seite

I

Impfstelle für Auslandsreisende 255
Impfungen 232, 255
Infektionskrankheiten, anzeigepflichtige 230
Informations- und Kommunikationstechnologie 308
Internationale Beziehungen (MD-IB) 19
Institut
- für Ehe- und Familientherapie 159
- für Erziehungshilfe 159
- für Sozialpädagogik 165
- für Umweltmedizin der Stadt Wien (IFUM) .. 254

J

Jagd, Abschüsse in den Wiener Forsten 463
Jagdwesen 469
Jüdisches Museum 228
Jugend und Familie, Amt für 147
Jugendberufshilfe 158
Jugendbetreuung, außerschulische 183
Jugenderholung, Verein 160
Jugendsportaktionen 196
Jugendwohlfahrtsbericht 148
Jugendzahnkliniken 251

K

Kanalisation 408
Katastrophenschutz 473
Kinderpsychologische Beratungsstellen 160
Kindertagesheime 152, 161
Kinder- und Jugendanwaltschaft 523
Klangbogen 212
Kleingartenverwaltung 519
Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP) ... 388
Klinikverbindungsdienst 157
Körperbehinderte, Betreuung 260
Kompetenzzentrum für
- behinderte Kinder 161
- Jugendwohlfahrt und berufliche Integration ... 159
- unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 153
Konservatorium 194
Kontrollamt 520
Koordinationsbüro (MD-KOB) 20
Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen 289
Krankenanstaltenfinanzierung(sfonds) 138
Krankenanstaltenverbund, Wiener 286
Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien 544
Kultur 211
Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte, Referat 169

Seite

L

Lärmschutz 369, 373
Landarbeitsrecht 467
Landesbildstelle Wien 192
Landesgesetzblatt für Wien, Herausgabe 199
Landesjugendreferat 187
Landeskultur, rechtliche Angelegenheiten 466
Land- und Forstwirtschaftsinspektion 467
Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Ertrag 462
Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien 460, 461
Lebensmittelpolizei 101
Lebensmitteluntersuchungsanstalt 87
Legistischer Dienst 15
Leihgebungen 228
Liegenschaftsbewertung 506
Liegenschaftsevidenz, zentrale 506
Literatur, Förderung 215
Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie 464
Luftfahrtangelegenheiten, rechtliche 516
Luftmessnetz 370, 383f
Luftreinhaltung 370, 372, 383f

M

Magistratsdirektion 10
Magistratische Bezirksämter 77
Marktamt 100
Marktbetrieb St. Marx 105
Medizinisch-meteorologische Beratungsstelle ... 257
Mietbeihilfe 176
Miet- und Nutzwertberechnung 507
Misttelefon 446
Mobilbüro des Bürgerdienstes 202
Mobile Hauskrankenpflege 268
Mobiler Bürgerdienst 32
Modeschule der Stadt Wien 195
Motorisierter Individualverkehr 328
Müllanfall 425
Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, Spittelau, Leistung 458
Museen der Stadt Wien 226
Musik 211
Musiklehranstalten, städtische 194
Mutter-Kind-Unterbringungen 164

N

Nachrichtentechnik 489
Naturschutz und Landschaftspflege 369, 375
Netzausbau, Wiengas 144
- Kanal 408

Seite
- Wasser 410
- Wienstrom 143
Notstandspolizeiliche Maßnahmen, im Rahmen von Ersatzvornahmen 494
Nutzbauten, Neubau, Erhaltung, Verwaltung ... 483

O

Obdachlose Betreuung, Unterbringung 170
Öffentliche Bedürfnisanstalten 448
Öffentliche Beleuchtung 419
Öffentliche Uhren 421
Opferfürsorge 176
Orthopädische Begutachtung 261
Osterklang 213

P

Parkraumbewirtschaftung 441
Parkraumüberwachung 472
Patientenanwaltschaft, Wiener 533
Pädagogische Zentralbücherei 210
Pädagogisches Institut 210
Pensionistenklubs 177
Personalamt 85
Personalangelegenheiten, allgemeine 80
Personaldirektion (MD-PD) 36
Personendatenbank 111
Personenstandsangelegenheiten 110
Pflegefamilienreferat 155
Pflegegeld 261
Pflegeheime, städtische 302
Pflege- und Wohnheimaufnahme 281
Pflegevorsorge 174
Pflichtschulen, allgemein bildende 203
- berufsbildende 208
Physikalisch-technische Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin 261
Planungsgemeinschaft Ost (PGO) 319
Planungswerkstatt 328
Poststelle, zentrale 45
Präsidialbüro 10
Preisauszeichnungsgesetz 102
Prekariumswohnungen 170
Presse- und Informationsdienst 197
Problemstoffsammlung 448, 457
Projektkoordination Euro 36
Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche 493
Psychagogische Betreuung 207
Psychiatrische Begutachtung 260
Psychiatrische Krankenhäuser 300
Psychologisch-pädagogisches Zentrum 161

R

Seite
Radverkehrsanlagen 440
Rathaus-Korrespondenz (rk) 197
Raucherberatungsstellen 257
Rechnungsabschluss 1997 118
Rechnungsamt 125
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten 470
Rechtsgutachten, Zivil- und Strafrechts-angelegenheiten 56
Rechtskundiger Permanenzdienst 29
Regionalentwicklung 327
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst 285
Rohrnetz
- Gas 144
- Wasser 410
Rundfahrtenbüro 201

S

Sanitäre Aufsicht 235
Sanitätsberufe, Evidenzhaltung und Überwachung der Berufsausbildung 236
Sanitätsrecht 238
Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 466
Schlachttier- und Fleischuntersuchung 107
Schlichtungsstellen 478
Schulärztlicher Dienst 252
Schuldnerberatungsstelle 170
Schulversuche 207
Schulverwaltung, städtische 203
Schutzwasserbau 435
Schwangerenberatungsstellen 249
Sofortmaßnahmen, Dezernat 31
Sondertransporte, Referat 441
Sozialamt 166
Sozialarbeit, Akademie 165
Sozialarbeit an Krankenanstalten und Pflegeheimen 271
Soziale Dienste 265
Soziale Stützpunkte 265
Sozialhilfe, allgemeine 166
Sozialhilfekostenersatz 168
Sozialnotruf 273
Sozialpädagogische Regionen 162
Sozialversicherung(srecht) 245
Sperrmüllsammlung 457
Spitalsverbindungsdienst CONTACT 258
Sportamt 196
Staatsbürgerschaftsangelegenheiten 108
Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 109
Stadtarchäologie 219
Stadtbaudirektion (MD-BD) 57
Stadtentwicklung 317, 323

Seite

Stadterneuerung 478, 493
Stadtforschung 320
Stadtgartenamt 425
Stadtgestaltung 331
Stadthauptkasse 130
Stadtinformation 202
Stadtplanung 317, 323
Stadtteilplanung und Flächennutzung
- Innen-West 340
- Süd 344
- Nordost 346
Stadt- und Landesarchiv, Wiener 220
Stadt- und Landesbibliothek, Wiener 223
Stadtvermessung 362
Stadtwerke, Wiener 139
- Bestattung Wien 145
- Wiener Linien 144
- Wiengas 144
- Wienstrom 142
Standesämter 110
Statistisches Amt der Stadt Wien 134
Stiftungen 178
Stipendienwerk 217
Strahlenschutz 31
Straßenbeläge, Generalinstandsetzung 350
Straßenreinigung 445, 459
Straßensozialarbeit 170
Straßenstandangelegenheiten, Marktamt 103
Straßenverkehrsbehörde 440
Straßenverwaltung und Straßenbau 349
„Strategieplan Wien 2000“ 328
Suchtprävention 257

T

Tagesmütter 152
Tageszentren für Obdachlose 170
Technische Bibliothek 331
Technische Grundstücksangelegenheiten 506
Technische Verkehrsangelegenheiten 439
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle
für Wohnhäuser 493
Theater 213
Tierkörperbeseitigung Wien 108
Tierschutzgesetz 107
Tierseuchen, anzeigepflichtige, Verhütung
und Bekämpfung 106
Tierversuchsgesetz 108
Tourismusverband, Wiener 542
Trink- und Nutzwasseruntersuchungen 254
Tuberkulose, Verhütung und Bekämpfung 233

Seite

U

Übersetzungsdienst 201
Uhren, öffentliche 421
Umweltanwaltschaft, Wiener 536
Umweltlabor 370, 387
Umweltmedizin, Institut 254
Umweltschutz 366, 382
Unabhängiger Verwaltungssenat 521
Urlaubsaktion für SeniorInnen 177

V

Veranstaltungen, kulturelle 217, 218
Verfassungs- und Rechtsmittelbüro (MD-VfR) ... 15
Verfassungs- und Verwaltungsorganisation 9
Verkehrsangelegenheiten, rechtliche 470
- technische 439
Verkehrseinrichtungen, Errichtung,
Erhaltung, Betrieb, Gruppe 441
Verkehrsinformationsstelle 439
Verkehrslichtsignalanlagen 441
Verkehrsorganisation 439
Verkehrsplanungen 324
Verkehrssicherheit 443
Versuchs- und Forschungsanstalt
der Stadt Wien 361
Vertretungskörper, Veränderungen 9
Verwaltungsakademie (MD-VA) 38
Verwaltungsorganisation (MD-VO) 41
Verwaltungsrevision (MD-VR) 40
Veterinäramt 102
Veterinärwesen 469
Video 214
Volksbildung 183
Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1999 .. 118
Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen 39
Vorschlagswesen, betriebliches (BVW) 13, 45
Vorsorgeuntersuchungen 249, 253

W

Wahlen und verschiedene
Rechtsangelegenheiten 110
Waldschäden 463
Waldschule 464
Wasserbau 432
Wassergewinnung und -abgabe 409
Wasser- und Schiffahrtswesen,
rechtliche Angelegenheiten 466
Wasserwerke 409
Wasserwirtschaftliche Planung 436
Weihnachtspaketaktion 178

Seite
Weingesetz, Vollziehung 104
„wien aktuell" 199
Wiener Linien 144
Wiener Schlichtungsstellen in Wohnrechtsangelegenheiten 478
Wiener Stadt- und Landesarchiv 220
Wiener Stadt- und Landesbibliothek 223
Wiener Stadtwerke 139
Wiener Vorlesungen 330
Wiener Wohnen 480
Wienenergie 143
Wiengas 141
Wienstrom 142
Wild, Abschüsse 463
Wirtschaftliche Krisenhilfe 156
Winterdienst 459
Wissenschaftsförderung 329
Wohnbauförderung 509
Wohnbeihilfe 513
Wohnhaussanierung 512
Wohnhäuser, Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche 493
Wohnungen, gemeindeeigene, Zuweisung 480
Wohnungskommission 479
Wohnungsverbesserung 513

Z

Zentralbücherei, pädagogische 210
Zentrale Liegenschaftsevidenz 506
Zentrale Poststelle 45
Zentraler Einkauf 88
Zentrallager 95
Zentralgewerberegister 116
Zivil- und Katastrophenschutz 30
Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ) ... 56
Zufuhren, Agrumen, Viktualien 104

Weitere Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien:

Periodika:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien

Ca. 450 Seiten / Preis ATS 450,- (EUR 32,70) / ISSN 0259-6083

Die umfangreichste statistische Publikation des Amtes, die neben Tabellen auch viele Grafiken umfasst, informiert jährlich über eine Vielzahl von Aspekten der Stadt Wien - so etwa über Bevölkerung, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr und Fremdenverkehr, Wohnen, Arbeitsmarkt, soziale Fragen, Preise, Ausbildung, Kunst und Kultur, Sport und Freizeit, Wahlen, Verwaltung, Rechtspflege und Steuern.
Auch auf Diskette lieferbar.

Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien

Ca. 150 Seiten / Preis ATS 100,- (EUR 7,27) / ISSN 0259-7985

Das Statistische Taschenbuch bringt alljährlich auf etwa 150 Seiten in 24 Abschnitten Vergleiche Wiens mit österreichischen bzw. europäischen Städten, der Vienna Region (Ostregion) und Österreich sowie wertvolle Informationen über das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschehen Wiens.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien

Ca. 60 Seiten / Preis ATS 70,- (EUR 5,09), im Abonnement ATS 200,- (EUR 14,54)
ISSN 1028-0677 (Neue Folge)

Diese Vierteljahresschrift ist ein Forum für Diskussionen über wienrelevante Bereiche in Form von ausführlichen Fachartikeln.

Wien in Zahlen

16 Seiten, Tabellen / kostenlos / ISSN 1028-074X

Kurze Zahlenübersicht über Wien in deutscher, englischer, französischer, italienischer, tschechischer und ungarischer Sprache.
Auch auf Internet unter der Adresse:
http://www.magwien.gv.at/ma66/wienzahl/wienzahl.htm

Sonderpublikationen:

Wiener Zahlenspiegel

Faltinformation, 12 Seiten, Tabellen und Graphiken / kostenlos / ISBN 3-901945-00-8

Übersichtsdarstellungen zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wohnungswesen. Deutsche und englische Ausgabe.

Wiener Bezirksdaten

Kassette mit 23 Heften

Printmedium oder Diskette: 1 Bezirk ATS 80,- (EUR 5,81) Gesamtwerk ATS 1.000,- (EUR 72,67)

Statistische Informationen aus allen Lebensbereichen über die Wiener Bezirke.

Die Volkszählung vom 15. Mai 1991

nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten

337 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 200,- (EUR 14,54)

Diese Sonderpublikation gibt detaillierten Aufschluss über die Ergebnisse der Volkszählung 1991, welche den Schwerpunkt der österreichweit durchgeführten Großzählung bildete. In kleinräumigen Analysen für alle Wiener Bezirke werden u.a. die Einwohnerzahl, Privathaushaltsgröße, Beschäftigtenzahl, Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Alter, Geschlecht und Erwerbstätigkeit, Berufstätige nach dem höchsten Bildungsabschluss und ihrer beruflichen Stellung sowie die Pendlerfrequenz mit Hilfe von Tabellen und Grafiken dargestellt.

Die Häuser- und Wohnungszählung vom 15. Mai 1991

nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten

264 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 150,- (EUR 10,90)

Die Häuser- und Wohnungszählung bietet eine detaillierte Übersicht über Baualter und Ausstattung der Wiener Wohnungen. Nach einer Kurzfassung der wichtigsten Daten über die Stadt wird jeder Bezirk hinsichtlich der Kriterien Einwohner, Wohnungszahl, Bauperiode, Eigentümer und Rechtsgrund der Wohnungsnutzung, Nutzfläche und Ausstattungskategorien der Wohnungen dargestellt. Auch über die Art der in den Wohnungen benützten Heizungen wird Auskunft erteilt.

Die Wiener Arbeitsstätten vom 15. Mai 1991

nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten

856 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 300,- (EUR 21,80)

In dieser Publikation werden die Struktur und die kleinräumige Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten der Wiener Arbeitsstätten untersucht. Der Band bietet einen Überblick über die wirtschaftliche Stellung Wiens in Österreich und befasst sich mit der sektoriellen Gliederung der Betriebsgrößenstruktur der Wiener Arbeitsstätten der einzelnen Bezirke. Erläuterungen und Grafiken ergänzen das Nachschlagewerk.

Die Wiener Wahlen vom 13. Oktober 1996

84 Seiten und Tabellen / Preis ATS 80,- (EUR 5,81)

Am 13. Oktober 1996 fand in Österreich zum ersten Mal die Wahl der 21 Abgeordneten zum Europäischen Parlament statt. Gleichzeitig wurden in Wien auch die Wahlen zum Gemeinderat und den Bezirksvertretungen abgehalten. Dieses Sonderheft berichtet über die rechtlichen Grundlagen der Wahlen, die wahlwerbenden Parteien und die Wahlbeteiligung. In einer Wählerstromanalyse sowie einer Nachwahlanalyse werden Details des Wahlverhaltens dargestellt. Im Anhang liefern umfangreiche Tabellen Ergebnisse für die einzelnen Wiener Bezirke.

Erhältlich sind diese Veröffentlichungen zwischen 9 und 12 Uhr im Statistischen Amt der Stadt Wien, Volksgartenstraße 3, 1016 Wien, Tel.: (01) 40 00 - 88 629.
E-mail: post@m66.magwien.gv.at
Internet: www.magwien.gv.at/ma53/in_stat.htm